INHALTSVERZEICHNIS

I. Teil

Seite

Frühzeit bis 1290: Austreibung der Juden

Einleitung 9
Frühzeit 11
Erste Einwanderung 13
Könige begünstigen die Juden 15
Die Kirche gegen die Juden 17
Ritualmorde 18
Vorteile kosten Opfer 20
Aaron von Lincoln 21
Volk und Kirche in Händen der Wucherer 23
Die Volkswut bricht aus 26
Gesetzliche Stellung der Juden 30
Bevölkerungsziffer 36
Die Juden unter Johann I. 37
Es gärt weiter 40
Skandale 48
„Nürnberger Gesetze" — um 1230 49
Judenverfolgungen 50
Harte Gesetze 53
Eduard I. im Kampf gegen den Wucher 55
Judas Antwort 65
Die Kirche greift ein 67
Die Ausweisung der Juden 69

II. Teil

1290 bis 1658: Die Rückkehr der Juden unter Cromwell

England ohne Juden 73
Rodrigo Lopez — Leibarzt der Königin Elisabeth 74
Rückkehr und zweite Ausweisung 75
Die Judenfrage in der Welt im 17. Jahrhundert 77
Amsterdam — Zentrale des Weltjudentums 79
Morranos in England 81
Antonio Fernandez Carvajal, der Rothschild des 17. Jahrhunderts 83
Puritanismus pro Judaismus 88
Oliver Cromwell 95
Jüdische Spione im Dienste Cromwells 98
Allgemeine Unterstützung Cromwells durch die Juden . . . 104

Seite

Menasseh Ben Israel 108
Weltjudentum am Werk 114
Menasseh Ben Israel als Wortführer des Weltjudentums . . . 119
Die Whitehall-Konferenz 127
Intermezzo: Prynne, der Antijude und sein Wirken 135
Fortsetzung der Whitehall-Konferenz 140
Der Kampf geht weiter 144

III. Teil

1658 bis 1714: Königliche Beschützer der Juden

Juden verbünden sich mit den Royalisten 157
Ein Angriff der City wird abgewehrt 162
Karl II., Schutzherr der Juden 167
Weitere Judenfreunde: Jacob II. und Wilhelm III. 181
Erneute Kämpfe 184
Jüdische Erfolge 191
Die Sitten verwildern 193
Marlborough, der Vorfahr Winston Churchills 198

IV. Teil

1714 bis 1753: Erster Emanzipationskampf und Niederlage der Juden

Der Südsee-Skandal 209
Juden in den Kolonien 210
Vorbereitungen der Juden zu ihrem ersten Emanzipationskampf 212
Kampfjahr 1753 219
Hintergründe des ursprünglichen Zustandekommens des Gesetzes 257
Sampson Gideon, „der Pfeiler des Staatskredits“ 262
Allgemeine Korruption 267

V. Teil

1754 bis 1830: Zunehmender Einfluß der Juden

Verjudung führender Kreise 273
Neue Einwanderungswelle 278
Juden reorganisieren sich 279
Jüdische Verbrechen nehmen überhand 281
Finanzjuden 285
Nathan Mayer Rothschild und Genossen 287
Propaganda! — Propaganda! 291
Freimaurer 294
Napoleon und die Juden 295
Londoner Gesellschaft zur Förderung des Christentums unter den Juden 297
Zermürbungsgesetze 300
Die City von London — das Bollwerk der Judengegner — fällt 306

Schrifttumsverzeichnis 312
Personen- und Sachverzeichnis 321

EINLEITUNG

Mit Eduard I. war England ein König erstanden, dem nichts mehr am Herzen lag als das Wohl seiner Landeskinder, der sein eigenes Ich zurückstellte hinter das völkische Interesse, der sein Streben besiegelte mit der finanziell für ihn nachteiligen Ausweisung der Juden.

Die von der Überzeugung des Auserwähltseins und der göttlichen Begnadung beseelten Puritaner, die in ihrem Banner den Löwen Judas führten und viele ihrer Lehren im Alten Testament verankert sahen, setzten sich nicht nur aus Idealismus, sondern gleichermaßen aus realistischen Erwägungen für enge Gemeinschaft und Freundschaft mit ihren hebräischen Brüdern ein. Der allmächtige Cromwell mußte erkennen, daß eine Macht stärker war als er: das Volk.

Es gab Herrscher in England, die ihre Gunst gegen klingende Münze den Juden verkauften und dabei die Unterstützung eines korrupten Oberhauses und Parlaments, einer verrotteten Geistlichkeit fanden. Aber das Volk setzte sich wiederum siegreich zur Wehr — solange es stark und gesund war und ehe die Saat aufging, die die Juden gesät hatten.

Juda ist Herr der Stunde in Großbritannien.

Die Lehre, daß das englische Volk einer der verlorenen zehn Stämme Israels sei, wird dort nicht etwa als Legende betrachtet; sie spukt nicht nur in den Köpfen von Gelehrten. Nicht umsonst gibt es noch heute zahllose Sekten und Vereinigungen, die zur Verbreitung dieses Glaubens begründet sind, deren Redner zur Erbauung der Müßiggänger im Hydepark mit Engelszungen die Theorie zu beweisen suchen, daß Engländer und Juden nur einen Vater hatten. Alle Menschen sind Brüder. Rassische Begriffe sind tot.

Und das englische Königshaus?

Jakob, den Kopf auf einen Stein gebettet, hatte einen Traum, so berichtet das Alte Testament. Dieser Stein diente später als Altar im Tempel von Jerusalem, und als er zerstört wurde, retteten Angehörige des Stammes Dan den Stein und führten ihn auf ihrer Flucht mit sich. Sie versuchten, England auf dem Seewege zu erreichen, und nur ein böses Geschick zwang sie, in Irland zu landen. Als die schöne jüdische Prinzessin, froh ob der glücklich überstandenen Fahrt, dem irischen Häuptling vermählt wurde, diente der Stein Jakobs als Krönungsstein. Aus dieser Verbindung der jüdischen Prinzessin mit dem irischen Häuptling ist, so heißt es, das heutige englische Königshaus hervorgegangen. Abkömmlinge des Geschlechts David...

Der Stein Jakobs steht heute in der Westminsterabtei in London. Juda triumphiert. Wer fragt noch, warum?

Und dennoch wird hier und da manchmal schon wieder der alte Weckruf laut:

England, erwache!

I. TEIL

Frühzeit bis 1290 — Austreibung der Juden

Frühzeit

Die Anfänge der jüdischen Einwanderung nach England sind bis zum heutigen Tage in völliges Dunkel gehüllt. Nichtsdestoweniger — oder vielleicht gerade deshalb — ist viel Mühe aufgewandt worden, um Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Es dürfte auf eine geschickte Inspiration der Juden zurückzuführen sein, wenn viele englische Schriftsteller[1]) der Ansicht sind, daß die Juden bereits zur Zeit Salomons auf dem Seewege vorübergehend nach England kamen, um Handel zu treiben. Ja sogar ernsthafte Wissenschaftler[2]) haben unter dem Einfluß dieser geschickten Propaganda behauptet, daß die Briten vor Einwanderung der Angeln und Sachsen Nachkommen der sogenannten verlorenen zehn Stämme Israels waren, die von den Assyrern in die Gefangenschaft geführt wurden.

Es mag noch kurz erwähnt werden, daß das Wort „Britannien" nach Ansicht von Juden und Judenfreunden semitischen Ursprungs sein soll. Herodot habe die englischen Inseln als „Cassiterides" bezeichnet, was soviel wie Zinn-Inseln bedeutet. Das später in der griechischen Sprache gebrauchte Wort „*Βριτανυικη*" (Britannike) sei lediglich eine Verstümmelung des hebräischen Wortes Barat-Anach gewesen und müsse ebenfalls mit Zinn-Inseln übersetzt werden[3]). Dies alles sind aber wohl nicht mehr als Vermutungen, und vielleicht ist der Wunsch der Vater des Gedankens, daß schon das alte England sehr enge Verbindungen mit den Ur-Juden unterhalten haben soll.

Die ersten urkundlichen Belege für eine Anwesenheit der Juden in England — sehr wahrscheinlich als dauernd ansässige Siedler — finden sich in einem Gesetz aus dem Jahre 669. Dieses Gesetz, Liber Poenitentialis Theodori Archiepiscopi Cantuariensis Ecclesiae genannt, ist von dem damaligen Erzbischof von Canterbury Theo-

[1]) Hyamson: History S. 1 ff.
Hyamson: Lost Tribes, Margoliouth Bd. I S. 1 ff., vgl. insbes. die bei Hyamson S. 6 genannten Schriftsteller.
[2]) Hyamson: History S. 3, und Lost Tribes S. 673 ff., Margoliouth Bd. I S. 22 ff.
[3]) Margoliouth Bd. I S. 22 und Hyamson: History S. 1.

dor erlassen worden und sah u. a. vor, daß eine christliche Frau, die Geschenke von ungläubigen Juden annimmt oder freiwillig mit ihnen sündigt (z. B. außerehelicher Beischlaf), für ein Jahr von der Kirche ausgestoßen sein, in möglichster Trübsal leben und alsdann neun Jahre büßen soll. Läßt sie sich dagegen mit einem Heiden ein, soll sie sieben Jahre büßen[4]). Interessant ist hierbei neben anderem, daß der Umgang mit einem Juden härter bestraft wurde als der mit einem verachteten Heiden.

Eine weitere Vorschrift besagte, daß irgend jemand, der den Anweisungen der Nikene-Synode entgegen Ostern mit den Juden am 14. Tage des Mondes begeht, von der Kirche ausgeschlossen werden soll, wenn er nicht vor seinem Tode Buße tut[5]). Ferner soll ein Christ, der von ungläubigen Juden Fleisch oder ungesäuertes Brot annimmt oder mit ihnen trinkt und sich an ihren Gottlosigkeiten beteiligt, 40 Tage lang bei Wasser und Brot Buße tun[6]). Verkauft dagegen ein Christ einen anderen Christen — selbst wenn dieser sein Sklave ist — an einen Juden, soll er so lange unwürdig sein, unter Christen zu weilen, bis er den Christen zurückgekauft hat. Ist ihm das aus irgendeinem Grunde nicht möglich, so soll er den erhaltenen Preis aufwenden, einen anderen aus der Sklaverei zu erlösen und sich drei Jahre lang jeden Fleisches und Weines enthalten[7]).

Endlich war es nicht erlaubt, die Messe an einem Platze zu begehen, wo Juden oder Ungläubige bestattet waren[8]).

Unter Egbert, dem Erzbischof von York, der in der Zeit von 735 bis 766 lebte, finden sich ebenfalls in einem von ihm erlassenen Gesetz, genannt „Excerptiones Egberti Eboracensis Archiepiescopi", Hinweise auf Juden. Hiernach war bestimmt, daß kein Christ es wagen sollte, sich zum Judentum zu bekennen oder an dessen Festen teilzunehmen[9]). Außerdem war vorgesehen, daß ein Christ, der einen andern Christen an Juden verkauft, in Kirchenbann getan wird[10]).

Zum Teil ist die Ansicht vertreten, daß sich diese Gesetze nicht auf Juden bezogen haben, die sich für dauernd in England aufhielten[11]), aber man kann dann nicht einsehen, warum es die damaligen Gesetzgeber für nötig hielten, derartig weitgehende Bestimmungen zu treffen. Im übrigen dürfte diese Streitfrage praktisch dadurch erledigt sein, daß die genannten Gesetze Aufnahme in die offizielle englische Sammlung „Ancient Laws" (Alte Gesetze) gefunden haben, woraus sich das Bedürfnis für eine dauernde Regelung ergibt.

---

[4]) Ancient Laws (Rec. Com.) S. 282, Liber Poenitentialis XVI. § 35.
[5]) Ancient Laws (Rec. Com.) S. 295, Liber Poenitentialis XXX. § 4.
[6]) Ancient Laws (Rec. Com.) S. 300, Liber Poenitentialis XLII. § 1.
[7]) Ancient Laws (Rec. Com.) S. 300, Liber Poenitentialis XLII. § 3.
[8]) Ancient Laws (Rec. Com.) S. 303, Liber Poenitentialis XLVII. § 1.
[9]) Ancient Laws S. 340.
[10]) Ancient Laws S. 340.
[11]) So Jacobs S. 3.

In einem jüdischen Buch aus dem Jahre 1575 findet sich der Hinweis, daß im Jahre 810 viele Juden aus Deutschland nach England und Spanien geflohen seien, um Verfolgungen zu entgehen[12]). Inwieweit diese Angaben richtig sind, lassen wir dahingestellt.
Schließlich soll auch noch unter Eduard dem Bekenner ein Gesetz bestanden haben, wonach die Juden als Eigentum des Königs galten und infolgedessen unter seinem Schutz standen[13]). Margoliouth[14]) will dieses nicht als gültig anerkennen. Eine nähere Begründung fehlt jedoch. Sein Standpunkt dürfte indes nicht zutreffen, da auch diese Bestimmung in die offizielle Gesetzessammlung eingefügt ist!

Erste Einwanderung

Im Jahre 1066 kam Wilhelm der Eroberer nach England, und bereits nach kurzer Zeit konnte eine Veränderung des gesamten englischen Lebens festgestellt werden. Bis zur Eroberung durch Wilhelm I. bestanden nur sehr lose Verbindungen mit dem Festland. Auch die Beziehungen untereinander im Lande erstreckten sich kaum über die einzelnen Grafschaften hinaus. Der Handel ging in der Form des Warenaustausches vor sich, und der Geldumlauf war daher nur sehr gering.
Wilhelm kam von Frankreich und legte daher den Grundstein für die folgenden nahen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern. Unter der Herrschaft der Normannen hob sich auch die Zivilisation in England, was wiederum eine Erhöhung der Bedürfnisse verursachte. In der Folgezeit stieß man auf Schwierigkeiten, diese allein auf dem Tauschwege zu befriedigen, und die Nachfrage nach flüssigem Gelde wurde größer.
Daneben war Wilhelm infolge der zunächst noch vorhandenen feindlichen Einstellung der englischen Bevölkerung nach der Eroberung gezwungen, ein größeres stehendes Heer zu haben, wozu er aber wiederum Geld brauchte, das nur in ungenügenden Mengen im Lande vorhanden war. Auch die zur Finanzierung des Heeres herangezogenen Barone konnten kaum das notwendige Geld aufbringen, so daß der Wunsch nach einer Geldwirtschaft allgemein war.
Die Juden damaliger Zeit hatten in fast noch größerem Maße als heute den Handel und die Finanzwirtschaft in Händen. Ihre Anzahl muß aber in England nicht genügend gewesen sein, um den Bedarf zu decken. Es wurde bald in Nordfrankreich bekannt, wo sich große Siedlungen reicher Juden befanden.
Anscheinend haben sich diese Juden an Wilhelm den Eroberer gewandt und um die Erlaubnis gebeten, nach England einwandern

---

[12]) Hyamson: History S. 5, Jacobs S. 4.
[13]) Ancient Laws S. 195.
[14]) Margoliouth: History Bd. I S. 49, Anglo-Hebrew S. 5.

zu dürfen[15]). Verschiedene Schriftsteller[16]) sind der Ansicht, daß sie sogar von Wilhelm dazu eingeladen wurden. Sie können dies zwar nicht urkundlich belegen, schließen es aber aus der Wirtschaftslage des Landes.
Andere vertreten den Standpunkt[17]), daß die Juden dem König eine Summe Geldes für die Einwanderung bezahlten.
Der größte Teil kam von Rouen. Nach kurzer Zeit finden wir zahlreiche Juden in den Städten Englands. Die ersten größeren jüdischen Kolonien sind wahrscheinlich in Oxford und Cambridge gegründet worden, denn es findet sich bereits im Jahre 1075 eine Bemerkung in einer Urkunde, die von einer „größeren Anzahl von Juden in Oxford" spricht. Ein ähnlicher Hinweis ist bezüglich Cambridge vorhanden[18]). Daß die Judeneinwanderung beträchtlich war, ergibt sich daraus, daß es sich anscheinend bereits im Jahre 1070[19]) als nötig erwies, die Rechtslage der Juden durch Gesetz zu bestimmen. Danach wurde vorgesehen, daß die im Königreich angesiedelten Juden unter dem Schutz des Königs ständen und sein Eigentum seien.
Schon zu dieser Zeit finden sich dieselben Anzeichen für das gesamte Betragen der Juden, wie es uns auch heute nicht fremd ist. Bis zu ihrer Vertreibung aus England waren sie ein Volk für sich. Sie blieben ihrer gesamten Lebensweise treu, die sich vollkommen von der englischen unterschied. Ohne jeden Zwang und aus völlig freiem Willen siedelten sie sich in einem besonderen Stadtteil an, und zwar, wenn möglich, stets in der Nähe des Marktplatzes[20]). Sie kümmerten sich niemals um den ehrenvollsten und wichtigsten Belang einer Nation: die Verteidigung des Landes[21]). In den damaligen Zeiten strengsten Christentums nahmen sie auch keine Rücksicht auf die Gefühle des Volkes. Sie zeigten weder den nötigen Respekt vor dem Kreuz, noch ließen sie sich abhalten, ihrem Religionsdienst mit allen den Briten fremden Gewohnheiten nachzugehen. Die verstorbenen Juden wurden auf besonderen Friedhöfen begraben, und zwar zuerst nur in London[22]). Auch Speise und Trank waren völlig verschieden von denen ihrer christlichen Nachbarn. Sie lehnten es bei Einladungen ab, ein Mahl einzunehmen, das von einem Christen in einem christlichen Haushalt bereitet war[23]). Das Schlachtvieh mußte unter bestimmten Riten getötet werden. Nicht selten brachten es die Juden fertig, irgendeine verdorbene Speise als ungenießbar für sich abzulehnen, sie den Christen jedoch als durchaus gut zum Kauf anzubieten[24]).

---

[15]) Jacobs S. 39, Gross S. 172, Rigg S. 10, Freemann Bd. V S. 818 ff.
[16]) Margoliouth: History Bd. I S. 50.
[17]) Prynne S. 2, B. B. Historical and Law Treatise S. 4.
[18]) Jacobs S. 4, 5.
[19]) Margoliouth: History Bd. I S. 52.
[20]) Abrahams S. 6, 7, Hyamson: History S. 10, Rigg S. XI.
[21]) Rogeri de Houedene Bd. II S. 261, Gesta Henrici Bd. I S. 279.
[22]) Gesta Henrici Bd. I S. 182, Rogeri de Houedene Bd. II S. 137, William Malmesbury Bd. II S. 371.
[23]) Abrahams S. 6.
[24]) Jacobs S. 54, 178 (Hinweis auf diesbezgl. Urkunden).

Es gab bereits viele christliche Dienstmädchen und Ammen im Haushalt der Juden, die Entsetzliches von ihren Gewohnheiten berichteten[25]).
Man findet auch die Juden dieser Zeit kaum in irgendeinem Handwerk. Wenn sie auch in gewissen Dingen durch die Bestimmungen der Gilden in ihren Rechten als Kaufmann Beschränkungen unterlagen[26]), so waren sie doch gemäß einem Gesetz König Johns I. aus dem Jahre 1201 im allgemeinen frei, zu kaufen, was man ihnen brachte, mit Ausnahme von gewissen Kirchengütern. Es war ihnen allerdings gestattet, die ihnen verpfändeten Gegenstände nach einem Jahr und einem Tag zu verkaufen[27]).

Könige begünstigen die Juden

Eine derartig günstige Behandlung der Juden läßt sich nur aus ihrer Stellung zum damaligen Königshaus erklären. Als Eigentum des Königs unterstanden sie nur seiner Gerichtsbarkeit. Außerdem nahmen sie insofern eine Ausnahmestellung ein, als ihnen im Gegensatz zu den Engländern erlaubt war, Zinsen auf Darlehen zu nehmen. Unter dem Schutz des Königs übten die Juden daher fast ausschließlich das Gewerbe des Geldverleihens aus, ja sie wurden sogar vom König dazu ermutigt, weil er wiederum auf ihre Geschäfte einen bestimmten Prozentsatz als Abgabe verlangte. Infolgedessen waren die Juden eine seiner größten Einnahmequellen. Bei dem Umfang ihrer Geschäfte und der Höhe der Zinsen erzielten die Juden große Profite. Kein Gesetz sah eine Begrenzung des Zinssatzes vor, und dem Wucher standen Tür und Tor offen. Zinsen von 43⅓% galten durchaus als üblich[28]) und 50 bis 80% waren keineswegs etwas Seltenes[29]). Es überrascht daher nicht, daß der Reichtum der Juden als geradezu auffallend bezeichnet wird. Sie bewohnten die prächtigsten und zugleich auch festesten Häuser in den damaligen Städten, die zum Teil sogar für kürzere Zeit einer Belagerung trotzen konnten. Mit Recht sah daher die Bevölkerung auf die Juden als Eindringlinge und Fremdkörper herab, zumal gerade der einzelne Engländer unter den hohen Zinsen verschuldete und so den Juden völlig ausgeliefert war. Es ist daher verständlich, daß die Empörung gegen die Juden langsam, aber stetig, stieg, wenngleich man sie nicht offen zeigte, da die Juden als Eigentum des Königs uneingeschränkten Schutz genossen[30]). Dies ging sogar so weit, daß zur Zeit Wilhelms des Eroberers (1066—1087) und seines Nachfolgers William Rufus

[25]) Gesta Henrici Bd. I S. 230, Rogeri de Houedene Bd. II S. 180.
[26]) Cunningham S. 336 ff.
[27]) Hyamson: History S. 8, 9, Rigg S. XII, Select Civil Pleas Bd. I S. 3, Fall 7.
[28]) Rigg S. XIII, Leonard S. 104 ff.
[29]) Belloc S. 218.
[30]) Hyamson: History S. 5 ff., Belloc S. 216, Prynne S. 3.

(1087—1100) die Juden — abgesehen von ihren festgesetzten Abgaben — im Gegensatz zu den Engländern keinerlei besondere Steuern zu zahlen hatten[31]). William Rufus begünstigte die Juden auch im allgemeinen überall, ja er beschäftigte sich sogar mit ihrer Glaubenslehre und kam zu dem Entschluß, seinen Übertritt zur jüdischen Religion von dem Ergebnis einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Bischöfen und Rabbinern abhängig zu machen, der er allerdings nur als Beobachter beiwohnte[32]). Der Inhalt der Verhandlungen ist zum Teil erhalten und als Zeitdokument sehr interessant[33]). Man stritt sich auch damals über den Wert bzw. Unwert der christlichen und jüdischen Religion, und beide Parteien beanspruchten den Sieg in diesen gelehrten Gesprächen.

In den letzten Regierungsjahren von William Rufus wurde die jüdische Kolonie von Rouen bei ihm vorstellig, den Übertritt dortiger Juden zur Kirche zu unterbinden. Da sie ihre Bitte mit einer großen Summe Geldes unterstützt hatte, zögerte William Rufus nicht, ihrem Wunsche nachzukommen. Durch schärfste Drohungen versuchte er, die getauften Juden zu ihrem Glauben zurückzubringen[34]). Bei dieser Gelegenheit bot ihm ein einzelner Jude sechzig Silbermark, wenn er seinen zum Christentum übergetretenen Sohn zum Judentum zurückbrächte. Der König war mit diesem Handel einverstanden und ließ sich den Sohn vorführen, der jedoch fest blieb und dem König mutig erklärte, daß er seine Haltung ihm gegenüber nicht verstände. Wäre er wirklich ein Christ, so könne er doch dieses Ansinnen nicht an ihn stellen. Der König ließ darauf von seinem Beginnen ab. Der Vater war jedoch erbost und verlangte sein Geld zurück, was ihm jedoch verweigert wurde. Erst nach längeren Auseinandersetzungen einigte man sich auf Rückzahlung von dreißig Silbermark[35]). Prynne[36]), ein Historiker aus dem 17. Jahrhundert, bricht bei Wiedergabe der Taten der Juden in folgende Worte aus: „Wir mögen daraus lernen, welche Vorherrschaft jüdisches Geld besitzt ... und arbeitet die jüdische Geldmaschine nicht bis zum heutigen Tage genau so?"

In der Regierungszeit Heinrichs I. (1100—1135) hört man so gut wie nichts von den Juden, was ein Zeichen dafür sein dürfte, daß sie weiter ihrem Gewerbe nachgehen und Reichtümer anhäufen konnten. In diese Zeit fällt der erste urkundliche Nachweis der Anwesenheit der Juden in London. In einem Schriftstück ist zum erstenmal die Rede von einer Judenstraße[37]).

In den ersten Regierungsjahren König Stephans (1135—1154) er-

---

[31]) Hyamson: History S. 11.
[32]) Margoliouth: History Bd. I S. 53.
[33]) Jacobs S. 7—12, Holinshed Bd. 3 S. 27 ff.
[34]) Hyamson: History S. 11, Margoliouth: Hystory S. 54.
[35]) Margoliouth: History Bd. I S 56, Hyamson: History S. 12, Prynne S. 5.
[36]) Prynne S. 6.
[37]) Price S. 17.

freuten sich die Juden weiter der Gunst des Königshauses und konnten infolgedessen ihren Reichtum durch Wucher mehr und mehr vergrößern. Bald trat jedoch eine völlige Änderung der Verhältnisse ein.

Die Kirche gegen die Juden

Die Kirche hatte den Juden zunächst ziemlich gleichgültig gegenübergestanden, jedoch in gewisser Weise in frühen Anfängen ihre Siedlung in Städten begünstigt. Mit zunehmender Zivilisation erwiesen sich Geldtransaktionen in steigendem Maße als erforderlich. Da den Christen die Erhebung von Zinsen auf Darlehen nach den Kirchengesetzen verboten war, überließ man den Juden diese Geschäfte, so daß es der Kirche erspart blieb, die betreffenden Gesetze den Zeiterfordernissen entsprechend abzuändern. Mit anderen Worten hätte die wirtschaftliche Entwicklung die Aufhebung des Zinsverbotes erfordert, aber mit Eintreffen der Juden war es unnötig geworden, da man vorzog, ihnen das Feld zu überlassen[38]). Diese Haltung der Kirche führte dazu, daß einerseits die Juden durch unglaublichen Wucher ihren Reichtum von Tag zu Tag vermehrten, daß aber andererseits die Engländer von ihnen ausgesogen wurden und bereits bei Antritt der Regierung durch Stephan völlig verschuldet waren. Rücksichtslos zogen die Juden bei Fälligkeit die Forderungen ein und vertrieben so die Engländer von ihrem angestammten Grund und Boden. Wenn ihnen auch nicht erlaubt war, Grundeigentümer zu sein, so war ihnen doch das Recht vom König zugestanden worden, Land als Pfand von ihren Schuldnern entgegenzunehmen[39]). Die Juden konnten sich sogar die Hälfte des Grund und Bodens aneignen, bis die Schuld getilgt war[40]). Dieser Verelendung der Engländer konnte die Kirche schon aus eigenem materiellen Interesse nicht gleichgültig gegenüberstehen, da sie unter diesen Umständen kaum die ihr zustehenden Abgaben einzuziehen vermochte.
Wahrscheinlich hatte sie auch im geheimen gehofft, im Laufe der Zeit einen großen Teil der Juden zum Christentum zu bekehren. Um das Jahr 1140 und auch bereits vorher mußte die Kirche aber erkennen, daß ihre diesbezüglichen Erwartungen nicht nur irrig waren, sondern daß die Juden ihrerseits mit Hilfe ihres Geldes erfolgreiche Versuche bei den Engländern unternommen hatten, sie zum Judentum zu bekehren[41]). Dies führte zur Entsendung von Priestern, die in den Städten, wo Juden waren, heftig gegen die jüdische Lehre predigten.

[38]) Hyamson: History S. 9.
[39]) Hyamson: History S. 8 ff.
[40]) P. C. Webb: The Question S. 10 ff., Madox Bd. I S. 168.
[41]) Hyamson: History S. 22.

Aus alledem erklärt sich, daß nun die Kirche begann, sich für die Judenfrage zu interessieren und die Abneigung des Volkes für ihre Zwecke auszunutzen. Hierbei kamen ihr auch noch Umstände zustatten, die außerhalb Englands lagen.
Seit Ausgang des 11. Jahrhunderts begann sich die Bewegung der Kreuzzüge auf dem Festland, insbesondere in Deutschland und Frankreich, auszubreiten. Auch dort war die Bevölkerung gegen alles Nichtchristliche feindlich eingestellt, und infolgedessen kam überall der schon lange schlummernde Haß gegen die Juden zum Ausbruch, denn auch auf dem Kontinent spielten die Juden die Rolle des Wucherers.
Die ersten normannischen Könige waren noch zu sehr mit der Konsolidierung ihrer Macht in England beschäftigt, als daß sie sich viel um die Kreuzzugsbewegung hätten kümmern können, aber dies sollte bereits in den ersten Regierungsjahren Stephans anders werden. Man bemerkte bei ihm ebenfalls eine Veränderung gegenüber den Juden, zumal ihm die wachsende Abneigung des Volkes gegen sie nicht verborgen bleiben konnte. Wenngleich es zunächst noch zu keinen größeren Handlungen Stephans kam, ließ er doch deutlich erkennen, daß er den Wünschen der Bevölkerung nicht mehr hindernd im Wege stehen würde. Die veränderte Haltung des Königs ergibt sich aus folgendem:
Im Jahre 1240 waren einige Juden als Mittäter eines Totschlags festgestellt worden, obgleich sie die Tat bestritten. Der König ließ sich jedoch nicht beirren und verurteilte sie in London zu einer Gesamtstrafe von £ 2.000[42]), eine für damalige Zeiten gewaltige Summe.
Bei diesem Eingreifen des Königs sollte es jedoch verbleiben, wobei nicht zu übersehen ist, daß die damaligen Könige in England finanziell zu einem erheblichen Teile von den Juden abhängig waren.

Ritualmorde

Die Quellen berichten uns folgenden Vorfall aus dem Jahre 1145[43]): Ein zwölfjähriger Knabe, der Sohn einer Witwe in Norwich, war von den Juden gestohlen, oder, wie andere sagen, gekauft worden — als Opfer für ihr Osterfest. Er wurde gemartert und gekreuzigt wie Jesus Christus; nach den Ostertagen nahm man den Leichnam vom Kreuz, steckte ihn in einen Sack und machte sich damit heimlich auf zu einem Wald[44]). Unterwegs begegnete ihnen ein

[42]) Margoliouth: History Bd. I S. 265.
[43]) Jacobs S. 19 ff., Chronica Jocelini de Brakelonda S. 114.
[44]) Rigg S. XIV, Abrahams S. 10, Hyamson S. 20, Margoliouth: History Bd. I S. 65, Rye S. 138 ff., Prynne S. 6, Brompton Col. 1048, Fox Bd. I S. 302, Holinshed Bd. III S. 56.

Bürger der Stadt, der ihre schaurige Last entdeckte. Die Juden flüchteten unter Mitnahme des Sackes und hängten den Leichnam irgendwo im Dickicht an einem Baum auf. Nach Rückkehr in die Stadt eilten sie sofort zum Sheriff (Friedensrichter), dem sie hundert Silbermark versprachen, wenn er sie vor der drohenden Entdeckung ihres Mordes schützte. Die Hilfe des Sheriffs war käuflich. Er befahl den Bürger, der Zeuge der Untat geworden war, zu sich und erzwang von ihm den Eid, nie im Leben etwas von dem Gesehenen verlauten zu lassen. Aus Furcht vor dem Richter schwieg der Bürger, bis ihm unmittelbar vor seinem Tode der Knabe im Geiste erschien und ihn aufforderte, alles zu bekennen, da er nicht mehr an seinen Eid gebunden sei. Er tat, wie ihm geheißen, und das schändliche Verbrechen der Juden wurde entdeckt.

Ein Aufruhr entstand in der Stadt. Der Sheriff versuchte, die Juden zu schützen, war aber gegenüber der Volkswut machtlos, und während eine große Anzahl Juden getötet wurden, suchten die übrigen ihr Heil in der Flucht. Die Überreste des Leichnams wurden gefunden und der Knabe von der Kirche heiliggesprochen[45]).

Viele Schriftsteller haben die Wahrheit dieser Geschichte angezweifelt. Jacobs[46]) meint, sie sei von der Kirche erfunden; durch die Heiligsprechung hätte sie erreicht, daß alljährlich viele Engländer nach Norwich gewallfahrtet wären, wodurch ihr große Einnahmen erwuchsen. Irgendwelche Beweise vermag er aber für seine Ansicht nicht vorzubringen. Andere Darstellungen besagen[47]), die Geschichte sei lediglich dem einfältigen Volk erzählt, während sie auch oft nur als Legende bezeichnet wird[48]). Wie dem aber auch sei, alte Quellen berichten einwandfrei darüber, und auch andere geschichtliche Tatsachen scheinen die hier gegen die Juden erhobenen Vorwürfe zu bestätigen. Auf dem Festland wurden die Juden ebenfalls in ähnlicher Weise beschuldigt, wie es auch in England nicht an weiteren ähnlichen Ruchlosigkeiten fehlt. So sind andere derartige Morde in Gloucester im Jahre 1168[49]), in Bury St. Edmunds im Jahre 1181[50]), in Winchester im Jahre 1191[51]) und 1232[52]), in London im Jahre 1244[53]) und in Lincoln im Jahre 1255[54]) berichtet worden. Die Entdeckungen der Morde entfachten jeweils großen Aufruhr in den betreffenden Städten, und die Juden hatten erheblich unter der Wut des Volkes zu leiden.

---

[45]) Hyamson: History S. 20.
[46]) Jacobs S. 21.
[47]) Rigg S. XIV, Abrahams S. 10.
[48]) Hyamson: History S. 20 ff.
[49]) Historia et Cartularium Bd. I S. 20, Fox vol. I S. 302 col. II.
[50]) Chronica Jocelini de Brakelonda S. 12, 113/14.
[51]) Annales Monastici Bd. IV S. 24.
[52]) Annales Monastici Bd. II S. 86.
[53]) Matthaei Parisiensis Bd. IV S. 377.
[54]) Annales Monastici Bd. I S. 340, Fox Bd. I S. 423 col. II.

Vorteile kosten Opfer

Obgleich die Juden noch den vollen Schutz Heinrichs II. (1154—1189) genossen[55]), wurden sie von ihm zum Teil sogar mit Gewalt zu besonderen Abgaben herangezogen. Im Jahre 1168 sollten sie 5000 Mark aufbringen, die zu zahlen sich ein großer Teil weigerte, bis sie sahen, daß der König Ernst machte und, um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, einige reiche Juden verbannte[56]). Bereits 1188 mußten sie die ungeheure Summe von £ 60.000 als besondere Steuer an den König entrichten[57]).

Da im folgenden noch öfter von Geldbeträgen die Rede sein wird, dürfte ein Vergleich zwischen dem damaligen und dem heutigen Wert interessieren.

Jacobs[58]) stellt unter Bezugnahme auf verschiedene Sachverständige sehr lange und ausführliche Betrachtungen an und kommt zu dem Ergebnis, daß die damaligen Werte heute etwa dem Dreißigfachen entsprechen. Er selbst gibt zu, nicht ganz sicher zu sein, was sich auch darin zeigte, daß er bei anderer Gelegenheit mit fünfzig multipliziert[59]).

Trotz der obengenannten Steuererhebungen genossen die Juden nicht nur weiterhin den Schutz des Königs, sondern er billigte ihnen sogar durch Gesetz besondere Privilegien zu.

Sie wurden allein unter die Gerichtshoheit des Königs und seiner Richter gestellt und nicht, wie etwa die Engländer in vielen Fällen, unter die ihres jeweiligen Feudalherrn. Bei Rechtsstreitigkeiten unter Juden hatten sie Anspruch auf eigene Richter, wie sie ihren Eid auf die fünf Bücher Moses ablegen durften und auch nur jüdisches und nicht etwa englisches Recht zur Anwendung kam[60]).

Bei Verfahren zwischen Christen und Juden fanden die Verhandlungen vor gemischten Gerichtshöfen statt[61]), die mit einer gleichen Anzahl von Juden und Engländern besetzt waren. Ferner hatten die Juden gegenüber den Engländern den ausschlaggebenden Vorteil, daß „der Eid eines Juden so viel wert war wie die Eide von zwölf Christen"[62]). Diese verschiedene Behandlung und Maßgeblichkeit des Eides ist völlig unverständlich und kann wohl nur daraus erklärt werden, daß der König die Juden erheblich bevorzugte, um durch ihre Abgaben an ihren Wuchergeschäften teilzuhaben.

Außerdem war der Jude dadurch begünstigt, daß er in Geldangelegenheiten nur die Hingabe des Darlehns nachzuweisen hatte, während der beklagte Christ für alle auftauchenden Fragen die volle Beweislast hatte. Diese den Juden gewährten Vorteile er-

---

[55]) Chronicles of the Reigns of Stephen Bd. I S. 280.
[56]) Gervase of Canterbury Bd. I S. 205.
[57]) Gervase of Canterbury Bd. I S. 422, Radulphi de Diceto Bd. II S. 4, Tovery S. 14.
[58]) Jacobs S. 316 ff.
[59]) Jacobs S. 44.
[60]) Henriques: The Jews S. 54.
[61]) Belloc S. 218.
[62]) Hyamson: History S. 9 und 27, Rigg S. XII.

bitterten das Volk immer mehr und der Haß stieg von Tag zu Tag. Auch die Geistlichkeit wandte sich in einer Eingabe an den König und beschwerte sich darüber, daß die Juden derartige Vorrechte genossen[63]).
Im Jahre 1177 erwies der König den Juden die weitere Gunst, ihnen die Beisetzung ihrer Toten an verschiedenen Plätzen in England zu gestatten, was bis zu dieser Zeit nur für London zutraf[64]). Der Historiker Prynne gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß dies der besonderen Erlaubnis des Königs bedurfte. Aber, so fährt er fort, „es scheint, daß die Juden damals in der ganzen Nation so verhaßt waren, daß man ihnen nicht erlauben wollte, ihre Toten in englischer Erde zu begraben, aus Furcht darüber, sie würde dadurch entweiht werden".
Die Juden kümmerten sich aber nicht um den Haß der Bevölkerung. Solange sie dem Schutz des Königs unterstanden, durften sie nach wie vor hoffen, weiter mit Erfolg ihren Wuchergeschäften nachgehen zu können.

Aaron von Lincoln

Der Reichtum der Juden nahm gerade unter der Regierung Heinrichs II. ungeheure Ausmaße an. Der reichste und bekannteste Jude damaliger Zeit war Aaron von Lincoln[65]) (1125—1186).
Aus seinen frühen Lebensjahren ist nichts bekannt. Wir hören nur von ihm in der Zeit von 1166 bis 1186[66]). Es lohnt sich, etwas länger bei ihm zu verweilen, weil man aus seinen Geschäften erkennt, wie auch schon damals ein Jude einen erheblichen Teil der gesamten Geldwirtschaft des damaligen Englands kontrollierte.
Mit seinem Gelde sind zahlreiche Zisterzienser Klöster, wie u. a. diejenigen von Rievalle, New Minster, Kirkested, Ruford, Kirkestal usw. gebaut worden, wie sich mittelbar aus einer Chronik ergibt[67]). Danach schuldeten die genannten Abteien und andere Aaron große Summen Geldes, bei denen es sich nur um einen erheblichen Teil der Bausumme der Klöster gehandelt haben kann. Diese Schuld war nach dem Tode Aarons auf den König übergegangen, der den Abteien einen beträchtlichen Teil davon erließ. Es ist wahrscheinlich unter dem Gesichtswinkel geschehen, daß ein großer Teil der Forderung aus aufgelaufenen Wucherzinsen bestand. Ferner wurden die Abtei von St. Albans, das Münster von Lincoln und die Kathedrale von Peterborough mit Aarons Geld erbaut[68], und

[63]) Thomas Becket Bd. IV S. 148.
[64]) Prynne S. 7.
[65]) Hyamson: History S. 23 ff.
[66]) Jacobs: Abraham von Lincoln S. 157.
[67]) Memorials of Fountains Abbey Bd. II S. 18.
[68]) Hyamson: History S. 23 ff.

wir finden ihn weiter erwähnt in Verbindung mit der Mitteilung, daß ihm verpfändetes Kirchengut ausgelöst wurde[69]).
Die Kirche spielte aber nicht nur die Rolle des Darlehnsnehmers — sie war auch nicht abgeneigt, mit Aaron Geschäfte zu machen, worüber uns ein besonders aufschlußreicher Fall überliefert ist[70]).
Ein gewisser William Fossard in der Nähe des Klosters von Meaux war bei den Juden bis zum Betrage von £ 1.200 verschuldet. Für diese Summe hatte er ihnen einen Teil seines Grundbesitzes verpfändet. Aaron hatte diese Forderung aufgekauft und war bereit, auf fast ein Drittel der gesamten Schuld zu verzichten, falls der Abt des besagten Klosters die Schuld übernahm. William war diesem Wechsel der Gläubiger nicht abgeneigt, zumal seine Schulden infolge der riesigen Zinsen derart stiegen, daß er nie den Betrag zurückzahlen konnte. Der Handel war anscheinend recht günstig für das Kloster, denn neben dem Land erhielt es noch zwei darin belegene Dörfer. So kam das Geschäft zustande; das Kloster zahlte die Schuld einschließlich der Zinsen an Aaron, William aber hatte sein Land verloren.
Die über dieses Geschäft vorhandene Urkunde zeigt, daß Aaron zahlreiche Forderungen von anderen Juden gegen William aufgekauft hatte. Infolgedessen wird auch seine Bereitwilligkeit klar, ein Drittel der Summe nachzulassen. Mit größter Wahrscheinlichkeit hat er die ursprüngliche Gesamtforderung von £ 1.200 weit unter Wert von den verschiedenen Gläubigern gekauft, so daß er selbst bei dem genannten Nachlaß noch ein gutes Geschäft gemacht haben dürfte.
In allen Teilen des Landes hatte Aaron Filialen oder Agenten[71]). Ein erheblicher Teil der Juden stand in seinen Diensten und die meisten scheinen mit ihm Geschäftsbeziehungen unterhalten zu haben[72]).
Unter seinen zahlreichen Schuldnern befanden sich führende Männer damaliger Zeit, so u. a. die Grafen von Leicester und Chester, die Bischöfe von Bangor und Lincoln, ja sogar der Erzbischof von Canterbury[73]). Es findet sich eine sorgfältige, aus alten Urkunden zusammengestellte Aufzählung seiner Forderungen. Das Ergebnis ist erstaunlich, zeigt es doch am besten den Einfluß Aarons[74]). Die Größe seines Vermögens dürfte sich daraus ergeben, daß bei seinem Tode im Jahre 1186 im königlichen Finanzministerium eine besondere Abteilung für die Verwaltung seines Nachlasses eingerichtet wurde[75]).
Auch schon aus dieser Zeit ist uns ein Beispiel dafür überliefert, in welcher Weise jüdisches Geld an kriegerischen Verwicklungen

[69]) Giraldi Cambrensis Opera Bd. VII S. 36.
[70]) Etwas ähnliches finden wir mitgeteilt in Chronica Monasterii de Melsa Bd. I S. 306, 315.
[71]) Hyamson: History S. 23.
[72]) Jacobs: Aaron of Lincoln S. 166/67.
[73]) Jacobs: Aaron of Lincoln S. 169.
[74]) Jewish Historical Society of England (Sessions 1896—1899) S. 174 ff.
[75]) Jacobs: Aaron of Lincoln S. 168.

beteiligt und interessiert war. Ein mächtiger Gefolgsmann des Königs rüstete ohne dessen Kenntnis und Zustimmung ein Heer aus und eroberte Irland im Jahre 1170. Nach Mitteilung einiger Historiker[76]) war der König über diese Tat entrüstet, weil er diese Eroberung als eigenmächtige Handlung eines Vasallen ansah. Infolgedessen habe er die Juden, die nach den ihm zugegangenen Mitteilungen das Unternehmen finanziert hatten, mit schweren Geldstrafen belegt. Welche Tatsachen dieser Überlieferung zugrunde liegen, konnte nicht festgestellt werden.

Volk und Kirche in Händen der Wucherer

Wir sehen den Reichtum der Juden steigen und als Folge davon ihren Einfluß wachsen. Dem stand die Armut des Volkes gegenüber, das ohnmächtig seiner Ausbeutung zusehen mußte.
Man kann sich nicht ohne weiteres einen Begriff davon machen, wie weit schon zu dieser Zeit die Verschuldung gekommen war, so daß wir an Hand von Quellen-Nachweisen näher darauf eingehen wollen.
Die Untertanen waren gehalten, Steuern und sonstige gesetzliche Abgaben zum größten Teil in bar zu begleichen. Der Geldumlauf war immer noch nicht sehr erheblich, und so mußte sich das Volk bei derartigen Zahlungen meistens an die Juden wenden, die dann nur zu bereitwillig gaben. Aus einer eingehenden Darstellung können wir ersehen, wie ein Mann namens Richard of Anesty in kurzer Zeit verschuldete. Richard hatte die Summe von £ 91.6.8 geliehen und hatte darauf an Wucherzinsen 60 v. H. zu zahlen. Daß er in ganz kurzer Zeit ruiniert war, braucht kaum noch erwähnt zu werden.
Aber nicht nur der einzelne im Volk scheint unter dem Wucher der Juden gelitten zu haben, auch die Kirche war in ganz besonderem Maße von den Hebräern abhängig.
Als im Jahre 1173 ein natürlicher Sohn König Heinrichs II. für den Bischof von Lincoln als Nachfolger eingesetzt war, gehörte es zu einer seiner ersten Amtshandlungen, „den Zierat seiner Kirche auszulösen, welchen sein Vorgänger bei Aaron, dem Juden, verpfändet hatte“[77]).
Ein anderer Fall wirft ein noch krasseres Licht auf die damaligen Zeitverhältnisse. Im Jahre 1175 kam der Erzbischof Richard von Canterbury nach der Abtei von Peterborough, um den dortigen Abt William of Walterville abzusetzen, weil er mit Hilfe von Soldaten gegen den Willen der Mönche ins Kloster eingedrungen war und mit Waffengewalt die Gebeine der Heiligen herausgeholt

[76]) Hyamson: History S. 26.
[77]) Giraldi Cambrensis Opera Bd. VII S. 36.

hatte, die er den Juden gegen Geld verpfändete[78]). Wie mag die Moral im Volke gewesen sein, wenn selbst höchste Würdenträger der Kirche solche Taten begingen!
In welcher Verfassung die Klöster und Abteien gewesen sein müssen, zeigt ein weiteres Zeitbild, das durch die Chronik eines Mönches überliefert ist.
Danach befand sich die Abtei von St. Edmunds um das Jahr 1180 in beklagenswertem Zustande. Die Wälder waren niedergeschlagen, die Gebäude verfielen mehr und mehr. Es gab für den Prälaten daher nur einen einzigen Ausweg: weiteres Geld von den Juden zu leihen. Zinsen konnte er schon lange nicht mehr zahlen. Bei Fälligkeit wurde vielmehr die Summe der aufgelaufenen Zinsen jeweils dem Kapital zugeschlagen und eine neue Schuldurkunde ausgefertigt. Dies wiederholte sich bei jedem Fälligkeitstermin, und die Schulden wurden immer größer. Die einzelnen Mönche glaubten, für sich dasselbe Recht in Anspruch nehmen zu können wie ihr Prälat für die Abtei, und so kam es nicht selten vor, daß sie sich für persönliche Zwecke Geld von den Juden liehen. Ohne Zustimmung des Konvents verpfändeten sie dafür goldene Humpen und sonstigen Zierat der Kirche. Der Chronist erzählt, daß er eine Schuldurkunde auf den Namen William fitz Isabel (wahrscheinlich ein Klosterbruder) in Höhe von £ 1.040 und andere Schuldurkunden über £ 400.— gesehen habe, ohne die Begleitumstände ergründen zu können, die zur Ausstellung dieser Dokumente führten. Endlich habe er noch eine dritte Urkunde über eine Schuld von £ 880 zugunsten eines Juden gesehen, die wie folgt entstanden sei:

Die Halle ihres Klosters war zerstört und William, der Sakristan, hatte sie wieder herzustellen, ob er wollte oder nicht. Heimlich habe er sich daher £ 40 von einem Juden geliehen, und da er hierauf keine Zinsen zahlen konnte, sei die Schuld in kurzer Zeit bereits auf £ 100 angewachsen. Der Jude, der mit der Rückzahlung des Geldes nicht warten wollte, habe sich daher an den Abt gewandt, der über die heimliche Tat des Sakristans so entrüstet war, daß er ihn ohne weiteres abzusetzen beabsichtigte. Es habe sich jemand für den Sakristan eingesetzt und den Abt überredet, Gnade walten zu lassen. Der Konvent habe alsdann eine neue Schuldurkunde unterzeichnet, gemäß welcher nach Ablauf von vier Jahren unter Abgeltung der in dieser Zeit entstandenen Zinsen und Zinseszinsen die Summe von £ 400 bezahlt werden sollte. Aber nach dieser Zeit war weder der Sakristan, noch der Konvent imstande, auch nur einen Teil der Schulden abzuzahlen. Wieder wurde eine Urkunde ausgefertigt und darin versprochen, nach weiteren vier Jahren an Stelle von £ 400 den doppelten Betrag, also £ 800 zu zahlen. Der Jude besaß noch verschiedene kleinere Schuldurkunden gegen das Kloster, die sich auf nochmals £ 400

[78]) Gesta Regis Henrici Secundi Bd. I S. 106.

beliefen, so daß, wie der Klosterbruder klagt, der Jude einen Anspruch von £ 1200 gehabt hätte.
Auch der Kellermeister sei, so berichtet der Mönch unter Angabe von Einzelheiten weiter, erheblich bei dem Juden verschuldet gewesen[79]).
Als der gequälte Abt Hugo dann im Jahre 1180 die Augen schloß, hatte sich der Klosterbruder William Hoffnung auf seinen Posten gemacht. Mit ihm hätte sich aber noch der Mönch Samson beworben, der aber weder den Christen noch den Juden genehm war. „Ja, Juden, so sage ich", fährt der Chronist fort, „denn William sei ihnen Vater und Patron. Die Juden erfreuten sich völlig seines Schutzes und könnten im Kloster ein- und ausgehen. Sie wanderten sogar während der Messe an den Altären und am heiligen Schrein vorbei. Ihr Geld würde in der Schatzkammer des Klosters aufbewahrt, und in Kriegszeiten würden ihre Frauen und Kinder im gemeinsamen Speisesaal empfangen[80])."
Samson wurde dennoch gewählt. Seine erste Amtshandlung war die Absetzung von William als Sakristan, der sich aber nicht damit abfinden wollte und im Jahre 1182 zusammen mit anderen unzufriedenen Klosterbrüdern ein Komplott gegen Samson schmiedete. Samson kam dahinter, und um der Verschwörung zu begegnen, wies er eine große Anzahl von Schuldurkunden vor, die hauptsächlich von William ausgestellt waren. Die Summe belief sich auf £ 3.025 einschließlich der kaum zu berechnenden Wucherzinsen, wofür William die seidenen Kappen, Gewänder der Geistlichen, silberne Leuchter und goldene Geräte verpfändet hatte, ohne den Konvent zu fragen. Diese Beweise verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Klosterbrüder, und Samson wurde im Amte belassen[81]).
Diese alten Überlieferungen sind nicht nur interessant, weil sie die allgemeine Verschuldung gegenüber den Juden zeigen, sondern weil sie uns auch darüber unterrichten, wie ihr Einfluß mit Hilfe ihres Geldes bis hinter die Klostermauern ging.
Ja die Juden mischten sich sogar in die ihnen fremden Angelegenheiten des Klosters. Denn „ihnen war die Wahl von Samson nicht genehm", weil er nicht mit ihnen gemeinsame Sache machte. Und als Letztes zeigt uns diese Überlieferung die Anmaßung der Juden: wagten sie es doch, während des Gottesdienstes in der Kirche herumzulaufen. Ein ähnlicher Fall zeigt ein anderes erschreckendes Zeitbild.
Aaron von Lincoln kam nach der Abtei von St. Albans, die ihm für den Bau eine große Summe schuldete. Aaron sei dort erschienen und habe sich gebrüstet, das Geld für die Fenster der Abtei gegeben und dafür gesorgt zu haben, daß dem Heiligen diese Stätte erstand[82]).

[79]) Chronica Jocelini de Brakelonda S. 1 ff.
[80]) Chronica Jocelini de Brakelonda S. 8.
[81]) Chronica Jocelini de Brakelonda S. 22.
[82]) Gesta Abbatum Monasterii Sancti Albani Bd. I S. 198.

Als Heinrich II. im Jahre 1189 starb, erwarteten die Juden von seinem Nachfolger Richard, genannt Löwenherz, nicht nur die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, sondern sie hofften sogar auf Verbesserungen. Der König hatte sich bereits insofern großzügig gezeigt, als er bei seinem Regierungsantritt sämtlichen Eingekerkerten einschließlich der Juden die Freiheit gab[83]).

Die Volkswut bricht aus

Am 3. September 1189 wurde Richard Löwenherz zum König von England gekrönt[84]), ein Tag, der für die Geschichte der Juden im alten England von außerordentlicher Bedeutung war. Von diesem Zeitpunkt an verloren sie an Macht und Reichtum, bis sie schließlich das Land verlassen mußten.
Aus allen Teilen des Reiches, auch aus den damaligen englischen Besitzungen in Frankreich, waren die Untertanen nach London geströmt. Die Juden hatten ihre führenden Leute ebenfalls zu diesem Ereignis entsandt. Aus irgendwelchem Grunde — manche behaupten, aus Aberglauben[85]) —, andere aus Abneigung gegen die Juden[86]) —, erließ der König auf Veranlassung von Baldwin, dem Erzbischof von Canterbury, ein Gesetz, wonach den Juden bei Todesstrafe[87]) verboten war, die Westminster Abtei während der Krönung oder seinen Palast während des Festessens zu betreten. Diese Anordnung wurde noch am selben Tage öffentlich verkündet[88]), indem sie durch Herolde in den Straßen ausgerufen und ebenfalls an wichtigen Plätzen angeschlagen wurde, damit jedermann in der Stadt rechtzeitig davon Kenntnis erhielt. Eine große Menge hatte sich in der Nähe der Kirche und des Palastes eingefunden, darunter auch zahlreiche Juden. Sie führten reiche Geschenke für den König bei sich und waren trotz des Verbots willens, ihm diese noch am selben Tage als Huldigung zu überreichen. Es ist nicht ganz klar, ob sie nur bis zu den Pforten des Palastes kamen[89]) oder bereits bis zum König vorgedrungen waren[90]), als sich Ausländer[91]) oder der Mob[92]) auf sie stürzten. Auf jeden Fall war die Menge entrüstet über die Anmaßung der Juden, das Verbot des Königs zu mißachten. Margoliouth[93]) bricht dar-

[83]) Margoliouth: History S. 83.
[84]) Grafton's Chronicle Bd. I S. 219 ff.
[85]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 294/95, Margoliouth: History Bd. I S. 86.
[86]) Rye S. 8.
[87]) B. B. S. 7.
[88]) W. H. S. 9.
[89]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 294 ff.
[90]) The Metrical Chronicle of Robert of Gloucester Bd. II S. 690 ff.
[91]) Radulphi de Diceto Bd. II S. 69.
[92]) Rogeri de Houedene Bd. III S. 12.
[93]) Margoliouth: Anglo-Hebrew S. 12/13.

über in Klagen aus und jammert, daß „die größten englischen Patrioten, die ältesten Siedler im Lande, die loyalsten und treuesten Untertanen mit brutaler Gewalt vertrieben wurden"; denn sie hätten doch nichts von dem erst am Tage vorher verkündeten Gesetz wissen können. Dies wird durch das Verhalten der Menge widerlegt, die ja auch das Verbot kannte und daher wegen des Gebarens der Juden aufgebracht war. Drohende Fäuste erhoben sich, und bald prasselten Schläge. Die Menge wurde immer erregter und fiel schließlich mit Stöcken über die Juden her. Zuschauer, die weiter abstanden, sahen und hörten den Tumult in dem Glauben, der König selbst habe wegen Überschreitung seines Verbots ihre Zurücktreibung angeordnet. Sie versuchten zu fliehen, wobei aber schon die meisten von ihnen erschlagen wurden[94]). Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die allerdings falsche Nachricht, der König selbst habe die Tötung befohlen. Die Bevölkerung hatte schon lange darauf gewartet, daß der König ihr freie Hand ließ, und nun trat ein, was nach all den Ruchlosigkeiten kommen mußte: Das Volk bewaffnete sich und tötete jeden Juden, der sich zeigte, es sei denn, er ließ sich taufen[95]). Unter den Getauften befand sich einer der führenden Juden von York, namens Benedict. Als man ihn kurze Zeit später vor den König führte, bezeichnete er sich aber wieder als Jude. Aus Verachtung über seinen Wankelmut und über seine Feigheit ließ man ihn leben. Die Unruhen in London gingen auch noch am nächsten Tag nach der Krönung weiter. Die Versuche des Königs, sie zu unterdrücken, waren bei der Wut des Volkes vergeblich. Die Juden zogen sich in ihre festen Häuser zurück, die aufzubrechen das Volk sich vielfach vergeblich bemühte. Man warf dann Brände auf die Dächer, die Juden verbrannten in ihren Häusern, das Feuer sprang in einigen Fällen auf englische Gebäude über, und der Tumult in London war unbeschreiblich[96]).

William of Newburgh, der Chronist, sieht diesen Ausbruch der Volkswut als einen Willen Gottes an, denn die Bestrafung der hochmütigen und ruchlosen Juden mußte kommen[97]).

Der König war zwar über den Vorfall sehr erzürnt, da er gerade an seinem Krönungstag erfolgt war, unternahm jedoch im Verhältnis zu den Vorfällen recht wenig gegen das Volk. Er ließ lediglich drei an dem Tumult Beteiligte hängen; den einen, weil er während der Unruhen das Haus eines Christen geplündert hatte, die anderen beiden, weil durch ihre Unvorsichtigkeit die Häuser von Christen durch Übergreifen des Feuers bedroht waren[98]).

---

[94]) Radulphi de Coggeshall S. 26—28, Matthaei Pariensis, Chronica Majora Bd. II S. 350.
[95]) Chronicles of the Reign of Richard I. Bd. I S. 142.
[96]) Gesta Regis Henrici Secundi Bd. II S. 84, Matthaei Pariensis Historia minor Bd. II S. 9.
[97]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 296.
[98]) Rogeri de Houedene Bd. III S. 12, Fox Bd. I S. 304 col. 2.

Eine Welle von Judenverfolgungen ging durch England[99]). Das Volk ließ seinen lange niedergehaltenen Gefühlen freien Lauf. Wo immer man Juden fand und ihrer habhaft werden konnte, schlug man sie tot. Viele retteten sich und ihre wertvolle Habe dadurch, daß sie in den königlichen Kastellen Zuflucht suchten, die ihnen größtenteils von den Gouverneuren des Königs gewährt wurde. An den Tumulten waren besonders Krieger beteiligt, die dem Aufruf von Richard Löwenherz gefolgt waren, nach Palästina zu gehen. In Norwich[100]), Lincoln[101]), Stamford[102]) und St. Edmunds[103]) waren die Verfolgungen besonders schwer, und viele Juden fanden den Tod.

Interessant ist der Anlaß der Judenverfolgungen in Lynn. Dort hatte sich ein Jude zum Christentum bekannt, worüber die übrigen Juden sehr erbost waren. Als sie den getauften Juden eines Tages auf der Straße trafen, versuchten sie ihn zu töten, jedoch fand er Zuflucht in einer nahegelegenen Kirche. Die Juden ließen nicht von ihm ab, sondern belagerten regelrecht die Kirche und schickten sich sogar an, die von dem Geflüchteten geschlossenen Kirchentüren mit Gewalt aufzubrechen. Andere Christen in der Kirche riefen erschreckt ihre Volksgenossen zu Hilfe, die sich bewaffneten, um die rasenden Juden zu vertreiben. Sie wichen jedoch nicht, und es kam zum Handgemenge, in dem viele Juden getötet wurden. Man verfolgte die fliehenden Juden, plünderte ihre Häuser und brannte sie nieder. Am nächsten Tage kehrte ein jüdischer Arzt nach Lynn zurück, der das Volk beschimpfte und Rache schwor. Die erregte Bevölkerung ergriff ihn darauf und tötete ihn[104]).

Am heftigsten waren wohl die Verfolgungen im Norden Englands, ganz besonders aber in York. Hier war der Wucher schlimmer als irgendwo anders, und an keinem andern Orte gab es mehr reiche Juden als dort. Ihre Häuser glichen Palästen, ihre Lebenshaltung war für damalige Zeiten königlich. Und das alles auf Kosten der Bevölkerung. Nirgends gab es größeres Elend. Das niedere Volk, Kirche und Adlige litten in gleichem Maße. Wer einmal angefangen hatte, Geld zu leihen, war den Juden mit Rücksicht auf die enormen Zinsen rettungslos ausgeliefert. Verschiedene Adlige hatten bereits ihren gesamten Grundbesitz verloren. Erbittert scharten sie das ebenfalls unzufriedene Volk um sich und warteten auf den Tag der Abrechnung[105]). Auf dem Kreuzzug befindliche Krieger, die durch die Stadt zogen, taten ein übriges, und Anfang März 1190 stürmten erregte Volksmassen nachts das Haus eines der reichsten Juden — des bereits erwähnten Benedict. Was man lebend vorfand,

[99]) Annales Monastici Bd. IV S. 42.
[100]) Radulphi de Diceto Bd. II S. 75, Rogeri de Wendover Bd. I S. 176, Chronica Jocelini de Brakelonda S. 33.
[101]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 312.
[102]) Radulphi de Diceto Bd. II S. 75, Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 310.
[103]) Radulphi de Diceto Bd. II S. 76.
[104]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 308.
[105]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 313.

wurde erschlagen, das Haus geplündert und später angezündet. Die meisten Juden von York erreichten im Schutze der Nacht das Schloß, wo ihnen der königliche Befehlshaber Zuflucht gewährte. Als dieser eines Tages für kurze Zeit die Burg verließ, weigerten sich die Juden, ihn wieder einzulassen. Sie hatten sich inzwischen zum Herrn des Schlosses gemacht. Der Befehlshaber rief königliche Truppen herbei, und im Verein mit den wütenden Bürgern wurde die Burg gestürmt. Nachdem die belagerten Juden erkennen mußten, daß ihre Lage hoffnungslos war, tötete sich ein Teil untereinander, während sich die übrigen ergaben, die jedoch von dem erbitterten Volk erschlagen wurden. Unmittelbar danach eilte die Menge zur Kathedrale, wo ihre Schuldurkunden verwahrt wurden. Sie eignete sich diese an und verbrannte sie, aber der König war dadurch besonders aufgebracht, da die Schuldner der Juden nach deren Tode dem König zur Zahlung verpflichtet waren[106]). Die Schuldurkunden waren aber der Beweis für die Ansprüche, und bei deren Verlust hatte der König nichts in Händen, um die Höhe des Vermögens der verstorbenen Juden festzustellen. Er sandte daher eine Strafexpedition nach York, jedoch waren die meisten Aufrührer bereits nach Schottland geflohen[107]). Von den zurückgebliebenen und an den Tumulten Beteiligten wurden 51 Bürger zu einer Gesamtstrafe von £ 228 verurteilt[108]).

Die nicht endende Folge von Ausschreitungen und die damit einhergehenden Verluste von Schuldurkunden veranlaßten anscheinend König Richard, ein Gesetz zum Schutze der Juden zu erlassen. Der Verlust solcher Urkunden traf ihn persönlich, da sich die Abgaben der Juden an ihn nach der Höhe ihres Vermögens richteten. Die Vorfälle in York beschleunigten wahrscheinlich noch die Gesetzesveröffentlichung, die Ende März 1190 stattfand[109]). Hiernach wurde den Juden versichert, daß sie das Recht hätten, in England zu leben. Daneben wurde ihnen ihr Vermögensstand garantiert und ferner ausdrücklich bestätigt, daß sie nach einem Jahr und einem Tag die ihnen verpfändeten Gegenstände verkaufen konnten. Und schließlich noch die einschneidende Maßnahme, die allerdings auch schon vorher in Übung war und unendliche Erbitterung in den Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen hatte: „daß alle Juden in England und der Normandie frei sein sollten von Zöllen und Abgaben". Am Schluß folgte dann nochmals das feierliche Versprechen, alle Juden zu beschützen.

Bekanntlich nahm Richard im Jahre 1190 an den Kreuzzügen teil und kehrte erst im Jahre 1194 nach England zurück. Seine Vorbereitungen für die Kreuzzüge hatten ihm keine Zeit mehr gelassen, in genügendem Maße die gesamte Judenfrage zu regeln.

---

[106]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 323.
[107]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 312 ff., Radulphi de Diceto Bd. II S. 75/76.
[108]) Chronicles of the Reign of Stephen Bd. I S. 324.
[109]) Rymer Foedera Bd. I S. 51.

Nach seiner Rückkehr sandte er Beamte in die verschiedenen Städte, wo Judenverfolgungen stattgefunden hatten. Er wollte sich ein genaues Bild von der Anzahl der getöteten Juden verschaffen, um den Umfang ihrer Hinterlassenschaft festzustellen[110]). Die Nachforschungen in York erwiesen sich als undurchführbar, da ein erheblicher Teil des jüdischen Vermögens aus Forderungen gegenüber Engländern bestand, deren Schuldurkunden bei den Unruhen von der erbitterten Bevölkerung verbrannt worden waren. Dies zeigte ihm, daß er Maßnahmen treffen mußte, ähnliche derartige Vorkommnisse zu vermeiden, denn er betrachtete die Juden und infolgedessen auch ihr Vermögen als sein Eigentum. Außerdem glaubte er nach der damaligen Rechtsansicht, daß die Juden nicht für sich, sondern für andere lebten und so auch für sie materielle Güter erwarben[111]).

Abrahams[112]) hat daraus geschlossen, daß die Juden in ihrem Verhältnis zum König nur Leibeigene gewesen seien. Ein ähnlicher Standpunkt wird auch von Rigg[113], Stokes[114]) und Sir Frederik Pollok bzw. Professor Maitland[115]) eingenommen. Piciotto[116]) glaubt diese Meinung ablehnen zu müssen. Er folgert dies daraus, daß nach seiner Ansicht die Juden nach dem Gesetz berechtigt waren, Grundeigentümer zu sein. Diese Frage ist aber gerade bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr umstritten gewesen und infolgedessen dürfte diese Beweisführung nicht durchschlagend sein. Auch wir sind der Meinung, daß die Juden wahrscheinlich als Leibeigene des Königs zu betrachten waren. Bei ihrem Tode fiel daher der Nachlaß kraft Gesetzes an den König, der gewöhnlich aber von seinem Recht keinen Gebrauch machte, sondern den Nachlaß den natürlichen Erben beließ und nur eine beträchtliche Erbschaftssteuer erhob. Infolgedessen mußte sich der König immer benachteiligt fühlen, wenn er mangels Vorliegens von Schuldurkunden die genaue Höhe des Vermögens nicht feststellen konnte. Er veröffentlichte zur Abhilfe dieses Zustandes bereits im Jahre seiner Rückkehr Gesetze, wonach einmal die Teilnahme an Aufständen bestraft werden sollte, zum andern aber alle Verbindlichkeiten gegenüber den getöteten Juden anzumelden waren[117]). Das für die Zukunft wichtige Gesetz, Capitula de Judaeis genannt, schrieb vor, daß von nun an alle Forderungen, Hypotheken, Häuser und sonstiges Vermögen der Juden registriert werden sollten. Alles, was sie nicht wahrheits-

[110]) Hyamson: History S. 42.
[111]) Henrici de Bracton S. 51.
[112]) Abrahams S. 13 ff.
[113]) Rigg S. XIII.
[114]) Stokes: Relationship S. 161.
[115]) Pollock & Maitland Bd. I S. 471.
[116]) Piciotto S. 70 ff.
[117]) Rogeri de Houedene Bd. III S. 263.

gemäß angaben, sollte einschließlich ihrer Person und ihres weiteren Vermögens als verwirkt gelten.
Außerdem wurden sechs oder sieben Orte des Königreichs vorgesehen, wo alle Schuldverträge unter Mitwirkung von vier Notaren — zwei Engländern und zwei Juden —, zwei gesetzlichen Registraren und sonstigen Angestellten anzufertigen waren. Die Urkunden sollten in verschiedenen Exemplaren ausgestellt werden, von denen eine im Besitz des Juden verblieb, während eine zweite auf der staatlichen Hinterlegungsstelle sicher aufbewahrt wurde. Die hierfür bestimmte Truhe war mit drei Schlössern versehen, wofür je zwei Christen, zwei Juden und die Beamten einen Schlüssel besaßen.
Die Ausfertigung dieser Urkunden sollte auch künftighin einer Art Stempelsteuer unterliegen. Für ihre Rechtsgültigkeit war es notwendig, daß sie in Gegenwart der genannten Personen abgeschlossen waren. Dasselbe galt für irgendwelche Veränderungen, wie z. B. Erhöhung oder Herabsetzung der Schuldsumme oder Veränderung des Zinssatzes. Auch wurde ein genaues Register über die geleisteten Abzahlungen geführt. Am Schluß wurden die Juden nochmals vom König aufgefordert, ihr Vermögen wahrheitsgemäß anzugeben, damit es entsprechend registriert werde, und „ihm alle Fälscher von Verträgen und Münzverbrecher, soweit sie ihnen bekannt waren, anzuzeigen"[118]).
Wenn sich derartige Anordnungen als nötig erwiesen, müssen nicht wenige Fälle vorgelegen haben, in denen die Juden, wie üblich, zahlreich an derartigen Verbrechen beteiligt waren.
Endlich ist dies anscheinend die erste Stelle, an der man Juden in einem Gesetz öffentlich mit Münzverbrechen in Verbindung bringt. Wir werden unten sehen, wie diese jüdischen Ruchlosigkeiten im nächsten Jahrhundert immer mehr ausarteten und zu einem erheblichen Teil zu Judenausweisungen beitrugen.
Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß dies Gesetz allmählich zu dem sogenannten „Exchequer of the Jews" (jüdisches Finanzamt) führte. Die Grundlage hierfür bildete die öffentliche Eintragung der Schulden und eine bereits bestehende Abteilung im Finanzministerium, die für die Verwaltung der riesenhaften Hinterlassenschaft Aaron von Lincolns eingerichtet war. König Heinrich II. hatte beim Tode Aarons im Jahre 1186 von dem Recht der Einziehung des Vermögens voll und ganz Gebrauch gemacht, wobei die Größe des Nachlasses die Schaffung einer besonderen Abteilung im Finanzministerium bedingte[119]). Die genaue Zeit der Errichtung dieses jüdischen Finanzamts ist nicht bekannt, sicherlich erfolgte sie aber nicht vor dem Jahre 1194, dem Erlaß des erwähnten Gesetzes, aber auch nicht nach 1198, denn in diesem letzteren Jahre finden wir in Urkunden Mitteilungen über „Richter der Juden"[120]).

[118]) Rogeri de Houedene Bd. III S. 266, Twysden S. 1258.
[119]) Hyamson: History S. 43.
[120]) Madox, Formulare Anglicanum S. 77.

Diesem „Exchequer of the Jews" oder „Saccarium Judaeorum" oder „Thesauraria Judaeorum"[121]) waren zwei hauptsächliche Aufgaben zur Erledigung zugefallen, die auf finanziellem und gerichtlichem Gebiet lagen. Das jüdische Finanzamt erledigte einerseits alle Transaktionen des Königs mit den Juden, so z. B. die Eintreibung einer Art Erbschaftssteuer, Groschenkopfsteuer, Vermögensteuer und Konfiskationen. Auf der andern Seite wurde dort Recht gesprochen, und zwar nicht nur zwischen dem König und den Juden, sondern auch zwischen dem König und Engländern, soweit es sich um jüdische Geschäfte handelte. Endlich fällte es auch Urteile in Rechtsstreitigkeiten zwischen Engländern und Juden[122]). Die gesamten Verhandlungen wurden urkundlich in den sogenannten „Pipe Roles" (Schatzkammer-Rolle über die Reichseinnahme) niedergelegt und sind noch heute größtenteils erhalten[123]), so daß sich ein ziemlich genaues Bild über die Tätigkeit des jüdischen Finanzamts ergibt.

Die erstgenannte Abteilung hatte dafür zu sorgen, daß beim Ableben eines Juden sein Vermögen festgestellt bzw. geschätzt wurde, was nach Inkrafttreten des Gesetzes vom Jahre 1194 nicht schwer war, da hierüber urkundliche Nachweise vorlagen. Auf den Nachlaß wurde dann im allgemeinen eine Erbschaftssteuer von 33⅓% erhoben[124]).

Bei den sogenannten Konfiskationen handelte es sich um einen Abgabenbegriff, der ein weites Gebiet umfaßt. Hauptsächlich bezog er sich auf Abgaben bei Verleihung von Lizenzen aller Art. Manchmal wurden sie auch bei Eingehung einer Ehe geltend gemacht. Endlich gehörten dazu auch die Kosten für Prozesse zwischen Gläubigern und Schuldnern und umgekehrt.

In naher Verbindung zu diesem Abgabenbegriff stand auch noch derjenige, der bei Begehung von Kapitalverbrechen, wie z. B. Fälschung oder Beschneidung von Münzen usw., unter gleichzeitiger krimineller Bestrafung in Anwendung kam. Die Höhe dieser letzteren Abgabenart soll ganz beträchtlich gewesen sein[125]).

Die für den König einträglichsten Steuern waren jedoch die sogenannten Kopfsteuern. Sie wurden regelmäßig immer dann erhoben, wenn des Königs Kassen leer waren — ein häufiger Zustand —, und in den Jahren 1194 bis 1290 wurden von den Juden auf diese Weise ungeheure Summen gezahlt. Es ist bis heute noch nicht einwandfrei geklärt, wieviel der jährliche Durchschnitt dieser Abgaben erbracht hat. Der bekannte Richter Coke[126]) spricht von etwa £ 50.000 jährlich, während Gross[127]) nur £ 5—10.000 einsetzen will. Wahrscheinlich wird die Summe zwischen beiden liegen; aber selbst wenn man den von Gross angeführten

[121]) Gross S. 175.
[122]) Pollock & Maitland Bd. I S. 90.
[123]) Rigg: Exchequer of the Jews Bd. III S. XIII.
[124]) Gross S. 192 und die dort in Fußnote 54 abgedruckten urkundlichen Texte.
[125]) Hyamson: History S. 45, Cross S. 193, Abrahams S. 14.
[126]) Coke S. 506.
[127]) Gross S. 195.

Betrag annimmt, war er schon im Verhältnis zu den sonstigen Einnahmen des Königs erheblich. König Eduard I. z. B., von dem wir unten noch hören werden, hatte nur einen Etat von £ 65.000[128]), so daß er weitgehend mit den jüdischen Abgaben zu rechnen hatte. Die Kopfsteuer wurde entweder nach Köpfen erhoben[129]) oder es wurde eine bestimmte Summe festgesetzt, die von dem gesamten Judentum Englands zu zahlen war. Die Verteilung auf die einzelnen Mitglieder war ihnen dann selbst überlassen[130]). Nicht selten wurden die reichsten Juden mit Ablieferung der geforderten Summe beauftragt, und es war ihre Sache, wie sie das Geld zusammenbekamen.

Diese Art von Steuererhebung war erst mit Hilfe des jüdischen Finanzamts möglich, denn nur nach den dort geführten Registern konnte der König jeweils das Vermögen der Juden feststellen und entsprechend die Höhe der Kopfsteuer bestimmen. Konnten oder wollten die Juden die ihnen auferlegte Summe nicht aus ihren laufenden Einnahmen zahlen, so konfiszierte der König kurzerhand ihre Forderungen und machte sie im eignen Namen geltend. Eine Zahlung des Schuldners an den Juden nach der Konfiskation wurde nicht anerkannt[131]). Es war nicht selten, daß die Juden die verlangten Kopfsteuern nicht zahlten, worauf man ihr gesamtes Vermögen konfiszierte und häufig eine ganze Familie als Geisel in den Tower sandte[132]).

Der Jude selbst konnte niemals von sich aus rechtsgültig eine Schuld erlassen, sondern bedurfte dazu der Zustimmung des Finanzamtes[133], wie er auch für eine rechtsgültige Abtretung einer Forderung ebenfalls solche Genehmigung einzuholen hatte[134]).

Im Laufe des 13. Jahrhunderts trat eine weitere Veränderung ein, nämlich die, daß sich die Juden nur an solchen Orten niederlassen konnten, wo Filialen des jüdischen Finanzamts bestanden — eine Verordnung von einschneidender Bedeutung, da bis Richard Löwenherz derartige Bestimmungen gefehlt hatten[135]). Nach den sorgfältigen Untersuchungen von Gross[136]) dürften 26 solche Plätze vorgesehen gewesen sein, darunter London, Bedford, Lincoln, Oxford, Cambridge und York. Zahlreiche Städte hatten inzwischen sogar das Privileg vom König erbeten und erhalten, von jeglicher jüdischen Niederlassung befreit zu sein. Zu ihnen gehörten u. a. Derby, Leicester, Newcastle-upon-Tyne[137]). Auf der anderen Seite

---

[128]) Stubbs Bd. II S. 595 ff.
[129]) Madox: Exchequer Bd. I S. 257, Prynne Bd. II S. 32.
[130]) Madox: Exchequer Bd. I S. 224, Prynne Bd. II S. 32, 39, 76 ff.
[131]) Die über diese Vorgänge erhaltenen Urkunden sind noch heute im Record Office aufbewahrt. Daneben gibt es noch zahlreiche weitere urkundliche Mitteilungen, wie z. B. Rymer: Foedera Bd. I S. 337, 407, Prynne Bd. II S. 51, 77, 86/87, 89, 104, 112 u. a. m.
[132]) Chronica majora Bd. V S. 441, Madox: Exchequer Bd. I S. 230, 258, Prynne Bd. II S. 18, 40, 48, 75.
[133]) Madox: Exchequer Bd. I S. 246.
[134]) Prynne Bd. II S. 64.
[135]) Rymer: Foedera Bd. I S. 634, Prynne Bd. I S. 39.
[136]) Gross S. 187.
[137]) Gross S. 190.

wurde den Juden in Ausnahmefällen gestattet, in Städten zu siedeln, wo keine besondere Filiale war[138]).

Die erwähnte zweite Abteilung des Jüdischen Finanzamts hatte die Funktionen eines Gerichts.

Rechtsfälle zwischen Juden gehörten nicht zu seiner Zuständigkeit, denn wir haben bereits oben ausgeführt, daß ihnen hierin eine völlig eigene Gerichtsbarkeit auf der Grundlage ihrer Gesetzesvorschriften zugebilligt war. Nur in einigen Straffällen, die Juden betrafen, war dem Gericht das Eingreifen vorbehalten. Die Geschworenen bestanden in solchen Fällen ausschließlich aus Juden[139]).

In Rechtsstreitigkeiten zwischen Engländern und Juden war ein gemischter Gerichtshof eingesetzt. Unter den ersten diesbezüglich ernannten vier Richtern waren zwei Juden, allerdings scheint man später davon abgekommen zu sein[140]).

Das Gericht hatte alle Fälle zu entscheiden, die mit den für Juden erlassenen Gesetzen zusammenhingen und die oftmals von ihnen nicht beachtet wurden. Den kirchlichen, ja den eigenen Gerichten des Königs war verboten, darüber Recht zu sprechen. Daß dies nicht immer beachtet wurde, ergibt sich aus Warnungen des Königs an die letzteren, sich nicht damit zu befassen[141]).

Sehr zahlreich dürften auch die Fälle gewesen sein, die auf Grund von Auseinandersetzungen zwischen Engländern als Schuldnern und Juden als Gläubigern entstanden[142]). Hatte der König Forderungen von Juden konfisziert, so trat auch er zuweilen als Partei vor Gericht auf.

Laut den uns bekannten Historikern ist die Tätigkeit der Gerichtsabteilung auf die obigen Angelegenheiten beschränkt gewesen. Es scheint aber notwendig zu sein, noch auf andere Funktionen hinzuweisen, die unzweifelhaft von den betreffenden Richtern ausgeübt wurden.

Es finden sich oft Anweisungen des Königs an die Richter, gewisse Engländer aus einer Schuld zu entlassen und von den Juden die Rückgabe der in ihrem Besitz befindlichen Schuldurkunden zu verlangen[143]).

Bezüglich einer weiter festgestellten Tätigkeit ist es allerdings zweifelhaft, zu welcher der beiden Abteilungen sie gehört.

König Eduard I. erfuhr eines Tags, daß die Juden einen gewissen Robert Sturmy hart bedrängten, da er seinen Verpflichtungen ihnen gegenüber nicht nachkommen konnte. Er war nur durch die ungeheuren Wucherzinsen in diese Lage geraten. Die Juden beabsichtigten anscheinend, mit Hilfe des jüdischen Finanzamtes gegen ihn

---

[138]) Gross S. 189.
[139]) Rigg: Exchequer Bd. II S. XV, Rigg: Select Pleas S. XXI.
[140]) Rigg: Exchequer S. XV, Rigg: Select Pleas S. XX.
[141]) Prynne Bd. I S. 34.
[142]) Gross S. 204.
[143]) Rotuli Literarum Patentium S. 31, Rotuli de Liberate S. 24, 34, 35, 38.

vorzugehen, jedoch wies der König die Richter an, ihm Stundung zu gewähren[144]).
Der Beweggrund des Königs für seine Anordnungen ist klar erwiesen, denn er begründet sie damit, daß dem Schuldner „vernünftige Ratenzahlungen einzuräumen seien, um ihm die Rückzahlung ohne Gefährdung seiner Existenz zu ermöglichen[145]). Noch mehr zeigt sich die Nachsicht des Königs in einem andern Fall, in dem er verlangt, daß „durch Nachforschungen festgestellt werden solle, ob der Schuldner imstande sei, zu zahlen, ohne dabei den Unterhalt für sich und seine Familie zu gefährden"[146]).
Rigg[147]) hat in außerordentlich mühseliger und erschöpfender Weise die formelle Seite des Gerichtsverfahrens, also die Zivilprozeßordnung der Gerichtsabteilung des jüdischen Finanzamtes, erforscht. Seine Feststellungen dürften für Juristen von ganz besonderem Interesse sein. Im Rahmen dieser Arbeit mag es jedoch genügen, festzustellen, daß die Vorschriften über die Verhandlung, Zustellung von Klagen usw. mit den damaligen allgemeinen Zivilprozeßordnungen ziemlich übereinstimmten.
Der Sitz der Hauptverwaltung des jüdischen Finanzamts befand sich in Westminster bei London. Die obersten Beamten wurden meistens „Justitiarii ad custudiam Judaeorum assignati", mit anderen Worten „jüdische Richter", bezeichnet. Die Zahl dieser Richter hat fortwährend geschwankt. Die Posten müssen von ganz besonderer Wichtigkeit gewesen sein, denn sie wurden von bedeutenden Männern damaliger Zeit eingenommen[148]).
Ihre Ernennung erfolgte durch den König. Sie hatten dem Finanzminister jeweils über alle finanziellen Geschäfte ihrer Abteilung Rechnung zu legen, wobei nicht selten Unterschleife festgestellt wurden, die hauptsächlich auf Bestechungen seitens der Juden zurückzuführen waren[149]).
Daneben gab es noch den sogenannten „Presbyter omnium Judaeorum Angliae", der von dem Nachfolger von Richard Löwenherz, König John, eingesetzt worden war. Diesem „Presbyter aller Juden Englands" wurde ein ganz besonderer Schutz zugesichert und alle Engländer unter Strafandrohung ersucht, ihn zu respektieren, da er „der königliche Jude sei, den man für die Dienste des Königs angestellt habe". Es mutet fast wie ein Witz an, daß die jeweilige Ernennung dieses Erzpriesters der Juden durch den Erzbischof von Canterbury erfolgte[150]). Er wurde aus den Reihen der führenden Juden gewählt und wahrscheinlich auf Lebenszeit ernannt,

[144]) Madox: Exchequer Bd. I S. 252.
[145]) Madox: Exchequer Bd. II S. 209 Fußnote N.
[146]) Madox: Exchequer Bd. II S. 208 Note L.
[147]) Rigg: Exchequer Bd. III S. XXXI ff.
[148]) Madox: Formulare Angl. S. 77, Chronica Majora Bd. V S. 261, 345, Rymer: Foedera Bd. I S. 362, Chronicles of the Reign of Edward I. Bd. I S. 95, Prynne Bd. II S. 80, 84, 98.
[149]) Madox: Exchequer Bd. I S. 252 ff.
[150]) Rotuli Chartarum Bd. I Teil 1 S. 6, 7.

da uns in der Zeit von 1200 bis 1290 nur sechs Inhaber dieses Amtes begegnen[151]). Seine Rechte und Pflichten sind im einzelnen nicht mehr genau bekannt. Wahrscheinlich dürfte er den König bei Festsetzung der Kopfsteuer beraten haben und dem Gericht bei Übersetzung und Auslegung jüdischer Verträge behilflich gewesen sein[152]).
Der König wie auch die Juden hatten aus der Errichtung des Finanzamts große Vorteile. Der König konnte vor allem immer die Höhe ihres Vermögens aus den Registern feststellen und sie dementsprechend besteuern. Ferner besaß er stets eine Abschrift der Schuldurkunden, so daß er gegen ihre Vernichtung, wie im Falle von York, gesichert war.
Außerdem wurde ihm die Besteuerung der einzelnen Geschäfte erleichtert, da er ohne Mühe aus den Urkunden und Eintragungen in das Register die abgewickelten Transaktionen feststellen konnte. Anscheinend hat der König bei Abschluß der Geschäfte eine einmalige Steuer von 10% erhoben, sicherlich eine durchaus lohnende Einnahmequelle[153]). Den Juden wurde durch das jüdische Finanzamt ihr wucherisches Geschäft gesetzlich garantiert. Der einzige Leidtragende war das Volk. Es mußte die Wucherzinsen zahlen entweder an den König oder an die Juden, mit dem einzigen Unterschied, daß der Erstere manchmal Nachsicht walten ließ.

Bevölkerungsziffer

Bevor wir die Regierungszeit des Nachfolgers von Richard Löwenherz behandeln, wollen wir einige weitere Betrachtungen über die Bevölkerungszahl der Juden zu Ausgang des 12. Jahrhunderts anstellen.
Jacobs[154]) hat sich in sehr sorgfältiger Arbeit der zeitraubenden Mühe unterzogen, Feststellungen über die Ziffer der in England lebenden Juden des 12. Jahrhunderts zu treffen. Er hat dies an Hand von Urkunden getan, in denen in irgendeinem Zusammenhang jüdische Namen erwähnt werden. Die Zusammenstellung umfaßt das ganze 12. Jahrhundert. Danach enthält seine Liste etwa 750 Namen. Mit Recht bemerkt er, daß sich diese auf vier Generationen beziehen, allerdings auch nur jeweils auf die Häupter der Familien. Alles in allem kommt Jacobs auf Grund seiner Feststellungen zu dem Ergebnis, daß zu Ausgang des 12. Jahrhunderts rund 2000 Juden in England waren[155]). Hierbei hat er berücksichtigt, daß etwa 500 Juden während der geschilderten Unruhen ge-

[151]) Rymer: Foedera Bd. I S. 95, 362, 591, Tovey S. 59, Prynne Bd. II S. 54, 80.
[152]) Prynne Bd. II S. 71.
[153]) Rotuli de Oblatis et Finibus S. 197, 202, 210, 231, 236.
[154]) Jacobs S. 345—383.
[155]) Jacobs S. 381.

tötet worden sein dürften. Nimmt man nun an, daß die damalige englische Bevölkerung ungefähr 1½ Millionen betragen hat, so entfielen auf den jüdischen Bevölkerungsanteil etwa 1½%.

Die Juden unter Johann I.

Der bereits erwähnte Nachfolger von Richard Löwenherz, König Johann I. (1199—1216), war zunächst den Juden zugetan. Nachdem er unmittelbar nach seinem Regierungsantritt den Erzpriester der Juden eingesetzt hatte, zeigte er sich auch weiterhin freundlich ihnen gegenüber.

In einem Gesetz vom 10. April 1201[156]) bestätigte er den Juden ausdrücklich ihre früheren Privilegien. Sie blieben nach wie vor von Zöllen und Abgaben befreit, wie ihnen allgemein jede Art von Schutz zugesichert wurde. Außerdem durften sie sich Gegenstände aller Art, mit Ausnahme von Kirchengütern verpfänden lassen und nach einem Jahr und einem Tag verkaufen. Daneben hatten sie weiterhin ihre eigene Gerichtsbarkeit. Die bereits geübte Praxis, beim Tode eines Juden grundsätzlich seinen Nachlaß nicht einzuziehen, sondern nur eine hohe Erbschaftssteuer zu erheben, wurde gesetzlich verankert.

Allerdings scheinen zwei wichtige prozessuale Neuerungen geschaffen worden zu sein. Wollte nach dieser Zeit ein Engländer Klage gegen einen Juden erheben, mußte er es sich gefallen lassen, von jüdischen Richtern abgeurteilt zu werden. Diese, nämlich die Rabbiner, sprachen dann grundsätzlich nach dem Talmud Recht[157]). Bei dieser Prozeßlage sah es meistens für das Obsiegen des Engländers nicht günstig aus, zumal weiter in dem Gesetz bestimmt war, daß ein Jude gegen den anderen keine Aussage zu machen brauchte und daß der Eid eines Juden so viel wert war wie zwölf Eide eines Christen[158]). Wohin mögen derartige Gesetze die damalige Rechtsprechung geführt haben! Leidtragend war wieder allein das Volk.

Natürlich hatte der König dies den Juden so günstige Gesetz nicht umsonst erlassen, vielmehr hatten sie ihm 3200 Pfund zu zahlen[159]), aber auch diese Summe hatte im Endergebnis das Volk bei Aufbringen der Wucherzinsen zu begleichen.

Die offensichtliche Begünstigung veranlaßte eine große Anzahl Juden, vom Festland nach England zu kommen[160]). Diese erneute Einwanderung brachte die Bevölkerung zur Verzweiflung. Sie begehrte auf, und es kam im Jahre 1203 in London zu Unruhen. Wir finden aus diesem Jahre einen Bescheid des Königs an die

[156]) Rotuli Chartarum Bd. I Teil 1 S. 93.
[157]) Margoliouth: History Bd. I S. 123.
[158]) Select Civil Pleas Bd. I S. 3
[159]) Rotuli de Oblatis S. 133, 402, 418.
[160]) Hyamson: History S. 48, Margoliouth: History Bd. I S. 124.

Bürger von London, daß er auf keinen Fall irgendwelche Ausschreitungen gegen die Juden dulden, sondern notfalls die Bürger mit bewaffneter Gewalt zur Verantwortung ziehen würde[161]). Anscheinend hatte dieser strenge Befehl die beabsichtigte Wirkung, denn man hörte in nächster Zeit nichts mehr über Aufstände gegen die Hebräer.

Erstaunlicherweise brachten aber bereits die nächsten Jahre eine veränderte Haltung des Königs ihnen gegenüber. Viele jüdische Historiker schließen daraus, daß sich König Johann I. nur aus diabolischer Berechnung zunächst freundlich ihnen gegenüber gezeigt habe. Es mag sein, aber bewiesen ist es nicht. Vielmehr dürfte eine andere Erklärung mindestens ebenso berechtigt sein: daß wieder einmal die Juden selbst wegen ihres schlechten Betragens allein dafür verantwortlich waren.

Sie hatten, wie immer in der Geschichte, anscheinend die durch den König erfahrene Begünstigung nicht vertragen können und sich damit sein Wohlwollen verscherzt, wie sich aus folgendem ergibt:

Ein Jahr nach den Londoner Unruhen erließ König Johann I. anläßlich des Todes seiner Mutter ein Amnestiegesetz[162]), das außerordentlich weitgehend war, da sämtliche Verbrecher, ganz gleichgültig welche Art von Straftaten sie begangen hatten, aus der Haft entlassen wurden. Nur die jüdischen Verbrecher wurden von dieser Gesetzeswohltat ausgenommen, was sicherlich seinen Grund darin gehabt haben dürfte, daß die Kriminalität der Juden völlig überhandgenommen hatte. Schon im nächsten Jahr machte sich die Veröffentlichung eines besonderen Gesetzes notwendig[163]), das für sie eine verschärfte Strafe für Beschneidung von Münzen vorsah. Der Grund dürfte vor allem gewesen sein, daß hauptsächlich Juden für derartige Verbrechen in Frage kamen. Diese Annahme wird noch durch eine Gesetzesregelung verstärkt, wonach beim Vorhandensein von Geldstücken, die durch Beschneiden entwertet waren, im Zweifel der jüdische Besitzer von vornherein bis zum Beweise des Gegenteils als Täter angesehen werden sollte. Selbstverständlich werden sie ihr Monopol als Geldverleiher nicht selten dazu benutzt haben, die von ihnen selbst entwerteten Münzen einem Darlehnsuchenden aufzuzwingen.

Daß dies Gesetz nicht die beabsichtigte Wirkung gehabt hat, ergibt sich aus einer erneuten Anordnung des Königs aus dem Jahre 1206[164]), wonach die Behörden genaue Untersuchungen über erneut aufgetretene Münzverbrechen anzustellen hatten. Also auch schon damals vermochten anscheinend selbst harte Gesetze nicht, die Juden von allgemeingefährlichen Verbrechen abzuhalten.

Bei diesen Tatsachen drängt sich ohne weiteres der Gedanke auf, daß es nicht der König an gutem Willen gegenüber den Juden hat

[161]) Hardy: Description S. 61, Tovey S. 67.
[162]) Rymer: Foedera Bd. I S. 90.
[163]) Rotuli de Oblatis Bd. I Teil 1 S. 47.
[164]) Rotuli de Oblatis Bd. I Teil 1 S. 54.

fehlen lassen, sondern umgekehrt. Er hatte sie erheblich durch das Gesetz vom Jahre 1201 begünstigt und es ist daher nicht anzunehmen, daß er bereits drei Jahre später aus den ihm unterstellten Motiven seine Haltung völlig veränderte. Die Vermutung liegt viel näher, daß es allein die Juden waren, die den König durch ihr Verhalten verbitterten. So muß man die folgenden Ereignisse lediglich unter diesem Gesichtswinkel werten.

Im Jahre 1210 wurden alle Juden verhaftet und in Bristol zusammengebracht[165]). Anscheinend hatte der König den Verdacht, daß die Schuldeintragungen in den Registern nicht der Wahrheit entsprachen. Auf jeden Fall erhob er unmittelbar nach der Verhaftung eine Kopfsteuer von 66 000 Mark oder rund £ 53.000 (eine Mark war damals gleich £ 0,8), und es bedurfte der schärfsten mittelalterlichen Folter, diesen Betrag allmählich hereinzubekommen. Hierdurch dürfte sich die Vermutung bestätigen, daß die Register tatsächlich in Unordnung geraten waren, denn im Jahre 1188 war die bei weitem größere Summe von £ 60.000 mühelos und ohne Anwendung von Gewalt von ihnen bezahlt worden. Dabei hatten sie seit dem Jahre 1190, also seit 20 Jahren, unter dem ausdrücklichen Schutz des Königs ihren wucherischen Geschäften nachgehen können. Diese Zeit muß ihnen, wie spätere Zahlungen unter Berücksichtigung der einzelnen Zeitabschnitte zeigen, genügt haben, einen weit größeren Betrag aus dem Volke herauszuziehen. Bei diesen Gewaltanwendungen ist man anscheinend ziemlich hart vorgegangen. So wird berichtet, daß einem Juden aus Bristol, der sich weigerte, die Summe von rund £ 7.330 zu bezahlen, jeden Tag ein Zahn ausgezogen wurde, und daß er sich erst bequemte, die Zahlung zu versprechen, als er nur noch einen einzigen Zahn besaß[166]). Tatsächlich wurde auch die Summe dann recht bald beglichen.

Einige Jahre später fand ein Aufstand der Barone gegen den König statt. Die Adligen waren allgemein feindlich gegen die Juden eingestellt, denen sie verschuldet waren. Der Krieg endete mit dem Sieg der Barone und der anschließenden Verkündung der berühmten Magna Charta, in der die Grundlage zu den freien Rechten der Engländer gelegt wurde. Bei dem Haß der Barone gegen die Juden überrascht es nicht, daß in dem betreffenden Gesetz besondere Schutzvorschriften für die Engländer in Rücksicht auf die jüdischen Wucherer eingefügt wurden[167]). Sie sahen u. a. vor, daß die Erben eines Nachlasses, der mit Schulden gegenüber Juden belastet war, während ihrer Minderjährigkeit keine Zinsen zu zahlen hatten. Im Falle des Todes eines Schuldners sollte seine Witwe ihr eingebrachtes Gut zur freien Verfügung haben und in keiner Weise für die Schulden ihres Mannes haften. Endlich war vorgesehen, daß die Schulden eines Nachlasses gegen-

---

[165]) Gervase of Canterbury Bd. II S. 105, Rogeri de Wendover Bd. II S. 54, Chronica Majora Bd. II S. 528, Madox: Exchequer Bd. I S. 223.

[166]) Rogeri de Wendover Bd. II S. 54, Chronica Majora Bd. II S. 528.

[167]) Magna Charta S. 2 ff.

über Juden im allgemeinen nur allmählich aus den Überschüssen getilgt werden sollten.
Der Friede in England sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Im Jahre 1216 kam es zum Kriege zwischen dem schottischen König und Johann I. Bei der Einnahme von Berwick ließ König Johann Gefangene in der grausamsten Weise zu Tode foltern. Aus einer vertrauenswürdigen Quelle[168]) ist uns übermittelt worden, daß „der König Juden mit sich führte, welche seine Leute in dieser Verruchtheit unterrichten sollten". Es ist immerhin bemerkenswert, festzustellen, daß die Juden auch schon zu diesen Zeiten die nötige Erfindungsgabe hierfür besaßen. Auch darin hat sich bis heute nichts geändert, denn ihre Rolle bei derartigen Verbrechen in Rotspanien und Rußland ist nur allzu bekannt.
Interessant ist die Stellungnahme des jüdischen Historikers Hyamson[169]) dazu. Er behauptet, die Juden seien zu diesem Amt gekommen, weil die Engländer derartige Grausamkeiten ablehnten und der König dann die armen Juden gegen ihren Willen dazu gezwungen hätte. Trotz eifriger Nachforschungen konnten wir aber diese Darstellung in der Chronik nicht entdecken. Vielmehr befindet sich nur der oben wiedergegebene wörtliche Vermerk in der Überlieferung.

Es gärt weiter

König Johann I. starb im Jahre 1216 und sein neunjähriger Sohn folgte ihm als Heinrich III. (1216—1272) auf den Thron. Die Regentschaft wurde von Männern geführt, die die judenfeindliche Politik der letzten Regierungsjahre König Johanns aufgaben und den Juden im Gegenteil jeden Schutz angedeihen ließen. So kann man feststellen, daß sie durch zahlreiche Anordnungen immer wieder für das Wohl der Juden eintraten[170]). Die Folge war wie immer ein stärkeres Anwachsen ihres Reichtums sowie weitere Einwanderung vom Festland einerseits[171]), Ausbeutung des Volkes und dessen zunehmende Erbitterung andererseits. Das Wohlwollen dieser Ratgeber ging so weit, daß auf Grund eines Amnestiegesetzes sämtliche Juden aus den Strafanstalten entlassen wurden[172]).
Im Jahre 1218 wurde ein Gesetz verkündet, wonach sie ein Abzeichen zur Identifizierung ihrer Rasse zu tragen hatten[173]), das aus zwei Streifen weißen Linnens oder Pergaments an hervorstechender Stelle der Bekleidung bestand. Die Historiker streiten

[168]) Chronica de Mailros S. 190.
[169]) Hyamson: History S. 50.
[170]) Patent Rolls Bd. I S. 23, 30, 59, 157.
[171]) Margoliouth: History Bd. I S. 133 ff.
[172]) Hyamson: History S. 51.
[173]) Rymer: Foedera Bd. I Teil 1 S. 151.

sich darüber, ob dies Gesetz zum Vor-[174]) oder Nachteil[175]) der Juden war. Wie dem aber auch sei, zweifellos lag ein Grund für den Erlaß des Gesetzes vor, den wir heute nur erraten können.
Im Jahre 1208 war es notwendig, den Juden Isaac von Norwich zu einer Geldstrafe von etwa £ 6.000 zu verurteilen[176]). Genaueres über die Gründe ist nicht bekannt. Es hat sich aber sicherlich um ein festgestelltes schweres Verbrechen gehandelt, da der König bzw. seine Regenten unbestritten zu dieser Zeit den Juden jede Gunst erwiesen und diese Handlung daher nicht durch allgemeine feindliche Einstellung hervorgerufen sein kann.
Die Einwanderung nach England muß auch weiterhin erheblich gewesen sein. Andererseits hatten die Behörden anscheinend das Bedürfnis, den Zustrom zu unterbinden, und es kam häufig vor, daß man die Juden nicht ins Land ließ, sondern sie in den Häfen der Südküste ins Gefängnis warf[177]). Der König war nicht damit einverstanden und erließ eine Anordnung an alle in Frage kommenden Hafenbehörden, daß sämtliche ausländischen Juden freien Zutritt haben sollten[178]). Um auch die Neuankömmlinge in das Finanzsystem des Exchequer of the Jews einzubeziehen, wurde ferner bestimmt, daß sie ihren Namen und Aufenthaltsort den Richtern anzuzeigen hatten, wie sie auch nicht das Land ohne die königliche Erlaubnis verlassen durften.
Je mehr Juden ins Land kamen, desto größer wurde der Wucher, um so unglücklicher wurde die Lage des Volkes. Mit Rücksicht auf den Schutz des Königs bzw. seiner Ratgeber wagten die Engländer jedoch nicht, etwas zu unternehmen. Unerwarteterweise kam ihnen die Kirche zu Hilfe, die — wie bereits dargelegt — stark unter dem Wucher der Juden zu leiden hatte. Ihre Bestrebungen, Christen zur jüdischen Lehre zu bekehren, waren unvermindert, und sogar ein Diakon hatte aus Liebe zu einer Jüdin ihren Glauben angenommen[179]). Die Kirche glaubte daher, von sich aus handeln zu müssen. Auf der Synode von Oxford[180]) im Jahre 1222 wurde unter Führung des Erzbischofs von Canterbury, Stephen Langton, dem Helden der Magna Charta, wie man ihn zu nennen pflegte[181]), bestimmt, daß die Juden keine christlichen Sklaven halten und keine weiteren Synagogen bauen dürften. Außerdem war ihnen „jeder Umgang mit Engländern beiderlei Geschlechts untersagt". Um Christen von vornherein das Erkennen von Juden zu ermöglichen, wies man nochmals ausdrücklich auf die Verordnung des Königs hin, wonach sie die genannten Abzeichen zu tragen hatten. Endlich wurde den Hebräern verboten, „irgendeine Kirche zu betreten oder ihre Waren dort

[174]) Tovey S. 81 ff., Hyamson: History S. 52.
[175]) Margoliouth: History Bd. I S. 136, Rye S. 152.
[176]) Rye S. 151.
[177]) Hyamson: History S. 52.
[178]) Patent Rolls Bd. I S. 180.
[179]) Annales Monastici B. IV S. 62, Chronica Majora Bd. III S. 71, Chronica Minora Bd. II S. 254.
[180]) Tovey S. 81.
[181]) Leeming S. 164 ff.

zu lagern". Im Nichtbeachtungsfalle sollte der zuständige Bischof angerufen werden. Welche Zustände müssen geherrscht haben, wenn diese letzteren Bestimmungen notwendig waren!
Gleichzeitig mit diesem Gesetz erließen der Erzbischof von Canterbury und die Bischöfe von Lincoln und Norwich ein Dekret, wonach allen Engländern in ihren Gebieten untersagt war, geschlechtliche Beziehungen oder irgendwelchen Umgang mit Juden zu unterhalten. In Verfolg dieser Vorschrift war es ferner verboten, irgend etwas von Juden zu kaufen oder ihnen gegen Entgelt Lebensmittel oder sonstige Erfordernisse für den Unterhalt zu überlassen.
Der König betrachtete diese Maßnahmen jedoch als Eingriff in seine Rechte und fürchtete anscheinend, daß aus der verlangten Boykottierung eine allmähliche Aushungerung der Juden entstehen könnte. Infolgedessen veröffentlichte er ein Gesetz[182]), nach dem die Dekrete der Kirche als aufgehoben erklärt wurden. Gleichzeitig wies er die in Frage kommenden Beamten an, alle Untertanen zu ersuchen, Nahrungsmittel usw. an Juden zu verkaufen. Zuwiderhandlungen wurden mit Gefängnis bestraft.
Auch in den nächsten Jahren erfreuten sich die Juden weiterhin des besonderen Schutzes des Königs. Solange noch der für ihn handelnde Regent, Hubert de Burgh, im Amte war, blieb es bei dieser Begünstigung, jedoch wurde es unmittelbar nach seiner Absetzung anders. Ein äußeres Zeichen hierfür war zunächst die Erhebung einer Kopfsteuer von 4000 Mark (£ 3.200) im Jahre 1226, und bald darauf einer weiteren von 6000 Mark (£ 4.800), welch letztere aber erst im Jahre 1230 bezahlt wurde[183]). Tovey[184]) behauptet sogar unter Berufung auf den Mönch Matthew Paris, in diesem Jahre sei ein Drittel des gesamten Vermögens der Juden vom König enteignet worden. Dies scheint aber nicht zuzutreffen, denn die folgenden Jahre zeigen weit höhere Summen, die einzutreiben wohl unmöglich gewesen wäre, wenn man ihnen bereits im Jahre 1230 ein Drittel ihres Hab und Gutes genommen hätte. Auch war die Zeitspanne zu kurz, um den Verlust durch Wucher wieder wettzumachen, denn bereits in den Jahren 1232—34 wurden weitere Kopfsteuern von zusammen 18000 Mark (£ 14.400) erhoben[185]).
Es blieb natürlich nicht verborgen, daß der König den Juden seine Gunst allmählich entzog. Es verwundert daher nicht, daß neben der Kirche das Volk von neuem seine Rechte ihnen gegenüber durchsetzte. Die Führung ging sowohl von den erstarkenden Städten als auch von den immer mächtiger werdenden Baronen aus.
Daß gerade die Städte die ersten in diesem Kampfe waren, ist nur zu erklärlich, denn nur dort war den Juden der Aufenthalt — von Ausnahmen abgesehen — erlaubt, und so mußten die

[182]) Tovey S. 82/3, Rotuli Litterarum Claus. um Bd. I S. 567.
[183]) Rymer: Foedera Bd. I S. 503, 634, Madox Bd. I S. 224, 260.
[184]) Tovey S. 88, Chronica Majora Bd. III S. 194.
[185]) Rigg: Select Pleas S. XXVI, Hyamson: History S. 54.

Einwohner nicht nur ihre Gegenwart erdulden, sondern sie fürchteten auch, dadurch in ihren neuen Rechten und Freiheiten beeinträchtigt zu werden. Zu Anfang des 13. Jahrhunderts hatten viele Städte unter großen Kosten und dementsprechenden Opfern ihre Selbstverwaltung vom König oder Adel erkauft. Die Freiheiten bestanden hauptsächlich darin, daß sie nicht mehr den königlichen Gerichten, sondern nur noch ihren eigenen unterstanden. Die Juden waren aber ausdrücklich hiervon ausgeschlossen und als Eigentum des Königs nur seiner Gerichtsbarkeit unterworfen. Auch hatten sie infolgedessen keine Abgaben an die Städte zu leisten, was immer ein besonderer Grund zur Erbitterung des Volkes war. Innerhalb des Bereichs der Städte hatte der König grundsätzlich keine Gewalt[186]). In verschiedenen Orten, wie z. B. London, Oxford u. a., war außerdem vorgesehen, daß sich die Juden der Behörden des Königs bedienen konnten, um ihre Forderungen einzutreiben. Derartige Handlungen wurden aber von den Städten am meisten gefürchtet und abgelehnt, da man sich gerade dadurch in seinen Rechten bedroht fühlte[187]). Als der König zur Abwendung der Ausschreitungen in verschiedenen Städten seinen Behörden den ausdrücklichen Schutz der Juden anempfohlen hatte, war der Unwille der Bevölkerung besonders groß[188]).

Anfang des Jahres 1234 lassen sich daher die ersten Versuche der Städte feststellen, die Hebräer, die für sie Fremdkörper waren, auszustoßen. Als der König diesen Wünschen nicht genügend entgegenkam, brachen Unruhen aus. So wurden in Norwich die Häuser der Juden geplündert und niedergebrannt[189]). Hyamson[190]) weiß zu berichten, daß sich der Bischof von Norwich an die Ratgeber des Königs wandte, um Maßnahmen gegen sie zu erbitten. Die Vorstellungen waren jedoch vergeblich gewesen[191]) und so hatte sich das empörte Volk selbst sein Recht dadurch verschafft, daß man sie gewaltsam entfernte. Etwas Ähnliches ereignete sich auch im Jahre 1243[192]) in Oxford. Mit der wachsenden Abneigung des Königs gegen die Juden erleben wir dann, daß er mehr und mehr Städten das Recht einräumte, die Ansiedlung von Juden abzulehnen oder bereits anwesende auszuweisen. 1245 erließ er sogar ein allgemeines Gesetz, das allen Juden — mit Ausnahme derjenigen, die vom König bereits eine besondere Aufenthaltsgenehmigung besaßen — untersagte, sich anderswo niederzulassen als dort, wo sich bereits ihre Glaubensgenossen befanden[193]).

Auch in den Reihen der Barone zeigte sich schon früh heftiger Antisemitismus, dessen ersten Anfänge wir bereits

---

[186]) Chronica Jocelini S. 2, De Antiquis Legibus S. 16, Tovey S. 50.
[187]) Abrahams S. 18.
[188]) Patent Rolls Bd. 1281—1292 S. 15, Tovey F. 77—79.
[189]) Tovey S. 101.
[190]) Hyamson: History S. 54.
[191]) Abrahams S. 20.
[192]) Annales Monastici Bd. 4 S. 91.
[193]) Prynne Bd. II S. 75, Madox: Exchequer Bd. I S. 248/49.

in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts finden. Wenn auch die Beteiligung der englischen Ritterschaft an den Kreuzzügen nicht so groß gewesen ist wie die des Kontinents, so finden wir darunter doch zahlreiche Adlige, besonders zur Zeit von Richard Löwenherz. Zu derartigen langen Expeditionen erwiesen sich aber viele Anschaffungen als erforderlich, die mit großen Geldausgaben verbunden waren. Daneben mußten aber die Kreuzfahrer eine erhebliche Summe Geldes mit sich führen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Eigenes flüssiges Geld hatten sie kaum. Der großen Idee zu dienen, waren sie zu jedem Opfer bereit. Sie verpfändeten daher Hab und Gut, insbesondere ihr Land, ohne Rücksicht auf die ungeheuren Wucherzinsen. Die Juden nutzten diese Konjunktur rücksichtslos aus, und der Grundstein zu ihrem Reichtum dürfte zum erheblichen Teil durch solche Transaktionen gelegt sein[194]). Die Rückzahlung der Schulden war fast immer unmöglich, da ihre Ländereien nicht einmal soviel Erträgnisse abwarfen, um nur die Wucherzinsen zu bezahlen. Die Ritter waren daher der Gnade der Juden oder aber auch des Königs ausgeliefert, wenn er ihre Forderungen enteignet hatte. Sie erkannten daher, daß sie sich nur in einer gemeinsamen Front gegen König und Juden der Ausbeutung erwehren konnten. Es überrascht daher nicht, daß sie bereits in der Magna Charta die schon erwähnten Bestimmungen eingefügt hatten. Die Verhältnisse hatten sich aber immer mehr zu ihrem Nachteil entwickelt, und so setzten sie in dem sogenannten nationalen Rat von 1244 gegenüber dem König das Recht durch, einen der Richter im jüdischen Finanzamt ernennen zu dürfen. Auf diese Weise hatten sie durch den von ihnen erwählten Vertreter nicht nur einen Einblick in die jüdischen Geldgeschäfte, sondern auch einen Anteil an der Regelung derselben[195]). Sie hatten ferner erkannt, daß sie im Kampf gegen den König um Erweiterung ihrer Privilegien nur erfolgreich sein konnten, wenn sie gleichzeitig die Juden niederringen würden, denn der König war bei seinen kriegerischen Auseinandersetzungen mit ihnen imstande, immer wieder auf den Reichtum der Juden zurückzugreifen[196]).

So standen Volk, Adel und Kirche diesmal in einem Lager und es war nur noch notwendig, den König in der Judenfrage zu gewinnen oder ihn zu der gewünschten Politik zu zwingen. Es ist erstaunlich, immer wieder in der Geschichte zu finden, daß die Juden in Zeiten harter Bedrängnis und drohender Gefahr durch für jedermann offenbare Ruchlosigkeiten ihre Lage verschlechtern und fast ausschließlich selbst zu ihrem Niedergang beitragen. Dies sollte auch in dieser Zeit in England der Fall sein.

Nach dem Jahre 1230 entführten sie in Norwich einen Knaben von etwa fünf Jahren und beschnitten ihn. Das Kind entkam aber

---

[194]) Hyamson: History S. 11, Gross S. 173, Abrahams S. 23.
[195]) Chronica Majora Bd. IV S. 367.
[196]) Hyamson: History S. 62/63.

der jüdischen Gefangenschaft und fand Unterkunft bei Freunden. Die Juden verlangten in anmaßender Weise unter Androhung von Gewalt den Jungen zurück. Als die Engländer sich weigerten, ihn herauszugeben, wandten sich die Juden sogar an die zuständige Behörde und baten um Unterstützung. Diese lehnte aber anscheinend ein Eingreifen ab. Weitere Überlieferungen über diesen Vorgang im Jahre 1230 fehlen. Erst eine ganze Zeit später erstattete der Vater des Jungen Anzeige wegen der Straftaten. Von den vor Gericht zitierten Beteiligten erschienen nur zehn. Die Voruntersuchungen endeten damit, daß die Beweislast genügte, um das Hauptverfahren zu eröffnen und die Täter in Haft zu nehmen, die daraufhin zur Aburteilung durch ein Gericht des Königs nach London gesandt wurden. Der König führte anscheinend selbst den Vorsitz in der Verhandlung, erklärte sich aber in Anwesenheit des Erzbischofs von Canterbury, zahlreicher Adliger und Bischöfe für unzuständig, da dieser Fall vor die kirchlichen Gerichte gehöre.

Nach dieser Entscheidung war es den Juden klar, daß sie bei der bekannten Einstellung der Geistlichkeit von dem kirchlichen Gericht eine harte Strafe zu erwarten hatten. Sie wandten sich daher mit Hilfe anderer Hebräer an den König, den sie baten, die Entscheidung rückgängig zu machen und die Verhandlung vor einem eigens für sie bestellten Gericht anzuberaumen, was auch durch zahlreiche Bestechungen erreicht wurde. Das nun eingesetzte Gericht unternahm keinerlei Schritte, und man erfuhr einige Jahre nichts mehr über den Fall. Plötzlich griff aber der König aus unbekanntem Grunde die Strafsache wieder auf und wies die örtlichen Gerichte in Norwich trotz vorhergehender und neuer Bestechungen — wie Hyamson[197]) klagt — an, das Verbrechen abzuurteilen. Im Jahre 1241 hören wir dann, daß ein Teil der Juden hingerichtet worden ist[198]). Rye[199]) hat sich bemüht, ausführlich die Unschuld der Juden nachzuweisen, die er insbesondere aus 23 Dokumenten folgern zu können glaubt. Er hat diese Urkunden eingehend studiert und sie in einem besonderen Aufsatz behandelt. Seinen Ausführungen kann aber nicht gefolgt werden, da seine Rechtfertigung — der Knabe sei ein Kind getaufter Juden gewesen — weder durchschlagend, geschweige denn bewiesen ist. Abgesehen davon hat Rye auch nicht die andern zeitgenössischen Quellen widerlegen können.

Aus den hervorragenden Aufzeichnungen von Matth. Paris, einem Mönch, ist auch eine Mitteilung aus dem Jahre 1241 über einen Vorfall in Deutschland und andern Ländern außerordentlich aufschlußreich[200]).

---

[197]) Hyamson: History S. 58/59.
[198]) Historia Minora Bd. II S. 375, Bd. III S. 271, Chronica Majora Bd. III S. 543, Bd. IV S. 30.
[199]) Rye: Norfolk Miscellany Bd. I S. 340.
[200]) Chronica Majora Bd. IV S. 131, Prynne Bd. I S. 18.

Um diese Zeit fanden in Palästina heftige Kämpfe mit den Tataren — wie man diese Völker nannte — statt. Wahrscheinlich handelte es sich um Türken. Die Juden in Europa, insbesondere in Deutschland, waren der Ansicht, daß diese wilden Völkerschaften Nachkommen verlorengegangener jüdischer Stämme waren. Sie trafen sich in geheimen Versammlungen und faßten den Entschluß, diese Tataren zu unterstützen. „Die Zeit sei gekommen", so machten sie geltend, „daß sie sich befreien könnten, und nicht nur das, sie könnten sich auch die ganze Welt untertan machen". Dies wäre endlich eine Gelegenheit, sich an den Christen zu rächen. Man gründete — nicht mehr und nicht weniger — eine geheime Liga mit den sogenannten Tataren. Als erste Hilfe für diese beschloß man die Anschaffung und Übersendung von Waffen. Allerdings durfte dies auf keinen Fall den christlichen Völkern bekannt werden, weshalb man auf folgenden Einfall kam:
Es wurde das nur allzu willig geglaubte Gerücht verbreitet, sie hätten einen Auftrag auf Wein von den Tataren erhalten, der indes von den Juden besorgt sein müsse. Sie gedächten, diesen Wein zu liefern. Um aber der christlichen Welt einen Dienst zu erweisen, würden sie ihn vergiften, damit ein großer Teil der Tataren daran sterben müsse.
Die Christen gingen darauf ein und hatten nichts gegen den Plan der Juden. Tatsächlich packten diese aber heimlich Waffen aller Art in die Weinfässer, und nur durch die Aufmerksamkeit von Zollbeamten wurde die Tat entdeckt und entsprechend gesühnt.
Unter den oben geschilderten Umständen kann es nicht verwundern, daß die Lage der Juden in England durch ihre eigene Schuld immer schwerer wurde. Eine Kopfsteuer löste die andere ab. Im Jahre 1236 mußten sie etwa £ 13.000, im Jahre 1239 ein Drittel ihres Vermögens an den König abtreten oder im Weigerungsfalle das Land verlassen. Sie wählten die erste Alternative. Trotz dieses Aderlasses waren sie imstande, in den Jahren 1241, 1244 und 1245 wiederum eine Besteuerung von je etwa £ 15.000 bzw. £ 44.000 aufzubringen. Ungeachtet dieser riesigen Zahlungen entrichteten sie bereits in den Jahren 1246 und 1247 etwa £ 7.500 bzw. £ 4.000, im Jahre 1249 etwa £ 7.300, und im Jahre 1250 wurde ihnen erneut ein Teil ihres Vermögens enteignet, dessen Höhe allerdings nicht feststeht. Für die Zeit von 1251 bis 1269 hatten die Juden nochmals etwa £ 20.000 zu zahlen[201]). Diese Summen sind mit ziemlicher Gewißheit aus Urkunden festzustellen. Die Aufbringung dieser Beträge, die man, verglichen mit der heutigen Kaufkraft, mindestens mit 30 multiplizieren muß, ist kaum zu glauben. Sie ist aber nur dadurch möglich gewesen, daß von den Juden bis 86⅔% Zinsen genommen worden sind[202]). Auf diese Weise

[201]) Chronica Majora Bd. III S. 220, 292—296, 308, Bd. IV S. 88, 260, Bd. V S. 115, 441, 487/88, Rymer: Foedera Bd. I S. 274, 293, 315, Prynne Bd. II S. 30 ff., De Antiquis Legibus S. 19 ff., Madox: Exchequer Bd. I S. 224—261, Hyamson: History S. 57, Margoliouth: History Bd. I S. 152 ff., Rye S. 155 ff.
[202]) Palgrave Bd. II S. 9 ff.

konnten sie den durch Besteuerung erlittenen Schaden immer wieder wettmachen.
Der König hatte inzwischen zu dem jüdischen Finanzamt eine ergänzende Einrichtung geschaffen, die man kurz „Jüdisches Parlament" nannte.
Eine Überholung der in den verschiedenen Filialen niedergelegten Schuldurkunden ließ es dem König wünschenswert erscheinen, weitere Maßnahmen zur Gesamterfassung jüdischer Vermögen durch Steuern sicherzustellen. Im Jahre 1240 ernannte er daher bestimmte Beamte, die in den einzelnen Städten eine Aufstellung des Vermögens der Juden zu machen hatten[203]).
Dies muß verhältnismäßig schnell ausgeführt worden sein, denn bereits im nächsten Jahre wurden die meisten Sheriffs vom König angewiesen, sechs der reichsten Juden ihres Bezirks zu benennen und sie zu Verhandlungen mit dem König nach Worcester zu senden. Von kleinen Gemeinden hatten nur zwei Abgeordnete zu erscheinen[204]).
Die Juden hatten Zeiten schwerer Abgaben an den König hinter sich und erhofften daher nur Gutes von der Zusammenberufung ihrer Vertreter. Auch der Inhalt der verschiedenen Anweisungen an die Sheriffs ließ dies erwarten, da hierin als Zweck der Versammlung angegeben war: „Verhandlungen mit dem König zu seinem und der Juden Nutzen". Sofort bei Zusammentritt des „Parlaments" zeigte sich aber, daß es sich nur um eine neue Methode handelte, die Abgaben der Juden auf sichere Weise hereinzubringen. Die Abgeordneten wurden verpflichtet, als Bevollmächtigte des Königs die festgesetzten Summen von ihren Rassegenossen einzutreiben. Für den Erfolg waren sie allein verantwortlich. Im Falle des Mißlingens mußten sie gewärtig sein, daß ihr ganzes Vermögen enteignet wurde. Durch die urkundliche Niederlegung der Anwesenheitsliste dürfte uns der weitaus größte Teil der Namen der Abgeordneten erhalten geblieben sein, es waren etwa 100 an der Zahl[205]).
Die Abgeordneten hatten ihre Tüchtigkeit auch sofort unter Beweis zu stellen. Schon in der ersten Sitzung erhielten sie den Auftrag, etwa £ 16.000 für den König zu sammeln. Tatsächlich brachten sie diese Summe nicht bis zum festgesetzten Zeitpunkt zusammen. Der König ließ daraufhin das Vermögen der betreffenden Abgeordneten enteignen und sie und ihre Familien ins Gefängnis werfen.
Die Juden taten durch den rituellen Kindesmord von London im Jahre 1244[206]) ein Weiteres, um König, Volk, Barone und Kirche gegen sich aufzubringen. Die an dem Leichnam vorgefundenen Merkmale ließen für die Richter keinen Zweifel, daß es sich um einen jüdischen Ritualmord gehandelt hatte. Das Kind wurde als

[203]) Close Rolls Bd. 1237—1242 S. 202 ff.
[204]) Close Rolls Bd. 1237—1242 S. 346, Prynne Bd. II S. 43/44.
[205]) Close Rolls Bd. 1237—1242 S. 354/55.
[206]) Chronica Majora Bd. IV S. 377.

Märtyrer nahe dem Hochaltar der St. Pauls-Kathedrale begraben. Den Juden wurde eine Buße von etwa £ 48.000 auferlegt.
Kurze Zeit darauf wurde eine neue Kopfsteuer verlangt. Diesmal wurde gleichzeitig angedroht, daß im Falle der Nichtzahlung die jüdischen Familien nach Irland gebracht werden sollten. Die Hebräer machten sich nun daran, ihre Familien in England an verborgenen Plätzen unterzubringen. Um dem zu begegnen, gab der König den zuständigen Behörden Anweisung, daß jede jüdische Familie sich im Bezirk ihres Aufenthaltsortes zu melden habe, andernfalls sollten sie außerhalb des Gesetzes gestellt und ihr Vermögen eingezogen werden[207]).
Es entbehrt auch nicht des Interesses, daß im Jahre 1245 die Juden angehalten wurden, den größten Teil der für die Erneuerung der Westminster-Abtei notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen[208]).

Skandale

Aus dem Jahre 1250 ist uns eine aufschlußreiche Geschichte über das Betragen und die Moral der Juden damaliger Zeit überliefert worden[209]).
Ein reicher Jude namens Abraham war der erklärte Günstling des Bruders des Königs, Herzog Richards. Die Frau des Juden, Flora, wird als sehr hübsch und folgsam geschildert. Abraham ließ sich eine Mutter-Gottes-Statue mit dem Jesuskind anfertigen. Diese Statue brachte er in seinen Abort und verrichtete täglich seine Notdurft darauf, um seine grenzenlose Verachtung gegenüber den Christen zu zeigen. Er zwang auch seine Frau dazu. Zuletzt weigerte sich aber Flora nicht nur, seinem Ansinnen zu folgen, sondern sie soll die Statue nach jeder Benutzung gereinigt haben. Als Abraham das bemerkte, erwürgte er seine Frau. Die Tat wurde aber entdeckt und Abraham vors Gericht gebracht. Man warf ihn kurzerhand in den Tower und verurteilte ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus. Er wandte sich jedoch an seinen Gönner, Herzog Richard, der ihm versprach, nach Zahlung von etwa £ 500 zu helfen. Er erreichte auch, daß Abraham die Freilassung in Aussicht gestellt wurde. Bevor es jedoch dazu kam, machten andere Juden dem König die Anzeige, daß er früher besonders eifrig in Münzverbrechen gewesen sei. Gleichzeitig boten sie dem Herzog Richard etwa £ 800, wenn er Abraham seine Unterstützung entziehen würde. Sie begründeten ihre Stellungnahme damit, daß sie selbstverständlich einen solchen

[207]) Close Rolls Bd. 1242—1247 S. 275, 339.
[208]) Chronica Majora Bd. IV S. 427, Patent Rolls Bd. 1232—1247 S. 474, 478, Madox: Exchequer Bd. II S. 3, Margoliouth: History Bd. I S. 175/76.
[209]) Chronica Majora Bd. V S. 114 ff., Tovey S. 128, Prynne Bd. I S. 20 ff.

Verbrecher nicht länger in ihren Reihen duldeten. Tatsächlich wünschten sie aber, Abraham so schnell wie möglich unschädlich zu machen, damit er nicht mehr ihre zahlreichen Verbrechen ausplaudern konnte. Anscheinend hatten aber die Juden mit ihren Bemühungen keinen Erfolg, denn Herzog Richard setzte sich weiter für den Mörder Abraham ein. Letzterer ging nun selbst zum Gegenangriff über und erbot sich, dem König den Nachweis zu bringen, daß die Juden in England die verruchtesten Verbrecher und Verräter seien. Offenbar gelang ihm dies, denn er wurde nicht nur freigelassen, sondern unmittelbar danach wurden im ganzen Lande eingehende Strafuntersuchungen angestellt, die die Richtigkeit seiner Behauptungen ergaben und zu strengen Bestrafungen führten.
Aber schon im nächsten Jahre sorgten die Juden für neue Skandalgeschichten. Trotz der kürzlichen harten Strafen hatten sie die Richter im jüdischen Finanzamt Philip Luvel und Nicholas of St. Albans bestochen, um zum Nachteil der Krone zu handeln[210]). Auch hier wurden alle Beteiligten schwer bestraft.
Im Jahre 1252 ereignete sich ein neuer Vorfall. Die Juden beschuldigten einen ihnen unbequemen Beamten, der mit der Erledigung jüdischer Angelegenheiten beauftragt war, daß er sein Amt ihnen gegenüber mißbraucht habe. Ihre Anklage war so geschickt verfaßt, daß die Freunde dieses Beamten erst nach langen Mühen seine Unschuld nachweisen konnten. Auch hier fand die vorsätzlich falsche Anzeige der Juden ihre gerechte Sühne[211]). Anscheinend gaben sie sich auch nicht die geringste Mühe, durch einwandfreies Verhalten die von Tag zu Tag steigende Wut des Volkes zu vermindern. Schon ein Jahr später eilte die Kunde von einem ruchlosen Vorhaben durch ganz England. Juden in Northampton hatten danach ein Komplott geschmiedet, sowohl diese Stadt als auch London in Brand zu setzen. Glücklicherweise wurde die Verschwörung rechtzeitig entdeckt. Als Vergeltung hierfür legte man Feuer an die Häuser der Juden und verbrannte gleichzeitig die Täter[212]), eine zwar harte, aber gerechte Strafe für ein derartiges Vorhaben.

Nürnberger Gesetze — um 1230

Anscheinend hatte sich König Heinrich III. bei derartigen Vorkommnissen nicht mehr dem Drängen der judenfeindlichen Kreise auf Erlaß einschneidender Vorschriften verschließen können. Es ist sehr interessant, daß dieses Gesetz zum Teil denselben Inhalt

[210]) Chronica Majora Bd. V S. 261, Tovey S. 132, Prynne Bd. I S. 22.
[211]) Chronica Majora Bd. V S. 345.
[212]) W. H. S. 16/17.

hat wie die Nürnberger Gesetze von 1935. Infolgedessen soll es wörtlich, soweit von Interesse, wiedergegeben werden[213]):
„... und daß keine englische Amme in Zukunft ein männliches jüdisches Kind säugen soll. Kein Engländer oder Engländerin darf in Zukunft einem Juden oder einer Jüdin dienen, oder mit ihnen essen oder in ihrem Hause verweilen ... Keinem Juden ist es erlaubt, die christliche Religion zu verunglimpfen oder sie öffentlich zu diskutieren, und kein Jude darf irgendwelchen Geschlechtsverkehr mit einer Engländerin, und kein Engländer solchen mit einer Jüdin unterhalten. Jeder Jude hat sein Abzeichen deutlich erkennbar auf der Brust zu tragen, und kein Jude darf eine Kirche oder Kapelle betreten — es sei denn zum Zwecke des Durchgangs — oder sich darin aufhalten zur Entweihung von Christus. Ferner darf kein Jude in einer Stadt zugelassen werden, es sei denn mit besonderer Erlaubnis des Königs, ausgenommen lediglich in solchen Städten, in denen die Juden bereits vorher lebten ..."
Anscheinend ist, soweit bekannt, nicht überliefert, warum dies Gesetz erlassen wurde. Sehr wahrscheinlich sind es aber dieselben Gründe gewesen, die uns zur Veröffentlichung der Nürnberger Gesetze veranlaßten.

Judenverfolgungen

Das Volk hatte durch das Gesetz nur einen teilweisen Schutz gegen die Juden erhalten, denn der Wucher lastete nach wie vor auf ihm. Es kam deshalb erneut zu großen Ausschreitungen. Jüdische Historiker[214]) bedauern ihre Rassegenossen und verdammen die Engländer. Sie haben sich aber nicht der Mühe unterzogen, einmal den Gründen nachzugehen, denn sonst hätten sie sicher zu dem Schluß kommen müssen, daß die Ursache allein in der Schuld der Juden begründet lag.
Im Jahre 1254 sandten sie eine Delegation unter Führung ihres Hohenpriesters Elias zum Herzog Richard, der vom König mit der Aufgabe betraut war, eine neue Steuer einzutreiben. Sie erklärten sich zum längeren Verweilen für außerstande und baten, England verlassen zu dürfen[215]). Auf Herzog Richard hatten sie ihre ganze Hoffnung gesetzt, da er ihnen schon zu verschiedenen Malen sein Wohlwollen bewiesen hatte. Aber auch er lehnte ihr Ansinnen ab, zumal den Juden inzwischen auch Frankreich verschlossen war, wo man sie im Jahre 1253 mit wenigen Ausnahmen des Landes verwiesen hatte.

---

[213]) Rymer: Foedera Bd. I S. 293, Close Rolls Bd. 1234—1237 S. 13/14.
[214]) Hyamson: History S. 64, Margoliouth Bd. I S. 181 ff.
[215]) Chronica Majora Bd. V S. 441.

Bereits ein Jahr später wiederholten sie ihren Wunsch, aber auch diesmal ohne Erfolg. Da der König an großem Geldmangel litt, verpachtete er im Jahre 1255 die Juden für etwa £ 4.000 auf eine Reihe von Jahren an seinen Bruder, den Herzog Richard, dem laut Abmachung zugebilligt wurde, dagegen etwa £ 13.000 einzuziehen, um dadurch ihre Verpflichtungen gegenüber dem König auszugleichen[216]). Unter Richard hatten sie trotz allem vollen Schutz und erholten sich finanziell beträchtlich.

Die Juden selbst aber sollten wieder einmal im Jahre 1255 den Anstoß zu neuen Bestrafungen geben und ihre eigene Ruhe stören. Sie stahlen in Lincoln den achtjährigen Knaben Hugh, sperrten ihn in ein Zimmer und fütterten ihn mit kindlichen Leckerbissen. Alsdann sandten sie zu allen jüdischen Gemeinden und erbaten ihre Anwesenheit bei der beabsichtigten Kreuzigung des Knaben. Aus ganz England strömten die Juden herbei. Die Kreuzigung fand auch statt, und zwar wiederum mit allen einzelnen Leidensphasen von Jesus Christus. Die Mutter hatte verzweifelt nach dem Verbleib ihres Kindes gesucht und erfahren, daß man den Knaben zuletzt mit jüdischen Kindern habe spielen sehen. Bei Haussuchungen fand man den Leichnam unter dem Fußboden eines jüdischen Hauses vergraben. Ein Jude offenbarte dann auch dem untersuchenden Richter das ganze Verbrechen und erhielt dafür Strafbefreiung, soweit er beteiligt gewesen war.

Der König kam gerade durch Lincoln und nahm sich selbst des Falles an. Wenn auch die Hebräer nach ihrer Verpachtung unmittelbar seinem Bruder unterstellt waren, so lag aber nach wie vor die Strafgewalt in seiner Hand. Erbittert über diese neue Schandtat ließ er sofort die für den Mord in Frage kommenden achtzig bis neunzig Juden verhaften, deren größter Teil hingerichtet wurde[217]). Nur einige von ihnen ließ man später frei[218]). Da Abgeordnete fast aller jüdischen Gemeinden Englands zugegen gewesen waren, brachen überall Verfolgungen aus und trotz des Schutzes durch Herzog Richard wurde das Jahr 1255 eines der härtesten[219]).

Das Leiden des Knaben Hugh hat den Stoff zu einer Anzahl von Volksliedern und Balladen in England und Schottland, ja in der französischen Normandie gegeben.

Die Zeiten sollten sich für die Juden in der Folge noch mehr verschlechtern. Die niederen Adelskreise waren nach wie vor den jüdischen Wucherern verschuldet und es blieb nur eine Frage der Zeit, daß sie das Recht selbst in die Hand nehmen würden. Von ihrer wachsenden Unruhe zeugt eine Denkschrift an den König um das Jahr 1259, worin sie sich beschweren, daß es infolge des Wuchers fast unmöglich sei, ihren laufenden Verpflichtungen nach-

[216]) Chronica Majora Bd. V S. 487/88, Tovey S. 135.
[217]) Annales Monastici Bd. I S. 340, Holinshed Bd. III S. 253, Fox Bd. I S. 423 col. II, Royal and historical letters Bd. II S. 110, Chronica Majora Bd. V S. 516 ff., De Antiquis Legibus S. 23.
[218]) Chronica Majora Bd. V S. 553.
[219]) Chronica Majora Bd. V S. 537.

zukommen. Daneben wäre es ein weiteres Übel, daß sich die Großen des Reiches die Forderungen der Juden übereignen ließen und die verschuldeten Grundbesitzer von Haus und Hof vertrieben, um sich das Land anzueignen[220]).

Anscheinend blieb dieses Gesuch ohne Erfolg. Auf jeden Fall wurde es bald durch innerpolitische Ereignisse überholt. Die Spannungen zwischen König und Baronen führten im Jahre 1262 zu dem sogenannten Krieg der Barone[221]). Der König hatte sich zunächst auf die Verteidigung zu beschränken und mußte daher Teile des Landes preisgeben. Der seit Jahrzehnten genährte Haß gegen die Juden kam nun mit einem Male zum Durchbruch. Überall, wo die Barone Herr der Lage waren, nahmen sie bittere Rache für die seit Jahren erduldeten Übergriffe der Hebräer, die in den Jahren 1262/64 in London geplündert und zu Hunderten niedergemacht wurden[222]). Der Chronist in den Annales Monastici führt zu den Vorkommnissen im Jahre 1264 aus, daß die Barone besonders erbittert gewesen seien, weil die Juden beabsichtigt hätten, die Stadt in Brand zu stecken. Ob dies eine Wiederholung des bereits erwähnten Versuches im Jahre 1253 war oder nur eine hinsichtlich der Jahreszahlen verschiedene Überlieferung ist, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Allerdings finden wir bei einem anderen Historiker bezüglich des Jahres 1264 dieselbe Geschichte, so daß also anzunehmen ist, es handelt sich um zwei verschiedene Versuche. Auch in anderen Städten, wie z. B. in Canterbury, Northampton, Cambridge, Worcester, Lincoln, Winchester wiederholten sich die Verfolgungen[223]). Überall fand man erschlagene Juden, und ihr gesamtes Vermögen wurde von den Baronen beschlagnahmt. In Cambridge gelang es ihnen, die dort niedergelegten Schuldurkunden an sich zu bringen, die sie später vernichteten. Dasselbe erreichten sie in Lincoln. Sie verkündeten öffentlich in den von ihnen zunächst besetzten Teilen des Landes, daß sämtliche Schulden gegenüber den Juden als erledigt anzusehen seien. Dies alles kann man nur verstehen, wenn man erkennt, wie die Barone allmählich durch den Wucher zu diesem Schritt getrieben worden waren.

Schließlich wurde die Macht der Barone gebrochen und es trat wieder Ruhe im Lande ein, wie man auch die Juden eine Zeitlang unbehelligt ließ. Es ist aber in der Geschichte immer dasselbe Bild: Der Jude vergißt in guten Zeiten seine Rolle als Gast und ruft so durch sein Verhalten neue Vergeltungsmaßregeln gegen sich hervor. Auch dies bewahrheitete sich in England.

Anläßlich des Himmelfahrtstages des Jahres 1268 fand eine feierliche Prozession in Oxford statt. Die Bedeutung des Zuges ergibt

[220]) Stubbs: Select Charters S. 377, Annales Monastici Bd. I S. 442.
[221]) Annales Monastici Bd. II S. 100.
[222]) Florentii Wigorniensis Chronicon Bd. II S. 192, Chronicle of William de Rishanger S. 24, 25, 126, Annales Monastici Bd. III S. 230, W. H. S. 20.
[223]) Annales Monastici Bd. II S. 101, 363, 371, Bd. IV S. 142, 143, 448 ff., Liber de Antiquis Legibus S. 62, Holinshed Bd. III S. 267, Chronicle of Pierre de Langtoft Bd. II S. 156.

sich aus der Anwesenheit des Thronfolgers Eduard und anderer hoher Würdenträger. Als der Zug die Stelle erreicht hatte, wo jeweils die Predigt stattfand, brach ein Jude durch die Zuschauermenge, stoppte die Gläubigen und riß das im Zug mitgeführte Kruzifix aus den Händen des Trägers. Ehe die bestürzte Menge ihm dies entwinden konnte, hatte er es zerbrochen und zertrampelt. Der Thronfolger, selbst Zeuge dieses Vorfalls, berichtete ihn dem König. Dieses Ereignis hat ihn tief beeindruckt und wahrscheinlich seine ganze zukünftige Politik gegenüber den Juden geleitet[224]). Die Wut des Volkes war unbeschreiblich; man hatte eine abschreckende Strafe erwartet, war jedoch sehr enttäuscht über die außerordentlich mäßigen Vergeltungsmaßnahmen. Die Juden hatten lediglich an der Stätte des Vorfalls ein wertvolles Kreuz zu errichten und der Universität ein weiteres tragbares silbernes Kreuz zur Verfügung zu stellen[225]). Wahrscheinlich sind auch dieselben oder ähnliche Einflüsse wie bei dem Mörder Abraham am Werk gewesen, um eine gerechte Sühne zu verhindern.

Harte Gesetze

Das Volk, geführt von Baronen und Kirche, konnte zwar im Augenblick nichts allein unternehmen, war aber immerhin mächtig genug, wahrscheinlich mit Hilfe des Thronfolgers Eduard, dessen Mutter und des damaligen Kanzlers Walter de Merton, sehr bald darauf gegen die Juden gerichtete Gesetze durchzubringen[226]). Vielleicht wäre es nicht zum Erlaß dieser Bestimmungen gekommen, wenn sich nicht eine gemeinsame antijüdische Front von Volk, Adel und Kirche zusammengefunden hätte, deren Bildung durch das anmaßende Verhalten der Hebräer beschleunigt worden war. Trotzdem sie in einzelnen Fällen bereits Land in Pfand hielten, das man ihnen aber kürzlich wieder genommen hatte, glaubten sie in völliger Verkennung ihrer Lage im damaligen England die Zeit für gekommen[227]), die mit dem Grundbesitz verbundenen Privilegien für sich zu verlangen. Diese bestanden u. a. darin, daß ein Grundeigentümer automatisch die Vormundschaft Minderjähriger auf seinem Besitz ausübte, die Erlaubnis zur Eheschließung erteilte und Patron einer Kirche sein konnte. Während die beiden ersteren Vorrechte bereits durch Feudales Recht bestätigt waren, erkannte die Kirche das letztere ihrerseits als untrennbar mit dem Grundbesitz verbunden an. Bei dem Anspruch der Juden auf diese Privilegien erhob sich ein Sturm der Entrüstung im

[224]) Leonard S. 127.
[225]) Tovey S. 170, 173, Lyte S. 67, Leonard S. 127, Hyamson: History S. 72, Rye S. 165.
[226]) Rigg: Select Pleas S. XXXVII.
[227]) Gesta Abbatum Monasterii S. Albani Bd. I S. 401, Liber de Antiquis Legibus S. 234 ff.

Volk. Adel und Kirche befürchteten durch die nachgesuchte Maßnahme eine Beschneidung ihrer Monopolstellung, und die Bevölkerung lehnte voller Unmut eine Bevormundung durch Juden ab. Anstatt nach den voraufgegangenen harten Jahren mit ihrem Los zufrieden zu sein, glaubten sie, jetzt erst recht Anspruch auf besondere Begünstigung zu haben. Sie erhoben ihre Forderung in aller Form bei dem Rat, der bei der Gesetzgebung mitzuwirken hatte, und einige seiner Mitglieder, die wahrscheinlich in irgendwelcher Verbindung mit den Juden standen, schienen ihren Ansprüchen nicht abgeneigt. Ein Franziskanermönch, der irgendwie Zutritt zu der betreffenden Sitzung des Rates hatte, sprach sich mit aller Heftigkeit gegen den Antrag aus. Ihm folgte der Erzbischof von York und die Bischöfe von Litchfield, Coventry und Worcester, die den Juden klarmachten, daß sie es ausschließlich der Gnade des Königs verdankten, wenn man sie in England duldete. Es sei eine Unverschämtheit, eine Gleichstellung mit den englischen Bürgern zu verlangen und vielleicht sogar später den Adel für sich zu beanspruchen. Die Judengegner erhielten eine entscheidende Unterstützung durch den Thronfolger Eduard[228]). Man lehnte nicht nur die erhobenen Forderungen ab, sondern erließ am Schluß der Sitzung zur Zurückweisung der Hebräer in die ihnen gebührenden Schranken folgendes einschneidende Gesetz[229]):

„... daß alle Schulden gegenüber Juden, bei denen es sich um verpfändete Lehen handelt, die sich zur Zeit in ihren Händen befinden und nicht vor Erlaß des Gesetzes an Engländer abgetreten oder verkauft und dementsprechend vom König bestätigt oder beim Exchequer eingetragen waren, den Darlehnsnehmern oder deren Erben mitsamt den Rückständen erlassen werden. Ferner, daß die Verträge dieser Lehnsschuld, wo immer man sie findet, den englischen Schuldnern oder deren Erben zurückzugeben sind... Es ist ferner gesetzlich bestimmt, daß kein Jude bei Strafe der Verwirkung von Leben, Hab und Gut, sowie seines Erbanspruchs vom Tage des Gesetzerlasses ab solches Lehen an einen Engländer verkaufen darf..."

Der alternde König geriet mehr und mehr unter den Einfluß seines Sohnes Eduard, der eine große Abneigung gegen die Juden hatte, und es verwundert daher nicht, daß bereits zwei Jahre später ein umfangreiches Gesetz gegen die Juden erlassen wurde.
Am Anfang finden wir gleichsam eine Präambel[230]), in der als Begründung für die Veröffentlichung der Bestimmungen die durch die Juden hervorgerufene schwere Lage der Bevölkerung gegeben ist. Anschließend hieran wird dann das Ziel — die Befreiung des Volkes — verkündet.
Als erstes wird bestimmt, daß „kein Jude freien Grundbesitz sein eigen nennen dürfe". Allerdings überließ man ihnen die Häuser, in

[228]) Annales Monastici Bd. IV S. 221.
[229]) Red Book of the Exchequer Bd. III S. 978.
[230]) Rymer: Foedera Bd. I S. 489, Liber de Antiquis Legibus Anhang S. 234.

denen sie bisher gelebt hatten. Auf keinen Fall war es aber für die Zukunft erlaubt, daß die Juden neue Häuser erwarben. Außerdem hob das Gesetz noch einmal klar hervor, daß sie weder freies Grundeigentum kaufen noch sich verpfänden lassen konnten.
Endlich fand sich im zweitletzten Absatz noch eine Bestätigung bzw. ergänzende Erläuterung des Gesetzes von 1234 wie folgt: „Betr. Personen, die als Ammen, Bäcker, Brauer und Köche im Dienst der Juden stehen ...', haben wir gesetzlich bestimmt, daß keinem Engländer oder keiner Engländerin erlaubt ist, ihnen in den genannten Eigenschaften zu dienen ..."
Unmittelbar danach wurden die Juden mit etwa £ 4.500 besteuert, um Kronprinz Eduard die Teilnahme an einem Kreuzzug zu ermöglichen. Sie brachten aber nur zwei Drittel der verlangten Summe auf, der Rest wurde vom Herzog von Cornwall bezahlt. Zur Sicherheit für sein Darlehn erhielt er sämtliche Juden ein Jahr lang zur freien Ausnutzung übereignet. Bereits vor Ablauf seines Anspruchs starb er im Jahre 1272. Die Juden fielen so in das Eigentum des Königs zurück, der ihnen eine erneute Steuer von etwa £ 3.600 auferlegte. Kurze Zeit danach segnete auch er das Zeitliche[231]).

Eduard I. im Kampf gegen den Wucher

Nach dem Tode Heinrichs III. im Jahre 1272 kam sein Sohn Eduard I. auf den Thron; er war auf einem Kreuzzug begriffen und kehrte erst im Jahre 1274 zurück[232]). Während seiner Abwesenheit hatte sich nichts von Wichtigkeit ereignet, soweit die Juden in Frage kommen. Bevor wir jedoch auf die nun folgenden Jahre eingehen, erscheint es notwendig, einen Augenblick bei dem Charakter Eduards und seiner Einstellung zu den Hebräern zu verweilen.
Eduard I. war der ideale König. Er verlangte nichts für sich, sondern ordnete seine eigenen Wünsche ganz denen der Nation unter[233]). Er war von großen Plänen erfüllt, insbesondere lag es ihm am Herzen, die schlechte Lage seines Volkes zu heben. Sein Blick ging in die Zukunft. Zur Erreichung großer Aufgaben für sein Land war er zur Aufgabe augenblicklicher Vorteile bereit. Auch war er ein frommer Mann und bemühte sich, ein treuer Sohn seiner Kirche zu sein. Daneben trugen ihn die Wünsche des Volkes und des niederen Adels, der besonders bei den Juden verschuldet war. Neben anderem erhoffte die Bevölkerung Maßnahmen gegen die Juden.

[231]) Gesta Abbatum Monasterii Bd. I S. 400 ff., Rymer: Foedera Bd. I S. 409.
[232]) Margoliouth: History Bd. I S. 239.
[233]) Abrahams S. 28.

Man sollte nicht allzu lange darauf warten, denn unmittelbar nach seiner Rückkehr griff er die ihn bewegenden Probleme an.
Zunächst brauchte er einmal eine gesunde finanzielle Basis. Diese wollte er nicht dadurch schaffen, daß er — wie seine Vorfahren — einseitig irgendwelche Teile des Volksvermögens heranzog, sondern die gesamten Kräfte der Nation sollten angespannt werden. Er suchte dies durch ein strenges Feudal-System zu erreichen. Hierzu war aber notwendig, daß möglichst sämtlicher Grundbesitz in England von dem Gefolgsmann in Lehen für den Oberherrn gehalten wurde. Nun gab es aber zu dieser Zeit erhebliche Ländereien, die im Eigentum von Klöstern oder anderen geistlichen Korporationen waren, die als unübertragbar galten und so auch nicht von dem Feudalsystem mit erfaßt werden konnten. Diesen Zustand hoffte Eduard in Zukunft grundlegend zugunsten der Krone zu ändern, was er mit Gesetz aus dem Jahre 1279 unternahm. Die Juden waren ihm aber auch hier zur Erreichung dieses Zieles im Wege: sobald ihnen Land verpfändet war, vereinnahmten sie alle Erträge daraus und der König erhielt nur einen Bruchteil von dem, was ihm sonst in Ausführung des Feudal-Systems zugestanden hätte[234]). Außerdem kam es häufig vor, daß sie ihre Rechte auf Ausnutzung des ihnen verpfändeten Landes gegen Auszahlung einer bestimmten Summe an Klöster abtraten[235]). So wurde auch dieses Land nicht mehr von dem Feudal-System erfaßt, aber selbst wenn es noch grundsätzlich darunterfiel, war es doch den Berechtigten selbst bei gutem Willen unmöglich, ihren Verpflichtungen als Gefolgsmann nachzukommen, sobald sie wucherische Zinsen zu zahlen hatten. Da sie in derartigen Fällen stets bei ihrem Herrn eher auf Verständnis für ihre wirtschaftliche Lage rechnen konnten als bei den Juden, kam ersterer nicht selten mit seinem Anspruch zu kurz. Dies war in letzter Zeit der normale Fall, da das Grundeigentum in ungeahntem Maße verschuldet war[236]).
Der König war, abgesehen von seinen eigenen Interessen an dem Feudal-System, von der Verschuldung des Volkes tief bedrückt. Auch die Kirche war nach wie vor völlig verschuldet. Welches Ausmaß dieser Zustand im 12. Jahrhundert erreicht hatte, ist bereits oben geschildert worden. Nichts hatte sich inzwischen gebessert. Der bekannte Chronist Matth. Paris brach einmal in die Worte aus, daß kaum jemand, besonders kaum ein Bischof, sich nicht in den Netzen der Wucherer befand[237]). Als der später so berühmte John of Peckham nach Canterbury kam, war die Kathedrale verfallen, weil kein Geld für Ausbesserungen vorhanden war. Alle verfügbaren Mittel dienten zur Bezahlung der Wucherzinsen[238]). Die Abtei von Glastonbury hatte so ungeheure Schulden, daß man bei der Neuaufstellung des Etats genau die Anzahl der

[234]) Rotuli Curiae Regis Bd. II S. 62.
[235]) Chronicles of the Abbey of Melsa Bd. I S. 173, 174, 306, 367, Bd. II S. 116.
[236]) Patent Rolls Bd. 1281—1292 S. 25. Madox: Exchequer Bd. I S. 227.
[237]) Chronica Majora Bd. III S. 328, Bd. V S. 189.
[238]) Letters of John of Peckham Bd. I S. 203.

Mahlzeiten für den Abt festlegte, die er in seinen Privaträumen serviert bekam. Dringende Einsparung zur Abzahlung von Wucherschulden machte dies notwendig[239]). Der Bischof von Norwich hatte nicht mehr das Geld für den einfachen Unterhalt. Er mußte sich daher £ 480 von dem Erzbischof von Canterbury borgen[240]). Die Kirche von Newnton konnte in Ermangelung von Mitteln keinen Geistlichen halten[241]). Der Prior von Lewes bat um die Erlaubnis, die Kirche für irgendwelche profanen Zwecke vermieten zu dürfen, um seine dringenden Schulden zahlen zu können[242]). Teilweise half man sich damit, daß man rücksichtslos die den Klöstern gehörenden Wälder abholzte und zu Geld machte[243]). Auch das sonst an Naturprodukten und Einkünften reiche Kloster St. Swithins in Winchester war dauernd in großen Schulden[244]). Der Bischof von Hereford hatte sogar die Vermittlung König Heinrichs III. nachsuchen müssen, um ein Moratorium von den Juden zu erhalten[245]). Ähnliche Zustände hatten auch unter den Baronen Platz gegriffen und es war daher einer der wichtigsten Punkte im Programm Eduards, sein Volk aus den Fesseln des Wuchers zu befreien.
Hinzu kam, daß der König nicht mehr auf die finanzielle Hilfe der Juden angewiesen war. Ihre starke Inanspruchnahme durch seinen Vater hatte ihren Reichtum sehr vermindert und die königlichen Einnahmen daraus waren daher erheblich zurückgegangen. Das Einkommen des Königs hatte sich in den letzten Jahrzehnten von etwa £ 35.000 auf etwa £ 65.000 erhöht, was aber nicht auf jüdische, sondern auf andere Einnahmequellen zurückzuführen war. Die Abgaben der Juden hatten sich nicht nur relativ zum Einkommen des Königs vermindert, sondern hatten auch absolut eine geringere Höhe[246]).
Abgesehen davon war aber auch die Bedeutung der Juden für den Geldmarkt stark zurückgegangen. Im Jahre 1235 waren nämlich italienische Kaufleute und Bankiers, genannt Caursini, z. B. aus Florenz, Mailand und Rom nach England gekommen. Sie erfreuten sich des besonderen Schutzes des Papstes, der sogar Verträge mit Königen abgeschlossen hatte, die sie verpflichteten, sich zum erheblichen Teile dieser Bankiers zu bedienen[247]). Sie waren unzweifelhaft ebenso gerissen in Bankgeschäften wie die Juden. Der Chronist Matth. Paris hat uns u. a. einen vollkommenen Darlehnsvertrag mitgeteilt, den sie bei Hingabe von Geld abschlossen[248]).
Als Christen war es ihnen nach dem kanonischen Gesetz nicht erlaubt, Zinsen zu nehmen. Andererseits wollten sie natürlich beim Geldverleihen Profit machen. Sie halfen sich nun mit der aus-

[239]) Letters of John of Peckham Bd. I S. 261.
[240]) Letters of John of Peckham Bd. I S. 177, 187.
[241]) Letters of John of Peckham Bd. I S. 194.
[242]) Letters of John of Peckham Bd. I S. 380.
[243]) Letters of John of Peckham Bd. I S. 244.
[244]) Obedientiary Rolls of St. Swithins S. 10, 18.
[245]) Excerpta e Rotulis Finium Bd. II S. 68.
[246]) Jewish Encyclopedia Bd. V S. 165.
[247]) Abrahams S. 35/36.
[248]) Historia Minora Bd. III S. 272, Chronica Majora Bd. III S. 328.

drücklichen Erklärung, sie gäben das Geld ohne Zinsen. Wenn nun jemand ein Darlehn von £ 100 für sechs Monate haben wollte, kam man in einem Vertrag dahin überein, das Geld nur für die Dauer von drei Monaten zu geben und zu nehmen. Sollte allerdings der Betrag nach Ablauf dieser Zeit nicht zurückgezahlt werden, so müßte dem Verleiher eine Art von Entschädigung dafür gezahlt werden, daß er nicht rechtzeitig das Geld zurückerhalten hätte. Diese sogenannte Schadensvergütung betrug dann manchmal bis zu 50% und stellte auch praktisch die Zinsen dar. Diese Bankiers aus Italien waren bald auch erhebliche Konkurrenten der Juden, obwohl letztere sich mit Rücksicht auf den Schutz des Königs gewisser Vorteile, wie Vollstreckungsmaßnahmen durch das jüdische Finanzamt, erfreuten. Die Caursini hatten bald ebenfalls den Haß der Bevölkerung gegen sich, und schon König Heinrich III. hatte sich mit dem Gedanken getragen, sie des Landes zu verweisen. Nur hatte er die Macht des sie beschützenden Papstes gefürchtet und daher hiervon Abstand genommen[249]). Auch dies ist wieder ein Beispiel für die Politik der katholischen Kirche, daß sie nicht nur die Umgehung ihrer Gesetze duldet, sondern sogar fördert.

Die jüdischen Historiker[250]) sind der Ansicht, daß sich Eduard allein der finanziellen Hilfe der Caursini anvertraut, deshalb die Juden nicht mehr nötig hatte und sie nun, seine armen Opfer wurden.

Sie übersehen aber und vergessen zu erwähnen, daß auch die Caursini in dem Augenblick „Opfer des Königs" wurden, als sie Wucherzinsen nahmen. Eduards Maßnahmen richteten sich ohne Unterschied gegen den Wucher, unter dem sein Volk so erheblich zu leiden hatte. Als gläubiger Christ dachte er nicht daran, die ihm gegebenen Vorschriften leichten Gewissens unter irgendwelcher Umgehung beiseitezusetzen, wie es das Haupt der kirchlichen Einrichtung, der Papst, jeden Tag tat und darüber hinaus im Jahre 1274 auf dem Kongreß von Lyon die christliche Welt gegen den immer mehr um sich greifenden Wucher aufrief[251]). Vielleicht war der damalige Papst Gregor X. ehrlicher als sein Vorgänger und wünschte wirklich den Kampf gegen den Wucher. Wie dem aber auch sei, Eduard war mit ganzem Herzen willens, in seinem Lande dem Wucher ein Ende zu machen. Es verwundert daher nicht, daß er im Jahre 1275 eine Anordnung erließ, die den Wucher zunächst allerdings nur für die Christen verbot[252]).

Weiter ergibt sich, daß im Juni 1275, Januar 1276 und Juli 1281 Gerichtsverhandlungen gegen Caursini stattgefunden haben müssen, denn nach den vorliegenden Berichten wurde ihre Begnadigung unter der Bedingung ausgesprochen, daß sie keine Wucher-

[249]) Hyamson: History S. 73, 74.
[250]) Hyamson: History S. 73, 77, Abrahams S. 36, Margoliouth: History Bd. I S. 241 ff. u. a. m.
[251]) Abrahams S. 34.
[252]) B. B. Anhang S. 13 Nr. 18, Rymer: Foedera Bd. I Teil 2 S. 539.

geschäfte mehr betreiben[253]). Man kann daraus ersehen, daß Eduard ohne Rücksicht auf Rasse und Religion gleichmäßig diejenigen bestrafte, die Wucherzinsen von seinem Volke nahmen. Es kann also keine Rede davon sein, daß nur die armen Juden unter diesem „barbarischen Eduard" hätten leiden müssen und alle seine Handlungen nur von blindem Haß gegen sie diktiert wurden.
Allerdings ist es richtig, daß er die Juden mit aller Entschiedenheit ablehnte. Er war darin von seiner Mutter beeinflußt und nicht zuletzt durch den verabscheuungswürdigen Vorfall in Oxford im Jahre 1268 für sein Leben beeindruckt worden. Trotz allem hat er, wie seine bald darauf folgenden Handlungen eindeutig zeigen, durch eine besondere Gesetzgebung die Juden zu einem für Volk und Reich erträglichen Leben anzuhalten versucht. Mit welchem Erfolg, werden wir sehen.
Daß diesbezügliche Gesetz trug den Namen: „Statute de la Jeuerie" oder „Statute de Judaismo"[254]). Es ist außerordentlich wichtig und soll daher eingehend behandelt werden.
In dem ersten Teil befinden sich die Bestimmungen über das Wucherverbot, und es wird zunächst dargelegt, warum Eduard dieses für notwendig hält. „Viele ehrenhafte Männer", so wird ausgeführt, „hätten ihr angestammtes Gut durch den Wucher der Juden verloren." Viele andere unangenehme Dinge sind daraus entstanden, und so ordne er „für das allgemeine Wohl des Volkes" an, daß kein Jude mehr Wucher treiben dürfe. Auch bereits abgeschlossene, bis zu einem gewissen Zeitpunkt zurückliegende Darlehnsverträge seien nur bezüglich der Hauptsumme rechtsverbindlich.
Es folgt dann die Darlegung seines Prinzips „Kein Wucher mehr dem Volk". Er verspricht, den Wucher der Juden nicht nur zu bestrafen, sondern ihn auch keineswegs mehr in irgendeiner Form zu unterstützen. Damit gibt er also die mehr als zweihundert Jahre alte Politik seiner Vorfahren zugunsten des Volkes und zum Nachteil des Königshauses und der Juden auf; er selbst mußte jetzt damit rechnen, keine nennenswerten Einnahmen mehr von den Juden zu haben.
In Verfolg dieses Prinzips wird dann angeordnet, daß dem Volksgenossen als Schuldner jeder Schutz gegenüber rücksichtslosen Vollstreckungen der Juden zu geben sei. Zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen sind dafür vorgesehen. So soll von „ehrenhaften Männern zunächst das bewegliche Gut des jeweiligen Schuldners gewissenhaft geschätzt werden, bevor es auf Grund von Vollstreckungen dem Juden in Anrechnung auf die Darlehnsschuld gegeben wird". Erst wenn der Wert der beweglichen Habe nicht zur Deckung der Schuld ausreicht, kann man auf das Grundeigentum zurückgreifen. Aber in einem solchen Falle sind Einzelbestimmun-

[253]) Patent Rolls Bd. 1272—1281, S. 92, 93, 95, 128, 448, auch Calendarum Rotulum Patentium S. 46 ff.
[254]) Statutes of The Realm Bd. I S. 221, Chronicle of Edward I. und Edward II. Bd. I S. 96, Florentii Wigorniensis Bd. II S. 214.

gen vorgesehen, die dem Schuldner ermöglichen, sich seinen Grundbesitz so lange wie möglich zu erhalten.
Eine Durchsicht ergibt, daß dieser Teil des Gesetzes durchaus modern erscheint und in gewissem Sinne Ähnlichkeit mit unserm Vollstreckungsschutz-Gesetz hat.
Den Juden ist erneut vorgeschrieben worden, nur in solchen Städten ihren Wohnsitz zu haben, wo sich die genannten königlichen Ämter zur Aufbewahrung der Schuldurkunden befinden.
Weiter wird nochmals festgelegt, daß die Juden nach vollendetem 7. Lebensjahr ein bestimmtes Abzeichen sichtbar auf ihrer Kleidung zu tragen haben. Mit Eintritt in das 13. Lebensjahr hat außerdem jeder Jude, gleich welchen Geschlechts, eine jährliche Kopfsteuer von 3 Pennies zu entrichten.
Diese Verordnungen sollten das Leben der Juden innerhalb des Volkskörpers in ganz bestimmter Weise regeln, ja man kann mit Rücksicht auf das Verbot des Wuchers und ihre Vorherrschaft in diesem Gewerbe sagen, daß sie sich völlig umzustellen hatten. Nun setzten die allerdings von vornherein aussichtslosen Bemühungen dieses großen englischen Königs ein, die Juden in seinem Lande zu bessern. Er will ihnen das verabscheuungswürdige und für das Volk so nachteilige Gewerbe des Wucherers nehmen, ihnen aber durch Erlaß gesetzlicher Bestimmungen eine neue, bessere Existenz schaffen. Aber der König hatte nicht mit dem wahren Charakter der Juden gerechnet. Zur Besserung eines Menschen gehört immer sein guter Wille, der aber wohl stets bei den Juden als Nation gefehlt hat.
Am Anfang dieser betreffenden Gesetzesbestimmung gibt der König wiederum die Begründung für seine Haltung. „Die Heilige Kirche wünscht und erlaubt, daß die Juden leben und beschützt werden sollen. Infolgedessen stellt sie der König unter seinen Schutz." Er sichert ihnen vollen Rechtsschutz gegenüber allen etwa gegen sie aufkommenden Übergriffen der Bevölkerung zu.
„Der König gewährt den Juden jede Freiheit zur Ausübung des Handels, überhaupt jeder Art von Beschäftigung. Zur Erreichung dieser Ziele begrüßt der König jeden Verkehr mit seinen Untertanen."
„Daneben gesteht der König den Juden die Befugnis zu, Häuser zu Wohnzwecken innerhalb ihres Aufenthaltsortes zu erwerben."
Wie weit die Sorge des Königs geht, zeigt sich weiter aus dem letzten Absatz des Gesetzes.
„Endlich sieht der König für diejenigen, die sich nicht im Handel oder Handwerk bewähren, vor, daß sie zunächst für die Höchstdauer von zehn Jahren einen landwirtschaftlichen Betrieb pachten können."
Bezüglich des Rechtsverhältnisses der Juden zum König wurde durch das Gesetz nichts geändert. Sie blieben sein Eigentum und infolgedessen konnten sie trotz ihrer ausdrücklichen Befugnis zum Handel usw. nicht Bürger der Städte werden. Gleichzeitig wurde

bestimmt, daß sie nicht den Städten, sondern nur dem König steuerpflichtig waren.
Im folgenden werden wir sehen, ob die Juden von den ihnen gegebenen Möglichkeiten eines ehrbaren Berufs Gebrauch gemacht haben. Um es vorweg zu nehmen: alle Fürsorge Eduards I. war vergeblich. Die jüdischen Historiker bemühen sich sehr, im einzelnen genau nachzuweisen, daß die Juden aus verschiedenen Gründen von diesem Wohlwollen des Königs keinen Gebrauch machen konnten und so zum Verbrechen getrieben wurden.
Es ist insbesondere B. L. Abrahams[255]), der diesen Beweis zu führen versuchte. Da die anderen Historiker[256]) mehr oder weniger auf ihn zurückgehen, werden wir uns im folgenden nur mit ihm auseinandersetzen:
Abrahams vertritt den Standpunkt, daß es den Juden unmöglich war, ehrbaren Handel zu treiben, weil sie laut Gesetz nicht Bürger einer Stadtgemeinde werden konnten. Hierdurch seien sie aber von den sogenannten Gilden und mithin von der Kaufmannschaft ausgeschlossen gewesen, für die die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gilde Voraussetzung war.
Diese Meinung ist aus verschiedenen Gründen nicht anzuerkennen.
Zur Widerlegung ist notwendig, daß kurz der Rechtscharakter der Gilden oder, wie sie auch genannt wurden, „Gilda Mercatoria" behandelt wird.
Mit Wilhelm dem Eroberer kehrten nicht nur geordnete Verhältnisse in England ein, sondern eng damit verbunden hoben sich auch Handel und Gewerbe. Dies führte Ende des 11. Jahrhunderts zur Bildung von Gilden[257]), denen vom König ganz besondere Privilegien verliehen wurden.
Es ist schwierig, eine allgemeine Definition für die meist wiederkehrenden besonderen Rechte der Gilden zu finden, da letztere in ihrer praktischen Handhabung derselben fast nie übereinstimmen. Gross[258]) hat es unternommen, die einzelnen Verleihungsurkunden sorgfältig zusammenzustellen. Daraus ergibt sich, daß im allgemeinen die Mitglieder einer Gilde frei von städtischen Abgaben waren und ein Monopol für einen großen Teil der Waren im Kleinhandel hatten. Fast nirgends war es verboten, ohne Zugehörigkeit zur Gilde Großhandel zu treiben[259]), ja es war an verschiedenen Plätzen an den Markttagen meistens auch Fremden erlaubt, Waren im Kleinhandel zu veräußern, und darüber hinaus fand man in manchen Städten das Monopol im Kleinhandel nur auf die für den städtischen Verkehr besonders wichtigen Produkte, wie z. B. Felle, Wolle und gefärbtes Tuch, beschränkt.
Den Nichtmitgliedern von Gilden war also ein weites Betätigungsfeld überlassen, und die Juden hatten infolgedessen große Möglich-

[255]) Abrahams S. 39 ff.
[256]) so u. a. Hyamson: History S. 80.
[257]) Gross: Gilda Mercatoria S. 32.
[258]) Gross: Gild Merchant Bd. I S. 37 ff., Bd. II S. 16, 52, 110, 138, 175, 250, 358 u. m.
[259]) Gross: Gild Merchant Bd. I S. 43 ff., Gilda Mercatoria S. 54, 55.

keiten für den Aufbau ihres Handels. Den weiteren grundlegenden Vorteil der Gildenmitglieder — die Abgabenfreiheit in den Städten — genossen die Juden bereits nach obigem Gesetz, laut welchem sie nur dem König und nicht den Städten steuerpflichtig waren.
Man sieht, die Angehörigen der Gilden hatten den Juden nur wenig voraus; bei gutem Willen waren letztere also ohne weiteres imstande, einen ausreichenden Lebensunterhalt zu finden.
Weiter können wir keineswegs die Ansicht Abrahams' teilen, daß die Juden nicht Mitglied der Gilden werden konnten, weil ihnen das erwähnte Gesetz die Erwerbung von Bürgerrechten in den Städten unmöglich machte.
Gross[260]) hat nun ebenfalls dargelegt, daß die Gilden nicht identisch mit den Stadtgemeinden waren, sondern nur ein wichtiges Organ der Stadtverwaltung. Daraus hat er[261]) überzeugend nachgewiesen, daß man die Mitgliedschaft der Gilde erlangen konnte, ohne Bürger der Stadt zu sein[262]). Es ist ihm sogar gelungen, diese seine Ansicht durch Urkunden einwandfrei zu belegen. Danach waren zahlreiche Personen aus benachbarten Orten, ja völlig Fremde Mitglieder von Gilden einer Stadt, ohne das Bürgerrecht zu haben. Nach alledem bestand daher auch für die Juden die Möglichkeit, den Gilden beizutreten. Es ist sogar ein Fall überliefert, wonach ein Jude im Jahre 1268 Mitglied einer Gilde geworden ist. Damit ist der Beweis erbracht, daß sie bei ernstem Willen den Engländern im Handel völlig gleichgestellt waren.
Die Ausführungen Abrahams' müssen im übrigen von einem unbefangenen Leser so verstanden werden, als ob in ganz England Gilden vorhanden waren und so für die Juden nirgendwo eine Möglichkeit zum Handeln bestand.
Ohne Zweifel war nicht eine einzige Gilde auf dem Lande und nicht einmal in allen Städten, sondern nur in solchen, die dies Privileg vom König erhalten hatten. Wiederum ist es den Forschungen von Gross[263]) vorbehalten gewesen, eine Liste der Städte mit Gilden zusammenzustellen, die aber nur etwa 100 Orte enthält. Die Städte Arundel, Colchester, Exeter, Huntingdon, Warwick usw. fehlen[264]). Diese sind nur aus der Anzahl der Nicht-Gilde-Städte herausgegriffen, weil sich dort Judengemeinden befunden haben[265]).
Selbst wenn demnach der Standpunkt von Abrahams richtig sein sollte, gab es noch genug Plätze in England, wo die 16 000 Juden[266]) hätten Handel treiben können.
Aber seine Ansicht ist um so verwunderlicher, als gerade er an Hand von Urkunden festgestellt hat, daß die Juden tatsächlich

[260]) Gross: Gild Merchant Bd. I S. 36 ff., 63, 64.
[261]) Gross: Gild Merchant Bd. I S. 66 ff., Gilda Mercatoria S. 56 ff.
[262]) Derselben Ansicht ist Ochenkowski S. 57.
[263]) Gross: Gild Merchant Bd. I S. 9 ff., Gilda Mercatoria S. 37 ff.
[264]) Gross: Gild Merchant Bd. I S. 20, Gilda Mercatoria S. 39.
[265]) Jacobs S. 373—385.
[266]) Abrahams S. 39.

Handel getrieben haben. Er hat es unternommen, die Urkunden im Public Record Office und im Britischen Museum eingehend daraufhin zu durchforschen, welche Werte den Juden bei ihrer Ausweisung aus England im Jahre 1290 zur Verfügung standen. Schon die von ihm darüber veröffentlichten Tatsachen dürften ohne weiteres bestätigen, daß die Juden hauptsächlich in Korn und Wolle einen guten Großhandel unterhielten, der ihnen auch ohne Beitritt zu den Gilden möglich war[267]). Aus seinen Aufstellungen ergibt sich, daß die Juden in Bristol, Lincoln, Norwich, Oxford, ganz besonders aber in Canterbury und Southampton[268]), einen einträglichen Handel in den obengenannten Produkten trieben. Sicherlich wird noch manche Urkunde hierüber verloren und daneben manches Geschäft nicht aufgezeichnet worden sein.
Jedenfalls dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Juden ohne jede Schwierigkeit ehrbarem Handel hätten nachgehen können.
Abrahams[269]) hat ferner dargelegt, daß für die Juden kaum Aussicht bestand, ein Unterkommen in der Landwirtschaft zu finden, was ihnen ebenfalls nach der Gesetzgebung Eduards eingeräumt war. Sie seien ohne jede Kenntnis hierüber gewesen, insbesondere hätten sie kein Land erwerben können, da der Lehnseid einen christlichen Charakter getragen und infolgedessen nicht von ihnen geleistet werden konnte. Abrahams bezieht sich hierbei auf einen Eid, der mit den Worten endet: „So helfe mir Gott und alle seine Heiligen." In dieser Fassung hätten die Juden den betreffenden Eid allerdings nicht ablegen können. Durch Einsichtnahme in die von Abrahams zitierte Stelle ergibt sich aber, daß dieser Eid zumindestens bis zur Ausweisung der Juden im Jahre 1290 nicht durch ein Gesetz erlassen sein kann, was zu seiner Wirksamkeit grundsätzlich notwendig gewesen wäre. Im Gegenteil, eigene Nachforschungen zeigten, daß er erst viel später eingeführt worden ist.
In dem von Abrahams angezogenen Quellenbuch „Liber Custumarum" befinden sich von S. 88 bis S. 239 mit einer einzigen Ausnahme nur Gesetze nach dem Jahre 1297; die meisten stammen sogar aus der Zeit nach 1300. Der von ihm angezogene Eid befindet sich auf S. 215 der Sammlung und ist ohne Angabe des Datums der Veröffentlichung wiedergegeben. Das voraufgehende Gesetz ist aus dem Jahre 1306, das ihm folgende aus dem Jahre 1303. Mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit dürfte sich daraus ergeben, daß die erwähnte Verordnung ebenfalls nach dem Jahre 1300 ergangen ist.
Wie wir festgestellt haben, ist der Eid aber noch in einer andern amtlichen Quellensammlung enthalten[270]). In der dazugehörigen Fußnote ist ausdrücklich vermerkt, daß diese gesetzliche Bestimmung im Jahre 1324 von Eduard II. erlassen wurde.

---

[267]) Abrahams: Conditions of the Jews S. 85 ff.
[268]) Abrahams: Conditions of the Jews S. 87 ff.
[269]) Abrahams S. 40.
[270]) The Statutes of the Realm Bd. I S. 227.

Danach steht zum mindesten fest, daß der von Abrahams angeführte Eid erst lange nach Ausweisung der Juden eingeführt ist und mithin für sie um das Jahr 1276 kein Hindernis darstellen konnte. Infolgedessen ist auch kein Grund ersichtlich, warum die Juden ihren Lebensunterhalt nicht hätten in der Landwirtschaft suchen sollen. Der wahre Grund dürfte aber damals wie heute gewesen sein, daß sie nicht die geringste Neigung verspürten, den Pflug in die Hand zu nehmen; ein begrüßenswerter Umstand, denn nur auf diese Weise konnte sich ein unverfälschtes Bauerntum erhalten, der Urquell alles Völkischen und der Wiedergeburt.

Schließlich behauptet Abrahams[271]), für die Juden hätte keine Möglichkeit bestanden, Handwerker zu werden. Zur Begründung seiner Behauptung nimmt er wieder auf die bereits genannte Quellensammlung[272]) und die darin aufgeführten Statuten Bezug, aus denen er besondere Anforderungen für den Handwerkerberuf feststellt. Mit Ausnahme zweier Gesetze[273]) stammen aber auch die übrigen wiederum aus der Zeit nach der Vertreibung der Juden. Die beiden ersten Gesetze behandeln hauptsächlich nur, an welchen Tagen nicht gearbeitet werden darf und aus welchen Stoffen gewisse Produkte herzustellen sind. In dem einen wird außerdem festgelegt, daß die Lehrzeit für Sattler zehn Jahre betragen soll. Beide Bestimmungen beschäftigen sich also nicht etwa mit Einschränkungen, die den Juden den Beitritt zum Handwerk unmöglich machten. Übrigens hat es den Anschein, als ob, abgesehen von allem anderen, erst nach dem Jahre 1300 gesetzliche Vorschriften betreffs bestimmter Qualifikationen für das Handwerk erlassen wurden; denn z. B. finden sich in dieser Zeit für London keine diesbezüglichen Anweisungen[274]), sondern sie sind erst später anzutreffen[275]). Außerdem steht nicht fest, daß es in allen Städten besondere Innungen gegeben hat. Vielmehr bestand auf dem flachen Lande durchaus die Möglichkeit, das Handwerk auszuüben. So erhielten die Handwerker, die sich um einen Großgrundbesitz sammelten, für ihren Handwerksdienst gewisses Land[276]). Abgesehen von der Schwierigkeit, daß jedermann zur Erlernung seines Berufes eine gewisse Zeit braucht, konnten sich die Juden auch im Handwerk betätigen.

Wir haben länger bei diesem Abschnitt verweilt, weil sich die Historiker fast ausschließlich einhellig auf den Standpunkt gestellt haben, daß den Juden durch das Gesetz Eduards I. jede Möglichkeit zu einem Lebensunterhalt genommen worden sei, nachdem sie ihr früheres Gewerbe — den Wucher — nicht mehr ausüben konnten.

[271]) Abrahams S. 40.
[272]) Liber Custumarum S. 78, 80/81, 101, 102, 121, 124, 418—425. Ferner Bezugnahme auf Riley S. 178/79.
[273]) Liber Custumarum S. 78, 101.
[274]) Riley S. 3—61.
[275]) Ochenkowski S. 64.
[276]) Ochenkowski S. 51 ff.

Diese bisherige Geschichtsforschung dürfte jetzt hinreichend widerlegt sein. Es mutet doch auch wirklich eigenartig an, daß nach Ansicht dieser Historiker ein König wie Eduard I. — den man nicht zu Unrecht den englischen Justinian nennt — ein Gesetz erlassen haben sollte, das größtenteils nur auf dem Papier stand, weil angeblich gewisse Umstände die praktische Durchführung unmöglich machten.

Judas Antwort

Bald sollte es sich zeigen, daß die Juden nicht das geringste Verständnis für die Bemühungen Eduards I., sie zu ehrbaren Menschen zu machen, aufbrachten. Sie sahen vielmehr alles nur als Unterdrückung an. Wenngleich sie nicht wagten, ihren Unwillen direkt gegen den König laut werden zu lassen, so beschimpften sie doch in aller Öffentlichkeit die christliche Religion. Sie behaupteten, daß daß Gesetz Eduards gegen die Prinzipien der christlichen Lehre sei: die gleiche Begründung, die Juden und ihre Freunde gegen unsere Judengesetze vorbringen. Man sieht, alles wiederholt sich — nur mit dem Unterschied, daß sie heute mit diesem Geschrei besonders in den angelsächsischen Ländern viel Beifall und Gefolgschaft finden. In dem damaligen England schenkte man dieser Begründung anscheinend recht wenig Gehör. Bei ihren Angriffen machten die Hebräer nicht einmal vor der Person von Jesus Christus halt; ihr Gebaren wurde zuletzt so unerträglich, daß der langmütige König ihnen im Jahre 1279 durch besonderes Gesetz dieses Treiben verbieten mußte[277]). Außerdem untersagte Eduard — anscheinend war es notwendig geworden — den Juden nochmals aufs strengste, christliche Bedienstete, gleichgültig ob männlich oder weiblich, zu beschäftigen und in ihren Wohnungen zu haben. Es ist auffallend, daß die Erwähnung dieses Verbots während des 13. Jahrhunderts immer wieder auftauchte, aber anscheinend müssen bestimmte Vorfälle es erfordert haben.

Die Juden beließen es aber keineswegs bei Beschimpfungen der genannten Art. Vielmehr gingen sie zu Taten über, die zeitweise den Bestand der gesamten Verwaltung, ja man kann vielleicht sogar sagen, den Bestand der englischen Wirtschaft bedrohten.

So war zunächst festzustellen, daß sich die Hebräer um das Gesetz Eduards wenig bekümmerten und trotz der ihnen angedrohten harten Strafen weiterhin Geld auf Wucher liehen. Nur wenige von ihnen dachten daran, sich ehrbar zu betätigen[278]).

Die meisten von ihnen, ja sehr wahrscheinlich alle, nahmen ihre Zuflucht zu den schlimmsten Verbrechen.

[277]) Tovey S. 207, Rymer: Foedera Bd. I Teil 2 S. 570, Margoliouth: History Bd. I S. 250.
[278]) Abrahams S. 46, Hyamson: History S. 81.

Es ist uns überliefert worden, daß sie Überfälle auf den Landstraßen und Einbrüche betrieben und zu einer Plage im Lande wurden[279]). Ihre Hauptbeschäftigung scheint aber nach wie vor darin bestanden zu haben, daß sie die Währung des Landes ruinierten. Von den Gold- und Silbermünzen schnitten oder schliffen sie die Ränder ab, und während sie das so gewonnene Metall für sich behielten, gaben sie die entwerteten Münzen zum vollen Nennwert weiter.

Schon 1248 hatten hauptsächlich Juden dieses Verbrechen betrieben, und nur strenge Strafen hatten sie teilweise davon abhalten können. Die Währung war hierdurch so zerrüttet, daß das Ausland kaum noch englisches Geld in Zahlung nehmen wollte[280]).

Kurz nach Erlaß des Gesetzes von Eduard I. stellte man nun dieselben Übelstände fest — erst nur kleinen Umfangs, dann aber mehr und mehr —, in einem nie gekannten Maße. Im Jahre 1278 mußte sich Eduard entschließen, sämtliche Münzen einziehen und neue prägen zu lassen. Vorher mußte er aber zunächst versuchen, die für die Münzverbrechen in Frage kommenden Täter dingfest zu machen, damit diese nicht aufs neue die Währung ruinierten.

Von Anfang an war der Verdacht Eduards mit Rücksicht auf die Vorgänge im Jahre 1248 auf die Juden gefallen. Bei den nun einsetzenden Untersuchungen wurde festgestellt, daß sie tatsächlich fast allein schuldig waren; außer der Beschneidung hatten sie nachgemachte Münzen vom Ausland eingeschmuggelt, die sich äußerlich nicht von den richtigen englischen Geldstücken unterschieden, aber tatsächlich nur halbes Gewicht aufwiesen[281]). Man stellte fest, daß die Hebräer mit ihrem Treiben ungeheure Geschäfte gemacht hatten und in solchem Maße dem Verbrechen nachgegangen waren, daß in kurzer Zeit die englische Währung jeden Wert verloren hatte[282]).

Sobald Eduard I. genügend Beweise für das Treiben der Juden vorlagen, ließ er sie in einer Nacht des Jahres 1278 in ganz England verhaften und gleichzeitig sorgfältige Haussuchungen anstellen[283]). Man entdeckte sehr viel entwertetes oder falsches Geld, ja, besondere Werkzeuge für Ausführung der Verbrechen[284]).

Überall fanden jetzt Gerichtsverhandlungen statt, die u. a. ergaben, daß auch der eine oder andere Engländer verwickelt, jedoch ihre Teilnahme im Verhältnis zu den Juden völlig unbeachtlich war. Hunderte von Juden wurden zum Tode verurteilt. Allein in London wurden 293 Juden erhängt oder ertränkt, mit ihnen ebenfalls drei Engländer[285]).

[279]) Calendar of Patent Rolls Bd. 1281—1292 S. 98.
[280]) Tovey S. 109, Chronica Majora Bd. V S. 15/16, Ruding Bd. I S. 355.
[281]) Annales Monastici Bd. IV S. 278, Tovey S. 209, 210, Ruding Bd. I S. 367.
[282]) Tovey S. 209.
[283]) Bartholomaei de Cotton S. 157, Chronica Johannis de Oxenedes S. 253, Chronica Monasterii S. Albani, Thomas Walsingham Bd. I S. 18.
[284]) Chronica Johannis de Oxenedes S. 252, Annales Monastici Bd. II S. 390, Florentii Wigorniensis Bd. II S. 220.
[285]) Holinshed Bd. III S. 277 ff., Tovey S. 210, Prynne Bd. I S. 32, Bd. II S. 81, Chronicles of Edward I Bd. I S. 88, Annales Monastici Bd. IV S. 278/79.

Damit war diesem Verbrechen, aus dem die Juden nicht nur große materielle Gewinne gezogen, sondern gleichzeitig den ihnen so verhaßten König sehr empfindlich getroffen hatten, ein Ende gesetzt.

Die Kirche greift ein

Man hätte erwarten können, daß sich der König auf Grund seiner schlechten Erfahrungen mit den Juden zumindestens passiv ihnen gegenüber verhalten hätte. Es ist aber bezeichnend für seine Einstellung, daß er in Anbetracht der Erregung des Volkes wegen dieser Verbrechen besondere Gesetze zu ihrem Schutze erließ. Nach wie vor sah er sie als seine Untertanen und sein Eigentum an und verbot daher jede Belästigung, wie er darüber hinaus alle Eingriffe in ihren Handel untersagte. Zuwiderhandlungen wurden unter Strafe gestellt[286]). Wie ernst es ihm damit war, ergibt sich daraus, daß er in einzelnen Fällen zahlreiche Sonderverordnungen erließ, wie wir dies z. B. für die Bürger von Hereford finden, die anscheinend nicht das allgemeine Gesetz beachtet hatten[287]). Aber alle Maßnahmen des Königs zur Beruhigung der Massen blieben ohne endgültigen Erfolg, weil das Volk zu aufgebracht gegen die Juden war. Schließlich waren sie es selbst, die durch ihre Schandtaten am meisten zu ihrer Ausweisung beitrugen, wenngleich noch weitere Umstände, wie z. B. der Haß der Königin Eleanor, mitgesprochen haben mögen[288]). Die große Erbitterung des Volkes läßt sich am besten aus zeitgenössischen Mitteilungen feststellen. Matth. Paris ist der Ansicht, sie hätten ihr Schicksal verdient, „da es ganz einwandfrei feststehe, daß sie fortwährend der Urkundenfälschung und Münzbeschneidung überführt seien[289]). Auch die gebildeten Kreise teilten fast einstimmig die Ansicht des Volkes[290]).

Die Kirche war in erheblichem Maße am Kampf gegen die Juden beteiligt. Führende Geistliche hatten nichts unversucht gelassen, um den Verkehr zwischen Juden und Christen auf das Notwendigste zu beschränken[291]). Das Volk ließ seinen Gefühlen bisher nicht freien Lauf, denn der König schützte nach wie vor die Juden, weil er noch immer auf Besserung hoffte; jedoch war er nur so lange zu dieser Politik entschlossen, als damit das Wohl des Volkes in Einklang zu bringen war.

Allmählich wurde die Kirche aktiver. Der Erzbischof von Canterbury, John von Peckham, verlangte, daß sämtliche Synagogen in

[286]) Prynne Bd. II S. 85.
[287]) Prynne Bd. II S. 100.
[288]) Annales Monastici Bd. II S. 409.
[289]) Historia Anglorum Bd. III S. 76.
[290]) Chronica Majora Bd. V S. 517.
[291]) Letters of Bishop Grosseteste S. 33, 318.

London mit einer einzigen Ausnahme geschlossen würden[292]). Der Bischof von Hereford war bis zum äußersten entschlossen, keinen Verkehr zwischen Juden und Christen zu dulden. Als er erfuhr, daß Christen an einer demnächst stattfindenden Hochzeitsfeier reicher Juden teilzunehmen beabsichtigten, verbot er dies unter Androhung der Exkommunikation bei Zuwiderhandlung. Engländer, die dieser Anweisung nicht gefolgt waren, wurden auch von ihm aus der Kirche ausgestoßen.

Im Jahre 1286 erhielt die Kirche in England noch von außen eine Unterstützung. Der Papst sandte an die Erzbischöfe von Canterbury und York eine Bulle, worin er sich mit aller Entschiedenheit gegen den Verkehr zwischen Juden und Christen wandte. Sollte die Kirche diesen Umgang bisher stillschweigend geduldet haben, so tadele er dies und verlange die sofortige Unterbindung. Ferner solle man auch so schnell wie möglich christliche Ammen aus jüdischen Häusern entfernen und dem Mißbrauch abhelfen, daß christliche Frauen und Männer mit Juden zusammen in einem Hause wohnten. Gerade dadurch ereigneten sich oft schamlose Dinge insofern, als jüdische Männer mit christlichen Frauen und christliche Männer mit Jüdinnen Geschlechtsverkehr unterhielten. Gegen alles verlange er strenges Einschreiten und nachfolgenden Bericht über die Abhilfe[293]).

Daß die Juden immer noch nicht das Gebot des Königs, ein Kennzeichen zu tragen, befolgten, ergibt der nochmalige Hinweis auf die bestehende Gesetzesvorschrift in einer besonderen Verordnung.

Unmittelbar nach Aburteilung der Juden wegen der Münzverbrechen machte sich Eduard im Jahre 1278 daran, die Währung Englands wieder in Ordnung zu bringen. Er zog nach und nach alle erreichbaren beschädigten Münzen aus dem Verkehr und ersetzte sie durch neue. Auch bestimmte er einen Zeitpunkt, von dem ab die alten Geldstücke außer Kurs gesetzt wurden. Mit Ablauf des genannten Jahres kann man den Aufbau seiner Währung als beendet ansehen[294]).

Im Jahre 1282 liefen wiederum Beschwerden beim König ein, daß zahlreiche Geldstücke erneut entwertet seien. Auch tauchten bereits wieder gefälschte Münzen im Verkehr auf. Der König setzte mit Verordnung vom 6. Februar 1283 eine Kommission ein, und die sofortigen Untersuchungen ergaben, daß es wiederum das Werk der Juden war[295]). Sicherlich ist es auch zur Bestrafung der Schuldigen gekommen, ohne daß über die Art und Weise etwas überliefert wäre.

Anscheinend hatten aber alle Maßnahmen nicht den beabsichtigten Erfolg, denn bereits im nächsten Jahre erging eine neue Verord-

---

[292]) Johannes Peckham: Registrum Epistularum Bd. II S. 407.
[293]) Richard de Swinefield Bd. II S. 100, 101.
[294]) Holinshed Bd. III S. 279.
[295]) Prynne Bd. II S. 102.

nung an die Kommission, Untersuchungen und weitere Bestrafungen gegen die jüdischen Münzverbrecher vorzunehmen[296]).
Man sollte es kaum für möglich halten, aber auch dies neue Vorgehen zeitigte noch immer nicht das erhoffte Resultat. Einige Chronisten[297]) sprechen von einer allgemeinen Judenverfolgung im Jahre 1286, ohne allerdings die Gründe hierfür zu nennen. Wieder andere[298]) haben uns überliefert, daß 1287 die gesamten Juden ins Gefängnis geworfen seien, weil sie erneute Münzverbrechen begangen hätten. Erst nach Zahlung einer Strafe von £ 12.000 seien sie wieder freigelassen worden.
Dieser Vorgang ist möglicherweise aber auch erst im Jahre 1288 zum Abschluß gekommen, denn Eduard I. hat nochmals am 26. Januar 1288 eine Verordnung erlassen, aus der sich ergibt, daß die Juden immer noch als Münzverbrecher tätig waren. Infolgedessen wurden die Richter angewiesen, alles Erforderliche gegen sie zu unternehmen[299]). Hätte im Jahre 1287 eine erneute große Bestrafung der Juden ganz Englands stattgefunden, so sollte man annehmen, daß sie wenigstens einige Monate Ruhe gehalten hätten, wenn auch bei ihnen in dieser Hinsicht freilich nichts unmöglich ist.
Seit 1286 hielt sich der König zur Durchführung von Verwaltungsänderungen in der Gascogne, welche damals noch zu England gehörte, auf[300]). Im Jahre 1288 erließ er für diesen Teil seines Reiches das Dekret, daß die Juden unverzüglich diese Provinz zu verlassen hätten[301]), was den Anfang für die nun folgenden Maßnahmen in England darstellte.

Die Ausweisung der Juden

Als Eduard 1289 aus der Gascogne nach London zurückkehrte[302]), war er entschlossen, die Juden auch aus England zu vertreiben. Aber es erwarteten ihn hier zunächst sehr unangenehme und dringliche Geschäfte. Man unterrichtete ihn, daß ein erheblicher Teil der Richter während seiner dreijährigen Abwesenheit bestochen war und von einer einwandfreien Rechtsprechung nicht mehr die Rede sein konnte. Dies hatte bereits die unangenehmsten Folgen gezeitigt, und er wurde von allen Seiten bestürmt, gegen die Richter vorzugehen. Auch die Juden waren in nicht geringem Maße an diesen Bestechungen beteiligt[303]) — ein Wunder in der Geschichte

[296]) Prynne Bd. II S. 105.
[297]) Chronica Johannis de Oxenedes S. 268.
[298]) Florentii Wigorniensis Bd. II S. 238, Annales Monastici Bd. IV S. 308, Chronicles of Edward I Bd. I. S. 96.
[299]) Prynne Bd. II S. 106.
[300]) Chronicle of Pierre de Langtoft Bd. II S. 183.
[301]) Gesta Abbatum Monasterii S. Albani Bd. II S. 30.
[302]) Annales Monastici Bd. IV S. 318, Chronicles of Edward I Bd. I S. 97.
[303]) B. B. S. 5.

der Juden, wenn es nicht so gewesen wäre. Eduard setzte sofort die schuldigen Richter ab, bestrafte sie und ersetzte sie so schnell wie möglich durch neue. Immerhin nahm ihn die Säuberung des Richterstandes bis Anfang des Jahres 1290 in Anspruch[304]).
Unmittelbar nach Erledigung dieser Angelegenheit wandte er sich der Judenfrage zu. Die Barone und die Geistlichkeit hatten bereits im Parlament den Antrag gestellt, die Juden des Landes zu verweisen. Der Antrag wurde ohne Schwierigkeiten Gesetz, wonach sie noch im Laufe des Jahres 1290 England zu verlassen hatten[305]). Der Inhalt desselben soll, soweit von Interesse, wiedergegeben werden.

„... Im dritten Jahre seiner Regierung hatte der König bereits angeordnet, daß kein Jude seines Reiches Geld gegen Wucherzinsen verleihen soll ... Außerdem hatte der König bestimmt, daß die Juden in Zukunft ihren Lebensunterhalt durch Handel und ehrbare Arbeit verdienen sollten. Sie kamen aber unter sich nach wohldurchdachtem, schändlichen Plan überein, den Wucher auf andere, viel schlechtere Art weiter zu betreiben. Dies nannten sie „Höflichkeit". Unter einem solchen Deckmantel trieben sie ihre dunklen Geschäfte mit dem Volke in einem Umfange, daß ihr jetziges verbrecherisches Treiben doppelt so nachteilig ist wie früher. Zur Vergeltung ihrer Verbrechen und für die Ehre des Gekreuzigten haben wir sie als Verräter aus unserm Reich verbannt. In Übereinstimmung mit den früheren königlichen Anordnungen setzen wir nochmals ausdrücklich fest, daß aller Wucher und die daraus entstandenen Nachteile für null und nichtig erklärt werden, soweit sie von Juden gegenüber Untertanen unseres Reiches aus irgendwelchem Geschäft der obengenannten Art geltend gemacht werden. Die Engländer sind infolgedessen nur gehalten, die von den Juden empfangene Hauptforderung zurückzuzahlen. Diese Summen sind als Schulden gegenüber dem Finanzamt unter Bezugnahme auf den Eid von drei christlichen Männern, die über die Angelegenheit unterrichtet sind, wahrheitsgemäß anzugeben. Zur Abzahlung dieser Beträge können dem Schuldner angemessene Raten gewährt werden[306])."

Der Inhalt dieses Gesetzes zeigt deutlich, daß der König nur durch den schlechten Willen der Juden zum Erlaß desselben veranlaßt wurde. Wie wenig sie selbst in den beiden letzten Jahren ihres Aufenthalts gewillt waren, dem Verlangen des

---

[304]) Annales Monastici Bd. II S. 408, Bd. III S. 355, 356, Bd. IV S. 319, 324, Chronicles of Edward I Bd. I S. 98, Chronicles of Pierre de Langtoft Bd. II S. 184/85, Flores Historiarum Bd. III S. 70, Speed S. 634, 635.
[305]) Chronica Johannis de Oxenedes S. 277, Bartholomaei de Cotton S. 178, Flores Historiarum Bd. III S. 70, Annales Monastici Bd. II S. 409, Bd. III S. 361/62, Bd. IV S. 326, 503, Chronicles of Edward I Bd. I S. 99, Chronicles of Pierre de Langtoft Bd. II S. 186, Gervase of Canterbury Bd. II S. 296, Le Livere de Reis de Britanie S. 308, Gesta Abbatum Monasterii S. Albani Bd. II S. 31, Richard de Swinefield S. 101.
[306]) Close Rolls of Edward I Bd. 1288—1296 S. 109.

Volkes gerecht zu werden, ersieht man daraus, daß noch im Jahre 1289 die gesamten Juden in London ins Gefängnis geworfen werden mußten[307]) und sogar noch 1290 ein Jude das Sakrament öffentlich zu beschimpfen wagte[308]).

Die Begründung des Ausweisungsgesetzes läßt ebenfalls erkennen, daß trotz der Maßnahmen Eduards der Wucher groß gewesen sein muß. Die Verhältnisse im Volke waren infolgedessen auch erschreckend, wie uns einige Chronisten mitteilen[309]). Wie weit die Ausbeutung des Volkes noch unter der Regierung Eduards I. gegangen ist, hat John Speed am besten dahin zusammengefaßt, daß die Hebräer durch ihren grausamen Wucher „das Volk des Königs bis auf die Knochen ausgesaugt hätten" [310]).

Die Juden hatten bis zu einem bestimmten Tage England zu verlassen. Wer nach diesem Tage noch dort war, wurde mit dem Tode bestraft [311]). Ihr Vermögen mußten sie grundsätzlich in England zurücklassen. Sie konnten aber einen großen Teil ihrer beweglichen Habe und Geld, soweit es für die Reise nach ihrem neuen Bestimmungsort notwendig war, mitnehmen. Ihre sämtlichen Ansprüche aus Darlehen gegen Engländer gingen auf den König über[312]). Das Vermögen der Juden war aber im Verhältnis zu früher nur klein und betrug insgesamt nur etwa £ 10.000[313]). Es kann also keine Rede davon sein, daß der König die Ausweisung deshalb durch das Parlament aussprechen ließ, um sich in den Besitz großer Geldbeträge zu setzen[314]).

Eduard I. mußte erwarten, daß das Volk in seiner Abneigung gegenüber den Juden selbst Maßnahmen gegen sie ergreifen würde. Er erließ daher allgemeine Anordnungen, daß ihnen behördlicherseits jeder nur mögliche Schutz gewährt werden solle[315]). Daß diese Anordnungen nicht nur auf dem Papier standen, ergibt sich daraus, daß er für ihre Nichtbefolgung strenge Strafen verfügte, wie nachstehender Fall zeigt[316]): Ein großer Teil der Londoner Juden hatte sich zur Überfahrt nach dem Festland ein Schiff gechartert. An der Mündung der Themse ließ der Kapitän ankern und erzählte den Juden, sein Schiff sei infolge der Ebbe aufgelaufen. Er bat sie, auszusteigen, um das Schiff zu entlasten und es mit der Flut wieder flott zu bekommen. Als die Juden auf den Sandbänken warteten, lichtete er Anker und verschwand. Sämtliche Juden ertranken. Der Kapitän und die Besatzung wurden

[307]) Chronicles of Edward I Bd. I S. 97.
[308]) Annales Monastici Bd. IV S. 503.
[309]) Chronicon Domini Walteri . . . Bd. II S. 20 ff., Prynne Bd. I S. 40 ff., Tovey S. 233, 234, Daniel S. 160.
[310]) Speed S. 634, 635.
[311]) Bartholomaei de Cotton S. 178.
[312]) Chronicles of Pierre de Langtoft Bd. II S. 189, Chronicon Domini Walteri Bd. II S. 21.
[313]) Abrahams S. 70.
[314]) So z. B. Margoliouth: History Bd. I S. 267 ff.
[315]) Close Rolls Bd. 1288—1296 S. 95/96, Tovey S. 240 ff., Calendar of Patent Rolls Bd. 1281—1292 S. 378, 381, 382, Rymer: Foedera Bd. I Teil II S. 736.
[316]) Chronicon Domini Walteri Bd. I S. 21/22, Annales Monastici Bd. III S. 362, Bd. IV S. 327.

darauf gehängt. Jahre später finden wir noch eine Verfügung bezüglich eines Mannes, der bereits seit zwei Jahren wegen Nichtbefolgung der königlichen Schutzvorschriften für die Juden im Gefängnis gesessen hatte[317]).

Man hat die Anzahl der Juden, die England verließen auf 15 000 bis 16 000 geschätzt[318]). Sie gingen hauptsächlich nach Frankreich, Holland und Belgien.

So endet die erste Ansiedlung der Juden in England.

Die Geschichte dieser etwa 200 Jahre hat einwandfrei gezeigt, daß die Juden mit oder ohne Schutz der Obrigkeit niemals gewillt waren, einen ehrbaren Beruf zu ergreifen, und daß auch Gesetze, die sie mehr oder weniger dazu zwingen sollten, erfolglos waren.

In Glück und Unglück begingen sie die größten Verbrechen, und trotz härtester Strafen trieben sie es so lange, bis der König sie im Interesse des Volkes und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ausweisen mußte.

Endlich noch eine weitere Feststellung für moderne Zeiten: Schon damals sind es die Juden mit ihrem schändlichen Treiben gewesen, die unter Verletzung der ihnen gewährten Gastfreundschaft allmählich das Volk und am Ende einen großen und gerechten König zum Einschreiten gegen sie gezwungen haben. Es handelte sich also nicht um den bösen Willen einer Nation, die arme, wandernde Juden verfolgte, sondern ein naturverbundenes und gesundes Volk ergriff Maßnahmen, die zur Reinerhaltung von Sitte und Anstand notwendig waren. Mit andern Worten, die Juden waren es auch damals ganz allein, die ihre Ausweisung herbeiführten.

Wird das englische Volk heute noch die Kraft haben, zu einem im Ergebnis ähnlichen Resultat zu kommen, wie es das damals unverbrauchte Volk unter Führung seines Königs erreichte?

[317]) Close Rolls Bd. 1288—1296 S. 295.
[318]) Prynne Bd. I S. 47, Flores Historiarum Bd. III S. 70, B. B. S. 11.

II. TEIL

1290—1658: Die Rückkehr der Juden unter Cromwell

England ohne Juden

Man hat lange die Meinung vertreten, daß während der nächsten etwa 300 Jahre nach der 1290 erfolgten Ausweisung kaum Juden in England vorhanden gewesen sind. Die jüdischen Historiker[1]) haben großen Fleiß darauf verwandt, das Gegenteil zu beweisen. Um gleich das Ergebnis vorweg zu nehmen: sie haben tatsächlich den einen oder andern Juden in dieser Zeit in England festgestellt, aber größere Mengen — etwa jüdische Gemeinden — haben völlig gefehlt[2]). So ist diese Periode für uns nur von geringem Interesse und soll daher nur kurz gestreift werden.

Es wird oft behauptet, daß derzeit die Beamten der englischen Krone nicht genügend ausgebildet waren, um eine völlige Säuberung des Landes von Juden zu verbürgen[3]). Dies mag zwar zutreffen, indes dürften die Juden sicherlich aus Furcht vor der angedrohten Todesstrafe kaum gewagt haben, in England zu verbleiben. Zweifellos ist auch ein etwaiger Mangel hinsichtlich einer geordneten Verwaltung durch das Interesse der Volksgenossen ersetzt worden, denn bei der bestehenden Abneigung hat sicher jeder Obacht gegeben, daß die Juden — sofern sie nicht auswanderten — zur Anzeige gelangten.

Es mag sein, daß der eine oder andere getauft und trotzdem im Geheimen seiner früheren Religion nachgegangen ist, was aber nur von ganz untergeordneter Bedeutung gewesen sein dürfte, wie auch eine etwaige Vermischung dieser Juden mit dem englischen Volk für die Reinheit der Rasse damals ohne Bedeutung blieb.

Außer diesen getauften Juden hat sich vielleicht der eine oder andere Ungetaufte in dieser Periode in England aufgehalten.

---

[1]) S. u. A. Wolf: Middle Period, Lee: Jews in England, Elizabethan England and the Jews u. a. m.
[2]) Hyamson: History S. 98.
[3]) Wolf: Anglo-Jewish History S. 55.

Unter Königin Elisabeth finden wir zwei getaufte Juden, John Tremellins und Philipp Ferdinand, in ihrer besonderen Gunst. Beide waren Gelehrte — Ferdinand hat sogar von ihr eine Professur für die jüdische Sprache in Cambridge erhalten[4]).
Ein anderer zum Christentum übergetretener Jude namens Joachim Gaunse hat insofern eine gewisse Bedeutung gewonnen, als unter seiner Leitung insbesondere das Schmelzverfahren für Metalle eine Verbesserung erfuhr[5]).
Bei allen dreien handelte es sich um Hebräer, die nicht in England geboren waren.

Rodrigo Lopez, Leibarzt der Königin Elisabeth

Höchstes Vertrauen schenkte Königin Elisabeth dem getauften jüdischen Arzt Rodrigo Lopez, über den viel geschrieben und der auch mit größter Wahrscheinlichkeit das Vorbild des Shylock in Shakespeares „Kaufmann von Venedig" gewesen ist[6]).
Lopez, in Portugal geboren, ist um 1559 nach England eingewandert[7]), nachdem er sich lange Zeit in Antwerpen aufgehalten hatte. Er gehörte zu den großen Intriganten seiner Zeit und hatte den brennenden Wunsch, möglichst schnell reich zu werden. Bald wußte er die Gunst des damaligen Favoriten der Königin Elisabeth, des Grafen von Leicester, zu erlangen, und schon binnen kurzem stand er in dem Ruf, besser vergiften als heilen zu können[8]). Aber sein Gönner stand schützend hinter ihm, und so konnte er nicht nur große Gewinne einheimsen, sondern er wurde im Jahre 1586 sogar zum Leibarzt der Königin ernannt[9]), deren besonderes Vertrauen er genoß und die ihn in die geheimsten Staatsgeschäfte einzuweihen pflegte. Mit Wissen Elisabeths trat er mit dem ihr aufs tiefste verhaßten spanischen König in Verbindung, dem gegenüber er sich den Anschein gab, ausschließlich in seinen Diensten zu arbeiten. Während er der Königin anfänglich unwichtige Dinge von Spanien verriet, verschwieg er ihr geflissentlich alle ihm bekanntgewordenen bedeutsamen Angelegenheiten. Späterhin ging er einen Schritt weiter und berichtete nach Spanien alle möglichen Einzelheiten über Vorgänge am englischen Hofe[10]), ja, er machte dem König sogar den Vorschlag, Elisabeth zu vergiften. Fünfzigtausend Kronen verlangte er für diesen Schurkenstreich, die vor der Tat im Ausland hinterlegt werden sollten. Der König von Spanien zögerte

[4]) Wolf: Anglo-Jewish History S. 65/66.
[5]) Abrahams: Joachim Gaunse S. 83 ff.
[6]) Lee: Elizabethan England S. 146 ff., 166, Original of Shylock S. 195 ff.
[7]) Dimock S. 440.
[8]) Hume S. 37, Lee S. 159.
[9]) Dimock S. 441, Hyamson: History S. 118.
[10]) Hume S. 39, 47.

ob der großen Summe — die Ausführung des Planes unterblieb zunächst. Durch Abfangen von Briefen wurde das Komplott rechtzeitig aufgedeckt und Lopez und zwei seiner Mitverschwörer wurden verhaftet. Nachdem die Komplizen ihre Tat gestanden hatten, blieb auch Lopez unter der Wucht der Beweise nichts anderes übrig, als seine Schuld zu bekennen. Nach einer großen Strafverhandlung in London wurden Lopez und seine Helfer gehängt[11]).
Es sind noch weitere Juden in der Zeit Elisabeths festzustellen, die aber ohne jedes Interesse sind[12]). Wolf, der sich mit ihnen im einzelnen näher beschäftigt hat, muß zugeben, daß die Juden der Zwischenperiode meist wertlose Charaktere waren, was er indes lediglich auf die damaligen Gesetze zurückführt[13]).

Rückkehr und zweite Ausweisung

Über die Rückkehr der Juden nach England in größerer Anzahl ließ sich Genaueres nicht feststellen. Es dürfte aber kaum ein Zweifel bestehen, daß die ersten Morranos — wie die getauften spanischen Juden gewöhnlich genannt wurden — um 1600 ins Land gekommen sind. Sie müssen sich derartig in England aufgeführt haben, daß Jacob I. zu ihrer offiziellen Ausweisung veranlaßt wurde. Obgleich uns hierfür nur ein Beweis vorliegt, scheint uns dieser völlig genügend. Sir Marmaduke Langdale, einer der tapfersten Generäle der Royalisten[14]), der im letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts geboren wurde und 1661 starb, hat sicherlich den vom König ausgesprochenen Judenbann selbst erlebt oder wenigstens von einem älteren Zeitgenossen davon erfahren. In einem Schreiben vom 20. September 1655 an Sir Edward Nicholas, Staatssekretär des flüchtigen Königs Karl II., führte er u. a. folgendes aus:
„Ich ... hoffte, daß die Juden, die die Interessen aller Prinzen der Welt verstehen, zu klug gewesen wären, sich selbst und ihre Güter dem Geschick Cromwells anzuvertrauen, da sie bei seinem Tode oder einer sonstigen Veränderung in unserm Königreich die Gefahr eines völligen Ruins laufen mußten. Sie hassen aber die Monarchie und sind verärgert über die Anweisung König Jacobs an den Lord von Suffolk, der ihre Anwesenheit entdeckt und veranlaßt hatte, daß die Tüchtigsten von ihnen England verlassen mußten[15]).

---

[11]) Calendar of State Papers of Edward VI Bd. 1591—1594 S. 413, 434, 439, 445 ff., 455, 460, 482, 484, Hume S. 50 ff., Dimock S. 465 ff.
[12]) Wolf: Jews in Elizabethan England S. 1 ff.
[13]) Wolf: Anglo-Jewish History S. 79.
[14]) Dictionary of National Biography Bd. XI S. 537.
[15]) Nicholas Papers Bd. III S. 51.

Er erwähnt also unzweideutig die Ausweisung der Juden unter Jacob I. Wir haben uns sehr eingehend bemüht, unter den Dokumentensammlungen das Ausweisungsgesetz oder irgendwelche weitere Anhaltspunkte dafür zu finden, und zwar hat man vor allem unter dem Namen des Lord von Suffolk nach urkundlichen Hinweisen zu suchen. Es handelt sich bei ihm um den ersten Grafen von Suffolk, der in der Zeit von 1561 bis 1626 lebte und mit Ausnahme einer kurzen Zeit, während deren er wegen eines Vergehens in Ungnade gefallen war[16]), bis ins Alter die höchsten Ämter im Königreich bekleidete. Henriques[17]) hat sich als einziger ebenfalls mit der Frage beschäftigt. Er ist bei seinen Nachforschungen auf die Ernennung des Grafen von Suffolk zum Kommissar für die Durchführung eines Ausweisungsgesetzes von Jesuiten und anderen staatsfeindlichen Katholiken gestoßen[18]) und vertritt die Ansicht, daß die Bemerkung von Sir Marmaduke hierauf fußt. Dies Gesetz habe sich nicht nur auf Jesuiten, sondern auch auf Personen anderer Religionen bezogen, „die verdorben und irgendwo in der Welt aufrührerisch erzogen waren". Diese letzteren Worte finden sich tatsächlich in der genannten gesetzlichen Bestimmung, und wenngleich sie außerordentlich gut auf Juden zutreffen, so bestehen nichtsdestoweniger Bedenken, ob der Standpunkt von Henriques richtig ist. Es scheint ihm nämlich entgangen zu sein, daß Graf von Suffolk des öfteren in Kommissionen gewesen ist, die gegen staatsfeindliche Katholiken und Personen anderen Glaubens, „die verdorben und irgendwo in der Welt aufrührerisch erzogen waren", einzuschreiten hatten. So finden wir ihn zunächst in einer derartigen Kommission am 5. September 1604[19]), die wahrscheinlich mit einem am 22. Februar 1604 veröffentlichten Gesetz gegen staatsfeindliche Katholiken in Verbindung zu bringen ist[20]). Dieser Kommission gehörte aber — wie auch von Henriques erwähnt wird — nicht etwa nur der Graf von Suffolk mit dem einen oder andern Würdenträger des Reiches an, sondern sie bestand aus nicht weniger als 24 Beamten und Mitgliedern des hohen Adels. Der Graf von Suffolk stand darin weder an erster Stelle, noch war er mit einer besonderen Machtbefugnis ausgestattet; in der betreffenden Liste ist er erst an fünfter Stelle erwähnt. Im Juni 1610 sowie im Juni 1618 wurden erneut Kommissionen mit gleichen Aufgaben eingesetzt[21]). Am 20. April 1620 erging wiederum ein langes Gesetz ähnlichen Inhalts, dessen Durchführung einer Kommission von 84 Beamten und Mitgliedern der Kirche und des Adels — unter ihnen an neunter Stelle der Graf von Suffolk — übertragen wurde[22]), wie wir auch am 20. April 1622

[16]) Dictionary of National Biography Bd. X S. 71 ff.
[17]) Henriques: Return S. 71.
[18]) So führt Henriques an: Domestic State Papers Bd. 1603—1610 S. 148, Bd. 1611—1618 S. 547.
[19]) Rymer: Acta Publica Bd. XVI S. 597.
[20]) Rymer: Acta Publica Bd. XVI S. 572.
[21]) Rymer: Acta Publica Bd. XVI S. 690, Bd. XVII S. 92.
[22]) Rymer: Acta Publica Bd. XVII S. 200 ff.

und am 20. Dezember 1624 wiederum derartige Kommissionen finden[23], in den beiden letzteren Fällen indes ohne den Grafen von Suffolk.
Da in diesen Gesetzen die Person des Grafen von Suffolk keineswegs besonders hervorgehoben ist, bestand also für Sir Marmaduke keinerlei Veranlassung, gerade ihn mit der Vertreibung der Juden in Verbindung zu bringen. Abgesehen davon spricht Sir Marmaduke von einer Anweisung des Königs, während wir oben bereits sechs derartige Gesetze nachgewiesen haben. Es dürfte also kaum Grund zu der Annahme vorliegen, daß Sir Marmaduke in seinem Schreiben an Nicholas all diese Gesetze meinte, wenn er von der „Anweisung des Königs an den Lord von Suffolk" spricht, und so drängt sich uns die Schlußfolgerung auf, daß die Juden unter Jacob I. erneut des Landes verwiesen wurden. Die Gründe hierfür können wir nur zu erraten versuchen. Vielleicht kann uns aber ein am 11. Juni 1622 unter Jacob I. erlassenes Gesetz „Proclamatio contra Exportationem Bullionis" einen Fingerzeig geben[24]), das die Ausfuhr von Gold- und Silberbarren wegen der bestehenden Gefahr des Währungszusammenbruches aufs strengste untersagt. Daß dieser Handel schon zu Zeiten Cromwells fast ausschließlich in Händen der Juden lag, ist bekannt. Da um das Jahr 1660 — anscheinend infolge der gleichen Ursache — wiederum eine Währungskrise eingetreten war, wegen der strenge Strafen, ja Ausweisung der Juden als Hauptbeteiligte verlangt wurden, besteht durchaus die Möglichkeit, daß dies ebenfalls mit ein Grund zu der von Jacob I. verfügten Ausweisung der Hebräer gewesen ist.
Wir tragen keine Bedenken, anzunehmen, daß sie während der Regierungszeit Jacobs I. tatsächlich zum zweiten Male des Landes verwiesen wurden. Infolgedessen verwundert es auch nicht, sie später als Geldgeber der Republikaner, denen sie auch sonst jede Unterstützung gewährten, im Kampfe gegen das Königshaus zu finden.
Um die weiteren Vorgänge in England zu verstehen, müssen wir einen kurzen Überblick über die Judenfrage in der übrigen damals bekannten Welt gewinnen.

Die Judenfrage in der Welt im 17. Jahrhundert

In Spanien übten die Juden bekanntlich gegen Ende des 15. Jahrhunderts einen überragenden Einfluß auf die Wirtschaft und Verwaltung aus. Sie beherrschten ausnahmslos den Handel mit den neu entdeckten Weltteilen, woraus ihnen unermeßliche materielle Vorteile zuflossen.

[23]) Rymer: Acta Publica Bd. XVII S. 367, 644.
[24]) Rymer: Acta Publica Bd. XVII S. 376.

Als dann im Jahre 1492 die Aufforderung erging, zum katholischen Glauben überzutreten oder das Land zu verlassen, machten sich zahlreiche Juden auf die Wanderschaft und ihre Scharen ergossen sich größtenteils längs den Gestaden des Mittelmeeres, wo überall größere oder kleinere Judenkolonien entstanden[25]).
Dennoch wurde ihr Einfluß in Spanien kaum vermindert, denn die dort zurückgebliebenen getauften Juden hatten bereits früher die Geld- und Wirtschaftsmacht vertreten. Wenngleich diese Juden katholische Gottesdienste besuchten, dachten sie im Ernst niemals daran, ihren Glauben aufzugeben, dem sie weiter im geheimen nachgingen. Trotz ihrer jüdischen Verstellungskunst kam man aber bald dahinter und die Inquisition begann mit grausamsten Mitteln nun auch gegen die Morranos, wie man diese getauften Juden nannte, zu wüten. Welchen Ursprung diese letztere Bezeichnung hat, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden[26]).
Die Verfolgungen fanden Anfang des 16. Jahrhunderts in Spanien und in Portugal statt. Soweit es möglich war, flohen die Morranos, und ein neuer Strom von Juden flutete über die Welt. Jede neue Verfolgung brachte weitere Scharen von Juden. Sie wandten sich nach den von ihren Rassegenossen neugegründeten Kolonien und verstärkten ihren Einfluß in den betreffenden Städten und Ländern[27]). In besonders großer Zahl wanderten die Morranos in den europäischen sowohl als auch in den asiatischen Teil der Türkei[28]).
Der Levante-Handel war fast ganz in ihren Händen, und auch sonst faßten sie immer mehr Fuß. Wir finden sogar einen jüdischen Leibarzt des Sultans Suleiman, der ihm gleichfalls als Berater zur Seite stand und günstige Entscheidungen für die Juden zustande brachte[29]). Die Türkei war in dieser Zeit, wie Graetz erklärt, der Himmel für die Juden[30]).
Die Morranos wandten sich aber nicht nur nach den seit alters her bekannten Ländern, sondern ebenfalls nach Indien, Batavia und Südamerika[31]).
Wenngleich sich ihr Einfluß in Spanien bzw. Portugal auch verminderte, war er aber nicht gebrochen. Die Juden verstanden es auf bekannte Art und Weise, ihre Stellung zurückzugewinnen, und so finden wir einen Morrano als Sekretär des Königs von Spanien und weitere Juden als Finanzminister und Hofmarschall[32]). Das von Amerika eingeführte Gold wurde nach wie vor hauptsächlich von den Morranos gehandelt[33]). Der spanische Hof, der inzwischen auch über Portugal in Personalunion herrschte, war den Morranos bis zur Höhe von 1 200 000 Crusados verschuldet, eine für damalige Zeiten ungeheure Summe.

[25]) Roth: History of the Morranos S. 54.
[26]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. XII Anm. 2.
[27]) Graetz Bd. IV S. 366 ff.
[28]) Graetz Bd. IV S. 360 ff., Roth, History of the Morranos S. 63.
[29]) Graetz Bd. IV S. 406 ff.
[30]) Graetz Bd. IV S. 421.
[31]) Graetz Bd. IV S. 366 ff., Bd. V S. 54, 60, 67.
[32]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. XIII.
[33]) Graetz Bd. V S. 56.

In Rom unterhielten die Morranos einen mit großen Geldmitteln ausgestatteten geheimen Agenten, der je nach Bedarf die Kardinäle bestach, gegen den Papst intrigierte oder sich gegebenenfalls selbst Zutritt zum Heiligen Vater verschaffte[34]). Ihr Einfluß auf den Vatikan war deshalb so außerordentlich wichtig für die Morranos, weil sie formell als „neue Christen" galten und die Inquisition gegen sie meistens nur durch das Einschreiten des Papstes zum Stillstand gebracht werden konnte.

Amsterdam — Zentrale des Weltjudentums

Es genügte den Morranos nicht, nur im südlichen Europa und in den übrigen bereits erschlossenen neuen Weltteilen den größten Teil des Handels in ihren Händen zu haben, sondern sie wollten auch im nördlichen Europa dasselbe erreichen. Trotz ihrer finanziell starken Position in Spanien und Portugal zog ein großer Teil der Morranos dennoch vor, sich in einem Lande niederzulassen, dessen Interessen den spanischen entgegengesetzt waren, wohin spanischer Einfluß sie nicht zu verfolgen vermochte, wo sich die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Rachepläne fand. Ihre Augen richteten sich daher auf Holland, das jahrzehntelange Kämpfe gegen Spanien hinter sich hatte und wo nordischer Unternehmungsgeist nicht nur bereit war, seine Schiffe zum Erobern und Handeltreiben in alle Meere zu entsenden, sondern wo sie auch bald in aller Freiheit den Handel nach den neuen Weltteilen beherrschen würden.
Um 1590 sind die ersten Verhandlungen zwischen ihnen und den Holländern festzustellen, und schon kurze Zeit darauf wurde den ersten Morranos gestattet, sich unter Beibehaltung ihrer jüdischen Religion in Holland niederzulassen. Um das Jahr 1593 finden wir die ersten Ankömmlinge von ihnen in Amsterdam[35]), das in der Folgezeit der Mittelpunkt der Morranos oder besser des Weltjudentums werden sollte. Juden aus Spanien und Portugal strömten nach dem neuen gelobten Land, und gar bald gab es in Amsterdam eine große jüdische Kolonie. Sie brachten nicht nur ihre ungeheuren finanziellen Mittel mit, sondern, was zumindest ebenso wertvoll war, ihre schon damals über die ganze Welt verzweigten Verbindungen. Diese Morranos legten den Grund für die holländische Vormachtstellung in Ost- und Westindien, in Batavia und Südamerika[36]).
Sie erhielten aber nicht nur Zuzug aus der iberischen Halbinsel, sondern es kamen auch zahlreiche Rassegenossen aus Deutschland, die der Dreißigjährige Krieg verscheucht hatte[37]).

[34]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. XIII.
[35]) Graetz Bd. V S. 50 ff., Roth: History of the Morranos S. 200.
[36]) Graetz Bd. V S. 60 ff.
[37]) Graetz Bd. V S. 63.

Amsterdam war inzwischen das Zentrum des Weltjudentums geworden, wo sich nicht nur Morranos, sondern auch Juden aus der Türkei, Nordafrika usw. eingefunden hatten. Zeitweise kam jede Woche ein Schiff mit Juden an. Als sie im Jahre 1615 die gesetzliche Sanktion erhielten, sich ansässig zu machen und Handel treiben zu dürfen, fühlten sie sich in Holland vollends sicher. Zu ihrem Kummer war aber gleichzeitig mit Erlaß des Gesetzes die Heirat zwischen Christen und Juden verboten worden[38]). Der Reichtum der Juden war unbeschreiblich. Auf einer Hochzeit waren unter den Gästen vierzig Juden, die allein ein Vermögen von zusammen 40 Millionen Gulden besaßen[39]).

Bald fühlten sich die Hebräer stark genug, nach weiteren Siedlungen in Nordeuropa Umschau zu halten. Auf ihre Veranlassung sandte der König von Dänemark Einladungen nach Amsterdam. Er bot den Juden freie Religionsausübung und sonstige Privilegien an, und so erübrigt sich fast, zu erwähnen, daß sie natürlich annahmen. Auch in Südeuropa hatte man Erfolge zu verzeichnen, indem seitens der Herzöge von Savoyen und Modena ähnliche Angebote eintrafen, die das gleiche Resultat zeitigten.

Neben Amsterdam wurde Rotterdam ebenfalls eine große Zentrale der Juden. In Hamburg tauchten sie Ende des 16. Jahrhunderts in größerer Zahl auf[40]). Sie waren an der im Jahre 1620 erfolgten Gründung bzw. an der Organisation der Hamburger Bank mit zwölf Kapitalisten beteiligt[41]). Der ausgedehnte Handel zwischen Hamburg einerseits und Spanien und Portugal andererseits ist zum Teil durch ihre Verbindungen hervorgerufen. Einer der nach Hamburg eingewanderten jüdischen Ärzte wurde sogar später der Leibarzt der Königin Christine von Schweden[42]).

Die nach Amsterdam bedeutendste jüdische Kolonie fand sich jedoch in Brasilien, wo zunächst die Portugiesen herrschten. Sie hatten die Morranos ursprünglich strafweise dorthin verschickt, aber schon nach kurzer Zeit hatten sie ihre Handelstätigkeit wieder aufgenommen. Als die Holländer um das Jahr 1624 in Brasilien eindrangen, fanden sie bei ihrem Feldzug durch die dort ansässigen Morranos die denkbar größte Unterstützung. Nach Eroberung Brasiliens durch die Holländer nahmen die Morranos unverzüglich die Verbindung mit ihren niederländischen Rassegenossen auf und kehrten wie diese sofort offiziell zu ihrem Glauben zurück. Hunderte von portugiesischen Juden verließen Amsterdam und segelten nach Brasilien. Überall an wichtigen Plätzen finden wir Juden, ihre größte Niederlassung war in Pernambuco. Handel und Plantagen waren fast ausschließlich in ihren Händen, und in kurzer Zeit hatten sie große Reichtümer gesammelt. Mittelpunkt von

---

[38]) Roth: History of the Morranos S. 242, 243.
[39]) Roth: History of the Morranos S. 244.
[40]) Graetz Bd. V S. 67.
[41]) Roth: History of the Morranos S. 229.
[42]) Graetz Bd. V S. 70/71.

Handel und Wandel blieb Amsterdam, aber immer neue Juden gingen nach Brasilien[43]).
Auch in Frankreich gelang es den Morranos, großen Einfluß in Handel und Finanz zu gewinnen, nur war es ihnen nicht gestattet, ihren jüdischen Religionsdienst offen auszuüben, sondern sie hatten vielmehr nach außen hin ganz als Christen zu leben[44]).
Diese Wanderungen der Morranos, ihre Niederlassungen und ihr Einfluß in der damaligen Welt sind so interessant, daß es sich lohnen würde, ein ganzes Werk darüber zu schreiben. Sie haben den Grund für das moderne Weltjudentum gelegt.
Es verwundert nicht, daß die Morranos versuchten, auch in England Fuß zu fassen. Seit Ausweisung der Juden im Jahre 1290 hatte sich die Wirtschaftsstruktur Englands grundlegend geändert. Während England zur Zeit Eduards I. mehr oder weniger reiner Agrarstaat gewesen ist, können die Anfänge einer eigenen bedeutenden Industrie unter der Herrschaft der Königin Elisabeth wahrgenommen werden. Auch nach außen hin war die Macht Englands erheblich gestiegen. Englische Schiffe pflügten die Meere der ganzen Welt. Die überragende Stellung Spaniens und Portugals, insbesondere in den neuentdeckten Weltteilen, war Anfang des 17. Jahrhunderts im Niedergang begriffen. Hinzu kam, daß sich England mehr und mehr als einer der größten Gegner Spaniens erwies; Umstände, die nach den obigen Ausführungen den Morranos einen besonderen Anreiz gaben, sich in England anzusiedeln.

Morranos in England

Lange Zeit stand nicht fest, ob sich zu Anfang des 17. Jahrhunderts eine größere Kolonie von Morranos in England befunden hat, aber nach den neuesten Forschungen dürfte dies zu bejahen sein. Zunächst ist es bereits durch das obenerwähnte Ausweisungsgesetz Jacobs I. erwiesen, daneben sind es aber die Arbeiten des jüdischen Historikers Lucien Wolf, die Klarheit darüber schafften.
Wolf will die früheste Ankunft von Morranos auf das Jahr 1493 festgesetzt wissen. Er beruft sich dieserhalb auf Hinweise in alten Staatsarchiven, nach denen die Namen von Juden festgestellt werden können[45]).
In England bestanden indes für die Morranos, selbst unter dem Mantel des angenommenen Christentums, große Schwierigkeiten für eine Ansiedlung in größerer Zahl.
Die Morranos gehörten der katholischen Kirche an. In England war aber inzwischen die Reformation vollzogen und zu ihrem

[43]) Graetz Bd. V S. 73—75.
[44]) Graetz Bd. V S. 75.
[45]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. XIV, Crypto Jews S. 57/58.

Schutze bestimmte Gesetze ergangen, die hauptsächlich in zwei Kategorien zerfielen. Das eine stellte die Ausübung oder Verbreitung einer Religionslehre, die unvereinbar mit den Dogmen der Kirche von England war, unter Strafe, das andere verfolgte die Nichtteilnahme an Gottesdiensten der englischen Kirche. Die erstere Bestimmung wurde als Gesetz gegen Ketzerei, die letztere als Gesetz gegen Kirchendienstverweigerer bezeichnet[46]).
Als Katholiken wurden die Morranos von beiden Gesetzen betroffen, und ihr nach außen hin zur Schau getragenes Christentum nützte ihnen daher nichts.
Nach dem Jahre 1612 hatte zwar keine schwerere Bestrafung auf Grund des ersteren Gesetzes mehr stattgefunden. Immerhin konnte man aber in damaligen Zeiten nie wissen, ob nicht durch den einen oder andern Umstand wieder eine schärfere Handhabung des Gesetzes eintreten würde. Tatsächlich kann man diese Vorschrift erst als gegenstandslos betrachten, nachdem sie im Jahre 1640 durch besonderes Gesetz dahin abgeändert wurde, daß nur noch geistliche Strafen verhängt werden konnten[47]).
Unter der letzten Kategorie interessiert insbesondere das bereits genannte Gesetz gegen die Kirchendienstverweigerung: im Falle seiner Nichtbeachtung wurden sehr hohe Geldstrafen festgesetzt[48]). An den Gottesdiensten der Kirche von England wollten und konnten aber die Morranos weder als Katholiken noch als Juden teilnehmen. Andererseits fanden die Gesetze auf jede in England befindliche Person ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit Anwendung, so daß den Morranos, solange also die genannten Gesetze bestanden, das Verbleiben in England nicht möglich war.
Im Jahre 1630 kam zwischen England und Spanien ein Vertrag zur Regelung aktueller Fragen zustande, der u. a. eine gegenseitige Verpflichtung vorsah, Angehörige beider Staaten, die sich zum Zwecke des Handels in dem einen oder andern Lande aufhielten, grundsätzlich von den jeweiligen Religionsgesetzen auszunehmen. Damit war den Morranos der Zutritt nach England gesichert und es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß sich einige von ihnen schon kurz nach Inkrafttreten des Vertrages in England niederließen[49]). Genaue Überlieferungen fehlen leider, andererseits sprechen die ganzen Umstände dafür. Es ist vielleicht nicht zu kühn, zu behaupten, daß wahrscheinlich die Morranos mit ihrem großen Einfluß am spanischen Hofe zumindest alles getan haben, um den Vertrag zwischen England und Spanien zustande zu bringen, ja vielleicht haben sie selbst die Veranlassung dazu gegeben. Unsere These bezüglich ihres Einflusses dürfte nicht einmal so weit gehen wie die des jüdischen Historikers Wolf[50]), der behauptet, daß die Morranos in Spanien aus Haß gegenüber der

[46]) Henriques: Return S. 17.
[47]) Henriques: Return S. 17 ff.
[48]) Henriques: Return S. 29 ff.
[49]) Henriques: Return S. 31/32.
[50]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. XV.

dortigen Regierung ihrerseits zum Untergang der großen Armada beigetragen haben. Ein gewisser Jude Hector Nuñes, der als Arzt in England fungierte und mit den beiden Ministern der Königin Elisabeth, Burleigh und Walsingham, befreundet war, soll auf Grund seiner Verbindungen die englische Regierung über die Bewegungen der Armada unterrichtet und ihr so ermöglicht haben, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen[51]).
Wenngleich sich nicht mehr genau feststellen läßt, wann Morranos in größerer Anzahl nach England kamen, dürfte es aber kaum später als 1635 gewesen sein; im Jahre 1655 wurde dem wohlhabendsten und einflußreichsten von ihnen, Antonio Fernandez Carvajal, von Cromwell das britische Bürgerrecht verliehen. Aus der noch erhaltenen Einbürgerungsurkunde[52]) erfahren wir, daß er sich „mehr als zwanzig Jahre in England aufgehalten hätte".

Antonio Fernandez Carvajal, der Rothschild des 17. Jahrhunderts

Im folgenden werden wir uns eingehend mit ihm beschäftigen, da in Verbindung mit seiner Laufbahn mehr oder weniger die allgemeine Geschichte der Juden in England bis zum Jahre 1655 dargestellt werden kann. Er war auch der erste Vertreter seiner Rasse in England, der in finanziellen Angelegenheiten der Regierung zur Seite gestanden hat. Durch all die nächsten Jahrhunderte finden wir, daß ähnlich wie Carvajal andere Juden Finanzberater der englischen Regierung waren und beträchtlichen Einfluß auf Staatsgeschäfte jeder Art ausübten.
Carvajal hatte in jungen Jahren in Fundao (Portugal) gelebt, einem der Industriezentren des damaligen Portugals mit einer großen Kolonie von Morranos. Die Inquisitionsverfolgungen veranlaßten ihn, Portugal zu verlassen, und er wandte sich anscheinend nach den Kanarischen Inseln, wo damals Handel sowie die Einziehung der Steuern fast ausschließlich in Händen der Morranos lagen[53]).
Genaue Angaben über den Grund seines Übersiedelns nach England sind nicht vorhanden, aber wir können ihn aus der Entwicklung des englischen Handels mit Spanien ziemlich sicher erraten.
In Spanien ging bekanntlich die Herstellung von Fertigwaren durch den Import großer Gold- und Silbermengen aus dem neuentdeckten Amerika immer mehr zurück, da durch den ins Land kommenden Reichtum das Interesse an irgendwelcher Arbeit immer mehr nachließ. England war dagegen im Begriff, seine

[51]) Roth: History of the Morranos S. 256.
[52]) Wolf: First English Jew S. 45.
[53]) Wolf: First English Jew S. 14/15, Crypto Jews S. 77 ff.

Industrie aufzubauen und benötigte Rohprodukte, wie Wolle und Mineralien, die es in Spanien zu erhalten hoffte. So kamen in kurzer Zeit lebhafte Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zustande, und der englische Kaufmann erzielte große Gewinne aus diesen Geschäften, wobei Verdienste bis zu 100% durchaus nicht etwa zu den Seltenheiten gehörten[54]). Auf der spanischen Seite wurden die Geschäfte meistens von Morranos getätigt, während die englische Vertragspartei zunächst fast nur aus Engländern bestand, die später jedoch mehr und mehr durch Morranos ersetzt wurden, bis schließlich das Geschäft fast ganz in ihren Händen lag. So ist auch wahrscheinlich Carvajal durch die hohen Gewinne veranlaßt worden, seine Schritte nach England zu lenken.

Er muß einen schnellen Aufstieg in England gehabt haben, denn er besaß bald eigene Schiffe, mit denen er nicht nur den Handel nach Spanien betrieb, sondern auch nach West- und Ostindien, Brasilien, Syrien und allen entfernten Weltteilen, wo immer es Handel zu treiben gab und Morranos sich angesiedelt hatten. Seine Vertreter hielten sich in allen größeren Handelsplätzen des europäischen Kontinents auf[55]), und wo er keine eigenen Agenten unterhielt, fand er jede notwendige Unterstützung durch die dort ansässigen Morranos.

Anscheinend hat er auch schon frühzeitig mit der englischen Regierung auf gutem Fuß gestanden, denn als 1645 eine Anzeige gegen ihn wegen Nichtbeachtung des Gesetzes bezüglich des Besuches von Gottesdiensten erging, wurde nicht einmal eine Voruntersuchung eröffnet. Wenn auch das vorher beschriebene Abkommen mit Spanien bestand, so war es mehr als zweifelhaft, ob dieses Gesetz auch auf ihn als portugiesischen Staatsangehörigen Anwendung fand, zumal es an einer ausdrücklichen diesbezüglichen Abmachung fehlte[56]). Die Regierung drohte sogar dem Anzeigenden, gegen ihn vorzugehen, falls er noch weitere Schritte unternehmen würde[57]). Dieser Vorgang erscheint besonders ungewöhnlich, wenn man die damaligen Verhältnisse Englands in Betracht zieht, die alles andere als günstig für Ausländer waren; wenn man aber weiter erfährt, daß Carvajal die engsten Beziehungen zu einem Minister unterhielt[58]), so lassen sich daraus unschwer die notwendigen Rückschlüsse auf den Gang des Strafverfahrens und seine Verbindung zur Regierung ziehen. Ganz einwandfrei ergibt sich die Begünstigung Carvajals durch die Regierung in späterer Zeit.

Im Jahre 1650 brach zwischen England und Portugal Krieg aus. Als portugiesischer Untertan war Carvajal mithin feindlicher Ausländer, und es stand nichts im Wege, sein gesamtes Vermögen zu beschlagnahmen. Er wurde jedoch nicht nur geschont, sondern

[54]) Baker S. 3 ff.
[55]) Wolf: First English Jews S. 16.
[56]) Henriques: Return S. 31/32.
[57]) Wolf: Crypto Jews S. 56, Hist. Mss. Com. Reports VI S. 42.
[58]) Wolf: Crypto Jews S. 56.

ihm wurde durch Beschluß des Staatsrates vom 4. September 1650 urkundlich versichert, daß man ihn nicht belästigen würde und er seinen Handel weiter treiben könne[59]). Es bleibt dem Leser überlassen, zu beurteilen, auf welche Weise Carvajal zu dieser Gunst kam. Auf jeden Fall dürfte sein Geld hierbei eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben.

Carvajal mißbrauchte die ihm von der Regierung eingeräumte Sonderstellung, indem er Waren ihm befreundeter portugiesischer — wahrscheinlich jüdischer — Kaufleute, die als feindliche Ausländer nicht mehr in England Handel treiben konnten, auf seinen Namen im Zollregister eintragen ließ. Anscheinend war die Regierung hiervon unterrichtet worden und leitete umfangreiche Erhebungen gegen ihn ein. Wolf, der sich eingehend mit dem Leben Carvajals befaßte, konnte nicht das Resultat des Strafverfahrens ausfinden. Nach seiner Ansicht haben die Gerichte wahrscheinlich nichts Belastendes gegen ihn gefunden, was aber nicht ganz mit den uns übermittelten Urkunden übereinzustimmen scheint. Aus dem noch vorhandenen Protokoll des Staatsrates geht ziemlich einwandfrei hervor, daß die beschlagnahmte Ware wegen des gegen ihn bestehenden starken Verdachts nicht freigegeben wurde. Nach dem Protokoll vom 9. Oktober 1650[60]) erfolgte anscheinend deshalb Vertagung, weil die in Frage kommenden Zeugen nicht vorhanden waren, indes fand am 11. Oktober 1650[61]) die Hauptverhandlung statt. Man nahm Carvajal scharf ins Verhör und wollte insbesondere wissen, ob die beschlagnahmten Waren ihm wirklich gehörten. Ferner verlangte man sein Einverständnis damit, daß sein ganzes Vermögen dem Staat verfallen sein sollte, sofern ihm das Gegenteil seiner Erklärungen nachgewiesen würde. Auf beide klaren Fragen erhielt das Gericht „keine positive Antwort". Anscheinend hatte Carvajal erhebliche Bedenken, sich irgendwie festzulegen. „Erst ganz zuletzt", so fährt das Protokoll fort, bekannte er, „daß er die Ware mit seinem eigenen Gelde gekauft und beabsichtigt habe, einen Teil derselben nach Portugal zu senden. Auf Ersuchen der Empfänger hätte er infolge der in Portugal herrschenden Schwierigkeiten davon Abstand genommen. Auftragsgemäß habe er dann das Geld (wahrscheinlich Kaufgeld) nach Holland zurückgesandt." Das Gericht legte Carvajal noch weitere Fragen vor, die er ebenfalls nur ausweichend beantwortete. Alles in allem hatte das Gericht ihm zwar nicht voll und ganz seine Schuld nachweisen können, aber der Verdacht war immerhin stark genug, die Herausgabe der beschlagnahmten Ware zu verweigern[62]).

Der erwähnte Fall ist anscheinend nicht der einzige gewesen. Bereits am 31. Oktober desselben Jahres finden wir ein Protokoll,

---

[59]) Wolf: First English Jew S. 28, Calendar of State Papers Bd. 1650 S. 558.
[60]) Calendar of State Papers Bd. 1650 S. 377.
[61]) Calendar of State Papers Bd. 1650 S. 380.
[62]) Calendar of State Papers Bd. 1650 S. 404.

wonach Carvajal betreffs einer anderen Warenladung ebenfalls behauptete, sie gehöre ihm und nicht gewissen Portugiesen. Leider kann über den Fortgang dieses Verfahrens nichts festgestellt werden. Mit Rücksicht auf seine Beziehungen zur Regierung dürfte es ihm aber wohl nicht allzu schwer geworden sein, die Einstellung des Verfahrens zu erreichen, denn in einem viel schwereren strafrechtlichen Falle war er nach mehr als Jahresfrist noch immer nicht der gerechten Strafe zugeführt. Im Jahre 1658 wurde von der Zollbehörde eine Carvajal gehörende Ladung Holz von den Kanarischen Inseln im Werte von etwa £ 15.000 beschlagnahmt und sichergestellt. Er wurde von der Maßnahme in Kenntnis gesetzt und dahin unterrichtet, daß das Holz nur gegen eine bestimmte urkundliche Erklärung der Regierung ausgeliefert werden würde. Aus dem Bericht des zuständigen Zollbeamten ergibt sich, daß die Beschlagnahme wegen zu niedriger Wertangabe erfolgte. Anstatt sich nun mit der Zollbehörde auseinanderzusetzen, erhob Carvajal Klage gegen den vollziehenden Beamten. Er arbeitete mit einer Anzahl von Morranos und auch Engländern zusammen, und so konnte er erwirken, daß der betreffende Beamte nur gegen Sicherheitsleistung auf freiem Fuße belassen wurde. Als es ihm nicht gelungen war, den Beamten durch das ordentliche Gericht festsetzen zu lassen, wandte er sich an das Admiralitätsgericht. Hier gelang es ihm auf Grund gefälschter Beweisurkunden, die Verhaftung des Beamten und seine Verbringung an einen obskuren Platz zu erreichen, wo er nicht einmal mit Freunden in Verbindung treten konnte. Erst nach drei Tagen wurde er wieder freigelassen. Die Zwischenzeit hatte Carvajal benutzt, mit Hilfe seiner Genossen das Lagerhaus aufzubrechen und sämtliches Holz an einen unbekannten Ort zu schaffen.

Aus der uns überlieferten dienstlichen Eingabe an Cromwell entnehmen wir weiter, daß die Zollbehörde eine strenge Bestrafung verlangte. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß im entgegengesetzten Fall die unangenehmsten Folgen im Zollwesen entstehen können. Die Zollbeamten würden in ihrer Arbeit entmutigt, während es für die Kaufleute geradezu eine Aufforderung bedeute, in derselben ungesetzlichen Weise vorzugehen wie Carvajal[63]).

Obwohl sich der Vorfall bereits im August 1658 ereignet hatte, hören wir bis zu dem im November 1659 erfolgten Tode Carvajals nicht das Geringste über Strafmaßnahmen gegen ihn[64]). Hyamson[65]) behauptet, es sei ein Verfahren unter Richard Cromwell, dem Sohne Oliver Cromwells, anhängig gewesen, jedoch durch den Tod von Carvajal erledigt. Es fehlt jedoch die Angabe der urkundlichen Quelle. Alles in allem liegt auch hier die Vermutung nahe, daß Carvajal auf Grund seiner Verbindungen Strafmaßnahmen gegen sich verhindert hat.

---

[63]) Calendar of State Papers Bd. 1658/59 S. 116, Wolf: First English Jew S. 38.
[64]) Wolf: First English Jew S. 22.
[65]) Hyamson: History S. 137.

Anscheinend hat es Carvajal übrigens auch mit anderen Geschäften nicht ganz genau genommen, wie ein uns überlieferter Gerichtsfall zeigt.
Im Jahre 1642 kam ein Schiff mit einer wertvollen Ladung in Southampton an. Auf Grund einer Mitteilung, daß Schiff und Ladung ohne Einwilligung des Eigentümers nach dort gebracht worden sei, stellte die Regierung Schiff und Ladung zunächst sicher und händigte sie später gegen Hinterlegung von £ 500.000 an die Empfänger aus.
Ein Teil der Ladung, die tatsächlich dem Kaufmann De Lazon gehörte, war von Carvajal als Agenten für einen gewissen Diaz von Rouen verkauft und das erhaltene Kaufgeld angeblich an dritte Personen in Spanien gesandt. Auf jeden Fall tat er alles, um den richtigen Eigentümer nicht zu seinem Recht kommen zu lassen, der drei Jahre lang versuchte, seine Ansprüche in England durchzusetzen. Nicht genug, daß er nichts mehr zum Leben hatte, — war er sogar wegen Schulden, die durch die Verzögerung des Verfahrens entstanden waren, — ein Jahr lang ins Gefängnis geworfen worden. Aus der Urkunde geht nicht klar hervor, warum de Lazon seine Ansprüche nicht verwirklichen konnte, aber der offizielle Bericht läßt keinen Zweifel darüber, daß ihm bitter Unrecht geschehen ist[66]). Aus dem Inhalt der offiziellen Darstellung dieses Falles ergibt sich jedenfalls einwandfrei das Eigentumsrecht von de Lazon und die ihm zuteil gewordene unerklärliche Behandlung in dieser Angelegenheit. Da andererseits die Beteiligung Carvajals und seine unzweifelhaft dem Anspruch von de Lazon entgegengesetzten Interessen ebenfalls erwiesen sind, dürfte seine Behauptung, Carvajal habe falsche Darstellungen gemacht, zutreffen. Vielleicht ist es auch hier dem Einfluß des letzteren bei den englischen Behörden zuzuschreiben, daß de Lazon erst nach drei Jahren sein Recht erlangte.
Es ist für die jüdische Geschichtsschreibung interessant, daß dieser Charakterfehler des sogenannten „ersten englischen Juden" von einem so fleißigen Forscher wie Wolf nicht aufgedeckt worden ist. Vielleicht sind ihm diese Tatsachen zu peinlich gewesen, zumal er Carvajal „einen Mann von Wahrhaftigkeit und Ehre"[67]) nennt.
Vorstehende Ausführungen mögen genügen, um die internationalen Verbindungen Carvajals und seinen Einfluß auf die englische Regierung zu zeigen.
Neben Carvajal finden wir noch Simon de Caceres und Henrique Mendes da Costa, die der Erwähnung wert sind.
Caceres war in Amsterdam geboren und hatte fast die ganze Welt bereist. Seine Handelsbeziehungen waren unbegrenzt, und seine Hauptinteressen lagen nicht nur in London und Hamburg, sondern auch in Westindien und Südamerika. Er war später der wirt-

[66]) Hist. Mss. Com. Report VI S. 102, 103.
[67]) Wolf: First English Jew S. 23.

schaftliche Ratgeber Cromwells in bestimmten kolonialen Angelegenheiten und in ähnlicher Funktion auch für den König von Dänemark und die Königin Christine von Schweden tätig[68]).
Mendes war sehr stark an den jüdischen Banken in Lissabon und Antwerpen beteiligt, die einen riesigen Konzern bildeten und am Ende des 16. Jahrhunderts dieselbe Rolle in Europa spielten wie das Bankhaus Rothschild im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Verwandter von Mendes eroberte Cypern für die Türken und wurde später zum Herzog von Naxos und Prinz von den Cycladen ernannt. Seine Zusammenarbeit mit Carvajal war sehr eng[69]).
Obgleich es noch viele reiche Juden mit internationalen Verbindungen in England gab, wollen wir uns im Rahmen dieser Arbeit auf einige wenige beschränken: Antonio Rodrigues Robles und Coronel Chacon, der während der Regierungszeit Cromwells als Geheimagent für die Royalisten in England fungierte[70]).
Der Jude Wolf hat in langer Arbeit festgestellt, daß sich nur etwa 26 männliche Morranos bis zum Jahre 1655 in England angesiedelt hatten[71]). Wir haben keinen Anlaß, diese Feststellung abzulehnen, aber im Verlauf der Darstellung über die Judengeschichte unter Cromwell werden wir noch zeigen, welchen Einfluß die an Zahl so geringe, an Mitteln aber so mächtige Kolonie der Juden auf die Politik Englands gehabt hat.
Ohne daß es der sorgfältigen Arbeit von Wolf bedurft hätte, kann man es als feststehend ansehen, daß die Morranos im geheimen ihrem jüdischen Glauben angehangen und auch wahrscheinlich eine Art Synagoge gehabt haben, denn wo in der Welt Morranos waren, posierten sie nach außen als Christen, während sie heimlich dem jüdischen Gottesdienst nachgingen[72]).
Abschließend können wir daher feststellen, daß sich bereits zu Beginn der jüdischen Bestrebungen unter Cromwell eine kleine, aber mächtige Gruppe von Morranos in England befand.

Puritanismus pro Judaismus

Im Jahre 1652 brach in England der Bürgerkrieg aus, der Karl I. zum Schafott und Cromwell zur Macht führte. Es war hauptsächlich die puritanische Gruppe unter den Republikanern, denen die Revolution ihren siegreichen Ausgang verdankte. Die Puritaner hatten die religiöse Glaubensfreiheit auf ihre Fahnen geschrieben. Man glaubte einen großen Teil der puritanischen Lehre im Alten

[68]) Wolf: Crypto Jews S. 73/74, American Elements S. 97, Resettlement S. 5, Hyamson: History S. 137.
[69]) Wolf: Re-Settlement S. 5, Hyamson: History S. 137.
[70]) Wolf: Crypto Jews S. 74, 75.
[71]) Wolf: Crypto Jews S. 67.
[72]) Wolf: Crypto Jews S. 53 ff.

Testament verankert, und so verglichen die Puritaner Cromwell mit Gideon, der zuerst nur widerstrebend der Stimme Gottes gehorchte, oder mit Judas Maccabäus, der eine Handvoll von Märtyrern in eine siegreiche Armee verwandelte[73]).
An Stelle der ursprünglich englischen Namen traten jüdische aus dem Alten Testament, und der Löwe von Juda wurde auf die siegreichen Fahnen der Puritaner gesetzt. Die Zeit unter der Herrschaft der Stuarts wurde als ägyptische Gefangenschaft bezeichnet[74]). Man schlug sogar ernsthaft vor, an Stelle des Sonntags den Sonnabend als regelrechten Sabbat treten zu lassen. Engländer bereisten den Kontinent, um gelehrte Gespräche mit Rabbinern zu führen, ja es gab sogar Puritaner, die den jüdischen Glauben annahmen[75]). Bei all diesen Vorkommnissen ist es daher nicht verwunderlich, daß man in Kreisen der Puritaner, die seit dem Jahre 1649 das beherrschende Element in der Commonwealth von England geworden waren, lebhaftes Interesse für die auf dem Kontinent lebenden Juden zeigte. Alles in allem besteht kaum ein wesentlicher Unterschied zwischen Puritanern und Juden. Bei beiden finden wir engste Verbindung zwischen Geschäft und Religion und die Rationalisierung des Lebens. Beide huldigen dem Grundsatz, daß alles, was für ein gutes Geschäft notwendig ist, auch moralisch gerechtfertigt sei. So ist Sombart[76]) zu der These gekommen, daß Puritanismus gleich Judentum ist.
Bei ihrer Bewunderung für die Juden konnten sich die Puritaner nicht vorstellen, daß die derzeit oft angestrebte Bekehrung zum Christentum auf mangelndem guten Willen beruhte; sie hielten vielmehr die bisherigen diesbezüglichen Methoden für falsch. Nach ihrer Ansicht waren die Juden zu allen Zeiten zu Unrecht schlecht behandelt worden, wie der Cromwell nahestehende Gelehrte und Politiker John Sadler öffentlich zum Ausdruck brachte[77]). Man verlangte infolgedessen vor allem gütige Behandlung[78]). Bekehrungsversuche etwa durch Missionen oder sonstige Bemühungen auf dem Kontinent erachteten die Puritaner als unzweckmäßig, und sie wünschten, daß die Juden in möglichst großer Zahl nach England kämen, um ihnen hier mit Rat und Tat die Notwendigkeit ihres Übertritts zum Christentum klarzumachen. Ein gewisser L. Busher richtete bereits im Jahre 1614 eine Schrift an den König und das Parlament, in der er sich u. a. mit dieser Frage weitgehend auseinandersetzte. Durch Verfolgungen mache man — so führte er aus — die Juden nur verstockter und „durch Errichtung von Grenzen für Religionsausübung hielte man sie davon ab, England zu bevölkern, wodurch wiederum ihre Be-

[73]) Graetz Bd. V S. 102, 103.
[74]) Hyamson: History S. 129, 130.
[75]) Hyamson: British Projects S. 1 ff.
[76]) Sombart S. 249.
[77]) Sadler: Rights of the Kingdom S. 74.
[78]) Godwin Bd. IV S. 245.

kehrung verhindert würde[78]). Diese Ausführungen, die erst im Jahre 1646 veröffentlicht wurden, verstärkten die pro-jüdische Haltung der Puritaner. Ganz besonders trug hierzu auch die im Jahre 1650 erschienene Arbeit eines gewissen Spencer bei, der sich mit positiven Vorschlägen an die Öffentlichkeit wandte. Nach seiner Ansicht „wäre es wunderbar, wenn die Juden bekehrt werden könnten, und die Engländer hätten gerade am meisten Aussicht, dies zu vollbringen[80]). Auch hieraus spricht wieder der auch heute noch in England weit verbreitete Glaube der Puritaner, daß die Briten das auserwählte Volk Gottes seien. Er formulierte die Bedingungen, unter denen die Juden nach England kommen sollten, von denen viele offensichtlich darauf hinauslaufen, ihnen im Falle der Bekehrung Vorteile zu gewähren. So solle man ihnen zwar erlauben, in ganz England Handel zu treiben, aber er schlägt doppelte Besteuerung vor, solange sie der jüdischen Religon angehörten. Jüdische Brüderschaften oder ähnliche Verbindungen will er nicht zulassen, wie man auch Heiraten zwischen Juden und Christen verbieten solle. Selbst ein Teil der puritanischen Geistlichkeit setzte sich für die Hebräer ein, wie Hyamson[81]) ausführt und wie sich später erweisen wird.

Neben all diesen idealistischen Momenten kamen aber auch, wie immer in England, die realistischen nicht zu kurz, und es wurde öffentlich zugegeben, daß man die Juden nach England zurücklassen müßte, um den Handel zu heben[82]). Man erwartete neben der jüdischen Geschäftstätigkeit auch das Einbringen von Kapital in großem Umfange.

Zahlreiche Flugschriften, die zugunsten der Juden veröffentlicht wurden, sorgten damals wie heute für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Mitunter hat es den Anschein, als sei die Kunst des Druckens für die Juden erfunden, denn wir alle wissen, in welchem Maße sie diese Einrichtung in den Dienst ihrer Sache stellen. So können wir von nun an in England bemerken, wie sich Fluten von Druckerschwärze ergossen, wann immer sie etwas erreichen wollten. Da die Zeitungen damals noch in den frühesten Anfängen steckten, kamen sie für die Bearbeitung des Volkes nicht in Frage, so daß es allein die Flugschriften waren, die nicht unerheblich zur Rückkehr der Juden nach England beigetragen haben.

Die bereits genannte Schrift von Busher dürfte die früheste ihrer Art sein. Neben anderen Pamphleten ist dasjenige aus dem Jahre 1647 von Hugh Peters „A word for the Army and Two words to the Kingdom" (Ein Wort an die Armee und zwei Worte an das Königreich) zu erwähnen. Es ist wegen der engen Verbindung des Verfassers mit Cromwell bemerkenswert. Peters war der Geistliche des Heeres und mehr oder weniger der Seelsorger Crom-

[78]) Busher S. 70 ff.
[80]) Spencer S. 2.
[81]) Hyamson: History S. 131.
[82]) Nicholas S. 15.

wells. Bei der Verurteilung Karls I. spielte er eine bedeutende Rolle, wofür er nach Rückkehr der Stuarts im Jahre 1660 hingerichtet wurde[83]).

In der Reihe der Schriften ist aber nicht die 1648 von Edward Nicholas herausgegebene zu vergessen.

Es sei völlig unverständlich, so lesen wir, „daß grausame Gesetze gegen die ehrenhafteste Nation der Welt — die Juden, das auserwählte Volk Gottes — gemacht worden seien[84]). Es wäre an der Zeit, die den Juden ungünstigen Gesetze aufzuheben. Er hoffe, daß recht bald Männer in England erstehen, die hiermit ein Ende machten. Der Autor ist ferner der Ansicht, daß all das Elend der damaligen englischen Bürgerkriege eine Vergeltung für die Verfolgung der heiligen Günstlinge Gottes sei. Pflicht eines jeden wäre es daher, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um für das unschuldig vergossene Blut der Juden zu büßen und mit ihnen eine enge Gemeinschaft und Freundschaft herbeizuführen[85]).

Bis zum heutigen Tage ist nicht aufgeklärt, wer sich hinter dem Namen Edward Nicholas verbarg. War es der Sekretär König Karls I., Sir Edward Nicholas, oder ein Morrano, der hinter diesem Pseudonym steckte? Andere Schriftsteller vermuten dahinter den Juden Menasseh Ben Israel, mit dem wir uns noch ausführlicher beschäftigen werden[86]). Wenngleich nähere Feststellungen fehlen, dürfte dieser letztere Standpunkt viel für sich haben.

Auch eine Schrift von Roger Williams, dem berühmten Baptisten, hatte großes Aufsehen erregt. Williams hatte bereits in Amerika eine Gemeinde gegründet, in der unbeschränkte Glaubens- und Gewissensfreiheit herrschte. In seiner Veröffentlichung trat er stark für die Juden ein. Sie seien zwar Ketzer, so meint er, aber dies beweise noch nicht, daß sie nicht gute Bürger werden könnten[87]).

Besonderes Interesse verdienen die Ausführungen des bereits erwähnten Gelehrten und Politikers John Sadler. Als Freund Cromwells dürfte er ihn nicht unerheblich beeinflußt haben; seine Gedanken sind für uns mehr als befremdlich. Es handelt sich um ein umfangreiches Werk, das infolge seines wenig geschickten Aufbaues schwer zu lesen ist. Er dürfte wohl als einer der ersten die Behauptung aufgestellt haben, die Engländer stammten von den Israeliten ab, und er glaubt, viele Übereinstimmungen zwischen den englischen und israelitischen Gesetzen und Gewohnheiten feststellen zu können[88]). Die konstitutionelle Einrichtung unter den älteren englischen Königen betreffend die Entscheidung über Krieg und Frieden sei mehr oder weniger von den Entschlüssen des Großen Rates abhängig gewesen, was mit der Machtbefugnis der Sanhedrin zu vergleichen sei. Es verwundert daher nicht, daß Sadler den Juden außerordentlich zugetan ist und für sie eintritt.

[83]) Hyamson: History S. 132.
[84]) Nicholas S. 4.
[85]) Nicholas S. 6 ff.
[86]) Hyamson: History S. 132 Note 1.
[87]) Williams S. 141 ff.
[88]) Sadler S. 8 ff.

Es ist eigenartig, daß in England diese Lehre über die Abstammung der Briten durchaus nicht ohne weiteres als Legende abgelehnt wird. Vielmehr beschäftigen sich Gelehrte wie Rogers und Milner, Burt, Shirley Smith — um einige zu nennen — mit diesem Thema. Man geht sogar so weit mit der Behauptung, daß das gegenwärtige Königshaus von dem Geschlecht Davids abstamme[89]). Diese Frage spukt nicht nur in den Köpfen von Gelehrten herum, sondern es gibt sogar noch heute eine Vereinigung in England, die zur Verbreitung dieser Lehre gegründet ist. Ihre Redner versuchen noch heute an der berühmten Ecke des Hyde Park, Marble Arch, ihre Zuhörer von der Richtigkeit dieser Theorie zu überzeugen. Prophezeiungen aus der Bibel, daß z. B. die Juden über die ganze Welt verteilt sein sollten und die Sonne in ihrem Reich nicht untergehe, will man auf Großbritannien anwenden. Man mag über diese Lehre lächeln, aber eins dürfte feststehen: die Juden begrüßen sie, denn sie kann ihrer Sache in England nur dienen. Wieviel größeren Eindruck muß dieses Buch von Sadler auf die den Juden günstig gesinnten Puritaner gemacht haben, zumal sie sich doch selbst als das auserwählte Volk Gottes betrachteten.

Aus der großen Zahl der pro-jüdischen Flugschriften soll noch diejenige John Durys erwähnt werden, dessen Ziel es war, alle verschiedenen Glaubensbekenntnisse der protestantischen Kirche zu vereinigen. Zu diesem Zwecke reiste er in ganz Europa umher und versuchte die großen Schwierigkeiten zu überwinden. Auf diese Weise war er sehr bekanntgeworden, und infolgedessen wurden seine Ausführungen über die Judenfrage von vielen beachtet[90]).

Dieser Hinweis auf die zahlreiche Literatur in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts mag für unsere Zwecke genügen.

Daneben gab es auch Flugschriften, die sich zwar grundsätzlich für eine Zulassung der Juden in England aussprachen, andererseits aber offen auf die ihnen eigenen Nachteile hinwiesen. John Weemse schilderte seinen Landsleuten in seiner Schrift den verabscheuungswürdigen gegenwärtigen Stand der Juden[91]), glaubte aber, daß dieser durch Taufe günstig beeinflußt werden könne. Voraussetzung sei natürlich, daß die Christen selbst den Juden nicht zuviel in den Weg legten[92]). Später sollten dann Christen und Juden nur noch eine Kirche haben[93]), was doch nicht schwer sein könne, zumal doch Jesus Christus auch ein Jude gewesen sei[94]).

Wir haben gesehen, daß es nicht an judenfreundlicher Literatur gefehlt hat, die allmählich den Boden für die jüdischen Bestrebungen vorbereitete. So überrascht es nicht, daß Ende Dezember 1648 der sogenannte Council of Mechanics eine Entschließung ver-

[89]) Sadler S. 47 ff.
[90]) Levy S. 76.
[91]) Weemse S. 295 ff.
[92]) Weemse S. 339 ff.
[93]) Weemse S. 370.
[94]) Weemse S. 378.

kündete, die für völlige Religionsfreiheit eintrat, von der „Türken, Papisten oder Juden keinesfalls ausgeschlossen sein sollten“ [95]). Dieselbe Entscheidung war gleichzeitig von dem Council of War ergangen.

In den ersten Tagen des Jahres 1649 traf eine Bittschrift für die Zulassung der Juden bei dem General Council ein. Sie kam von Mutter und Sohn Cartwright, Puritanern, die in Amsterdam lebten[96]). Wahrscheinlich gehörten sie zu der obenerwähnten Kategorie, die so sehr die jüdische Religion verehrten, daß sie entweder selbst zu diesem Glauben übertraten oder vollkommen im Banne derselben lebten. Mit Rücksicht hierauf und auf den Umstand, daß die große Judengemeinde in Amsterdam die Seele der Einwanderungsbestrebungen war, kann man vermuten, daß das Gesuch auf Veranlassung der dortigen Juden erfolgte. Man ließ es nicht bei der Überreichung des Antrags bewenden, sondern ließ ihn drucken und veröffentlichen, ein Beweis, daß die Juden daran nicht unbeteiligt gewesen sein dürften.

In dem erwähnten Bittgesuch klagen die Antragsteller, daß den Juden in England früher zu Unrecht soviel Leid zugefügt wurde. Es sei nun endlich an der Zeit, alles wieder gutzumachen.

Die Bittschrift verlangte vor allem unter dem Gesichtspunkt der Nächstenliebe die Aufhebung der Gesetze gegen die Zulassung der Juden, wodurch Gott bezüglich der in der Revolution begangenen bösen Taten milder gestimmt würde[97]).

Die Antwort des General Council war wider Erwarten für die Juden und Judengenossen enttäuschend. Man erklärte sich grundsätzlich zu einer wohlwollenden Erwägung der Bittschrift bereit, lehnte jedoch in Rücksicht auf die innerpolitischen Verhältnisse zunächst eine endgültige Entscheidung ab[98]). Tatsächlich war die damalige Lage mit Rücksicht auf das Verfahren gegen König Karl I. außerordentlich gespannt und nahm die Regierung voll und ganz in Anspruch.

Vielleicht läßt sich die tätige Mithilfe der Juden an der obigen Bittschrift auch noch daraus folgern, daß sie fast gleichzeitig selbst einen ähnlichen Antrag beim Council of War stellten. Insbesondere wünschten sie, daß das Gesetz vom Jahre 1290 betreffs ihrer Ausweisung aufgehoben würde.

Sie verlangten die Zulassung durchaus nicht umsonst. Im Gegenteil, sie boten dafür die Summe von £ 500.000, ein für damalige Zeiten ungeheurer Betrag. Allerdings machten sie bei diesem Angebot die geradezu unglaubliche Bedingung, daß ihnen die St. Pauls-Kathedrale und die Bodleian-Bibliothek in Oxford zum freien Gebrauch als Eigentum überlassen würde. Bekanntlich ist die St. Pauls-Kathedrale neben der Westminster-Abtei mit das größte

---

[95]) Clarke Papers Bd. II S. 172 Anm. A.
[96]) Wolf: Re-Settlement S. 7.
[97]) Clarke Papers Bd. II S. 172 Anm. A, Wolf: American Elements S. 87.
[98]) Hyamson: History S. 134.

englische Nationalheiligtum, während die Bodleian-Bibliothek zu den fünf größten Bibliotheken Englands zählt. Aus der Kathedrale wollte man eine Synagoge machen, die Bibliothek in eine jüdische Schule umwandeln.

Die Verhandlungen im Jahre 1649 scheiterten zwar, wenngleich nicht etwa wegen mangelnder Bereitwilligkeit der englischen Regierung. Sie war im Gegenteil nur allzu willig, auf dies Geschäft einzugehen, jedoch schien ihr der Preis zu niedrig, und sie verlangte £ 700.000, nach einer anderen Mitteilung sogar £ 800.000 [99]). Vielleicht ist man sich über den Preis nicht einig geworden, vielleicht war die Entrüstung des Volkes zu groß, um den Verkauf dieser nationalen Heiligtümer zuzulassen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Flugschrift aus jener Zeit: „Das letzte verdammenswerte Vorhaben von Cromwell und Ireton nebst Genossen ...", die die Regierung der Anarchie und Unterdrückung jeder Freiheit anklagt. „Ihr nächstes Ziel ist", so lesen wir wörtlich, „die City von London und ihre nähere Umgebung zu entwaffnen und zu plündern, um nach Entfernung der Armee keinen Aufstand befürchten zu müssen. Die Plünderung wird aber den Soldaten keinen Vorteil von Dauer bringen, sondern man wird ihnen das geraubte Gut zu einem billigen Preis abnehmen und es im ganzen an die Juden verkaufen, die man kürzlich im Gegensatz zu dem früheren Ausweisungsgesetz des Parlaments zugelassen und denen man erlaubt hat, bei uns ihre Banken und Warenhäuser zu eröffnen. Die Juden sind die Kaufleute von Cromwell und Genossen, welche gegen Kasse nicht nur alle enteigneten und geplünderten Gegenstände, sondern sogar Männer, Frauen und Kinder, ja ganze Familien verkaufen. Mit diesen Unglücklichen erhalten die jüdischen Händler einen dauernden Handel mit den Türken, Mauren und anderen Mohammedanern aufrecht" ... [100]).

Ganz abgesehen von der hier behandelten Frage dürfte gerade der letzte Satz von besonderem Interesse sein, denn danach hat man sich offenbar nicht gescheut, der damaligen Regierung nicht genehme Familien an die Juden zu verkaufen, so daß ein richtiger Menschenhandel im Schwung gewesen ist. Es ist bedauerlich, daß weitere Mitteilungen darüber nicht gefunden werden konnten. Nach den uns bekannten Tatsachen aus dem modernen Mädchenhandel überrascht es aber nicht, daß es die Juden waren, die dies verabscheuungswürdige Gewerbe betrieben.

Die Flugschrift dürfte sicherlich ihre Wirkung nicht verfehlt und zu ihrem Teil dazu beigetragen haben, daß man u. a. in Rücksicht auf die Entrüstung des Volkes die Verhandlungen offiziell abbrach. Anscheinend sind sie aber nie ganz zum Stillstand gekommen,

[99]) Walker Teil II S. 60, Carte Bd. I S. 276, Tovey S. 259, Blunt S. 68, Mentet S. 473, Piciotto S. 25, Hansard Bd. 125 S. 87, Bd. 141 S. 726 ff. Außerdem beruft sich Blunt noch auf einen Brief von Thurloe. Sein Zitat ist mit Ausnahme von Band und Seitenzahl richtig. Es muß nicht Vol. III S. 357, sondern Vol. I S. 387 heißen.

[100]) Walker Teil II S. 61, 62.

denn in der Sammlung von Thurloe, der erst Sekretär des Staatsrates, später von Oliver und Richard Cromwell war, ist ein Brief vom 29. Juli 1653 erhalten[101]), laut welchem zu dieser Zeit noch oder vielleicht schon wieder Besprechungen über diese Fragen im Gange waren.
Im Jahre 1654 hören wir dann erneut von einem offiziellen Antrag. Der französische Botschafter in Holland schrieb am 16. Oktober 1654 an seinen Kollegen in London, daß „ein Jude in Amsterdam angeblich genau darüber unterrichtet sei, daß die drei Generäle der Flotte eine Eingabe an Cromwell des Inhalts gemacht hätten, die Nation der Juden in England aufzunehmen und auf diese Weise den Handel dorthin zu lenken"[102]). Ob nun diese Angaben des Juden zutrafen, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall ist interessant, daß der französische Botschafter diese Mitteilung durch einen Hebräer in Amsterdam erhielt, woraus hervorgeht, daß die Juden Kenntnis von dem Plan der englischen Flottenführer hatten und mithin zweifellos an dieser Aktion beteiligt, wenn nicht sogar deren Urheber waren.

Oliver Cromwell

Das Jahr 1655 sollte die größten Anstrengungen der Juden und ihrer Freunde bezüglich ihrer Zulassung sehen. Bevor wir uns aber eingehend damit beschäftigen, ist es erforderlich, auf die beiden führenden Männer einzugehen, soweit es in Verbindung mit dem hier behandelten Thema erforderlich ist. Es war Cromwell, der seine ganze Persönlichkeit zugunsten der Juden in die Waagschale warf und auf der Seite ihres Führers Menasseh Ben Israel stand.
Es sind zahlreiche Schriften von berufener und unberufener Seite über den Charakter Cromwells erschienen und wir wollen hier von einem ähnlichen Versuch absehen. Vielmehr wollen wir nur untersuchen, warum sich Cromwell für die Sache der Juden einsetzte.
Als Puritaner war er der jüdischen Religion gegenüber freundlich eingestellt, und er fühlte sich nicht nur mit ihr verbunden, sondern verehrte sie geradezu[103]). Ob freilich nur aus Idealismus, soll dahingestellt bleiben. Wahrscheinlich gehörte er aber zu jenen, die hofften, daß man die Juden durch freundliche Behandlung und Religionsfreiheit nach und nach für das Christentum gewinnen könne, insbesondere, da die Lehre der Puritaner für die Juden anziehend sein müsse.

[101]) Thurloe State Papers Bd. I S. 387.
[102]) Thurloe State Papers Bd. II S. 652.
[103]) Graetz Bd. V S. 112, Fletcher S. 230, Godwin Bd. IV S. 245.

Er war geneigt, weitgehendste Religionsfreiheit zu gewähren, sofern die in Frage kommende Religionsgemeinschaft die Erklärung abgab, niemals den Versuch zu machen, sich in Staatsangelegenheiten einzumischen. Als der Patriarch der Quäker, George Fox, mit Cromwell zusammentraf, mußte er als erstes die Verpflichtung unterzeichnen, niemals etwas gegen Cromwell und seine Regierung zu unternehmen. George Fox kam diesem Verlangen nach und Cromwell wurde sogar später sein Freund[104]).

Auf Grund seines Prinzips, daß der Staat die höchste Autorität in einem Lande sei und im übrigen jeder nach seiner Fasson selig werden könne, ist zu verstehen, daß er nichts dagegen hatte, den Juden in England Rechte einzuräumen. Allerdings war selbst seine Macht nicht groß genug, sich entgegen dem Volkswillen in dieser Frage durchzusetzen[105]).

Seine judenfreundliche Haltung wurde weiter dadurch verstärkt, daß er gleichgesinnte Ratgeber um sich hatte. Zu den letzteren gehörte der bereits erwähnte Thurloe, der als sein Sekretär verständlicherweise einen weitgehenden Einfluß auf die Judenverhandlungen besaß, wie sich aus dem Inhalt seiner noch erhaltenen Briefe ergibt[106]). Zu den engeren Mitarbeitern Cromwells gehörte auch der ebenfalls bereits genannte Hugh Peters, sein berühmter Armeekaplan, der sehr aktiv in der Politik war, sowie Harry Martens als Mitglied des Privy Councils[107]) und John Sadler, der durch sein obenerwähntes Buch Cromwell gerade in der Judenfrage beeinflußt haben dürfte.

So braucht man sich eigentlich nicht wundern, daß Cromwell sich als größter Anwalt der Juden damaliger Zeit erwies, wenngleich ihn bei dieser Haltung auch noch andere Gesichtspunkte geleitet haben dürften.

Sein Streben war vor allem, England groß und stark zu machen, wofür nach seiner Ansicht nicht nur die militärische Macht, sondern auch eine Vormachtstellung des englischen Handels in der Welt als Voraussetzung galt[108]). Als Cromwell zur Macht kam, konnte hiervon nicht die Rede sein, denn der holländische Handel war damals führend. England war durch die langen Bürgerkriege finanziell heruntergekommen und von sich aus nicht imstande, den erstrebten Erfolg herbeizuführen. Es schien daher Cromwell das Natürliche, sich nach fremder Unterstützung umzusehen, die er bei den Juden der Welt zu finden hoffte. Wie bereits oben dargelegt, hatte das Judentum schon damals alle weltumspannenden Verbindungen. In seinen Händen lag der spanische und portugiesische wie auch der so wichtige Levantehandel, und die holländische Ost- und Westindien-Kompanie war ebenfalls ein jüdisches Unternehmen[109]). Der Handel in Gold- und Silberbarren in der

[104]) Ranke: History of England Bd. III S. 151.
[105]) Ranke: History of England Bd. III S. 152.
[106]) Thurloe: State Papers Bd. IV S. 308, 321.
[107]) Graetz Bd. V S. 113.
[108]) Godwin Bd. IV S. 245.
[109]) Hyamson: History S. 139.

Welt wurde mehr und mehr von ihnen beherrscht, wie sie auch große Interessen in der Schiffahrt aller Länder hatten[110]).

Cromwell war durch die kleine jüdische Gemeinde in London sehr gut über all diese Dinge unterrichtet, hatten sie doch selbst große Handelsbeziehungen zu allen bedeutenderen Ländern[111]), mit anderen Worten, es gab schon zu dieser Zeit kaum noch einen Zweig des englischen Handels, an dem nicht jüdisches Geld beteiligt war. Cromwell wünschte aber eine vermehrte jüdische Einwanderung, insbesondere von Holland, da er das Aufblühen Amsterdams zum Teil auf die Juden zurückführte. Zog er also die Juden von dort nach London, so hoffte er damit die Stärkung des englischen und Abnahme des holländischen Handels zu erreichen.

Die jüdischen Historiker können sich nicht genug tun, auf den Anteil der Juden am Aufstieg Englands hinzuweisen. Wolf nimmt dazu wie folgt Stellung:

„... An der Schwelle einer glänzenden Epoche kolonialer Ausdehnung waren für Spanien alle Voraussetzungen gegeben, sich unter Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten ein Imperium zu schaffen, das dem englischen in keiner Weise nachstand. Spanien beging aber den Fehler, sich eines großen Teils seiner wertvollsten Kaufleute und Industriellen zu entledigen, wodurch es sich innerhalb und außerhalb seiner Grenzen hunderte und tausende erbitterter und heimtückischer Feinde schuf, die nicht nur mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Interessen Spaniens bekämpften, sondern sich noch besonderer Erleichterungen erfreuten, ihrem Haß wirksamen Ausdruck zu verleihen. Mit jeder weiteren spanischen Eroberung vergrößerte sich auch die zersetzende Verschwörung der Morranos. Durch die Verblendung der Inquisition wurden ganze Schiffe mit unerwünschten Juden in die neuen Kolonien geschickt, wo sie sich später als Agenten und Korrespondenten ihrer Rassegenossen daheim und in andern Ländern betätigten. Auf diese Weise dehnte sich das Netz des jüdischen Handels, das schon vorher Nord- und Westeuropa, die Gestade des Mittelmeeres und die Levante umspannt hatte, weiter über Südamerika, Ost- und Westindien, das westliche und südöstliche Afrika, Indien und den Fernen Osten aus. Diese Kolonien standen sämtlich miteinander in Verbindung, und schon die ersten Juden in England unterhielten zu fast jedem ihrer dortigen Rassegenossen Geschäftsbeziehungen[112])."

Die Darlegungen dieses jüdischen Geschichtsforschers dürften das bereits von uns Ausgeführte voll und ganz bestätigen.

---

[110]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 29/30.
[111]) Wolf: Crypto Jews S. 73.
[112]) Wolf: Cromwell's Jewish Intelligencers S. 13.

Cromwell wollte diese Verbindungen der Juden nicht nur dem englischen Handel, sondern auch seiner auswärtigen Politik zunutze machen. Ob diese Anregung von ihm oder den Hebräern ausgegangen ist, kann nicht mehr festgestellt werden. Auf jeden Fall steht außer Zweifel, daß die Juden der ganzen Welt sich in den Spionagedienst Cromwells stellten und ihm große Hilfe leisteten.
Über diese Tätigkeit Judas ist lange nichts bekannt gewesen, bis vor allem Wolf zunächst darauf hingewiesen hat. Die Forschungen in den betreffenden Quellen ergeben, daß die Spionageerfolge der Juden erheblich dazu beigetragen haben, die Aktionen der zahlreichen Feinde Cromwells auf dem Kontinent zu durchkreuzen. Der spätere König Karl II. hatte seine Anhänger und Verbündeten, die er in vielen Ländern Europas fand, in Flandern zusammengezogen, um von hier aus nach England überzusetzen und Cromwell im eigenen Lande zu bekämpfen. Cromwell sah sich fast unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber, zumal die Spanier Karl II. ganz erheblich unterstützten. Die genauen Informationen durch die jüdische Spionage ermöglichten es Cromwell jedoch, die ganze Expedition der Royalisten im Keime zu ersticken, indem er sich überraschend der Flotte seiner Gegner in Ostende bemächtigte[113]).
Das Haupt dieser jüdischen Spionagezentrale finden wir in London: es war der uns schon bekannte Carvajal. In der Sammlung zeitgenössischer Briefe, den sogenannten Thurloe-Papers, findet sich ein Schreiben, datiert Vlissingen, 20. Dezember 1656, an „Mr. Ferdinando Carnevall, Merchant at London", das nur kurz den Erhalt von Briefen mit bestimmten Anlagen bestätigt und mit dem Namen „Jacub Goltburgh" unterzeichnet ist[114]). Aus der Überschrift der aus dem Jahre 1752 stammenden Sammlung geht bereits hervor, daß der Name nur ein Pseudonym und der tatsächliche Schreiber ein gewisser J. Butler war. Wenn man unter diesem Namen weiterforscht, findet sich noch eine ganze Anzahl von ihm stammender Spionagebriefe, die allerdings nicht ausdrücklich an Carnevall adressiert sind.
Es erhebt sich nun die Frage, wer Carnevall war und ob die Briefe an diesen oder an Thurloe gegangen sind. Obwohl ein verdienter Geschichtsforscher, W. Dunn Macray[115]), den Standpunkt vertritt, es handele sich bei dem Namen „Carnevall" um ein Pseudonym, so tragen wir keine Bedenken, Wolf beizustimmen[116]), daß mit dem Namen Carnevall nur der Jude Antonio Fernandez Carvajal gemeint sein kann. Es ist richtig, daß ein Mann wie Thurloe keinesfalls den Namen dieses so bekannten Juden als Pseudonym benutzt

[113]) Wolf: Cromwell's Jewish Intelligencers S. 8.
[114]) Thurloe State Papers Bd. V S. 722.
[115]) Macray Bd. III S. 242, 256 ff.
[116]) Wolf: Cromwell's Jewish Intelligencers S. 6.

haben dürfte. Sind aber die Briefe, deren Inhalt für die englische Regierung so wichtig war, daß eine Einsichtnahme Unbefugter auf jeden Fall vermieden werden mußte, in der genannten Weise adressiert gewesen, so mußten sie trotz der geringen Abweichung des Namens doch an Carvajal gelangen, den man übrigens, wie aus offiziellen Urkunden usw. hervorgeht, oftmals auch als Caravajal bezeichnet[117]).

In einer anderen Sammlung von Briefen befinden sich weitere Spionage-Mitteilungen aus Flandern[118]), die aus der Zeit von Februar bis Mai 1657 stammen und ebenfalls von Butler herrühren dürften. Allerdings sind sie diesmal weder mit „Jacub Goltburgh" noch mit „J. Butler", sondern mit „Jean Somer" unterzeichnet. Wolf hat die ersten beiden Briefe im Original gesehen, die Handschriften von J. Butler und J. Somer miteinander verglichen und sie völlig übereinstimmend gefunden, was ein guter Beweis für die Identität der Schreiber ist.

Es ist außerdem in den Urkunden überliefert, daß am 30. März 1655 für einen Angestellten Carvajals namens Alfonso de Fonseca ein Paß nach Flandern ausgestellt ist[119]). Ob diese Reise mit den Spionage-Angelegenheiten Carvajals in Verbindung steht, läßt sich nicht feststellen, dürfte aber nach dem oben Dargelegten nicht ausgeschlossen sein.

Der Inhalt der betreffenden Briefe zeigt, daß die seitens des Spions berichteten Tatsachen für Cromwell außerordentlich wichtig gewesen sind.

Butler — so werden wir den Spion in Zukunft nennen —, war — nach dem Umfang der Mitteilungen zu urteilen —, nicht imstande, alle damit verbundene Arbeit allein zu tun. Vielmehr muß er verschiedene Helfer gehabt haben, während er selbst wohl das Haupt der Spione Cromwells in Holland und Flandern gewesen sein dürfte. In einem seiner Briefe weist er ausdrücklich auf andere Personen hin, die in seinen Diensten stehen[120]). Wir finden auch, daß er sehr genaue Angaben über die jeweilige Truppenstärke Karls II. macht. Von ganz besonderer Bedeutung dürfte aber die Mitteilung darüber gewesen sein, in welchem Hafen die Transportschiffe für die Truppen zum Einfall nach England zusammengezogen werden sollten. Butler versichert, daß er rechtzeitig Nachricht von dem endgültigen Sammelplatz geben würde[121]). Es dürfte daher ziemlich sicher sein, daß es die Mitteilungen Butlers waren, die Cromwell rechtzeitig den erfolgreichen Überfall auf die in Ostende auf Reede liegende Flotte und Transportschiffe ermöglichten, wodurch die Landung der Royalisten in England verhindert wurde. Daneben gab Butler laufend genaue Informationen über die Ausrüstung und Bewaffnung der Truppen. Selbst die Stückzahl

[117]) Z. B. siehe Domestic State Papers Bd. 1654 S. 580, Bd. 1655/56 S. 60, 161 u. a. m.
[118]) Macray Bd. III S. 242, 256, 262 ff., 276, 283, 287.
[119]) Domestic State Papers Bd. 1655 S. 580.
[120]) Thurloe State Papers Bd. V S. 588.
[121]) Thurloe State Papers Bd. V S. 645, 709, Macray Bd. III S. 265, 276, 283.

der neu angekauften Waffen kannte und übermittelte er[122]). Mit erstaunlicher Sachkenntnis berichtete er selbst die intimsten Angelegenheiten am Hofe Karls II. Jede Person von Bedeutung wurde anscheinend von seinem Geheimdienst überwacht. Man erfährt aus den Briefen das Kommen und Gehen dieser Leute[123]). Es ist seinen Spionen sogar gelungen, die einzelnen Geldspenden, die Karl II. zuflossen, festzustellen, einschließlich der Namen der betreffenden Geber[124]).

Die Verbindungen des Geheimdienstes gingen sogar so weit, daß man eine genaue Beschreibung der nach England gesandten Spione Karls II. geben konnte[125]). Sicherlich wird es dann nicht schwer gewesen sein, die betreffenden Personen überwachen zu lassen bzw. unschädlich zu machen.

Ganz besondere Verdienste dürften sich aber die Spione dadurch erworben haben, daß sie anscheinend als erste positive Mitteilungen über den Abschluß des Bündnisvertrages zwischen Spanien und Karl II. machen konnten. Der schriftliche Vertrag wurde außerordentlich geheimgehalten und nur zwei der treuesten Ratgeber Karls II. kannten die Einzelheiten, während alle anderen Gefolgsleute überhaupt nicht davon unterrichtet wurden. Butler machte sich trotzdem anheischig, gegen Zurverfügungstellung einer großen Summe Geldes eine Abschrift des Vertrages beizubringen[126]). Aus den Briefen läßt sich leider nicht feststellen, ob er erfolgreich war. Wir können aber später daraus ersehen, daß Butler anscheinend immer schon im voraus sehr gut über die einzelnen Unterstützungsabsichten der Spanier unterrichtet war. So teilte er mit, daß sie zwölf Kriegsschiffe von Übersee erwarteten und sie zusammen mit einer gleichen Anzahl von Gallionen nach Flandern zu senden im Begriffe seien. Auch Holland würde dem König zwei Einheiten seiner Kriegsflotte zur Verfügung stellen, um die englische Flotte zu beobachten[127]).

Cromwell selbst dürfte der Geheimorganisation ebenfalls zu großem Dank verpflichtet gewesen sein. Wir finden in einem Brief von Butler, daß ein Holländer namens Pinleter nach England unterwegs war, um Cromwell zu ermorden. Er sei Oberst und ein sehr kühner Mann. Jeden Fremden, der sich häufig im Regierungsviertel von Whitehall aufhielte, solle man im Auge behalten[128]). Leider ist nicht bekanntgeworden, was aus dieser Angelegenheit geworden ist. Anscheinend hat man aber Pinleter auf Grund der Warnung wohl unschädlich machen können.

Es dürfte außer Zweifel stehen, daß Cromwell seine Erfolge nicht zum geringen Teil den Diensten seiner jüdischen Spione verdankt. Gleichzeitig gibt uns aber auch die oben geschilderte Tätigkeit

[122]) Macray Bd. III S. 256.
[123]) Thurloe State Papers Bd. V S. 645, 665.
[124]) Thurloe State Papers Bd. V S. 645, 709.
[125]) Thurloe State Papers Bd. V S. 645.
[126]) Thurloe State Papers Bd. V S. 665.
[127]) Thurloe State Papers Bd. V S. 709, Macray Bd. III S. 242.
[128]) Macray Bd. III S. 262.

Carvajals eine Erklärung dafür, warum er trotz seiner Verbrechen allezeit die Unterstützung der Regierung fand.
Neben Carvajal dürfte noch ein anderer reicher Jude namens Manuel Martinez Dormido oder auch David Abarbanel seine Verbindungen für Spionagezwecke zur Verfügung gestellt haben. Dormido wird noch in einem anderen Zusammenhang zu behandeln sein, und wir werden erst dann ganz verstehen, warum gerade er hierzu ausersehen war. Ein Teil seines Briefwechsels mit seinen Agenten in Holland ist ebenfalls in der Sammlung von Thurloe erhalten, und Wolf[129]) vertritt mit Recht die Ansicht, daß diese Mitteilungen nur einen kümmerlichen Rest darstellten. Es handelt sich um zwei Personen, ohne Zweifel Juden: David Nasy und Manoel Grasian. Der erstere schreibt am 10. September 1655 an Dormido, daß 27 spanische Schiffe mit 1010 Artilleriestücken in See gestochen seien. Die Besatzung bestehe aus 11 400 Mann. Weitere 32 Einheiten der spanischen Kriegsflotte würden in Kürze zu der ersterwähnten Streitmacht stoßen. Man hätte die Absicht, mit vereinten Kräften die englische Flotte zu verfolgen. „Gott möge geben", so schließt Nasy, „daß die verfluchten Papisten niemals diesen Triumph davontragen werden. Möge Cromwell mit seinen Waffen siegreich bleiben und weitere Erfolge zum Heil seines Volkes erringen"[130]). Der Brief Grasians enthält ähnliche Mitteilungen über die Stärke und die Bewegungen der spanischen Flotte und schließt mit den Worten: „Gott möge den Waffen Cromwells und der Commonwealth, welche unsere Nation so sehr begünstigte, gnädig sein"[131]).
Die Schlußworte beider Briefe sind insofern interessant, als sie deutlich die Einstellung der Juden gegenüber Spanien und England zeigen: dem ersteren begegnen sie mit allem Haß, während sie dem letzteren jüdische Schmeichelei entgegenbringen.
Wie der jüdische Geheimdienst bereits Cromwell große Dienste leistete, ist auch heute noch das Weltjudentum in derselben Weise für England tätig. Hillaire Belloc, der judenfreundliche Schriftsteller, schreibt bezüglich der Jetztzeit wie folgt: „... Die jüdischen Nachrichten-Agenturen im 19. Jahrhundert haben England überall in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht begünstigt. Die Juden haben sich immer den Rivalen und Feinden Englands entgegengesetzt. Im Fernen Osten stellten sie ihre Erfahrungen ganz besonders zur Verfügung der Engländer. Auch bei der internationalen Durchdringung der übrigen europäischen Regierungen fungierten die Juden als ihre Informationsquelle. Man muß sie fast als die englischen Agenten auf dem europäischen Kontinent bezeichnen..."[132]).
Der bereits genannte Angestellte Carvajals, de Fonseca, ist ein

[129]) Wolf: Cromwell's Jewish Intelligencers S. 10.
[130]) Thurloe State Papers Bd. III S. 750.
[131]) Thurloe State Papers Bd. III S. 750/51.
[132]) Belloc: The Jews S. 222.

Bruder Dormidos[133]). Durch diese weitere Verbindung mit Dormido als einem andern Hauptspion Cromwells gewinnt die oben geäußerte Ansicht, daß auch er zu dem gesamten Spionagesystem gehört hat, noch mehr an Wahrscheinlichkeit.

Die Verdienste Dormidos für Cromwell müssen ganz erheblich gewesen sein, wenn man die ihm von letzterem erwiesene Gunst betrachtet. Als die Portugiesen Pernambuco von den Holländern zurückeroberten, hatten sie große Vermögenswerte Dormidos beschlagnahmt, der Cromwell bat, dieserhalb beim König von Portugal vorstellig zu werden. Cromwell leitete das Gesuch am 8. November 1654 an den Staatsrat zur Erledigung weiter[134]). Der Staatsrat weigerte sich jedoch, irgend etwas in der Angelegenheit zu unternehmen, geschweige denn, sich an den König von Portugal zu wenden, was er damit begründete, daß Dormido nicht britischer, sondern holländischer Staatsbürger sei[135]). Daraufhin nahm Cromwell die Angelegenheit selbst in die Hand und verwandte sich in einem Privatbrief an den König von Portugal für Dormido. Er erbat als besondere Gunst die Zurückgabe des in Pernambuco befindlichen Vermögens an Dormido[136]). Dieser Vorgang dürfte eindrucksvoll Cromwells Einstellung gegenüber den Juden zeigen.

Die bisher gegebenen Mitteilungen über den Spionagedienst der Juden konnten einwandfrei an Hand von Urkunden bewiesen werden, indes besteht die Vermutung, daß die Juden allgemein als Spione für Cromwell tätig waren. Die vorgetragenen Umstände lassen kaum den Schluß zu, daß eine derartige Tätigkeit nur auf einige bestimmte Juden beschränkt war. Diese Annahme wird durch die Überlieferungen von zwei zuverlässigen Historikern bestätigt.

Einer von ihnen ist der Bischof Burton, der eine vielbeachtete „Geschichte seiner Zeit" (History of his own time) geschrieben hat. Da sie an einer Stelle Cromwells Beziehungen zu den Juden besonders beleuchtet, soll nicht versäumt werden, die diesbezüglichen Ausführungen wiederzugeben:

> „... Cromwell machte es sich zum Prinzip, keinerlei Kosten zu sparen, um Informationen durch den Geheimdienst zu erhalten. Als er dahintergekommen war, mit welcher Geschicklichkeit sich die Juden überall in der Welt in der Spionage betätigten, brachte er eine Anzahl von Juden nach England ... Die ganze Zeit hindurch waren sie für Cromwell gute und zuverlässige Spione, besonders in den Angelegenheiten mit Spanien und Portugal. Der Graf von Orrery erzählte mir, daß er eines Tages mit Cromwell in einer der Galerien von Whitehall auf und ab gegangen sei, als plötzlich ein Mann — beinahe nur in Lumpen gehüllt — auftauchte. Cromwell habe Lord Orrery sofort entlassen und den Mann in sein Geheimzimmer geführt, der ihn

[133]) Wolf: Crypto Jews S. 70.
[134]) Domestic State Papers Bd. 1654 S. 393.
[135]) Domestic State Papers Bd. 1654 S. 407.
[136]) Wolf: Cromwell's Jewish Intelligencers S. 11.

davon unterrichtete, daß die Spanier zur Bezahlung ihrer Armee in Flandern eine große Summe Geldes in einem holländischen Kriegsschiff abgesandt hätten. Der Mann gab ihm den genauen Platz auf dem Schiff an, wo sich das Geld befand."

Durch diese Mitteilung, so läßt Burton Lord Orrery fortfahren, sei das holländische Kriegsschiff tatsächlich auf der Höhe von Dover aufgebracht und die sehr große Geldsumme unter dem Druck der englischen Kriegsschiffe von Bord geholt. „Beim nächsten Treffen", so beendet Burton seine Geschichte, „habe Cromwell Lord Orrery berichtet, daß er diese geheimen Nachrichten bezüglich des holländischen Schiffes von dem verachtenswerten Mann von vor einigen Tagen erhalten habe[137])."

Nach dieser Geschichte können wir auch eine urkundliche Eintragung in den Protokollen des Staatsrates vom 7. September 1652 richtig verstehen, die wie folgt lautet: „Antonio Ferdinando Carvajal teilt mit, daß in einem Hamburger Schiff für Rechnung spanischer Kaufleute Silber nach Ostende gebracht wird[138])." Hierbei hat es sich augenscheinlich um eine Mitteilung des Geheimdienstes von Carvajal gehandelt, und englische Kriegsschiffe werden wahrscheinlich dafür gesorgt haben, daß das Silber nicht nach Flandern kam. Im übrigen überrascht Carvajals Kenntnis über diesen Transport nicht, da er wohl als größter Kaufmann in dieser Branche von seinen spanischen Rassegenossen und Geschäftsfreunden informiert war.

Daneben haben wir noch eine andere authentische Bestätigung unserer Meinung, die wir in dem sogenannten „Parliamentary Diary von Thomas Burton"[139]) finden. Es sind uns hierin Worte übermittelt worden, die Cromwell in einer öffentlichen Rede ausgesprochen hat. Burtons Bericht lautet wie folgt: „Cromwell gewährte den Juden, jenen tüchtigen und allgemein verwandten Spionen, deren Verbindungen mit dem Kontinent er sich außerordentlich gut zunutze gemacht hatte, eine angemessene Gnade zu Händen ihres Hauptagenten in England." ...

Welche Art von Gnade den Juden erwiesen wurde, läßt sich nicht mehr feststellen. Wolf vertritt die Ansicht, diese „Gnade" habe darin bestanden, daß ihnen Cromwell vor versammeltem Parlament die Zusicherung für eine Ansiedlung in England gab. Wir halten diese Ansicht nicht für richtig, immerhin sieht man aber aus dem Bericht Burtons, daß die Spionagetätigkeit der Juden sicherlich mit ein Hauptgrund für Cromwell gewesen sein dürfte, sie zu begünstigen. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß Carvajal der „Hauptagent der Juden" gewesen ist; an anderer Stelle wird er von seinem Zeitgenossen Violet[140]), von dem wir noch hören werden, „der große Jude" genannt. Die Worte sind zwar verschieden, bedeuten aber dem Sinne nach dasselbe.

[137]) Burton Bd. I S. 122.
[138]) Domestic State Papers Bd. 1651/52 S. 395.
[139]) Burton Bd. I S. 471.
[140]) Violet: Petition against the Jews S. 7.

Allgemeine Unterstützung Cromwells durch die Juden

Wahrscheinlich ist Cromwell auch von jüdischem Kapital abhängig gewesen, wenngleich zugegeben werden muß, daß diesbezügliche Nachforschungen keinen einwandfreien Beweis erbracht haben. Nach Ansicht des Juden Wolf besteht kaum ein Zweifel, daß Cromwell bzw. der parlamentarischen Regierung seitens der Juden Geld zur Verfügung gestellt wurde. So führt er aus, daß um das Jahr 1643 fremde Juden von Amsterdam in London festgestellt worden seien, die wahrscheinlich durch die finanziellen Schwierigkeiten der damaligen Regierung angelockt waren[141]).

An einer anderen Stelle bringt Wolf seine Meinung klarer zum Ausdruck. Er bezieht sich hierbei ebenfalls auf ein Schreiben, wonach die Juden den Republikanern erhebliche Summen Geldes zur Durchsetzung ihrer Ziele angeboten haben[142]).

Auch andere Schriftsteller, die aber Gegner Cromwells waren, behaupten, daß er Zuwendungen von den Juden erhielt[143]). Demnach besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die Juden Cromwell auch finanziell stark unterstützten.

Es ist auch durchaus möglich, daß sie Cromwell und der republikanischen Regierung erhebliche Summen zu zahlen bereit waren, sofern ihnen gewisse Zusicherungen bezüglich der Erteilung der Erlaubnis zum freien Handel in England gegeben wurden. Da die Juden vom Parlament unter Cromwell nicht diese gesetzliche Zusicherung erhielten, mag es vielleicht beim Angebot von Geldern geblieben sein[144]).

Daß Cromwell aber immer erheblichen Wert auf die finanzielle Unterstützung seitens der Juden legte, ergibt sich daraus, daß er nach Zusammenbruch der sogenannten Whitehall-Konferenz, welche wir noch ausführlich behandeln werden, die weitere Verfolgung der Angelegenheit davon abhängig machte, daß die Juden die von ihm verlangte ungeheure Summe Geldes bezahlten[145]). Wie dem aber auch sei, nach den zwar nur spärlichen urkundlichen Belegen haben wir dennoch keine Zweifel, daß große Zahlungen erfolgt sind.

Durch die Einwanderung der Juden dürfte auch mittelbar viel Geld nach England geflossen sein. Wir haben oben bereits den großen Umfang jüdischer Geschäfte auseinandergesetzt. Einer der Juden, Diego Rodrigues Marques, hat z. B. bei seiner Auswanderung von Lissabon mit Hilfe seiner Verwandten £ 15.000 nach London gebracht, wie aus seinem öffentlichen Testament hervorgeht. Man kann auch weiter daraus schließen, auf welche Weise er sein Vermögen vermehrt haben muß. Schon im Jahre

---

[141]) Wolf: Re-Settlement S. 4.
[142]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 18/19.
[143]) Romaine S. 5, Prynne: Narrative S. 49.
[144]) Fletcher S. 231, Henriques: Return S. 67.
[145]) Nicholas Paper Bd. III S. 255.

1678 sind in dem Testament Schiffsladungen mit Gold und Silber im Werte von etwa 1 Million Milreis erwähnt[146]).
Die Juden haben aber Cromwell auch noch in anderer Weise gedient. Durch ihre Verwandten und Geschäftsfreunde in aller Welt veranlaßt, waren sie schon damals diejenigen, die durch ihre Wanderungen und Reisen viele Länder kannten. Gleichzeitig wurden sie während ihrer Besuche nicht nur über den allgemeinen Charakter des fremden Landes aufgeklärt, sondern man hat sich dann auch über die zu erzielenden Möglichkeiten und Vorteile unterhalten. Der bereits erwähnte Jude Simon de Caceres hat z. B. längere Zeit in Südamerika gelebt und kannte daher die dortigen Verhältnisse[147]). Von ihm ist uns überliefert, daß er Cromwell Aufschluß über fremde Länder gab und ihm sogar genau formulierte Vorschläge übermittelte, die er auch meistens befolgte.
Im Jahre 1655 war Jamaica von England erobert worden[148]). Caceres überreichte Cromwell ein Memorandum mit dem Titel „Verbesserungsvorschläge bezüglich Jamaica"[149]). Aus dem Inhalt ergibt sich, daß er diese Vorschläge unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Jamaica ausgearbeitet hat. Er hält vor allem einen Ausbau des Hafens für unbedingt erforderlich, wozu man Steine und sonstiges Baumaterial benötigte. Er gibt bis ins kleinste gehende Einzelheiten für die Befestigung der Insel und regt an, daß so schnell wie möglich besondere Vorräte für die Truppen nach dort geschickt werden müßten.
Cromwell hat sich anscheinend von diesen Ausführungen überzeugen lassen, denn wir finden in einem seiner Briefe aus dem Jahre 1655 an den Generalmajor Fortescue in Jamaica Anweisungen im Sinne der Vorschläge von Caceres[150]).
Zusammen mit diesem Memorandum hatte Caceres weitere Vorschläge für die Eroberung von Chile gemacht[151]). Er gibt Cromwell eine genaue Beschreibung dieses Landes und des Ortes, wo das Expeditionskorps zu landen hätte. Nach seiner Meinung genügten für die Eroberung von Chile vier Fregatten und vier Transportschiffe mit tausend Soldaten. Eine Insel, die er Mocha nennt, hält er als Basis für besonders geeignet, zumal man dort Lebensmittel zu billigen Preisen von den Indianern kaufen könnte. Hinzu käme, daß letztere als Todfeinde der Spanier den Engländern freundlich gesinnt sein würden. Caceres vergißt nicht, Cromwell auf die sechs Hauptvorteile der Eroberung Chiles hinzuweisen. Man würde dort mehr Gold finden als in Peru, und das Land sei reich an Früchten, Vieh und Fischen. Außerdem lebten dort die kriegerischsten Indianer, die von einem unversöhnlichen Haß

[146]) Probate Office Records 1678 (Reeve Fol. 113).
[147]) Wolf: Re-Settlement S. 5.
[148]) Green Bd. III S. 294.
[149]) Thurloe State Papers Bd. IV S. 61, 62.
[150]) Carlyle: Letters Bd. II S. 389/90.
[151]) Thurloe State Papers Bd. IV S. 62/63.

gegen die Spanier beseelt seien. Ferner sei Chile eine gute Operationsbasis, um den spanischen Handel von den Philippinen und Südamerika nach dem Heimatland zu unterbinden. Endlich würde man dadurch allmählich die Spanier von den Meeren verdrängen. Seine weiteren Ausführungen gehen darauf hinaus, sich selbst und seinen Rassegenossen möglichst gute Posten in der Expedition zu sichern. Zunächst sollte man Juden in Holland, die bereits eine andere Expedition nach Chile begleitet hätten und daher ortskundig wären, für dies Unternehmen anwerben. Caceres selbst — so meinte er selbstgefällig — würde das Kommando übernehmen. Er sei notfalls auch mit dem Posten des zweiten Befehlshabers zufrieden, wenn es nicht anders ginge.
Man sieht, Caceres hat sich bei seinen Vorschlägen nicht vergessen und war auf seinen Vorteil bedacht. Anscheinend hat aber Cromwell diese Expedition nicht unternommen.
Wolf[152]) hat in der Rawlinsonian-Sammlung noch einen weiteren Plan von Caceres entdeckt, der sich auf die Navigationsakte bezieht. Hierdurch war bekanntlich beabsichtigt, den Holländern den Handel zu entreißen und die englische Schiffahrt zu heben. Wir werden noch näher darauf einzugehen haben. Caceres hat Cromwell bis ins einzelne gezeigt, daß hinsichtlich der Verschiffung der Produkte, insbesondere des Zuckers in Westindien, mit der englischen Beteiligung noch vieles im argen läge. Holländer, Hamburger und Franzosen hätten einen noch viel zu großen Anteil an dem Handel dieser englischen Kolonie. Eingehend setzt er dann auseinander, wie man diesem für England ungünstigen Zustand abhelfen könnte. Man habe aber bei allem nicht die Schliche der Holländer, Hamburger und sonstigen Fremden außer acht zu lassen, sonst würden sich alle diesbezüglichen Bemühungen von vornherein als unnütz erweisen. Er, Caceres, würde der richtige Mann als Kommissar für die Durchführung der von ihm entworfenen Maßnahmen sein, da er alle Winkelzüge der Fremden kenne. Diese Ausführungen von Caceres sind um so bedeutungsvoller, als die Grundgedanken für die Navigationsakte danach anscheinend von einem Juden stammen.
Man sieht aus allem, in welchem Maße Cromwell von den Hebräern unterstützt wurde; er war im Munde aller Juden der Welt, die große Taten zu ihrem Heil von ihm erwarteten.
Um das Jahr 1654 oder 1655 — die genaue Zeit steht nicht fest[153]) — kam eine Abordnung von Juden aus Kleinasien unter Führung eines ihrer Rabbiner nach England. Cromwell gewährte ihnen eine Unterredung, in deren Verlauf sie ihm darlegten, daß sie die wertvolle Bibliothek von Cambridge kaufen wollten. Cromwell war diesem Plan nicht abgeneigt. Sie baten aber zunächst um die Erlaubnis, einen Einblick in die Bücherei nehmen zu dürfen, was ihnen Cromwell zugestand. Die Juden begaben

[152]) Wolf: American Elements S. 99.
[153]) Tovey S. 275.

sich nach Cambridge, aber nach einiger Zeit fand man sie in Huntingdon, dem Geburtsort Cromwells, wo sie zum Erstaunen der Bewohner in seinem Stammbaum forschten. Es sickerte bald durch, daß sie einen bestimmten Zweck damit verfolgten: sie wollten nämlich herausfinden, ob die Ahnenfolge ihre Ansicht bestätigte, daß Cromwell ein Jude und der ihnen schon so lange verheißene Messias sei[154]). Die Öffentlichkeit in England nahm dies zum Teil zornig, zum Teil spöttisch auf. Zuletzt hörte auch Cromwell davon, und um sich der Entrüstung oder dem Gespött der Menge zu entziehen, war er gezwungen, die Judenabordnung des Landes zu verweisen[155]).

Manche Schriftsteller, so Piciotto, sind im Zweifel, ob sich dieser Vorfall tatsächlich ereignet hat. Nach unserer Ansicht ist er sowohl im allgemeinen als daneben auch noch aus einem besonderen Grunde, der bisher von allen Forschern übersehen worden ist, sehr wohl möglich.

Durch die Schrift eines Engländers damaliger Zeit ist uns übermittelt worden, daß eine große Versammlung der Juden der Welt am 12. Dezember 1650 in der Nähe von Budapest stattgefunden hat[156]), die von etwa 300 Vertretern der verschiedenen jüdischen Kolonien besucht war. Der Engländer hatte durch irgendeinen Umstand Zutritt zu der Versammlung und nahm an allen Sitzungen teil. Hauptsächlich habe man sich darüber in heftiger Weise unterhalten, ob der Messias bisher erschienen sei oder nicht. Tagelang hätten sich die Juden gestritten, ohne ein Resultat zu erlangen. Die überwiegende Mehrheit war der Ansicht, er sei noch nicht gekommen. Auf jeden Fall sei aber sicher, daß der zu erwartende Messias große irdische Macht besitzen würde. Man faßte den Beschluß, im Jahre 1653 eine ähnliche Versammlung in Syrien einzuberufen, um u. a. diese Frage zu entscheiden[157]).

Wir wissen nicht, ob dieses Treffen stattgefunden hat, es spricht aber auch nichts dagegen, und es besteht durchaus die Wahrscheinlichkeit, daß wiederum keine Einigung über diese Frage erzielt wurde. Mit Rücksicht auf die den Juden von Cromwell gezeigte Gunst und seine große irdische Macht war man vielleicht geneigt, ihn für den Messias zu halten. Das einzige Hindernis war anscheinend die Ungewißheit über seine Abstammung, und die Vermutung liegt nahe, daß im Jahre 1653 eine Abordnung bestimmt wurde, um in England entsprechende Nachforschungen anzustellen. Im Jahre 1654 oder 1655 erschien tatsächlich eine Abordnung aus Kleinasien, wie einstimmig überliefert ist, so daß wohl kein Zweifel über den oben dargelegten Vorgang herrscht.

Abgesehen von diesen Erwägungen dürfte aber allgemein die Tatsache interessieren, daß sich auch schon damals das Juden-

---

[154]) Bekanntlich erkennen die Juden Jesus Christus nicht als Messias an.
[155]) Piciotto S. 29, Answer to a Pamphlet S. 46, Blunt S. 71, Wolf: Menasseh Ben Israel S. 41, Jesse Bd. III S. 88, Tovey S. 275.
[156]) Brett: In Harleian Miscellany Bd. I S. 379 ff.
[157]) Brett: In Harleian Miscellany Bd. I S. 385.

tum der Welt zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten zusammenfand, ein weiterer authentischer Fall für die von den Juden mit aller Entschiedenheit abgelehnte These, daß unter ihnen eine gemeinsame Front bestehe.

Menasseh Ben Israel

Nachdem wir eine allgemeine Übersicht über die Stellung Cromwells zu den Juden und umgekehrt erhalten haben, dürfte es nicht mehr so schwer sein, die nun folgenden Vorgänge in den Jahren 1654 und 1655 zu verstehen.
War auf der englischen Seite Cromwell der eifrige Förderer der jüdischen Sache, so war der Führer der Juden ein Rabbiner in Amsterdam, Menasseh Ben Israel. Wir werden uns länger mit ihm zu beschäftigen haben, nicht allein wegen seiner Zusammenarbeit mit Cromwell, sondern weil er einer der ersten war, der nicht für eine bestimmte Gruppe von Juden handelte, sondern sich als Führer für das Weltjudentum einsetzte. Ein immer wiederkehrender Einwand gegenüber einem unserer Gründe für die Bekämpfung der Juden ist, daß ihr von uns behaupteter bewußter einheitlicher Wille für eine Weltbeherrschung fehlt oder zumindest nicht einwandfrei festgestellt werden kann.
Es wird zugegeben, daß nicht alle Versuche der Beweisführung zu diesem Punkte erfolgreich waren. Dies hat aber meist weniger an dem Material gelegen als an den in Frage kommenden Bearbeitern. Wir müssen uns daran gewöhnen, der Welt in dieser Hinsicht eine unangreifbare Beweisführung zu geben, was wir durch Hinweis auf Quellen und, wenn möglich, unter Bezugnahme auf jüdische Literatur und Geschichtsforschung erreichen können und müssen. Nichts hilft den Juden und ihren Freunden in der Welt mehr als das Abweichen von diesen Grundsätzen.
Es ist zwar ganz besonders schwer, gutbegründete Feststellungen über eine bewußte Führung der Juden zur Weltherrschaft zu treffen. Jüdische Archive wie die des Hauses Rothschild sind und werden auch wohl kaum geöffnet. Außerdem werden die treibenden Kräfte im Judentum natürlicherweise weitestgehend vermeiden, ihre Ziele zu Papier zu bringen. Meistens ist man daher nur auf Indizien angewiesen, die aber den besonders Kritischen nicht überzeugen können. Infolgedessen müssen wir es dankbar begrüßen, wenn wir an Hand von Urkunden oder sonstigen einwandfreien Beweisstücken unsere Behauptung begründen und, was am wichtigsten ist, auch Zweifler überzeugen können. Menasseh Ben Israel und seine Mission bezüglich Oliver Cromwell dürfte einer der Fälle sein, in dem genügend durchschlagendes Material vorhanden ist, um zu beweisen, daß die

Juden der Welt ein gemeinsames Ziel und eine einheitliche Führung hatten.
Zunächst wollen wir uns kurz mit dem Leben Menasseh Ben Israels vertraut machen, um zu verstehen, warum gerade er zu dieser großen Aufgabe bestimmt und geeignet war.
Er wurde im Jahre 1604 geboren und es bestehen einige Zweifel, wo er zur Welt gekommen ist. Mit ziemlicher Sicherheit darf jedoch Lissabon als sein Geburtsort angesehen werden[158]). Sein Vater war einer der oben erwähnten Morranos, die sich in Portugal aufhielten. Er wurde eines Tages als heimlicher Jude entdeckt und entging nicht den Marterungen der Inquisition. Sein Vermögen wurde enteignet, und die Familie war nur zu froh, bei der ersten besten Gelegenheit aus Portugal fliehen zu können. Man wandte sich, wie viele andere Morranos, nach Amsterdam, dem aufblühenden neuen jüdischen Weltzentrum. Der Vater war bei Ankunft in Amsterdam ein gebrochener Mann, der seine Armut nur schwer ertragen konnte. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß Menasseh Ben Israel bereits alt genug war, um die Handlungen der Inquisition gegen die Juden zum Teil mitzuerleben und in sein kindliches Gemüt aufzunehmen. So ist ihm sicher eine dauernde Erinnerung daran geblieben, zumal seine Eltern sein Gedächtnis durch ihre Erzählungen immer wieder aufgefrischt haben dürften. Außerdem kamen in Amsterdam fast ununterbrochen neue Morranos an, die von den harten Maßnahmen der Bewohner der Iberischen Halbinsel gegen die Juden zu berichten wußten. Der jüdische Charakter ist schon allgemein auf Rache für ein ihm angeblich angetanes Unrecht bedacht. Daß Menasseh hiervon keine Ausnahme gemacht hat, ergibt u. a. einer seiner Briefe aus dem Jahre 1647[159]), aus dem man seinen ganzen Haß gegen die Engländer wegen Taten gegen seine Rassegenossen vor 350 Jahren verspürt. Um wieviel mehr muß er Spaniern und Portugiesen Rache geschworen haben, die zu seinen Lebzeiten nicht nur seine Rassegenossen, sondern seine Familie verfolgt hatten. Da Cromwell der größte Widersacher Spaniens war, kann man sich vorstellen, daß Menasseh mit besonderer Freude die Zusammenarbeit mit ihm aufnahm, konnte er doch hoffen, durch Einwanderung der Juden in England für sie eine ähnliche beherrschende Stellung wie früher in Spanien zu schaffen und so den Kampf gegen ihre Todfeinde auf der Pyrenäischen Halbinsel aufnehmen zu können.
Menasseh Ben Israel erhielt einen bekannten Rabbiner zum Lehrer. Unter seiner Führung war er imstande, bereits im Alter von 15 Jahren seine erste Predigt in der Synagoge zu halten. Als sein Lehrer im Jahre 1622 starb, wurde er trotz seines jugendlichen Alters zu seinem Nachfolger ernannt[160]). Er war bald in allen

[158]) E. Adler: Letter S. 174, Dr. Adler: Homage S. 27, Piciotto S. 25.
[159]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 623.
[160]) Dr. Adler: Homage S. 27.

jüdischen Kolonien der Welt als einer der besten Rabbiner bekannt. Von allen Ländern der Erde kamen die Juden, um mit ihm über alle ihre Rasse angehenden Fragen zu verhandeln und seine Meinung zu hören. So erklärt es sich, daß er bald in den Kreisen des Weltjudentums einen großen Namen hatte und mit allen führenden Juden der Welt bekannt war. Zu der Verbreitung seines Namens trug auch bei, daß er sich sehr ausgiebig schriftstellerisch betätigte. Seine Werke waren hauptsächlich philosophischer und geschichtlicher Art. Seine Tätigkeit blieb schließlich aber nicht auf jüdische Kreise beschränkt, sondern infolge seiner Kenntnis von zehn Sprachen kam er auch mit Vertretern anderer Nationen in Berührung[161]).

Kurz nach seiner Ernennung zum Rabbiner hatte er geheiratet. Aus der Ehe waren zwei Söhne hervorgegangen. Da er als Rabbiner nicht genug verdiente, eröffnete er eine Druckerei. Anscheinend war dieses Unternehmen aber nicht von großem materiellen Erfolg begleitet, denn wir hören bald von erneuten Geldschwierigkeiten. Er beschloß, nach Pernambuco auszuwandern, wo die Juden nach der Eroberung Brasiliens ungeheure Reichtümer an sich gerissen hatten. Schon hatte er alle Verbindungen mit Holland gelöst und stand kurz vor seiner Abfahrt, als ihn zwei sehr reiche, aus Spanien ausgewanderte Juden zum Bleiben bewogen. Diese wollten eine jüdische Schule in Amsterdam gründen und ihn hierfür als Mitarbeiter gewinnen. Da das Gehalt Menasseh Ben Israel genügend erschien, nahm er das Angebot der Brüder Abraham und Isaac Pereira an[162]).

Es wird sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen lassen, aus welchem Grunde und durch welche Person Menasseh Ben Israel zu seiner Aufgabe in England kam. Einige jüdische Schriftsteller[163]) meinen, daß die bereits oben geschilderte freundliche Einstellung der Puritaner in Verbindung mit der damaligen Literatur ihn zu der Aufnahme der Verhandlungen mit England ermutigt hätten. Dr. Adler und Graetz behaupten sogar, daß der letzte Anstoß für sein Handeln die bereits erwähnte Schrift von Edward Nicholas aus dem Jahre 1648 gewesen sei. Da gemäß unseren früheren Darlegungen diese Ausführungen aber wahrscheinlich von ihm selbst stammen, scheint diese Ansicht nicht zuzutreffen.

Wie dem aber auch sei, nach unserer Auffassung dürfte Menasseh Ben Israel durch die seinerzeitigen jüdischen Belange und die damals herrschenden Ideen über das tausendjährige Reich zu dem von ihm eingeschlagenen Weg veranlaßt worden sein. Auch damals wie jetzt war die jüdische Frage in vielen Ländern brennend geworden.

Durch die Entwicklung der Dinge auf der Iberischen Halbinsel

---

[161]) Dr. Adler: Homage S. 28 ff., Hyamson: History S. 145.
[162]) Dr. Adler: Homage S. 32/33, Hyamson: History S. 147/48.
[163]) Graetz Bd. V S. 104 ff., Dr. Adler: Homage S. 33, Hymson: History S. 142 ff.

Juden der Welt ein gemeinsames Ziel und eine einheitliche Führung hatten.
Zunächst wollen wir uns kurz mit dem Leben Menasseh Ben Israels vertraut machen, um zu verstehen, warum gerade er zu dieser großen Aufgabe bestimmt und geeignet war.
Er wurde im Jahre 1604 geboren und es bestehen einige Zweifel, wo er zur Welt gekommen ist. Mit ziemlicher Sicherheit darf jedoch Lissabon als sein Geburtsort angesehen werden[158]). Sein Vater war einer der oben erwähnten Morranos, die sich in Portugal aufhielten. Er wurde eines Tages als heimlicher Jude entdeckt und entging nicht den Marterungen der Inquisition. Sein Vermögen wurde enteignet, und die Familie war nur zu froh, bei der ersten besten Gelegenheit aus Portugal fliehen zu können. Man wandte sich, wie viele andere Morranos, nach Amsterdam, dem aufblühenden neuen jüdischen Weltzentrum. Der Vater war bei Ankunft in Amsterdam ein gebrochener Mann, der seine Armut nur schwer ertragen konnte. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß Menasseh Ben Israel bereits alt genug war, um die Handlungen der Inquisition gegen die Juden zum Teil mitzuerleben und in sein kindliches Gemüt aufzunehmen. So ist ihm sicher eine dauernde Erinnerung daran geblieben, zumal seine Eltern sein Gedächtnis durch ihre Erzählungen immer wieder aufgefrischt haben dürften. Außerdem kamen in Amsterdam fast ununterbrochen neue Morranos an, die von den harten Maßnahmen der Bewohner der Iberischen Halbinsel gegen die Juden zu berichten wußten. Der jüdische Charakter ist schon allgemein auf Rache für ein ihm angeblich angetanes Unrecht bedacht. Daß Menasseh hiervon keine Ausnahme gemacht hat, ergibt u. a. einer seiner Briefe aus dem Jahre 1647[159]), aus dem man seinen ganzen Haß gegen die Engländer wegen Taten gegen seine Rassegenossen vor 350 Jahren verspürt. Um wieviel mehr muß er Spaniern und Portugiesen Rache geschworen haben, die zu seinen Lebzeiten nicht nur seine Rassegenossen, sondern seine Familie verfolgt hatten. Da Cromwell der größte Widersacher Spaniens war, kann man sich vorstellen, daß Menasseh mit besonderer Freude die Zusammenarbeit mit ihm aufnahm, konnte er doch hoffen, durch Einwanderung der Juden in England für sie eine ähnliche beherrschende Stellung wie früher in Spanien zu schaffen und so den Kampf gegen ihre Todfeinde auf der Pyrenäischen Halbinsel aufnehmen zu können.
Menasseh Ben Israel erhielt einen bekannten Rabbiner zum Lehrer. Unter seiner Führung war er imstande, bereits im Alter von 15 Jahren seine erste Predigt in der Synagoge zu halten. Als sein Lehrer im Jahre 1622 starb, wurde er trotz seines jugendlichen Alters zu seinem Nachfolger ernannt[160]). Er war bald in allen

[158]) E. Adler: Letter S. 174, Dr. Adler: Homage S. 27, Piciotto S. 25.
[159]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 623.
[160]) Dr. Adler: Homage S. 27.

jüdischen Kolonien der Welt als einer der besten Rabbiner bekannt. Von allen Ländern der Erde kamen die Juden, um mit ihm über alle ihre Rasse angehenden Fragen zu verhandeln und seine Meinung zu hören. So erklärt es sich, daß er bald in den Kreisen des Weltjudentums einen großen Namen hatte und mit allen führenden Juden der Welt bekannt war. Zu der Verbreitung seines Namens trug auch bei, daß er sich sehr ausgiebig schriftstellerisch betätigte. Seine Werke waren hauptsächlich philosophischer und geschichtlicher Art. Seine Tätigkeit blieb schließlich aber nicht auf jüdische Kreise beschränkt, sondern infolge seiner Kenntnis von zehn Sprachen kam er auch mit Vertretern anderer Nationen in Berührung[161]).

Kurz nach seiner Ernennung zum Rabbiner hatte er geheiratet. Aus der Ehe waren zwei Söhne hervorgegangen. Da er als Rabbiner nicht genug verdiente, eröffnete er eine Druckerei. Anscheinend war dieses Unternehmen aber nicht von großem materiellen Erfolg begleitet, denn wir hören bald von erneuten Geldschwierigkeiten. Er beschloß, nach Pernambuco auszuwandern, wo die Juden nach der Eroberung Brasiliens ungeheure Reichtümer an sich gerissen hatten. Schon hatte er alle Verbindungen mit Holland gelöst und stand kurz vor seiner Abfahrt, als ihn zwei sehr reiche, aus Spanien ausgewanderte Juden zum Bleiben bewogen. Diese wollten eine jüdische Schule in Amsterdam gründen und ihn hierfür als Mitarbeiter gewinnen. Da das Gehalt Menasseh Ben Israel genügend erschien, nahm er das Angebot der Brüder Abraham und Isaac Pereira an[162]).

Es wird sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen lassen, aus welchem Grunde und durch welche Person Menasseh Ben Israel zu seiner Aufgabe in England kam. Einige jüdische Schriftsteller[163]) meinen, daß die bereits oben geschilderte freundliche Einstellung der Puritaner in Verbindung mit der damaligen Literatur ihn zu der Aufnahme der Verhandlungen mit England ermutigt hätten. Dr. Adler und Graetz behaupten sogar, daß der letzte Anstoß für sein Handeln die bereits erwähnte Schrift von Edward Nicholas aus dem Jahre 1648 gewesen sei. Da gemäß unseren früheren Darlegungen diese Ausführungen aber wahrscheinlich von ihm selbst stammen, scheint diese Ansicht nicht zuzutreffen.

Wie dem aber auch sei, nach unserer Auffassung dürfte Menasseh Ben Israel durch die seinerzeitigen jüdischen Belange und die damals herrschenden Ideen über das tausendjährige Reich zu dem von ihm eingeschlagenen Weg veranlaßt worden sein. Auch damals wie jetzt war die jüdische Frage in vielen Ländern brennend geworden.

Durch die Entwicklung der Dinge auf der Iberischen Halbinsel

---

[161]) Dr. Adler: Homage S. 28 ff., Hyamson: History S. 145.
[162]) Dr. Adler: Homage S. 32/33, Hyamson: History S. 147/48.
[163]) Graetz Bd. V S. 104 ff., Dr. Adler: Homage S. 33, Hymson: History S. 142 ff.

gezwungen, überfluteten bekanntlich Tausende von Juden die Welt. Ein ganz erheblicher Teil dieser Flüchtlinge hatte in Brasilien unter dem Schutz der Holländer märchenhafte Reichtümer gesammelt. Dies änderte sich, als in der Mitte des 17. Jahrhunderts die Portugiesen die Holländer vertrieben und wieder Besitz von ihrer früheren Kolonie nahmen. Mit den Holländern mußten auch die Juden fliehen; sie wandten sich teils nach den amerikanischen Kolonien Englands und Hollands, die meisten strömten jedoch nach der jüdischen Weltzentrale Amsterdam zurück. Von einer einzigen Stadt in Brasilien wanderten allein fünftausend Juden aus[164]). Man sieht an diesem Beispiel, daß es sich im allgemeinen um beträchtliche Mengen gehandelt haben muß. Sie konnten meistens nur das nackte Leben retten. Ganz abgesehen davon, daß der für sie so wichtige Handel nach Südamerika beendet war, wodurch natürlich auch die jüdischen Kaufleute in Amsterdam erheblich betroffen wurden, sollte man auch noch beträchtliche Mittel für den Unterhalt dieser hungrigen Rassegenossen aufbringen. Es mußte daher so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen werden, was sich am besten dadurch erreichen ließ, daß man für die heimatlosen Juden neue Länder fand: eine besonders schwere Aufgabe. Deutschland hatte gerade den Dreißigjährigen Krieg überstanden, so daß der Handel dort vollkommen daniederlag. So kamen noch Scharen von Juden aus Deutschland nach Amsterdam und erhöhten die Schwierigkeiten der dortigen Kolonie. Es trafen auch ganze Schwärme aus Polen ein, wo eine der größten Judenverfolgungen ausgebrochen war. Hunderte, ja Tausende waren westwärts gewandert. Es ist uns ein interessantes Dokument erhalten, aus dem sich einwandfrei ergibt, daß auch Menasseh Ben Israel durch die obigen Tatsachen bewußt zu seiner Mission gedrängt wurde. In einem Brief vom 31. Dezember 1655 teilt der holländische Gesandte einem Lord mit, daß sich Menasseh Ben Israel hauptsächlich für die verfolgten spanischen und portugiesischen Juden betätigen würde[165]). Dasselbe ergibt sich aus einem Briefe des bereits genannten Dormido vom 3. November 1654 an Cromwell, worin er zunächst die allgemeine Lage der Juden in Spanien und Portugal beklagt und alsdann eine eingehende Schilderung der für sie so unerquicklichen Zustände gibt. Zum Schluß bittet er dann Cromwell, die so geplagten Hebräer in England aufzunehmen[166]). Diese Zeilen sind für unsere Theorie insofern wertvoll, als sie ein formelles Bittgesuch von Dormido darstellen und er selbst ein Vorläufer für die Bemühungen Menasseh Ben Israels in England war.

Ein weiterer allgemeiner dringender Grund, der die Juden der Welt anging, war für ihre Zulassung in England gegeben:

[164]) Wolf: American Elements S. 80.
[165]) Thurloe Papers Bd. IV S. 333.
[166]) British Museum Mss. Egerton 1049 f. 6 ff.

Nach ihrer Vertreibung aus Brasilien hatten sie jede Handelsverbindung mit dem damals wichtigeren Süden dieses Kontinents verloren. Teilweise hatten sie sich von Brasilien nach Surinam, einer damaligen englischen Kolonie in Amerika, aufgemacht, teilweise waren sie nach New York, Jamaica, Barbados oder anderen englischen Kolonien gegangen[167]). Dort duldete man sie stillschweigend, und bald hatten die Juden in Europa neue Beziehungen mit diesen Rassegenossen angeknüpft. Alles schien sich gut zu entwickeln. Die Geschichte hat ja gelehrt, daß sie eine besondere Fähigkeit besitzen, sich schnell in anderen Ländern einzuleben und dann mit ihren Rassegenossen und früheren Geschäftsfreunden neuen Handel aufzunehmen. So hoffte man in jüdischen Kreisen, bald den Verlust von Südamerika verschmerzen zu können, weil neue Geschäfte mit Westindien und Nordamerika in Aussicht standen.

In diese Entwicklung hinein platzte die Verkündung der Navigationsakte der Engländer vom 9. Oktober 1651[168]). Diese Gesetze bestimmten, daß die Einfuhr nach England von Übersee nur auf englischen Schiffen und die Einfuhr aus Europa bei den wichtigsten Waren, sowie bei allen Gütern aus der Türkei und Rußland nur auf englischen oder auf Schiffen des Ursprungslands erfolgen dürfe. Der Hauptzweck war, für die nächsten Jahre den holländischen Handel dadurch zu zerstören und somit die englische Schiffahrt zu heben. Welchen durchschlagenden Erfolg diese Bestimmungen für England zeitigten, hat ja die Geschichte gelehrt: der holländische Handel und die holländische Schiffahrt lagen hauptsächlich in Händen der Juden, und sie wurden daher erheblich getroffen. In solchen Fällen lassen aber die Juden meistens ihr Land für sich kämpfen, das sie zu diesem Zwecke finanziell bis zum äußersten unterstützen. Dies geschah auch in dem damaligen Abschnitt der Geschichte. Holland wurde in einen Krieg mit England verwickelt. Seine Waffen waren nicht erfolgreich, und u. a. mußte es die Navigationsakte im Friedensvertrag anerkennen. Damit war Hollands Macht und insbesondere seine Überlegenheit auf den Meeren gebrochen.

Juda hatte erkannt, daß England die Zukunft für sich habe und bald Handel und Schiffahrt der Welt beherrschen würde, daß ferner auch die holländische Nation zu klein sei, um sich auf die Dauer als ernsthafter Konkurrent für das aufstrebende England zu behaupten. Infolgedessen mußte alles getan werden, um in England Fuß zu fassen und nicht den Anschluß zu verlieren. Mit dem Aufstieg dieses Landes mußten die Juden ihre alte dominierende Stellung in der Welt zurückerhalten, wie sie sie kurz vorher in Spanien und Holland gehabt hatten.

Es war aber nicht nur der Niedergang der machtpolitischen Stellung Hollands, der die Hebräer zu einem Frontwechsel ver-

[167]) Wolf: American Elements S. 80 ff.
[168]) Lingard Bd. VIII S. 374.

anlaßte. Vielmehr war ihr ganzer Handel in der Welt erneut in Frage gestellt, denn ihre Rassegenossen in den westindischen und nordamerikanischen Kolonien Englands konnten nicht mehr mit ihren Brüdern in Amsterdam Handel treiben. So hatten sie auch dieses Gebiet erneut verloren. Den Juden war infolgedessen klargeworden, daß der Weltverkehr von Amsterdam nach London abgeleitet werden mußte, um nicht Gefahr zu laufen, den gesamten Handel der neuen Welt, den man vorher fast als Monopol betrachtete, zu verlieren. Dem konnte man nur dadurch begegnen, daß man selbst seine Hauptinteressen nach London verlegte.
Und noch einen weiteren Grund gab es für das Weltjudentum, Zutritt nach England zu erlangen.
Menasseh Ben Israel war bei all seinem Wirken aufs tiefste von der im Buche Daniel ausgesprochenen Weissagung beeinträchtigt, wonach die Befreiung der Juden erfolgen soll, wenn sie über die ganze Welt zerstreut sind. Diese Prophezeiung war ein Motiv für die Bemühungen Menasseh Ben Israels geworden[169]). Die Erlösung der Juden sollte aber laut anderen Weissagungen mit dem Anbruch des tausendjährigen Reiches, dem Kommen des Messias und der Rückkehr der Juden ins Gelobte Land verbunden sein, und Menasseh Ben Israel und seine Anhänger glaubten hieran unerschütterlich[170]). Ausdrückliche Voraussetzung war und blieb aber die Zerstreuung der Juden über die ganze Welt. Wie sah es nun hiermit aus?
Es würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen, dies Gebiet erschöpfend zu behandeln, und wir wollen uns daher nur soweit damit beschäftigen, wie zum Verständnis des Wirkens von Menasseh Ben Israel notwendig ist.
Seit Jahrhunderten beschäftigte sich die Wissenschaft mit dem Problem der verlorenen zehn Stämme Israels, und schon im 13., 14. und 16. Jahrhundert waren Schriften über diese Frage veröffentlicht worden. In Kleinasien und am Kaspischen Meer glaubte man sie festgestellt zu haben, auch die Tataren sollten die Nachkommen der verlorenen Stämme Israels sein[171]).
Gegen Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts wird es direkt eine Mode, sich mit diesem Problem weitgehend auseinanderzusetzen. Es waren zunächst hauptsächlich spanische Geistliche, die die ganz neue Theorie aufstellten, daß die Indianer Amerikas in Verbindung mit den verlorenen zehn Stämmen standen. Die einen behaupteten, sie seien direkte Nachkommen der Israeliten, während die anderen den Teufel als den eigentlichen Urvater ansahen, der die Indianer indes mit jüdischen Sitten und Gebaren ausgestattet hätte. Eines der illustrativsten Bücher der ersten Theorie ist das von Gregorio Garcia: Origen de los Indios. Nach seiner Ansicht sind die verlorenen zehn

[169]) Menasseh Ben Israel: Vindiciae Judaeorum S. 37.
[170]) Wolf: American Elements S. 78/79.
[171]) Hyamson: Lost Tribes S. 116 ff.

Stämme durch ganz Asien nach den Gestaden der Behringstraße gewandert und von dort nach Amerika. An Hand einer langen Liste bemüht er sich, die Ähnlichkeiten zwischen Indianern und Hebräern nachzuweisen[172]). In der ganzen damaligen zivilisierten Welt erschienen Schriften pro und contra. In England nahm man erst im Jahre 1650 in einem Buche dazu Stellung, und zwar in bejahendem Sinne[173]). Auch hier finden wir wieder eine Aufzählung von Gebräuchen und Charaktereigenschaften, die nach Ansicht des Verfassers nur jüdisch sein könnten. Die Abzüge des zu veröffentlichenden Buches sandte der Verfasser an den bereits oben erwähnten Gönner der Juden John Dury, der kurz vorher Menasseh Ben Israel in Amsterdam besucht hatte. Bei dieser Gelegenheit erfuhr er von ihm, daß ein Jude namens Aaron Levy alias Antonio Montezinos auf seinen Reisen in Südamerika einen Stamm Indianer entdeckt hatte, der nur von Hebräern abstammen könnte. Levy hatte eine feierliche eidesstattliche Versicherung vor der jüdischen Gemeinde in Amsterdam abgelegt, daß seine Angaben die volle Wahrheit seien. Es sieht so aus, als ob sich die Juden erst von diesem Zeitpunkt an die Theorie zu eigen machten, daß auch Rassegenossen in der neuen Welt ansässig waren[174]).
Es hat den Anschein, als ob Menasseh Ben Israel und seine Anhänger nun glaubten, die Voraussetzung für die obengenannte Prophezeiung sei erfüllt. Reisende hatten in vorhergehenden Jahren und Jahrhunderten bestätigt, daß sie in China, Kleinasien und Rußland Juden vorgefunden hätten. Überhaupt konnte man entsprechend damaliger geographischer Kenntnisse über die Welt annehmen, daß überall Juden angesiedelt seien, mit einer einzigen Ausnahme: England. Dies Land mußte daher so schnell wie möglich von der Notwendigkeit der Zulassung der Juden überzeugt werden[175]).

Weltjudentum am Werk

Nach alledem dürfte feststehen, daß die Juden der Welt ihre Augen auf das aufstrebende England richteten. Piciotto[176]), der jüdische Historiker, bezweifelt nicht im geringsten, daß alle Juden in Frankreich, Spanien, Portugal und ihren Kolonien Menasseh Ben Israel beauftragt hätten, für sie die Freiheit zum Leben und Handeltreiben in England zu erwirken.
Anscheinend ist Hyamson[177]) derselben Ansicht gewesen, hat dies jedoch nicht sehr klar zum Ausdruck gebracht. Auch Wolf[178])

[172]) Hyamson: Lost Tribes S. 129 ff.
[173]) Hyamson: Lost Tribes S. 133 ff.
[174]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 24, Hyamson: Lost Tribes S. 140 ff.
[175]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 24 ff., Dr. Adler: Homage S. 33/34.
[176]) Piciotto S. 27.
[177]) Hyamson: History S. 142 ff.
[178]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 37.

scheint die Zusammenarbeit des Weltjudentums nicht bestreiten zu wollen. Er teilt mit, daß Menasseh Ben Israel in Begleitung von zwei weiteren Rabbinern nach London gekommen sei, von denen der eine, der wahrscheinlich in Lublin gelebt hat, Cromwell aus eigener Anschauung von dem Elend der Juden in Polen berichten wollte.

Es ist ein Dokument erhalten, wahrscheinlich von Cromwell oder einem seiner Berater angefertigt, worin u. a. mitgeteilt wird, daß anläßlich der Verhandlungen Menasseh Ben Israels in London „viele jüdische Kaufleute von weit über den Meeren nach London gekommen seien. Sie hätten gehofft, dieselben Privilegien bezüglich Handel und Ausübung freien Religionsdienstes zur Anbetung von Abraham, Isaac und Jacob in England zu haben, wie sie es bereits in Holland, früher in Preußen, Polen und anderen Plätzen genossen. Nach Beendigung der Konferenz und sonstigen Verhandlungen in Whitehall hätten sie jedoch erfahren, daß der größte Teil der Minister gegen sie eingestellt war und infolgedessen seien sie in ihre fernen Wohnsitze zurückgekehrt. Sie waren tiefbetrübt, daß man sie in ihren Hoffnungen enttäuscht hätte“ [179]). Da aber so viele Juden aus fernen Ländern zu der Konferenz nach London gekommen waren, muß doch eine Verbindung zwischen Menasseh Ben Israel und dem Weltjudentum bestanden haben. Andernfalls ist doch nicht erklärlich, warum sie sich alle zu dem Zeitpunkt der Konferenz in London aufhielten. Sicherlich wollte man bei einer günstigen Erledigung keine Minute versäumen, um sich jeden mit der Zulassung etwa verbundenen Vorteil zu sichern. Auch in einer der Schriften Menasseh Ben Israels finden wir diese Tatsache erwähnt. Viele seiner Rassegenossen wären zunächst nach London gereist, weitere hätten bei einem Erfolg nachkommen wollen, aber nach dem Zusammenbruch seiner Verhandlungen mit Cromwell hätten sie sich alle wieder zerstreut. Manche kehrten nach Italien, andere nach Genf und wieder andere nach Holland zurück[180]). Diese Mitteilungen sind ein weiterer Beweis dafür, daß die Juden der Welt in Kenntnis der Verhandlungen in London versammelt waren.

Wahrscheinlich hat es sich aber bei diesen einzelnen nicht um solche gehandelt, die lediglich eigene Interessen wahrzunehmen gedachten, sondern um solche, die gleichzeitig bestimmte Siedlungen der Juden in der Welt zu vertreten hatten, wie man aus folgendem schließen kann:

Es ist dem modernen jüdischen Historiker C. Roth gelungen, in italienischen Archiven außerordentlich wichtige Unterlagen in Verbindung mit unserer Frage zu entdecken, ohne daß er sich offenbar darüber klar gewesen ist, damit das beste Beweisstück für die Zusammenarbeit des Weltjudentums zu liefern. Hieraus geht u. a. hervor, daß ein Jude aus Livorno namens Raphael

[179]) Narrative ... in Harleian Miscellany Bd. VII S. 621/22.
[180]) Menasseh Ben Israel: Vindiciae Judaeorum S. 38/39.

Supino in Italien eine sehr wichtige Rolle bei den Verhandlungen mit Cromwell gespielt hat. Livorno war als jüdische Kolonie, nach Auswanderung der Morranos aus der Iberischen Halbinsel, nicht nur zahlenmäßig sehr groß, sondern als führend am Mittelmeer anzusehen. Man hatte den Juden dort große Privilegien eingeräumt, und wir finden nicht nur Morranos, sondern Hebräer aus allen Teilen Europas, die sich durch die ihnen gewährten Freiheiten angezogen fühlten.

Supino gehörte einer der ältesten dortigen jüdischen Familien an. Er war ein begüterter Kaufmann mit Verbindungen in der ganzen Welt. Eins seiner Hauptgeschäfte bestand darin, die von den Seeräubern im Mittelmeer gefangenen Christen und Mohammedaner wieder auszulösen[181]). Als Mittelsmann zwischen den Seeräubern und den Angehörigen der Gefangenen dürfte er sicherlich nicht schlecht verdient haben.

In einer alten Urkunde findet sich die Mitteilung englischer Besucher in Livorno, daß sie im Jahre 1652 mit einem Juden zusammentrafen, dessen Beschreibung auf Supino paßte. Interessant ist, daß er ihnen klargemacht hat, wie sehr ihm die Zulassung der Juden nach England am Herzen liege[182]).

Auf jeden Fall steht fest, daß Supino im Jahre 1655 zu den Verhandlungen Menasseh Ben Israels mit Cromwell in London auftauchte, wie Roth aus Briefen der Gesandtschaft des damaligen Herzogs von Toscana herausgefunden hat. Supino war ein Untertan dieses Fürsten, der ebenfalls ein Interesse an den Verhandlungen in London hatte und wahrscheinlich fürchtete, daß im Falle einer Einigung reiche Juden sein Land mit England vertauschen würden.

Aus dieser von Roth aufgefundenen Korrespondenz der toskanischen Gesandtschaft in London geht hervor, daß Supino neben Menasseh Ben Israel die Verhandlungen an hervorragender Stelle führte.

Er sei, so erfahren wir weiter aus Briefen, mit allen bedeutenden englischen Persönlichkeiten bekanntgeworden. Wir sind daher mit Roth einig, daß Supino ein Vertreter der Weltjuden in London gewesen ist.

Welches Interesse in der ganzen damals bekannten Welt an diesem Unternehmen des Weltjudentums bestand, ersieht man auch daraus, daß Roth weiteren diesbezüglichen Schriftwechsel der venezianischen Gesandtschaft in London mit ihrer Regierung festgestellt hat[183]).

Bei dieser Gelegenheit ist auch erwähnt, daß ein Jude aus Antwerpen den Körper Cromwells befühlt habe, ob er auch aus Fleisch und Blut sei[184]).

---

[181]) Roth: New Light S. 121.
[182]) Roth: New Light S. 122.
[183]) Roth: New Light S. 123, 126 ff.
[184]) Roth: New Light S. 127.

Die Feststellung, daß Supino mit Menasseh Ben Israel zusammenarbeitete, ist insofern interessant, als es nicht etwa nur die zum Teil in Not befindlichen Morranos waren, die nach England wollten, sondern auch die in dieser Zeit unbehelligt in Italien lebenden Juden.

Roth[185]) hat aber für uns eine noch weit größere Entdeckung gemacht. Als er in den früheren Staatsarchiven von Venedig Nachforschungen in anderen Angelegenheiten anstellte, fand er zufällig ein ganz altes gedrucktes, von Menasseh Ben Israel eigenhändig unterschriebenes Dokument, das am Tage seiner Abfahrt nach London an das Weltjudentum gesandt und in Portugiesisch abgefaßt ist. Roth wundert sich, daß Menasseh Ben Israel diese Sprache und nicht Hebräisch gewählt habe. Wir sehen aber nichts darin, denn zu dieser Zeit war Portugiesisch die hauptsächlichste Geschäftssprache unter den Juden. Hinzu kommt, worauf auch Roth hinweist, daß wahrscheinlich weitere Exemplare in anderen Sprachen veröffentlicht sind. Da Menasseh Ben Israel selbst zehn Sprachen beherrschte und eine eigene Druckerei unterhielt, scheint diese Annahme durchaus gerechtfertigt. Endlich läßt der Inhalt keinen Zweifel darüber zu, daß das Schreiben an das Weltjudentum gerichtet war. Es lautet wie folgt:

„Der Haham Menasseh Ben Israel an alle in Asien und Europa lebenden Mitglieder der jüdischen Nation, besonders an diejenigen in den heiligen Synagogenbezirken von Italien und Holstein. Friede sei mit Euch.

Es ist allen Angehörigen unserer Nation bekannt, wie sehr ich mich schon seit langer Zeit bemüht habe, zu erreichen, daß uns das Recht auf öffentliche Ausübung unserer Religion in der so blühenden Commonwealth von England eingeräumt wird. Ich bin hierzu nicht nur durch die gute Sache, sondern auch durch ehrenhafte und kluge Einzelpersonen veranlaßt worden. Es dürfte Euch zur Kenntnis gelangt sein, daß ich schon zweimal kurz vor der Abreise gestanden, jedoch auf Anraten meiner Verwandten wegen gewisser politischer Gründe die Reise bis zum Eintritt günstigerer Verhältnisse verschoben habe. Jetzt unterrichte ich Euch daher alle wieder, daß ich ohne Rücksicht auf eine noch nicht ganz überstandene Krankheit, nur beseelt von dem Eifer und der brennenden Liebe für mein Volk, mich heute auf den Weg zur Ausführung meines Vorhabens gemacht habe. Möge mein Tun zum Wohle Gottes und unserem gemeinsamen Heil sein. Zwar haben gewisse Personen, die im Dienste und unter dem Schutze der mildesten Prinzen und Magistratsbehörden stehen, wenig Verständnis für meine dauernde Sorge. Ungeachtet dessen habe ich mich aber ausschließlich von dem allgemeinen Wohl und dem Mißgeschick unserer unterdrückten Rassegenossen, die heute Zuflucht und Heil in jenem mächtigsten Staat zu finden hoffen, leiten lassen. Ich habe auch an die vielen Seelen gedacht, welche sich wegen ihrer Religion verstellen müssen und überall in Spanien und Frankreich ihr Dasein fristen. So war es mir ein Bedürfnis, eine Angelegenheit von solcher Reichweite persönlich zu verfolgen, selbst wenn es mein Vermögen kosten würde. Durch Briefe und treue Freunde bin ich unterrichtet, daß heute die englische Nation nicht mehr unser Erbfeind ist; vielmehr hat sie ihre katholische Religion abgelegt und ist unserer Nation infolge der Unterdrückung sehr zugetan, so daß wir guter Hoffnung sein können. Da jedoch in dieser Welt nichts vollkommen sicher ist, beschwöre ich alle heiligen Gemeinden, in ihren Gebeten innigst zu Gott zu flehen, daß ich Gnade in den Augen des gütigsten und ritterlichsten Prinzen, Seiner Königlichen Hoheit dem Lord Protector und seines so überaus klugen Rates finden und Freiheit in seinem Lande erhalten möge, damit wir gleicherweise für sein Wohlergehen zu dem höchsten Gott beten können. Lebt wohl!

Amsterdam, den 2. September 5415 (das bedeutet nach unserer Zeitrechnung den 2. September 1655)."

Unterschrift o. H. Menasseh Ben Israel.

[185]) Roth: New Light S. 114.

Auf der Rückseite findet sich dann in italienischer Sprache folgende Eintragung: „Brief, in dem R. (wahrscheinlich Rabbiner) Menasseh von Amsterdam die heiligen Gemeinden über seine Reise nach England informiert, um die Erlaubnis zur Gründung einer Synagoge zu erwirken, in der gebetet werden kann"[186]).

Die Adressierung und der Inhalt lassen auch nicht den geringsten Zweifel darüber, daß sich die Mitteilung Menassehs an das Weltjudentum richtete. Daß er sich ganz besonders an die jüdischen Gemeinden in Holstein (wahrscheinlich in Hamburg, Altona und Glückstadt) und Italien wendet, zeigt, daß er hauptsächlich von dort unterstützt worden ist. Die ersteren waren vorwiegend Abzweigungen von Amsterdam, trugen also mehr einen Morranocharakter, während letztere gemischter Art waren. Daß die Mitarbeit der jüdischen Kreise in Italien besonders rege war, ergibt sich auch aus der Anwesenheit des führenden Juden Supino in London.

Aus dem Inhalt ersehen wir, daß die vorhergehenden, aber erfolglosen Bemühungen Menasseh Ben Israels dem Weltjudentum bekannt waren, wie sich weiter daraus ergibt, daß anscheinend einige Juden, denen es irgendwo in der Welt gut ging, nicht ganz mit seiner Mission einverstanden waren.

Endlich dürfte man mit Sicherheit aus dem Rundschreiben schließen können, daß es nicht das erste seiner Art war, sondern zumindest ein ähnliches vorausgegangen ist, wie aus seiner Redewendung: „Jetzt unterrichte ich euch alle daher wieder...", hervorgeht.

Roth[187]) gibt zu, daß Menasseh Ben Israel „als Sendling des Hauses Israel in einer Bewegung von internationalem Interesse" tätig geworden sei. Er glaubt aber, daß dieser Brief Menassehs nur einer gewissen Überzeugtheit seiner Mission und Wichtigtuerei entsprungen ist. Wir können ihm hierin nicht folgen. Das Weltjudentum war an der Arbeit, Menasseh Ben Israel sein Wortführer. Lange und eingehende Verhandlungen sind wahrscheinlich seiner Reise voraufgegangen. Das Weltjudentum wählte ihn als seinen Vertreter und verlangte, auf dem laufenden gehalten zu werden; daher die Rundschreiben Menassehs. Wie vollkommen das Zusammenwirken gewesen ist, zeigt auch die Tatsache, daß zahlreiche Juden mit Menasseh Ben Israel in London waren.

Weltjudentum am Werk! Es dürfte den Hebräern schwerlich gelingen, den hier behandelten Abschnitt ihrer Geschichte zu widerlegen.

---

[186]) Roth: New Light S. 115/16.
[187]) Roth: New Light S. 114, 115, 118.

Menasseh Ben Israel als Wortführer des Weltjudentums

Wir haben oben gesehen, daß der Boden in England durch judenfreundliche Schriften für Menasseh Ben Israel weitestgehend vorbereitet war. Die jüdische Seite betätigte sich vorwiegend durch ihren Wortführer, der im Jahre 1650 ein Buch in spanischer, lateinischer und hebräischer Sprache mit dem Titel „Hoffnung Israels" veröffentlichte[188]). In diesem Buch kommt Menasseh Ben Israel zu der Feststellung, daß die Juden gemäß den Weissagungen viele Leiden erdulden müßten, daß aber die blutigen spanischen und portugiesischen Verfolgungen mit die schlimmsten in der ganzen jüdischen Geschichte gewesen wären. Es sehe indes so aus, als ob die Rückkehr der Juden ins Gelobte Land nicht mehr fern sei. Er beschäftigt sich sehr eingehend mit dem Problem der verlorenen zehn Stämme und vertritt die Ansicht, daß die Zerstreuung der Juden nach der Entdeckung Amerikas bis auf England vollständig sei.

Er gibt dann die Namen und Geschichte berühmter jüdischer Märtyrer wieder und versucht, daran die hohen Charaktereigenschaften der Juden nachzuweisen. Endlich führt er noch ihre großen Verdienste in der Politik an, die sie sich in ihrem Einsatz für die Fürsten erworben hätten. Er begründet diese Taten damit, „daß Gott sie für bessere Dinge bestimmt hätte"[189]).

Dies letztere war ganz besonders für England geschrieben, um zu beweisen, welche Vorteile man durch die Juden haben würde. Es überrascht daher auch nicht im geringsten, daß Menasseh Ben Israel dies Buch wahrscheinlich unter Mithilfe von damals einflußreichen Engländern — unter ihnen wahrscheinlich Thomas Fuller und Nathaniel Holmes — in englischer Übersetzung veröffentlichte. Zwei Auflagen davon waren schnell vergriffen[190]).

Menasseh hatte zu seiner Übersetzung für England eine besondere Einleitung geschrieben, deren Inhalt „an den High Court, The Parliament of England und den Council of State" gerichtet war. In höchsten Tönen pries er die Erfolge der damaligen englischen Regierung. Er freue sich, ihr die nachfolgenden Ausführungen widmen zu können und hoffe, die Gunst der englischen Regierung für seine Nation voll und ganz zu gewinnen.

In den Kreisen der Puritaner fand das Buch besonderen Anklang. Der Graf von Middlesex sandte Menasseh Ben Israel ein öffentliches Dankschreiben mit der Überschrift: „Meinem teuren Bruder, dem hebräischen Philosophen Menasseh Ben Israel"[191]). Am 10. Oktober 1651, kurz nach Veröffentlichung des Buches in England, finden wir eine Protokollniederschrift des Staatsrates, wonach der Lord General, Lord Whitelok, und andere einflußreiche Personen ersucht wurden, in einem Komitee den Brief Menasseh Ben Israels

[188]) Roth: History of the Morranos S. 262 ff.
[189]) Menasseh Ben Israel: Hope of Israel, Sect. 32 S. 38.
[190]) Hyamson: History S. 151, Dr. Adler: Homage S. 33.
[191]) Dr. Adler: Homage S. 34.

zu lesen und zu beantworten[192]). Ob es sich hierbei um die oben genannte Dedikation Menasseh Ben Israels handelt, ist nicht sicher, scheint aber zweifelhaft, da der diesbezügliche Text nicht unbedingt eine Antwort erheischte. Jedenfalls geht aus dieser Anmerkung hervor, daß bereits zu diesem Zeitpunkt die englische Regierung mit Menasseh in Verbindung stand. Einige Monate vorher waren auch eingehende Verhandlungen zwischen der holländischen und englischen Regierung im Gange. Eine englische Delegation unter Führung eines Verwandten Cromwells, Oliver Saint John, machte in Amsterdam große Anstrengungen, beide Staaten durch einen feierlichen Vertrag aufs engste zu verbinden[193]). Menasseh betont, daß anläßlich der Anwesenheit der englischen Delegation in Amsterdam eine feierliche Einladung seitens der Juden an sie ergangen sei, die die Engländer auch angenommen hätten. Sie seien wie Prinzen mit Hymnen und allem nur erdenklichen Pomp in der Synagoge von Amsterdam empfangen worden[194]). Ob und welche Antwort auf den obenerwähnten Brief Menassehs erfolgt ist, kann nicht mehr festgestellt werden. Sicherlich ist sie aber nicht von großer Bedeutung gewesen, denn bekanntlich war am 9. Oktober 1652, also einen Tag vorher, die Navigationsakte in Kraft getreten[195]). Anscheinend kamen die Verhandlungen der Juden mit der englischen Regierung infolge der politischen Spannung zwischen England und Holland nicht recht vorwärts[196]). Man sollte annehmen, daß sie nach Kriegsausbruch im Juni 1652 sogar aufgehört hätten, denn Menasseh war immerhin Bürger der Niederlande und konnte als solcher mit Fug und Recht nicht mit einer Regierung verhandeln, mit der sein Land im Kriege lag. Weit gefehlt. Für den Juden Menasseh war der Krieg zwischen England und Holland auch nicht das geringste Hindernis, ja er war sogar grundsätzlich bereit, zur Verhandlung nach London zu kommen. In den englischen Staatsarchiven finden wir unterm 22. November 1652 die Eintragung, daß für Menasseh Ben Israel ein Paß für eine Reise nach England ausgestellt sei[197]). Knapp einen Monat später finden wir nochmals dieselbe Anmerkung mit der ausdrücklichen Anweisung an alle in Frage kommenden Beamten, Menasseh bevorzugt als gern gesehenen Ausländer zu behandeln[198]). Man kann kaum verstehen, daß das Mitglied eines Staates mit einer seinem Lande feindlichen Regierung verhandelt und muß eine solche Handlungsweise in Kriegszeiten mit Recht als Landesverrat betrachten.

Von der geplanten Reise Menassehs ist jedoch aus irgendeinem Grunde nichts geworden.

---

[192]) Domestic State Papers Bd. 1651 S. 472.
[193]) Gardiner Bd. II S. 80 ff.
[194]) Menasseh Ben Israel: Humble Address, Einleitung S. 3.
[195]) Gardiner Bd. II S. 82.
[196]) Gardiner Bd. II S. 124 ff.
[197]) Domestic State Papers Bd. 1651/52 S. 577.
[198]) Domestic State Papers Bd. 1652 S. 38.

Im Frühjahr 1653 hatte Cromwell das Parlament aufgelöst und von sich aus ein neues zusammenberufen, das in der Geschichte als Barebone Parliament bekannt ist und aus puritanischen Geistlichen, Offizieren und religiösen Schwärmern bestand. Allen Ernstes wurde von den Vertretern dieses Parlaments vorgeschlagen, daß der Staatsrat in Anlehnung an die jüdische Sanhedrin aus 70 Mitgliedern bestehen solle.

Am 5. Juli 1653 war der erste Zusammentritt erfolgt[199]). Menasseh muß sofort die Judenfrage vor das für ihn so günstig zusammengesetzte Parlament gebracht haben, denn bereits am 29. Juli 1653 finden wir den Brief einer englischen Persönlichkeit, wonach „verschiedene Anträge vorlagen, den Juden in gleicher Weise wie in Holland Handelserlaubnis einzuräumen“[200]). Anscheinend wünschte man aber, daß Menasseh Ben Israel seine Sache selbst in England vertreten sollte. Es findet sich nämlich unterm 16. September 1653 eine erneute amtliche Eintragung über Ausstellung eines Passes für ihn[201]). Der Krieg zwischen England und Holland war aber immer noch nicht beendet, und so hat Menasseh anscheinend, zum Teil vielleicht wegen seiner angegriffenen Gesundheit, wiederum seine Reise nach England nicht ausgeführt.

Am 5. April 1654 schlossen England und Holland Frieden, und am 5. September desselben Jahres trat das neue Parlament zusammen, das dem Barebone gefolgt war. Auch dieses war nur von kurzer Dauer und ging im Januar 1655 auseinander[202]).

Trotzdem muß sich Menasseh auch an dieses Parlament gewandt haben. Zwar liegen darüber keine Aufzeichnungen im Staatsarchiv vor, aber in seiner umfangreichen Schrift: „Address“ an das Parlament Ende des Jahres 1655 spricht er von „ehrerbietigen Anträgen an das letzte Parlament“[203]).

Es steht fest, daß der bereits erwähnte Jude Dormido, ein Schwager Menassehs, Ende des Jahres 1654 nach England gegangen war. Dormido richtete an die Regierung ein Gesuch auf Zulassung der Juden in England, das noch heute erhalten ist. Ein näheres Eingehen darauf erübrigt sich, da es nichts Besonderes bringt[204]).

Dormido wurde anscheinend von Cromwell mit größter Bereitwilligkeit empfangen. Er leitete das Gesuch sofort an den Staatsrat weiter und hatte nachdrücklichst empfohlen, dem Antrag zu entsprechen und ihn beschleunigt zu erledigen[205]). Der Rat folgte aber nicht Cromwells Anweisung und lehnte den Antrag mit dem lakonischen Vermerk ab: „Der Rat sehe keine Veranlassung, irgendwelche Verfügung zu treffen“[206]).

---

[199]) Gardiner Bd. II S. 216 ff., Lingard Bd. VIII S. 398 ff.
[200]) Thurloe State Papers Bd. I S. 387.
[201]) Domestic State Papers Bd. 1653/54 S. 436.
[202]) Lingard Bd. VIII S. 436 ff.
[203]) Menasseh Ben Israel: Humble address A. III Rückseite.
[204]) British Museum Mss. Egerton 1049 fs. 6 ff.
[205]) Domestic State Papers Bd. 1654 S. 393.
[206]) Domestic State Papers Bd. 1654 S. 407.

Damit war zunächst die Judenfrage unter Führung von Dormido gescheitert. Juden und Judenfreunde erkannten, daß nur einer imstande war, sich durchzusetzen, nämlich Menasseh Ben Israel. Im Oktober 1655 kam Menasseh in Begleitung von drei Rabbinern in London an[207]). Sie wurden mit großem Zeremoniell empfangen und in einem prächtigen Hause gegenüber der neuen Börse im Strand untergebracht, einer Straße, in der meistens nur Engländer von Bedeutung und Ausländer von Rang zu wohnen pflegten.
Wie waren bei Ankunft Menassehs die Kräfte in England verteilt? Cromwell begünstigte mit aller Macht die Juden. Der Staatsrat hingegen war wider Erwarten nicht so günstig eingestellt, wie man anfangs vermutet hatte. Trotz der diktatorischen Macht Cromwells konnte aber bei allen Verhandlungen nicht die öffentliche Meinung übersehen werden, die zum Teil von einflußreichen Engländern geführt und eindeutig gegen die Zulassung der Juden war. Die Ablehnung äußerte sich in Rede und Schrift. Es sind Briefe erhalten, die diese Haltung bestätigen[208]). Wie die Berichte des Gesandten Salvetti an die großherzogliche Regierung von Toscana besagen, „stimmten sehr wenige Volksgenossen damit überein, daß sie (die Juden) sich ihr Nest in diesem Lande bauen. Es ist eine Angelegenheit", so schreibt er in einem anderen Brief, „welche allgemein auf große Opposition stößt, die besonders von Geistlichen, Kaufleuten und der Masse der Bevölkerung ausgeht" [209]).
Im Jahre 1655 erschien eine kleine Schrift eines getauften Juden, die eine Unterhaltung zwischen einem Christen und einem Hebräer über religiöse Angelegenheiten behandelte, der das Christentum und insbesondere die Person Jesus Christus beschimpfte, während der Christ beides verteidigte[210]). Das Buch hat keinen großen Wert, war aber wohl in damaliger Zeit geeignet, die von vornherein nur allzu bereiten Massen gegen die Juden zu beeinflussen. Die beste Schrift, die jedoch erst im Laufe der Verhandlungen herauskam, stammte von Prynne, und wir werden später noch ausführlich darauf zurückkommen. Inwieweit es richtig war, daß Cromwell beabsichtigte, den Juden die Zolleinnahmen zu verpachten, kann nicht mehr urkundlich festgestellt werden. Auf jeden Fall glaubt Violet, ein Zeitgenosse Cromwells und Karls II., daß ersterer tatsächlich dazu bereit war[211]). Das Volk hatte ebenfalls diese Befürchtung und war dadurch aufs höchste aufgebracht. Wolf bezeichnet dies lediglich als ein durch nichts begründetes Gerücht, das zum Schaden der Juden verbreitet wurde. Genau dasselbe habe bezüglich der Mitteilung zu gelten, daß die Juden nach London gekommen seien, um nochmals den Ankauf der St. Pauls-Kathedrale und der Bodleian-Bibliothek zu versuchen.

---

[207]) Hyamson: History S. 154, Wolf: Menasseh Ben Israel S. 36 ff.
[208]) Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 51, 58.
[209]) Roth: New Light S. 128/29.
[210]) Isaiah, insbes. S. 36 ff.
[211]) Violet: Petition against the Jews S. 2, 7.

Da aber bereits oben einwandfrei nachgewiesen ist, daß tatsächlich schon früher derartige Verhandlungen stattgefunden haben, ist nicht einzusehen, warum man nicht auch zu diesem Zeitpunkt ernstlich darüber diskutiert haben soll, zumal auch früher diese besonderen Wünsche zusammen mit dem allgemeinen Ziel der Niederlassungserlaubnis vorgebracht wurden.

Auch die noch immer starke Königspartei tat alles, um die Verhandlungen zwischen Cromwell und den Juden zu stören. Sie selbst hatte nämlich, wie wir noch unten sehen werden, mit ihnen Verbindungen angeknüpft, um insbesondere ihre geldliche Unterstützung für die Wiederherstellung des Königreichs zu erlangen[212]).

Hierzu war aber notwendig, daß den Juden unter der Herrschaft Cromwells nicht das Recht zur Niederlassung gewährt wurde, denn die Gegenleistung der Royalisten für die bei den Juden nachgesuchte finanzielle Hilfe sollte gerade für den Fall der Rückkehr des Königshauses in diesem Privileg bestehen. Würden also die Juden dies Ziel bereits unter Cromwell erreichen, könnte ihnen die Unterstützung der Royalisten nicht mehr das geringste Interesse bieten. Obgleich ein verwerfliches politisches Spiel, kam es indes im Jahre 1655 der allgemeinen antijüdischen Bewegung zu Hilfe.

Anscheinend wurde aber die öffentliche Meinung in ihrer antijüdischen Haltung auch durch eine auswärtige Macht — Holland — unterstützt, das bei Zustandekommen der Verhandlungen die Abwanderung reicher Juden befürchtete, was die damalige Regierung nicht gern sah, zumal die holländische Wirtschaft zu dieser Zeit größtenteils in Händen der Juden lag. Anscheinend hat der holländische Gesandte in London Menasseh bei seiner dortigen Anwesenheit eingeladen und ihn über seine Absichten ausgefragt. Er berichtet nämlich in einem Brief, daß „Menasseh ihn aufgesucht und ihm versichert habe, daß er nichts für die holländischen Juden anstrebe, sondern nur für die durch die Inquisition in Spanien Betroffenen“ [213]).

Gegenüber der feindlichen Einstellung des englischen Volkes hatte Menasseh praktisch nur die Unterstützung Cromwells. Die in früheren Jahren zugunsten der Juden aufgetretenen Männer waren zum allergrößten Teil nicht in der Lage, ihnen zu helfen. Roger Williams war in Amerika, John Sadler konnte mit Rücksicht auf seine inzwischen erhaltene offizielle Stellung nicht mehr so aktiv wie früher in die Angelegenheit eingreifen, und Hugh Peters besaß kaum noch irgendwelchen Einfluß. Thurloe, Blake und General Monk wollten es aber nicht mit den Kaufleuten der City verderben, die mit Rücksicht auf die zu erwartende Konkurrenz der Juden die schärfsten Widersacher waren.

---

[212]) Hyamson: History S. 155, Wolf: Menasseh Ben Israel S. 40.
[213]) Thurloe State Papers Bd. IV S. 333.

Die öffentliche Meinung mußte aber umgestimmt werden, da auch Cromwell, wie die Entwicklung der Dinge bestätigt, nicht gegen den Willen des Volkes die Zulassung durchsetzen konnte.
Menasseh und seine Berater glaubten, durch eine öffentliche Schrift einen Umschwung herbeiführen zu können, die sie in zwei Teilen herausbrachten. Der erste ist betitelt: „An seine Königliche Hoheit den Lord-Protektor der Commonwealth von England, Schottland und Irland. Die demütigen Schriften von Menasseh Ben Israel, Rabbiner und Doktor der Physik, zugunsten der jüdischen Nation." Der zweite Teil trägt die Überschrift: „Eine Erklärung des Rabbiners Menasseh Ben Israel an die Commonwealth von England bezüglich der Motive für seine Reise nach England."
Hyamson und Wolf[214]) vertreten die Ansicht, daß Menasseh diese Flugschrift bereits vor seiner Ankunft in England fertiggestellt hatte. Der letztere ist sogar der Meinung, daß sie schon im Jahre 1651 unter Mitarbeit von Thurloe, dem Sekretär Cromwells, ausgearbeitet wurde.
Wie schon die Überschrift zeigt, ist der erste nur drei Seiten lange Teil an Cromwell gerichtet. Menasseh legt dar, daß Gott die Juden am meisten begünstigte und nach wie vor dafür sorge, daß ihnen kein Leid geschehe. Könige wie Pharao, Nebukadnezar, Antiochus Epiphanes und Pompeius, die die Juden schlecht behandelten, wären von Gott gestraft worden. Die Weissagung Abrahams habe sich an ihnen erfüllt: „Ich werde die segnen, welche dich segnen, und die verfluchen, welche dich verfluchen." Mit Rücksicht auf das in letzter Zeit gezeigte Wohlwollen mächtiger Persönlichkeiten habe Menasseh als einer der Geringsten unter den Hebräern Cromwell um die Gnade zu bitten, den Juden in England zu gestatten, den großen und ruhmvollen Namen Gottes in eigenen Synagogen zu verehren. Er zweifle um so weniger daran, daß man ihnen dieses Recht zugestehen würde, als sogar der heidnische König von Ägypten den Bau eines Tempels gestattete. Man habe die englischen Abgesandten in den Synagogen Amsterdams mit Pomp und Hymnen empfangen, und die Juden hofften daher, daß sich der alte Haß aus der Zeit des Königtums in Wohlwollen verwandelt habe und die rigorosen Gesetze gegen ein unschuldiges Volk zur Aufhebung gelangten. Zweifellos würde der Einfluß Cromwells dafür sorgen, der ihnen von Anfang an soviel Respekt und Gunst gezeigt habe. Im Namen der Juden erbitte er daher freie Religionsausübung in England, damit sie alsdann für die Wohlfahrt und den Frieden der oft gerühmten und mächtigen Commonwealth beten könnten.
Aufbau und Inhalt dieser Ausführungen ist typisch jüdisch: Zunächst wird ein wenig gedroht, denn anders sind doch die Hinweise auf Pharao usw. nicht zu verstehen, und dann geht man in die süßesten Schmeicheleien über.

[214]) Hyamson: History S. 154, Wolf: Menasseh Ben Israel S. 38.

Die „Erklärung an die Commonwealth" ist erheblich länger und besteht mit dem Vorwort aus 29 Seiten.
In der Einleitung legt er die Motive für seine Mission dar. Neben freier Religionsausübung wünsche er eine allgemeine Ansiedlung der Juden in England, damit sie auf diese Weise überall in der Welt verstreut wären, eine Tatsache, die für das Erscheinen ihres Messias notwendig sei. Schließlich würde er das Eintreffen von Juden in England begrüßen, weil er der englischen Nation so herzlich zugetan sei.
Den Hauptteil der Deklaration leitet er wie folgt ein:
„Drei Dinge machen ein fremdes Volk innerhalb eines Landes beliebt:
Profit, den das Land dadurch hat,
Loyalität gegenüber den angestammten Fürstenhäusern und endlich der Adel und die Reinheit des Blutes. Alle diese Dinge seien in der jüdischen Nation zu finden."
Nach seiner Ansicht interessierte in der ganzen Welt der Gewinn am meisten, und infolgedessen wolle er auch damit beginnen. Durch die Vertreibung aus ihrem Lande sei den Juden von Gott der natürliche Instinkt für Geldverdienen gegeben worden. Seitdem läge der Handel in Diamanten, Farbstoffen, Wein und anderen wertvollen Erzeugnissen zum großen Teil in ihren Händen, und wenn sie nach England kämen, würden sie ihr Kapital und ihre Geschäftsverbindungen mitbringen, was ein Wachsen des Handels bedingte, wodurch wiederum Steuer- und Zolleinnahmen vermehrt würden. Es treffe zu, daß die Juden große Reichtümer erworben hätten, aber dies sei ihnen lediglich durch die Vorsehung Gottes ermöglicht, damit sie durch angehäufte Schätze Gunst in den Augen der Herrscher und Völker fänden.
Menasseh führt dann eingehend aus, daß die Juden in fast allen Ländern der Erde mit ihrem Handel vertreten seien. Sie genössen sogar zum Teil hohe Ehren und würden von ihren Fürsten geadelt.
Gegenüber allen anderen Fremden seien die Hebräer aber deshalb von so großem Vorteil, weil sie nie wieder das Land verließen, während andere fremde Völker nur für kürzere Zeit verblieben und alsdann die verdienten Gelder mit in ihr Vaterland zurücknähmen. Die Juden hätten aber kein Vaterland und blieben daher mit ihrem erworbenen Vermögen, wo sie waren.
Es ist hier nicht der Platz, das Verderbliche des Profitmachens der Juden zum Nachteil ihres Landes zu geißeln, nur mag festgestellt werden, daß man diesen von Menasseh zugunsten einer Ansiedlung der Juden angeführten Grund zumindest in demselben Maße als Gegenargument gebrauchen kann.
Das zweite Kapitel der Erklärung nannte er: „Wie treu die Nation der Juden ist"[215]). Er führte u. a. aus, daß bereits im alten Ägypten

[215]) Menasseh Ben Israel: Declaration S. 11 ff.

und Rom die Juden treue Staatsbürger waren. Besonders hinsichtlich des letzteren mutet diese Feststellung wie Hohn an, denn „die römische Kaiserzeit ist erfüllt von einer Kette jüdischer Aufstände und von durch Juden angezettelten Unruhen an allen Enden des Reiches[216]). Die von ihnen in Alexandrien und Palästina verursachten Aufstände sind schon seit langem bekannt gewesen. Im Jahre 1137 entfachten sie einen Aufstand in Frankreich, der zu furchtbarem Blutvergießen führte. Dasselbe ereignete sich in Persien in den Jahren 1138 und 1174. Eine Revolte der Juden gegen die Regierung in Spanien brach im Jahre 1157 aus[217]). Es ließen sich noch viele von ihnen angezettelte Aufstände aus der Geschichte anführen, jedoch mögen obige Hinweise für unsern Zweck genügen.

Am Schluß geht er dann noch auf drei Vorwürfe ein, die immer wieder gegen die Juden erhoben würden. Es handele sich hierbei um angeblichen Wucher, Kindesmord und ihre Versuche, Christen zum jüdischen Glauben zu bekehren.

Daß Juden Wucherer seien, träfe nur teilweise zu. Die spanischen und portugiesischen Juden lehnten jeden Wucher ab.

Über den unzweifelhaft hochstehenden Charakter seiner Rassegenossen brauche er sich wohl weiter nicht zu verbreiten. Diese Aufgabe sei ihm bereits durch christliche Schriftsteller, insbesondere durch den Niederländer Henry Jessey in seinem Buch „The Glory of Jehuda and Israel" (1653 in Holländisch) und durch Edward Nicholas, abgenommen worden.

Am 30. Oktober 1655 wartete Menasseh vor dem Eingang des Sitzungssaales des Staatsrates und bat, gewisse Bücher überreichen zu dürfen[218]), bei denen es sich wahrscheinlich um seine Flugschrift gehandelt hat, die um diese Zeit veröffentlicht wurde.

Die Juden und ihre Freunde erlebten mit der Broschüre eine bittere Enttäuschung. Sie konnten dadurch keinesfalls die öffentliche Meinung umstimmen, sondern brachten nur weitere Gegner auf den Plan. Verschiedene Flugschriften, wie z. B. „Case of the Jews stated" (Feststellung über den Fall der Juden), wurden unmittelbar danach von der Gegenseite herausgegeben. Prynne hat uns im Vorwort seines Buches eine lebendige Schilderung der Volksstimmung gegeben.

„Auf meinem Wege nach Lincolns Field", so erfahren wir, „kam ich an sieben oder acht Soldaten vorbei. Ich hörte, wie sie laut sagten: „Wir müssen nun alle Juden werden, und nichts wird für die Armee übrigbleiben." Nicht weit von ihnen stand eine Anzahl armer Leute. Sie riefen einander zu: „Sie sind bereits in Teufel verwandelt, und wir müssen nun Juden werden." Prynne fährt dann fort, er sei durch diese Eindrücke so bestürzt gewesen, daß er sich sofort entschloß, die Wahrheit der jüdischen Geschichte in England an Hand von Urkunden zu veröffentlichen.

[216]) Fried S. 111.
[217]) Leslie S. 130/31.
[218]) Domestic State Papers Bd. 1655 S. 402.

Er habe daher die ganze Nacht das diesbezügliche Material durchgearbeitet[219]).
Die Verhandlungen gingen weiter, und der Staatsrat hatte sich offenbar schon bald mit den von Menasseh überreichten Schriften befaßt. In den Staatspapieren finden wir bereits am 13. November 1655 eine kurze Zusammenstellung der verschiedenen Anträge Menassehs an Cromwell. Anscheinend hat er neben der Flugschrift noch ein besonderes kurzes Gesuch eingereicht, denn außer den in der Schrift verlangten Privilegien hören wir noch von weiteren Wünschen der Juden. Sie bitten um Einsetzung einer Vertrauensperson, der sie ihre Pässe aushändigen und gleichzeitig den Treueid leisten können. Endlich verlangen sie für sich eine eigene Gerichtsbarkeit nach mosaischem Recht[220]).
Diese Vorschläge betrachtete der Staatsrat anscheinend als unannehmbar. Es wurde vorgebracht, daß die Juden versuchen könnten, Engländer zu ihrer Religion zu bekehren. Man fürchtete auch einen schlechten Einfluß auf die öffentliche Moral, weil die Anschauungen und Gesetze der Juden bezüglich Heirat und Scheidung ein schlechtes Beispiel seien. Außerdem hatte man starke Bedenken wegen ihrer Skrupellosigkeit bei Abgabe von Eiden. Infolgedessen hielt man es für dringend erforderlich, ihnen jede Verunglimpfung des Christentums zu verbieten und sie hart zu bestrafen, wenn sie den Versuch machten, Christen zum Judentum zu bekehren. Auf keinen Fall sollten sie auch nur mit dem geringsten öffentlichen Amt betraut werden. Endlich müßte man ihnen das Halten christlicher Dienstmädchen untersagen[221]). Es ist schade, daß man nicht die Begründung zu dieser letzteren Forderung gegeben hat.

Die Whitehall-Konferenz

Am 14. November traten vier Mitglieder unter dem Vorsitz des Lordpräsidenten zusammen, um ein Komitee zur Prüfung der Anträge Menassehs einzusetzen und die hierfür in Frage kommenden Personen zu benennen[222]). Bereits am nächsten Tage wurden die Namen der 28 Mitglieder veröffentlicht, unter denen sich fast alle bedeutenden Leute damaliger Zeit befanden[223]). Als einer der höchsten Beamten war der Lordpräsident Henry Lawrence mit vier Mitgliedern des Staatsrates ernannt worden. Da auch Gesetzesfragen zu lösen waren, hatte man die bekanntesten Juristen, den Lord Chief

[219]) Prynne: Vorwort zu seinem Werk „Short Demurrer".
[220]) Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 15.
[221]) Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 15, 16.
[222]) Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 20.
[223]) Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 23.

Justice Sir John Glynne und William Steele, Chief Baron of the Exchequer, ins Komitee berufen, verdiente Diplomaten wie Walter Strickland und Leute der alten Garde Cromwells, wie John Lambert und William Sydenham, waren ebenfalls hinzugezogen. Die Kaufmannschaft der City von London hatte ihren Oberbürgermeister und die reichsten und mächtigsten Handelsherren, wie William Kiffen und Owen Rowe, entsandt. Die Geistlichkeit war mit 16 Teilnehmern am stärksten vertreten, unter denen sich die bedeutendsten Prediger und Lehrer der Theologie befanden. Namen wie Dr. Owen, bekannt wegen seines Eintretens für Religionsfreiheit, John Caryll, Erläuterer der puritanischen Bibel, und Dr. Whitchcote als Vertreter der Universität Cambridge waren darunter. Ferner finden wir Daniel Dyke und Philip Nye, den Vorkämpfer für Gleichberechtigung[224]).

Die erste Zusammenkunft wurde auf den 4. Dezember 1656 festgesetzt. Anscheinend waren im November bereits unverbindliche Besprechungen der Regierung mit Menasseh voraufgegangen. Die Öffentlichkeit war in diesen Tagen nur mit den Vorgängen in Whitehall, dem englischen Regierungsviertel und Tagungsort, beschäftigt. Unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung eröffnete Cromwell die erste Sitzung, auf der zunächst die bereits erwähnten Anträge Menassehs verlesen wurden[225]). Ob bei dieser Gelegenheit auch die Bereitwilligkeit der Juden, für die Genehmigung der Anträge £ 200.000 zu zahlen, zur Sprache kam, läßt sich nicht mehr feststellen. Auf jeden Fall findet sich in einem Werk, das Ende des 17. oder Anfang des 18. Jahrhunderts veröffentlicht wurde, folgende Mitteilung:

„Menasseh Ben Israel ... machte folgende Vorschläge an den Protektor, für deren Annahme die Juden nicht weniger als £ 200.000 boten[226])."

Dann folgen die sieben Vorschläge Menassehs. Im nächsten Absatz fährt dann der Schriftsteller fort:

„Als diese Vorschläge verlesen waren, sagte der Protektor: ..."

Aus dieser Fassung kann man vielleicht folgern, daß das Geldangebot auch zu den Vorschlägen gehörte und daher mit verlesen wurde. Wie dem auch sei, zumindest ist interessant, daß der Schriftsteller das Geldangebot der Juden übermittelt hat. Es ist zu erwarten, daß die Veröffentlichung dieser Tatsache von den Juden als falsch oder unwahrscheinlich bezeichnet wird. Von vornherein soll daher festgestellt werden, daß selbst Wolf dieses Werk als authentische Quelle für die Beschreibung der Whitehall-Konferenz benutzt hat. Hätte er diese Überlieferung als unwahr angesehen, würde er es sicher zum Ausdruck gebracht haben, wie er es auch bei anderen Gelegenheiten tat[227]).

---

[224]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 47/48, Hyamson: History S. 157/58.
[225]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 623.
[226]) Richard Burton S. 203.
[227]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 49—51.

Die mutmaßliche Richtigkeit dieser Angaben läßt sich aber auch daraus folgern, daß ein Vergleich der Angaben Burtons über den Verlauf der Whitehall-Konferenz mit dem offiziellen Bericht der Regierung die vollkommene Übereinstimmung ergibt — ein weiterer Beweis für die Zuverlässigkeit dieser Quelle[228]).
Außerdem war Burton ein Zeitgenosse Cromwells, und es ist daher durchaus möglich, daß er die Geschehnisse im Verhandlungszimmer aus erster Hand erfahren hat.
Es gibt aber noch weitere Überlieferungen, aus denen man die Richtigkeit von Robert Burtons Ausführungen schließen kann.
Ein Namensvetter von ihm, Thomas Burton, der um das Jahr 1650 politisch hervortrat und im Jahre 1656 zum Mitglied des Parlaments gewählt wurde[229]), hat uns dieselbe Darstellung gegeben. In seinem vierbändigen Werk „Parlamentarisches Tagebuch" finden wir ebenfalls, daß Menasseh £ 200.000 für Annahme seiner Vorschläge geboten hätte[230]). Außerdem findet sich an anderer Stelle noch folgender Hinweis:
„Er (Cromwell) hatte ein Versprechen auf £ 200.000 von den Juden für den Fall, daß er ihre Zulassung erwirken würde ..., welch süßen Bissen er geschluckt hätte, um sich erkenntlich zu zeigen, wenn nicht dieser Plan durch Argumente, scharf wie Stahl, zunichte gemacht worden wäre[231])."
Endlich ist noch ein Brief aus dem Jahre 1656 erhalten, in dem der Schreiber zu den Verhandlungen wie folgt Stellung nimmt:
„... Wenn er (Cromwell) die Juden ablehnt, so nur aus dem Grunde, weil sie sich weigern, das Geld für ihre Zulassung zu bezahlen, solange sie ihnen nicht durch die Autorität des Parlaments garantiert ist[232])."
Nach Verlesung der Vorschläge der Juden ergriff Cromwell das Wort und schloß seine kurzen Ausführungen mit den beiden grundlegenden Fragen, „ob es gesetzlich erlaubt sei, die Juden zuzulassen und, im Falle der Bejahung, unter welchen Bedingungen" [233]).
Wolf behauptet, daß diese Frage bereits am ersten Sitzungstage positiv entschieden worden sei. Er beruft sich u. a. zur Begründung seiner Behauptung auf die schon erwähnte Regierungsbekanntmachung über die Konferenz. All seine Quellen sagen aber nichts darüber. Die Folgerung kann aber auch sonst nicht aus dem Zusammenhang gezogen werden. Wir sind daher der Ansicht, daß sein Standpunkt falsch ist. Abgesehen von den Überlieferungen, scheint es uns kaum möglich, daß selbst die fähigsten Juristen imstande waren, ohne weiteres eine Entscheidung zu fällen, zumal ihre späteren Ausführungen von eingehendem

[228]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 617 ff.
[229]) Dictionary of National Biography Bd. III S. 469.
[230]) Thomas Burton Bd. I S. 309.
[231]) Fletcher S. 230.
[232]) Nicholas Papers Bd. III S. 255.
[233]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 45 ff.

Studium zeugen und durch genaue Quellen belegt sind. Endlich wird unsere Meinung durch eine Mitteilung in einer Zeitung bestätigt, wonach „im Augenblick nichts getan wurde, sondern die gesamte Angelegenheit erst am nächsten Freitag eingehend behandelt werden sollte“ [234]). Auch Wolfs Bezugnahme auf Prynne kann uns nicht vom Gegenteil überzeugen. Zwar erwähnt letzterer in seinem Vorwort, daß gemäß der Mitteilung von Mr. Nye die Juristen der Ansicht seien, es stünde kein Gesetz im Wege. Dies setzt natürlich voraus, daß bereits am 6. Dezember oder vorher eine diesbezügliche Meinung geäußert wurde. Wir glauben aber, daß dies lediglich in unverbindlicher Weise Mr. Nye als Minister bei den Vorbereitungen zur nächsten Sitzung erzählt wurde.
Es hat nach alledem eher den Anschein, als ob die Erörterungen über diese Frage erst in den nächsten Verhandlungen angestellt wurden, die am 7., 12. und wahrscheinlich auch am 14. Dezember stattfanden. In welcher Reihenfolge die Redner der einzelnen vertretenen Stände auftraten, ist aus den Überlieferungen nicht ersichtlich. Die bereits erwähnten diesbezüglichen Berichte geben nur ein allgemeines Bild wieder, während die betreffenden Zeitungsnotizen meistens nur die Tatsache der Verhandlung melden[235]). Gemäß der Fragestellung Cromwells ist anzunehmen, daß tatsächlich am 7. Dezember 1655, dem zweiten Verhandlungstage, zunächst die Frage erörtert wurde, ob der Zulassung der Juden irgendwelche Gesetze entgegenständen. Der Chief Baron Steele als einer der anwesenden Juristen gab einen sehr ausführlichen Bericht über die bisherige Geschichte der Juden in England. Er begann mit der Periode vor der normannischen Eroberung und führte aus, daß sie bereits in Zeiten Constantins des Großen eine harte Behandlung erfahren hätten. Anschließend bringt er dann einen Überblick über die Geschichte bis zum Jahre 1290 und insbesondere eine Mitteilung über das Statute de Judaismo und das Ausweisungsdekret. Am Schluß seiner Ausführungen folgt dann sein Rechtsgutachten in Übereinstimmung mit Sir John Glynne: „Es gäbe kein Gesetz, das den Juden die Rückkehr nach England verbiete, und so verlange man, daß sie zunächst zugelassen und geduldet würden. Sollten sich daraus Unzuträglichkeiten ergeben, ließen sich diese unterbinden. Desgleichen könnten in solchem Falle alle Rücksichten außer acht gelassen und Maßnahmen vorgesehen werden, die Lästerung des Herrn Jesus Christus, sowie Mißachtung des Rechts und Verführung anderer zu verhindern[236]).“
Die Gründe für ihre Ansicht sind uns nicht überliefert. Wir können aber aus der gegenteiligen Beweisführung von Prynne annehmen, daß sie die betreffenden Judengesetze lediglich als

[234]) Mercurius Politicus Nr. 286 vom 4. Dezember 1655.
[235]) Mercurius Politicus Nr. 287 vom 7. Dezember 1655, Public Intelligencer Nr. 10 vom 7. Dezember 1655, Nr. 11 vom 12. Dezember 1655.
[236]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 618/19, Richard Burton S. 205 ff., Wolf: Menasseh Ben Israel S. 49.

von Eduard I. gegeben ansahen und nicht gleichzeitig vom Parlament. In einem solchen Falle würde aber die Wirksamkeit der Gesetze mit dem Tode Eduards I. aufgehört haben. Prynne bemüht sich, nachzuweisen, daß es sich nicht um ein einfaches Gesetz König Eduards I. gehandelt habe, sondern um ein solches, das durch einen Akt des Parlaments verabschiedet worden sei und daher entsprechend der englischen Verfassung nur durch denselben Vorgang wieder aufgehoben werden könne[237]).

Nachdem die Konferenz die erste Frage als erledigt betrachtete, bat man wahrscheinlich die Mitglieder der Geistlichkeit um ihre Stellungnahme, da sie am zahlreichsten vertreten waren und man von ihnen auf Grund ihrer früheren judenfreundlichen Einstellung eine günstige Haltung erwartete.

Man sollte aber bitter enttäuscht werden, denn genau wie die Juristen verlangten auch sie im Falle der Zulassung zahlreiche, die Freiheit der Juden einschränkende Bedingungen. Daß auch die Juristen keine uneingeschränkte Zulassung billigten, versäumen die in Frage kommenden jüdischen Historiker mitzuteilen[238]).

Die Haltung der Geistlichkeit ist wahrscheinlich zu einem ganz erheblichen Teil von dem Gutachten eines sehr gelehrten Mannes, Thomas Barlow, dem damaligen Bibliothekar der Bodleian-Bibliothek, bestimmt worden. Er galt als äußerst befähigt in Logik und Philosophie[239]), weshalb man ihn wahrscheinlich zur Abfassung des Gutachtens für besonders geeignet hielt. Später war er Bischof von Lincoln.

Das betreffende Werk ist zwar erst im Jahre 1692 im Druck erschienen. Es dürfte aber keinem Zweifel unterliegen, daß es bereits Ende des Jahres 1655 geschrieben war. Dies ergibt sich aus einem Vorwort des Verlegers, laut welchem er dies und andere Werke Barlows nach dessen handschriftlichen Manuskripten veröffentlicht habe. Sein Gutachten über die Gesetzmäßigkeit der Zulassung der Juden wurde auf Ersuchen einer bedeutenden Persönlichkeit in den vergangenen unruhigen Zeiten abgefaßt, als die Juden bei Cromwell um ihre Wiederzulassung nach England nachgesucht hatten[240]).

Mit Rücksicht auf die Sorgfalt, die Thomas Barlow bei der Ausarbeitung verwandt hat und die Stellungnahme der Geistlichkeit damaliger Zeit zur Judenfrage lohnt es sich, einen kurzen Überblick über das Gutachten zu geben.

Zunächst untersucht der Verfasser die Zulassung der Juden vom Standpunkt des Staates und der Kirche.

Bezüglich des ersteren war nach seiner Ansicht zunächst festzustellen, ob derzeit Gesetze gegen ihre Ansiedlung in Kraft gewesen sind. Im Gegensatz zu den Juristen bejaht er dies, gibt jedoch den

[237]) Prynne Bd. I S. 4 Vorwort, Bd. II S. 135.
[238]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 49, Hyamson: History S. 159.
[239]) Levy: Barlow S. 152.
[240]) Barlow: Case, Vorwort S. 1.

Rat, sie aufzuheben, falls das Staatswohl es gebietet. Ob dies der Fall ist, will er nicht untersuchen, da diese Entscheidung Sache der Regierung sei[241]). Er wies aber darauf hin, daß die Juden im Mittelalter der Krone ungeheure Gelder durch Steuern und Zwangsabgaben einbrachten. Außerdem seien sie vor dem Jahre 1290 schlecht behandelt worden, so daß es sich daher vielleicht empfehle, durch Zulassung der Juden das Unrecht nunmehr gutzumachen[242]).

Für ihn als Christen sei es wesentlich, festzustellen, ob es unehrenhaft, nachteilig und skandalös sei, Juden in einem christlichen Staat aufzunehmen. Er verneint dies aus sechs Gründen. Jesus Christus und christliche Kaufleute hätten zwischen Juden gelebt, und nach den Gesetzen christlicher Länder waren allezeit Bestimmungen für ein Zusammenleben mit ihnen vorgesehen[243]).

Auch erscheint ihm die Einwanderung der Juden nicht nachteilig für das Christentum. Ein Übertritt zum jüdischen Glauben sei nach seiner Ansicht lediglich mit weltlichen Nachteilen verknüpft, da Juden nur überall die Sklaven der Prinzen seien[244]).

Endlich glaubt Barlow, daß auch keine Skandale irgendwelcher Art aus der Aufnahme der Juden entstehen würden[245]).

Bei der Zulassung müsse man aber darauf achten, daß nicht irgendwelche Umstände geschaffen oder geduldet würden, die „gegen das Gesetz der Natur verstießen". Nach dem Gebot von Moses seien aber die unter diese Kategorie fallenden Dinge — Wucher, Vielweiberei und Heirat der Schwester — erlaubt[246]).

Um die Juden bekehren zu können, sei es notwendig, mit ihnen in Berührung zu kommen. Es läge daher nichts Unchristliches darin, sie in das Land kommen zu lassen[247]).

Man dürfe ihnen nicht zuviel Freiheiten geben, wie auch ihre Rechte vom Staat eingeschränkt werden müßten. Schon früher in der Geschichte habe man dies festgestellt und daher würden folgende Bedingungen empfohlen[248]):

„1. Es solle ihnen nicht gestattet werden, etwas zu tun, was gegen das Gesetz der Natur verstößt.

2. Es solle nicht geduldet werden, daß sie etwas Lasterhaftes oder Gottloses gegen Jesus Christus und das Evangelium sagen.

3. Es solle nie die Zustimmung dazu gegeben werden, die Kinder von Christen zu beschneiden oder Christen zu ihrer Religion zu bekehren.

4. Ihnen sei nicht gestattet, irgendwelches Amt oder Würde in der christlichen Gemeinschaft zu bekleiden.

---

[241]) Barlow S. 4—7.
[242]) Barlow S. 7—9.
[243]) Barlow S. 9—13.
[244]) Barlow S. 13—21.
[245]) Barlow S. 21—34.
[246]) Barlow S. 34—45.
[247]) Barlow S. 45—65.
[248]) Barlow S. 66—73.

5. Ihnen sei nicht gestattet, einen Christen oder seine Angelegenheit in einem Verfahren oder Streitfall zwischen einem Juden und Christen vor einen jüdischen Gerichtshof zu bringen ...

6. Ihnen seien keinesfalls Heiraten mit Christen gestattet.

7. ...

8. Polygamie werde nicht geduldet.

9. ...

10. Ihnen sei gestattet, ihre alten Synagogen wieder instandzusetzen, jedoch dürften sie keine neuen bauen.

11. Ihnen sei nicht gestattet, christliche Dienstboten, Ammen oder Hebammen zu haben.

12. ...

13. Sie dürften sich nicht in Übereinstimmung mit den Christen kleiden, sondern müßten unterschiedliche Kleidung tragen, so daß man sie als Juden erkennen könne.

14. Sie dürften weder als Ärzte tätig sein, noch Arzneimittel an Christen verabfolgen.

15. Sie dürften nicht der römischen Miliz angehören ...

16. Da die Juden die größten Wucherer der Welt sind und glauben, gerechtermaßen den höchsten Wucherzins von uns Christen nehmen zu können (selbst bis 100% wenn möglich), so sei es nur recht und billig, daß ihnen hierin besondere Beschränkungen auferlegt würden und man ihnen nicht gestatte, von uns mehr zu verlangen, als wir dem Gesetz nach voneinander nehmen dürfen.

17. sollten sie mitunter zu freundschaftlichen Auseinandersetzungen über die Wahrheit des Evangeliums zugelassen werden und nicht hartnäckig alle Mittel der Bekehrung zurückweisen ..."

Nachdem Thomas Barlow noch auf ein weiteres altes Gesetz in England aus der vornormannischen Zeit hingewiesen hat, schließt er seine Ausführungen wie folgt[249]):

„Ich wünschte, daß der Oberste Magistrat sie auf Grund dieser Bedingungen zulassen könnte ... und unter dieser Voraussetzung bin ich — und ich glaube auch jeder andere — gern bereit, ihrer Wiederzulassung zuzustimmen."

Es ist interessant, daß Barlow nach sehr eingehenden Studien zu Einschränkungen bezüglich der Rechte der Juden gekommen ist, die zum Teil mit unseren gegenwärtigen Ansichten übereinstimmen. Auch hier findet sich wiederum die Forderung des Verbots von Mischehen und Beschäftigung christlicher Dienstboten in jüdischen Haushaltungen.

Man kann sich denken, daß dieses sorgfältig ausgearbeitete Gutachten eines anerkannten Gelehrten großen Eindruck auf die

[249]) Barlow S. 74/75.

Geistlichkeit gemacht hat, und so nimmt es nicht wunder, daß sich der überwiegende Teil der Konferenzmitglieder diesen Ausführungen anschloß.
Als daher die einzelnen Mitglieder der Geistlichkeit aufgefordert wurden, ihre Meinung abzugeben, fanden sich sogar einige, die die Zulassung der Juden vollkommen ablehnten. Ihr Hauptgrund hierfür war, daß sie durch die Berührung mit den Juden eine Benachteiligung des Christentums befürchteten.
Lord Lawrence und General Lambert, willenlose Werkzeuge Cromwells, sprachen heftig dagegen[250]).
Einige wollten die Juden angesiedelt wissen, weil sie nur Handel und nicht etwa Ackerbau trieben. Infolgedessen könne man durch ihre Zulassung den Import steigern und so durch das größere Angebot zu einer Herabsetzung der Preise der eingeführten Waren gelangen. Es möchte sein, daß durch den zu erwartenden jüdischen Handel der Umsatz und Verdienst der eigenen Kaufleute zurückgehen würde, aber das müsse man eben in Kauf nehmen, zumal nach wie vor Hoffnungen auf Bekehrung der Juden gehegt werden könnten[251]).
Mr. Nye, der Bekannte von Prynne, und Mr. Godwin sprachen sich im selben Sinne aus. Sie führten an, daß man die zur Zeit überall verfolgten Juden irgendwie unterstützen müsse. Ganz besonders schlecht würden die Morranos behandelt, und infolgedessen solle man ihnen erlauben, nach England zu kommen, um in Ruhe und Frieden Handel zu treiben. „Vielleicht wäre es auch Gott sehr wohlgefällig, wenn wir ihnen unsere Gunst erweisen[252]).
Joseph Caryll ist der Ansicht, daß man die Juden früher zu Unrecht schlecht behandelt habe. Diese Untat müsse noch als Sünde auf England lasten. Mit Rücksicht auf ihre Nachkommen wäre es daher empfehlenswert, durch die Aufnahme der Juden einen gewissen Ausgleich herbeizuführen.
Man sieht, die meisten Mitglieder der Konferenz waren nicht für eine bedingungslose Zulassung. Cromwell und seine Freunde mußten daher versuchen, durch Heranziehung bekannter judenfreundlicher Personen einen Umschwung der Stimmung herbeizuführen. Dabei bestand noch durchaus die Möglichkeit, daß die noch nicht gehörten Kaufleute der City eine Mehrheit mit denjenigen Geistlichen bilden würden, die für eine völlige Ablehnung eingetreten waren.
Cromwell ernannte daher vor der dritten Sitzung neue, ihm ergebene Männer, unter ihnen Hugh Peters, der früher erheblich für die Juden eingetreten war. Zum allgemeinen Erstaunen hatte aber auch Peters inzwischen seine Meinung geändert. Er bezeichnete die Juden als „selbstsüchtige Nation, die sich wenig um ihre eigenen Prinzipien scherte[253]). Anscheinend hatten Cromwell und

[250]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 620, Richard Burton S. 204.
[251]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 621, Richard Burton S. 205.
[252]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 617/18, Richard Burton S. 208/09.
[253]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 50.

die Juden nach dieser letzten Sitzung wenig Hoffnung auf Erfolg. Thurloe, der große Judenfreund, schrieb am 17. Dezember 1655 an Henry Cromwell, den Kommandierenden General in Irland, einen sehr interessanten Brief, worin er die obigen Ausführungen bestätigt, daß nämlich die Geistlichkeit entweder gegen jede Zulassung war oder nur in eine Ansiedlung unter Beschränkungen einwilligen wollte. „Über den Ausgang", so fährt er fort, „kann ich Ihnen noch nichts sagen, aber ich neige dazu, anzunehmen, daß nichts geschehen wird" [254]).
Cromwell hatte angeordnet, daß noch eine weitere Sitzung stattfand.

Intermezzo: Prynne, der Antijude und sein Wirken

Inzwischen war die öffentliche Meinung noch mehr gegen die Juden aufgebracht worden. Prynne hatte in Tag- und Nachtarbeit den ersten Teil seines Geschichtswerkes über die Juden in England fertiggestellt. Wenn man dieses wissenschaftliche Buch betrachtet, muß man sich fragen, wie er es angestellt hat, innerhalb von höchstens 8—10 Tagen das Material zusammenzutragen, zu bearbeiten und zu veröffentlichen. Ein längerer Zeitraum hat ihm auf keinen Fall zur Verfügung gestanden[255]), denn er begann das Buch am 6. Dezember, und es wurde bereits unmittelbar vor der Sitzung am 18. Dezember 1655 veröffentlicht[256]). Es ist noch heute als Standardwerk für die Geschichte der Juden Englands bis zu dieser Periode anzusehen, und auch wir haben viele Anregungen daraus entnommen. Keiner der jüdischen Historiker hat außerdem gegen Prynne den Vorwurf der Ungenauigkeit erheben können.
Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit seines Buches und die ungewöhnlichen Umstände bei der Fertigstellung erscheint es notwendig, ganz kurz etwas über ihn zu hören.
William Prynne war im Jahre 1600 geboren. Er studierte in Oxford und wurde später Barrister in Lincolns Inn. Er war aber nicht nur in Rechtswissenschaften interessiert, sondern zeigte schon frühzeitig besondere Neigung für geistliche und geschichtliche Dinge. Er geißelte die nach seiner Ansicht ungesunden Zeiterscheinungen mit der größten Schärfe und kam auf diese Weise mit dem Königshaus in Konflikt. Nach einem Jahr Haft wurde er im Jahre 1634 zu einer hohen Geldstrafe und lebenslänglichem Kerker verurteilt. Seine akademischen Titel wurden ihm abgesprochen, sein Name in der Liste der Barrister gelöscht. Trotz allem hatte Prynne nicht den Mut verloren. Man erlaubte

[254]) Thurloe State Papers Bd. IV S. 321.
[255]) Prynne Bd. I Vorwort S. 1.
[256]) Prynne Bd. II Vorwort S. 1.

ihm, im Kerker weiterzuschreiben, und es gelang ihm die Veröffentlichung seiner Schriften gegen das damalige System. Er hatte hart dafür zu büßen. Nacheinander wurden ihm am Schandpfahl die Ohren abgeschnitten und auf seine Wangen die Buchstaben S. L. gebrannt. Diese Buchstaben sind im Englischen die Anfangsbuchstaben für die Worte „Seditious Libel" (aufrührerische Verleumdung). Sein gesamtes Vermögen wurde ebenfalls eingezogen.

Die erfolgreiche Revolution brachte Prynne die Freiheit. Am 20. April 1641 erklärte das sogenannte „Long Parliament" seine Verurteilung für hinfällig und setzte ihn in all seine früheren Rechte ein mit dem Versprechen, ihn für all seine Leiden zu entschädigen.

Nach wie vor betätigte er sich als Vorkämpfer für die Rechte des Parlaments. Während der Zwistigkeiten zwischen Armee und Parlament im Jahre 1657 blieb er dem letzteren treu und wurde wegen seiner Aktivität von der Armee verhaftet. Nach dreijähriger Einkerkerung wurde er entlassen und setzte sofort seinen Kampf für seine politischen Ansichten fort. Man hat ihn den Cato seines Zeitalters genannt[257]).

Wir haben bereits gehört, daß Prynne durch seine Gespräche mit Nye und durch die judenfeindliche Stimmung des Volkes zur Herausgabe seines Werkes veranlaßt wurde. Sein Hauptzweck war, die englische Bevölkerung über die tatsächliche Geschichte der Juden aufzuklären[258]), was ihm außerordentlich gut gelungen sein dürfte. Sein Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß er es als Jurist verstanden hat, unter Bezugnahme auf zahlreiche Quellen hauptsächlich Tatsachen sprechen zu lassen.

Prynne weist in seinem Buch zunächst darauf hin, daß, abgesehen von den Judengesetzen aus der Regierungszeit Eduards I. auch noch Verordnungen der Königin Elisabeth vorhanden seien, die eine Ansiedlung der Juden unmöglich machten. Der Inhalt der damals gegen die Jesuiten erlassenen Gesetze richte sich auch gegen die Juden. Zwar seien sie nicht ausdrücklich aufgeführt, aber dies läge daran, daß zu dieser Zeit kaum Juden im Lande gewesen wären.

Zahlreiche Gesetze machten es jeder Regierungsgewalt, ob König oder Parlament, zur Pflicht, den fundamentalen Grundsatz: „Das Wohl des Volkes ist das höchste Gebot", zu wahren. Die Zulassung der Juden widerspreche aber diesem Prinzip, denn die von ihm dargelegte Geschichte der Juden habe gezeigt, daß mit ihrer Einwanderung das Wohlergehen des Volkes und die Sicherheit des Staates gefährdet sein würde[259]).

Die Hebräer zeigten aber auch jetzt noch überall dasselbe Verhalten wie im alten England. Sie seien Geldfälscher, Münz-

[257]) Dictionary of National Biography Bd. XVI S. 432—437.
[258]) Prynne Bd. I Vorwort S. 5.
[259]) Prynne Bd. I S. 54—56.

beschneider, Wucherer, Ausbeuter und Betrüger, wie auch ihre Handelsmethoden die denkbar schlechtesten seien[260]).
Sie seien als bekannte Aufrührer in die Geschichte eingegangen und würden daher jedem Staatsverband gefährlich. Schon das Alte Testament zeige, daß sie selbst in ihrem eigenen Reich immer das unzufriedenste, aufrührerischste und ungesetzlichste Volk waren. Wie könnte man eine solche Nation in England aufnehmen? Der Glaube der Regierung, sie bessern zu können, sei absolut lächerlich[261]).
Der Übertritt der Juden zum Christentum bedeute durchaus keinen Vorteil, sondern eine Gefahr, da sie dann nur leichter ihren schlechten Gewohnheiten frönen könnten. Aus den bereits erfolgten Veröffentlichungen ergäbe sich, daß die Juden sie (die Engländer) bereits jetzt mißbrauchten und betrügen. Um wieviel mehr würden sie es nach ihrer Zulassung tun[262]).
Prynne gibt dann eine sehr eingehende Aufstellung über die in der Geschichte feststellbaren Vertreibungen der Juden in aller Welt. Wenn man sich diese durch ihre Verbrechen gerechtfertigten Handlungen einmal vor Augen halte, könne man nicht verstehen, daß sie jetzt wieder in England zugelassen würden.
„Welchen Schatten von Pietät, Weisheit, Vorsehung, Gerechtigkeit, Gesetz, Vernunft kann es überhaupt für ihre Wiederzulassung geben? (Mit Ausnahme des Arguments unredlicher, geheimer, schmutziger Bestechungen oder Gewinne unter der Hand, durch die sie sich meistens in solche Plätze einschleichen, nachdem sie verbannt waren.) Dies zu verstehen, übersteigt meine geringe Fähigkeit, besonders zu einem Zeitpunkt, da wir mit Engländern so überfüllt sind, daß manche von ihnen daran denken, Kolonien in anderen Weltteilen aufzubauen. Dorthin sollten sich diese goldgierigen Juden verpflanzen, wenn sie ihrer früheren Aufenthaltsorte überdrüssig wären" [263]).
Prynne beruft sich dann auf das klassische Altertum, in dem Männer wie Lykurg und Plato die Staaten davor warnten, Fremde in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Es sei auch für die englische Nation gefährlich, die Juden ins Land zu lassen, denn — so führt er wörtlich weiter dazu aus — „wir müssen berücksichtigen, daß jede Nation ihre eigenen Sitten und Gebräuche hat, die sie mitbringt und nicht mit dem Klima wechselt, wenn sie in ein anderes Land kommt, weshalb große Gefahr besteht, daß durch Aufnahme solcher Einwanderer die alten Sitten und Gesetze in neue, fremde geändert werden. Nun, was erzeugt eher Aufstand, als die Änderung von Gesetzen und Gebräuchen... Was ist daher gefährlicher, als die Zulassung von Ausländern in unsere Gemeinschaft? Die Philosophie behauptet, daß Gegensätze nicht am selben Orte wohnen können; aber Fremde sind größtenteils Feinde der Bürger,

[260]) Prynne Bd. I S. 57.
[261]) Prynne Bd. I S. 64.
[262]) Prynne Bd. I S. 72/73.
[263]) Prynne Bd. I S. 73—76.

mit denen sie verkehren . . ." Die Juden selbst, so fährt er fort, haben Fremde von ihrem eigenen Land ausgeschlossen. So hätten sie nicht den Samaritern erlaubt, unter ihnen zu leben, die dann in dem von ihnen bewohnten Teil mit demselben Verbot für die Juden geantwortet hätten. „Warum sollten wir nicht auf Grund dieser Darlegungen jene fremden Juden ausschließen, die so verschieden von uns sind, sowohl in ihren Sitten und Gebräuchen, als auch in ihren Gesetzen und ihrer Religion..." Es sei daher ein Wahnsinn, die Juden, mit denen ihre Vorfahren so schlechte Erfahrungen in dieser Hinsicht gemacht hätten, in England aufzunehmen[264]).

Es ist bewunderungswürdig, mit welcher Klarheit Prynne die jüdische Entwicklung in den verschiedenen Ländern vorausgesagt und mit welcher Begründung er sich gegen die Ansiedlung in seinem Lande ausgesprochen hat. Juden sind nach seiner Ansicht Fremde, den Bewohnern des Landes vollkommen entgegengesetzt, dessen Sitten und Gesetze sie mit ihren asiatischen Ideen erfüllt und daher vollkommen entstellt haben. Welche wahrheitstiefen und prophetischen Worte!

Nach dem Gesetz vom 24. November 1655 sei vorgesehen worden, „alle geeigneten Mittel anzuwenden, um den Frieden der Nation zu sichern und weitere Unruhen zu vermeiden. Die Zulassung der Juden zu diesem Zeitpunkt, da das Volk im allgemeinen zerrissen und unzufrieden ist und größte einstimmige Mißbilligung und Abscheu gegen die Juden zeigt, bietet wahrscheinlich den größten Anlaß, den Frieden der Nation zu stören und künftige neue Unruhen und Tumulte hervorzurufen... Die Juden selbst sind zu allen Zeiten die hauptsächlichsten Brandfackeln des Aufruhrs gewesen, sowohl in ihrem eigenen Lande, als auch andererorts, wohin sie zerstreut waren..., so daß ihre Wiederzulassung in England dem Zweck dieses Gesetzes diametral entgegengesetzt sein müsse..."[265])."

Ferner weise er noch darauf hin, daß man nach einem kürzlichen Gesetz den Anhängern des früheren Königs verboten habe, sich in irgendeiner Weise öffentlich zu betätigen. Fremdlingen, Juden, wolle man all diese Rechte einräumen, eben weil sie Juden seien, nicht aber den anderen Engländern, die das Pech gehabt hätten, dem früheren König zu dienen[266]).

Außerdem sei ein Gesetz verkündet worden, das die Regierung ermächtigt, frühere Anhänger des Königs aus dem Lande zu weisen, wenn sie die Sicherheit des Staates gefährden. Von diesem Gesetz sei schon — ob zu Recht oder Unrecht, möge dahingestellt bleiben — Gebrauch gemacht worden, um „zur gleichen Zeit ausländische ungläubige Juden hereinzurufen — ... dem Frieden und der Wohlfahrt des Landes gefährlicher als jene, die verbannt

[264]) Prynne Bd. I S. 77—82.
[265]) Prynne Bd. I S. 84/85.
[266]) Prynne Bd. I S. 85—88.

werden sollten... —, sogar entgegen einem ausdrücklichen alten Urteil und Edikt bezüglich ihrer dauernden Verbannung...[267])."
Am Schluß seines ersten Bandes setzt sich dann Prynne mit den Gründen auseinander, die die Freunde der Juden zugunsten ihrer Zulassung anführten.
Sie behaupten, die Juden würden wahrscheinlich bei einer Niederlassung in England sehr leicht bekehrt werden. Das sei aus verschiedenen Gründen, die Prynne im einzelnen entwickelt, Unsinn. Es gäbe außerdem noch so viele Heiden, die man zunächst einmal zum Christentum bekehren solle. Aber selbst, wenn man anderer Meinung sei, täte es nicht nötig, die allgemeine Bekehrung der Juden durch die Erlaubnis ihrer Niederlassung in England zu bewirken, sondern man könne dies auch durch Entsendung englischer Geistlicher erreichen. Außerdem sei der Jude bislang nie aus Überzeugung zum Christentum übergetreten, sondern habe diesen Schritt meistens nur aus materiellen Gründen getan. Im übrigen bliebe selbst ein getaufter Jude in seinem ganzen Gebaren immer noch ein Hebräer[268]).
Ein weiter von den Juden und ihren Freunden für die Ansiedlung vorgebrachter Grund sei, „daß sie dem Staate großen gegenwärtigen und künftigen Gewinn, Geld und steigenden Handel bringen wird".
Bislang hätte nur ihr Geld den Juden die Türen in den verschiedenen Ländern geöffnet, wie es auch früher in England der Fall war. Auch dies zeige, „daß wir ihr Geld mehr lieben als ihre oder unsere eigene Seele". Man solle auf keinen Fall die Niederlassung der Juden deshalb gestatten, weil sie wahrscheinlich große Gelder dafür bezahlen würden. „Die Zulassung der Juden in England und anderen Ländern", so hören wir weiter, „hat niemals den allgemeinen Wohlstand der Einwohner und der Republik gefördert, sondern ihn geschwächt durch ihre Wuchereien und Betrügereien, durch Münzverbrechen, durch Ansichreißen von Waren aller Art und widerrechtliche Aneignung des von den Bewohnern betriebenen Handels. Sie wurden zu einer so unerträglichen Last, niemals ruhig, ehe man sie verbannte... Der Handel unserer Nation hat seit ihrer Ausweisung mehr geblüht, als je zuvor. Ihre Wiederzulassung wird unsere englischen Kaufleute und andere Einwohner unseres Landes nur verdrängen und ruinieren, um die Juden und ein paar Große, die sich mit ihnen in ihre Beute und ihren unrechtmäßigen Gewinn teilen, zu bereichern..." Prynne zeigt dann, wie man ohne die Juden den Handel verbessern könne[269]).
Mit dem Hinweis, daß mit Eindringen des jüdischen Geistes in die Welt der Antichrist gekommen sei, schließt Prynne seine genau mit Dokumenten belegten Ausführungen.

---

[267]) Prynne Bd. I S. 88/89.
[268]) Prynne Bd. I S. 89—99.
[269]) Prynne Bd. I S. 101.

Alles in allem ein Buch, das es verdient hat, als eines der ersten wissenschaftlich begründeten Werke im Kampf gegen die Juden aus der Versenkung gehoben zu werden. Es ist geradezu erstaunlich, wie Prynnes Voraussagen für die Entwicklung des jüdischen Systems zutreffen. Die Geschichte hat bewiesen, wie sich die Juden und ein kleiner Teil der Bevölkerung auf Kosten der breiten Masse bereichert haben.

Fortsetzung der Whitehall-Konferenz

Das Werk Prynnes hatte bei Erscheinen durchschlagenden Erfolg. Das Volk wurde an Hand der Tatsachen aufgerüttelt — zumal es auch schon vorher erheblich gegen die Juden eingestellt war —, wie die Sitzung vom 12. Dezember 1655 zeigt. Daß „der Saal gedrängt voll war von einer undisziplinierten Horde heftiger Judengegner, bewaffnet mit dem Buch von Prynne“ [270]), konnte weder aus den Überlieferungen festgestellt werden, noch dürfte dies mit den Tatsachen übereinstimmen.
Es spricht zwar vieles dafür, daß die Sitzung besonders erbittert gewesen ist, andrerseits hat Wolf [271]) aus den verschiedenen Überlieferungen einen Verlauf der Verhandlung konstruiert, dem keinesfalls beigetreten werden kann. Es lag ihm anscheinend daran, zu zeigen, daß Cromwell trotz heftigster Opposition das letzte Wort behielt und die Gegner nicht nur niederdonnerte, sondern auch logisch widerlegte. Auf jeden Fall ist eine verbriefte Darstellung über den Verlauf nicht vorhanden, und wir können daher nur einzelne Phasen daraus wiedergeben.
Vielleicht — Genaueres weiß man nicht — hat an diesem Tage auch der Freund Menassehs, Mr. Henry Jessy[272]), das Wort genommen. Es muß allen eine große Überraschung gewesen sein, daß auch er durchaus nicht für bedingungslose Ansiedlung der Juden eintrat. Vielmehr wollte er ihnen nur in bestimmten, zu dieser Zeit verfallenen Hafenstädten die Einwanderung gestatten. Außerdem sollten sie doppelte Zölle für Importe und sogar für Exporte zahlen[273]).
Anscheinend kamen auch die Kaufherren der City an diesem Tage zu Wort, die darlegten, daß durch die Einwanderung nur die Juden als Ausländer bereichert, auf der anderen Seite aber dadurch eine Verelendung der Massen eintreten würde[274]). Insbesondere hat offenbar Sir Christopher Pack, einer der einflußreichsten Kaufleute der City, wie kein anderer gegen die Juden gesprochen[275]).

[270]) Hyamson: History S. 160.
[271]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 51 ff.
[272]) Hyamson: History S. 160.
[273]) W.: Life and Death of Jessy S. 67/68.
[274]) Robert Burton S. 209/10, Harleian Miscellany Bd. VII S. 6—20.
[275]) Parliamentary Diary Bd. II S. 308/09.

Zweifellos hat auch Cromwell im Verlauf der Verhandlungen das Wort ergriffen und zunächst betont, daß er die Zulassung von keinen Bedingungen abhängig machen wolle. Andererseits wäre er sehr darauf bedacht, die Juden ins Land zu bringen, um sie zu bekehren, wozu England, weil man dort nur das wahre Christentum predigte, gerade besonders geeignet sei. Er hätte eigentlich erwartet, daß ihm die Geistlichkeit einen vernünftigen Rat erteilt hätte. Alsdann wandte sich Cromwell an die Kaufleute, die immer darauf hingewiesen hätten, daß die Juden ihnen zumindest einen Teil des in ihren Händen befindlichen Handels entziehen würden. Spence läßt dann den bei der Sitzung anwesenden Sir Paul Rycaut wie folgt weiterberichten:

„... Es ist wahr — sagt Cromwell —, sie (die Juden) sind die gemeinsten und verachtetsten aller Völker." Er beschimpfte dann die Juden recht herzhaft, und nachdem er alles Verächtliche und Niedrige über sie gesagt hatte, fuhr er fort: „Könnt ihr wirklich fürchten, daß diese gemeinen, verachteten Menschen imstande sind, die Vorherrschaft im Handel zu haben und mehr Ansehen zu genießen als die Kaufleute von England, die vornehmsten und höchstgeachteten der Welt? ...[276])."

Wolf hat diesen Teil der Rede wie folgt wiedergegeben[277]):

„... Er wandte sich dann zu den Kaufleuten und kam immer wieder sarkastisch auf die gegen die Juden erhobenen Anschuldigungen zurück. ‚Ihr sagt, sie seien die gemeinsten und verachtetsten aller Völker. Unterstellt, daß dem so sei — was würde dann aus Euren Befürchtungen? Könnt Ihr wirklich glauben, daß diese gemeinen, verachteten Menschen die Vorherrschaft haben könnten?...'" Dann folgt derselbe Text wie der oben von Spence wiedergegebene. Wolf gibt für seine Version den amtlichen Bericht in Harleian Miscellany, Robert Burton: Judaeorum Memorabilia und Spences Anecdotes an. Die ersten beiden Stellen schweigen indes völlig über diesen Teil der Rede Cromwells[278]), so daß Wolf seinen Text nur von Spence haben kann. Zwischen dessen wirklichem Text und der Wiedergabe Wolfs besteht aber ein großer Unterschied: während nach dem ersteren Cromwell selbst die Juden tatsächlich als ein sehr übles und verabscheuungswürdiges Volk bezeichnete, hat er sie nach der Fassung Wolfs nicht etwa von sich aus beschimpft, sondern lediglich die Ansicht der Kaufleute über die Juden für seine Beweisführung unterstellt.

Warum hat Wolf diese Abänderung, die Hyamson unverändert übernahm[279]), gemacht? War es ihm unangenehm, daß der von ihm als größter Judenfreund bezeichnete Cromwell so bittere Worte über die Hebräer fand?

---

[276]) Spence S. 78/79.
[277]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 53.
[278]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 621, Robert Burton S. 210.
[279]) Hyamson: History S. 161.

Nach der Darstellung von Spence hat Cromwell auch die Kaufleute vollkommen zum Schweigen gebracht, „und so war es ihm überlassen, den Juden einzuräumen, was er wollte."
Gemäß der offiziellen Fassung, die mit derjenigen Robert Burtons übereinstimmt, hat er seine Rede wie folgt beendet: „... er hoffe, nichts Hastiges und Übereiltes zu tun, und er bedürfe ausgiebig all ihrer Gebete, daß der Herr ihn leiten möge, wie es zu seinem Ruhm und zum Guten der Nation sei[280])."
Dies weicht demnach erheblich von der von Spence wiedergegebenen Fassung ab und zeigt, daß größte Vorsicht bezüglich der Zuverlässigkeit seiner Darstellung anzuwenden ist.
Heute ist es schwer zu ergründen, was im einzelnen nach dem 18. Dezember 1655 geschehen ist. Feststeht, daß „die Konferenz ohne weitere Vertagung endete"[281]). Die kurze Veröffentlichung fügt noch hinzu, Cromwell habe die Meinung seiner Minister gehört. Über das Resultat dieser Besprechung wird uns nichts mitgeteilt; wahrscheinlich ist auch darin kein Ergebnis erzielt worden[282]). Wir können uns der Ansicht von Wolf[283]) und Hyamson[284]) nicht anschließen, daß dem Staatsrat ein Vorschlag des Komitees unterbreitet wurde, wonach es sich unter gewissen Bedingungen mit der Zulassung der Juden einverstanden erklärte, denn nach den uns überlieferten Reden der einzelnen Abgeordneten sieht es nicht so aus, als ob sich eine Mehrheit hierfür gefunden hätte. Wolf beruft sich auf einen Bericht, der sich in noch erhaltenen Staatsdokumenten befindet. Es trifft zu, daß dieses Exemplar undatiert ist und keinen Eingangsvermerk trägt, mithin besteht aber auch keine Gewähr für die Richtigkeit des von M. A. Green vorgeschlagenen Datums vom 13. November 1655. Andererseits muß aber auch Wolf zugeben, daß sich nicht die geringste Erwähnung in dem „Order Book" des Staatsrates befindet, wie er an anderer Stelle das Datum dieses Dokuments selbst ebenfalls mit dem 13. November 1655 angibt[285]). Wir sind daher der Ansicht, daß Wolf unrecht hat und dieses Dokument aus der Zeit vor der Konferenz stammt[286]).
Cromwell hatte aus dem Verlauf der Verhandlungen erkannt, daß nach wie vor große Widerstände gegen eine Zulassung vorhanden waren. Die öffentliche Meinung, der sich selbst Cromwell bei seinen Entschlüssen nicht ganz entziehen konnte, war sogar erbittert gegen die Juden eingestellt. Die Folgen einer Zulassung wären nicht abzusehen gewesen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die sogenannte Whitehall-Konferenz ein völliger Fehlschlag

---

[280]) Harleian Miscellany Bd. VII S. 621, Robert Burton S. 210.
[281]) Mercurius Politicus Nr. 288 vom 18. Dember 1655.
[282]) Schreiben des Gesandten Salvetti vom 31. Dezember 1655 in Roth: „New Light" S. 130.
[283]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 56 ff.
[284]) Hyamson: History S. 162.
[285]) Wolf: Re-Settlement S. 11.
[286]) So auch Henriques: Return S. 54.

für die Juden war. Nichtsdestoweniger wurde diese Konferenz anläßlich der 250. Wiederkehr des Tages mit einem pompösen Bankett in London festlich begangen. Eine große Anzahl führender Männer waren hierzu erschienen, und die dort gehaltenen Reden gipfeln in den höchsten je gehörten Lobpreisungen auf die Juden[287]). Ein Abgeordneter des Parlaments scheute sich nicht, zum Ruhm der jüdischen Nation Brahms[288]) zum Volljuden und Goethe[289]) zum Teiljuden zu machen. Niemand, insbesondere kein Engländer, solle versäumen, sich die dort gehaltenen Reden anzusehen. Es führt hier leider zu weit, sie im einzelnen wiederzugeben, nur wollen wir uns einen kleinen Auszug aus der Rede des damaligen Grafen von Crewe nicht versagen.
Nachdem er dargelegt hat, daß er durch Heirat mit dem Hause Rothschild verschwägert und in alten Zeiten durch die Heirat eines Vorfahren mit einer Jüdin selbst jüdisches Blut in seinen Adern habe, fährt er fort: „... Vielen von Ihnen ist zweifellos bekannt, daß Bücher veröffentlicht werden, die auf die Abstammung gewisser Personen hierzulande von der königlichen Familie hinweisen. Ehrbare Bürger studieren diese Bände und stellen fest, daß sie Abkömmlinge eines Plantagenet- oder gar eines Tudorherrschers sind. Ihre Seligkeit über diese Entdeckung ist lediglich getrübt durch die Tatsache, daß Hunderte und Tausende sich derselben Auszeichnung rühmen können. Aber mein Vorschlag geht dahin: Jeder, der Muße und Neigung für Genealogie hat, sollte versuchen, die jüdische Abstammung der — wie ich sie bezeichnen möchte — adligen und nicht adligen Vornehmen dieses Landes festzustellen. Ohne ganz so weit zu gehen wie Mr. Lowell — denn man muß zugeben, daß es auch Leute von erträglichem Intellekt und gutem Charakter gibt, die kein jüdisches Blut in den Adern haben —, würde eine solche Nachforschung doch eine Offenbarung sein über das Ausmaß der Verbundenheit englischer Familien mit der jüdischen Rasse...[290])."
Worte eines britischen Adligen! Wir wollen ihnen nichts hinzufügen.

Wie bereits im einzelnen auseinandergesetzt, verließ der größte Teil der aus aller Welt zusammengeströmten Juden London nach der Konferenz in bitterer Enttäuschung. Menasseh Ben Israel hielt aus — wahrscheinlich andere Juden mit ihm.

---

[287]) Whitehall Conference in Trans. Jew. Hist. Soc. Bd. V S. 276 ff.
[288]) Whitehall Conference in Trans. Jew. Hist. Soc. Bd. V S. 284.
[289]) Whitehall Conference in Trans. Jew. Hist. Soc. Bd. V S. 285.
[290]) Whitehall Conference in Trans. Jew. Hist. Soc. Bd. V S. 293.

Der gesetzlich offene Weg, nämlich die Zulassung durch das Parlament, war gescheitert. Die Juden schlugen daher den ihnen nicht ungewohnten Pfad durch die Hintertür ein. In einem unter den Staatsdokumenten erhaltenen Brief vom 31. Dezember 1655 finden wir folgende Bestätigung: „Die Juden werden nach unseren Informationen durch Schiebung zugelassen werden, trotzdem sich die Öffentlichkeit widersetzt[291])." Auch die Mittel der Juden waren schon damals dieselben wie heute: man versuchte, auf dem Wege der Bestechung weiterzukommen. So schreibt Salvetti, der toskanische Gesandte, unter dem 31. Dezember 1655 an seine Regierung, daß die Juden ihr Bestes täten, ihre Gegner durch Bestechung auf ihre Seite zu ziehen und so mit „Hilfe des Goldes" ihr Ziel zu erreichen[292]).

Aber auch das weitere, so oft bei solchen Gelegenheiten gebrauchte Mittel, die Öffentlichkeit durch sogenannte aufklärende Schriften von der gerechten jüdischen Sache zu überzeugen, wurde angewandt. Insbesondere mußte man versuchen, Gegenschriften zu dem glänzenden Werk Prynnes zu haben. Anfang Januar 1656 erschien eine kleine Flugschrift von John Dury oder Durie, der sein Lebensziel in der Vereinigung aller protestantischen Staaten sah. Er reiste zu diesem Zweck überall umher und war nicht nur hierdurch, sondern auch durch seine Schriften ein in ganz Europa bekannter Mann[293]). Seine Schrift war an Samuel Hartlib gerichtet, der sich einen Namen wegen seiner Abhandlungen über Erziehungsfragen in England gemacht hatte und ein Freund Miltons war[294]). In diesem kleinen Werk stellte er sich auf den Standpunkt, daß die Zulassung der Juden nicht gegen die Gesetze Englands verstoße[295]). Eine Begründung hierfür gibt er allerdings nicht. Nichtsdestoweniger empfiehlt er dem Staat, sein Augenmerk auf die Nachteile zu richten, die „aus der habsüchtigen Praxis, dem beißenden Wucher und anderen Spitzfindigkeiten im Handel" durch die Juden hervorgerufen würden[296]). Wenn der Staat jedoch von vornherein hiergegen Maßnahmen treffe, sehe er keine Bedenken für die Ansiedlung der Juden — im Gegenteil, er begrüße sie. In einem solchen Fall bestände Aussicht auf ihre Bekehrung[297]). John Dury hat dann aber noch eine Nachschrift angefügt, wonach er anscheinend die Zulassung so sehr beschränkt haben will, daß sie den oben erwähnten Bedingungen der Geistlichkeit sehr nahekommt. Er erbietet sich in diesem Nachsatz, eine Abschrift der Judengesetze von Hessen zu übersenden, die

[291]) Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 82.
[292]) Roth: New Light S. 130.
[293]) Dictionary of National Biography Bd. VI S. 261.
[294]) Dictionary of National Biography Bd. IX S. 72.
[295]) Dury: Case S. 2.
[296]) Dury: Case S. 8.
[297]) Dury: Case S. 5.

bekanntlich sehr streng waren. Er bittet dann erneut, bei der Aufnahme sehr vorsichtig zu sein. „Menasseh Ben Israels Forderungen sind", so fährt er fort, „groß, und der Gebrauch, den sie (die Juden) aus Privilegien machen, spricht in Hessen und sonstwo nicht besonders für sie. Den Juden stehen ausgefallene Wege zur Verfügung, mit deren Hilfe sie den Staat unterminieren. Sie drängen sich schmeichelnd allmählich in die Behörden ein... Wenn man sie daher nicht in weiser Voraussicht in die ihnen gebührenden Schranken weist, werden sie in kurzer Zeit eine Plage...[298])."
Man sieht, John Dury hat in diesem Nachsatz vieles von dem, was er in seiner eigentlichen Schrift zugunsten der Juden gesagt hat, widerrufen.
Es erschien ein weiteres judenfreundliches Werk von Thomas Collier, das wahrscheinlich auf Veranlassung von Cromwell veröffentlicht wurde[299]).
In dem Vorwort bringt der Verfasser zum Ausdruck, daß Cromwell allein die Macht habe, den Juden zu helfen, und so widme er die nachfolgenden Zeilen dem Lord-Protektor[300]).
In seiner Einleitung gibt er zu erkennen, daß die Schrift als Widerlegung der gegen die Juden gerichteten Veröffentlichungen gedacht sei[301]).
Collier kann trotzdem nicht leugnen, daß die Juden allezeit ein unbotmäßiges Volk gewesen seien. Er gibt auch zu, daß sie sich des Wuchers befleißigen, nur solle man nicht zuviel Aufhebens davon machen, da ja auch schon andere Leute im Lande diesem Gewerbe nachgingen. Trotz dieses Nachteils brauche man sie in England zur Hebung des Handels. Gegen Wucher und die Gefahr des rituralen Kindesmordes müsse man von vornherein abschreckende Gesetze machen[302]). Das Volk sei zwar erheblich gegen die Hebräer aufgebracht — eine Folge der Verbreitung falscher Lehren[303]).
Man hätte ihnen auch in anderen protestantischen Ländern, wie z. B. Holland, ihre Freiheit gegeben, warum also nicht auch in England? [304]). „... wenn ihr Handel für einige reiche Kaufleute einen Verlust bedeute, gereiche er im allgemeinen zum Vorteil des Volkes: je mehr Güter ins Land kämen, desto reichlicher und billiger das Angebot[305])."
Obgleich die Juden auch Fehler hätten, seien sie dennoch Gottes Volk geblieben, der sie eines Tages zum Führer aller Nationen machen und diejenigen strafen würde, die sie schlecht behan-

[298]) Dury: Case S. 9.
[299]) Graetz: Geschichte der Juden Bd. X S. 109.
[300]) Collier, s. Vorwort.
[301]) Collier S. 3.
[302]) Collier S. 7/8.
[303]) Collier S. 9.
[304]) Collier S. 12.
[305]) Collier S. 13.

delten[306]). Man solle sie deshalb lieber nach England kommen lassen[307]).
Anscheinend hat aber auch dies Buch nicht vermocht, die Volksmeinung günstiger zu stimmen, zumal Prynne den zweiten Teil seines wissenschaftlichen Werkes im Februar 1656 herausbrachte. In seinem Vorwort weist er darauf hin, daß er durch die Aufnahme seines ersten Buches ermutigt worden sei, weitere Forschungen in alten Urkunden anzustellen und sie in einer zweiten Schrift zusammenzufassen. Dieser Abschnitt der Arbeit behandelt hauptsächlich die Zeit der Geschichte der Juden vor dem Jahre 1230. Prynne legt großen Wert auf die Feststellung, daß ihre derzeitige Verbannung durch öffentliches Gesetz des Parlaments erfolgt sei[308]). Zum Schluß fordert er dann die Öffentlichkeit auf, sich die betreffenden alten Urkunden im Tower anzusehen, die die von ihm mitgeteilten Tatsachen belegten und so seine Haltung gegen die Juden im allgemeinen rechtfertigten[309]). Dieser Hinweis ist insofern interessant, als er sich mit unserer Auffassung deckt, daß nur wissenschaftlich fundierte Aufklärungsschriften die jüdische Frage lösen helfen werden.
Ein anderes Buch ist Ende 1655 geschrieben, jedoch erst im Verlaufe des folgenden Jahres veröffentlicht[310]). Der Name des Autors ist unbekannt. Nach der wissenschaftlichen Begründung des Buches zu urteilen, muß es sich um eine gelehrte Persönlichkeit gehandelt haben. Auch hier finden sich wiederum Hinweise auf alte Urkunden und Schriften. Der zweite Teil beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Buch Menassehs: „The humble address", dem er vorwirft, sich nicht streng an die Wahrheit gehalten zu haben[311]). Es sei auch nicht entschieden, ob die Juden wirklich dadurch, daß sie das Einkommen des Staates durch Mehreinnahmen aus Zöllen erhöhten, den Nachteil wieder gutmachen könnten, den sie den einheimischen Kaufleuten durch ihren Handel zufügen würden[312]). Auch hält er es im Gegensatz zu Menasseh nicht für einen Vorteil, daß die Juden kein Heimatland besitzen, denn so schnell, wie sie aus Spanien ausgewandert seien, könnten sie auch England wieder verlassen[313]). Man solle auch nicht vergessen, daß ihre Treue gegenüber den angestammten Fürstenhäusern und Staatseinrichtungen nie sehr groß gewesen sei, im Gegenteil, überall hätten sie zur Empörung geneigt[314]).
Die Geschichte habe auch gelehrt, daß „die Juden sich alle Metzeleien ihnen gegenüber selbst zuschreiben müßten, weil durch ihr Betragen herausgefordert". Sie seien zunächst immer gut be-

[306]) Collier S. 16/17.
[307]) Collier S. 21 ff.
[308]) Prynne II. Teil S. 135 ff.
[309]) Prynne II. Teil S. 144.
[310]) Anglo-Judaeus S. 51/52.
[311]) Anglo-Judaeus Vorwort S. 32—35.
[312]) Anglo-Judaeus S. 35.
[313]) Anglo-Judaeus S. 36—39.
[314]) Anglo-Judaeus S. 39—44.

handelt worden, aber „die Gefahr bestände, daß sie mit dem betreffenden Lande nicht nur falsches Spiel treiben, sondern sogar Verbindungen mit dessen Feinden unterhalten würden, sofern ihr eigener Vorteil es erheische; es sei doch also viel besser, sie zu lassen, wo sie wären“ [315]).

Nach diesen Ausführungen sollte man erwarten, daß der Autor zu einer glatten Ablehnung der Juden kommt. Keineswegs! Man könne sie zulassen, wenn die Wohlfahrt der eigenen Volksgenossen gesichert sei. Bewährten sie sich, so sollten sie im Lande verbleiben, und er wünsche ihnen von sich aus alles Gute für ihr Wohlergehen[316]).

Wie war nun die Lage im allgemeinen, und wie verhielt sich insbesondere Cromwell in den der Whitehall-Konferenz folgenden Monaten? Wir sind hierüber eigentlich nur durch die Berichte des bereits erwähnten toskanischen Gesandten Valetti an seine Regierung autoritativ unterrichtet. Am 7. Januar schrieb er, die Juden hofften noch auf eine für sie günstige Entscheidung durch Cromwell. In einem Brief vom 28. Januar teilte er mit, der endgültige Entschluß Cromwells sei immer noch nicht bekannt. Inzwischen hielten die Juden ihre Religionsdienste in ihren Häusern ab. Diese letztere Bemerkung hat im übrigen bei einigen Historikern zu dem falschen Schluß geführt, ihnen sei bereits um diese Zeit freie Religionsausübung gestattet gewesen.

Salvetti erwähnt dann in seinen Mitteilungen vom 4. und 11. Februar, daß es recht still um die Judensache geworden sei und sie zunächst damit zufrieden wären, heimlich ihren Gebeten nachgehen zu können. Anscheinend wolle Cromwell sie gewähren lassen, solange daraus kein öffentlicher Skandal entstehe. Am 25. Februar erfahren wir dann von Salvetti, daß die Unterhandlungen beendet wären[317]).

So bleibt für alle Zeiten ungeklärt, was nach dem Zusammenbruch der Whitehall-Konferenz hinter den Kulissen vorging. Es wird sich auch wohl nie feststellen lassen, warum Cromwell von einem für die Juden günstigen Entscheid absah. War es die Opposition der Geistlichkeit und der Kaufmannschaft der City, oder gar der Unwille des Volkes, die selbst den allmächtigen Lord-Protektor davon abhielten? Vielleicht hat man sich auch nicht über den Preis einigen können, den die Juden für ihre Privilegien zahlen sollten. Am 24. Januar 1656 schreibt Colonel Whitley an Sir Edward Nicholas in Calais wie folgt: „Ich hätte beinahe vergessen, die Worte Cromwells zu erwähnen, es sei ein ungöttlich Ding, die Juden zuzulassen[318]).“

Dieser Hinweis Cromwells zeigt, daß er im Innern kaum ein Interesse für sie aufgebracht hat, sondern nur von dem Wunsch

---

[315]) Anglo-Judaeus S. 45—49.
[316]) Anglo-Judaeus S. 52.
[317]) Roth: New Light S. 131/32.
[318]) Nicholas Papers Bd. III S. 255.

beseelt gewesen zu sein scheint, die Juden so weit auszunutzen, als er sie für seine Politik brauchte.
Die Judenfrage sollte schnell wieder Mittelpunkt der innerpolitischen Ereignisse in England werden, denn das Aufflammen des Kampfes wurde durch den sogenannten „Gerichtsfall Robles" bereits im März 1656 entfacht.
Im Frühjahr 1656 war Krieg zwischen England und Spanien ausgebrochen. Der Privy-Council hatte den Beschluß verkündet, das Privateigentum aller Spanier in England zugunsten der Regierung zu beschlagnahmen[319]).
Ein gewisser Francis Knevett stand als Engländer den Juden schon seit längerer Zeit beratend zur Seite. Durch einen ungeklärten Zufall war er schon einige Tage vor der amtlichen Verkündung von dieser Entscheidung des Privy-Council unterrichtet. Er rief den Agenten des reichen spanischen Juden Don Antonio Rodrigues de Robles zu sich und eröffnete ihm sein Geheimnis: in seiner Überraschung offenbarte dieser, daß Robles und andere Juden Spanier seien; er erklärte auch, daß zwei gerade in London eingetroffene Schiffe mit reicher Ladung, obgleich unter seinem Namen registriert, tatsächlich Robles gehörten. Dies könne natürlich leicht herauskommen, besonders wenn man die Papiere beschlagnahmte. Der Schaden würde sehr groß sein, da Robles nicht nur weitere erhebliche Warenvorräte gelagert, sondern außerdem in seinem Hause vierzigtausend Golddukaten hätte. Mit anderen spanischen Juden beständen, so gab der Handelsagent namens Dunnington zu, ähnliche Abmachungen; das Inkrafttreten des Beschlusses müsse daher nicht nur die spanischen Juden, sondern auch ihn selbst ruinieren. In seiner großen Bestürzung gab er all seine Geheimnisse preis. Das Gespräch wurde von einer dritten Person überhört, die gleichzeitig Notizen von den Aussagen Dunningtons machte. Unmittelbar nach Veröffentlichung der oben erwähnten Entscheidung wurde das gesamte Vermögen von Robles einschließlich der beiden Schiffe mit Ladung von der Regierung beschlagnahmt[320]).
Robles richtete ein Gesuch an Cromwell, in dem er um Freigabe seines Vermögens bat. Er begründete es damit, daß er kein Spanier, sondern „Portugiese und jüdischer Nation" sei. Er mache darauf aufmerksam, daß er dem Staate durch seinen Handel große Summen an Zöllen habe zukommen lassen. Für seine Behauptung, er besitze die portugiesische Staatsangehörigkeit, berief er sich auf das Zeugnis eines seiner Angestellten.
Das Verfahren wurde eröffnet, und im Verlaufe desselben erklärte der Zeuge, er könne nicht lügen, — er wisse genau, Robles sei Spanier. Auf dessen Einwand, er habe doch eine Frau mit portugiesischer Staatsangehörigkeit geheiratet, antwortete der An-

[319]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 60.
[320]) Wolf: Crypto Jews S. 60/61, Henriques: Return S. 54/55, Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 227.

gestellte, „er erlange doch dadurch nicht für sich die portugiesische Nationalität". So hatte Robles den Beweis für seine Behauptung nicht führen und gleichzeitig weder die Anzeige Knevetts noch die Aussage der dritten Person widerlegen können, die das Geständnis Dunningtons überhört hatte[321]).

Die übrigen Juden begannen nun allmählich die Gefahr zu erkennen, in der Robles schwebte. Würde nämlich festgestellt, daß er die spanische Staatsangehörigkeit besaß und dadurch die Einziehung seines Vermögens rechtskräftig werden, mußten sie dasselbe Schicksal befürchten. Anscheinend waren sie bereit, ihren Rassegenossen mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie meldeten sich daher als Zeugen und wurden auch zugelassen. Wahrscheinlich — zum Leidwesen von Robles und seinen Freunden — bekundete aber nur ein Teil, daß er Portugiese sei. Auch Dunnington wurde vernommen und mußte zugeben, daß er früher von allen Seiten gehört habe, Robles sei Spanier. Infolgedessen habe er ihn nie für einen Portugiesen gehalten, wenngleich ihm in letzter Zeit gegenteilige Ansichten zu Ohren gekommen wären. Es treffe auch nicht zu, daß Robles viel Geld im Hause habe; vielmehr würde solches gegebenenfalls immer bei einem Goldschmied deponiert. Aus diesem letzten Teil der Aussage kann man ersehen, daß man anscheinend die zunächst von Dunnington erwähnten 40.000 Gold-Dukaten bei der Beschlagnahme nicht vorfand, so daß er insofern sein früheres Geständnis gegenüber Knevett widerrief. Robles wurde auch selbst vernommen und behauptete natürlich, er sei kein Spanier. Auf Vorhalt mußte er allerdings zugeben, daß er lange Zeit in Spanien und auf den Kanarischen Inseln, die bekanntlich spanischer Kolonialbesitz sind, gelebt hätte. Weiter konnte er nicht leugnen, mehrere Jahre im Dienste der spanischen Regierung gewesen zu sein. Endlich wurde von Zeugen bekundet, daß er in der spanischen Botschaft an Messen teilgenommen habe, da er sich ja bislang als Katholik ausgab[322]).

Ein unparteiischer Richter hätte nach dem Beweisverfahren feststellen müssen, daß Robles spanische Staatsangehörigkeit besaß und die Beschlagnahme des Vermögens zu Recht erfolgte. Zwar hatten einige Juden das Gegenteil bekundet, jedoch war bei Abwägung des Wertes ihrer Aussage nicht ihr Interesse zu verkennen, das die Wahrheit ihrer Bekundungen bezweifeln ließ. Aber abgesehen davon hatte Robles vor dem Verfahren allgemein als spanischer Staatsangehöriger gegolten, was auch Dunnington in seinem ersten Schrecken bestätigte. Außerdem wäre es nicht nötig gewesen, die gerade eingelaufenen Schiffe auf Namen des letzteren zu registrieren, wenn bezüglich der Staatsangehörigkeit von Robles keine Bedenken vorlagen. Ferner mußte Robles selbst zugeben, daß er lange Jahre im spanischen Gebiet gelebt, ja, daß er sogar im Dienst der spanischen Regierung gestanden habe. Endlich

[321]) Wolf: Crypto Jews S. 62/63.
[322]) Wolf: Crypto Jews S. 60—66, Menasseh Ben Israel S. 60—65, Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 227, 247, 274, 294, 316.

lagen noch die positiven Aussagen einiger Zeugen vor, daß er spanischer Staatsangehöriger sei, so daß nicht die geringsten Zweifel herrschen konnten, daß Robles, was auch anscheinend von Wolf[323]) nicht bestritten wird, dem spanischen Staatenverband angehörte.

Nach alledem wäre wohl ein entsprechendes Urteil zu erwarten gewesen. Das Seeamt, das mit dieser Aufgabe betraut war, verkündete jedoch, es könne nicht feststellen, ob „Robles Spanier oder Portugiese sei" [324]). Der Privy-Council hatte also zu entscheiden, ob die Einziehung des Vermögens aufrechtzuerhalten war oder nicht. Sein Beschluß vom 16. Mai 1656 lautete auf Aufhebung der Beschlagnahme. Irgendein Grund wurde hierfür nicht gegeben[325]). Es dürfte, wie der jüdische Schriftsteller Graetz[326]) glaubt, kein Zweifel bestehen, daß Cromwell die Entscheidung herbeigeführt hat.

Wir fragen uns, ob auch hier wieder, wie oben in der allgemeinen Behandlung der Judenfrage, die Haltung Cromwells von dem Geldangebot der Juden abhängig gewesen ist. Bejahen wir dies, so dürfte in diesem Fall die Summe groß genug gewesen sein, ihn zu einer für die Juden günstigen Entscheidung zu veranlassen. Wie dem auch sei, es muß doch ein Grund für das Resultat vorhanden gewesen sein, welcher das Tageslicht zu scheuen hatte. Sonst hätte man ihn angegeben, zumal die ganze Sach- und Rechtslage für ein entgegengesetztes Urteil sprach.

Es dürfte interessieren, welchen Anteil Menasseh Ben Israel an dieser Affäre genommen und welche Tätigkeit er in der Zwischenzeit entfaltet hat.

Der 23. März 1656 dürfte für ihn nach all den vielen Mißerfolgen einmal ein Glückstag gewesen sein, denn wir finden in den Staatsdokumenten eine Eintragung, nach der er von Cromwell „eine Pension von £ 100 im Jahr erhielt, zahlbar vierteljährlich und beginnend am 20. Februar 1656..." [327]).

Man sieht, Cromwell war nicht kleinlich. Immerhin ist es ja für unsere Begriffe eigenartig, daß ein Staatsoberhaupt einem Ausländer in solcher Situation eine Pension zugestand. Dies ist um so verwunderlicher, als Menasseh Ben Israel nicht einmal Erfolge hatte und seine Tätigkeit vom englischen Volk — dem das Geld gehörte — nicht gebilligt wurde.

Im Verlauf der Verhandlungen in dem Robles-Fall war Menasseh auch einmal aktiv hervorgetreten. In einem Bittgesuch an Cromwell vom 24. März 1656 hat er neben anderen Juden als erster seine Unterschrift abgegeben[328]). Seine Wünsche hatte er im Gegensatz zu früher bereits erheblich zurückgeschraubt. Er bat nur noch

---

[323]) Wolf: Status of the Jews S. 178.
[324]) Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 325.
[325]) Wolf: Crypto Jews S. 66, 86, Menasseh Ben Israel S. 66.
[326]) Graetz Bd. V S. 117.
[327]) Fifth Report of the Deputy Keeper, Anhang II S. 263.
[328]) Wolf: Crypto Jews S. 76.

um die schriftliche Erlaubnis, daß die Juden sich in ihren Häusern privat zur Abhaltung ihres Gottesdienstes zusammenfinden und einen eigenen Begräbnisplatz haben dürften[329]). Cromwell gab das Gesuch zur weiteren Erledigung an den Privy Council weiter, der jedoch nicht einmal darauf geantwortet, geschweige denn dem Wunsche der Juden entsprochen hat[330]).

Aus der Fassung des Bittgesuchs läßt sich folgern, daß Cromwell wahrscheinlich von sich aus den Juden mündlich das Recht auf private Religionsausübung zugestanden hatte, denn die Petition beginnt damit, daß sich die Juden für diese Erlaubnis bedanken, jedoch um ausdrückliche schriftliche Bestätigung bitten. Diese ist offenbar niemals erfolgt. Abgesehen davon, ob die mündliche Zusicherung Cromwells nach der Verfassung Englands rechtswirksam war, dürfte es zweifelhaft sein, ob selbst im Bejahungsfalle nicht das mündliche Versprechen durch die Verweigerung der schriftlichen Bestätigung als widerrufen anzusehen ist.

Menasseh hat zur Unterstützung seines Gesuches und zur Umstimmung der Volksmeinung am 10. April 1656 eine weitere Schrift zur Darlegung und Unterstützung seiner Bemühungen veröffentlicht[331]). Das Buch ist in Form eines Briefes gehalten und an eine Persönlichkeit gerichtet, deren Namen Menasseh nicht nennt. Aus dem Vorwort ergibt sich, daß diese Persönlichkeit sich vorher in einem Brief an ihn gewandt und ihn zu diesem Schritt aufgefordert hat. Man vermutet wohl nicht zu Unrecht, daß die Aufklärungsschrift von Prynne einen tiefen Eindruck in England hervorrief, wenn die Juden und ihre Freunde eine öffentliche Antwort darauf für erforderlich hielten.

Im ersten Abschnitt seines Buches verbreitet sich Menasseh eingehend über die Behauptung, daß die Juden an ihren Feiertagen Kinder von Christen töten. „Er könne nur über solch unglaubliche Anklagen bitterlich weinen." Tatsächlich sei den Juden das Töten nicht nur durch die Religionsgesetze verboten, sondern es gäbe auch kein Volk auf der Erde, das milder sei als sie, die derartige Taten verabscheuten. Die in der Vergangenheit von verschiedenen Schriftstellern und Quellen angegebenen Vorfälle seien entweder erfunden oder aber falsche Beschuldigungen von Christen, um deren Morde auf die armen Juden abzuwälzen[332]).

In den nächsten drei Teilen gibt er dann Erläuterungen bezüglich der Zeremonien in der Synagoge und der jüdischen Religion im allgemeinen[333]).

Auch sei es nicht richtig, so macht er im 5. Kapitel klar, daß die Juden sich bemühten, Christen zu ihrer Religion zu bekehren[334]). Menasseh sieht auch keinen Nachteil darin, daß sich jüdische Kauf-

---

[329]) Domestic State Papers Bd. 1655/56 S. 237.
[330]) Henriques: Return S. 44, 61.
[331]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 63, 64.
[332]) Menasseh Ben Israel: Vindiciae Judaeorum S. 2—16.
[333]) Menasseh Ben Israel: Vindiciae Judaeorum S. 16—31.
[334]) Menasseh Ben Israel: Vindiciae Judaeorum S. 31/32.

leute in England breitmachten. Der Staat würde vielmehr eine erhöhte Einnahme an Zöllen haben, die Preise der Waren müßten heruntergehen. Den Handwerkern eröffneten sich Vorteile, da die Juden selbst keine besäßen, und durch ihre Weltverbindungen wollten sie den Namen derjenigen Nation überall loben, die sie gut behandelte[335]).

Auf keinen Fall seien unter den Juden mehr Betrüger, als unter anderen Nationen. Vielmehr verlange das Alte Testament und der Talmud, daß der Jude nicht betrüge, stehle oder raube[336]). Die von Prynne belegte allgemeine Bestrafung der Juden unter Eduard I. sei nur aus Haß geschehen und völlig unbegründet gewesen.

Menasseh beschließt seine Ausführungen damit, daß er nach wie vor Hoffnung auf die allgemeine Verstreuung der Juden in der Welt — demnach auch auf Zulassung in England mit allen für die Juden günstigen Konsequenzen — hege. Er legt nochmals die Gründe seines Kommens dar und weist darauf hin, daß die freundliche Haltung Cromwells und die Aufforderung der Juden Europas ihn zu dieser Reise ermutigt hätten[337]).

Wenn auch Graetz[338]) meint, daß das Buch einen guten Eindruck in England hervorgerufen habe — was wir bezüglich Juden und Judenfreunden nicht bestreiten wollen —, so war Menasseh doch nicht imstande, einen Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Juden herbeizuführen. Auch Cromwell wagte infolgedessen nicht offen, etwas für sie zu unternehmen. Menasseh brach über diesen Mißerfolg seiner Mission zusammen, hielt jedoch bis ins Jahr 1657 in London aus. Erst als sein ihn begleitender Sohn im September desselben Jahres starb, verlor er den letzten Mut und ging unter Mitnahme des Leichnams seines Sohnes nach Holland zurück, wo er ihm nach einigen Monaten im Alter von 53 Jahren folgte[339]).

Viel ist darüber geschrieben worden, daß den Juden im Februar 1657 eine Begräbnisstätte, wahrscheinlich durch das persönliche Eingreifen Cromwells, zugestanden worden sei. Es ist auch hier vor allem Wolf[340]), der mit dieser Behauptung hervorgetreten ist. Man stützt sich hierbei auf zwei Urkunden aus den Jahren 1657 und 1670. Erstere ist verlorengegangen, und man weiß nur deshalb von ihrer Existenz, weil die Urkunde des Jahres 1670 darauf Bezug nimmt. Sie erwähnt nämlich, daß das für die Pacht in Frage kommende Land bereits vor 14 Jahren an Fernandez Carvajal und Simon de Caceres gegeben worden sei. Henriques[341]) setzt mit Recht auseinander, daß es sich wahrscheinlich nur um die Verpachtung eines Privatgartens gehandelt habe, da urkundlich nichts

[335]) Menasseh Ben Israel: Vindiciae Judaeorum S. 33.
[336]) Menasseh Ben Israel: Vindiciae Judaeorum S. 34—37.
[337]) Menasseh Ben Israel: Vindiciae Judaeorum S. 37 ff.
[338]) Graetz: Geschichte Bd. X S. 112.
[339]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 68 ff., Hyamson: History S. 166.
[340]) Wolf: Re-Settlement S. 12, Menasseh Ben Israel S. 57, Hyamson: History S. 166, Dr. Adler: Homage S. 38.
[341]) Henriques: Return S. 62.

für die Theorie von Wolf spräche. Vielmehr müsse die Tatsache, daß Menasseh im September 1657 seinen Sohn nach Holland überführt habe, für seine Meinung sprechen, die er noch ausführlich mit weiteren Einzelheiten begründet. Da für uns diese Streitfrage von untergeordneter Bedeutung ist, können wir es bei den obigen Ausführungen bewenden lassen, denn selbst wenn man den Juden einen Begräbnisplatz zugestanden hätte, würde sich dadurch nichts an ihrer allgemeinen rechtlichen Lage ändern. Diese Tatsache scheint vielmehr für unsere Ansicht zu sprechen, daß Cromwell die Juden allgemein tolerierte[342]).

Eine weitere hauptsächlich von Wolf[343]) vertretene Theorie geht dahin, daß Cromwell den Juden im Jahre 1658 allgemeinen Schutz zugesagt habe, was daraus hervorginge, daß John Sadler von ihm ermächtigt worden sei, den Juden den Bau einer Synagoge zu gestatten. Man stützt sich hierbei auf eine Biographie, die von dem Enkel Sadlers im Jahre 1738 geschrieben ist. Henriques[344]) hat auch hierzu Stellung genommen und nachgewiesen, daß diese Bemerkung unter verschiedenen Gesichtspunkten nicht richtig sein kann. Unter eingehender Begründung legt er dar, daß die von Wolf angezogenen Stellen einer sorgfältigen Nachprüfung nicht standhalten[345]). Aber auch diese Streitfrage dürfte nicht von besonderer Wichtigkeit sein. Selbst wenn diese Zusicherung von Cromwell gegeben sein sollte, ist sie nicht als rechtsbindende Erklärung für die Zukunft anzusehen, sondern nur als weiterer Ausdruck seiner Tolerierungspolitik. Hiermit müssen wir uns noch einmal kurz beschäftigen:

Wir haben oben erfahren, warum Cromwell die Juden soweit wie möglich begünstigte und daß selbst er nur insoweit Privilegien gewähren konnte, als Parlament und Privy-Council diese guthießen. Bei Berufung Menassehs nach England im Jahre 1655 war er sicherlich willens, den Juden die zur Legalisierung ihres Aufenthalts notwendige Genehmigung zu verschaffen, aber selbst der allmächtige Cromwell mußte sich dem Volkswillen beugen. Nach der Whitehall-Konferenz hatte er eingesehen, daß sich seine Pläne nicht verwirklichen ließen. Er vermochte lediglich seinen Einfluß geltend zu machen, und zwar nur insofern, als die von ihm für besondere Zwecke erwünschten Juden im Lande geduldet wurden. Unzweifelhaft war ihnen bei den damaligen Gesetzen Englands nicht erlaubt, öffentlich ihren Gottesdienst abzuhalten; sie waren also in England geduldet, ohne irgendwelche Rechte zu haben. Sie mußten stets gewärtig sein, bei einem Umschwung in den politischen Verhältnissen, insbesondere beim Aufhören des Einflusses von Cromwell, des Landes verwiesen zu werden.

---

[342]) Henriques: Return S. 65/66.
[343]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 57, Status S. 180, Re-Settlement S. 12, Hyamson: History S. 163 ff.
[344]) Henriques: Return S. 59/60.
[345]) Henriques: Return S. 49—51.

Es ist in der Geschichtsforschung unbestritten, daß England von der Mitte des 17. Jahrhunderts ab seine soziale Struktur und geistige Einstellung ganz entschieden in die Richtung eines Geschäftsvolkes lenkte[346]). Der bekannte Schriftsteller A. M. Ludovici[347]) nennt diese Periode den Anfang von „Habsucht und Gier, Handel und sogenannter Freiheit eines unkontrollierten Kapitalismus sowie skrupelloser Ausbeutung". In überzeugender Weise hat er dargelegt, daß der Kampf zwischen den Republikanern unter Cromwell und König Karl I. nicht so sehr durch Religionsfragen als durch die Verschiedenheit der Meinung auf wirtschaftlichem Gebiet lag. Karl I. stellte sich der aufkommenden, von den Puritanern vertretenen Geldmacht im Lande, die rücksichtslos die Bevölkerung zugunsten enormer Gewinne ausnutzen wollte, mit aller Macht entgegen. Ja er hat sogar dies Eintreten für die Wohlfahrt seiner Untertanen mit dem Tode besiegelt[348]).
Es dürfte auch außer Frage stehen, daß der gesamte Umschwung der Auffassung und Lebenshaltung des englischen Volkes zu einem großen Teil durch den Puritanismus verursacht worden ist.
Ein anderer Faktor, soweit er nicht von vielen übersehen wird, ist ebenfalls unbestritten: Der Einfluß der Juden in England. Das hervorstechendste Merkmal des Unterschiedes zwischen der Geschichte der Juden auf dem Festland und in England ist, daß die Juden in letzterem Falle bei ihrer Rückwanderung niemals in Ghettos gelebt haben. Sie hielten sich vielmehr unbehindert unter der Bevölkerung auf und gebrauchten ihren Einfluß in der allgemein bekannten Art. Die Juden in England um die Mitte des 17. Jahrhunderts befanden sich in ihrer Entwicklung also dort, wo ihre Rassegenossen auf dem Kontinent am Anfang bzw. in der Mitte des 19. Jahrhunderts standen: Ein ungeheuer wichtiger Umstand, der von Historikern, die nicht in unserem Sinne zu denken und forschen gewohnt sind, entweder nicht beachtet oder bewußt vernachlässigt wird.
Ohne näher darauf einzugehen, warum die Juden in England an dem Umschwung des Lebens und des Charakters in erheblichem Maße beteiligt waren, findet man zum mindesten bisweilen die Tatsache als solche von einigen Historikern erwähnt. G. Clark weist darauf hin, daß die Juden insofern an der erwähnten Entwicklung im 17. Jahrhundert Anteil hatten, als sie beträchtlichen Einfluß auf Handel, Bank- und Versicherungswesen besaßen[349]). In welchem Ausmaße die Juden bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts an der Wirtschaft in England interessiert waren, ergibt eine Schrift aus dem Jahre 1753[350]).
Der Umschwung in England im 17. Jahrhundert ist daher hauptsächlich auf das Puritaner- und Judentum zurückzuführen. Beide

[346]) Um nur einen zu nennen: Clark: Later Stuarts Bd. 1660—1714 S. 35.
[347]) Ludovici: Defence of Aristocracy S. 235/36.
[348]) Ludovici: Defence of Aristocracy S. 31 ff.
[349]) Clark Bd. 1660—1714 S. 35.
[350]) Further Considerations S. 31 ff.

haben vieles gemeinsam und haben daher einander ergänzt. Ludovici hat in seinem genannten Buch dargelegt, wie der Puritanismus zwar zum Aufstieg des Handels, jedoch auch gleichzeitig zur rücksichtslosen Ausbeutung des Volkes geführt habe, wie es auch allezeit dem von den Juden angewandten System eigen ist.
Bezüglich der Ansichten über die Entwicklung der Dinge vom 17. Jahrhundert bis zum heutigen Tage bestehen einschneidende Unterschiede. Die Mehrzahl von Historikern, Wirtschaftsführern und Politikern in England sieht diese Entwicklung als eine segensreiche an. Sie vertritt den Standpunkt, daß durch dieses kapitalistische System das englische Imperium, das größte aller Zeiten, gebaut worden sei. Selbst wenn wir ihrem Standpunkt zustimmten, scheint diese Kategorie zu sehr auf die letzten 200 Jahre zu sehen, — eine kurze Zeitspanne im Leben eines Volkes! Die Frage wird vielmehr sein: Wie wird sich dieses System in Zukunft auf die Gestaltung des englischen Volkes auswirken? Aber auch dieses sind wieder nur Vermutungen, von denen wir uns hier so weit wie irgend möglich fernhalten möchten. Wir wollen lieber die Frage aufwerfen: War dieses System bis auf den heutigen Tag für England segensreich, oder hat es auch bereits Nachteile gezeitigt, die vielleicht einmal in Zukunft die Vorteile überwiegen werden? Diese Frage können wir aber nur einwandfrei beantworten, wenn wir uns mit den Tatsachen der Gegenwart beschäftigen.

III. TEIL

1658—1714: Königliche Beschützer der Juden

Juden verbünden sich mit den Royalisten

Oliver Cromwell starb am 3. September 1658, und sein Sohn Richard wurde noch im selben Monat als sein Nachfolger eingesetzt.

Sofort regten sich wieder judenfeindliche Kräfte im Volk, und bereits nach wenigen Wochen richtete ein gewisser Richard Baker eine ausführliche Bittschrift an Richard Cromwell[1]). Wahrscheinlich dürfte die City von London hinter dieser Petition gestanden haben, da sie hauptsächlich das Zurückgehen des englischen Handels wegen der jüdischen Konkurrenz darlegte. Zugegeben, daß sich der Krieg mit Spanien fühlbar machte, seien es doch vor allem die blutsaugenden Juden und andere Fremde, die die Ausfuhr einheimischer Ware unterdrückten, die ausländische Güter aller Art importierten und die dafür erhaltenen Beträge in wertvollem englischen Metallgeld ins Ausland verbrächten. — Die Juden in allen Teilen der Welt hätten ein Komplott geschmiedet, englischen Reedern ihre Bedingungen zu diktieren. Weigerten sich diese, die ihnen gebotenen unverhältnismäßig niedrigen Frachtraten anzunehmen, müßten die Schiffe oft in Ballast zurückkehren. Kein Zweifel, daß die englische Schiffahrt dadurch ihrem Ruin ausgeliefert sei ...[2]).

Baker machte verschiedene Vorschläge zur Hebung des Handels, deren neunter wie folgt lautet:

„Die Juden auszustoßen oder zu verbannen und sofort eine genaue Aufstellung über den Wert der von ihnen ausgeführten einheimischen Waren zu machen, ferner festzustellen, wie hoch sich der Wert der von ihnen eingeführten Güter beliefe. Es sei nur recht und billig, den gesamten überschießenden Betrag an den Staat zu zahlen, um sie dafür zu bestrafen, daß sie den Wohlstand des Volkes an sich gerissen haben ...[3])."

Irgendwelcher Erfolg war dem Gesuch nicht beschieden, Baker hat, soweit festzustellen ist, nicht einmal eine Antwort erhalten, was

[1]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 71, Hyamson: History S. 167.
[2]) Baker S. 15/16.
[3]) Baker S. 17.

hauptsächlich auf die allgemeinen unsicheren politischen Verhältnisse nach dem Tode Oliver Cromwells zurückzuführen sein dürfte. Die unklare Lage endete auch noch nicht mit der Abdankung Richard Cromwells Ende April 1659. Immerhin war nun der Weg für die Rückkehr Karls II. frei.

Wir wollen kurz beleuchten, welche Haltung die Juden nach der Whitehall-Konferenz gegenüber den mehr und mehr einsetzenden royalistischen Bestrebungen in England einnahmen.

Bereits im Jahre 1655 können wir feststellen, daß sich führende Kreise der Königspartei für die Juden interessieren. In dem schon erwähnten Brief Sir Marmaduke Langdales an Sir Edward Nicholas, den Sekretär des im Exil lebenden Königs Karl II., vom 20. September 1655 heißt es u. a.: „... Was den die Juden betreffenden Punkt in Mr. Overtons Brief anbelangt, so ergab sich dieser aus einer Unterhaltung, die ich mit Mr. Brokes darüber hatte. Er schien sie sehr zu begünstigen und als notwendig für das Königreich zu betrachten. ... Ich bat Mr. Overton, die Absichten der Juden durch einen Angehörigen ihrer Rasse in Holland vorbringen zu lassen. Zu meinem allergrößten Bedauern stehen sie zur Zeit auf seiten Cromwells. Die Juden sind in der ganzen Welt zahlreich und die großen Herren des Geldes. Wenn Seine Majestät sie entweder gewinnen oder wenigstens von Cromwell ablenken könnte, so wäre das ein sehr großer Erfolg ...[4])."

Es geht hieraus einwandfrei hervor, daß die Royalisten in Holland bei den dort ansässigen Juden die Fühler für eine Annäherung ausgestreckt hatten. Die Royalisten konnten keinen Erfolg haben, da gerade zu dieser Zeit das Weltjudentum Menasseh nach London zu senden beabsichtigte und seine ganze Hoffnung auf eine Einigung mit Cromwell setzte.

Ganz anders sah jedoch die Situation nach einigen Monaten aus, nachdem die Verhandlungen der Juden schon im Februar 1656 als gescheitert gelten mußten. Es war ihnen klargeworden, daß selbst der allmächtige Cromwell ihnen nicht die notwendige Zustimmung des Parlaments zu einer Ansiedlung in England verschaffen konnte. Sie wechselten daher innerhalb kurzer Zeit die Front und stellten sich den Royalisten zur Verfügung. Wie sich aus einer Vollmacht Karls II. vom 24. September 1656 an General Middleton ergibt, war die Königspartei zu dieser Zeit bereits geneigt, mit den Juden bindende Abmachungen für eine Zusammenarbeit zu treffen. Diese Urkunde ist in jeder Hinsicht so interessant, daß wir sie nachfolgend wiedergeben möchten:

„Charles huldvollst ... unserem treuen und geliebten Diener Generalleutnant John Middleton ...:

... Sie haben Uns vorgetragen, daß einige führende, in Amsterdam ansässige Angehörige der hebräischen Nation Ihnen gegenüber ihre große Zuneigung für Unsere Sache zum Ausdruck brachten und Ihnen versicherten, daß das kürzlich von verschiedenen

[4]) Nicholas Papers Bd. III S. 51.

Mitgliedern ihrer Nation an Cromwell gemachte Angebot ohne ihre Zustimmung erfolgte und außerordentlich von ihnen verworfen wird. Sie gaben Uns weiter bekannt, daß diese Persönlichkeiten Uns mit allen Mitteln ihren guten Willen beweisen möchten und Unsere Wiedereinsetzung wünschen. Wir beauftragen Sie daher hierdurch, ihnen mitzuteilen, wie huldvoll Wir ihre Bekenntnisse aufnehmen und wie weit Wir davon entfernt sind, ein Vorurteil gegen sie zu haben oder sie etwa als Feinde zu betrachten. Wir sind gern bereit, irgendwelche Beweise ihrer Zuneigung entgegenzunehmen, die Uns in besseren Zeiten Veranlassung geben könnten, ihre Hilfe anzuerkennen und Unsere Entschlüsse zu ihren Gunsten zu verkünden. Wir geben Ihnen hiermit jegliche Vollmacht, mit denjenigen führenden Leuten dieser Nation zu verhandeln, denen man hinsichtlich ihrer Interessen und Diskretion in einer Angelegenheit von solcher Bedeutung trauen kann. Wir ermächtigen Sie weiter, ihnen die Versicherung zu geben, daß Wir ihnen allen Schutz angedeihen lassen werden, den sie vernünftigerweise von uns erwarten können, wenn Uns Gott in Unsere Macht und Unser angestammtes Recht wieder einsetzt, sofern sie unter den obwaltenden Umständen bereit sind, Uns durch Hergabe von Geld, Waffen oder Munition den Dienst zu leisten, mit dem Wir sie betrauen.

Wir sind auch bereit, die in Unsern verschiedenen Dominions gegen sie bestehenden harten Gesetze abzuschaffen. Weiter belieben Sie ihnen zu sagen, daß Uns die beträchtliche Verpflichtung des Dankes, die sie Uns durch ihre Hilfe in Unsern Schwierigkeiten — vorausgesetzt, daß sie Unsere Angelegenheit wegen Unserer Verbindung mit Spanien als hoffnungsvoll ansehen — auferlegen würden, nicht nur huldvoll ihnen gegenüber stimmen und Uns bereitfinden wird, sie zu beschützen, sondern ihnen auch die moralische Gewähr sein soll, daß Wir imstande sein werden, durchzusetzen, was Uns beliebt, sobald Wir rechtmäßig veröffentlichen und erklären können, wie sehr Wir ihnen verpflichtet sind und in welchem Maße sie zu Unserer Wiedereinsetzung beigetragen haben. Alle Uns Wohlgesinnten werden das zweifellos gebührend zu werten wissen. Gleichermaßen geben Wir Ihnen alle Vollmachten, jegliche Summen Geldes, Waffen und Munition entgegenzunehmen, die man bereit ist, Ihnen zu überlassen. Die von Ihnen gegebene Empfangsbestätigung soll Uns zur Rückzahlung verpflichten, sobald Wir dazu in der Lage sind, und zwar in derselben Weise, als ob Aushändigung an Uns selbst erfolgt wäre. Für alles, was Sie in Ausübung dieses Auftrags tun, soll dies Ihre Vollmacht sein.

Gegeben in Brügge, den 24. September 1656[5])."

Die Juden versprachen also Geld, Waffen und Munition, mithin Mittel, die eine große Rolle zur Durchführung eines Krieges spielen. Sie gaben dies auf einen Wechsel, gezogen auf die un-

[5]) Firth S. 342/43.

gewisse Zukunft Karls II. Denn nur im Falle seiner Rückkehr nach England sollte er das Geld zurückzahlen und dafür dann die Juden beschützen. Für beide Teile ein gutes Geschäft, für letztere jedoch ein großes Risiko und nur ein Erfolg bei gutem Ausgang. Die Tatsache, daß sie diese Unsicherheit in Kauf nahmen, zeigt ihr ungeheures Interesse, den Schwerpunkt ihrer Weltpolitik nach London zu verlegen.

Wolf[6]) hat sich gegen die öfter vertretene Ansicht gewandt, die Hebräer hätten sowohl mit Cromwell als auch mit seinem Widersacher Karl II. gemauschelt. Zur Begründung hierfür hat er sich darauf berufen, daß die Juden in Holland, mit denen Karl verhandelte, immer auf seiten der Royalisten waren, die nie etwas mit den Puritanern hätten zu tun haben wollen, während sich ihre Rassegenossen in England, wie z. B. Carvajal und de Caceres, nach wie vor zu Cromwell bekannten, mit Ausnahme von da Costa und Coronell, die stets Karl II. unterstützten. Man kann Wolf hierin auf keinen Fall folgen.

Unzweifelhaft hat Karl II. bzw. General Middleton mit den Juden in Amsterdam verhandelt. Wir haben aber oben gesehen, daß das Weltjudentum unter Führung der jüdischen Kolonie in Amsterdam Menasseh nach London zu Verhandlungen mit Cromwell entsandte. Daß unter den Juden in Amsterdam vor seiner Abreise verschiedene Ansichten herrschten, ist durch nichts bewiesen. Im Gegenteil, wir haben oben selbst von Menasseh gehört, daß die jüdische Gemeinde die englischen Abgesandten mit großem Pomp in ihrer Synagoge empfangen hätte. Selbst wenn einige Juden vorgaben, mit der Mission Menassehs nicht einverstanden zu sein, wird dies wohl lediglich zur Wahrung des Gesichts nach beiden Seiten gedient haben. Tatsächlich dürfte kein Unterschied zwischen den Lagern der Juden bestehen, die sich im Herbst 1655 an Cromwell wandten, und jenen, die im nächsten Jahr mit Karl II. zu einer Einigung gelangten.

Zwar handelt es sich nach außen hin bei den führenden Hebräern, die auf seiten Cromwells bzw. Karls II. standen, um verschiedene Personen, jedoch tauchen von vornherein mit Rücksicht auf das in aller Welt bekannte Zusammenhalten der Juden Bedenken auf, ob nicht da Costa und Coronel mit Carvajal und de Caceres zusammengearbeitet haben. Diese Vermutung wird zur Gewißheit, wenn man bedenkt, daß die Familien da Costa und Mendes so nahe miteinander verwandt sind, daß sie manchmal identifiziert werden[7]). Die Familie Mendes, die Rothschilds des 17. Jahrhunderts, war aber wiederum, wie oben gezeigt, in enger Zusammenarbeit mit Carvajal und Caceres zugunsten von Cromwell[8]). Es gehört bei diesem Sachverhalt doch vieles dazu, uns glauben machen zu wollen, daß so verwandte und geschäftlich miteinander verbundene

[6]) Wolf: Menasseh Ben Israel S. 73/74.
[7]) Jewish Encyclopedia Bd. IV S. 288, ähnlich auch Wolf: Crypto Jews S. 72.
[8]) Wolf: Crypto Jews S. 72.

Juden in politischer Hinsicht völlig verschiedene Wege gegangen sind, zumal die Ziele beider Bestrebungen die gleichen waren: Zulassung in England.
Dieselben Feststellungen und Schlußfolgerungen sind für Coronell, oder, um ihn mit seinem vollen Namen zu nennen, Coronell Chacon, zu treffen, der früher ein Angestellter Carvajals[9]) und ebenfalls ein Verwandter der Mendesfamilie[10]) war. Alle diese durch Urkunden bewiesenen Tatsachen dürften einwandfrei belegen, daß die Hebräer zwei Eisen im Feuer hatten, um sich nach jeder Seite zu sichern.
Sie verteilten gemäß ihrer Abmachung mit Karl II. Gelder zur Förderung der Königspartei und taten auch sonst alles, um deren Sache zu dienen. Coronell war eng mit General Monk befreundet, der sich am eifrigsten für die Wiedereinsetzung Karls II. bemühte[11]). War es also auch hier jüdisches Geld, das Monk zu seiner Haltung veranlaßte? Wir können es nicht mehr beweisen, sondern nur durch seine Verbindung mit den Juden und deren bekanntes Gebaren in solchen Dingen vermuten.
So finden wir auch in diesem Zeitabschnitt der englischen Geschichte den so oft gerügten Frontwechsel der Juden in Dingen, in denen sie etwas für sich erreichen wollen. Aber was wir gerade gehört haben, dürfte auch für die damalige Zeit nicht neu sein. Als sie durch ein Gesetz König Jakobs I. des Landes verwiesen wurden, finden wir sie bereits im Jahre 1643 auf seiten der Republikaner in England[12]). Die Unterstützung Cromwells war daher nur eine Folge dieser Haltung. Wie schnell aber wechselten sie wieder das Lager, als der Stern Oliver Cromwells im Verblassen war und sie einsehen mußten, daß sie von seinem schwachen Sohn keine Hilfe erwarten und somit ihre Ziele in England und in der Welt nicht durchsetzen konnten.
Bereits Ende April 1659 dankte Richard Cromwell ab, und ungefähr ein Jahr später zog Karl II. als König von England in London ein. In der Zwischenzeit hatten aber zahlreiche politische Ereignisse stattgefunden: Weder die Juden noch ihre Gegner waren untätig gewesen.
Anscheinend haben die ersteren einen erneuten Versuch gemacht, sich ein bekanntes Gebäude für die Umwandlung in eine Synagoge zu sichern. So finden wir in überlieferten Staatspapieren die Eintragung vom 16. Juni 1659, daß „die Juden anbieten, diesen wundervollen Raum in Whitehall für sich als Synagoge zu kaufen und sich verpflichten, ihn nicht zu zerstören"[13]).
Diesmal sollte also nicht die St. Pauls-Kathedrale, sondern ein nicht minder bekannter Galaraum im Regierungsviertel für

[9]) Hyamson: History S. 137.
[10]) Wolf: Jewry S. 17.
[11]) Wolf: Jewry S. 15 ff., Crypto Jews S. 71, 74/75, Status S. 182 ff., Menasseh Ben Israel S. 73.
[12]) Cunningham: Growth, Bd. Modern Times S. 325.
[13]) Domestic State Papers Bd. 1658/59 S. 367.

jüdische Religionsdienste benutzt werden. Aus dem Angebot ist offensichtlich nichts geworden. Wahrscheinlich sind vor allem die damaligen politischen Verhältnisse schuld daran gewesen. Dies war auch der Grund, warum die Anstrengungen der Judengegner nicht über einen Versuch hinauskamen.
Die antijüdischen Kreise wurden diesmal von einem Manne namens Thomas Violet geführt. Er war Goldschmied und Ratsherr von London. Als Parteigänger Karls I. wurde er von den Republikanern mit langjährigem Kerker bestraft. Nach seiner Freilassung setzte er sich mit aller Kraft für die Aufdeckung verbotener Gold- und Silberausfuhr ein[14]). Vielleicht ist Violet bei seinen umfangreichen Untersuchungen auf Ausfuhrverbrechen der Juden — die bekanntlich einen großen Teil dieses Handels beherrschten — gestoßen und so zu ihrem erbitterten Feind geworden. Genaueres läßt sich nicht mehr darüber feststellen. Im Dezember 1659 wird er auf jeden Fall bei dem Richter Tyril vorstellig, dem er mündlich an Hand von Unterlagen seine Absicht unterbreitet, gegen die Juden vorzugehen. Tyril scheint Violet in der Sache beigestimmt zu haben[15]). Er riet ihm jedoch, mit der Durchführung so lange zu warten, bis der König, nämlich Karl II., in England zurück sein würde, welchen Rat Violet befolgte[16]).
Wie sehr die ganzen politischen Verhältnisse in Umwälzung begriffen waren, sieht man aus vielen anderen Erscheinungen und Schriften. In letzterer Hinsicht interessiert ein kleiner Aufruf mit der Überschrift: „Awake, o England" (England, erwache!). Der Verfasser beklagt sich bitter über die von Cromwell herbeigeführten Verhältnisse und fordert die Bevölkerung auf, König Karl II. so schnell wie möglich zurückzurufen. Er wendet sich gegen die eingerissene Unsitte, Ausländern englische Herstellungsmethoden gewisser Artikel zu verraten[17]). Juden gehörten aber auch zu den Ausländern und so interessiert uns die Überschrift „England erwache", da dieser Ruf von den englischen Faschisten und Nationalsozialisten wieder aufgenommen wurde.

Ein Angriff der City wird abgewehrt

Am 26. Mai 1660 landete Karl II. in Dover und am 29. Mai zog er in London ein[18]). Viele Dinge harrten der Regelung. Auch die Judenfrage tauchte sofort auf.
Alle Gesetze und Verordnungen, insbesondere alle Handlungen Oliver Cromwells wurden für nichtig erklärt, es sei denn, die

[14]) Dictionary of National Biography Bd. 20 S. 374.
[15]) So auch Hyamson: History S. 170, Wolf: Jewry S. 13.
[16]) Violet: Petition S. 7/8.
[17]) Harleian Miscellany Bd. I S. 275 ff.
[18]) Dictionary of National Biography Bd. IV S. 91.

ausdrückliche Zustimmung des Parlaments war dazu erteilt[19]). Die Juden aber hatten um ihre Aufenthaltsgenehmigung in England vergeblich gekämpft und sich nur des persönlichen Schutzes Cromwells erfreut. Mit seinem Tode war ihr Aufenthalt in England somit ohne jede staatliche Sanktionierung. Wir erkennen nun um so mehr die Bedeutung der jüdischen Abmachungen mit Karl II., wonach er ihnen im Falle seiner Rückkehr denselben persönlichen Schutz versprach, den ihnen Cromwell gewährt hatte. Der Frontwechsel der Juden hatte sich gelohnt, da sie sich auch unter Karl II. keiner Hoffnung darüber hingaben, die gesetzliche Genehmigung des Parlaments für ihren Aufenthalt in England zu erhalten. Nach wie vor war die erdrückende Mehrheit des Volkes gegen ihre Zulassung, wie sich aus der Folge der Ereignisse im Jahre 1660 ergibt.

Die judenfeindlichen Kräfte im Volke haben sicherlich kaum von der Vereinbarung des Königs mit den Juden gewußt und stellten sich auf den gesetzlichen Standpunkt, daß ihr Aufenthalt ohne staatliche Billigung war.

Infolgedessen ist es verständlich, daß Violet unmittelbar nach Eintreffen Karls II. im Juni 1659 erneut bei dem Richter Tyril erschien und um Anweisungen für seine nächsten Schritte bat. Tyril verwies ihn an einige Mitglieder des Privy-Council, die er selbst über die Gesetze und vorhandenen Urkunden in der Judenfrage eingehend unterrichtete[20]) und mit denen Violet und Tyril offenbar zunächst die Sache besprachen und vorbereiteten. Erst dann hat sich der Privy Council, soweit heute festgestellt werden kann, am 30. November desselben Jahres damit beschäftigt[21]).

Ob der Privy Council an diesem Tage nur die Eingabe Violets oder aber auch Anträge anderer Personen in derselben Sache behandelte, ist nicht ganz geklärt[22]), jedoch auch ohne Bedeutung. Violet wies in seinem Bittgesuch zunächst auf die bisherige Geschichte der Juden in England hin. Sicherlich hat er sich hierbei auf die Forschungen Prynnes gestützt, die uns ja bekannt sind. Interessant sind aber für uns seine Feststellungen über die anwesenden Juden in London und ihre Geschäfte. Sie seien, so hören wir, in kurzer Zeit außerordentlich reich geworden und schadeten den englischen Kaufleuten insofern beträchtlich, als sie infolge ihres Reichtums überall den Handel an sich zu reißen vermochten. Die Abneigung der Bevölkerung gegen sie sei im übrigen sehr groß. Er schlage dem König vor, die Juden genau wie in der Zeit vor 1290 zu behandeln. Demnach empfehle es sich, ihnen besondere Steuern aufzuerlegen, überhaupt ihr Vermögen als dem König gehörend zu betrachten. Auf jeden Fall sollte der letztere nicht dulden, daß sie ohne besondere Lizenz in England Handel trieben. Natürlich sei es zu ihrer Überwachung

[19]) Henriques: Return S. 77.
[20]) Violet: Petition S. 7/8.
[21]) Domestic State Papers Bd. 1660/61 S. 366.
[22]) Wolf: Jewry S. 13, Henriques: Return S. 76 Fußnote 1.

nötig, treue Untertanen einzusetzen, um Untersuchungen über ihre gesamten Transaktionen anzustellen. Im übrigen stände aber auch nichts im Wege, die Juden erneut aus England zu verbannen. Sollte sich der König hierzu nicht entschließen können, müsse er sie auf jeden Fall besonders besteuern und dafür sorgen, daß den englischen Kaufleuten wieder Möglichkeiten zum Handel gegeben würden[23]).

Violet hatte aber in der Bürgerschaft der City einen mächtigen Bundesgenossen gefunden. Sie handelte beinahe noch schneller als er: „Kaum war Karl II. angekommen", um mit den Worten Wolfs[24]) zu reden, „als ihm der Oberbürgermeister und die Ratsherren eine Bittschrift gegen die Juden überreichten." Der Inhalt derselben ist glücklicherweise erhalten, so daß wir hier die Ansicht einer Körperschaft und nicht nur eines einzelnen haben, den die jüdischen Historiker mit Rücksicht auf eine anonyme Schmähschrift gern als einen Schuft und notorischen Lügner bezeichnen[25]).

Bei der Bittschrift der City von London handelt es sich um ein ausführliches Dokument. Hierin finden wir nur nüchterne Feststellungen von Kaufleuten über ihre wirtschaftliche Lage. Der Handel der englischen Firmen sei allein durch die Schuld der Juden erschreckend zurückgegangen, weil sie sich ganzer Zweige der Wirtschaft bemächtigt hätten. Das alles sei Cromwell zu verdanken, der — durch seine selbstsüchtigen Interessen veranlaßt — ihnen die Ausbeutung der Wirtschaft in England erlaubt habe. Das schlimmste sei, daß auch jetzt noch fast täglich neue Scharen einwanderten. Man warnt den König davor, sie im Lande zu dulden. In anderen, England durchaus nicht freundlich gesinnten Staaten sei es ihnen bereits gelungen, selbst in den Regierungen Fuß zu fassen. Bei ihrem Verbundensein untereinander sei es durchaus möglich, daß die in England ansässigen Juden ihren Rassegenossen wichtige Informationen zukommen ließen. Außerdem „haben sie bereits einige Notleidende des schwachen Geschlechts verführt, und die abscheuliche Verderbnis englischen Blutes bringt uns in den üblen Ruf einer vermischten Nation." ... Das Volk ächze bereits unter ihrem Druck, da sie sich eine Gewohnheit daraus machten, Christen zu betrügen. So bestehe schon jetzt die Tatsache, daß der Handel mit Portugal und Spanien für englische Kaufleute fast unmöglich geworden sei. Die Hebräer hintergingen auch Angehörige anderer Nationen, wechselten dann ihren Namen und wanderten von einem Land in ein anderes, wo sie dieselben Ungesetzlichkeiten verübten. So sei es vorgekommen, daß sie sich durch heimliche Zusammenarbeit mit ihren Rassegenossen einen guten Leumund verschafft hätten, um auf diese Weise von den Untertanen Seiner Majestät Kredit zu erhalten. Dadurch hätten sie viele ordentliche

[23]) Abdruck des Antrags von Violet in Wolf: Status S. 188 ff.
[24]) Wolf: Status S. 182.
[25]) Vgl. im übrigen die Schrift: The Great Trappaner of England.

Familien ruiniert und sich mit ihrem in England ergaunerten Vermögen zurückgezogen."
Die City von London bäte daher untertänigst um Maßnahmen gegen die Juden, insbesondere aber darum, „die früheren Gesetze erneut in Kraft zu setzen und beiden Häusern des Parlaments zu empfehlen, neue zu erlassen, um alle Juden aus den Ländern Eurer Majestät zu verbannen und hinter ihnen die Türe dadurch zu verriegeln, daß solche Verordnungen und Strafmaßnahmen gemäß der Weisheit Eurer Majestät vorgesehen werden, welche am besten die Sicherheit der Religion, die Ehre Eurer Majestät und die Wohlfahrt Eurer Untertanen garantieren" [26]).
Man verlangte also zur Reinhaltung der Rasse und zur Verhinderung der Aussaugung des Volkes Ausweisung der Juden: Forderungen des Dritten Reiches!
Demnach hatten Einzelpersonen und vor allem die mächtigste Körperschaft von England die Erledigung einer wichtigen Frage erbeten. Was hätte näher gelegen, als daß der konstitutionelle Monarch zumindest den Antrag durch das Haus der Lords und das Parlament hätte beraten lassen, zumal Karl II. nach seiner Rückkehr viel an der Erhaltung der Volksgunst hätte liegen müssen. Was geschah nun aber tatsächlich mit dem ordnungsmäßig eingereichten Antrag?
Am 7. Dezember finden wir im Protokoll des Privy Council die Bemerkung, daß über die Eingabe der City auf Ausweisung der Juden verhandelt worden sei. Ebenfalls habe die Bittschrift der Witwe von Fernandez Carvajal und anderer Juden vorgelegen, sie zu beschützen. Daß man die Witwe Carvajals als einen der wichtigsten Antragsteller nennt, ist insofern interessant, als ihr im Jahre 1659 verstorbener Mann der hauptsächlichste Förderer der Sache Cromwells zum großen Schaden Karls II. gewesen ist — ein weiterer Beweis unserer oben vertretenen Ansicht, daß es sich bei ihrem Frontwechsel nicht etwa um einen Teil, sondern um die Masse der Juden gehandelt hat. Wie hätte sonst die Witwe des angeblichen Erzfeindes Karls II. wagen können, im Vordergrund der jüdischen Bittsteller zu stehen!
Der König kümmerte sich persönlich um die Erledigung beider Anträge und ordnete an, daß ein Mitglied des Privy Council die Angelegenheit dem Parlament vorlege [27]). Trotz des Einflusses des judenfreundlichen Generals Monk hatte anscheinend der Privy Council mit Rücksicht auf die Volksstimmung doch nicht gewagt, dem Parlament eine besondere Entscheidung zu empfehlen.
Am 17. Dezember 1660 legte Mr. Hollis dem Parlament die Anträge vor. Im Journal des Parlaments von dem betreffenden Tage finden wir folgende Eintragung: „Mr. Hollis unterbreitet diesem Haus eine Anweisung, erteilt von den Lords des Privy Council Seiner Majestät. Sie empfehlen besonders diesem Hause die darin

[26]) Guildhall Archives, Remembrancer Bd. IX Nr. 44 fols. 1—18.
[27]) Privy Council Register vom 7. Dezember 1660.

zum Ausdruck gebrachte Beschützung der Juden. Diese wurde verlesen.
Beschlossen wurde, diese Angelegenheit am nächsten Morgen erneut zu verhandeln[28])."
Es ist Henriques[29]) zuzustimmen, daß sich leider am nächsten Tage keine die Sache betreffende Eintragung im Journal befindet. Andererseits haben anscheinend Henriques und auch Wolf übersehen, daß sich am 20. Dezember folgender Hinweis findet: „Der demütige Antrag vieler Kaufleute, Gewerbetreibender und Handwerker in und um die City von London und in anderen Orten innerhalb des Reiches Seiner Majestät in England wurde verlesen und ad acta gelegt[30])."
Es wird zugegeben, daß in dieser Anmerkung keine Rede von Juden und der vorhergehenden Behandlung durch den Privy Council ist. Immerhin besteht aber die große Wahrscheinlichkeit, daß es sich hierbei um den obenerwähnten Antrag der City gehandelt hat. Wie dem aber auch sei, in beiden Fällen ist trotz der ursprünglichen Empfehlung durch den König, die Angelegenheit durch das Parlament entscheiden zu lassen, weder etwas im positiven noch im negativen Sinne erfolgt.
Man muß sich wirklich fragen, warum trotz des beiderseitigen großen Aufwandes nichts geschah. Die jüdischen Historiker Wolf und Henriques haben sich auch damit beschäftigt. Wolf meint, daß das Parlament nichts habe tun können, da nach den in der Whitehall-Konferenz abgegebenen Gutachten einiger Richter keine Gesetze bestanden, wonach den Juden der Aufenthalt in England verboten wäre[31]). Infolgedessen hätten sie durchaus in gesetzmäßiger Weise in England gelebt. Henriques[32]) vertritt die Ansicht, man habe die Behandlung wahrscheinlich unterlassen, weil das Parlament „in religiösen Fragen" schlecht zugänglich gewesen sei. Beiden Historikern kann nicht beigepflichtet werden.
Wolf übersieht, daß das Gutachten der unter dem Einfluß Cromwells stehenden Juristen sehr zweifelhaft ist, zumal mindestens eine gleiche Anzahl entgegengesetzt lautender Ansichten anderer Juristen vorliegt. Davon abgesehen, hat sehr wahrscheinlich der unter Karl II. hierfür verantwortliche Richter Tyril sich dem Standpunkt der letzteren angeschlossen, der allein objektiv richtig gewesen zu sein scheint, da andernfalls nicht noch im Jahre 1846 die oben behandelten Gesetze aus der Zeit Heinrichs III. und Eduards I. durch formalen Akt des Parlaments aufgehoben werden brauchten[33]). Endlich hat Wolf übersehen, daß die City ausdrücklich beantragte, gegebenenfalls neue Gesetze zu diesem Zweck zu erlassen.

[28]) Journals of the House of Commons Bd. VIII S. 209.
[29]) Henriques: Return S. 96.
[30]) Journals of the House of Commons Bd. VIII S. 217.
[31]) Wolf: Jewry S. 16/17.
[32]) Henriques: Return S. 96.
[33]) 9 u. 10 Victoria cap. 59.

Henriques kommt der Sache schon etwas näher. Das Parlament war nicht geneigt, seine Zustimmung zur Ansiedlung der Juden zu geben, und insofern war es wirklich nicht besonders „zugänglich". Der König wird sich infolgedessen wahrscheinlich entschlossen haben, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben, sondern es zunächst bei dem Zustand einer rein persönlichen Tolerierung zu belassen. An dem rechtlichen Zustand unter Cromwell hatte sich also nichts geändert.

Karl II. Schutzherr der Juden

Trotz des mächtigen Einflusses der City war also der Ansturm der Judengegner abgeschlagen. Ein Resultat, das nicht überrascht, wenn man einmal den Gründen der Judenfreundlichkeit Karls II. nachgeht.

Wir haben schon oben gesehen, daß die Hebräer seinerzeit den König nicht unwesentlich durch Hergabe von Geld, Waffen und Munition unterstützt hatten. Wie hoch im ganzen die finanziellen Zuwendungen gewesen sind, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Piciotto[34]) glaubt, daß sich diese auf eine Million Gulden belaufen haben, was immerhin für damalige Zeiten eine enorme Summe ist. Er hält es für möglich, daß sich über Einzelheiten der Abmachungen der Juden mit Karl II. noch Dokumente in jüdischen Archiven in Holland befinden, auf deren Öffnung wir aber wahrscheinlich ebenso vergeblich warten werden wie auf Öffnung der Archive des Hauses Rothschild. Wolf[35]) bezeichnet die Dankesschuld Karls II. gegenüber den Juden mit den Worten: „Der König hatte sich den Juden bereits verschrieben." Wir halten diese Ansicht für durchaus richtig und betrachten sie als einzigen Grund der Behandlung obiger Angelegenheit. Wahrscheinlich hat Karl II. auch nach seiner Rückkehr die Hilfe der Juden in Anspruch genommen, da er, wie Tovey[36]) betont, dauernd in Geldverlegenheit war.

Es verwundert daher nicht, daß Karl II. sich noch huldvoller erwies als Cromwell, der als besondere Ausnahmebehandlung eines Juden lediglich die Verleihung des Bürgerrechts an Carvajal verfügte. Bei Karl II. können wir indes im Jahre 1661 bereits 19 solche Einbürgerungen feststellen, unter denen sich auch der Cromwell gegenüber so verdienstvolle Dormido befand. Weitere derartige Verleihungen erfolgten in den nächsten Jahren in größerer Anzahl[37]).

Am meisten zeichnete Karl II. jedoch den für ihn an führender

[34]) Piciotto S. 43.
[35]) Wolf: Jewry S. 15, First Stage S. 121.
[36]) Tovey S. 279.
[37]) Hyamson: History S. 172, Wolf: Jewry S. 18, Mesquita S. 242, Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 214.

Stelle tätigen Juden Coronel aus. Nachdem dieser Ende des Jahres 1660 offiziell zum Christentum übertrat, wurde er unter dem Namen Sir Augustine Colonel in den Ritterstand erhoben[38]). Allerdings hat Sir Augustine wenig Glück in seiner neuen Würde gehabt, denn seine Rassegenossen, empört wegen seines Übertritts zum Christentum, scheinen ihn dafür verfolgt zu haben. Wir ersehen aus Staatsdokumenten, daß er am 26. Dezember 1665 beim König um Schutz gegen die Juden nachsuchte[39]), der ihm aber wohl nicht hat helfen können oder wollen, denn etwas später finden wir in der gleichen Dokumentensammlung, daß Sir Augustine in Konkurs geraten ist[40]).

Die öffentliche Begünstigung der Juden durch Karl II. wirkte sich auch insofern aus, als immer neue Angehörige dieser Rasse nach England einwanderten. Die Mitteilung Toveys[41]), es seien im Jahre 1663 in London nicht mehr als zwölf jüdische Familien ansässig gewesen, kann nicht richtig sein. Auch die Annahme Wolfs[42]) und Hyamsons[43]), es hätten sich bei Beginn der Regierungszeit Karls II. etwa 35 jüdische Familien in London angesiedelt, scheint nicht der Sachlage gerecht zu werden. Vielmehr wird der Standpunkt von Henriques[44]) der Wahrheit näherkommen, wonach um diese Zeit ungefähr 500 Juden in London waren. Wie dem aber auch sei, selbst im letzteren Falle würde es sich um eine im Verhältnis zu der großen Kaufmannschaft der City zahlenmäßig nur kleine jüdische Kolonie gehandelt haben, für die sich der König bei seinen Entscheidungen im Jahre 1660 einsetzte. Auch dies ist ein Beispiel in der Geschichte dafür, daß es auf die Zahl der Juden nicht ankommt, sondern lediglich ihr Geld, ihr damit erkaufter Einfluß und ihre internationalen Beziehungen den Ausschlag geben.

In seinen späteren Regierungsjahren ist weiterhin eine ununterbrochene Einwanderung der Juden festzustellen[45]) und es ist daher nicht unbegründet, wenn Tovey Karl II. als „den Importeur der Juden" bezeichnet. Nichtsdestoweniger regten sich erneut arterhaltende Kräfte. Violet verfaßte am 18. Dezember 1660 eine neue Schrift gegen die Juden, die Anfang des nächsten Jahres veröffentlicht wurde. Das Büchlein war in Form einer Bittschrift an den König gehalten und suchte vor allem den Schaden darzulegen, den die Juden allezeit und damals ganz besonders in England anrichteten. Ihr Aufenthalt sei mit Rücksicht auf die Nichtaufhebung der vor dem Jahre 1290 erlassenen Vorschriften ungesetzlich[46]). Überall in der Welt kämen

[38]) Wolf: Jewry S. 8, 17, Le Neve: Pedigrees Bd. 8 S. 145.
[39]) Domestic State Papers Bd. 1665/66 S. 118.
[40]) Domestic State Papers Bd. 1665/66 S. 137.
[41]) Tovey S. 279.
[42]) Wolf: Jewry S. 19.
[43]) Hyamson: History S. 168.
[44]) Henriques: Special Taxation S. 54/55.
[45]) Tovey S. 279.
[46]) Violet: Petition S. 2, 3.

die Juden durch ihr gegenseitiges Zusammenhalten zum Reichtum. Es mache ihnen nichts aus, bald in diesem, bald in jenem Lande zu leben. Ihre Betrügereien in England gingen bereits ins unermeßliche[47]). Warum verbanne man sie nicht, wie man es mit den Jesuiten getan habe[48]). Zum Glück sei Oliver Cromwell gestorben, der große Summen von ihnen erhalten habe und nicht abgeneigt gewesen sei, ihnen als Gegenleistung die Einkünfte aus den Zöllen zu übertragen. Von Carvajal habe er früher gehört, daß Oliver Cromwell die Ansiedlung von 2000 jüdischen Kaufleuten gegen Zahlung einer Million habe gestatten wollen[49]).
Auch diese Veröffentlichung konnte Karl II. nicht zu einer veränderten Haltung bewegen. Im Gegenteil, wir werden sehen, daß der Einfluß Judas immer größer wird.
Schon vor seiner Rückkehr nach England hegte Karl II. Heiratspläne. Zunächst hatte er daran gedacht, die Nichte Mazarins zu ehelichen. Nach seiner Wiedereinsetzung empfahl der spanische Hof in seinem Interesse eine Prinzessin von Parma. Der französische König wünschte aber die Verbindung mit Katharina von Braganza, um Karl II. dadurch in die von Frankreich gebildete antispanische Front zu bringen. Nach langen Intrigen ließ sich der König bewegen, die Ehe mit Katharina einzugehen. Meistens wird in der Geschichtsforschung für seine Wahl als hauptsächlicher Grund die reiche Mitgift angesehen. Diese bestand u. a. in Abtretung des damals in portugiesischem Besitz befindlichen Tangier und in einem Barbetrag von 2 Millionen Crusados, die wohl zu damaliger Zeit etwa £ 800.000 entsprachen[50]). Ferner wurde freier Handel in Portugal und seinen Kolonien garantiert, woran die Juden in London ganz besonderes Interesse hatten, da die Lebensmöglichkeiten ihrer Rassegenossen in Portugal durch die dortigen antijüdischen Bewegungen immer geringer wurden. Infolgedessen wanderten sie mehr und mehr nach London aus und segelten dann unter dem Namen eines englischen Kaufmanns. Wir haben keinen Zweifel, daß die Hebräer mit allen Mitteln auf die portugiesische Verbindung hingearbeitet haben. Dies bestätigt sich dadurch, daß auf der englischen Seite vor allem General Monk und sein jüdischer Freund Coronel die Verhandlungen in dieser Heiratsangelegenheit führten[51]). Auch der portugiesische Hof dürfte trotz der Morranoverfolgungen nicht unerheblich von Juden beeinflußt gewesen sein, denn trotz allem waren dort Adel und Hof noch völlig verjudet, wie eine überlieferte Anekdote am besten zeigt:
Der König von Portugal ordnete an, daß alle diejenigen, die von Juden abstammten, gelbe Hüte zu tragen hätten. Darauf erschien

[47]) Violet: Petition S. 4.
[48]) Violet: Petition S. 5.
[49]) Violet: Petition S. 7.
[50]) Ranke: History Bd. III S. 345, Lingard Bd. IX S. 68 ff, Clark: Late Stuarts S. 58, Chamberlayne: Angliae Notitia S. 133 ff.
[51]) Wolf: Jew in Diplomacy S. 400, Margoliouth: History Bd. II S. 24.

einer der Minister mit drei gelben Hüten in der Hand zur Audienz beim König. Auf dessen Frage nach dem Verwendungszweck der Kopfbedeckungen antwortete er, ihm sei kaum ein Mitglied des Adels bekannt, das nicht mit Juden verschwägert sei. Um nicht das Gebot des Königs zu übertreten, habe er zur Vorsicht einen Hut für sich, einen für den Generalinquisitor und für alle Fälle auch einen für den König mitgebracht[52]).

Daß diese Anekdote aber nicht zu Unrecht die Verjudung des portugiesischen Hofes und Adels beleuchtet, zeigt auch die Anzahl der im Gefolge der Braut befindlichen Hebräer. Von allen jüdischen Schriftstellern, die sich hiermit beschäftigt haben, wird dies ausdrücklich hervorgehoben. Man ist sich zwar über die einzelnen Namen nicht einig, über ihre große Anzahl und ihren Einfluß auf die Königin bzw. auf Karl II. besteht aber kein Streit[53]). So war der eine Leibarzt der Königin, während ein anderer das Amt des Kammerherrn versah. Eine nicht mindere, ja vielleicht die bedeutendste Rolle spielten verschiedene sehr reiche Juden, unter ihnen an führender Stelle die Brüder Duarte und Francisco da Silva, die wahrscheinlich mit Dormido und durch ihn wieder mit der Familie Menasseh Ben Israels in verwandtschaftlichen Beziehungen standen. Duarte da Silva war lange Bankier in Amsterdam gewesen und auf Anordnung des Königs von Portugal dem Gefolge Katharinas von Braganza beigeordnet worden. Bei Abschluß des Heiratsvertrages wurde er zum Prokurator der Schatzkammer des Königs von Portugal ernannt[54]). Seine Befugnisse als solcher waren sehr weitgehend. Anscheinend war das Bargeld der Mitgift auch durch die Juden zusammengebracht worden, von denen eine Gruppe insoweit eine regelrechte Gesellschaft bildete, als ihnen völlig die Verwaltung des enormen Vermögens oblag, woraus sie große Profite hatten[55]). Dies und ihre weitere Tätigkeit ergibt sich u. a. aus den noch in Staatsbüchern vorhandenen Eintragungen. So finden wir von Mai bis Dezember 1662 zahlreiche diesbezügliche Hinweise. Am 23. Mai wird Duarte da Silva angewiesen, £ 20.000 an den Herzog von York, den Bruder des Königs zu zahlen[56]). Am 6. und 10. Juni soll Duarte da Silva je £ 16.000 an das Finanzamt überweisen[57]). Bereits am 15. Juni ist ihm die für damalige Verhältnisse große Summe von £ 1.000 ausgezahlt worden, die wahrscheinlich als Entgelt für seine Tätigkeit angerechnet wurde[58]). Weitere Aufträge betreffend Auszahlungen können am 22. Juni zum Gesamtbetrag von £ 24.000 festgestellt werden[59]). Ein Indiz dafür, daß die Juden nicht nur die Mitgift der Königin verwalteten,

[52]) Lindo S. 375.
[53]) Insbes. Wolf: Jewry S. 18 ff., Gaster S. 97, Hyamson: History S. 172, Piciotto S. 44.
[54]) Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 380.
[55]) Wolf: Jewry S. 20.
[56]) Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 380.
[57]) Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 400, 403.
[58]) Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 407.
[59]) Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 415/16.

sondern wahrscheinlich auch das Geld zur Verfügung gestellt hatten, ergibt sich durch eine Überweisung vom 24. Juni an den Ratsherrn Backwell in Höhe von £ 53.700[60]). Letzterer war zu dieser Zeit einer der bedeutendsten englischen Bankiers, erstaunlicherweise aber kein Jude, obgleich er größtenteils nur mit Juden arbeitete, wie sich aus seinen noch vorhandenen Kassenbüchern feststellen läßt[61]). Auch am 4. Juli und 13. August finden sich Zahlungsanweisungen an da Silva[62]). Endlich sehen wir noch weitere Eintragungen ähnlichen Inhalts vom 4. und 10. Dezember. Diese Zahlungen sind insofern interessant, als sie jedesmal an den Bruder Francisco da Silva geleistet wurden[63]).

Es ist also unschwer festzustellen, wie sehr die Stellung der Juden durch die portugiesische Heirat gestärkt wurde. Als Verwalter des Barvermögens der Königin war Karl II. bei seinem ewigen Geldbedarf gehalten, ihre Gunst zu bewahren. Daneben sorgten die weiteren Hebräer im Gefolge der Königin dafür, daß die Interessen ihrer Rassegenossen nicht zu kurz kamen. Außerdem konnten jetzt die von Portugal nach London geflüchteten Juden in aller Ruhe als englische Kaufleute mit Portugal und seinem Kolonialreich Handel treiben, wie jüdische Geschichtsforscher triumphierend bemerken[64]).

Fürwahr, Juda konnte mit seiner Stellung in England zufrieden sein. Die Geschichtsschreibung hat meistens von solchen Ereignissen wenig Notiz genommen. Hoffentlich wird sie recht bald unter Berücksichtigung des jüdischen Einflusses neu geschrieben.

Die Judenhörigkeit Karls II. zeigt sich auch darin, daß man vom Jahre 1663, auf jeden Fall vom Jahre 1664 an, eine öffentliche Religionsausübung der Juden feststellen kann. Diese Frage hat zu den verschiedensten Theorien Anlaß gegeben.

Wie bereits oben mitgeteilt, glaubt Wolf, daß schon in den frühesten Anfängen der jüdischen Neusiedlung um das Jahr 1660 eine Synagoge vorhanden war. Piciotto[65]) gibt als frühestes Datum hierfür das Jahr 1662 an, während eine sehr sorgfältig ausgearbeitete moderne Arbeit von W. Samuel[66]) das Jahr 1657 festsetzen möchte. Wieder andere, wie Hyamson[67]), Dr. Gaster[68]) und Henriques[69]) wollen erst das Jahr 1663 bzw. 1664 annehmen. Wir möchten zu diesem Punkt nicht eingehend Stellung nehmen, da er im Hinblick auf die allgemeinen Fragen nur unwichtig erscheint. Die Theorie der letzteren Historiker hat viel für sich, weil sie sich auf die Zeugnisse einwandfreier Zeitgenossen und Dokumente stützt. Außerdem dürfte auch die allgemeine Judenfreund-

[60]) Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 418.
[61]) Wolf: Jewry S. 19.
[62]) Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 429, 459.
[63]) Domestic State Papers Bd. 1661/62 S. 581, 587.
[64]) Wolf: Jewry S. 20.
[65]) Piciotto S. 30.
[66]) Samuel S. 3 ff.
[67]) Hyamson: History S. 168, 172, 176.
[68]) Gaster S. 7.
[69]) Henriques Return S. 97/98.

lichkeit Karls II. im Jahre 1663 so weit gediehen gewesen sein, daß die Juden in einer öffentlichen Religionsausübung keine Gefahr mehr gesehen haben.
Nachdem der Antrag der City von London im Jahre 1660 kein Gehör fand, hätte man glauben sollen, daß insbesondere nach dem weiteren Anwachsen des jüdischen Einflusses bei Hofe und sonstwo keine weiteren Angriffe mehr erfolgt wären, aber bereits im Jahre 1664 hatte der König erneut zugunsten der Juden einzugreifen.
Soweit wir aus ihrem diesbezüglichen Bittgesuch an den König ersehen können, hatten sie Maßnahmen judenfeindlicher Kreise zu befürchten. „Ihnen würde täglich", so erfahren wir, „von einigen Personen gedroht, ihr gesamtes Vermögen einzuziehen." Ferner habe man ihnen mitgeteilt, daß ihr Leben und Eigentum dem König entsprechend den Gesetzen des Landes verfallen sei. Besonders würden sie von einem Mr. Richaut belästigt und beunruhigt. Gleichzeitig mit diesem hätten sie den Besuch des Grafen von Berkshire gehabt, der nach seinen Angaben eine mündliche Anweisung des Königs besaß, sie zu beschützen und, falls sie nicht zu einer schnellen Vereinbarung mit ihm kämen, ihr Vermögen einzuziehen[70]).
Als Quellenmaterial sind wir lediglich auf diese Eingabe der Juden angewiesen, so daß wir die andere Seite nicht hören können. Wolf[71]) und Hyamson[72]) sind in ihren diesbezüglichen Ausführungen davon ausgegangen, daß es sich um eine Einzelaktion des Grafen von Berkshire und Mr. Richaut gehandelt habe, was aber bereits durch den Text der Judeneingabe an den König widerlegt wird. Zunächst sprechen die Antragsteller dort von „einigen Ruhestörern" und dann „insbesondere" von Mr. Richaut und dem Grafen von Berkshire. Daraus ergibt sich schon, daß es sich um die Aktion einer Mehrzahl von Personen gehandelt hat, in der die beiden Genannten führend gewesen sein dürften. Wolf bezeichnet das Vorgehen des Grafen von Berkshire als dumme Erpressung. Hierfür hat er keinerlei Beweis gefunden, sondern er beruft sich lediglich auf die Kenntnis Dormidos in gesetzlichen Angelegenheiten. Man wird nicht annehmen können, daß ein Mann vom Range des Grafen von Berkshire sich auf eine mündliche Anweisung des Königs bezogen hat, die ihm nicht erteilt war. Er gehörte nicht nur dem hohen Adel an, sondern war auch Königlicher Kammerherr und Mitglied des Privy Council. Darüber hinaus soll nicht der Hinweis vergessen werden, daß er der zweitälteste Sohn des Grafen von Suffolk war, der, wie bereits oben mitgeteilt, unter Jakob I. die Ausweisung der Juden veranlaßt hatte. Andrerseits ist auch die vom Grafen von Berkshire behauptete Anordnung des Königs bei der Bindung des letzteren gegenüber den Juden nicht

[70]) S. Wiedergabe des Dokuments in Gaster S. 4.
[71]) Wolf: Jewry S. 24/25.
[72]) Hyamson: History S. 172/73.

ganz verständlich. Es gibt nur die Erklärung dafür, daß Karl II. aus irgendwelchem Grunde die Juden durch angebliche Schutzmaßnahmen erneut zu Dank verpflichten wollte und daher dem Grafen von Berkshire vielleicht nur zum Schein die Anweisung gegeben hat. Eine weitere Auslegung dieses Auftrags wäre die, daß er damit wenigstens nach außen hin für eine Zeitlang den judenfeindlichen Kreisen entgegenkommen wollte. Unsere Auffassung dürfte auch nicht durch die Antwort des Königs vom 22. August 1664 auf die Bittschrift der Juden widerlegt werden. Zwar hat er darin erklärt, er habe „keine besondere Anweisung zu ihrer Belästigung oder Ausweisung gegeben, und sie möchten auf jeden Fall seiner Gunst in demselben Maße versichert sein wie früher, solange sie sich friedlich und ruhig, gehorsam den königlichen Gesetzen und ohne Skandal verhalten würden“ [73]). Welche andere Antwort konnte auch von ihm erwartet werden!

Der Jude Dr. Gaster[74]) hat die Antwort Karls II. als „fundamentale Verleihungsurkunde der englischen Juden“ bezeichnet. Wolf[75]) hat dagegen eingehend auseinandergesetzt, daß diese Bezeichnung irreführend ist und nicht den Tatsachen entspricht. Vielmehr habe es sich lediglich um eine schriftliche Tolerierungserklärung gehandelt. Die von irgendeinem Angestellten der Synagoge auf dem Umschlag des Dokuments vermerkte Notiz „Tolerierungsgesetz“ war also eine falsche Bezeichnung.

Wieder war ein Angriff gegen die Juden abgeschlagen, der nächste sollte aber nicht lange auf sich warten lassen.

Genau wie die Judenfreundlichkeit Oliver Cromwells über die Grenzen Englands gedrungen war, scheint auch der Ruf Karls II. in dieser Hinsicht international gewesen zu sein. Am 5. Februar 1666 finden wir den Antrag eines holländischen Juden auf Erteilung eines Passes für sich und weitere 50 jüdische Familien zum Zwecke einer Reise von Amsterdam nach Palästina[76]). Wie dieses Gesuch eines holländischen Juden dem englischen König unterbreitet werden konnte, war leider nicht festzustellen. Es besteht aber kein Grund, anzunehmen, daß Karl II. dieser Bitte nicht entsprochen hat.

Die Kreise im Volk, die mit aller Macht die Juden zu bekämpfen versuchten, unternahmen diesbezügliche weitere Schritte. Am 6. Februar 1671 glaubten sie eine gute Gelegenheit dazu gekommen, als beschlossen wurde, ein Komitee einzusetzen, „um die Gründe für das Anwachsen des Katholizismus zu erforschen und einen Gesetzesantrag bezüglich dessen Verhinderung vorzubereiten und einzubringen, sowie gleichfalls Untersuchungen bezüglich der Anzahl der Juden und ihrer Synagogen, sowie der Bedingungen anzustellen, unter denen ihnen gestattet war, hier zu leben. Das Komitee hat einen entsprechenden Bericht zusammen

[73]) Wiedergabe bei Gaster S. 4, 5.
[74]) Gaster S. 3.
[75]) Wolf: Jewry S. 26—28.
[76]) Domestic State Papers Bd. 1665/66 S. 232.

mit seiner diesbezüglichen Ansicht dem Haus zu unterbreiten..."[77]). Aber auch dieser Vorstoß sollte wieder abgewiesen werden. Der Bericht des Komitees vom 17. Februar an das Parlament behandelt nur die Ursachen für das Anwachsen des Katholizismus und die hiergegen für notwendig befundenen Maßnahmen. Über die Judenfrage hören wir auch nicht mehr ein einziges Wort, was sich nur daraus erklären läßt, daß König und Juden dafür sorgten, diese für beide Teile unangenehme Angelegenheit möglichst nicht von einer amtlichen Stelle behandeln zu lassen. Wieder hatte man es fertig gebracht, durch uns nicht bekannte Mittel die Aufmerksamkeit des Parlaments von den Bemühungen der Judengegner abzuziehen. Bald werden wir aber sehen, wie es der ganzen Macht des Königs bedurfte, um einer Behandlung der Judenfrage auf gesetzmäßiger Grundlage zu entgehen. Die Notwendigkeit hierzu sollte sich schneller ergeben als erwartet.

Im Winter 1673 waren die Vorsteher der jüdischen Gemeinde im Stadthaus der City von London „angeklagt wegen Aufruhr, weil sie sich zur Ausübung ihrer Religion in Dukes Place getroffen hätten". Die damit beschäftigten Geschworenen befanden die Juden der Anklage gemäß auf Grund der bestehenden Gesetze für schuldig und verurteilten sie entsprechend[78]). Ein englisches Gericht hatte sich damit in Widerspruch zu den früheren ungesetzlichen Anordnungen des Königs gestellt. Die Juden erkannten, daß diesmal ihre Lage ernst war. Es war nicht mehr das Parlament, dessen Tätigkeit man durch Intrigen und geheime Einflüsse mit Hilfe des Königs von seinen Aufgaben abziehen konnte, sondern ein englisches Gericht, das sich einwandfrei gegen sie ausgesprochen hatte. Ihre Rettung konnte wiederum nur vom König kommen.

Die Vorsteher der jüdischen Gemeinde wandten sich daher sofort mit einem Bittgesuch an ihn. Zur Begründung nahmen sie auf seine Erklärung aus dem Jahre 1664 Bezug und wiesen darauf hin, daß sie den verlangten Erfordernissen entsprochen hätten. Sollte der König sie nicht beschützen, würden sie England verlassen. Es fällt auch hier auf, daß die Juden wiederum Demütigkeit mit Drohung verbinden, da ihr Verlassen Englands für Karl II. einen großen Schaden bedeuten mußte. Schon oben erfuhren wir dieselbe Taktik bei Menasseh Ben Israel.

War es nun der Inhalt der Bittschrift oder waren es andere Erwägungen und Kräfte, die Karl II. beeinflußten? Wir wissen es heute nicht mehr. Auf jeden Fall entschied er sich gegen Gesetz und Gericht für die Juden. In seiner Antwort vom 11. Februar 1674 teilt er ihnen mit, daß „er sich freue, heute zu verfügen — und hiermit würde verfügt —, daß der Kronanwalt alle Gerichtsverfahren gegen die Bittsteller einzustellen und weiter dafür Sorge zu tragen habe, daß sie in dieser Angelegenheit keinen weiteren Belästigungen ausgesetzt sein sollten..."[79]).

[77]) Journals of the House of Commons Bd. IX S. 198.
[78]) Webb S. 39, Haggard Bd. I Anhang S. 2.
[79]) Webb S. 38/39, Haggard Bd. I Anh. S. 2, 3.

Welche Entscheidung eines Königs! Man bedenke, Karl II. unternahm gegen Volksmeinung und Gesetze zugunsten einer kleinen Zahl fremdstämmiger Menschen einen Schritt, von dem sogar zweifelhaft war, ob er nicht gegen die Verfassung — wie selbst der Jude Henriques mit Recht bemerkt[80]) — verstoßen würde. Henriques beschäftigt sich auch mit der Frage, warum eigentlich nicht das Parlament dagegen eingeschritten sei, was er nicht ohne Grund darauf zurückführt, daß es unmittelbar danach vertagt wurde, ehe es Kenntnis von dieser Anordnung des Königs erhielt. Die Judenfreunde im Parlament werden schon hierfür gesorgt haben.

Nach der englischen Verfassung hatte diese Anweisung des Königs keinerlei gesetzmäßige Kraft. Immerhin war es den Juden ein neuer Beweis dafür, daß der König sie selbst bei stärksten Angriffen schützte. So ist es auch erklärlich, daß sie unmittelbar darauf ihre Synagoge erheblich vergrößern ließen[81]). Eine weitere Folge scheint auch die neu einsetzende Einbürgerungswelle gewesen zu sein, denn nicht weniger als 19 Juden erwarben in dieser Zeit die englische Staatsangehörigkeit. Weitere ähnliche Verleihungen an insgesamt 53 Juden während der Regierungszeit Karls II. können noch heute nachgewiesen werden[82]).

Im Jahre 1675 ereignete sich ein zwar unbedeutender, aber immerhin bezeichnender Vorfall. Der König empfing den Besuch eines Juden aus Holland, der ihm das Modell des Tempels von Jerusalem vorlegte. Er war ein geschickter Zeichner und hat als solcher das noch jetzt benutzte Wappen der englischen Großloge der Freimaurer entworfen[83]).

Die Haltung Karls II. bewirkte, daß bereits im Jahre 1677 eine Masseneinwanderung von Juden aus dem Osten Europas einsetzte. Anscheinend waren viele arme darunter, wie aus den noch heute erhaltenen Unterlagen der jüdischen Gemeinde festgestellt werden kann. Zum erstenmal ergossen sich Juden aus Polen und Rußland über England. Dies widerlegt die weitverbreitete Ansicht, es gäbe dort hauptsächlich nur die angeblich zivilisierteren Juden des Westens. Anscheinend hat sich schon damals die Anwesenheit dieser heruntergekommenen Hebräer in London unliebsam bemerkbar gemacht, denn die Bürgerschaft der City traf Vorkehrungsmaßnahmen für die Überwachung und Beschränkung der jüdischen Einwanderung[84]). Trotzdem stieg der Einfluß der Juden in der City weiter. Am 26. September 1679 finden wir in Staatsdokumenten folgende Eintragung: „Die East India Comp., die mehrere Schiffe heimkehrend erwartete, begann ihren Verkauf wie üblich vorige Woche. Da die Juden aber durch ihr Fest des Tabernakel in Anspruch genommen waren, wurde der Verkauf verschoben, hat jetzt aber wieder begonnen ...[85])."

[80]) Henriques: Return S. 102.
[81]) Gaster S. 7.
[82]) Webb, Anhang S. 17/18.
[83]) De Mesquita: Ancient Burial Ground S. 239.
[84]) Hyamson: History S. 183, Wolf: First Stage S. 123.
[85]) Domestic State Papers Bd. 1679/80 S. 253.

Es bestätigt sich in der Geschichte der Juden stets aufs neue, daß sie durch irgendwelche verabscheuungswürdigen Taten immer wieder die Volksstimmung gegen sich aufbringen, sobald sie sich des Schutzes und aller Privilegien eines Landes erfreuen. So geschah es auch im Jahre 1680 in London.

Eine gewisse Eve Cohan aus einer reichen jüdischen Familie in Holland war zum Christentum übergetreten und hatte sich mit dem christlichen Diener ihres Bruders nach London begeben. Ihre Familie schreckte vor nichts zurück, sie nach Hause zurückzubringen. Uns ist vom Lord-Bischof William von St. Asaph eine Schilderung dieses Falles in allen Einzelheiten erhalten worden. Er teilt uns mit, wie die Jüdin bereits auf ihrer Flucht von Holland nach England in täglicher Furcht um ihr Leben bangte, weil ihr von den Juden nachgestellt wurde[86]), die sie auch nach London verfolgten. Engländer wurden bestochen, die zusammen mit Hebräern Eve in die unangenehmsten Lagen brachten. Sie schreckten nicht davor zurück, erfundene Forderungen bis zu £ 2.000 vor Gericht gegen sie geltend zu machen und sie daraufhin nach den damaligen Gesetzen ins Gefängnis bringen zu lassen[87]). Als die Juden und ihre Helfer erkannten, daß sie ihren Anspruch bei dem betreffenden Gericht nicht durchsetzen konnten, ließen sie es an ein anderes, ihnen günstiger erscheinendes verweisen[88]), Methoden, die uns ja auch aus den Jahren vor 1933 bekannt sind. Man hoffte dadurch Zeit zu gewinnen und Eve Cohan im Gefängnis mürbe zu machen. Nach ihrer Entlassung ließen sie sie furchtbar verprügeln. Als Folge davon hatte sie, die inzwischen den früheren Angestellten ihres Bruders geheiratet hatte, eine Frühgeburt[89]). Nun wurde endlich die Öffentlichkeit auf den Fall aufmerksam. Bischof William nahm sich der Sache an und unterrichtete den Oberbürgermeister der City von London über die Angelegenheit. Er ließ sich die jüdischen Bevollmächtigten der Mutter kommen, und in ihrer Angst gestanden sie ihre Schandtaten[90]). Der Oberbürgermeister, unterstützt von der Öffentlichkeit, drohte ihnen, sie zu bestrafen, wenn sie nicht Eve für alle erlittene Unbill entschädigten. Andernfalls würde er mit aller gesetzlich erlaubten Strenge nicht nur gegen die Übeltäter, sondern gegen die ganze jüdische Gemeinde Londons vorgehen. „Er gab auch Anordnung, ihm eine Aufstellung aller Gesetze zu unterbreiten, die gegen die Juden in Kraft wären" [91]). Es läßt sich leider heute nicht mehr feststellen, ob und welche Maßnahmen der Oberbürgermeister ergriffen hat. Wahrscheinlich sind sie aber durch bestimmte Einflüsse am Hof auch nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen, da irgendwelche Ergebnisse nicht bekannt sind.

---

[86]) Bishop William S. 5.
[87]) Bishop William S. 13.
[88]) Bishop William S. 14.
[89]) Bishop William S. 21.
[90]) Bishop William S. 22.
[91]) Bishop William S. 23.

Immerhin ist es nicht unmöglich, daß ein neuer, sehr ernster Angriff gegen die Juden im selben Jahre mit den obigen Dingen in Zusammenhang zu bringen ist.
Aus einem noch vorhandenen Brief Lord Angleseys an den Sekretär des Königs vom 6. August 1680 ersehen wir, daß man ihre Rechte erheblich einschränken wollte. Anscheinend fanden zwei Audienzen beim König statt. Sir Peter Pett hatte sich außerdem der Mühe unterzogen, alte Urkunden aus der Zeit vor 1290 einzusehen und dem König Vortrag darüber zu halten, was beweist, daß man im Falle eines Eingreifens geneigt war, auf gewisse Rechtszustände vor der Vertreibung zurückzugreifen. Man dachte daran, einige Persönlichkeiten, darunter Sir Peter Pett, zu besonderen Richtern zu ernennen. Lord Anglesey schlug ferner vor, führende Leute der Juden kommen zu lassen, um ihre Stellungnahme u. a. darüber zu hören, ob und welche besonderen Steuern sie für die Erlaubnis des Handeltreibens und des allgemeinen Aufenthalts zu zahlen geneigt seien. Offenbar war alles in allem auch eine Art Ghetto vorgesehen. Die Geistlichkeit war ebenfalls an diesem neuen Schema interessiert und durch den Bischof von Lincoln[92]) vertreten.
Man sieht, bedeutende Persönlichkeiten damaliger Zeit hatten sich der Sache der Judengegner angenommen, dennoch erwiesen sich die geheimen Kräfte als stärker. Die Vorschläge wurden zwar noch dem Privy Council zur Beratung vorgelegt, aber weiter hörte man nichts mehr darüber. Wir können uns nur dem Juden Wolf[93]) im Ergebnis der Feststellung anschließen, wenn er triumphierend bemerkt, daß „mächtige Einflüsse dagegen einsetzten und die Angelegenheit glücklicherweise fallengelassen wurde". Sehr wahrscheinlich meint er damit, daß die Juden den immer in Geldverlegenheit befindlichen König unterstützten.
Wir sind mit verschiedenen jüdischen Wissenschaftlern[94]) auch darüber einig, daß sich die gesamte Entwicklung des Judentums in England ganz anders ausgewirkt hätte, wenn dieser Plan seiner Gegner geglückt wäre. Fast um zweihundert Jahre waren die Juden in England ihren Rassegenossen auf dem Kontinent voraus. Ihre Rechte waren zwar zum Teil beschränkt, aber im allgemeinen standen ihnen alle Möglichkeiten einschließlich der Mischheiraten offen.
Die Regierungszeit Karls II. neigte sich ihrem Ende zu, ohne daß sich noch erwähnenswerte Fälle in der Judenfrage ereigneten. König Karl II. starb am 6. Februar 1685. Auch sein jüdischer Leibarzt hatte ihn nicht von seiner Krankheit heilen können[95]).
Ihm folgte sein Bruder Jacob II. auf den Thron, der allerdings nur kurze Zeit regierte. Wie nach dem Ableben Cromwells regten

[92]) All Souls Coll. M. S. 239 fol. 423.
[93]) Wolf: Status S. 185.
[94]) Wolf: Status S. 185, ferner: Whitehall Conference in Trans. Jew. Hist. Soc. Bd. V S. 280, Roth: New Light S. 134/35.
[95]) De Mesquita: Ancient Burial Ground S. 241, 242.

sich auch unmittelbar nach seinem Regierungsantritt die Judengegner, um auszufinden, ob der neue König den Juden günstig gesinnt war oder nicht.
Im Interesse einer einheitlichen Schilderung haben wir bisher einen Vorgang aus dem Jahre 1672 nicht behandelt, als die für die Juden so wichtige „Fremdensteuer" abgeschafft wurde. Diese Regelung war das hauptsächlichste Streitobjekt unter Jacob II. und auch in den ersten Regierungsjahren seines Nachfolgers, Wilhelms III. Mit dieser Steuer hatte es folgende Bewandtnis:
Schon seit frühesten Zeiten hatten Ausländer auf alle Steuern des Königs Zuschläge zu bezahlen. So unterlagen z. B. die Waren fremder Kaufleute, ganz gleichgültig, ob exportiert oder importiert, besonderen öffentlichen Abgaben[96]), denen die Ausländer auch nicht dadurch entgehen konnten, daß ihnen vom König das Einbürgerungs-Patent — wie es ja häufig bei den Juden unter Karl II. geschehen war — verliehen wurde.
Als Karl II. als König von England in seine Rechte eingesetzt wurde, erging ein Gesetz zur Regelung seines Einkommens aus Steuern. Diese Regelung ist unter dem Namen „Great Statute" bekannt und praktisch erst im Jahre 1785 aufgehoben worden. Dem König waren hiernach u. a. die aus der sogenannten Fremdensteuer anfallenden Einnahmen zur freien Verfügung überlassen worden. Entrichtete der Zahlungspflichtige diese Steuer nicht ordnungsmäßig, so wurden die betreffenden Waren konfisziert. Die eine Hälfte des Wertes erhielt die Krone, die andere der das Vergehen Anzeigende[97]).
Es dürfte verständlich sein, daß diese Fremdensteuer eine gute Einnahmequelle für den jeweils Berechtigten darstellte. Außerdem wachten auch die englischen Kaufleute darüber, daß sie erhoben wurde, war dies doch einer der Hauptgründe, daß die Konkurrenz der Ausländer überhaupt erträglich war. So überrascht es nicht, daß diese Steuer schon mindestens unter König Heinrich VII. bestand.
Um so befremdlicher ist es, daß wir in der amtlichen Sammlung ein Gesetz aus dem Jahre 1672 finden, das diese Steuervorschriften grundsätzlich aufhebt und bestimmt, daß durch den König eingebürgerte und sonstige Ausländer auf einheimische Produkte keine höheren Steuern mehr zu entrichten hätten, als gebürtige Engländer. Eine Ausnahme blieb nur für die Ausfuhr von Kohlen bestehen[98]). Wohlverstanden, dies Statut hat die Sanktionierung des Parlaments erfahren. Welche Gründe lagen für diese Haltung vor, die um so unverständlicher erscheint, als der englische Handel, dessen Vertreter ebenfalls im House of Commons zugegen waren, erheblich durch die Aufhebung dieser Steuer betroffen wurde. Wir haben uns sehr bemüht, die Gründe für die Zu-

[96]) Henriques: Special Taxation S. 58, Law of Aliens S. 98.
[97]) Henriques: Special Taxation S. 59/60.
[98]) Statutes of the Realm Bd. V S. 791/92.

stimmung des Parlaments ausfindig zu machen, aber alles Forschen war umsonst. Die Presse damaliger Zeit gibt keine Auskunft, auch die dafür in Frage kommenden amtlichen Sammlungen schweigen sich aus. So sind wir leider nur auf Vermutungen angewiesen. Henriques[99]) glaubt, daß das Gesetz im Interesse der Allgemeinheit erlassen wurde, um insbesondere die Ausfuhr zu fördern. Diese Ansicht kann nicht richtig sein, da gerade die englische Öffentlichkeit nie damit einverstanden gewesen ist, wie die noch zu behandelnden Vorfälle während der Regierungszeit Jacobs II. und Wilhelms III. zeigen werden.
Wir vertreten den Standpunkt, daß der Erlaß auf andere Gründe zurückzuführen ist, was sich aus folgendem ergeben dürfte:

Durch das oben erwähnte „Great Statute" war Karl II. als Empfangsberechtigter der Steuern erklärt worden. Von ihm war es also zum allergrößten Teil abhängig, ob er durch Aufhebung dieser Abgaben auf einen Teil seiner Privilegien verzichten wollte. Es war also lediglich seine Angelegenheit, sich für eine den Juden günstige Steuerregelung einzusetzen. Liegt daher nicht die Vermutung nahe, daß vor allem Karl II. vielleicht gegen eine Abfindung seitens der Juden zur Aufhebung bereit war? Man wird dagegen einwenden, daß sie nicht allein, sondern auch andere Ausländer durch dies Gesetz begünstigt wurden, was grundsätzlich zutrifft. War aber Karl II. nicht vielleicht willens, dies mit in Kauf zu nehmen? Hatte er nicht etwa die Juden trotzdem gegenüber anderen Ausländern begünstigt?[100]). In dem Gesetz von 1672 ist nämlich ausdrücklich festgesetzt worden, daß die Ausländer weiter auf Kohle die Ausfuhrsteuer zu entrichten hätten. Diese besondere Regelung war aber für die Juden ohne besonderes Interesse, da der Kohlenhandel nicht in ihren Händen lag[101]).
Es dürfte auch eine Erklärung für die Haltung des Parlaments in dieser Frage liegen. Wir werden in der nachfolgenden Zeit bis zum Jahre 1858 erleben, daß Volk und Parlament sehr oft völlig entgegengesetzter Ansicht in der Judenfrage sind. Die Volksvertreter sind anscheinend meistens durch irgendwelche Einflüsse gehalten, ohne Rücksicht auf den Willen ihrer Wähler judenfreundliche Politik zu treiben. Diese geheimen Kräfte sind nicht selten Bestechungsgelder. Die Mitglieder des englischen Parlaments waren auch zu dieser Zeit bereits durchaus nicht frei von diesen Fehlern. So finden wir Debatten im Unterhaus darüber, daß Abgeordnete nur durch gekaufte Wähler ins Parlament gekommen seien[102]). Wer aber selbst in einem solchen Fall besticht, dürfte sich gegebenenfalls auch bestechen lassen. Hinzu kommt, daß gerade einige Jahre vorher, 1662, große Geldmittel aufgewandt wurden, um das Parlament zu einer bestimmten Haltung zu ver-

[99]) Henriques: Special Taxation S. 60.
[100]) Auch Tovey glaubt an eine Begünstigung, gibt aber keine Begründung; s. Tovey S. 287.
[101]) Cunningham: Growth, Bd. Modern Times S. 247.
[102]) Cobbet Bd. V S. 434 ff.

anlassen. So schreckte der spanische Botschafter nicht davor zurück, Gelder an Mitglieder des House of Commons zu verteilen, um sie für den Plan der von Spanien erwünschten Heirat Karls II. zu gewinnen [103]). Warum sollten nach alledem nicht auch die Juden diesen Weg eingeschlagen haben?

Beim Regierungsantritt Jacobs II. wurden ihm ausdrücklich durch Gesetz des Parlaments verschiedene Steuereinkünfte übertragen[104]). Unter anderem wird in dem betreffenden Gesetz auch auf die Einkünfte nach dem Great Statute Bezug genommen, dagegen das Gesetz aus dem Jahre 1672 unerwähnt gelassen. Nach richtiger Auslegung galt damit das Gesetz von 1672 als stillschweigend aufgehoben, mit anderen Worten, die Ausländersteuer war wieder aufgelebt[105]). Anscheinend haben die Juden sofort diesbezügliche Vorstellungen bei Jacob II. erhoben; denn unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes erklärte er durch einen einfachen Erlaß, die Ausländersteuer gelte auch weiter als aufgehoben[106]).

Jetzt versuchte die City von London, den König durch ein Bittgesuch umzustimmen. Ihre Bemühungen und der allgemeine Unwille machten aber auf den König keinerlei Eindruck, und es blieb bei seiner ursprünglichen Anordnung[107]). Dies ist um so verwunderlicher, als ihn die City eingehend darauf hingewiesen hatte, daß die von ihm getroffene Bestimmung englische Wirtschaftsinteressen im In- und Ausland ruinieren müsse. Selbst die Tatsache, daß die Eingabe die Unterschriften von 64 der angesehensten Kaufleute trug, änderte nichts an der Haltung des Königs. Weitere Eingaben weltberühmter Handelsgesellschaften Englands, wie „The Hamburg Company", „Eastland Company" und der Kaufleute im Westen und Norden Englands erlitten dasselbe Schicksal[108]). Die Zahl und die wirtschaftliche Macht der Antragsteller war sicherlich den Juden überlegen, da es sich um fast sämtliche bedeutenden englischen Kaufleute handelte; dennoch hatte sich der König für die Juden entschieden.

Der Streit um diese Steuer sollte nochmals mit aller Macht in den ersten Regierungsjahren Wilhelms III. entbrennen. Bevor wir jedoch darauf eingehen, wollen wir die Regierungszeit Jacobs II. durch Schilderung eines anderen Kampfes in der Judenfrage beschließen.

Wie bereits erwähnt, gab es ein Statut aus der Zeit der Königin Elisabeth, das erhebliche Strafen für Nichtbesuch christlicher Gottesdienste androhte[109]). Diese Vorschrift war keinesfalls aufgehoben, jedoch in den letzten Jahrzehnten kaum beachtet worden. Ein gewisser Thomas Beaumont griff nun aber im Herbst 1685 auf dies Gesetz zurück und erhob Anklage wegen Verletzung

[103]) Lingard Bd. IX S. 72.
[104]) Statute of the Realm Bd. VI S. 1.
[105]) So auch Henriques: Special Taxation S. 61.
[106]) Tovey S. 287, 294.
[107]) Margoliouth: Anglo-Hebrew S. 44.
[108]) Tovey S. 288.
[109]) Henriques: Return S. 105/06.

des erwähnten Statuts gegen 48 Juden. Er ließ sogar 37 von ihnen verhaften, als sie sich zur Börse eingefunden hatten. Die Juden sahen, daß sie durch Inanspruchnahme der Gerichte nichts erreichen konnten, da sich die Maßnahmen auf bestehende Gesetze stützten. Sie wählten daher den auch bereits früher eingeschlagenen Weg der persönlichen Anrufung des Königs. In einem Gesuch an ihn wiesen sie wiederum auf die Erklärungen Karls II. aus dem Jahre 1673 hin und machten darauf aufmerksam, daß die dort verlangte Voraussetzung — einwandfreie Lebensführung — von ihnen eingehalten worden sei. Durch die Verhaftung sei ihnen bereits in ihrem Ansehen erheblich Abbruch getan. Am Schluß baten sie dann um Einstellung des Verfahrens.
Genau wie Karl II. gab auch Jacob II. den gewünschten Erlaß am 13. November 1685 u. a. mit den Worten, „es sei verfügt, daß der Kronanwalt sämtliche Verfahren einstellen solle“ [110]). Waren es auch wieder „die machtvollen Einflüsse“, um mit den Worten Wolfs bei den gleichen Anordnungen Karls II. im Jahre 1680 zu sprechen, welche die Aktion der Judengegner zu Fall brachten? Wir haben keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen.
Daß auch sonst Jacob II. den Hebräern recht wohl wollte, erhellt aus der Tatsache, daß in den drei Jahren seiner Regierungszeit nicht weniger als 34 Juden eingebürgert worden sind[111]) — eine sogar im Vergleich zu den Verleihungen unter Karl II. verhältnismäßig hohe Zahl —.
So haben wir gesehen, daß Karl II. und Jacob II. mehr den Interessen der Juden zugetan gewesen sind als denen ihrer eigenen Untertanen. Daß diese Hörigkeit nicht ohne Gegendienste blieb, dürfte für jeden Einsichtigen klar sein. Die Leistungen der Juden haben sehr wahrscheinlich in Zahlungen bestanden, da beide Herrscher fortwährend in Geldnot waren. Daß sie sich nicht einmal scheuten, jährliche Zahlungen bis zu £ 100.000 von König Ludwig XIV. von Frankreich entgegenzunehmen, um jede franzosenfeindliche Politik des Parlaments zu verhindern[112]), sei nur nebenbei erwähnt. Wenn sie also von fremden Herrschern zur Unterbindung des Willens des englischen Volkes Geld annahmen, warum sollten sie dann nicht auch das Geld der Juden für denselben Zweck verlangen und in die Tasche stecken?

Weitere Judenfreunde: Jacob II. und Wilhelm III.

Am Jahresende 1688 verließ Jacob II. England. Wilhelm III. stand vor den Toren Londons und zog unmittelbar nach der Flucht Jacobs II. in die Hauptstadt ein. Wir wissen, daß er ein größeres

[110]) Haggard Bd. I Anhang S. 3, Webb S. 39/40.
[111]) Webb, Anhang S. 18/19.
[112]) Clark S. 82 ff., 125.

Expeditionskorps für seine Unternehmungen auszurüsten hatte. Das Geld hierfür soll nach den Angaben jüdischer Geschichtsforscher hauptsächlich von Juden zur Verfügung gestellt worden sein. Danach lag die Finanzierung in Händen des jüdischen Bankiers Francisco Lopez Suasso, der sich später in England niederließ. Wahrscheinlich ist das Geld nicht unmittelbar an Wilhelm III. gezahlt worden, sondern an den holländischen Staat. Trifft dies zu, so dürfte der von den Juden gegebene Betrag mit jenen £ 600.000 in Verbindung stehen, die später von der englischen Regierung für die Expedition an Holland zu zahlen waren[113]).
Der nicht unbekannte jüdische Historiker Margoliouth macht darüber genaue Angaben, ohne jedoch seine Quellen zu nennen.
Nach seiner Schilderung mußte Wilhelm III. seine Vorbereitungen für die Expedition nach England vorübergehend aus Geldmangel einstellen. Als er verzweifelt nach einem Ausweg suchte, wurde ihm ein Jude gemeldet, der ihm ohne jeden Übergang mitteilte, „die jüdische Nation sei bereit, ihn mit 2 Millionen (wahrscheinlich Gulden) zu unterstützen. Haben Sie Erfolg, zahlen Sie es uns zurück. Geht die Sache schief, sind wir quitt“ [114]).
Margoliouth bemerkt dazu voller Stolz, daß also die Juden wieder einmal für England Großes geleistet hätten und Wilhelm III. seine Krone ihrem Golde verdanke[115]).
Nach der Flucht Jacobs II. wurde zunächst ein Übergangsgesetz bezüglich der Steuererhebung vom Parlament verabschiedet. Hierin war vorgesehen, daß bis zur endgültigen Regelung grundsätzlich an den Steuererhebungen wie unter Karl II. und Jacob II. festgehalten werden sollte[116]). Mangels ausdrücklicher Erwähnung des Gesetzes aus dem Jahre 1672 unter Karl II. würde dies die Wiederauflebung der Fremdensteuer bedeutet haben, die lediglich durch Königliche Verordnung Jacobs II. aus dem Jahre 1685 aufgehoben worden war. Mit seiner Flucht hatte diese Verordnung aber aufgehört zu bestehen, und damit war der Zustand von vor dem Jahre 1672 wiederhergestellt.
Ein Zollbeamter namens Pennington stellte sich auf diesen rechtlichen Standpunkt, als er am 30. Januar 1689 eine Anzahl von Juden mit der Begründung verhaftete, sie hätten die nach der Abdankung Jacobs II. wieder fällig gewordene Fremdensteuer nicht entrichtet[117]). Es handelte sich hierbei nicht um eine selbstherrliche Einzelaktion eines Beamten, wie man leicht aus den Schilderungen jüdischer Historiker[118]) herauslesen kann, sondern um eine von König Wilhelm III. zunächst gebilligte Handlung. Pennington hatte nämlich mit Unterstützung eines hohen Beamten des Schatzamtes den König über die gesetzliche Lage

[113]) Hyamson: History S. 188, Piciotto S. 52/53.
[114]) Margoliouth: History Bd. II S. 40—43, Pilgrimage Bd. II S. 229, Anglo-Hebrew S. 47.
[115]) Margoliouth: History Bd. II S. 43.
[116]) Statutes of the Realm Bd. VI S. 71.
[117]) Historical Manuscripts Commission Bd. 22 S. 35, Tovey S. 291.
[118]) Henriques: Special Taxation S. 62, Hyamson: History S. 185/86.

unterrichtet. Ferner wies er darauf hin, daß die zum Teil in den Einbürgerungsurkunden verschiedener Juden enthaltenen ausdrücklichen Privilegien auf Freistellung von der Fremdensteuer nichts an dem allgemeinen Rechtszustand ändern könnten. Denn die betreffenden Anordnungen hätten nach dem Ableben Karls II. bzw. der Abdankung Jacobs II. ihre Rechtswirksamkeit verloren. Pennington konnte den König überzeugen, daß die Juden sich demnach gegen die Gesetze vergangen hätten und infolgedessen die in Frage kommenden Waren verfallen und weitere Geldstrafen von ihnen zu entrichten seien. Außerdem hätten sie einen Betrag von £ 58.000 an Steuern nachzuzahlen, die seit dem 11. Dezember 1688 entstanden und fällig geworden waren. Der König gab Pennington im Rahmen der Gesetze freie Hand, und so erwarteten die verhafteten Juden ihre Aburteilung vor dem zuständigen Gericht. Es sollte aber wieder einmal nicht dazu kommen.

Die Juden und ihre Freunde waren natürlich bei der Entwicklung der Dinge nicht untätig geblieben. Zunächst richteten die Inhaftierten ein Gesuch an den König mit der Bitte um Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens. Sie begründeten dies Verlangen damit, daß ihre Einbürgerungsurkunden und damit auch die Freistellung von Zahlung der Fremdensteuer in Kraft seien. Gleichzeitig beriefen sie sich auf das Gesetz aus dem Jahre 1672 und den Aufhebungsakt aus dem Jahre 1685[119]). Es ist auffällig, daß auch ihnen die letztere Begründung als recht schwach erschien und sie sich daher mehr auf die ersteren Tatsachen stützten. Mit diesem Gesuch machten die Juden alle möglichen Anstrengungen, die für das Verfahren in Frage kommenden Beamten günstig für sich zu beeinflussen, auch die Höflinge wurden in ähnlicher Weise bearbeitet. Die Mittel hierzu waren wahrscheinlich die üblichen: Geld. Bei derartigen Gelegenheiten ist meistens niemand zugegen, und so kommen die Einzelheiten nicht ans Licht. Beide haben das gleiche Interesse, zu schweigen, und der Geschichtsforscher ist bei solchen Gelegenheiten auf Indizien bzw. Schlüsse angewiesen, die von in bestimmter Richtung Interessierten als abwegig oder als voreingenommen bezeichnet werden. Zur Vermeidung von Angriffspunkten hüten wir uns daher, eine derartige Haltung einzunehmen, vielmehr berufen wir uns, soweit möglich, bei solchen Vorkommnissen auf die Ansicht jüdischer Historiker, denen man wohl kaum Voreingenommenheit vorwerfen kann. Hier ist aber die Entwicklung derartig, daß sich der Ausgang der Angelegenheit nur durch Bestechung seitens der Juden erklären läßt.

Auf jeden Fall kam das Verfahren gegen die Juden nicht recht weiter. Pennington — gestützt auf die Anweisung seines Königs und die Gesetze seines Landes — wurde ungeduldig. Er machte eine Eingabe an den Privy-Council, der über das Einstellungs-

[119]) Tovey S. 290/91, Piciotto S. 48/49.

gesuch der Juden zu befinden hatte, und bat um Fortgang der Untersuchungen. Insbesondere suchte er um das Recht nach, vor jeder Entscheidung nicht nur die Stellungnahme der Juden zu berücksichtigen, sondern auch ihm als Vertreter des Staates und „insbesondere der Anklage" das Wort zu erteilen. Sein Gesuch hatte nur den Erfolg, daß man endlich den Beratungstermin anberaumte. Neun Tage wurde verhandelt, aber Pennington als Hauptvertreter der Behörde nicht ein einziges Mal gehört. Und wie auch unter Karl II. und Jacob II. kommt der Privy-Council unter dem Vorsitz des Königs zu einer Entscheidung, die weder mit den Gesetzen noch mit den Wünschen des Volkes zu vereinbaren ist: Das Verfahren wird eingestellt. In der betreffenden Anordnung vom 26. Februar 1689 wird keine Begründung für diese Haltung gegeben. Vielmehr heißt es nur, daß „Seine Majestät nach Erwägung der Angelegenheit heute huldvoll geruht haben, Sir George Treby, Kronanwalt Seiner Majestät, anzuweisen, alle auf Grund besagter Informationen bereits eingeleiteten Verfahren sofort einzustellen und von Verfolgung weiterer ähnlicher Fälle gegen die Bittsteller (Juden) abzusehen, da es Seiner Majestät ein Vergnügen ist, daß sie sich des vollen Nutzens aus den ihnen diesbezüglich gemachten schriftlichen Zusagen erfreuen..." [120]).
Man bedenke, König Wilhelm III. gibt durch diese Entscheidung Tausende von Pfunden jährlicher Einnahmen preis. Dies ist vor allem nicht mit seiner anfänglichen Haltung in Einklang zu bringen, zumal er damals erklärte, er würde nicht auf einen Pfennig fälliger Steuern von den Juden verzichten[121]). Auch die ganze Art des Verfahrens, insbesondere die Behandlung Penningtons, ist sehr befremdlich. Liegt es daher nicht nahe, anzunehmen, daß Wilhelm III. bei seinem Verzicht auf die hohen jährlichen Einnahmen durch eine Abfindung entsprechend entschädigt wurde? Wieder einmal sehen wir, wie die Mittel der Juden stark genug sind, selbst einen König Englands zu solchen Entscheidungen zu bewegen.

Erneute Kämpfe

Die englischen Kaufleute waren über diese Anordnung ihres Königs erzürnt und gaben offen zu erkennen, daß nur Bestechung solches Ergebnis hätte herbeiführen können. Dies ist uns insbesondere von Tovey[122]) übermittelt worden, der sicherlich noch genug Engländer aus dieser Zeit gekannt und so einen einwandfreien Bericht auf die Nachwelt überliefert haben dürfte. Selbst die jüdischen Geschichtsforscher[123]) scheinen die Bestechung nicht leugnen zu wollen.

[120]) Tovey S. 292.
[121]) Tovey S. 289, Piciotto S. 48.
[122]) Tovey S. 290 (er lebte von 1692 bis 1745).
[123]) Henriques: Special Taxation S. 63, Piciotto S. 48/49.

Die Judengegner gaben sich aber nicht sofort geschlagen, sondern kämpften weiter für ihr Recht und die nach ihrer Ansicht notwendigen Wirtschaftsinteressen. In einem ausführlichen Gesuch machten sie die Zollbehörden aufmerksam, daß der König durch die Nichtverfolgung der bisherigen Zollvergehen der Juden über £ 40.000 aufgeben würde. Durch Abschaffung der Fremdensteuer ginge in Zukunft eine weitere größere Summe verloren, die die englischen Steuerzahler später in Form von Grundsteuern aufzubringen hätten. Die Juden seien mangels Grundeigentums hiermit nicht belastet und daher wirtschaftlich weit besser gestellt. Im In- und Ausland würde die Wirtschaft Englands bei der jetzigen Situation von Juden beherrscht werden. Außerdem habe der König nach seiner augenblicklichen konstitutionellen Stellung keinerlei Recht zu einem Eingreifen. Endlich dürfte „solche Einstellung des Verfahrens lediglich eine Schlinge für die öffentlichen Ankläger, ob beamtet oder nicht, sein, denn anstatt die Vorteile wahrzunehmen, die das Gesetz ihnen zubilligte, würden sie nahezu ruiniert durch die Vorbereitung der Anklagen, die man dann ohne ihre Schuld einstellte..." [124]).

Wiederum taten die Juden, was sie konnten, um eine günstige Bescheidung des Antrags zu verhindern. Aber all ihre Bemühungen waren diesmal anscheinend umsonst. Der Druck des Volkes muß sehr stark gewesen sein, denn König Wilhelm III. hob mit dem 14. Oktober 1690 seine frühere Anordnung auf. Der Inhalt derselben zeigt deutlich, daß sowohl bei seinem als auch beim Regierungsantritt Jacobs II. die Fremdensteuer nach Ansicht der Kronjuristen wieder aufgelebt und die vorhergehende Verfügung König Wilhelms III. gegen die Gesetze ergangen war. Die in Frage kommenden Behörden wurden angewiesen, die Fremdensteuer genau wie vor dem Jahre 1672 zu erheben [125]).

Die Freude war natürlicherweise bei den englischen Kaufleuten groß, und sie dankten dem König für seine Maßnahme. Die Gründe für die veränderte, aber gesetzmäßige Haltung des Königs können wiederum nur vermutet werden. Waren es die Beamten gewesen, die eine ordnungsmäßige Anwendung der Gesetze verlangten? Wohl kaum! Denn auch früher hatten sie sich nicht in dieser Hinsicht durchsetzen können. Hatte der König zunächst die Abfindung bzw. Bestechung der Juden entgegengenommen, und zog er sich nun nach Erhalt derselben skrupellos auf die Gesetze zurück? Vielleicht! Es spricht allerdings mehr dafür, daß er den gesamten Verhältnissen, insbesondere seinem Wunsch auf Bewilligung einer großen Summe für Durchführung seiner Kriege in Irland und Frankreich Rechnung trug. Vor allem hoffte er, hierfür eine größere Anleihe in der City von London unterbringen zu können [126]). Die Juden waren nämlich kaum geneigt, Geld zu

[124]) Tovey S. 290—292.
[125]) Tovey S. 294/95.
[126]) Clark S. 168.

geben, sondern sie hatten sich außerordentlich zurückhaltend gezeigt, was man aus einem Brief des Grafen von Shrewsbury an den Oberbürgermeister von London vom 10. Februar 1690 ersehen kann. Hiernach äußert der Graf von Shrewsbury seinen Unwillen darüber, daß die Juden trotz ihrer vielen Privilegien und ihres blühenden Handels in England keine große Lust verspürten, die aufgelegte Anleihe zu zeichnen. Man habe bereits mit ihren Wortführern darüber verhandelt und angefragt, ob sie auch kein Geld für die Bezahlung von Heereslieferungen, welche von ihrem Rassegenossen Pereyra erfolgt seien, zur Verfügung stellen wollten. Sie hätten darauf lediglich den Betrag von £ 12.000 angeboten. Der König bäte nun ihn — den Oberbürgermeister —, die Wortführer der Juden einzuladen und ihnen verständlich zu machen, daß sie auf jeden Fall mehr Geld aufzubringen hätten. Sie sollten vor allem nicht vergessen, daß sie dem König für seinen Schutz verpflichtet seien[127]).

Wir wissen nicht, ob und welche Beträge die Juden am Ende entrichtet haben. Es ist auch nicht bekannt, warum sie zögerten, dem König Geld zu leihen. Vielleicht war ihnen der Zinssatz von 7%[128]) zu gering. Auf jeden Fall läßt ihre Haltung erkennen, daß eine wenn auch wahrscheinlich nur vorübergehende Trübung der guten Beziehungen zwischen König und Juden eingetreten war. Dies mag infolgedessen ein Grund für den Erlaß der betreffenden Verordnung des Königs gewesen sein, zumal er sich bei seinen Anleiheversuchen auf die Geldmittel der City[129]) zu stützen hatte und es für ihn so besser war, mit den englischen Kaufleuten auf gutem Fuß zu stehen. Bemerkenswert ist übrigens, daß wir auch hier wieder — wie unter Cromwell — einen Juden an anscheinend bedeutender Stelle unter den Heereslieferanten finden. Zusammen mit diesen Kämpfen um die Fremdensteuer fanden noch weitere Auseinandersetzungen in der Judenfrage statt.

Wie schon oben erwähnt, kam es Wilhelm III. vor allem zunächst darauf an, die notwendigen Gelder für die Wiedereroberung Irlands — das noch von Jacob II. verteidigt wurde — und für den Krieg gegen Frankreich zu finden. Anleihen hatten wenig Aussicht auf Erfolg, und so mußten eben neue Steuern erhoben werden. Vom Parlament wurde ein Komitee mit der Aufgabe betraut, die Mittel für die Erhebung von 2 Millionen £ ausfindig zu machen[130]). Man glaubte, diese für damalige Zeiten erhebliche Summe durch Einführung einer Kopfsteuer und durch eine einmalige Sondersteuer der Juden in Höhe von £ 100.000 hereinbringen zu können[131]). Auf diese Weise hätten die Hebräer doppelt zahlen müssen, da auch sie zu der Kopfsteuer herangezogen werden sollten. Es war ausdrücklich vorgesehen, daß sie den Betrag

[127]) Domestic State Papers Bd. 1689/90 S. 453.
[128]) Henriques: Special Taxation S. 49.
[129]) Acres Bd. I S. 7.
[130]) Journals of the House of Commons Bd. X S. 279.
[131]) Journals of the House of Commons Bd. X S. 281.

von £ 10 je Kopf zahlen müßten[132]), während die verschiedenen Steuerzahler nach ihrem Rang und Vermögen in verschiedene Klassen eingeteilt worden waren. Ein Vergleich damit zeigt, daß man die Juden recht hoch eingeschätzt hatte. Die Kopfsteuer brachte £ 288.000 ein[133]). Auch im nächsten Jahr bewilligte das Parlament eine Kopfsteuer. Die Juden wurden in Kaufleute und Makler eingeteilt. Auf erstere entfielen £ 20, auf letztere £ 5, so daß sie genau so veranlagt wurden wie Barone und Bischöfe. Im übrigen hatte der Rest der Juden mit Vollendung des 16. Lebensjahres den Betrag von 10 Schilling zu entrichten[134]).

Die Verabschiedung der Judensondersteuer stieß aber auf erhebliche Schwierigkeiten, was hauptsächlich darauf zurückzuführen war, daß die Hebräer mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Einführung der Steuer zu verhindern suchten. Sie brachten ein besonderes Gesuch beim Parlament ein, und zwar bevor überhaupt über das betreffende Gesetz verhandelt war. In der Urkundensammlung des Parlaments ist es nicht enthalten, sondern wir finden nur den Hinweis, daß es ungehörig sei, eine Bittschrift beim Unterhaus in diesem Sinne einzureichen. Diese Meinung drang durch[135]), und so ist das Gesuch überhaupt nicht erst in die amtliche Sammlung eingegangen. Henriques[136]) glaubt jedoch, eine Abschrift davon entdeckt zu haben, und dem Inhalt nach zu urteilen, dürfte das zutreffen. Sie ist wahrscheinlich kurz vor dem 19. November 1689, dem ersten Verhandlungstag, eingereicht worden. Gleichzeitig hatten die Juden inzwischen das Gerücht verbreiten lassen, daß sie bei Festsetzung der Steuer das Land verlassen und sich nach Holland begeben würden[137]). Man kann sich denken, daß diese Drohung nicht ohne Einfluß auf die judenfreundlichen Kreise gewesen ist. Am 19. November wurde formell die Bittschrift durch Mr. Foley überreicht[138]), was sofort die Einlegung eines Protestes zur Folge hatte. Als sich der Sprecher des Hauses diesem Schritt anschloß, wurde die Entgegennahme des Gesuchs abgelehnt.

Der Inhalt desselben ist sehr interessant. Zunächst finden wir eine kurze Zusammenfassung der Geschichte der Juden seit Cromwell. Dann wird auf die große Bedeutung hingewiesen, die sie trotz ihrer verhältnismäßig geringen Zahl für die englische Wirtschaft haben. Sie seien sehr große Exporteure von Wollwaren und „Importeure ungeheurer Werte an Gold und Silber ..., welche große Zolleinnahmen einbrächten. Von den Juden seien allein seit dem Jahre 1660 etwa £ 200.000 an Zöllen gezahlt worden".

„Ferner sei der Diamantenmarkt von den portugiesischen Besitzungen in Ostindien durch die Mittel und den Fleiß der Juden

[132]) Statutes of the Realm Bd. VI S. 65.
[133]) Parl. History Bd. V Anhang 19 S. 241.
[134]) Statutes of the Realm Bd. VI S. 158.
[135]) Parl. History Bd. V S. 444.
[136]) Henriques: Special Taxation S. 41 ff.
[137]) Domestic State Papers Bd. 1689/90 S. 318, Luttrell Bd. I S. 603.
[138]) Parl. History Bd. V S. 444.

hierher verpflanzt worden, wodurch England das Monopol in diesem wertvollen Handelsartikel erhalten hätte. Auf diese Weise kämen viele Ausländer ins Land, um Diamanten einzukaufen.
Auf keinen Fall sei es ihnen möglich, den Betrag von £ 100.000 an die Regierung als Steuer abzuführen."
Es sei auch unwahr, daß die Juden Cromwell eine große Summe für ihre Niederlassung in England angeboten hätten, wie es auch nicht den Tatsachen entspräche, daß Zahlungen für ihre verschiedenen Privilegien an Karl II. und Jacob II. erfolgten. „... Es gäbe ein Gerücht, daß für alles, was sie nicht zahlen könnten, die Juden in anderen Ländern einspringen, da man sie alle als ein gemeinsames Ganzes ansieht... Man gestatte sich, zu betonen, daß in Wirklichkeit jeder einzelne unter ihnen nur auf sich allein angewiesen ist, ohne von einem anderen abzuhängen ..." So könnten sie von ihren Rassegenossen in anderen Ländern keine Unterstützung erwarten, vielmehr würden diese bei Einführung der Steuer ihr in England investiertes Kapital zurückziehen und so das Geschäft ruinieren[139]).
Bei dem Inhalt fällt zunächst ihr Einspruch gegen die anscheinend geäußerte Vermutung auf, daß ihnen das Weltjudentum Unterstützung bei Bezahlung der £ 100.000 gewähren würde. Anscheinend hat man also auch schon damals an gewissen Stellen die Zusammenarbeit der Juden aller Länder erkannt, was sie selbst mittelbar dadurch bestätigen, daß sie an einer Stelle der Bittschrift davon sprechen, „die Juden seien eine Nation". Henriques[140]), dem diese Bemerkung peinlich zu sein scheint, sucht ihr die Bedeutung mit der Begründung zu nehmen, daß der Sinn des Wortes „Nation" zu damaligen Zeiten ein anderer gewesen sei als heute.
Nachdem in der Sitzung des Parlaments vom 19. November die Annahme des Bittgesuches abgelehnt war, wurde die nächste Aussprache auf den 30. Dezember verschoben. Eine besondere Debatte kann nicht mehr festgestellt werden, vielmehr findet sich nur der kurze amtliche Vermerk: „Erste Lesung eines Gesetzes, den Juden eine Steuer von £ 100.000 aufzuerlegen. Beschlossen, daß eine zweite Lesung stattfinden soll..."[141]). Wie schon oft, hören wir nichts mehr hiervon. Diesmal hatte im Gegensatz zu früher die erste Lesung über einen Antrag stattgefunden, aber es war dadurch nichts daran geändert worden, daß alles, was den Hebräern gefährlich werden konnte, spurlos in der Versenkung verschwand. Natürlich stellen auch die Juden und ihre Freunde Erwägungen darüber an, wie sich am besten das Aufgeben des Gesetzesantrages erklären läßt, ohne aber zu einer bestimmten Ansicht zu gelangen.

---

[139]) Abdruck in Henriques: Special Taxation S. 44.
[140]) Henriques: Special Taxation S. 58.
[141]) Journals of the House of Commons Bd. X S. 319, Domestic State Papers Bd. 1689/90 S. 453.

Zeit für Erledigung des Gesetzes war genug vorhanden, da das Parlament in fast ununterbrochener Sitzung bis zum 27. Januar tagte. Die Notwendigkeit, Geldmittel für die Weiterführung des Krieges zu haben, war mehr als dringend. Außerdem hatten die Juden in ihrer Bittschrift deutlich zum Ausdruck gebracht, wie reich sie seien. Wollte man nicht die ganze Summe eintreiben, so hätte man zumindest mit einem Teilbetrag beginnen können. Macaulay, der sich bei Beginn der Emanzipation im 19. Jahrhundert erheblich für die Juden einsetzte, vertritt ohne jede Begründung die Meinung, „einsichtige Politiker hätten nur feststellen können, daß eine besondere Besteuerung einer kleinen Klasse, die zufällig reich, unbeliebt und unverteidigt sei, in Wirklichkeit einer Konfiskation gleichkomme. So hätte man vorgezogen, das Gesetz nicht weiter zu betreiben“ [142]). Selbst der jüdische Jurist und Geschichtsforscher Henriques tritt ihm darin nicht bei. Nach seinem Standpunkt war man weniger von der Ungerechtigkeit als vielmehr von der Unmöglichkeit der Aufbringung der Summe durch die Juden überzeugt. Auch dies scheint nicht der wahre Grund zu sein, denn nichts wäre leichter gewesen, als die Höhe der Steuersumme herabzusetzen. Man ließ aber die ganze Steuer fallen, und so walteten wohl andere „unbekannte, aber machtvolle Einflüsse“, die die Verabschiedung des Gesetzes vereitelten.

Das Jahr 1694 sieht die Gründung der Bank von England [143]). Die ersten Direktoren waren ausschließlich Engländer, und erst im Verlaufe des 18. Jahrhunderts finden wir Juden in dieser Position. Zunächst waren die Hebräer gegen die Errichtung der Bank und versuchten, zusammen mit den Goldschmieden der City von London, die Bank zu Fall zu bringen. Man hatte ihr u. a. das Privileg verliehen, das Bankgewerbe auszuüben und den Handel in Gold- und Silberbarren zu übernehmen [144]). Ersteres war bisher ein Monopol der Goldschmiede, letzteres befand sich ausschließlich in Händen der Juden. Beide sahen daher in der Bank einen vom Staat unterstützten, unbequemen Konkurrenten. Auch war es den Hebräern anscheinend nicht recht, daß die Bank ohne ihre Hinzuziehung von ihren alten Feinden — angesehenen Bürgern der City — ins Leben gerufen war.

Im Jahre 1696 hatte das junge Unternehmen eine schwierige Krise durchzumachen, die es nur unter größter Kraftanstrengung überwinden konnte [145]). Die Ursache hierfür war, daß die Regierung die Gründung eines Konkurrenzunternehmens, der Landbank, begünstigte, und die Bank von England infolge der ungesetzlichen Münzbeschneidungen nicht imstande war, den öffentlichen Bedarf an unbeschädigten Münzen zu decken. Der Umfang der Verbrechen war so groß, daß Silbermünzen nur noch zu einem Bruchteil des

[142]) Macaulay: History Bd. III S. 497/98.
[143]) Acres Bd. I S. 8.
[144]) Acres Bd. I S. 5 ff.
[145]) Acres Bd. I S. 66 ff.

offiziellen Kurses gehandelt wurden[146]). Es hat den Anschein, als ob die Juden an dieser allgemeinen Finanzkrise nicht unbeteiligt waren, was aus noch vorhandenen Staatsdokumenten nachgewiesen werden kann.
Gemäß einem Protokoll vom 14. Mai 1696 in einer Angelegenheit der Bank von England steht fest, daß das Wanken des Vertrauens in den Kredit der Bank durch die Goldschmiede verursacht war, unterstützt durch unsaubere Geschäftsmethoden der Juden[147]). Ihre Wortführer wurden lediglich durch hohe Richter ermahnt, der Bank keine weiteren Schwierigkeiten zu machen[148]). Eine andere Mitteilung vom 6. August scheint darauf hinzudeuten, daß Juda geneigt war, Geldbeträge für die Gründung der Landbank zur Verfügung zu stellen[149]).
Wilhelm III. hatte inzwischen zum Schaden der City seine Gunst den Hebräern wieder geschenkt, und die Bürger erhoben Beschwerde über die schlechte Behandlung durch den König[150]). Ferner führten sie Klage darüber, daß die Juden bessere Bedingungen bei Anleihen erhielten als die City und daher im Jahre 1616 grundsätzlich bereit waren, einen größeren Betrag zu zeichnen, falls sie mit einer baldigen Rückzahlung rechnen könnten[151]).
Nachfolgende Vorgänge scheinen zu bestätigen, daß die Juden weiter an Einfluß gewonnen hatten:
Zu Beginn des Jahres 1696 wurde ein Antrag auf Erlaß eines Gesetzes zur Vermeidung von Betrug und Mißbräuchen im Plantagenhandel beim Parlament eingereicht, das hauptsächlich in den amerikanischen Kolonien zur Anwendung gelangen sollte. Sicherlich haben die dortigen Zustände eine dringende Abhilfe erheischt, da andernfalls das Gesetz nicht als notwendig verabschiedet wäre. Leider sind uns die Debatten darüber im Parlament und Komitee, soweit festgestellt werden konnte, nicht erhalten; immerhin können wir aber aus einem Abschnitt des Gesetzentwurfes entnehmen, wer von den Kolonisten und Antragstellern im Parlament als verantwortlich für diese Mißstände galt. In einem besonderen Paragraphen wurde nämlich verlangt, daß „nur in England oder Irland oder in den Kolonien Seiner Majestät geborene Untertanen sich als Kaufleute in den Plantagen niederlassen dürfen“ [152]). Demnach muß doch zunächst die Ansicht geherrscht haben, daß die Entfernung der Ausländer unbedingt für eine Abstellung der Mißstände notwendig sei. Zu denjenigen, die im Falle des Inkrafttretens des Gesetzes die Kolonien zu verlassen hatten, gehörten neben anderen Ausländern selbstverständlich auch zahlreiche Juden. So verwundert es nicht, daß sie bereits am 12. Februar 1696 ein Gesuch überreichten, worin um Ab-

[146]) Cobbett Bd. V S. 955.
[147]) Domestic State Papers Bd. 1696 S. 178.
[148]) Domestic State Papers Bd. 1696 S. 179.
[149]) Domestic State Papers Bd. 1696 S. 325.
[150]) Domestic State Papers Bd. 1696 S. 310.
[151]) Domestic State Papers Bd. 1696 S. 310, 317.
[152]) Journals of the House of Commons Bd. XI S. 491.

stand von der obengenannten Vorschrift gebeten wird, da andernfalls viele jüdische Familien dem Ruin verfallen müßten. Sie wünschten dem eingesetzten Komitee vor Erlaß des Gesetzes ihre Meinung zu unterbreiten[153]). Ob es nun die Bittschrift der Juden war oder ein so oft vermuteter anderer Einfluß, wissen wir nicht, auf jeden Fall wurde die für sie so gefährliche Bestimmung fortgelassen. Infolgedessen kam das genannte Gesetz am 10. April 1696 zur Verabschiedung, allerdings ohne die Ausländerklausel[154]). Man war insofern zu einem Kompromiß gekommen, als die Gouverneure der englischen Kolonien einen feierlichen Eid darauf zu leisten hatten, daß sie sich voll und ganz für die Beachtung der für Ausländer im Gesetz vorhandenen einschränkenden Bedingungen einsetzen würden[155]).
Die Juden hatten also erreicht, daß sie nach wie vor in den Kolonien bleiben durften. Die Auslegung der Gesetze hing aber wiederum von der Einstellung der Gouverneure ab, indes dürften sich die Hebräer mit den ihnen eigenen Methoden deren Wohlwollen zu sichern gewußt haben.

Jüdische Erfolge

Bevor das 17. Jahrhundert zu Ende ging, sollten die Juden noch einen großen Sieg über die City feiern.
Mehr als heute war das Vorwärtskommen eines Kaufmanns in damaliger Zeit davon abhängig, daß er als Makler zur Börse zugelassen wurde, wo sich der ganze Großhandel abspielte. Die City hatte aber seit langen Zeiten darüber gewacht, daß kaum Ausländer, auf jeden Fall keine Juden, Zutritt erhielten. Ihnen war natürlich die Bedeutung der Zugehörigkeit klar, und so setzten sie bereits unter Cromwell alles daran, daß wenigstens einer ihrer Rassegenossen Mitglied der Börse wurde. Trotz heftigen Widerstandes erreichten sie auch ihr Ziel, denn Cromwell sorgte dafür, daß die City unter seinem Druck Solomon Dormido, dem Sohn des bereits öfter genannten Juden, die Rechte eines Maklers verlieh[156]). Dies verstieß völlig gegen die herrschenden Gesetze, denn zunächst konnte ein Jude damals weder Vollbürger der City sein, noch den vorgeschriebenen christlichen Eid bei Einführung in sein Privileg leisten. Von diesen beiden Voraussetzungen wurde jedoch bei Dormido Abstand genommen. Wir sind uns durchaus mit Wolf[157]) darüber einig, daß diese Er-

[153]) Cobbett Bd. V S. 440.
[154]) Cobbett Bd. V S. 555.
[155]) Henriques: Special Taxation S. 65/66.
[156]) Wolf: Re-Settlement S. 9, 10, 14, Menasseh Ben Israel S. 106/07.
[157]) Wolf: in „Jewish Chronicle" v. 16. April 1897.

nennung unter Umgehung der Gesetze nur durch Schiebung, welche nicht mehr in den Überlieferungen festzustellen ist, zustande kam. In den Jahren 1671—1681 folgte dann die weitere Ernennung von sechs Juden unter gleichen Voraussetzungen[158]), wobei sich der Einfluß des judenhörigen Königs Karl II. Geltung verschafft haben dürfte.

Die Außerachtlassung von Gesetzen in solchen Fällen führt aber zu allen Zeiten zum gleichen Ergebnis: Einschleichen weiterer unerwünschter Elemente. So geschah es auch bei den Maklern der Börse von London. Im Jahre 1696 waren die dortigen Zustände derart geworden, daß eine Ausschließung eines Teils der Mitglieder und Neuordnung der gesamten Regulationen dringend notwendig erschien[159]). Auf Antrag der City wurde dann zu Beginn des Jahres 1697 vom Parlament ein Gesetz erlassen[160]), das u. a. eine Beschränkung der Zahl der zugelassenen Makler auf 100 vorsah. Nach den später dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen waren hierunter 12 Ausländer und 12 Juden. Man ließ danach für die Juden auch die frühere Voraussetzung der Eigenschaft eines Vollbürgers fallen und änderte für sie den Eid in einer Form, die ihnen die Ableistung gestattete[161]), während die ausländischen Kaufleute — unter ihnen befanden sich derzeit viele Deutsche, Holländer, Spanier und Franzosen — nach wie vor die Bedingung zu erfüllen hatten, Vollbürger der City zu sein[162]). Diese Eigenschaft zu erlangen, war für Ausländer mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft, und man muß sich daher wundern, daß die Juden sogar in der ihnen so feindlichen City so beachtliche Fortschritte machen konnten. Mit Recht weist Wolf[163]) darauf hin, daß es nicht etwa Furcht vor den Hebräern, sondern lediglich die Macht der sie beschützenden Regierung war, die die City zum Nachgeben zwang. Sie mußte nämlich andernfalls, wie Wolf weiter ausführt, einer Beschneidung der ihr seit alters her angestammten Rechte gewärtig sein. Man bedenke, eine englische Regierung war gewillt, der angesehensten Bürgerschaft des Königreichs ihren Willen zugunsten einer Anzahl von Juden aufzuzwingen.

Im Jahre 1698 verabschiedete man ein Gesetz gegen Gotteslästerungen. Die vom House of Lords vorgeschlagene Fassung des Gesetzes würde den Juden nicht mehr die Ausübung ihrer Religion gestattet haben[164]). Das Parlament lehnte jedoch diesen Text mit einer Mehrheit von 144 zu 78 Stimmen insofern ab, als man ausdrücklich in einer neuen Bestimmung vorsah, daß „Juden auf keinen Fall belästigt werden sollten“ [165]).

---

[158]) Wolf: First Stage S. 133.
[159]) Wolf in: „Jewish Chronicle“ v. 14. August 1903.
[160]) Statutes of the Realm Bd. VII S. 285—87.
[161]) Wolf: First Stage S. 134, Hyamson: History S. 208/09.
[162]) Wolf: First Stage S. 135.
[163]) Wolf: First Stage S. 132.
[164]) Henriques: Jews S. 167.
[165]) Luttrell: Brief Historical Relation Bd. IV S. 358.

Wir sehen, die Juden haben gegen Ende des 17. Jahrhunderts nicht unwesentliche Fortschritte gemacht. Sie erfreuten sich nicht nur der Gunst des Königs, sondern auch in zunehmendem Maße der Gunst des Parlaments.

Die Sitten verwildern

Im Verlaufe des nächsten Jahrhunderts und auch später werden wir erkennen, daß das Volk nach wie vor nichts von den Juden und ihren Freunden wissen wollte. Es ist infolgedessen eigenartig, daß trotzdem die von ihm gewählten Mitglieder des Parlaments in ihrer Mehrheit fast ausschließlich den Juden zugetan waren. Die jüdischen Geschichtsforscher führen die Haltung der ausschlaggebenden Kräfte im Staate — König und gesetzgebende Häuser — darauf zurück, daß sie den Wert der jüdischen Rasse erkannt und sich daher immer für sie eingesetzt hätten. Über eine solche Meinung läßt sich erheblich streiten. Sind es vielleicht nicht die von Wolf zugegebenen machtvollen und für die Außenwelt unsichtbaren Einflüsse gewesen, die für die Juden gearbeitet haben? Mit anderen Worten: War es nicht Geld, das König und Regierung zum Schutz der Juden veranlaßten?
Bevor wir hierauf weiter eingehen, muß zunächst einmal eine Vorfrage geklärt werden: War es überhaupt denkbar, daß der König und das immer wieder in der Geschichte so gelobte Parlament und House of Lords solch verabscheuungswürdiger Haltung fähig waren? Vorfälle in der Geschichte bejahen dies.
Wir können uns hier mit diesem Kapitel englischer Geschichte nur kurz befassen und wollen nur einige der vielen, aber hervorstechenden Ereignisse damaliger Zeit übermitteln:
Im Jahre 1694 mußte man den Sprecher im Parlament absetzen, weil er in einer gegen Verfassung und Gesetz verstoßenden Weise die Verabschiedung eines Gesetzes veranlaßt und dafür tausend Guineas (£ 1.050) erhalten hatte[166]).
Einen der höchsten Beamten des Staates, den Sekretär des Schatzamtes, steckte man in den Tower, weil ihm passive Bestechung nachgewiesen wurde. Die Öffentlichkeit war damals gegen ihn sehr aufgebracht. Schon seit langer Zeit hielt man ihn für denjenigen, der sich nicht nur bestechen ließ, sondern der auch durch seine Stellung mit Hilfe seiner Hintermänner andere Beamte usw. bestach[167]).
In derselben Zeit wurden weitere angesehene Persönlichkeiten ähnlicher Verbrechen überführt [168]). Der größte Skandal entstand jedoch durch die Aufdeckung von Bestechungen seitens der East

[166]) Cobbett Bd. V S. 901, 906.
[167]) Cobbett Bd. V S. 885—887.
[168]) Cobbett Bd. V S. 890 ff.

India Company, die damit günstige Entscheidungen des Königs und der gesetzgebenden Häuser herbeizuführen suchte. Man hatte den Gouverneur dieser Gesellschaft sofort verhaftet und verlangte von ihm Aufklärung über die Verwendung eines geheimen Fonds von £ 77.000[169]).

Unter größter Spannung wurde die Vernehmung vor Parlamentsmitgliedern durchgeführt. Viele Engländer in Amt und Würden zitterten um ihre Ehre, weil sie in die Affäre verwickelt waren.

Die erste Vernehmung fand am 23. April 1695 statt[170]). Man hätte annehmen sollen, daß der Gouverneur zunächst mit seiner Aussage vorsichtig gewesen wäre, denn er konnte nur dann Unterstützung von seinen in höchsten Stellen befindlichen Mittätern erwarten, wenn er sie schonte. Zu ihrem Entsetzen machte er jedoch von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, sondern offenbarte vielmehr, wenn auch in gewundener Form, die Wahrheit. Vor allem wollte der Untersuchungsausschuß über zwei große Posten von £ 10.000 und £ 33.000 Auskunft haben. Die nachfolgende Aussage des Gouverneurs muß daher eine Sensation bedeutet haben: „Der erste Betrag von £ 10.000", so führte er aus, „sei im November 1692 an Mr. Tyson gezahlt. Er hätte ihm bezüglich der Verwendung keine Anweisung gegeben, jedoch die Erwartung daran geknüpft, daß die seiner Gesellschaft eingeräumten Vorrechte bestätigt und Bestimmungen dazu festgesetzt würden ... Das Geld sei für den König bestimmt gewesen, aber er könne nicht sagen, ob dieser es erhalten habe. Seitens der East India Company wurde seines Wissens niemals irgendwelche Abrechnung über die Verwendung dieser £ 10.000 verlangt, aber nach seiner Erinnerung hätte ihm Mr. Tyson erzählt, daß das Geld dem König ausgehändigt sei. Der Betrag stelle ein übliches Geschenk dar, wie dergleichen auch schon unter König Karl seit Jahren erfolgte und sich aus den Büchern der Gesellschaft ergäbe. Man könne nicht leugnen, daß die Verhältnisse der Gesellschaft zur Zeit der Hergabe der Geschenke schlecht waren und daß er selbst diese Summe vorgestreckt habe, jedoch Rückzahlung in den vorgesehenen vier oder fünf Monaten nicht erfolgt sei ... Die weiter in der Abrechnung erwähnten £ 10.000 und £ 2.000 habe man etwa um die gleiche Zeit an Mr. Acton gezahlt, der erklärte, daß mehrere seiner Freunde den Belangen der Gesellschaft von großem Nutzen sein könnten. Verschiedene von ihnen wollten mit Parlamentsmitgliedern sprechen, jedoch könne er nicht angeben, wer sie seien. Es wurde aber angestrebt, ein Gesetz vom Parlament zu erwirken[171]).

Er fährt dann fort, daß es sich bei diesem Gesetz um ein Verbot zur Gründung einer weiteren Gesellschaft für Ostindien handelte, die damals geplant war, um dem Wunsch des Königs gemäß den

[169]) Cobbett Bd. V S. 913.
[170]) Cobbett Bd. V S. 915.
[171]) Cobbett Bd. V S. 915.

Handel daselbst endgültig zu regeln. Außer den Mitgliedern des Parlaments sei niemand beeinflußt worden[172]).
Verschiedene Lords, u. a. der Herzog von Leeds, hätten große Summen für die Verabschiedung des von der Company angestrebten Gesetzes erhalten.
Sir Basil Firebrace habe an verschiedene, dem Gouverneur nicht bekannte Personen etwa £ 33.000 ausgehändigt, um günstige Gesetze für die Gesellschaft sicherzustellen[173]).
Bei seiner Vernehmung bestritt Sir Basil die Verteilung des Geldes an einflußreiche Persönlichkeiten. Vielmehr habe er es bis auf einen Betrag von £ 500 selbst behalten[174]).
Sein Bankier sagte anschließend aus, daß er sich der Namen irgendwelcher Parlamentsmitglieder nicht erinnere, an die auf Ersuchen Sir Basils Geldzahlungen erfolgten. Er behielte niemals irgendwelche private Notizen über Personen, an die er Geld überweise[175]).
Die weitere Beweisaufnahme ergab, daß man sogar erwogen hatte, die Königin zu bestechen[176]), ja dem König eine besondere Summe von £ 50.000 zur Verfügung zu stellen, wenn er sich zugunsten der Gesellschaft einsetzte. Der König ließ aber durch seinen Gewährsmann antworten, „er wolle sich nicht in die Sache einmischen“[177]). Mag er auch diesmal das Geld nicht angenommen haben, weil es ihm vielleicht zu wenig war, aber daß man es überhaupt wagen durfte, ihm das Angebot zu machen, ohne daß er sofort gegen die Gesellschaft ein Verfahren einleiten ließ, ist für unsere Begriffe unverständlich und charakterisiert die ganze Einstellung des Monarchen.
Sir Thomas Cook und Sir Basil Firebrace wurden mit anderen Teilnehmern zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Verfahren gegen den Herzog von Leeds, damaligen Lordpräsidenten, kam nicht recht weiter und schlief später ganz ein. Jeder war überzeugt, daß er £ 5.000 für die Unterstützung der Verabschiedung des für die Gesellschaft günstigen Gesetzes erhalten hatte. Man fürchtete aber in den höchsten Kreisen, daß seine Verurteilung zahlreiche andere führende Persönlichkeiten verwickeln würde, und so wurde gegen ihn nichts unternommen[178]).
Die Bestürzung über die allgemeine Verrottung des Parlaments, des House of Lords und der königlichen Beamten muß in der Öffentlichkeit erheblich gewesen sein. Sie ist am besten in den Worten des Präsidenten des Parlaments ausgedrückt, wenn seine Rede bei Abschluß der verschiedenen Bestechungsfälle in den Worten gipfelt: „Welche Sicherheit kann die Nation haben, wenn wir einander kaufen und verkaufen[179])“.

[172]) Cobbett Bd. V S. 916.
[173]) Cobbett Bd. V S. 917—919.
[174]) Cobbett Bd. V S. 922.
[175]) Cobbett Bd. V S. 923.
[176]) Cobbett Bd. V S. 925.
[177]) Cobbett Bd. V S. 929.
[178]) Cobbett Bd. V S. 933—942.
[179]) Cobbett Bd. V S. 932.

Eine zeitgenössische Schilderung über die allgemeine Bestechung scheint daher nicht übertrieben zu sein. Danach war es Sitte, daß man zur Erreichung bestimmter staatlicher Akte die hierfür in Frage kommenden Parlamentsmitglieder und sonstige Personen zu einem Essen einlud, bei dem auf Kosten des Gastgebers erheblich getafelt wurde. Damit aber nicht genug. Vielmehr „fand jeder unter seinem Teller einen Haufen Banknoten" ...[180]).
Welches Ausmaß die Bestechungen angenommen haben müssen, ersieht man auch daraus, daß von 5 Millionen Pfund, die vom Parlament zur Fortsetzung des spanischen Erbfolgekrieges zur Verfügung gestellt waren, nur 2½ Millionen in die Truhen des Finanzministeriums gelangten[181]). Die Hälfte war in die Taschen von Engländern geflossen. Wahrscheinlich haben die Vorgänge an der Börse erheblich zu dieser Verrottung beigetragen, denn hier wurde ganz offen über Bestechungen diskutiert, ja „Wahlen für Parlamentsmitglieder wurden dort genau so laufend gehandelt wie Lotterielose"[182]).
Nach alledem glauben wir, daß es entsprechend den allgemeinen Verhältnissen nichts Ungewöhnliches, ja sogar die Regel war, König, Regierung und gesetzgebende Körperschaften zu bestechen. War dies aber allgemein, so sehen wir keinen Grund, zu bezweifeln, daß die Juden, die allezeit bei solchen Gelegenheiten dabei waren, ebenfalls das ihre dazu beigetragen haben.
An der Börse spielten aber auch schon damals die Juden eine erhebliche Rolle. „Die hebräischen Kapitalisten, welche mit Wilhelm III. nach England gekommen waren, hatten die Bedeutung der Spekulanten vergrößert, indem sie deren Anzahl noch vermehrten[183])." Es ist interessant, festzustellen, daß die Juden einen ähnlichen Betrug begingen, wie man ihn Rothschild nach der Schlacht von Waterloo nachsagt.
Eines Tages preschte auf schäumendem Gaul ein gutgekleideter Reiter in die City und verkündete mit lauter Stimme den aufmerksam gewordenen Einwohnern den Tod der Königin Anna. Es dauerte nicht lange, bis sich diese Kunde überall verbreitet hatte. Mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Nachfolgerschaft fielen die Staatspapiere an der Börse bis ins Endlose. Die christlichen Spekulanten warfen ihre Papiere auf den Markt und durch das Überangebot wurde noch mehr auf den Preis gedrückt. In dem allgemeinen Durcheinander bemerkte man kaum, daß die Juden unter Menasseh Lopez die Staatspapiere in großen Mengen aufkauften. Nach einiger Zeit stellte man fest, daß die Nachricht von dem Tode der Königin unwahr sei. Die Folge davon war ein Hinaufschnellen der Papiere und ein damit verbundener riesiger Gewinn der Juden[184]). Mit Recht weist John Francis[185])

[180]) Cobbett Bd. V S. 931 Fußnote.
[181]) Francis S. 34.
[182]) Francis S. 47—49.
[183]) Francis S. 27.
[184]) Piciotto S. 58.
[185]) Francis S. 49.

darauf hin, „daß natürlich keine positiven Informationen vorliegen, um bestimmten Personen den Betrug zur Last zu legen, aber der Verdacht lenkte sich natürlich auf jene, die durch diesen so öffentlich verübten Schwindel profitiert hatten".
In den anständigen Kreisen Englands war man sich darüber einig, daß „die Spekulanten der Ruin der Nation seien"[186]. Diese Zustände waren aber den Juden gerade recht, und so überrascht es nicht, daß „Juden aus allen Teilen der Welt sich an der Börse von London zusammenfanden"[187]. Die einzige Synagoge reichte nicht mehr aus, und so baute man eine zweite[188]. Der ununterbrochene Zustrom — meist osteuropäischer Juden — kann noch aus Staatsurkunden festgestellt werden. So finden wir Eintragungen von Paßerteilungen usw. für die Kinder Israels in einem nie vorher gekannten Umfang[189].
Bei einer derartigen Begünstigung ist es nur zu verständlich, daß die Juden Reichtümer über Reichtümer anhäuften, und zwar waren es zu dieser Zeit insbesondere Menasseh Lopez, Solomon Medina und Sampson Gideon, die sich ganz ungeheure Vermögen erwarben. Über den ersteren ist bereits berichtet worden. Er verdankt sein Vermögen hauptsächlich dem oben mitgeteilten Betrug[190].
Mit den beiden letzteren haben wir uns länger zu beschäftigen. Die eingehende Behandlung Sampson Gideons wird im Zusammenhang mit den politischen Kämpfen des Jahres 1753 erfolgen, während Solomon Medina seine größten Zeiten unter König Wilhelm III. und Königin Anna sah.
Letzterer war laut der einen Darstellung nach der Thronbesteigung Wilhelms III. mit dem Strom der Juden von Holland nach England gekommen[191]. Der Richtigkeit dieser Darstellung stehen jedoch Bedenken gegenüber, denn nach einer anderen Mitteilung[192] zahlte Medina bereits im Jahre 1677, also lange Zeit vor der Expedition Wilhelms III. nach England, festgesetzte Beiträge in die Kasse der jüdischen Gemeinde. Diese Beiträge wurden prozentual nach dem Umsatz berechnet. Piciotto hat ausgefunden, daß Medina nach den von ihm geleisteten Zahlungen im Jahre 1677 einen Umsatz von £ 32.000 und im nachfolgenden Jahr sogar von £ 80.000 gehabt haben muß, eine für damalige Zeiten beträchtliche Summe.
Sein Geld hat ihm sicher auch auf die eine oder andere Weise die Gunst König Wilhelms III. verschafft, denn am 23. Juni 1700 wurde er in den Ritterstand erhoben[193]. Dies ist um so be-

[186]) Francis S. 61.
[187]) Francis S. 81.
[188]) Margoliouth: History Bd. II S. 41 ff., Piciotto S. 54 ff.
[189]) Domestic State Papers Bd. 1696 S. 211, 420, 462, Bd. 1697 S. 49, 55, 90, 115, 139, 141, 149, 159 u. v. m.
[190]) Piciotto S. 59.
[191]) Jewish Encyclopedia Bd. VIII S. 425.
[192]) Piciotto S. 50.
[193]) Le Neve S. 473.

merkenswerter, als sich bei ihm im Gegensatz zu Colonell, der sich im Jahre 1660 zum Christentum bekehrte, keine diesbezüglichen Hinweise in den Überlieferungen finden. Der Übertritt zum christlichen Glauben ist anscheinend erst seinen Nachkommen überlassen geblieben[194]).
Sein Hauptbetätigungsfeld ist die Belieferung der Armee mit Nahrungsmitteln gewesen. Er dürfte dieselbe Rolle während des spanischen Erbfolgekrieges in England gespielt haben wie der Jude Oppenheimer in Österreich bei gleicher Gelegenheit[195]). Er war die Ursache für die Entlassung des Herzogs von Marlborough, des Vorfahren Winston Churchills, im Jahre 1712 und hat uns den Beweis der aktiven Bestechung in die Hände gegeben.

Marlborough, der Vorfahr Winston Churchill's

Der Herzog von Marlborough wurde auf all seinen Kriegszügen von Medina begleitet. Letzterer unterstützte ihn — wie seine Rassegenossen Cromwell — mit Spionage[196]) und „die Schlachten von Ramilies, Oudenarde und Blenheim trugen ebensoviel zu der Börse der Juden als zum Ruhme Englands bei“[197]).
Aber diese enge Verbundenheit der Juden mit einem der berühmtesten Feldherrn des 18. Jahrhunderts zeitigte ihre Resultate: Vom Standpunkt eines Soldaten muß es beschämend sein, zu sehen, wie jüdisches Geld dazu beigetragen hat, den Ruhm Marlboroughs zu beflecken. Wenn wir im folgenden länger bei dieser Angelegenheit verweilen, geschieht es nicht im geringsten, um seine für England so großen Taten herabzusetzen oder ihn mit Schande zu beladen, sondern es geht uns vielmehr darum, ein weiteres Beispiel dafür zu erbringen, daß jüdischer Charakter und jüdisches Gebaren sehr häufig die Ursache für derartige Unregelmäßigkeiten sind, wie sie Marlborough nachgewiesen wurden. Mag er auch geldgierig gewesen und so ein leichtes Opfer der Juden geworden sein, es läßt sich aber nicht die Mithilfe, ja vielleicht die Anstiftung Medinas aus diesem Vorfall wegdenken. Überhaupt spricht die Tatsache eine beredte Sprache, daß zugleich mit der größeren Einflußnahme der Juden auf das öffentliche Leben nach dem Jahre 1660 Bestechungen in Verbindung mit Rechtsbeugungen und Begehen von Verbrechen in unverhältnismäßig größerer Anzahl als vorher in der englischen Geschichte — insbesondere unter Elisabeth und Karl I. — festzustellen sind. Wir werden uns noch der Ausführungen Ludovicis erinnern, daß mit dem Tode Karls I. die Ausbeutung des Volkes anfängt. Seit

[194]) Jewish Encyclopedia Bd. VIII S. 425.
[195]) Frischauer S. 289.
[196]) Piciotto S. 58/59; Jewish Encyclopedia Bd. VIII S. 425, Margoliouth Bd. II S. 58/59.
[197]) Francis S. 31/32.

dieser Zeit beginnt aber auch der Jude in England Fuß zu fassen. Der Anfang der allgemeinen Mißstände mit dem gleichzeitigen Erscheinen der Juden muß zumindest Anlaß zum Nachdenken geben. Es wird dem Leser überlassen, zu entscheiden, ob nicht die Anwesenheit der Hebräer geradezu eine Bedingung sine qua non für die Entwicklung der abschreckenden Verhältnisse in England war. Vielleicht ist diese Meinung gar nicht so abwegig, wenn man sich einmal überlegt, daß es immer wieder der Jude ist, dessen Namen man mit der Verwilderung der Sitten verbindet. Der Fall Marlborough und Medina ist nicht einer der geringsten für diese Beweisführung.

Im Herbst 1711 fanden sich Anzeichen dafür, daß Marlborough große Bestechungssummen und andere öffentliche Gelder für sich verbrauchte.

Man ernannte eine Kommission, die in langen Sitzungen der Wahrheit auf den Grund zu kommen suchte. Anfang Oktober 1711 war bereits die Öffentlichkeit — wie wir aus einem Brief an Lord Oxford erfahren — von den Tatsachen unterrichtet[198]). Man hatte den Juden Medina als Hauptzeugen geladen und eidlich vernommen. Der Inhalt seiner Aussage rollt am besten die ganze Lage auf und soll, soweit wichtig, wiedergegeben werden:

„Sir Solomon de Medina, Ritter, vereidigt auf die fünf Bücher Moses, sagt aus, daß ihm in den Jahren 1707—1711, beide eingeschlossen, allein oder in Gemeinschaft, im Solde der Königin von Großbritannien als kontraktlichem Heereslieferanten die Versorgung der Streitkräfte in den Niederlanden und Belgien mit Brot und Brotwagen oblag, und daß er Seiner Gnaden dem Herzog von Marlborough zu dessen eigenem Gebrauch die verschiedenen unten aufgeführten Summen gegeben hätte, nämlich:

Für das Jahr	1707	etwa 65 000	Guilders (= holländische Gulden)
	1708	„ 62 000	„
	1709	„ 69 587	„
	1710	„ 66 810	„
		insgesamt 265 614	Guilders,

ferner 21 000 Guilders für das laufende Jahr als Teil einer gleichen Summe, wie oben erwähnt. Alle genannten Beträge habe er Seiner Gnaden gezahlt, weil die früheren Heereslieferanten ihm ebensolche jährlichen Summen ausgesetzt hatten.

Weiter sagte er aus, daß er den Offizieren jährlich 21 Waggons Brot gratis bewilligte, von denen 12 oder 14 für den eigenen Gebrauch des Herzogs waren, und daß die früheren Lieferanten ebenfalls dasselbe getan hätten.

Der Zeuge teilte ferner mit, daß er in den besagten Jahren 1707 bis 1711, beide eingeschlossen, jährlich eine Gratifikation von 500 Golddukaten an Mr. C—l (Cardonel), Sekretär des Herzogs von Marlborough, für seine Mühe und Sorgfalt bei Bearbeitung

[198]) Coxe Bd. III S. 458.

der holländischen Kontrakte gezahlt habe. Ferner bekundete er, daß er von allen Beträgen, die er in Holland von Mr. Sweet, Unterzahlmeister in Amsterdam, auf Grund besagter Kontrakte erhielt, 1% an diesen für prompte Regulierung zahlen mußte, was ebenfalls bei den früheren Lieferanten üblich war. Dessenungeachtet war Sweet aber mit den Zahlungen dermaßen im Rückstand, daß der Zeuge sich darüber beim Herzog von Marlborough beschweren mußte, bei welcher Gelegenheit er ihn auch über die Mr. Sweet gemachten, obenerwähnten Zuwendungen von 1% unterrichtete, und Seiner Gnaden tadelte Mr. Sweet, daß er nicht pünktlicher an den Zeugen zahlte.

Weiter sagte der Zeuge aus, daß aus den Büchern Antonio Alvarez Machados, der das Brot und die Brotwagen für die Streitkräfte in englischem Solde in den Jahren 1702, 1703, 1704, 1705, 1706 geliefert hatte, ersichtlich sei, daß er dem Herzog von Marlborough gleichgroße jährliche Summen gezahlt, wie sie der Beklagte seither von ihm erhalten hätte. gez. S. de Medina[199]).

Die Aussage Medinas, überhaupt das ganze zunächst möglichst geheim gehaltene Verfahren kam schnell zu Ohren des abwesenden Marlborough. Sofort sandte der „beleidigte General", um mit den Worten von Coxe[200]) zu sprechen, einen Verteidigungsbrief an die Kommission. Auch hieraus wollen wir den wörtlichen Text, soweit er sich auf den Fall Medina bezieht, in kurzem Auszug wiedergeben:

Haag, 10. November 1711.

Meine Herren,

Wie mir bei meiner Ankunft hier mitgeteilt wurde, hat Sir Solomon de Medina Sie davon unterrichtet, daß ich verschiedene Summen Geldes von ihm erhalten habe. Ich weise jedoch darauf hin, daß es sich hierbei nicht um mehr handelt, als stets als offizielle Nebeneinnahme für den General oder Oberkommandierenden der Armee in den Niederlanden und Belgien sogar schon vor der Revolution und seither zulässig war. Ich versichere Ihnen gleichzeitig, daß ich alle Beträge, die ich je erhalten, beständig für den Dienst am Volke, nämlich für Spionagezwecke, verwendet habe ...[201]).

Dann nimmt Marlborough noch zu den Anschuldigungen bezüglich des Verbrauchs weiterer öffentlicher Gelder Stellung, die hier im einzelnen nicht interessieren. Es darf aber darauf hingewiesen werden, daß Marlborough nicht die Entgegennahme der Gelder von Medina leugnet, sie aber nicht für sich, sondern für den Staat gebraucht haben will. Außerdem führt er zu seiner weiteren Verteidigung aus, daß schon der Empfang des Geldes als solcher gesetzmäßig gewesen sei, weil es sich hierbei um seit langer Zeit bestehende, erlaubte Nebeneinkünfte handelte.

---

[199]) Report of the Commissioners S. 28—31.
[200]) Coxe Bd. III S. 459.
[201]) Report of the Commissioners S. 7/8, Parl. History Bd. VI S. 1057.

Man vernahm auch den Sekretär Marlboroughs, der sich um die Abwicklung der Brotverträge zu kümmern hatte. Dieser sagte unter Eid aus, daß „er von solchen Nebeneinnahmen weder je gewußt noch gehört hatte, bis Sir Solomon de Medina seine diesbezüglichen Aussagen vor den Kommissaren machte“ [202]). Ferner teilte er mit, daß er selbst als Sekretär nicht von dem Empfang der ebenfalls in Frage stehenden öffentlichen Gelder wußte[203]).
Marlborough hielt es für geraten, so schnell wie möglich den Haag zu verlassen und sich nach England zu begeben. Am 17. November traf er in Greenwich ein. Sein Empfang in London war kalt[204]). Inzwischen war auch die Öffentlichkeit aufmerksam geworden. Pamphlete erschienen gegen ihn, die zum Teil mehr von dem Wunsche beseelt waren, Marlborough herunterzureißen, als zu den Tatsachen Stellung zu nehmen. Andere[205]) — und wir wollen uns nur mit ihnen beschäftigen — konnten sich nicht erklären, wie ein Mann in seiner Stellung so viel Geld hätte verbrauchen können. Nach einer solchen Veröffentlichung hat Marlborough aus seinen verschiedenen offiziellen Ämtern eine jährliche Einnahme von £ 62.325 gehabt. Seit dem Jahre 1701 habe er von den Juden und aus öffentlichen Quellen insgesamt £ 623.381 erhalten. Endlich habe er noch verschiedene Sonderzahlungen empfangen, wie z. B. £ 50.000 von Holland nach der Schlacht von Blenheim[206]). Die hierin festgestellte Gesamtsumme scheint übertrieben, und der von der Untersuchungskommission gefundene Betrag von etwa £ 523.000 ist wahrscheinlicher[207]).
Anfang Dezember traten die beiden gesetzgebenden Häuser zusammen[208]). Damit wurden auch die parteipolitischen Kämpfe über diese Frage eröffnet. Marlboroughs Gegner taten alles, um die Untersuchung so schnell wie möglich zu Ende zu bringen. Sie waren damit erfolgreich, und bereits Mitte Dezember lag der Bericht der Kommission vor. Am 15. Dezember wurde im Parlament beschlossen[209]), ihn sämtlichen Mitgliedern zugänglich zu machen. Seine Verlesung fand am 21. Dezember statt[210]). Zunächst war die Aussage Medinas und der obenerwähnte Brief Marlboroughs wiedergegeben. Im Anschluß daran vertrat dann die Kommission den Standpunkt, daß derartige Bezahlungen aus Heereslieferungsverträgen schon wegen ihres eigentlichen Charakters „niemals als gesetzlich erlaubt angesehen werden können“. Außerdem habe bisher kein englischer General solche Beträge als erlaubte Nebeneinkünfte in Anspruch genommen. Auch im allgemeinen „seien sie nicht gerechtfertigt, weil entweder die

[202]) Report of the Commissioners S. 17.
[203]) Report of the Commissioners S. 21.
[204]) Coxe Bd. III S. 462 ff.
[205]) No Queen — no General S. 10/11.
[206]) Yearly Income of the Duke . . . S. 1 ff.
[207]) Report of the Commissioners S. 6, 22, 23.
[208]) Coxe Bd. III S. 469 ff.
[209]) Coxe Bd. III S. 478.
[210]) Coxe Bd. III S. 478, Parl. History Bd. VI S. 1049, Journals of the House of Commons Bd. XVII S. 15 ff.

Öffentlichkeit oder die Truppen notwendigerweise im Verhältnis zu solchen Nebeneinkünften benachteiligt würden[211]). Ferner ergäbe sich aus der Aussage des Sekretärs, daß in der Angelegenheit mit großer Heimlichkeit vorgegangen sei — ein Beweis für das eigene schlechte Gewissen Marlboroughs —. Habe letzterer wirklich das Geld für Spionagezwecke verbraucht, so liege darin bereits ein Verzicht auf angeblich erlaubte Nebeneinkünfte. Endlich sei auch nach ihrer Ansicht in dem Verhalten Marlboroughs ein großer Vertrauensbruch zu erblicken. „Bei den Kontrakten für Brot und Brotwagen scheint der General der einzige zu sein, der die Heereslieferungen überwacht. Er hat darauf zu achten, daß die Vertragsbedingungen richtig erfüllt werden und muß alle Abzüge oder Zuschläge beurteilen, die dem Lieferanten zu machen sind. Eine Entscheidung darüber, ob er unter solchen Umständen irgendwelche Gratifikationen oder Nebeneinkünfte von dem Vertragslieferanten annehmen kann, ohne einen Vertrauensbruch zu begehen, will sich die Kommission nicht anmaßen. Mit gleichem Recht könnte der General ebensogut eine Nebeneinnahme aus jedem anderen Heereskontrakt beanspruchen, wie für Brot und Brotwagen. Aber da Seiner Gnaden hierüber schweigt, sollte die Kommission annehmen, daß er keine derartigen Zuwendungen erhalten hat[212])".

Bezüglich der übrigen erhaltenen Beträge, die mit Medina nicht in Verbindung standen, kam man dann zu dem Schluß, daß es sich um öffentliche Gelder gehandelt und Marlborough sich wegen der Verfügung hierüber ebenfalls strafbar gemacht habe[213]).

Unter der Wucht dieser Anklage enthob die Königin Marlborough am 30. Dezember aller seiner Ämter, um, wie sie hervorhob, eine unparteiische Untersuchung zu gewährleisten.

Am 24. Januar 1712 fand die Debatte über den Bericht der Untersuchungskommission statt. Auf beiden Seiten waren die besten Redner aufgeboten worden. Man enthielt sich in Anbetracht der Verdienste Marlboroughs um sein Land aller Schärfe und nahm rein sachlich zu dem Bericht Stellung[214]). Seine Verteidiger brachten noch die eidesstattliche Versicherung des Buchhalters der jüdischen Firma Machado bei, von der Marlborough ebenfalls Gelder aus den Brotverträgen erhalten hatte. Dieser Angestellte besaß besonderen Einblick in die Geschäfte und äußerte sich wie folgt: „Ich sage aus: Ich erkläre und bestätige, daß es Sitte und Gebrauch war, daß die Heereslieferanten für Brot dem Oberkommandierenden des Heeres ... und ebenfalls mehreren Offizieren geringeren Ranges jährlich ein sehr beträchtliches Geschenk machten. Dieses Geschenk oder Gratifikation war entsprechend der Stärke der Armee, an die die Brotlieferungen

[211]) Report of the Commissioners S. 16.
[212]) Report of the Commissioners S. 17, 18.
[213]) Report of the Commissioners S. 18 ff.
[214]) Coxe Bd. III S. 484 ff., Journals of the House of Commons Bd. XVII S. 38, Parl. History Bd. VI S. 1077.

erfolgten. Schon früher, nämlich unter Wilhelm III., habe eine solche Praxis geherrscht, „... und so wurde", wie der Zeuge weiter mitteilte, „aus langer Gewohnheit ein Recht begründet in der Art, daß die Lieferanten der Meinung waren, der Oberkommandierende hätte einen rechtlichen Anspruch darauf...[215])."
Diese Aussage war dazu bestimmt, frühere Ausführungen Marlboroughs in seinem Brief vom 10. November 1711 zu bestätigen. Die Verteidigung brachte im übrigen mehr oder weniger nur die von Marlborough dort erwähnten Gründe vor. Seine Gegner machten sich dagegen die Stellungnahme der Untersuchungskommission zu eigen. Mit einer Mehrheit von 270 zu 165 Stimmen wurde festgestellt: „... daß die Annahme verschiedener Summen Geldes jährlich von den Heereslieferanten für Brot und Brotwagen in den Niederlanden und Belgien seitens des Herzogs von Marlborough unverantwortlich und widerrechtlich war [216])."
Eine ähnliche Entscheidung erging bezüglich der weiter von Marlborough vereinnahmten öffentlichen Gelder.
Der Empfang von 500 Dukaten seitens des Sekretärs Marlboroughs, Mr. Cardonel, wurde ebenfalls für strafbar befunden und er sofort seiner Mitgliedschaft im Parlament für verlustig erklärt. Auch der bereits genannte Mr. Sweet wurde wegen des gleichen Vergehens als straffällig angesehen[217]).
Königin Anna wurde gebeten, den Kronanwalt anzuweisen, das formelle Strafverfahren gegen Marlborough einzuleiten. Sie kam diesem Wunsche nach, das Verfahren wurde aber sehr nachlässig betrieben. Der Grund war, so hören wir, „entweder die Nachsicht der Königin gegenüber einem Manne, dem sie so sehr vertraut hatte, oder vielleicht, um die Angelegenheit zu beleben oder zu vernachlässigen, je nach dem künftigen Betragen des Angeklagten ..." [218]). Das Verfahren sollte später ganz einschlafen.
Marlborough veröffentlichte bald nach dem Beschluß des Parlaments eine Verteidigungsschrift, worin er sich in gleicher Weise entschuldigte wie in seinem Brief vom 10. November 1711. Er fügte hinzu, daß Prinz Waldeck, der frühere General in Belgien, dieselben Gelder erhalten habe. Der Empfang gewisser Gratislieferungen von Brot entspreche ebenfalls einer alten Gepflogenheit. Auch Tilly habe diese erhalten[219]). Außerdem könne er sich nicht vorstellen, daß die Öffentlichkeit durch die Zuwendungen der Juden Machado und Medina benachteiligt worden sei. Endlich habe er nicht einen Vertrauensbruch begangen, denn die Verträge seien vom Schatzamt abgeschlossen. Die Armee habe allgemein nie Mangel an Brot gelitten; Beschwerden sei er immer nachgegangen[220]).

---

[215]) Journals of the House of Commons Bd. XVII S. 37.
[216]) Journals of the House of Commons Bd. XVII S. 38, Parl. History Bd. VI S. 1077.
[217]) Coxe Bd. III S. 486.
[218]) Parl. History Bd. VI S. 1077/78.
[219]) Case of His Grace S. 1—5.
[220]) Case of His Grace S. 6.

Sein Sekretär Cardonel habe nichts mit Brotlieferungen zu tun gehabt und infolgedessen auch nichts von seinen erlaubten Nebeneinkünften gewußt.
Von den an Mr. Sweet gezahlten Geldern habe er keine Ahnung gehabt[221]).
Wir wollen es uns versagen, auf die vielen Schriften für und wider Marlborough aus dieser Zeit einzugehen. Die Angabe der Tatsachen seiner Verteidigung möge genügen.
Marlborough versucht, sich dadurch reinzuwaschen, daß es sich bei den Zuwendungen aus den Brotkontrakten um erlaubte Nebeneinkünfte gehandelt habe, mit anderen Worten, er macht ein Recht geltend. Ein solches Recht entsteht aber nur, wenn es nicht gegen die geschriebenen Gesetze und — was eigentlich noch viel wichtiger ist — nicht gegen das Anstandsgefühl aller gerecht und billig Denkenden verstößt. Hierbei kommt es nicht auf die Anschauung eines bestimmten Kreises, sondern auf die Allgemeinheit an. Mögen daher die Juden und ihre Genossen geglaubt haben, die Generäle hätten einen Anspruch gehabt: Menschen mit allgemein geltenden ethischen Anschauungen können ein solches Gebaren nicht billigen. Eine derartige Handlungsweise ist durch alle Zeiten von Recht und Sitte als Bestechung bezeichnet worden. Abgesehen davon, daß ein Beamter bei solchen Geldempfängen in seinen Entscheidungen unfrei wird, kommt hinzu, daß die öffentlichen Gelder darunter leiden, denn es wird doch wohl niemand glauben, daß die Juden die Beträge aus ihrer eigenen Tasche oder zum Nachteil ihres eigenen Verdienstes gezahlt haben: Die Bestechungsgelder wurden gleich als Unkosten in ihre Berechnung einkalkuliert, mit anderen Worten, der Staat hatte — und hat auch noch heute in solchen Fällen — die eingesetzten Aufschläge für die Verbrechen seiner Beamten zu zahlen.
Der große Feldherr hat, abgesehen von der Frage der Nebeneinkünfte, behauptet, er habe das Geld nicht für sich, sondern für öffentliche Zwecke — Spionage — verwendet, eine Aussage, die den Vorteil hat, daß ein geordneter Nachweis der Ausgaben infolge der Natur der Dinge unmöglich ist. Ob er die ihm von Medina überlassenen 21 Wagen Brot dem gleichen Zweck zugeführt hat?
Nach Lage der Dinge dürfte es jedenfalls keinem Zweifel unterliegen, daß sich Marlborough und seine Mitarbeiter einerseits und die Juden Machado und Medina andererseits der passiven bzw. aktiven Bestechung schuldig gemacht haben, was auch von einigen Historikern zugegeben wird[222]).
Dieser Vorfall reiht sich vielen ähnlichen in der Geschichte, wie den noch in aller Erinnerung befindlichen von Barmat und Stavisky — um nur einige zu nennen — würdig, oder besser unwürdig an. Es ist allerdings bedauerlich, daß die gerade beschriebe-

[221]) Case of His Grace S. 7.
[222]) Graetz: History Bd. V S. 217, Jesse: Memoirs Bd. I S. 400.

nen Ereignisse mit dem Namen Marlboroughs verknüpft sind. Der bekannte englische Parlamentarier und Deutschenhasser Churchill ist sein direkter Nachkomme und einer der bekanntesten und eifrigsten Judenfreunde Englands.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Allgemeinheit des Volkes bei solchen Vorgängen nicht viel von der Ehrenhaftigkeit der Juden hielt und daher nach wie vor feindlich gegen sie eingestellt war. Dies ergibt sich recht nett aus einer überlieferten Anekdote. Ein Engländer war einem Juden verschuldet, der Klage auf Rückzahlung erhob. Es bestand ein altes Gesetz, wonach ein Jude nicht im eigenen Namen, sondern nur im Namen des Königs klagen konnte.

Die Verhandlung fand vor einem der höchsten Richter statt. Der Engländer erhob die formelle, oben genannte Einrede und hielt die Klage für abweisungsreif. Der Richter fragte, ob er noch etwas anderes zu seiner Verteidigung vorzubringen habe. Der Beklagte verneinte. Der Richter verurteilte ihn darauf zur Zahlung mit folgender Begründung: „Selbst unter Zugrundelegung Ihrer Verteidigung werden Sie verurteilt, dem Juden seine Forderung zu zahlen, denn letzterer hat seine Klage nicht gegen einen Christen eingebracht, sondern gegen einen Juden, und zwar gegen einen solchen, der ein noch größerer Jude ist als er selbst [223]).

Die Literatur erbringt ebenfalls zahlreiche Beweise dafür, daß das Volk nach wie vor die Juden ablehnte[224]). Wir wollen uns nur mit einem Buch: „A historical and Law Treatise against the Jews and Judaism" beschäftigen, welches im Jahre 1703 veröffentlicht wurde. Der Verfasser führt im Vorwort aus, daß seine Darlegungen nicht als Haßschrift, sondern als faire Auseinandersetzung gedacht seien, welchem Vorhaben er auch treu geblieben sein dürfte. Die Juden und ihre Freunde allerdings sind, soweit sie das Buch besprochen haben, anderer Meinung. Dies ist aber wohl darauf zurückzuführen, daß der Verfasser auf Tatsachen hingewiesen hat, die den Hebräern unangenehm waren. Daß diese Mitteilungen nicht übertrieben sind, dürfte sich aus den bereits oben genannten Ausführungen von John Francis ergeben. Außerdem sind sie nur eine Verallgemeinerung der sich aus dem Fall Medina ergebenden Momente. Endlich haben die geschilderten Zustände so viel Ähnlichkeit mit modernen Verhältnissen in allen Ländern einschließlich Deutschland vor der Machtüberahme, daß wir keinen Anlaß haben, den Angaben zu mißtrauen.

Nach Ansicht des Verfassers bestanden noch die Gesetze von früher, wonach den Juden der Aufenthalt in England verboten war. „Die ungläubige und unmoralische Freiheit," so hören wir weiter, „die die Juden sich unter uns nehmen, hängt ab von der Macht und Stärke ihres Geldes, das — wie wir gerade Grund haben

---

[223]) Piciotto S. 52.
[224]) Law Treatise S. 2/3.

zu vermuten — korrupterweise durch viele Kanäle (in diesem Königreich) läuft..." [225]).

An einer anderen Stelle werden die Juden mit Heuschrecken verglichen. „Wie die Heuschrecken zum Korn, so sind die Juden zu den Christen. Die ersteren verzehren das Korn, und die letzteren unterminieren die Gemeinschaft..." [226]).

Vor allen Dingen müsse man die Rabbiner des Landes verweisen [227]). Der Verfasser beschäftigt sich dann mit der Behauptung, die Juden trügen fast ausschließlich zur Hebung des Handels bei. Man könne sich hierüber streiten, aber zunächst sei einmal sicher, daß „sich die Juden durch ihren lasterhaften Scharm und geheime Intrigen kühn erdreisten, den größten Teil unseres Handels an sich zu reißen..." [228]).

Es sei erstaunlich, wie sich auch sonst die Vergrößerung des Handels ausgewirkt habe. An vielen Stellen der Welt hätten die Juden bereits die englischen Kaufleute verdrängt. So würde der gesamte Handel von Barbados und Jamaica von ihnen ausgeübt. Sie seien die Freunde aller Rassen und Religionen und machten daher überall skrupellos Geschäfte. Nach England würden die größten Schufte von den Juden geschickt. „Durch ihre Rassegenossen werden sie mit Geld, Juwelen und Waren von großem Wert ausgestattet, um nach außen hin gut aufzutreten und so Kredite zu erlangen. Wenn sie dann bei uns soweit wie nur irgend möglich verschuldet sind, verschwinden sie unter Annahme neuer Namen und lassen uns im Stich. Die anderen Juden helfen ihnen, mit dem so ergaunerten Vermögen zu entkommen, und auf diese Weise vermehren sie ihren Reichtum durch Betrügereien und Schandtaten..." [229])." Es hat sich also auch hier nichts gegen früher geändert.

Anfang des 18. Jahrhunderts hielten die Juden anscheinend auch die Zeit für einen Kauf von Privilegien und Plätzen zu einer geschlossenen Siedlung für gekommen. Sie boten einem Minister und sehr engen Freund Marlboroughs [230]), Lord Godolphin, £ 500.000 für den Verkauf der Stadt Brentford in der Nähe Londons und Einräumung zahlreicher Privilegien. Der Agent der Juden teilte mit, „daß die Angelegenheit bereits mit ihren führenden Brüdern im Ausland erwogen sei; es würde bedeuten, daß die reichsten ihrer Kaufleute hierher kämen und natürlich würden zusätzlich die oben erwähnten 20 Millionen in diesem Lande zirkulieren." Lord Molesworth drängte Lord Godolphin, auf das Gebot einzugehen. Letzterer ließ aber mit Rücksicht auf die zu erwartende heftige Opposition der Geistlichkeit und Kaufleute davon ab, ob-

---

[225]) Margoliouth: History Bd. II S. 57.
[226]) Law Treatise S. 13.
[227]) Law Treatise S. 15/16.
[228]) Law Treatise S. 17.
[229]) Law Treatise S. 18.
[230]) Dictionary of National Biography Bd. VIII S. 44.

wohl die Juden für die Erfüllung ihrer Wünsche bis zu 1 Million Pfund zu zahlen bereit waren[231]).

Die Regierungsjahre der Königin Anna sahen, soweit bekannt, eigentlich nur einen einzigen Gesetzesakt von Wichtigkeit bezüglich der Juden vor.

Um das Jahr 1701 hielt es das Parlament für erforderlich, im Falle des Übertritts eines jungen Juden zum Christentum folgendes Gesetz zu erlassen: „Wenn ein Kind jüdischer Eltern zum christlichen Glauben übertritt oder den Wunsch hat, den christlichen Glauben anzunehmen, kann es durch entsprechenden Antrag beim Lord-Kanzler seine Eltern zwingen, ihm einen ihren Verhältnissen entsprechenden ausreichenden Unterhalt zu gewähren..." [232]).

In Verbindung mit diesem Gesetz ist eine amüsante kleine Anekdote überliefert.

Ein junger Jude war zum Christentum übergetreten. Sein Vater entzog ihm daraufhin jeden Lebensunterhalt. Der Sohn erhob Klage auf Zahlung gegen den Vater und stützte seinen Anspruch auf das obengenannte Gesetz. Der Vater wollte die Sache ausfechten und suchte einen bekannten Anwalt auf. Letzterer versprach, sein Bestes zu tun. Der Fall sei jedoch so schwierig, daß er einen Tag und eine Nacht darüber nachdenken müsse. Außerdem ließ er dem Juden darüber keinen Zweifel, daß er ein erhebliches Honorar verlangen würde.

Am nächsten Tag kam der Jude pünktlich zur vereinbarten Stunde und leitete seine Unterhaltung wie folgt ein: „Nun, ich hoffe, es ist alles in Ordnung, daß dieser Schuft von Sohn sein Schweinefleisch nicht auf meine Kosten essen kann." „Nach einer schlaflosen Nacht des Nachdenkens bin ich auf einen Plan gekommen", frohlockte der Anwalt, „und es ist der einzige, der ihn wirksam daran hindern wird, Schweinefleisch oder irgend etwas anderes auf Kosten seines jüdischen Vaters zu essen." Hier stockte der Anwalt — der Jude verstand ihn und zahlte ihm eine größere Summe für die zu erwartende Rechtsauskunft. Der Anwalt steckte das Geld sorgfältig ein und erteilte dem Juden folgenden Ratschlag: „Der einzige Ausweg, den Ihnen verhaßten Akt ihrer Majestät unwirksam zu machen, ist, daß Sie sich öffentlich in einer Kirche taufen lassen; denn Sie sehen, das Gesetz bezieht sich nicht auf die Kinder von Christen, sondern nur von jüdischen Eltern." Der Jude erschrak und fragte, ob dies der einzige Ausweg sei. Der Anwalt bejahte und erklärte: „Das Aussinnen hat mich letzte Nacht des Schlafes beraubt." „Dann wünschte ich nur, Sie hätten geschlafen und wären nie wieder erwacht", murmelte der enttäuschte Jude und zog ab[233]).

---

[231]) Spence S. 77.
[232]) Tovey S. 295/96, Hyamson: History S. 210.
[233]) Margoliouth: History Bd. II S. 55—57.

IV. TEIL

1714—1753:
Erster Emanzipationskampf und Niederlage der Juden

Der Südsee-Skandal

Die Welfen hatten nach dem Tode der Königin Anna im Jahre 1714 den englischen Thron bestiegen. Die allgemeinen Schwierigkeiten des neuen Königshauses waren zu Anfang recht groß. Ganz trübe sah es aber nach dem Zusammenbruch der South Sea Company aus:
Diese Gesellschaft hatte nach und nach die gesamten öffentlichen Schulden von zirka £ 30 Millionen übernommen. Als Gegenleistung verpflichtete sich die Regierung, ihr jährliche Zinsen auf diese Schulden bis zu einer gewissen Zeit zu zahlen und vor allem — das Wichtigste — ihr weitgehende Privilegien im Handel einzuräumen. Anfänglich tätigte die Gesellschaft große Geschäfte, ihre Aktien stiegen. Später führte man aber die Öffentlichkeit durch falsche Gerüchte und Aussichten auf Gewinne irre und erreichte dadurch, daß die Aktien von £ 100 pari auf £ 1.000 stiegen. Ein Fieber hatte England ergriffen. Adlige, Bürger, überhaupt Angehörige aller Klassen stürzten sich in dies Spekulationsgeschäft. Plötzlich verkauften die Direktoren der Gesellschaft ihre Papiere — die Aktien fielen. Hunderte, ja Tausende von Existenzen wurden vernichtet. Eine große Krise brach für die Regierung herein. Sie konnte sich nur einigermaßen dadurch retten, daß ihr führender Mann — Sunderland — zurücktrat und sie die hauptsächlichsten Sünder — die Direktoren der Gesellschaft und den Finanzminister Aislabie — bestrafte. Es überrascht, daß die Juden sich zwar an der Spekulation, nicht aber an dem eigentlichen Schwindelmanöver beteiligten; ihre Aktien hatten sie anscheinend rechtzeitig verkauft und so keinen Schaden erlitten[1]). Die Feststellung Hyamsons, die Juden hätten sich überhaupt nicht daran beteiligt, ist falsch, da

[1]) Hyamson: History S. 217.

sich aus den amtlichen Untersuchungsakten des Strafverfahrens ergibt, daß sie beim Stand von £ 150 bis £ 300 ebenfalls als Käufer aufgetreten waren[2]).

Heinz Krieger[3]) hat in seinem unlängst erschienenen Buch aus der Tatsache, daß die Juden ohne Verluste aus der Angelegenheit hervorgingen, geschlossen, sie hätten zusammen mit Robert Walpole das ganze Manöver verursacht. Diese Feststellung ist indes von ihm durch nichts bewiesen. Wir selbst hatten zunächst gleichfalls die Hand der Juden in diesem Spiel vermutet. Sehr eingehende Nachforschungen haben aber kein belastendes Material gegen sie zutage bringen können. Weder die amtlichen Untersuchungsakten gegen die Schuldigen, noch die fast zahllosen Schriften empörter und ruinierter Engländer geben uns einen Hinweis auf Mitschuld der Juden. Gerade die letzteren hätten sicher mit der Wahrheit nicht zurückgehalten. Man muß sich also damit zufrieden geben, daß eine einwandfreie wissenschaftliche Feststellung bezüglich einer Beteiligung der Juden nicht zu führen ist, und es bleibt dem Leser überlassen, sich in dieser Beziehung seine eigene Meinung zu bilden.

Krieger hat ferner die Ansicht vertreten, Walpole sei mit zahlreichen Juden befreundet gewesen und für die Katastrophe verantwortlich zu machen. Der erste Punkt trifft zu, denn unzweifelhaft unterhielt Walpole sehr enge Beziehungen zu dem Rothschild damaliger Zeiten, Sampson Gideon[4]). Da aber eine Beteiligung der Juden an dem Südseeskandal nicht festgestellt werden kann, ist ihre Verbindung mit Walpole in dieser Beziehung ohne Bedeutung. Darüber hinaus steht aber fest, daß Walpole nicht, wie von Krieger ausgeführt, in den Jahren 1717 bis Mai 1720 der Regierung angehörte[5]). Vielmehr war er der Führer der Opposition und bekämpfte durch Reden im Parlament und durch eine öffentliche Schrift das von der Regierung bezüglich dieser Gesellschaft vorgeschlagene Gesetz[6]).

Juden in den Kolonien

Bevor wir weitere Feststellungen über die Entwicklung der Judenfrage in England treffen, wollen wir ein Streiflicht auf die englischen Kolonien werfen.

Erhebliches Material über Ausbreitung der Juden daselbst ist vorhanden und zum großen Teil bereits veröffentlicht worden; wir wollen aber nur ganz kurz unter Benutzung des Werkes von Hyamson darauf eingehen.

---

[2]) Report of the Committee . . . S. 52 ff., Anhang zu den Reports S. 16 ff.
[3]) Krieger S. 49 ff.
[4]) Hyamson: History S. 216/17.
[5]) Haydn S. 156, 165, 244, G. E. C. Bd. VI S. 129.
[6]) Oliver S. 238—243, Lecky Bd. I S. 374.

Barbados dürfte diejenige englische Besitzung sein, in der die Juden zuerst, und zwar bereits um 1630, offen aufgetreten sind. Bald kamen weitere Rassegenossen hinzu, und der Handel lag zu einem ganz erheblichen Teil in ihren Händen. Versuche der englischen Kolonisten, die Rechte der Juden einzuschränken und die Steuern gemäß ihren großen Einkünften möglichst hoch zu bemessen, waren jeweils nur von vorübergehender Dauer[7]).

Mit der Beteiligung der Juden an der Entwicklung von Jamaica haben wir uns schon oben beschäftigt. Auch dort ist eine stete Steigerung ihres Einflusses in der Wirtschaft der reichen Insel zu erkennen. Die englischen Siedler richteten deshalb im Jahre 1671 zur Wahrung ihrer Interessen einen Antrag auf Ausweisung der Juden an den Staatsrat. Sie erreichten das Gegenteil. Der judenfreundliche Karl II. lehnte nicht nur ihr Ansinnen ab, sondern empfahl Schritte zur Begünstigung jüdischer Einwanderung. Der Erfolg war auch hier der fast alles beherrschende Einfluß der Juden auf Handel und Wandel dieser Besitzung[8]). Wie immer bei solchen Gelegenheiten wehrt sich die gesund empfindende Bevölkerung eines Landes, und so wurden zirka 10 Jahre später neue Versuche unternommen, die Juden außer Landes zu weisen. Natürlich wieder ohne Erfolg! Und der Anfang des 18. Jahrhunderts zeigt sogar die Bestrebungen der Juden, passives Wahlrecht zu der dortigen Volksvertretung zu erlangen. Das Unterfangen schlug fehl. Im übrigen geben sie selbst zu, daß sie schon in dieser Zeit fast das Monopol des ergiebigen Zucker-, Melasse- und Rumhandels innehatten[9]).

Auch auf den anderen westindischen Inseln fand man überall zahlreiche Juden.

Die ersten Hebräer auf dem amerikanischen Festland sollen im Jahre 1654 in Neu-Amsterdam — dem jetzigen Neuyork — gelandet sein. Sie breiteten sich dann über die anderen Teile Nordamerikas aus. Nachdem Neuyork im Jahre 1664 von den Engländern besetzt war, erzielten die Juden gute Fortschritte. Schon im Jahre 1672 wurden sie gesetzlich nicht mehr als Ausländer angesehen. Zwar hatten sie noch einige Rückschläge in ihrer Entwicklung, indem ihnen z. B. um das Jahr 1685 der Kleinhandel verboten wurde — jedoch war es lediglich ein Übergang — und die letzten Jahre des 17. Jahrhunderts sahen sie im Besitze jeder Handelsfreiheit und sonstiger Privilegien.

Bereits im Jahre 1727 bestehen kaum noch irgendwelche Schranken für die Einbürgerung der Juden, da man den hierfür festgelegten Eid mit den Schlußworten: „Upon the true faith of a Christian" (bei dem treuen Glauben eines Christen) bei Juden für unnötig erklärte. So fiel hier schon früh eine zunächst so unbedeutend aussehende gesetzliche Phrase, die aber so wichtig war, daß sie die völlige Emanzipation der Juden in England bis zum Jahre 1858

[7]) Hyamson: History S. 198—200.
[8]) Hyamson: History S. 200/01.
[9]) Hyamson: History S. 202—204.

aufzuhalten vermochte. In Nordamerika hatte die Fortlassung dieser Eidesnorm natürlich den entgegengesetzten Erfolg, und so ist es bei der jüdischen Geisteseinstellung nicht verwunderlich, daß sie sich entgegen den Gesetzen sogar schon im Jahre 1737 an den Wahlen beteiligten. Ihre Stimmen wurden zwar nach längeren Debatten in der Volksvertretung für nichtig erklärt[10]).
In Kanada lassen sich sichere Spuren von Juden erst bei Verdrängung der Franzosen durch die Engländer im Jahre 1760 erkennen[11]). Sicherlich ist es kein Zufall, daß der Jude der modernen Zeiten den Fahnen der Briten folgte.
Weitere Einwanderungen von Juden lassen sich noch in anderen Teilen englischer Kolonien in Amerika feststellen, die zunächst jedoch nicht von größerer Bedeutung sind[12]).
Alles in allem besteht kein Zweifel, daß die Juden in den Kolonien zumindest denselben Einfluß hatten wie im Mutterland, und es überrascht daher nicht, daß von dort die ersten erfolgreichen Schritte zur Emanzipation unternommen wurden.

Vorbereitungen der Juden zu ihrem ersten Emanzipationskampf

In der Geschichte kann immer wieder dieselbe Taktik der Juden nachgewiesen werden: sie versuchen, in Kleinarbeit zu ihrem Ziel zu gelangen. Zunächst erstreben sie von der gesetzgebenden Körperschaft den Erlaß eines Gesetzes in einer Sache von untergeordneter Bedeutung: die erste Stufe für spätere Bemühungen und gleichzeitig eine Prüfung des Widerhalls einer solchen Maßnahme im Volke. Ist er nicht günstig, nun, dann wartet man ein bißchen und bereitet durch Propaganda für das nächste Mal eine bessere Stimmung vor.
So war es auch im Jahre 1740, das in die Geschichte der Juden in England als wichtiger Markstein eingehen wird, mag es zunächst auch noch so unbedeutend aussehen. In diesem Jahr verabschiedete man nämlich das sogenannte „Gesetz betr. Naturalisation solcher ausländischer Protestanten und anderer darin Erwähnter, die in den Kolonien Seiner Majestät in Amerika angesiedelt sind oder siedeln werden“ [13]).
Ein unbefangener Leser kommt zunächst nicht darauf, daß das Gesetz auch einschneidende Bestimmungen für Juden in Amerika bringt. Niemand wird bei dem Wortlaut der Überschrift: „Ausländische Protestanten und andere“ gerade an Juden denken. Die

[10]) Hyamson: History S. 204/05.
[11]) Hyamson: History S. 206/07.
[12]) Hyamson: History S. 214/15.
[13]) Statutes at large Bd. XVII S. 370.

meisten Menschen werden sich auch kaum die Mühe machen, lange Gesetze — die englischen sind darin kaum zu übertreffen — durchzulesen, und wenn wirklich jemand auf den Gedanken kommt, sich mühsam durch das Gestrüpp der englischen Gesetzessprache durchzuarbeiten, wird er kaum den gesamten Inhalt einer Durchsicht unterziehen. Vielleicht wird er die erste Sektion von etwa 700 Worten überfliegen und je nach Temperament und Interesse feststellen, daß wohl auch im folgenden alles in Ordnung sei — oder daß er nun wirklich genug von diesem ledernen Geschreibsel habe. In den nächsten zwei Abschnitten befinden sich nun aber die wichtigen Bestimmungen über die Juden — allerdings auch wieder nur in einem Nebensatz erwähnt. Dies ist in Abschnitt 2 derart geschehen, daß den Juden die für damalige Zeit so einschneidende Befreiung von dem Heiligen Abendmahl, welches vor dem staatlichen Akt der Einbürgerung zu erfolgen hatte, gewährt wurde. Endlich war man ihnen in der dritten Abteilung insofern entgegengekommen, als man ihnen erlaubte, den Eid of Abjuration[14]), welchen sie bei Aufnahme in den Staat abzulegen hatten, ohne den Schlußsatz „upon the true faith of a Christian" zu leisten.

Waren es die schon häufiger festgestellten Einflüsse auf die Parlamentsmitglieder — war es die geschickte Fassung des Gesetzes oder gar die Verbindung Robert Walpoles mit den Juden, die dieses Gesetz so unbeachtet vom öffentlichen Interesse zustande brachten? Auf jeden Fall steht fest, daß die Klausel bezüglich der Juden regelrecht unter Täuschung des Volkes erschlichen wurde. Als der Herzog von Bedford im Jahre 1753 anläßlich der Judendebatten im Oberhaus eingehend zu den damals schwebenden Fragen Stellung nahm, führte er bezüglich des Zustandekommens des Gesetzes aus dem Jahre 1740 folgendes aus: „Ich finde, das amerikanische Gesetz sollte, soweit es sich auf die Naturalisation der Juden bezieht, abgeschafft werden. Wir alle wissen, wie kunstvoll dieser Teil des Gesetzes eingeführt wurde. Wir haben ferner davon Kenntnis, daß es durchgejagt wurde, oder ich möchte fast sagen, es geschah ganz unbemerkt, denn nichts, was sich auf die Juden bezieht, war bei Abstimmung ersichtlich, noch erschien etwas darüber im Titel dieses Gesetzes ...[15]).

Demnach hat es sich um eine Unregelmäßigkeit gehandelt, oder, wie Coxe die Worte des Duke of Bedford kurz zusammenfaßt, „um Überraschung und Unachtsamkeit ..."

Es ist dies nicht nur die Meinung eines Mitgliedes des Oberhauses, sondern auch die eines Parlamentsmitgliedes, nämlich des Grafen von Egmont. Auch er nahm zu den Vorgängen des Jahres 1740 Stellung: „Wenn das Volk bis jetzt noch nicht seine Unzufriedenheit über das Naturalisationsgesetz derjenigen Juden, die sieben

---

[14]) Wörtlich: Eid der Abschwörung, und zwar der Lehnstreue gegenüber dem Stuart Jacob II. und seinen Nachkommen.

[15]) Parl. History Bd. XV S. 107.

Jahre lang in unseren Plantagen gelebt haben, gezeigt hat, so nur aus dem Grunde, weil der Teil des Gesetzes, der sich auf Juden bezieht, unbemerkt durchgegangen ist, ohne je bei der Abstimmung in diesem Hause oder in dem Titel aufzutauchen, so daß sehr wenig Leute von der Existenz einer derartigen Maßnahme wissen ...[16]).

Wenn wir uns oben gefragt haben, welche von den verschiedenen Möglichkeiten für die Verabschiedung des Gesetzes in Frage kommen, so haben wir nun die Gewißheit, daß der Aufbau des Gesetzes und die Unkenntnis des Volkes erheblich dazu beigetragen haben.

Wieviele Juden in den Kolonien eingebürgert sind, läßt sich schwer feststellen. Bei der Auseinandersetzung im Jahre 1753 behaupteten einige Forscher[17]), daß bis zu diesem Zeitpunkt 185 Juden die britische Staatsangehörigkeit erworben hatten, während ein anderer[18]) von mehreren hundert spricht. In Jamaica verlangten die Juden sogar unter Hinweis auf das Gesetz die Erteilung des Wahlrechts, was ihnen abgeschlagen wurde[19]) und im übrigen gleichzeitig ein Beispiel dafür ist, in welchem Maße die Juden ein ihnen gewährtes Privileg sofort mißbrauchen.

Auch in England selbst waren die Juden darauf aus, weitere kleine Teilerfolge zu erringen.

Unter König Jakob I. waren einer Anzahl angesehener Kaufleute der City von London Vorrechte für den Handel mit der Levante erteilt und daraufhin ein Unternehmen unter dem Namen Levante-Handels-Gesellschaft gegründet worden. Die Möglichkeit des Beitritts war an gewisse Voraussetzungen gebunden und nur auf eine kleine Anzahl von Personen beschränkt. Auf jeden Fall konnten die Juden nicht in die Gesellschaft eindringen, da ihnen vor allem gewisse Bedingungen entgegenstanden.

Fast der gesamte Handel in der Türkei befand sich dagegen in Händen von Juden[20]), und ihre Rassegenossen in England versprachen sich sicher nicht ohne Grund eine Vorzugsstellung bei den wirtschaftlichen Beziehungen mit diesem Lande.

1744 kamen ihnen die Verhältnisse bei der Levante-Gesellschaft sehr entgegen. Seit einigen Jahren ging es mit deren Handel bergab, weil die Franzosen geeignetere Waren für die Türken und infolge des kürzeren Weges von Südfrankreich auch zu billigeren Preisen liefern konnten. Hinzu kamen Machtverschiebungen im Nahen Osten, durch die die Gesellschaft Anschaffungs- und Absatzmöglichkeiten verloren hatte[21]), aber die Juden und ihre Freunde versuchten der Öffentlichkeit klarzumachen, daß alles nur durch den exklusiven Charakter der Gesellschaft verursacht sei.

Im gleichen Jahre wurde daher ein Gesetz im Unterhaus eingebracht, wonach sich alle britischen Untertanen gegen Zahlung

[16]) Parl. History Bd. XV S. 158.
[17]) Hyamson: History S. 218, Hertz S. 62.
[18]) Hargrave S. 78.
[19]) Hyamson: History S. 203/04.
[20]) Parl. History Bd. XIII S. 895 ff.
[21]) Parl. History Bd. XIII S. 895—898, Macpherson Bd. III S. 240.

von £ 20 unter Erfüllung gewisser anderer kleiner Verpflichtungen an der Gesellschaft beteiligen konnten. Im Falle der Verabschiedung stand also dem Eintritt der Juden nichts mehr entgegen. Die ehrbaren altenglischen Kaufmannsfamilien waren hiermit auf keinen Fall einverstanden und leisteten daher erbitterten Widerstand[22]). Die Juden machten natürlicherweise alle möglichen entgegengesetzten Anstrengungen[23]).

Heftige Auseinandersetzungen fanden im Unterhaus statt. Als hartnäckigster Gegner der Juden erwies sich schon damals der im Jahre 1753 führende Londoner Großkaufmann Sir John Barnard. Mit größerer Mehrheit wurde trotzdem das Gesetz im Unterhaus verabschiedet und dem Oberhaus überwiesen, das ebenfalls zur endgültigen Inkraftsetzung seine Zustimmung zu geben hatte[24]).

Am 7. Mai 1744 kam das Gesetz dort zur Sprache. Nach den überlieferten Debatten zu schließen, muß es eine lange und erregte Sitzung gewesen sein, denn wir finden etwa 40 Seiten in der Sammlung von Parlamentsberichten.

Die Befürworter versuchten darzulegen, daß vor allem der exklusive Charakter den Niedergang verursacht habe, die politischen und sonstigen Schwierigkeiten der Gesellschaft dagegen nur von untergeordneter Bedeutung seien. Eine Blutauffrischung der Gesellschaft sei daher erforderlich, und wer konnte dazu geeigneter sein als die Hebräer[25]).

Die Gegner legten ausführlich die Gründe für den augenblicklich schlechten Stand der Handelsbeziehungen dar und warnten eingehend vor Zulassung der Juden. Mit ihnen kämen Leute niedrigen Charakters nach der Türkei, die dort eine stete Gefahr des englischen Ansehens und Handels sein würden. Selbst aber, von einem derartigen Einwand abgesehen, erklärte der Herzog von Bedford[26]), solle man daran denken, daß auch bei einer Hebung des Handels die englischen Kaufleute keinen Vorteil hätten. Da auf der türkischen Seite fast nur Juden führend seien, würden sie bei ihrem allgemein bekannten und auch von der Gegenseite nicht bestrittenen Zusammenhalt die Geschäfte ihren Rassegenossen in die Hände spielen und die englischen Kaufleute das Nachsehen haben.

Lord Delaware unterstützte den Herzog mit seinen Ausführungen[27]) und wies nochmals auf den Unterschied zwischen Engländern und Juden hin: „Die Juden, meine Lords — laßt sie geboren sein in welchem Lande sie wollen — betrachten sich alle als zur gleichen Nation gehörig. Die in China geborenen Juden gehören in dem gleichen Maße zur hebräischen Nation wie die in England oder anderswo geborenen, und wo immer sie sich treffen, betrachten sie sich als Rassegenossen. Sie vereinigen sich, gehen zu gleichen

[22]) Cunningham: Immigrants S. 203.
[23]) Macpherson Bd. III S. 241.
[24]) Parl. History Bd. XIII S. 895—898.
[25]) Parl. History Bd. XIII S. 910 ff., 933 ff., 954 ff.
[26]) Parl. History Bd. XIII S. 908—910.
[27]) Parl. History Bd. XIII S. 924 ff.

Synagogen, sprechen die gleiche Sprache und haben dieselben Gewohnheiten ..."
Die Judenfreunde waren natürlich in allen Punkten anderer Ansicht und sahen auch nicht die geringste Gefahr für eine Verjudung des Handels nach der Levante, da die englischen Kaufleute genau so tüchtig seien wie die jüdischen[28]).
Die Gegner des Gesetzes stellten den Antrag auf Vertagung der Beratungen, für den sie eine Mehrheit erhielten[29]): Eine Niederlage der Judenfreunde, die auch in den nächsten Jahren keinen neuen Versuch bezüglich der Verabschiedung mehr unternahmen. Die Mehrheit des Oberhauses dürfte nicht zuletzt die Verjudung des Levantehandels befürchtet haben[30]).
Es ist eigenartig, daß die Juden im Jahre 1753, als sie ihre Emanzipationsbestrebungen auf beinahe hundert Jahre begraben mußten, wenigstens den Teilerfolg buchen konnten, daß sich ihr lange gehegter Wunsch, die Erzwingung des Eintritts in die Levante-Gesellschaft[31]), erfüllte. Wieder standen die Geschäfte sehr schlecht, was hauptsächlich unter dem Hinweis, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft würde sich bei allgemeiner Zulassung — also auch der Juden — heben, die Abänderung der Privilegien[32]) bewirkte. War der Stand der Gesellschaft wirklich auf Grund der politischen Entwicklung in Kleinasien unbefriedigend, oder hatten die Juden das ihre dazu beigetragen, indem sie Hand in Hand mit ihren Rassegenossen in der Türkei durch Errichtung eines stillen Boykotts der englischen Kaufleute die letzten Möglichkeiten eines gedeihlichen Handels zunichte machten? Wir wissen es nicht, aber es wäre nicht das erste- und letztemal gewesen, daß die Juden mit solchen Mitteln zum Ziele gelangten.
Das Jahr 1748 brachte wiederum einen Vorstoß der Judengegner. Schon damals waren die Juden erheblich am Hausierhandel in England beteiligt[33]), der unter Königin Elisabeth durch besonderes Gesetz verboten[34]), durch Wilhelm III. aber wieder zugelassen war[35]).
Inzwischen wurden die Mißstände dieses Gewerbes so unerträglich — denn die Hausierer betrogen, wo sie nur konnten, verkauften unbrauchbare Waren[36]) und erwiesen sich als Hauptabnehmer geschmuggelter Güter, weil der Staat sie mangels geordneter Warenlager nicht kontrollieren konnte[37]) —, daß am 19. März 1748 ein Antrag auf Aufhebung des von Wilhelm III. erlassenen Gesetzes erging. Es entwickelte sich eine längere Debatte, in deren

[28]) Parl. History Bd. XIII S. 919—922 (so u. a. Lord Sandys).
[29]) Parl. History Bd. XIII S. 963.
[30]) Macpherson Bd. III S. 241.
[31]) Statutes at Large Bd. XXI S. 49 ff.
[32]) Cunningham: Immigrants S. 203/04, Macpherson Bd. III S. 293/94.
[33]) Hanway S. 143, Parl. History Bd. XIV S. 1391/92, Zeitung The Adventurer S. 255 (3. April 1753).
[34]) Parl. History Bd. XIV S. 266.
[35]) Parl. History Bd. XIV S. 246.
[36]) Parl. History Bd. XIV S. 246/47, 250.
[37]) Parl. History Bd. XIV S. 249.

Verlauf Gegner und Befürworter zur Sprache kamen[38]), aber es ist nicht ersichtlich, was aus dem Antrag geworden ist.
Anscheinend wurde das Hausieren nicht verboten, denn im Jahre 1753 finden wir ein „Königliches Hausieramt" in London, auf dem u. a. die jährlichen Lizenzen der Hausierer zu erneuern waren. Man kann daher wohl annehmen, daß dieser Vorstoß der Judengegner abgewehrt worden ist.
Es gibt gewisse Vorgänge in der Geschichte, deren Ursachen man nur ahnen kann; solche Vermutungen können sich aber fast zur Gewißheit verdichten, wenn sie sich mit den Zielen einer bestimmten Interessengruppe decken.
Das jüdische Streben zur Erreichung der Vormachtstellung in einem Volke beginnt meistens damit, daß die Juden zunächst ihre Einbürgerung anstreben, denn nur als formeller Bürger können sie sich nach und nach die damit verbundenen Vorrechte verschaffen. Um nicht den meistens in einem Land anfänglich herrschenden Judenhaß zu erregen, bedarf es daher besonderer Taktik. Gesetze müssen erlassen werden, die ihnen helfen; aber sie dürfen nicht allzu offen ihr Ziel enthüllen, wenn sie nicht die Gefahr der Ablehnung laufen wollen. Also wird mit jüdischer Durchtriebenheit ein Antrag eingebracht, der nicht von den Juden, sondern von Ausländern spricht, deren es viele in England gab: Hugenotten, die Frankreich wegen ihres protestantischen Glaubens verlassen hatten, waren meistens wegen ihrer Fertigkeit in den damals blühenden französischen Gewerben und wegen des allgemeinen Bevölkerungsmangels gern gesehen. Wer sollte ihrer Einbürgerung widersprechen? Mit diesen und anderen Ausländern schlüpften dann die Juden mehr oder weniger unbemerkt in einen Staatsverband ein. Das oben behandelte Gesetz für die Kolonien vom Jahre 1740 ist bereits ein Beispiel davon, und ohne Zweifel waren die Juden erheblich daran beteiligt, daß in den Jahren 1745 und 1751 ein allgemeines Einbürgerungsgesetz, natürlich zunächst einmal mit dem Titel „Gesetz zur Naturalisierung ausländischer Protestanten" beantragt wurde.
Im übrigen wird auch gar nicht von den Juden und Judenfreunden ihr lebhaftes Interesse hieran bestritten. Kurz vor Einbringung des Antrags beim Parlament waren die Juden damit beschäftigt, ein besonderes Einwanderungsgesetz für sich auszuarbeiten[39]). Sie setzten sich sofort mit den Befürwortern des Gesetzentwurfes in Verbindung und wünschten, daß sich die Einbürgerung nicht nur auf ausländische Protestanten, sondern auch auf sie erstrecke. Wie uns der Judenfreund Philo Patriae weiter mitteilt, fanden sie bei den betreffenden Personen für ihre Bestrebungen ein geneigtes Ohr, ja sie legten den Hebräern sogar nahe, trotz der großen Opposition im Parlament und in der Nation öffentlich ihr Verlangen anzumelden. Aber aus Furcht, „daß sie eine Maßnahme verhin-

[38]) Parl. History Bd. XIV S. 246—266.
[39]) Philo Patriae: Considerations S. 22.

dern könnten, die nach ihrer Meinung zum Wohle des Volkes war, lehnten sie diese Verfolgung ihrer privaten Interessen ab und bemühten sich, das Gesetz vorwärts zu bringen“ [40]).

Diese heuchlerischen, den Judenkenner nicht überraschenden Worte werden im Jahre 1753 in einer Rede von Mr. Nugent, einem führenden Judenfreund, wie folgt widerlegt: „... Die Juden haben sich seinerzeit wegen einer Klausel zu ihren Gunsten an mich gewandt, die ich auch geneigt war, einzufügen. Ich fürchtete aber, daß diese dem Gesetz hinderlich sein könnte und lehnte daher ab, ihrem Antrag zu entsprechen ...“ [41]).

Wir tragen keine Bedenken, diesen Worten zu glauben, da die von Philo Patriae geschilderte Bescheidenheit und Rücksichtnahme der Juden auf das Wohl der Allgemeinheit ziemlich ungewöhnlich sein dürfte. Wie dem aber auch sei, unsere Annahme, sie hätten sich von vornherein an dem betreffenden Gesetz beteiligt, wird dadurch bestätigt.

Der Gesetzesantrag, der von dem bereits genannten R. Nugent eingebracht war, hatte im Endergebnis keinen Erfolg[42]). Nugent hatte, so wird berichtet, „keinerlei politische Überzeugung. Vielmehr verkaufte er sich jeweils an den Meistbietenden. Seine Kenntnisse waren unbedeutend, und seine Meinung änderte sich, sobald er sich eigenen Nutzen daraus versprach ...“ [43]).

Die Annahme scheint daher nicht zu abwegig zu sein, daß bei solchem Charakter das Geld interessierter Kreise eine Rolle gespielt hat, zumal damals Bestechungen an der Tagesordnung waren. Auf jeden Fall zeigte Mr. Nugent sehr großes Interesse in diesen Einbürgerungsfragen, denn schon im Jahre 1751 stellte er einen erneuten ähnlichen Antrag im Parlament, der diesmal nach erregter Sitzung in der zweiten Lesung eine Mehrheit fand. Die Opposition konnte lediglich noch einige Abänderungen vorbringen, so daß eine neue zweite Lesung erfolgen mußte, die ebenfalls erfolgreich verlief. Die dritte Lesung verzögerte sich aber durch den Tod des damaligen Prinzen von Wales über Gebühr, wodurch die Opposition Zeit fand, die Wähler zur Hilfe gegen das von der Regierung warm unterstützte Gesetz aufzurufen. Das Volk erschien auf dem Plan, der Sturm brach los. Gesuche von Rochester, Oxford, Southampton, Gloucester und anderen Orten wurden beim Parlament eingereicht. Die Regierung beugte sich der Entrüstung und brachte das Gesetz nicht mehr auf die Tagesordnung[44]).

Die große Anteilnahme des Volkes zeigt sich aus seiner Freude über die Aufhebung.

Als die Nachricht dieses Sieges in Bristol eintraf, kannte der Jubel keine Grenzen. Die Glocken wurden geläutet, und die Be-

---

[40]) Philo Patriae: Considerations S. 23.
[41]) Parl. History Bd. XV S. 136.
[42]) Hyamson: Jew Bill S. 158.
[43]) Dictionary of National Biography Bd. XIV S. 715, Hist. Manuscripts Commission Rep. 9 Teil III S. 19.
[44]) Parl. History Bd. XIV S. 970—972.

völkerung strömte auf die Straßen. In ihren Umzügen trug sie Spottbildnisse der Befürworter des Gesetzes mit sich, darunter befand sich auch das Porträt eines Geistlichen namens Tucker, der den Antrag besonders mit einer Schrift unterstützt hatte und den wir auch im Kampfjahr 1753 in der ersten Reihe der Judenfreunde finden. Am Abend veranstaltete man abschließend in Bristol ein Feuerwerk und verbrannte diese Spottbilder[45]).

Kampfjahr 1753

Das Volk hatte sich mit richtigem Instinkt erfolgreich gegen die Überfremdung zur Wehr gesetzt. Es hatte sich gezeigt, daß die auch zu dieser Zeit allgemein bestechlichen Vertreter des Volkes den fremden Elementen nichts in den Weg legten, das Volk aber noch gesund und stark genug war, seinen Willen durchzusetzen.

So sehen wir Angriff und Gegenangriff, Sieg und Niederlage beider Parteien sich abwechseln. Das Jahr 1753 sollte aber den Höhepunkt der Anstrengungen der Juden und der Abwehr des Volkes bringen. Die ersteren glaubten anscheinend den Zeitpunkt für sich gekommen. Sie hielten den Fehlschlag des Jahres 1751 nicht für so erheblich und hatten nur den Erfolg von 1740 im Auge. Außerdem haben sie sich wahrscheinlich durch ihren gerade errungenen Teilerfolg bezüglich der Levantegesellschaft täuschen lassen, welches Gesetz, wie die Anordnung der beiden in Frage kommenden Bestimmungen in der offiziellen Sammlung ergibt, vorher ohne große Schwierigkeiten verabschiedet worden war. Es ist stets dasselbe bei den Juden: sie versagen immer dort, wo Instinkt an Stelle von Intelligenz zu treten hat, eine Folge davon, daß sie nicht mehr mit dem Boden verwachsen sind und die Gefühle des ihnen blutsfremden Volkskörpers nicht verstehen. Infolgedessen können sie auch nicht die aus diesen Kräften entstehenden Gewalten einschätzen, und sie wurden im Jahre 1753 in England — ebenso wie in Deutschland im Jahre 1933 — geschlagen.

Unmittelbar nach Scheitern des Gesetzes von 1751 setzten die Juden ihre Bemühungen für ein allgemeines jüdisches Einbürgerungsgesetz fort. Langsam, ganz langsam ließen sie ihre Propagandamaschine anlaufen, wie am besten aus den Ausführungen von Philo Patriae, die wiederzugeben nicht versäumt werden soll, hervorgeht[46]):

> „... deshalb hielten sie es für ihre Pflicht, ihn (ihren Plan) zunächst nicht zu verfolgen und jede kleine selbstsüchtige Neigung zu unterdrücken, die vielleicht jeder von ihnen vertrat, nur um nicht bitten zu müssen. Später kamen sie dann

[45]) Gentleman's Magazine Bd. 21 S. 186.
[46]) Philo Patriae: Considerations S. 24/25.

aber fast einstimmig überein, darum nachzusuchen, wobei sie vorausschickten, daß sie natürlich keinerlei neues Privileg wünschten. Im allgemeinen erfolgten die Eingaben öffentlich und mit dieser Begründung, woraufhin sie sie dann unter ihren Bekannten verbreiteten. So wurden sie zum allgemeinen Unterhaltungsthema, besonders am Ende der Sitzungsperiode des Jahres 1752. Man begegnete allgemeiner (um nicht zu sagen, einmütiger) Zustimmung, hielt es dann aber für angebracht, die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzungsperiode anstehen zu lassen, damit die Leute Zeit zur Überlegung hatten.

Anfang vorigen Winters wurde die Unterhaltung erneuert, die Angelegenheit erwogen, eine entsprechende formelle Eingabe gemacht, und man fand keinen Widerspruch ... Wie konnte eine so außerordentlich vernünftige Angelegenheit jemals ein Hindernis bedeuten!... Die wenigen, die den Vorschlag nicht zu verstehen schienen, wenn sie ihn erörtern hörten, waren überzeugt, daß sich keinerlei nachteilige Folgen daraus ergeben könnten. Man sparte keine Mühe, um jeden möglichen Einwand zu erwägen, und es wurden auch keinerlei Schritte unternommen, bis alle, denen man den Vorschlag unterbreitet hatte, vollkommen von dem Nutzen des Gesetzes und von der allgemeinen Zustimmung, der es begegnen würde, überzeugt waren..."

Zwei Jahre lang hatte man also die Bekannten von „der Nützlichkeit des Gesetzes" zu überzeugen versucht, ehe man es einbrachte. Wir kennen solches „Überzeugen" der Juden bei derartigen Gelegenheiten, und wieviel mehr Entgegenkommen dürften sie in einer Zeit gefunden haben, in der Bestechlichkeit an der Tagesordnung war.

Der Kampf wurde dadurch eröffnet, daß die liberale Regierung Pelham im Frühjahr 1753 im House of Lords ein Gesetz beantragte, kraft dessen ausländische Juden unter gewissen Voraussetzungen die britische Staatsangehörigkeit erwerben konnten. Es bestanden Gesetze, wonach ihnen grundsätzlich diese Möglichkeit genommen war. Unter König Jacob I. hatte man, „um unerwünschte ausländische Katholiken" fernzuhalten, die Einbürgerung dadurch erschwert, daß man als unabdingbare Voraussetzung dafür verlangte, der Nachsuchende habe kurz vor dem betreffenden Staatsakt das Heilige Abendmahl einzunehmen und den Eid „of Allegiance"[47]) und den Eid „of Supremacy"[48]) zu leisten[49]). Der erstere war auf das Neue Testament abzulegen, der letztere enthielt die für die Juden so fatalen Schlußworte: „Upon the true faith of a Christian". Alle drei Voraussetzungen konnte also der Jude nicht erfüllen.

---

[47]) Untertaneneid, den der Brite dem König als weltlichem Oberhaupt zu leisten hatte.
[48]) Ebenfalls Untertaneneid, aber dem britischen König als geistlichem Oberhaupt zu leisten.
[49]) Parl. History Bd. XIV S. 1373/74, 7. Jac. I. c. 2.

Im Jahre 1663 erleichterte König Karl II. insofern die Bedingungen, als er die Verpflichtung zur Einnahme des Abendmahls aufhob, um dadurch die Einwanderung solcher Ausländer zu fördern, die zur Hebung daniederliegender Zweige des Handwerks, wie Weberei, Teppichwirkerei usw., erwünscht waren. Konnten die Einwanderer keine gewerblichen Fähigkeiten nachweisen, blieb es bei der alten Bestimmung[50]). Auch dies Gesetz konnte den Juden wenig helfen. Abgesehen von den Eiden hatten und haben sie kaum derartige Berufe ausgeübt. Infolgedessen hofften sie, dieselben Erleichterungen für eine Einbürgerung zu erlangen, wie man im Jahre 1740 ihren Rassegenossen in den amerikanischen Kolonien gewährt hatte.

Die von langer Hand geleistete Vorarbeit sollte sich lohnen. Die Juden und ihre Freunde konnten zunächst einen Erfolg auf der ganzen Linie verzeichnen. Man brachte das Gesetz in das House of Lords und verabschiedete es dort in aller Stille und größter Schnelligkeit, was allerdings zu Unrecht von den Juden bestritten wird[51]).

Am 6. April 1753 wurde der Antrag einem Komitee zur Beratung übergeben. In der Sitzung waren u. a. die beiden Erzbischöfe von England und zwölf Bischöfe anwesend[52]). Soweit festgestellt werden kann, erhob sich keine Stimme zum Widerspruch. Bereits am 10. April wird mitgeteilt, daß in der nächsten Sitzung die Schlußverhandlung stattfinden soll. Wieder waren die zwei Erzbischöfe und diesmal allerdings nur acht Bischöfe zugegen[53]). Es trat noch eine kurze Verzögerung ein[54]), aber bereits am 16. April wurde das Gesetz einstimmig vom Oberhaus verabschiedet.

Noch am selben Tage wurde es dem Parlament übergeben, und bereits in der nächsten Sitzung am 17. April zum erstenmal im Unterhaus gelesen[55]). Schneller konnte es wirklich nicht gehen.

Wir werden uns im folgenden ausgiebiger mit diesem Gesetz zu beschäftigen haben, und so wollen wir kurz auf seinen Inhalt eingehen.

Zunächst findet man eine lange Präambel, in der u. a. auf die vorhergehenden Einbürgerungsgesetze hingewiesen wird. Dann folgt das eigentliche Gesetz mit den Worten: „Es wird daher gesetzlich bestimmt ..., daß Personen, die der jüdischen Religion angehören, auf entsprechenden Antrag hin seitens des Parlaments naturalisiert werden können, ohne das Abendmahl nehmen zu müssen ..." Die Juden hatten ferner für ihre Einbürgerung nur noch nachzuweisen, daß sie sich wenigstens drei Jahre lang in England aufgehalten haben und in dieser Zeit Anhänger der jüdischen Religion gewesen sind.

---

[50]) Statutes of the Realm Bd. V S. 498.
[51]) Philo Patriae: Considerations S. 25.
[52]) Journals of the House of Lords Bd. XXVIII S. 80.
[53]) Journals of the House of Lords Bd. XXVIII S. 82, 84, 85.
[54]) Journals of the House of Lords Bd. XXVIII S. 88/91.
[55]) Parl. History Bd. XIV S. 1365, Philo Patriae: Considerations S. 25/26.

Alsdann folgen Beschränkungen für die Juden, die deutlich zeigen, auf welche Weise man die Kirche für sich gewonnen hat: sie ist gegen Überhandnehmen jüdischen Einflusses auf ihrem Gebiet dadurch geschützt, daß jede Person jüdischen Glaubens nicht befugt sein soll, Patron einer Kirche zu sein oder andere Rechte oder Interessen, die mit Kirche, Schule oder Krankenhäusern zusammenhingen, zu kaufen oder sonstwie zu erwerben. Es wird endlich noch bestimmt, daß alle bestehenden Vereinbarungen über die Verfügung kirchlicher Gegenstände nichtig sind[56]).

Nach der ersten Lesung wurde der Text des Gesetzes in Druck gegeben und es war beabsichtigt, es auch schnell durch das Parlament zu bringen. Hauptsächlich die Osterferien machten dies zunichte, und so fand die zweite Lesung erst am 7. Mai statt. Diese Zwischenzeit hatte aber wiederum genügt, dem Volk und einem Teil der Abgeordneten die Situation klarzumachen. Die ersten Sturmzeichen wurden sichtbar, und so sah man von jüdischer Seite nicht ohne Besorgnis der zweiten Lesung entgegen.

Die diesbezügliche Debatte war lang, und eine Anzahl von Vertretern beider Richtungen kam zu Wort.

Die Befürworter legten dar, daß das Gesetz nur den reichen Juden die Möglichkeit gäbe, nach England zu kommen und naturalisiert zu werden, was niemandem zum Nachteil, sondern jedem zum Vorteil gereichen würde[57]). Außerdem solle man nicht vergessen, daß sich die Juden in England gut aufgeführt und erheblich am Steuerzahlen beteiligt hätten[58]). Ferner habe sich herausgestellt, daß die Hebräer keinerlei Gefahr für den Kleinhandel bedeuteten. Sie verkauften allerdings billiger als die englischen Kaufleute, aber das läge daran, daß sie mit weniger Gewinn zufrieden seien; im ganzen gesehen habe aber dadurch das kaufende Publikum nur den Vorteil[59]).

Einen überragenden Einfluß hatten aber die Juden im Exporthandel. „Da sie" — so hören wir von Lord Dupplin — „durch die ihnen zur Verfügung stehenden großen Geldmittel und durch ihre ausgedehnten Beziehungen zu allen Teilen der Welt den Handel jedes Landes — wohin sie gehen — erhöhen, so ist es ohne Zweifel im Interesse jedes Handel und Industrie treibenden Volkes, sie einzuladen oder zumindest den reichen Juden zu ermöglichen, unter ihm zu leben ...[60])" Es ist nicht verwunderlich, daß dies u. a. auch von dem uns schon bekannten R. Nugent[61]) betont wird.

Ferner wurde auf die Unterstützung hingewiesen, die die Regierung in Jahren höchster Krisen von den Juden erfuhr; die Opposition gegen diese ehrenwerte Rasse ließe sich aber nur aus

[56]) Statutes at Large Bd. XXI S. 97, Hyamson: Jew Bill S. 159/60.
[57]) Parl. History Bd. XIV S. 1375, 1387.
[58]) Parl. History Bd. XIV S. 1378/79.
[59]) Parl. History Bd. XIV S. 1398.
[60]) Parl. History Bd. XIV S. 1376.
[61]) Parl. History Bd. XIV S. 1386.

schäbigem Konkurrenzneid erklären[62]). Endlich würde man die Juden bewegen können, sich taufen zu lassen[63]).
Die Judengegner waren nicht minder tätig. Einer ihrer Vertreter eröffnete die Debatte und bezeichnete es als geradezu unerklärlich, warum sich das Parlament so häufig mit Einbürgerungsgesetzen zu beschäftigen hätte. Schon zu Zeiten Cromwells und König Wilhelms III. hätten die Juden große Summen für derartige Zwecke geboten. Es sei kaum anzunehmen, daß dies nicht auch jetzt der Fall sei, da sie inzwischen bei ihrer größeren Ausbreitung in Europa noch mehr Interesse an der Einbürgerung in England haben müßten und ihnen das Bezahlen bei der Vermehrung ihres Reichtums noch leichter fallen würde als früher. Er fürchte aber, daß dies Geld kaum der Allgemeinheit zugute käme[64]).
Derselbe Redner verwahrte sich dagegen, daß die Haltung der Judengegner als „Verfolgung" bezeichnet würde. Man lehne es nur mit allen Mitteln ab, den Juden Privilegien einzuräumen, auf Grund deren sie vielleicht gar einmal einen Anteil an der Regierung hätten[65]).
Dieses und ein anderes Mitglied des Parlaments betonten ferner, daß die Hebräer im Falle der Verabschiedung des Gesetzes England überlaufen und das Land aufkaufen würden[66]).
Am eindrucksvollsten müssen aber die Worte des Führers der Judengegner, Sir John Barnard, gewesen sein, der uns verwandte Gedankengänge zum Ausdruck bringt. Zu seinen Lebzeiten wurde er „der Vater der City", oder mit den Worten Lord Chathams zu sprechen, „The Great Commoner" (der große Bürgerliche) genannt[67]). Schon früher hatte er sich bei ähnlichen Versuchen einer Überfremdungsgefahr entgegengestellt.
Seine Ausführungen begann er damit, daß er als Christ bereit sei, seine Feinde zu lieben, sich jedoch aufs entschiedenste weigere, mit ihnen ein Dach zu teilen, geschweige denn ihnen Gelegenheit zu geben, sich allmählich zu seinem Herrn zu machen und ihn aus seinem Hause zu verdrängen. Man solle sich nicht einbilden, daß der Jude mittelbar durch das Gesetz zur Bekehrung angehalten würde, die ihm keinen praktischen Nutzen verschaffe.
Außerdem müsse er sich einmal mit der oft gehörten Ansicht auseinandersetzen, die Juden hätten die Wirtschaft in verschiedenen Ländern begründet. „Der Ursprung des Handels", so fährt Sir John fort, „ist in allen Ländern die Fabrikation. Kein Jude wird aber je dazu erzogen, Fabrikant oder Handwerker zu sein oder etwa einer mühsamen Beschäftigung nachzugehen. Daher können sie auch niemals und nirgends die Begründer des Handels sein ... In Polen sind seit alters her ungezählte Juden gewesen, dennoch

[62]) Parl. History Bd. XIV S. 1395.
[63]) Parl. History Bd. XIV S. 1385.
[64]) Parl. History Bd. XIV S. 1367—1369.
[65]) Parl. History Bd. XIV S. 1371.
[66]) Parl. History Bd. XIV S. 1372, 1379.
[67]) Dictionary of National Biography Bd. I S. 1160/61.

wird niemand behaupten wollen, daß Polen ein Handelsland sei ..." Einige reiche Juden trügen dazu bei, den bereits bestehenden Handel mit ihren flüssigen Geldmitteln zu erhöhen; die Mehrheit sei aber in Wucher, Maklerei und Hausieren beschäftigt.

Es möchte richtig sein, daß die Hebräer auf Grund ihrer weltweiten Verbindungen zunächst den Export erhöhen könnten, und nur „aus diesem Grund", so fährt er fort, „ist es richtig, daß ein Volk, dessen Handel noch in den Kinderschuhen steckt, die Juden ermutigen sollte, sich dort anzusiedeln, da die Fabrikanten in solchen Ländern oft nicht genügend Geld besitzen, ihre Fabrikation in größerem Umfang aufzunehmen, oder die einheimischen Kaufleute vielleicht keine ausländischen Geschäftsfreunde in solchen Ländern haben, wo sie ihre Fabrikate am vorteilhaftesten unterbringen könnten. In einem Lande jedoch, wo der Handel seit langem vollen Umfangs betrieben wird, wo die Fabrikanten oder ihre Freunde genügend eigene Mittel haben, um ihre Fabrikation weitestgehend auszudehnen und wo die einheimischen Kaufleute Verbindungen mit allen fremden Ländern unterhalten ..., in solchem Lande, behaupte ich, wäre es Wahnsinn, wenn nichts Schlimmeres, Juden dieselben Rechte einzuräumen wie den Einheimischen. Das würde lediglich den Ersteren ermöglichen, den Engländern den Bissen, oder einen Teil des Bissens, aus dem Mund zu nehmen, ohne die nationale Wirtschaft auch nur im geringsten zu fördern. Kein Jude wird in höherem Maße als ein Einheimischer imstande sein, mehr auszuführen, als er mit Nutzen verkaufen kann, und so viel werden die einheimischen Kaufleute stets exportieren, selbst wenn nicht ein einziger Jude im Reiche wäre ..." Dies sei um so mehr der Fall, meint Sir John, als sich heute schon ein Überangebot englischer Kaufleute in allen Teilen der Welt zeige, was sich bei Zulassung der Juden noch erheblich verschlechtern würde.

Auch im Kleinhandel würden die Juden nicht von Vorteil sein. Der Verbrauch eines Volkes steigere sich nicht durch Zulassung von Juden, sondern nur die Anzahl der Geschäftsleute erhöhe sich und verursache unweigerlich die Verdrängung des Engländers, weil die Juden billiger verkauften — eine Folge davon, daß sie weit häufiger Betrügereien verübten.

Am Schluß warnt er das englische Volk, daß England bei einem solchen Gesetz mit der Zeit von Juden überlaufen werden würde, denn wo der reiche Jude auftauche, folge auch der arme. Immer größer würde der Einfluß der Hebräer werden, immer mehr würden Handel und Wandel von ihnen beherrscht. Und am Ende „werden sie wahrscheinlich den mühsamen Teil aller Fabrikation und des gewerblichen Handels den armen Christen überlassen und selbst nur den obersten Herrn spielen ...[68]).

Was würde Sir John heute sagen, wenn er noch einmal die Augen öffnete!

---

[68]) Parl. History Bd. XIV S. 1388—1395.

Alle Anstrengungen der Judengegner und ihres Führers — der Sampson Gideon haßte[69]) — waren vergebens. Nach kurzen abschließenden und das Gesetz befürwortenden Ausführungen des Ministers Pelham kam es zur Abstimmung. Eine erdrückende Mehrheit von 95 zu 16 Stimmen sprach sich zugunsten des Gesetzes aus[70]).

Normalerweise war und ist die zweite Lesung die entscheidende und der dritten Lesung wird kaum noch irgendwelche Bedeutung beigemessen, zumal die geschlagene Opposition in solchen Fällen selten noch irgendwelche Anstrengungen zu machen pflegt. Dennoch kam es diesmal anders.

Die City, die bereits aufs beste von Sir John Barnard im Parlament vertreten war, gab sich noch nicht geschlagen. Schon unter den Stuart-Königen war sie es gewesen, die immer und immer wieder Vorstöße, gegebenenfalls Widerstand gegen die Juden unternommen hat. In den früheren Kämpfen hatten sie dort überhaupt keine oder keine nennenswerte Unterstützung gefunden und daher erkannt, daß sie Anhänger in der City gewinnen müßten, um das Bollwerk des Engländertums zu überwinden. In der ganzen Geschichte zeigt es sich, daß die Juden auch darin einer wohlüberlegten Taktik treu bleiben. Zunächst versuchen sie die Hauptstadt eines Landes zu gewinnen, von dort gelingt es ihnen dann, die gesunden, aus der Provinz kommenden Gegenströmungen zu schlagen. Dieser Prozeß endet um so schneller, je größer die Bevölkerungszahl einer Hauptstadt im Verhältnis zu der übrigen Nation ist und je länger — und daher um so wirksamer — die Zentralisierung eines Landes Fortschritte gemacht hat. Welch ideale Voraussetzungen für diesen Plan bot London, seit Jahrhunderten schon die beherrschende Stadt eines lange geeinten Englands. Wir werden sehen, inwieweit die Versuche der Juden zur Durchsetzung der City im Jahre 1753 gediehen waren.

Die geheimen Vorbereitungen der Juden für die Verabschiedung des Gesetzes waren den Mitgliedern der City nicht unbekannt geblieben. Sie hatten daher schon vor Einbringung des Antrags die Absicht, ein Bittgesuch dagegen beim Parlament einzureichen. Anscheinend erhielten sie aber beruhigende Versicherungen, daß man von dem Antrag absehen würde[71]). Zur Überraschung der City kam es dann aber doch zur Verhandlung, und so traf sie die erste Debatte im Parlament ziemlich überraschend.

Unmittelbar nach der zweiten Lesung, am 9. Mai, wurde die Korporation der City von London zur Ergreifung von Schritten einberufen. Philo Patriae[72]) berichtet, die Versammlung sei ohne Resultat für die Gesetzesgegner verlaufen. Wir haben Bedenken, ihm hierin zu folgen, da dies kaum mit den nachfolgenden Ereignissen in Einklang zu bringen ist.

[69]) Hyamson: Jew Bill S. 162.
[70]) Parl. History Bd. XIV S. 14—17.
[71]) Romaine S. 66/67.
[72]) Philo Patriae: Considerations S. 26.

Er selbst muß zugeben, daß sich in derselben Zeit „einige unruhige Elemente" zusammengefunden hätten, um Schritte gegen das Gesetz zu unternehmen. Die spätere Entwicklung zeigt aber ganz deutlich, daß es nicht „einige unruhige Elemente" waren, sondern die erdrückende Mehrheit der Bürgerschaft der City. So sind wir geneigt, auch im folgenden nicht seinen Mitteilungen, sondern denen seiner Gegner mehr zu glauben.

Danach versammelte sich eine erhebliche Anzahl von Bürgern, die eine Partei zum Kampf gegen die Verjudung bildeten. Ein Bittgesuch wurde entworfen und öffentlich nahe der Börse ausgehängt. In ganz kurzer Zeit konnte man feststellen, daß sich von zehn Bürgern der City neun gegen das Gesetz erklärten[73]). Hierbei wurde keinerlei Zwang auf sie ausgeübt, wie die Juden und ihre Freunde behaupteten[74]).

Auf Grund dieser Volksbewegung ist dann wahrscheinlich die Bürgerschaft der City am 21. Mai zur Sitzung in der Guildhall zusammengetreten. Es wird selbst von der Gegenseite nicht behauptet, daß irgendwelche dort versammelten Stadträte zugunsten des Gesetzes eingetreten wären. Vielmehr faßte man einstimmig den Beschluß, in einem Gesuch das Parlament zu bitten, das Gesetz nicht zu verabschieden. Es sei gegen jede christliche Ehre und würde katastrophale Folgen für den Handel der englischen Kaufleute haben[75]). Noch am selben Tag wurde es dem Parlament überreicht[76]). Fast gleichzeitig erging von sehr vielen Bürgern ein Bittgesuch gegen das Gesetz unter besonderem Hinweis auf den Nachteil für den Handel[77]).

Die Juden und ihre Freunde hatten — wie üblich — auch das ihre getan: eine andere Gruppe von Bürgern der City brachte ebenfalls eine Petition ein, aber auf dieser Seite sah man ausschließlich die großen Vorteile einer vermehrten Einwanderung der Hebräer, die die Verabschiedung des Gesetzes wünschenswert mache[78]).

Vor einem halben Jahrhundert hatte die City noch wie ein Mann zusammengestanden. Jetzt hatten die Juden aber bereits eine Bresche geschlagen, und wenn auch nur einen Bruchteil, so immerhin Anhänger für sich gewonnen. Wir wissen, wie die Hebräer allmählich Freunde in der Bevölkerung eines Landes finden, aber es ist vielleicht besser, wir lassen einmal einen Zeitgenossen dazu Stellung nehmen:

> „Die Stimmung in der City ist derart, daß 19 von 20 gegen die Juden sind. Allerdings konnten sie ein paar reiche Leute bewegen, sich ihrem Bittgesuch anzuschließen, aber diese standen

---

[73]) Romaine S. 66—69.
[74]) Philo Patriae: Considerations S. 26—28.
[75]) Romaine S. 74, Modest Apology: Vorwort, Gentlemans Magazine Bd. XXIII S. 246, Zeitungen: London Evening Post 28./30. Juni, Public Advertiser 22. Mai 1753.
[76]) Journals of the House of Commons, 21. Mai 1753 S. 827.
[77]) Parl. History Bd. XIV S. 1417/18.
[78]) Philo Patriae: Considerations S. 30 ff., Parl. History Bd. XIV S. 1417/18.

ganz unter dem Einfluß der Minister der Regierung. Andere ließen sich durch ihre Interessen leiten, und ich kenne einige, denen diese mildtätigen, barmherzigen Juden drohten, keine Geschäfte mehr mit ihnen zu machen, wenn sie nicht unterschrieben ... Sie gebrauchten alle nur erdenkliche Kunst und Methoden, um Namen für ihre Bittschrift zu erlangen ...[79])."

Dieselben Mittel werden noch heute von Juden in ähnlichen Fällen angewandt, und wir haben keinen Grund, diese Ausführungen zu bezweifeln. Der einzige Unterschied gegenüber früher ist in diesem Fall nur der, daß man heute nicht nur Privatpersonen, sondern ganze Staaten mit Boykott und ähnlichen Mitteln hörig macht oder zu machen versucht. Deutschland und Rumänien während der Regierungszeit Gogas sind Beispiele mit verschiedenem Erfolg.

Inzwischen war es den Juden sogar gelungen, einen bekannten Vertreter der Stadt, Sir William Calvart, zu ihrem Parteigänger zu machen. Bis 1753 hatte er eine einflußreiche Stellung in der City inne. Das Volk hörte nicht auf, ihn der Bestechung durch die Juden anzuklagen und vergaß ihm nicht, daß er im Parlament für sie gestimmt hatte. Die Bürgerschaft gab ihm recht bald die Antwort auf seine Haltung. Er fiel im Jahre 1754 bei den Neuwahlen jämmerlich durch.

Auch der Öffentlichkeit kam es sehr überraschend, daß die Juden tatsächlich eine Anzahl Freunde in der City aufzuweisen hatten. Um so größer war aber die Erbitterung, als man feststellte, daß es sich bei diesen der Rasse nach um Juden und hauptsächlich um solche gehandelt hatte, die irgendwie von ihnen abhängig waren[80]).

Ende Mai erfolgte dann die dritte Lesung gegen den vereinten Widerstand der Opposition. Man hörte die verschiedenen Engländer, die das Bittgesuch gegen das Gesetz unterzeichnet hatten[81]). Am ausführlichsten nahm der Abgeordnete Graf von Egmont für die Opposition das Wort, der nach der vollzogenen dritten Lesung in letzter Minute seine Sache noch dadurch zu retten versuchte, daß er den Antrag auf weitere Vertagung des Gesetzes unterstützte. Er beginnt mit einer Warnung an das Parlament, die Volksstimmung nicht außer acht zu lassen. Sie sei überwiegend gegen das Gesetz und könne für die im Parlament vertretene Mehrheit kein Verständnis finden.

Man möge doch nicht immer von den großen Vorteilen sprechen, die durch Zulassung der Juden für den Handel entstehen. Habe man denn ganz die Geschichte vergessen? Früher hätten die Juden durch ihren Wucher und andere schlechte Methoden die Existenz von Einzelpersonen vernichtet und so nach und nach den Haß des Volkes auf sich geladen. Heute hätten sie es mit ihrem System

---

[79]) Gent S. 21.
[80]) Stephenson Bd. III Teil 2 S. 860.
[81]) Parl. History Bd. XIV S. 1418.

so weit gebracht, daß sie sogar Königreiche ruinierten, „indem sie den Ministern helfen, die Staaten, welchen sie dienen sollten, an den Bettelstab zu bringen, auf welche Weise sie auch erheblich dazu beigetragen haben, unsere Nation in eine Schuld von fast 80 Millionen Pfund zu stürzen ...“ Der Reichtum der Juden in England sei nicht auf Grund ehrlicher und anständiger Geschäfte entstanden, sondern sie hätten in den letzten Kriegen dunkle Geschäfte gemacht.

Bei der Abneigung der Portugiesen und Spanier gegenüber Juden sei zu befürchten, daß die englischen Kaufleute ihren Handel in diesen beiden Ländern zugunsten von Frankreich verlieren würden. Endlich mußten durch eine vermehrte Einwanderung der Juden und die damit verbundene Überfremdung nachteilige Folgen für die Kultur Englands befürchtet werden[82]).

Weder die langen Ausführungen des Grafen von Egmont noch die Haltung des Volkes konnte den Sieg der Juden und ihrer Freunde verhindern. Mit einer Stimmenzahl von 96 zu 55 wurde der Antrag der Opposition auf Vertagung abgelehnt und das Gesetz endgültig verabschiedet[83]). Am 7. Juni desselben Jahres gab der König seine für die Rechtskraft notwendige Zustimmung[84]).

Die Juden und ihre Freunde triumphierten. Alle Anstrengungen der Gegner im Parlament und draußen im Volk waren vergeblich gewesen. Die Regierung, die für das Gesetz eingetreten war, hatte wohl den Ausschlag gegeben. Endlich hatte der König keine Bedenken getragen, dem Gesetz Rechtskraft zu verleihen. König, Regierung, House of Lords und Parlament, die beiden letzteren mit erdrückender Mehrheit, hatten sich für die Juden ausgesprochen. Man gedachte nun in aller Ruhe daran zu gehen, den Erfolg weiter auszubauen und schrittweise die Emanzipation durchzuführen. Und doch sollte nichts daraus werden. Eine Macht erwies sich stärker als alle äußeren Gewalten der Regierung: das Volk!

Unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes trugen die Judengegner den Kampf vom Parlament in die Öffentlichkeit. Man hätte denken sollen, daß sie durch die großen Anstrengungen vor der Verabschiedung des Gesetzes, verbunden mit dem niederschmetternden Mißerfolg, entmutigt worden wären. Keineswegs! War es die sooft gerühmte englische Zähigkeit oder die ebensooft angeführte Einstellung des Engländers, daß er nie weiß, ob er besiegt ist oder nicht, kurzum, die Gegner gaben den Kampf nicht auf, sondern führten ihn mit doppelter Kraft weiter. Kein Akt, so bemerkt der Jude Piciotto[85]) mit Recht, nicht einmal die Aufhebung der Korngesetze oder die Einführung des Freihandels habe England so bewegt wie diese Auseinandersetzung. Ganz London sprach fast

[82]) Parl. History Bd. XIV S. 1418—1430.
[83]) Parl. History Bd. XIV S. 1431.
[84]) London Evening Post vom 8. Juni 1753.
[85]) Piciotto S. 80.

von nichts anderem als dem Sieg der Juden[86]). Ein Zeitgenosse[87]) meint, das Gesetz stände ohne Beispiel in der englischen Geschichte da, ein anderer[88]) bringt diesen Gedanken in ähnlicher Weise wie folgt zum Ausdruck: „Es scheint, als ob wir an einem so kritischen Zeitpunkt in der Geschichte angelangt sind, wie ihn unsere Nation niemals vorher sah und hoffentlich niemals wieder sehen wird." Von beiden Seiten wurden Bücher, Pamphlete, Karikaturen und Aufsätze in den Zeitungen veröffentlicht. England lebte wie in einem Fieber. Das Tagesgespräch war die Judenfrage. Bis zum Jahre 1933 hat sich wohl kein Volk wieder so geschlossen gegen die jüdische Überfremdung gewehrt wie damals das englische. Die Juden und ihre Freunde waren aber auch nicht müßig, und so ergoß sich eine nie gesehene Flut von Propaganda über das Land.

Ein beliebtes Argument für die Zulassung der Juden war die durch das Gesetz angeblich geschaffene Möglichkeit ihrer Bekehrung. Man hätte es nicht unterlassen, Missionen zur Bekehrung anderer Völker in die Welt zu senden. Warum solle man sich nicht die Ausführung dieses guten Zweckes dadurch erleichtern, daß man die Juden ins Land ließe und sie dann an Ort und Stelle zu bekehren versuchte[89]). Sobald die Juden getauft seien, würden sie auch in allem viel gesitteter werden, hören wir in der Predigt eines Geistlichen[90]). Es solle doch auch nicht vergessen werden, schreibt ein anderer, daß die ganze Welt den Juden wegen ihres sittlichen Systems großen Dank schulde[91]). Ganz besonders war es der bereits obenerwähnte Geistliche Tucker in Bristol, der aus religiösen Gründen die Zulassung der Juden verlangte. Es sei doch ein kaum faßbares Glück, wenn gerade die englische Kirche „das alte Volk Gottes" zum christlichen Glauben führen würde[92]). Einige[93]) waren sich des Übertritts der Juden zum Christentum so sicher, daß man nach ihrer Ansicht Einbürgerung mit Bekehrung gleichsetzen könne. Endlich gab man sogar der Hoffnung Ausdruck, daß in einem Zeitraum von 20 Jahren alle Juden den wahren Glauben angenommen haben würden[94]).

Interessant ist, daß derartige öffentliche Feststellungen zum überwiegenden Teile von Geistlichen stammen, die überhaupt mit wenigen Ausnahmen auf seiten der Juden waren.

Auch Philo Patriae[95]) glaubt, daß die Juden grundsätzlich leicht bekehrt werden können, da schon „viele jüdische Familien in England getauft worden seien". Danach dürfte also schon seit dieser Zeit und vorher eine Vermischung jüdischen Blutes mit

[86]) Gent S. 5.
[87]) Reflections of the Past S. 3.
[88]) Jews Advocate, Vorwort.
[89]) Philo Patriae: Considerations S. 7—13.
[90]) Winstanley S. 11.
[91]) Leslie S. 15 ff.
[92]) Tucker: Letter to a friend S. 42.
[93]) Bowyer S. 14.
[94]) Full and Final Restoration of the Jews S. 16.
[95]) Philo Patriae: Considerations S. 8.

englischem erfolgt sein, da damals mit dem Übertritt zum Christentum sehr schnell die Schranken zwischen beiden Völkern fielen.
Gegenüber den Hoffnungen auf Bekehrung fehlte es auf der Gegenseite nicht an Zweifeln. Hanway[96]) verspricht sich in dieser Hinsicht gerade den entgegengesetzten Erfolg von dem Gesetz. Die Juden seien bisher schon mit einer solchen Nachsicht in England behandelt worden, daß sie — wenn überhaupt — schon früher allen Grund zum Übertritt gehabt hätten. Die großen Rechte in dem Gesetz würden sie noch mehr bestärken, an ihrem Glauben festzuhalten. Ähnliche Bedenken werden in einem öffentlichen Brief an eine Zeitung geäußert, die als Erwiderung auf diesbezügliche Ausführungen eines Geistlichen erhoben werden[97]).
Man brachte außerdem England mit den jüdischen Prophezeiungen auf Wiederherstellung eines Reiches in Palästina in Verbindung. So glaubte ein Geistlicher, voraussagen zu können, daß England den Juden hierbei behilflich sein würde[98]). Ein anderer Schreiber, wahrscheinlich auch ein Theologe, widmet sein Buch mehr oder weniger ganz diesem Gedanken. Nach seiner Ansicht sei es außer Zweifel, daß England die Juden in ihr Ursprungsland zurückführen würde[99]) und bestimmt sei, die Juden auf den richtigen Glaubensweg zu bringen[100]). Mit seiner Hilfe würden sie nach Palästina zurückkehren. Man würde einen Kanal vom Mittelmeer nach dem Roten Meer bauen, wobei den Juden dann durch die Lage ihres Landes eine entscheidende Rolle in der Beherrschung dieses Seeweges zufiele[101]). „Und als Folge davon wird Friede, Überfluß und Glück in die Welt einziehen[102])."
Diese Gedankengänge werden wir später wiederfinden. Wenn wir jetzt die hartnäckigen Anstrengungen der Engländer auf Errichtung eines Judenreiches in Palästina sehen, müssen wir überrascht sein, wieweit diese Bestrebungen zurückgehen. Mögen auch heute strategische Notwendigkeiten und Hörigkeit gegenüber dem Weltjudentum mitsprechen, die Vorgeschichte hierzu bleibt nichtsdestoweniger sehr interessant.
Man versuchte weiter, dem englischen Volke auseinanderzusetzen, daß eine feindliche Einstellung zu den Hebräern gegen die christliche Religion verstieße. Einem Christen sei es nicht erlaubt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, und darüber hinaus hätten die Engländer noch viel an den Juden wegen der harten Gesetze vor 1290 gutzumachen[103]). Man müsse sie weder mit Haß verfolgen, denn sie waren einst die Lieblinge Gottes[104]), noch außer acht lassen, daß Engländer und Juden nur einen Vater hatten[105]).

[96]) Hanway S. 71—73.
[97]) London Evening Post vom 18. bis 21. August 1753.
[98]) Full and Final Restoration of the Jews S. 14.
[99]) Reflections on the Past S. 19.
[100]) Reflections on the Past S. 31 ff.
[101]) Reflections on the Past S. 58.
[102]) Reflections on the Past S. 68.
[103]) Peckard S. 11 ff.
[104]) Believer S. 2.
[105]) Tucker: Letter to a friend S. 11.

Schließlich ergeht eine Ermahnung an die Juden, endlich aufzuhören, so übermäßig viel Gold zu sammeln, da ja auch sie einmal sterben müßten[106]).

Diesem Hinweis auf unangebrachte Verfolgung der Juden tritt ein Engländer in einer Zeitung mit dem Hinweis entgegen: „Es besteht ein großer Unterschied zwischen Verfolgung und besonderer Begünstigung." In diesem kurzen Satz dürfte die Antwort auf die Verfolgungsanklagen treffend gegeben sein[107]).

Man gibt weiter zu bedenken, daß die Hebräer allezeit mit den Protestanten gegen die Katholiken kämpften — da sie den ersteren in ihrer Religion viel näher stünden als letzteren[108]) —, wie man sich auch bemüht, das englische Volk von der Nützlichkeit der Juden in bezug auf die Wirtschaft zu überzeugen.

Sie seien im Besitze ungeahnter Geldmittel, so daß ein großer Strom von Reichtum mit ihrer Einwanderung ins Land käme[109]), ein um so bedeutsamerer Umstand, als sie weitgehende Verbindungen mit ebenso reichen Rassegenossen in Europa unterhielten[110]). Der Staat könne außerdem bei Erhöhung des Wohlstandes mit größeren Steuereinnahmen rechnen[111]), da die Juden ihr Geld nicht untätig liegenlassen, sondern dem Handel zuführen würden[112]).

Schon jetzt hätten sie erheblichen Anteil an der Wirtschaft Englands. Zum Wohle des Landes sei aber noch eine erhebliche Steigerung erwünscht[113]). Juden haben sich inzwischen nicht nur als nützlich, sondern sogar als notwendig für den englischen Handel erwiesen[114]), was am besten durch weitere Einwanderung gesichert werden könne[115]). Überhaupt sei es eine Grundregel, daß ein Land um so reicher und mächtiger würde, je mehr Kaufleute es besäße. Deshalb hätten auch die Türken und Katholiken trotz ihrer Abneigung die Juden bei sich aufgenommen[116]).

Endlich würde dem Land auch neues, gesundes Blut und große Tatkraft zugeführt. Hätten sich die Juden gegenüber all den Verfolgungen behaupten können, wenn sie nicht bedeutende Fähigkeiten besäßen[117])? Der jahrhundertelange Kampf habe die minderwertigen Mitglieder der Rasse unbarmherzig ausgemerzt, und so hätten sich nur die Starken durchsetzen können. Außerdem hätten die Juden Mittel und Wege jeder Art ausfindig gemacht, um zu ihrem Ziele zu kommen[118]).

---

[106]) Rejection and Restoration of the Jews S. 17.
[107]) London Evening Post vom 18./21. August 1753.
[108]) Philo Patriae: Considerations S. 52.
[109]) Philo Patriae: Further Considerations S. 8/9.
[110]) True State of the Case S. 1.
[111]) Appeal ... to Caesar S. 4.
[112]) Jews Advocate S. 11, Letter to the Public S. 19.
[113]) Philo Patriae: Considerations S. 36 ff.
[114]) Philo Patriae: Further Considerations S. 51.
[115]) Webb S. 1 ff., Address to the Friends S. 10.
[116]) Believer S. 22.
[117]) Believer S. 3 ff.
[118]) Believer S. 16 ff.

Es erheben sich gegenüber diesen Stimmen auch warnende Hinweise von Engländern. So hält man jüdisches Kapital nicht für notwendig, da in den Zeiten der Königin Elisabeth eine große wirtschaftliche Blüte ohne Juden bestanden habe. Vielmehr würden sie den englischen Kaufleuten nur unerwünschte Konkurrenz machen und einen Teil ruinieren[119]). Ähnliche Bedenken finden wir in einer großen öffentlichen Rede mit der Warnung, daß die reichen Juden natürlich alles daran setzen würden, mit ihrem Geld Land aufzukaufen und so weiter an Einfluß auf Grund der mit dem Grundeigentum verbundenen Privilegien zu gewinnen[120]).
Die Juden und ihre Freunde beschränkten sich aber nicht darauf, die Einbürgerung für die zukünftige Entwicklung Englands zu verlangen, sondern sie versuchten darzulegen, daß sie schon auf Grund geleisteter Dienste dieses Rechtes würdig seien. Sie behaupten, erheblich zur Rettung des Staates in den kritischen Tagen und Monaten des Jahres 1745 und 1746 beigetragen zu haben. Der sogenannte Pretender, d. h. der letzte Stuart mit einem direkten Anrecht auf den englischen Thron, war in Schottland gelandet und marschierte mit seinen schottischen Hochländern gegen London. Eine Panikstimmung entstand. Die Juden nahmen nun in Anspruch, diese an hervorragender Stelle mit überwunden zu haben. So wollen sie nur aus Liebe zum König und Land freiwillig der zur Abwehr gebildeten Miliz beigetreten sein, um notfalls London zu verteidigen[121]).
Es ist richtig, daß eine Anzahl von Juden in den Reihen der Miliz gefunden wurden. Dies überrascht zunächst, da ja selbst von den Hebräern nicht bestritten wird, daß sie das Waffenhandwerk verabscheuen. Sobald wir aber die näheren Umstände erfahren, die sie zum Eintritt veranlaßten, können wir uns diese Ausnahmeerscheinung erklären.
Tatsächlich hat sich, wie uns ein Zeitgenosse ausführlich berichtet[122]), keiner der Juden freiwillig zur Verfügung gestellt. Sie wurden vielmehr „durch Gewalt und harte Notwendigkeit" zum Kriegsdienst gezwungen. Unter den damals herrschenden Verhältnissen war jeder Hauseigentümer gesetzlich verpflichtet, sich bei der Miliz zu melden. Er hatte allerdings die Möglichkeit, einen Ersatzmann zu stellen, für den er aber einen Sold von 5 Schillingen je Tag bezahlen mußte. Infolgedessen gab es verschiedene Juden, die diesen Betrag nicht aufbringen wollten oder konnten. So kam es, daß mancher von ihnen — sicher zu seiner größten Betrübnis — die für ihn so verhaßten Pflichten des Soldaten auf sich zu nehmen hatte. Romaine fragt, ob man solche Leute Freiwillige nennen könne. „War es ihr Verdienst, daß sie taten, was sie nicht vermeiden konnten? ... Sie können nichts weiter beanspruchen als den Verdienst, sich einer Notwendigkeit gebeugt zu haben.

[119]) Daily Advertiser vom 29. September 1753.
[120]) Gentleman's Magazine Bd. XXIII S. 479 ff.
[121]) Philo Patriae: Considerations S. 41.
[122]) Romaine S. 83.

Und ich fürchte, daß die Juden stets in diesem Sinne handeln: sie werden immer Freiwillige durch Zwang sein, wann immer sie diesem Königreich irgendwelchen wirklichen Dienst erweisen ...[123])."

Dieser Feststellung Romaines, der als einer der wenigen Geistlichen auf der Seite der Judengegner stand, brauchen wir nichts hinzuzufügen.

Die Juden machen als weiteres Verdienst für die Allgemeinheit geltend, daß sie in den obengenannten Krisenjahren gemünztes Geld eingeführt und so den Kredit des Staates gerettet hätten[124]), weil ein Teil des Publikums in den Tagen der Gefahr erhebliche Mengen gemünzten Goldes und Silbers abhob. Als durch diese starke Nachfrage aber die Vorräte fast aufgebraucht waren, hätten die Juden Gold und Silber in größeren Mengen eingeführt und der Bank zur Verfügung gestellt.

Es ist kein Geheimnis, daß die Hebräer nichts ohne guten Verdienst tun, und so scheinen die Ausführungen Romaines über diesen Punkt durchaus ernst zu sein, wonach sich die Juden erheblich an dieser Transaktion bereichert haben.

Die Bank von England hatte ihre Diskontkasse geschlossen, die Folge: ein allgemeines Ansteigen der Preise an der Börse und eine Verknappung des gemünzten Goldes. Die Juden kauften und importierten darauf Bargeld von Holland und Hamburg, anstatt Wechsel zur Begleichung ihrer Forderungen gegen ausländische Geschäftsfreunde hereinzunehmen. Auf diese Weise erzielten sie einen Gewinn von wenigstens 7%: der einzige Grund für die Beschaffung des Geldes, das sie vorher — wenn es in ihrem Interesse war — ausgeführt hatten.

Die Kaufleute und Direktoren der Bank von England hatten bald erkannt, daß darin auch nicht das geringste Verdienst der Juden zu erblicken war. „Diese sogenannte verdienstvolle Tat, auf die sich ihre Verteidiger beriefen, könne nicht den Schaden der Bank von England wiedergutmachen, den sie dadurch erlitten hätte, daß die Juden Bargeld auf dem Wege des Schmuggels aus dem Königreich brachten. Infolgedessen versagte die Bank ihnen die fundamentalen Rechte, die sie der englischen Wirtschaft eingeräumt hatte. Als nämlich die Bank ihre Diskontabteilung für Kaufleute wieder eröffnete, blieb sie gegenüber den Juden geschlossen. Dies sei bis vor ganz kurzer Zeit der Fall gewesen (d. h. also etwa 7 Jahre). Wenn immer ein Christ einen Wechsel mit dem Indossament eines Juden zum Diskont präsentiert hätte, wäre er damit abgewiesen worden, weil der Verdacht bestand, der Christ arbeite mit dem Juden zusammen und der Wechsel stamme tatsächlich von letzterem."

Romaine fragt dann am Schluß, worin das Verdienst der Juden in der Vergangenheit bestanden habe. „Zunächst hätten sie das

[123]) Romaine S. 84.
[124]) Philo Patriae: Considerations S. 42.

Land des Bargeldes beraubt, dann verursachten sie eine wirtschaftliche Krise, aus der sie wieder ihre Vorteile zogen. Sie konstruierten sich dann ein großes Verdienst daraus, daß sie das Bargeld wieder ins Land zurückbringen und 7% daran verdienen[125]."

In den kritischen Jahren von 1745 und 1746 ereignete es sich auch, daß die Noten der Bank von England unter pari angeboten wurden: erste Anzeichen für mangelndes Vertrauen in den Kredit des Staates und das damit drohende Absinken der Währung! Alle führenden Kaufleute der City schlossen sich in diesen Stunden der Gefahr zusammen und veröffentlichten eine Erklärung, wonach sie alle Banknoten zum vollen Kurs einlösten: eine Maßnahme, die erheblich zur Rettung der Währung beitrug.

Philo Patriae[126]) tut nun ganz so, als ob die Juden für sich in Anspruch nehmen könnten, ausschlaggebend an dieser Stützungsaktion beteiligt gewesen zu sein. Er selbst muß allerdings zugeben, daß unter den zwölf führenden Kaufleuten nur zwei Juden waren. Wir wissen nicht, ob dies zutrifft, aber unterstellt, es beruht auf Wahrheit, spricht diese Anzahl von Juden nicht von vornherein gegen eine überwiegende Beteiligung? In Wirklichkeit ist auch ihre diesbezügliche Hilfe von ganz untergeordneter Bedeutung gewesen, denn der schon häufiger erwähnte Sir John Barnard war der Urheber und Förderer der erwähnten Angelegenheiten[127]), wobei er die ganze Unterstützung des englischen Bankiers Lee fand[128]). Dem ersteren setzte die City für seine Verdienste bereits im Jahre 1747 ein Denkmal[129]).

Als ein weiteres Verdienst um den Staat führt Philo Patriae[130]) die Tatsache an, daß die Juden in den Krisenjahren ganz erhebliche Gelder zu der damals aufgelegten Landanleihe gezahlt hätten. „Ein Viertel des Geldes, welches sofort bei dieser Gelegenheit erhoben wurde, stammte von ihnen..."

Romaine[131]) erwidert darauf, daß die Juden zwar Gelder hierfür zur Verfügung gestellt hätten, worin aber nichts Außergewöhnliches zu erblicken sei, da diese Anlage durchaus sicher war. Die Zinsen seien ebenfalls angemessen gewesen, und so könne man beim besten Willen nicht einsehen, daß die Juden in irgendeiner Weise ein Opfer zugunsten der Nation gebracht hätten.

Aber auch Romaine scheint der wichtigste Grund zur Widerlegung dieser Behauptung Philo Patriaes entgangen zu sein. Wir haben nämlich festgestellt, daß eine amtliche Liste über die Namen und die Höhe der gezeichneten Beträge veröffentlicht worden ist, die auf Wunsch eines Teils der an dieser Rettungsaktion für den Staat

---

[125]) Romaine S. 85—87.
[126]) Philo Patriae: Considerations S. 43/44.
[127]) Dictionary of National Biography Bd. I S. 1160.
[128]) Romaine S. 87/88.
[129]) Orridge S. 179.
[130]) Philo Patriae: Considerations S. 45.
[131]) Romaine S. 89.

beteiligten Bürger aufgestellt wurde. Diese Liste ist zusammen mit dem Bericht des „Guildhall-Komitees" im Jahre 1747 gedruckt worden. Hiernach steht fest, daß die Juden von den anfänglichen Zeichnungen von insgesamt £ 18.910 nur den Betrag von £514 12s. 0d.[132]) aufgebracht haben. Es kann also nicht im entferntesten die Rede davon sein, daß die Juden ein Viertel der ersten Gelder aufgebracht haben, auf Grund deren die Öffentlichkeit Vertrauen zu weiteren Zeichnungen faßte.

Bei Bekanntmachung der Liste in der London Evening Post wurden die Juden gleichzeitig aufgefordert, Berichtigungen beizubringen, falls die Aufstellung nicht den Tatsachen entspräche. Die weiteren eingehenden Nachforschungen in dieser und anderen Zeitungen haben aber keine Widerlegung der Veröffentlichung ergeben.

Damit dürfte wohl mit Romaine erwiesen sein, daß die Juden in der Vergangenheit keinerlei Verdienste für den Staat aufweisen konnten, die dieses Gesetz gerechtfertigt hätten, wie auch die in moderner Zeit von Hyamson[133]) vertretene Auffassung im Sinne von Philo Patriae dadurch widerlegt wird.

Die Gegner sehen im Gegensatz zu den Juden und ihren Freunden in der christlichen Religion ein unüberwindbares Hindernis für das Gesetz, was sie u. a. damit begründen, daß die Juden allein für die Kreuzigung Jesus Christus verantwortlich zu machen und die Prinzipien der christlichen Religion unvereinbar mit denen der jüdischen seien[134]).

Weiter wird recht häufig auf die wirtschaftlichen Nachteile verwiesen, die den englischen Kaufleuten durch das Gesetz drohten[135]).

Der Ausspruch des großen englischen Juristen Lord Coke: „Die Juden sind Erzfeinde. Das Gesetz glaubt nicht, daß sie jemals bekehrt werden können, denn zwischen ihnen — wie mit dem Teufel, dessen Untertanen sie sind — und den Christen herrscht dauernde Feindschaft und kann niemals Friede sein"[136]), wird besonders hervorgehoben.

Daneben hat man sich eingehend mit dem Charakter der Juden auseinandergesetzt. Man kommt hierbei zu Feststellungen, die mit den unsrigen völlig übereinstimmen, und es dürfte einen Engländer heutiger Zeit überraschen, daß dieser Standpunkt früher von der Mehrheit des englischen Volkes eingenommen wurde.

Der Jude sei jeder Handarbeit abgeneigt. Nicht einen einzigen findet man in der Landwirtschaft oder je in einer Fabrik, so daß man auf dem Arbeitsmarkt keinerlei Vorteile haben würde[137]).

Die zahlreichen jüdischen Hausierer seien eine Landplage, die die Bevölkerung mit schlechten Waren betrügen. Es ist im übrigen interessant, daß die Bewohner auf dem Lande sich während der

---

[132]) London Evening Post vom 16. bis 18. August 1753.
[133]) Hyamson: History S. 217.
[134]) Romaine S. 21 ff., Candid & Impartial Examination S. 10 ff.
[135]) So u. a. Appeal to the Throne S. 22, Hanway S. 175 ff.
[136]) Romaine S. 10, Daily Advertiser vom 3. und 10. November 1753.
[137]) Hanway S. 146/47, Westminster Journal vom 9. Juni 1753.

heftigen Auseinandersetzungen weigerten, noch länger von den jüdischen Hausierern zu kaufen[138]).
Auch in krimineller Hinsicht sei es nachteilig, noch mehr Juden ins Land zu lassen. Bereits jetzt kauften sie die aus Diebstahl und Raub herrührenden Juwelen, Uhren, kurz alle Wertsachen. Das Diebesgut würde dann von ihnen nach Holland und anderen Plätzen gebracht, wo sie es von ihren Rassegenossen verkaufen ließen. „Wunderbare Burschen fürwahr, und sehr geeignet für Naturalisation!" so schließt einer der Hinweise[139]).
Man wirft den Juden vor, daß sie im allgemeinen charakterlich minderwertig seien[140]), ja man bezeichnet sie sogar als Vagabunden und als Abschaum der Menschheit[141]). Romaine[142]) wendet sich ganz entschieden gegen die Ansicht, daß jüdischer Reichtum dem Lande zum Vorteil gereiche, wobei man nicht vergessen solle, auf welch unmoralische Weise er erworben sei. Ihr betrügerisches Treiben würde sich mit der Zeit nachteilig auf den englischen Handel auswirken. Wir hören an anderer Stelle, daß schon damals überall in der Welt Menschen durch englische Spekulanten geschädigt wurden[143]). Juda fungiere als „Verbreiter falscher Nachrichten — was ihm besonders durch Geschäftsverbindungen in aller Welt ermöglicht sei — um so die Notierungen der Wertpapiere je nach Wunsch steigen oder fallen zu lassen"[144]).
Wir hören weiter, daß die Hebräer fortdauernd Anlaß zu Schwierigkeiten boten. Es sei immer und immer wieder ihre allgemeine Verderbtheit, die die Bevölkerung nach einer gewissen Zeit mit allen damit verbundenen innerpolitischen Störungen gegen sie aufbrächte und zu Verfolgungen führte[145]). Mit Recht erregten sie auch das Mißfallen dadurch, daß sie hauptsächlich durch Verbrechen hochkämen und reich würden, „wo immer sie sich einnisteten"[146]). Daneben trügen sie durch ihren eigenen aufrührerischen Geist Unruhen in die Nation[147]). Es sei nicht im geringsten erkennbar, warum man diesen Vagabunden — schon so im Neuen Testament bezeichnet — alle möglichen Rechte und Privilegien einräumen wolle[148]).
Die Juden und ihre Freunde haben natürlich zu solchen Vorwürfen nicht geschwiegen. Philo Patriae[149]) bestreitet unter Hinweis auf Stellen aus der Bibel ihre Unmoralität und kommt zu dem Schluß, daß manche Engländer schlechter seien als

---

[138]) Hanway S. 143, London Evening Post vom 18. bis 20. September 1753.
[139]) Hanway S. 143/44, Westminster Journal vom 9. Juni 1753, London Evening Post vom 7. bis 10. Juli 1753 und 22. bis 25. September 1753, Gent S. 12.
[140]) Public Advertiser vom 22. August 1753, Admonition from Scripture S. 7 ff.
[141]) London Evening Post vom 17. bis 19. Juli 1753.
[142]) Romaine S. 78/79.
[143]) Francis S. 83.
[144]) Gent S. 12.
[145]) Hanway S. 166 ff., Gentleman's Magazine Bd. XXIII S. 479.
[146]) London Evening News vom 16. bis 18. August 1753.
[147]) Appeal to Throne S. 14.
[148]) Modest Apology S. 7.
[149]) Philo Patriae: Considerations S. 11 ff.

Juden[150]). In England gäbe es im übrigen kaum bessere Männer als die Juden Sampson Gideon, Mendezes und Salvador, die man als Väter der Armen bezeichnete und die der Regierung so oft Geld zur Verfügung gestellt hätten[151]). Ja, einer[152]) geht sogar soweit, seine Betrachtungen mit den Worten zusammenzufassen: „Ich habe keine Bedenken, zu behaupten, daß jeder Jude einem Christen gleich ist." Die Hebräer selbst halten es für durchaus möglich, daß verschiedene der Schriften von ihren Rassegenossen verfaßt sind[153]). So könne man annehmen, daß dieser letztere Standpunkt nur aus der Feder eines Juden stamme; dieselbe Vermutung haben wir für den Verfasser Philo Patriae, da sich ja Juden nicht selten mit einem so schmückenden Beinamen wie er, „Vaterlandsfreund", umgeben. Aber neben ihnen sind es nicht zuletzt die Geistlichen gewesen, die derartige Schriften verfaßten, wie sich mittelbar aus einem öffentlichen Brief in einer Zeitung ergibt. Dieser Brief lautet in seinem wesentlichen Inhalt wie folgt[154]):

> „Der christliche Pfarrer-Rabbiner, der kürzlich zugunsten des Gesetzes schrieb, hatte die Unverschämtheit und Anmaßung, zu behaupten, daß die Juden nicht nur anständigere und ehrlichere Kaufleute wären, sondern Menschen von besserer Moral als die Christen dieses Landes, und daß die Juden viel eher durch ihre Verbindung mit uns verdorben werden könnten als umgekehrt. Er hat ... durch solche Behauptungen eine große Schmach auf sich und seine geistlichen Brüder gehäuft. Denn wenn wir im allgemeinen schlechter sind als die Juden, so muß es ohne Zweifel in großem Maße auf unsere Geistlichen zurückzuführen sein, die ihre Herde nicht versorgen, wie sie sollten, die ihnen nicht mit gutem Beispiel vorangehen, sondern zu eifrig nach den Reichtümern dieser Welt ausschauen, die — anstatt ihre heiligen Pflichten zu erfüllen und die Moral des Volkes zu heben — lieber derartige Pamphlete verfassen..."

Man verfehlt auch nicht, auf den unerwünschten Zustand hinzuweisen, daß Juden englische Mädchen heiraten[155]). Unter der Überschrift: „Geschichtsschreibung der Zukunft", versucht man eine ironische Darstellung künftiger Zustände zu geben, aus denen trotz gewisser Übertreibungen eine tiefe Sorge spricht.
Danach würden in späteren Jahren die Söhne Gideons und anderer Rassegenossen Töchter von Briten schänden. Die Briten, hierüber sehr zornig, hätten aber nichts dagegen unternehmen können, weil die Obrigkeit die Juden schützte. Sie gingen dann sogar so weit, die Regierung zu bitten, ihnen die Engländerinnen zu überlassen, wofür sie als Gegenleistung zu jeder Zahlung bereit

---

[150]) Philo Patriae: Further Considerations S. 4.
[151]) Henderson S. 30.
[152]) Address to the Friends S. 19.
[153]) Solomons S. 211.
[154]) London Evening Post vom 30. Oktober bis 1. November 1753.
[155]) Daily Advertiser vom 8. September 1753.

seien. Bei Ablehnung ihres Wunsches würden sie ihr ganzes Geld aus den Staatspapieren ziehen [156]).

Schon zu damaliger Zeit müssen ganze Viertel in London von Juden bewohnt worden sein, denn Gent [157]) warnt vor dieser Entwicklung und betont, daß bereits Leadenhall Street, Dukes Court, Broad Court, Dukes Place, Bevers Marks, Henage Lane, London Wall, Houndsditch und Cribby Island von ihnen übervölkert seien. Es fehlt auch nicht an Stimmen gegen ihren drohenden und zunehmenden Einfluß [158]). Wenn das Gesetz bestehen bliebe, würde England mit der Zeit ganz von Juden beherrscht werden [159]). Ihre Verschlagenheit und ihre Mittel ließen sie zweifellos bald ins Parlament gelangen [160]). Schon jetzt scheuten sie sich nicht, England als ihr Land zu bezeichnen [161]), ein Ausspruch, der dem heutigen Schlagwort der Juden sehr ähnlich ist: „Es ist wohl euer König, aber unser Land."

Man würde es auch erleben, Hebräer in Regierungs- und Verwaltungsstellen zu finden [162]). Die alten Rechte der Väter sollten nicht zu ihren Gunsten gefährdet werden [163]), mit deren Überhandnehmen englische Sitten und Gebräuche in Gefahr gerieten. Schon der äußere Eindruck der Juden ließe keinen Zweifel über seine inneren Eigenschaften: Nicht nur die häßlichen Körperformen und die schmutzig erscheinende Haut, sondern das hervorstechendste Merkmal seien die Augen, die ihren verbrecherischen Charakter zeigten. Zwar harte Worte, aber Wahrheit sei immer bitter [164]). Am Schluß resigniert der Verfasser jedoch erheblich, indem er wie folgt ausführt [165]): „Es ist eine alte, durch lange Erfahrung gerechtfertigte Beobachtung: ‚Wen die Götter verderben wollen, den verblenden sie zunächst.' Unser gegenwärtiges Betragen deutet auf solche Verblendung hin und verkündet das Herannahen eines großen Unglücks."

Die Freunde der Juden halten diese Befürchtung für fehl am Platze. Selbst wenn noch große Mengen ins Land kämen, könnten sie bei ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit nicht gefährlich werden; sie seien friedliche, handeltreibende Menschen, welche weder den ihnen zufallenden Einfluß zum Nachteil des Landes ausnutzen noch sich übermäßig breitmachen werden, da sie ihre Unbeliebtheit beim Volk kennen und daher vorsichtig seien [166]). Philo Patriae kann natürlich keinerlei Gefahr in dem etwa steigenden Einfluß der Juden sehen, ja, er zieht es sogar vor, daß sie Grund-

[156]) London Evening Post vom 16. bis 18. Oktober 1753.
[157]) Gent S. 13, London Evening Post vom 17. Mai 1753.
[158]) Romaine S. 41, Hanway S. 160, Full Answer to a Fallacious answer S. 17.
[159]) London Evening Post vom 17. Mai 1753.
[160]) London Evening Post vom 12. Mai 1753.
[161]) London Evening Post vom 31. Juli bis 2. August 1753.
[162]) Candid und Impartial Examination S. 24.
[163]) Letter to Sir John Barnard S. 5, Court and Country S. 5.
[164]) Modest Apology S. 8, 9, 10.
[165]) Modest Apology S. 15.
[166]) Appeal to Caesar S. 16 ff., Letter to the Public S. 18 ff., True State of the Case S. 2—9, Freeholder S. 30.

eigentümer werden und nicht etwa die für England viel gefährlicheren Parteigänger der Stuarts[167]). Man habe auch nichts dadurch zu befürchten, daß sie etwa in Zukunft ins Parlament kommen; sie würden dort wie auch sonst im allgemeinen nur das Beste für die Wohlfahrt Englands im Auge haben[168]).
Die Internationalität der Juden und die damit verbundenen Gefahren für ein Volk werden durch nachstehenden Hinweis beleuchtet:

„... Wir werden sehen, daß kein Mensch in der Welt geeigneter ist, Geheimnisse zu verraten und privatim Spionage von einem Land zum anderen zu tragen, als die Juden, vorausgesetzt, daß sie gut dafür bezahlt werden... Durch ihre angeborene Gier nach Gewinn ist es ihnen gleich, welche Partei sie verraten, und so ziehen sie ihren Nutzen daraus. Um gerecht zu sein, sie sind besorgt, dem Meistbietenden mit ihrer Information zu nützen..."

Man warnt dann nochmals eindringlich, daß der Jude alles für Geld täte und wünscht daher, daß das Gesetz nicht von Dauer sein möge[169]).
Es gab sogar Stimmen, die fürchteten, daß England eines Tags verjudet und dann dem Untergang geweiht sei[170]). An anderer Stelle kommen dieselben Gedanken wie folgt zum Ausdruck: „Bis sich die Söhne Großbritanniens als ehrenhaft, gerecht und wahrhaft erweisen und hassen lernen dies hassenswerte Geschöpf: den Juden..."[171]).
Wieder wird an verschiedenen Stellen der alte Weckruf aus der Zeit vor Rückkehr Karls II. laut: „England erwache! ... Es ist nicht Hannibal vor euren Toren, sondern der Jude[172])."
An anderer Stelle heißt es: „Briten erwacht. Laßt den edlen Geist der Wahrheit und Freiheit eure Seelen beflügeln[173])!"
Wir haben aus diesen kurzen Hinweisen — entnommen aus der Flut der Veröffentlichungen für und gegen das Gesetz — gesehen, mit welcher Heftigkeit es behandelt wurde. Der Überblick hat hoffentlich dem Leser weiter vermittelt, daß sich auch rein zahlenmäßig die Gegner nichts nachgaben. Um so erstaunlicher muß es aber sein, aus der Haltung des Volkes zu ersehen, daß es mit einer erdrückenden Mehrheit gegen das Gesetz eingestellt war.
Aus vielen Überlieferungen können wir ersehen, daß kaum ein einziger aus dem Volke mit dem Gesetz zufrieden war[174]). Die Begründung dürfte darin liegen, daß die englische Nation seit

[167]) Philo Patriae: Further Considerations S. 57.
[168]) Believer S. 19.
[169]) Candid and Impartial Examination S. 16/17.
[170]) Admonitions from Scripture S. 7 ff., 28.
[171]) London Evening Post vom 8. bis 11. September 1753.
[172]) London Evening Post vom 22. Mai 1753.
[173]) Court and Country S. 6.
[174]) Hanway S. 55, 172.

alten Zeiten eine tiefe Abneigung gegen die Juden hatte, was sich ganz besonders stark im Sturmjahre 1753 zeigte[175]). So kam es, daß „die Leute weder in Städten — groß und klein — noch auf dem Lande mit dem Gesetz zufrieden waren, sondern alle murrten, mit Ausnahme derjenigen, die davon Vorteile hatten“ [176]). Es ist daher nicht zuviel gesagt, daß das englische Volk wie ein Mann gegen das Gesetz aufstand und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln seinen Willen durchzusetzen versuchte[177]).

Wie hat sich im einzelnen der Unwille gezeigt?

Wir erfahren, daß eine größere Anzahl von Personen plante, den König zu bitten, dem Gesetz nicht zuzustimmen[178]). Anscheinend ist es entweder nicht zu diesem Schritt gekommen, oder er hat keinen Erfolg gehabt, denn wir haben bereits gehört, daß der König am 7. Juni 1753 gerade das tat, was man verhindern wollte.

Offenbar haben sich die Universitäten auch nicht genügend zugunsten des Volkes eingesetzt, denn man findet den Aufruf eines Akademikers, daß sie sich mehr am Kampfe beteiligen sollten[179]).

Weitere öffentliche Aufforderungen zum Widerstand mit anschließenden Protestversammlungen wurden erlassen. An allen Ecken und Enden des Königreichs fanden sich große Volksmassen zur Bekundung ihres Willens zusammen[180]). Dies wird auch von Philo Patriae[181]) nicht bestritten, nur hält er diese Kundgebungen für unbedeutend, zumal es sich um Leute gehandelt habe, die ihre selbstsüchtigen Zwecke verfolgten. Die Tatsachen geben ihm keineswegs recht.

In fast allen Wahlkreisen wurden die Wähler zusammengerufen, um entweder ihren Abgeordneten für seine Opposition während der Behandlung des Gesetzes im Parlament zu danken, oder solches von ihm für die Zukunft energisch zu verlangen.

So lassen sich in ersterer Hinsicht u. a. Versammlungen in Warwick, der Grafschaft Essex, Blithfield, Staffordshire, Montgomeryshire[182]) feststellen, um einige zu nennen.

In viel größerer Anzahl sind aber Zusammenkünfte von Wahlbezirken überliefert worden, in denen die Kandidaten ersucht wurden, in Zukunft alles für Aufhebung des Gesetzes zu tun, andernfalls sie nicht mit einer Wiederwahl im Frühjahr 1754 rechnen könnten. Derartige Kundgebungen sehen wir in Taunton, Reading, Cirencester, York, Bristol, in den Grafschaften Lancaster, Kent, Somersetshire, Middlesex und Gloucester, ferner in

---

[175]) Anhang zu Review S. 6.
[176]) Gent S. 16.
[177]) Parl. History Bd. XV S. 110, 128, 133, Daily Advertiser vom 1. September 1753, London Evening Post vom 19. bis 23. Juni, 21. bis 23. August 1753.
[178]) London Evening Post vom 22. Mai 1753.
[179]) London Evening Post vom 23. bis 25. Oktober 1753.
[180]) Gentleman's Magazine Bd. XXIII S. 468, Public Advertiser vom 10., 11., 12. u. 17. Oktober, 7. u. 19. November 1753.
[181]) Philo Patriae Considerations S. 26 ff.
[182]) Daily Advertiser vom 20. Oktober, Public Advertiser vom 22. August, London Evening Post vom 17. bis 19. Juli, 18. bis 21. August, 8. bis 11. September 1753.

Yarmouth, Haslemere, Westminster u. a.[183]). Dies dürfte schon ein treffendes Bild über die Volksstimmung geben. Außerdem soll hier bereits auf die Tatsache aufmerksam gemacht werden, daß mit dem Herannahen der Winter-Sitzungsperiode des Parlaments, also im November und Dezember 1753, solche Versammlungen besonders zahlreich waren.

Dieser Ausbruch des Unwillens muß einigen Parlamentsabgeordneten, die für das Gesetz gestimmt hatten, einen gehörigen Schock versetzt haben, wie sich aus der nachfolgenden kleinen Begebenheit zeigt:

Das Mitglied von Exeter gehörte zu diesen Unglücklichen. Anscheinend haben Witzbolde auf Grund seiner Haltung im Parlament in der Öffentlichkeit Zweifel darüber geäußert, ob er noch dem christlichen Glauben angehöre. Er ließ Flugzettel drucken, worin er sich gegen den Vorwurf des Übertritts zur jüdischen Religion verteidigte. Als Beweis für sein weiteres Festhalten am christlichen Glauben führte er an, auch sonnabends zu arbeiten und zu reisen. Die Rundschreiben lagen schon zur Verteilung an seine Wähler bereit, als Freunde ihn in letzter Minute davon abhalten konnten[184]). Sicher hätte er sich damit völlig lächerlich gemacht.

Diese kleine Mitteilung dürfte einen gewissen Eindruck von der Stimmung in England vermitteln. Eine Anzahl solcher Berichte gibt aber schon ein abgerundetes Bild und erfreut durch ihren darin liegenden Humor:

Einem Parlamentsvertreter aus der Grafschaft Kent war das Mißgeschick passiert, für das Gesetz gestimmt zu haben, was sich wie ein Lauffeuer in seinem Wahlbezirk und vor allem in seiner Heimatstadt verbreitete. Eine große Erregung hatte die Bevölkerung ergriffen, und sie war nicht schlecht auf ihren würdigen Repräsentanten erbost.

Er hatte von dem ihm drohenden Gewitter keine Ahnung, als er nach kurzer Zeit, froh, der sommerlichen Schwüle der Hauptstadt entronnen zu sein, zurückkehrte. Sein Weg führte ihn an seiner Stammkneipe vorbei, wo er zu dieser Zeit seine besten Freunde beim Mittagsmahl wußte. Kurz entschlossen betrat er das Lokal, um sich stolz seinen Wählern vorzustellen.

Bei seinem Eintritt sah er sich nicht in seinen Erwartungen getäuscht: Ehrbare und behäbige Bürger der kleinen Stadt waren versammelt und berichteten sich die letzten Begebenheiten. Er begrüßte sie mit einem Hallo und bat, in alter Gewohnheit sich zu ihnen setzen zu dürfen. In seiner Wiedersehensfreude hatte er nicht bemerkt, daß bei seinem Eintritt alles verstummte, und so fiel er aus allen Wolken, als man lebhaft bedauerte, daß er das

---

[183]) Public Advertiser vom 10., 11., 12. Oktober, 7. u. 19. November, London Evening Post vom 17. bis 19. Juli, 21. bis 23. August, 6. bis 11. Oktober, 6. bis 10., 15. bis 20., 24. bis 27. November, 4. bis 8. Dezember 1753.

[184]) Parl. History Bd. XIV S. 1431.

Essen nicht mit ihnen werde einnehmen können, da sie unglücklicherweise Schweinefleisch hätten auftragen lassen. Jetzt erst wurde dem armen Sünder die Situation klar, und er schaute nicht gerade sehr intelligent drein. Einen Augenblick brauchte er, sich zu erholen, und erst das dröhnende Gelächter der Anwesenden riß ihn aus seiner Bestürzung. Seinen Hut ergreifen und fluchtartig fortzustürzen war eins. Auf seinem Wege berührte er den Marktplatz und sah dort zu seiner Freude einen langjährigen Freund und treuen Wähler. Froh, einen Menschen — und gerade diesen — zu einer Aussprache gefunden zu haben, eilte er, ihn zu begrüßen. Sofort überschüttete er ihn mit einem Schwall von Fragen und wollte in seiner noch nicht überwundenen Bestürzung von dem Freund genauere Auskunft wegen der Haltung der anderen haben. Als er einen Augenblick in seiner Rede — eine Antwort erwartend — innehielt, betrachtete ihn der Freund interessiert, aber schweigend. Der Abgeordnete stutzte und drang mit Fragen ungeduldig auf ihn ein, warum zum Teufel er keine Antwort gäbe. Er müsse ihn doch hören und verstehen. Ohne eine Miene zu verziehen, antwortete darauf der Brave: „Eh ..., ich höre dich wohl —, aber leider kann ich nicht Hebräisch." Sprach's — und ließ den Verdutzten stehen.

Irgendein großer Politiker, dessen Name uns leider nicht mitgeteilt worden ist, hatte ebenfalls den Hohn und Spott des Volkes zu verspüren. Er besuchte Cambridge; seine Anwesenheit war schnell in der Stadt bekannt geworden. Eine riesige Menschenmenge hatte sich bei seiner Abfahrt eingefunden und begrüßte ihn beim ersten Anblick mit „Heil König der Juden". Es half ihm nichts, daß er so schnell wie möglich abzufahren versuchte. Die Menge begleitete ihn durch alle Straßen bis zum Ausgang der Stadt und hörte nicht auf, ihm johlend die obigen Worte zuzurufen.

Zeiten heftiger politischer Auseinandersetzung gleichen sich immer mehr oder weniger. Das Volk sucht durch Kampflosungen seine eigenen Reihen anzufeuern oder Laue für seine Ideen zu begeistern. So war es auch 1753 in England.

Die Wählermassen der Grafschaft Lancaster trugen bei ihren Versammlungen blaue Bänder mit der Inschrift: „Keine Juden! Christenheit und die Verfassung!" In der Grafschaft Somersetshire war das Motto: „Kein Judentum! Christenheit für immer[185])!"

Ein Parlamentsmitglied, das von Anfang an in der Opposition gestanden hatte, verließ London, um für die Sommerferien auf seinen Landbesitz überzusiedeln. Er wurde von sechs Dienern zu Pferde begleitet, die an ihren Hüten Plakate hatten: „Keine Juden! Kein Einbürgerungsgesetz! Alt-England und Christentum für immer[186])!"

Das Schlagwort: „Keine Juden" war in der Folgezeit eines der

[185]) London Evening Post vom 17. bis 19. Juli 1753.
[186]) London Evening Post vom 7. Juni 1753.

häufigsten in den Wahlkämpfen[187]), doch hörte man auch die anderen bereits genannten Kampfrufe nicht selten[188]). Oft hieß es auch: „Keine Bärte! Christen für immer!“[189]), oder: „No Jews, no Jews — no wooden Shoes!“ (keine Juden — keine Juden — keine Holzschuhe[190])!“). Von diesen Worten hallten die Straßen wider, wenn sich die Massen zu irgendwelchen Protestversammlungen zusammenfanden, und gellend wurden sie von aufgeregten Zügen in den von Juden bewohnten Straßen Londons geschrien. Wie sehr es der allgemeine Kampfruf war, zeigt, daß der Jude Hertz ihn als Überschrift für diese Zeit in seinem Werk gewählt hat[191]).

Die Bedeutung der Verbindung von „Juden“ und „Holzschuhen“ ist bisher ungeklärt geblieben. Hyamson[192]) und Hertz[193]) sind sich auch nicht ganz sicher, glauben aber, die Holzschuhe als Ausdruck der Ablehnung gegen die Hugenotten ansehen zu können. Die Auslegung scheint verfehlt zu sein, da sich die Volksmenge in diesem Jahr mit Rücksicht auf dieses Gesetz nur mit den Juden zu beschäftigen hatte. Keine der bisher behandelten Schriften bestätigt die Vermutung von Hyamson und Hertz. Wir meinen, daß eine andere Erklärung der Wahrheit näherkommen dürfte und beziehen uns dieserhalb auf folgendes Gedicht:

„...
... Christus errettete uns von seinen Feinden, den Juden.
Wie wäre es, einen freien und treuen gebürtigen Engländer zu einem Juden machen?
Teufel, Ungläubige, Ketzer und Türken!
Das kann nicht englisch sein, das ist römisch Werk.
Ein päpstliches Komplott, den Pretender auf den Thron zu bringen.
Möge der Himmel wachen über dem Verteidiger unseres ruhmvollen Glaubens.
Wenn diese Nachrichten zutreffen — die ganze Hölle wäre auf uns losgelassen;
Für Engländer etwas Schlimmeres als Holzschuhe ...[194])“

Demnach scheint der Holzschuh für den Engländer dieser Zeit der Inbegriff des Minderwertigen gewesen zu sein. Der Kampfruf dürfte daher nicht nur wegen des Reimes, sondern deswegen erkoren sein, weil Juden und Holzschuhe mit tiefster Abneigung abgelehnt wurden.

Wenngleich uns diese Ausführungen auch schon einen Einblick in die ungeheure Erregung des Volkes vermitteln, können wir uns

---

[187]) Tucker: Second Letter S. 3.
[188]) Election Magazine S. 64.
[189]) Hertz S. 77.
[190]) Hyamson Jew Bill S. 168, Salomons S. 205.
[191]) Hertz S. 60 ff.
[192]) Hyamson: History S. 222.
[193]) Hertz S. 67.
[194]) London Evening Post vom 21. bis 24. Juli 1753.

doch erst ein richtiges Bild machen, wenn wir weiter sehen, in welcher Weise sich der Zorn des Volkes gegen die unmittelbaren Befürworter des Gesetzes richtete; er machte vor nichts halt, und weder die verantwortlichen Minister, noch die Bischöfe oder Geistlichen geringeren Grades blieben verschont.

Das Volk konnte nicht vergessen, daß gerade die Bischöfe das Gesetz im Oberhaus ohne Ausnahme — soweit sie anwesend gewesen waren — befürwortet hatten. Neben ihnen sind noch die Bischöfe von Oxford, Norwich, London, Asaph und der Erzbischof von Canterbury öffentlich für das Gesetz eingetreten[195]). Aber auch die übrigen haben in keiner Weise irgendwelche Schritte unternommen, das Volk in seinem Abwehrkampf zu unterstützen, wie sich aus öffentlichen Aufrufen in den Zeitungen ergibt. So finden wir darin eine Aufforderung zum Zusammenschluß derjenigen Geistlichen, die sich nicht auf die Seite der Juden stellen. Mit Erbitterung wird betont, es sei wirklich an der Zeit, daß sich einige Seelsorger im Sinne der Volksstimmung einsetzten, da man von den Bischöfen nichts erwarten könne[196]). Dieselbe Ansicht finden wir auch noch an anderer Stelle vertreten[197]).

Bei dieser Haltung der Bischöfe verwundert es daher nicht, daß schwere Anklagen gegen sie erhoben wurden[198]). In einem Gedicht werden sie mit Judas verglichen, weil sie sich für Gold als Verräter verkauft hätten[199]).

Eine sarkastische kleine Schrift machte auch Vorschläge für künftige Gesetze. Unter anderem fanden sich dort bereits Entwürfe für Ermächtigungen von Bischöfen und Geistlichen, judenfreundliche Predigten von der Kanzel zu halten[200]).

In einem Gedicht finden wir Angriffe gegen die Bischöfe. Der vierte Vers davon lautet:

„Laß keinen Juden mit dir speisen oder trinken,
das überlasse dem Bischof — seiner Gnaden und dem Lord,
.....
Du aber wirf jeden hinaus, der einen Juden begünstigt...[201])"

Ohne Zweifel ist es auch zu sonstigen unmittelbaren Angriffen auf die Bischöfe gekommen, wie wir z. B. bezüglich der Bischöfe von Norwich und Oxford festgestellt haben.

Der erstere war nach Ipswich gegangen, um dort die Jugend zu konfirmieren. Die Jungen und Mädchen machten großen Lärm und schlugen vor, er solle sie nicht konfirmieren, sondern beschneiden. Außerdem heftete man Zettel an die Kirchentüren, die ankündigten, daß der Bischof am nächsten Tag — einem Sonn-

[195]) Solomons S. 207.
[196]) London Evening Post vom 16. bis 18. Oktober 1753.
[197]) London Evening Post vom 16. bis 19. Juni 1753.
[198]) Hyamson: Jew Bill S. 168.
[199]) London Evening Post vom 18. bis 20. September, ähnl. Gedicht in Jews Triumph S. 3 ff.
[200]) Telltruth S. 10 ff.
[201]) Election Magazine S. 64.

abend bzw. Sabbat — Juden, und am übernächsten Tag — einem Sonntag — Christen beschneiden würde[202]).
Der Spott ergoß sich auch über den Bischof von Oxford, der bis zur letzten Minute auf seiten der Juden stand.
Man veröffentlichte eine Karikatur, die die Volksstimmung gegen ihn treffend kennzeichnet. Man sieht den Bischof neben einem Renntier stehen. Er hat auf das Hinterteil des Tieres ein Buch gestützt, auf dem sich die Zahl 20.000 und die Worte finden: „Ich bete für die Juden ... und meinen König." Beide Inschriften spielen darauf an, daß er für die große Unterstützung nach Ansicht des Zeichners mit £ 20.000 bestochen sein muß[203]).
Am besten dürfte aber eine andere Karikatur die Einstellung des Volkes gegen die Bischöfe im allgemeinen zeigen. Das Bild stellt einen Juden und einen Bischof auf einem Esel dar. Der Jude zeigt auf den hinter ihm sitzenden Bischof und schreit: „Mich sein naturalisiert und haben bekehrt Bruder meiniges wo ist hinter mir."
Der Bischof hat unterm Arm einen Talmud und bemerkt: „Wir haben uns vom Wege verirrt wie verlorene Schafe." Der Eseltreiber hält einen Beutel in der Hand mit der Aufschrift: 100.000. Er soll sicher die führenden Persönlichkeiten in Regierung und gesetzgebenden Körperschaften darstellen, die für ihre Unterstützung den Betrag von £ 100.000 von den Juden erhalten haben. Der Esel soll wahrscheinlich das englische Volk verkörpern, dessen Lage in der ganzen Angelegenheit entsprechend empfunden wird. Auf dem Boden liegt das Alte Testament und zwei Blätter Papier. Auf dem einen findet sich die Inschrift: „Allgemeine Wahlen", auf dem anderen: „Juden — 96, Christen — 55". Das erstere weist auf die bevorstehenden Wahlen hin, das letztere auf das Abstimmungsergebnis im Parlament[204]).
Man sieht, es hat sich keiner der Bischöfe für die Ziele des Volkes eingesetzt. Die Ansicht Leckys[205]), die auch von Krieger[206]) vertreten wird, daß nur ein Teil von ihnen auf seiten der Juden war, entspricht daher nicht den Tatsachen[207]), wie wir auch nicht damit übereinstimmen, daß die Geistlichkeit geringeren Ranges sich am Kampf des Volkes gegen das Gesetz beteiligt hat[208]). Vielmehr sind es nur einige Vertreter von ihnen gewesen, so u. a. der Reverend Romaine, der sich in Wort und Schrift für die Sache des Volkes einsetzte[209]).

---

[202]) Coxe Bd. II S. 290, Parl. History Bd. XIV S. 1431.
[203]) Sammlung des Brit. Museums Nr. 3280.
[204]) Sammlung des Brit. Museums Nr. 3205, Stephens Bd. III Teil II S. 860/61.
[205]) Lecky Bd. I S. 330 ff.
[206]) Krieger S. 43 ff.
[207]) Unserer Ansicht auch Walpole Bd. I S. 357, Abbey Bd. I S. 214, Hyamson: Jew Bill S. 168, History S. 221, Parl. History Bd. XV S. 119, London Evening Post vom 21. bis 23. August.
[208]) Anderer Ansicht: Lecky Bd. I S. 330 ff.
[209]) London Evening Post vom 11. bis 13. September, Publ. Advertiser vom 22. Juni 1753.

Wir haben einwandfreie Beweise dafür gefunden, daß die Geistlichen sogar für die Juden eingetreten sind.
Sie taten dies nicht nur von der Kanzel aus, sondern haben ihre diesbezüglichen Predigten sogar veröffentlicht. Es würde zu weit führen, im einzelnen darauf einzugehen, aber es hat selten wärmere Anteilnahme für die Sache der Juden gegeben, als in diesem Jahr seitens der Geistlichkeit in England[210]). Diese ihre Haltung hat sich anscheinend trotz der Volkswut nicht geändert, da wir noch Anfang Dezember, also kurz vor Aufhebung des Gesetzes, von pro-jüdischen Predigten hören[211]).
So kommt es zu dem in England kaum erlebten und auch im allgemeinen nur seltenen Ereignis, daß an einem Sonntag in Monmouthshire ein Teil der Kirchenbesucher lärmend gegen die Predigt des Geistlichen protestierte, während andere empört die Kirche verließen[212]).
Die Geistlichen haben sich auch unverständlicherweise durch Briefe in der Öffentlichkeit immer wieder für das Gesetz ausgesprochen, aber in demselben Maße die Volksmeinung gegen sich aufgebracht[213]). So fragte man mit Entrüstung, wo die Geistlichkeit bei Verabschiedung des Gesetzes gewesen sei, und warum sie jetzt nicht dem Volk in seinem Kampf beistehe[214]). Mit besonderem Erstaunen wird auch gelegentlich festgestellt, daß tatsächlich irgendwo in England noch ein vereinzelter anti-jüdischer Geistlicher vorhanden sei[215]).
Bei allem ist es wohl verständlich, daß der Spott nicht zu kurz kommt. So finden wir Gedichte gegen die Geistlichkeit[216]) und einen Aufruf des Inhalts, daß ein Fonds gegründet werden soll zur Belohnung ehrenhafter Geistlicher, die „lieber hungern würden, als Apostel für die Beschneidung zu werden“ [217]). Ein anderer Geistlicher, der sich besonders für die Sache der Juden hervorgetan hatte, muß sich insofern öffentlich verspotten lassen, als „man gehört haben will, daß er für seine Verdienste zum Kaplan eines bekannten Juden der City ernannt werden soll“ [218]). Der Witz über einen Geistlichen in Northunderland ist noch viel drastischer. Danach hätte man ihn zur Taufe eines Kindes gerufen, das er aber zum Entsetzen der Anwesenden nicht getauft, sondern beschnitten hätte. Da er noch ungeübt darin gewesen war, sei das arme Wurm daran gestorben[219]).
Nach alledem erscheint die Darstellung, daß verschiedene Juden im Hause eines Geistlichen abgestiegen seien, um dort Karten zu

[210]) Winstanley S. 9 ff., Peckard S. 3 ff.
[211]) London Evening Post vom 4. bis 6. Dezember 1753.
[212]) London Evening Post vom 30. Oktober bis 1. November 1753.
[213]) London Evening Post vom 14. bis 16., 18. bis 21. August, 4. bis 6., 11. bis 13., 25. bis 27. September, 16. bis 18., 23. bis 25. Oktober, 30. Oktober bis 1. November 1753.
[214]) London Evening Post vom 12. bis 14. Juli 1753.
[215]) London Evening Post vom 14. bis 17. Juli 1753.
[216]) Election Magazine S. 58, Jews Triumph S. 5.
[217]) London Evening Post vom 16. bis 18. Oktober 1753.
[218]) London Evening Post vom 11. bis 13. Dezember 1753.
[219]) London Evening Post vom 8. bis 11. September 1753.

spielen, am besten die Meinung des Volkes über seine Geistlichen wiederzugeben[220]).

Damals wurde oftmals behauptet, die Bischöfe — überhaupt die Geistlichen — seien bestochen. Irgendwelche begründeten Anhaltspunkte konnten dafür nicht ermittelt werden, und so ist es recht schwierig, die Gründe für ihr Verhalten aufzudecken. Vielleicht war es also schon damals die sich auch heute noch oft zeigende Einstellung der Kirche, sich für die Juden zu verwenden. Vielleicht hat auch die Geistlichkeit geglaubt, mehr Juden durch das Gesetz bekehren zu können; vielleicht mag sich aber auch die Kirche dadurch bewogen gefühlt haben, daß sie selbst durch besondere Vorschriften in dem Gesetz gegenüber der Einflußnahme der Juden gesichert war. Schon damals hat die Allgemeinheit auf diese besondere Begünstigung der Kirche hingewiesen und sie öffentlich getadelt[221]).

Aber nicht nur mit Kirche und Geistlichkeit war das Volk aufs tiefste unzufrieden: Mit mindestens ebenso großer Erbitterung prangerte es auch die Regierung für ihre judenfreundliche Haltung an, und ganz besonders richtete sich die Wut gegen die beiden in der Regierung führenden Gebrüder Pelham. Der ältere Bruder Thomas, der spätere Herzog von Newcastle, war der Führer der Regierungspartei im Oberhaus, der jüngere, Henry, der leitende Kopf im Ministerium. Das Volk sah in diesen beiden die treibenden Kräfte für das Judengesetz, und die Angriffe gegen sie kannten keine Grenzen[222]). Die Intensität der Volkswut zeigt sich in einer Karikatur mit der Überschrift: „Die Juden barbieren das Parlament über die Löffel." Sie zeigt verschiedene Personen, die einen Mann umringen. Er soll von einem Juden rasiert werden, der seinen Kunden und die herumstehenden Engländer mit den Worten tröstet: „Habt Geduld, Gentlemen; wir werden euch alle aus dem Reich barbieren ..." Ein zweiter Jude im Hintergrund schreit: „Lange lebe Solomon II.", womit er den damaligen englischen König Georg II. meint. „Weiser Geldkönig der Juden", ruft ein dritter, der damit auf Sampson Gideon hinweist. Wahrscheinlich soll letzterer durch den Barbier dargestellt sein, da der betreffende Jude seinen Blick auf ihn richtet. Auf der äußersten Rechten des Bildes sieht man den Herzog von Newcastle. Ein hoher Rabbiner wendet sich an ihn mit den Worten: „Ich hoffe, du wirst dich beim König für den Bau eines Tempels verwenden", worauf ein anderer Jude mit den Worten einfällt: „Und ein neues Jerusalem machen." Der Herzog antwortet: „Ja, alles ... für Geld." Links sehen wir zwei Engländer auf einem Sofa sitzen, die sich fürchten, demnächst beschnitten zu werden und die den Herzog von Newcastle für die ganze Entwicklung verantwortlich machen[223]).

---

[220]) Collection of best Pieces S. 62.
[221]) Candid & Impartial Examination S. 21/22, Public Advertiser vom 22. Mai 1753.
[222]) Coxe Bd. II S. 290, Solomons S. 206/07.
[223]) Stephens Bd. III Teil II S. 862, Samml. Brit. Mus. Nr. 3208.

Man hätte annehmen sollen, daß nach dem Erfolg der Volksbewegung im Jahre 1753 die Abneigung gegen den Herzog von Newcastle verebbt wäre, zumal er — wenn auch nur unter dem Druck der Verhältnisse — später den Antrag auf Aufhebung des Gesetzes im Oberhaus einbrachte[224]). Keineswegs, wie aus einem nach den Wahlen im Jahre 1754 veröffentlichten Bild ersichtlich: Der Herzog von Newcastle sitzt auf einem Stuhl und angelt. Als Köder befindet sich an seiner Angel „Versprechungen aller Art an die herangaloppierenden, neugewählten Mitglieder des Parlaments". U. a. werden ihnen als Lockspeise Titel, Bestechungsgelder, Pensionen usw. angeboten. Dadurch will er sie wieder für die Sache der Regierung gewinnen, deren Ansehen durch das Sturmjahr 1753 erheblich gelitten hatte. Man sieht, wie sich die Abgeordneten der Angel nähern. Der eine ruft: „Nur für £ 1.000", der andere: „Ich habe eine gute Verdauung für alles[225])."
Anscheinend ist aber der Haß für den jüngeren Pelham noch stärker gewesen, denn ihn hat man noch über seinen Tod hinaus in einer Karikatur verspottet. Henry Pelham war am 6. März 1754 gestorben, und die kurz danach erschienene Karikatur zeigt seinen Einzug in die Hölle. Sie trägt die Überschrift: „Ankunft und Empfang auf seinem ländlichen Ruhesitz." Henry Pelham wird durch einen Dämon eingeführt. Andere böse Geister, die unbeliebte Engländer der Vergangenheit darstellen, begrüßen ihn. So wird er u. a. von Robert Walpole, der mehr oder weniger als Lehrmeister Pelhams anzusehen ist, mit folgenden Worten begrüßt: „Oh, dies ist eins meiner Kinder, das ich aufgezogen und bald als vielversprechendes Genie für schmutzige Geschäfte erkannt habe. Infolgedessen tat ich alles, was ich konnte, ihm meine Nachfolgerschaft zu sichern, als ich mich hierher zurückzog. Ich wußte genau, daß schon einige seiner dunkeln Taten mich so sauber wie Alabaster erscheinen lassen würden. Er hat es fertiggebracht, hauptsächlich durch Verabschiedung des Einbürgerungsgesetzes für die Juden. Hat einer von euch großen Genies Ähnliches aufzuweisen?" Kardinal Wolsey, ein anderer Verdammter, gesteht ein, daß er dem Volk vieles aufgezwungen, Pelham ihn jedoch noch weit übertroffen hätte[226]).
Sämtliche Karikaturen spielen auf unehrenhafte Regierungsmethoden, insbesondere der beiden Brüder, an[227]). Dieser Vorwurf wurde ihnen wiederholt in der Öffentlichkeit gemacht.
Einer der vielen, die gleichfalls diese Ansicht vertreten, ist Romaine. Nach ihm sind die Juden unter Wilhelm dem Eroberer und Cromwell durch Bestechungen nach England gekommen, und er zweifle nicht, daß diese Methode auch heute noch von ihnen

---

[224]) Coxe Bd. II S. 291.
[225]) Stephens Bd. III Teil II S. 916, Samml. Brit. Mus. Nr. 3269.
[226]) Stephens Bd. III Teil II S. 908, Samml. Brit. Mus. Nr. 3264.
[227]) Alle Karikaturen sollten im Britischen Museum photographiert und diesem Buch beigefügt werden. Die plötzliche Ausweisung des Verfassers aus Großbritannien und der bald darauf eingetretene Krieg haben dies leider verhindert.

angewandt würde[228]). Etwas Ähnliches bringt auch Telltruth[229]) und Gent[230]) zum Ausdruck. Andere sehnen den Tag herbei, an dem mit diesen Gepflogenheiten ein Ende gemacht wird[231]), wieder andere wollen gern wissen, wieviel die Juden für das Gesetz bezahlt hätten[232]).

Für England und London hatte der Volksmund bald neue Namen gefunden. Das erstere nannte man Judea Nova[233]), das letztere Neu-Jerusalem[234]). So überrascht es nicht, daß wir eine Karikatur finden mit dem Namen: „Ansicht von Neu-Jerusalem". Im Hintergrund sehen wir London, an einen Baum lehnt sich Sir W. Calvart. Unmittelbar neben ihm liegt ein Teufel mit einem Geldsack von £ 500.000. Ein Haufen Juden schaut entzückt hinüber, wo die Brüder Pelham stehen, bei denen die Zahl 500.000 ebenfalls auf Bestechung hindeutet[235]).

Wir hoffen, dem Leser aus den gedrängten Darstellungen der zahlreichen Schriften, öffentlichen Briefe, Gedichte, Karikaturen usw. ein Bild vermittelt zu haben, mit welcher Wucht der Volkssturm gegen König, Regierung, Volksvertretung, Lords und Geistlichkeit raste.

Den Mitgliedern der Regierung konnten diese Vorgänge nicht verborgen bleiben, insbesondere scheinen die beiden Brüder Pelham sehr bestürzt über die Unruhen gewesen zu sein, wie sich vielleicht aus dem einen oder anderen ihrer Briefe schließen läßt.

Bereits am 13. Juli schreibt der Herzog von Newcastle an Henry Pelham, er habe Lord Parker mit Rücksicht auf die an vielen Plätzen herrschenden Unruhen zur Erwägung anheimgegeben, die Aufhebung des Gesetzes ins Auge zu fassen, obschon es immer gefährlich sei, sich einem Zwang zu beugen. Vielleicht schiene es das beste, sofort eine Erklärung zu veröffentlichen, um weitere Ausschreitungen zu vermeiden[236]). Bereits vier Tage später drückt er nochmals in einem Brief an seinen Bruder seine ernste Besorgnis über das Umsichgreifen der Volksbewegung aus[237]). Der jüngere Pelham antwortet am 20. Juli, daß er dieselbe Meinung verträte. Er beendet seinen Brief: „Laß die Dinge laufen, und sollte es wirklich Unwillen darüber geben, hebe das Gesetz im nächsten Jahr als eine Sache von völlig untergeordneter Bedeutung wieder auf. Sollte es aber Unruhen verursachen, halte ich es für richtig, der Bevölkerung gegenüber nachsichtig zu sein[238]).

Aus dem vorliegenden Material läßt sich erkennen, daß der Volkssturm nach dem Monat Juli immer mehr anschwoll. Protestver-

[228]) Romaine S. 5.
[229]) Telltruth S. 4.
[230]) Gent S. 16.
[231]) London Evening Post vom 22. bis 25. September 1753.
[232]) London Evening Post vom 30. Oktober bis 1. November 1753.
[233]) Collection of the best Pieces S. 56.
[234]) London Evening Post vom 2. Juni u. 18. bis 20. September 1753.
[235]) Stephens Bd. III Teil II S. 860/61, Samml. Brit. Mus. Nr. 3206.
[236]) Coxe Bd. II S. 467/68.
[237]) Coxe Bd. II S. 484.
[238]) Coxe Bd. II S. 485.

sammlungen wurden im ganzen Land abgehalten und die Regierung hatte keinerlei Einfluß mehr auf die Massen. Waren die Brüder Pelham bereits im Juli über die Entwicklung der Dinge bestürzt, um wieviel mehr mußten sie es in den folgenden Monaten sein.

Für Mitte November waren die beiden gesetzgebenden Körperschaften einberufen. Die Regierung entschloß sich unter dem Druck der Verhältnisse, als erste Maßnahme die Aufhebung des Gesetzes zu empfehlen und selbst einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Das Volk hatte gesiegt!

Die jüdischen Historiker haben nach den Gründen für dieses Verhalten der Regierung gesucht und kommen zu dem Schluß, daß sie durch die bevorstehenden Neuwahlen dazu bestimmt wurde. Unter den gegebenen Umständen hätte sie im zukünftigen Parlament nicht mit einer Mehrheit rechnen können, weshalb sie sich zu ihrer Rettung unter Führung der Brüder Pelham der beschämenden Aufgabe unterzog, das Volk durch Aufhebung des Gesetzes zu beruhigen und auf ihre Seite zu bringen[239]). Dies sei dem Pelham-Ministerium im übrigen um so leichter geworden, als es immer den eigenen Vorteil vor Prinzipien gesetzt habe[240]).

Auch wir glauben, daß diese beiden Umstände zu dem Verhalten der Regierung mit beigetragen haben, wenn wir uns auch immerhin wundern, daß ein Jude die letztere Einstellung des Pelham-Ministeriums verurteilt. Vielleicht liegt aber der Grund seiner Auffassung darin, daß diesmal ein solches Prinzip zum Nachteil jener Rasse angewandt wurde, die selbst fast ausschließlich davon Gebrauch zu machen pflegt.

Tatsächlich dürfte der Hauptgrund in der Gefährdung der innerpolitischen Verhältnisse Englands zu erblicken sein. Man fürchtete zwar ein für die Regierung schlechtes Ergebnis bei den bevorstehenden Neuwahlen des Jahres 1754, aber das war im Augenblick nicht das gefährlichste. Vielmehr hatte die Regierung bei der Stimmung des Volkes damit zu rechnen, daß gewaltsame Ausschreitungen mit allen für das Ministerium daraus erwachsenden Nachteilen eintreten würden. Der oben wiedergegebene Briefwechsel zwischen den Brüdern Pelham läßt darüber keinen Zweifel. Schon damals hatte man Angst vor derartigen Geschehnissen, und wieviel größer muß sie vier Monate später gewesen sein, als die Wut immer mehr zunahm. Zweifellos hat man sich also dem Willen des Volkes gebeugt.

Wenn man einmal die Geschichte überschaut, läßt sich selten ein ähnlicher Vorfall finden. Sämtliche Gewalten des Staates hatten zum Teil einstimmig das Gesetz befürwortet, und jetzt hatten sie alle — König, Minister, Lords, Bischöfe, Parlamentsmitglieder — sich dem Volke zu fügen. Der Graf von Chesterfield dachte damals anders als wir. Er sah in allem nur einen grundlosen Radau

[239]) Hyamson: Jew Bill S. 174.
[240]) Hertz S. 89.

der Masse und verurteilte die Minister, daß sie sich dadurch hatten einschüchtern lassen[241]). Ein anderer Zeitgenosse, Horace Walpole, der jüngste Sohn Sir Robert Walpoles, vertrat eine ähnliche Einstellung und erblickte in allem hauptsächlich nur einen Kampf der Geistlichkeit geringeren Grades und betrunkener Ratsherren[242]). Wir können in keiner Weise mit ihnen übereinstimmen, sondern sehen in den Geschehnissen des Jahres 1753 den Abwehrkampf eines starken und gesunden Volkes gegen jüdische Überfremdung.

Am 15. November 1753 trat das House of Lords zusammen. Kaum hatte der König seine Begrüßungsrede an die versammelten Mitglieder des Oberhauses beendet, als sich auch der Herzog von Newcastle erhob und den formellen Antrag auf Aufhebung des Gesetzes stellte. Zum Erstaunen des Hauses bat er, den letzten Teil des Gesetzes bestehen zu lassen, laut welchem den Juden jegliche Verfügungsmacht in kirchlichen Dingen untersagt war. Seine Haltung begründete er damit, daß im übrigen zur Vermeidung der Beunruhigung der Öffentlichkeit die Abschaffung des Gesetzes geboten schien, nur halte er den Gedanken und das Ziel der letzteren Bestimmung bezüglich der Kirchenrechte für weiterhin notwendig, zumal es als eine Beschränkung der Juden ja auch keinen Anstoß bei den Massen erregen würde. Er ließ im übrigen keinen Zweifel darüber, daß er das Gesetz persönlich nach wie vor für richtig hielt[243]).

Es fällt uns auf, daß die Bestimmung des Gesetzes zum Schutze der Kirche aufrechterhalten bleiben soll, und unsere Vermutung, daß sie einen Teil des Preises für die befürwortende Haltung der Bischöfe darstellte, scheint sich daher zu verstärken. Sie wird beinahe zur Gewißheit, wenn wir in der anschließenden Ansprache eine völlige Übereinstimmung hierin zwischen dem Bischof von Oxford — der für seine Kollegen spricht — und dem Herzog von Newcastle feststellen. Seine Begründung lautet, daß für alle Zeiten die Juden durch Landkäufe keinen Einfluß auf kirchliche Angelegenheiten erlangen dürften[244]).

Verschiedene Redner nahmen eingehend zu dem Aufhebungsantrag Stellung. Nur einer der Lords, Graf Temple, sprach gegen die Abschaffung. Nach seiner Meinung würden die Judengegner auch die Außerkraftsetzung des Gesetsez für die Kolonien aus dem Jahre 1740 verlangen, und die Zeit möchte nicht mehr fern sein, daß man Scheiterhaufen für die Verbrennung von Juden aufrichtete. Derartige Befürchtungen könnten nur dadurch zerstreut werden, daß dem Geschrei des Volkes gegen das Gesetz nicht stattgegeben und ihm so jede Lust zu weiteren Ausschreitungen genommen würde[245]).

---

[241]) Stanhope Bd. IV S. 38/39.
[242]) H. Walpole Bd. I S. 357/58.
[243]) H. Walpole Bd. I S. 359, Parl. Hist. Bd. XV S. 91—94, Coxe Bd. II S. 291.
[244]) Parl. History Bd. XV S. 115.
[245]) Parl. History Bd. XV S. 94—99, Coxe Bd. II S. 292/93, Walpole Bd. I S. 361.

Lordkanzler Hardwicke schloß sich dem Antrag der Regierung an, da bei der Stimmung des Volkes die bisher in England lebenden Juden täglich für ihre Sicherheit fürchten müßten. „Ich bin überzeugt", so fuhr er fort, „daß es bei dem beträchtlichen Unwillen des Volkes schon früher zu Gewalttätigkeiten gekommen wäre, wenn nicht die Hoffnung bestand, daß das Gesetz sofort nach Zusammentritt des Parlaments zur Aufhebung gelangte ..." Auch er wendet sich gegen die eventuelle Unwirksamkeitserklärung des Gesetzes aus dem Jahre 1740, da es schon zu lange in Kraft sei. Dadurch würde ernstlich der Bestand des Handels mit den amerikanischen Kolonien in Frage gestellt, „denn wir wissen", so hören wir weiter von ihm, „daß der Handelszweig, von dem die ganze Wirtschaft mehr oder weniger abhängt, den ich aber aus guten Gründen nicht näher bezeichnen möchte, hauptsächlich in Händen der Juden ist ...[246])."

Ein typisches Beispiel englischer Heuchelei! Der noble Lord ziert sich, den Namen dieses Gewerbes in den Mund zu nehmen, aber leiden soll dieser Handel auch nicht durch Beschränkungen der Juden, da sonst vielleicht die englischen Interessen in den Kolonien ungünstig beeinflußt oder man sich selbst seine sonst so sauberen Hände damit beschmutzen würde. Im übrigen sollte es nicht allzu schwer fallen, dieses „unaussprechliche" Gewerbe zu erraten: es konnte nur der Sklavenhandel, der hauptsächlich von Juden ausgeübt wurde, gemeint sein.

Auch der Graf von Granville sprach sich für den Vorschlag des Herzogs von Newcastle aus. Er müsse zugeben, daß der „gegen das Gesetz erhobene Lärm ziemlich allgemein verbreitet war"[247]). Der Hauptgrund sei aber lediglich gewesen, daß man dem Gesetz einen falschen Titel gab.

Hiermit scheint er nicht Unrecht zu haben, denn im Jahre 1740 hatte man es ja geschickt verstanden, durch solche Manöver die Aufmerksamkeit des Volkes von der die Juden betreffenden Stelle abzulenken.

Sehr interessant ist die bereits erwähnte Rede des Bischofs von Oxford. Ein Zuhörer beschreibt sie in einem Briefe an den Herzog von Bedford als „eine miserable Predigt von ¾ Stunden Dauer"[248]). Wahrscheinlich hat er damit recht gehabt, denn der uns überlieferte Inhalt bestätigt dieses Urteil. Es ist unmöglich, ausführlich darauf einzugehen. Wir wollen nur die nach unserer Ansicht typischen Sätze wiedergeben, die die jetzt veränderte Haltung der Bischöfe für die Öffentlichkeit erklären soll.

Danach sei er, wie bekannt, früher für die Verabschiedung des Gesetzes eingetreten. „Dies, meine Lords", so vernehmen wir weiter, „war damals meine Meinung, und ich habe bislang keinen Grund gesehen, sie aufzugeben. Da aber das Gesetz von vielen

---

[246]) Parl. History Bd. XV S. 99—103, Coxe Bd. II S. 292.
[247]) Parl. History Bd. XV S. 110—114.
[248]) Bedford Bd. II S. 139.

Christen als Beleidigung angesehen wurde und es nach meiner Ansicht in religiöser und politischer Hinsicht unwichtig ist, bin ich in diesem Falle bereit, meinen Standpunkt zugunsten meiner christlichen Brüder aufzugeben." ... Dies veranlasse ihn, dem Antrag des Herzogs von Newcastle zuzustimmen[249]).

Hören wir solche Worte bei ähnlichen Geschehnissen in der Geschichte nicht häufig von Geistlichen? Warum überzeugt man sich bei solchen Gelegenheiten nicht vorher von der richtigen Stimmung, wenn sie angeblich nachher bei Ablehnung des Volkes wichtig genug ist, darum seine eigene Ansicht zu opfern!

So sehen wir, daß mit Ausnahme von Lord Temple alle zur Unterstützung des Antrages bereit waren, weil sonst das „unvernünftige Volk" weitere und noch dazu ärgere Dummheiten begehen könnte. Nur einer unterscheidet sich in seiner Rede von dieser Haltung: der Herzog von Bedford.

Er wies darauf hin, daß er von Anfang an gegen das Gesetz gewesen sei und daher die Aufhebung begrüße. Es müsse aber das ganze Gesetz abgeschafft werden, denn die übriggelassene Gesetzesbestimmung würde in Widerspruch mit den allgemeinen Gesetzen stehen, wonach die Juden noch Eigentum des Königs seien. Im übrigen solle man sich keinesfalls einbilden, die Judengefahr dadurch zu bannen, daß man den Hebräern die Erwerbung von Rechten verbiete, die mit kirchlichen Dingen zusammenhingen. „Vielmehr", so fuhr er mit erhobener Stimme fort, „wird ihre Macht mit der Vermehrung ihres Reichtums wachsen, und in demselben Maße, wie sich ihre Macht erhöht, werden sich auch ihre Privilegien vergrößern." Die Juden würden eines Tages so stark sein, daß sie alle ihnen unbequemen Gesetze streichen lassen und England als ihr Land bezeichnen würden.

Zwar sei kaum anzunehmen, daß sie die Engländer zahlenmäßig überflügeln, aber das sei auch nicht nötig, denn „sobald sie die alleinige oder überwiegende Kontrolle in Geldangelegenheiten besäßen, würden sie mit einer Hälfte der Bevölkerung zusammenarbeiten, um gemeinsam die andere Hälfte zu unterdrücken. Denn wir kennen bereits die Macht des Geldes in Politik und auch im Krieg".

In seinen weiteren Ausführungen machte der Herzog von Bedford darauf aufmerksam, daß die Juden nie im englischen Volk aufgehen, sondern umgekehrt das letztere von ihnen in ungünstigem Sinne beeinflußt werden würde. Vor dieser Überfremdung habe das Volk Angst gehabt und sich infolgedessen einstimmig mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zur Wehr gesetzt.

Ferner trat er auch für Aufhebung des Gesetzes aus dem Jahre 1740 ein, weil auf diesem Wege den Juden eine Hintertür offengelassen war, die britische Staatsangehörigkeit zu erwerben. So sei die von ihm gerügte Gefahr der Verjudung Englands nicht

[249]) Parl. History Bd. XV S. 114—117, Coxe Bd. II S. 292, Walpole Bd. 1 S. 359.

gebannt, da sich natürlich die Juden nach ihrer Einbürgerung auch ungehindert im Heimatland niederlassen könnten [250]).
Man sieht, daß sich der Herzog von Bedford am meisten im Sinne der Volksstimmung eingesetzt hat. Wie Horace Walpole[251]) zu einer entgegengesetzten Ansicht kommen konnte, ist nicht erkennbar.
Das House of Lords beschloß, das ganze Gesetz für nichtig zu erklären. Der ursprüngliche Antrag des Herzogs von Newcastle, die letzte Klausel bestehen zu lassen, wurde insoweit abgelehnt.
Die erste und zweite Lesung fanden am 15. bzw. 20. November statt. Bereits am 23. November erfolgte die dritte Lesung ohne Abstimmung, und das Aufhebungsgesetz wurde zur weiteren Behandlung an das Parlament geleitet[252]).
Am 27. November wurde auf Antrag Lord Temples das Oberhaus nochmals einberufen mit dem Ziel auf Einsetzung eines Komitees von Richtern, die feststellen sollten, ob die Juden nach den Gesetzen Englands Land kaufen und dies gegebenenfalls vererben könnten. Dieser Antrag stieß allgemein auf Widerstand und wurde von niemandem unterstützt, Lord Temple zog ihn darauf zurück[253]).
Unmittelbar nach Zusammentritt des Parlaments hatte ein Abgeordneter, Sir James Dashwood, die Anberaumung einer besonderen Sitzung zur Außerkraftsetzung des Judengesetzes beantragt. Lord Parker, ein Anhänger der Regierung, befürwortete sein Ersuchen und man einigte sich entsprechend auf den 4. Dezember. Infolge der schnellen Erledigung des Regierungsantrages im House of Lords war man aber imstande, bereits am 26. November zur zweiten Lesung zusammenzutreten[254]).
Nur ein einziger Abgeordneter, Mr. Potter, war unter Hinweis auf die hohen Qualitäten der Juden und ihre Verdienste um England gegen die Haltung der Mehrheit[255]), während sich insbesondere Sir George Lyttleton dafür aussprach, um dem Volkswillen gerecht zu werden[256]).
Ohne jede Schwierigkeiten erfolgte die zweite Lesung, aber trotzdem sollte alles nicht so glatt gehen, wie man nach den ersten Verhandlungen hätte erwarten sollen. Nicht etwa der Inhalt des eigentlichen Aufhebungsgesetzes, sondern die Präambel war der Anstoß zu erheblichem Streit.
Die von der Regierung vorgeschlagene und bereits vom Oberhaus angenommene Einleitung lautete u. a.: ... „Ein Gesetz ..., wodurch Unzufriedenheit und Unruhe bei vielen Untertanen Seiner Majestät hervorgerufen wurde ..."
Mit dieser Fassung waren diejenigen Abgeordneten, die von Anfang an gegen das Gesetz gewesen waren, nicht einverstanden.

[250]) Parl. History Bd. XV S. 103—110, Coxe Bd. II S. 291/92.
[251]) Walpole Bd. I S. 360.
[252]) Parl. History Bd. XV S. 117/18, Coxe Bd. II S. 293.
[253]) Walpole Bd. I S. 363.
[254]) Parl. History Bd. XV S. 118, Coxe Bd. II S. 293.
[255]) Parl. History Bd. XV S. 119—128.
[256]) Parl. History Bd. XV S. 128—131.

Unter Führung von Sir Roger Newdegate wurde folgender Wortlaut verlangt: „Aus dem besagten Gesetz hatten sich g r o ß e Unzufriedenheit und Unruhen ergeben ...[257])."

Sir Roger[258]) war ein reicher Kohlengrubenbesitzer und ein Mann mit altenglischen Idealen, ein — wenn auch nicht direkter — Vorfahre des später so berühmten Kämpfers in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegen die Emanzipation der Juden, Charles Newdegate, mit dem wir uns noch später eingehend beschäftigen werden.

Sir Roger Newdegate erachtete die genannten Worte der Präambel als unvereinbar mit den Tatsachen. „Ich kann es nur als ungewöhnlichstes Beispiel ministerieller Hochmütigkeit und Starrköpfigkeit betrachten, die je in den britischen Annalen zu finden waren." Durch die Präambel würde der Eindruck hervorgerufen, als ob sich die Befürworter lediglich zur Befriedigung irregeleiteter Massen zur Unwirksamkeitserklärung des Gesetzes herabließen. Tatsächlich hätten die Minister ihre Schuld an der Einführung des Gesetzes und die dadurch hervorgerufenen Unruhen in der Präambel zuzugeben, was aber nur durch die von ihm vorgeschlagene Fassung klar zum Ausdruck gebracht würde. Früher hätten die Whigs (Liberalen) das Sprichwort: „Die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes" für sich in Anspruch genommen. Da dieses jetzt zu ihrem Nachteil sei, hätten sie daraus gemacht: „Die Stimme des Volkes ist die Stimme des Teufels." „Aber", so führte er aus, „was auch immer die bisherigen Schutzherren dieses Gesetzes heute denken mögen, ich glaube, daß das Volk unseres Königreiches ... nach reiflicher Überlegung, seine eigenen Interessen oder seine Ehre ebensogut beurteilen kann, wie die Mehrheit beider Häuser des Parlaments für sich in Anspruch zu nehmen vermag ...[259])."

Der bereits genannte Freund der Juden Robert Nugent trat Sir Roger entgegen. Er hielt die Gründe Sir Rogers für Abänderung der Präambel für falsch und sprach sich daher gegen den Antrag aus. Im übrigen versuchte er, die ganze Angelegenheit als unwichtig und lächerlich hinzustellen[260]). Nur zu leicht fand er zahlreiche Unterstützung, so u. a. von Pelham, Horace Walpole und William Pitt[261]). Der erstere vertrat den Standpunkt, daß nur der Pöbel, dagegen nicht die ordentlichen Elemente im Volk die Ausschreitungen verursacht hätten. In diesem Punkt war er sich ganz besonders einig mit einem anderen Abgeordneten, Sir William Yonge[262]).

Letzterem erwiderte Admiral Vernon[263]), daß er dies zweifellos nur auf Grund falscher Informationen behaupten könne.

---

[257]) Parl. History Bd. XV S. 131.
[258]) Dictionary of National Biography Bd. XIV S. 329—332.
[259]) Parl. History Bd. XV S. 131—134.
[260]) Parl. History Bd. XV S. 134—138.
[261]) Parl. History Bd. XV S. 142—145, 150—153, 154/55.
[262]) Parl. History Bd. XV S. 159.
[263]) Parl. History Bd. XV S. 159/60.

Unter den verschiedenen Sprechern, die den Antrag Sir Rogers unterstützten, befand sich auch der Graf von Egmont. Von allen hatte er die Situation am besten verstanden. Nach seinen Worten galt sein Widerstand dem Prinzip, das in der von der Regierung vorgeschlagenen Präambel festzustellen sei, und sich nicht nur darin, sondern auch bei allen anderen Gelegenheiten zeige. „Ich meine den Grundsatz", ruft er aus, „daß durch Geld alles erreicht wird, und daß daher jeder Entschluß bezüglich Angelegenheiten der Nation von Geld abhängig ist. Ich wünschte nur, daß jene Herren einmal darüber nachdenken würden ..., daß Geld die Wurzel alles Übels ist ...[264])."

Die Debatte ergab, daß sich die Regierung dem Antrag Sir Rogers entgegenstellen würde. Infolgedessen überraschte es nicht, daß die von ihm vorgeschlagene Fassung der Präambel mit einer Mehrheit von 113 zu 47 Stimmen abgelehnt wurde[265]). Auch dies ist wieder ein Beweis für das sogenannte demokratische System, wonach sich gemäß der Ansicht seiner Anhänger der Volkswille immer durchsetzen wird. Hier dürfte das aber in einem ganz besonders krassen Fall nicht zutreffen, denn unter Berücksichtigung der gesamten Umstände brachte nur der Inhalt der von Sir Roger vorgeschlagenen Präambel die Meinung der Nation zum Ausdruck.

Am gleichen Tage, dem 26. November, wurde der Antrag auf Aufhebung des Gesetzes zum zweiten und bereits am 28. November zum dritten Male gelesen. Der König gab aber erst am 20. Dezember die notwendige Zustimmung[266]).

Wieder ruhten die Judengegner nicht bei ihrem Erfolg. Bereits am 4. Dezember hatten Lord Harley und Sir James Dashwood den Antrag auf Abschaffung des Gesetzes von 1740 eingebracht. Leider sind uns die Debatten hierüber nicht überliefert worden, die sicherlich weiter aufschlußreich über das derzeitige Zustandekommen gewesen wären. Außerdem sind sicher in diesen Diskussionen die durch das Vorhandensein des Gesetzes hervorgerufenen Gefahren der Verjudung der amerikanischen Kolonien und eventuell der Heimat behandelt worden. Dagegen haben uns die judenfreundlichen Zeitgenossen eingehend mit den Debatten ihrer Parteigänger bekannt gemacht, die natürlich die Juden für den Aufbau des Imperiums und besonders der amerikanischen Kolonien für nötig hielten. Pelham fehlt nicht unter diesen Sprechern und betont, daß „die Trennung von jenen, in deren Händen unser Wohlstand liegt, die Entblößung von unserer Stärke bedeute". Der Graf von Egmont hatte also mit seiner Meinung recht, daß in allem die Geldfrage die ausschlaggebende Rolle spielte.

---

[264]) Parl. History Bd. XV S. 155—159.
[265]) Coxe Bd. II S. 293—297.
[266]) Parl. History Bd. XV S. 162, Statutes at Large Bd. XXI S. 158/59.

Da sich nach alledem die Regierung wiederum diesem Antrag widersetzte, vermochten die Judengegner nicht durchzudringen und wurden mit 208 zu 88 Stimmen geschlagen[267]).
Sicherlich herrschte in Kreisen des Volkes über die letzte Niederlage Enttäuschung, aber die Freude über den voraufgegangenen großen Erfolg übertönte sie und machte sich in entsprechenden Kundgebungen Luft. So hören wir, daß man einige Tage vor dem 20. Dezember — dem Tag der königlichen Zustimmung zu diesem Gesetz — in London und Westminster große Feste vorbereitete[268]). Was dort geschah, ist sicherlich auch in den Provinzen, wo mit mindestens derselben Erbitterung gekämpft worden war, erfolgt.
Das Volk hatte sich gegen Regierung, Adel, Geistlichkeit usw. und nicht zuletzt gegen die Geldmittel der Juden durchgesetzt. Der Hof dürfte ebenfalls auf seiten der Judenfreunde gestanden haben, so daß alle Staatsgewalten gegen die Bevölkerung waren[269]).

Hintergründe des ursprünglichen Zustandekommens des Gesetzes

Im folgenden soll ausführlich die Frage erörtert werden, warum und durch welche Einflüsse das ursprüngliche Gesetz zustande gekommen war.
Die Zeitgenossen haben sich, wie bereits oben geschildert, ebenfalls darüber Gedanken gemacht, und infolgedessen wollen wir ihre Betrachtungen nicht außer acht lassen. Sie waren Zeugen der Ereignisse, aber ihr klarer Blick mag vielleicht teilweise durch Parteilichkeit getrübt gewesen sein. Um zu unserm Urteil zu gelangen, haben wir zunächst einmal zu prüfen, ob das Gesetz so wichtig war, daß es all diese Geschehnisse erforderlich machte. Die Ansichten hierüber gehen je nach der Parteieinstellung weit auseinander.
So glauben die Judenfreunde, daß das Gesetz lediglich ermöglichen sollte, einigen wenigen reichen Juden aus dem Ausland die britische Staatsangehörigkeit zu gewähren[270]). Philo Patriae geht allerdings weiter und vertritt den Standpunkt, daß auch einige Juden gehofft hatten, mit Hilfe des Gesetzes früher oder später Landeigentümer zu werden. Bei oberflächlicher Betrachtung sieht es ja auch so aus, als ob höchstens diese Zwecke beabsichtigt waren. Wir haben aber aus der Geschichte die Taktik der Juden gelernt, in einem Land zunächst unwichtig erschei-

[267]) Parl. History Bd. XV S. 162/63 Coxe Bd. II S. 297/98, Walpole Bd. I S. 364—367, Hertz S. 92.
[268]) London Evening Post vom 15. bis 18. Dezember 1753.
[269]) Parl. History Bd. XIV S. 1365, Faithful Narrative S. 6.
[270]) Tucker: Letter to a friend S. 6/7, Handerson S. 20, True State of the Case S. 8, Hertz S. 85.

nende Rechte durch Gesetz sichern zu lassen und dann allmählich auf die gleiche Weise Schritt um Schritt bis zur endgültigen Emanzipation zu gelangen.

Der stets judenfreundliche Philo Patriae mag durchaus recht haben, wenn er meint, die Juden hätten vielleicht „einige Geheimgründe" damit verfolgt[271]). Welcher Art diese sein könnten, hat uns der sonst so gut informierte Verfasser leider nicht verraten. Aber hören wir, was die Gegner der Juden hierüber zu sagen haben.

Wir wollen uns hierbei nicht mit Urteilen aufhalten, die von vornherein als ziemlich unwahrscheinlich zu werten sind, wie z. B., daß London an ausländische Juden verkauft werden sollte[272]). Vielmehr wollen wir nur solche behandeln, die durchaus ernst zu nehmen sind. Die Gegner erblicken eine Gefährdung der Erbrechte der Engländer darin, daß die Juden Grundeigentum und die damit verbundenen zahlreichen Privilegien erwerben dürfen[273]). Nach dem Gesetz sei es ihnen lediglich verwehrt, Mitglied des Privy Council und der beiden gesetzgebenden Häuser zu sein, sowie leitende Posten im Militär- und Zivildienst zu bekleiden, so daß ihnen die größte Anzahl aller anderen Posten offen stand[274]). Die gesamte Entwicklung müsse unzweifelhaft zu einer Verjudung der größten englischen Bank- und Handelsunternehmen, wie z. B. der East India Company, der Bank von England usw., führen[275]).

Die Verhältnisse in vielen der Verjudung anheimgefallenen Länder hätten die Richtigkeit dieser Befürchtungen bestätigt.

Das Eintreten der Regierung zugunsten des Gesetzes ist um so verwunderlicher, als sie von vornherein mit heftigen Angriffen aus dem Volk rechnen mußte. Abgesehen von dem antijüdischen Teil der Bevölkerung würde sich zweifellos auch der Widerstand anderer Kreise, wie z. B. der Katholiken und gewisser protestantischer Sekten, erheben, deren Rechte mehr beschnitten waren als die der Hebräer. Auch W. Coxe[276]) sieht in diesem Verhalten der Regierung eine unkluge Maßnahme, zumal Juda damals noch als ärgster Feind des Christentums galt und aus diesem Grunde ganz besonders verhaßt war. Wir möchten noch etwas weiter gehen als Coxe und die Ansicht vertreten, daß das Gesetz unter Berücksichtigung aller Gründe zunächst völlig unverständlich erscheint, was um so deutlicher wird, wenn wir uns vor Augen halten, daß die Regierung vor einigen Jahren gerade mit Mühe den Aufstand eines Teiles der Bevölkerung zugunsten einer Wiedereinsetzung der Stuarts niedergeschlagen hatte und Neuwahlen bevorstanden. Endlich war in vielen

---

[271]) Philo Patriae: Considerations S. 40.
[272]) Motives to the senseless Clamour S. 11.
[273]) Gentleman's Magazine Bd. XXIII S. 479/80, Appeal to the Throne S. 21/22.
[274]) Gentleman's Magazine Bd. XXIII S. 317.
[275]) Gentleman's Magazine Bd. XXIII S. 318.
[276]) Coxe Bd. II S. 290/91.

Kreisen des Volkes der Unwille über die steigende Verschuldung des Staates von erheblicher Bedeutung. Warum fügte dann aber die Regierung all ihren Schwierigkeiten noch die Gefahr der Ablehnung des Judengesetzes seitens des Volkes hinzu, insbesondere, da sich die Zahl der Juden in England zu dieser Zeit auf höchstens 8000 bis 10 000 Seelen belief?[277]) — ein Bruchteil der Judengegner, Katholiken usw. Wir werden nun im folgenden versuchen, diese Frage so gut wie möglich zu beantworten.

Rein ziffernmäßig war die jüdische Kolonie zu klein, als daß sich das Verhalten der Regierung hieraus erklären ließe. Aber ist es nicht vielleicht auch schon hier genau so gewesen wie in modernen Zeiten, daß diese kleine Anzahl mit dem ihr zur Verfügung stehenden Geld die Regierung hörig machte? Wir wissen, daß wir schon mit dieser Fragestellung von vornherein den Widerspruch unserer Gegner hervorrufen, da nach ihrer Meinung solche Möglichkeiten nur in den Köpfen verblendeter Judenhasser bestehen. Prüfen wir daher zunächst einmal die Beteiligung dieser wenigen Juden am Wirtschaftsleben des damaligen Englands.

Genaue Angaben werden sich nie darüber machen lassen, da zweifellos viel jüdisches Kapital in christlichen Firmen gesteckt hat und daher äußerlich als solches nicht sichtbar geworden sein dürfte.

Philo Patriae hat sich sehr eingehend mit diesem Problem beschäftigt. Wir wollen auf seine Forschungsergebnisse zurückgreifen, da man gegen ihn sicherlich nicht den Vorwurf erheben kann, Judengegner zu sein. Hiernach haben allein schon „mehrere Juden £ 1.500.000 ins Land gebracht". Mit anderen Worten — ein winziger Bruchteil der 8000 bis 10 000 Juden repräsentierte bereits ein beträchtliches Kapital. Nach der Berechnung Philo Patriaes haben die Juden im Jahre 1753 ein Zwölftel des Gesamteinkommens von England gehabt[278]) und mindestens ein Fünftel des Exports kontrolliert. Endlich hält er auch das gesamte jüdische Kapital mit 5 Millionen Pfund für nicht zu hoch gegriffen[279]). Diese Ansicht wird im übrigen von Tucker geteilt[280]). Es überrascht daher nicht, daß an jüdischen Feiertagen die Börse entvölkert zu sein schien[281]). Man konnte sogar von reiner Vorherrschaft der Juden an der Börse von London sprechen, die insbesondere in der Spekulation dominierten. Die Londoner Börse hatte schon um das Jahr 1750 die größte Bedeutung in der Welt, und da dort hauptsächlich Juden vertreten waren, wird mit dem Steigen des Umsatzes auch ein stetiges Anwachsen ihrer Anzahl eingetreten sein[282]), so daß ihr Einfluß auf die Börsengeschäfte in London und damit wiederum eines großen Teils der Welt ganz erheblich gewesen sein muß.

---

[277]) Hanway S. 142.
[278]) Philo Patriae: Further Considerations S. 34.
[279]) Philo Patriae: Further Considerations S. 35.
[280]) Tucker: Second Letter S. 21.
[281]) Philo Patriae: Further Considerations S. 16.
[282]) Postlethwayt Bd. I S. 94 ff., J. Jacobs S. 233.

Endlich wird von judenfreundlicher Seite auch weiter nachgewiesen, in welchen Zweigen die Juden nicht nur dominierten, sondern eine Monopolstellung innehatten. Der damals blühende Korallenhandel mit Indien wurde fast ausschließlich von ihnen beherrscht. Dasselbe galt auch für den Diamantenhandel und das damit verbundene Gewerbe[283]).

Schon diese kurze Übersicht über den Anteil der Juden an dem damaligen Wirtschaftsleben Englands zeigt, daß ihr Einfluß in keinem Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsziffer gestanden hat.

Ist nun diese Vorherrschaft auf die Wirtschaft beschränkt geblieben oder hat sie — wie es immer zwangsläufig zu geschehen pflegt — ihre Wirkung auch auf anderen Gebieten, so z. B. der Politik, gezeigt?

Wir glauben diese Frage nach Abwägung aller Tatsachen aus verschiedenen Gründen bejahen zu können.

Die Frage, ob die Juden schon zu dieser Zeit einen erheblichen Einfluß auf die Freimaurerlogen genommen haben, ist viel umstritten. Die Logen hatten um das Jahr 1720 ihre Tätigkeit in England wieder aufgenommen, waren jedoch zunächst nicht sehr bedeutend[284]). Bald traten jedoch die Führer der Whigs bei, und die Macht der Logen begann sehr schnell zu steigen[285]).

Es besteht kein Zweifel, daß der Herzog von Newcastle der Loge angehört hat, denn wir erfahren, daß er im Jahre 1731 im Hause Sir Robert Walpoles zum Meister vom Stuhl gemacht worden ist[286]). Danach haben wir auch die Gewißheit, daß letzterer Freimaurer war. Ihre Einstellung zu den Juden ist uns aus Vorhergehendem zur Genüge bekannt. Sollte nicht da die Vermutung gerechtfertigt sein, daß sie sich vielleicht gar als Logenbrüder gegenseitig unterstützten? Wenn uns auch keine Beweise dafür vorliegen, daß das Zustandekommen des Gesetzes auf Grund der Verbindung der Juden mit der Freimaurerei erfolgte, so wissen wir doch, daß um das Jahr 1740 bereits 181 Logen bestanden, in denen viele Juden saßen.

Wir wollen den Einfluß der Freimaurer nicht bestreiten, ziehen aber mangels positiver Unterlagen vor, auf Grund anderer, einwandfreier Tatsachen zu einem Schluß zu gelangen.

In einigen Flugschriften findet man des öfteren einen Hinweis darauf, daß die Juden sich im Falle der Verabschiedung des Gesetzes zur Zeichnung einer Anleihe bereit erklärt hätten, und auch ein in Amsterdam veröffentlichter Zeitungsartikel scheint sich darauf zu beziehen. Danach hatten die Juden ihre Bereitwilligkeit zur Hergabe einer Anleihe mit einer Verzinsung von nur 2½% erklärt. Die Mitteilung endet dann mit den Worten: „Diese nicht öffentliche Anleihe dürfte nicht zuletzt eines der Motive gewesen sein,

---

[283]) Philo Patriae: Further Considerations S. 44 ff.
[284]) Wolfstieg Bd. II S. 197.
[285]) Begemann S. 32 ff.
[286]) Begemann S. 324.

welche den Minister veranlaßten, das Einbürgerungsgesetz für Juden in England zu begünstigen“ [287]).

Wenn auch wahrscheinlich eine größere Anzahl an der Aufbringung dieser Anleihe beteiligt gewesen ist, dürften die von Piciotto[288]) in einer längeren Liste aufgeführten Juden hauptsächlich dafür in Frage gekommen sein. Wir wollen nur auf einige von ihnen näher eingehen.

Zuerst finden wir u. a. Joseph Salvador. Er war der Präsident der jüdischen Gemeinde und Teilhaber einer großen jüdischen Firma. Fast überflüssig, zu erwähnen, daß er großen Reichtum besaß. Als erster Jude war er zum Direktor der East India Company ernannt worden. Ob es sich hierbei um die englische oder holländische Firma gehandelt hat, geht nicht genügend aus den verschiedenen Quellen hervor; auf jeden Fall hatte er einen internationalen Namen als Wirtschaftler. Der englischen Regierung dürfte er insofern von Nutzen gewesen sein, als er nicht selten Anleihen für sie unterbrachte[289]). Infolgedessen war er mit den führenden Politikern sehr gut bekannt. So erfahren wir, daß kurz nach Verabschiedung des Gesetzes im Sommer 1753 ein großer Empfang auf seinem Landsitz in Surrey stattfand. Die Gäste bestanden hauptsächlich aus Mitgliedern des Adels, des House of Lords und des Parlaments. Es dürfte nicht unwahrscheinlich sein, daß man bei dieser Gelegenheit den in den gesetzgebenden Häusern errungenen Erfolg gefeiert hat [290]). Darüber hinaus ist versichert worden[291]), daß Salvador insofern erheblich an dem Zustandekommen des Gesetzes beteiligt war, als er der Regierung gedroht habe, unverzüglich unter Mitnahme seines gesamten Vermögens das Land zu verlassen, wenn nicht das Gesetz verabschiedet würde. Zeitgenössische Veröffentlichungen bemerken dazu ironisch, es „sei eine Drohung von solcher Bedeutung, daß wir uns nicht über den Einfluß wundern können, den sie auf unsere patriotischen Herrscher hatte“.

Ein anderer Jude, Solomon da Costa, dürfte einen noch besseren Beweis für unerlaubte Beeinflussung der für das Zustandekommen des Gesetzes verantwortlichen Männer liefern.

Auch er war sehr reich und hatte sein Geld hauptsächlich als Makler verdient. Man rühmte ihn wegen seiner Freigebigkeit gegenüber den Armen[292]). Anscheinend hat er aber seine Großmut nicht nur auf Arme beschränkt, denn von einem Zeitgenossen und Freunde da Costas ist uns überliefert worden, daß er auch nicht mit Geldbeträgen gegenüber Mitgliedern des Parlaments gespart hat [293]). Der Verfasser von da Costas Lebensgeschichte hat diese

---

[287]) London Evening Post vom 7. Juni 1753.
[288]) Piciotto S. 93/94.
[289]) Piciotto S. 162/63, Hyamson: History S. 212, Jewish Encyclopedia Bd. X S. 663.
[290]) London Evening Post vom 10. bis 12. Juli 1753.
[291]) London Evening Post vom 26. bis 28. Juli 1753.
[292]) Jewish Encyclopedia Bd. IV S. 292.
[293]) Hollis Bd. II S. 614/15.

Stelle auch gekannt und unter Bezugnahme hierauf ebenfalls Korruptionsbeziehungen zwischen ihm und verschiedenen führenden Persönlichkeiten festgestellt. Hyamson[294]) wendet sich gegen eine solche Auslegung, verschweigt aber, warum er anderer Ansicht ist. Bezüglich eines weiteren vermögenden Juden, Franck, wurde in aller Öffentlichkeit bekannt, daß er am Tage der Verabschiedung des Judengesetzes 27 Banknoten zu je £ 1.000 von der Bank abgehoben hätte[295]), wobei es sich zweifellos um Beträge handelte, die er als Entgelt für das Zustandekommen des Gesetzes an die Beteiligten gezahlt hat.

Sampson Gideon, „der Pfeiler des Staatskredits"

Um eine richtige Erkenntnis bezüglich des unmittelbaren Einflusses der Juden bei Verabschiedung des Gesetzes zu gewinnen, müssen wir uns eingehend mit ihrem ungekrönten König oder, mit den Worten des Juden Piciotto[296]) zu sprechen, „dem Rothschild von damals, dem Freund von Walpole und dem Pfeiler des Staatskredits" beschäftigen. Abudiente war sein ursprünglicher Name, den er jedoch später, um ihn der englischen Sprache anzugleichen, in Sampson Gideon[297]) änderte.
Gideon war im Jahre 1699 geboren. Sein im Jahre 1720 verstorbener Vater hinterließ ihm ein Vermögen von £ 7.900, womit er seine Laufbahn als Kaufmann begann. Bereits im Jahre 1729 hatte er genug verdient, um mit einem Kapital von £ 25.000 als Makler zu beginnen. Nun erfolgte sein großer Aufstieg. So finden wir ihn in regen Handelsbeziehungen mit der Ostindien- und Südseekompanie. Auf der anderen Seite hatte er bald große Interessen in holländischen und französischen Staatspapieren. Es gab kaum einen Teil der Welt, in dem er nicht Verbindungen unterhielt. Als im Jahre 1742 der Krieg mit Spanien ausbrach, wurde er bereits, wie seine Korrespondenz ergibt, von den Ministern beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Bereitstellung des Geldes für die Kriegführung zu treffen. Von ihm wurde ein Schema aufgestellt, wonach £ 3.000.000 aufzubringen waren. Hiervon übernahm er selbst einen beträchtlichen Teil mit dem Versprechen, ihn zu finanzieren. Aus Briefen an Pelham kann man ersehen, daß Gideon bereits im nächsten Jahre eine neue, größere Transaktion mit der Regierung ausführte. Er übergab Pelham eine Ausarbeitung von Vorschlägen für Sicherstellung der wirtschaftlichen Lage. Dasselbe tat er im Jahre 1744, als es außenpolitisch sehr ernst aussah und die Staats-

[294]) Hyamson: Solomon da Costa S. 261.
[295]) London Evening Post vom 23. bis 25. Oktober 1753.
[296]) Piciotto S. 60, Mesquita S. 240/41.
[297]) Piciotto S. 62.

papiere im Sinken begriffen waren[298]). 1745 hatte er schon ein Vermögen von etwa £ 80.000 angesammelt. Die typisch jüdische Karriere als Finanzier sollte er jedoch in den Wirren von 1745/46 erleben, die ihm in einem Jahre zur Verdoppelung seines Reichtums verhalf. Zu dieser Zeit marschierte bekanntlich der Pretender unaufhaltsam gegen London, und die Niederlage der Regierung schien sicher. Jeder versuchte, sich seiner Staatspapiere so schnell wie möglich zu entledigen, die mangels irgendwelcher Käufer schließlich kaum noch einen Handelswert besaßen. Jetzt begann Gideon zum Erstaunen aller, sämtliche verfügbaren Staatspapiere zu erwerben. All sein bares Geld und jeder ihm zur Verfügung gestellte Kredit wurde ausgenutzt, und so kam er zu Spottpreisen in den Besitz zahlreicher Papiere. Schon nach einiger Zeit war die Gefahr der Vertreibung der Regierung gebannt und die Papiere erholten sich wieder, wodurch er mit einem Schlage ungeheure Verdienste erzielte[299]).

Bereits im Jahre 1749 nahm Pelham seine Dienste erneut in Anspruch, indem er auf dessen Wunsch einen Plan bezüglich Herabsetzung der Zinsen auf Staatspapiere ausarbeitete. Natürlich waren die Inhaber der Papiere wenig davon erbaut und erklärten, zu jedem Widerstand bereit zu sein. Gideon machte aber seinen ganzen Einfluß in Finanzkreisen geltend und überzeugte sie nach und nach von der Notwendigkeit und dem ihnen eventuell in der Zukunft erwachsenden Nutzen.

Unmittelbar darauf versuchte Pelham seine Finanzgeschäfte mit einem anderen Manne durchzuführen, was sich jedoch als völliger Mißerfolg erwies. Sofort ließ Pelham wieder Gideon rufen, der versprach, die gewünschten £ 3.000.000 durch eine dreiprozentige Anleihe aufzubringen. Er selbst zeichnete sofort den Betrag von £ 100.000, und tatsächlich hatte er nach kurzer Zeit den gesamten Betrag zusammen[300]).

Es ist besonders in diesen beiden letzten Fällen anzunehmen, daß Gideon durch entsprechende Bezahlung oder durch sonstiges Entgegenkommen seitens der Regierung reichlich entschädigt worden ist. Worin dies bestanden hat, kann nicht mehr festgestellt werden, immerhin ist es aber interessant, daß bekanntlich im Jahre 1750 das allgemeine Einbürgerungsgesetz eingebracht wurde. Diese Tatsache verliert nicht etwa dadurch an Bedeutung, daß Gideon öffentlich verkünden ließ, nichts damit zu tun zu haben[301]), denn es ist eine allgemeine Regel: je stärker das Dementi, desto größer die Wahrscheinlichkeit der abgestrittenen Tatsache. Eine solche Erkenntnis dürfte hier besonders am Platze sein, da ja unzweifelhaft ist, daß sich die Juden ernstlich um Einbeziehung in das Gesetz und dessen Verabschiedung bemüht haben.

Bei Ausbruch des Siebenjährigen Krieges im Jahre 1756 zeichnete

[298]) Nichols Bd. VI S. 277/78.
[299]) Francis S. 97/98, Piciotto S. 60/61.
[300]) Nichols Bd. VI S. 278.
[301]) Nichols Bd. VI S. 283.

Gideon etwa £ 100.000 aus seinem inzwischen schon auf etwa £ 300.000 angestiegenen Vermögen. Zwei Jahre später war er für die Unterbringung der sogenannten Hannoverschen Anleihe verantwortlich. Mehr denn je genoß er das unbegrenzte Vertrauen der Regierung, insbesondere des Herzogs von Newcastle. Keinerlei Geldtransaktionen wurden mehr ohne den Juden Gideon unternommen[302]).

Wir haben uns bei seiner geschäftlichen Laufbahn hauptsächlich an die Überlieferungen Nichols' gehalten und werden dies soweit wie möglich auch weiterhin tun, da sie aus Unterlagen des Familienarchivs von Gideon zusammengestellt sind[303]) und daher im Zweifel großen Anspruch auf Richtigkeit erheben können.

Gideon ist auch noch in anderer Hinsicht in die Geschichte eingegangen, denn er ist einer der ersten führenden Juden, die sich mit einer Engländerin verheiratet haben. Seine Frau Jane oder Elisabeth — der Vorname ist umstritten —, Tochter von Charles Ermell Esq., dürfte einer angesehenen Familie entstammen. Von nun an sollte der Prozeß der Verjudung des englischen Adels zunächst langsam, später aber schneller seinen unaufhaltsamen Fortgang nehmen. Sein ältester Sohn wurde im Jahre 1744 geboren. Im Jahre 1759 zieht er in die berühmte englische Erziehungsanstalt Eton[304]) ein, in der nur die Söhne höchster Kreise Aufnahme finden. Sein Vater hatte ihn im Glauben der protestantischen Mutter erziehen lassen und er selbst war allmählich der jüdischen Religion nach außen hin abtrünnig geworden, wie aus seiner im Jahre 1754 an die Ältesten der jüdischen Gemeinde gerichteten Mitteilung über seinen Austritt aus der Synagoge hervorgeht[305]). Wie wir noch sehen werden, hatte er einen starken persönlichen Ehrgeiz, für den sich seine Religion sehr oft als Hindernis erwies. Wahrscheinlich hatten ihm die Ereignisse im Jahre 1753 gezeigt, daß die Zeit für eine Emanzipation noch nicht gekommen war und es besser sei, den jüdischen Glauben abzulegen. Wie sehr er aber im Herzen ein Jude, sogar hinsichtlich der Religion, geblieben ist, geht daraus hervor, daß er bei seinem Tode im Jahre 1762 die Bitte aussprach, auf dem jüdischen Friedhof begraben zu werden. Dieser Wunsch wurde ihm von seinen Rassegenossen um so lieber gewährt, als er der Synagoge auf Grund einer letztwilligen Verfügung £ 1.000 vermacht hatte. Er hinterließ seinen Kindern ein sehr großes Vermögen, über dessen genaue Höhe die Meinungen auseinandergehen. So spricht man einmal von etwa £ 400.000[306]), ein andermal von £ 580.000[307]). Wenn man den derzeitigen viel größeren Kaufwert des Pfundes zugrunde legt, dürfte es sich in beiden Fällen um ein Riesenvermögen gehandelt haben.

---

[302]) Nichols Bd. VI S. 279/80.
[303]) Nichols Bd. VI S. 284.
[304]) Nichols Bd. VI S. 280, Solomons S. 209, Landa S. 288.
[305]) Piciotto S. 61/62.
[306]) Nichols Bd. VI S. 280.
[307]) Mesquita S. 241.

Gideon hatte im Jahre 1757 ernstliche Anstrengungen gemacht, eine Peerswürde zu erhalten, was sich aus einem Brief des Herzogs von Newcastle an ihn vom 13. Juni 1757 ergibt. Er lautet wie folgt:

„Heute Morgen erwähnte ich Seiner Majestät gegenüber Ihren Wunsch bezüglich der Baronswürde und unterrichtete ihn von den Ihrerseits geleisteten Diensten... Besonders habe ich darauf hingewiesen, wie sehr ich selbst mich Ihnen gegenüber verpflichtet fühle, und den Eifer betont, den Sie bei allen Gelegenheiten gezeigt haben, der Öffentlichkeit zu dienen. Der König schien sehr geneigt zu sein, Ihrem Wunsche zu entsprechen, sprach sehr huldvoll von Ihnen und sagte, daß er seinerseits nichts dagegen habe, Ihnen gefällig zu sein, daß er jedoch fürchtete, es würde Lärm verursachen. Er wünschte daher, daß ich Sie allerhöflichst informieren sollte, daß es ihm nicht genehm sei, Ihrer Bitte zu entsprechen.
Ich schmeichle mir, daß Sie einsehen werden, daß ich mein Bestes getan habe, um Ihnen in dieser Angelegenheit behilflich zu sein, denn ich möchte Ihnen noch nachdrücklichst versichern, daß mir nichts ein größeres Vergnügen hätte bereiten können als eine Gelegenheit, Sie zu überzeugen von der Hochachtung, mit der ich verbleibe...[308])."

Danach waren also König und Minister gern bereit, den Juden in den Adelsstand zu erheben, aber man fürchtete das Volk. Man sieht, das Sturmjahr von 1753 war weder vom König noch von der Regierung vergessen.
Aus der uns weiter überlieferten Korrespondenz zwischen dem Herzog von Newcastle und Gideon geht hervor, daß letzterer es nicht an weiteren diesbezüglichen Versuchen hat fehlen lassen — aber auch diese sind ohne Erfolg geblieben[309]). Anscheinend hat man dann ein Kompromiß geschlossen, indem der Sohn Gideons am 21. Mai 1759, mithin mit 13 Jahren, den Titel „Sampson Gideon der Jüngere Esq., Sohn von Sampson Gideon..." erhielt und in den Stand eines Barons erhoben wurde. Dieser Rang war Gideon durchaus nicht hoch genug, denn bei Übersendung des Adelspatentes verfaßte er gleichzeitig einen Begleitbrief an seinen Sohn, worin er ihn ermahnte, sich immer seines Ranges gemäß zu benehmen, und wenn sein Titel auch die niedrigste vererbliche Würde in England sei, bedeute es immerhin einen Schritt weiter nach oben[310]). Gerade in diesen letzteren Worten dürfte wohl ein Unterton von Enttäuschung enthalten sein.
Sampson Gideon verlangte aber nicht nur nach der Peerswürde, sondern hatte seit langem den starken Wunsch, Grundeigentümer zu werden. Da dies den Juden verwehrt war, bestanden erhebliche Schwierigkeiten, ihm eine Ausnahme zuzubilligen. Sir

[308]) Nichols Bd. VI S. 279/80, Landa S. 287.
[309]) Landa S. 287/89.
[310]) Nichols: Literary Anecdotes Bd. IX S. 642.

Robert Walpole brachte daher für seinen Freund und finanziellen Berater im Parlament einen besonderen Gesetzesantrag ein, auf Grund dessen Gideon ausdrücklich dazu ermächtigt werden sollte. Nachdem wir uns mit der Regierungszeit Robert Walpoles beschäftigt haben, werden wir über diesen Schritt nicht mehr allzu erstaunt sein. Man wird dann auch verstehen, daß dieser Antrag zum Gesetz erhoben wurde. Anscheinend ist alles recht still verhandelt worden, so daß die Öffentlichkeit wohl kaum etwas davon erfahren hat. Die Stellen, die für eine Überlieferung in Frage kommen könnten, schweigen sich aus. Gideon machte sofort von seinem Recht aus dem Ausnahmegesetz Gebrauch, und so sehen wir ihn bald als Grundeigentümer in Belvidere, Kent, und ebenfalls als Besitzer des Herrenhauses von Spalding[311]).

Nach allen vorhergehenden Ausführungen werden wir inzwischen erkannt haben, daß das Gesetz nicht ohne Beeinflussung seitens der Hebräer zustande gekommen ist. So wird auch ganz offen von jüdischer Seite zugegeben, daß es Gideon war, der gleichzeitig mit dem Gesetz die Frage geklärt haben wollte, ob Juden Grundeigentümer werden konnten oder nicht. Infolgedessen glaubte er, daß das Gesetz ein Schritt näher zu dem erwünschten Ziele sein würde.

Dasselbe Zugeständnis — jedoch noch viel klarer — wird von einem anderen Juden in dieser Richtung gemacht, der sich wie folgt ausdrückt:

> „Es dürfte anzunehmen sein, daß Gideon ohne Zweifel großen Einfluß auf die Pelhams hinsichtlich Befürwortung des Einbürgerungsgesetzes ausgeübt hat... Gideon war — vielleicht aus rein persönlichen oder selbstsüchtigen Gründen — um den Erfolg des Planes sehr besorgt. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde das vielleicht ein Sprungbrett für weitere Konzessionen sein. Er war ein ehrgeiziger Mann... und hegte Hoffnungen auf einen Sitz im Parlament und auf Erhebung in den Baronsstand[312])."

Diesen Ausführungen haben wir nicht viel hinzuzufügen, möchten jedoch darauf hinweisen, daß dies wieder ein Fall in der Geschichte ist, in dem ein einzelner Jude mit Hilfe der Regierung gegen den Willen des Volkes mit unschwer zu erratenden Mitteln sich — wenn auch in diesem Fall nur auf kurze Zeit — durchzusetzen vermochte.

---

[311]) Nichols Bd. VI S. 282, Piciotto S. 262, Hyamson: History S. 224, Nichols: Literary Anecdotes Bd. VI S. 85.
[312]) Solomons S. 210/11.

Allgemeine Korruption

Bevor wir die oben gestellte Frage nach den inneren Gründen für das volksfremde Gesetz beantworten, müssen wir noch einen kurzen Blick auf die allgemeinen Verhältnisse im parlamentarischen Leben und die leitenden Politiker der voraufgegangenen zwanzig Jahre werfen.

Es dürfte an der Zeit sein, ein modernes Werk über das System des englischen Parlamentarismus im 18. Jahrhundert zu schreiben, um den gerade bei uns noch oft anzutreffenden falschen Eindruck über das politische Leben Englands in vergangener Zeit zu berichtigen. Es liegt nicht im Rahmen unserer Arbeit, dies zu tun, andererseits kann man aber nicht die Gründe für das Zustandekommen des Gesetzes verstehen, wenn man nicht die beklagenswerten Verhältnisse kennt. Außerdem zeigen diese skandalösen Zustände, wie sehr jüdischer Einfluß in der Politik die Anschauungen leitender Kreise eines Volkes vergiften kann.

Wir haben bereits kurz auf die Bestechlichkeit der Mitglieder des Parlaments um das Jahr 1700 hingewiesen. Mit der Thronbesteigung der Welfen sollte sich hieran nichts ändern. Im Gegenteil — wenn eine größere Korruption überhaupt noch möglich war, ist sie zu ihrer Zeit festzustellen. Die Bestechlichkeit war so ungeheuer, daß man zeitweise vom Parlament als „einem Unterdrücker, aber nicht einem Repräsentanten des Volkes" sprach[313]). Die Kosten, die ein Kandidat für seine Wahl ins Parlament aufzuwenden hatte, waren so enorm, daß nur Mitglieder reicher Familien sich als Abgeordnete aufstellen lassen konnten. Öffentlich war bekannt, daß gewisse Wahlkreise dem Meistbietenden zugeschlagen wurden. Die Folge davon war, daß die jeweiligen Volksvertreter das von ihnen aufgewendete Geld auf irgendeine Weise wieder hereinholen wollten, und so war es nichts Außergewöhnliches, daß sie für ihre Haltung im Parlament von einer bestimmt interessierten Gruppe jährliche Bezüge erhielten, ja selbst die Regierung zahlte zu diesem Zweck große Beträge an Abgeordnete. Unbestritten erhielten im ersten Parlament König Georgs I. von den 550 Mitgliedern nicht weniger als 271, im ersten Parlament König Georgs II. 257 Abgeordnete lohnende Ämter, Pensionen oder sonstige entgeltliche Leistungen von der Regierung zugeteilt[314]). Nichts hatte sich an diesen bedauernswerten Zuständen in den Tagen des Kampfjahres 1753 geändert. Immer wieder begegnete man Klagen über die allgemeine Korruption und Degeneration[315]). Der ganze Unwille über diesen Skandal kommt am besten in einem Zeitungsartikel zum Ausdruck, der im Auszug wie folgt lautet:

---

[313]) Lecky Bd. II S. 45.
[314]) Lecky Bd. II S. 46 ff.
[315]) London Evening Post vom 15. Mai, 26. bis 28. Juni, 4. bis 6. September 1753.

„Oft wird gesagt, daß man mit Geld bei uns alles erreichen kann. Dies entbehrt nicht der Begründung, sind doch Ehrungen, Titel und all die Privilegien, sowie selbst das Geburtsrecht der Briten käuflich, ganz gleichgültig, woher eine Person kommt oder wie sie ihr Geld erworben hat. Auch Beelzebub höchst persönlich würde selbstverständlich zum Parlamentsmitglied gewählt werden, wenn er nur genug Geld mitbrächte..." [316]).

So wurden Gemeinschaften ehrenhafter Männer zur Bekämpfung aller dieser Übel gebildet[317]). Ob sie viel Erfolg gehabt haben, dürfte bezweifelt werden, jedenfalls ist nichts davon bekannt geworden. Im Gegenteil, es sieht so aus, als ob gerade die bevorstehenden Wahlen im Jahre 1754 alles andere zu überbieten drohten. Am 7. Februar versuchte der uns schon bekannte Sir John Barnard im Parlament den vor Jahren eingeführten „Eid gegen Bestechlichkeit" aufheben zu lassen. Er begründete seinen Antrag damit, daß bei Bestehenbleiben dieses Eides die neugewählten Mitglieder des Parlaments fast ohne Ausnahme bei Übernahme ihres Sitzes einen Meineid leisten würden, da schon jetzt die allgemeine Bestechung offensichtlich sei. Sein Begehren fand nicht den Beifall der Mehrheit. Der gleiche Versuch eines Mitgliedes im Oberhaus war ebenfalls zum Scheitern verurteilt[318]). Im selben Jahr lehnte Fox die Leitung des Parlaments so lange ab, bis er nicht im einzelnen vom Herzog von Newcastle erfahren hätte, welche Abgeordneten von der Regierung bestochen seien[319]).

Diese allgemeine Korruption in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist unlösbar mit dem Namen Sir Robert Walpoles verknüpft. Schon 1712 wurde er wegen Bestechung aus dem Parlament entfernt, ja sogar einige Monate im Tower eingekerkert. Man behauptet teilweise, daß er letzteres lediglich politischen Gegnern zu verdanken habe[320]). Unter der späteren Regierungsära von Sir Robert gab es keine staatliche Institution, die nicht bestochen war. Durch reichliche Zuwendungen vermochte er sogar den König und die Königin für die Ziele seiner Regierung zu gewinnen. Bei einer anderen Gelegenheit brachte er auch die mit ihm nicht übereinstimmenden Minister auf dieselbe Weise zum Schweigen.

Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß die ihm im Haushaltsplan für Geheimzwecke zur Verfügung gestellten Gelder zur Bestechung einer Mehrheit von Abgeordneten verwandt wurden. Wenn auch schon in den Zeiten König Karls II. derartige Vorkommnisse an der Tagesordnung waren, so sind die Zeiten Sir Robert Walpoles kaum zu übertreffen[321]), der sich auch jeder

---

[316]) London Evening Post vom 9. Juni 1753.
[317]) London Evening Post vom 24. bis 26. Juli, 7. bis 9. August 1753.
[318]) Walpole Bd. I S. 369.
[319]) Lecky Bd. I S. 431.
[320]) Lecky Bd. I S. 376.
[321]) Lecky Bd. I S. 427—431, Stanhope Bd. IV Anhang S. 35 ff.

Reform zur Verbesserung dieser Zustände trotz diesbezüglicher Wünsche im Volke widersetzte. Andere Minister mögen, so schreibt Lecky, zumindest ebenso durch Geldzuwendungen regiert haben, aber „es blieb Walpole überlassen, systematische Bestechungen zu organisieren“ [322]). Sir Robert selbst hielt ein solches Verfahren für das einzig Wahre und bezeichnete Reinheit und Patriotismus junger Leute als lächerlich und unmännlich[323]). Sind das nicht auch die Grundanschauungen der Juden?

Henry Pelham, der neben seinem Bruder, dem Herzog von Newcastle, für das Judengesetz Verantwortliche, erwies sich auch hierin als gelehrsamer Schüler Sir Roberts[324]). Wenn sie auch charakterlich geradezu entgegengesetzt waren, hatten sie doch die allgemeine rücksichtslose Bestechung der für die Durchsetzung ihrer Zwecke in Frage kommenden Personen gemein[325]). Für uns ist es gleichgültig, aus welchem Grunde Pelham dies getan hat; hier kommt es lediglich auf die Feststellung dieser Tatsache an. Auch er war von der Richtigkeit eines solchen Systems überzeugt, und infolgedessen stand er seinem Lehrer Walpole in nichts nach. „Der einzige Unterschied“, so berichtet ein Zeitgenosse, „lag darin, daß Mr. Pelham immer in weit größerem Umfang zu bestechen pflegte, da er mehr Macht hatte“ [326]).

Sein Bruder, der Herzog von Newcastle, war keine Ausnahme von den beiden vorerwähnten Staatsmännern. Von geringerer Intelligenz und schlechten Eigenschaften, war sein Hauptbestreben, sich, koste es, was es wolle, eine Machtposition zu sichern[327]). Er schwelgte — so führt Lecky aus — „mehr als in allen irdischen Dingen in seinen Beschäftigungen, Interessen und in seiner Würde in der geheimen und korrupten Beeinflussung des Parlaments, in der Verteilung von Bestechungsgeldern, Posten und Pensionen ...“

Nach Aufzeigung des korrupten Systems dieser Zeiten wird man vielleicht auch erraten können, wozu die Bevis Marks-Synagoge so große Beträge von ihren Mitgliedern erhielt und alle Anstrengungen machte, das Gesetz von 1753 durchzubringen. Es ist höchst interessant, daß uns ein Jude Material in dieser Richtung gegeben hat, das wie folgt lautet:

> „Aus einer Unterredung, die ich mit meinem Freunde, dem gelehrten Rabbiner Dr. M. Gaster, hatte, entnahm ich, daß sich die ganze Geschichte der Bewegung vom jüdischen Standpunkt aus in den Archiven seiner Synagoge befindet. Man kann daraus ersehen, welche Anstrengungen die Juden ihrerseits machten, um ihren ersten politischen Sieg zu erringen, welche Pläne für die Wahlschlacht bestanden, die Höhe der Gelder und in welcher Weise sie verausgabt wurden ...“ [328]).

---

[322]) Lecky Bd. I S. 432 ff., Francis S. 107.
[323]) Stanhope Bd. IV Anhang S. 36.
[324]) Coxe Bd. I S. 8.
[325]) Dictionary of National Biography Bd. XV S. 691, Stanhope Bd. IV Anhang S. 46.
[326]) Walpole Bd. I S. 235.
[327]) Coxe Bd. I S. 4—6, Walpole Bd. I S. 162 ff., Dictionary of National Biography Bd. XV S. 705.
[328]) Solomons S. 211.

Viel Tinte aus jüdischen Federn ist über das Sturmjahr 1753 geflossen, aber noch niemals hat ein Jude auf diese Quellen öffentlich Bezug genommen, geschweige denn das Material veröffentlicht. Warum dies Geheimnis? Die Geschehnisse liegen schon bald zweihundert Jahre zurück, und man behauptet sonst doch immer, wie sehr man sich bemühe, die Wahrheit zu ergründen. Hier scheint man aber besonders ängstlich zu vermeiden, sie der Forschung zugänglich zu machen. Man wird dafür schon seinen Grund haben, denn wahrscheinlich werden die dort urkundlich überlieferten Tatsachen auch heute noch das Licht der Welt scheuen müssen. Vielleicht werden diese Zeilen einmal in England bekannt, und um den Vorwurf zu entkräften, wird man gewisses Material veröffentlichen. Nur eins wissen wir bereits jetzt, daß das, was man bisher der Öffentlichkeit vorenthalten hat, auch weiter in den Gewölben dieser Synagoge schlummern wird.

Im vorhergehenden haben wir die zur Entscheidung der oben erwähnten Frage notwendigen Tatsachen zusammengetragen. Wir sind jetzt imstande, abschließend Stellung zu nehmen.

Unzweifelhaft steht fest, daß es sich bei dem Judengesetz — selbst wenn es nach Ansicht der Hebräer nur von geringer praktischer Bedeutung gewesen sein sollte — um eine durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung von Ausländern gegenüber eigenen Volksgenossen gehandelt hat. Ein großer Teil der englischen Bevölkerung hatte geringere Rechte als die Juden, obgleich ihr infolge ihrer weit größeren Anzahl und nicht zuletzt wegen ihrer Blutszugehörigkeit zur englischen Nation ein unvergleichlich größerer Anspruch auf mindestens dieselbe Behandlung zustand. Wenn sich die Regierung unter Außerachtlassung dieser Umstände trotz ihrer eigenen schwierigen, innerpolitischen Lage in offener Herausforderung dieser großen Mehrheit mit all ihrer Macht zu diesem Schritt entschloß, muß sie — zumal die Ereignisse des Jahres 1751 anläßlich des Mißlingens des allgemeinen Einbürgerungsgesetzes den ablehnenden Willen des Volkes gezeigt hatten — besondere Gründe hierfür gehabt haben.

Wie allgemein bekannt, waren in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts König, Königin, Minister, Mitglieder des Adels usw. mit Geld für bestimmte Zwecke käuflich. Auf der anderen Seite ist es ebenfalls unleugbar, daß die Juden unter Führung von Gideon einen überragenden, ja geradezu ausschließlichen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft, Politik und Staatsfinanzen besaßen. Darüber hinaus hatten sie schon festen Fuß in der Gesellschaft, überhaupt in den Kreisen derjenigen Engländer gefaßt, die unmittelbar oder mittelbar für die Geschicke des Landes verantwortlich waren. Die Behauptungen der Judengegner, all diese Kreise seien von den Hebräern bestochen oder sonst in unrechtmäßiger Weise beeinflußt, finden insofern Bestätigung, als von jüdischer Seite zugegeben wird, daß zur Erreichung der Verabschiedung des Gesetzes jüdische Gelder verwandt worden sind.

Bei der Gesamtheit der Tatsachen spricht daher der Beweis des ersten Anscheins dafür, daß das Gesetz auf Grund unzulässiger Mittel zustande gekommen ist. Mit anderen Worten, alle Umstände deuten darauf hin, daß gemäß den damals herrschenden Methoden in der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften das Gesetz durch Bestechung oder sonstige unerlaubte Einflüsse verabschiedet wurde. Erschwerend für die Juden kommt in Betracht, daß ein solches Verhalten nach den Erkenntnissen aus geschichtlichen Tatsachen bei ihnen üblich ist und sie infolgedessen die Ausnahme von der Regel zu beweisen haben.
Wir haben die Vorgänge des Jahres 1753 ausführlich geschildert, weil sie ein seltenes Beispiel des siegreichen Abwehrkampfes eines gesunden Volkes darstellen. Es waren nicht nur religiöse Gründe, geschweige denn die Dummheit der Massen, wie Hertz[329]) uns glauben zu machen versucht, sondern natürliche Instinkte zur Abwehr der Überfremdung. Schon zu dieser Zeit hat Romaine[330]) mit Scharfblick dem englichen Volk zugerufen: „Duldet nicht die Bildung einer Partei, in der Juda führend ist. Es kommt dann zur Teilung des Volkes in zwei entgegengesetzte Lager — ein von den Juden angestrebtes Ziel —, um aus dem Zwist des Volkes Vorteile für sich zu ziehen, indem sie mit Hilfe der einen Seite die andere unterdrücken." Fürwahr prophetische Worte eines Engländers aus dem Jahre 1753. Seine Weissagung ist heute nicht nur in England, sondern auch in anderen Ländern der Erde zur bitteren Wahrheit geworden.

[329]) Hertz S. 97.
[330]) Romaine S. 91

V. TEIL

1754—1830: Zunehmender Einfluß der Juden

Verjudung führender Kreise

Der Frontalangriff der Juden im Jahre 1753 war mißlungen. Man hatte eingesehen, daß die moralische Kraft des Volkes noch zu groß war, um auf diese Weise den Kampf zu gewinnen. Das Lager der Gegner mußte zunächst einmal unterminiert werden, um es für die neue allgemeine Offensive sturmreif zu machen. So bemerken wir in den folgenden 80 Jahren die kaum sichtbare Wühlarbeit, die sich ganz besonders auf das Bollwerk der Gegner, die City von London, konzentrierte, die schon unter Cromwell die Führung gegen die Juden innehatte. Ihre Vertreter waren es gewesen, die im Parlament und sonstwo aufs tatkräftigste den Widerstand entfachten: Hierin mußte Wandel geschaffen werden, wenn Aussicht auf Erfolg bestehen sollte.

Zu der Zermürbungstaktik der Juden gehört ohne Zweifel die Vermischung arischen und jüdischen Blutes. Es dürfte unerheblich sein, sich darüber auseinanderzusetzen, ob diese Mischheiraten bewußt unter diesem Gesichtspunkt stattfanden. Überhaupt ist es im allgemeinen bei der Judenfrage nicht notwendig, sich darüber zu unterhalten, ob der eine oder andere Vorgang beim Vordringen des Judentums in einem Land absichtlich nach einem wohldurchdachten Plan erfolgte. Wir glauben daran, aber für die Einleitung von Gegenmaßnahmen kommt es nur auf die Folgen des einen oder anderen Verhaltens der Juden oder ihres Systems für die Zukunft eines Volkes an. Erweisen sie sich als nachteilig, so sind sie aus reinem Erhaltungstrieb zu bekämpfen, ohne Rücksicht auf die Entscheidung der Frage, ob dieser Schaden gewollt ist oder nicht.

Nach unserer Auffassung brauchen wir daher nicht zu entscheiden, ob Mischheiraten zu ihrem wohldurchdachten System gehörten, ein Volk, und zunächst meistens die führenden Schichten, durch solche Verbindungen zu schwächen. Man kann darauf erwidern, daß auch der Jude — wie wir noch später sehen werden — selbst an Reinhaltung der Rasse glaubt und sie sogar für

ihre weitere Zukunft für notwendig hält. Dem allerdings kann der Anhänger des überlegten Planes der Juden zur Erlangung der Weltherrschaft entgegenhalten, daß bei jedem Kampf einzelne Mitglieder sich für das Wohl ihrer Gemeinschaft zu opfern und so Judengeschlechter zusammen mit den von ihnen verseuchten Familien des Landes zugrunde zu gehen haben, sofern nicht bei solcher Vermischung die minderwertigere Rasse die Oberhand gewinnt. Wir sehen, auch dies hat etwas für sich, aber es ist hier nicht der Platz, näher darauf einzugehen; wir stellen lediglich fest, daß Mischehen ohne Rücksicht auf die eine oder andere Auffassung immer in der Geschichte ein Grund mit dafür gewesen sind, daß Juda allmählich die Vormachtstellung in einem Land erlangt hat. Nach alledem dürfte es die praktischste und allein zum Ziel führende Methode sein, den Kampf gegen die Juden nur nach dem Resultat ihres allgemeinen Wirkens zu entscheiden, denn bei dem Kampf um den Bestand eines Volkes kann man eine Abwehrhandlung nicht von dem bösen oder guten Willen der schädlichen Einwirkung eines volksfremden Körpers abhängig machen: Hier entscheidet allein und ausschließlich die Erhaltung eines Volkes, für die jedes Mittel recht sein muß.

Aber kehren wir zu der Frage der Mischheirat zurück. Bevor wir wieder auf die englische Geschichte eingehen, müssen wir noch auf einen allgemeinen, in der Geschichte der Völker in dieser Verbindung immer wieder hervortretenden Umstand hinweisen.

Die ersten Mischheiraten fanden meistens in Kreisen des Adels oder zumindest in solchen statt, die eng damit verbunden sind. Der Adel des 18. und 19. Jahrhunderts fühlte sich durch den mehr und mehr nach vorn drängenden Kapitalisten in seiner Stellung bedroht und entschloß sich daher zu einer Verbindung mit diesem, was ganz besonders in den von der Scholle losgelösten Kreisen der Fall war. Zum mindesten ist ein großer Prozentsatz des Adels nicht mehr geeignet, den Kampf gegen diesen ihm fremden Einfluß zu führen, sondern er zieht es vor, ihn als gleichberechtigt in seinen Reihen aufzunehmen. Solange sich der sogenannte Geldadel aus Angehörigen desselben Blutes zusammensetzt, droht nicht die blutmäßige Zersetzung eines Volkes. Es wird aber dann zu einem Verbrechen an der eigenen Nation, wenn der eine Teil Jude ist. Dann treten die allgemeinen nachteiligen Folgen für einen Volkskörper ein. Darüber hinaus reißen die Juden und ihre Nachkommen allmählich die Führung aus den Händen derjenigen, die bis dahin für die Geschicke einer Nation verantwortlich waren. Der Jude übernimmt nun — zunächst noch unmerklich — die Zügel der Regierung und der Wirtschaft und unterdrückt mit der nur ihm eigenen Rücksichtslosigkeit die aus dem Volke nach oben drängenden Kräfte. Es tritt langsam eine völlige Überfremdung der leitenden Männer ein, und ein großer Teil des Volkes wird sich zum besseren Fortkommen dem System der Juden anschließen und so ihre Front stärken. Hierdurch wird aber ihre

Macht immer größer und der Kampf der Aufrechten, die das eigene Ich hintansetzen und dem Wohl des Ganzen opfern, immer aussichtsloser. Hat der Jude erst einmal diese Lage geschaffen, so bleibt er nicht mehr in der Verteidigung, sondern macht durch jedes nur erdenkliche Mittel die Kämpfer, die sich für das Volk einsetzen, mundtot und versucht, sie allgemein zu ruinieren. Auch dies ergibt sich aus der Geschichte und steht dem Schreiber dieser Zeilen in Gestalt mancher Engländer der Gegenwart vor Augen. Wenn daher einmal die Stunde der Entscheidung über die Judenfrage der Welt geschlagen hat, wird man auch dazu Stellung nehmen müssen, inwieweit ein Teil des Adels für die Verjudung eines Volkes verantwortlich zu machen ist[1]).

Am Schluß unseres Werkes werden wir festzustellen versuchen, welches Ausmaß Mischheiraten im englischen Adel genommen haben. Hier ist es zunächst nur notwendig, die Anfänge dieser Entwicklung aufzuzeigen.

Wir haben bereits oben gehört, daß Gideon in eine angesehene und führende Familie geheiratet hatte. Sein in den Adelsstand erhobener Sohn ehelichte im Jahre 1766 die Tochter Sir John Eardley Wilmots, Präsident der Ziviljustizgerichte. Er zog 1770 als Kandidat für Cambridge, später für Coventry und danach für Wallingford ins Parlament ein[2]). 1789 wurde er in den irischen Adel als Lord Eardley erhoben. Man nannte ihn „Mr. Pitt's Jew" (den Juden des Herrn Pitt), weil er das besondere Vertrauen des großen englischen Staatsmannes genoß[3]). Seine beiden Söhne starben vor ihm, ohne Nachkommen zu hinterlassen. Seine drei Töchter heirateten Lord Say and Seele — Sir Culling Smith, Parlamentsmitglied — und Oberst Childers[4]), deren bekanntesten Nachkommen Hugh Culling Eardley F. Childers — Finanzminister in einer der Regierungen unter Gladstone —, der um das Jahr 1910 lebende Lord Auckland und seine Cousine, Miß Rolanda F. Childers[5]), sind.

Die Schwester Sampson Gideons hat ebenfalls in den englischen Adel eingeheiratet. Ihr Blut findet sich heute im Geschlecht der Herzöge von Norfolk, dem Earl-Marshall, d. h. dem höchsten Vertreter des englischen Adels[6]).

Im Jahre 1757 verheiratete Gideon seine Tochter an Lord Gage mit einer für damalige Zeiten sehr großen Aussteuer von £ 40.000[7]).

Hertz[8]) berichtet noch von der Mischehe eines Juden Mendes mit einer Engländerin, deren Nachkommen schon frühzeitig den Baronstitel erhielten und den angelsächsischen Namen Head an-

[1]) Die Verantwortlichkeit des Adels gibt z. B. auch der Jude Jacob Wassermann in seinem Buch:: „My life as German and Jew" S. 144 zu.
[2]) Landa S. 286.
[3]) Hertz S. 101.
[4]) Alger S. 61.
[5]) Solomons S. 210, Hertz S. 101, Mesquita S. 241.
[6]) Solomons S. 210, Mesquita S. 241.
[7]) Nichols Bd. VI S. 278.
[8]) Hertz S. 101/02.

nahmen. Außerdem hören wir, daß ein gewisser Benjamin da Costa eine Mischehe einging. Er und sein Sohn sollen später die ersten jüdischen Beamten in der englischen Verwaltung gewesen sein[9]).

Die Jüdin Kitty Villareal war die Stammutter einer Anzahl englischer Adelsfamilien. In erster Ehe, aus der zwei Kinder hervorgingen, war sie mit einem reichen Rassegenossen verheiratet. Er hinterließ ihr ein Vermögen von etwa £ 200.000, und so fanden sich bald genug Freier: sie ehelichte den Engländer William Mellesh, der aus angesehener Familie kam und im Jahre 1741 mit dem Gelde seiner Frau die Mitgliedschaft zum Parlament errang. 1751 verließ er das Unterhaus, um eine hohe Stellung in der Zollverwaltung anzutreten. Er brachte es später sogar zum Receiver General of Customs[10]), ein Posten, der auch wie der erste zu den höchsten in der Verwaltung zu rechnen ist. Nach dem Tode seiner Frau heiratete er Anne Gore, deren Familie das Ahnengeschlecht des jetzigen Earl Winterton und des langjährigen Kolonialministers Ormsby Gore, jetzigen Lord Harlech, ist: Beides Freunde der Juden und Feinde des neuen Deutschlands. Der letztere wird von den Juden selbst als ihr „treuer Freund" bezeichnet[11]).

Kitty Villareals aus erster Ehe stammende Tochter, eine Volljüdin, heiratete den Erben des ersten Viscount Galway, so daß von ihr also die Mitglieder dieses Adelsgeschlechts abstammen. Ihre Enkelin heiratete später in die Familie des Marquis von Crewe ein, so daß auch diese Familie als verjudet anzusehen ist[12]).

Abraham, der Sohn Kitty Villareals aus erster Ehe, versuchte mit Hilfe des Herzogs von Newcastle ins Parlament zu kommen. Da sich dieser jedoch aus gewissen Rücksichten nicht mit dem von Abraham ins Auge gefaßten Wahlbezirk einverstanden erklären konnte, verzichtete letzterer. Er war mit der Engländerin Elisabeth Halifax verheiratet, die aus einer sehr angesehenen Familie stammte: einer ihrer Brüder war Bischof von Gloucester und später von St. Asaph, ein anderer Leibarzt des Prinzen von Wales, des späteren Königs Georg IV.

Eine Tochter aus dieser Ehe heiratete in eine gute englische Familie hinein, eine weitere, aber uneheliche Tochter Abrahams vermählte sich mit dem Bürgermeister von Chesterfield[13]).

Charles, ein Sohn aus der zweiten Ehe Kitty Villareals mit Mellesh, zog im Jahre 1774 für den Wahlbezirk von Newark ins Parlament ein und war somit dort der zweite Halbjude, nachdem der Sohn Gideons bereits 1770 als Abgeordneter für den Wahlbezirk Cambridge fungierte. Charles Mellesh war verheiratet und hatte Kinder. Sein Sohn Henry Francis Mellesh war

---

[9]) Landa S. 290.
[10]) Landa S. 271/80, Piciotto S. 103/04.
[11]) Landa S. 282.
[12]) Landa S. 271, 282.
[13]) Landa S. 282—286

später Oberst im englischen Heere und verspielte fast sein gesamtes Vermögen in den zahlreichen, von Georg IV. veranstalteten Spielabenden. Man sieht, er hatte Eingang in die höchsten Kreise gefunden. Später war er Adjutant Wellingtons und begleitete ihn durch den ganzen spanischen Feldzug. „Es ist möglich", so führt der Jude Landa aus, „daß Wellington, ein Freund der jüdischen Emanzipation, durch Mellesh beeinflußt worden war[14])."

Diese kurze Aufzählung von Mischehen mag genügen. Sie zeigt mit aller Deutlichkeit, welchen Einfluß bereits die Heiraten ganz weniger Juden auf die damals führenden Kreise ausgeübt haben müssen. Selbst König Georg IV. hatte zwei mit Juden verwandte bzw. verschwägerte Personen um sich, Oberst Mellesh und Dr. Robert Halifax, den Schwager des volljüdischen Sohnes der Kitty Villareal. Daß all diese Personen das ihre zur Förderung der Judensache getan haben, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Auch die Nachkommen des reichen Juden Jacob Bernal sind später Mischehen eingegangen. Sie waren Beamte, Offiziere und einer sogar Mitglied des Parlaments. Im Jahre 1844 fügte Capt. Bernal nach der Heirat mit der Erbin von Sir Thomas Osborne of Newton Anner, Tipperary, den Namen seines Schwiegervaters dem seinigen an[15]).

Auch in den mittleren Schichten finden wir gegen Ende des 18. Jahrhunderts Mischehen. Piciotto führt dies darauf zurück, daß die Juden die blonden, blauäugigen Töchter Albions geliebt hätten, während diese wiederum von der dunklen Hautfarbe und dem Reichtum der Söhne Israels angezogen wären[16]).

Die London Society for Promoting Christianity among the Jews, welche der Förderung des Christentums unter den Juden dienen sollte, ging sogar so weit, für derartige Mischehen eine Art Ehestandsdarlehn von £ 500 bis £ 600 zu gewähren[17]). Wir werden unten noch in Verbindung mit der Darstellung über die weitere Tätigkeit dieser Gesellschaft Näheres darüber hören.

Ganz abgesehen von der blutmäßigen Zersetzung waren derartige Verbindungen zwischen Engländern und Juden die Ursache, daß die im Sturmjahr 1753 noch zwischen ihnen festgestellten schroffen Gegensätze, wenn auch zunächst kaum sichtbar, so doch ganz allmählich überbrückt wurden; denn hierdurch kamen die beiden Völker miteinander in Verbindung, und mit Hilfe der sich immer mehr ausbreitenden Propaganda zugunsten der Juden und der Abwesenheit einer Gegenbewegung glaubte man, die bisher herrschenden Vorurteile fallen lassen zu müssen. So waren auch die Mischehen eine — wenn auch vielleicht nicht allzu große — aber immerhin nicht zu übersehende Ursache für die Emanzipation der Juden.

[14]) Landa S. 286.
[15]) Piciotto S. 211.
[16]) Piciotto S. 200.
[17]) Piciotto S. 285.

Die beste und einwandfreieste Darlegung ist aber durch den u. a. um Londons Polizeireform berühmt gewordenen Patrick Colquhoun erfolgt. Er war zunächst als Strafrichter tätig und hat daher aus erster Quelle amtliches Material über das Verbrecherunwesen in London und Umgebung zusammenstellen können. Seine Arbeit ist in keiner Weise gegen die Juden gerichtet, sondern diente lediglich dazu, nüchtern und klar die unerträglichen Zustände darzulegen und die Öffentlichkeit auf die Übel hinzuweisen. Gleichzeitig schlug er Maßnahmen zur Abhilfe vor und erregte das Interesse von König und Regierung[42]). Der Jude Piciotto[43]) bezeichnet Colquhoun als „einen großzügigen Mann, der darauf bedacht war, die Wohlfahrt der Juden ebenso wie die der Christen zu fördern".

Es bleibt anderen überlassen, über den Einfluß der Juden auf die Kriminalität Englands zu schreiben; wir wollen uns nur auf einen kurzen Auszug aus dem Werk Colquhouns beschränken.

Nach seiner Ansicht ist der Hauptgrund der Verbrechen in dem weitverzweigten Hehlertum zu erblicken. In London seien etwa 3000 Hehler. Unter dem Deckmantel des Trödlers und Altwarenhändlers veräußerten sie die gestohlenen kostbaren Sachen. Durch den leichten Absatz des Diebesgutes wurden Angestellte und Dienstboten verleitet, ihre Brotherren zu bestehlen[44]).

Unhaltbare Zustände herrschten auch auf dem Gebiet des Münzwesens. Das Land war überschwemmt von falschem Geld. Die Fälscher machten auch ausländische Münzen nach. Trotz der veralteten und auch sonst unzureichenden Methoden der Polizei seien in einem Jahr 608 Verbrecher dieser Art überführt und verurteilt worden. Und das war nur ein Bruchteil dieser Elemente. Die Zeugen würden meistens bestochen oder aber durch Dröhungen eingeschüchtert. Die Beweiserhebung der Behörden stieße daher auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten[45]).

Der so der Regierung und dem Volke entstandene Schaden in London und Umgebung sei jährlich auf £ 2.000.000 zu beziffern[46]).

An all diesen Verbrechen seien ganz besonders die Juden beteiligt, die sogar Fahrzeuge unterhielten, um die geraubten und entwendeten Sachen so schnell wie möglich von der Provinz nach London zu bringen[47]).

Die dem Staat aus den Arsenalen und Magazinen gestohlenen Vorräte müßten im Frieden auf einen Wert von £ 500.000, im Krieg sogar auf £ 1.000.000 geschätzt werden[48]), und auch hierfür seien wieder die Juden die besten Abnehmer[49]).

---

[42]) Dictionary of National Biography Bd. IV S. 859 ff.
[43]) Piciotto S. 260.
[44]) Colquhoun S. 16—19.
[45]) Colquhoun S. 24—30.
[46]) Colquhoun S. 45—47.
[47]) Colquhoun S. 52.
[48]) Colquhoun S. 70.
[49]) Colquhoun S. 77.

Es folgen dann eingehende Betrachtungen über das weitverbreitete Netz von Geldfälschern und ihren Helfern und der Hinweis, daß überall Raub und Totschlag herrsche[50]).

Das Zentrum des gesamten Verbrechertums sei London, wo wiederum die Juden eine überragende Rolle in Münzfälschungen spielten. Besondere Gruppen von Judenjünglingen arbeiteten zusammen, um das wertlose Geld an den Mann zu bringen. Colquhoun beschreibt dann eingehend ihre wohlüberlegten Methoden und welch ungeheuren Verdienst die daran beteiligten Kreise haben. Im Handel von falschen englischen Kupfermünzen und sämtlichem ausländischen nachgemachten Geld hätten die Juden beinahe ein Monopol[51]).

Er führt dann noch eingehend aus, in welcher Weise auch die Schwindeleien überhand genommen hätten und nimmt dann wie folgt zu der Beteiligung der Juden an Diebstählen und Hehlereien Stellung:

> „Man kann eine Klasse von Betrügern aus der Gemeinschaft der Juden in jeder Straße und Gasse in und in der Nähe der Metropole unter dem Deckmantel des Aufkäufers alter Kleider und Metalle aller Art finden. Ihr Hauptgewerbe besteht aber darin, um die Häuser und Stallungen der Leute von Rang und Stand herumzustreichen und dort die Dienstboten zu verlocken, kleine Gegenstände, die wahrscheinlich nicht so bald vermißt werden, zu stehlen, die die Juden alsdann für etwa ein Drittel ihres Wertes kaufen. Es ist anzunehmen, daß bis zu 2000 dieser moralisch verdorbenen Menschen in diesen täglichen Gängen der Juden beschäftigt sind. Viele von ihnen gelangen alsdann durch falsches Geld und andere Betrügereien zu Wohlstand und betätigen sich als Hehler. Als solche (weil ihre Arbeit nicht zum Nutzen des Staates gereicht) verfolgen sie dann alle möglichen verderblichen Pläne und erweisen sich als eine Plage der Gemeinschaft.
>
> Man schätzt, daß sich in der City von London etwa 20 000 Juden befinden, außerdem vielleicht weitere 5000 bis 6000 in den großen Provinz- und Hafenstädten."

Er fährt dann fort, daß die Juden ihre Kinder von jeder ehrbaren Beschäftigung, insbesondere der Handarbeit, abhielten. Anstatt die Wohlfahrt des Reiches zu heben, täten sie genau das Gegenteil. Über das ganze Land hätten sie ein ausgeklügeltes System, mit dessen Hilfe

> „sie ihre betrügerischen Pläne verfolgen bezüglich Umlauf von Falschgeld, Verkaufs gestohlener Güter und Ankaufs von Metallen aller Art und anderer Gegenstände, die entweder in den Provinzstädten entwendet und nach der Metropole gebracht werden oder umgekehrt, um der Entdeckung zu entgehen ..."

---

[50]) Colquhoun S. 85 ff.
[51]) Colquhoun S. 118—126.

Es sei unerträglich, diese Flut der Verbrechen über sich ergehen zu lassen. Neben den bereits geschilderten Verbrechen schreckten die Juden nicht vor dem Meineid zurück, um sich und andere Rassegenossen der gerechten Strafe zu entziehen.

„Vom Apfelsinenjungen und dem Straßenhändler in Rasiermessern, Glas- und anderen Waren bis zum Ladeninhaber, der mit Kleidungsstücken oder Silber und Gold handelt, scheinen allgemein die gleichen Prinzipien in ihrer Einstellung vorzuherrschen.

Der Schaden, der sich aus der Vermehrung dieser moralisch verdorbenen Rasse ergeben muß ... ist so offensichtlich, daß gar nicht schnell genug Abhilfe geschaffen werden kann[52])."

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen, denn einen besseren Sachverständigen als den Verfasser dürfte es mit Rücksicht auf seine Stellung und seine Unparteilichkeit nicht gegeben haben. Andererseits möchten wir dazu noch zwei allgemeine Hinweise geben.

Schon oben haben wir des öfteren die Auffassung vertreten, daß es in der Geschichte niemals auf die Zahl der Juden in einem Land ankommt, sondern lediglich darauf, wie groß ihr Einfluß durch Geld und andere Mittel ist. Auch dies ist hier erneut bewiesen worden.

Ihre moralische Verderbtheit hat sie zu Raub, Diebstahl, Münzverbrechen und Hehlerei geführt. Mit einer Zahl von etwa 2000 Personen stellen sie ein großes Kontingent der Hehler dar. Schon Colquhoun hat immer wieder hervorgehoben, daß die Hehler die Wurzel allen Übels seien. Sie gaben den Verbrechern durch Ankauf des Diebesgutes neuen Anreiz zu weiteren Schandtaten. Die Folge davon war eine völlige Zerrüttung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und eine völlige Verderbtheit der Sitten im öffentlichen Leben. Die Unsicherheit wurde noch durch den Umlauf falschen Geldes erhöht, woran wiederum hauptsächlich die Juden beteiligt waren. Und all dies ist mehr oder weniger durch etwa 10 000 bis 20 000 Hebräer — einen winzigen Bruchteil der damaligen Bevölkerung Englands — hervorgerufen worden.

Endlich läßt sich noch eine weitere wichtige Feststellung aus dem halbamtlichen Bericht Colquhouns treffen:

Juda entschuldigt seine Verbrechen in der Geschichte immer wieder damit, durch unerträgliche, grausame Behandlung seitens der Bevölkerung dazu getrieben zu sein. Liberalisten und übermäßig fromme Christen bestätigen diese Anschauung sehr häufig. Nun haben wir aber hier wieder einmal ein Beispiel, das diese Meinung gründlich widerlegt, denn gerade oben haben wir festgestellt, daß die Juden schon damals jede Art von Freiheit genossen und England als das gelobte Land ansahen. Wie will man

[52]) Colquhoun S. 166—169.

später Oberst im englischen Heere und verspielte fast sein gesamtes Vermögen in den zahlreichen, von Georg IV. veranstalteten Spielabenden. Man sieht, er hatte Eingang in die höchsten Kreise gefunden. Später war er Adjutant Wellingtons und begleitete ihn durch den ganzen spanischen Feldzug. „Es ist möglich", so führt der Jude Landa aus, „daß Wellington, ein Freund der jüdischen Emanzipation, durch Mellesh beeinflußt worden war[14])."

Diese kurze Aufzählung von Mischehen mag genügen. Sie zeigt mit aller Deutlichkeit, welchen Einfluß bereits die Heiraten ganz weniger Juden auf die damals führenden Kreise ausgeübt haben müssen. Selbst König Georg IV. hatte zwei mit Juden verwandte bzw. verschwägerte Personen um sich, Oberst Mellesh und Dr. Robert Halifax, den Schwager des volljüdischen Sohnes der Kitty Villareal. Daß all diese Personen das ihre zur Förderung der Judensache getan haben, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Auch die Nachkommen des reichen Juden Jacob Bernal sind später Mischehen eingegangen. Sie waren Beamte, Offiziere und einer sogar Mitglied des Parlaments. Im Jahre 1844 fügte Capt. Bernal nach der Heirat mit der Erbin von Sir Thomas Osborne of Newton Anner, Tipperary, den Namen seines Schwiegervaters dem seinigen an[15]).

Auch in den mittleren Schichten finden wir gegen Ende des 18. Jahrhunderts Mischehen. Piciotto führt dies darauf zurück, daß die Juden die blonden, blauäugigen Töchter Albions geliebt hätten, während diese wiederum von der dunklen Hautfarbe und dem Reichtum der Söhne Israels angezogen wären[16]).

Die London Society for Promoting Christianity among the Jews, welche der Förderung des Christentums unter den Juden dienen sollte, ging sogar so weit, für derartige Mischehen eine Art Ehestandsdarlehn von £ 500 bis £ 600 zu gewähren[17]). Wir werden unten noch in Verbindung mit der Darstellung über die weitere Tätigkeit dieser Gesellschaft Näheres darüber hören.

Ganz abgesehen von der blutmäßigen Zersetzung waren derartige Verbindungen zwischen Engländern und Juden die Ursache, daß die im Sturmjahr 1753 noch zwischen ihnen festgestellten schroffen Gegensätze, wenn auch zunächst kaum sichtbar, so doch ganz allmählich überbrückt wurden; denn hierdurch kamen die beiden Völker miteinander in Verbindung, und mit Hilfe der sich immer mehr ausbreitenden Propaganda zugunsten der Juden und der Abwesenheit einer Gegenbewegung glaubte man, die bisher herrschenden Vorurteile fallen lassen zu müssen. So waren auch die Mischehen eine — wenn auch vielleicht nicht allzu große — aber immerhin nicht zu übersehende Ursache für die Emanzipation der Juden.

[14]) Landa S. 286.
[15]) Piciotto S. 211.
[16]) Piciotto S. 200.
[17]) Piciotto S. 285.

Neue Einwanderungswelle

Es kam weiter hinzu, daß sich immer größere Massen von Juden über England ergossen. Hauptsächlich äußere Ursachen hatten die Juden damals veranlaßt, ihren bisherigen Aufenthaltsort zugunsten Englands aufzugeben, wo sie schon zu dieser Zeit eine ungebundene Freiheit genossen[18]). Espriella, der um das Jahr 1800 eine Beschreibung von England gab, teilt sogar mit, daß „ihnen nicht nur die Ausübung ihrer Religion, sondern darüber hinaus die öffentliche Stellungnahme gegen das Christentum erlaubt sei"[19]). Schon 1755 ist zahlreicher neuer Zuzug der Juden von Lissabon festzustellen. Ein großes Erdbeben hatte dort erheblichen Schaden angerichtet[20]), und ein Teil der Juden wollte wahrscheinlich nicht während der Jahre des Aufbaues, die gewöhnlich weniger Gewinn abwerfen, dort verweilen.

Die polnische Teilung im Jahre 1772 brachte ebenfalls neue Schwärme von Juden. Mangels irgendwelcher amtlicher Unterlagen kann heute ihre Zahl nicht mehr ermittelt werden. Zweifellos war sie aber erheblich, denn schon nach einiger Zeit ließen die Ältesten der Judengemeinde verkünden, daß die reichen Koffer der Synagoge leer seien und sich eine Unterstützung der haufenweise herumstreichenden Rassegenossen nicht mehr ermöglichen ließe. Außerdem beobachtete man eine erhöhte Kriminalität, und Diebstähle und Räubereien, begangen von Juden, waren an der Tagesordnung. Ein frecher Mord in Chelsea, ausgeführt durch eine Bande jüdischer Verbrecher, zwang die Regierung, endlich einzuschreiten. Sie setzte sich mit der jüdischen Gemeinde in Verbindung, um zusammen mit ihr weitere Zuwanderungen zu verhindern. Die Ältesten erklärten sich dazu bereit und veröffentlichten ihren diesbezüglichen Entschluß, weitere Beihilfen grundsätzlich nicht mehr zu leisten. Die Regierung wies die Einwanderungsbehörden an, nur noch Juden mit Einreisevermerk, ausgestellt von englischen Vertretern im Ausland, zuzulassen. Anscheinend gelang es aber nur schwer, der jüdischen Verbrecherkreise Herr zu werden, denn der Oberbürgermeister von London bot Eingewanderten an, ihre Rückreise bis an die Südküste Englands zu bezahlen, wenn sie sich verpflichteten, in ihr Herkunftsland zurückzukehren[21]). Wie viele davon Gebrauch gemacht haben, ist leider nicht bekannt.

Die Belagerung Gibraltars durch die Franzosen im Jahre 1781 veranlaßte die Einwanderung neuer Scharen ausgehungerter Juden nach England[22]). Da sie natürlich nur das Notwendigste hatten retten können, waren sie weder von den Engländern noch von ihren Rassegenossen allzu gern gesehen.

[18]) Piciotto S. 180, Hyamson: History S. 236, Rumney S. 331.
[19]) Espriella S. 145.
[20]) Margoliouth: History Bd. II S. 94.
[21]) Home Office Papers Bd. 1770—1772 S. 355—358, Hyamson: History S. 232, 237.
[22]) Piciotto S. 190.

Die Ereignisse in Frankreich und Polen, die in letzterem im Jahre 1793 zur erneuten Teilung geführt hatten, sahen neue Judenmassen in Bewegung. Wieder ergossen sich Schwärme von Hebräern über England. Die Rückwirkungen dürften dieselben gewesen sein wie früher, denn die Regierung sah sich veranlaßt, ein sehr umfangreiches Gesetz zur Abwehr dieser unerwünschten Einwanderung zu erlassen, das hohe Anforderungen an die Ankömmlinge stellte. Grundsätzlich war Paßzwang, die Ausländer hatten verschiedene Bedingungen zu erfüllen, so z. B. etwa in ihrem Besitz befindliche Waffen abzuliefern usw. Sie waren auch einer strengen Anmeldepflicht unterworfen, wie außerdem die Regierung das Recht hatte, den Ausländern bestimmte Aufenthaltsorte zuzuweisen, die sie nicht verlassen durften. Sämtliche Zuwiderhandlungen wurden hart bestraft, ja konnten mit Ausweisung geahndet werden. Viele Hebräer haben dieses Schicksal erlitten. Trotz heftigen Widerstandes der Liberalen — auch hier war diese Partei bewußt oder unbewußt zum Verbündeten der Juden geworden — hatte das Gesetz im Parlament eine Mehrheit gefunden[23]).

Bei diesen verschiedenen Einwanderungen wundert man sich nicht, daß sich die Anzahl der Juden im Verhältnis zu der früher festgestellten Ziffer ziemlich vermehrt hat. Wie hoch sie genau war, läßt sich mangels hinreichender Unterlagen nicht feststellen, so daß wir auf Schätzungen angewiesen sind. So hören wir um 1791 von einem deutschen Reisenden, daß etwa 12 000 Juden in England lebten, von denen sich nach seiner Ansicht etwa 1000 in der Provinz befanden[24]). Ein Franzose, der England ungefähr um dieselbe Zeit besuchte, gab die weit höhere Zahl von etwa 20 000 an[25]). Mit dem Einsetzen der Emanzipationsbestrebungen im Parlament im Jahre 1830 kann man mit ungefähr 25 000 bis 30 000 Juden rechnen[26]). Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß verschiedene Judengemeinden in der Provinz, so z. B. in Falmouth, Plymouth, Liverpool, Portsmouth, Exeter usw. gegründet wurden[27]).

Juden reorganisieren sich

Die Juden hatten erkannt, daß sie für den nächsten offenen Angriff der Zusammenfassung all ihrer Kräfte im Lande bedurften. Die entsprechenden Schritte lassen sich bereits einige Jahre nach der Niederlage von 1753 feststellen.

Aus Anlaß der Thronbesteigung Georgs III. versammelten sich die sogenannten „Deputierten der portugiesischen Nation" und er-

[23]) Henriques: Jews S. 232, Hyamson: History S. 246, Statutes at Large Bd. 39 S. 10—24.
[24]) Wendeborn Bd. II S. 467 ff.
[25]) Rumney S. 332.
[26]) Pellat S. IV.
[27]) Wendeborn Bd. II S. 469.

wählten aus ihren Reihen Abgesandte, um dem König ihre Ergebenheit zu erklären. Der König soll sie sehr gnädig aufgenommen haben[28]).

Aus Deutschland eingewanderte Juden waren von dieser Einzelaktion ihrer Rassegenossen nicht sehr erbaut. Man einigte sich aber bald dahin, in Zukunft in gemeinsam interessierenden jüdischen Fragen zusammenzuarbeiten[29]). Diese jüdische Einrichtung hat späterhin eine ganz besondere Bedeutung gewonnen. Sie nahm nicht nur die Angelegenheit der Juden in England wahr, sondern wachte über die Geschicke der Kinder Israels in der ganzen Welt. Von allen Teilen der Erde kam man dort um Hilfe ein und wie wir sehen werden, nicht umsonst. Daß man sich hierbei des Einflusses des englischen Auswärtigen Amtes und anderer Mittel bediente, leugnen auch die Juden nicht. Piciotto[30]) nimmt wie folgt dazu Stellung:

> „Hinsichtlich auswärtiger Angelegenheiten haben sie sich darauf beschränkt, die Intervention des Auswärtigen Amtes nachzusuchen, die ihnen je nach den Umständen bewilligt oder verweigert wurde. Ob die Vertreter andere Mittel zum Eingreifen verfügbar hatten, brauchen wir hier nicht erörtern ..."

Wie schade — wir hätten so gern aus dem Munde eines gutunterrichteten Juden über derartiges internationales Zusammenwirken gehört. Eins ist aber interessant: diese Mitteilung ist eine neue Bestätigung, daß London das Zentrum des Weltjudentums auch zu dieser Zeit und, wie wir noch zeigen werden, auch später gewesen und bis heute geblieben ist.

Gewisse Schwierigkeiten verursachten gelegentlich Unstimmigkeiten in diesem sogenannten Judenparlament, aber mit dem Jahre 1812 kann man wohl mit Recht erklären, daß völlige Einigkeit herrschte. Die meisten mehr oder weniger bekannten Juden der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben in dieser Körperschaft leitende Posten innegehabt. Auch der erste Rothschild, mit dem wir uns noch eingehend zu beschäftigen haben, befindet sich unter ihnen. Die Vereinigung hat eine vielgestaltige Tätigkeit in der Zeit der Emanzipationskämpfe nach dem Jahre 1830 entfaltet. Man ernannte dort „Komitees zum Entwerfen von Bittgesuchen", die man verschiedenen führenden Persönlichkeiten — vom Erzbischof von Canterbury bis zum Finanzminister — aushändigte ...[31]).

Wir haben also eine geschlossene und wohlgeleitete Judenschaft in England, die den Kampf um die Emanzipation aufnahm. Auch auf dem Gebiete der Zusammenarbeit der verschiedenen Synagogen wurde nach langen, oft abgebrochenen Verhandlungen im

[28]) Piciotto S. 115, 116.
[29]) Piciotto S. 118.
[30]) Piciotto S. 120.
[31]) Piciotto S. 126.

Jahre 1824 eine Einigung erzielt[32]). Es war wohl der immer näher rückende Entscheidungskampf, der diesen Erfolg herbeiführte. Man sorgte auch dafür, daß die tödlichste Waffe, das Geld, nicht fehlte, indem man regelmäßige Beiträge einzog[33]). Endlich versuchte man auch die Kräfte dadurch zusammenzuhalten, daß Juden, die aus der Synagoge austraten, eine Art Abfindung in Höhe von £ 100 zu zahlen hatten[34]).

Jüdische Verbrechen nehmen überhand

Die Kinder Israels niederer Klasse handelten vor allem mit alten Kleidern und durchzogen mit vielem Geschrei die Straßen Londons[35]), während andere als Hausierer die Provinz unsicher machten[36]).

Der weitaus größte Teil betätigte sich aber auf verbrecherischem Gebiet und hatte sich in den düstersten und schmutzigsten Bezirken der Hauptstadt zusammengefunden[37]), wo die Juden völlig eine Stadt für sich bildeten. „Ich begann mir einzubilden", so berichtet ein Reisender über seinen Besuch dieses Stadtteils, daß ich die zehn Stämme entdeckt hätte[38])." Andere drücken sich in ähnlicher Weise aus und sprechen in Verachtung von einer so heruntergekommenen Menge[39]). Es soll sich hierbei meistens um Elemente gehandelt haben, denen der Boden in anderen Ländern zu heiß geworden war; sie stahlen alles Erreichbare, ja sie schreckten nicht einmal vor Raubüberfällen zurück und betätigten sich nach alter Gewohnheit als Geldfälscher und Hehler[40]).

„Ich glaube", so teilt uns ein deutscher Reisender[41]) mit, „daß wenig Einbrüche, Raubüberfälle und Münzverbrechen begangen werden, an denen nicht Juden in der einen oder andern Form beteiligt sind. Sie stehlen nicht nur selbst, sondern unterstützen christliche Diebe, indem sie als Hehler das gestohlene Gut zu sehr mäßigen Preisen erwerben. Am Dukes Place, wo fast ausschließlich Juden wohnen, sind die Schmelzöfen während der ganzen Nacht bereit, das gestohlene Gold und Silber sofort zu schmelzen, wenn die Diebe es bringen, damit es noch vor Tagesanbruch unkenntlich gemacht wird."

---

[32]) Hyamson: History S. 250—251.
[33]) Piciotto S. 191/92.
[34]) Piciotto S. 254.
[35]) Rumney S. 334/35, Wendeborn S. 470/71, Espriella S. 151.
[36]) Rumney S. 336.
[37]) Goede S. 333.
[38]) Espriella S. 153.
[39]) Silliman Bd. I S. 133, Wendeborn S. 470, Rumney S. 334/35.
[40]) Archenholtz S. 177/78.
[41]) Wendeborn S. 471.

Die beste und einwandfreieste Darlegung ist aber durch den u. a. um Londons Polizeireform berühmt gewordenen Patrick Colquhoun erfolgt. Er war zunächst als Strafrichter tätig und hat daher aus erster Quelle amtliches Material über das Verbrecherunwesen in London und Umgebung zusammenstellen können. Seine Arbeit ist in keiner Weise gegen die Juden gerichtet, sondern diente lediglich dazu, nüchtern und klar die unerträglichen Zustände darzulegen und die Öffentlichkeit auf die Übel hinzuweisen. Gleichzeitig schlug er Maßnahmen zur Abhilfe vor und erregte das Interesse von König und Regierung[42]). Der Jude Piciotto[43]) bezeichnet Colquhoun als „einen großzügigen Mann, der darauf bedacht war, die Wohlfahrt der Juden ebenso wie die der Christen zu fördern".

Es bleibt anderen überlassen, über den Einfluß der Juden auf die Kriminalität Englands zu schreiben; wir wollen uns nur auf einen kurzen Auszug aus dem Werk Colquhouns beschränken.

Nach seiner Ansicht ist der Hauptgrund der Verbrechen in dem weitverzweigten Hehlertum zu erblicken. In London seien etwa 3000 Hehler. Unter dem Deckmantel des Trödlers und Altwarenhändlers veräußerten sie die gestohlenen kostbaren Sachen. Durch den leichten Absatz des Diebesgutes wurden Angestellte und Dienstboten verleitet, ihre Brotherren zu bestehlen[44]).

Unhaltbare Zustände herrschten auch auf dem Gebiet des Münzwesens. Das Land war überschwemmt von falschem Geld. Die Fälscher machten auch ausländische Münzen nach. Trotz der veralteten und auch sonst unzureichenden Methoden der Polizei seien in einem Jahr 608 Verbrecher dieser Art überführt und verurteilt worden. Und das war nur ein Bruchteil dieser Elemente. Die Zeugen würden meistens bestochen oder aber durch Drohungen eingeschüchtert. Die Beweiserhebung der Behörden stieße daher auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten[45]).

Der so der Regierung und dem Volke entstandene Schaden in London und Umgebung sei jährlich auf £ 2.000.000 zu beziffern[46]).

An all diesen Verbrechen seien ganz besonders die Juden beteiligt, die sogar Fahrzeuge unterhielten, um die geraubten und entwendeten Sachen so schnell wie möglich von der Provinz nach London zu bringen[47]).

Die dem Staat aus den Arsenalen und Magazinen gestohlenen Vorräte müßten im Frieden auf einen Wert von £ 500.000, im Krieg sogar auf £ 1.000.000 geschätzt werden[48]), und auch hierfür seien wieder die Juden die besten Abnehmer[49]).

---

[42]) Dictionary of National Biography Bd. IV S. 859 ff.
[43]) Piciotto S. 260.
[44]) Colquhoun S. 16—19.
[45]) Colquhoun S. 24—30.
[46]) Colquhoun S. 45—47.
[47]) Colquhoun S. 52.
[48]) Colquhoun S. 70.
[49]) Colquhoun S. 77.

Es folgen dann eingehende Betrachtungen über das weitverbreitete Netz von Geldfälschern und ihren Helfern und der Hinweis, daß überall Raub und Totschlag herrsche[50]).

Das Zentrum des gesamten Verbrechertums sei London, wo wiederum die Juden eine überragende Rolle in Münzfälschungen spielten. Besondere Gruppen von Judenjünglingen arbeiteten zusammen, um das wertlose Geld an den Mann zu bringen. Colquhoun beschreibt dann eingehend ihre wohlüberlegten Methoden und welch ungeheuren Verdienst die daran beteiligten Kreise haben. Im Handel von falschen englischen Kupfermünzen und sämtlichem ausländischen nachgemachten Geld hätten die Juden beinahe ein Monopol[51]).

Er führt dann noch eingehend aus, in welcher Weise auch die Schwindeleien überhand genommen hätten und nimmt dann wie folgt zu der Beteiligung der Juden an Diebstählen und Hehlereien Stellung:

> „Man kann eine Klasse von Betrügern aus der Gemeinschaft der Juden in jeder Straße und Gasse in und in der Nähe der Metropole unter dem Deckmantel des Aufkäufers alter Kleider und Metalle aller Art finden. Ihr Hauptgewerbe besteht aber darin, um die Häuser und Stallungen der Leute von Rang und Stand herumzustreichen und dort die Dienstboten zu verlocken, kleine Gegenstände, die wahrscheinlich nicht so bald vermißt werden, zu stehlen, die die Juden alsdann für etwa ein Drittel ihres Wertes kaufen. Es ist anzunehmen, daß bis zu 2000 dieser moralisch verdorbenen Menschen in diesen täglichen Gängen der Juden beschäftigt sind. Viele von ihnen gelangen alsdann durch falsches Geld und andere Betrügereien zu Wohlstand und betätigen sich als Hehler. Als solche (weil ihre Arbeit nicht zum Nutzen des Staates gereicht) verfolgen sie dann alle möglichen verderblichen Pläne und erweisen sich als eine Plage der Gemeinschaft.
>
> Man schätzt, daß sich in der City von London etwa 20 000 Juden befinden, außerdem vielleicht weitere 5000 bis 6000 in den großen Provinz- und Hafenstädten."

Er fährt dann fort, daß die Juden ihre Kinder von jeder ehrbaren Beschäftigung, insbesondere der Handarbeit, abhielten. Anstatt die Wohlfahrt des Reiches zu heben, täten sie genau das Gegenteil. Über das ganze Land hätten sie ein ausgeklügeltes System, mit dessen Hilfe

> „sie ihre betrügerischen Pläne verfolgen bezüglich Umlauf von Falschgeld, Verkaufs gestohlener Güter und Ankaufs von Metallen aller Art und anderer Gegenstände, die entweder in den Provinzstädten entwendet und nach der Metropole gebracht werden oder umgekehrt, um der Entdeckung zu entgehen ..."

[50]) Colquhoun S. 85 ff.
[51]) Colquhoun S. 118—126.

Es sei unerträglich, diese Flut der Verbrechen über sich ergehen zu lassen. Neben den bereits geschilderten Verbrechen schreckten die Juden nicht vor dem Meineid zurück, um sich und andere Rassegenossen der gerechten Strafe zu entziehen.

„Vom Apfelsinenjungen und dem Straßenhändler in Rasiermessern, Glas- und anderen Waren bis zum Ladeninhaber, der mit Kleidungsstücken oder Silber und Gold handelt, scheinen allgemein die gleichen Prinzipien in ihrer Einstellung vorzuherrschen.

Der Schaden, der sich aus der Vermehrung dieser moralisch verdorbenen Rasse ergeben muß ... ist so offensichtlich, daß gar nicht schnell genug Abhilfe geschaffen werden kann[52])."

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen, denn einen besseren Sachverständigen als den Verfasser dürfte es mit Rücksicht auf seine Stellung und seine Unparteilichkeit nicht gegeben haben. Andererseits möchten wir dazu noch zwei allgemeine Hinweise geben.

Schon oben haben wir des öfteren die Auffassung vertreten, daß es in der Geschichte niemals auf die Zahl der Juden in einem Land ankommt, sondern lediglich darauf, wie groß ihr Einfluß durch Geld und andere Mittel ist. Auch dies ist hier erneut bewiesen worden.

Ihre moralische Verderbtheit hat sie zu Raub, Diebstahl, Münzverbrechen und Hehlerei geführt. Mit einer Zahl von etwa 2000 Personen stellen sie ein großes Kontingent der Hehler dar. Schon Colquhoun hat immer wieder hervorgehoben, daß die Hehler die Wurzel allen Übels seien. Sie gaben den Verbrechern durch Ankauf des Diebesgutes neuen Anreiz zu weiteren Schandtaten. Die Folge davon war eine völlige Zerrüttung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und eine völlige Verderbtheit der Sitten im öffentlichen Leben. Die Unsicherheit wurde noch durch den Umlauf falschen Geldes erhöht, woran wiederum hauptsächlich die Juden beteiligt waren. Und all dies ist mehr oder weniger durch etwa 10 000 bis 20 000 Hebräer — einen winzigen Bruchteil der damaligen Bevölkerung Englands — hervorgerufen worden.

Endlich läßt sich noch eine weitere wichtige Feststellung aus dem halbamtlichen Bericht Colquhouns treffen:

Juda entschuldigt seine Verbrechen in der Geschichte immer wieder damit, durch unerträgliche, grausame Behandlung seitens der Bevölkerung dazu getrieben zu sein. Liberalisten und übermäßig fromme Christen bestätigen diese Anschauung sehr häufig. Nun haben wir aber hier wieder einmal ein Beispiel, das diese Meinung gründlich widerlegt, denn gerade oben haben wir festgestellt, daß die Juden schon damals jede Art von Freiheit genossen und England als das gelobte Land ansahen. Wie will man

[52]) Colquhoun S. 166—169.

nun ihr dortiges Treiben um das Jahr 1800 entschuldigen? Wahrscheinlich mit zu großer Freiheit? Dies dürfte sicherlich zum Teil richtig sein!
Diese erschütternden Verhältnisse waren aber nicht nur auf die unteren Massen des Volkes beschränkt, sondern man verspürte das System der Juden auch sonst überall, insbesondere in Finanzkreisen.
Wie sehr auch die jüdischen Makler im allgemeinen verhaßt waren, geht aus folgender Anekdote hervor. Dem Sohn eines sehr kranken jüdischen Maklers war zu Ohren gekommen, daß der Oberbürgermeister von London seine Freude über den bald zu erwartenden Tod seines Vaters nicht hatte verbergen können. Als der Sohn ihn deshalb zur Rede stellte, soll der Oberbürgermeister geantwortet haben:
„Mein Lieber, Sie befinden sich gewaltig im Irrtum. — Ich würde es wirklich vorziehen, Zeuge des Todes aller anderen Juden zu sein" ...[53]).
Die Zustände an der Börse wurden immer unheilvoller, und die Bestechungen wichtiger Leute in der Regierung zeigten weitere Fortschritte. Man machte zur Erlangung von Vorteilen vor nichts halt. Durch Zeitungen und ähnliche Mittel verbreitete man alarmierende Falschmeldungen, um die Kurse an der Börse herunterzudrücken und beim niedrigsten Stand zu kaufen. Einmal erfand man einen feindlichen Einfall in England, ein anderes Mal ließ man einen einflußreichen Mann in der Regierung sterben. Wahrheit und Ehrenhaftigkeit an der Börse waren überholte Begriffe[54]).
Es war unglaublich, in welcher Weise an den Heereslieferungen verdient wurde. Auch hier waren Bestechung und Betrug an der Tagesordnung[55]).

Finanzjuden

Der Geldmarkt wurde mehr und mehr von einzelnen reichen Juden beherrscht. Gideon und Salvador wurden von den Gebrüdern Abraham und Benjamin Goldsmid abgelöst. Vor allem war es die gesamte Familie Goldsmid mit zunächst dem Vater an der Spitze und seinen vier Söhnen[56]), die eine große Rolle an der Börse in London spielen sollten.
Benjamin Goldsmid hatte durch Erbschaft und Heirat ein riesiges Vermögen erworben. So war es kein Wunder, daß er schon nach kurzer Zeit einen Umsatz in seinem Geschäft zu verzeichnen hatte, der sich nur noch nach Millionen von Pfunden berechnen

[53]) Piciotto S. 180, Francis S. 125, Times vom 6. November 1822.
[54]) Francis S. 165 ff.
[55]) Francis S. 179 ff.
[56]) Hyamson: History S. 247.

ließ. Es dauerte nicht lange, bis er zusammen mit seinem Bruder die Anleihen der Regierung unterzubringen hatte.
In Stamford Hill hatte er ein elegantes Haus, während er sich in Roehampton einen verschwenderischen Palast hatte errichten lassen[57]), der von ungeheurer Pracht gewesen sein muß. Zeitgenossen pflegten ihn mit Schloß Windsor zu vergleichen[58]). In diesem Herrenhaus wurden die größten und üppigsten Feste damaliger Zeit gefeiert. Die Gäste kamen aus dem höchsten Adel Englands und es gehörte zum guten Ton der Gesellschaft, im Hause Benjamin Goldsmids zu verkehren. Der berühmte Pitt fehlte niemals bei solchen Gelegenheiten, zumal Benjamin sein Günstling war.
Letzterer betätigte sich gern in Wohltätigkeit[59]). Aus Anlaß einer größeren derartigen Veranstaltung hatte der Herzog von Kent, der Vater der späteren Königin Victoria, den Vorsitz beim Bankett. Zu seiner Linken sah man Benjamin Goldsmid sitzen[60]).
In späteren Jahren hatte Benjamin unter schlechter Gesundheit zu leiden. Er nahm sich im Jahre 1808 das Leben[61]). Sein Bruder Abraham hatte zumindest dieselbe Bedeutung an der Londoner Börse und spielte eine ausschlaggebende Rolle bei den finanziellen Transaktionen der Regierung. Mit großem Aufwand hatte er sich in Morden einen Palast errichten lassen, der dem seines Bruders kaum an Pracht nachstand. Dort hielt er rauschende Feste ab, und eines Tages hatte er sogar König Georg III. zu Gast.
Seine Geschäfte tätigte er zusammen mit dem bekannten englischen Bankhaus Baring. Im Jahre 1810 unternahm man es gemeinsam, eine Anleihe der Regierung von 14 Millionen Pfund ganz allein unterzubringen. Ende desselben Jahres mußte Abraham durch Fehlspekulationen den Ruin seines Geschäftes befürchten, auch er nahm sich das Leben. Sein Tod rief an der Börse eine aus solchem Anlaß nie gesehene Unruhe hervor. Depeschen von seinem Ableben wurden an den König und den Prinzen von Wales gesandt. Die Papiere fielen und kaum irgendein Abschluß kam an diesem Tage an der Börse zustande. Sämtliche Zeitungen konnten sich nicht genug tun, ihn zu preisen und seine Bedeutung hervorzuheben. Überhaupt hätte ein großes nationales Ereignis keinen tieferen Eindruck machen können[62]). Man bedenke: alles um einen einzelnen reichen Juden!
Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß er ebenso wie sein Bruder wegen seiner Wohlfahrtsbestrebungen bekannt war.
Bei dieser Gelegenheit wollen wir kurz auf das beliebte Argument von der Wohltätigkeit der Juden eingehen, die so gar nicht mit

[57]) Alexander S. 94 ff.
[58]) Alexander S. 105/06.
[59]) Alexander S. 114 ff.
[60]) Alexander S. 110/11.
[61]) Piciotto S. 219—252, Jewish Encyclopedia Bd. VI S. 30, Francis S. 180—184, Margoliouth: History Bd. II S. 128.
[62]) Piciotto S. 252—254, Jewish Encyclopedia Bd. VI S. 28, Francis S. 184—186, Times vom 12./13. April 1808, Morning Post vom 9. Oktober 1810.

den Behauptungen ihrer Gegner — sie seien hartherzig — vereinbar zu sein scheint. Wer die Hebräer durchschaut hat, weiß, daß es ein wohldurchdachter Schachzug ist, um zum Ziele zu gelangen. Den Juden ist es klar, daß jedes Volk von vornherein eine Abneigung gegen sie hat, die sich noch durch das von ihnen eingeführte System — Hochfinanz mit all ihren Auswüchsen, Bestechungen, allgemeine Unmoral usw. — steigert. Das Volk als Objekt ihrer Ausbeutung könnte scheel auf das Anwachsen ihrer Macht, auf ihre glänzenden Feste blicken. Man sinnt auf Mittel und Wege, jeden Unwillen des Volkes schon im Keime zu ersticken. Was könnte versöhnlicher wirken als das Mäntelchen der Wohltätigkeit: Summen, die dem einfachen Volksgenossen riesenhaft erscheinen, werden für Zwecke gegeben, die die größte Publizität verbürgen. Nicht jeder bedenkt dabei, daß der Jude mit der einen Hand doppelt und dreifach nimmt, was er mit der anderen gab.
Die Gegner unserer Ansicht erklären, daß eine solche Handlungsweise die Juden niemals geleitet hätte. Es ist gewöhnlich schwer, einem Menschen die Beweggründe seines Handelns einwandfrei nachzuweisen, wenn sie, wie hier, von beiden Seiten mit einer Anzahl entgegengesetzter Gründe dargelegt werden. Neben den bereits vorgetragenen Anhaltspunkten spricht aber für unsere Meinung, daß derartige Wohlfahrtsleistungen von Juden möglichst weitgehend veröffentlicht werden. Ein Mensch, der gibt, nur um wohlzutun, meidet grundsätzlich, hiervon Aufhebens zu machen. Endlich müßte einmal bewiesen werden, daß sie von Natur aus mildherzig, großzügig und altruistisch sind. Dieser Nachweis dürfte kaum gelingen, da Taten in der Geschichte und ihre im Talmud und sonstwo niedergelegten Prinzipien unvereinbar damit scheinen.

Nathan Mayer Rothschild und Genossen

Wir haben uns im Zusammenhang mit dem Aufbau der jüdischen Macht in England vor dem Jahre 1830 auch mit dem reichsten der Kinder Israels, Nathan Mayer Rothschild, zu beschäftigen. Im Rahmen der Arbeit wird es genügen, nur einen kurzen Überblick über sein Leben zu geben.
Im Jahre 1770 in Frankfurt am Main geboren, wanderte er 1798 nach England aus. Er hielt sich zunächst in Manchester auf und siedelte 1805 nach London über. Um dieselbe Zeit wurde er bereits von König Georg III. wegen seiner Verdienste um die Krone naturalisiert[63]).
Seinen eigentlichen Aufstieg verdankt er dem Landgrafen und späteren Kurfürsten von Hessen, der mit Hilfe des Vaters Roth-

[63]) Scherb S. 60, Wolf S. 271.

schild auf Grund des Verkaufs seiner Landeskinder als Hilfstruppen für England in Amerika ungeheure Gelder angesammelt hatte. Ein Teil dieses Vermögens war in England angelegt, und Rothschild verwaltete es zur vollen Zufriedenheit seines Auftraggebers, der als damals reichster Fürst Europas galt. Nach seiner Flucht vor Napoleon wurde er mehr denn je von Rothschild abhängig, was dieser zu seinem eigenen Vorteil ausnutzte[64]).

Rücksichtslos beutete Rothschild die Wirren von Europa zur Zeit Napoleons aus. Nach dem Tode der Gebrüder Goldsmid übernahm er die Rolle des allgewaltigen Bankiers an der Londoner Börse. Nur mit seiner Hilfe vermochte England in den Befreiungskriegen Rußland, Preußen, Österreich und anderen Staaten die Subsidien zu zahlen. Sein ausgeklügeltes System ermöglichte dem Herzog von Wellington, in Spanien den Feldzug weiterzuführen. Vorher war das ganze Unternehmen oft durch Geldmangel in Frage gestellt gewesen[65]). Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß Rothschild sich dadurch einen ungeahnten Einfluß auf die englische Regierung gesichert hatte, die daher auch nicht zögerte, sich außenpolitisch für seine Zwecke einzusetzen[66]).

Napoleon wußte von dieser Arbeit Rothschilds gegen ihn, und Rothschild ist einer derjenigen gewesen, die mit zu seinem Fall beigetragen haben. Verwundert es daher, daß die Bourbonen nach dem Sturz Napoleons von London mit dem Gelde Rothschilds nach Paris zu ihrem Einzug reisten?[67]).

Hier interessiert am meisten, welche Rolle er außerdem bei den Vorbereitungen für die Emanzipation der Juden der Welt gespielt hat. Einem besonderen Werk muß es vorbehalten werden, seine diesbezügliche Tätigkeit aufzudecken. Nur so viel mag gesagt sein, daß ohne Rothschild diese Entwicklung mindestens noch ein weiteres Jahrhundert aufgehalten wäre. Er wachte darüber, daß die den Juden bereits eingeräumten Privilegien in allen Ländern unangetastet blieben und darüber hinaus erhöht wurden. Die wachsende Abhängigkeit der zahlreichen Staaten von der Gewährung seiner Anleihen, die sich auf Hunderte von Millionen Mark beliefen[68]), wurde rücksichtlos von ihm zu diesem Zwecke ausgenutzt[69]).

Auch in England war er auf diesem Gebiete allmächtig, und es gereicht dem damaligen englischen Volk nur zur Ehre, daß es den jüdischen Angriffen unter einer solchen Führung im Emanzipationskampf etwa 28 Jahre lang standhielt.

Von jüdischer Seite wird Rothschilds Eingreifen in dieser Hinsicht nicht geleugnet. Unermüdlich hat er sich an die führenden

[64]) Scherb S. 27, Wolf S. 262, Corti S. 53 ff., Wilson S. 255, 287/88.
[65]) Corti S. 128 ff., 139—141, Jewish Encyclopedia Bd. X S. 493 ff.
[66]) Corti S. 169 ff.
[67]) Wilson S. 353, 364, 379.
[68]) Jewish Encyclopedia Bd. X S. 495, Wolf S. 276.
[69]) Corti S. 138.

Politiker beider Richtungen gewandt und versucht, sie in seinen Bann zu ziehen. Bereits um das Jahr 1820 können wir derartige Bemühungen feststellen. In dem Tagebuch eines anderen bekannten Juden, Sir Moses Montefiore, findet sich unter dem 22. Februar 1829 die Eintragung, daß Rothschild bezüglich der Emanzipation „in Kürze zum Lord-Kanzler gehen und ihn über die Angelegenheit befragen würde". Der Herzog von Wellington war sehr mit ihm und seinem Sohn befreundet. Als er einstmals gebeten wurde, sich um die Unterstützung Rothschilds für die bevorstehenden Wahlen zugunsten der Konservativen der City zu bemühen, bedauerte er, es mit Rücksicht auf die judenfeindliche Haltung dieser Partei von vornherein als aussichtslos ablehnen zu müssen[70]).

Am besten dürften die Methoden Rothschilds in dem Buch eines sehr judenfreundlichen Schriftstellers zusammengefaßt sein, wenn er ausführt, daß

> „Rothschild mehr für die Emanzipation der Juden getan hat als Mr. O'Connell für die Katholiken. Durch die magische Macht seines Reichtums hat er ihre hartnäckigsten Feinde zu seinen Hörigen gemacht, während er die Abneigung der Aristokraten, in der Gesellschaft von Kaufleuten und Juden zu verkehren, durch die reizvolle Verführung gastronomischer und musikalischer Unterhaltung vollkommen besiegte. Und wenn die ganze Kirche von England den Besuchern des Herrenhauses dieses wohlhabenden Finanzmannes den Kirchenbann androhte, sie würden — ungeachtet dessen — die fleischlichen Genüsse sicherlich den geistigen vorziehen. Jene, die wissen, eine wie unwiderstehliche Anziehungskraft ein glänzendes Mahl auf den Adel besitzt, werden mir recht geben ..." [71]).

Nathan Mayer Rothschild sollte es nicht mehr vergönnt sein, die Emanzipation der Juden zu erleben. Im Jahre 1836 starb er in Frankfurt am Main. Seine Leiche wurde nach London überführt. Bei seiner Beerdigung war fast das ganze diplomatische Korps in London anwesend[72]). Sein Nachlaß konnte nicht mit Sicherheit geschätzt werden. Die Steuerebehörden legten den Betrag von £ 100 Millionen zugrunde[73]). Er ist sicherlich der vermögendste Mann der Welt gewesen, von dem man sich in London erzählte, daß er seinen Angestellten die größten Hungerlöhne zahlte[74]).

Zu den reichen Juden, die ihr Hauptziel in der Emanzipation sahen, gehörte ebenfalls sein Schwager Moses Montefiore. Im Jahre 1784 geboren, erreichte er das seltene Alter von 101 Jahren. Seinen Reichtum verdankte er mehr oder weniger der Zusammenarbeit mit Rothschild. Es gelang ihm, sich in die besondere Gunst der Mutter der späteren Königin Victoria zu setzen. Auch mit der

[70]) Wolf S. 275/76, Anichini S. 9/10.
[71]) Anichini S. 9—10 Fußnote.
[72]) Francis S. 307.
[73]) Scherb S. 63.
[74]) Francis S. 297.

letzteren stand er auf gutem Fuße. Bei ihrer Thronbesteigung 1837 erhob sie ihn in den Ritterstand und im Jahre 1846 sogar in den Baronsstand. Er bekleidete hohe Ämter in der englischen Verwaltung und setzte sich überall für die Juden der Welt ein. Daß ihm hierbei seine Verbindung mit Hof und Regierung gut zustatten kam, dürfte offensichtlich sein.
Bei unserer Aufzählung können wir nicht Abraham Israel Ricardo übergehen, den beauftragten Makler für die Bevis Marks-Synagoge. Daß auch er ein großes Vermögen sei eigen nannte, dürfte beinahe überflüssig sein, zu erwähnen. Einer seiner Söhne hat vielleicht einen noch größeren Namen erworben als er. Es handelt sich um David, der nach seinem Übertritt zum Christentum einen Ruf als Wissenschaftler errang. Bei seinem Tode im Jahre 1823 war er für den Wahlbezirk von Portarlington Mitglied des Parlaments[75]).
Endlich wollen wir noch einen zum Christentum übergetretenen Juden namens Menasseh Lopez anführen. Schon im Jahre 1805 wurde er mit dem Baronstitel ausgezeichnet und anschließend ins Parlament gewählt, dessen Mitglied er ununterbrochen bis zum Jahre 1818 blieb. Bei den im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen hat er wiederum kandidiert. Ein gegen ihn eröffnetes Gerichtsverfahren ergab, daß er die Wähler erheblich bestochen hatte. Er wurde zu 21 Monaten Gefängnis und £ 10.000 Geldstrafe rechtskräftig verurteilt. In einem zweiten Wahlbezirk hatte er das gleiche Verbrechen begangen, das in einem anderen Verfahren mit weiteren drei Monaten Gefängnis und £ 2.000 Geldstrafe geahndet wurde. Nichtsdestoweniger ließ er sich später erneut als Kandidat aufstellen und wurde wiederum ins Parlament gewählt. Seine Bestrafungen verhinderten nicht, daß er zur Zeit seines Todes eine höhere Verwaltungsstelle bekleidete. Er hat keine Nachkommen hinterlassen, so daß er von seinem Neffen hinsichtlich Titel und Vermögen beerbt wurde. Dessen Abkömmlinge hatten hohe Posten inne, der eine war in der Verwaltungszentrale der Konservativen Partei, während ein anderer, Sir Massey Lopez, es sogar bis zum Lord der Admiralität brachte[76]).
Diese Beschreibung mag zunächst genügen, denn es ist unmöglich, all die Hunderte, ja vielleicht Tausende zu erwähnen, die reich und einflußreich waren. Bewußt machen wir keinen Unterschied zwischen getauften und ungetauften Juden, da nach unserer Ansicht ein solcher nicht besteht. Im Gegenteil, die ersteren dürften auf jeden Fall zu dieser Zeit noch gefährlicher gewesen sein als die letzteren, da sie schon vor der allgemeinen Emanzipation in alle möglichen Ämter hineinschlüpften und so der jüdischen Sache dienten. Sind es doch immer wieder, wie auch Piciotto[77]) zugibt, einzelne Hebräer gewesen, denen im Endergebnis die Emanzipation zu verdanken ist.

[75]) Piciotto S. 220/21.
[76]) Piciotto S. 304—306.
[77]) Piciotto S. 126.

Propaganda! — Propaganda!

Schon mit Ausgang des 18. Jahrhunderts bemerkte man, daß sich Kräfte zur Umformung der Ansicht der Massen regten, was am besten aus den zahlreichen Büchern zugunsten der Juden hervorgeht, die um diese Zeit erschienen. Auffällig ist es, daß sich kein wichtiges Buch mit entgegengesetzter Tendenz findet.

Von den verschiedenen Verfassern wollen wir nur einige erwähnen. Zu den frühesten dieser Art scheint ein Schriftsteller unter dem Pseudonym J. D. I. zu gehören, der sich um das Jahr 1795 erheblich für die Juden einsetzte. Andere Personen folgen mit öffentlichen Briefen usw. Alle sind sich darüber einig, daß den Juden bisher bitter Unrecht geschehen sei[78]).

Einige Jahre später stellte sich ein bereits damals bekannter Dramatiker, Richard Cumberland, auf ihre Seite[79]). Er hat vielleicht mit am meisten dazu beigetragen, daß sich die sogenannten besseren Stände mit dem Judenproblem beschäftigten und auf Grund der Beeinflussung durch die allgemeine Propaganda zu einem günstigen Urteil über diese Rasse kamen. Sein Schauspiel „Der Jude" errang großen Erfolg. Es wurde am 8. Mai 1794 im Drury Lane-Theater zum ersten Male und bald überall in England aufgeführt, wie uns ein Zeitgenosse berichtet. Man spielte es sogar in Amerika, Frankreich und Deutschland, wo es bereits im Jahre 1798 in deutscher Übersetzung erschien[80]). Die Zuhörer wurden durch die uns heute unverständliche Sentimentalität des Schauspiels zu Tränen gerührt[81]). Der Sachverhalt ist kurz folgender: Ein reicher, angesehener englischer Kaufmannssohn hat eine Jüdin geheiratet — zum Mißfallen beider Familien. Die sich daraus ergebenden Konflikte, werden durch Sheva gelöst, der nach Ansicht Cumberlands den Prototyp des wahren Juden vertritt. Vor allem war ihm darum zu tun, im Gegensatz zu dem von Shakespeare im „Kaufmann von Venedig" verkörperten Shylock einen Juden großzügigen und ehrenhaften Charakters darzustellen. Nach den Worten eines der im Schauspiel Hauptbeteiligten handelt es sich bei Sheva um „den Freund der Witwen, den Vater der Waisen, den Beschützer der Armen und den allgemeinen Menschenfreund"[82]).

Zeitungen und Zeitschriften konnten sich des Lobes über dieses Stück nicht genug tun[83]). Die Textbücher waren immer wieder vergriffen, so daß schon im Jahre 1801 die siebente Auflage erschien.

Andere Veröffentlichungen suchten ebenfalls die Hebräer von ihren Charakterschwächen reinzuwaschen, wobei sich ein gewisser J. van Oven besonders hervortat. Schon früh begann er damit und

[78]) Piciotto S. 236/37.
[79]) Dictionary of National Biography Bd. V S. 290 ff.
[80]) Näheres siehe in der Übersetzung von Dengel.
[81]) Williams S. 234.
[82]) Siehe V. Akt, 2. Szene.
[83]) Williams S. 232/33.

verlangte insbesondere auf Grund des amtlichen Berichts von Colquhoun Schritte zur Verbesserung ihrer Lage. Er leugnete nicht die unglaublichen Zustände, führte diese aber nicht auf die Verderbtheit der Juden, sondern auf ihre ungünstige wirtschaftliche Lage zurück. Man müßte sie nicht nur zu ehrenhaften Berufen auffordern, sondern ihnen auch ein diesbezügliches praktisches Anerbieten machen[84]).

Die von van Oven am Schluß seines Buches gemachten Vorschläge wurden in einer kurz danach erschienenen Schrift von Alexander als unannehmbar bezeichnet[85]). Ferner wendet sich derselbe Verfasser auch mit allem Nachdruck gegen die Form des von Colquhoun vorgetragenen Sachverhaltes. Zwar möchten die erwähnten Tatsachen zutreffen, es hätte aber doch einen Weg gegeben, sie in nicht so verletzender Weise zu veröffentlichen[86]).

Unter den pro-jüdischen Schriftstellern darf man auch nicht Th. Witherby vergessen, der durch verschiedene Abhandlungen für einen Umschwung der Volksstimmung zugunsten der Juden eintrat. In seinem hauptsächlichen Werk, das etwa 500 klein gedruckte Seiten enthält, wendet er sich u. a. gegen die in England feststehende Redensart: „Der Bursche ist ein vollkommener Jude." Man verstand darunter Menschen, die nur immer den größtmöglichen Nutzen für sich zu gewinnen trachteten. Eine solche Ansicht habe auch Shakespeare vertreten, und es sei wirklich an der Zeit, mit derartigen veralteten Begriffen aufzuräumen. Alle Verfolgungen einschließlich derjenigen in England hätten zu Unrecht stattgefunden[87]). Sie begingen nur dann schlechte Taten, wenn sie in ihrer allgemeinen Not von den Christen dazu getrieben würden[88]). Im übrigen hätten sie sich in Großbritannien schon von dem Charakter der Engländer günstig beeinflussen lassen[89]). Uns hätte interessiert, wie der Verfasser das geradezu unerträgliche, verbrecherische Treiben der Juden zu dieser Zeit hätte erklären wollen.

Auch ein gewisser Hamilton Reid hat sich als Befürworter der Juden eingesetzt. Er legt ebenfalls Nachdruck darauf, daß die Vorurteile ihnen gegenüber fortfallen müßten, zumal sie sich in England in letzter Zeit erheblich den Sitten und Gebräuchen des Landes angeglichen hätten[90]).

Unmittelbar vor Beginn der Emanzipationskämpfe kam ein Werk heraus, das an den Herzog von Wellington gerichtet war und für eine allgemeine Emanzipation eintrat. Die Juden hätten ein Recht, mit den anderen Menschen friedvoll zusammenzuleben, „zumal sie durch die Gunst des Himmels mit einer ununterbrochenen Vor-

[84]) Van Oven S. 4 ff., 16.
[85]) Alexander: Answer S. 30 ff.
[86]) Alexander: Answer, insbes. S. 34 ff.
[87]) Witherby S. 1 ff.
[88]) Witherby S. 19.
[89]) Witherby S. 37 ff.
[90]) Reid: s. u. a. Einleitung u. S. 105.

herrschaft von Reichtum und Macht ausgezeichnet seien". Nach Gottes Willen sollten sie nicht nur dahinvegetieren, sondern besonders mit Glück gesegnet sein[91]). Warum beschimpfe man sie eigentlich immer wegen ihres Charakters? Man solle sich doch zunächst einmal mit den Sitten des eigenen Volkes auseinandersetzen. In einem solchen Falle müsse man zugeben, daß nicht nur die Juden geldgierig seien, sondern auch die Engländer. In England könne man sich mit Geld alles erlauben. Auch gäbe es wohl nichts Unmoralischeres als die Adligen, die nicht einmal vor Blutschande zurückschreckten, was man den Juden bisher noch nicht hätte vorwerfen können[92]). Das Herz blute ihm, wenn er an all ihre Vorfolgungen dächte, zumal dies sicher nicht dem Willen Gottes entsprechen könne[93]).

Der Verfasser weist dann auf die Ungerechtigkeit hin, daß man zwar den Katholiken, nicht aber den Juden Emanzipation gewährt habe[94]), ein um so verwerflicheres Beginnen, als es bereits in Frankreich und vielen Teilen Deutschlands geschehen sei[95]).

In demselben Jahr erschien ein Buch von Pellat, der ebenfalls sehr stark eine Emanzipation propagierte. Hauptsächlich beschäftigte er sich mit der Erteilung des vollen Bürgerrechts der City an die Juden[96]).

Die Veröffentlichungen über die eigentliche Emanzipation sind kaum vor 1830 erschienen. Zunächst hatte man nur allgemein Günstiges über die Hebräer gesagt, ohne den eigentlichen Zweck der Propaganda — die Emanzipation — zu erwähnen. Wir schenken daher Piciotto[97]) durchaus Glauben, daß man in England begann, weitgehend Sympathie für die „so lange verfolgte Rasse" zu empfinden. Uns überrascht ferner nicht, daß es sich selbst Prinzen nicht nehmen ließen, jüdischen Gottesdiensten beizuwohnen[98]). Bald werden wir sehen, daß dies keine reine Neugierde, sondern wirkliches Interesse gewesen ist. Endlich scheint die Beobachtung eines Reisenden in England um das Jahr 1808 richtig zu sein, daß sich zu dieser Zeit die Volksstimmung nicht mehr so heftig wie im Jahre 1753 gegen ein Judengesetz richten, sondern „einem erneuten Versuch wenig Widerstand entgegensetzen würde" [99]).

Infolgedessen wundern wir uns nicht, daß sich auch ein Teil der Presse erheblich gewandelt hat. Sie bringt am Anfang des 19. Jahrhunderts zahlreiche Aufsätze, die sich in günstigem Sinne mit allen die Juden betreffenden Fragen beschäftigen[100]). Es geschah so häufig, daß man auch hier kaum noch an eine spontane Be-

[91]) Anichini S. 5 ff.
[92]) Anichini S. 24 ff.
[93]) Anichini S. 44 ff.
[94]) Anichini S. 10.
[95]) Anichini S. 18—23.
[96]) Pellat S. III.
[97]) Piciotto S. 234.
[98]) Piciotto S. 267.
[99]) Espriella S. 145/46.
[100]) Piciotto S. 278.

teiligung der Öffentlichkeit zu glauben vermag und den Gedanken nicht los wird, daß hinter diesem Tun eine wohlgeleitete Macht stand. Unmöglich können die zahlreichen Artikel der verschiedenen Zeitungen aufgeführt werden, und so möge die bloße Mitteilung dieser Tatsache genügen.

Freimaurer

Wir haben versucht, die verschiedenen Kräfte, die bewußt oder unbewußt auf eine Emanzipation hingearbeitet haben, aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang müssen wir auch kurz die Frage einer Beteiligung der Freimaurerei streifen. Schon oben haben wir zum Ausdruck gebracht, daß wir diesen Punkt nur mit größter Vorsicht behandeln werden, um den Vorwurf mangelnder Wissenschaftlichkeit von vornherein auszuschließen.

Wenngleich die Freimaurer von jeher verstanden haben, ihr Material zu hüten, ist es doch kein Geheimnis mehr, daß sie mit den Juden in enger Verbindung gestanden haben, ja daß die Freimaurerei es war, die ihnen in ihren Emanzipationsbestrebungen weitest gehend den Weg bereiten half. Adel und führende Schichten des englischen Volkes, in denen die Hebräer durch geschäftliche oder private Beziehungen längst festen Fuß gefaßt hatten, waren in den Logen zusammengeschlossen. Was wäre also naheliegender gewesen, als nach den freimaurerischen Grundsätzen religiöser Toleranz ihre jüdischen Brüder ebenfalls zuzulassen: der erste Schritt, um auf dem Wege über die gesellschaftliche Gleichstellung zur völligen Emanzipation zu gelangen. Gar bald finden wir zahlreiche Juden in den Logen, unter denen die Mendez, Montefiores und Rothschilds nicht fehlen; so konnten sie von innen heraus für die Sache ihrer Rassegenossen arbeiten, konnten mit Hilfe ihrer freimaurerischen Brüder führender englischer Kreise weiter und weiter in das Staatsleben eindringen, konnten sich eine Position nach der anderen erobern.

Und dann noch ein kleiner Hinweis, der ebenfalls zu bestätigen scheint, daß die Freimaurer in Verfolg ihrer allgemein judenfreundlichen Einstellung sich auch hier für die Hebräer eingesetzt haben:

Die Finanzverhältnisse der „London Society for Promoting Christianity among the Jews" (Gesellschaft zur Förderung des Christentums unter den Juden), auf die wir noch ausführlicher eingehen werden, waren total zerrüttet, und man berief die wahrscheinlich seit Gründung wichtigste Sitzung zur Behandlung erforderlicher Maßnahmen auf den 29. März 1840 in der „Freemasons' Tavern" (Freimaurer-Taverne) zusammen. Ob man die Wahl dieses Ortes als zufällig oder als Ausdruck der engen Zu-

sammenarbeit mit den Freimaurern auslegen soll, möge der Leser entscheiden. Es blieb nicht bei dieser einen Zusammenkunft in der Freimaurerhalle, sondern „das General-Komitee sollte laufend einmal monatlich dort zusammentreffen“ [101]).

Napoleon und die Juden

Neben den innerenglischen Kräften waren es auch außenpolitische Ereignisse, die der jüdischen Bewegung erheblichen Auftrieb gaben: die französische Revolution und pro-jüdische Maßnahmen Napoleons[102]).

Der Notschrei der Landbevölkerung in fast allen östlichen Provinzen des damaligen Frankreichs wurde unter der Aussaugung der Hebräer immer dringender. Napoleon, der sich diesem Ruf nicht verschließen konnte, griff ein[103]):

Er berief im Jahre 1806 eine hauptsächlich aus Rabbinern bestehende Versammlung — genannt Sanhedrin — nach Paris, von der er eine eindeutige Erklärung auf gewisse ihr vorgelegte Fragen verlangte. Er forderte u. a. die Versicherung, daß sich ihre Rassegenossen in Zukunft loyal gegenüber der einheimischen Bevölkerung verhalten und von jeglichem Wucher Abstand nehmen würden[104]).

Bei dem Plan Napoleons handelte es sich um den Versuch, das gesamte Leben der Juden zu reformieren, die sich nach seiner Ansicht den Anschauungen und Gebräuchen des modernen Europas anzugleichen hätten. Den Verzicht auf ihre Gesetze und die ihnen u. a. durch den Talmud überkommenen Lehren erachtete er in Rücksicht auf die inzwischen eingetretene grundlegende Veränderung der gesamten sozialen Verhältnisse als unerläßlich, wie er ihnen auch ihre rücksichtslose Geldanhäufung als erheblich nachteilig vorhielt. Bei Annahme seiner Reformationsvorschläge sicherte er ihnen indes völlige Emanzipation zu.

Wir können uns hier nicht eingehend mit diesem interessanten Versuch Napoleons auseinandersetzen, aber es muß Kennern des jüdischen Charakters klar sein, daß auch seine Bemühungen wie die des noblen Königs Eduard I. von England umsonst sein mußten. Immerhin wurde überall in der Welt zunächst auf seinen Endzweck — die Emanzipation — verwiesen, und die Juden suchten in den verschiedenen Ländern unter Hinweis hierauf mehr oder weniger laut um dasselbe Recht nach. So hatte es auch seine Rückwirkungen in England.

---

[101]) Norris S. 96 Fußnote.
[102]) Piciotto S. 234.
[103]) Reid S. 1 ff.
[104]) Jewish Encyclopedia Bd. XI S. 46 ff.

In Verbindung hiermit wollen wir kurz die sooft an uns gerichtete Frage streifen, warum eigentlich die Juden Englands unter Führung von Rothschild Napoleon mit aller Macht bekämpften.
Sehr häufig wird im übrigen diese Tatsache als Beweis dafür angeführt, wie national die englischen Juden waren, indem sie Napoleon trotz seiner judenfreundlichen Politik als Feind Englands betrachteten.
Leute, die hieran nicht glauben, sind geneigt, dies mit der sooft von jüdischer Seite vorgebrachten Behauptung, die Juden seien durchaus nicht einer Ansicht untereinander, zu erklären. Eine solche Uneinigkeit gibt es nicht, da die Kinder Israels in Fragen der großen Weltpolitik immer einig waren. Aber lassen wir einmal dieses Argument beiseite, da es noch bessere Gesichtspunkte für eine Auseinandersetzung mit diesem Problem gibt.
Bekanntlich hatte Rothschild sein Bankhaus größtenteils mit dem Blutgeld des berüchtigten Hessen-Fürsten gegründet. Sein Auftraggeber war der Gläubiger fast aller Fürsten, die gegen Napoleon kämpften. Napoleon, der von den Umtrieben Rothschilds gegen ihn wußte, war daher eine stete Gefahr für dessen umfangreichen Geschäfte auf dem Kontinent. Rothschild konnte aber infolgedessen weder für seine persönlichen Interessen, noch für die eng damit verbundenen allgemeinen Emanzipationspläne eine solche dauernde Bedrohung ertragen.
Aber sehen wir auch einmal von dieser Begründung ab, so scheint doch die nächste und letzte kaum zu widerlegen zu sein.
Was verlangte Napoleon von den Juden als Gegenleistung für die Emanzipation? Nicht mehr und nicht weniger als Besserung ihres Benehmens gegenüber der Bevölkerung seines Landes unter Aufhebung ihrer sogenannten göttlichen und zum großen Teil völlig unmoralischen Gesetze. Was bedeutete das? Vor allem die unzweifelhafte Entscheidung Napoleons, die Aussaugung des Volkes unter keinen Umständen zu gestatten und die Juden nur bei anständiger Haltung im Lande zu dulden. Demnach der klare Hinweis eines machtvollen Herrschers, daß nur er die Richtlinien des Lebens seines Volkes zu bestimmen habe. Hierbei gab es für die Hebräer keinen Zweifel, daß sich Napoleon in dieser Hinsicht durchsetzen würde, was für sie unannehmbar war.
Aber Napoleon ging noch weiter. Er hatte erkannt, daß die Prinzipien der Juden unvereinbar waren mit denen einer gesunden Nation und daher eine Reformation an Haupt und Gliedern nötig sei. Damit griff er aber in das Eigenleben der Juden ein. Mögen ihre Anschauungen nach unserem Standpunkt auch noch so verdorben sein, den Juden waren sie seit Jahrhunderten heilig und vor allem Mittel zum Zweck: Weltherrschaft.
So glauben wir, daß es die jüdischen orthodoxen Kreise waren, die Napoleons Bestrebungen ablehnten und nach ihrer ganzen Einstellung auch ablehnen mußten. Man kann dies auch unschwer aus gewissen Äußerungen erkennen.

Ein zu Anfang des 19. Jahrhunderts sehr bekannter Jude namens Levy aus Florida wandte sich in einer öffentlichen Rede gegen die Sanhedrin, die seiner Meinung nach den Forderungen Napoleons meist stattgab. Mit Nachdruck wies er darauf hin, daß ihre Haltung keinesfalls richtig und vom Heiligen Geist entblößt sei. Außerdem bezeichnete er es als unverantwortlich, „geistige Angelegenheiten von weltlichen Pflichten zu trennen, welche darauf hinausliefen, die Absichten Gottes zu durchkreuzen" [105]).
Wir hören dies heute ja auch sehr oft; wenn man nicht mehr weiter kann, muß der Heilige Geist und der entgegengesetzte Wille Gottes herhalten. Daß aber auch Rothschild ein orthodoxer Jude gewesen ist, wird von niemand bestritten, und so dürfte auch dies eine weitere Erklärung für die oben aufgeworfene Frage sein.
Weiter haben die Juden zum Teil Napoleon nicht ganz wegen seiner Bemühungen getraut. Sie fürchteten, daß er sie zu einem späteren Zeitpunkt mit seiner ganzen Macht in die ihnen gebührenden Schranken verweisen würde. Es mag sein, daß sich dieser Selbstzweck aus einer Bemerkung ergibt, die Napoleon bei der großen Unterstützung der polnischen Juden im Kriege gegen Preußen und Rußland machte. Als man ihm davon erzählte, erklärte er lachend: „Die Sanhedrin war mir letzten Endes doch noch von Nutzen." Das Mißtrauen der Juden erwies sich ferner daraus, daß der bekannte Jude David Friedländer und seine Freunde in Berlin die Einberufung der Sanhedrin nur als ein Schauspiel bezeichneten, das Napoleon seinen Parisern bereiten wollte[106]).
Wie dem auch sei, wir sind uns klar, daß Napoleons Versuche den machtpolitischen Erwägungen des Weltjudentums unter der derzeitigen Führung Rothschilds im Wege standen. Damals war es Napoleon, heute ist es Hitler.

Londoner Gesellschaft zur Förderung des Christentums unter den Juden

Im Jahre 1808 rief man eine Vereinigung unter dem Namen „London Society for Promoting Christianity among the Jews" ins Leben (Londoner Gesellschaft zur Förderung des Christentums unter den Juden) [107]). Ein gewisser Mr. Frey war die treibende Kraft. Er war Jude, in Deutschland geboren und vor einigen Jahren zum Christentum übergetreten[108]). Wies der erste Bericht der Gesellschaft vom 23. Mai 1809 noch bescheidene Erfolge

[105]) Thrush S. 99—104.
[106]) Jewish Encyclopedia Bd. XI S. 46.
[107]) Halstead S. 18.
[108]) Norris S. 5, 22, Goakman S. 5.

auf[109]), so hatte sich das Bild bereits laut dem zweiten Bericht vom 27. Dezember 1809 erheblich gebessert. Zunächst fällt ins Auge, daß sich der Vorstand aus Mitgliedern des höchsten Adels zusammensetzte. Wir finden u. a. den Grafen von Crawford und Lindsay, Lord Robert Seymour und Lord Calthorpe, aber auch die Namen getaufter Juden sind darunter. Man hatte inzwischen in einer Kapelle zweimal wöchentlich Predigten durch Mr. Frey abhalten und zahlreiche Schriften drucken lassen.

Außerdem beabsichtigte man, in aller Kürze einen Fond zu bilden, um Juden mit Geld zu unterstützen, die Engländerinnen zu heiraten gedächten[110]). Stolz erklärte man, daß man bereits £ 2.280 gesammelt hätte. Unter den Spendern befände sich im übrigen mit £ 20 der Herzog von Gloucester[111]).

Auffällig ist, daß man noch keinen Präsidenten benannt hatte. Anscheinend wollte man diesen Posten mit einer besonders hohen Persönlichkeit besetzen. Vergeblich bemühte man sich um den Erzbischof von Canterbury[112]).

Im nächsten Bericht führte man weitere Mitglieder des Adels im Vorstand auf und berichtete von den großen Erfolgen in ganz England. Überall wurden in größeren Städten Zweigstellen gegründet, und bis Anfang Juni hätte man deren schon etwa 60 gezählt[113]). Auch die Höhe der Stiftungen wurde als erfreulich bezeichnet. In einem Jahre hätte man etwa £ 6.000 gesammelt[114]). Die Spender setzten sich überwiegend aus Adelskreisen und anscheinend getauften Juden zusammen, die die typischsten englischen Judennamen hatten[115]).

Man konnte die Tätigkeit dieser Gesellschaft nicht nur in den mit Filialen bedachten Orten, sondern in allen entferntesten Winkeln Englands spüren. Das Land wurde geradezu mit einer Flut von Schriften über die Sitten und Gebräuche der Juden und die Notwendigkeit des besseren Verständnisses für sie überschwemmt[116]).

Der vierte Bericht erschien am 21. Mai 1812. Mit Genugtuung bemerkte man darin das Wachsen der Bewegung, das sich schon in der Errichtung von nunmehr insgesamt einhundert Zweigstellen in England ausdrückte[117]). Der Postverwaltung wurde gedankt, daß Flugschriften gratis befördert worden seien[118]). Die Spenden hatten sich wiederum erhöht[119]). Die diesbezügliche Liste zeigt etwa 2800 Geber, die hauptsächlich den bereits genannten Kreisen angehörten. Die Anzahl der Vorlesungen über Themen, die sich

---

[109]) 1. Report S. 10—20.
[110]) 2. Report S. 12.
[111]) 2. Report S. 45, 60.
[112]) Noris S. 36.
[113]) 3. Report S. 69 ff.
[114]) 3. Report S. 102.
[115]) 3. Report S. 125—182.
[116]) Norris S. 44/45.
[117]) 4. Report S. 25 ff.
[118]) 4. Report S. 134.
[119]) 4. Report S. 61—132.

auf das Zusammenleben mit den Juden bezogen, hatte sich erhöht[120]).
Einen der größten Triumphe sollte die Gesellschaft aber im Jahre 1813 feiern. Als Präsidenten hatte man den Herzog von Kent, den Vater der späteren Königin Victoria, gewonnen[121]). Der Vorstand wies eine Reihe klingender Namen des Adels auf. Neben den schon Genannten sehen wir noch u. a. den Herzog von Devonshire, den Grafen von Stamford und Grosvenor, den Grafen von Egmont, um nur einige zu nennen. Auch die allerhöchste Geistlichkeit glaubte, nicht mehr fernstehen zu dürfen. So finden wir im Vorstand den Bischof von Cloyne und den Dean von Wells. Selbst der Finanzminister wollte unter dieser illustren Gesellschaft nicht fehlen.
Man gab jetzt eine Zeitschrift heraus: „Jewish Repository", die außer Aufsätzen über die Geschichte der Juden seit der Zerstörung Jerusalems auch Veröffentlichungen über alle sonstigen Fragen brachte, die der Förderung des Verstehens dienten. Sofort bei Erscheinen wurden monatlich 800 Exemplare verkauft[122]) und eine weitere große Anzahl unentgeltlich vertrieben[123]). Die Geberliste war beinahe noch größer als früher. Sie enthielt neben den bereits genannten Personen hohe und höchste Mitglieder der Geistlichkeit. So hatte der Bischof von Durham allein £ 50 gespendet[124]).
Zu derselben Zeit erfolgte die Grundsteinlegung einer eigenen Kapelle für die Gesellschaft. Prinzen und etwa 1000 Angehörige der oberen Kreise waren zugegen. Das Ganze wurde zu einem Ereignis ersten Ranges gemacht[125]).
Das Jahr 1813 brachte insofern einen Rückschlag, als einer der Hauptbeteiligten, Mr. Frey, sehr unmoralischer Taten überführt wurde, die seine sofortige Abreise nach Amerika notwendig machten[216]).
Nichtsdestoweniger überwand die Gesellschaft auch dieses peinliche Ereignis. Abgesehen von einer vorübergehenden finanziellen Schwierigkeit, die schnell behoben wurde, breitete sie sich mehr und mehr aus. Besonders gute Ergebnisse hatte man bei den Frauen zu verzeichnen, die „Groschen-Clubs" gründeten und überhaupt alles taten, um reichliche Mittel zusammenzubringen[127]). Im Jahre 1828 scheint man sogar gemeinsame Versammlungen von Engländern und Juden abgehalten zu haben, um die beiden durch Erörterung der sie betreffenden Fragen zusammenzubringen[128]).
Welche Erfolge man hinsichtlich der Bekehrung erzielt hat, ist nicht einwandfrei festzustellen. In den ersten 16 Jahren des

[120]) Norris S. 48.
[121]) Halstead S. 21.
[122]) 5. Report S. 9—10.
[123]) 5. Report S. 14.
[124]) 5. Report S. 23—75.
[125]) Norris S. 67—76.
[126]) Norris S. 63—66, 146 ff., Goakman S. 58/59.
[127]) Norris S. 77/78, 130 ff.
[128]) Thrush S. 1.

Bestehens der Gesellschaft sollen 135.000 Pfund ausgegeben worden sein, die Gesamtzahl der Bekehrten ist jedoch nicht genannt worden. Wahrscheinlich ist das Resultat sehr kläglich gewesen, denn nach Piciotto verbrauchte man im Jahre 1828 £ 14.000 und konnte etwa 20 Übertritte zum Christentum feststellen[129]). Dies würde einer Summe von etwa £ 700 für die Bekehrung einer einzelnen Person entsprechen. In Wirklichkeit wird der Gesamtdurchschnitt wohl noch höher gewesen sein, aber selbst unter Zugrundelegung des genannten Betrages ist es beschämend, wenn man bedenkt, wieviel Gutes damit hätte für Engländer getan werden können, deren Armen damals in fast noch größerem Elend lebten als heute. Es hat daher auch nicht an Stimmen gefehlt, die eine solche Anwendung des Geldes empfohlen haben[130]).

Diese kurze Zusammenfassung der Ereignisse in der Gesellschaft mag hier genügen. Welche Schlüsse können wir daraus ziehen? Zunächst fällt auf, daß in mindestens 100 Orten Englands Zweigstellen bestanden. Wäre es dieser Vereinigung wirklich allein um die Bekehrung der Juden zu tun gewesen, hätte sie ja nur an den von Juden bevölkerten Plätzen derartige Einrichtungen zu unterhalten brauchen, deren es derzeit etwa ein Dutzend gab.

Alles in allem brachte man einem großen Teil der Bevölkerung bei, daß das alt überkommene Vorurteil völlig falsch und es höchste Zeit sei, die armen Juden für all die erlittenen Verfolgungen zumindest durch Nachsicht und Verständnis zu entschädigen.

Außerdem machte man in den obersten Kreisen, soweit es nicht längst geschehen war, den Juden und seine Sache salonfähig. Denselben Erfolg konnte man auch, wie Spenden und Beteiligung nachweisen, bei der Geistlichkeit verzeichnen.

Unsere Ansicht ist lediglich eine Schlußfolgerung aus den gegebenen Tatsachen. Wir lehnen es ab, darauf einzugehen, ob diese Folgen von den Förderern und den Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft beabsichtigt waren. Die Feststellung der subjektiven Seite ist immer recht schwierig; aber darauf kommt es hier wiederum nicht an, sondern lediglich auf die Erkenntnis, welche Ergebnisse diese Tätigkeit, gewollt oder ungewollt, für die allgemeine Judenbewegung hatte.

Zermürbungsgesetze

Die Zeit von 1754 bis zum Ausbruch der eigentlichen Emanzipationskämpfe im Jahre 1830 dürfte als Vorbereitungsperiode für die kommende große Offensive bezeichnet werden. Durch die genannten Umstände war man in der Lage, die Verteidigungslinien

[129]) Piciotto S. 285.
[130]) Goodman S. 13.

der Gegner zu schwächen, was den besten Vergleich in der Propaganda findet, die die Roten im letzten Abschnitt des Weltkrieges an der Front und in der Heimat entfalteten. Langsam, fast unsichtbar, ging die Saat in den Herzen des Volkes auf, die Juden und Judenfreunde gesät hatten. War die Bezeichnung „Jude" noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts Inbegriff alles Schlechten, so hatte sich das im Jahre 1830 bei einem Teil der englischen Nation schon grundlegend geändert. Es war allerdings weniger das Volk, als vielmehr die führenden Kreise, die ihren anfänglichen Standpunkt nicht selten lediglich zugunsten materieller Vorteile aufgegeben hatten. Hinzu kam, daß die liberalen Ideen über die angebliche Gleichheit Aller weitere Fortschritte in der Öffentlichkeit machten.

Aber wie ein guter Feldherr sich für den endgültigen Angriff günstige Ausgangspunkte durch kleine, erfolgreiche Unternehmen sichert und dadurch gleichzeitig die Zuversicht und den Mut der Truppen hebt, so schafften sich die Juden und ihre Freunde Positionen, die bei der endgültigen Auseinandersetzung von erheblichem Wert sein mußten.

Sie bestanden darin, daß man im Parlament und anderen wichtigen Körperschaften Gesetze verabschieden ließ, die einzeln nur ein kleines, zusammen aber ein wertvolles Plus für Juda bedeuteten. Die Gesetze sahen zunächst ganz harmlos aus und enthielten oft nicht einmal irgendwelche Bezugnahme auf die Juden. Wir möchten solche Art von Gesetzen „Zermürbungsgesetze" nennen. Man brach dadurch ein Stück nach dem anderen aus der Verteidigungsmauer, die zunächst nur kleine Risse und Schäden zeigte, ohne für den unbefangenen Beobachter die Systematik der Angriffe und Gefährlichkeit der Gesamtheit solcher Abbröckelungen erkennen zu lassen.

Eines der Gesetze oder besser eine Verwaltungsverordnung brachte die Zulassung der Juden zum Solicitor im Jahre 1770.

In England muß man zwei Arten von Rechtswahrern unterscheiden: die Solicitors und Barristers. Erstere brauchen kein akademisches Studium und nicht einmal höhere Schulbildung. Vielmehr genügt eine fünfjährige praktische Ausbildung bei einem zugelassenen Solicitor, zwei Zwischen- und ein Schlußexamen. Sie können jedoch hauptsächlich nur vor den unteren Gerichten auftreten, während es für die Barrister in dieser Hinsicht keine Beschränkungen gibt. Letztere haben eine höhere Schul- und abgeschlossene Hochschulbildung, sie entsprechen dem Stande unseres heutigen Rechtswahrers.

Die Solicitors sind keineswegs unseren Prozeßagenten gleichzustellen; ihnen fällt insofern eine größere Rolle zu, als sie fast ausschließlich mit dem Publikum verhandeln und grundsätzlich nur über sie die Verbindung mit dem Barrister hergestellt wird, der persönlich kaum irgendwelche Berührung mit dem Rechtsuchenden unterhält.

Dieser kurze Hinweis mag genügen, um zu zeigen, daß der weitaus größere Einfluß auf das Publikum durch den Solicitor ausgeübt werden kann. Infolgedessen konnten die Juden mit ihrem Erfolg durchaus zufrieden sein. Auch hier müssen wir auf ihre immer wiederkehrende Taktik hinweisen, mit aller Entschiedenheit danach zu streben, nicht nur das Gesetz eines Landes kennenzulernen, sondern durch Zulassung als Anwälte und später als Richter an der Entwicklung des Rechts in dem von ihnen erwünschten Sinne maßgeblich beteiligt zu sein. Der große Prozentsatz jüdischer Anwälte in allen großen Städten der Welt spricht eine beredte Sprache dafür.

Der Jude Joseph Abrahams erfuhr als erster die Ehre der Zulassung als Solicitor. Ihm — wie auch später seinen Rassegenossen — wurde der bereits oben erwähnte Abjurationseid, der vor Eintragung ins Solcitorregister abzulegen war, mit der Maßgabe abgenommen, daß er die letzten Worte „upon the true faith of a Christian" auslassen dürfe[131]): Nur eine der später noch zahlreichen Ausnahmen in dieser Hinsicht!

Daß es den Juden gelang, so frühzeitig in den Kreisen der Solicitors Fuß zu fassen, überrascht nicht, denn bereits anläßlich der Ereignisse des Jahres 1753 hatten sie darunter viele Anhänger für sich gewonnen. Auf jeden Fall gab ihnen diese neue Position ein weites Feld für die Verstärkung ihrer Macht, zumal bald weitere ihrer Rassegenossen zugelassen wurden.

Sie erlangten ebenfalls Erleichterungen hinsichtlich der Besteuerung. Wie bereits dargelegt, mußte grundsätzlich jeder Ausländer besondere Abgaben an den Staat leisten. Mit wechselndem Erfolge hatten sie unter den verschiedenen Regierungen die Abschaffung dieser Gebühren für sich zu erreichen gesucht. Es mußte ihnen aber darauf ankommen, nicht der Gunst oder Ungunst der einzelnen Regierungen ausgeliefert zu sein, sondern eine allgemeine Aufhebung herbeizuführen. Dies Ziel war erreicht, als das Parlament im Jahre 1784 die besonderen Zuschläge für Ausländer aufhob[132]).

Wir haben ferner gesehen, daß die Hebräer schon seit geraumer Zeit Erleichterungen für die Naturalisation nachsuchten, denn nur hierdurch erhielten sie rechtlich die gleiche Stellung wie ein Engländer.

Die Voraussetzung war bekanntlich außer der Einnahme des Heiligen Abendmahls die Ableistung von Eiden, die ihnen als Juden unmöglich war[133]). Sie hatten daher ein Gesetz angestrebt, das ihnen die Erlangung der Staatsbürgerschaft ermöglichte. Mit welchem Erfolg, haben die Ereignisse des Jahres 1753 bewiesen. Aber 1825 sollte hierin Wandel schaffen. Es kam nicht mehr zu Straßendemonstrationen, geschweige denn zu ernsthaften Schwierigkeiten

[131]) Henriques: Jews S. 205/06, Records of the Society of Gentlemen Practisers S 288.
[132]) Statutes at Large Bd. XXXIV S. 460—462.
[133]) Henriques: Jews S. 238/39.

im Parlament, und es ist fast nichts über die Verhandlungen urkundlich niedergelegt. Nach dem neuen Gesetz fand die Naturalisation statt, wenn der Nachsuchende die Eide „of Supremacy and Allegiance" geleistet hatte, die der Jude ohne Schwierigkeiten ablegen konnte, weil sie nicht die fatalen Schlußworte des Abjurationseides enthielten und ferner die frühere Voraussetzung der Einnahme des Abendmahls für unnötig erklärt worden war[134]).
Welch eine Änderung gegenüber den Ereignissen von 1753! Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß noch weitere technische Erleichterungen durch entsprechende Gesetze aus den Jahren 1844 und 1870 eingeführt wurden[135]).
Genau so wenig Aufsehen erregte die Außerkraftsetzung des bereits oben erwähnten Fremdengesetzes aus dem Jahre 1793 zum Schutz gegen die übermäßige Einwanderung unerwünschter Elemente. Die darin enthaltenen Bestimmungen, wonach die Regierung Ausländern bestimmte Plätze zuteilen konnte, dürfte den Juden recht unbequem gewesen sein. In der Öffentlichkeit nahm man kaum Notiz von der Aufhebung dieses Gesetzes, an dessen Stelle Vorschriften traten, die den Ausländern wesentlich günstiger waren[136]).
Unzweifelhaft haben diese Teilerfolge die Juden und ihre Freunde mit Mut zu neuen Taten erfüllt. Hinzu kam, daß seit Jahren die Frage der Emanzipation der Katholiken die Öffentlichkeit beherrschte. Ein Blick in die amtliche Sammlung der Debatten des Parlaments unter dem Namen von Hansard wird uns überzeugen, wie brennend dieses Problem in der Innenpolitik geworden war. Die Juden traten noch nicht offen mit ihrer eigenen Sache hervor, unterstützten aber die Katholiken unter Hinweis auf die Prinzipien der Glaubensfreiheit. Dieser gemeinsamen Zusammenarbeit dürfte es zu verdanken sein, daß im Jahre 1828 die ersten Schritte zur Aufhebung des sogenannten „Corporation and Test Acts" eingeleitet wurden.
Nach dem Corporation-Act von 1661 konnte u. a. niemand ein Amt in einer öffentlich-rechtlichen juristischen Person, wie z. B. einer Stadtgemeinde, bekleiden, wenn er nicht innerhalb einer bestimmten Zeit vor seiner Bestellung zum Abendmahl gegangen war. Durch Zusatzgesetz vom Jahre 1718 war die Einsetzung in ein solches Amt nicht mehr von vornherein nichtig, sondern nur innerhalb einer bestimmten Zeit anfechtbar. Der sogenannte „Test Act" von 1673 verlangte für königliche Beamte ebenfalls die Einnahme des Abendmahls, und zwar spätestens drei Monate nach ihrer Ernennung. In beiden Fällen hatten die Personen außerdem noch die Eide of Allegiance und Supremacy abzulegen.
Durch diese Gesetze war es Juden und Katholiken unmöglich gemacht, staatliche und kommunale Stellen zu bekleiden. Beide hatten daher ein entscheidendes Interesse an ihrer Aufhebung[137]).

[134]) Statutes of the United Kingdom Bd. 65 S. 316.
[135]) Henriques: Jews S. 245.
[136]) Henriques: Jews S. 232.
[137]) Henriques: Jews S. 247—249.

Anfang des Jahres 1828 wurde der Antrag auf Abschaffung beim Parlament eingebracht.

Zum erstenmal begegnet uns hier Lord John Russell, der im Jahre 1792 als dritter Sohn des Herzogs von Bedford geboren und kaum 21jährig bereits ins Parlament eingezogen war. Von nun an ist er nicht mehr als Vorkämpfer für alle Arten sogenannter Freiheiten auf religiösem und politischem Gebiet hinwegzudenken[138]). Was Wunder, daß er später zusammen mit dem Sohne Nathan Mayer Rothschilds und Disraeli die treibende Kraft für die Emanzipation der Juden war.

Am 26. Februar 1828 brachte er den Antrag auf Aufhebung des Corporation und Test Act ein, der u. a. durch eine Eingabe der City an das Parlament befürwortet[139]) und von Lord John Russell damit begründet wurde, daß die Gesetze veraltet und mit den Prinzipien der Religionsfreiheit unvereinbar seien[140]). Der Antrag fand zahlreiche Unterstützung, es fehlte jedoch auch nicht an Opposition, die mit Recht befürchtete, daß diese Gesetzesvorlage nur der Auftakt zu anderen Maßnahmen auf Einräumung weiterer sogenannter Freiheiten sein würde[141]). Lord John Russell fand trotzdem eine Mehrheit im Parlament. Das neue Gesetz sah als Ersatz für das Abendmahl eine einfache feierliche Erklärung vor, die von Katholiken und Juden ohne weiteres bei Antritt eines Amtes abgegeben werden konnte[142]).

Das Gesetz hatte zu seiner völligen Rechtswirksamkeit noch die Zustimmung des House of Lords zu finden, das indes auf dem Eid „upon the true faith of a Christian" bestand. Dies mußte für die Freunde der Juden wie eine Bombe einschlagen. Hatte man vorher geflissentlich vermieden, diese Rasse zu erwähnen, so glaubte man jetzt, seine Haltung ändern zu müssen. Lord Holland hielt den Zusatz für ganz unmöglich, da dadurch die Juden benachteiligt würden. Sollten aber die Worte dennoch eingefügt werden, müßte man ihnen besonders erlauben, sie fortzulassen. Überraschenderweise wandte sich der sonst die Juden allgemein nicht ablehnende Herzog von Wellington gegen Lord Holland. Im Gegensatz zu ihm sprach er sich für den Vorschlag des Oberhauses aus, da er nicht glaubte, „daß es die Absicht des Gesetzes sei, die Juden als Beamte zuzulassen. Es würde ein völlig neues Prinzip sein und von der Nation abgelehnt werden, sie in Kommunalverbänden und sonstigen öffentlichen Stellungen unterzubringen" [143]). Der Sieger vieler Schlachten für England lehnte ab, den Juden Zutritt zu Posten zu geben, die Engländern vorbehalten sein müßten. Die Richtung Wellingtons setzte sich durch, und so wurde

---

[138]) Dictionary of National Biography Bd. XVII S. 454 ff.
[139]) Minutes of Proceedings Bd. 1827 S. 59—62, Bd. 1828 S. 11.
[140]) Hansard: New Series Bd. XVIII S. 676—694.
[141]) Hansard: New Series Bd. XVIII S. 707.
[142]) Hansard: New Series Bd. XVIII S. 676 ff., 816—833, 1180—1208, 1329 ff., 1450 ff., 1571 ff.
[143]) Hansard Bd. XIX S. 167/68.

das Gesetz nur mit der Maßgabe angenommen, daß die für die Juden fatalen Schlußworte der Erklärung hinzuzufügen waren. Das Gesetz war mithin abgeändert und hatte erneut zur Genehmigung ins Parlament zu gehen.
Dort kam es noch einmal zu ausführlichen Debatten. Fast überflüssig zu erwähnen, daß verschiedene Abgeordnete mit der neuen Fassung nicht zufrieden waren. Geradezu erstaunlich ist es, wie man das Wort Jude vermieden hat. Man betonte immer wieder, daß alles nur ein Streit zwischen der Kirche von England und den Andersgläubigen sei[144]). Auch Lord John Russell ergriff noch einmal das Wort. Mit Rücksicht auf seine spätere Haltung in der Judenfrage wollen wir den nach unserer Ansicht wichtigen Teil daraus wiedergeben:

„Gegen die Worte, die dem Eid seitens der Lords angefügt wären, könne kein Einwand erhoben werden. Die Kirche des Landes sei christlich, und zu welchem Bekenntnis ein Mensch auch immer gehören möge, er könne nichts dagegen haben, zu erklären: ‚Bei dem treuen Glauben eines Christen ...' Er sei der Meinung, daß die Worte überhaupt nicht notwendig seien, denn viele, die keine Christen wären, würden nicht zögern, sie dennoch abzugeben ...[145])".

Nach seiner Meinung würde es demnach z. B. den Juden nichts ausmachen, entgegen ihren Religionsprinzipien diese Worte nachzusprechen. Lord John muß aber wohl von seinen Freunden falsch unterrichtet gewesen sein, denn gerade um diese Worte sollte später jahrzehntelang der Kampf entbrennen, weil die Hebräer sie ablehnten. Bei der Haltung Lord John Russells überrascht es daher nicht, daß das Parlament das Gesetz mit der von den Lords verlangten Abänderung annahm, so daß es damit rechtsgültig wurde[146]).
Die ganze aufgespeicherte Wut der Judenfreunde kam nochmals zum Durchbruch, als der Abgeordnete Brougham — der sich später noch erheblich im Unterhaus für die Juden einsetzte — unmittelbar nach der letzten wichtigen Abstimmung das Wort ergriff. Zur Vermeidung einer langen Diskussion habe er bisher geschwiegen, indes wolle er vor aller Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß die soeben verabschiedete Abänderung eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Juden bedeute[147]).
Alle Anstrengungen Judas und seiner Freunde hatten sich also als nutzlos erwiesen: wenngleich von dem Erfordernis, das Abendmahl einzunehmen, abgesehen wurde, so hatte aber die so fatale Eidesformel ein neues, unüberwindliches Hindernis aufgerichtet. Vom Regen war man also in die Traufe geraten. Aber bereits im nächsten Jahr winkte ein wenn auch nur mittelbarer Sieg.

---

[144]) Hansard Bd. XIX S. 290—295.
[145]) Hansard Bd. XIX S. 296.
[146]) Statute of the United Kingdom Bd. 68 S. 22—25.
[147]) Hansard Bd. XIX S. 299.

Die City von London, das Bollwerk der Judengegner, fällt

Die Juden glaubten durch ihre Teilerfolge die Vorbereitungen so weit gediehen, daß sie bald zum letzten Ansturm ausholen konnten. Aus den obigen Ausführungen ließ sich das Wachsen der jüdischen Macht und die langsame Zertrümmerung der gegensätzlichen Kräfte erkennen. Die City von London hatte von der Zeit Cromwells an zu den Judengegnern gehört und sie war es hauptsächlich gewesen, die im Jahre 1753 das Volk gegen das Judengesetz aufgerufen hatte. Dies Bollwerk mußte fallen. Sie war und ist das Herz des Imperiums mit all den weltbeherrschenden Banken und Handelshäusern in ihren Mauern. Damals wie heute konnte die britische Regierung kaum etwas unternehmen, was nicht von den Männern der City gebilligt wurde. Wer also etwas erreichen wollte, durfte sie unmöglich gegen sich haben. Das hatte Juda nur zu deutlich am eigenen Leib erfahren und dementsprechend Vorsorge getroffen.

Es ist bereits oben auseinandergesetzt worden, welche Rolle einzelne Hebräer in der Finanzpolitik des Landes spielten. Hand in Hand mit ihnen arbeiteten reiche jüdische Handelshäuser. Die Einflußnahme der Juden auf die Wirtschaft mußte sich also zwingenderweise von Jahr zu Jahr vermehren. Nicht immer waren es die eigentlichen jüdischen Firmen, die hierfür in Frage kamen, sondern gleichermaßen oder noch stärker die unmittelbare oder auch nur mittelbare Abhängigkeit englischer Bankiers und Kaufleute von den Hebräern, die dadurch den Vorteil hatten, selbst kaum nach außen hin in Erscheinung zu treten. Mit Auftauchen Rothschilds in der City machte diese Entwicklung bedeutende Fortschritte und verringerte auf diese Weise allmählich den wirtschaftlichen Widerstand gegen Juda. Die Waffen und Methoden Rothschilds waren zu tödlich, hören wir doch von einem judenfreundlichen Schriftsteller, daß er Gegner rücksichtslos ruinierte oder sie beim Nachgeben unter sein Joch zwang[148]). Welchen Umfang muß diese Hörigkeit im Jahre 1830 angenommen haben, wenn schon 1753 eine derartige Gruppe in der City festgestellt wurde, die sich — offenbar auf Druck der Juden — zu deren Gunsten gegen die Volksmeinung in einem Bittgesuch an das Parlament wandte. Leute, die an ihren mittelbaren Einfluß noch heute nicht glauben, mögen nur einmal in England und Frankreich Umschau halten oder sich unserer Zeiten vor 1933 erinnern. Gerade bei uns sprechen die nüchternen Statistiken auf Grund inzwischen veröffentlichter urkundlicher Unterlagen eine nur zu eindeutige Sprache[149]).

Wir zweifeln daher nicht, daß die Hebräer inzwischen hauptsächlich durch die von ihnen abhängigen Engländer das Übergewicht in

[148]) Anichini S. 9.
[149]) Siehe das amtliche Werk: Die Juden in Deutschland.

der City erhalten hatten. Überall in den städtischen Ämtern saßen die ihnen willigen Kreaturen, und so mußte die Zeit kommen, in der das alte Bollwerk fiel. Wann dies tatsächlich geschehen ist, wird wohl niemals mehr festgestellt werden können. Die ersten Anzeichen hierfür waren aber sicherlich die Eingaben der Stadtvertretung zugunsten der Einführung der Gleichheitsgesetze für die Katholiken, die im Gegensatz zu der früheren Politik der City standen und offensichtlich den Juden den Weg zur Erlangung der Emanzipation bereiten helfen sollten.

Aber bei aller tatsächlichen Macht, die sie in der City ausübten, war es ihnen bislang unmöglich gewesen, das Bürgerrecht daselbst zu erlangen.

Bei Erwerb dieses Privilegs forderte man als unabdingbare Voraussetzung die Eidesleistung auf das Neue Testament, was die Juden aber abgelehnt hatten. Bereits im Jahre 1739 — im Zuge der schon damals einsetzenden ersten Welle der Emanzipation — hatten sie und ihre Freunde versucht, den Eid auf das Alte Testament abzulegen, worüber es sogar zu einem Verfahren kam. Die betreffende Behörde forderte damals die Stadtväter auf, zu erklären, was dagegen spräche, daß der sonst qualifizierte Jude Abraham Rathom den Eid nicht in der ihm genehmen Form schwören könne. Die City berief sich auf die seit alters her überkommene Gewohnheit und lehnte eine Änderung ab. Nach langen Verhandlungen verkündete dann der Präsident der Zivilgerichte das Urteil, daß die Handhabung der City den Gesetzen entspreche. Seit dieser Zeit hatten die Juden nicht mehr gewagt, an diesem Problem zu rütteln.

Die Lage war aber für sie mehr als unerquicklich. Nach wie vor war London ihr eigentlicher Siedlungsplatz, an dem sie trotz Einbürgerung in Großbritannien nicht die Rechte eines Bürgers erhalten konnten. Dies war ihnen schon allgemein unbequem, brachte aber auch im einzelnen Nachteile mit sich. So war zwar erlaubt, Großhandel innerhalb der City zu treiben, ohne das Bürgerrecht zu besitzen. Der für die unteren Schichten erwünschte Kleinhandel war jedoch einem Nichtbürger untersagt.

Nach dem Jahre 1820 zeigten sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden hauptsächlichen Verwaltungskörpern der City, dem Court of Aldermen und dem Common Council.

Der erstere bestand aus 26 Ratsherren, aus deren Reihen der Oberbürgermeister gewählt wurde. Er hatte u. a. auch die Macht der Besetzung gewisser Ämter und übte gerichtliche Funktionen in bezug auf Konzessionen aus. Außerdem besaß er obrigkeitliche Kontrolle über die City. Die Ratsherren waren gleichzeitig Mitglieder des Common Council, der sich aus 232 Mitgliedern zusammensetzte und gesetzgebender Körper war[150]). Die Freunde der Juden, Halbjuden und getauften Juden fanden eher

[150]) Encyclopedia Britannica 11. Ausg. Bd. I S. 533, Dictionary of London 1918 S. 6, 165.

Zutritt zu letzterem als zu dem ausgewählten Gremium des Court of Aldermen, der mit der Versammlung oder Bürgerschaft einer Stadt zu vergleichen ist, während der Common Council etwa dem Senat entspricht.

Dem Court of Aldermen gereicht es zur Ehre, daß er unter Beachtung der bestehenden Gesetze trotz des wahrscheinlich auf ihn ausgeübten Druckes gegen Juden vorging, die ohne Erlaubnis und gegen die gesetzlichen Vorschriften Kleinhandelsgeschäfte in der City unterhielten. Dies muß so ausgedehnt gewesen sein, daß sich selbst der Common Council am 5. März 1824 entschloß, ein Komitee zur Untersuchung dieser Frage zu bestellen. Man erklärte es für unerlaubt, ohne Bürgerrecht Kleinhandel zu treiben. Die Waren zuwiderhandelnder Personen seien ohne weiteres zu beschlagnahmen und dem Staat verfallen. Das Komitee hatte nach sehr sorgfältiger Untersuchung in den einzelnen Bezirken der City ermittelt, daß trotz dieses Risikos eine große Anzahl von Personen in offener Herausforderung des Rechts Kleinhandel betrieb, ohne Bürger der City zu sein. Es geschah unter dem Deckmantel des Grossisten, wie der amtliche Bericht erkennen läßt. Danach „stellt eine Anzahl von Großhändlern dauernd öffentlich Waren zum Verkauf aus und gab sie im Kleinhandel zum Nachteil derjenigen ab, die offene Ladengeschäfte unterhalten". So wurde es für dringend erforderlich erachtet, mit aller Strenge gegen diese Missetäter einzuschreiten[151]).

Anscheinend ist es aber nicht mehr zu besonderen Maßnahmen des Common Council gekommen, was durchaus zu der späteren Haltung dieses Stadtorgans paßt. Der Court of Aldermen hatte indes offenbar die notwendigen rechtmäßigen Schritte unternommen. Im Jahre 1829 beschwerte sich nämlich ein judenfreundliches Mitglied des Common Council, daß die wenigen Juden, die Kleinwarenhändler seien, „durch die wiederholten Maßnahmen des Büros des Oberbürgermeisters belästigt und am Ende somit gezwungen würden, ihre Geschäfte infolge der gerichtlichen Kosten unter Opfern zu schließen". Rechtsbrecher werden also bedauert, wenn man bestehende Gesetze auf sie anwendet. Der Verfasser der betreffenden Eingabe geht so weit, die in Frage kommenden Vorschriften als absurde, engherzige bürgerliche Einrichtungen unzivilisierter Zeiten zu bezeichnen[152]).

Pellat meint, daß es nur wenige Juden seien, die davon betroffen wurden. Welche Auskunft gibt nun der amtliche Bericht darüber? Danach waren es im Jahre 1825 nur 142, im Jahre 1826 303, im Jahre 1827 600, im Jahre 1828 1128 und im Jahre 1829 1561 Personen, so daß die Gesamtsumme 3289 Missetäter betrug[153]).

Diese Zahlen sind in verschiedener Hinsicht sehr aufschlußreich. Nach den vorhergehenden Ausführungen dürfte es selbstverständ-

[151]) Minutes of the Common Council Bd. 1827 S. 138—140.
[152]) Pellat S. 26/27.
[153]) Minutes of the Common Council Bd. 1830 S. 79, 80.

lich sein, daß der größte Prozentsatz aus Juden bestand. Ferner ergibt sich, daß von 1825 bis 1829 die Zahl der Gesetzesverletzer ungeheuer zugenommen hatte. Es dürfte kein Zufall sein, daß sich diese Entwicklung besonders nach dem Jahre 1824 zeigt, also unmittelbar nachdem trotz der Hinweise des vom Common Council eingesetzten Komitees keinerlei Schritte gegen dieses Übel eingeleitet wurden. Hierin lag ein Ansporn für derartige Gesetzesübertreter, mehr als je zuvor dem Recht zu trotzen. Ob nicht von gewisser Seite sogar dazu ermuntert worden ist, kann natürlich wie immer bei solchen Gelegenheiten nicht mehr festgestellt werden.

Endlich wird aus diesen Vorfällen eine weitere Erkenntnis zu der allgemeinen jüdischen Taktik gewonnen.

Juden verschaffen sich häufig in offenem Bruch der Gesetze eine Position. Zunächst sieht man aus irgendwelchen Gründen darüber hinweg. Allmählich bauen sie, für die Öffentlichkeit nur schwer sichtbar, ihre Stellung ziffern- und machtmäßig aus. Sie verflechten mit ihrer neuen Befugnis eine möglichst große Anzahl von Rassegenossen, insbesondere aber auch Einheimische. Eines Tages kommt es dann aus dem von den Hebräern erzeugten Gegendruck der Bevölkerung zur offenen Feststellung des Sachverhalts und entsprechenden Maßnahmen. Jetzt fühlten sich nicht nur die Juden in ihrer widerrechtlich erlangten Position, sondern auch die inzwischen von ihnen abhängig gewordenen Personen bedroht. Gemeinsam wird Zeter und Mordio geschrien, die veralteten, unhumanen Gesetze müssen herhalten und natürlich abgeschafft werden, da sie die Existenz gewisser Kreise gefährden.

Wir werden noch im Verlaufe der weiteren Geschehnisse sehen, daß diese Methode mit Fleiß und Bedacht von den Juden angewandt worden ist und dort und in allen Ländern und Zeiten dieselben guten Erfolge für die Kinder Israels gehabt hat. Man verspottete bei derartigen Bemühungen die Engstirnigkeit derjenigen, die am Althergebrachten festhielten, und bemitleidete die durch lächerliche Gesetze in Not Geratenen, wobei man dann regelmäßig dabei übersah, daß sie sich diese Lage durch eigenes Verschulden geschaffen und nun auch die Konsequenzen daraus zu tragen haben. Dieser Appell an das Mitleid der über sie noch nicht aufgeklärten Massen pflegt sogar noch heute immer den besten Erfolg zu zeitigen.

Die Abneigung des Court of Aldermen gegen die Juden soll aber noch durch einen anderen Vorfall klar gezeigt werden.

Noch nie hat man in der vorhergehenden Geschichte in England eine so bewußte Haltung in rassenmäßiger Hinsicht feststellen können wie in einem Beschluß dieses öffentlichen Organs. Danach war es „weder höflich noch empfehlenswert, in unserer Gemeinde getaufte Juden als Vollbürger aufzunehmen". In einem Rechtsstreit hatten Nachkommen getaufter Juden diese Bestimmung anzufechten versucht, zumal wenn sie einer Mischehe entstammten.

Aber auch hier setzte sich der Court of Aldermen durch und bestimmte, daß derartige Nachkommen von den Privilegien der City ausgeschlossen sein sollten, da es ihm unbenommen blieb, das Bürgerrecht nach Belieben zu gewähren oder zu verweigern. Es war aber wiederum der Common Council, der als gesetzgebende Macht der City nach etwa 13jährigem Bestehen der Verordnung des Court of Aldermen eingriff und diese kurz vor dem Jahre 1829 aufhob[154]).

Der letzte Zweifel an der projüdischen Einstellung des Common Council dürfte aber mit dem 19. Juni 1829 geschwunden sein. Wir können nicht umhin, diesen Tag als entscheidend im Kampf um die Emanzipation zu bezeichnen. Von nun an war es klar, daß die City durch allmähliche Zersetzung, und zwar hauptsächlich von innen, dem Feinde die Tore weit geöffnet hatte. An diesem Tage war beschlossen worden, ein Komitee zu ersuchen, „über die städtischen und gesetzlichen Beschränkungen zu berichten, die Juden daran hinderten, Geschäfte in der City von London aufzunehmen, solange sie nicht Vollbürger geworden waren" [155]).

Es ist überraschend, daß sich auch jetzt anscheinend noch die arterhaltenden Kräfte gegen die Überfremdung wehrten. Erst am 1. April 1830 wurden die verschiedenen Gutachten in der Angelegenheit veröffentlicht. Mit Ausnahme des Stadtsyndikus hielt man eine Abänderung des Rechts durch eine einfache Verwaltungsverordnung der City für möglich und genügend. Ersterer glaubte allerdings, daß infolge der jahrhundertelangen Übung die City an ihr eigenes Recht gebunden sei, das nur durch formellen Akt des Parlaments aufgehoben werden könne. Außerdem hielt er die Zulassung der Juden nicht mit der christlichen Religion vereinbar, da letztere ein nicht wegzudenkender wesentlicher Bestandteil des gesamten englischen Rechts geworden sei. Endlich warnte er vor einer Überfremdung, die zu unerfreulichen Konsequenzen führen würde[156]). Dagegen waren die vier weiter angerufenen Sachverständigen anderer Ansicht und hielten die Zulassung der Juden als Bürger für möglich, da nichts entgegenstände, den hierbei erforderlichen Eid auf das Alte Testament ablegen zu lassen. Die früher hierin ergangenen höchstrichterlichen Urteile könnten für die heutige Zeit nicht mehr anerkannt werden[157]). Man folgte ihren Darlegungen und setzte sich über die eine warnende Stimme hinweg. Der Weg zum Bürgerrecht war für Juda frei. Am 3. September 1830 wurde der Inhalt der Verordnung veröffentlicht[158]) und am 6. und 10. Dezember desselben Jahres beraten und verabschiedet[159]).

Der Antrag des ersten Juden auf Erlangung des Bürgerrechts

[154]) Pellat S. 1 ff.
[155]) Minutes of the Common Council vom 19. Juni 1829 S. 68.
[156]) Minutes of the Common Council Bd. 1830 S. 40—42.
[157]) Minutes of the Common Council Bd. 1830 S. 42—45.
[158]) Minutes of the Common Council Bd. 1830 S. 103.
[159]) Minutes of the Common Council Bd. 1830 S. 164, 170/71.

sollte nicht lange auf sich warten lassen. Bereits am 2. Februar 1831 suchte Judah Jacobs als erster um dieses Privileg nach[160]). Ein Blick in das zuständige Urkundsregister zeigt, in welch großer Zahl die Hebräer in den nächsten Jahren ihren Sieg nutzten[161]).

Juden — freie Bürger von London!

Schrittweise erschleichen sie ihr Ziel.

Die City, die ihnen so lange trotzte, hat ihnen ihre Pforten geöffnet: Bald wird sie das Bollwerk der Hebräer sein, von dem sie Angriff um Angriff auf die letzten Stellungen ihrer Gegner vortragen. Wenn die Juden schließlich nach einem Kampf von 28 Jahren siegreich waren, so liegt nur hierin der Schlüssel zu ihrem Erfolg.

Wer es daher einstens unternimmt, England von der Judenherrschaft zu befreien, muß zunächst die City zurückerobern. Wer sie bezwingt, wird bei der Struktur Englands die Möglichkeit sehen, sich endgültig im Lande durchzusetzen.

[160]) Minutes of the Common Council Bd. 1831 S. 18.
[161]) Minutes of the Common Council Bd. 1831/32.

SCHRIFTTUMSVERZEICHNIS

I. TEIL

1. Abraham, J.: Joachim Gaunse, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. IV S. 83 ff. (1899—1901).
2. Abrahams, B. L.: The Expulsion of the Jews from England in 1290 (1894).
3. Abrahams, B. L.: A Jew in the Service of the East India Company in 1601, in Jew. Quarterly Rev., Bd. IX (1897).
4. Abrahams, B. L.: The Condition of the Jews in England at the Time of their Expulsion in 1290, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. 1894/95 S. 76 ff.
5. Adler, M.: History of the Domus Conversorum, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. IV S. 16 ff. (1903).
6. Ancient Laws and Institutes of England. Monumenta Ecclesiastica Anglicana (1840).
7. B. B.: A Historical and Law Treatise against the Jews and Judaism (1703).
8. Brompton, J.: Chronicon, ab A.D. 588 (1652).
9. Chronicle of William de Rishanger of the Baron Wars. Gesammelt aus den Manuskripten der Cottonian Bibliothek durch J. O. Halliwell (1840).
10. Coke, Sir Edward: The second Part of the Institutes of the Laws of England (1669).
11. Collectanea, in The Oxford Historical Society, 4 Bd., durch C. Fletcher u. a. (1885—1905).
12. Compotus Rolls of the Obedientiaries of St. Swithun's Priory, in Hampshire Record Society, durch G. Kitchin (1892).
13. Daniel, S.: The Collection of the History of England to the end of the Reign of Edward III (1618).
14. Dimock, A.: The Conspiracy of Dr. Lopez, in The English Hist. Rev., Bd. IX (1894).
15. Flacius-Illyricus, M.: Centuriae Magdeburgenses, 4 Bd. (1757—1765).
16. Fox, J.: Acts and Monuments, 3. Bd. (1641).
17. Freeholder: A Reply to the famous Jew Question (1753).
18. Freeman, E.: The Norman Conquest (1867—1879).
19. Grafton, F.: Grafton's Chronicle or History of England (1809).
20. Green, J.: Short History of English People (1875).
21. Gross, C.: The Gild Merchant, 2 Bd. (1890).
22. Gross, C.: Gilda Mercatoria (1883).
23. Gross, C.: The Exchequer of the Jews in England, 3 Bd. (1887).
24. H., W.: Anglo-Judaeus (1656).
25. Holinshed, R.: Chronicle, 3 Bd. (1577).
26. Hume, M.: The So-called Conspiracy of Dr. R. Lopez, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. VI S. 32 ff. (1912).
27. Hyamson, A. M.: A History of the Jews in England (1928).
28. Gneist, v., H. R.: Englische Verfassungs-Geschichte (1882).
29. Jacobs, J.: The Jews of Angevin England (1887).
30. Jewish Encyclopedia, The -, 12 Bd. (1925).
31. Lee, L.: Jews in England before 1643, in Academy, 18. März 1882 und 3. Februar 1883.
32. Lee, L.: The House of Converts, in Jewish Chronicle vom 26. Januar, 16. Februar, 27. April, 15. Juni 1883.
33. Lee, L.: The Original of Shylock, in Gentleman's Magazine, Bd. Januar—Juni 1880.
34. Lee, L.: Elizabethan England and the Jews, in New Shakespeare Soc. Transactions, Br. 1887—1892.
35. Leeming, J. R.: Stephen Langton, Archbishop of Canterbury, 1915.
36. Leonhard, G. H.: The Expulsion of the Jews by Edward I, in Trans. Roy. Hist. Soc., Bd. V (1891).
37. Lyte, H. C.: A History of the University of Oxford (1886).
38. Madox, Th.: The History and Antiquities of the Jews in England, 2 Bd. (1769).
39. Madox, Th.: Firma Burgi (1726).

40. Madox, Th.: Formulare Anglicanum (1702).
41. Madox, Th.: The History and Antiquities of the Exchequer of the Kings of England (1711).
42. Margoliouth, M.: The History of the Jews in Great Britain, 3 Bd. (1851).
43. Martin, C. T.: The Domus Conversorum, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. I S. 15 ff. (1893/94).
44. Milman, H. H.: The History of the Jews (1892).
45. Ochenkowski, W.: Englands wirtschaftliche Entwicklung im Ausgange des Mittelalters (1879).
46. Papers of the Anglo-Jewish Historical Exhibition (1888).
47. Pollock, F., & Maitland: History of English Law before the time of Edward I, 2 Bd. (1898).
48. Price, J. E.: A descriptive account of the Guildhall of the City of London (1886).
49. Prynne, W.: Short Demurrer, 2 Bd. (1655/56).
50. Rigg, J. M.: The Jews in England in the 13. Century, in Jew. Quart. Rev., Bd. XV (1902).
51. Rigg, J. M.: Exchequer of the Jews (1902).
52. Rigg, J. M.: Calendar of the Plea Rolls of the Exchequer of the Jews, 3 Bd. (1905).
53. Riley, H. Th.: Miscellaneous Official Documents (1861).
54. Riley, H. Th.: Memorials of London (1868).
55. Ruding, R.: Annals of the Coinage of Britain (1817—1819).
56. Rye, W.: The Persecution of the Jews on the Circumcision of a boy at Norwich in 1230, in Norfolk Antiquarian Miscellany, Bd. I (1887).
57. Select Civil Pleas, in Selden Soc. (1887).
58. Skene, W. F.: The Coronation Stone (1869).
59. Speed, J.: The History of Great Britain (1632).
60. Stevenson, J.: Chronicle of Melrose (1853).
61. Stokes, H. P.: Studies in Anglo-Jewish History (1913).
62. Stokes, H. P.: The Relationship between the Jews and the Royal Family of England in the 13th Century, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. VIII (1918).
63. Stokes, H. P.: Records of M. S. S. and Documents, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. VIII S. 78 ff. (1914).
64. Stow, J.: The Annales or General Chronicle of England (1615).
65. Stubbs, W.: Select Charters (1866).
66. Stubbs, W.: The Constitutional History of England, 3 Bd. (1866).
67. Totelli, R.: Magna Charta (1556.)
68. Tovey, Blossiers D.: Anglia Judaica (1738).
69. Twysden, Roger: Historiae Anglicae (1652).
70. Webb, P. C.: The Question, whether a Jew (1753).
71. Wolf, L.: The Middle Age of Anglo-Jewish History, in Anglo-Jew. Hist. Exhibition, Bd. I (1888).
72. Wolf, L.: Jews in Elizabethan England, in Jewish Guardian, November 1926.

Gesammelte und veröffentlichte Urkunden und Manuskripte

Record Publications:

73. Monumenta Franciscana, 2 Bd. Herausg. von J. Brewer und R. Howlett (1858—1882).
74. Liber de Illustribus Henricis by Johannis Capgrave. Herausg. von F. C. Hingeston, 2 Bd. (1858).
75. Munimenta Gildhallae Londoniensis, 3 Bd. Herausg. von H. T. Riley (1859—1862).
76. Chronica Johannis de Oxenedes. Herausg. von Sir Henry Ellis (1859).
77. Bartholomaei de Cotton, Monarchi Norwicensis. Herausg. von H. R. Luard (1859).
78. Giraldi Cambrensis Opera. Herausg. von J. F. Dimock, 7 Bd. (1861—1877).
79. Letters of Robert Grosseteste. Herausg. von H. R. Luard (1861).
80. Descriptive Catalogue of Materials relating to the History of Great Britain and Ireland. Herausg. von Th. D. Hardy (1862—1871).
81. Royal and Historical Letters, illustrative of the Reign of Henry III, 2 Bd. Herausg. von W. Shirley (1862—1866).
82. Chronica Monasterii Sancti Albani. Herausg. von H. T. Riley (1864—1876).
83. Historia et Cartularium Monasterii Sancti Petri Gloucestriae, 3 Bd. Herausg. von W. Hart (1863—1867).
84. Annales Monastici, 5 Bd. Herausg. von H. R. Luard (1865).
85. Chronicles and Memorials of the Reign of Richard I, 2 Bd. Herausg. von W. Stubbs (1864/65).
86. Le Livere de Reis de Britanie. Herausg. von J. Glover (1865).
87. Chronica Monasterii De Melsa, 3 Bd. Herausg. von E. A. Bond (1866—1868).

88. Matthaei Parisiensis Historia Anglorum. Historia Minor, 3 Bd. Herausg. von Sir F. Madden (1866—1869).
89. The Chronicle of Pierre de Langtoft, 2 Bd. Herausg. von T. Wright (1866—1868).
90. Gesta Regis Henrici Secundi Benedicti Abbatis. Chronicle of the Reigns of Henry II. Herausg. von W. Stubbs (1867).
91. Rogeri de Houedene Chronica, 4 Bd. Herausg. von W. Stubbs (1868—1871).
92. Matthaei Parisiensis Monarchi Sancti Albani, Chronica Majora, 7 Bd. Herausg. von H. R. Luard (1872—1880).
93. Radulphi de Coggeshall, Chronicon Anglicanum. Herausg. von J. Stevenson (1875).
94. Thomas Becket, Archbishop of Canterbury, 7 Bd. Herausg. von J. Robertson u. J. Sheppard (1875—1885).
95. Radulphi de Diceto. Decani Lundoniensis, Opera Historica, 2 Bd. Herausg. von W. Stubbs (1876).
96. Henrici de Bracton: De Legibus et Consuetudinibus Angliae. Herausg. von Sir Travers Twiss (1878).
97. Gervase of Canterbury: The Chronicle of the Reigns of Stephen, Henry II and Richard I, 2 Bd. Herausg. von W. Stubbs (1879/80).
98. Chronicles of Edward I and Edward II, 2 Bd. Herausg. von W. Stubbs (1883).
99. Johannis Peckham: Archiepiscopi Cantuariensis, Registrum Epistolarum, 3 Bd. Herausg. von C. T. Martin (1882—1886).
100. Chronicles of the Reigns of Stephen, Henry II and Richard I, 4 Bd. Herausg. von R. Howlett (1884).
101. Rogeri de Wendover, 3 Bd. Herausg. von H. G. Hewlett (1886—1889).
102. The Metrical Chronicle of Robert of Gloucester, 2 Bd. Herausg. von W. Stubbs (1887).
103. De Gestis Regnum Anglorum (William of Malmesbury), 2 Bd. Herausg. von W. Stubbs (1887—1889).
104. Flores Historiarum, 3 Bd. Herausg. von H. R. Luard (1890).
105. The Red Book of the Exchequer, 3 Bd. Herausg. von H. Hall (1896).
106. Calendar of State Papers, Domestic Series, Edward VI, Mary, Elizabeth and James I, 12 Bd. Herausg. von R. Lemon (1856—1872).
107. Close Rolls of the Reign of Henry III, 10 Bd. Herausg. von C. T. Martin u. a. (1902—1932).
108. Calendar of the Close Rolls, Edward I, 5 Bd. Herausg. von H. C. Maxwell Lyte u. a. (1900—1908).
109. Calendar of Patent Rolls of the Reign of Henry III, 6 Bd. Herausg. von J. Black u. a. (1901—1913).
110. Calendar of Patent Rolls Edward I, 4 Bd. Herausg. von J. Black u. a. (1901).
111. Rymer's Foedera, 3 Bd. Herausg. von Th. D. Hardy (1869—1885).
112. Rymer's Foedera, 3 Bd. mit je 2 Teilen. Herausg. von Clarke u. a. (1810—1830).
113. Calendarium Rotulorum Patentium in Turri Londinensi (Record Com.) (1802).
114. Chronica de Mailros in Rerum Anglicarum Scriptorum veterum, Bd. I. Herausg. von W. Fulman (1684).
115. Chronicon Domini Walteri de Hemingburgh (1848/49).
116. Chronica Jocelini de Brakelonda de Rebus Gestis Samsonis. Herausg. von der Camden Society (1840).
117. De Antiquis Legibus liber. Herausg. von der Camden Society (1846).
118. A Description of Patent Rolls in the Tower (Record Com) (1835).
119. Early Chancery Proceedings, 9 Bd. (1901—1933).
120. Excerpta e Rotulis Finium in Turri Londinensi, 2 Bd. Herausg. C. Roberts (1835/1836).
121. Fines sive Pedes Finium. Herausg. von I. Hunter (1835).
122. Florentii Wigorniensis Chronicon ex Chronicis, 2 Bd. Herausg. von der English Hist. Soc. (1848/49).
123 Memorials of the Abbey St. Mary of Fountains. Herausg. von J. R. Walbran u. a. (1863—1918).
124. Plea Rolls of various Courts (1910).
125. Roll of the Household Expenses of Richard de Swinfield, Bishop of Hereford. Herausg. von J. Webb (1854/55).
126. Rotuli Chartarum (Record Com.) (1837).
127. Rotuli Curiae Regis, 2 Bd. Herausg. von Sir F. Palgrave (1835).
128. Rotuli de Liberate ac de Misis et Praestitis Regnante Johanne. Herausg. von Th. D. Hardy (1844).
129. Rotuli de Oblatis et Finibus. Tempore Regis Johannis. Herausg. von Th. D. Hardy (1835).
130. Rotuli Litterarum Clausarum. Herausg. von Th. D. Hardy (1833).
131. Rotuli Litterarum Patentium. Herausg. von Th. D. Hardy (1835).
132. Rotulorum originalium in Curia Scaccarii Abbreviatio, 2 Bd. (Rec. Com.) (1805).
133. Rotuli Parliamentarum. 6 Bd. (1767/77).
134. Statutes of the Realm (1810).

II. TEIL

135. Adler, E. N.: A Letter of Menasseh Ben Israel, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. V S. 174 ff. (1904).
136. Adler, Dr.: A Homage to Menasseh Ben Israel, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. I S. 25 ff. (1893).
137. Annesley, A.: England's Confusion (1659).
138. Awake, o England, in Harleian Miscellany, Bd. I S. 275 ff. (1660).
139. Baker, R.: The Marchants Humble Petition and Remonstrance (1659).
140. Barlow, Th.: Several Miscellaneous and Weighty Cases of Conscience (1692).
141. Belloc, J. H.: Cromwell (1934).
142. Belloc, J. H.: The Jews (1922).
143. Blunt, J. E.: A History of the Establishment and Residence of the Jews in England (1830).
144. Bray, W.: Diary and Correspondence of John Evelyn (1908).
145. Brett, S.: A Narrative of the Proceedings of a Great Council of Jews, in Harleian Miscellany. Bd. I S. 379 ff. (1655).
146. Burnet, G.: History of his own Time, Bd. I (1724—1734).
147. Burton, R.: Judaeorum memorabilia (1796).
148. Burton, Th.: Parliamentary Diary, 4 Bd. (1828).
149. Busher, L.: Religious Peace (1614).
150. Calendar of State Papers, Domestic Series of the Reign of Charles I, 23 Bd. Herausg. von J. Bruce u. a. (1858—1897).
151. Calendar of State Papers, Domestic Series during the Commonwealth 1649 bis 1660, 13 Bd. Herausg. von M. A. Green (1875—1886).
152. Carlyle, Th.: Oliver Cromwell's Letters and Speeches, 2 Bd. (1845).
153. Carte, Th.: A Collection of Original Letters and Papers, from 1641—1660, 2 Bd. (1739).
154. Clark, G. N.: The Later Stuarts, 1660—1714 (1934).
155. Clarke Papers, 3 Bd. in Camden Society (1841—1899).
156. Collier, Th.: A brief Answer to some of the Objections and Demurs (1656).
157. Considerations on the Bill to permit Persons professing the Jewish Religion (1753).
158. Cooper, W. D.: Lists of Foreign Protestants (1862).
159. Cunningham, W.: Alien Immigrants to England (1895).
160. Cunningham, W.: The Growth of English Industry and Commerce, 3 Bd. (1922).
161. Dictionary of National Biography, 22 Bd. (1908/09).
162. Dury, J.: A Case of Conscience, in Harleian Miscellany, Bd. VII S. 251 ff. (1656).
163. Firth, C. H.: Scotland and the Protectorate, in Scottish Hist. Soc., Bd. 31 (1899).
164. Firth, C. H.: Some Historical Notes, 1648—1680, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. IV S. 194 ff. (1901—1903).
165. Fletcher, H.: The Perfect Politician (1680).
166. Fried, F.: Der Aufstieg der Juden (1937).
167. Gardiner, S. R.: History of the Commonwealth and Protectorate, 3 Bd. (1894 bis 1903).
168. Godwin, W.: History of the Commonwealth of England, Bd. IV (1828).
169. Gollancz, H.: A Contribution to the History of the Readmission of the Jews, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. VI S. 187 ff. (1907).
170. Graetz, H.: Geschichte der Juden, 11 Bd. (1900).
171. Graetz, H.: Popular History of the Jews, 6 Bd. (1930).
172. Green, J. R.: History of the English People (1879).
173. H., W.: Anglo-Judaeus (1656).
174. Henriques, H.: The Jews and the English Law (1908).
175. Henriques, H.: The Return of the Jews to England (1905).
176. Howell, J.: The wonderful and most deplorable History of the latter Times of the Jews (1652).
177. Hyamson, A. M.: British Projects for the Restoration of the Jews (1917).
178. Hyamson, A. M.: The Lost Tribes and the Return of the Jews to England, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. V S. 115 ff. (1903).
179. Hyamson, A.M.: A History of the Jews in England (1928).
180. Isaiah, P.: The Messias of the Christians and the Jewes (1655).
181. Israel, Menasseh Ben: The Humble addresses (1655).
182. Israel, Menasseh Ben: The Hope of Israel (1652).
183. Israel, Menasseh Ben: Vindiciae Judaeorum (1656).
184. Jesse, J. H.: Memoirs of the Court of England during the reign of the Stuarts, 2 Bd. (1840).
185. Jewish Encyclopedia, 12 Bd. (1925).

186. Levy, S.: Bishop Barlow on the Case of the Jews, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. III S. 151 ff. (1899).
187. Levy, S.: John Dury and the English Jewry, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. IV S. 76 (1899—1901).
188. Levy, S.: Anglo-Jewish Historiography, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. VI S. 1 ff. (1907).
189. Lingard, J., u. a.: The History of England, 11 Bd. (1849—1915).
190. Ludovici, A. M.: A Defence of Aristocracy (1933).
191. Ludovici, A. M.: A Defence of Conservatism (1927).
192. Macray, W. D.: Calendar of Clarendon State Papers, 4 Bd. (1872—1932).
193. Martin, F.: History of Lloyds (1876).
194. Mentet, R.: History of Great Britain (1735).
195. Mercurius Pragmaticus: A Plea for the King and Kingdom (1648).
196. Nicholas, E.: Apology for the Honourable Nation of Jews (1648).
197. Nicholas, Sir Edward: The Nicholas Papers, 4 Bd. (1886—1920).
198. Palgrave, Sir Reginald: Oliver Cromwell the Protector (1890).
199. Peters, H.: A Word for the Army, and two Words for the Kingdom (1647).
200. Petty, Sir William: Treatise on Taxes (1662).
201. Prynne, W.: Short Demurrer 2 Bd. (1655/56).
202. R. R.: The Restauration of the Jewes (1665).
203. Ranke, L. v.: A History of England (1875).
204. Report, Fifth — of the Deputy Keeper of the Public Records (1844).
205. Report, Seventh — of the Royal Commission on Historical Manuscripts (1879).
206. Romaine, W.: An Answer to a Pamphlet (1753).
207. Roth, C.: A History of the Morranos (1932).
208. Roth, C.: New Light of the Resettlement, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. XI S. 112 ff. (1927).
209. Rymer, Th.: Acta Publica inter Reges Angliae, 20 Bd. (1704—1732).
210. Sadler, J.: Rights of the Kingdom (1649).
211. Serearius, P.: An Information concerning the Present State of the Jewish Nation (1658).
212. Sombart, W.: The Jews and modern Capitalism (1913).
213. Spence, J.: Anecdotes, observations and characters of books and men (1820).
214. Spencer, E. K.: An Epistle to the learned Menasseh Ben Israel (1650).
215. Thorowgood, Th.: Jewes in America (1650).
216. Thurloe, J.: A Collection of State Papers (1742).
217. Tovey, Blossiers D.: Anglia Judaica (1738).
218. Violet, Th.: Proposals humbly presented (1656).
219. Violet, Th.: The Advancement of Merchandize (1651).
220. Violet, Th.: A true discovery to the Commons (1659).
221. Violet, Th.: Petition against the Jews (1661).
222. Violet, Th.: A humble Declaration (1643).
223. W., E.: The Life and Death of Mr. Henry Jessey (1671).
224. Walker, C.: The History of Independence (1660).
225. Weemsen, J.: A Treatise of the Foure Degenerate Sonnes (1636).
226. Whitelocke, B.: Memorials of the English Affairs (1732).
227. Whitfield, H., u. a.: A Narrative of the late Proceedings at Whitehall, in Harleian Miscellany, Bd. VII S. 617 ff. (1656).
228. William, Rev.: The Conversion and Persecutions of Eve Cohan (1680).
229. Williams, R.: The Bloody Tenent of Persecution, in Hanserd Knollys Soc., Bd. IV (1644).
230. Williams, R.: The Fourth Paper, presented by Major Butler (1652).
231. Wolf, L., u. a.: The Whitehall Conference, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. V S. 276 ff. (1905).
232. Wolf, L.: The Re-Settlement of the Jews in England (1887).
233. Wolf, L.: Menasseh Ben Israel's Mission to Oliver Cromwell (1901).
234. Wolf, L.: Cromwell's Jewish Intelligencers (1891).
235. Wolf, L.: The First English Jew, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. II S. 14 ff. (1894/95).
236. Wolf, L.: Crypto Jews under the Commonwealth, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. I S. 55 ff. (1893).
237. Wolf, L.: The Jewry of the Restoration 1660—1664, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. V S. 5 ff. (1908).
238. Wolf, L.: Jews in Tudor England, in Essays in Jew. Hist. S. 73 ff. (1929).
239. Wolf, L.: Menasseh Ben Israel's Study in London, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. III S. 144 ff. (1896).

III. TEIL

240. Acres, W. M.: The Bank of England from Within, 2 Bd. (1931).
241. B. B.: A Historical and Law Treatise against the Jews and Judaism (1703).
242. Baker, R.: The Marchants Humble Petition and Remonstrance (1659).
243. Calendar of State Papers, Domestic Series: The Commonwealth, 13 Bd., herausg. von M. A. Green (1875—1886).
244. Calendar of State Papers. Domestic Series: Charles II, 24 Bd. Herausg. von M. A. Green u. a. (1860—1933).
245. Calendar of State Papers, Domestic Series. William III, 10 Bd. Herausg. von W. J. Hardy (1895—1937).
246. Chamberlayne, E.: Angliae Notitia (1673).
247. Clark, G. M.: The Later Stuarts 1660—1714 (1934).
248. Cobbett, W.: Parliamentary History, Bd. V.
249. Coxe, W.: Memoirs of John, Duke of Marlborough, 3 Bd. (1818/19).
250. Evelyn, J.: Memoirs, illustrated of the Life and Writings of John Evelyn (1818).
251. Francis, J.: Chronicles and Charters of the Stock-Exchange (1855).
252. Gaster, M.: History of the Ancient Synagogue (1901).
253. Haggard, J.: Reports of Cases, in The Consistory Court of London, Bd. I (1822).
254. Henriques, H.: The Law of Aliens and Naturalization (1905).
255. Henriques, H.: Proposals for Special Taxation of the Jews, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. X S. 39 ff. (1918).
256. Henriques, H.: The Return of the Jews to England (1905).
257. Historical Manuscripts Commission, Bd. 22 (1887).
258. Jesse, J. H.: Memoirs of the Court of England, 3 Bd. (1843).
259. Journal of the House of Commons, beginnend 1660, Bd. 8 ff.
260. Landa, M. J.: Kitty Villareal, The Da Costas and Samson Gideon, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. XIII S. 271 ff. (1934).
261. Lecky, W. E.: History of England in the 18th Century, 7 Bd. (1892).
262. Lindo, E. H.: The History of the Jews of Spain and Portugal (1848).
263. Lingard, J.: The History of England, Bd. IX (1849).
264. Luttrell, N.: A brief Historical Relation (1857).
265. Macaulay, Th. B.: The History of England, Bd. III (1849).
266. Margoliouth, M.: The Anglo Hebrew (1856).
267. Margoliouth, M.: A Pilgrimage to the Land of my Fathers, 2 Bd. (1850).
268. Margoliouth, M.: The History of the Jews in Great Britain, 3 Bd. (1851).

Bücher zum Falle des Herzogs von Marlborough

269. Duke of Marlborough: The Case of His Grace the D . . of M . . (1712).
270. M—h, D—e of: The Duke of Marlborough's loss (1712).
271. Fable of the Housewife and her Cock (1712).
272. The information against the Duke of Marlborough and his answer (1713).
273. F.: A letter, concerning the Duke of Marlborough (1712).
274. No Queen; or no General (1712).
275. The Report of the Commissioners (1711).

---

276. Mesquita, de, D. B.: The Historical Associations, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. X S. 225 ff. (1924).
277. Piciotto, J.: Sketches of Anglo-Jewish History (1875).
278. Ranke, v., L.: A History of England (1875).
279. Samuel, W.: The First London Synagogue, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. X S. 1 ff. (1924).
280. Seymour, R.: A Survey of the Cities of London and Westminster (1735).
281. The Great Trappaner of England (1660).
282. Tovey, Blossiers, D.: Anglia Judaica (1738).
283. Violet, Th.: A Petition against the Jews (1661).
284. William, Rev.: The Conversion and Persecutions of Eve Cohan (1680).
285. Wolf, L.: The First Stage of Anglo-Jewish Emancipation (1903).
286. Wolf, L.: The Jew in Diplomacy (1922).
287. Wolf, L.: Status of the Jews in England, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. IV S. 175 ff. (1903).
288. Wolf, L.: The Jewry of the Restoration, 1660—1664, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. V S. 5 ff. (1908).

289. Abbey, Ch. J.: The English Church and its Bishops, 2 Bd. (1887).
290. An Address to the Friends of Great Britain (1753).
291. Alger, J.: Napoleon's British Visitors and Captives (1904).
292. An Appeal to the Throne against the Naturalization of the Jewish Nation (1753).
293. An Appeal with due Submission (1753).
294. Appendix to Review and Letters (1753).
295. Archaicus: Admonitions from Scripture and History (1753).
296. Archaicus: Rejection and Restoration of the Jews (1753).
297. Barnard, J.: A Defence of several Proposals (1746).
298. Bedford, Duke of: Correspondence of John, fourth Duke of Bedford, 3 Bd. (1842—1846).
299. Begemann, W.: Vorgeschichte und Anfänge der Freimaurerei in England (1909).
300. Blunt, J. E.: A History of the Establishment and Residence of the Jews in England (1830).
301. Bystander: A true State of the Case (1753).
302. Candid and Impartial Examination of the Act (1753).
303. Case and Appeal of James Ashley (1753).
304. Christian: A full Answer to a Fallacious Apology (1753).
305. Collection of the best Pieces in Prose and Verse (1753).
306. Court and Country Interest united (1753).
307. Coxe, W.: Memoirs of the Administration of Henry Pelham, 2 Bd. (1829).
308. Cunningham, W.: Alien Immigrants to England (1897).
309. Earnest Persuasive and Exhortation to the Jews (1753).
310. Election Magazine or Oxfordshire Register (1753).
311. Faithful Narrative of the sad Effects of Ambition (1753).
312. Francis, J.: Chronicles and Charters of the Stock Exchange (1855).
313. Freeholder: Earnest and Serious Address to the Freeholders (1753).
314. Gent, J. E.: Some Considerations on the Naturalization of the Jews (1753).
315. Gentleman's Magazine and Historical Chronicle (1753).
316. H.,J.: Letters Admonitory and Argumentative (1753).
317. Hargrave, F.: A Reply to the Famous Jew Question (1753).
318. Hanway, J.: A Review of the Proposed Naturalization of the Jews (1753).
319. Heise, C.: Die Ententefreimaurerei und der Weltkrieg (1919).
320. Henderson, A.: The Case of the Jews considered (1753).
321. Hertz, G. B.: British Imperialism in the 18th Century (1908).
322. Hollis, Th.: Memoirs, 2 Bd. (1780).
323. Hyamson, A.: History of the Jews in England (1928).
324. Hyamson, A.: The Jew Bill of 1753, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. VI S. 156 ff. (1912).
325. Hyamson, A.: Solomon da Costa and the British Museum (1937).
326. Impartial Observer: Being a modest reply (1753).
327. Jacobs, J.: Typical Character of Anglo-Jewish History, in Jew. Quarterly Review, Bd. X (1898).
328. Jews's Advocate (1753).
329. Jews's Triumph, A Ballad (1753).
330. Jews Naturalized: or The English Alienated (1753).
331. Kingdom of Israel Restored by Christ (1753).
332. Landa, M. J.: Kitty Villareal, the Da Costas and Samson Gideon, in Trans. Hist. Soc., Bd. XIII S. 271 ff. (1934).
333. Lecky, W. E.: History of England in the 18th Century, Bd. I (1883).
334. Leslie, Ch.: Case of the Jews stated (1753).
335. Letter to the Public on the Act for Naturalizing (1753).
336. Letter to the Worshipful Sir John Barnard (1753).
337. Ludendorff, E.: Vernichtung der Freimaurerei (1927).
338. Macpherson, D.: Annals of Commerce, Bd. III (1805).
339. Margoliouth, M.: The History of the Jews in Great Britain, 3 Bd. (1851).
340. Mesquita de, D. B.: The Historical Associations, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. X S. 225 ff. (1924).
341. Modest Apology for the Citizens and Merchants of London (1753).
342. Nichols, John: Literary Anecdotes of the 18th Century, 9 Bd. (1812—1815).
343. Nichols, John: Illustrations of the Literary History of the 18th Century, 8 Bd. (1817—1858).
344. Orridge, B.: Some Account of the Citizens of London (1867).
345. The Parliamentary History of England, Bd. 13—15.
346. Peckard, P.: The popular Clamour against the Jews (1753).
347. Philo-Patriae: Considerations on the Bill (1753).
348. Phile-Patriae: Further Considerations on the Act (1753).

349. Postlethwayt, M.: Universal Dictionary of Trade and Commerce, 2 Bd. (1751).
350. Realey, C. B.: The Early Opposition to Sir Robert Walpole (1931).
351. Reflections on the Past and Present State of the Jews (1753).
352. Remarks on a Speech made in Common Council (1753).
353. Remarks on the Reverend Mr. Tuckers Letter (1753).
354. Reply to the famous Jew Question (1754).
355. Romaine, W.: An Answer to a Pamphlet (1753).
356. Saussure de, M. C.: A Foreign View of England in the Reigns of George I and George II (1902).
357. Seasonable Remarks on the Act (1753).
358. Solomons, J.: Satirical and Political Prints, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. VI S. 205 ff. (1910).
359. Some Reflections upon the Question (1754).
360. Spence, J.: Anecdotes, Observations (1820).

South Sea Company-Fall

361. An Account of what was done (1742).
362. A critical History of the Administration of Sir R. W. (1721).
363. An Inquiry (1736).
364. C., G. E.: Complete Peerage of England (1895).
365. Haydn, J.: The Book of Dignity (1814).
366. History of the Rise and Fall of South Sea Stock (1720).
367. Oliver, F. S.: The endless Adventure (1930).
368. Report of the Trustees for Raising Money (1726).
369. Report from the Committee of Secrecy (1742).
370. Several Reports of the Committee of Secrecy (1721).
371. Supplement to the Reports of the Committee of Secrecy (1721).
372. Ward, J.: A Detection of the whole Management (1721).
373. To the Honourable the Knights (1721).

---

374. Stanhope, Ph. D.: Miscellaneous Works, 4 Bd. (1779).
375. Stephens, F., u. a.: Catalogue of Prints and Drawings (1877).
376. Telltruth, Th.: A Proposal humbly offered (1753).
377. The other Side of the Question (1753).
378. True Believer: Apology for the Naturalization of the Jews (1753).
379. Tucker, J.: Letter to a Friend (1753).
380. Tucker, J.: Second Letter to a Friend (1753).
381. Walpole, H.: Memoirs of the Reign of George II, 3 Bd. (1847).
382. Webb, P. C.: The Bill permitting the Jews (1754).
383. Webb, P. C.: The Question whether a Jew (1753).
384. Weber, M.: Protestantische Ethik und der „Geist" des Kapitalismus (1888).
385. Wichtl, F.: Weltfreimaurerei, Weltrevolution (1920).
386. Winstanley, Rev.: A Sermon, preached (1753).
387. Wolf, L.: Bibliotheca Anglo-Judaica, Bd. III (1888).
388. Wolfstieg, A.: Ursprung und Entwicklung der Freimaurerei, 3 Bd. (1920).

Zeitungen

389. London Evening Post.
390. Daily Advertiser.
391. Westminster Journal.
392. Public Advertiser.

V. TEIL

393. Alexander, L.: Memoirs of the Life. of the late B. Goldsmid (1808).
394. Alexander, L.: Answer to Mr. Josuah van Oven's Letters (1802).
395. Alger, J.: Napoleon's British Visitors and Captives (1904).
396. Anichini, P.: A few Remarks on the Expedience and Justice of Emancipating the Jews (1829).
397. Archenholtz, J. W.: A Picture of England (1797).
398. Ballard, J.: England in 1815 (1913).
399. Colquhoun, P.: A Treatise on the Police of the Metropolis (1796).
400. Corti, E., Der Aufstieg des Hauses Rothschild (1927).
401. Cumberland, R.: The Jew, a comedy (1801).
402. Espriella, M. A.: Letters from England, 3 Bd. (1808).
403. Francis, J.: Chronicles and Charters of the Stock Exchange (1855).
404. Goakman, B. R.: The London Society examined (1816).

405. Goede, C. A.: A Foreigners Opinon of England, 3 Bd. (1821).
406. Goodman, R. T.: An Address to the Committee of the London Society for Promoting Christianity among the Jews (1809).
407. Grosely, P.: A Tour to London, Bd. I (1772).
408. Halsted, Th. D.: Our Missions (1866).
409. Henriques, H.: Jews and the English Law (1928).
410. Hertz, G. B.: British Imperialism in the 18th Century (1908).
411. Home Office Papers, George III, 4 Bd. Herausg. von J. Redington (1878—1899).
412. Hyamson, A.: History of the Jews in England (1928).
413. Kielmannsegge, F.: Diary of a Journey to England (1904).
414. Landa, M. J.: Kitty Villareal, the Da Costas and Samson Gideon, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. XIII S. 271 ff. (1934).
415. Las Cases, M.: Memorial de Sainte Helène, 4 Bd. (1823).
416. Levy, M. E.: Letters, concerning the Present condition of the Jews (1829).
417. Levy, M. E.: Speech delivered at a Meeting (1829).
418. Meister, J. H.: Letters written during a Residence in England (1799).
419. Mesquita, de, D. B.: The Historical Associations, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. X S. 225 ff. (1924).
420. Minutes of the Proceedings of the Court of Common Council from 1823—1830, 3 Bd.
421. Moritz, C. P.: Travels chiefly on Foot through England (1798).
422. Nichols, J.: Illustrations of the Literary History of the 18th Century, 8 Bd. (1831).
423. Norris, H. H.: The Origin, Progress (1825).
424. Oven, van, J.: Letters on the present State (1802).
425. Pellatt, A.: Brief Memoir of the Jews (1826).
426. Piciotto, J.: Sketches of Anglo-Jewish History (1875).
427. Pückler-Muskau, Prinz von: Tour of a German Prince (1832).
428. Records of the Society of Gentlemen Practisers (1897).
429. Reid, W. H.: Causes and Consequences (1807).
430. Report of the Society for Promoting Christianity (1810 ff.).
431. Rumney, J.: Anglo Jewry as seen through Foreign Eyes (1730—1830), in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. XIII S. 323 (1930).
432. Saussure, de, M. C.: A Foreign View of England in the Reigns of George I and George II (1902).
433. Scherb, von, F.: Geschichte des Hauses Rothschild (1893).
434. Silliman, B.: A Journal of Travels (1812).
435. Solomons, J.: Satirical and Political Prints, in Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. VI (1910).
436. Solomons, J.: Lord George Gordons Conversion to Judaism, in Trans. Jew. Hist. Soc, Bd. VII S. 222 ff. (1913).
437. Thrush, Th.: Letters to the Jews (1829).
438. Welch, Ch.: Modern History of the City of London (1896).
439. Wendeborn, G. F.: View of England (1791).
440. Williams, St.: Richard Cumberland (1917).
441. Wilson, R. M.: Napoleon, the Portrait of a King (1937).
442. Witherby, T.: An Attempt to remove Prejudices (1804).
443. Wolf, L.: Essays in Jewish History (1934).

Die Juden im Weltkrieg

Der Weltkrieg unterbrach die Entwicklung. Es ist nicht uninteressant, welche Rolle die Juden in dieser Zeit als Soldaten in Großbritannien spielten. Hierbei wollen wir zunächst allein die diesbezüglichen amtlichen Feststellungen der Juden wiedergeben und erst dann sehen, ob sie vielleicht vergessen oder übersehen haben, weitere Tatsachen zu übermitteln.

Das jüdische Kriegsdienstkomitee ließ von dem Rabbiner M. Adler eine kurze Übersicht über die Beteiligung der Juden am Militärdienst veröffentlichen. Hierin wird die Gesamtziffer der Juden im Imperium auf 420 000 Personen geschätzt. Aus ihren Reihen befanden sich bei Ausbruch des Krieges 600 in der Reserve und in der Miliz, 400 in der regulären Armee und 50 in der Marine.

Diese Zahlen sollen sich aber unmittelbar nach der Kriegserklärung erhöht haben, so daß bis zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bereits 10 000 Juden, darunter 1140 Offiziere, den Streitkräften angehörten. Bis zum Ende des Krieges sollen etwa 50 000 Juden zu den Fahnen einberufen sein[1]). Sogar ein jüdisches Regiment wurde im Jahre 1917 in England aufgestellt und von einem Nichtjuden, Oberst Patterson, befehligt. Dort sollen nicht selten die Kommandos in Jiddisch gegeben worden sein. Zwei weitere Bataillone von Juden seien später gebildet worden, deren Mannschaft allerdings aus Amerika und Kanada stammte. Diese Truppen seien im Jahre 1918 nach Palästina gesandt, wo sie im September an der letzten englischen Offensive teilgenommen hätten[2]). In Ägypten wurde im Jahre 1915 das sogenannte zionistische Maulesel-Korps aufgestellt, das zum Munitionstransport an der Gallipoli-Front bestimmt war. Im Januar 1916 sei es aufgelöst worden. Der Tommy hatte, wie uns von englischen Kriegsteilnehmern berichtet wurde, bald einen Wahlspruch für diese Truppenteile gefunden: „No advance without security". Das hierin enthaltene Wortspiel geht in der deutschen Übersetzung leider verloren. Man kann es übersetzen als „Kein Vorschuß ohne Sicherheit" oder als „Kein Vormarsch ohne Sicherheit".

Nicht weniger als etwa 20 Oberstleutnants und zahlreiche Majore gehörten dem Offizierkorps an. Sogar ein Brigadegeneral mit Namen H. Seligman ist festzustellen. Der Jude Sir John Monash wurde im Jahre 1918 zum Oberstkommandierenden der australischen Truppen in Frankreich mit dem Rang eines Generalleutnants befördert. Sir Philip Sassoon war militärischer Privatsekretär von Lord French. Später hatte er denselben Posten unter Feldmarschall Lord Haig inne[3]). Der jetzige jüdische Kriegsminister

[1]) Adler: S. 1—4. Jewish Chronicle vom 24. Januar 1936, 23. April 1937.
[2]) Jewish Year Book (1937): S. 864.
[3]) Adler: S. 6—12.

Hore-Belisha war Offizier im Train[4]). Im „Who's who"[5]) ist sein Kriegsdienst wie folgt angegeben: „diente im Heer während des Weltkrieges". Dies steht im völligen Gegensatz zu sonstigen ähnlichen Feststellungen, wo immer angegeben wird, in welchem Truppenteil der Betreffende gedient hat. Man fragt sich, warum bei Hore-Belisha von solcher Angabe abgesehen wurde.

Einige Juden sind auch in der Fliegertruppe gewesen. In der Mannschaft hat sich gemäß dem amtlichen jüdischen Bericht vor allem eine große Anzahl von Schneidern und sonstigen Handwerkern befunden. Letztere seien für die Erhaltung der Maschinen und in den photographischen Ateliers tätig gewesen[6]).

Nach der Aufstellung von Adler sind 2324[7]), nach einer Mitteilung im Jewish Year Book 2420 Juden im Krieg gefallen[8]). Dies bezieht sich aber auf die Juden des gesamten Imperiums und nicht nur des Mutterlandes. Demnach haben die Juden, wenn man die oben von Adler genannte Zahl von 420 000 für richtig hält, etwa 5½ Mann auf 1000 verloren. Legt man dagegen die nach unserer Ansicht vorhandene Mindestzahl von 1 200 000 bis 1 500 000 als Gesamtbevölkerung zugrunde, so kommt man höchstens auf zwei Mann pro tausend. Wenn man sich vorstellt, daß die uns zufällig vorliegende Verlustziffer unserer heimgekehrten Brüder aus dem Sudetengau 44 auf 1000 beträgt[9]), so kann man nicht von einem allzu großen Opfer der Juden für ihre Gastnation sprechen. Nichtsdestoweniger weisen die Juden in England gerade in letzter Zeit mit besonderem Fleiß darauf hin, daß die zum Teil verbreitete Ansicht, sie seien „von 1914 bis 1918 Feiglinge und Drückeberger gewesen", eine ganz grobe Entstellung der Tatsachen sei[10]). Anscheinend sei dieser Gedanke noch weit verbreitet. So habe man erst kürzlich bei der Kinovorführung einer Parade jüdischer Kriegsteilnehmer im Zuschauerraum u. a. die Bemerkung gehört: „Sie hatten wahrscheinlich Druckposten in der Etappe oder taten erst Kriegsdienst nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Sie verdienen alles, was ihnen jetzt auf dem Kontinent widerfährt[11])."

Die Kriegsfreudigkeit der Juden ist in Wirklichkeit nicht allzu groß gewesen. Einer von ihnen fühlte sich während des Krieges veranlaßt, eine Flugschrift zu veröffentlichen, in der er die Haltung der aus Rußland eingewanderten Rassegenossen verteidigte. Danach könnte man es diesen Hebräern nicht verdenken, wenn sie nicht in den Krieg ziehen, weil nach wie vor nichts von der Nation ihrer früheren Gastgeber, Rußland, dem Bundesgenossen Englands, für die Freiheit und gute Behandlung ihrer dort

[4]) Times, Daily Telegraph, Daily Expreß vom 30. Mai 1938.
[5]) Who's who (1938): S. 1640.
[6]) Adler: S. 14—15.
[7]) Adler: S. 5.
[8]) Jewish Year Book (1937): S. 343.
[9]) Deutsche Zeitung für Großbritannien vom 29. 10. 1938.
[10]) Jewish Chronicle vom 14. Oktober 1938.
[11]) Jewish Chronicle vom 18. November 1938.

zurückgelassenen Brüder getan wurde[12]). Es waren nämlich Bestrebungen im Gange, die in Rußland geborenen Juden im Falle der Kriegsdienstverweigerung aus England zu deportieren. In der „Jewish World" vom Oktober 1916 wird eine solche in Aussicht genommene Maßnahme als unangebracht bezeichnet, weil die Betreffenden ihr ganzes Leben in England verbracht hätten und in Rußland völlig Fremde seien. Von Leeds, einer der jüdischen Hauptsiedlungen, wurde mit Unwillen berichtet, daß sämtliche russischen Juden es trotz Aufforderung abgelehnt hätten, sich freiwillig zu den Fahnen zu melden. Auch Juden mit britischer Staatsangehörigkeit, die sich nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu melden hatten, kamen diesem Dienst an der Nation ihres Gastlandes nicht nach. So wurden allein 18 Juden auf einmal in Belfast wegen dieses Verbrechens angeklagt.

Üble Szenen spielten sich auch in London ab. In Stepney, einem Stadtteil im Osten, der hauptsächlich von Juden bewohnt war und ist, war ein Kriegsgericht eingerichtet worden. Meistens hatten sich dort Juden wegen Drückebergerei zu verantworten. Häufig waren die Angehörigen und Freunde der angeklagten Juden zugegen, die in schamloser und unpatriotischer Weise Tumulte veranstalteten, so daß der Zuschauerraum geräumt werden mußte. Die Juden gaben selbst zu, daß beschämende Bestechung und Betrügereien von den Juden angewandt würden, um sich dem Kriegsdienst zu entziehen[13]). Noch im Jahre 1917 taten Juden und ihre Freunde alles, um die Einziehung von russischen Juden zu verhindern. Eine Massenversammlung wurde von dem Schutzkomitee für ausländische Juden gegen Deportation und Zwangseinberufung zur Armee veranstaltet. Vorsitzender war Lord Sheffield, dessen Tochter den bereits des öfteren genannten Juden E. S. Montagu geheiratet hatte.

[12]) Wassilevsky: S. 1—8.
[13]) Jewish World vom 12. April 1916. Jewish Chronicle vom 7. April 1916.

Die Balfour-Deklaration

So dürften es kaum die Kriegsdienste der Juden des Imperiums in den Schützengräben gewesen sein, die zu der bekannten Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 geführt haben, wonach ihnen Palästina versprochen wurde. Bevor wir jedoch ausführlich hierauf eingehen, müssen wir einen kurzen Abriß der öffentlichen Meinung Englands in den letzten zweihundert Jahren über die Rückkehr der Juden nach Palästina geben.

Es ist unmöglich, eine erschöpfende Darstellung hierüber im Rahmen dieser Arbeit zu geben. Dies würde, wie bereits das zweibändige Werk des Zionistenführers Sokolow gezeigt hat, eine weitere mehrjährige Tätigkeit beanspruchen. Seit dem 17. Jahrhundert ist London das Zentrum des Weltjudentums. Die obigen Ausführungen dürften ermöglicht haben, dies zu verstehen. Daneben ist dargestellt worden, in welchem Maße die regierenden Kreise Englands seit Jahrzehnten, ja, seit Jahrhunderten von jüdischen Einflüssen beherrscht wurden. Aber auch die Lehre des Puritanismus hat vieles mit den Anschauungen der Juden gemein. Hand in Hand damit geht die Übernahme jüdischer Prinzipien, die vor allem dem Alten Testament entnommen sind. Sicherlich ist dies auch teilweise bei andern Nationen geschehen, aber mit Rücksicht auf die Einstellung der Geistlichkeit und nicht weniger Schriftsteller wird dies kaum in irgendeinem andern Lande überboten werden. Mit Recht weist Sokolow auf die Abhängigkeit Francis Bacons (1561—1626) von der biblischen Sprache hin. Der Geist der Hebräer tritt uns auch immer wieder in den Werken von John Milton (1608—1764) entgegen, besonders im „Verlorenen Paradies". Andere Größen der englischen Literatur, wie Abraham Cowley (1618—1667), Bischof Jeremy Taylor (1613 bis 1667), Erzbischof John Tillotson (1630—1694), Dr. Isaac Burrow (1630—1677) lassen dieselbe Einstellung erkennen. Auch Dichtungen von Alexander Pope (1688—1744) zeigen die enge Verbindung mit der Bibel. Dies läßt sich auch weiter im 18. Jahrhundert, wie z. B. bei James Thomson (1700—1748), Edward Young (1683—1765), Dr. Mark Akenside (1721—1770) feststellen. Ja, selbst das 19. Jahrhundert ist noch voll von diesen Spuren. Denken wir z. B. nur an Byron (1788—1824) und Thomas Moore (1779—1852)[1]. Diese Auffassung der Jahrhunderte muß ihre Eindrücke in der englischen Volksseele zurückgelassen haben. Sokolow weist darauf hin, daß man daher in früherer Zeit England bereits mit Israel verglichen habe. Wir tragen daher nach alledem auch kein Bedenken, die Ansicht von Sokolow für richtig zu halten, daß England im Gegensatz zu andern Völkern mehr von Israel beeinflußt worden ist als von Hellas und Rom. Dies kann natürlich nur dazu führen, daß sich England gegenüber den Juden als seinem Lehrmeister verpflichtet fühlt und voll von Bewunderung für diese Rasse ist. Infolgedessen

[1]) Sokolow: Bd. 1, S. 1—12.

finden wir schon frühzeitig die Idee, daß den Juden geholfen werden müßte, nach Palästina zurückzukehren. Dieser Standpunkt wird neben den bereits oben genannten Personen des 18. und 19. Jahrhunderts noch u. a. von Thomas Newton (1704—1782), dem späteren Bischof von Bristol, Samuel Horsley (1733—1806), Bischof von Rochester und später von St. Asaph[2]) vertreten. So haben wir auch weiter keinen Grund, die Behauptung von Hyamson, daß Judaismus im einen oder andern Sinne beinahe eine Leidenschaft in gewissen Kreisen geworden sei, anzuzweifeln.

Demnach verwundert es nicht, daß im Jahre 1804 die Palästina-Gesellschaft gegründet wurde mit dem Ziel, die britische Nation über die Bevölkerung, geographische Lage, Klima usw. von Palästina aufzuklären. Auch die London Society for Promoting Christianity begann, sich nach dem Jahre 1822 mit Palästina und den damit zusammenhängenden Frage zu beschäftigen.

Die Jahre von 1837 bis 1852 nennt Sokolow „die Periode von Palmerston, eine große Zeit in England für die Idee der Restauration von Israel". Schon damals hoffte man in Rücksicht auf die Auseinandersetzungen zwischen dem Sultan Mahmud II. und seinem unbotmäßigen Statthalter in Ägypten, Mehemet Ali, der von England unterstützt wurde, daß bei den daraus entstehenden Verhandlungen England sein Banner in Palästina oder Syrien aufpflanzen würde. Juden und ihre Freunde waren am Werke, um Palästina sicherzustellen. Es war vor allem die „Times", die die öffentliche Meinung dafür zu gewinnen suchte. So erschien am 17. August 1840 ein Artikel mit der Überschrift „Syrien, — Restauration der Juden". Man wies u. a. darauf hin, daß bereits ein Mitglied des Adels, wahrscheinlich Lord Shaftesbury, erheblich an der Frage interessiert sei. Er habe schon Untersuchungen darüber angestellt, ob reiche Juden gegebenenfalls nach Palästina gehen und dort Geld investieren würden, ferner wann sie nach dort übersiedeln könnten und ob sie bereit seien, unter türkischer Oberhoheit mit dem Schutz der europäischen Großmächte zu leben. Es erschien sogar der Vorschlag eines Lesers der betreffenden Zeitung, England solle Palästina für die Juden kaufen.

Bald zeigte es sich, daß Lord Shaftesbury seine gesamten Verbindungen für die Sache der Juden benutzte, um das Projekt Palästina in die Wirklichkeit umzusetzen. Als Verwandter hatte er jederzeit Zutritt zu Palmerston und daher alle Aussichten auf Erfolg. Seine Begeisterung für die Juden ging so weit, daß er Hebräisch lernte und viel Umgang mit dem Geistlichen Alexander MacCaul pflegte, der sich lange Jahre unter den Juden in Polen aufgehalten hatte und später der erste Bischof von Jerusalem wurde. Aber alle Bemühungen für Zuteilung von Palästina an die Juden sollten diesmal ohne Erfolg sein.

Nichtsdestoweniger wurden weitere Vorbereitungen dafür getroffen. Ein Geistlicher gründete im Jahre 1844 in London eine

[2]) Sokolow: Bd. 1, S. 56, 91—93.

Gesellschaft zur Förderung der Restauration der Juden in Palästina. Man erklärte, daß England mit aller seiner Macht sein Ziel darein setzen sollte, die Juden zurückzuführen. Man würde damit ein Werk Gottes tun und gleichzeitig die politischen Interessen Englands im Nahen Osten wahrnehmen. In diesem Sinne wurden im ganzen Lande Vorlesungen abgehalten, um das Interesse an der Frage wachzuhalten bzw. zu erwecken.

Auch auf literarischem Gebiet fanden sich ähnliche Gedankengänge. Der Geistliche Samuel Bradshaw, ein Kolonialbeamter E. Mitford, Oberst Georg Gawler, der Geistliche A. Hollingsworth u. a. waren in diesem Sinne tätig. Nach Ansicht von Gawler könnten die Juden Palästina und den Osten retten, — selbstverständlich unter dem Schutz Englands. Auch Hollingsworth machte dieselben Vorschläge, gleichzeitig wies er auf die vorhandenen Bodenschätze Palästinas hin. Allmählich würden die Juden einen mächtigen Staat bilden und keiner würde mehr wagen, die armen Juden zu verfolgen. In einem andern Buch hatte sich Hollingsworth mit den verschiedenen Prophezeiungen bezügl. des jüdischen Reiches beschäftigt. Danach würden die Juden alle Macht besitzen, da sie mehr Geld hätten als alle anderen Völker zusammen.

Im Jahre 1865 wurde eine weitere Gesellschaft zur Erforschung Palästinas gegründet, die u. a. genaue Untersuchungen der geologischen Struktur von Palästina anstellen sollte. Sie genoß jede Unterstützung der Regierung und einflußreicher Kreise. Es wurden ihr sogar Angehörige der Pioniertruppe für Ausgrabungen und ähnliche Arbeiten vom Kriegsministerium zur Verfügung gestellt. Daß die Bewegung für die Restauration der Juden auch von Disraeli unterstützt wurde, dürfte selbstverständlich sein. Schon im Jahre 1833 hatte er in seiner Novelle „Alroy" unzweideutig für diesen Gedanken geworben[3]). Auch in anderen Schriften, wie „Tancred" und „Coningsby", hat er Hoffnungen auf die Rückkehr seiner Rasse nach Palästina ausgedrückt. Am Ausgang des 19. Jahrhunderts war es vor allem Oberst Claude Conder, der sich an führender Stelle für diese Bestrebungen einsetzte. Auch Lord Shaftesbury mit seinem Freund Laurence Oliphant war nach wie vor für die Sache der Juden tätig. Letzterer schlug vor, von der türkischen Regierung eine Konzession in der nördlichen fruchtbaren Hälfte von Palästina zu erwerben. Dies würde zum Vorteil von England und der Türkei sein, da ersteres sich weitere politische Macht und letztere Geld verschaffen würde. Oliphant half dann auch bei der Ansiedlung von Juden, die zum Teil mit Hilfe von Baron Edmund de Rothschild nach Palästina kamen.

Am besten behandelte aber nach Ansicht der Juden George Eliot in seinem Werk „Daniel Daronda" das Problem. Hierin beschreibt er, wie die Juden die ihnen zustehenden Rechte der Freiheit und Gleichheit verlangen würden. Das Werk wurde von den Juden

[3]) Disraeli: Alroy, Bd. 1, S. 23ff., 147ff., 269ff., Bd. 2, S. 36ff., Bd. 2, S. 36ff., 119ff.

für so wichtig angesehen, daß es während des Weltkrieges zusammen mit Disraelis „Tancred" ins Hebräische übersetzt wurde.

Trotz all dieser Unterstützung war man in dieser Frage praktisch aber noch nicht weitergekommen. Die Bemühungen wurden jedoch mit neuer Kraft wiederaufgenommen, als im Jahre 1897 der erste Kongreß von Juden abgehalten war, dessen Mitglieder sich den Namen „Zionisten" zugelegt hatten. Anfang unseres Jahrhunderts hatte der damalige Führer der Zionisten, Herzl, enge Verbindungen mit dem Kolonialminister Joseph Chamberlain, dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Lord Lansdowne, und dessen Unterstaatssekretär, Lord Percy, angeknüpft. Die britische Regierung bot den Zionisten als Ersatz für Palästina El Arish an, einen Teil des sogenannten ägyptischen Palästina. Man sandte eine gemeinsame Kommission aus, um die Siedlungsmöglichkeiten zu prüfen. Der von ihr gefertigte Bericht wurde jedoch nicht einmal veröffentlicht, und das Projekt wurde stillschweigend fallengelassen.

Dies soll eine große Enttäuschung für Joseph Chamberlain gewesen sein. Auf einer Reise nach den afrikanischen Kolonien glaubte er, in einem Teil von Uganda (Ostafrika) einen passenden Platz für die Juden gefunden zu haben. Er teilte seine Entdeckung sofort Lord Lansdowne und Lord Percy mit, die ebenfalls von diesem Plan begeistert waren. In einem Brief des Auswärtigen Amtes an die Zionisten verkündete Lord Lansdowne, daß er „die Frage mit solchem Interesse studiert hätte, wie es die Regierung Seiner Majestät jedem wohlüberlegten Plan hinsichtlich Verbesserung der Lage der jüdischen Rasse gegenüber stets aufbringen müsse". Man übermittelte dann im einzelnen die Vorschläge der Regierung. Den Juden war eine Art Selbstverwaltung eingeräumt worden, die allgemeine Kontrolle über dieses Gebiet sollte aber nach wie vor von England ausgeübt werden. Die Zionisten behielten sich die Entscheidung über dieses Angebot nach Rücksprache mit ihren führenden Mitgliedern in allen Teilen der Welt vor. Als nach zwei Jahren noch immer keine endgültige Stellungnahme erfolgt war, wiederholte der Nachfolger Joseph Chamberlains, Lord Alfred Lyttelton, den Vorschlag. Auf Grund des Widerstandes der Juden, die entweder Palästina oder nichts haben wollten, wurde der Plan der britischen Regierung später abgelehnt.

In den Jahren vor dem Kriege hörten die Zionisten natürlich nicht auf, die Verwirklichung ihres Programms anzustreben. Der Weltkrieg sollte ihnen die Erfüllung ihrer Wünsche bringen.

Sie hatten bald erkannt, daß mit dem Eintritt der Türkei in den Krieg gegen England die Möglichkeit bestand, im Falle des englischen Sieges die tausendjährigen Träume der Juden Wirklichkeit werden zu lassen. Ungezählte Versammlungen fanden in aller Welt statt, um die notwendigen Schritte zu erörtern. Von vornherein waren sich die Juden darüber klar, daß ihre Zentrale nach England verlegt werden müßte. Es war hier vor allem Dr. Chaim Weiz-

mann, der sich an führender Stelle beteiligte. Er war aus Rußland eingewandert und Gelehrter in Manchester. Unterstützt wurde er u. a. von dem Juden Sokolow und dem Oberrabbiner Dr. Hertz. Man war sich darüber klar, daß die Öffentlichkeit durch die Presse für die Pläne der Juden gewonnen werden müsse. Es wurden daher diesbezügliche Verbindungen aufgenommen und allzu bereite Hilfe leicht gefunden. Vor allem einer der damaligen führenden Journalisten, C. Scott, Herausgeber des „Manchester Guardian", setzte sich besonders tatkräftig für die Juden ein. Es war auch nicht allzu schwer, ein geneigtes Ohr in Kreisen von Kabinettsmitgliedern zu finden. Einige von ihnen, wie Lord Crewe, H. Samuel, E. S. Montagu, Lloyd George, Winston Churchill sind uns schon durchaus bekannt. Nach den eigenen Worten Samuels auf der Jubelfeier nach der Balfour-Erklärung am 2. Dezember 1917 im Londoner Opernhaus „hat er sich für Zionismus nicht nur im Kabinett, sondern auch außerhalb desselben eingesetzt."

Auch das Haus Rothschild half den Zionisten in jeder Hinsicht. Man sieht, das Weltjudentum konnte sich über seine Mithelfer nicht beklagen.

Bereits im Verlauf des Jahres 1916 hatte man neben Juden und Judenfreunden im Kabinett einen frommen und von Jesuiten erzogenen Katholiken, den Oberstleutnant Sir Mark Sykes, für die Pläne des Zionismus begeistert. Er war als Unterstaatssekretär Sachverständiger für kleinasiatische Fragen in der Regierung. Große Hilfe leisteten auch die Engländer W. Ormsby Gore, bis vor kurzem Kolonialminister, Sir Ronald Graham, General Sir George Macdonagh und Mr. G. H. Fitzmaurice. Ein gewisser Mr. James Malcolm hatte vor allem Sir Mark Sykes auf die Bestrebungen der Zionisten hingewiesen. Er hatte ihm und anderen Mitgliedern der englischen und französischen Regierung gegenüber die Ansicht vertreten, daß nur die Zionisten imstande sein würden, die Vereinigten Staaten von Amerika auf seiten der Alliierten in den Krieg zu bringen, da alle bisherigen diesbezüglichen Versuche versagt hatten. Ferner vermochte er sie darüber aufzuklären, daß die Zionisten keinesfalls pro-deutsch, sondern nur anti-russisch wären. Sir Mark Sykes auf der britischen und G. Picot auf der französischen Seite wurden dann auch überzeugt, daß der Weg über die Zionisten der einzige und beste sei, um Präsident Wilson über die Notwendigkeit des Eintritts in den Krieg aufzuklären. Dies würde um so leichter sein, als er fast ausschließlich auf den Rat des Zionisten Brandeis, eines Richters am Höchsten Gericht, zu hören pflegte. Nur müsse man natürlich den Juden eine Gegenleistung versprechen, die ihren Plänen gemäß nur in Palästina bestehen könnte. Nach langen Beratungen wurde dann auch Sir Mark Sykes von seiner Regierung entsprechend beauftragt, und die Vereinbarung mit den Zionisten kam dahingehend zustande. Die getroffenen Vereinbarungen wurden mit Hilfe des britischen Auswärtigen Amtes an alle Orte geleitet,

wo immer nur Zionistenbewegungen zu finden waren. Unmittelbar danach konnte man einen völligen Umschwung in der amerikanischen Presse und den amtlichen Stellen zugunsten eines Bundes mit den Alliierten feststellen. Landman, dem wir diese obigen, bisher kaum bekannten Tatsachen verdanken, weist denn auch mit besonderem Stolz darauf hin, daß es die Zionisten waren, die Amerika in den Krieg brachten[4]).

Hier haben wir endlich einmal die Wahrheit von einem der darin verwickelten Juden erfahren. Es waren also nicht die Verdienste Dr. Weizmanns um die Kriegswirtschaft als Chemiker, die die spätere Balfour-Erklärung zustande brachten, wie uns anscheinend Bolitho glauben zu machen wünscht[5]). Ebenfalls dürften die altruistischen Motive der führenden britischen Staatsminister, den Juden als unterdrückter Minderheit das Selbstbestimmungsrecht zu geben, von so untergeordneter Bedeutung gewesen sein, daß sie tatsächlich nicht zu berücksichtigen sind.

Den Juden war die Veröffentlichung von Landman äußerst peinlich, wie ein Artikel von A. Hyamson in der Jewish Chronicle vom 17. April 1936 zeigt. Er bezeichnet den Aufsatz als unrichtig und, was vom jüdischen Standpunkt aus zutrifft, als gefährlich. „Es ist beinahe ebenso gefährlich zu behaupten, daß die Juden Westeuropas ihre angeblichen Interessen als Juden vor ihre Gefolgschaft gegenüber dem Staat setzen, in dem sie das Bürgerrecht haben." Im übrigen finden wir bei Steed, dem ehemaligen Schriftleiter für auswärtige Angelegenheiten der „Times", fast dieselbe Darstellung wie bei Landman. Er unterhielt die besten Beziehungen zu der Regierung, wie sein ganzes Buch hinsichtlich vieler anderer Fälle zeigt. Für die Unabhängigkeit Steeds von Landman spricht auch, daß seine Ausführungen zwölf Jahre früher erschienen sind und ersterer wahrscheinlich seine Informationen im Gegensatz zu Landman von der Regierung, also der andern Vertragspartei, erhalten haben dürfte[6]). Endlich finden wir dieselbe Überlieferung bei Temperley[7]).

Anscheinend blieb man nach Abschluß dieses Vertrages, der angeblich nicht schriftlich niedergelegt ist, in dauernder Verbindung. Am 7. Februar 1917 fand erneut eine Besprechung statt, an der Sir Mark Sykes, Lord Rothschild, Sokolow, Herbert Bentwich, Joseph Cowen, James de Rothschild, Harry Sacher, Herbert Samuel und Chaim Weizmann teilnahmen. Ebenfalls war der Rabbiner Dr. M. Gaster zugegen, in dessen Hause die Beratungen stattfanden. Sokolow erhielt den Auftrag, sich mit andern Mächten in Verbindung zu setzen.

Im März 1917 begab er sich nach Paris, wo ihm volle Unterstützung der französischen Regierung in allen Fragen zugesichert wurde. Hiervon wurde den Zionisten in Amerika und Rußland

[4]) Landman: S. 3—5. Landman in Jewish Chronicle vom 7. Februar 1936.
[5]) Bolitho: Twelve Jews, S. 280.
[6]) Steed: Thirty Years, Bd. 2, S. 391—393.
[7]) Temperley: Bd. 6, S.

sofort telegraphisch Kenntnis gegeben. Sokolow reiste im Mai nach Rom, wo er denselben Erfolg hatte. Er setzte sich mit den zuständigen Kardinälen, vor allem mit Gasparri, in Verbindung und wurde am 10. Mai vom Papst empfangen. Die verschiedenen Besprechungen mit dem Vatikan ergaben nach Mitteilung von Sokolow eine „außerordentlich befriedigende Haltung des Vatikans gegenüber dem Zionismus“[8]).

Inzwischen hatte Weizmann in England alle Vorarbeiten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung geleistet. Zwei Zeitschriften, die „Zionist Review“ und „Palestine“, waren gegründet worden. Die jüdischen Gemeinden im Lande wurden langsam auf die bereits abgeschlossene, aber noch nicht veröffentlichte Vereinbarung der Alliierten mit dem Weltjudentum vorbereitet. Auf einer Versammlung von Vertretern der Juden in England legte Weizmann dar, daß Zionismus nicht aus Unterdrückung, sondern aus dem Willen der Juden, ein eigenes Land zu haben, geboren sei. Er versäumte nicht, zu erwähnen, daß höchste katholische Kreise ihren Plänen günstig gegenüberständen.

In der allgemeinen Presse erschien ein Artikel nach dem andern zugunsten der Juden, darunter wiederum in der „Times“ an erster Stelle. Am 23. Oktober 1917 hatte sie einen Leitartikel mit der Überschrift: „Palästina für die Juden; Britische Unterstützung des Vorschlags.“ Die „Westminster Gazette“, „Spectator“, „New Statesman“, „The Nation“, „Weekly Dispatch“, „Sunday Chronicle“, „Manchester Guardian“, „Liverpool Courier“, „Yorkshire Post“, „Daily News“ und wie sie alle heißen mögen, führten einen wahren Feldzug zugunsten der Juden. Am 26. Oktober brachte die „Times“ einen Leitartikel, in dem sie der Regierung die Notwendigkeit der Veröffentlichung einer Erklärung zugunsten der Zionisten dringend ans Herz legte.

Genau dieselben Methoden wurden in Amerika angewandt. Die dortigen Zionisten standen mit ihren Rassegenossen in England in dauerndem Gedankenaustausch. Sokolow bezeichnet die Zeit von August bis November 1917 als eine anstrengende Tätigkeit, die die Anspannung aller Kräfte erforderte. Landman teilt dazu mit, daß Dr. Weizmann sich an General Macdonogh gewandt habe, um für sich und andere Juden, wie Leon Simon, wahrscheinlich jetziger Präsident der Postsparkasse, Harry Sacher, Simon Marks, Hyamson, Tolkowsky usw., Befreiung von der Dienstpflicht bzw. Entlassung aus dem Heere zu bewirken. Fast unnötig zu erwähnen, daß dieser Wunsch von dem mit den Juden sympathisierenden General bewilligt wurde[9]).

Anscheinend hatte die Regierung längere Zeit gezögert, die Vereinbarung mit den Juden zu veröffentlichen. Dies wird nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß sie bereits im Jahre 1915 den für sie kämpfenden Arabern das gleiche Versprechen bezüglich Palästina

[8]) Sokolow: Bd. 2, S. 52—59ff.
[9]) Militant: S. 14.

gemacht hatte. Anscheinend haben es aber die Juden wohl zuletzt erzwungen, und am 2. November 1917 kam es zu der inzwischen weltberühmt gewordenen Balfour-Erklärung, die folgenden Wortlaut hat:

„Auswärtiges Amt, am 2. November 1917.

Mein lieber Lord Rothschild!

Es bereitet mir ein großes Vergnügen, Ihnen namens der Regierung Seiner Majestät folgende Sympathie-Erklärung mit den zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett mitgeteilt wurde und dessen Billigung gefunden hat.

Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk. Sie wird alles daransetzen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern. Hierbei gilt als vereinbart, daß die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem andern Lande dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Ich bitte Sie, diese Erklärung der Zionistischen Föderation mitzuteilen.

Unterschrift: Arthur James Balfour."

Wir, und hoffentlich der Leser, sind nicht über das Bündnis Englands mit dem Weltjudentum überrascht. Das einzig Neue an der Erklärung ist, daß dies in feierlicher Form für jedermann erkenntlich zum erstenmal veröffentlicht worden ist. Der bekannte Geschichtsforscher H. Temperley nimmt dazu wie folgt Stellung: „Man glaubte . . . daß eine solche Erklärung einen mächtigen Einfluß auf das Weltjudentum haben würde. Gleichzeitig hoffte man, die Hilfe der jüdischen Finanziers für die Entente sicherzustellen. Weiter war man der Ansicht, daß es die amerikanische Meinung erheblich zugunsten der Alliierten beeinflussen würde. Dies waren die hauptsächlichsten Erwägungen in den letzten Monaten des Jahres 1916 und den darauffolgenden zehn Monaten des nächsten Jahres, die die britische Regierung veranlaßten, einen Vertrag mit dem Weltjudentum einzugehen . . .[10])." Diese Ausführungen stehen im Gegensatz derjenigen von Dr. Weizmann, der nur ideelle Gründe für die Balfour-Erklärung feststellen kann. Bei seiner Vernehmung vor der Palästina-Konferenz im Jahre 1936 betonte er, es habe sich hierbei nicht um Kriegspropaganda gehandelt, sondern um den von Herzen kommenden Wunsch des britischen Volkes, die Judenfrage in der Welt zu lösen[11]).

Wieder konnte sich die Presse nach Veröffentlichung der Balfour-Erklärung mit ganz wenigen Ausnahmen nicht genug tun, für die Juden einzutreten. Es sei ein epochemachendes Ereignis, ver-

[10]) Temperley: Bd. 6, S. 170—174.
[11]) Jewish Chronicle vom 17. November 1936.

sicherte man unter anderem[12]). Die „Morning Post" fand allerdings noch Jahre nachher strenge Worte gegen diese Politik der Regierung. In einem Leitartikel vom 16. Oktober 1922 beklagt sie sich über die nachteiligen Folgen, die aus dem „Zionisten-Abenteuer" für England entstanden seien. „Wir haben bereits häufig", so führt sie aus, „über die Atmosphäre von Intrige und Geheimnis Klage geführt, in der gearbeitet worden war. Uns gefällt nicht das Zusammentreffen der Balfour-Erklärung mit einer britischen Notzeit, so daß die erstere den starken Beigeschmack einer Erpressung trägt."

Am 2. Dezember 1917 fand eine große Demonstration der Juden im Londoner Opernhaus statt, um dadurch der britischen Regierung den Dank auszusprechen. Sie wurde von Lord Rothschild geleitet. Es sprachen u. a. Lord Robert Cecil, der noch heute einer der wärmsten Freunde der Juden ist, und Herbert Samuel. Letzterer führte unter anderm aus, „daß es vielleicht dem Genius der Juden wiederum vorbehalten sei, der Welt eine brillante und ausgezeichnete Zivilisation zu geben. Es ist nicht uninteressant, festzustellen, wer sich von den damaligen führenden Kreisen Englands mit herzlich gehaltenen Glückwunschtelegrammen als Freund des Weltjudentums bekannte. Wir finden hierunter Viscount Grey, Arthur Henderson M. P., Marqueß of Crewe, Viscount Bryce, Earl of Selborne, Lord Hugh Cecil, Lord Sydenham of Combe, Lord Emmott, Lord Tennyson, James Cooper, einen hohen Geistlichen der schottischen Kirche und andere[13]).

[12]) Sokolow: Bd. 2, S. 84—99.
[13]) Sokolow: Bd. 2, S. 113—116.

Juden in Versailles

Nach Beendigung des Krieges mußten nun die Juden das in der Balfour-Erklärung liegende Versprechen von der Friedenskonferenz in Versailles eingelöst erhalten. Nicht weniger als 75 000 Juden in England sandten ein Gesuch nach Paris mit der Bitte um Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina[1]).

Die britische Delegation wurde bekanntlich von Lloyd George geführt. Über seine Beziehungen zu den Juden haben wir schon Verschiedenes gehört. Wir möchten aber nicht versäumen, zu erwähnen, daß er zu dieser Zeit ganz unter ihrem Einfluß stand. Dies war so offensichtlich, daß es selbst in der Öffentlichkeit auffiel. Bei den Juden handelte es sich hierbei um Sir Philipp Sassoon, Lord Reading, Louis Namier, Mond und Montagu. Der erstere gehörte der Familie Sassoon an, den Rothschilds des Ostens. Er war Parlamentsabgeordneter seit 1912, mit einigen Unterbrechungen Staatssekretär für Luftfahrt von 1927—1934, jetzt Erster Kommissar für Öffentliche Arbeiten. Außerdem war er lange Zeit Sekretär von Lloyd George. Diese Juden hatten einen solchen Einfluß auf Lloyd George, daß man davon sprach, er stehe völlig unter dem Zwang der Juden. Auch zahlreiche Mitglieder der britischen Delegation waren Voll- oder Teiljuden. Zu den ersteren gehörte der schon oft genannte Montagu. Mit Recht bemerkt die „Morning Post" vom 20. März 1919, daß er in dieser Position seiner Firma, Samuel Montagu & Co., wertvolle Ratschläge geben könne. Er wurde von seinem jüdischen Sekretär, Sir Arthur Samuel, begleitet, der später weitere hohe Posten in der englischen Regierung hatte. So war er u. a. Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Parlamentarischer Sekretär im Handelsministerium, Minister für Überseehandel von 1924 bis 1927 usw. Seit 1918 gehörte er dem Parlament als konservativer Abgeordneter für Farnham an. Seine Veröffentlichungen über Wirtschaftsfragen sind zahlreich und bekannt.

Weitere Volljuden waren Sir C. H. Kish und E. G. Abraham. Der erstere gehörte zum militärischen Geheimdienst, Abteilung Rußland. Als Jude hatte er, wie nicht anders zu erwarten war, erhebliche Abneigungen gegenüber Rußland und war infolgedessen in seinen Entscheidungen nicht frei von Vorurteilen, was ausdrücklich von seinem Mitarbeiter, der ihn sonst sehr lobt, bestätigt wird. Heute ist er Ministerialdirektor im Ministerium für indische Angelegenheiten.

Abraham war britischer Sekretär im Obersten Rat der Friedenskonferenz und nahm daher an den geheimsten und wichtigsten Entscheidungen teil[2]). Die Behauptung von Wolf[3]), die Juden wären

[1]) Morning Post vom 6. März 1919.
[2]) Beadon: S. 41—45.
[3]) Wolf: Essays, S. 407—408.

mit Ausnahme des Dolmetschers Prof. Paul Mantoux, nicht in dies Allerheiligste eingedrungen, ist daher falsch.

Ferner finden wir noch den Teiljuden Sir Percy Radcliffe, der praktisch als Leiter der militärischen Abordnung fungierte, da sein Vorgesetzter, der Chef des Generalstabes, sehr oft in London beschäftigt war.

Die Juden waren auch durch eine besondere Delegation vertreten, die Hand in Hand mit der britischen Regierungsabordnung arbeitete. Ihr gehörten u. a. Sir Stuart Samuel, H. S. Henriques, Claude Montefiore und Lucien Wolf an. Sie bildeten mit Juden aus anderen Ländern eine ausschließlich jüdische Konferenz, die die sie angehenden Fragen gemeinsam beriet. Sir Stuart Samuel wurde später in offizieller Mission der britischen Regierung nach Polen gesandt, um Untersuchungen über angebliche Pogrome in Polen anzustellen. Wolf war der Geschäftsführer dieser Judenkonferenz und wird von seinen Rassegenossen als der Vater der Minderheitenverträge der Friedenskonferenz bezeichnet[4]).

Aber es waren nicht nur die Engländer, die in so zahlreicher Begleitung von Juden nach Paris gekommen waren. Die Rumänen hatten als Rechtsberater den Juden Salomon Rosenthal mitgebracht. Sogar die Polen hatten als ihren Finanzsachverständigen einen Hebräer, Stephen Markowski, dessen beide Mitarbeiter von derselben Rasse waren. Litauen hatte den Rechtsanwalt Rosenbaum und die Ukraine Margolin und Samuel Zarchi. Die Beteiligung der Juden ergibt sich am besten daraus, daß der Vertrag von Versailles für Frankreich von Louis Klotz, für Indien von E. Montagu und für Italien von dem Halbjuden Baron Sonnino unterschrieben wurde. Clemenceaus Privatsekretär war der Jude M. Mandel, der als Mittelsmann zwischen Börse und Auswärtigem Amt arbeitete.

Die Amerikaner dürften den Engländern in der Begünstigung der Juden nichts nachgegeben haben. Weltbekannt ist die Judenhörigkeit von Wilson und Oberst House. Mit der Ankunft von Baruch in Paris wurde alles nach den Gesichtspunkten der internationalen Finanz geordnet und festgesetzt. Neben Warburg war es der Einfluß der Juden Felix Frankfurter, Jacob H. Schiff und anderer Finanzgrößen, die Wilson und seine Entschlüsse völlig beherrschten. Daneben soll, wie immer bei solchen Angelegenheiten, die Freimaurerei ihr Teil getan haben.

Alles in allem dürfte Lucien Wolf nicht zuviel gesagt haben, wenn er nach dem Diktat von Versailles darauf hinwies, daß „der Friedensvertrag — soweit die Juden in Frage kämen — diesen mehr gegeben hätte, als sie sich je bei Eröffnung der Konferenz erträumt hätten[5])."

---

[4]) Jewish Year Book (1937): S. 632—633. Lane: S. 124.
[5]) Times vom 15. Dezember 1919.

Englands Palästinapolitik

Die Nachkriegsgeschichte von Palästina und die damit zusammenhängenden Fragen könnten einen weiteren Band füllen. Hier sollen nur die Ereignisse gestreift werden, die zum Teil vergessen oder nicht so allgemein bekanntgeworden sind.

Das britische Auswärtige Amt hatte den Wert der Hilfe des Weltjudentums erfahren und betrachtete daher seine Mithilfe, um mit den Worten von Landman zu sprechen, als „ein zukünftiges Instrument der britischen auswärtigen Politik". Daß dies auch heute noch der Fall ist, dürften die letzten internationalen Ereignisse der letzten Jahre bis zur Kriegserklärung Englands nur allzu deutlich gelehrt haben. Wenn jetzt auch die besondere Abteilung für Palästina vom Auswärtigen Amt nach der Konferenz in Kairo unter dem Vorsitz von Winston Churchill im Jahre 1921 an das Kolonialamt überführt ist[1]), so ist dies nur ein Teilgebiet und hängt lediglich mit der Verwaltung von Palästina zusammen. In diesem Jahre glaubte Churchill ausdrücklich seine Hörigkeit gegenüber den Juden dartun zu müssen. Beim Empfang einer jüdischen Abordnung gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß „die Errichtung eines Nationalstaates der Juden in Palästina einen Segen für die ganze Welt, für die Juden und für Großbritannien darstellen würde[2])".

Es war und ist aber nicht nur die britische auswärtige Politik, in der das Weltjudentum einen entscheidenden Einfluß ausübt. Vielmehr läßt sich dies auch in den innerpolitischen Verhältnissen deutlich feststellen. Dies nachzuweisen werden wir uns am Schlusse dieses Kapitels bemühen. Hier mag nur auf ein der Öffentlichkeit offenbartes Schreiben der Juden hingewiesen werden.

Ende des Jahres 1922 wurde bei den bevorstehenden Wahlen festgestellt, daß die Juden eine rege Tätigkeit entfalteten. Sie sandten Rundschreiben an ihre Freunde und Rassegenossen mit der Aufforderung, eine Gruppe zu bilden, die „die Hilfe von möglichst vielen Kandidaten für das Parlament zugunsten des zionistischen Programms sicherstellen sollte. Im einzelnen sei es zunächst notwendig, informell auszufinden, wieweit diese in dem jeweiligen Wahlbezirk entweder für resp. gegen ihre Angelegenheit oder neutral seien". Wenn irgend möglich, sollten sie sich feierliche Versprechungen für eine Unterstützung geben lassen. Bezüglich dieser Frage gaben die Juden dann folgende Anweisungen heraus:

„Ganz besondere Sorgfalt müßte bei der Befragung des Kandidaten über diesen Punkt beobachtet werden, bevor man sich ein schriftliches Versprechen dieser Art geben ließ. In bestimmten Fällen sei es vorzuziehen, sich mit einem Schweigen des Kandidaten abfinden zu lassen, als eine ausgesprochene Abweisung zu erfahren.

[1]) Landman: S. 6.
[2]) Jewish Guardian vom 22. April 1921.

Bei andern würde man wahrscheinlich ohne besondere Schwierigkeiten eine schriftlich niedergelegte Zusicherung erhalten. Man wäre sich im übrigen von vornherein bewußt, daß die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Freunde mit der nötigen Diskretion vorgehen würden."

Die „Morning Post"[3]), der wir diese Überlieferung verdanken, warnt die Kandidaten, sich näher darauf einzulassen.

Wie das Weltjudentum über die Ausführung der britischen Verwaltung in Palästina wachte, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1922 viele Beamte angeblich aus Sparsamkeitsgründen entlassen wurden. Es fiel aber sofort auf, daß sich darunter keine Juden oder solche Engländer befanden, deren Sympathien für die Juden einwandfrei festgestellt waren[4]). Diese Maßnahmen dürften nicht zuletzt auf Samuel zurückzuführen sein, der seit 1922 Oberkommissar in Palästina war[5]).

Es braucht nicht weiter betont zu werden, daß die Juden überall in der Öffentlichkeit die größte Unterstützung für ihre Pläne in Palästina erfuhren.

Ein Teil der Juden verlangte aber noch mehr Unterstützung von England in der Palästinaangelegenheit. Nach Landmans Mitteilungen sollen angeblich zwei Richtungen in der Zionistenorganisation vorherrschen. Die eine wird von ihm als rechts eingestellt bezeichnet, während die andere sozialistische, also marxistische Anschauungen vertritt. Die letztere steht angeblich im Widerspruch zu den von Theodor Herzl niedergelegten Grundsätzen, die einwandfrei einen unabhängigen Staat in Palästina vorgesehen hätten. Die letztere Richtung würde von Dr. Weizmann geführt und sei am stärksten in Palästina vertreten. Die andere Gruppe sei auch in territorialer Hinsicht nicht mit den Bestimmungen für Palästina zufrieden. Sie verlange auf jeden Fall das dünnbesiedelte Transjordanien, um all die einwanderungslustigen Juden unterzubringen. Selbstverständlich lehnt sie auch jede Teilung Palästinas ab. Ihre Anhänger befänden sich vor allem in Polen, einer ihrer Hauptvertreter sei Wladimir Jabotinsky. Anscheinend hat aber der von Weizmann geführte Flügel im Weltjudentum die Führung inne.

Die „Jewish Chronicle" vom 13. August 1937 veröffentlicht ein Dokument, wonach bereits die Teilung Palästinas zwischen dem damaligen Kolonialminister und großen Freund der Juden, Ormsby-Gore, und Weizmann besprochen und Übereinstimmung erzielt worden ist, bevor überhaupt die von den Engländern eingesetzte Palästinakommission ihre diesbezüglichen Vorschläge gemacht hatte. Man sieht also auch hier einmal wieder das abgekartete Spiel hinter den Kulissen und die Bestätigung, daß England nichts ohne und gegen das Weltjudentum zu tun wagt.

---

[3]) Morning Post vom 6. November 1922.
[4]) Morning Post vom 18. März 1922.
[5]) Evening Standard vom 6. Juli 1937.

Bei den Erörterungen über den Teilungsplan zeigten sich die von Landman erwähnten zwei Richtungen. Ormsby-Gore und damit die Regierung setzten sich für die Teilung ein, die von den extremen Juden und ihren Freunden bekämpft wurde. Dies ergab vor allem die Debatte darüber im Unterhaus am 21. Juli 1937. Es wird nicht mehr nach den vorhergehenden Ausführungen überraschen, daß zu den letzteren Lloyd George und Winston Churchill gehörten[6]). Lloyd George veröffentlichte darüber hinaus einen Artikel im „Sunday Expreß" vom 18. Juli 1937. Hierin lobte er die von den Juden geleistete Kulturarbeit in Palästina, für die bereits etwa 77 Millionen Pfund aufgewandt worden seien, und fand sehr scharfe Worte für die Unterstützung des Teilungsplanes durch die Regierung.

Die Juden haben uns noch bei anderer Gelegenheit von der Hörigkeit der britischen Regierung unterrichtet. Die „Free Preß" vom Juli 1937 bringt einen Auszug aus der jüdischen Zeitung in Amerika „California Jewish Voice" vom 7. Mai 1937. Hiernach haben die bekannten amerikanischen Juden, der Rabbiner Stephen S. Wise und Louis Brandeis, bei Roosevelt dagegen protestiert, daß während der Sitzung der Palästinakommission die jüdische Einwanderung gestoppt werden sollte. Roosevelt hat ihnen recht gegeben und darauf dementsprechend an den damaligen Außenminister Eden telegraphiert. Dieser hat natürlich dem Ersuchen stattgegeben.

[6]) Daily Telegraph vom 22. Juli 1937.

Die Schwäche Englands

Lord Shaftesbury, der große Freund der Juden, rief bereits im Jahre 1848 aus: „Nichts kann das britische Imperium vor dem Untergang retten." Selbst Disraeli war im darauffolgenden Jahre der Ansicht, daß „in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft keinerlei Hoffnungen bestehen". Auch er gab sicherlich hierfür schwerlich seinen Rassegenossen die Schuld. Der sterbende Herzog von Wellington brach im Jahre 1852 in die Worte aus: „Ich danke Gott, daß es mir erspart bleibt, das Ende des uns umgebenden Ruins zu erleben"[1]).

Alle drei Männer scheinen, wie der „Daily Expreß" zum Ausdruck bringt, unrecht gehabt zu haben, denn England ist immer noch nicht zusammengebrochen. Ist aber das nach außen hin sichtbare völlige Verschwinden der britischen Machtposition notwendig, um die Feststellungen dieser drei Männer des 19. Jahrhunderts zu bekräftigen?

Zunächst dürfen wir nicht übersehen, daß das England des 19. Jahrhunderts von keiner Weltmacht in die Schranken gefordert wurde noch gefordert werden konnte. Frankreich war von England im 18. Jahrhundert überall geschlagen worden. Ersteres hatte geniale Pläne in Nordamerika und in Indien gehabt. Gescheitert waren sie alle daran, daß sich Frankreich auf den Schlachtfeldern von Europa verzettelt und verblutet und daher nicht genügend Kräfte für die Verteidigung und den Ausbau seiner überseeischen Besitzungen hatte, um vor allem dem sich allein darauf konzentrierenden England die Spitze bieten zu können. Infolgedessen hat wohl niemand mehr geholfen, das Weltreich Großbritannien zu begründen, als Friedrich der Große und andere deutsche Fürsten. Die Versuche Napoleons, die Sünden seiner Vorgänger wieder gutzumachen, scheiterten u. a. daran, daß er sich auf einmal zu viele Feinde verschaffte und Europa gegen sich vereinigte, bevor er seinem größten Widersacher, England, den Fangstoß versetzt hatte.

Das Deutschland des 19. Jahrhunderts hatte infolge mangelnder Einigung weder die Kraft noch das Bedürfnis, eine Auseinandersetzung mit dem Weltreich zu suchen. Auch nach dem Jahre 1870 hatte es zunächst mit seinen eigenen häuslichen Angelegenheiten zu tun.

Rußland war im Krimkrieg und später mit den Kräften der verschiedenen verbündeten Mächte niedergehalten worden. Japan und Amerika schieden zu dieser Zeit ebenfalls als Widersacher aus.

Hilaire Belloc, ein führender Geschichtsforscher und Schriftsteller, macht die englische Nation auf verschiedene Veränderungen in ihrem Volkskörper aufmerksam, die nachteilig und auf ihren Krämergeist zurückzuführen seien. Reichtum und Gelderwerb be-

[1]) Daily Expreß vom 29. Oktober 1938.

deute in England zur Zeit alles. Die Landwirtschaft sei dem Untergang geweiht, weil sie mit diesen Grundsätzen unvereinbar sei[2]). Wenn Belloc es auch nicht ausdrücklich erwähnt, so möchten wir mit Rücksicht auf seine Ausführungen in einem andern Werk annehmen, daß er nicht zuletzt die Juden dafür verantwortlich zu machen sucht. Dabei vergißt Belloc in dem betreffenden Buch „The Jews" nicht, darauf hinzuweisen, daß er grundsätzlich nicht gegen sie eingestellt sei.

Nach seiner Ansicht erfreue sich der Jude in England einer sozialen Stellung, wie er sie nicht in einem andern Land der Welt finden könnte. Jede Ablehnung ihm gegenüber sei verschwunden. Er würde zu jeder Staatsinstitution zugelassen. Außerdem hätten sich die Juden einen viel weitgehenderen Einfluß erschlichen. Endlich hätten Heiraten großen Umfanges zwischen einstmaligen Angehörigen der Aristokratie und jüdischen Handelsvermögen stattgefunden.

Nach zwei Generationen wäre es zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Ausnahme gewesen, wenn in solchen englischen Familien kein jüdisches Blut vertreten war. Bei fast allen sei die jüdische Vermischung zu erkennen. In einigen Familien sei sie so stark aufgetreten, daß trotz des rein englischen Namens Aussehen und Charakter völlig jüdisch geworden seien.

Besondere jüdische Einrichtungen, wie z. B. die Freimaurerei, welche die Juden als eine Art Brücke zu ihren Gastgebern im 17. Jahrhundert begründet hätten, seien in Großbritannien bemerkenswert mächtig. Der britische Staat würde überall von ausländischen Regierungen als offizieller Beschützer der Juden in andern Ländern angesehen. England unterstütze daher jüdische finanzielle Energie in der ganzen Welt und erfahre dafür als Gegenleistung den Nutzen dieser Verbindung.

Belloc weist dann weiter darauf hin, wie allmählich in England, überhaupt in ganz Europa, in der Literatur und Geschichte eine Wandlung in der Beurteilung des Juden vor sich gegangen wäre. Der Jude würde im allgemeinen nicht mehr als der moralisch Minderwertige dargestellt. „Die feindselige europäische Einstellung gegenüber den Juden war ein geistloses Ungeheuer, die jüdische gegenüber dem Europäer ein heiliges Opfer."

Die gesamte Geschichte von Europa und von England, soweit sie mit diesem sehr wichtigen Umstand in Verbindung gebracht werden kann, war durch Vertuschung, falschen Nachdruck und unerhörtes Lügen verzerrt.

Der Laie hat meist keine Ahnung, welche Rolle die Judenfrage gespielt hat, noch kennt er die Gründe, die für seine eigene Rasse in diesen Auseinandersetzungen angeführt werden könnten.

Bei Beendigung des jüdischen Vordringens in England hätten die Juden im Verhältnis zu ihrer Zahl eine Macht dargestellt, wie

[2]) Belloc: Contemporary England: S. 59ff.

man sie noch nie in einem andern Land der Welt gesehen habe. „Jede britische Regierung hatte und hat ihren Anteil von Juden. Sie drangen in den diplomatischen Dienst und in das House of Lords ein. Sie schwärmten im Parlament, in den Universitäten und allen Abteilungen der Regierung, mit Ausnahme des Auswärtigen Amtes, und sogar dort haben Angehörige der jüdischen Nation kürzlich Zutritt erhalten. Sie sind ungeheuer einflußreich in der Presse und allmächtig in der City"[3]).

Oberstleutnant A. Lane hat in seinem Buch „The Alien Menace" nicht weniger stark auf den unheilvollen Einfluß der Juden und die damit verbundenen Nachteile hingewiesen. Wir werden noch später bei unsern eigenen Untersuchungen in dieser Hinsicht darauf zurückkommen.

Der bekannte Schriftsteller der jüngeren Generation, Beverley Nichols, hat in seiner letzten Neuerscheinung ebenfalls auf das Absinken der britischen Macht nach innen und nach außen hingewiesen. „Die gesamte Lage ist äußerst gefährlich geworden. Auf der materiellen Seite haben wir eine undisziplinierte Nation mit einer absinkenden Bevölkerung, die im Besitz eines ganz unverhältnismäßigen Anteils an den Reichtümern der Welt ist. Diese Nation . . . wird von einem Komitee von Träumern und Großvätern geführt . . . England scheint sich nicht länger Sorgen um England zu machen . . . Mit Kaltblütigkeit dulden wir Armutsviertel, die in autoritären Staaten . . . nicht für einen Monat geduldet würden."

Er fragt dann, wie spätere Geschlechter zu dem Niedergang und zu der Schwäche des britischen Imperiums Stellung nehmen werden. Sie würden versuchen, in die ihnen als Geheimnis erscheinenden Einflüsse einzudringen und sagen: „Es müssen dort gewisse geheime Dinge . . . gewesen sein, welche diese Verrücktheit verursacht haben"[4]).

In zwei anderen Veröffentlichungen sind aber nicht nur die Tatsachen des Einflusses der Juden in dem einen oder andern Sinne und der Niedergang des englischen Lebens festgestellt, sondern letzteres einwandfrei auf die Juden zurückgeführt worden.

Unter dem Pseudonym Cobbett ist vor einigen Monaten ein Buch über die Juden in England erschienen. Es ist elegant und wissenschaftlich geschrieben. Der Verfasser hat keinen Zweifel darüber, daß der Jude und nur der Jude schuld an dem Verfall der britischen Nation ist. Die Allgemeinheit glaube noch immer, in dem „guten, alten England" zu leben. Tatsächlich habe sich alles erheblich geändert. Die Juden und ihre Freunde „hätten sich mehr aus Profiten als aus Dienstleistungen gemacht. Sie hätten mehr Wert auf möglichst rasche Einnahmen gelegt als auf Produktion, und das Volk und seinen Boden nicht nur zersetzt, sondern erschöpft". Überall könne man Spuren des Verfalls feststellen. Mit der vor-

[3]) Belloc: Jews, S. 222ff.
[4]) Nichols: S. 11—19.

herrschenden Geistesrichtung könne man nicht die westliche Zivilisation gegenüber dem vordringenden Kommunismus erhalten[5]).

„Modernes englisches Leben", so schreibt Cobbett, „strotzt von Beweisen des Sieges von judaisierten Engländern und jüdischen Einflüssen." Es sei schwierig, der jüdischen Überfremdung in England dadurch Herr zu werden, daß man die Juden überall ausschließe, denn die jüdischen Anschauungen hätten schon so viele Wurzeln im Volke geschlagen, daß es beinahe jüdischer in seinem ganzen Gebaren sei als sein Herr und Meister. Eine völlige Reformation an Haupt und Gliedern sei notwendig. Diese durchzuführen, hält Cobbett für unmöglich, da die britische Nation bereits so weit heruntergekommen sei, daß sie nicht mehr die Kraft dafür aufbringen würde.

Der wohlbekannte Nietzsche-Übersetzer und Schriftsteller A. M. Ludovici, der auch im Jahre 1938 eine Vortragsreise durch Deutschland unternahm, darf vor allem nicht in der Reihe der Männer fehlen, die schonungslos den Verfall der britischen Nation aufdecken.

Er ist besonders durch seine Schriften für eine Wiedergeburt der englischen Nation durch eine Rückkehr zu den alten Tugenden in der Öffentlichkeit eingetreten. Aber schon diese seine Forderung ist einem großen Teil des englischen Volkes so abwegig, daß man es nicht einmal für nötig befindet, sich überhaupt mit der Frage zu beschäftigen. Ludovici steht auf dem Standpunkt, daß das in England herrschende System nachteilig für die Nation ist. Mindestens zwei Drittel der Bevölkerung sei unzufrieden[6]). Es bestände eine tiefe Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die zu allen möglichen unerquicklichen Erscheinungen führte. Ohne Rücksicht auf die Wohlfahrt des Volkes käme es nur darauf an, Profite zu machen. Die Gesundheit der Bevölkerung sei für die Machthaber nur noch von untergeordneter Bedeutung. Auch die für ein Volk wichtigste Forderung, die Reinhaltung der Nation von fremden, unerwünschten Elementen, sei schon seit langer Zeit vergessen worden. In Verbindung mit dieser Frage bringt Ludovici dann zum Ausdruck, daß bei der Zulassung von Fremden, insbesondere Juden, nicht die Alternative „Güte oder Härte" zu stellen sei. Vielmehr sei hierbei, wie bei allen Entscheidungen für eine Nation das Hauptgebot, das Volk in jeder Hinsicht zu erhalten. Der Jude habe dabei mitgewirkt, daß seit dem Jahre 1656 die von Ludovici gegeißelte unenglische Entwicklung vor sich gegangen sei. Dies sei auf ein allgemeines jüdisches Streben zurückzuführen. „Seit dem Einschleichen der Juden in die Gemeinschaft, mit der er zusammenlebt, ist er mehr oder weniger ein Fremder geblieben. Er und seine Freunde werden natürlich alles daransetzen, soweit wie möglich alle Schranken in jeder Gemeinschaft niederzubrechen, welche normalerweise seine fremden Eigenschaften kennzeichnen

[5]) Cobbett: S. 111ff.
[6]) Ludovici: Aristocracy, S. 85ff.

oder seine völlige Gleichberechtigung verhindern. Dies bedeutet, daß dem Machtsystem des Juden — Reichtum — von allen andern machtvollen Faktoren Widerstand entgegengesetzt wird, wie z. B. von dem Charakter mit aristokratischen Grundsätzen und Ansehen, und vor allem von der nationalen Solidarität. Unter letzterem verstehe ich Loyalität der einzelnen Klassen zueinander. Alle diese Dinge könnten nicht erkauft und infolgedessen nicht von den Juden erworben werden. Hierbei sei es gleichgültig, wie reich er ist. Wo immer der Jude zur Macht kommt, wird man finden, daß diese Dinge immer mehr außer Kurs kommen. Die Tendenz wird immer mehr vorherrschen, nationales Prestige von käuflichen Symbolen abhängig zu machen ... Die Tatsache, daß Anarchie immer Tür an Tür mit liberaler Plutokratie lebt, macht die jüdische Frage noch weit bedeutsamer. Hierbei ist vor allem nötig, sie richtig und sine ira et studio .... zu erkennen. Alle diejenigen, die in den letzten achtzig Jahren des englischen politischen Lebens die Zersetzung der gesamten Symbole von Ehre und Prestige festgestellt haben und nun sogar eigene mächtige Volksgenossen finden, die selbst diese Tendenz predigen, mögen vor allem einmal dem Einfluß der Juden und den ihnen zuletzt zufallenden Vorteilen .... nachgehen."

Zeit und Platz verbieten uns, noch weitere Ausführungen dieses britischen Schriftstellers zu bringen.

Endlich wollen wir nicht die beiden Männer vergessen, die, jeder auf seine Art, den Kampf gegen die Juden und den Verfall in England führen, nämlich Sir Oswald Mosley und A. Leese. Der letztere ist der Führer der Imperial Fascist Laegue, die bezüglich der Juden dasselbe Programm verfolgt wie wir und infolgedessen in den Juden die größte Gefahr für England sieht. Sir Oswald ist der Führer der weitaus bedeutenderen faschistischen und nationalsozialistischen Partei Englands, der eine einwandfreie antijüdische Politik betreibt, die in ihrer Begründung allerdings von der unsrigen verschieden ist. Nach dem vor kurzem veröffentlichten Programm von Sir Oswald greifen die Nationalsozialisten Englands die Juden nicht wegen ihrer Religion an, da sie jede Art von Religionsfreiheit gewähren. Auch könnten sie die Juden nicht aus rassepolitischen Gründen bekämpfen, weil sie dies nach ihrer Ansicht als untragbar für das Empire ansehen, das aus zahlreichen Rassen zusammengesetzt sei. Sie verfolgten vielmehr die Juden, „weil sie einen eigenen Staat innerhalb des Staates begründet und die Interessen ihrer Rassegenossen in England und sonstwo im Ausland über die des britischen Staates gesetzt hätten."

Ein besonders kennzeichnendes Beispiel hierfür sei, daß sie eine Weltkatastrophe durch Anzettlung eines Krieges zwischen Deutschland und England herbeiführen wollten, welcher diesmal nicht aus britischen, sondern aus rein jüdischen Motiven ausgefochten werden sollte[7]).

[7]) Mosley: S. 58—59.

Die Aufzählung dieser Männer von England, die die Judenherrschaft als Nachteil für ihr Volk bezeichnen, mag für unsere Zwecke genügen. Im folgenden wollen wir uns bemühen, diese Behauptungen einwandfrei zu beweisen. Hierbei haben wir auf die einzelnen Zweige des öffentlichen Lebens einzugehen, in denen die Beteiligung der Juden festgestellt werden kann. Wir sind uns bewußt, daß wir hierbei nur an der Oberfläche bleiben können. Denn zunächst ist es nach unserer Ansicht nicht im Rahmen der Arbeit erforderlich, erschöpfende Ausführungen z. B. über die Verjudung der Presse zu machen. Denn jedes der Gebiete würde eine langwierige Forschung erfordern, und wir sind auch dann noch nicht sicher, daß man unter dem augenblicklichen englischen System das Problem erschöpfen kann, weil z. B. die Wirtschaftsgesellschaften und sonstige finanzielle Verbindungen so ineinander verschachtelt sind, daß man schon zu den ganz Eingeweihten, d. h. also Juden und ihren Freunden, gehören muß, um alles aufdecken zu können. So werden von den Banken, um nur einen weiteren Fall zu nennen, Aktienpakete, die nicht selten die Majorität in einem Unternehmen darstellen, als Treuhänder verwaltet, ohne daß in den öffentlichen Registern festgestellt werden kann, wer der eigentliche Inhaber ist. Außerdem läßt sich der mittelbare Einfluß der Juden, also die durch irgendwelche Umstände geschaffene Abhängigkeit, in einem Wirtschaftssystem wie in England überhaupt nicht erfassen. Dabei dürfte dieser dem unmittelbaren Einwirken zumindestens nicht nachstehen, wenn er nicht sogar größer ist. Nichtsdestoweniger hoffen wir aber, durch unsere nachfolgenden Untersuchungen auch den größten Zweifler zu überzeugen, daß es wohl kaum ein Land in der Geschichte gegeben hat, das judenhöriger ist als Großbritannien.

Wieviel Juden leben im Empire?

Zunächst wollen wir noch einmal die schwierige Frage der Bevölkerungsziffer der Juden in dem britischen Empire bzw. England allein behandeln. Wir haben bereits des öfteren zum Ausdruck gebracht, daß es in der Judenfrage niemals darauf ankommt, wie stark die Juden zahlenmäßig in einem Gastland sind, sondern lediglich darauf, wie mächtig ihr Einfluß auf Staat und Wirtschaft, überhaupt auf das ganze Leben einer Nation ist. Andererseits ist die Bevölkerungsziffer der Juden nicht ganz ohne Bedeutung. Denn sie ist für die blutmäßige Vermischung eines Volkes mit den Juden von Wichtigkeit. Je größer das Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zu ihren Gastgebern ist, desto größer ist die Gefahr der rassenmäßigen Zersetzung und Überfremdung. Endlich ist die jüdische Bevölkerung das Reservoir, aus dessen untersten Schichten die Juden immer wieder eine Blutauffrischung erhalten. Sind dies doch nicht selten die Elemente, die mit ihrer triebhaften Sucht nach Geld und Macht nach vorne stoßen und dafür sorgen, daß der jüdische Vormarsch nicht aus Ermüdung der führenden Familien zum Stehen kommt.

Es ist diesmal noch weit schwieriger als früher, zu einer Schätzung zu gelangen, die mit dem 1. Januar 1939 abschließt. Wir werden uns auch hier im Interesse der Wahrung wissenschaftlicher Arbeit bemühen, das Minimum anzugeben.

Die heutige Form der amtlichen Einwanderungsstatistiken ist derart, daß man im Gegensatz zu früher kaum noch Anhaltspunkte darin finden kann. Infolgedessen sind die diesbezüglichen Bestrebungen auf weniger umfassende Hinweise zu beschränken. Dies geht bei den Dominions und überseeischen Besitzungen sogar so weit, daß wir ausschließlich auf jüdische Quellen zurückzugehen haben.

Danach werden die Ziffern der Juden in Indien mit etwa 25 000 angegeben, eine Zahl, die bei der Größe Indiens und des Einflusses der Juden in den großen Städten als zu niedrig erscheint. Es wurde uns von in Indien lebenden Engländern mitgeteilt, daß der Zustrom der Juden nach dem Jahre 1933 ziemlich bedeutend gewesen sei. Vor allem könnte man in letzter Zeit ein Überhandnehmen der Juden im Arztberuf erkennen. In leitenden Stellungen in Indien können u. a. Sir Sassoon David, Bürgermeister von Bombay, und Sir David Ezra, Bürgermeister von Calcutta, festgestellt werden[1]).

In Neuseeland besteht die Kolonie der Juden aus 5000 bis 6000 Seelen. Nichtsdestoweniger hat es dort schon ein Jude, nämlich Sir Julius Vogel, zum Erstminister, und ein anderer, Sir Michael Meyers, zum Chief Justice, gebracht[2]).

---

[1]) Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.
[2]) Jewish Chronicle vom 15. Mai 1936. Jewish Year Book (1938): S. 343.

Auch der Anteil der Juden an der Bevölkerung Australiens ist nach ihrer eigenen Darstellung nur gering. Die ersten Siedler haben sich bereits im Jahre 1821 eingestellt. Heute sollen dort 22 000—23 000 Juden bei einer Bevölkerung von etwa 6½ Millionen sein. Wie immer findet man sie in den großen Städten. 10 000 sollen sich in Sidney, 9000 in Melbourne, 500 in Adelaide, 400 in Brisbane und 2000 in Perth befinden. Sie betätigen sich hauptsächlich in Handel und Finanz. Ihr Einfluß ist sehr erheblich. Unter den führenden Juden ragen vor allem hervor Sir Julian Salomons, Chief Justice H. E. Cohen, Richter am Obersten Gericht in Neu-Wales, Sir Isaac Isaacs, und der bereits oben genannte Attorney General und spätere Generalgouverneur der Commonwealth, Sir John Monash, der das australische Expeditionskorps in Frankreich führte. Die Zahl der Juden, welche im Parlament und in hohen Stellungen gewesen sind, ist Legion. Mit besonderer Genugtuung stellen die Juden fest, daß nicht eine Spur von Antisemitismus in Australien zu finden sei und viele Mischheiraten stattfänden[3]).

Wie stark der Einfluß der Juden in Australien sein muß, ersieht man daraus, daß sich Australien Ende 1938 als erstes Land bereit erklärt hat, in den nächsten drei Jahren 15 000 Juden anzusiedeln. Man will dies dadurch erklären, daß in den Tagen der September-Krise 1938 das Gerücht im Umlauf gewesen sei, die Japaner hätten bereits mit einer großen Flotte in der Nähe von Neu-Guinea gekreuzt, um im Falle einer Kriegserklärung in Europa sofort in Australien zu landen. Erst durch diese Gefahr hätte man die dünne Besiedlung des Kontinents als einen schweren Nachteil angesehen und infolgedessen müsse man also neue Siedler zur Verteidigung des Landes herbeirufen. Wir fürchten nur, daß die Australier in diesem Punkt eine schwere Enttäuschung erleben werden, denn wir wundern uns, daß man nicht zumindestens Anstrengungen gemacht hat, die allerdings auswanderungsmüden Engländer aus Europa einzuladen[4]).

In Kanada ist eine im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung von etwa 13 Millionen starke Judenkolonie von etwa 200 000 festzustellen. Die Juden selbst machen darüber keine einheitlichen Angaben. Sie geben die Judengemeinde mit 156 176 bzw. 160 000 Personen an, während sie in einem Atemzug die Gesamtzahl als doppelt so groß wie die von Australien und Südafrika bezeichnen. Dies würde aber die Ziffer von 200 000 nicht unerheblich überschreiten. Nach London finden wir in Kanada auch die zweitgrößte jüdische Bevölkerungsziffer des britischen Imperiums, nämlich Montreal mit 58 000 Juden. Auch Toronto hat mit 45 000 Hebräern einen starken jüdischen Prozentsatz aufzuweisen. Es überrascht daher nicht, daß sich bereits in Kanada stärkere

[3]) Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.
[4]) Jewish Chronicle vom 28. Dezember 1938.

Kräfte unter der Führung von H. H. Beamish regen, die den Juden und ihren Freunden den Kampf angesagt haben[5]).

Bereits oben haben wir anläßlich der Ausführungen über die Gründe zum Burenkrieg mitgeteilt, in welchem Maße damals Südafrika verjudet war und das gesamte Leben von den Hebräern beherrscht wurde. Das dies unter britischer Herrschaft nicht geringer geworden ist, braucht kaum erwähnt zu werden. Im Gegenteil, der Burenkrieg war ja bekanntlich deshalb geführt worden, um Juden und Briten den unermeßlichen Reichtum dieses Landes zu sichern.

Es ist daher nicht erstaunlich, zu finden, daß selbst nach den Angaben der Juden in einer weißen Gesamtbevölkerung von etwa zwei Millionen nicht weniger als 95 000 ihrer Rassegenossen dort gesiedelt haben. Diese Zahl wäre sicherlich noch erheblicher geworden, wenn nicht trotz allen äußeren Widerstandes der dortigen Juden Gesetze über Einwanderungsbeschränkungen ergangen wären. Bereits seit dem Jahre 1930 war daher angeordnet, daß die jährliche Einwanderung von Ost- und Südeuropa nicht die Ziffer von 50 überschreiten dürfe. Gemäß einem neuen Gesetz aus dem Jahre 1937 ist es Juden überhaupt verboten einzuwandern.

Wir können uns bei dieser Gesetzgebung nicht ganz des Gedankens erwehren, daß die Juden in Südafrika hinter den Kulissen mit diesen Maßnahmen einverstanden gewesen sind. Denn bei der völligen Verjudung des Landes mußten sie bei einem weiteren Zustrom jüdischer Elemente damit rechnen, daß der Antisemitismus immer weiter um sich greifen würde. Denn schon heute besteht eine solche starke Partei unter der Führung eines früheren Ministers, Dr. D. F. Malan[6]). Seine Bewegung ist außerordentlich aktiv. Nach ihrer öffentlichen Stellungnahme würde sie im Falle einer Machtergreifung nicht zögern, dieselben Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen, wie bei uns. Dr. Malan hat in Versammlungen behauptet, daß trotz des Verbotes die jüdische Einwanderung im geheimen weiter vor sich ginge. Die Bevölkerung ist zum Teil in ihrem Unwillen bereits so weit gegangen, den Versuch zu unternehmen, eine Synagoge in die Luft zu sprengen bzw. auf andere Weise zu zerstören[7]).

Es ist unmöglich, hier den Einfluß der Juden in Südafrika aufzuzeichnen. Es bedarf dazu einer besonderen Arbeit. Wir wagen zu behaupten, daß trotz der Macht der Juden in den Vereinigten Staaten ihr Streben nach Weltbeherrschung zusammenstürzen wird, wenn sie mit England gegen Südafrika verlieren sollten. Denn von dem letzteren kommt zur Zeit der größte Reichtum der Juden, da, wie wir noch unten zeigen werden, die Gold- und Diamantenindustrie einschließlich der weiteren Wirtschaftszweige fast aus-

[5]) Jewish Chronicle vom 7. Mai u. 8. September 1937. Jewish Year Book (1938): S. 343.
[6]) Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.
[7]) Jewish Chronicle vom 8. September 1937, 18. November u. 2. Dezember 1938.

schließlich in ihren Händen sind. Dies drückt sich auch darin aus, daß der Jude Sir David Harris viele Jahre hindurch das Haupt der gesamten Diamantenindustrie gewesen ist. Sein Nachfolger war Sir Ernest Oppenheimer, zur Zeit der maßgebende Mann in der Gold- und Kupferindustrie von Rhodesien, wo eine verhältnismäßig sehr starke Judengemeinde ist. Die letzte Zählung durch die Juden gibt für Südafrika und Rhodesien eine Gesamtzahl von 102 000 an[8]). Demnach beträgt die Judenkolonie 7000 Seelen in Rhodesien. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 60 000 Weißen stellt dies einen sehr hohen Anteil dar.

Der überragende Einfluß der Juden in der Wirtschaft von Südafrika ergibt sich daraus, daß die Juden Sir Lionel Philipps, Sir Ernest Oppenheimer, Sir George Albu, Louis Reyersbach und Ernest Friedlander zu den früheren Präsidenten der Bergwerkskammer zählen.

In der Regierung, Verwaltung und Politik haben die Juden höchste Posten bekleidet. So war Sir Richard Solomon Gouverneur von Transvaal und später Oberkommissar in London. Ihm fallen hauptsächlich die Aufgaben eines Gesandten im Verkehr zwischen der Imperialen Regierung in London und der seines Landes zu. Sir Ernest Solomon war Mitglied der Regierung von Transvaal, und Sir William Solomon Chief Justice von Südafrika. Viele Juden wurden neben den bereits Genannten in den Ritterstand erhoben, so u. a. Sir Siegmund Neumann.

Im Parlament findet man an führender Stelle G. Hartog, C. P. Robinson, Morris Alexander und Sir Ernest Oppenheimer. Jede Stadt von Bedeutung in Südafrika und Rhodesien hat bereits ihren jüdischen Bürgermeister gehabt[9]).

Diese Mitteilungen über die Hauptzentren der Juden im britischen Imperium mögen genügen. Es soll nur noch bemerkt werden, daß sie allgemein dort anzufinden sind, wo immer die Möglichkeiten für gute Verdienste bestehen. So beherrschen sie von altersher die Zuckerindustrie auf den Westindischen Inseln. Gerade heute, Anfang des Jahres 1939, hören wir wieder von den dortigen Unruhen, die, wie uns von Augenzeugen mitgeteilt wird, durch geradezu mittelalterliche Zustände hervorgerufen sind.

Die Feststellung der Gesamtbevölkerung der Juden in den Dominien und den überseeischen Besitzungen von Großbritannien ist außerordentlich schwer. Die Juden dürften auf Grund ihrer Schätzungen auf etwa 330 000 bis 350 000 Personen kommen. Bereits oben haben wir unsere Bedenken über derartige Statistiken dargelegt. Abgesehen davon müssen auch die Juden zugeben, daß sie nur die Konfessionsjuden erfassen. Wir gehen aber bekanntlich weiter und schließen jeden Rassenjuden in unsere Schätzungen ein. Daß der Prozentsatz der getauften Juden nicht klein ist, haben die amtlichen Erhebungen nach dem Jahre 1933 in Deutschland ergeben.

[8]) Jewish Year Book (1938): S. 344.
[9]) Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.

Daneben haben die diesbezüglichen Untersuchungen in Deutschland und kürzlich in Italien gezeigt, daß frühere Statistiken, ganz gleich welcher Art, immer zu niedrig gewesen sind. Dies liegt daran, daß Juden oder auf ihre Veranlassung Judenhörige sie veröffentlicht haben. Beide hatten ein Interesse daran, die Ziffern so niedrig wie möglich zu halten. Endlich gibt es viele Juden, die bei amtlichen Erhebungen sich nicht als solche aufführen lassen, wie gerade in England von der „Jewish Chronicle" vom 6. Januar 1939 zugegeben wird.

Nach alledem tragen wir keine Bedenken, die Bevölkerung der Juden im Britischen Imperium unter Ausschluß des Mutterlandes, womit wir uns anschließend beschäftigen wollen, auf 500 000 zu schätzen.

Nach unseren obigen Ausführungen schätzten wir die Anzahl der Juden in England bis zum Jahre 1914 auf 900 000, die Juden dagegen schätzten etwa 250 000. In ihrer Statistik für das Jahr 1938 haben sie die Ziffer für die Gegenwart mit 333 000 angegeben, mithin ist nach ihrer Ansicht eine Vermehrung von fast genau einem Drittel eingetreten. Um es vorwegzunehmen, auch wir möchten uns diesem Prozentsatz anschließen, aber nicht von der Ziffer 250 000, sondern selbstverständlich von 900 000. Infolgedessen kommen wir auf eine eigene Schätzung von etwa 1 200 000 abschließend mit dem 1. Januar 1939.

Bereits am 6. Juli 1930 konnte man in der Zeitung „People" die Feststellung machen, daß England zu dieser Zeit 1 500 000 Ausländer habe, von denen $^9/_{10}$ aus dem früheren russischen Reich stammten. Wir haben bereits früher gesehen, daß die Ankömmlinge von Osteuropa fast ausschließlich Juden waren, so daß nach dieser Schätzung unsere Ziffer nicht übertrieben scheint, zumal nach der Machtergreifung durch Adolf Hitler und der Rückkehr der Ostmark und des Sudetenlandes die Einwanderung nach England, wie wir noch unten sehen werden, ungeahnte Ausmaße angenommen hat.

A. M. Ludovici hat bereits im Jahre 1926 die Zahl der Juden mit einer Million angegeben[10]). Auch er zögert heute nicht, wie er uns persönlich erklärte, eine höhere Ziffer anzunehmen.

Welche Umstände sprechen nun dafür, daß die von uns von den Juden übernommene Zahl der prozentualen Vermehrung auch einigermaßen den Tatsachen entspricht?

Hierzu müssen wir zunächst die Zeit nach dem Krieg in zwei Einwanderungsperioden unterteilen, nämlich in die nach Kriegsende und diejenige nach der Machtergreifung Adolf Hitlers.

Mit Recht hat der Zionistenführer Jabotinsky bereits im Jahre 1916 darauf hingewiesen, daß nach dem Kriege Tausende von Juden ohne jede Mittel aus Rußland nach England kommen würden[11]).

[10]) Ludovici: Conservatism, S. 155—156.
[11]) Jewish Chronicle vom 30. Juni 1916.

Die Einwanderung soll dann auch bald nach Friedensschluß einen erheblichen Umfang angenommen haben. Mr. Collieson, Generalsekretär der National Free Labour Association, teilte mit, daß sich im Jahre 1921 etwa 3000 Ausländer wöchentlich in England niederließen. Sie seien in Lumpen gehüllt und mit Läusen bedeckt[12]). Auch im nächsten Jahr scheint die Einwanderungswelle noch nicht abgeflaut zu sein. Die nationalen Kreise mußten mit Schrecken feststellen, daß die Zahl der Ausländer von Tag zu Tag zunahm, und Briten, die ihr Land verteidigt hatten, um Arbeit und Brot brachten[13]).

Die Einwandererstatistiken der Regierung sind für unsere Zwecke untauglich, da man die Ziffern der Einwanderung denen der Auswanderung gegenüberstellt und anscheinend nur im Falle des Überschusses der ersteren Kategorie nachteilige Folgen feststellen zu können glaubt. Über die Unhaltbarkeit einer solchen Auffassung haben wir bereits oben Ausführungen gemacht und möchten es dabei bewenden lassen.

Nichtsdestoweniger können wir aus einigen amtlichen Äußerungen gewisse Rückschlüsse für unsere Schätzung ziehen. Am 25. November 1924 machte der damalige Innenminister Sir W. Joynson-Hicks anläßlich eines Empfangs von Mitgliedern der National Citizens Union, die in dieser Angelegenheit bei ihm vorstellig geworden waren, interessante Ausführungen. Danach hatten in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 321 451 Ausländer das Land betreten, während nur 311 576 das Land verlassen hatten. Mithin seien 10 000 Ausländer im Lande geblieben. Nach den ihm vorliegenden Unterlagen seien 272 862 Ausländer polizeilich gemeldet. Dies sei sogar einige Hundert weniger als in den Jahren 1922 und 1923[14]).

Auch hier tragen wir unter Bezugnahme auf die obigen diesbezüglichen Ausführungen kein Bedenken, anzunehmen, daß von diesen gemeldeten Ausländern 75 % Juden gewesen sind. Vergessen wir hierbei nicht, daß die Jugendlichen unter 16 Jahren nicht gezählt worden sind.

Anscheinend war im Jahre 1927 die Frage der Einwanderung Gegenstand der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Sir W. Joynson-Hicks war auch zu dieser Zeit Innenminister und teilte im Parlament vom 14. Juli mit, daß 367 000 Ausländer das Land betreten hätten, jedoch fast die gleiche Zahl wieder abgereist sei. 53 000 Ausländer seien zur Zeit als im Lande ansässig gemeldet. Im Jahre 1924 seien 935, im nächsten Jahre 1074 und im Jahre 1926 1345 Ausländer naturalisiert worden. Er benutze die Tatsache des Ansteigens der Einbürgerungen im vorhergehenden Jahre als Beweis dafür, daß die gegen ihn erhobenen Vor-

[12]) Daily Graphic vom 24. Mai 1921. Banister: S. 81.
[13]) British Legion vom November 1922. Banister: S. 104.
[14]) Annual Register: Bd. 166, S. 125—126.

würfe seiner Voreingenommenheit gegen Fremde unbegründet seien[15]).

Im Sommer 1927 hat es das House of Lords unternommen, ein Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung zu behandeln. Mit Befriedigung stellt das „Annual Register" im Dezember des gleichen Jahres fest, daß „die verhaßte Gesetzesvorlage wegen Beschränkung der Einwanderung ... infolge Zeitmangels fallengelassen worden sei ..."[16]).

Die Gesamtheit der Ausführungen über die erste Einwanderungsperiode nach dem Kriege dürfte gezeigt haben, daß wahrscheinlich schon in dieser Zeit die von uns angenommene Erhöhung von 300 000 Personen eingetreten ist. Die letzten Zweifel sollten aber schwinden, wenn man nachfolgende Mitteilungen über die Zeit nach dem Jahre 1933 erfahren hat.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die Judenabwanderungen von Groß-Deutschland einschließlich der Ostmark und des Sudetengaues zum großen Teil nach den westlichen Ländern — England und Frankreich — erfolgten.

Auch hier ist es schwierig, amtliche Ziffern zu erhalten. Selbst soweit sie zur Verfügung stehen, haben wir große Bedenken, sie als richtig anzusehen. Einmal dürfte es eine nationale Eigenart der Engländer sein, daß sie allgemein kein Organisationstalent besitzen und infolgedessen Schwierigkeiten haben, eine einwandfreie Statistik herzustellen. Zum andern kommen aber immer wieder Fälle zur Kenntnis der Öffentlichkeit, in denen Juden auf irgendeine Weise unter Umgehung der Einwanderungsgesetze in England landen[17]).

Alsdann gibt es Heiratsbüros in London, die Engländer ausfindig machen, welche bereit sind, hier eintreffende ausländische Jüdinnen zu heiraten. Die betreffenden Engländer erhalten eine gewisse Summe und sonstige Zuwendungen dafür. Nach der standesamtlichen Trauung gehen die Personen auseinander und sehen sich meistens nicht wieder. Die Jüdin hat aber dadurch die britische Staatsangehörigkeit erhalten.

Endlich tun die Behörden einschließlich des augenblicklichen Innenministers, Sir Samuel Hoare, alles, um den Juden jede Erleichterung für die Einwanderung zu verschaffen.

Wie immer brauchen wir dies nicht etwa aus der allgemein bekannten Judenfreundlichkeit des jetzigen Systems in Großbritannien zu folgern, sondern die Juden und ihre Freunde versorgen uns mit den notwendigen Einzelheiten.

Die Juden haben eine Organisation mit Namen „Shelter", die in enger Verbindung mit dem Innenministerium steht. Nach den Mitteilungen der Juden aus den Jahren 1928 und 1929 erhält

---

[15]) Annual Register: Bd. 169, S. 69.
[16]) Annual Register: Bd. 169, S. 78, 126.
[17]) U. a. Times vom 7. Januar 1939.

diese fast immer die notwendige Einwanderungserlaubnis für Juden, deren Verwandten bereits in England sind[18]).

Am besten zeigt sich aber die Hilfsbereitschaft der betreffenden Behörden durch Sir Samuel Hoare. Der Vorsitzende einer Judendelegation suchte ihn im April 1938 zu einer Besprechung auf und teilte anschließend sein Entzücken über den Empfang beim Innenminister mit. Sir Samuel sei nicht nur entgegenkommend gewesen, sondern „gab seiner echten und aufrichtigen Sorge über diese Bedauernswerten Ausdruck. Er könne sich keiner Unterredung mit einem Minister erinnern, die in so freundlicher und anheimelnder Weise vor sich gegangen sei“[19]). Von den eigenen Äußerungen Sir Samuels mag nur eine erwähnt werden, die er im Mai 1938 anläßlich eines Vortrages auf der Rotary-Club-Konferenz in Blackpool gemacht hat. Nach seinen Ausführungen könnte gemäß der demokratischen Ethik nicht genug für die Juden getan werden[20]).

Für die amtlich zugegebenen Ziffern der jüdischen Einwanderung sind wenig Anhaltspunkte vorhanden. So teilte Sir Samuel Hoare im Parlament mit, daß im März 1938 allein 1317 Einwanderer aus Österreich in England zugelassen seien[21]). Daß dies fast ausschließlich Juden gewesen sind, dürfte kaum zu bezweifeln sein. Wie viele daneben aus Deutschland und aus den sonstigen Teilen Europas eingetroffen waren, hat er nicht ausgeführt. Sicherlich sind es zumindest ebenso viele gewesen. Ende November 1938 machte Sir Samuel Hoare auf die Anfrage eines Abgeordneten hin eingehende Mitteilungen über die Einwanderung sogenannter Flüchtlinge. Danach sollen seit dem Jahre 1933 10 974 dieser Art in England festgestellt sein. Hierbei ist natürlich noch nicht geklärt, auf Grund welcher Begriffsbestimmung die Klassifizierung dieser Personen erfolgt ist. Es sieht so aus, als ob eine ganze Anzahl von Personen, die nach unserer Ansicht zur jüdischen Einwanderung zu rechnen sind, nicht in die Schätzung eingeschlossen wurden. Denn unmittelbar danach wurden die Statistiken von Deutschen mit einer Gesamtzahl von 21 871 und sogenannten Österreichern mit 16 006 angegeben. Die Gesamtsumme beträgt also 37 877. Hierbei sind wiederum nicht Personen unter 16 Jahren berücksichtigt worden, so daß noch ein weiteres Viertel dieser Summe hinzuzufügen ist[22]). Nach alledem kann man also mit etwa 50 000 deutschen Staatsangehörigen rechnen, zu denen die als Flüchtlinge bezeichneten Personen noch hinzuzurechnen sind. So kommt man auf etwa 60 000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, und unter Berücksichtigung unseres Schlüssels von 75 % auf etwa 45 000 Juden. Wer einigermaßen Überblick über die Gesamtlage hat, kann über diese amtlichen Ziffern nur lächeln.

[18]) Jewish Chronicle vom 29. März 1928 u. 28. März 1929.
[19]) Jewish Chronicle vom 15. April 1938.
[20]) Observer vom 8. Mai 1938.
[21]) Jewish Chronicle vom 8. April 1938.
[22]) Jewish Chronicle vom 2. Dezember 1938.

Fast jede Woche berichten sogar englische Zeitungen über die Ankunft von Massentransporten jüdischer Einwanderer. So schreibt der „Daily Expreß" vom 20. Oktober 1938, daß die Regierung 150 Einreisegenehmigungen für Ankömmlinge aus der Tschecho-Slowakei bewilligt habe. Am 1. November teilt dieselbe Zeitung mit, daß die Einreise der ersten 34 der in allernächster Zukunft zu erwartenden 350 „Anti-Hitleriten" bevorstehe. Gleichzeitig veröffentlicht sie ein Bild, welches die Ankunft dieser Betreffenden zeigt. Nicht bei einem der auf dem Bilde Befindlichen haben wir einen Zweifel, daß sie Juden sind. Ende November teilte Sir Samuel Hoare im Parlament mit, daß eine unbeschränkte Zahl jüdischer Kinder in England zugelassen werden würde[23]). Schon am 29. November trafen nach einer Meldung des „Daily Expreß" 300 jüdische Kinder, etwa eine Woche später tausend von Wien ein, die den ersten Transport von insgesamt 3000 Kindern aus der betreffenden Stadt darstellten[24]).

Wider Erwarten haben uns zwei englische Zeitungen einen gewissen Anhaltspunkt für unsere Schätzung gegeben. Ende Oktober 1938 gelang es ihnen, die letzte amtliche Gesamtziffer für nicht eingebürgerte Ausländer bis zum Mai 1938 beim Innenministerium festzustellen. Merkwürdigerweise sind Ziffern für alle folgenden Monate bis zur Niederschrift dieser Zeilen, Januar 1939, nicht erhältlich. Danach waren bis Ende des genannten Monats 196 852 Personen der obengenannten Kategorie in England und Wales polizeilich gemeldet. Mit Recht weist die eine Zeitung darauf hin, daß die Ziffer sicherlich ganz erheblich mit Rücksicht auf die Ereignisse in Österreich und der Tschecho-Slowakei gestiegen sei. Ferner sollte hierbei nicht übersehen werden, daß die Ausländer in Schottland und Irland nicht erfaßt seien[25]). Wir möchten noch hinzufügen, daß nach Mai 1938 Umstände in Italien, Ungarn, Polen und Rumänien eingetreten sind, die auch von dort verstärkte jüdische Einwanderermassen nach Großbritannien gebracht haben dürften.

Von der immer mehr steigenden Überfremdung bzw. Verjudung des britischen Volkes sprechen auch die Einbürgerungsziffern eine beredte Sprache. In sechs Monaten des Jahres 1938, nämlich von März bis September, sind ebenso viele Ausländer naturalisiert worden wie im ganzen Jahre vorher[26]). Allein in den beiden letzten Monaten des Jahres 1938 sind mindestens etwa 130 Namensänderungen von Juden erfolgt, die einen englischen Namen angenommen haben[27]). All die Abrahams, Isaacs, Levys usw. werden nun Morris, Lewis usw., — Namen, die vor 50 Jahren noch auf rein englische Familien schließen ließen.

---

[23]) Daily Expreß vom 22. November 1938.
[24]) Daily Expreß vom 13. Dezember 1938. Daily Telegraph v. 6. u. 8. Dezember 1938.
[25]) Sunday Expreß vom 23. Oktober 1938. Daily Mail vom 2. Januar 1939.
[26]) Sunday Expreß vom 23. Oktober 1938.
[27]) London Gazette (1938): S. 6856—8226.

Nach alledem haben wir kein Bedenken, daß sich die jüdische Gesamtbevölkerung in Großbritannien seit dem Jahre 1914 um 300 000 Personen vermehrt hat. Hierbei ist genau wie bei unserer ersten Schätzung nicht der Geburtenüberschuß berücksichtigt worden. Dabei dürfte dieser Prozentsatz nicht gering sein. Die Weltbevölkerung der Juden betrug nach ihren eigenen Statistiken im Jahre 1914, dem Jahre unserer ersten Schätzung, 13 168 924[28]), und im Jahre 1938 16 113 000[29]). Danach hat eine Vermehrung von etwa 20 bis 25 % stattgefunden, die, auf England und unsere für das Jahr 1914 gefundene Ziffer angewandt, ohne irgendwelche Einwanderung beinahe dasselbe Ergebnis zeitigen würde. Wenn wir daher Einwanderung plus Geburtenüberschuß mit 30 % gleich 300 000 eingesetzt haben, dürften wir bei der Gesamtschätzung mit 1 200 000 nur das Minimum festgestellt haben. Danach kommen wir für das britische Imperium unter Berücksichtigung der Ausführungen bezüglich der Dominions und überseeischen Besitzungen auf 1 700 000 Juden.

Wir können nicht der Schätzung der von Leese geführten Bewegung beitreten, die allein für das Mutterland auf eine Ziffer von 2½ bis 3 Millionen kommt[30]). Auch die von dieser genannte Ansicht von Lord Northcliffe, wonach im Jahre 1919 die jüdische Bevölkerung von London bereits 1½ Millionen betragen hat, dürfte nicht allzu ernst genommen werden[31]).

[28]) Jewish Year Book (1915): S. 167ff.
[29]) Jewish Year Book (1938): S. 343ff.
[30]) Fascist vom April 1937.
[31]) Clarke: S. 125.

England unter jüdischer Führung

Nun haben wir uns der Frage zuzuwenden, inwieweit die Juden tatsächlich auf den einzelnen Gebieten des öffentlichen Lebens entweder eine beherrschende Stellung oder zumindestens einen unverhältnismäßig großen Einfluß gewonnen haben. Wir möchten nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß die Untersuchungen im Rahmen dieses Buches nur beschränkt gestaltet werden können; es bleibt der Zukunft im Falle der Überwindung des augenblicklichen judenfreundlichen Systems in Großbritannien überlassen, unter Zuhilfenahme der dann vielleicht zugänglichen amtlichen Quellen und Archive ebenso erschöpfende, wie hoffentlich abschließende Veröffentlichungen herauszugeben.

Es ist bereits oben ausgeführt, daß am Hofe in allernächster Nähe des Königs Personen mit jüdischem Blut bzw. mit jüdischen Verbindungen sind. Wir denken hierbei an Lord Herschell und Lord Mountbatten. Auch aus sonstigen Begebenheiten zeigt sich die Judenfreundlichkeit des Hofes.

So hören wir von einem Essen des Königs mit Sir Isaac Isaacs, dem früheren Generalgouverneur von Australien[1]). Ganz besonders wurde diese Einstellung des Hofes bei den Krönungsfeierlichkeiten im Jahre 1937 offenbar. Der schon oft erwähnte Herbert Samuel wurde zum Peer gemacht und J. S. Elias, der Zeitungsmagnat, zum Baron. L. S. Sterling mit seinem großen wirtschaftlichen Einfluß und Maurice Block mit seinen Ämtern in städtischen Verwaltungen wurden in den Ritterstand erhoben. Zahlreiche andere Ehrungen wurden anderen Juden zuteil.

Bei den Krönungsfeierlichkeiten in der Westminster Abtey, zu denen nur die ganz Auserwählten zugelassen wurden, waren auch verschiedene Juden anwesend. Darunter befanden sich der Oberrabbiner von England, der Präsident der Postsparkasse und eifrige Zionist Leon Simon, Mr. und Mrs. Ben Zvi und Mr. S. D. Fresco als Mitglieder des Finanzministeriums[2]).

Bei den nachfolgenden Festlichkeiten am Hofe waren Juden in nicht geringer Zahl vertreten. Sie wurden teils durch Rassegenossen, teils durch führende Engländer und Engländerinnen eingeführt. Gemäß der darüber veröffentlichten Anwesenheitsliste wurden vorgestellt:

Miß Ruth Ezra durch ihre Mutter, Frau Alfred Ezra;
Lady Franklin durch Lady Samuel;
Mrs. Adrian Franklin durch ihre Schwiegermutter Lady Franklin;
Mrs. Cecil Kahn durch ihre Mutter Mrs. Frank Pollitzer;
Miß Pamela Laski durch Lady Roßmore;

[1]) Jewish Chronicle vom 15. Mai 1936.
[2]) Jewish Chronicle vom 14. Mai 1937.

Mrs. John Makower durch ihre Mutter Lady Franklin;
Lady Mancroft durch Mrs. Stanley Baldwin;
Mrs. Frank Pollitzer durch Lady Simon;
Die Hon. Rosetta Samuel durch ihre Mutter Lady Mancroft;
Miß Clarice Joseph durch Lady Joseph;
Mrs. Edward Judah durch die Marchioneß of Zetland;
Miß Mathilde Marks durch the Hon. Mrs. Patrick Johnstone;
Miß Ann Mocatta durch ihre Mutter Mrs. Owen Mocatta;
Miß Daphne Sebag-Montefiore durch Mrs. Vincent Massay;
Mrs. Alfred Salmon durch Lady Salmon.[3])

Bei den kurz darauffolgenden weiteren Festlichkeiten am Hofe wurden u. a. folgende Personen vorgestellt:

Lord Mancroft durch Sir George Penny. M. P.;
Mr. Montagu Lyons, M. P., durch den Luftfahrtminister;
Oberstleutnant Alroy Cohen durch den Kolonialminister;
Siegmund Samuel durch den Oberkommissar von Canada.[4])

Auch bei den Gartenfesten im Buckingham Palast stellen wir neben vielen anderen Juden Sir Philipp und Lady Hartog, Mr. Leon Simon, Oberst, und Mrs. H. L. Nathan fest[5]).

Auch sonst verkehren bekannte Juden mit allen Mitgliedern der königlichen Familie. So waren bei einem kleinen Dinner der Schwester des Königs und ihres Gatten, des Earl of Harewood, einem der höchsten Freimaurer des Landes, allein fünf Juden, nämlich Lord und Lady Duveen, Sir Leonard und Lady Franklin und Sir Percy Harris zugegen[6]).

Derartige Begebenheiten sind so zahlreich, daß sie unmöglich alle genannt werden können. Die aufgezählten Beispiele mögen hier genügen.

Die Juden können sich auch nicht über mangelnde Verleihung von Orden und sonstigen Auszeichnungen beklagen. So erhielt Percy Cohen kürzlich vom König die Insignien des Commander of the British Empire[7]). Ezekiel Cohen, einer der höchsten Beamten in der Kolonie Basutoland, ist zum Mitglied des Imperial Service Order gemacht worden. Mit ihm zusammen wurden auch andere Juden, wie der Rabbiner David Isaac Freedman, Mrs. Zara Baar Aronson und Avinoam Yellin ausgezeichnet[8]). Auch bei der gerade erfolgten Verteilung der Ehrungen anläßlich des Jahreswechsels 1938/39 konnten die Juden gut abschneiden. Dr. Adolphe Abrahams, Dekan vom Westminster Hospital, Robert Mayer, bekannter Musiker, und Oberst Benjamin Hansford, ein Mitglied der Börse, wurden in den Ritterstand erhoben. Andere Juden erhielten

[3]) Jewish Chronicle vom 14. Mai 1937.
[4]) Jewish Chronicle vom 4. Juni 1937.
[5]) Jewish Chronicle vom 30. Juli 1937.
[6]) Jewish Chronicle vom 4. Juni 1937.
[7]) Jewish Chronicle vom 21. Februar 1936.
[8]) Jewish Chronicle vom 26. Juni 1936.

ebenfalls Auszeichnungen[9]). Der Bruder des ersteren ist Chief Justice von Ceylon und ebenfalls Ritter[10]). Diese kurzen Hinweise in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren mögen weiterhin ein Beispiel dafür sein, wie sehr die Juden in der Gunst des Hofes stehen.

Schon in den vorhergehenden Ausführungen haben wir des öfteren in Verbindung mit anderen Fragen auf die Verflechtungen des Adels mit den Juden hingewiesen. Dies soll auch in Zukunft geschehen. Hier möchten wir hauptsächlich auf solche Familien hinweisen, die sonst keine besondere Erwähnung finden würden.

Baron William Burnham gehört zu diesen. Bekanntlich haben die englischen Adelsgeschlechter neben ihren Adelsnamen noch ihre frühere Familienbezeichnung. Diese lautet heute für Lord Burnham Lawson, früher jedoch Levy. Seine Vorfahren waren die Gründer des Daily Telegraph und so können wir verstehen, wie diese Zeitung sich am Ende der Emanzipationskämpfe nicht genug tun konnte, sich für die Sache der Juden einzusetzen. Die Schwester des Vaters des gegenwärtigen Lord Burnham heiratete Major J. S. Coke, einen Sohn des Grafen von Leicester. Er ist seit dem Jahre 1937 Gentleman Usher in Ordinary beim König.

Ferner finden wir noch Baron Herman Michelham mit dem Familiennamen Stern, und Baron Percy de Worms, der Barrister ist. Viscount Erleigh ist der Sohn des jetzigen Marqueß Reading mit dem Familiennamen Isaacs. Ferner finden wir die Barone Philip Montefiore Magnus, Lionel Faudel Philipps, Vorsitzender der Firma Faudels Ltd., und Michael Bernard Oppenheimer als Volljuden. Letzterer hat eine Tochter von Sir Robert G. G. Harvey, eine andere Tochter von Sir Robert hat Captain H. H. Balfour geheiratet. Letzterer ist Mitglied des Parlaments und Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium.

Baron A. Foley hat die Tochter des Juden H. Greenstone aus Südafrika geheiratet. Die Mutter des jetzigen Barons John Peter Fitzgerald war eine Jüdin namens Bischofsheim. Seine Frau scheint uns keine Jüdin zu sein. Sie macht aber gerade augenblicklich viel von sich reden, da sie eine Juwelensammlung zugunsten jüdischer Emigranten veranstaltet, die sogar den Namen „Lady Fitzgeralds Jewel Fund" trägt.

Es dürfte nicht uninteressant sein, daß der Sohn und Erbe des jetzigen Außenministers Viscount Halifax ein Mitglied der Familie Rothschild geheiratet hat. Die Gattin des Marqueß von Cholmondeley ist die Schwester des bereits des öfteren erwähnten Sir Philip Sassoon. Der erstere nennt nicht weniger als 24 000 Acres, also rd. 38 400 Morgen, sein eigen.

[9]) Jewish Chronicle vom 6. Januar 1939.
[10]) Observer vom 8. Januar 1939.

Der Marqueß of Castle Stewart hat eine Jüdin Eleanor Guggenheim aus New York zur Frau, ebenfalls der Marqueß of Tweeddale, der eine Tochter von Mrs. Lewis Einstein geheiratet hat. Letzterer hat 40 000 Acres, bzw. etwa 64 000 Morgen Land. Die Barone John Blunt und Thomas Colyer-Fergusson sowie der Viscount Bledisloe haben ebenfalls Jüdinnen zur Frau. Hierzu gehört endlich auch Baron Howard de Walden, dem fast die ganze Oxford Street, eine der Hauptgeschäftsstraßen Londons, gehört.

Dieser kurze Überblick in Verbindung mit den früheren und noch folgenden Mitteilungen wird schon eine gewisse Erkenntnis für die Verjudung des Adels gegeben haben, wobei es keineswegs von uns in Anspruch genommen wird, daß diese Arbeit eine erschöpfende Aufzählung darstellt. Zu den genannten Personen muß man noch alle diejenigen zählen, die aus diesen Verbindungen abstammen oder verwandt mit ihnen sind. Man wird zugeben müssen, daß sie eine große Zahl ausmachen werden. Daneben können wir nicht wenige Adlige feststellen, die sich ganz der Sache der Juden verschworen haben und daher für sie arbeiten. Auch hier können unmöglich alle genannt werden.

So finden wir auf dem Festessen der Vereinigung jüdischer Geschäftsleute, der sogenannten Maccabeans, u. a. Lord Blanesburgh, Marqueß of Hartigton, den Master of the Rolls Lord Wright[11]). Bei dem Dinner für die „Freunde der Hebräischen Universität" im Jahre 1937 finden wir als Gäste Lord Rutherford, Lady Hailey und andere Mitglieder der höchsten Kreise[12]). Interessant ist noch, daß Lord Peel, der verstorbene Vorsitzende der Königlichen Palästina-Kommission, durch die der Teilungsplan entworfen war, eine Jüdin als Sekretärin hatte[13]). Ganz besonders identifiziert sich der frühere Lordkanzler, Viscount Sankey, mit der Sache der Juden. Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten wird er aktiv für sie tätig[14]). In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung erklärte er, „wir können ohne sie (die Juden) nicht mehr bestehen"[15]). Der Neffe von A. J. Balfour, Lord Traprain, hat sich um die Unterstützung jüdischer Emigranten sehr hervorgetan[16]). Anläßlich der in aller Welt bekanntgewordenen Albert-Hall-Versammlung im Dezember 1938 zugunsten der Juden, auf der der Erzbischof von Westminster und der Oberrabbiner zusammen auf einer Plattform saßen, brachte Lord Dunsany ein von ihm verfaßtes Gedicht zur Verlesung[17]). Hierin gab er seiner Zuversicht für das weitere

[11]) Jewish Chronicle vom 3. Juli 1936.
[12]) Jewish Chronicle vom 28. Mai 1937.
[13]) Jewish Chronicle vom 19. November 1937.
[14]) Jewish Chronicle vom 17. Dezember 1937.
[15]) Jewish Chronicle vom 9. Dezember 1938.
[16]) Jewish Chronicle vom 9. Dezember 1938.
[17]) Jewish Chronicle vom 9. Dezember 1938.

Gedeihen der Juden Ausdruck. Ein Blick in die Liste der Spender für die verschiedenen Fonds für jüdische Emigranten zeigt am besten die Anteilnahme des Adels. Dasselbe gilt für die gesellschaftlichen von Juden gegebenen Veranstaltungen, an denen Mitglieder des Adels teilnehmen! Sie alle zu nennen, ist unmöglich. Zusammenfassend kann nur festgestellt werden, daß im Zweifel fast jedes Mitglied des Adels bis zum Beweise des Gegenteils als mit den Juden sympathisierend angesehen werden muß.

Juden und Lords

Bei dieser Einstellung des Adels dürfte die Haltung des House of Lords in jüdischen Fragen unschwer zu erraten sein. Wann immer Debatten hierüber im Oberhaus stattfinden, finden die Juden fast ohne Ausnahme eine warme Unterstützung.

Wir haben bereits oben gesehen, daß leitende Staatsmänner zu einem großen Teil, selbst wenn sie nicht Juden waren, den jüdischen Bestrebungen nicht nur nicht im Wege standen, sondern ihnen in jeder Hinsicht ihre Hilfe zuteil werden ließen. Denken wir nur an die enge Verbindung, die Lloyd George alle Zeit mit den Hebräern hatte. Als er im Jahre 1922 von seinem Posten als Erstminister zurückzutreten hatte, konnten sich die Juden nicht genug tun, diesen Umstand zu bedauern. Personen mit antijüdischen Prinzipien sind ihm daher nach seinen eigenen Worten ganz besonders verhaßt. Wie sehr seine Liebe den Juden gilt, ergibt sich am besten aus einem Aufsatz in der Zeitschrift „Strand" vom April 1937. Nach seiner Ansicht „sind die Juden die ausgezeichnetste Rasse, die je auf dieser Erde gelebt hat"[1]).

Was für Lloyd George gilt, ist zumindest auch auf Winston Churchill anwendbar. Schon oben haben wir von seiner engen Zusammenarbeit mit den Juden gehört. Sein Eifer ist nicht geringer geworden, wie sein Eintreten für die Sache der Juden im Parlament und in der Öffentlichkeit zeigt. Mit beredten Worten verlangt er Hilfe für die verfolgten Juden von Deutschland und entwarf einen eigenen Plan für die Lösung der Schwierigkeiten in Palästina[2]). Er selbst hat am besten seine Haltung gegenüber den Juden wie folgt zusammengefaßt: „Fast ununterbrochen während meines politischen Lebens habe ich freundschaftliche Beziehungen zu den Juden unterhalten"[3]).

Der kürzlich verstorbene Sir Austin Chamberlain, dessen Name mit vielen für Deutschland nachteiligen Maßnahmen verknüpft ist, war ebenfalls ein großer Freund der Hebräer. Dies zeigt neben vielem anderen ihr Nachruf anläßlich seines Ablebens im Jahre 1937. Er ist nicht nur bedeutsam wegen seines Umfangs, sondern auch wegen seines Inhalts. Die Verehrung der Juden für Chamberlain würde eine bleibende sein, weil er sich immer für sie eingesetzt und das Dritte Reich hauptsächlich wegen dessen Judenpolitik bekämpft habe. Niemals könnten seine Dienste für die Juden vergessen werden. Sein Name würde mit goldenen Lettern in die jüdische Geschichte eingehen.

Auch der frühere Erstminister Ramsay MacDonald war im Banne der Juden. Nach Mitteilung des Juden Michael Marcus, eines früheren Mitarbeiters, hielt MacDonald „Zionismus ohne Sozialismus für undenkbar". Er sei überhaupt

[1]) Jewish Chronicle vom 26. März 1937.
[2]) Jewish Chronicle vom 27. März 1936, 3. September 1937 u. 2. Dezember 1938.
[3]) Daily Telegraph vom 19. Januar 1926.

„dem zionistischen Ideal aufrichtig zugetan gewesen." Marcus sei immer wieder davon überrascht worden, in welchem Maße „MacDonald seine politischen Inspirationen aus jüdischen Quellen geschöpft hat"[4]). Auch er erhielt bei seinem Tode einen ehrenden Nachruf seitens der Juden, und man vergaß nicht, vor allem seine Verdienste um die Organisation der Zionisten hervorzuheben. Seine Privatsekretärin war die Jüdin Rose Rosenberg, die starke Sympathien für die Sowjets hatte, was sie auch in aller Öffentlichkeit zugab.

Der Nachfolger von Ramsay MacDonald, der jetzige Earl Baldwin, zeigte und zeigt auch noch heute bei zahlreichen Gelegenheiten seine Hörigkeit gegenüber den Juden. Als er im Jahre 1937 aus seinem Amt als Erstminister schied, waren die Juden seines Lobes voll. Sie würden in ihm immer „den Staatsmann sehen, der niemals gezögert hätte, sich einen Schüler des Juden Disraeli zu nennen". Alles in allem könnte man ihm nicht genug für seine Verdienste um die Juden danken. Den besten Beweis für seine Judenfreundschaft hat aber Baldwin kürzlich mit einem sogenannten Nationalen Fonds für die Juden geliefert. In einer Rundfunkrede vom 7. Dezember 1938 hat er einen dementsprechenden Aufruf im Namen der Kirche von England, der Römisch-Katholischen Kirche, der Freien Kirchen und der Juden an die Nation gerichtet[5]).

Der Schüler Baldwins ist Eden, dessen Verbindung mit den Juden für jedermann so offenkundig ist, daß wir kaum etwas darüber zu sagen brauchen. In seiner Politik soll Eden nachdrücklichst, wie der „Evening Standard" vom 5. August 1938 zu melden weiß, von dem sogenannten Fabian-Flügel der Sozialisten unter Führung von Mr. Israel Sieff unterstützt werden. Auch über den früheren Minister Duff Cooper braucht kaum irgend etwas bezüglich seiner Judenfreundlichkeit gesagt werden. Bezeichnenderweise ist der verstorbene Jude Otto Kahn von der Firma Kahn, Loeb & Co. der Pate seines Kindes. Auch der kürzlich aus der Regierung ausgeschiedene, schon mehrmals erwähnte Kolonialminister Ormsby-Gore ist den Juden hörig. Noch am 5. Juni 1936 veröffentlichte die „Jewish Chronicle" einen Lobartikel mit der Überschrift: „Mr. Ormsby-Gore als Champion des Zionismus."

[4]) Jewish Chronicle vom 9. Dezember 1938.
[5]) Daily Expreß vom 23. November 1938.

Juden im Kabinett

Es fehlt uns an Zeit und Raum, auf all die führenden Staatsmänner nach dem Kriege einzugehen. Die oben aufgezählten dürften aber, soweit sie noch am Leben sind, die bedeutendsten sein, die zur Zeit nicht mehr in der Regierung sind. Wie sieht es nun mit den augenblicklichen Kabinettsmitgliedern aus?

Neville Chamberlain soll nach den Untersuchungen von A. Leese gemäß seiner Flugschrift „His Majesty's New Sub-Government" jüdisches Blut haben. Zum Beweise hierfür beruft sich Leese auf verschiedene Quellen und Zitate. Auf jeden Fall steht fest, daß sein Vater Joseph Chamberlain und sein Stiefbruder Sir Austen Chamberlain alles taten, um den Juden gefällig zu sein. Neville Chamberlain selbst hielt Ende 1938 im Parlament eine warme Rede zugunsten der Juden und war der erste, der ihre Ansiedlung in Deutsch-Ostafrika vorschlug. Über den Innenminister Sir Samuel Hoare brauchen wir mit Rücksicht auf unsere obigen Ausführungen nichts weiter hinzuzufügen. Dasselbe gilt für Lord Halifax. Sehr enge Verbindung zu den Juden unterhalten auch die Minister Earl De la Warr, Marqueß von Zetland und Sir Kingsley Wood. Der erstere gab seinen Gefühlen erst vor kurzem in einer öffentlichen Rede Ausdruck, in der er die Judenpolitik des Dritten Reiches als mit der Zivilisation unvereinbar bezeichnete. Der Luftfahrtminister Sir Kingsley Wood hob öffentlich die großen Verdienste der Juden um das britische Empire hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß man das gegenwärtige System in Groß-Britannien, das Rassenunterschiede ablehnte, aufrechterhielte. Die Gattin von Lord Zetland führte anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten eine Jüdin bei Hofe ein. Einer der höchsten Beamten Lord Zetlands im Indien-Ministerium ist der Jude Sir Cecil Kisch, und seine Ratgeber die Juden Sir Henry Strakosh sowie T. E. Gregory Gugenheim, der wegen seiner wirtschaftlichen Veröffentlichungen bekannt ist. Im Luftfahrtministerium ist Captain H. H. Balfour als Unterstaatssekretär, über dessen Verbindung mit Juden wir bereits oben berichteten. Der Minister für Pensionen H. Ramsbotham ist mit einer Jüdin, geb. de Stein, verheiratet. Der Präsident der Postsparkasse ist der bereits des öfteren genannte Zionist Leon Simon. Ein weiteres Mitglied des Kabinetts ist Earl Winterton, dessen Zuneigung zu den Hebräern am besten aus der Tatsache hervorgeht, daß er als Abgeordneter der britischen Regierung an der internationalen Konferenz in Evian-Les-Baines zur Behebung der Schwierigkeiten jüdischer Flüchtlinge teilnahm und dort eine führende Stellung innehatte. Zwei Volljuden gehören der Regierung an, nämlich der schon wiederholt erwähnte Sir

Philipp Sassoon und L. Hore-Belisha. Der erstere ist Commissioner of Works und der letztere Kriegsminister.

Nach dem Krieg hat es fast kaum ein Kabinett gegeben, in dem nicht Volljuden vertreten waren. In der sogenannten zweiten Koalitionsregierung unter Lloyd George war E. Montagu Minister für Indien. Sir Alfred Mond, der spätere Lord Melchett, auf dessen Familie wir noch näher eingehen werden, vereinigte die Gesundheits- und Arbeitsministerien in seiner Hand. Sir Rufus Isaacs, nachmals Lord Reading, war in besonderer Mission für die Regierung tätig und von 1921 bis 1926 Vizekönig von Indien.

Nach dem Sturz von Lloyd George im Jahre 1922 sehen wir Sir Arthur M. Samuel als hohen Beamten im Schatzamt und vom Jahre 1924 an Sir Philipp Sassoon als Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium. Auch in den Regierungen der Arbeiterpartei in den Jahren 1924 und 1929 bis 1931 finden wir den Abgeordneten Emanuel Shinwell in hoher Stellung beim Kriegsministerium und später bei der Bergwerkskammer. Auch der jetzige Appellationsrichter Sir Henry Slesser soll Jude sein. Er war in der Zeit von 1924 bis 1929 Kronanwalt. Als Sir Herbert Samuel von seinem Amt als Oberkommissar in Palästina 1925 zurückkehrte, wurde er zum Vorsitzenden der Kommission der Kohlenindustrie gemacht und spielte eine große Rolle in dem damaligen Generalstreik.

Bei der Bildung der sogenannten nationalen Regierung im Jahre 1931 erhielten Juden bedeutende Posten. Der Marquis of Reading wurde Außenminister, Sir Herbert Samuel Innenminister und Sir Philipp Sassoon war wiederum Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium. Bei späteren Umwandlungen erhielt der jetzige Kriegsminister Hore-Belisha das Verkehrsministerium. Später wurde Sir Herbert Samuel Führer der liberalen Opposition.

Man sieht, die Juden hatten ihre Leute an den höchsten Stellen. Wir können daher hier davon absehen, auf die Kabinettsmitglieder der Vergangenheit einzugehen, die Teiljuden oder Judenfreunde waren, um dem Leser von dem unmittelbaren Einfluß der Hebräer auf die Regierungsgeschäfte einen Eindruck zu geben.

Außenpolitisches Zwischenspiel

Auf außenpolitischem Gebiet möchten wir auf vorhergehende Ausführungen hinweisen und lediglich zwei Vorfälle der Nachkriegszeit hinzufügen.

Im Jahre 1919 wurde in London gemeldet, daß in Polen Judenpogrome stattfänden. Man geht wohl mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse nicht fehl in der Annahme, daß dies von Juden verbreitet wurde. Die Berichte sprachen von Metzeleien größten Umfanges. Sofort verkündete das Auswärtige Amt in der Öffentlichkeit, daß, wenn die Polen nicht sofort damit aufhörten, man ihnen jede Unterstützung für ihre Ziele entziehen würde. Die Polen wurden ebenfalls entsprechend informiert. Der wegen des oben geschilderten Korruptionsskandales bekanntgewordene Sir Stuart Samuel wurde von der britischen Regierung mit der Untersuchung der Vorfälle beauftragt und nach Polen entsandt. Es gelang der „Morning Post" auf Grund einwandfreier Quellen, festzustellen, daß von Pogromen nicht die Rede sein könnte und die getöteten Juden bei Straßenkämpfen als Anlieger und Unbeteiligte zu Tode gekommen waren. Auf jeden Fall konnte nicht von Massenmorden die Rede sein. Die „Morning Post" fragte das Auswärtige Amt in einem Leitartikel, wer ihm die falsche Nachricht übermittelt hatte und wie es dazu gekommen wäre, eine solch zweifelhafte Persönlichkeit wie Sir Stuart mit dem offiziellen Auftrag nach Polen zu entsenden. Gleichzeitig verwahrte sie sich gegen eine derartige tendenziöse Darstellung der Juden und wies darauf hin, daß die Juden bei dieser Gelegenheit einmal wieder offen gezeigt hätten, daß sie nicht als Engländer empfinden könnten[1]).

Das schlagendste Beispiel hat sich aber erst vor kurzer Zeit — im Februar 1938 — ereignet. In Rumänien war die Regierung Goga zur Macht gekommen. Es war für jeden Einsichtigen klar, daß sie dieselbe Politik gegen die Juden verfolgen würde, wie das Dritte Reich. Dies zeigten bald gesetzliche Maßnahmen gegen die Hebräer, die den Anfang zur Einführung der Nürnberger Gesetze darstellten[2]). Nicht nur die Juden in Rumänien, sondern auch das Weltjudentum war alarmiert. Aus den Veröffentlichungen des Juden Emanuel wissen wir, wie in solchen Fällen von den örtlich betroffenen Juden vorgegangen wurde, nämlich, man wandte sich sofort nach London. Auch hier dürfte es nicht anders gewesen sein. Ganz offiziell haben die britische und die französische Regierung unter Berufung auf die Minderheitenverträge von Paris aus dem Jahre 1919, die bekanntlich von den Juden geschaffen wurden, gegen die Behandlung der Hebräer bei der rumänischen Regierung protestiert. Wir werden nie die Zeitungsplakate vergessen, die an diesem Abend in London er-

[1]) Morning Post vom 20. März, 11. April u. 30. August 1919.
[2]) S. u. a. Berliner Tageblatt vom 5. Januar 1938.

schienen. Eines von ihnen brachte am besten mit riesigen Lettern die Judenhörigkeit der britischen Regierung zum Ausdruck, und zwar handelt es sich um das des „Evening Standard": „Jews — Britain tells Rumania"[3]). Mit Recht bemerkte der „Völkische Beobachter" vom 7. Januar 1938, daß die beiden Westmächte noch nichts für die 3½ Millionen Sudetendeutschen getan hätten, und fast tausend Beschwerden von Minderheiten in Genf unerledigt seien. Daneben konnte man aber aus Berichten von englischen Zeitungen deutlich die Einmischung des Weltjudentums feststellen. Man hatte an den verschiedenen Börsen der Welt die Wertpapiere Rumäniens absinken lassen und sonst auch schon einen stillen Boykott gegen die Wirtschaft dieses Landes gerichtet[4]). Und alles wurde von London aus geleitet, wie folgende Veröffentlichung zeigt[5]): „Eine dem Hof in Bukarest nahestehende Persönlichkeit berichtete mir (einem diplomatischen Korrespondenten der Zeitung), daß die Entlassung Gogas von höchst summarischer Natur sei.

Als Goga . . . zum König gerufen wurde, habe er keinerlei Ahnung von seiner Entlassung gehabt.

Der König habe aber den Nachmittag zuvor einen eingehenden Bericht des Gouverneurs der Bank von Rumänien über die finanzielle Lage des Landes gehabt, die durch die falsche Politik der Regierung hervorgerufen war.

In dem Bericht brachte der Gouverneur klar zum Ausdruck, daß die Unterdrückung der Juden, die das wirtschaftliche Leben des Landes kontrollierten, einen Zusammenbruch heraufbeschworen hätte.

Transaktionen jeder Art und die Zahlung von Steuern hätten aufgehört.

König Carol sei über diese Tatsachen entsetzt gewesen, die man ihm bislang vorenthalten hätte.

Der Entschluß, Goga sofort zu entlassen, sei aber dadurch beschleunigt, daß der König zusätzlich durch einen drängenden Hinweis beeinflußt worden sei, der von einer Stelle erfolgte, die der König auf keinen Fall hätte außer acht lassen dürfen . . .

Das Wesentliche der Warnung sei gewesen, daß der in Aussicht genommene Besuch des Königs in London so lange aufgeschoben werden müsse, bis der Situation in Rumänien abgeholfen wäre . . ."

Man sieht, es hat sich seit der Zeit der Veröffentlichungen von Emanuel nichts verändert. Weltjudentum mit Hilfe von London am Werke!

---

[3]) Evening Standard vom 5. Januar 1938.
[4]) Evening Standard vom 10. Februar 1938. Times vom 12. Februar 1938.
[5]) Evening Standard vom 11. Februar 1938.

Juden in Partei und Parlament

Es ist auch nötig, zu erfahren, ob und in welchem Maße das Parlament jüdischen Einflüssen unterliegt. Einem in der Judenfrage aufgeklärten Leser dürfte von vornherein klar sein, daß nicht die Zahl der in einem Parlament befindlichen Juden dafür ausschlaggebend ist. Nichtsdestoweniger wollen wir einen kurzen Überblick darüber geben.

Nach den Wahlen von 1906 und 1910 konnten jedesmal 16 Volljuden ins Unterhaus einziehen[1]). Die letzten allgemeinen Wahlen brachten 17 jüdische Abgeordnete ins Parlament, und zwar folgende:

H. Day (Labour),
D. Frankel (Labour),
L. H. Gluckstein (Conservative),
Sir Percy Harris (Liberal),
L. Hore-Belisha (Liberal National),
Dudley Joel (Conservative),
T. Levy (Conservative),
A. M. Lyons, K. C. (Conservative),
James de Rothschild (Liberal),
Sir Isidore Salmon (Conservative),
Sir A. M. Samuel (Conservative),
Marcus Samuel (Conservative),
Sir Philip Sassoon (Conservative),
E. Shinwell (Labour),
S. Silverman (Labour),
E. A. Strauß (Liberal National),
Louis Silkin (Labour)[2]).

Diese Zahl hat sich inzwischen durch Nachwahlen, die durch das Ausscheiden von Abgeordneten notwendig wurden, um mindestens zwei erhöht. So wurde in Wandsworth der Jude H. L. Nathan (Labour)[3]), in Cheltenham D. L. Lipson (Independent Conservative)[4]) gewählt. Zu diesen kommt wahrscheinlich noch Mrs. Adams, die im Jahre 1938 ins Parlament einzog. Sie ist die einzige, bei der wir im Gegensatz zu den Vorhergehenden nicht völlig sicher sind, ob sie Jüdin ist oder nicht. Auf jeden Fall ist sie sehr aktiv für die Juden tätig und spricht in Zionistenversammlungen[5]).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß noch mehr Voll- und Teiljuden im Parlament sind. Wir können diese aber nicht mit genügender Sicherheit feststellen, da unsere besten Gewährsquellen, die „Jewish Chronicle" und „Jewish Year Book", nur die Kon-

[1]) Jewish Chronicle vom 24. November 1922.
[2]) Jewish Chronicle vom 11. September 1936.
[3]) Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.
[4]) Jewish Chronicle vom 3. September 1937.
[5]) Jewish Chronicle vom 25. November 1938, S. 31 u. 44.

fessionsjuden führen. Unsere Mitteilungen auf Vermutungen aufzubauen, die in der jüdischen Frage meistens begründet sind, müssen wir allerdings hier im Interesse wissenschaftlicher Arbeit ablehnen.

Die Anzahl von 19 bzw. 20 Juden im Parlament ist zwar völlig außer Verhältnis zu der Bevölkerungsziffer der Juden, jedoch kleiner als man wohl erwartet hat. Nichtsdestoweniger üben diese Hebräer einen unverhältnismäßig großen, unmittelbaren Einfluß aus. Zwei von ihnen, nämlich Hore-Belisha und Sir Philip Sassoon, sind Regierungsmitglieder. Thomas Levy ist Vorsitzender des Textilkomitees im Unterhaus. L. Silkin ist zwar nicht Vorsitzender eines Komitees im Parlament, dafür aber Vorsitzender eines wichtigen Komitees der Stadtverwaltung London. Eines der bedeutendsten, vielleicht das bedeutendste Komitee im Parlament ist das „Select Committee on Estimates". Es behandelt die geheimsten Angelegenheiten des Staates und nimmt Schätzungen sowie Vorschläge für Verteilung von Geldern vor, die in naher Zukunft für das Volksganze erforderlich sind. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Jude Sir Isidore Salmon[6]), auf den wir noch zu sprechen kommen werden.

Im übrigen hat es im britischen Parlament fast ausnahmslos den Anschein, als ob die Sache der Juden zumindest ebensogut durch die ihnen hörigen Abgeordneten vertreten wird. Auch hier können die Betreffenden und die darauf hinweisenden Vorgänge unmöglich genannt werden. Ein Studium der Aussprachen über jüdische Fragen im Parlament, vor allem in den letzten Jahren, zeigt, daß fast alle Abgeordneten, ganz gleich welcher Partei, einig im Schutze jüdischer Interessen sind. Wie weit dies geht, ergibt eine Mitteilung in der „Jewish Chronicle" vom 18. November 1938. Danach wurde eine offizielle Eingabe von vielen Abgeordneten des Inhalts überreicht, daß es der König in seiner Thronrede unterlassen habe, mit Rücksicht auf die Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland Erleichterungen für die Einwanderung nach Palästina anzukündigen. In einer halben Stunde sammelte man von etwa 35 Abgeordneten Unterschriften zu dem diesbezüglichen Schritt, und Mitglieder des Parlaments, die ihre Unterschrift verweigerten, lehnten im allgemeinen ab, weil sie das Wort „Palästina" durch „British Empire" ersetzen wollten. Es handelt sich also hierbei um solche, die noch um eine Schattierung pro-jüdischer sind und denen die Einwanderung nach Palästina nicht genug ist. Nur einige der nichtjüdischen Abgeordneten wollen wir aus der Masse der übrigen hervorheben, weil sie sich überall besonders für die Juden einsetzen. Oberst J. C. Wedgwood ist führend bei allen pro-jüdischen Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments. Er war es, der die gerade geschilderte Eingabe anregte. Nach Mitteilung der Zeitschrift „Jewry über alles" vom März 1923 ist er sogar zum Ehrenmitglied der Zionisten ernannt worden. Diese Mitteilung dürfte durchaus zutreffen, da

[6]) Daily Expreß vom 1. November 1938.

er im Jahre 1922 nach Amerika fuhr, um dort Geld für die Zionisten zu sammeln, und bei seiner Abreise sehr von den Juden gefeiert wurde. Ein anderer Abgeordneter, Commander Locker-Lampson, ist ebenfalls wegen seines aktiven Eintretens für die Juden bekannt. Im April 1938 machte er wegen seines Gesetzantrages mit dem Titel „Jewish Citizen Bill" von sich reden. Er wollte dadurch allen Juden in der Welt Bürgerrechte von Palästina verschaffen[7]). Da Palästina ein Mandatsgebiet von Großbritannien ist, hätte jeder Besitzer solchen Bürgerrechts automatisch den Schutz Englands genossen.

Die allgemeine Einstellung der Abgeordneten mag man auch aus folgendem ersehen:

Das führende Mitglied des Parlaments Hugh Dalton erklärte öffentlich: „In der Qualität bezüglich der Bürgerrechte sei der britische Jude wertvoller und feiner als der britische Faschist"[8]). Der Abgeordnete Beverley Baxter wurde in einer Sitzung gefragt, ob er Jude sei. Er antwortete darauf: „Ich habe nicht die Ehre, zu dieser großen Rasse zu gehören." „Es sei eine Institution in England, die einstimmig als Freund der jüdischen Rasse anzusehen sei, nämlich das Unterhaus Seiner Majestät . . ."[9]). Diese Worte erregten großen Beifall im Exekutivkomitee der Konservativen Partei.

Wir sehen, daß unser obiges Urteil über das Parlament nicht zu scharf gewesen ist.

Bei dieser Sachlage wird man nicht überrascht sein, daß alle Parteien den Juden ergeben sind.

Die Liberale Partei ist, wie bereits die obigen Ausführungen ergeben haben, seit langer Zeit den Juden hörig. Sie ist heute nur noch mit ganz wenigen Abgeordneten im Unterhaus vertreten. Trotzdem können wir darunter vier Juden, wie bereits ausgeführt, feststellen. Anläßlich von Wahlen fordern daher auch die Juden auf, für die Liberalen zu stimmen, „weil sich diese Partei für sie einsetzte".

Wir haben schon oben gesehen, wie der Hauptgründer der Labour Partei, Ramsay MacDonald, zu den Juden stand. Seine früheren Kollegen dürften ihm nichts darin nachgeben. Dies wird auch immer wieder mit Dankbarkeit von den Juden festgestellt. So weisen sie gelegentlich auf die enge Verbundenheit mit der marxistischen Arbeiterpartei hin. Der bereits genannte Abgeordnete Slesser soll selbst Wert darauf gelegt haben, daß die Arbeiterpartei nicht sozialistisch, sondern jüdisch sei[10]). Die Partei selbst setzte den Juden auseinander, daß sie am besten geeignet sei, ihre Interessen zu vertreten. Dies kann man gerade in letzter Zeit bestätigt finden. Ende des Jahres 1938 reichte die Arbeiterpartei einen Antrag im Parlament ein, wonach man aus-

[7]) Jewish Chronicle vom 15. April 1938.
[8]) Jewish Chronicle vom 25. Dezember 1936.
[9]) Jewish Chronicle vom 15. Mai 1936.
[10]) Morning Post vom 28. Juli 1923. Banister: S. 18.

drücklich seinen Unwillen gegenüber den Maßnahmen der deutschen Regierung gegen die Juden aussprechen sollte. Wenig später ließ es sich der Führer dieser Partei, Major Attlee, nicht nehmen, auf einer Protestversammlung mit gleichem Ziele zu sprechen.

Aber auch die Konservative Partei, die zur Zeit die Mehrheit im Unterhaus hat, ist den Juden ganz ergeben. Am besten zeigt sich die Beherrschung der Partei durch die Juden darin, daß in dem Central Office, der geschäftsführenden Zentrale, unverhältnismäßig viele Juden vorgefunden werden. Es gibt darüber eine nette kleine Anekdote. Ein General suchte das betreffende Büro auf und wurde von einem Juden empfangen. Er erklärte ihm, daß „er seine Angelegenheit niemals einem Juden vortragen würde". Mit diesen Worten übergab er ihm seine Karte und verlangte einen Engländer zu sprechen. Ob ihm dies gelungen ist, ist nicht überliefert worden. Es steht aber fest, daß früher und heute die Juden führende Posten in der Zentralverwaltung, die einen großen Einfluß auf die Aufstellung von Kandidaten und sonstige wichtige Geschäfte besitzt, innehaben. So war früher Lord Jessel der Schatzmeister der Partei. Heute ist dort der mächtigste Mann Sir Albert Clavering. Er ist der Sohn von Isaac Abraham Clozenburg, einem Juden aus Osteuropa. Dieser änderte im Jahre 1920 seinen ursprünglichen Namen in Clavering.

Ein weiterer Jude, Percy Cohen, ist Leiter der Propaganda- und Schrifttumsabteilung. Im Januar 1936 wurde er vom König anläßlich des Jahreswechsels ausgezeichnet. Die ganze Einstellung des Zentralbüros ergibt sich am besten aus den Worten ihres Vertreters, L. S. Amery, der jüdisches Blut haben soll[11]) und zu einer großen Massenprotestversammlung entsandt war, um im Namen des Hauptquartiers gegen die Maßnahmen in Deutschland gegen die Juden Einspruch zu erheben. In welchem Maße die Konservative Partei dem Hauptprinzip des Judentums, nämlich dem reinen Geldprinzip, erlegen ist, zeigen kürzliche Veröffentlichungen. Danach werden bei Wahlen die einzelnen Sitze ausgeboten und regelrecht verkauft. Für die Wahlbezirke, in denen man mit einem Sieg der Konservativen und damit der Wahl des betreffenden Kandidaten rechnen kann, muß der darum Nachsuchende große Geldbeträge zur Verfügung stellen. Er hat die Wahlkosten zu entrichten, die sich auf £ 400,— bis 1200,— belaufen, und daneben jährlich £ 500,— bis 1000,— an die örtliche Organisation zu zahlen. Kandidaten, die nur die Hälfte der erwähnten Gelder zahlen können, haben eine viel geringere Aussicht, ins Parlament zu kommen. Wer nichts zu den Wahlunkosten und nur wenig für die Parteikasse beisteuern kann, wird niemals ins Parlament kommen[12]). Im übrigen wird auch keineswegs von der Konservativen Partei bestritten, wie ein Wahlaufruf zugunsten ihres bekannten Abgeordneten Oberst

[11]) Banister: S. 154.
[12]) Evening Standard vom 4. Januar 1939.

Stanley zeigt, daß sie allezeit die Juden unterstützt haben. In diesem Wahlaufruf wendet man sich an die Juden und weist darauf hin, daß nur Oberst Stanley, aus dem bekannten Adelsgeschlecht der Derbys, ein geeigneter Kandidat für sie sei, da „Konservative immer jüdische Interessen wahrgenommen hätten“[13]).

Im Anschluß hieran wollen wir nicht versäumen, auf etwas einzugehen, das eindeutig zeigt, wie sehr selbst das Höchste in England dem Geldprinzip untergeordnet ist.

Seit langer Zeit war es bekannt, daß Ehren und Titel nach der Höhe des Geldbetrages, den man bestimmten Stellen zu zahlen hatte, verteilt wurden. Am 6. März 1919 erschien in der „Morning Post“ ein Artikel mit der Überschrift: „Demokratie und Korruption“. Es wurde auf Auseinandersetzungen im Oberhaus aufmerksam gemacht, durch die die Öffentlichkeit endlich einmal erfahren hatte, wie ein Adelstitel gekauft und verkauft würde. Man hatte im Verlauf der Debatte im House of Lords zugeben müssen, daß Auszeichnungen durch Zahlungen an die Parteikasse erworben werden könnten. Die „Morning Post“ sprach ihren größten Abscheu gegenüber einem solchen Gebaren aus. Aller Respekt vor den höchsten Ehren Englands sei verschwunden. Man könnte diese Vorgänge nicht anders als geheime Korruption und Bestechung bezeichnen.

Auch heute soll sich die Praxis in dieser Hinsicht noch nicht geändert haben. Wir können ermessen, wie sehr der Jude sich solche Umstände zunutze machen wird. In einem Buch wird Ramsay MacDonald der Vorwurf gemacht, er habe jemand auf Grund gewisser Gaben in den Baronsstand erheben lassen. So wendet sich auch Belloc in einem seiner letzten Bücher gegen ein solches Übel.

An derselben Stelle weist Belloc auf die Korruption des Parlaments hin. Er wundert sich nicht darüber, daß die Öffentlichkeit dies stillschweigend duldet, da die gesamte britische Geistesrichtung nichts Strafbares darin erblicke. Leider hat uns Belloc keine näheren Angaben über die Art der Korruption gemacht. Die Tatsache, daß viele Parlamentsabgeordneten gleichzeitig Direktoren von Gesellschaften sind, dürfte aber dem Tatbestand der Korruption im weiteren Sinne nahekommen. So wird uns im Jahre 1912 berichtet, daß bereits damals 25 Abgeordnete Direktoren in 41 öffentlichen Gesellschaften und 10 in gleicher Eigenschaft in Eisenbahngesellschaften waren. Anscheinend ist dies heute zur Regel geworden. Im Parlament des Jahres 1924/25 waren nicht weniger als 694 Gesellschaften durch 766 Direktoren vertreten. Das Unterhaus des Jahres 1932 enthielt 691 und dasjenige vor dem Jahre 1934 581 Abgeordnete, die 646 bzw. 546 Gesellschaften vertraten. Mit Recht geißelt Lane diesen Zustand und führt aus, daß das Parlament nur noch eine Interessengruppe von Gesellschaften darstelle, die wiederum von Juden kontrolliert wird.

[13]) Jewish Chronicle vom 2. März 1923.

Daß letzteres richtig ist, werden wir noch unten nachzuweisen versuchen.

Lane weist noch weiter auf einen Zustand hin, der nicht ohne Gefahren für eine gesunde Staatsführung ist. Minister und andere höchste Mitglieder der Regierung nehmen nach ihrem Rücktritt bzw. ihrer Entlassung Direktorenposten in der City an. Erst kürzlich ist ein solcher Fall passiert: Maurice Hankey, der fast zwanzig Jahre Sekretär der Regierung war und so einen der wichtigsten Posten im britischen Staatsgefüge bekleidet hat, ist nach seinem Rücktritt im Jahre 1938 von diesem Posten als Direktor in die Suez-Kanal-Gesellschaft eingetreten. Im übrigen wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß auch er Jude ist bzw. jüdisches Blut hat[14]).

[14]) Jewry über alles; August 1922, September 1923. Sunday Expreß v. 25. Juni 1922.

Juden in Verwaltung und Recht

Im folgenden werden wir versuchen, dem Leser einen Eindruck von der Verjudung der Verwaltung und des Rechtslebens zu geben. Wir wissen, daß Zweifler mit allgemeinen diesbezüglichen Behauptungen nicht zufrieden sein werden und können. Infolgedessen wollen wir an Hand von einzelnen Fällen die nötige Übersicht zu vermitteln versuchen.

Am deutlichsten wird die Verjudung in der Stadtverwaltung von Groß-London. Sir Percy Simmons hat seit Jahren hohe Posten darin inne. In der Zeit von 1910 bis 1919 war er Stadtrat, in den Jahren 1921/22 Vorsitzender des London County Council, fünf Jahre Vorsitzender der Feuerwehr, drei Jahre Vorsitzender des Public Control Company, zwei Jahre Vorsitzender des General Purposes Committee, vier Jahre Vorsitzender des Komitees für Theater und Musikhallen und sieben Jahre Vorsitzender des Improvement Committee[1]). Wir haben gesehen, daß Sir Percy im Jahre 1922 den wichtigen Posten des Vorsitzenden des London County Council innehatte. In den nächsten beiden Jahren war die betreffende Stelle zwar nicht mit einem Juden besetzt, jedoch waren die Stellvertreter Juden, nämlich Miß Nettie Adler und Sir Isidore Salmon. Zur Zeit ist letzterer neben seinem bereits genannten Posten im Parlament noch Vorsitzender anderer Komitees und Einrichtungen. Bereits im Jahre 1925 hatte man aber in der Person des Sir Oscar Warburg wiederum einen jüdischen Vorsitzenden. Auch er hat viele andere wichtige Posten in der Verwaltung bekleidet. Sir Max Bonn hatte ebenfalls Posten in der Verwaltung von London inne. Sir Samuel Joseph war Stadtrat und Sheriff von London. Daneben bekleidete er zweimal den Posten eines Bürgermeisters des Londoner Stadtteils Marylebon. Sir Philip Henriques bekleidete hohe Posten in der City von London, während des Krieges im Munitionsministerium. Sir Frank Pollitzer war Stadtrat und Sheriff von London. George Heilbuth hatte ebenfalls hohe Posten in der City von London. Er war Bürgermeister und Stellvertretender Bürgermeister von Westminster und Vorsitzender von fast zahllosen Komitees und sonstigen Einrichtungen. A. Instone war während des Krieges im Abwehrdienst des Generalstabes, später Bürgermeister des Londoner Stadtteils Paddington und Stadtrat. Isidore Jacobs hatte früher das Amt eines Sheriffs und Stadtrats in der City von London inne. Santo Jeger war Friedensrichter und später Bürgermeister des Stadtteils Shoreditch und Stadtrat J. Abrahams sein Stellvertreter, der im darauffolgenden Jahr sein Nachfolger wurde. Der

[1]) Jewish Year Book (1937): S. 497. Who's who (1939): S. 1915. Bei allen weiteren Feststellungen wird auf das „Jewish Year Book" und „Who's who" zurückgegriffen, so daß sich eine ausdrückliche Zitierung erübrigt.

Barrister Frederic Levy bekleidete hohe Posten in der Londoner Verwaltung, und Louis Lewis war Bürgermeister des Vorortes Islington. Marcus Lipton und J. Somper waren ebenfalls in der Verwaltung von London tätig, letzterer war Bürgermeister von Stepney, eines Stadtteils der Hauptstadt. Mrs. H. L. Nathan bekleidete wichtige hohe Stellungen in Groß-London, der Solicitor A. Samuels war u. a. Vorsitzender des Public Control Committee des London County Council, M. Streimer u. a. Bürgermeister von Westham, Mrs. Helena Roberts Bürgermeisterin von Stepney, und John Genese Bürgermeister von Hackney. Endlich noch der Barrister Jacques Abady, der u. a. Bürgermeister von Westminster war. Bei den Gemeindewahlen von London im Jahre 1937 kamen von sechzehn jüdischen Kandidaten zwölf ins Stadtparlament.

Die vorhergehenden Personen waren nur eine Auslese von Juden, die fast ohne Ausnahme nach dem Kriege hohe Stellungen in Groß-London eingenommen haben. Keineswegs wird der Anspruch erhoben, daß die Liste vollzählig ist, insbesondere, da mit Rücksicht auf das Bestreben, nur auf völlig einwandfreie Quellen zurückzugreifen, lediglich Konfessionsjuden in der obigen Zusammenstellung angeführt sind.

Auch sonst kann man überall in der Verwaltung die Verjudung feststellen. So war z. B. Sir Ewart Levy High-Sheriff von Leicestershire. Norton Courlander bekleidete neben dem Bürgermeisteramt in Richmond weitere hohe Verwaltungsposten. J. Goldston war zweimal Bürgermeister in Stockton und H. Howitt zweimal Bürgermeister in Richmond. Julius Jacobs hatte in Liverpool höhere Posten inne. Dasselbe gilt für R. Levy in Glasgow. D. Lipson und B. Marks waren Bürgermeister in Cheltenham bzw. in Hove und bekleideten noch andere wichtige Ämter. Montagu Lyons ist Recorder in Grimsby und Samuel Morris Bürgermeister von Doncaster.

Auch in Ministerien fanden und finden wir die Juden in hohen Stellungen, so Oberst Charles Cohen im Kolonialministerium, Sir A. Green in der Indischen Verwaltung, A. Hyamson im Kolonialministerium, H. Infield in der Kommission für die Abstimmung in Oberschlesien. Louis Infield war im Gesundheits- und Ernährungsministerium hoher Beamter und stellvertretender Vorsitzender der interalliierten Untersuchungskommission gemäß dem Spa-Protokoll im Ruhrgebiet, Reuben Kelf Cohen im Handelsministerium, B. Kisch und H. M. Kisch im Indian-Office, Sir Matthew Nathan im Kolonialministerium und so weiter. Auch hier ließe sich die Liste noch erweitern.

In halbamtlichen Einrichtungen ist ebenfalls der Einfluß der Juden bemerkbar. So ist Sir Eliot de Paß vom Jahre 1928 bis 1936 Vorsitzender des West Indien Komitees gewesen, Baron Mancroft of Mancroft ist Mitglied bzw. Vorsitzender von

so vielen ähnlichen Einrichtungen gewesen, daß sie unmöglich genannt werden können. Ein Blick auf die diesbezügliche Zusammenstellung im „Who's who" wird dies bestätigen. Dasselbe kann man bezüglich Baron Hugo Hirst sagen. So war er u. a. bis vor kurzem Präsident der Federation der Britischen Industrie. Vor einigen Wochen ist ihm die besondere Auszeichnung zuteil geworden, neben vier anderen Großindustriellen in das Komitee berufen zu werden, das der Regierung bezüglich der Aufrüstung beratend zur Seite stehen soll. Baron George May, Nichtjude, aber mit einer Jüdin verheiratet, ist seit 1932 Vorsitzender des beratenden Komitees für Einfuhrzölle. Bis zum Jahre 1931 war er Direktor der Britischen Überseebank. Endlich sollen auch nicht Saul Doffmann, der frühere Präsident der Handelskammer von Northampton, und Sir Benjamin Drage mit seiner Tätigkeit für das Imperial Institute vergessen werden.

Es dürfte nach den Erfahrungen in Deutschland und der Ostmark nicht überraschen, daß die Juden auch einen erheblichen Einfluß im Rechtsleben haben. Wir wissen, welche Machtposition sie allgemein dadurch gewinnen. Dies ist aber vermehrt in England der Fall. Es hat wohl nie in der ganzen Geschichte ein Land gegeben, in dem die Juristen eine so große Rolle spielen wie in England. Allein schon die Fassung der Gesetze und der Schriftsätze ist völlig abweichend von der gewöhnlichen Sprache. Viele Engländer, und man kann beinahe sagen die meisten, stehen der Abfassung selbst kleinster Verträge hilflos gegenüber. Der Jurist muß überall dabeisein, und man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, als ob er es selbst gewesen ist, der im Laufe der Jahrhunderte absichtlich diesen Zustand herbeigeführt hat. Abgesehen davon verspricht der Beruf auch heute noch jährliche Einnahmen bis zu £ 20,000,— und mehr. Alle wichtigen Posten in der Verwaltung werden mit Juristen besetzt. Selbst wenn wir uns nur auf die Konfessionsjuden beschränken, befinden sich viele von ihnen unter den bekannten Barristern und Solicitors. Unter den ersteren stellen wir neben anderen folgende Juden fest:

H. M. Abrahams, A. H. Berman, Sir Benjamin Cohen, G. Cohen, Sir Herbert Cohen, Dr. Samuel Daiches, Percy De Worms, A. S. Diamond, Sir Leonard Franklin, Adolph Langdon, Sir George Leon, Sir Daniel Levy, C. M. Piciotto, W. Summerfield, G. Webber, Sir Percy Harris, Philip Vos und R. F. Levy. Langdon hat als Schatzmeister des Inner Temple und Leiter einer Art von juristischem Seminar wichtige Stellungen inne. G. Webber ist wegen seiner Aufsätze in den juristischen Zeitschriften „Law Times" und „Law Journal" über Verwaltungs- und internationales Recht, W. Summerfield und C. Piciotto wegen ihrer Veröffentlichung von Lehrbüchern bekannt. Man braucht nur einmal in das Namensverzeichnis der Barrister zu schauen, um zu wissen,

wie viele Juden es dort gibt. Viele haben sich allerdings schon getarnt, indem sie altenglische Namen angenommen haben. Nichtsdestoweniger findet man z. B. noch neun Levy, Levinson usw. bzw. 17 Cohen oder Cohn, um nur einige zu nennen.

Dasselbe läßt sich in der Liste der Solicitors von London feststellen. Dort sind z. B. die Cohens mit 15 und die Levys und ähnliche mit acht vertreten[2]). Sir Percy Simmons und Sir George Lewis gehören den Solicitorfirmen Simmons und Simmons bzw. Lewis und Lewis an, die zu den bedeutendsten von Großbritannien zählen.

Die obigen Mitteilungen dürften eine gewisse Erkenntnis für die Verjudung bzw. Beeinflussung durch die Juden in Politik, Verwaltung und Rechtsleben vermittelt haben. Die Lage in der Wirtschaft ist zumindest dieselbe.

[2]) The Law List (1938): S. 502—508, 603.

Jüdische Familien

Es sind hier vor allem gewisse jüdische Familien, deren Macht und Einfluß weit über die Grenzen Englands hinausgehen. Die bekannteste dürfte wohl die von Rothschild sein. Bereits vorher haben wir Ausführungen über die Entstehung dieses Bankhauses und das Anwachsen seiner Vorherrschaft in der Finanz während des 19. Jahrhunderts gemacht. Die Entwicklung des 20. Jahrhunderts hat seine weitere Ausbreitung gefördert, so daß es trotz der amerikanischen Banken nichts an Weltbedeutung verloren hat. Der Reichtum zeigt sich allein durch die Tatsache, daß die Familie Rothschild im April 1938 £ 10,000,— und im darauffolgenden Dezember £ 50,000,— für jüdische Flüchtlinge gespendet hat[1]). Das Haupt der weitverzweigten Familie ist Lord Rothschild.

Daneben gibt es noch die Familie Sassoon. Sie ist von Indien bzw. Mesopotamien nach England eingewandert. Auch heute hat sie noch dort und in andern Teilen Asiens eine beherrschende Stellung inne, so daß man von ihr als „den Rothschilds des Ostens" spricht. Opiumhandel ist einer ihrer Haupthandelszweige. Heute kann man drei verschiedene Bankfirmen in der City feststellen, die unter der Führung von Sir Victor Sassoon und Sir Philip Sassoon, dem schon oft genannten Politiker, stehen. Der Einfluß dieser Familie dürfte dem von Rothschild — wenn überhaupt — kaum nachstehen[2]).

Eine andere Familie mit einem ungeheuren Einfluß ist die von Mond, dem jetzigen Lord Melchett. Der Gründer der Familie war Ludwig Mond, der im Jahre 1866 von Hessen nach England auswanderte. Er hatte ein gewisses Sodaverfahren erfunden. Nach kurzer Zeit hatte er in England ein großes Werk zur Verwirklichung seiner Erfindung errichtet und viel Geld verdient. Bald galt er als einer der größten Industriellen Englands und hatte viele Posten inne. Bolitho hat in einer Biographie von ihm behauptet, er sei von Natur aus weich gewesen, habe jedoch gehaßt, dies erkennen zu lassen. Unter diesem Gesichtspunkt hätte man auch folgende Anekdote zu verstehen:

In einer Unterhaltung über eine neue Maschine erklärte Ludwig Mond, daß sie ihn £ 2000,— kosten würde. Sobald die Maschine abgenutzt sei, müsse er sie mit großen Kosten durch eine andere ersetzen. „Wenn aber sechs Männer nicht mehr arbeitsfähig sind", so fuhr er fort, „kann ich sie nach Hause jagen." Zu unserm Bedauern können wir die Ansicht Bolithos nicht teilen. Wir können die Worte von Ludwig Mond nur so verstehen, wie sie gebraucht worden sind, zumal sie den von uns getadelten Mißbrauch arbeitender Menschen durch die Juden bestätigen. Im Jahre 1909 starb er[3]). Sein Nachfolger war sein Sohn Alfred. Er wurde im Jahre

[1]) Jewish Chronicle vom 8. April u. 2. Dezember 1938.
[2]) Jewish Encyclopedia: Bd. XI, S. 66—68. Who's who (1939): S. 2825. Stock Exchange (1938): S. 628.
[3]) Bolitho: Twelve Jews, S. 155—173.

1906 als Liberaler ins Parlament gewählt, im Jahre 1922 war er Gesundheitsminister, und sechs Jahre später wurde er zum Peer von England ernannt[4]).

Viele, die ihn kannten, nannten ihn einen grausamen Mann. Wie dem auch sei, — auf jeden Fall baute er rücksichtslos seine ihm von seinem Vater überkommene Macht aus. Im Jahre 1923 gründete er die Amalgamated Anthracite Collieries und faßte dadurch nach und nach fast alle Kohlengruben von Wales zusammen, so daß er als Vorsitzender dieses Trusts 85 % der dortigen Anthrazitgruben kontrollierte. Daneben hatte er einen überragenden Einfluß in der Nickelindustrie.

Er war Direktor der Britischen Dyes Corporation, die einen großen Teil der britischen Farbenindustrie einschloß. Im Jahre 1927 gelang es ihm, fast alle britischen chemischen Fabriken in einem Konzern unter dem Namen Imperial Chemical Industries zusammenzufassen. Die Gesamtheit der Fabriken stellte fünftausend verschiedene Produkte her. Die Stempelsteuer des Gründungsvertrages betrug allein eine Million Pfund. Man kann sich denken, welche Macht Lord Melchett dargestellt hat.

Er war in seinem späteren Leben einer der eifrigsten Zionisten und besuchte Palästina. Nach seinem dortigen Aufenthalt „sah Alfred Mond in sich nicht länger mehr einen englischen Staatsmann oder einen Kapitän der Industrie". „Ich bin ein Palästinenser ... Mein Herz ist in Eretz-Israel", so erklärte er. Als ihn die Juden in Tiberias begrüßten, sagte er: „Dies ist mein Volk."

Von Palästina schrieb er an seine Frau, daß „er niemals so voll und ganz als Jude gelebt habe". Von dieser Zeit an kann man ihn als einen führenden Zionisten ansehen. Es ist nur wenigen bekanntgeworden, daß er fünfzehn Millionen Pfund zusammenraffen wollte, um sein Volk nach Palästina zurückzubringen, wo er sich selbst für das Ende seines Lebens niederzulassen gedachte.

Nach seiner Rückkehr aus Palästina nach England „zwang er den Beamten die Politik des Zionismus auf". Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versuchte er, bei der britischen Regierung seine Pläne über die Kolonisation von Palästina durchzusetzen. Anscheinend war diese über seinen wilden Eifer überrascht und versuchte, sich seinem Druck zu entziehen. Nach und nach wurden ihm die höchsten Ämter in den jüdischen Organisationen übertragen. Er wurde zum Präsidenten der Zionisten in England und zu einem der Vorsitzenden des Rates der Jüdischen Agentur gewählt, welche von dem Bund in Genf als amtliche Verbindungsstelle mit den Juden angesehen wird.

Er bot seine ganze Überredungskunst und Macht auf, um Lord Beaverbrook im Jahre 1929 von seinem Pressefeldzug im „Daily Expreß", einer Zeitung mit einer der größten Auflageziffern in Großbritannien, abzubringen. Lord Beaverbrook sprach sich nämlich mit aller Entschiedenheit gegen die Politik der Regierung in

[4]) Bolitho: Alfred Mond, S. 127, 146, 148ff.

Palästina aus. Als im Oktober 1930 die Sache der Juden daselbst nach Ansicht der Zionisten nicht tatkräftig genug gefördert wurde, klagte man Alfred Mond an, „daß er die britische Regierung nicht zwang, ihr Versprechen aus der Balfour-Erklärung zu erfüllen". Wieder ein Fall, in dem aus authentischer Quelle zugegeben wird, daß es einen Druck der Juden auf Regierungen gibt.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, mitzuteilen, daß unserem Gewährsmann Bolitho die Familienarchive und 83 weitere Persönlichkeiten, wie Minister, Gewerkschaftsführer, Sekretäre usw. bei der Sammlung des Materials zur Verfügung standen. Das Buch hat ein sehr prächtiges Äußeres und ist nur in 200 Exemplaren herausgegeben worden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Bolitho es auf Veranlassung und gegen Bezahlung seitens der Familie Mond geschrieben hat.

Im Dezember 1930 starb Alfred Mond. Sein Sohn Henry folgte ihm in seiner Machtposition und ist zur Zeit einer der mächtigsten Industriellen der Welt. Er ist Direktor bzw. Vorsitzender in folgenden Firmen[5]):

Amalgamated Anthracite Collieries Ltd.
Barclays Bank Ltd.
Imperial Chemical Industries Ltd.
Industrial Finance and Investment Corporation Ltd.
International Nickel Company of Canada Ltd.
Mond Staffordshire Refining Co. Ltd.
Palestine Electic Corporation Ltd.
Power-Gas Corporation Ltd.
South Staffordshire Mond Gas Company Ltd.
Thames House Estate Ltd.

Er ist zwar nicht in so zahlreichen Gesellschaften vertreten wie andere Größen der Finanz und Wirtschaft, dafür aber gehören verschiedene dieser Firmen zu den größten der Welt. So besitzt z. B. die Imperial Chemical Industries Ltd. ein Aktienkapital von 95 Millionen Pfund, sie kontrolliert etwa 50 andere Firmen unmittelbar und besitzt auch weitgehende Interessen in andern Unternehmungen. Die Amalgamated Anthracite Collieries, deren Anwälte Oppenheimer und Nathan sind, kontrolliert etwa 80 % der gesamten Anthrazitproduktion von Wales und ist alleiniger bzw. Hauptaktionär in einer ganzen Reihe von Walliser Gruben. Das Aktienkapital dieser Firma beträgt £ 9,500,000,—.

Als letzte wollen wir nur noch die International Nickel Company of Canada Ltd. erwähnen. Ihr Aktienkapital beläuft sich auf etwa 90 Millionen Dollar, ihre Bilanz vom 31. Dezember 1936 wies ein Vermögen von $ 153,696,746,— auf. Die International Nickel Co. besitzt:

[5]) Directory of Directors (1938): S. 1154. Auf dieses Nachschlagewerk sowie auf Stock Exchange Year Book wird bei allen weiteren Angaben stillschweigend Bezug genommen, so daß eine ausdrückliche Zitierung sich erübrigt.

a) das gesamte Kapital der International Nickel Co. Inc. (Incorporated in Delaware), Ontario Refining Co. Ltd. und der Mond Nickel Co. Ltd.;

b) etwa 100 000 Acres (gleich etwa 160 000 Morgen) mineralhaltiges Land einschließlich etwa 15 Kupfer- und Nickelminen im Distrikt von Sudbury, Ontario, und

c) hydro-elektrische Kraftwerke, Schmelzen, Walzwerke, Raffinerien, Gießereien sowie Forschungs- und Prüfungslaboratorien in Kanada, den Vereinigten Staaten und Großbritannien*).

Lord Melchett ist nicht der einzige Jude in der Kohlen- und Metallindustrie. Vielmehr finden wir in beiden noch andere Hebräer, von denen wir aber nur noch einige nennen wollen.

So hat die Familie de Pas große Interessen in der Kohlenindustrie im britischen Empire. Man findet sie u. a. als Direktoren in folgenden Gesellschaften:

Amalgamated Collieries of South Africa Ltd.
Chandler's Limited
Coronation Collieries Ltd.
Springfield Collieries Ltd.
Vereeniging Estates Ltd.

Wenn man nur eine dieser Gesellschaften herausgreift, wird man erkennen, welch ungeheure Verflechtung mit andern Unternehmungen besteht. Der Vorsitzende der Amalgamated Collieries ist Theodore Marks, von dem man mit Rücksicht auf seinen Namen bis zum Beweis des Gegenteils annehmen kann, daß auch er Jude ist. Das Unternehmen wurde seinerzeit gegründet, um direkte Kontrolle in verschiedenen bedeutenden Gesellschaften zu erlangen. Die Majorität seines autorisierten Kapitals von zwei Millionen Pfund befindet sich in Händen der Vereeniging Estates Ltd. Hier ist Louis Marks, von dem dasselbe wie das oben bezüglich Theodore Marks Gesagte gilt, Vorsitzender, und neben de Pas ein weiterer Jude, Julius Weil, Direktor. Diese Firma schließt wiederum zahlreiche Gesellschaften mit großen Schürf- und andern Rechten ein. Das Kapital beträgt £ 1,750,000,—.

Auch in der Metallindustrie wollen wir noch zwei Juden mit bedeutendem Einfluß nennen, nämlich A. M. Baer und Sir George Leon. Ersterer ist Direktor in:

Henry Gardner & Co.
Amalgamated Metal Corporation Ltd.
British Metal Corporation Ltd.
Metal Market and Exchange Company Ltd.

In Henry Gardner & Co. ist nun auch Sir George Leon Direktor, dasselbe gilt für die Amalgamated Metal Corporation.

*) Stock Exchange (1938): S. 2798, 1421, 1437.

Letztere ist eine Holding-Gesellschaft mit einem autorisierten Kapital von £ 5,600,000,—. Die Aktiven bestehen hauptsächlich aus allen Aktien der British Metal Corporation Ltd., die ein autorisiertes Kapital von fünf Millionen Pfund hat. Letztere kontrolliert Brametta S. A., eingetragen in der Schweiz, British Metal Stockholders Trust Ltd., Huntingdon Heberlein and Co. Ltd. und teilweise National Alloys Ltd. und Light Alloys Ltd.

Auch in der Schiffahrt läßt sich ein erheblicher Einfluß der Juden feststellen. Dies gilt vor allem für die Familie von Sir John Ellerman. Der Begründer war der im Juli 1930 verstorbene Sir John Ellerman. Bei seinem Tode wurde er als einer der sogenannten „fünf Großen" in der Schiffahrt angesehen. Die „Times" bezeichnet ihn in ihrem Nachruf als Finanzgenie, der unmittelbar eine Gesamttonnage von 1,500,000 tons kontrolliert habe. Daneben hatte er noch starke Interessen in anderen Schiffahrtslinien, wie Cunard und Peninsular and Oriental Steam Navigation.

Neben seiner beherrschenden Stellung in der Schiffahrt hatte er weiter großen Einfluß in der Brauereiindustrie und in der Presse. Auf letzteres werden wir unten noch näher eingehen. Sein Nachlaß wurde amtlich auf £ 36,684,994,— festgesetzt, auf den eine Erbschaftssteuer von etwa 18 Millionen Pfund zu zahlen war. Der Hauptteil und die Verwaltung seines Vermögens ging auf seinen Sohn, den jetzigen Sir John Ellerman, über. Die von seinem Vater kontrollierten Gesellschaften teilten mit, daß sich allgemein nichts durch den Tod des älteren Sir John geändert hätte[7]). Demnach hat der Sohn auch weiter die Machtposition seines Vaters inne. Er ist heute Direktor der folgenden Gesellschaften:

Audley Trust Ltd.
Brewery and Commercial Investment Trust Ltd.
Debenture Securities Investment Company Ltd.
Ellerman Lines Ltd.
Ellerman Property Trust Ltd.
Ellerman's Wilson Line Ltd.
London Publishing Co. Ltd.

Anscheinend ist Sir John Ellerman zumindest ein ebenso tüchtiger Geschäftsmann wie sein Vater, da er bereits sein durch die Erbschaftssteuer auf 18 Millionen Pfund zurückgegangenes Vermögen im Verlaufe von fünf Jahren auf etwa 40 Millionen Pfund erhöht hat.

Eine andere einflußreiche jüdische Familie, wenn auch nicht von der Bedeutung der vorgenannten, ist die von Instone — früher Einstein. Es handelt sich um drei Brüder, Sir Samuel, Captain Alfred und Theodore. Insbesondere der erste war groß in Schiffahrt, Kohlen und Luftfahrt. Sein im November 1937 erfolgter

[7]) Times vom 18. u. 21. Juli, 16. August 1933, 30. September 1936.

Tod erregte in der Öffentlichkeit große Anteilnahme. Sir Samuel Instone war Vorsitzender der

Askern Coal and Iron Company Ltd.

Bedwas Navigation Colliery Comp. Ltd.

S. Instone and Co. Ltd. mit einem Kapital von £ 1,500,000,—.

Ferner war er Direktor der

British Benzol and Coal Destillation Ltd.

Imperial Airways Ltd.

Imperial Airways (Continental) Ltd. (wie unsere Luft-hansa) mit fünf Millionen Pfund autorisiertem Kapital.

Heute ist sein Bruder Theodore sein Nachfolger in den genannten vier Unternehmungen, und zwar auch als Vorsitzender bzw. Direktor. Der andere Bruder Alfred ist stellvertretender Vorsitzender bzw. Direktor in den gleichen Unternehmungen.

Eine andere, die Ölindustrie beherrschende jüdische Familie ist die von Samuel bzw. von Lord Bearstead.

Als Gründer der Familie muß Marcus Samuel angesehen werden. Er war zunächst der Eigentümer eines kleinen Geschäfts in Hounsditch im Osten Londons. Sein Haupthandel bestand in gemalten Muscheln, später kamen noch andere Artikel hinzu. Mit Anwachsen seines Vermögens vergrößerten sich auch seine Beziehungen, und er nahm die Verschiffung von Petroleum aus Rußland nach dem Fernen Osten auf, die mit den Jahren ein großer Erfolg wurde. Samuel brachte die an diesem Handel ebenfalls interessierten Firmen zusammen und gründete mit der finanziellen Hilfe des Hauses Rothschild die jetzt über die ganze Welt verbreitete und bekannte Shell Transport and Trading Company mit einem Kapital von £ 1,800,000,—. Der Name Shell bedeutet Muschel und war dem ursprünglichen Handelsartikel von Samuel entliehen. Später hatte dieser Trust schwer gegen die holländische Petroleum Co. zu konkurrieren. Der Kampf endete mit der Verschmelzung der beiden Gesellschaften.

Samuel wurde bereits im Jahre 1898 in den Ritterstand erhoben, weil zwei seiner Schlepper ein in Port Said auf Grund geratenes britisches Kriegsschiff wieder flottgemacht hatten. Im Jahre 1891 war er Stadtrat von London, ein Jahr später Sheriff, und im Jahre 1902/03 Oberbürgermeister von London. Im Jahre 1921 wurde Samuel in den Adelsstand als Baron Bearstead of Maidstone erhoben. Sechs Jahre später starb er. Sein Sohn folgte ihm in seinem Titel und in all seinen Posten. Zur Zeit ist er Vorsitzender und Direktor in folgenden bedeutenden Gesellschaften:

M. Samuel u. Co. Ltd.

Alliance Assurance Co. Ltd.

Anglo-Mexican Petroleum Co. Ltd.

Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd.

Asiatic Petroleum Co. Ltd.

Asiatic Petroleum Co. (Federated Malay States) Ltd.
Asiatic Petroleum Co. (India) Ltd.
Asiatic Petroleum Co. (North China) Ltd.
Asiatic Petroleum Co. (Philippine Islands) Ltd.
Asiatic Petroleum Co. (Siam) Ltd.
Asiatic Petroleum Co. (South China) Ltd.
Asiatic Petroleum Co. (Straits Settlements) Ltd.
Bataafsche Petroleum Maatschappij.
British Malayan Petroleum Co., Ltd.
Eagle Oil and Shipping Co. Ltd.
Egyptian Engineering Stores S. A.
Elba Tinplate Co. Ltd.
Lloyds Bank Ltd.
London and Holyrood Trust Ltd.
London and National Property Co. Ltd.
Nineteen twenty-eight Investment Trust Ltd.
Nineteen twenty-nine Investment Trust Ltd.
Perham Investment Trust Ltd.
St. Helens Estates Ltd.
Samuel Estates Ltd.
Samuel Samuel and Co. Ltd.
Sarawak Oilfields Ltd.
Shell Company (Hellas) Ltd.
Shell Company (Malta) Ltd.
Shell Company of Australia Ltd.
Shell Company of Bulgaria Ltd.
Shell Company of Esthonia Ltd.
Shell Company Klaipeda (Memel) Ltd.
Shell Company of Latvia Ltd.
Shell Company of Lithuania Ldt.
Shell Company of New Zealand Ltd.
Shell Company of Nigeria Ltd.
Shell Company of Portugal Ltd.
Shell Company of Turkey Ltd.
Shell Company of West Africa Ltd.
Shell Company (Pacific Islands) Ltd.
Shell Company (Porto Rico) Ltd.
Shell Company (West-Indies) Ltd.
Shell-Mex Argentina Ltd.
Shell-Mex Chile Ltd.
Shell-Mex Uruguay Ltd.
Shell Overseas Exploration Co. Ltd.
Shell Transport and Trading Co., Ltd.
Société Anonyme Astra-Romana.
Société Anonyme des Pétroles Jupiter.
Société Française Shell de Tunisie.
Société Shell de Maroc.
Venezuelan Oil Concessions Ltd.

Verjudung der Ölindustrie

Von all diesen vielen Gesellschaften ist schon die eine „Shell Transport and Trading Company, Ltd." als eine Weltmacht anzusehen, da sie eine Holding-Gesellschaft für viele andere Unternehmungen ist. Ihr autorisiertes Kapital beträgt nur £ 43,000,000,—, dürfte also im Verhältnis zu den Aktiven nur als gering anzusehen sein. Zwei Juden sind Direktoren dieser Gesellschaft, nämlich Peter Montefiore Samuel und Sir Robert Waley Cohen. Letzterer ist wiederum Vorsitzender und Direktor in nachstehenden Gesellschaften:

Agricultural Mortgage Co. of Palestine Ltd.
Anglo-Egyptian Oilfields Ltd.
Anglo-Mexican Oil and Shipping Co. Ltd.
Anglo-Mexican Petroleum Co. Ltd.
Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd.
Asiatic Petroleum Co. (India) Ltd.
Asiatic Petroleum Co. Ltd.
Baldwins Ltd.
Bataafsche Petroleum Maatschappij.
British Malayan Petroleum Co. Ltd.
Canadian Eagle Oil Co. Ltd.
Eagle Oil and Shipping Co. Ltd.
English and Scottish Investors Ltd.
New Schibaieff Petroleum Co. Ltd.
North Caucasian Oil Fields Ltd.
Palestine Corporation Ltd.
Palestine Publishing Co. Ltd.
Shell Company of Australia Ltd.
Shell Company of New Zealand Ltd.
Shell Company of Portugal Ltd.
Shell-Mex Argentina Ltd.
Shell-Mex Chile Ltd.
Shell-Mex Uruguay Ltd.
Shell Transport and Trading Co. Ltd.
Société Commerciale et Industrielle de Naphte Mazont.
United British Oil Fields of Trinidad Ltd.

Neben diesen beiden jüdischen Giganten in der Ölindustrie verblassen natürlich alle anderen Größen, wie z. B. B. Maisel und Johanna Maisel. Beide sind Direktoren von Maisels Petroleum Trust and Orient Oil and Finance Co. Ltd. (£ 1,500,000,— Kapital). Letztere ist außerdem noch Direktorin der Romana Petroleum Co. Ltd. Die Interessen der beiden Maisels konzentrieren sich hauptsächlich auf rumänisches Öl.

Am Schluß soll aber in der Reihe dieser Ölgewaltigen nicht Sir William Garthwaite vergessen werden. Nach einem Flugblatt von A. Leese ist er Halbjude, da seine Mutter Jüdin war,

sein Vater dagegen Arier. Er selbst soll wieder mit einer Jüdin verheiratet sein, so auch sein Sohn, der die Tochter des Volljuden Lord Duvin zur Frau hat. Mithin ist seine Familie schon fast als volljüdisch anzusehen. Sir William ist an folgenden Unternehmungen interessiert:

British Controlled Oilfields Ltd.
Central Area Exploitation Company (Venezuela) Ltd.
Lautaro Nitrate Company Ltd.
Oertz International Streamline Rudder Comp. Ltd.

Die Zahl der Gesellschaften ist zwar nicht so eindrucksvoll wie die der Vorhergenannten, aber sie sind doch außerordentlich bedeutungsvoll. Die British Controlled Oilfields hat etwa zwei Drittel der Ölproduktion in Zentral- und Südamerika. Es ist allgemein bekannt, daß die Ölproduktion dieser Gebiete zu den bedeutendsten der Welt zählt. Die Majorität der Aktien soll im Besitz der britischen Regierung sein. Das autorisierte Kapital $ 27,500,000,—.

Die Lautaro Nitrate Company kontrolliert einen großen Teil der Nitrate in Chile und hat ein autorisiertes Kapital von über zwei Millionen Pfund. Ein weiterer Direktor dieser Gesellschaft trägt den Namen Paul Wirtz. Er ist alles andere als englisch und gehört daher ohne Zweifel einem Juden.

Verjudung der Versicherungen

Auch in den Versicherungsgesellschaften haben Juden eine beherrschende Stellung. So finden wir Lionel de Rothschild als Vorsitzenden, Lord Bearstead und den Halbjuden Lord Roseberry als Direktoren und den Juden A. Levine als Generalmanager in der Alliance Assurance Co. mit einem autorisierten Kapital von £ 5,450,000,—. Folgende Gesellschaften sind darin aufgegangen:

Royal Farmers and General Insurance Co.
Provincial Insurance Co.
Salop Fire Office.
Shropshire and North Wales Assurance Co. Ltd.
Imperial Insurance Co. Ltd.
Imperial Life Insurance Co.
Alliance Marine and General Assurance Co. Ltd.
Provident Life Office.
Economic Life Assurance.

und andere mehr.

Diese und eine andere Versicherungsgesellschaft, nämlich die Guardian Eastern Insurance Company Ltd., dürfte wohl nach den eigenen Angaben der Juden und ihrer Zweckbestimmung nach als rein jüdisch gelten. Der Gründung liegt nämlich folgender Sachverhalt zugrunde:

Seit Jahren hatten viele Versicherungen in England abgelehnt, Juden als Versicherte aufzunehmen. Einige Firmen waren sogar so weit gegangen, in ihren allgemeinen Bedingungen jede Haftung für einen Schaden abzulehnen, wenn Juden daran beteiligt waren. So hatten und haben Juden Schwierigkeiten, ihre Versicherungen bei gewissen Gesellschaften unterzubringen. Ein Mitglied des Handelsministeriums hielt im Jahre 1936 über diese Gewohnheit einen Vortrag vor der zuständigen Abteilung des Amtes für Pflichtversicherung. Nach dessen Ansicht müsse einer solchen beleidigenden Haltung ein Ende gemacht werden. Seine Ausführungen fanden den Beifall des Vorsitzenden des Komitees, des Juden Sir Felix Cassel.

Die Juden protestierten in Versammlungen gegen die ihnen gegenüber angewandte unterschiedliche Behandlung. Ein Mitglied von ihnen, Sir Moses Montefiore, hatte deshalb bereits vor längerer Zeit die Alliance Assurance Company gegründet, um seinen Rassegenossen Versicherungen zu ermöglichen. Die Guardian Eastern Insurance Company war aus demselben Anlaß gegründet worden. Die „Jewish Chronicle", das amtliche Organ der Juden, weist verschiedentlich darauf und ferner auf den Umstand hin, daß führende Juden, wie Nathan Laski, A. J. Belisha, Oberst Sir Herbert Jessel, S. J. Cohen, Montagu Gluck-

stein und andere Direktoren des Unternehmens seien und die Gesellschaft rein jüdisch wäre[1]). Das Kapital beträgt £ 1,000,000,—, die drei erstgenannten Juden sind dort heute noch Direktoren.

Aber auch sonst finden wir im Versicherungswesen überall Juden an leitenden Stellen. So sind zumindest zwei Juden, nämlich Sir George Schuster und Sir Charles Seligman Direktoren in der Commercial Union Assurance Co., Ltd. Das autorisierte Kapital beträgt £ 3,750,000,—. Sie hat mit der Zeit zahlreiche Gesellschaften übernommen bzw. kontrolliert dieselben. Dazu gehören:

Nottinghamshire and Midland Fire Insurance Co. Ltd.
Straits Fire Insurance Co. Ltd.
West of England Fire and Life Insurance Co.
Colonial Assurance Co.
Accident Insurance Co. Ltd.
British General Insurance Co. Ltd.
Edinburgh Assurance Co. Ltd.
National Insurance Co. of Great Britain.
Palatine Insurance Co. Ltd.
Union Assurance Soc. Ltd.
West of Scotland Insurance Office Ltd.
Ocean Accident and Guarantee Corporation Ltd.

und andere mehr.

In diesen genannten Gesellschaften sind weitere Unternehmen zusammengefaßt, die aufzuführen unmöglich ist. So hat eine der Firmen, wie z. B. die British General Insurance Co. Ltd., folgende Firmen übernommen bzw. kontrolliert dieselben:

Northern Equitable Insurance Co. Ltd.
Cosmopolitan Insurance Corporation Ltd.
London and Midland Insurance Co. Ltd.
British and European Insurance Co. Ltd.
National Accident Compensation Co.

Der Jude H. N. Mosenthal ist Direktor bei der London and Lancashire Insurance Co. Diese Versicherung kontrolliert allein 23 Unternehmungen ihrer Art im Empire und hat ein Kapital von £ 5,000,000,—. E. A. Mosenthal ist Direktor in der Marine Insurance Co. Ltd., mit einem Kapital von £ 1,000,000,—, und Maurice Stern ist in der Norwich Union Life Insurance Co. an leitender Stelle beschäftigt. Der Jude Sir Ewart Levy hat einen leitenden Posten in der State Assurance Co. Ltd. Sein Rassegenosse, der bereits erwähnte A. Levine ist außer in anderen Wirtschaftsunternehmungen Vorsitzender bzw. Direktor folgender Versicherungsgesellschaften:

Aviation and General Insurance Co. Ltd.
National Boiler and General Insurance Co. Ltd.

[1]) Jewish Chronicle vom 27. Oktober u. 3. November 1922.

Auch sonst hat er einen großen Namen in der Versicherung. So war er im Jahre 1937 Präsident des Chartered Insurance Institute. Der bereits genannte jüdische Abgeordnete Oberst H. Day ist Vorsitzender von der Metropolitan Re-Insurance Co. Ltd. und Mutual Property Life and General Insurance. Im übrigen ist er Vorsitzender von sieben weiteren Wirtschaftsunternehmungen.

Eine große Rolle in der Versicherung spielt auch die Familie Goschen. Der Gründer der Familie kam aus Deutschland. Das Haupt der Familie ist jetzt Viscount Goschen. Sein Bruder, Sir William Henry Goschen, ist Vorsitzender von vier Versicherungsgesellschaften. A. Leese verdanken wir in einer seiner Flugschriften den Hinweis, daß die Familie jüdisch sei. Lord Riddel hat dies allerdings ausdrücklich in seinem Tagebuch vermerkt[2]). Wir haben aber gegenüber dieser Feststellung Bedenken, da einer der Vorfahren der Familie Göschen, wie sie sich in Deutschland nannte, bereits im Jahre 1609 protestantischer Geistlicher in Sachsen gewesen sein soll[3]).

[2]) Riddel: S. 7.
[3]) Elliot: Bd. I, S. 1.

Verjudung der Nahrungsmittelinduſtrie

Auch die Nahrungsmittelinduſtrie dürfte zum größten Teil in Händen der Juden ſein. Hier können wir ebenfalls natürlich wie immer nur die bekannteſten nennen.

Sir George Schuſter iſt Vorſitzender der großen Konzerne:

Home and Colonial Stores Ltd.
Lipton Ltd.
Maypole Dairy Co. Ltd.
Allied Suppliers.

Wer einmal in London geweſen iſt, wird bezeugen können, daß es keinen Bezirk gibt, in dem man nicht Filialen dieſer verſchiedenen Firmen findet. Das Kapital des erſteren Unternehmens beträgt £ 4,500,000,—. Es kontrolliert zwei andere Geſellſchaften. Ferner hat es von zwei weiteren Firmen ſämtliche Aktien in ſeinem Beſitz. Die Maypole Dairy Co. hat ein Kapital von drei Millionen Pfund. Sie hat u. a. direkte Kontrolle über drei andere Unternehmungen und beſitzt über 1000 Filialen.

In dieſes Gebiet fällt auch die Lyons and Co. Ltd., die ebenfalls eine Unzahl von Filialen beſitzt. Dieſe Geſellſchaft hat den Vertrieb von Lebensmitteln und unterhält daneben Reſtaurants und Hotels. Das Kapital beträgt £ 9,925 000,—. Der bereits des öfteren genannte Sir Iſidore Salmon iſt Vorſitzender, während andere Juden, wie Harry Salmon, Maurice Salmon, Julius Salmon, Major M. Gluckſtein, B. Glückſtein, B. A. Salmon, J. M. Glückſtein und S. J. Salmon Direktoren ſind. Es iſt als ein rein jüdiſches Unternehmen anzuſehen.

Daneben hat dieſe Firma noch direkte Kontrolle in Black and Green Ltd., James Hayes and Sons Ltd., und W. H. und F. J. Horniman and Co. Ltd. Ferner iſt ſie Eigentümerin von zwei der größten und modernſten Londoner Hotels, dem Strand Palace Hotel und dem Cumberland Hotel.

In dieſem Zuſammenhang ſoll nicht unerwähnt bleiben, daß die Zuckerraffinerieinduſtrie von einer einzigen Firma, nämlich Tate and Lyle Ltd., beherrſcht wird. Sie dürfte hierin faſt ein Monopol haben. Das Kapital beträgt £ 6,200,000,—. Der Präſident dieſer Firma, Sir Charles Lyle, iſt zwar kein Jude, er hat aber eine Jüdin, nämlich eine geborene Edith Levy, geheiratet. Der aus dieſer Ehe hervorgegangene Sohn hat inzwiſchen die Tochter eines Großinduſtriellen und Parlamentsabgeordneten, Sir John Jarvis, zur Frau genommen.

Juden überall

Ferner stellen die Juden auch eine Macht in der Tabakindustrie dar. So ist z. B. E. S. Baron Vorsitzender von Carreras Ltd. Zwar ist dieser Trust nicht so groß wie Imperial Tobacco, trotzdem muß man ihn als bedeutend bezeichnen. Sein Kapital beträgt £ 3,825,000,—, er kontrolliert

Alexander Bogulavsky Ltd.
Baron Cigarette Machinery Co. Ltd.
R. J. Lea Ltd.
Ray and Co. Ltd.
City Tobacco Ltd.

Baron ist, wie seine Spenden für jüdische Flüchtlinge zeigen, ein besonders eifriger Förderer jüdischer Interessen.

Auch unter den Direktoren der weltbekannten Firma Lever Brothers und Unilever Ltd. dürfte zumindest die van den Bergh-Familie jüdisch sein. Es sind ihrer drei, nämlich A. van den Bergh als stellvertretender Vorsitzender, und J. P. und S. J. van den Bergh als Direktoren. A. van den Bergh hat dem Fonds für jüdische Flüchtlinge einen großen Betrag zur Verfügung gestellt, und außerdem ist dieser Name nicht ungewöhnlich für Juden. Die Gesellschaft hat ein Kapital von £ 141,418,750,— und kontrolliert den größten Teil der Seife- und Margarineindustrie des britischen Empires, Europas und anderer Teile der Welt.

In der Elektrizität hat ein Jude, nämlich Lord Hirst, eine geradezu beherrschende Stellung inne. Er ist fast ausnahmslos Vorsitzender, in wenigen Fällen Direktor folgender Gesellschaften:

General Electric Co. Ltd.
Anglo-Argentine Electric Co. Ltd.
British Electrical and Allied Manufactures Ass. (Inc.).
Electric Development and Securities Trust Ltd.
Electricity Company of Macclesfield Ltd.
Frinton-on-Sea and District Electric Light and Power Co. Ltd.
General Electric Company of China Ltd.
General Electric Company of India Ltd.
Général Electric de France Ltd.
Lemington Glaß Works Ltd.
Madeira Electric Lighting Co. Ltd.
Palestine Electric Corporation Ltd.
Pirelli-General Cable Works Ltd.
Steel Conduit Co. Ltd.
Travancore Minerals Co. Ltd.

Welche Bedeutung die einzelnen Unternehmungen haben, mag daraus hervorgehen, daß z. B., um nur zwei zu nennen, die General Electric Co. ein Kapital von £ 9,600,000,— hat und

16 Gesellschaften im Mutterland und Empire kontrolliert. Die Electric Development and Securities Trust Ltd. hat die Kontrolle über 20 andere Gesellschaften.

Von den Juden wird zugegeben, daß die Pelz-, Schuh-, Möbel- und Schneider- bzw. Konfektionsindustrie ausschließlich in ihren Händen ist.

Nach ihren eigenen Angaben sind in der Pelzindustrie etwa 40 000 Arbeiter, davon allein in London 20 000 beschäftigt. Es gibt viele kleine Unternehmer, die die Pelze veredeln und Hungerlöhne zahlen. Es ist unmöglich für die in Frage kommenden Behörden, festzustellen, ob die 48-Stundenwoche innegehalten wird. Nach dem jüdischen Bericht ist vor allem ein Jude für diese unsozialen Zustände verantwortlich zu machen, der eine bedeutende Rolle in diesem Handel spielt. Im Jahre 1930 ist amtlich festgestellt worden, daß beinahe 33⅓ v. H. der in der Pelzindustrie beschäftigten Arbeiter weniger als den Mindestlohn erhalten[1]).

Ähnliche Zustände herrschen in der Schuhindustrie. Es gibt zahlreiche Fabriken im Norden von London, deren Eigentümer fast ausschließlich Juden sind. Nur soweit die Unternehmungen dem Wirtschaftsverband angehören, sind die Arbeitsbedingungen erträglich. Viele Firmen befinden sich aber außerhalb dieser Vereinigung. Bei den Außenseitern herrschen aber die verabscheuungswürdigsten Arbeitsverhältnisse[2]).

Ganz schlimm ist es in der Möbelindustrie, die ebenfalls fast ausschließlich in den Händen der Juden ist. In London allein sind etwa 50 000 Arbeiter darin beschäftigt.

Die Großindustrie verkauft ihre Erzeugnisse unmittelbar an die Einzelhändler, die wiederum fast ohne Ausnahme Juden sind. Diese sind so zahlreich, daß sie, um Geschäfte machen zu können, sich fortwährend im Preise unterbieten müssen. Der Leidtragende, auf den alles abgewälzt wird, ist der Arbeiter. Es gibt in diesem Gewerbe keinerlei gesetzliche Bestimmungen für Mindestlöhne und Arbeitsstunden. So werden Hungerlöhne gezahlt. Viele Firmen lassen ihre Arbeiter bis 60 Stunden pro Woche gegen niedrigstes Entgelt arbeiten. Die sanitären Einrichtungen genügen nicht den bescheidensten Ansprüchen. Die Türen vor den Toiletten sind entfernt worden, damit sich die Arbeiter dort nicht zulange aufhalten. Die Woche besteht für die Belegschaft aus sieben Arbeitstagen. Das alles geht, wie die Juden selbst zugeben müssen, in einem nichtjüdischen Bezirk vor sich und ruft antijüdische Bewegungen hervor, ebenso stelle es eine Degradierung von Menschen dar[3]).

Ganz kürzliche Untersuchungen zeitigten das Ergebnis, daß sich an diesen Zuständen noch nichts geändert hat. Die Gewerkschaft hat sich dieser Frage angenommen und gab vor kurzem einen

[1]) Jewish Chronicle vom 19. Februar 1937.
[2]) Jewish Chronicle vom 12. Februar 1937.
[3]) Jewish Chronicle vom 5. Februar 1937.

Presseberichte heraus. Danach wurde festgestellt, daß „Möbelindustrie und Einzelhandel beinahe ausschließlich in jüdischen Händen seien. Lediglich eine ganz geringe Anzahl von jüdischen Arbeitgebern aus einer Gesamtzahl von Hunderten" hätten angemessene Löhne gezahlt und menschliche Arbeitsbedingungen eingeführt. Viele von diesen Fabrikanten hätten große Summen für die jüdischen Flüchtlinge aus Mitteleuropa gegeben. Es handelte sich hierbei um Personen, die „von Anfang bis Ende des Jahres rücksichtslos die Arbeitskraft von Menschen in der Möbelindustrie ausgenutzt hätten. Wir fühlen uns zu der Behauptung berechtigt, daß die von solchen Arbeitgebern für derartige wohltätige Zwecke gezeichneten Summen von $ 100,— bis 1,000,— eine Art ‚Gewissensgeld' darstellen, oder eine laute Geste, um das Gesicht zu wahren". Wenn Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaft gewesen seien, hätte man sie zum Austritt gezwungen, oder sie wären im Weigerungsfalle entlassen worden. Man hätte daher keinen Grund, bei einer solchen Behandlung sich über die Nazis aufzuregen und diese mit der Behauptung zu bekämpfen, daß sie keine Gewissensfreiheit einräumten.

Endlich habe man feststellen müssen, daß Hungerlöhne bezahlt würden und die Arbeiter achtzig Wochenstunden einschließlich Sonntags zu arbeiten hätten. Es sei nun das Arbeitsministerium angerufen und gebeten worden, einzuschreiten. Das Ergebnis könnte noch nicht festgestellt werden[4]). Wir glauben kaum, daß Abhilfe geschaffen wird. Denn schon seit der Masseneinwanderung der Juden um das Jahr 1900 sind diese Zustände bekannt gewesen, ohne daß trotz gelegentlicher Proteste etwas getan worden ist.

Den Juden waren diese Veröffentlichungen sehr unangenehm. In der darauffolgenden Versammlung der Deputiertenkammer der Juden bezeichnet man dies als äußerst unangenehm und gab seiner Bestürzung darüber Ausdruck, daß zum erstenmal in England seitens der Gewerkschaft anläßlich von Schwierigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Rassenfrage in den Vordergrund gerückt sei.

Einer der Größen in der Möbelindustrie dürfte Sir Benjamin Drage sein, der Direktor und technischer Berater in einer großen Möbelfirma, Drages Ltd., ist.

Bereits oben anläßlich der Einwanderung der Juden um die Jahrhundertwende wurde laut der amtlichen Untersuchungen festgestellt, daß die Juden allein die Herren in der Schneider- bzw. Konfektionsindustrie seien. Schon damals waren die Zustände unter den arbeitenden Klassen, die hauptsächlich als Heimarbeiter beschäftigt waren, als unmenschlich anzusehen. Hieran hat sich heute noch nichts geändert. Die Zahl der in dieser Industrie Beschäftigten dürfte etwa 25 000 betragen. Die Inhaber von Firmen erzielen dabei riesenhafte Gewinne. So verkauft man in den Läden des Westens von London z. B. Kostüme für 94,50

[4]) Jewish Chronicle vom 16. Dezember 1938.

Schilling, die im Osten der Weltstadt für 6 Schilling angefertigt sind[5]). Und dabei werden immer noch mehr und mehr Fabriken von Juden in der Konfektionsindustrie errichtet.

Auch hier ist ein Jude unbestrittenermaßen als führend anzusehen, nämlich Sir Montague Burton, der zugleich ein eifriger Zionist ist. Er ist Vorsitzender und Geschäftsführer von

Burton (Montague) Ltd.
Burton (Montague) Estates Ltd.
Burton (Montague) Shop Properties Ltd.

Das Kapital des ersteren Unternehmens beträgt £ 5,500,000,—. An fast allen größeren Plätzen Englands unterhält es Geschäfte, insgesamt 621. Die Fabriken sind in Leeds und in Walkden, Lancashire.

In welch skrupelloser Weise die Juden ihr Monopol in der Schneider- und Konfektionsindustrie während des Weltkrieges ausgenutzt haben, geht aus ihren eigenen Mitteilungen hervor. So hat einer der darin führenden Hebräer sich damit gebrüstet, welches Kapital er aus der Anfertigung von Uniformen geschlagen habe, die nur einen Monat gehalten hätten. „Es war grandios", so schwor er, „Geld für Dreck"[6]).

Auch im Friseurgewerbe haben die Juden, vor allem in London, eine beherrschende Stellung inne. Die Löhne sind ebenfalls außerordentlich niedrig gehalten und die Angestellten gezwungen, zwölf Stunden zu arbeiten.

Mit Recht wurde vor einiger Zeit in einer Fachschrift für Friseure darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Gebaren Persönlichkeiten wie Hitler und Mosley zur Macht bringen müßte[7]).

Wir machen nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die vorhergehenden Ausführungen über die Pelz-, Schuh-, Möbelindustrie und das Friseurgewerbe einer Artikelserie des „Jewish Chronicle" entnommen sind. Weitergehende Mitteilungen von judenfeindlichen Quellen haben wir auch hier völlig unberücksichtigt gelassen, weil die andern bereits erschütternd genug sind.

Auch auf dem Gebiete der Kettenläden in der Art wie Woolworth spielen die Juden eine große Rolle. Wir wollen nur einen Konzern nennen, nämlich Marks & Spencer. Vorsitzender und Geschäftsführer ist Simon Marks, stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer J. M. Sieff, Direktoren Norman Laski und Harry Sacher. Der Parlamentsabgeordnete L. S. Amery, wahrscheinlich ein Jude, und der Marqueß of Milford Haven sind weitere Direktoren. Die Anwälte sind Arthur Benjamin und Cohen. Das Kapital der Firma beträgt £ 3,300,000,— und 226 Geschäfte sind bisher in Groß-

[5]) Jewish Chronicle vom 22. u. 29. Januar 1937.
[6]) Jewish Chronicle vom 25. November 1921. Banister: S. 187.
[7]) Jewish Chronicle vom 26. Februar 1937. Hairdresser's Weekly Journal vom 18. September 1934.

britannien eröffnet. Der Konzern von Harrods zerfällt in Harrods Ltd. und Harrods (Buenos-Aires) Ltd. Die gemeinsame Telegrammadresse zeigt u. a., wie nahe diese beiden miteinander verbunden sind. Erstere schließt aber die bekannten Kaufhäuser von Harrods, Dickins and Jones, D. H. Evans u. Co. Ltd. und andere ein. Im Direktorium von Harrods (Buenos-Aires) Ltd. sitzt der finanzgewaltige Jude Baron d'Erlanger, der sicherlich auch an Harrods Ltd. beteiligt ist, selbst wenn er nach außen hin nicht bezüglich derselben hervortritt. Im übrigen wird dieser Konzern von Fraser als völlig jüdisch bezeichnet[8]).

[8]) Fraser: S. 126.

Verjudetes Finanzwesen

Allmählich wird der Leser begreifen, daß es fast kein Gebiet in England gibt, auf dem nicht der Jude herrschend ist bzw. seinen Einfluß geltend machte und macht. So spielten Sir Elly Kadoorie und sein verstorbener Bruder, Sir Ellis Kadoorie, in früheren Jahren eine große Rolle in Finanzgeschäften des Fernen Ostens, und Sir Eduard Samuel hatte große Interessen in Wolle. Der erstere betätigt sich nunmehr als Philantrop und erscheint auch heute als solcher im Who's who. Daneben hat der Name von Sir Leonard Cohen einen großen Klang in Indien. Er ist Direktor der Bengal and North Western Railway Co. Ltd. (Kapital £ 4,789,000) und Rohilkund and Kumaon Railway Co. Ltd. (£ 800,000,—).

Wie stark die Vorherrschaft der Hebräer im Finanzwesen ist, geht aus folgender Bemerkung hervor, die kürzlich in einer Veröffentlichung erschienen ist: „Man sagt, die Juden hätten kein eigenes Land. Sie haben aber eins. Es ist die Londoner Börse."

Zunächst dürfte es interessieren, welche Rolle die Juden in der Bank von England spielen. Dies ist außerordentlich schwer festzustellen, da dieses Institut besondere gesetzliche Privilegien aus alter Zeit hat, wonach es praktisch nichts zu veröffentlichen braucht. So gibt es kein öffentliches Register im Somerset-House über die Inhaber der Aktien. Auf jeden Fall muß man sich von dem Gedanken freimachen, daß etwa die britische Regierung eine Mehrheit darin hat. Nicht einmal das britische Schatzamt ist in der Verwaltung vertreten, und man geht wohl nicht zu weit in der Behauptung, daß die Bank von England überwiegend von Männern geleitet wird, die internationalen Finanzgesellschaften angehören. Auf jeden Fall ist bis vor kurzem im Direktorium ein Mitglied der bereits genannten Familie Goschen gewesen. Augenblicklich ist noch C. J. Hambro als Mitglied der jüdischen Familie gleichen Namens vertreten. Die Familie hat einen großen Ruf in der internationalen Finanz. Anfang 1939 feierte ihr Bankinstitut Hambros Bank Ltd. sein hundertjähriges Bestehen. Das Haupt der Familie ist Sir Eric Hambro, der mit anderen Mitgliedern der Familie in vielen Gesellschaften der Wirtschaft zu finden ist und einen großen Einfluß in der City hat. Unbekannt ist auch die Rolle der Familie Rothschild in der Bank von England.

Lord Bearstead ist zusammen mit zwei weiteren Juden, Oberst F. D. und Peter Montefiore Samuel, Direktor der bedeutenden Bank von Samuel u. Co. Das Kapital von zwei Millionen Pfund kann nicht im entferntesten den Einfluß widerspiegeln, den diese Firma auf die internationale Finanz ausübt. Dasselbe gilt für die Firmen Samuel Montagu u. Co. mit den jüdischen Direktoren E. L. Franklin, L. S. Montagu, S. E. Franklin, Lord Swaythling, C. M. Franklin, und Japhet u. Co. mit den Juden Saemy Japhet

als Vorsitzendem und den Juden Paul Lindenberg, Max Fontheim und Gottfried Loewenstein als Direktoren. Wir werden noch unten bei der Goldindustrie sehen, welche ausschlaggebende Bedeutung diese drei letztgenannten Unternehmen zusammen mit Rothschild und den Maklern in Goldbarren Mocatta und Goldsmid haben. Groß ist auch das Feld der Judenfirma von Erlangers Ltd. (Kapital £ 2,000,000,—) mit Baron Emile d'Erlanger als Vorsitzenden und Baron Frederic d'Erlanger und Leo F. A. d'Erlanger als dessen Stellvertreter. Die einzelnen Familienmitglieder haben weitere große Interessen in:

Beira Railway Comp. Ltd. (Vorsitzender)
British South Africa Co. (Vizepräsident)
Channel Tunnel Comp. Ltd. (Vorsitzender)
Forestal Land, Timber and Railways Comp. Ltd. (Vorsitzend.)
Pauling and Co. Ltd. (Vorsitzender)
Rhodesia Railway Trust Ltd. (Vorsitzender)
Sterling Trust Ltd. (Vorsitzender)
Chilian Stores Ltd. (Direktor)
Harrods (Buenos-Aires) Ltd. (Direktor)
Leach's Argentine Estates (Stellv. Vorsitzender)
South America Stores Ltd. (Direktor)
British Airways Ltd. (Direktor)
Hillman's Airways Ltd. (Direktor)
Helenic and General Trust Ltd. (Direktor)
International Sleeping Car (Direktor)
Share Trust Ltd. (Direktor)

Was für diese Familie festgestellt werden kann, gilt auch für die anderen obengenannten. Alle sind in vielen Gesellschaften vertreten und fast alle einzelnen Unternehmungen sind, wie z. B. die British South Africa Co., von großer Bedeutung. In der letzteren Gesellschaft sind übrigens noch zwei weitere Juden, nämlich Sir Edmund Davis und Sir Ernest Oppenheimer als Direktoren tätig. Wir werden ausführlicher über diese Gesellschaft unten berichten. Nur soviel mag vorweggenommen sein, daß sie ein Kapital von £ 6,750,000,— hat und praktisch ganze britische Kolonien kontrolliert. Eine andere bekannte Bankiersfamilie ist die von Sir Albert Stern, dessen Stammfirma Stern Brothers ist. Sir Albert ist Direktor von weiteren Unternehmungen, wie:

Bank of Roumania Ltd.
British French Discount Bank Ltd.
Midland Bank Ltd.
Midland Bank Executor and Trustee Co. Ltd.
Ottoman Bank Ltd. (£ 10,000,000,—)
Steaua Romana
Steaua Romana Société Anonyme pour l'Industrie du Petrole

Ferner gehört in die Reihe großer Finanzleute Sir Max Bonn, der außer in drei weiteren Gesellschaften Vorsitzender bzw. Direktor ist in:

Helbert, Wagg u. Co. Ltd.
Bank of London and South America (£ 4,500,000,—)
Brazilian Trust and Loan Corporation Ltd.
Helbert Wagg and Co. (New York) Ltd.

Sir Louis Sterling gehört ebenfalls dazu. Er hat neben anderen Gesellschaften Interessen in:

National Industrial Credit Corporation Ltd.
Bankers' Commercial Security Ltd.
Mercantile Credit Company Ltd.

Sir L. Franklin ist Teilhaber der bekannten Bank in der City von Keyser (A.) and Co. Weitere Mitglieder dieser Firma sind die Juden J. A. Franklin, G. L. Schlesinger, E. A. Franklin, C. M. Keyser. Die Firma hat bedeutende Interessen in vielen Unternehmungen. Henry Kahn ist Vorsitzender und Direktor von zehn Gesellschaften aller Art, und die Familie von Sir Osmond Elimd'Avigdor-Goldsmid zeigt ihren Einfluß dadurch, daß Sir Osmond in folgenden Gesellschaften Vorsitzender oder Direktor ist:

Anglo-Chinese Finance and Trade Corporation Ltd
C. R. E. Trust, Ltd.
General Funds Investment Trust Ltd.
Land Revenues Trust, Ltd.
Pekin Syndicate, Ltd.
Chinese Central Railways, Ltd.
Royal Insurance Comp., Ltd.

Sir Sigismund Mendl, einstmals Mitglied des Kriegsministeriums, ist in der Finanzwelt bekannt. Er ist außer in sechs anderen Gesellschaften Direktor der National Discount Comp. Ltd. Mit ihm zusammen sind in dieser Firma an leitender Stelle die Juden Francis Goldsmid und Sir Charles Seligman. Das Kapital beträgt £ 2,700,000,—. Der Bruder von Sir Sigismund Mendl, Sir Charles Mendl, ist Presseattaché an der Britischen Botschaft in Paris.

Sir Charles Seligman ist Teilhaber der sehr bekannten Bank Seligman Brothers, seine weiteren Partner sind die Juden D. E. Seligman, Leon Rueff, Louis Fleischmann, B. S. Seligman, D. A. Seligman, R. J. Seligman. Die Firma hat einen großen Einfluß in der Wirtschaft.

In den sogenannten „Fünf Großen" der Banken befinden sich ebenfalls an leitender Stelle Juden. In der National Provincial Bank Ltd. (Kapital £ 60,000,000) ist Sir Victor Schuster, in Lloyds Bank Ltd. (Kapital £ 74,000,000,—) Lord Bearstead, in der Midland Bank Ltd. (Kapital £ 45,200,000,—) Sir Albert

Stern, in der Westminster Bank Ltd. (Kapital £ 33,000,000,—) Lord Goschen und Sir George Schuster, und in Barclays Bank (Kapital £ 20,000,000,—) Lord Melchett.

Diese Aufzählung, die selbstverständlich nur einen Bruchteil der Juden in der Finanz darstellt, muß für unsere Zwecke genügen, da wir ja kein Buch über die Verjudung der britischen Finanz schreiben. Wir hoffen aber, daß sie den Leser überzeugt hat, daß die Börse in London wirklich „das Land der Juden" zu sein scheint. Genau dasselbe ist in der Gold- und Diamanten-industrie der Fall.

Gold und Diamanten

Auch hier können wir uns nur darauf beschränken, einige wenige der führenden Juden aufzuzählen, um dem Leser einen kleinen Begriff über ihre weitreichenden Einflüsse zu vermitteln.

Sir George W. Albu ist Vorsitzender und Geschäftsführer der General Mining and Finance Corporation Ltd., ferner Vorsitzender bzw. im Aufsichtsrat von

Barclays Bank (Dominion, Colonial and Overseas)
Durban Roodeport Deep Ltd.
East Rand Proprietary Mines Ltd.
Van Ryn Gold Mines Estate Ltd.
West Rand Consolidated Mines Ltd.
West Witwatersrand Areas Ltd.

Die General Mining and Finance Corporation, deren Londoner Geschäftsführer und Vorsitzender Leopold Albu ist, hat ein Kapital von £ 1,500,000,—. Sie besitzt große Interessen in verschiedenen anderen Minen usw. Das Kapital der Durban Roodeport Deep Ltd. beträgt £ 1,200,000,—, der East Rand Proprietary Mines Ltd. £ 1,800,000,—, der Van Ryn Gold Mines Estate Ltd., die verschiedene andere Goldminen absorbiert hat, £ 250,000,—, der West Rand Consolidated Mines Ltd. £ 2,150,000,— usw. Die letztgenannte Gesellschaft z. B. besitzt wiederum maßgebliche Interessen in Violet Consolidated Gold Mining Co. Ltd., West Rand Mines Ltd. und einer Anzahl weiterer Minen. Mitglieder des Londoner Komitees der letztgenannten Gesellschaft sind u. a. Leopold Albu, Julius Friedlander, C. S. Goldman usw.

Der oben erwähnte Leopold Albu, der Direktor bzw. Vorsitzender in einer Reihe der gleichen Gesellschaften wie Sir George Albu ist, hat ferner maßgebliche Interessen in

International Russian Corporation Ltd.
Phoenix Oil and Transport Co. Ltd.
Phoenix Oil Products Ltd.,

die beiden letzteren mit einem Kapital von £ 4,500,000,— bzw. £ 650,000,—.

Ludwig Ehrlich ist Direktor bzw. Vorsitzender der

Anglo Canadian Trustees Ltd.
Associated Mining and Finance Co. Ltd.
Blackwater Mines Ltd.
Carmen Valley Gold Mines Ltd.
Consolidated Gold Fields of New Zealand Ltd.
H. E. Proprietary Ltd.
Harmony Lands and Minerals Ltd., der u. a. The Harmony Estate mit einem Grundeigentum von etwa 186,492 Acres, sowie die Mineralrechte in weiteren großen Gebietsteilen gehören

Luipaards Blei Estate and Gold Mining Ltd.
Palmarejo and Mexican Gold Fields Ltd.
Siberian Syndicate Ltd.
West Spaarwater Ltd. mit einem autorisierten Kapital von £ 2,000,000,— usw.

und in gleicher Eigenschaft fungiert Julius Friedlander in

Bellsbank Estate and Exploration Co. Ltd.
East Rand Proprietary Mines Ltd. (Kapital £ 1,800,000,—)
East Rietfontein Syndicate Ltd.
Geduld Proprietary Mines Ltd. (Kapital £ 1,500,000,—)
Johannesburg Consolidated Investment Co., zu deren weiteren Direktoren u. a. gehören: G. J. Joel, H. J. Joel, Sir Robert N. Kotze, Gustav Imroth usw. Auf diese Gesellschaft werden wir weiter unten noch näher eingehen.
M. A. C. S. Ltd.
South African Land and Exploration Co. Ltd., die 15 Besitzungen mit 76,021 Acres in verschiedenen Distrikten von Transvaal, Natal und der Oranjefluß-Kolonie sowie die Mineralrechte aus 35 anderen Besitzungen mit 137,952 Acres hat.
West Rand Consolidated Mines (Kapital £ 2,150,000,—, vgl. Albu).

Major Charles Sidney Goldman ist Direktor bzw. Vorsitzender der

Central European Mines Ltd.
Consolidated Main Reef Mines and Estate Ltd. (Kapital £ 1,247,602,—)
General Mines Investment Ltd.
Gold Coast and Ashanti Stool Concessions Ltd.
Henckel von Donnersmarck Beuthen Estates Ltd.
New Modderfontein Gold Mining Co. Ltd. Das Kapital dieser Gesellschaft beträgt £ 1,400,000,—; sie hat in den verflossenen zehn Jahren eine Durchschnittsdividende von 112¼ % p. a. gezahlt
Polish Timer Iron Car and Waggon Co. Ltd.
Southern European Metal Corporation Ltd.
West Rand Consolidated Mines (Kapital £ 2,150,000,—, s. Albu)
Witbank Colliery Ltd.

Gustav Imroth, Direktor der Johannesburg Consolidated Investment Co. Ltd., Aktienkapital £ 4,345,000,—, auf die wir noch näher eingehen werden, ist außerdem im Aufsichtsrat der Government Goldmining Areas (Modderfontein) Consolidated Ltd., die bei einem Kapital von £ 1,400,000,— in den letzten fünf Jahren eine Durchschnittsdividende von 113 % p. a. gezahlt hat und die von der üblichen Gewinnsteuer, die von andern Transvaal-Goldminen erhoben wird, freigestellt ist.

Geoffrey Joel ist Direktor von

De Beers Consolidated Mines, die 13 Diamantminen übernommen und weitere Minen hinzugepachtet haben. Sie besitzen außerdem u. a. 50 % des Kapitals der

African Explosives and Industries Ltd., deren Kapital £ 5,000,000,— beträgt und der außer beträchtlichem Grundbesitz in Transvaal, Natal und Rhodesien alle Anteile der Cape Explosives Works Ltd. gehören.

Premier (Transvaal) Diamond Mining Co. Ltd., die u. a. folgende Dividende gezahlt haben: 1923: 300 %, 1924: 700 %, 1925: 500 %, 1926: 500 %, 1927: 250 %.

De Beers haben weiter beträchtliche Interessen in

Cape Coast Exploration Ltd. (£ 1,000,000,—)

Consolidated Diamond Mines of South West Africa Ltd. (£ 4,500,000,—)

Diamond Corporation Ltd. (£ 5,000,000,—)

New Jagersfontein Mining and Exploration Co. Ltd. (£ 1,000,000,—)

sowie das Vorkaufsrecht auf alle in den Ländereien der South West Africa Co. sowie in den Gebieten der British South Africa Co. entdeckten Diamantminen.

Geoffrey Joel ist weiter Direktor von

Johannesburg Consolidated Investment Co. Ltd. (vgl. Friedlander und Imroth), deren Aktienkapital £ 4,345,000,— beträgt und die außer beträchtlichem Grundeigentum in Johannesburg weitgehende Aktieninteressen in folgenden Gesellschaften hat:

Consolidated Murchison (Transvaal) Gold Fields and Development Co. Ltd.

East Champ d'Or Gold Mining Co. Ltd.

East Daggafontein Mines Ltd. (£ 1,350,000,—)

Government Gold Mining Areas (vgl. bei Imroth) (Modderfontein) Cons. Ltd.

Langlaagte Estate and Gold Mining Co. Ltd. (£ 1,519,833,—)

New State Areas Ltd. (£ 1,514,037,—)

Potgietersrust Platinum Ltd. (£ 1,962,500,—)

Rand Leases (Vogelstruisfontein) Gold Mining Co. Ltd. (£ 1,500,000,—)

Randfontein Estates Gold Mining Co., Witwatersrand Ltd. (£ 4,063,553,—)

South African Breweries Ltd. (£ 3,000,000,—)

Van Ryn Deep Ltd. (£ 1,196,892,—)

Vogelstruisbult Gold Mining Areas Ltd. (£ 2,750,000,—)

Witwatersrand Gold Mining Co. Ltd. usw., zusammen mit Diamantinteressen und Teilhaberschaften an Nord-Rhodesischen Kupferfeldern.

Harry F. Joel ist außer in einer ganzen Anzahl der unter Geoffrey Joel aufgeführten Gesellschaften auch noch Direktor der Firma Barnato Bros. Ltd., sowie Mitglied des Londoner Komitees der

Consolidated Collieries Ltd.
Ferreira Estate Co. Ltd.
New Springs Colliery Ltd.
Phoenix Colliery Ltd.
South African Carbide and By-Products Co. Ltd.,

und J. B. Joel, der ebenfalls in vielen der oben angeführten Unternehmen Interessen besitzt, fungiert als Direktor bzw. Vorsitzender der

Cape Explosives Works Ltd. (Durchschnittsdividende während der letzten 10 Jahre 47½ % p. a.)

Companhia de Diamantes de Angola (£ 2,000,000,—). Der Umfang dieser Gesellschaft erhellt daraus, daß sie u. a. das alleinige Recht besitzt, bis zum Jahre 1971 in einem Gebiet von etwa 390 000 Quadratmeilen (etwa 600 000 Quadratkilometer) die Montanuntersuchungen durchzuführen und die bis dahin festgestellten diamanthaltigen Lager auf unbegrenzte Zeit auszubeuten. Die Gesellschaft ist von dem portugiesischen Einfuhrzoll auf Anlagen und Materialien sowie von Exportzöllen auf Diamanten befreit.

Nchanga Consolidated Copper Mines (autorisiertes Kapital £ 5,000,000,—)

Rhodesian Anglo American Ltd. (autorisiertes Kapital £ 6,500,000,—, jedoch haben die Direktoren das Recht, Anleihen bis zur doppelten Höhe des autorisierten Aktienkapitals aufzunehmen. Sofern die an die Direktoren — es sind deren 12 vorhanden — gezahlte Vergütung weniger als 2½ % der für das betreffende Jahr ausgeschütteten Dividende beträgt, steht ihnen der Differenzbetrag zu, der jedoch £ 12,000,— p. a. nicht übersteigen soll).

Die Gesellschaft besitzt Interessen in verschiedenen anderen Bergwerksgesellschaften.

Theatre Royal Drury Lane.

Auch Sir Robert Kotze und Gilbert Roy Lewis dürfen wir nicht überschlagen. Außer in einer ganzen Anzahl der im Zusammenhang mit Joels angeführten Unternehmen ist der erstere Direktor von

East Geduld Mines Ltd. (£ 1,800,000,—)
Geduld Proprietary Mines Ltd. (£ 1,500,000,—, Durchschnittsdividende in den letzten 10 Jahren etwa 50 % p. a.)

Grootvlei Proprietary Mines Ltd. (£ 2,500,000,—)
Legal and General Assurance Society Ltd. (£ 1,000,000,—)
Marievale Consolidated Mines Ltd. (£ 2,250,000,—)
New Jagersfontein Mining and Exploration Co. Ltd. (£ 1,000,000,—),

während Gilbert Roy Lewis stellvertretender Vorsitzender der Lewis and Marks Ltd. und Direktor bzw. im Aufsichtsrat folgender Unternehmen ist:

African and European Investment Comp. Ltd. (£ 2,750,000,—)
Amalgamated Collieries of South Africa Ltd. (£ 2,000,000,—)
Chandler's Ltd.
Coronation Collieries Ltd.
Crown Diamond Mining and Exploration Co. Ltd.
Grootvlei Proprietary Mines Ltd. (£ 2,500,000,—)
Lonely Reef Gold Mining Co. Ltd.
New Central Witwatersrand Areas Ltd.
New Machavie Gold Mining Co. Ltd.
Palmietkuil Gold Mining Co. Ltd. (£ 1,700,000,—)
Roberts Victor Diamonds Ltd.
South Rand Exploration Co. Ltd.
Springfield Collieries Ltd.
Swaziland Corporation (1924) Ltd.
Union Steel Corporation (of South Africa) Ltd.
Vereeniging Brick and Tile Co. Ltd.
Vereeniging Estates Ltd., die wiederum mehrere andere Gesellschaften kontrolliert und deren Kapital £ 1,750,000,— beträgt
Vryheid Coronation Ltd.
West Spaarwater (autorisiertes Kapital £ 2,000,000,—).

Während die oben genannten Hebräer vorwiegend die Gold- und Diamantenindustrie und nur zum geringeren Teil andere Zweige beherrschen, kommen wir jetzt zu den Magnaten, die sich nicht auf Gold und Diamanten beschränken, sondern daneben führend in Handel, Industrie, Landwirtschaft, Bergbau, Finanz usw. in Afrika sind. Teilhaber und Mitdirektoren des eben genannten Gilbert Roy Lewis sind Louis Marks, Theodore Marks und J. M. Marks in der Firma Lewis and Marks, deren Kapital sich auf £ 1,600,000,— beläuft.

Louis Marks ist Vorsitzender bzw. im Aufsichtsrat der
Bechuanaland Farms Ltd. — einer Tochtergesellschaft der African and European Investment Co. (£ 2,750,000,—) —, die maßgebliche Interessen in der
Crown Diamond Mining and Exploration Co. Ltd.,
Elandsfontein Platinum Ltd.
sowie in verschiedenen andern Gesellschaften hat und die einschließlich ihrer eigenen Farmen

441 Farmen mit . . . . . 1 371 909 Morgen,
die Mineralrechte in 180 Farmen mit 281 876 Morgen
und Kohlenrechte in 31 Farmen mit 74 055 Morgen

in Transvaal, Bechuanaland, Oranje-Freistaat usw. sowie 259 Goldminen-Claims in Boksburg-Distrikt besitzt, ferner in:

Carolina Coal Mining Co. Ltd.
Cattle Ranchers Ltd.
Cobra Emeralds Ltd.
Eastern Province Cement Ltd. (£ 1,011,288,—)
Elandsfontein Platinum Ltd.
Garner Motors Ltd.
Largo Colliery (£ 2,000,000,—)
Rand Refinery Ltd.
South African Glaß Union Ltd.
South African Salt Works Ltd.
Stewarts and Lloyds of South Africa Ltd., deren Aktienkapital £ 7,370,275,— beträgt und die alle Aktien von sieben weiteren Firmen sowie maßgebliche Interessen in zwölf anderen Firmen besitzt
Union Line Co. Ltd.
Vaal River Salt Works Ltd.
Weltevreden Gold Mining Syndicate Ltd.
Witwatersrand Co-operative Smelting Works Ltd.
Witwatersrand Native Labour Association Ltd.

und darüber hinaus in einer ganzen Anzahl der gleichen Gesellschaften wie Gilbert R. Lewis.

Theodore Marks und J. M. Marks sind als Direktor, Vorsitzender bzw. Aufsichtsrat in insgesamt 29 Gesellschaften.

Sir Ernest Oppenheimer ist Direktor bzw. Vorsitzender der

African Cables (Proprietary) Ltd.
Anglo-American Corporation of South Africa Ltd. (£ 5,000,000,—)
Anglo-American Investment Trust Ltd. (£ 2,500,000,—)
Blyvooruitzicht Gold Mining Co. Ltd. (£ 2,950,000,—)
Boart Products South Africa (Proprietary) Ltd.
Brakpan Mines Ltd. (£ 1,150,000,—, Durchschnittsdividende der letzten 10 Jahre 48,6 % p. a.)
British South Africa Co., die wir nachstehend etwas eingehender behandeln werden
Cape Coast Exploration Ltd. (£ 1,000,000,—; die Gesellschaft besitzt u. a. eine Farm von 365 000 Morgen in Namaqualand)
Consolidated Company Bultfontein Mine Ltd.
Daggafontein Mines Ltd. (£ 1,750,000,—, Durchschnittsdividende der letzten vier Jahre 41 % p. a.)
Gold Coast Exploration Ltd.
Griqualand West Diamond Mining Co. (£ 1,057,000,—)

Holfontein (T. C. L.) Gold Mining Co. Ltd.
Lace Proprietary Mines Ltd.
Libanon Gold Mining Co. Ltd. (£ 2,500,000,—)
Rand Leases (Vogelstruisfontein) Gold Mining Co. Ltd. (£ 1,500,000,—)
Rand Selection Corporation Ltd. (£ 1,000,000,—)
Rhodesia Broken Hill Development Co. Ltd. (£ 250,000,—)
Rietfontein (Nr. 11) Gold Mines Ltd. (£ 1,100,000,—)
Société Minière du Beecka
Spaarwater Gold Mining Co. Ltd. (£ 2,000,000,—)
Springs Mines Ltd. (£ 1,750,000,—, Durchschnittsdividende der letzten 10 Jahre: 43,75 %)
West Rand Investment Trust Ltd. (autorisiertes Kapital £ 4,000,000,—)
West Springs Ltd. (£ 1,935,000,—)

Sehen wir uns nun die British South Africa Company noch etwas näher an, zu deren weiteren Direktoren Baron Emile B. d'Erlanger, Sir Edmund Davis usw. gehören. Das Operationsgebiet dieser Firma liegt in Rhodesien, und zwar

a) Süd-Rhodesien: in den Provinzen Mashonaland und Matabeleland mit etwa 149 000 Quadratmeilen = etwa 242 000 Quadratkilometer;

b) Nord-Rhodesien: eine Verschmelzung von Nordost- und Nordwest-Rhodesien mit 291 000 Quadratmeilen = etwa 473 000 Quadratkilometer.

Das gesamte Gebiet wurde früher von der genannten Gesellschaft verwaltet. Als jedoch am 12. September 1923 Süd-Rhodesien offiziell als Kolonie des britischen Imperiums erklärt wurde und die South Africa Company im Jahre 1924 auch auf die Verwaltung von Nord-Rhodesien verzichtete, kam mit der britischen Regierung ein Vertrag zustande, der u. a. folgendes vorsah: Für Aufgabe ihrer Rechte und Ansprüche in Süd-Rhodesien und Überlassung ihrer Gebäude usw., die für Verwaltungszwecke gedient haben, sowie ihrer Land- und Monopolrechte mit Ausnahme der ihr lt. Konzession zustehenden Mineralrechte in Nord-Rhodesien erhält die Gesellschaft seitens der Regierung am 1. Oktober 1923 eine Barzahlung von £ 3,750,000,— und bleibt weiter bis zum 1. April 1964 an den Nettoerlösen aus Landverkäufen in Nordwest-Rhodesien zur Hälfte beteiligt. Die englische Krone erkennt die gesamten Mineralrechte der Gesellschaft in Nord- und Süd-Rhodesien an und gewährt ihr hinsichtlich ihrer Eisenbahninteressen weitestgehenden Schutz. Die Krone verzichtet auf alle Ansprüche gegen die Gesellschaft hinsichtlich der während des Krieges aufgewandten außergewöhnlichen militärischen Kosten. Die Gesellschaft behält ihre gesamten Handels- und Wirtschaftsrechte und Aktiven, desgleichen werden keine weiteren Ansprüche gegen sie

erhoben in bezug auf das für ihre eigenen kommerziellen Zwecke verwendete oder Dritten überlassene Land.

Laut Abkommen vom 29. Juni 1933 erwarb die Regierung die Mineralrechte der Gesellschaft in Süd-Rhodesien für £ 2,000,000,—.

Die Hauptaktiven der Gesellschaft bestehen nunmehr in:

Bergbaurechten in ganz Nord-Rhodesien;
etwa 600 000 Acres Land im Bechuanaland-Protektorat;
Mineralrechten in etwa 16 000 Quadratmeilen (etwa 26 000 Quadratkilometer) in Nyassaland;
Halbbeteiligung bis zum 1. April 1964 an den Nettoerlösen aus den von der Regierung getätigten Landverkäufen in Nordwest-Rhodesien;
etwa 2 677 000 Acres Grundbesitz in Nordost-Rhodesien;
weiterem Grundbesitz von insgesamt etwa 110 107 Acres in Süd-Rhodesien, einem beträchtlichen Anteil an der
Wankie Colliery Co. Ltd., 80 % der Aktien der Rhodesia Railway Trust Ltd., sowie allen Anteilen der Rhodesian Land Bank Ltd. und schließlich maßgeblichen Einfluß in der Beira Railway Co. Ltd. Das Eisenbahnnetz der Rhodesischen Eisenbahnlinien einschließlich der Beira Railway erstreckt sich über 2708 Meilen = etwa 4700 Kilometer.

Sir Ernest Oppenheimer ist weiter an einer Anzahl der bereits im Zusammenhang mit Joel und Friedlander aufgeführten Gesellschaften beteiligt.

Sir Edmund Davis, der im Jewish Year Book lediglich als Kunstsammler bezeichnet wird, ist Direktor bzw. Vorsitzender der

Rhodesian Land, Cattle and Ranching Corporation, deren autorisiertes Kapital £ 1,000,000,— beträgt und die u. a. eine Farm von etwa 2 771 662 Acres in Süd-Rhodesien besitzt
African Chrome Mines Ltd.
African Manganese Co. Ltd.
Anglo-Continental Mines Co. Ltd.
Baluchistan Chrome Co. Ltd.
Baluchistan Mining Syndicate Ltd.
Bechuanaland Exploration Co. Obgleich diese Gesellschaft nur ein Aktienkapital von £ 350 000,— ausweist, besitzt sie u. a. 330 364 Acres Land, zusammen mit Territorial- und anderen Rechten, im Bechuanaland-Protektorat; ferner
246 923 Acres Land in Süd-Rhodesien,
52 425 Acres Land in Nord-Rhodesien
sowie weitere Ländereien in anderen Gebieten
Charterland and General Exploration and Finance Co. Ltd.
Chinese Central Railways Ltd.
Chrome Co. Ltd.
Compagnie Tunisiene des Phosphates due Diebel Mdilla
Consolidated Mines Selection Co. Ltd.
East Africa Mining Areas Ltd.

East African Lands and Development Co Ltd.
Etablissements Courmont
Fanti Consolidated Investment Co.
J. Picard and Co. Ltd.
Josiah Smale and Son Ltd.
Mufulira Copper Mines, autorisiertes Kapital £ 5,000,000,—, besitzt u. a. Bergwerksrechte von 149 684 Acres, deren Erzreserven per 30. Juni 1937 auf 158 841 000 tons mit einem durchschnittlichen Kupfergehalt von 4,12 % geschätzt wurden
Northern Rhodesia Power Corporation Ltd.
Otavi Mines and Railway Company
Raw Asbestos Distributers
Rhodesia Chrome Mines
Rhodesia Copper and General Exploration and Finance Co. Ltd.
Rhodesia Railway Ltd., deren Mitdirektor außer Sir Ernest Davis noch Sir Alfred Beit ist. Von dem 2708 Meilen umfassenden Netz dieser Bahn sind 2441 Meilen im Besitz der genannten Gesellschaft, und der gesamte Betrieb liegt in ihren Händen. Das Netz erstreckt sich von Bryburg im Süden und Port of Beira im Osten durch Süd- und Nord-Rhodesien bis zum Katangadistrikt in Belgisch-Kongo im Norden.

Obgleich das Aktienkapital nur £ 500,000,— beträgt, wird die wahre Bedeutung dieses Unternehmens dadurch gekennzeichnet, daß sie Schuldverschreibungen bzw. Prioritätsanleihen über £ 30,000,000,— ausgegeben hat
Rhodesian and General Asbestos Corporation Ltd.
Rhodesian Anglo-American Co. Ltd., mit einem autorisierten Aktienkapital von £ 6,500 000,—, die u. a. Interessen in verschiedenen Bergwerksgesellschaften in Nord- und Süd-Rhodesien einschließlich 1 318 971 gewöhnlichen und 21 317 A-Aktien der Rhokana Corpn. Ltd. und 1 002 914 Aktien der Nchanga Copper Mines Ltd. besitzt
St. Swithin's Ores and Metals Ltd.
Shabani Railway Co. Ltd.
Société d'Enterprises Industrielles et Minières
South West Africa Co. Ltd. (Kapital £ 2,000,000,—)
Southern Rhodesia Metals Ltd.
Turner and Newall, deren autorisiertes Kapital £ 7,250,000,— beträgt, betätigen sich hauptsächlich in der Herstellung von Asbestwaren. Sie besitzen Fabriken an acht verschiedenen Orten. In dieser Firma sind 16 andere Firmen aufgegangen, außerdem besitzt sie das gesamte Kapital der
Bell's United Asbestos Co. Ltd.
Dominion Blue Asbestos Mines (South Africa)
Elands Valley Transport Co.
New Amianthus Mines Ltd.
Raw Asbestos Distributors
Turner Bros. Asbestos Co. Ltd.,

ferner 99½% der Aktien der Rhodesian and General Asbestos Corporation Ltd., sowie einen maßgeblichen Anteil in der African Asbestos Mining Co. Ltd.

Turner and Newall besitzen von neun weiteren Firmen entweder alle Anteile, oder sie haben maßgeblichen Einfluß darin.

United Exploration Co. Ltd.

Wankie Colliery Co. Ltd. (Kapital £ 1,100,000,—)

Yangtse Valley Co. Ltd.

Außerdem ist Sir Edmund Davis gemeinsam mit Marks, Oppenheimer, Joel usw. an einer ganzen Reihe weiterer einflußreicher Unternehmen beteiligt, die wir nicht mehr alle einzeln aufzählen wollen.

Über das Ausmaß, in welchem alle möglichen Unternehmungen eng miteinander verflochten sind, kann man sich kaum einen Begriff machen. Im Rahmen dieser Arbeit würde eine solche Zusammenstellung indes zuweit führen, aber wir glauben, durch unsere obigen Ausführungen dem Leser wenigstens einen kleinen Einblick gegeben zu haben, der ihm in manchem Falle ein besseres Verständnis für gewisse Dinge erschließen wird. In diesem Zusammenhang ist vielleicht auch ein unterm 29. Oktober 1938 im „Daily Expreß" erschienener Artikel bemerkenswert, der die Überschrift trägt: „Handelsführer fordern Großbritannien auf: ‚Vereinigt ostafrikanische Gebiete!'" Er lautet: „Zwanzig Männer, die Millionen britischen Kapitals (!) repräsentieren, nahmen folgende Resolution der Ostafrikanischen Handelskammer an: 1. Tanganjika muß britisch bleiben, 2. Tanganjika, Kenya und Uganda sind in ein Zollgebiet zu vereinigen."

Die oben begonnene Zusammenstellung jüdischer Finanzgewaltiger mit riesenhaften Interessen in Gold, Diamanten, Kohlengruben, Plantagen, in allen Zweigen der Industrie, des Handels und der Wirtschaft Afrikas, ließe sich ohne Schwierigkeiten noch beträchtlich vergrößern. Um nur noch einige wenige aufzuzählen, nennen wir noch Col. Benjamin Hansford, Sir Bernard Eckstein, Isidore W. Schlesinger, Sir Henry Strakosch, Edmond Weil, Julius Weil, Rene Weil, Samuel Weil, Leopold Weil, Julius Sigismund Wetzlar usw. usw. Die Weils sind als Direktoren, Vorsitzende oder Geschäftsführer an 13 verschiedenen Unternehmungen von Diamant-, Gold- und Silberminen beteiligt, die wiederum an zahlreichen anderen Gesellschaften interessiert sind. Das gleiche gilt für Wetzlar mit 17 Gesellschaften, viele von ihnen Millionenkonzerne mit riesenhaftem Grundbesitz und maßgeblicher Beteiligung an einer weiteren Reihe großer Betriebe. Während Eckstein Millionen von Acres in Brasilien und Afrika mit Holz- und Mineralrechten und riesige Kaffee- und Baumwollplantagen besitzt, ist Schlesinger vielseitiger. Er ist u. a. geschäftsführender Direktor der Tanganyika Forests and Lumber Co. Ltd. mit 60,900 Acres Wald in Tanganyika, wovon

jährlich 400 Acres oder mehr geschlagen werden können. Er ist Vorsitzender der African Consolidated Investments Corpn. Ltd., die ein autorisiertes Kapital von £ 2,250,000,— besitzt und folgende Firmen direkt kontrolliert:

African Canning and Packing Corporation Ltd.
Anglo International Securities Corporation Ltd.
Colonial Banking and Trust Co. Ltd.
Golden Valley Citrus Estates Ltd.
Tanganyika Forests and Lumber Co.

Darüber hinaus hat sie maßgebliche Interessen in verschiedenen anderen südafrikanischen Gesellschaften.

Isidore W. Schlesinger betätigt sich aber auch auf dem Gebiete der Versicherung, Finanz, Theater usw. und ist Vorsitzender von

African Life Assurance Society Ltd.
African Theatres Ltd.
Anglo International Securities Corpn. Ltd.
British Consolidated Investments Corpn. Ltd.
Golden Valley Citrus Estates, die auf einem Grundbesitz von 27,838 Acres Obstplantagen unterhalten und Landwirtschaft betreiben.
O. K. Bazaars (1929) Ltd.

Die African Theatres wurden gegründet, um die Theater und Lichtspielhäuser der African Theatres Trust Ltd. zu übernehmen. Sie besitzen ferner 78% des Kapitals der African Consolidated Theatres Ltd.

Die O. K. Bazaars (Bazaar and General Store Proprietors) besitzen 14 Warenhäuser in Südafrika, die halben Anteile von Parok Ltd., sie kontrollieren ferner die Paramount Stores Ltd., Allied Drug Co. Ltd. (die wiederum die Publix Ltd. kontrollieren), die Grand Parade Buildings, die O. K. Emporium Ltd. und andere Tochtergesellschaften.

Die vorstehenden Ausführungen lassen vielleicht auch verstehen, warum durch die Presse künstlich ein so großer Widerstand gegen die Rückgabe der deutschen Kolonien entfacht wird. In diesem Zusammenhang ist ein Artikel des „Daily Expreß" vom 1. November 1938 interessant, der sich über die „Unsicherheit bezüglich der Kolonien" wie folgt ausläßt:

„. . . Eine Hauptunsicherheit, die unbedingt der Klärung bedarf, ist die Haltung der Regierung bezüglich der früheren deutschen Kolonien. Dies ist von besonderem Interesse für die Anlage von Kapitalien in der südafrikanischen Goldminenindustrie, da die augenblickliche Unsicherheit es den großen Minenfinanziers außerordentlich erschwert, die riesigen Pläne, die vielleicht die Aufnahme von £ 20,000,000,— neuer Kapitalien für die Entwicklung der Faser West Rand und anderer neuer Goldfelder erforderlich machen, weiter zu verfolgen . . ."

Es dürfte auch interessant sein, zu erfahren, daß der Goldpreis für den Weltmarkt jeden Morgen von fünf jüdischen Firmen, nämlich

N. M. Rothschild and Sons
Marcus Samuel & Co.
Samuel Montagu and Co.
Saemy Japhet and Co.
Mocatta & Goldsmid (offizielle Makler der Bank von England für Gold- und Silberbarren)

in der Bank von Rothschild festgesetzt wird[1]).

[1]) Action vom 23. Januar 1937.

Filmjuden

Im folgenden wollen wir uns nun noch etwas ausführlicher mit der Verjudung der Filmindustrie beschäftigen, die heute mehr denn je in den Dienst der antideutschen Propaganda gestellt worden ist. Es ist den Juden und ihren Freunden mehr oder weniger völlig überlassen, welche Art von Filmen sie herausbringen. Zwar erscheint vor jedem Film immer eine Wiedergabe der Genehmigungsurkunde mit der Inschrift: „Passed by the British Board of Film Censors." Es wird dadurch der Eindruck hervorgerufen, als ob es sich hier um eine staatliche Einrichtung handele, die von einem Beamten der Regierung ausgeführt wird. Tatsächlich ist dieser sogenannte Zensor aber von den Filmproduzenten eingesetzt und bezahlt. Daneben wird auch alles getan, um der Öffentlichkeit sozialistische, ja, kommunistische Filme zugänglich zu machen. Im Jahre 1926 wurde daher eine Gesellschaft mit dem Namen „Film Society" gegründet. Die beiden hierfür Hauptverantwortlichen waren die Volljuden Ivor Montagu — Bruder von Lord Swaythling — und S. Bernstein. Sie standen mit Serge Eisenstein, einem anderen Juden, der jahrelang Hauptpropagandaleiter in Moskau gewesen war, in Verbindung. Später hat man dann die London Worker's Film Society ins Leben gerufen, die Filme mit gefährlicher kommunistischer Propaganda herausbrachte. Auch hier sitzt an leitender Stelle der obengenannte Montagu.

In welchem Maße aber die allgemeine Filmindustrie von Juden beherrscht wird, dürfte sich am besten aus einer Aufzählung der Filmgewaltigen und ihrer Interessen ergeben. Natürlich müssen wir uns auch hier darauf beschränken, nur einige wenige der bekanntesten aufzuzählen.

Über den ungarischen Juden Alexander Korda und seinen Teilhaber Erich Pommer erübrigt sich wohl die Aufzählung von Einzelheiten. Neben ihrem gemeinsamen Unternehmen, der London Film Productions, hat letzterer noch eine eigene Produktion, die Pommer Productions.

Die drei Brüder Isidore, Mark und Maurice Ostrer, Söhne jüdischer Emigranten, die in den 1890er Jahren aus Polen kamen und sich in Whitechapel, im Osten Londons, niederließen, kontrollieren Hunderte von Lichtspielhäusern und Musikhallen und stellten daneben auch Filme her[1]).

Isidore Ostrer ist Präsident von

Denman Picture Houses Ltd.
General Theatre Corporation Ltd.
Provincial Cinematograph Theatres Ltd.
Gaumont-British Picture Corporation Ltd.
Gaumont-British Distributors Ltd.
Lothbury Investment Corporation.

[1]) Daily Expreß vom 9. Januar 1939.

Mark Oſtrer, i. Fa. Oſtrer Brothers, Bankiers, iſt Direktor bzw. Vorſitzender folgender Unternehmen:

Albany Ward Theatres Ltd.
Aſſociated Provincial Picture Houſes Ltd.
B. B. Pictures (1920) Ltd.
Birmingham Weſt End Cinema Ltd.
Claſſic Cinemas Ltd.
Davis Theatre (Croydon) Ltd.
Denman (London) Cinemas Ltd.
Denman (Mitlands) Cinemas Ltd.
Gainsborough Pictures (1928) Ltd.
Haymarket Eſtates Ltd.
Leeds Picture Playhouſe, Ltd.
Metropolis and Bradford Truſt Co.
Moſſ Empires Ltd.
National Electric Theatres Ltd.
New Century Pictures Ltd.
Newington Electric Theatres Ltd.
North of England Cinemas Ltd.
P. C. T. Conſtruction Co. Ltd.
Provincial Cinematograph Theatres Ltd.
Royal Hotel, Edinburgh, Ltd.
Scala (Leeds) Ltd.
Sheffield Muſic Hall Comp. Ltd.
Tivoli Palace Ltd.
Trocadero Super-Cinema (Liverpool) Ltd.
United Picture Theatres Ltd.
Victoria Palace Ltd.

desgleichen iſt er Vorſitzender bzw. Geſchäftsführer der bereits bei Iſidore Oſtrer aufgeführten Unternehmen.

Der dritte Bruder, Maurice Oſtrer, iſt nicht nur gleichfalls an den meiſten der obengenannten Unternehmen von Iſidore und Mark Oſtrer intereſſiert, ſondern darüber hinaus u. a. an

Britiſh Acouſtic Films Ltd.
Buſh Radio Ltd.
Claſſic Cinemas Ltd.
Electrical Fono Films Ltd.
Film Clearing Houſes
Gaumont-Britiſh Inſtructional Ltd.
Gaumont-Britiſh Screen Services Ltd.
Gaumont Conſtruction Co. Ltd,
Gaumont Super Cinemas Ltd.
Glasgow Tivoli
Haymarket Capital Ltd.
Theatre Services Ltd.

Über seine Verbindung mit der in einer Auflage von über 300 000 Exemplaren erscheinenden englischen Sonntagszeitung „Sunday Referee" werden wir noch an anderer Stelle berichten.

Um einen ungefähren Begriff über den weitreichenden Einfluß zu haben, der sich durch die obengenannten Konzerne ergibt, wollen wir uns einzelne dieser Gesellschaften näher ansehen.

Ohne Zweifel die bedeutendste dürfte die Gaumont-British Picture Corporation Ltd. sein, die außer einer ganzen Anzahl eigener Lichtspielhäuser u. a. alle Anteile der

Denman Picture Houses Ltd.
Gaumont-British Distributors Ltd.
Gaumont-British Picture Corporation of America Inc.
Gaumont Construction Co. Ltd.
Ideal Films Ltd.
Standard Film Co. Ltd.
Theatre (Grimsby) Ltd.
W. and F. Film Service Ltd.

sowie die Majorität in

British Acoustic Films Ltd.
Gaumont Super-Cinemas Ltd.
New Standard Film Co. Ltd.
Provincial Cinematograph Ltd.

besitzt, von denen jede einzelne Gesellschaft wiederum eine ganze Anzahl anderer Filmunternehmen bzw. Lichtspielhäuser kontrolliert. Die Gaumont-British Picture Corporation fungiert als Generalgeschäftsführer für alle im Besitz der

General Theatre Corporation Ltd.

befindlichen resp. von dieser kontrollierten Unternehmen, sowie der

Moß Empires Ltd.

Ihr Aktienkapital beträgt £ 6,250,000,—.

Um das Ausmaß des Einflusses der drei Brüder Ostrer etwas näher zu beleuchten, wollen wir im nachstehenden noch weitere Einzelheiten über einige der obengenannten Gesellschaften geben:

Denman Picture Houses Ltd. Diese Gesellschaft wurde im Jahre 1928 gegründet mit dem Zweck, das Eigentum an folgenden Unternehmungen zu erwerben:

Aighburt Picture House Ltd.
Attractive Cinema (West Kensington) Ltd.
Beresford Cinema Ltd.
Broadway Variety Ltd.
Consolidated Cinematograph Cos. Ltd.
Corona Cinema (Great Crosby) Ltd.
Dingle Picturedrome Ltd.
Grand Cinema Ltd.
Kinematograph Properties Ltd.
Kings Hall (Penge) Ltd.
Magnet Cinema (Wavertree) Ltd.

New Cross Cinema Ltd.
Popular Cinemas Ltd.
Thompson and Collins Enterprises Ltd.

sowie um die Majorität in verschiedenen anderen Gesellschaften zu erlangen.

Die Denman Picture Houses Ltd. kontrolliert direkt oder indirekt 102 Lichtspielhäuser und besitzt außerdem die Majorität in 24 weiteren Kinos. Ihr autorisiertes Kapital beträgt £ 1,650,000,—.

Die General Theatre Corporation, in der die drei Brüder Ostrer als Präsident, Direktor bzw. Geschäftsführer fungieren, hat in acht verschiedenen Filmgesellschaften bzw. Vergnügungsstätten direkten maßgeblichen Einfluß und besitzt die Majorität in 59 Lichtspiel- bzw. Varieté-Theatern.

Der Provincial Cinematograph Theatres Ltd. gehört u. a. das gesamte Kapital von sieben Lichtspielhäusern bzw. Lichtspielhaus-Konzernen. Sie kontrolliert direkt die

Associated Provinzial Picture Houses Ltd.
City Cinema Ltd.
Dorking Regional Theatre Ltd.
Leeds Picture Playhouse Ltd.
P. C. T. Construction Co. Ltd.
Royal Hotel (Edinburgh) Co. Ltd.
Trocadero Super-Cinema (Liverpool) Ltd.

und führt die Geschäfte der

Regent (Stamford Hill) Ltd.
Scala (Ealing) Ltd.
Scala (Kilburn) Ltd.
Scala (Maida Vale) Ltd.
York Cinema Ltd.

Weiter besitzt sie direkt oder durch ihre Tochtergesellschaften 108 Theater usw. Ihr Kapital beläuft sich auf £ 3,200,000,—.

Die von der vorgenannten Provincial Cinematograph Theatres Ltd. direkt kontrollierte Associated Provincial Picture Houses Ltd. ist mit einem autorisierten Kapital von £ 1,000,000,— gegründet zum Zwecke des Erwerbs von Bauplätzen, Kontrakten und Optionen auf Bauplätze in verschiedenen Städten, um darauf Lichtspielhäuser zu errichten. Die Gesellschaft besitzt 18 Kinos, von denen neun gleichzeitig mit einem Kaffeehausbetrieb verbunden sind. Außerdem hat sie maßgebliche Interessen in einer Anzahl weiterer Lichtspielhäuser.

Das Kapital der ebenfalls von der Provincial Cinematograph Theatres Ltd. kontrollierten P. C. T. Construction Co. Ltd. — um nur noch eine aus der Fülle der verschiedenen Gesellschaften herauszugreifen —, beträgt £ 1,750,000,—; ihre Hauptaufgaben liegen auf dem Gebiete der Finanzierung, und es ist nicht schwer zu erraten, daß auch sie einen weitreichenden Einfluß hat.

Alles in allem kontrolliert die Gaumont-British zur Zeit etwa 350 Kinos in Großbritannien, die schätzungsweise von etwa drei Millionen Menschen pro Woche besucht werden.

Große Schlagzeilen füllten kürzlich die Zeitungen über ein £ 20,000,000,— = Geschäft, bei dem es sich um Verschmelzungspläne der Gaumont-British mit der Odeon Theatres — Vorsitzender Oskar Deutsch — handelt, auf welch letztere wir noch nachstehend zu sprechen kommen werden. Diese beiden Firmen kontrollieren zusammen bereits mehr als 500 Theater. Im Falle des Zustandekommens dieses Geschäftes werden sie die weitaus größte Gruppe der britischen Kinoindustrie darstellen und ihre Machtposition dadurch zweifellos noch mehr vergrößern[2]).

Der eben erwähnte Oscar Deutsch ist Direktor der
Copper Sheets (Sales Ltd.)
Decorative Crafts Ltd.
Deutsch u. Brenner
Entertainments and General Investment Corp. Ltd.
London and Southern Cinemas Ltd.
Odeon Theatres Ltd.
Scophony Ltd.
Sound and Cinema Equipment Ltd.
United Artists Corporation Ltd.

Sein Einfluß in der Kinoindustrie ist ebenfalls recht beträchtlich. So hat z. B. die Odeon Theatres Ltd. — zu deren weiteren Direktoren M. Silverstone und E. C. Simmons gehören — die Unternehmen verschiedener Gesellschaften mit 84 Lichtspielhäusern übernommen, zu denen inzwischen noch weitere Kinos hinzugekauft sind. Die Odeon wiederum besitzt die direkte Kontrolle über die London and Southern Super Cinemas Ltd. und Entertainments and General Investment Corporation, welch letztere mit ihren Zweiggesellschaften 54 Lichtspielhäuser besitzt, kontrolliert oder leitet. Die Odeon besorgt ebenfalls die Geschäftsführung weiterer 71 Theater, für die ihr die Option des Ankaufs eingeräumt ist. Ihr autorisiertes Kapital beträgt £ 6,000,000,—. Die ebenerwähnte London and Southern Super Cinemas Ltd. — ihr stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer ist Arthur Cohen — besitzt direkt oder durch ihre Tochtergesellschaften fünfzehn Kinos in London, Vororten und in der Provinz und außerdem die direkte Kontrolle in acht weiteren Lichtspielhaus-Konzernen.

Es führt im Rahmen dieser Arbeit natürlich zu weit, all die jüdischen Fäden aufzuzählen, die sich durch die englische Filmindustrie und die Lichtspielhausbetriebe ziehen. Die Namen Alfred Levy, Sidney Bernstein, Abrahams usw. mögen nur noch als Hinweis für diejenigen dienen, die sich ausführlicher mit der Verjudung der Filmindustrie zu befassen beabsichtigen.

[2]) Daily Expreß vom 7. u. 9. Januar 1939.

Die enorme Bedeutung und der Einfluß der Kinos wurde vom Finanzminister Sir John Simon anläßlich eines Festessens der British Kinematograph Society anerkannt. Er wies auf ihre ungeheure Wichtigkeit für die Gemeinschaft und den Staat hin. Er bezweifle — so führte er aus —, ob es einen andern Weg gäbe, das Publikum über gewisse Geschehnisse zu unterrichten bzw. die öffentliche Meinung zu beeinflussen, der sich in Zukunft als so wichtig erweisen würde —, wichtig für den Staatsmann, wichtig für den Publizisten, wichtig für die Zukunft der Freiheit und Demokratie, für Anständigkeit, Geschmack und Urteil. In erhöhtem Maße beeinflußte und lenkte das Kino Geschmack und Urteil des Publikums. Deshalb ruhe eine große Verantwortung auf der Kinoindustrie, die ihren ungeheuren Einfluß so würdig wie möglich nutzbar machen sollte . . .[3]).

Die Arbeitsbedingungen für das Personal der Kinobetriebe sind offenbar auch nicht besonders sozial, wie sich aus einer Flugschrift ergibt, die anläßlich eines Streiks seitens der betr. Gewerkschaft verteilt wurde. Diese Flugschrift besagt, daß zwar vertraglich eine Beschäftigung von höchstens 48 Stunden vereinbart worden sei, daß sich indes die Arbeitgeber in keiner Weise daran halten. Nachdem eine Übersicht über die erzielten Gewinne gegeben wird, z. B.

Gaumont-British Picture Corporation für das Jahr 1937:
Nettoprofite für das Jahr aus Theatern . . . £ 561,701,—
Vorzugsdividende . . . . . £ 178,750,—

Provincial Cinematograph Theatres Ltd.:
Eine Dividende von 10 % wurde für das zehnte aufeinanderfolgende Jahr erklärt.

General Theatre Corporation:
Eine Erhöhung in den Profiten um £ 61,072,— hatte die Erhöhung der Dividende auf 15 % zur Folge

verlangt die Gewerkschaft eine Herabsetzung der wöchentlich 64 Stunden betragenden Arbeitszeit und einen geringen Anteil dieser Dividende als Zulage zu ihrem unangemessenen Gehalt[4]).

[3]) Times vom 9. Februar 1939.
[4]) Flugblatt der Electrical Trades Union, London Central Committee.

Wissenschaft und Erziehung in jüdischer Hand

Wenden wir uns den Universitäten, der eng damit zusammenhängenden Erziehung und der allgemeinen Wissenschaft zu. Auch hier können wir nur einige der bekanntesten Juden behandeln, bei denen wir außerdem völlig sicher sind, daß sie der jüdischen Rasse angehören; und zwar sind die von uns Genannten mit ganz wenigen Ausnahmen auch noch Konfessionsjuden.

Werfen wir zunächst einen Blick auf das Urteil von Lane im Jahre 1934 über den allgemeinen Einfluß der Juden auf den genannten Gebieten. Nach seiner Ansicht konnte man schon seit langem bemerken, daß englische Überlieferungen, Sitten und Gebräuche allmählich eine neue, aber fremde Auslegung erfuhren. Dies ginge bereits soweit, daß die Tätigkeit der Fremden „sich der Verbreitung von verräterischen, aufständischen und revolutionären Lehren widmen. Sie suchen dauernd Patriotismus und Nationalismus durch Pazifismus und Internationalismus zu ersetzen. Ausländer verderben unsere Jugend und schaffen ein gefährliches und nachteiliges Element in unserer Mitte“ [1]).

Haben nun unsere Forschungen im einzelnen dazu geführt, diese Meinung bestätigt zu finden? Wir können dies nur bejahen. Wenden wir uns zunächst einmal den beiden Universitäten zu, die mit der Wissenschaft und Erziehung von Großbritannien für alle Zeiten verbunden sind und sein werden, nämlich Oxford und Cambridge.

In der ersteren finden wir unter anderen die Lektoren Isaiah Berlin [2]), Ch. Rabinovitch, Dr. J. Marshak als Statistiker, H. Loewe als Orientalisten und M. Lutzki, der Assistent in der Orientalischen Abteilung der Bodleian Bibliothek ist, W. Ettinghausen als deutschen Lektor, und E. Fraenkel als Professor in Latein. A. Goodhart ist Professor der Rechte und Mitarbeiter der juristischen Zeitschrift „Law Quarterly Review“. Von ihm stammt u. a. die Veröffentlichung „Poland and the Minority Races“. Ephraim Lipson ist Dozent in Wirtschaftswissenschaften. Von ihm stammen zahlreiche Werke auf diesem Gebiet. Er ist Herausgeber von „History of Europe Series“ und war von der Gründung bis zum Jahre 1934 Herausgeber der „Economic History of Europe Series“. Ferner ist er u. a. Mitarbeiter in der „Transactions of the Royal Historical Society“, „English Historical Review“ und „Fortnightly Review“. N. Salaman ist Direktor des land- und forstwirtschaftlichen Forschungsinstituts. Er hat viele Ehrenämter inne, viele Veröffentlichungen über Kartoffeln herausgegeben und liefert Beiträge zu zahlreichen wissenschaftlichen Zeitschriften, wie z. B. der „Lancet“. Ferner finden wir in Oxford den Anatomen Solly Zuckerman, gleichzeitig Herausgeber verschiedener Werke.

[1]) Lane: S. 151ff.
[2]) Jewish Year Book (1937): S. 407ff. Vergl. fortlaufend. Ebenso „Who's who“.

Sir Alred Zimmern ist Professor für internationale Beziehungen. Auch er hat viele Werke geschrieben, wie z. B. „The Third British Empire", „The League of Nations and the Rule of Law". Er hat im Laufe der Zeit viele wichtige Posten innegehabt. So ist er stellvertretender Direktor des Instituts für intellektuelle Zusammenarbeit beim Völkerbund und Direktor der Schule für Internationale Studien in Genf gewesen. Daneben hat er hohe Stellungen im Auswärtigen Amt (Geheimdienst) und im Erziehungswesen bekleidet. Erst kürzlich sind C. Roth und Daniel de Mesquita an die Universität Oxford berufen[3]). Endlich müssen wir noch erwähnen, daß zu den obengenannten Personen weitere 27 Posten zu rechnen sind, die nach dem Jahre 1933 mit Auswanderern aus Deutschland, der Tschechoslowakei usw. besetzt wurden. Sie sind durch die Vermittlung einer besonders dafür ins Leben gerufenen Gesellschaft besetzt worden, die sich „Society for the Protection of Science and Learning" (Gesellschaft zum Schutze der Wissenschaft) nennt. Der Präsident dieser Gesellschaft ist augenblicklich der Erzbischof von York. Neben bekannten Juden findet man viele Persönlichkeiten der britischen Öffentlichkeit in der Leitung, wobei der Adel und die Ritter ganz besonders zahlreich vertreten sind. Diese Einrichtung hat sich zur Aufgabe gemacht, die aus Deutschland ausgewanderten Juden und Judenstämmlinge, soweit sie Wissenschaftler sind, in neuen Stellungen unterzubringen. Wir werden noch unten sehen, in welchem Maße ihr dies in Großbritannien gelungen ist[4]).

Anscheinend hat diese große Anzahl von jüdischen Lehrkräften bereits seine Wirkung in politischer Hinsicht ausgeübt. Denn wir selbst haben eigene Erfahrungen, die uns immer wieder bestätigt werden, daß ein großer Teil der Studenten in Oxford, ja, vielleicht sogar eine Mehrheit von ihnen, dem Kommunismus verfallen ist.

In Cambridge ist fast dasselbe Bild. So ist Dr. L. Harris Direktor der Nahrungsmittellaboratorien, der zahlreiche Veröffentlichungen über Biochemie herausgegeben hat. Seine Beiträge zu der Zeitschrift „The Proceedings of the Royal Society" und anderen sind bekannt. R. Kahn ist Dozent in der Wirtschaftslehre und Reuben Levy Dozent für Persisch sowie Lauterbach Professor für Internationales Recht. Charles S. Myers ist bekannter Psychologe mit zahlreichen Veröffentlichungen und Beiträgen für wissenschaftliche Zeitschriften. An deutschen Juden sind allein nach dem Jahre 1933 25 an der Universität Cambridge untergebracht worden[5]). Bei diesem Anfang kann man natürlich verstehen, daß der Bau einer Synagoge in Cambridge notwendig wurde[6]).

---

[3]) Jewish Chronicle vom 25. November 1938.
[4]) Jahresberichte der genannten Gesellschaft für 1934, 1935, 1937, 1938.
[5]) Annual Report der Society for Protection (1938): S. 14.
[6]) Jewish Chronicle vom 30. April u. 29. Oktober 1937.

Es wird nicht überraschen, daß London eine besonders große Zahl von Juden in seinen wissenschaftlichen Instituten aufzuweisen hat, da dies ja bekanntlich bei allen Metropolen von judenhörigen Ländern der Fall ist. So finden wir L. P. Aaronson als Lektor in Wirtschaftswissenschaften am City of London College, M. Dainow als Lektor in Psychologie, der viele bekannte Veröffentlichungen aufzuweisen hat, und S. Dainow als Lektor für moderne Sprachen. Sir Percival David ist Mitglied des Instituts für Archäologie und war Direktor der weltberühmten Ausstellung für chinesische Kunst im Jahre 1935/36. H. Finer hält Vorlesungen über Verwaltungsrecht und hat einen großen Ruf wegen seiner Veröffentlichungen, wie z. B. „The British Service" und „English Local Government". M. Ginsberg ist Professor für Soziologie und hat ebenfalls zahlreiche Werke über sein Lehrgebiet herausgegeben. Er ist u. a. noch Mitherausgeber der Zeitschrift „Social Review". Jacob Isaacs ist Lektor in der englischen Sprache und Literatur. Neben seinen Veröffentlichungen hat er sich einen Namen als Herausgeber der „English Library Reprints" und „Contemporary Movements in European Literature" gemacht. Er liefert zahlreiche Beiträge zum „Times Literary Supplement", „Review of England", „Spectator" u. a. Barnet Janner, der Parlamentsabgeordnete für Whitechapel von 1931 bis 1935, ist Präsident des Students Representative Council und Herausgeber des University Magazine. Herbert Jolowicz ist Professor des Römischen Rechts und seit dem Jahre 1937 Dekan der juristischen Fakultät. Er hat neben bekannten Werken das „Journal of the Society of Public Teachers of Law" herausgegeben. Harold Kisch ist Chirurg am University College Hospital, Harold Laski Professor für Politik an der Universität London. Er hat zahlreiche wichtige Posten in Politik und Erziehung bekleidet. Seine Veröffentlichungen sind bekannt und seine Beiträge zu Zeitungen und Zeitschriften, wie „New Republic", „Harvard", „Law Review", „The Nation", „Manchester Guardian" u. a. zahlreich. Hyman Levy ist Professor der Mathematik am Imperial College of Science und Technology; er hat viele Ehrenämter in der Wissenschaft bekleidet. Zahlreiche Veröffentlichungen über Mathematik und Aeronautik, sowie Beiträge zu vielen wissenschaftlichen Zeitschriften sind bekannt. An demselben Institut fungiert L. Roth als Lektor und B. Simons am Acton Technical College als Ordinarius auf demselben Gebiet. Charles Seligman war Professor für Ethnologie an der Universität London. Auch er hat eine große Zahl wissenschaftlicher Werke herausgegeben und liefert laufend Artikel für Zeitschriften, wie „Journal of the Anthropologica Institute", „Geographical Journal", „Lancet", „British Journal of Psychology" u. a. Charles Singer ist Professor in Geschichte der Medizin. Er war im Jahre 1932 Präsident des Internationalen Kongresses der

Geschichte der Medizin in London. J. Wartzki ist Lektor für Orientalische Sprachen, Samson Wright Professor der Psychologie und Claude Spiers Lektor in Chemie. Dr. Birnbaum betätigt sich ebenfalls als Lektor für orientalische Sprachen. Einer der bekanntesten unter den Genannten für London ist A. Wolf, Professor of Logic and Scientific Method an der Universität London, Herausgeber philosophischer und psychologischer Abschnitte der Encyclopaedia Britannica, sowie vieler bekannter Werke, Leiter der Abteilung für Geschichte und Wissenschaft am University College London und an der London School of Economics and Political Science, Vorsitzender des Prüfungsausschusses für akademische Examen auf wissenschaftlichen Gebieten, Herausgeber der „History of Science"-Bibliothek usw. usw.

In London sind nach dem Jahre 1933 nicht weniger als 59 deutsche Juden untergebracht worden[7]).

Die andern Universitäten sind zum Teil erheblich kleiner als die drei zuerst angeführten, so daß auch dementsprechend die Anzahl der Juden geringer ist.

Lewis Namier ist Professor der modernen Geschichte an der Universität Manchester. Er hat u. a. den vierten Band des auch von uns benutzten Werkes von Major Temperley „History of the Peace Conference of Paris" verfaßt und war während des Krieges Mitglied des Geheimdienstes. Er war in den Jahren 1929 bis 1933 Mitglied des Records Committee des Parlaments. Dr. W. Susman lehrt an der Pathologischen Abteilung der gleichen Universität und R. Wilenski ist Kunsthistoriker daselbst. Von ihm stammen viele Werke über moderne Kunst. Ferner liefert er Aufsätze an den „Observer", „Apollo", „The Studio" und andere. Polanyi ist Professor der Chemie und von Ungarn gekommen. Erst kürzlich wurden Adolf Loewe als Lektor in moderner politischer Philosophie[8]), David Blank als Lektor der Rechtswissenschaft, S. Abelson als erster medizinischer Assistent an der Abteilung für klinische Forschungen und Bruno Rossi — gerade von Italien eingewandert — als Professor der Physik eingestellt[9]). Die Universität Manchester hat neun Gelehrte von den Flüchtlingen aus Deutschland aufgenommen.

An der Universität Glasgow ist Noah Morris Lektor der Medizin und fünf weitere deutsche Juden haben daselbst Lehraufträge erhalten.

Selig Brodetsky, ein eifriger Zionist, ist Professor für angewandte Mathematik in Leeds. Von ihm stammen verschiedene Werke und zahlreiche Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften. Myer Coplans ist ein bekannter Gelehrter in Bakteriologie. Aus seiner Feder stammen fast zahllose Aufsätze und Bücher.

[7]) Annual Report der Society for Protection (1938): S. 14.
[8]) Jewish Chronicle vom 13. Januar 1939.
[9]) Jewish Chronicle vom 11. November 1938.

Leeds hat bislang, soweit festgestellt werden kann, nur einen Juden aus Deutschland aufgenommen.

In Birmingham finden wir H. Gottein als Professor für Handelsrecht, Sophia Weitzmann als Lektorin für Geschichte und acht deutsche Juden. H. Cohen ist Professor der Medizin in Liverpool, Israel Levine Leiter der Philosophischen Abteilung und J. Sager Professor der Botanik an der Universität Exeter. J. Lipkin Gelehrter der Medizin an der Universität Liverpool, R. Powell Lektor der Rechtswissenschaft an der Universität Hull, L. Rosenhead Professor für angewandte Mathematik in Liverpool, J. Yoffey Lektor in Anatomie an der Universität Cardiff. Endlich soll noch erwähnt werden, daß u. a. Birmingham acht, Bristol vier, Edinburgh sieben und Glasgow fünf deutsche Juden in ihren Lehrkörper aufgenommen haben. Insgesamt sind bis zum November 1938 in Groß-Britannien 251 Juden aus Deutschland in britischen Lehr- und Forschungsinstituten untergebracht worden[10]). Wir sind überzeugt, daß diese Zahl mit Rücksicht auf die neueste Auswanderung der Juden inzwischen weit überschritten ist. Man kann sich daher nicht wundern, daß von den Bildungsstätten Englands die häßlichsten Propagandafeldzüge gegen das Dritte Reich gerichtet werden. Die Ernennung des Oberrabbiners von London durch den Kanzler der dortigen Universität, dem Earl of Athlone, Bruder der Mutter des Königs, zum Ehrendoktor der Universität wird daher für den Leser keine Überraschung mehr darstellen[11]).

Auf die allgemeine Erziehung haben die Juden ebenfalls einen erheblichen Einfluß. Bereits Lane weist auf die immer mehr um sich greifende Überfremdung auf diesem Gebiet und die damit verbundenen Gefahren für das Volksganze hin[12]). Wir wollen auch hier nicht versäumen, an Hand von Einzelpersonen, ihrer Stellung und Veröffentlichungen, seine Meinung nachzuprüfen. So finden wir an bekannten Erziehern u. a. Joseph Bernberg, V. Cohen mit seinen Werken: Economic Society, The Nineteenth Century usw., Charles Fox, Direktor der Lehrer-Bildungsanstalt und Autor von Practical Psychology und The Mind and its Body. L. Franks, früherer stellvertretender Bürgermeister des Londoner Vorortes von Stoke Newington ist jetzt Direktor einer Knabenschule in Hackney. Sidney Golding ist Englischlehrer an dem London County Council Hackney Institut. Er ist Prüfender für Englisch am Luftfahrtministerium und der Londoner Universität. A. Gould ist Direktor der Park House School in Middlesex, und J. Hadida Direktor einer Knabenschule in Mile End. Isaac Gourvitch ist ebenfalls am Hackney-Institut tätig. A. Kahn war früher Inspektor im Erziehungsministerium. Morris Lewis ist Lektor für Erziehung an der Universität Nottingham, Miß A. Marks ist Schulinspektorin und H. Salo-

[10]) Annual Report der Society for Protection (1938): S. 14.
[11]) Jewish Chronicle vom 2. Dezember 1938.
[12]) Lane: S. 151—160.

mons Direktor einer staatlichen Schule in der Christian Street. J. Simons ist Lektor für moderne Sprachen am städtischen College von Portsmouth. Sir Philip Magnus bekleidete einen höheren Posten im Erziehungsministerium, ebenfalls Sir Philip Hartog. Von letzterem stammen viele Veröffentlichungen, so z. B. „An Examination of Examinations", „The Marks of Examiners", „The Purposes of Examination", „The Writing of English" u. a. m. Artikel sind von ihm in „Special Reports on Educational Subjects of the Board of Education" und „Fortnightly Review" erschienen. Mr. Maurice Wollmann wurde zum Mitglied der Royal Society of Literature wegen seiner Verdienste in der Literatur gewählt. Der Grund hierfür sind seine Werke „Modern Poetry 1922—34" und „Poems of twenty Years". Wollman war früher Prüfer in Englisch für die nördlichen Universitäten, seit dem Jahre 1938 ist er in der gleichen Eigenschaft an der Londoner Universität.

Man sieht aus dieser kurzen Zusammenstellung, daß überall in leitenden Posten Juden in der Erziehung zu finden sind. Daneben gibt es eine Reihe von Engländern, die in ihrem Sinne tätig sein dürften. Von 1924 bis 1929 war Lord Eustace Percy, Sohn des Herzogs von Northumberland, Erziehungsminister. Seine Geistesrichtung kann man u. a. aus seinem Werk „Responsibilities of the League" erkennen[13]).

Earl de La Warr, der parlamentarischer Unterstaatssekretär im Erziehungsministerium in den Jahren 1935 und 1936 war und jetzt Erziehungsminister ist, verweigerte als Student den Kriegsdienst.

In welchem Maße Juden und ihr System an verantwortlichen Stellen geschätzt werden und welche Lehren von Juden und Judenfreunden der Jugend gepredigt werden, geht aus folgendem Vorfall hervor.

Im Oktober 1938 ging der Jude J. Ellis, Direktor der Finnart House-Schule, in den Ruhestand. Sir Alexander Maxwell, Staatssekretär im Innenministerium, pries das Werk des scheidenden Leiters als besonders hochstehend. „Die Abteilung für Kinder des Home-Office hatte ihn stets befragt, wenn sie die Einführung eines neuen Schemas beabsichtigte, und darüber hinaus würde man ihn stets wegen seiner Bemühungen für die Entwicklung der Vereinigung von Schuldirektoren, Beamten des Home-Office und der Lehrerkollegien der Schulen in dankbarer Erinnerung behalten."

Sir Alexander wandte sich dann an die Schüler und machte sie darauf aufmerksam, daß sie in Zukunft entscheiden würden, ob England gemäß seiner Tradition regiert werden würde oder nicht. Man sollte niemals ein diktatorisches Regime in England dulden. „Er erinnerte sie an die Propheten von Juda und Israel, welche ihre diktatorischen Könige in die Schranken gewiesen hatten und

[13]) Percy: S. 150.

deren Worte heute ein Teil der englischen Tradition geworden seien..." Weitere hohe Regierungsvertreter, wie S. W. Harris, Unterstaatssekretär im Innenministerium, Hauptinspektor der dortigen Abteilung für Kinder, sprachen ebenfalls ihre Anerkennung für das Werk des scheidenden Direktors aus[14]).

Auch das Gebiet der Medizin wollen wir nicht vergessen und einige der bekanntesten Juden dieses Berufes nennen.

So ist Abraham Abelson ein bekannter Spezialist für innere Krankheiten, und verschiedene Werke, wie „Measurement of Mental Ability", stammen aus seiner Feder. Frederic Alexander ist Arzt auf demselben Gebiet und gleichzeitig Chirurg. Auch von ihm gibt es verschiedene Veröffentlichungen. Dr. Harold Avery ist in der Central Research Clinic, und E. Baron im Prince of Wales-Hospital tätig. S. Blackman ist bekannter Radiologe mit zahlreichen Veröffentlichungen. Dr. M. Cutner hat einen Namen in der Medizin wegen seiner Bücher und Beiträge zu wissenschaftlichen Zeitschriften. J. Emanuel war früher Professor der Medizin an der Universität Birmingham. V. Feldmann ist Chefarzt im Essex County-Sanatorium, und W. Feldman ein sehr bekannter Frauen- und Kinderarzt. M. Fenton ist Hautarzt am Battersea General-Hospital, und N. Finzi Direktor der Röntgenabteilung am St. Bartholomews-Hospital. Von Hugh Gainsborough gibt es zahlreiche medizinische Werke und diesbezügliche Beiträge zu Zeitschriften. D. H. Geffen ist beamteter Arzt und anerkannter Mediziner für innere Krankheiten; W. Geffen ist u. a. stellvertretender Vorsitzender der Kensington Medical Society; M. Goldblatt Physiologe am St. Thomas-Hospital und Dr. J. Gorsky Distriktsarzt bei der Polizei von London. Davis Haldin hat verschiedene Arbeiten über Hautkrankheiten usw. verfaßt. B. Homa und D. Krestin sind bekannte Ärzte für innere Krankheiten, letzterer ist Mitglied der Royal Society for Medicine. Martin Israel ist stellvertretender Direktor der Abteilung für klinische Forschungen und Untersuchungen und J. Quastel Direktor der Städtischen Irrenanstalt von Cardiff. Bertram Nisse und G. Slot haben einen großen Namen als Spezialisten für Rheumatismus. Beide haben verschiedene Veröffentlichungen auf diesem Gebiet herausgegeben. Die Gebrüder Arnold und Maurice Sorsby haben in der medizinischen Welt von Großbritannien einen großen Ruf erlangt. Beide sind u. a. Vertrauensärzte in der Stadtverwaltung von London und haben zahlreiche Werke herausgegeben, — der erstere über Augenkrankheiten, der letztere über Taubheit und Geschwüre. Arnold ist Mitarbeiter verschiedener wissenschaftlicher Zeitschriften, wie z. B. des „Quarterly Journal of Medicine", und Maurice Mitherausgeber des „Medical Forum" und der Serie „Pocket Monographs of Practical Medicine, Short

[14]) Jewish Chronicle vom 28. Oktober 1938.

Histories of Medicine." Simon Wigoder ist Vertrauensarzt der Royal London Assurance und Eugene Wolff bekannter Pathologe. Beide sind Autoren zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen.

Diese kurze Zusammenstellung der führenden jüdischen Ärzte mag hier genügen. Es bleibt kommenden Arbeiten überlassen, ein Buch über die Verjudung der Medizin in England zu schreiben. Dasselbe gilt für die Zahnärzte, bezüglich deren wir jedoch von einer Aufzählung absehen möchten. Hier und im Arztberuf zeigen sich jedoch bereits Strömungen, die vor einer Überfremdung warnen. Dies ist insbesondere durch die Einwanderung jüdischer Ärzte und Zahnärzte offensichtlich geworden. Bei der Jahresversammlung der britischen Ärzteschaft im Juli 1938 sind schon eingehende Aussprachen darüber erfolgt, daß man den mehr oder weniger ungehinderten Zustrom von Emigranten nicht mehr erlauben könnte. Die Juden und ihre Freunde halten dagegen die Einwanderung dieser Personen für einen großen Vorteil für die Gesundheit des Volkes und verlangen daher weitgehende Aufenthaltsgenehmigung. Dies wurde vor allem von den Juden Viscount Samuel und Marqueß of Reading im Oberhaus zum Ausdruck gebracht[15]).

Es ist im Rahmen dieser Arbeit unmöglich, alle Gebiete der Wissenschaft zu behandeln, und wir wollen daher im folgenden nur einige der bekanntesten Juden auf verschiedenen Gebieten aufzeichnen.

Professor E. Andrade ist einer der führenden Physiker auf dem Gebiete der Atomforschung. Ganz kürzlich hat er für sich in Anspruch genommen, eine größere Energiequelle entdeckt zu haben als den Alpha-Artikel des Radiums[16]).

Weiter gehört zu diesem Kreis A. Yahuda auf dem Gebiete orientalischer Wissenschaften. Seine Veröffentlichungen sind in Deutsch, Englisch und Spanisch erschienen. R. Barnett ist stellvertretender Konservator der Ägyptischen Abteilung und Assyrischen Antiquitäten des Britischen Museums, und J. Leveen ist in gleicher Eigenschaft in der Abteilung für orientalische Bücher und Manuskripte des Britischen Museums tätig. Miß Phyllis Abrahams ist Schriftleiterin im Komitee der Britischen Akademie für ein Wörterbuch im Mittelalterlichen Latein. Samuel Alexander ist Professor der Philosophie und hat fast zahllose Auszeichnungen erhalten. Ph. Guedalla ist wegen seiner geschichtlichen Veröffentlichungen bekannt. Er war früher Barrister und u. a. Rechtsberater des Kriegs- und Munitionsministeriums. Levy Leonard ist Mitglied des Institute of Chemistry und der Chemical Society, und P. E. Spielman ist bekannter Chemiker. Miß S. Rosenfeld liefert u. a. Beiträge zu zahlreichen Zeitschriften, wie z. B. „Review of

[15]) Daily Telegraph vom 11. u. 28. Juli 1938.
[16]) Daily Telegraph vom 1. Februar 1939. Jewish Year Book (1937): S. 401.

English Studies". Jakob Rich ist Mitglied des Royal Institute of International Affairs und früherer Herausgeber des „Jewish Chronicle". A. Ornstien ist neben sonstigen Veröffentlichungen als Herausgeber des Jahrbuches „Property Companies" bekannt. Ferner soll noch Sir Henry Rothband erwähnt werden, der sich durch Schriften über soziale Fragen einen Namen gemacht hat.

Endlich wollen wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß der Jude Sir Lionel Faudel Phillips — einer der größten Importkaufleute Großbritanniens — gemäß den eigenen Berichten des British Council dort an führender Stelle tätig ist.

Der Jude in Kunst und Literatur

Nun wollen wir dem Leser auch einen kurzen Eindruck vermitteln, in welchem Maße die Kunst verjudet ist. Dies wird schon treffend in einem Artikel der Zeitschrift „The Jewish Peril" vom April 1924 eingehend erörtert. Genau wie früher bei uns hatte man schon damals die entartete Kunst zur neuesten Errungenschaft erklärt. Die bekanntesten Gemäldegalerien waren in Händen von Juden. Dies galt vor allem von der Leicester, Gaupil und National Gallery. Fast überflüssig zu erwähnen, daß sich auch heute daran nichts geändert hat. Vor allem Lord Duveen und die Familie Rothenstein sind als Volljuden führend auf diesem Gebiet. Der erstere ist jetzt der ausschlaggebende Mann in der National Gallery. Er war oder ist an leitender Stelle in der Wallace Collection, National Portrait Gallery, Imperial Gallery of Art, Museum of Modern Art in New York und anderen. Außerdem ist er der Gründer der Gesellschaft zur Förderung weniger bekannter Künstler und Mitglied des National Art Collections Fund. Fast unzählige Ehrenposten und sonstige Auszeichnungen sind ihm zuteil geworden. Von ihm stammt das Werk „Thirty Years of British Art".

Das Haupt der Familie Rothenstein ist Sir William Rothenstein. Er war Principal des Royal College of Art, Mitglied der Royal Fine Art Commission und an leitender Stelle in der Tate Gallery. Seine Gemälde und Zeichnungen befinden sich in der ganzen Welt und seine Schriften sind zahreich und bekannt. Der älteste Sohn von Sir William ist jetzt Direktor und Konservator der Tate Gallery. Er war vorher Direktor der City Art Gallery in Leeds und in derselben Stellung an den City Art Galleries und Ruskin Museum in Sheffield. Auch er hat viele Werke herausgegeben und liefert u. a. Beiträge zu den literarischen Beilagen der „Times". Ein anderer Sohn von Sir William, Michael Rothenstein, hat vor kurzem eine Gemäldeausstellung in der Matthiesen-Gallery veranstaltet. Der Bruder von Sir William Rothenstein hat sich inzwischen den Namen Albert Rutherford beigelegt und ist nicht weniger als die andern Mitglieder der Familie bekannt. Seine Gemälde und Zeichnungen hängen in der Tate Gallery, im Britischen Museum, im Victoria- und Albert-Museum und anderen. Verschiedene Theaterdekorationen sind von ihm entworfen. Er ist der Herausgeber der „Contemporary British Artist Series".

Solomon J. Solomon war bekannter Porträtmaler und nach dem Kriege Präsident der Royal Society of British Artists. J. H. Amshewitz ist ebenfalls Porträtmaler, Wandmaler usw. Seine Werke finden sich u. a. in den Räumen der Londoner Börse, dem Stadthaus von Liverpool, im Südafrika-Haus am Trafalgar

Square, dem Victoria- und Albert-Museum und an vielen anderen Stellen der Welt. Er ist auch Karikaturist für die „Sunday Times". Zwei weitere Maler sind F. Emanuel und Herbert Horwitz. Sie haben beide u. a. Ausstellungen in der Royal Academy und im Pariser Salon gehabt. Der erstere hat u. a. die Börse in London mit ausgestattet. E. Kapp ist ebenfalls ein bekannter Künstler. Seine Gemälde befinden sich u. a. in der National Portrait Gallery, dem Britischen Museum, dem Victoria- und Albert-Museum und im Friedenspalast des Völkerbundes in Genf. Er liefert Beiträge wissenschaftlicher Art an die Zeitschriften und Zeitungen „Time and Tide", „New Statesman and Nation", „Manchester Guardian", „Daily Telegraph", „Observer" usw. Mark Gertler gehört der Richtung der neuen englischen Kunst an und ist auch wegen seiner entsprechenden Gemälde bekannt. Joseph Mordecai ist bekannter Porträtmaler. Er malte z. B. König Eduard VII. und Kitchener. Das Porträt des ersteren hängt heute im St. James Palace. Isaac Snowman hat die Porträts von König Georg V. und der Mutter des jetzigen Königs, Königin Mary, gemalt. Einer der heftigsten Verfechter für moderne Kunst in Wort, Schrift und Bild ist A. Wolmark. Er hat zahlreiche Bildausstellungen in allen Teilen der Welt gehabt. Reuben Rubin ist ebenfalls ein bekannter Maler und hielt vor kurzem eine Ausstellung in Tooth's Gallery ab.

Der bekannteste, aber auch umstrittenste Bildhauer und Maler ist Jacob Epstein. Er ist als Sohn polnischer Juden im Jahre 1880 in New York geboren. Sein erster größerer Auftrag dürfte die Dekoration des neuen Gebäudes der Britischen Ärzteschaft im Jahre 1907 gewesen sein. Es handelte sich um 18 Figuren. Bei ihrer Enthüllung brach ein Sturm im Lande über seine Kunstanschauung aus. Die Mehrheit der Presse, fast sämtliche religiösen und sonstigen Körperschaften griffen ihn an. Unter den wenigen, die ihn verteidigten, war die „Times". Seine Kunst ist u. a. von afrikanischer Bildhauerei und Kubismus beeinflußt. Nach seiner eigenen Ansicht ist „die Neger-Bildhauerei von denselben Erwägungen beherrscht wie jede andere Bildhauerei". Seine Inspirationen führt er auf seine jüdische Abstammung zurück. Ein anderes Werk, Jesus Christus, ist, wie im übrigen fast alle seine Werke, mit großer Schärfe kritisiert und als Gotteslästerung bezeichnet worden. Unter seinen Büsten befinden sich allein zwei von Ramsay MacDonald. Infolge des jüdischen Einflusses in der Kunst braucht man sich aber nicht zu wundern, daß, nach Mitteilung der „Jewish Chronicle" vom 19. November 1937, Epstein ausgewählt ist, auf bestimmten internationalen Ausstellungen England mit seiner Kunst zu vertreten.

Nach Aufzählung einiger der bekanntesten Juden in der Malerei und Bildhauerei wollen wir nun einen kurzen Blick auf die Literatur werfen.

Hinsichtlich der Vergangenheit wollen wir nur an die bereits genannten Juden Disraeli und Grace Aguilar erinnern. Ebenfalls aus ihrer Zeit war Sir Francis Palgrave. Er war im Jahre 1788 als Sohn des Volljuden Meyer Cohen geboren. Im Jahre 1823 trat er zum Christentum über und nahm den Namen Palgrave an. Bereits neun Jahre später wurde er in den Ritterstand erhoben. Neben vielen geschichtlichen Werken hat er zahllose Veröffentlichungen leichterer Art herausgegeben. Sie aufzuzählen ist unmöglich. Er ist im Jahre 1861 verstorben[1]).

Seine vier Söhne machten sich ebenfalls auf verschiedenen Gebieten einen Namen. So war Francis Turner Palgrave (1824—1897) Herausgeber des „Golden Treasury of English Songs and Lyrics" und Professor der Poesie in Oxford. William Gifford Palgrave (1826—1888) ist wegen seiner Reiseerzählungen, so vor allem durch das Buch „A Year's Journey through Central and Eastern Arabia" und durch seine Tätigkeit im Konsulardienst bekannt geworden. Robert Harry war der Herausgeber des „Dictionary of Political Economy" (1827—1919), und Sir Reginald Francis Palgrave (1829—1903) war Clerk des Unterhauses[2]).

Israel Zangwill, der spätere Zionistenführer, hat neben Veröffentlichungen über rein jüdische Geschehnisse auch Werke allgemeiner Art verfaßt, wie z. B. „Six Persons", „Three Penny Bits", „The Revolting Daughter", „The Moment of Death" usw., die den Beifall des Publikums von England und Amerika gefunden haben sollen. Seine Gedichte sind unter dem Titel „Blind Children" erschienen[3]).

Endlich wollen wir aus der älteren Generation noch Sir Sidney Lee erwähnen. Er ist im Jahre 1859 als Solomon Lazarus geboren. Später änderte er seinen Namen in Sidney Lee und wurde im Jahre 1911 in den Stand eines Baronets erhoben. Es gibt zahlreiche Schriften von ihm über Shakespeare, und er hat sich, wie unsere derzeitigen Ausführungen zeigten, eingehend mit dem Problem der Schuld von Roderigo Lopez, dem Vorbild von Shakespeares Shylock, beschäftigt. Seine Werke über den größten englischen Dichter haben weitgehende Verbreitung gefunden. Neben dieser Tätigkeit dürfte er vor allem durch seine Mitarbeit bei der Herausgabe des „Dictionary of National Biography" bekannt geworden sein. Für die ersten 21 Bände war er Mitarbeiter des Herausgebers Leslie Stephen, für die nächsten 5 Bände war er Mitherausgeber und für die 27 bis 63 und die späteren Nachträge von insgesamt 41 Bänden war er alleiniger Herausgeber. Er hat neben vielen anderen ein Werk über

[1]) Gentleman's Magazine von 1861, Teil II: S. 441—445. Dictionary of National Biography: Bd. 15, S. 107—108.
[2]) Dictionary of National Biography: Bd. 15, S. 109—110. Jewish Encyclopedia: Bd. 9, S. 505.
[3]) Jewish Encyclopedia: vol. 12, S. 683—685.

Königin Victoria geschrieben. König Georg V. hat ihm unter Zurverfügungstellung aller Archive den Auftrag erteilt, eine Biographie seines Vaters, Königs Eduard VII., zu schreiben. Seine übrigen Veröffentlichungen sind so zahlreich, daß sie unmöglich genannt werden können. Sir Sidney starb unverheiratet im Jahre 1926[4]).

Zu den modernen Dramatikern und Schriftstellern gehören u. a. Major J. Brandon, F. Emanuel, L. Spero und Venn Levy mit vielen bekannten Veröffentlichungen, wie „The Devil", „Evergreen", „The Poet's Hart" und anderen[5]). Ganz besonders produktiv ist der Solicitor Harold Rubinstein gewesen. Schon seit 1913 sind Veröffentlichungen von ihm bekannt, wie z. B. „Consequences", „Exodus", „Churchill", „The Dickens of Gray's Inn", „Prelude to Tragedy" u. a. Endlich ist er noch Sekretär der „League of British Dramatists". Marion Spielmann ist führend als Schriftstellerin und Kunstkritikerin. Es ist unmöglich, hier all ihre Werke und Posten aufzuzählen. Sie hat Beiträge zu „Bryan's Dictionary of Painters" und zum „Dictionary of National Biography" geliefert und hat an verschiedenen Ausgaben des Kunstabschnittes in der „Encyclopedia Britannica" mitgearbeitet. Die „New Art Library" ist z. T. von ihr mit herausgegeben worden, und seit 17 Jahren ist sie für die Veröffentlichung des „Magazine of Art" verantwortlich. Ihre Aufsätze in führenden Zeitschriften und Zeitungen sind kaum zu zählen. Ihre Namensvetterin Mabel Spielmann hat zwar nicht einen so großen Ruf, jedoch sind auch ihre Werke, wie z. B. „The Rainbow Book" bekannt. Weitere Juden und Jüdinnen, nämlich Lily Tobias, Rose Woolf, S. Benjuan, Hannah Berman, Regina Block und N. Burstein sind mit Arbeiten hervorgetreten. Humbert Wolfe, ein höherer Beamter des Arbeitsministeriums, hat viele Bände in Poesie, Prosa und Satire herausgegeben. Louis Zangwill kann ebenfalls auf die Veröffentlichung zahlreicher Arbeiten zurückblicken, was auch für Gladys Stern gilt. Ihre Theaterstücke, wie „The Matriarch", „The Man who pays the Piper" fanden großen Zuspruch beim Londoner Publikum. Außerdem wollen wir nur noch die Sassoon's, nämlich Alfred, David, Flora und Siegfried nennen. Unter ihnen ist besonders der letztere mit zahlreichen Werken in Poesie und Prosa bekannt geworden. So finden wir von ihm „Memoirs of a Fox Hunting Man", „Vigils", „The Old Century", „Sherston's Progreß" und War Poems. Die letzteren sind Kriegsgedichte und bewegen sich etwa auf dem gleichen Niveau wie früher auch die in Deutschland von Juden verfaßten Arbeiten.

---

[4]) Jewish Encyclopedia: vol. 7, S. 661—662. Dictionary of National Biography: Bd. 1922—1930 S. 497—502. Times vom 4. u. 6. März 1926.
[5]) Jewish Year Book (1937): S. 409, 434, 464, 502. Who's who (1939): S. 1882ff.

Temperley, H. M.: History of the Peace Conference of Paris, 6 Bd., 1920.
Tennant, E.: Spanish Journey, 1936.
Unseen Net, 1936.
Wassilevsky, J.: Jewish Refugees and Military Service, 1916.
Walpole, Sir Spencer: A History of England . . ., 5 Bd., 1878—86.
— History of Twenty-five Years, 1904.
Weir, M.: The Tragedy of Ramsay MacDonald, 1938.
Whelpley, J. D.: The Problem of the Immigrant, 1905.
White, A.: The Destitute Alien in Great Britain, 1892.
— The Modern Jew, 1899.
Wilkins, W. H.: The Immigration of Destitute Foreigners, 1891.
Wilkins, W. H.: The Alien Invasion, 1892.
Wilson, N. Mc. Nair: Monarchy or Money Power, 1934.
Wolf, L.: Essays in Jewish History, 1934.
Wolf, S.: The Influence of the Jews on the Progreß of the World, 1888.
Worms, H. de: Englands Policy in the East, 1877.
Zangwill, J.: Hands off Russia, 1919.
Zukerman, W.: The Jew in Revolt, 1937.

Zeitungen und Zeitschriften

Action.
Daily Chronicle.
Daily News.
Daily Sketch.
East London Observer.
Evening News.
Evening Standard.
Fascist.
Illustrated London News.
Jewish Chronicle.
Jewish Guardian.
Jewish World.
Jewry über Alles.
Manchester Guardian.
Morning Chronicle.
Morning Herald.
News Chronicle.
New Statesman and Nation.
Public Ledger
Spectator.
Standard.
Sun.
Sunday Chronicle.
Sunday Expreß.
Sunday Times.
The British Guardian.
The Daily Expreß.
The Daily Mail.
The Daily Telegraph and Morning Post.
The Hidden Hand.
The Morning Post.
The Observer.
The People.
The Star.
The Times.
Yorkshire Evening Post.

Königin Victoria geschrieben. König Georg V. hat ihm unter Zurverfügungstellung aller Archive den Auftrag erteilt, eine Biographie seines Vaters, Königs Eduard VII., zu schreiben. Seine übrigen Veröffentlichungen sind so zahlreich, daß sie unmöglich genannt werden können. Sir Sidney starb unverheiratet im Jahre 1926[4]).

Zu den modernen Dramatikern und Schriftstellern gehören u. a. Major J. Brandon, F. Emanuel, L. Spero und Benn Levy mit vielen bekannten Veröffentlichungen, wie „The Devil", „Evergreen", „The Poet's Hart" und anderen[5]). Ganz besonders produktiv ist der Solicitor Harold Rubinstein gewesen. Schon seit 1913 sind Veröffentlichungen von ihm bekannt, wie z. B. „Consequences", „Exodus", „Churchill", „The Dickens of Gray's Inn", „Prelude to Tragedy" u. a. Endlich ist er noch Sekretär der „League of British Dramatists". Marion Spielmann ist führend als Schriftstellerin und Kunstkritikerin. Es ist unmöglich, hier all ihre Werke und Posten aufzuzählen. Sie hat Beiträge zu „Bryan's Dictionary of Painters" und zum „Dictionary of National Biography" geliefert und hat an verschiedenen Ausgaben des Kunstabschnittes in der „Encyclopedia Britannica" mitgearbeitet. Die „New Art Library" ist z. T. von ihr mit herausgegeben worden, und seit 17 Jahren ist sie für die Veröffentlichung des „Magazine of Art" verantwortlich. Ihre Aufsätze in führenden Zeitschriften und Zeitungen sind kaum zu zählen. Ihre Namensvetterin Mabel Spielmann hat zwar nicht einen so großen Ruf, jedoch sind auch ihre Werke, wie z. B. „The Rainbow Book" bekannt. Weitere Juden und Jüdinnen, nämlich Lily Tobias, Rose Woolf, S. Benjuan, Hannah Berman, Regina Block und N. Burstein sind mit Arbeiten hervorgetreten. Humbert Wolfe, ein höherer Beamter des Arbeitsministeriums, hat viele Bände in Poesie, Prosa und Satire herausgegeben. Louis Zangwill kann ebenfalls auf die Veröffentlichung zahlreicher Arbeiten zurückblicken, was auch für Gladys Stern gilt. Ihre Theaterstücke, wie „The Matriarch", „The Man who pays the Piper" fanden großen Zuspruch beim Londoner Publikum. Außerdem wollen wir nur noch die Sassoon's, nämlich Alfred, David, Flora und Siegfried nennen. Unter ihnen ist besonders der letztere mit zahlreichen Werken in Poesie und Prosa bekannt geworden. So finden wir von ihm „Memoirs of a Fox Hunting Man", „Vigils", „The Old Century", „Sherston's Progreß" und War Poems. Die letzteren sind Kriegsgedichte und bewegen sich etwa auf dem gleichen Niveau wie früher auch die in Deutschland von Juden verfaßten Arbeiten.

---

[4]) Jewish Encyclopedia: vol. 7, S. 661—662. Dictionary of National Biography: Vol. 1922—1930 S. 497—502. Times vom 4. u. 6. März 1926.
[5]) Jewish Year Book (1937): S. 409, 434, 464, 502. Who's who (1939): S. 1882ff.

Zum Schluß wollen wir noch einen Kunstkritiker, nämlich Reginald Wilenski, nennen. Im Krieg war er im Geheimdienst. Seine Werke und Aufsätze, wie z. B. im „Observer", „Apollo", „The Studio", haben in England weitgehende Beachtung gefunden.

Auf dem Gebiet der Musik dürften keine Ausnahmen gegenüber den vorerwähnten Gebieten bestehen. So ist Gertrude Azulay Professorin am Trinity College für Musik, Autorin des Buches „Youth Own Book of Great Composers" und Herausgeberin von „Adult Albums". Gustav Pearlson ist Mitglied und Prüfer des National College of Music, und Harriet Cohen, sehr bekannt in Musikkreisen, wurde im Jahre 1924 ausersehen, England bei den Internationalen Festspielen in Salzburg zu vertreten. Als Pianist dürfte Mark Hambourg in England anerkannt sein, und Lionel Tertis hat sich u. a. wegen seiner Kompositionen für Viola einen Namen gemacht. Moses Biaritz, vor kurzem verstorben, war anerkannter Musikkritiker und Berater der Columbia Graphophone Co. sowie Autor vieler Aufsätze in verschiedenen Musikzeitschriften. Er war im übrigen einer der Gründer der Sozialistischen Partei von England. Sir Ronald Landon genießt einen großen Ruf als Dirigent, Komponist und Leiter der Guildhall School of Music. Von ihm sind viele Veröffentlichungen über Musik vorhanden. Im Jahre 1918 wurden ihm besondere Ehren seitens der Freimaurer zuteil. Er war u. a. als Musikkritiker für folgende Zeitungen und Zeitschriften tätig: „Artist", „The Onlooker", „The Tatler", ferner als Herausgeber der „Musical News", Schriftleiter des musikalischen Teils der „News Chronicle".

Das Theaterwesen kann sich auch nicht über mangelnde Beeinflussung durch die Juden beklagen. Dies ergibt sich z. B. ohne weiteres aus einer Zusammenstellung der „Jewish Chronicle" vom 11. September 1936 für das voraufgegangene Jahr. Danach waren die aufgeführten Stücke der verflossenen Spielzeit zu einem nicht geringen Teil von jüdischen Autoren, wie Schnitzler, Sarah Millin, H. Bernstein, Bella und Samuel Spewack, H. Wolfe, Ernst Toller u. a. Die Zahl der jüdischen Schauspieler war auch recht beträchtlich. Henry Kaß fungierte als Regisseur an „Old Vic"-Theater, einer Bühne, die sich fast ausschließlich Shakespeare-Aufführungen widmet. Am besten ergibt sich aber die Beherrschung des Theaters daraus, daß viele, und nicht die schlechtesten und unbedeutendsten, in Händen von Juden sind.

Das Theatre Royal, Drury Lane, hat zwei jüdische Direktoren, nämlich J. B. Joel, den Goldmagnaten, und Louis Dreyfus[6]). Eine andere Theater-Gesellschaft, Associated Theatre Properties (London) Ltd., hat als Vorsitzenden Sir Harold Wernher und A. Gumpert sowie M. S. Myers als Direk-

[6]) Stock Exchange (1938): S. 1924. Directory of Directors (1938): S. 913f.

toren. Alle drei Personen sind Juden. Dieser Gesellschaft gehören das Apollo-Theater, Cambridge-Theater, His Majesty's Theater, Shaftesbury-Theater, Adelphi-Theater sowie Gaiety-Theater. Daneben kontrolliert die genannte Gesellschaft noch die Associated Catering Co. Ltd., die den gesamten Restaurationsbetrieb innehat, und die Theatrical and General Advertising Co. Ltd., die einen großen Teil des Anzeigengeschäftes und der damit zusammenhängenden Gebiete im Theaterwesen kontrolliert.

Der Rundfunk

Am Schluß unserer Ausführungen über die Verjudung der einzelnen Gebiete des britischen Lebens müssen wir noch auf den Rundfunk und die Presse kommen. Beide sind heute die ausschlaggebendsten modernen Mittel, mit denen man ein Volk lenken kann.

Einer der ersten Direktoren der Rundfunk-Gesellschaft, der British Broadcasting Corporation oder, wie man sie meistens zu nennen pflegt, „B. B. C.", war der aus dem Marconi-Skandal dem Leser bereits bekannte Godfrey Isaacs. Es ist das Verdienst von Lane, darauf hingewiesen zu haben, daß bereits am Anfang Juden und ihre sozialistischen Freunde, nämlich z. B. Lord Sankey, der Erzbischof von York und der Jude Professor H. Laski an leitender Stelle tätig waren. So kann man sich nicht wundern, daß das Programm entsprechend war und ist. Schon vor dem Jahre 1934 war es nichts Seltenes, daß Juden und Kommunisten verherrlicht wurden. Die Werke des obengenannten Jacob Epstein und das bolschewistische Rußland wurden gepriesen. Persönlichkeiten mit entgegengesetzten Ansichten kamen kaum zu Worte. So ist Nesta Webster, die verschiedene Veröffentlichungen gegen Freimaurer und Juden herausgegeben hat, die Möglichkeit genommen worden, im Rundfunk zu sprechen. Auch Sir Oswald Mosley ist trotz seiner diesbezüglichen Bitte bislang jede Benutzung zur Darlegung seiner Grundsätze und Ideen verweigert worden. Über den eigentlichen Mitarbeiterstab ist wenig, oder besser gesagt, nichts bekannt. Lane hat es einmal unternommen, eine diesbezügliche Anfrage an die Leitung der B. B. C. zu richten. Der Erfolg war eine schroffe Absage[1]).

Die „Jewish Chronicle" erscheint am Freitag einer jeden Woche und bringt am Schluß ihres umfangreichen Inhalts einen Ausschnitt aus dem Rundfunkprogramm der folgenden Woche. Diese bezieht sich meistens auf die Rundfunksendungen von ganz Europa. Das Besondere daran ist aber, daß nur die Veranstaltungen genannt werden, die dem Charakter nach jüdisch sind, d. h. bei denen entweder jüdische Musik, Kunst und Literatur oder Juden als Aufführende tätig sind. Da die Auswahl von dem amtlichen Organ der britischen Judenschaft getroffen ist, haben wir keinerlei Bedenken, sie als richtig anzuerkennen. Um einen Überblick zu erhalten, haben wir bezüglich gewisser Zeiträume der Jahre 1936, 1937 und 1938 diesbezügliche Untersuchungen angestellt. Für die Zeit vom 15. Mai bis 23. Oktober 1936, also 24 Wochen, sind 242 derartige Darbietungen erfolgt. Eine ähnliche Stichprobe für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1937, mithin 14 Wochen, ergab die Zahl von 263, denen eine Ziffer von zusammen 56 Auf-

[1]) Lane: S. 84—95.

führungen auf dem gesamten Kontinent gegenübersteht. Das Jahr 1938 zeigt eine beträchtliche Zunahme, denn für die Zeit vom 14. Oktober bis 30. Dezember, also 12 Wochen, belief sich die Ziffer der Sendungen auf 366, während in der gleichen Zeit nach Angabe der genannten Zeitschrift auf dem Kontinent nur 16 derartige Sendungen erfolgten. Nach alledem haben wir für das Jahr 1936 einen wöchentlichen Durchschnitt von 10, für das nächste Jahr einen solchen von 20 und für das verflossene Jahr 1938 von 30. Nichts dürfte besser als diese nackten Ziffern den Geist der B. B. C. beleuchten. Anscheinend ist man dabei, diese Rate für das laufende Jahr 1939 erheblich zu erhöhen, denn gemäß der ersten Nummer der „Jewish Chronicle" vom 6. Januar 1939 belaufen sich die diesbezüglichen Darbietungen für die darauffolgende Woche auf 40. Wie gering sind diesen Zahlen gegenüber die diesbezüglichen Veranstaltungen auf dem ganzen Kontinent, wo es ja auch noch immer genug judenfreundliche Staaten gibt. Es dürfte hierbei interessieren, daß in England sogar am 24. Juni 1936 abends für eine gewisse Zeit ein ausschließlich jüdisches Programm mit Richtstrahlern nach Südafrika gesandt worden ist.

Pressejuden

Es dürfte wohl selten ein Land in der Welt geben, in welchem die Presse einen so großen Einfluß hat wie in England. Dies liegt zunächst daran, daß die Zeitungen zu einem unverhältnismäßig geringen Preis erhältlich sind und infolgedessen eine große Verbreitung haben. Es gibt in England Zeitungen, die täglich zwei Millionen und mehr Exemplare absetzen. Dies bedeutet, daß nicht nur zwei Millionen Leser der betreffenden Zeitungen vorhanden sind, sondern mindestens die doppelte Anzahl, da eine Zeitung entweder von allen Familienmitgliedern oder von Freunden des Käufers mit eingesehen wird. Dabei ist es durchaus möglich, daß bei einem Umsatz von zwei Millionen etwa sieben Millionen Leser anzunehmen sind. Wie dem auch sei, bei einer Gesamtbevölkerung Großbritanniens von etwa 46 Millionen kann man ermessen, welchen Einfluß eine Zeitung mit der angegebenen Verkaufsziffer haben muß.

Hinzu kommt, daß der Durchschnittsengländer nur allzu willig glaubt, was seine Zeitung bringt, und daß er alle anderen Mitteilungen von vornherein als unwahr ablehnt oder zumindest zweifelnd behandelt.

Das Zeitungswesen wird neben einigen wichtigen Ausnahmen, die noch genannt werden, von den folgenden sechs großen Gruppen beherrscht:

1. Odhams Preß
2. Beaverbrock-Gruppe
3. Berry-Gruppe
4. News-Chronicle-Gruppe
5. Daily-Mail-Gruppe
6. Westminster Preß.

In all diesen Konzernen werden wir entweder Juden an führender Stelle feststellen oder aber ihren Geist verspüren.

Einer der Juden, die einen beherrschenden Einfluß auf die Odhams-Presse haben, ist Baron Southwood of Fernhurst. Sein früherer Name war Julius Salter Elias. Er wurde erst vor kurzem geadelt[1]).

Er ist zunächst Vorsitzender (Chairman) der Illustrated Newspapers Ltd. Dieser gehört: „The Tatler", „The Drapers Record", „Men's Wear", „The Bystander" und „The Sphere", mit welch letzterer „The Graphic" verschmolzen ist. Außerdem kontrolliert sie direkt „British National Newspapers". Letztere beherrscht sie zusammen mit Inverest Paper Comp. Ltd.[2]), was ebenfalls auf eine enge Verbundenheit mit der letzteren hinweist.

[1]) Jewish Chronicle vom 8. September 1937.
[2]) Stock Exchange Yearbook (1938): S. 1419, 1442ff.

Ferner hat sie einen großen Einfluß in Illustrated London News & Sketch Ltd., bei der Lord Southwood ebenfalls Vorsitzender ist. Diese Gesellschaft wiederum gehört Lascelles & Co. Ltd. und kontrolliert Sporting & Dramatic Publishing. In der letzteren ist Lord Southwood ebenfalls Vorsitzender. Sie veröffentlicht die „Illustrated Sporting & Dramatic News".

Endlich ist er noch Vorsitzender und Geschäftsführer in Odhams Preß Ltd. und Direktor in Odhams Properties Ltd. Letztere Gesellschaft wurde hauptsächlich gebildet, um die Rechte zur Veröffentlichung der Zeitung „The People" zu erwerben. Diese Zeitung erscheint heute in einer Auflage von über drei Millionen. Die erstere Gesellschaft stellt aber die weitaus größte Beteiligung von Lord Southwood dar.

Sie wurde u. a. deshalb gebildet, um sämtliche Rechte von „John Bull Ltd." zu erlangen, die auch heute noch „John Bull" und „Everywoman's" herausbringt. Dieser Gesellschaft gehören ferner alle Anteile von Coming Fashions Ltd., Dean & Son Ltd., English Newspapers Ltd., Gosnay Advertising Ltd., Kinematograph Publications Ltd., Preß Printers Ltd., Melody Maker Ltd., N. N. P. & Co. Ltd., Woman's London Printing Co. Ltd. Ferner kontrolliert sie Clarion Preß Ltd., Odhams (Watford), Victoria House Printing Co. Ltd., Feathered World Ltd. und Willbank Publications Ltd.

Aus diesen zahlreichen Gesellschaften gehen u. a. hervor[8]):

1. The Melody Maker
2. Kinematograph Weekly
3. Picturegoer
4. Electrical Trading
5. Weekly Illustrated
6. Passing Show
7. Ideal Home
8. Broadcaster
9. Sporting Life
10. 20 Story Magazine.

Endlich wird aber von der Odhams Preß Ltd. der „Daily Herald" mit einer Auflageziffer von täglich über zwei Millionen herausgegeben. Es ist das amtliche Organ der marxistischen Arbeiterpartei. Ein weiterer Jude, A. Easterman, war noch vor einem Jahre literarischer Redakteur (literary Editor) und stellvertretender Schriftleiter für Außenpolitik im Stabe dieser Zeitung. Jetzt ist er Hauptkorrespondent für auswärtige Angelegenheiten (Chief Foreign Correspondent). Ganz früher war er Schriftleiter für Außenpolitik im „Daily Expreß" Seine Verdienste um die Sache der Zionisten sind groß.

---

[8]) The Writers' and Artists' Year Book (1938): S. 62, 54, 81, 80, 110, 78, 48. Odhams: S. 45.

Von der Größe dieses Zeitungskonzerns kann man sich ungefähr dann einen Begriff machen, wenn man von seinem Mitbegründer hört, daß er nicht weniger als 60 Zeitungen druckt und schon im Jahre 1934 zehntausend Leute beschäftigte. In der Sitzung der Aktionäre vom 1. Mai 1934 teilte Lord Southwood mit, daß der Umsatz während des Geschäftsjahres über £ 8,500,000,— gewesen sei. An Gehältern und Arbeitslöhnen seien allein £ 2,000,000,— gezahlt worden. Der Papierverbrauch hätte sich auf 132 000 tons belaufen[4]).

Zu der Beaverbrook-Gruppe gehören:

1. „The Daily Expreß", Auflage etwa 2 500 000
2. „Sunday Expreß", Auflage etwa 1 500 000
3. „The Evening Standard", Auflage etwa 500 000[5]).

Lord Beaverbrook, dem diese Gruppe praktisch gehört, dürfte den Juden freundlich gegenüberstehen. Er und der Jude Lord Melchett waren Duzfreunde[6]). Am 7. März 1928 schrieb Lord Beaverbrook im „Daily Expreß" daß „nicht die Fehler, sondern die Tugenden die Juden in England unpopulär, verdächtig und verhaßt machten". Außerdem ist er besonders stolz, daß er vor einigen Jahren den Juden Edwin Montagu, damals Staatssekretär für Indien, fast alleine verteidigt hätte. Ebenfalls teilte er mit, daß sein Anwalt der Jude Sir George Lewis[7]) sei. Noch am 4. Dezember 1930 drückt er seine Zufriedenheit damit aus, daß man in England keinen Antisemitismus kenne. Am 17. September 1930 finden wir im „Daily Expreß" bereits ähnliche Gedanken, nur noch etwas mehr im positiven Sinne. „Die kommerziellen und intellektuellen Fähigkeiten der Juden", so schreibt Lord Beaverbrook, „sind deshalb so hervorragend in Großbritannien, weil weder ein Bann noch eine Schranke für sie besteht. Bei uns ist die Judenfrage durch das völlige Aufgehen der Juden in unsern vielseitigen Tätigkeiten gelöst, und die Nation ist daher reicher und glücklicher. Auf dem Kontinent wird man mit der Zeit erkennen, daß es keine andere Regelung gibt."

Dies dürfte genügen, um die Einstellung des hauptverantwortlichen Leiters der Beaverbrook-Gruppe aufzuzeigen. Daneben fanden und finden wir Juden in leitenden Stellungen. So war R. D. Blumenfeld früher Herausgeber des „Daily Expreß", dann Vorsitzender derselben Zeitung. Wir erinnern daran, daß der Jude A. Easterman bis vor kurzem Schriftleiter für die außenpolitische Abteilung des „Daily Expreß" war. Lord Castlerosse ist Direktor der drei zum Konzern gehörenden Zeitungen. Er schrieb am 30. Mai 1930 im „Daily Expreß", daß, „wenn er Jude wäre, er sein Geld in Amerika verdienen, dagegen

[4]) Odhams: S. 43—44.
[5]) Daily Expreß vom 9. Dezember 1933. Soames: S. 54.
[6]) Bolitho: Lord Melchett, S. 337.
[7]) Daily Expreß vom 9. April 1923.

in England ausgeben würde, weil dort nur Dummköpfe Antisemiten seien".

In der Berry-Gruppe sind etwa 30 Zeitungen vereinigt. Das Hauptblatt ist der „Daily Telegraph" mit einer Auflageziffer, die sich stark der Zweimillionengrenze nähert. Die politische Haltung dieser Zeitung dürfte in Deutschland allgemein bekannt sein. Sie ist eine der deutschfeindlichsten und eine der judenfreundlichsten. Lord Camrose ist als das Haupt dieser Gruppe anzusehen, die sich im übrigen fast ausschließlich in Händen seiner Familie mit dem Namen Berry befindet. Lord Camrose hat wohl kein jüdisches Blut in den Adern. Unbestritten dagegen sind die nahen Beziehungen der Familie Berry zu den Juden. Eines ihrer jüngeren Mitglieder hat eine Tochter Rothschilds geheiratet[8]).

Die „News Chronicle"-Gruppe umfaßt die „News Chronicle" mit einer Auflage von etwa 1 500 000 und den „Star" mit etwa 700 000 Exemplaren. Daneben hat sie noch verschiedene Provinzial-Blätter. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß diese Gruppe unter jüdischem Einfluß steht.

Bis zum November 1936 wurde sie von der United Newspaper Ltd. kontrolliert, deren Vorsitzender im Jahre 1926 der Jude Lord Reading wurde[9]). Diese Gesellschaft wurde von der Daily Chronicle Investment Corporation beherrscht[10]). Sie soll nun wieder von der General Investors and Trustees Ltd. kontrolliert worden sein[11]). Von den Direktoren der letzteren sind allein drei Juden, nämlich Harry Kahn, Maurice Stern, Felix Rose (früher Rosenheim). Nach Mitteilung von „Action" waren die Inhaber der Aktien dieser Gesellschaft fast ausnahmslos Juden.

Nun ist aber formell eine Veränderung in diesen finanziellen Verpflichtungen der „News Chronicle" gegenüber der letztgenannten Gesellschaft eingetreten. Denn im November 1936 wurden die Interessen der United Newspaper Ltd. an dieser Zeitung der Daily News Ltd. übertragen.

Zu der „Daily Mail"-Gruppe gehören u. a. die „Daily Mail" mit einer Auflage von fast zwei Millionen und die „Evening News" mit etwa 700 000 Exemplaren. Bis vor ganz kurzer Zeit waren dies die beiden einzigen Tageszeitungen Londons, die sich für eine Freundschaft mit Deutschland einsetzten. Das hat aber nur so lange gedauert, wie Lord Rothermere die Mehrheit der Aktien besaß. Inzwischen ist dies nicht mehr der Fall. Vielmehr wird die Gruppe jetzt von einem Manne beherrscht, der hinter einem Aktienpaket steht. Sein Name ist nicht zu erkennen, da die Aktien in Bank-Treuhändergesellschaft gehalten werden. Man vermutet in dieser Person einen von drei Juden, nämlich Rothschild, Sieff oder Sir John Ellerman.

[8]) Who's who (1938): S. 536. Stock Exchange (1938): S. 847. Action vom 2. April 1936.
[9]) Jackson: S. 287.
[10]) Stock Exchange (1938): S. 1974, 1160—1161.
[11]) Action vom 12. März 1936.

Wie wir bereits oben ausführlich auseinandergesetzt haben, ist Lord Rosebery Halbjude, und eine seiner Töchter heiratete den Marquess of Crewe, der ebenfalls jüdisches Blut in seinen Adern hat. Lord Rosebery hat Interessen in der Westminster Preß, in der er Direktor ist. Dieser Gesellschaft gehören alle Anteile an der Bradford District Newspaper Company Ltd.; sie hat direkte Kontrolle über folgende Gesellschaften:

Barrow News and Mail Ltd.
Bedfordshire Standard Ltd.
Bedfordshire Times Publishing Co. Ltd.
Birmingham Gazette Ltd.
City and Town Building Ltd.
Darlington and Stockton Times Newspaper Co. Ltd.
Durham Country Advertiser and General Printing Co. Ltd.
Lancaster Guardian Ltd.
Lincolnshire Guardian Printing and Publishing Co. Ltd.
Lincolnshire Newspaper Ltd.
North of England Newspaper Co. Ltd.
Northern Preß Ltd.
Nottingham Journal Ltd.
Oxford Times Ltd.
Stamford Mercury Ltd.
Swindon Preß Ltd.
Westmorland Gazette Ltd.
Wm. Dresser and Sons Ltd.
Wiltshire Gazette Ltd.

Diese Gesellschaften geben eine große Anzahl von Zeitungen heraus. Nach der Zusammenstellung von Grünbeck von Anfang 1936 veröffentlichten sie vier Morgenblätter, neun Abendblätter, eine Sonntagszeitung, achtunddreißig Wochenzeitungen und acht Sportzeitungen[12]).

Aber die außerhalb dieser sechs Gruppen stehenden Zeitungen sind zum Teil ebenfalls von erheblichem Einfluß. Dies gilt zunächst für die „Times". Vor nicht langer Zeit hatte der verstorbene Jude Sir John Ellerman große Interessen an dieser Zeitung, aber bereits vor seinem Tode verkaufte er seine Aktien wieder[13]). So kann man im Augenblick weder einen Direktor noch namhaften Beteiligten in der „Times" feststellen, der Jude ist. Im Verlauf dieser Abhandlung sind uns aber so oft begeisterte Artikel der „Times" zugunsten der Juden bis in die jüngste Zeit begegnet, daß es wohl kaum nötig ist, auf ihre Einstellung und einzelnen Artikel hinzuweisen.

Der „Sunday Referee" gehört dem Juden Isidore Ostrer, der bereits bei der Filmindustrie behandelt worden ist. Er hat verschiedene Bücher über wirtschaftliche Fragen, insbesondere über

[12]) Grünbeck: Bd. 2, S. 135—136.
[13]) Times vom 18. Juli 1933.

solche, die mit Gold zusammenhängen, geschrieben. Maurice Ostrer, sein Bruder, ist Vorsitzender der Sunday Referee Publishing Co. Ltd. Die betreffende Zeitung gehörte im übrigen früher ebenfalls einem Juden, und zwar Mark Goulden. Seit dem Jahre 1932 ist letzterer Hauptschriftleiter des „Sunday Referee". Nach dem „Who's who" von 1938 hat er diesen Posten noch inne, während es nach dem jüdischen Communal Directory so aussieht, als ob er ihn seit dem Jahre 1935 aufgegeben hat. Bis zum Jahre 1929 war er u. a. Hauptschriftleiter der „Eastern Morning News" und anderer Zeitungen; danach Herausgeber der „Yorkshire Evening News". Die Auflage des „Sunday Referee" beträgt etwa eine Million.

Zur Zeit sind die Eigentumsverhältnisse des „Daily Mirror" nicht ganz geklärt. Es ist eine Tageszeitung mit etwa einer Million Exemplaren. Man sagt, der Jude Israel Sieff hätte beträchtliche Interessen darin. 600 000 Aktien sind im Besitze einer Bank als Treuhänder. Vielleicht gehören ihm diese. Andere Juden, wie Nathan Wolff und Meyerstein, werden ebenfalls genannt. Auf jeden Fall hat die Familie des Juden Sir John Ellerman einen erheblichen Anteil daran. Neben seinen Interessen im „Daily Mirror" spricht man auch noch von weiteren Beteiligungen dieses Millionärs in der Presse. Es ist nämlich bekanntgeworden, daß Sir William Cox, sein Geschäftsführer, 480 000 Aktien in der Odhams Preß gekauft hat. Man ist sich nicht darüber klar, ob dieser Ankauf für Sir John Ellerman erfolgt ist. Wie dem auch sei, Sir John Ellerman dürfte durch seinen Geschäftsführer einen großen Einfluß auf Odhams Preß ausüben, da Sir William Cox Vizepräsident dieser Gesellschaft ist[14]).

Die Zeitschrift „The Leader" ist erheblich gegen Deutschland eingestellt. Dies ist wahrscheinlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß H. Hyams, ein führender Freimaurer und Jude, an verantwortlicher Stelle steht[15]) und Mitherausgeber ist. Der Eigentümer der genannten Zeitschrift ist Alfred Cosher[16]), wahrscheinlich auch ein Jude. Er war im übrigen in den Skandal des früheren Ministers J. Thomas verwickelt.

Ganz besonders groß ist aber der Einfluß der Juden auf die Gestaltung des Inhalts der Zeitungen und Zeitschriften. Wir haben bereits oben häufig Gelegenheit gehabt, auf die Mitarbeit zahlreicher Juden aufmerksam zu machen und dürfen wohl jetzt darauf verweisen. Darüber hinaus wollen wir noch einige diesbezügliche Juden aufführen.

D. Magarshak war früher Herausgeber der „Foreign Affairs". Israel Cohen ist ein bekannter Journalist und zur Zeit Generalsekretär der Zionistischen Organisation. Er war

[14]) Evening Standard vom 19. September u. 11. Oktober 1938. Daily Expreß vom 11. Januar 19.9. The Britisher vom 15. September 1937.
[15]) Jewish Chronicle vom 7. Februar 1936.
[16]) Action vom 16. Januar 1937.

früher Korrespondent des „Glasgow Herald" und „Globe", und zeitweise als Spezialkorrespondent für die „Times", „Manchester Guardian", „Westminster Gazette" u. a. tätig. Noch heute schreibt er Artikel für die „Quarterly Review", „Fortnightly Review", „Nineteenth Century", „Contemporary", „Times" usw.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch nicht vergessen, einen der bekanntesten Journalisten Großbritanniens, nämlich Herbert Sidebotham, zu erwähnen. Er ist nicht Jude, aber er steht dieser Rasse sehr nahe. Unter seinen Pseudonymen „Candidus" im „Daily Sketch", „A Student of Politics" im „Daily Telegraph", und als „Scrutator" in der „Sunday Times" usw. hat er Weltbedeutung erlangt. Seine Sympathien für die Juden sind so stark, daß man ihn beinahe einen Zionisten nennen kann, zumal er selbst diese Verbindung betont. Er hat verschiedene Bücher über Palästina und die mit der Balfour-Erklärung zusammenhängenden Fragen geschrieben. Schon ganz früh, im Jahre 1916, gehörte er dem ursprünglichen Britischen Palästina-Komitee in Manchester an und war auch Mitglied der „Palestine Mandate Society".

Der Jude Leonard Woolf ist neben seinen Schriften auch durch seine Tätigkeit in der Presse bekanntgeworden. So war er früher Herausgeber der „International Review", ferner des internationalen Teils der „Contemporary Review", des literarischen Teils von „The Nation", seit 1931 ist er Mitherausgeber der „Political Quarterly". Daneben hat er noch im Jahre 1917 die „Hogarth Preß" gegründet.

Endlich ist der Jude Mortimer Epstein Herausgeber des „Annual Register" und des „Statesman's Year Book".

Außer den obigen belegten Hinweisen gibt es die viel größeren, nach außen hin unsichtbaren Einflüsse der Juden. Folgende Beispiele mögen das erhellen.

Lord Rothermere hatte vor einigen Jahren in der damals von ihm kontrollierten Zeitung „Daily Mail" begonnen, sich für die nationalsozialistische Bewegung von Sir Oswald Mosley einzusetzen. Nach einigen Wochen wurden seitens Juden und ihrer Freunde, wie uns aus verläßlicher Quelle berichtet wurde, die Insertion in der betreffenden Zeitung aufgegeben. Binnen kurzem hatte Lord Rothermere zwischen dem Eingehen seiner Zeitung oder Aufgabe seiner Politik zu wählen. Um seine Zeitung zu erhalten, wählte er letzteres.

Hier sei nicht vergessen, zu erwähnen, daß auch ein großer Teil der Verleger entweder jüdisch oder jüdisch beeinflußt ist. Zu den ersteren gehört z. B. Victor Gollancz. Er ist Vorsitzender und Geschäftsführer der „Victor Gollancz", einem großen Verlag. Ferner ist er Geschäftsführer der Mundanus Ltd. und Vorsitzender der Favil Preß Ltd. Seine politische Einstellung zeigt sich am besten dadurch, daß er Gründer des Left Book Club ist. Diese Vereinigung gibt zahlreiche verbilligte Bücher heraus, die mehr

oder weniger alle marxistische Tendenz haben und nicht selten gegen das Dritte Reich gerichtet sind. Die Beeinflussung der Bevölkerung durch diese Bücher war und ist so stark, daß sich nationale Kreise bewogen fühlten, als Gegengewicht einen Right Book Club zu bilden.

Eine sehr bekannte Verlagsfirma ist auch fast ausschließlich jüdisch. Es handelt sich um Tuck (Raphael and Sons) Ltd. Der Jude Gustave Tuck ist als Vorsitzender und Geschäftsführer, Sir Reginald Tuck und D. A. Tuck sind als Direktoren tätig. Die Gesellschaft kontrolliert auch ihre anderen Niederlassungen in New York und Paris. Das Kapital beträgt £ 500,000,—.

Bis vor kurzem war auch der Jude Sir Leon Levison Vorsitzender der bekannten Verlagsanstalt von Marshall, Morgan, S. Scott.

Zusammenfassung und Rückblick

Hier brechen wir ab. Eine Fülle von Ereignissen und Gestalten ist an uns vorbeigezogen und hat das erschreckende Ausmaß der Verjudung Englands sichtbar gemacht. Es mag dahingestellt sein, wieweit diese Vermischung bester rassischer Schichten mit denen des gefährlichen Parasitenvolkes Zufall oder Absicht ist. Wir wollen hier nicht erörtern, ob vielleicht der englische Adel, die ausgeprägte britische Herrenschicht, unbewußt oder in scheinbar kluger Voraussicht die gefährlichen, plutokratisch und machtmäßig besonders hervorragenden Vertreter des Judentums in sich und seine Kreise aufnimmt und damit zu neutralisieren glaubt. Es sei ebenfalls dahingestellt, ob die starke Schicht des englischen Judentums sich bewußt mit dem englischen Adel vermischt, um ihrerseits diese etwa unbequeme Herrenschicht in ihrer Gefährlichkeit und Machtfülle zu neutralisieren. Zufall oder Absicht, das ist hier gleichgültig, wenn wir auch mehr an die beiderseitige Absicht glauben. Entscheidend und von Bedeutung ist hier der Erfolg dieser wahnsinnigen Politik.

Das Ausmaß des verjudeten englischen Lebens läßt sich nach dem in diesem Werk in den letzten Kapiteln nur andeutungsweise gebrachten Material nicht mehr unterschätzen. Mag die Aufzählung von Namen und Organisationen, von Machtpositionen und persönlichen, politischen und finanziellen Verpflichtungen diesen oder jenen von uns ermüden, so ist die Aufzählung doch notwendig, um einen Abriß der unendlichen Fülle der jüdischen Einflüsse und Einwirkungsmöglichkeiten zu kennzeichnen.

England ist Hort und Mittelpunkt des Weltjudentums. In ihm hat das jüdische Element die wichtigsten und entscheidendsten Positionen zu erringen gewußt. Der Jude herrscht in England wirklich und bedient sich oft nur noch scheinbar irgendwelcher tarnenden und verdeckenden Zwischeninstanzen. Was aber ist das englische Schicksal? Der Reichtum und die Machtfülle des Imperiums haben in den letzten Jahren nicht verhindern können, daß eine diplomatische Niederlage der anderen folgte, daß es im Gebiet dieses Staatenverbandes bedenklich kracht, daß Millionen von Erwerbslosen elend zugrunde gehen, daß der gesunde Bauernstand, einst

der Stolz Englands, vernichtet ist und die Verstädterung das natürliche Schicksal Englands zu sein scheint. Bevölkerungspolitisch ist die Lage des Inselreiches alles andere als erfreulich: statt dem durch die imperiale Politik hervorgerufenen Verlust besten Blutes durch eine zielbewußte Bevölkerungspolitik entgegenzuwirken, hat die sinnlose Vermischung mit dem physisch und psychisch gleich destruktiven jüdischen Element weitere Schwächeherde geschaffen. Wir werden hier nicht prophezeien. Die Geschichte wird ihr hartes, aber gerechtes Urteil sprechen. Wenn bei Erscheinen dieses Buches England sich im Kriegszustand mit Deutschland befindet, so wissen wir, wer dieser „englische" Gegner ist.

Das englische Judentum mag wähnen, sein Ziel erreicht zu haben. Wir aber werden es zu treffen wissen. Noch stets hat der Jude seine Gastvölker korrumpiert und letztlich vernichtet. Auch England wird keine Ausnahme sein — das jüdische Triumphgeschrei wird sich in Wehklagen wandeln.

So ist in verhängnisvoller Weise englisches Schicksal mit jüdischem verknüpft, unlösbar verflochten und verfilzt. An dieser Tatsache entscheidet sich die Zukunft Englands.

Schrifttumsverzeichnis

Abbott, G. F.: Israel in Europe, 1907.
Abrahams, L.: Sir L. Goldschmid and the Admission of the Jews ... in: Trans. Jew. Hist. Soc., Bd. IV, S. 116 ff., 1901.
Accounts and Papers, amtliche Sammlung.
Adams, Ch.: Representative Orations, 1884.
Adler, M.: The Jews of the Empire and the Great War, 1919.
Aguilar, G.: History of the Jews in England, in: Chambers Miscellany of useful ... Tracts, Bd. 18, Nr. 153, 1847.
Annual Register.
Argyll, Duke of: Autobiography and Memoirs, Bd. I, 1906.
Ayerst, W.: The Jews of the 19th Century, 1848.
Banister: Our Judaeo-Irish Labour Party, 1931.
Bardsley, C.: A Dictionary of English and Welsh Surnames, 1901.
Beadon, R.: Some Memoirs of the Peace Conference, 1933.
Belloc, H.: The Jews, 1922.
— The Crisis of our Civilisation, 1937.
— An Essay on the Nature of Contemporary England, 1937.
Birks, T. R.: Letter to the Right Hon. Lord John Russell, 1848.
Bleloch, W. E.: The News South Africa ..., 1902.
Bolitho, H.: Alfred Mond, First Lord Melchett, 1933.
— Twelwe Jews, 1934.
Bradshaw, S. A.: The Trumpet Voice ..., 1884.
Brazol, B. L.: The World at the Croß Roads, 1921.
Britannicus: The Case of Mr. Salomons ..., 1836.
Brodick, G.: The History of England, 12 Bd., 1906.
Buchanan, Sir G.: My Mission to Russia, 1923.
Burton, Sir R.: The Jew, the Gipsy and El Islam, 1898.
— Lord Beaconsfield, 1882.
Campbell, J.: Life of the Lord Chancellors ..., 8 Bd., 1848—1869.
Carlyle, J.: The Lords and the Jews, 1853.
Case of D. Salomons being his Adreß to the Count ..., 1844.
Chambers Miscellany, Bd. 18.
Clarke, T.: My Northcliffe Diary, 1931.
Clayden, P.: England under Lord Beaconsfield, 1880.
Clergyman: A Clergyman's Apology ..., 1847.
Cobbett: Jews, and the Jews in England 1938.
Coles, J.: Observations on the Civil Disabilities ..., 1834.
— Vivian Grey, 1826.
— Conningsby, 1844.
— Tancred, 1847.
— Lord George Bentinck, 1852.
Consett, M. W.: The Triumph of Unarmed Forces, 1923.
Denny, L.: We fight for oil, 1928.

Dillon, E. J.: The Inside Story of the Peace Conference, 1919.
Directory of Directors: 1938.
Disraeli, B.: Alroy, 1833.
Dycke, J.: The Jewish Workman in: Contemporary Review, Jan. 1898.
Edison, J. S.: The Impossibility of Admitting Jews . . ., 1858.
— The Question of the Admissibility . . ., 1859.
— Two supplemental chapters . . ., 1859.
Egan, Ch.: The Statutes of the Jews in England . . ., 1848.
Eliot, G.: Daniel Deronda, 4 Bd., 1876.
Elliot, A.: The Life of George Joachim Goschen . . . first Viscount Goschen, 1911.
Emanuel, Ch.: A Century and a Half of Jewish History . . ., 1910.
Englishman: Britons awake, 1909.
Farrow, Th.: The Moneylender Unmasked, 1895.
— In the Money-Lenders' Clutches, 1896.
Francis, G. H.: The Rt. Hon. B. Disraeli, 1852.
Fraser, Sir J. F.: The Conquering Jew, 1915.
Fry, L.: Waters Flowing Eastward, 1934.
Golding, L.: The Jewish Problem, 1938.
Goldsmid, F. H.: The Arguments advanced . . ., 1831.
— Reply to the Arguments . . ., 1848.
— Remarks on the Civil Disabilities, 1830.
Gordon, W. E.: The Alien Immigrant . . ., 1903.
Graetz, H.: Historic Parallels in Jewish History, 1888.
Guttenberg, B.: A Modern Exodus, 1904.
Gwyne, H. A.: The Cause of World Unrest, 1920.
Hansard, Th.: Parliamentary Debates from the year 1803 to the present time.
— The Jews and the English Law, 1908.
Heine, H.: Heinrich Heines Werke, herausg. von H. Laube, 6 Bd., 1884—1888.
Henriques, H. S.: The Law of Aliens and Naturalization, 1905.
— The Question whether a Jew can be Lord Chancellor of England; in: Trans. Jew Hist. Soc., Bd. 8, 1915.
Hobson, J. A.: God and Mammon, 1931.
— The War in South Africa, its causes and effects, 1900.
Hollingsworth, A.: The Holy Land Restored . . ., 1849.
— Remarks on the present condition and future prospects, 1853.
Hughes, H.: A few plain Thoughts . . ., 1849.
Hurwitz, H.: A letter to J. L. Goldsmid . . ., 1833.
Hutchison, G. S.: Truth, The Evidence in the case, 1936.
Hyamson, A. M.: British Projects for the Restoration of the Jews, 1917.
— A History of the Jews in England, 1928.
— Great Britain and the Jews, 1918.

Israelite: To the Rev. H. Mackenzie, 1847.
Jackson, St.: Rufus Isaacs, First Marquis of Reading, 1936.
Jarvie, J. R.: The old Lady unveiled, 1933.
Jewish Disabilities: Views of the Question, 1847.
Jewish Year Book from 1936, 1937, herausg. von S. Levy und Cecil Roth, 2 Bd.
Kebbel, T. E.: Selected Speechens of . . . Beaconsfield, 1882.
Keith, A. B.: The King and the Imperial Crown, 1936.
Klingender, F. D.: Money behind the Screen, 1937.
Landa, M. J.: The Alien Problem and its Remedy, 1911.
Landman, S.: Great Britain, the Jews and Palestine, 1936.
Lane, A.: The Alien Menace, 1934.
Lawson, W.: The Government and Marconi, 1912.
Layman, A.: Remarks on a letter . . ., 1848.
Levason, L.: Jewish Disabilities, 1847.
Levy, S.: Anglo Jewish Historiography, in: Transf. Jew. Hist. Soc., Bd. VI, S. 1 ff., 1907—1908.
Lewis, H.: Another View of the Question, 1900.
Lewis, W.: Count Your Dead=They are alive, 1937.
Lingard, J., u. a.: The History of England, Bd. II, 1915.
Low, S.: The History of England, Bd. 12, 1907.
Ludovici, A. M.: A Defence of Conservatism, 1927.
— A Defence of Aristocracy, 1933.
— Man: An Indictment, 1927.
Lymington, Viscount: Famine in England, 1938.
MacColl, M.: Lord Beaconsfield in: The Contemporary Review, Juni 1881.
Mackenzie, H.: A Letter to the Parishioners . . ., 1847.
Margoliouth, M.: The History of the Jews in Great Britain, 3 Bd., 1851.
Marse, L.: The Great Marconi Mystery in: National Review, Bd. 61, S. 405 ff, 1913.
Mendelsohn: Jewish Pioneers of South Africa in: Transf. Jew Hist. Soc., Bd. VII, S. 180 ff., 1912.
Militant Christian Patriots: Zionism.
Mills, J.: The British Jews, 1853.
Montagu, B.: A Letter to Henry Warburton . . ., 1833.
— A Letter to . . . Lord Bishop of Chichester, 1834.
— The Jews in Parliament, 1858.
Mosley, Sir O.: To=morrow we live, 1938.
Myers, M.: Some SM. Sidelights on . . ., in: Transf. Jew. Hist. Soc., Bd. VI, S. 240 ff., 1908.
Nichols, B.: News of England, 1938.
Nugée, G.: England and the Jews, 1881.
O'Connor, T. P.: Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, 2 Bd., 1878.
Odhams, W.: The Business and I., 1935.
Oven, J. van: Ought Baron de Rothschild . . ., 1847.

Padley, A.: An Answer to some of the opinions . . ., 1852.
Parishioner: A few Words on a Minister's Letter . . ., 1847.
Paul, A.: A History of Modern England, Bd. 1 u. 2, 1904.
Percy, Sir E.: The Responsibilities of the League, 1919.
Piciotto, J.: Sketches of Anglo-Jewish History, 1875.
Pope, W. L.: On the Removal of Jewish Disabilities, 1847.
— The Rotschilds, 1887.
Prentice, A.: History of the Anti-Corn Law League, 2 Bd., 1853.
Query: The Jews, in Zeitschrift Query, Buch Nr. 2, 1938.
Raymond, E.: Disraeli, The Alien Patriot, 1925.
Reeves, J.: The Rothschilds: The Financial Rulers of Nations, 1887.
Reitz, F.: A Century of Wrong, 1900.
Report of the Case of Miller versus Salomons, 1852.
Riddell, Lord G. A.: More Pages from my Diary, 1908—1914, 1934.
Rivers, G. P.: The World Significance of the Russian Revolution, 1920.
Russell, C.: The Jew in London, 1900.
Salomons, D.: A short Statement . . ., 1835.
— Further Observations . . ., 1836.
Shapira, J.: The Relief of the Jewish Disabilities . . ., unter der Anleitung von F. Clarke unveröffentlicht, 1935.
St. Aulaire, Comte: Geneva versus Peace, 1937.
Sassoon, S.: The War Poems of Siegfried Sassoons, 1919.
Sidebotham, H.: England and Palestine, 1918.
— The Future of Palestine, 1922.
— British Policy and the Palestine Mandate, 1929.
— British Imperial Interest in Palestine, 1937.
Sinclair, J. G.: A Defence of Russia and the Christians of Turkey, 1877.
Smallay, G. W.: Anglo-American Memoires, 1912.
Smith, G.: The Jews, in: The Nineteenth Century, Bd.: November 1882.
Soames, J.: The English Preß, 1938.
Society for the Protection of Science and Learning, 1934, 1935, 1937.
Sokolow, N.: History of Zionism, 2 Bd., 1919.
Sombart, W.: The Jews and Modern Capitalism, 1913.
Spectator: Fürst Bülow und der Kaiser, 1930.
Stanhope, C. und E. Cardwell: Memoirs of Sir Robert Peel, 1871.
Stead, W.: The Scandal of the South African Committee, 1900.
— Are we in the Right? 1900.
Steed, H. W.: The Habsburg Monarchy, 1913.
Steed, H. W.: Through Thirty Years, 1892—1922, 2 Bd., 1924.
— The Preß, 1938.
Stock Exchange Official Intelligence, 1920.
Stock Exchange Official Year Book 1936, 1937, 1938.
Stoughton, J.: The World a debtor to the Jew, 1853.
Street, H.: A Plea for the Removal of Jewish Disabilities, 1849.

Temperley, H. M.: History of the Peace Conference of Paris, 6 Bd., 1920.
Tennant, E.: Spanish Journey, 1936.
Unseen Net, 1936.
Wassilevsky, J.: Jewish Refugees and Military Service, 1916.
Walpole, Sir Spencer: A History of England . . ., 5 Bd., 1878—86.
— History of Twenty-five Years, 1904.
Weir, M.: The Tragedy of Ramsay MacDonald, 1938.
Whelpley, J. D.: The Problem of the Immigrant, 1905.
White, A.: The Destitute Alien in Great Britain, 1892.
— The Modern Jew, 1899.
Wilkins, W. H.: The Immigration of Destitute Foreigners, 1891.
Wilkins, W. H.: The Alien Invasion, 1892.
Wilson, N. Mc. Nair: Monarchy or Money Power, 1934.
Wolf, L.: Essays in Jewish History, 1934.
Wolf, S.: The Influence of the Jews on the Progreß of the World, 1888.
Worms, H. de: Englands Policy in the East, 1877.
Zangwill, J.: Hands off Russia, 1919.
Zukerman, W.: The Jew in Revolt, 1937.

Zeitungen und Zeitschriften

Action.
Daily Chronicle.
Daily News.
Daily Sketch.
East London Observer.
Evening News.
Evening Standard.
Fascist.
Illustrated London News.
Jewish Chronicle.
Jewish Guardian.
Jewish World.
Jewry über Alles.
Manchester Guardian.
Morning Chronicle.
Morning Herald.
News Chronicle.
New Statesman and Nation.
Public Ledger
Spectator.
Standard.
Sun.
Sunday Chronicle.
Sunday Expreß.
Sunday Times.
The British Guardian.
The Daily Expreß.
The Daily Mail.
The Daily Telegraph and Morning Post.
The Hidden Hand.
The Morning Post.
The Observer.
The People.
The Star.
The Times.
Yorkshire Evening Post.

Inhaltsverzeichnis

I. Teil: Die Emanzipation

Seite

Einleitung 9
Methode der Juden 13
Die Zahl der Juden im Jahre 1830 17
Jüdische Vorbereitungen und erste Niederlagen 18
Der Entscheidungskampf entbrennt 21
Die Jahre 1833 bis 1834 27
Ein jüdisches Zwischenspiel: David Salomons 30
Der Kampf geht weiter 33
Disraeli über die jüdische Rasse 34
Ritualmorde im Orient 38
Neue Niederlagen 42
Salomons wird Ratsherr der City 43
Salomons fällt durch — Rothschild siegt 46
Neue Propagandawelle 50
Die Komödie Rothschild wiederholt sich 57
Rothschilds Austreibung 63
Zum zweiten Male: David Salomons 69
Neuer Kampf im Parlament 80
Vorstoß und Widerstand 88
Juden und Lords 94
Juda hat gesiegt 106
Überblick 116

II. Teil: Die Herrschaft der Juden

Ministerpräsident Disraeli oder Politik und Charakter 117
Disraelis Außenpolitik 126
Rückblick: Wirken und Wirkung Disraelis 130
Führende Juden als Gestalter englischen Lebens 133
Die Juden im Skandal: Anleihen von Honduras 135
Antijüdische Kräfte 142
England und das Weltjudentum 145
Burenkrieg — Judenkrieg 150
König Eduard — Einkreiser und Judenfreund 153
Juden überschwemmen England 155
Juda im Kreuzfeuer 165
Bevölkerungsstand der Juden bis 1914 172
Der Marconi-Skandal 181
Der Sir-Stuart-Samuel-Skandal 193
Die Juden im Weltkrieg 197
Die Balfour-Deklaration 200

Seite

Juden in Versailles 209
Englands Palästina-Politik 211
Die Schwäche Englands 214
Wieviel Juden leben im Empire? 220
England unter jüdischer Führung 230
Juden und Lords 235
Juden im Kabinett 237
Außenpolitisches Zwischenspiel 239
Juden in Partei und Parlament 241
Juden in Verwaltung und Recht 247
Jüdische Familien 251
Verjudung der Ölindustrie 258
Verjudung der Versicherungen 260
Verjudung der Nahrungsmittelindustrie 263
Juden überall 264
Verjudetes Finanzwesen 269
Gold und Diamanten 273
Filmjuden 285
Wissenschaft und Erziehung in jüdischer Hand 291
Der Jude in Kunst und Literatur 300
Der Rundfunk 306
Pressejuden 308
Zusammenfassung und Rückblick 316
Schrifttum 318

Einleitung

Juden beherrschen England

Es ist fast schon ein Kennzeichen der jüdischen Rasse, daß sie den Keim des Antisemitismus stets mit sich herumträgt und daß dort, wo das jüdische Element sich in stärkerem Maße durchsetzt, auch der Antisemitismus wie von selbst erwächst und wirksam wird. Es wäre eine historische Erscheinung ohnegleichen, wenn es in England anders bestellt wäre. Schon in der frühen englischen Geschichte läßt sich immer wieder die antijüdische Haltung als fast selbstverständliche Grundlage der Gesinnung feststellen, und oft genug manifestieren sich antisemitische Strömungen in pogromartigen Ausschreitungen und stärksten staatlichen und völkischen Maßnahmen. Denken wir nur an die für England so schicksalhafte Austreibung fast aller Juden durch Edward I. um 1290. War es bis dahin üblich gewesen, wie es auch später wieder allgemein üblich wurde, daß die Fürsten und Könige mit jüdischen Beratern umgeben und vor allen Dingen von einem jüdischen Finanzmann begleitet waren, so ist Edward einer der wenigen Adligen, der das völkische Interesse über alles und auch über sein finanzielles Wohl heraushebt, der allgemeinen Stimmung des Volkes Rechnung trägt und die Juden des Landes verweist. Das Volk wußte zu allen Zeiten nur zu gut, was es vom Judentum zu halten hat. Damals waren einige Fälle von Ritualmorden wahrscheinlich geworden, die Münzverschlechterung, Geld- und Landwucher wurden nicht zu Unrecht auf jüdische Machenschaften zurückgeführt, kurz, der königliche Akt war nur die klare Folgerung aus einer nicht immer nur latenten antisemitischen Grundhaltung des Volkes.

Aber über einen episodenhaften Charakter ist auch dieses große und an sich fruchtbare Ereignis nicht hinausgekommen. Vor allen Dingen Cromwell hat in stärkstem Maße nicht nur die enge Verbindung des jüdischen Elementes mit dem englischen Volksleben, sondern sogar fast die Identifizierung von englischer und jüdischer Politik eingeleitet und begründet. Nicht daß es möglich wäre,

Cromwell als Philosemiten zu bezeichnen oder ihm projüdische Bestrebungen unterzuschieben — Cromwell war Engländer und nur Engländer. Aber mehrere Faktoren mußten ihm die Zurückrufung und Förderung des Judentums zweckdienlich erscheinen lassen.

Gehen wir gleich aus von dem echten puritanischen Grundgefühl der Auserwähltheit und göttlichen Begnadung. Wer wollte hier eine weitgehende Ähnlichkeit zwischen der Einschätzung des äußerlichen Aufschwungs, des geldmäßigen Erfolges und des sozialen Aufstiegs mit der jüdischen alttestamentarischen Grundhaltung verkennen? Und mußte nicht für den Puritaner in seiner nüchternen, klaren und religiös auch äußerlich eingestellten Grundhaltung bei einem Vergleich zwischen dem Alten mit dem Neuen Testament das erstere siegen? Mußte nicht die Geschichte des religiös und damit politisch auserwählten und zur Herrschaft berufenen Volkes dem puritanischen, auf Weltherrschaft bedachten Engländer mehr zusagen, als die neutestamentarische Lehre von Liebe, Mitleid und Verzicht?

Aber abgesehen von dieser geistigen Einstellung lag es Cromwell am Herzen, dem englischen Weltherrschaftsanspruch nicht nur den religiösen Auftrag und die göttliche Weihe zu geben, sondern darüber hinaus das englische Volk direkt als Fortsetzer des alttestamentarisch-göttlichen Herrschaftsauftrages darzustellen und zu kennzeichnen. Nicht zufällig leitet heute noch das englische Königshaus seinen Ursprung vom Geschlechte Davids ab.

Cromwell wäre aber zu wenig Puritaner gewesen, wenn er neben der Rechtfertigung durch die Tradition nicht auch die sehr konkreten und materiell erfolgreichen Folgerungen gezogen hätte. Mit der neuen Einwanderungswelle des vom Puritanismus begrüßten Judentums kam noch ein gut Teil der bereits in jüdischen Händen befindlichen Welthandelsbeziehungen nach England und wurde so zum vielleicht besten Bundesgenossen im Kampf gegen Holland und Spanien.

Dies alles kann hier nur sehr zufällig und an kleinen Einzelerscheinungen beobachtet und dargestellt werden und ist für das Verständnis des Folgenden nur insoweit direkt wichtig und bedeutungsvoll, als es die innere und geistige Verwandtschaft des puritanischen Engländers und des alttestamentarischen Judentums verständlich macht, wobei das Alte Testament die Rolle gleichsam eines

„nationalpolitischen Gleichnisses" zu spielen hat. Auch Cromwells Tod, der das Judentum zweifellos in einer nicht sehr günstigen und erfreulichen Situation zurückließ, konnte grundsätzlich nur noch wenig ändern. Der jüdische Geist der Auserwähltheit und göttlichen Gnade lebte in unzähligen Sekten und Vereinigungen fort und findet heute noch seine stärkste Übersteigerung in den extremen Bestrebungen, das englische Volk zu einem der zehn verlorenen Stämme Israels zu prägen. Auf dieser inneren Bereitschaft konnte die Emanzipationsbewegung des 19. Jahrunderts so verhängnisvolle Ausmaße annehmen und dem Judentum sehr wesentliche Positionen und Schlüsselstellungen in die Hände spielen. Schon nach Cromwell hatte jeder englische König wieder in seiner Umgebung führende Juden, zu den wesentlichsten Hof- und Vertrauensämtern herangezogen oder war zumindest von einem jüdischen Bankier beraten. Zwar war der Antisemitismus noch nicht tot. Das letzte Bollwerk gegen die jüdische Emanzipation stellte das Oberhaus dar, bis auch diese Stellung gestürmt und zerstört wurde. Aber nur ganz selten noch wurden echte rassische Instinkte und rassisches Wissen sichtbar und deutlich, und nur noch die religiöse Verschiedenheit wurde erkannt und betont.

Die folgenden Seiten mögen nun von der Emanzipation berichten und dartun, wie über ihre Ergebnisse das Judentum nicht nur Englands völkisches und staatliches Leben beherrschte, sondern die Weltherrschaft zu erstreben und zu gewinnen für möglich hält.

I. Teil: Die Emanzipation

Methode der Juden

Die Zeit von 1830 bis 1866

Das Jahr 1830 war ins Land gezogen. Die Juden und ihre Freunde hatten alle ihnen für den Generalangriff notwendig erscheinenden Stellungen bezogen. Mit Ruhe und Gelassenheit ging man daran, die letzten noch bestehenden Beschränkungen der Juden niederzubrechen. Worin bestanden diese?

Die Frage ist recht schwierig zu beantworten, denn rein theoretisch war den Juden noch manches verschlossen, praktisch dagegen waren es nur recht wenige Dinge, die den Juden verwehrt waren.

Zu der ersteren Gruppe gehörte die Frage des Eigentums. Vielleicht kennt der Leser die beiden Gesetze aus dem 13. Jahrhundert, wonach den Juden der Besitz des freien Grundeigentums verboten war. Diese Vorschriften waren im Jahre 1738 wieder aufgefunden worden. Da sie nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzt waren, bestanden sie noch. Allmählich kümmerte man sich aber nur wenig um sie, und es war in den letzten Jahrzehnten nicht selten gewesen, daß Juden Grundeigentum erworben hatten[1]). Nichtsdestoweniger tobte unter den Juristen seit längerer Zeit der Kampf über die Gültigkeit oder Ungültigkeit einer solchen Maßnahme. Das letzte Wort war aber bislang keineswegs gesprochen.

Auch die Ausübung des Wahlrechts war den Juden theoretisch kaum möglich. Zwar war nach Erlangung der britischen Staatsangehörigkeit die erste Voraussetzung hierfür geschaffen. Es war unter anderem aber weiterhin erforderlich, daß der Wahlberechtigte ein freier Grundeigentümer in einer Grafschaft oder vollberechtigter Bürger in einer Stadtgemeinde war. Ersteres war für die Juden zumindest mit Rücksicht auf die Ungeklärtheit des Eigentumsproblems unsicher — die letztere Eigenschaft war den Juden von Stadtgemeinden, wie z. B. von der City von London, erst in letzter Zeit zugestanden worden. Außerdem konnte der Wahlleiter auf Ersuchen eines der Kandidaten des Wahlbezirks von einem bestimmten Wähler die Ablegung des Eides of Abjuration verlangen, der den Juden aus religiösen Gründen unmöglich war. Trotz dieser theoretischen Schwierigkeiten beteiligten sich die Juden an den Wahlen. Dieser Zustand herrschte im übrigen bis zur endgültigen Klärung der Frage im Jahre 1867, in dem den Juden völlige Wahlfreiheit geschenkt wurde[2]).

[1]) Henriques: Jews, S. 191—194.
[2]) Henriques: Jews, S. 246—247. Hyamson: History, S. 261.

Diese beiden Fragen dürften die wichtigsten sein, die eigentlich nur noch theoretisch — nicht praktisch — den Juden Schwierigkeiten in ihrem Machtstreben verursachten.

Dagegen ist die Anzahl der wichtigen Gebiete, die ihnen noch völlig verschlossen waren, größer. So war es ihnen nicht erlaubt, den Beruf des Barrister zu ergreifen. Auch konnten sie nicht städtische oder staatliche Posten einnehmen. Außerdem war ihnen die Immatrikulation auf den Hochschulen versagt. Endlich konnten sie nicht als Mitglied des Parlaments gewählt werden[3]).

Das bisher unüberwindliche Hindernis bot hauptsächlich der Eid of Abjuration, der meistens vor Einräumung der diesbezüglichen Rechte verlangt wurde. Es waren die Schlußworte des Eides: „Bei dem treuen Glauben eines Christen", die es den Juden unmöglich machten, den Eid abzulegen. Diese Worte waren fast ausschließlich der Grund dafür, daß beinahe 30 Jahre lang die heftigsten Kämpfe die englische Öffentlichkeit nicht zur Ruhe kommen ließen. Die Anträge im Parlament auf Aufhebung zur dortigen Zulassung, ihre gewöhnliche Annahme im Parlament und ihre Zurückweisung im House of Lords sind kaum zu zählen. Manchmal finden wir mehrere Jahre hintereinander das Parlament mit dieser Frage beschäftigt, und ein anderes Mal sehen wir sogar verschiedene ähnliche Anträge in einem Jahr sich ablösen. Es gibt kaum einen gleichartigen Vorfall in der englischen Geschichte, der die Gemüter so sehr bewegt und so lange über ein innerpolitisches Ereignis fortlaufend in Atem gehalten hat. Die katholische Frage war ebenfalls lange Gegenstand von Erörterungen gewesen. Aber als man die endgültige Vereinigung im Jahre 1829 in den gesetzgebenden Körperschaften unternahm, gelang sie auch völlig zufriedenstellend für die daran Interessierten. Welches größere Ausmaß an Energie, Geld und Mühe jeder Art ist dabei aufgewandt worden, um die jüdische Frage zugunsten der Juden zu erledigen. Tage-, ja nächtelang fanden Debatten im Parlament statt, und 28 Jahre lang war das House of Lords das Bollwerk gegen den jüdischen Ansturm. Nach der damaligen britischen Verfassung bedurfte es zur Rechtsgültigkeit eines Gesetzes der Zustimmung beider Häuser. Am Anfang des Jahres 1858 war der Widerstand der Lords ungebrochen. Was man heute in fast allen Kreisen Englands kaum noch wahrhaben will, drohte einzutreten, nämlich eine kaum vorher in England dagewesene Verfassungskrise. Die Juden und ihre Freunde hetzten in ihren Zeitungen in unverantwortlicher Weise gegen das Oberhaus und forderten mehr oder weniger offen zum gewaltsamen Eingriff in die Rechte der Lords auf. Und so wird sich nachher zum Teil das unrühmliche Ende der letzteren erklären.

Es ist geradezu erstaunlich — aber auch wieder für Kenner jüdischer Methoden nicht überraschend —, daß die allgemeinen Geschichtswerke Englands kaum diese Kämpfe und Krisen

[3]) Hyamson: History, S. 261—262. Picciotto, S. 386.

erwähnen. Man findet bedeutende Geschichtsforscher, die mit zwei bis drei Sätzen über solche Ereignisse hinweggehen und sich anschließend ausführlich darüber verbreiten, daß man lange darüber verhandelt habe, ob nun die Heirat der Schwester der verstorbenen Frau für den Witwer erlaubt sei oder nicht. Natürlich Dinge, die für den heutigen Durchschnittsengländer viel wichtiger sind als die ihm ans Lebensmark gehende jüdische Frage. Für ihn ist die letztere vollkommen nebensächlich und daher nicht der Erwähnung wert gewesen. Wir wollen uns hier mit einer derartigen Haltung nicht auseinandersetzen, sondern nur einmal fragen, warum denn die Juden und ihre Freunde fast dreißig Jahre lang mit jedem erdenklichen Aufwand dafür gekämpft haben, wenn es so unbeachtlich gewesen ist.

Es ist hauptsächlich diese Unwissenheit der Briten, die uns veranlaßt hat, im folgenden eingehend wichtige Reden der damaligen Abgeordneten des Parlaments wiederzugeben. Sie finden sich sämtlich in der amtlichen Sammlung von Hansard und sind damit bezüglich ihrer Verbürgtheit über jeden Zweifel erhaben. Ferner haben wir uns dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß Inhalt und Form durchaus modernen anti-jüdischen Ausführungen entsprechen und dadurch ebenfalls die von den Juden in England verbreitete Theorie einwandfrei widerlegt, daß in Großbritannien niemals starke judenfeindliche Kreise vorhanden gewesen seien. Wenn auch ihr Standpunkt mit Religionsgründen vermischt ist und unser Rassestandpunkt nicht klar zum Ausdruck kommt, so läßt der Inhalt der Reden aber keinen Zweifel darüber zu, daß sie den Juden als etwas Unmoralisches und Schädliches für das Volk ansehen.

In steigendem Maße werden wir uns auch mit der Stellungnahme der Presse zu beschäftigen haben. Lord Thomas Babington Macauley, der in der Zeit von 1800 bis 1859 lebte und hauptsächlich durch seine geschichtlichen Werke bekannt geworden ist, hat folgenden Satz geprägt: „Die einzige wirkliche Geschichte eines Landes kann man nur in ihren Zeitungen finden." Hierin liegt ein gut Teil Wahrheit, nur soll man sich hüten, ihr zuviel Bedeutung beizumessen. Es wird interessant sein, festzustellen, daß sich die Presse mehr und mehr mit der Judenfrage beschäftigte und sich allmählich ganz zu den Juden und ihren Freunden hinüberwandte.

Wir haben bereits oben ausführlich auseinandergesetzt, wie die Juden in den Jahren vor 1830 den Boden allmählich für ihre Zwecke vorbereiteten.

Die Juden verdanken ihren Sieg u. a. der ihnen zum Teil freundlich gesinnten Presse. Ferner waren es die liberalen Kreise, die unter dem Schlagwort der allgemeinen Freiheit die Emanzipation der Juden auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Vor allem war es aber die organisierte Judengemeinde in London, die für Geld und Verbindung zu den leitenden Staatsmännern sorgte, damit die Angelegenheit nicht zum Ruhen kam.

Hinter diesen Vereinigungen standen aber Männer, die mit Energie und unerschöpflichen Geldmitteln ausgestattet waren. Es handelt sich hierbei um den schon erwähnten Lord John Russell und um das Haus Rothschild. Letzteres wurde bis zum Jahre 1836 von Nathan Mayer Rothschild und später hauptsächlich von seinem Sohne Lionel geleitet. Lord John Russell hatte für Jahrzehnte erheblichen Anteil an der englischen Politik, während Rothschild über das notwendige Geld verfügte. Neben diesen beiden ist auch noch Isaac Lyon Goldsmid zu nennen. Auch dieser besaß einen ungeheuren Reichtum und hatte sich Freunde beim Adel und sonstigen führenden Kreisen verschafft. Als die Bemühungen der Juden in den ersten Jahren ihres Kampfes gar keinen Erfolg zeigten, widmete er sich fast ausschließlich der Emanzipationsbewegung. Er sollte noch gerade den Endsieg seiner Rassegenossen miterleben, nachdem er vorher in den Adelsstand erhoben war. Der letzte und sicher nicht der Unbedeutendste in diesem Bunde war dann noch Benjamin Disraeli, der eigentlich erst vom Jahre 1837, seinem Eintritt ins Parlament, zugunsten der Juden eingegriffen haben dürfte. Wir werden noch näher auf ihn einzugehen haben.

Die Taktik der Juden bedarf auch eines kurzen Hinweises. Nachdem man die Teilerfolge in der City errungen hatte, versuchte man durch den Antrag auf gesetzliche Aufhebung der Beschränkungen die jüdische Emanzipation mit einem Schlage zu gewinnen. Als dieser Versuch gescheitert war, ging man zu den alten Methoden zurück. Man löste die Gesamtbestrebungen in Einzelaktionen auf, indem man eine Beschränkung der Juden nach der andern aufheben ließ. Dadurch wurde das allgemeine Prinzip der Gegner durchbrochen und endgültig zu Fall gebracht. Man erreichte ferner zunächst dadurch, daß Juden allmählich in Ämter hineinkamen, in denen sie mit aller damit verbundenen Machtbefugnis die jüdische Sache unterstützten. Die rücksichtsloseste und für englische Verhältnisse fast einzig dastehende Methode bestand darin, daß sich Juden zu irgendwelchen öffentlichen Posten wählen ließen, ohne sie gesetzlich ausfüllen zu können. Man arbeitete dann mit dem durch die Wahl zum Ausdruck gebrachten Volkswillen und der bei einer evtl. Ausschließung vorhandene Ungerechtigkeit für Wähler und Gewählten. Wieweit tatsächlich durch solche Wahlen der richtige Volkswille zum Durchbruch kommen konnte, werden wir noch unten erfahren.

Hier wollen wir noch kurz auf die Anzahl der Juden in England und ihre hauptsächlichen Siedlungsplätze eingehen. Dies scheint deshalb notwendig zu sein, um nochmals eindringlich unter Beweis zu stellen, daß es bei allen größeren Umwälzungen innerhalb einer Gemeinschaft in der Judenfrage niemals auf die rein zahlenmäßige Stärke der Kinder Israels ankommt, sondern lediglich auf einzelne reiche jüdische Cliquen.

Die Zahl der Juden im Jahre 1830

Die Schätzungen der einzelnen Forscher im Jahre 1830 über die Zahl der Juden gehen auseinander, jedoch sind die Abweichungen nur unbedeutend. Man kann wohl als ziemlich sicher annehmen, daß zu dieser Zeit ca. 20 000 Juden in London und weitere ca. 10 000 in den übrigen Teilen Englands lebten[1]). Im Jahre 1848 wurden die Juden bereits mit 40 000 Seelen angegeben[2]), was allerdings im Widerspruch zu einer Schätzung aus dem Jahre 1853 steht. Diese bezifferte die Juden erst auf 25 000[3]), was mit Rücksicht auf die Schätzungen aus dem Jahre 1830 nicht ganz bedenkenfrei erscheint Diese letzteren Angaben stammen von einem Geistlichen Mills, der infolge seines zahlreichen Verkehrs mit Juden eine genaue Kenntnis ihres Lebens für sich in Anspruch nimmt. So teilt er uns u. a. mit, daß der größte Teil der Juden als arm zu gelten habe. Dieser setze sich meistens aus Leuten zusammen, die erst vor kurzem aus anderen Ländern Europas eingewandert seien. Man fände sie hauptsächlich in London. Unter Zugrundelegung seiner Gesamtschätzung von 25 000 gibt er die Anzahl von letzteren mit 12 000 — also fast die Hälfte — an. Weitere 8000 gehörten der sogenannten Mittelklasse an, während der Rest von 5000 den reichen Kreisen zugeteilt werden müßte. Diese letzteren dürften für eine Führung und Beeinflussung der leitenden Männer Englands nur in Frage gekommen sein. Von diesen 5000 sind es wahrscheinlich wiederum auch nur einige Leute wie Rotschild und Goldsmid gewesen, die auf Grund ihres Reichtums und ihrer Verbindungen die englische Regierung hörig gemacht haben.

Endlich erfahren wir von Mills noch weiter, daß auch schon damals neben London die Industriestätte Birmingham, Liverpool und Manchester die Hauptzentren der jüdischen Siedlungen waren.

---

[1]) Hyamson: History, S. 260. B. Montagu: S. 21. Goldsmid: Remarks: S. 26, 69, 70. Salomons: Short Statement: S. 21.
[2]) Egan: S. 36.
[3]) Mills: S. 256.

Jüdische Vorbereitungen und erste Niederlagen

Bei den Vorbereitungen zum ersten Emanzipationsversuch der Juden ist uns durch von Juden veröffentlichte Dokumente die seltene Möglichkeit geboten, von Grund auf in Zielsetzung und Methode des jüdischen Vorgehens Einblick zu gewinnen. Sie bestehen in Briefen aus dem Nachlaß J. L. Goldsmids, der eine führende Rolle unter den Juden spielte. Leider ist nur eine Auswahl veröffentlicht worden, während sich der Hauptteil nach wie vor in jüdischem Privatbesitz befindet. Aber auch dieser kleine Teil gibt uns bereits einen guten Einblick in die heimlichen Verhandlungen der Juden mit einflußreichen Männern des damaligen Englands.

Schon im Mai 1828 ersehen wir aus einem Brief von Lord Holland an J. L. Goldsmid, daß er empfiehlt, die fatalen Worte Abjurationseid durch Gesetz für Juden in Fortfall bringen zu lassen. Er versichert ihm, daß er mit allem seinem Einfluß für diesen Antrag im House of Lords eintreten würde.

Weitere Korrespondenz zwischen den beiden vom Februar 1829 zeigt die Tätigkeit von Rothschild im richtigen Licht. Er, so empfiehlt Lord Holland, soll dem Herzog von Wellington auseinandersetzen, wie wertvoll die Gunst des Weltjudentums sei. Bei dem wachsenden Einfluß von Rußland in Vorderasien sei es für England unbedingt notwendig, die heimliche Hilfe der dort wohnenden Juden hiergegen zu haben.

Die Juden in der ganzen Welt machten aber ihre Haltung gegenüber den verschiedenen Regierungen von deren Behandlung ihrer Rassegenossen abhängig. „Wenn also die Juden Englands die gleichen Rechte wie die andern Untertanen genössen, würden dann nicht ihre Brüder in Konstantinopel, der Türkei und Levante das Gefühl haben, durch Förderung der politischen Ziele Großbritanniens die Belange einer freundlichen Macht zu unterstützen . . .?" Wenn sich England daher großzügig gegenüber den Juden zeigen würde, würde nach seiner Ansicht jeder jüdische Bankier, jeder jüdische Arzt, jeder jüdische Kaufmann in der ganzen Türkei ein aktiver und nützlicher Anhänger des Systems der englischen Politik in der Levante sein . . .[1]).

Aus anderen Briefen ergibt sich, daß man mit besonderer Aufmerksamkeit die Fortschritte des Katholikengesetzes verfolgte. In dem Protokoll der Sitzung der „Deputiertenkammer für die Angelegenheiten britischer Juden" vom März 1829 ist niedergelegt, daß J. L. Goldsmid mit zahlreichen Mitgliedern beider gesetzgebender Häuser Rücksprachen über die jüdische Frage gehabt hätte. Er habe u. a. mit Lord Holland und Lord Lansdowne sowie andern führenden Männern verhandelt. Man hoffte auch, weiteren machtvollen Einfluß durch Mr. M. Montefiore in dieser Richtung ausüben zu können.

[1]) L. Abrahams: S. 135—137ff.

Der Monat April 1829 sah anscheinend neue Schritte der Juden.

Wir finden Briefe von Lord Holland vom 11. und 12. April an J. L. Goldsmid, welche die allgemeine rege Tätigkeit zeigen. Daneben ist es interessant zu erfahren, daß Mr. R.— — unzweifelhaft Rothschild —, mit einflußreichen Personen, die ihren Plänen freundlich gegenüberständen, gesprochen hätte. Gleichfalls hatte man anscheinend festgestellt, daß die Presse und die Öffentlichkeit nur zu geneigt war, die Sache der Juden zu unterstützen.

Auch das Protokoll der Sitzung der organisierten Judenschaft vom 16. April 1829 ist veröffentlicht worden. Danach hat Rothschild mit dem Herzog von Wellington, dem Lordkanzler und andern einflußreichen Regierungsvertretern gesprochen, die alle ihre Hilfe zugesagt hätten. Es wird aber Wert darauf gelegt, daß „in den Tageszeitungen nicht ein einziger Hinweis auf diese Angelegenheit gemacht werden sollte, da man überzeugt war, daß jede Auseinandersetzung sich für das angestrebte Ziel als nachteilig erweisen würde.

Der Antrag auf Aufhebung der jüdischen Beschränkungen wurde unverzüglich entworfen und war Anfang Mai desselben Jahres fertiggestellt. Man verlangte darin hauptsächlich Gleichstellung mit den Engländern, weil bereits den Katholiken dieselben Rechte eingeräumt seien. Bevor man jedoch die letzten formellen Schritte zur Einreichung tat, fragte man nochmals beim Herzog von Wellington an, ob er weiterhin zur Unterstützung bereit sei. Es war sicher eine peinliche Überraschung für die Juden, als er dies jetzt mit der Begründung verneinte, daß mit Rücksicht auf das Katholikengesetz eine ähnliche Maßnahme für eine weitere Volksgruppe unangebracht sei. Man werde augenblicklich mit heftigen Angriffen der Öffentlichkeit zu rechnen haben. Sogar Lord Holland trat der Ansicht des Herzogs von Wellington bei, und so wurde von dem beabsichtigten Schritt Abstand genommen.

Man war aber nicht geneigt, die Angelegenheit länger als einige Monate aufzuschieben. Bereits Ende Juni finden wir einen Brief von Lord Holland an J. L. Goldsmid mit dem Hinweis auf notwendige zukünftige Maßnahmen. Er vertritt die Meinung, daß man einen hohen Würdenträger der Kirche im House of Lords auf seine Seite ziehen müßte, um Anhänger dieser der Judenemanzipation nicht sehr geneigten Richtung zu gewinnen. Er hält den Bischof von London hierfür geeignet und empfiehlt, ihn durch Lord Bexley in dieser Richtung bearbeiten zu lassen.

Auch Lord Glengall gehörte anscheinend zu den Judenfreunden, die erheblich Propaganda für das beabsichtigte Gesetz machten. So berichtet er in einem Brief an J. L. Goldsmid, daß seine diesbezüglichen Bemühungen wohl bei Lord Hertford zum Erfolg geführt hätten.

Mitte September 1829 war auch die Hilfe des Führers der katholischen Partei, Daniel O'Connel gesichert. Dieser hatte mit großer Energie die katholische Sache zum Siege geführt, und war nur zu geneigt, den Juden zu helfen, da er in ihnen die Unterdrückten sah, wie in seinem Briefe vom 11. September 1829 an J. L. Goldsmid zum Ausdruck kommt. Besonderen Nachdruck legte er darauf, daß die Juden durch ein fait accomplit das Parlament zur Stellungnahme zwingen sollten.

„Sie sollten", so setzt er Goldsmid auseinander, „sich nicht auf englische Großzügigkeit verlassen. Das ist eine Pflanze, die der britischen Erde nicht zusagt. Sie muß erzwungen werden und verlangt ein Treibhaus. Die Engländer waren stets Verfolger. Vor der sogenannten Reformation folterten die Engländer die Juden und knüpften die Lollarden haufenweise auf. Nach dieser Reformation haben sie immer noch die Juden verbrannt und die Papisten gehängt."

Unmittelbar vor dem Antrag im Parlament im Jahre 1830 schreibt der Abgeordnete Robert Grant, der zur Einbringung des Gesetzes auserkoren war, daß bei gewissen Mitgliedern des Parlaments Zweifel vorhanden seien, wie sie sich endgültig zu der Judenfrage stellen würden.

Aus alledem kann man ersehen, welche jahrelange Mühe und Arbeit aufgewandt worden ist, um hinter den Kulissen die letzten Vorbereitungen zu treffen. Auch hier das oft vermutete und so selten von Juden zugegebene Spiel eines oder mehrerer ihrer Rassegenossen, die sich der höchsten Würdenträger eines Gastlandes bedienen, um ihre Ziele durchzusetzen. Es dürfte wohl kaum den verschiedenen Mitgliedern der gesetzgebenden Häuser, geschweige denn der Öffentlichkeit bekannt gewesen sein, in welch naher Verbindung ihre führenden Männer mit den Juden standen, ja, daß sie nur nach deren Zustimmung bestimmte Schritte unternahmen. Leider ist in keinem der vielen andern erfolglosen Emanzipationsversuche der folgenden Jahre das Intrigenspiel bekanntgeworden.

Man hielt jetzt die Zeit für die allgemeine Offensive für gekommen. Seit Jahren hatte man die Stellung der Gegner unterminiert. Die City, das früher stärkste Bollwerk der Judengegner, war nicht nur gefallen, sondern jetzt das Zentrum der Judenfreunde geworden. Die Zahl derjenigen, die in den höchsten Kreisen zu der Judensache standen, war Legion. Wenn überhaupt jemals, dann war jetzt der Moment für eine erfolgreiche Aktion gegeben.

Der Entscheidungskampf entbrennt

Am 5. April 1830 stellte Robert Grant den Antrag, „die bürgerlichen Beschränkungen, die für britisch geborene Anhänger des jüdischen Glaubens bestanden, aufzuheben“[1]).

In seiner für die jüdische Geschichte von England interessanten Rede brachte Grant sämtliche Umstände vor, die für eine Annahme seiner Gesetzesvorlage sprächen. Zur Begründung machte er u. a. geltend, daß jetzt die Zeit modern genug sei, die Ungerechtigkeit, die gegenüber den Juden seit Jahrhunderten bestände, aufzuheben. Die Beschränkungen seien durch nichts gerechtfertigt. Die Juden hätten sich allezeit den Interessen des Landes untergeordnet, und was den Katholiken billig gewesen sei, müsse auch für die 30 000 bis 40 000 Juden in England rechtens sein. In seinen sehr langen Ausführungen ging er auch auf die zu erwartenden Argumente der Opposition ein. Ein besonders starker Grund würde von der Opposition darin erblickt, „daß die Juden einen demoralisierenden Einfluß auf andere hätten und daher noch nicht für die Verleihung der Rechte reif wären. Jene Anklage sei wahr in bezug auf einige von ihnen, jedoch falsch in bezug auf den größeren Teil. Es gäbe keine Bürger im Lande, die bemerkenswerter für ihre Rechtschaffenheit, Unantastbarkeit und hohe Gesinnung seien als die höheren Klassen der Juden. Er müßte auch zugeben, daß die Anklage der Opposition hinsichtlich der niederen Klassen nicht der Grundlage entbehre. Aber man müsse in Betracht ziehen, daß im Augenblick der Aufhebung der Beschränkungen durch sein beantragtes Gesetz der triumphierendste Kurs eingeschlagen würde, der jede Beschuldigung für immer zu einem Ende brächte“[2]).

Nach ihm sprach der zu dieser Zeit führende Oppositionsredner Sir Robert Inglis. Mit beredten und bitteren Worten griff er die Gesetzesvorlage an.

„Nach meiner Auffassung“, so setzte er auseinander, „rechtfertige weder der Charakter der Juden noch ihr allgemeines Verhalten noch ihre Geschichte, noch ihre gegenwärtige Gesamtverfassung auch nur im geringsten die für sie ins Auge gefaßten Maßnahmen.“ Er behauptete mit allem Nachdruck, daß die Juden Fremde seien, nicht in der technisch gesetzlichen, aber in der allgemeinen, populären Bedeutung gesprochen. Ihr Land und ihre Interessen seien nämlich nicht nur verschieden von den englischen, sondern feindlich ihnen gegenüber. Die Juden von London hätten mehr Sympathie mit den Juden in Berlin oder Wien als mit den Christen, mit denen sie zusammen in einem Lande leben. Ein kurzer Hinweis auf einige von ihnen würde zeigen, daß ihre

[1]) Henriques: Jews, S. 265.
[2]) Hansard: Bd. 23, S, 1298. Hansard wurde als maßgebliches Quellenwerk weitgehend benutzt und wird daher im folgenden nur noch ausnahmsweise ausdrücklich zitiert.

Interessen verschieden und sogar feindlich seien. In einem der letzten Jahrhunderte waren die Juden aus Böhmen vertrieben worden. Der Grund hierfür sei gewesen, daß sie dem eindringenden Feind hätten Hilfe angedeihen lassen. Außerdem sei es allgemein bekannt, daß sie in großem Maße den Rückzug von Napoleon aus Rußland erleichtert hätten, indem sie den glücklich Entkommenen die weiteren Mittel zur Verfügung gestellt hätten. Es sei außerdem eine unbestrittene Tatsache, daß die Londoner Juden während des Krieges zwischen England und Frankreich Napoleon durch eine Anleihe unterstützt und ihn so in den Stand gesetzt hätten, die hartnäckigsten Feindseligkeiten ins Werk zu setzen.

Nach einigen weiteren ähnlichen Hinweisen fährt Sir Robert Inglis fort, daß, „wenn die Juden ins Parlament kommen würden, sie ihre Macht noch mehr für ihre eigenen selbstsüchtigen und unnationalen Zwecke gebrauchen würden. Sie seien durchaus nicht nur eine Sekte, nein, sie hätten sich selbst bis zum heutigen Tag ein Volk genannt. Sie würden sich ihren politischen Einfluß für Zwecke zunutze machen, die mit ihrer eigenen Erhöhung verbunden seien. Wenn sein Vorredner ausgeführt habe, daß er viele Juden kenne, die bereit seien, ins Parlament zu kommen, so müsse einmal folgendes berücksichtigt werden: Im gesamten britischen Königreich gäbe es höchstens 40 000 Juden. Ferner sei bekannt, daß auf 40 000 Christen nur ein Abgeordneter ins Parlament käme. Infolgedessen liege die Anzahl von vier Abgeordneten beträchtlich über einer angemessenen Proportion. Aber der Besitz von Kapital würde die Juden befähigen, Sitze im Parlament zu erringen. Die Einführung eines Juden müsse als direkter Beweis von strafbarer Wahlbeeinflussung angesehen werden. Es stände außer Frage, daß nur gekaufte Wahlstimmen des Volkes hätten für sie gewonnen werden können. Ein jüdisches Mitglied des Parlaments würde die Art und Weise, mit der es die Zulassung erreicht hätte, an seiner Stirn tragen."

Im Endergebnis kommt Sir Robert dann zu dem Schluß, daß den Juden auf keinen Fall der Zutritt zum Parlament erlaubt werden dürfe.

Ein anderer Abgeordneter namens Macauley befürwortete die Gesetzesvorlage aus „moralischen Gründen". Mr. Harrison Batley warnte das Parlament, daß, „wenn die Juden zum Parlament zugelassen würden, 25 von ihnen Sitze im Parlament erhalten und einige von ihren führenden Männern dann ebensoviel Einfluß dort erwerben würden, wie sie es bereits über die dreiprozentigen Consols hätten." Ein anderer Abgeordneter spricht sich dann wieder für das Gesetz aus. „Er gäbe zwar zu, daß die Juden unterwürfig seien. Dies käme aber nur davon, weil man sie offen verachte. Die moralischen Minderwertigkeiten ihres Charakters seien lediglich aus der ihnen zugefügten Unterdrückung erstanden. Man solle ihnen Rechte geben und ihre Kinder richtig erziehen lassen. Dann würden die Juden zweifellos zu besseren

Menschen gemacht werden können." Auch der damalige Finanzminister griff mit einer langen Rede in die Debatte ein, und zwar zugunsten der Judengegner. Er beschäftige sich u. a. mit dem Argument der Befürworter der Gesetzesvorlage, es sei unbillig, den Juden nicht dieselben Rechte zu gewähren wie den Katholiken. „. . . Er erlaube sich, darauf hinzuweisen", so führt er aus, „daß zwischen den Katholiken und Juden ein Unterschied bestände. Die Katholiken hätten ihr Blut für sie vergossen. Sie hätten ihre Schlachten zu Lande und zur See geschlagen. Sie hätten zur Macht ihrer Flotte und ihrer Armeen beigetragen. Infolgedessen sei ein vernünftiger Grund vorhanden gewesen, weshalb man diejenigen nicht zu Feinden machte, die für sie im Krieg gefochten hätten. Endlich käme hinzu, daß es sich bei den Katholiken um sieben Millionen Menschen handelte — die Juden dagegen hätten nicht ihre Schlachten geschlagen, sie hätten auch nicht in ihren Armeen und in ihrer Flotte gedient, und endlich beliefe sich ihre Anzahl nach den Angaben eines Schriftstellers aus ihren eigenen Reihen auf nicht mehr als 27 000 Menschen. Infolgedessen könne man die Argumente, die man zugunsten der Emanzipation der Katholiken angeführt hätte, nicht gleichfalls für die Juden anführen."

Die Abstimmung ergab bei der ersten Lesung eine knappe Mehrheit von 18 Stimmen zugunsten der Gesetzesvorlage.

Durch die Aussprache im Parlament war der schon lange schwelende Brand zum Ausbruch gekommen und wurde natürlich mit allen Mitteln von den Gegnern der Juden bekämpft. Auch die Presse griff in die Auseinandersetzungen ein. Zunächst war sie jedoch noch ziemlich gemäßigt, und erst die Großkämpfe vom Jahre 1847 ab zeigen immer mehr und mehr die krassen Unterschiede zwischen den beiden Anschauungen in der Judenfrage.

Der „Public Ledger" vom 6. April 1830 und der „Spectator" vom 10. April 1830 erwähnen das Gesetz von Grant. Sie bringen zum Ausdruck, daß die Frage der Emanzipation so schnell wie möglich erledigt werden sollte. Auch die Haltung des „Standard" vom 6. April ist ziemlich unbestimmt. Nur die „Times" in einem Artikel vom 3. Mai nahm sehr scharf gegen die Juden Stellung. Sie schreibt u. a. wie folgt:

„Die Juden sind weder ein Bestandteil einer Nation noch können sie das je werden, denn ihre bürgerlichen und religiösen Institutionen verbieten derartige Vermischung . . . Es können ihnen keine Rechte zugestanden werden, weil ein Jude niemals ein patriotischer Franzose, Deutscher oder Engländer sein kann, ehe er seinen jüdischen Charakter abgelegt hat . . . Mehr als ein Drittel der Sitze im Parlament sind — wie allgemein bekannt — käuflich, und einige Jahre würden daher vielleicht ein britisches Unterhaus in ein jüdisches Sanhedrin verwandeln . . ."

Dies waren harte Worte für die Juden und ihre Freunde, und man sah der zweiten Lesung mit gemischten Gefühlen entgegen, zumal die Mehrheit bei der ersten Lesung nur sehr knapp gewesen war.

Man war aber nicht untätig, sondern nutzte jetzt auch in der Öffentlichkeit seinen Einfluß aus. Schon bei dem Antrag des Gesetzes hatte man ein Bittgesuch eines Teils der Wähler von Liverpool zugunsten der Juden beigebracht. Es ist nicht ganz unwichtig, festzustellen, daß die zweitausend Unterschriften hauptsächlich von Bankiers und Kaufleuten stammten[3]). Bekanntlich war Liverpool eines der Zentren des Judentums in der Provinz, und so können wir wohl annehmen, daß unter solchen Verhältnissen nicht wenige der Bittsteller aus getauften und ungetauften Juden, Judenmischlingen, Freunden und von den Juden Abhängigen bestanden haben.

Für die zweite Lesung wollte man aber noch mehr die Volksmeinung dem Parlament offenbaren. Infolgedessen brachte man in der Hochburg des Judentums, der City, ein weiteres Bittgesuch mit etwa 14 000 Unterschriften zustande. Diese bestanden fast ebenfalls ausschließlich aus Bankiers, Kaufleuten und Akademikern. Hierunter befanden sich u. a. elf Direktoren der Bank von England, 1100 Ärzte und Tausende von führenden Männern.

Unter größter Anteilnahme aller beteiligten Kreise kam es zur zweiten Lesung. Lord Belgrave glaubte, den Juden die Gleichberechtigung versagen zu müssen, weil sie international seien und infolgedessen kein patriotisches Gefühl aufzubringen vermöchten. Sir E. Deering wollte ihnen nicht die städtischen Ämter versagen, aber auf jeden Fall einen Sitz im Parlament. Auch Sir Robert Peel war gegen das beantragte Gesetz, weil es nicht die Sekten der Quäker und Separatisten berücksichtigte. All die Redekunst von Lord John Russell vermochte nicht, die Gegner der Juden zu überzeugen, und die Gesetzesvorlage wurde mit einer Mehrheit von 228 zu 165 Stimmen verworfen.

Die Niedergeschlagenheit im Lager der Juden war groß. Aber daß mit der ihnen angeborenen Zähigkeit weiter um die Emanzipation gerungen werden sollte, sehen wir aus einem kurz danach sich abspielenden Vorfall im Parlament.

Ein Jude namens Levi hatte zwischen der ersten und zweiten Lesung des obengenannten Gesetzes den Antrag auf Klärung der Frage gestellt, ob es Juden rechtlich erlaubt sei, Grundeigentum zu erwerben. Sein Begehren wurde sogar vom Kronanwalt unterstützt. Als man jedoch später endgültig dazu Stellung nehmen wollte, sprach sich der Abgeordnete Robert Grant mit der Begründung dagegen aus, daß „man den Juden entweder alle oder gar keine Ansprüche erfüllen sollte; er würde keiner Teillösung zustimmen".

Hier mußte also Wandel geschaffen werden, was am besten durch „Aufklärung der unwissenden Massen" geschehen konnte. So wurde zu jedem nur möglichen Mittel der Propaganda gegriffen[4]), der

[3]) Egan: S. 37.
[4]) Shapira: S. 59ff. Marks: S. 34ff.

ja die Juden nicht zuletzt ihre Erfolge im 19. Jahrhundert zu verdanken haben.

Man ließ zunächst einmal die im Parlament zugunsten der Judenemanzipation gehaltenen Reden drucken und in großer Anzahl verteilen. An verschiedene Autoren von Ruf wurde mit der Bitte herangetreten, Broschüren oder Flugschriften zugunsten der Juden zu veröffentlichen. Meistens hatten sie die richtigen Personen vorher gut ausgewählt, und so hatten sie auch mit ihren Bemühungen Erfolg. Als erster von ihnen veröffentlichte der bereits genannte und damals sehr bekannte Macaulay einen diesbezüglichen Aufsatz in der „Edinburgh Review" von 1831. Er setzte hierin auseinander, daß man nach philosophischen Grundsätzen den Juden Zutritt zum Parlament gewähren müsse. Sie hätten schon so viel Macht im Lande, daß sie gar nicht mehr bekommen könnten. Man könne die Juden nicht dafür verantwortlich machen, daß sie vielleicht nicht patriotisch seien, denn dies läge nur daran, daß man sie bisher schlecht behandelt hätte. Aber auch in der Öffentlichkeit bekannte Juden griffen zur Feder, und unter ihnen sollen nur die zwei bedeutendsten, Barnard van Oven und F. H. Goldsmid, der Sohn von J. L. Goldsmid, genannt werden. Gerade letzterer ist mit seinen Schriften hervorgetreten. Er setzte sich eingehend mit den von den Gegnern im Parlament vorgebrachten Gründen auseinander und suchte sie zu widerlegen. So seien die fatalen Schlußworte des Abjurationseides überhaupt nicht gegen die Juden gerichtet gewesen und daher nicht auf sie anwendbar[5]). Es sei auch nicht rechtens, daß man den Katholiken Gleichstellung gewährt habe, dagegen nicht den Juden. Die Engländer seien ganz allein an dem teilweise abzulehnenden Verhalten der Juden schuld, da sie sie immer schlecht behandelt hätten. Es sei doch lächerlich, von einer Judengefahr zu sprechen, wenn nur etwa 30 000 Juden im Lande seien und vielleicht drei oder vier Juden als Abgeordnete ins Parlament einziehen würden. In einer anderen Schrift weist er darauf hin, daß die zwölf Abgeordneten der City und der anderen Stadtteile Londons sich im Parlament einmütig für das Judengesetz ausgesprochen hätten. Es sei falsch, daß die Juden aus England jemals nach Palästina zurückkehren wollten. Nur lehnten sie es ab, als Sklaven unter den Engländern zu leben. Auch er ist sich anscheinend des baldigen Sieges gewiß, wenn er am Schluß seiner Ausführungen jedes Kompromiß ablehnt und volle Gleichstellung mit den Engländern verlangt.

Es wird berichtet, daß diese Propaganda den damit beabsichtigten Erfolg zeitigte. Dies dürfte zum Teil richtig sein, zumal von der Gegenseite kaum irgendwelche nennenswerten ähnlichen Maßnahmen unternommen wurden.

Die englische politische Öffentlichkeit war aber in den nächsten Jahren sehr mit Reformen des Parlaments beschäftigt, und so

[5]) F. H. Goldsmid: Remarks, S. 9ff.

mag es schon richtig sein, daß das Judenproblem hinter diesen zunächst zurückbleiben mußte. Die Zeitspanne dürfte aber den Juden gar nicht so unlieb gewesen sein, da sie sie zur weiteren eingehenden Vorbereitung einer neuen Gesetzesvorlage benutzt haben.

Anfang des Jahres 1832 wurde den Juden in Kanada durch Gesetz völlige Emanzipation gewährt. Die Juden versäumten nicht, unter Hinweis hierauf das gleiche Recht im Mutterland für sich zu verlangen. Vielleicht half ihnen diese Tatsache auch im Januar des nächsten Jahres einen nicht unwichtigen Erfolg zu erringen.

Die vier Vereinigungen der Barrister — genannt Inns of Court — hatten sich bislang gegenüber den Juden abgeschlossen und verlangten auch um das Jahr 1830 noch den vollen Eid of Abjuration. Im Jahre 1833 stellte der erste Jude, der bereits genannte F. H. Goldsmid, den Antrag auf Aufnahme in Lincolns Inn und Zulassung zum Gericht mit der Erlaubnis, die letzten Worte des Eides auslassen zu können. Einige Mitglieder setzten sich dem Antrag entgegen. Als man ihren Ausführungen entgegenhielt, es sei eine Härte für den jungen Juden, ihm erst stillschweigend eine Ausbildung innerhalb des Inn zu gewähren und dann die Zulassung zu versagen, erklärte Lord Campbell, zugleich Mitglied des Parlaments: „Was heißt Härte? Keineswegs! Laßt ihn Christ werden . . .[6])". Die Mehrheit gab jedoch dem Antrag statt, und am 30. Januar 1833 wurde der erste Jude als Barrister zugelassen[7]).

Den Eid leistete F. H. Goldsmid darauf in einer für ihn als Juden möglichen Form. Es dauerte dann nicht mehr lange, daß auch die drei andern Inns folgten und Juden aufnahmen.

Man unterschätze diesen Erfolg nicht, denn der Beruf des Barrister ist in England außerordentlich angesehen, da Richter und andere Staatsstellungen die Ausbildung als Barrister voraussetzen. Mit andern Worten, die Juden hatten wieder eine neue Machtstellung gewonnen, innerhalb deren und von der aus sie neue Stützpunkte für ihren allgemeinen Angriff gewonnen hatten.

Im Januar 1833 hatte sich das neugestaltete Parlament zum erstenmal versammelt. Die Liberalen, mit deren Hilfe die Juden nach wie vor rechneten, hatten nicht weniger als 511 Abgeordnete im Unterhaus, die Konservativen dagegen nicht einmal 150. F. H. Goldsmid wandte sich mit einer öffentlichen Schrift an das neue Unterhaus, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Parlament seine Tätigkeit „mit einem Akt der Gerechtigkeit" beginnen würde.

---

[6]) Lives of the Chancellors: Bd. V, S. 544.
[7]) Admission Register no. 19, fo. 65, Records of Lincolns Inn: Bd. II, S. 127. Hyamson: History, S. 262. Picciotto: S. 396.

Die Jahre 1833–1834

Am 17. April 1833 stellte Mr. Robert Grant im Parlament den Antrag, daß ein Komitee zur Erforschung der jüdischen Beschränkungen gebildet werden sollte. Grant war diesmal besonders zum Antragsteller geeignet, da er inzwischen einen höheren Posten in der von Lord Grey gebildeten Regierung bekleidete. Der Antrag wurde trotz des Protestes von Sir Robert Inglis ohne weitere Abstimmung angenommen.

Der Name dieses Abgeordneten begegnet uns hier schon zum zweiten Male. Im Verlauf der weiteren Kämpfe wird dies noch öfter der Fall sein. Es dürfte sich daher lohnen, ganz kurz etwas über sein Leben mitzuteilen.

Sir Robert war im Jahre 1786 in London geboren. Nach einer ausgezeichneten Erziehung wandte er sich fast ausschließlich der Politik zu und trat immer wieder im Parlament als Vertreter des konservativen englischen Standpunktes hervor. Man bezeichnete ihn als Repräsentanten der auf dem Lande vertretenen Meinungen und — vielleicht nur deshalb — als nicht von besonders großen Fähigkeiten. Eine sorgfältige Durchsicht seiner Reden im Parlament zu der Judenfrage gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür. Im Gegenteil, gerade seine Reden zeugen immer wieder von einer guten Kenntnis der Judengeschichte. Vielleicht war es auch seine diesbezügliche Haltung, die ihn der liberalen Mehrheit von England als rückständig und nicht besonders befähigt erscheinen ließ.

Ohne jede Schwierigkeit brachte nun Grant das Gesetz, das Komitee betreffend, ins Parlament zurück und erhielt ohne weiteres eine Mehrheit für die erste Lesung.

Am 22. Mai kam es zur zweiten Lesung. Wieder war es Sir Robert Inglis, der vor den in jeder Hinsicht schlechten Konsequenzen, die sich aus der Verabschiedung des Gesetzes ergeben mußten, warnte. Er wurde aufs wärmste von Sir Oswald Mosley, wahrscheinlich einem Ahnen des jetzigen Faschistenführers gleichen Namens, unterstützt. Die Freunde der Juden hielten dagegen eine Ablehnung für unvereinbar mit den liberalen Prinzipien von England und den glänzenden Fähigkeiten der Juden. Was man bei der Zusammensetzung des Parlaments erwartet hatte, trat ein, nämlich die zweite Lesung wurde mit einer Mehrheit von 107 Stimmen verabschiedet. Daß auch die im allgemeinen unwichtige dritte Lesung die nötige Mehrheit fand, braucht kaum noch erwähnt zu werden. Dieser Erfolg dürfte nicht zum geringen Teile Vater und Sohn Goldsmid zu verdanken sein. Letzterer hatte unermüdlich für die Judensache durch öffentliche Schriften geworben, während der erstere unaufhörlich Verhandlungen mit einflußreichen Personen gepflogen hatte. Man berichtet, daß er sich jede Nacht in den Wandelgängen des Parlaments aufgehalten habe, um ein- und ausgehende Abgeordnete

anzuhalten und ihnen die Gründe für eine Verabschiedung des Judengesetzes darzulegen. Folgende kleine Anekdote dürfte am besten seinen jüdischen Eifer zeigen:

Als es eines Tages ungewiß war, ob die Gesetzesvorlage wegen des Eintritts der Nacht noch behandelt werden sollte, hörte man zwei Abgeordnete, die ihre Hilfe den Juden bei der Abstimmung versprochen hatten, sich unterhalten. „Es besteht kaum noch eine Aussicht", meinte der eine, „daß das Judengesetz noch zu dieser späten Stunde verhandelt wird; ich werde nach Hause gehen." Der andere antwortete darauf: „Ich würde gern dasselbe tun, aber es ist völlig nutzlos, es zu versuchen. Goldsmid paßt in der Wandelhalle auf und wird mich sicher zwingen, zu warten."

Man ruhte aber nicht bei dem gerade gewonnenen Erfolg, denn zur Rechtsgültigkeit war ja noch die Zustimmung des Oberhauses notwendig. Die Führer der Juden und ihre treuen Freunde, wie z. B. Lord Holland, suchten die verschiedenen Peers auf und überredeten sie mit mehr oder weniger großem Erfolg, sie zu unterstützen. Lord Holland gelang es sogar, einige Mitglieder des königlichen Hauses auf seine Seite zu bekommen und ihre Unterstützung bei der Abstimmung im House of Lords zu sichern. Man machte auch alle möglichen Anstrengungen, Mitglieder der hohen Geistlichkeit im Oberhaus zu gewinnen. Tatsächlich hatten sie beim Bischof von Dublin Erfolg.

Am 1. August 1833 kam es zur entscheidenden letzten Sitzung im House of Lords.

Als machtvollen Beweis der Stärke ließ man zunächst den Herzog von Sussex auftreten und verkünden, daß er 7000 Unterschriften von Westminster für die Verabschiedung des Gesetzes in Händen halte. Anschließend stellte Lord Bexley, der enge Mitarbeiter von J. L. Goldsmid, den formellen Antrag auf zweite Lesung. Der Erzbischof von Canterbury sprach als erster dagegen. Er habe zwar Achtung vor der Moral und der Religion der Juden. Das Parlament sei aber eine christliche Einrichtung, in der Juden nichts zu suchen hätten. Der Bischof von Chichester unterstützte dagegen den Antrag, weil die Juden doch nur ältere Brüder der Christen seien. Als sich aber der Herzog von Wellington gegen die Gesetzesvorlage aussprach, weil sie gegen den christlichen Charakter des Landes verstieße, war kein Zweifel mehr, daß die Mehrheit der Lords die Verabschiedung verweigern würde. Dies trat dann auch ein, und der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Groß war die Trauer im Lager Israels, die sich auch nicht durch einen Artikel der „Times" vom 2. August, die inzwischen zu den Juden und ihren Freunden hinübergewechselt war, verbergen ließ. Das Gesetz sei zwar gestern abgelehnt worden, aber in der nächsten Sitzungsperiode würde man eben ein neues einbringen, und dann würde es schon klappen. Die „Morning Post" vom gleichen

Tage begrüßt dagegen die Ereignisse des Vorabends im House of Lords und fährt fort:

„. . . Ein Jude, wenn er konsequent und gewissenhaft ist, muß sich hier stets als Fremder betrachten und das Angebot ablehnen, aktiv zu unseren nationalen Institutionen zugelassen zu werden, wann immer ihm solches Anerbieten gemacht wird . . ."

Bei der schon früher gezeigten Unbekümmertheit der Juden bei Mißerfolgen überrascht es uns aber nicht, daß bereits am 18. November 1833 die Juden unter dem Vorsitz von J. L. Goldsmid neue formelle Schritte beim Parlament beschließen.

Es sollte aber doch noch erst Frühling werden, bis am 24. April 1834 Grant einen erneuten Antrag stellt. Wieder gab es die üblichen Reden für und gegen die Gesetzesvorlage. Ohne Schwierigkeiten passierte aber die Gesetzesvorlage das Unterhaus und fand ihren Weg ins Oberhaus.

Hier sollte den Juden aber wiederum der Erfolg versagt bleiben. Bei den Debatten wies der Graf von Malmesbury darauf hin, daß man im Falle der Verabschiedung des Gesetzes nicht nur Juden, sondern auch Mohammedaner zulassen sollte, und der Erzbischof von Canterbury war sehr darüber entrüstet, daß man sich schon wieder mit einem Judengesetz abgeben müsse.

Die Ereignisse hatten die Juden und ihre Freunde belehrt, daß die Opposition trotz der vielen Vorbereitungen noch zu stark war, um die Judenfrage mit einem Schlag zu lösen. Wir werden daher sehen, daß sie in den nächsten zehn Jahren zu ihrer ursprünglichen Methode zurückkehren und die Emanzipation in Etappen — oder, wie wir es nennen, mit Hilfe von Zermürbungsgesetzen —, zu erreichen trachten.

Ein jüdisches Zwischenspiel: David Salomons

Schon im nächsten Jahre sollte man mit dieser Taktik Erfolg haben.

Der Jude David Salomons, der uns immer wieder entgegentreten wird, wurde zum Sheriff von London gewählt. London hat nicht nur den Charakter einer Stadtgemeinde, sondern auch den einer Grafschaft. Nun bestand bekanntlich seit dem Jahre 1829 ein Gesetz, wonach jeder, der zu einem solchen Amt gewählt war, vor Amtsantritt eine feierliche Erklärung abgeben mußte. Dieser Voraussetzung konnten aber die Juden wegen der fatalen Schlußworte nicht genügen.

Man übersehe bei dieser Wahl von Salomons nicht die Gesamtlage: Wähler und Gewählter wußten genau, daß der Jude rechtlich nicht imstande war, das Amt einzunehmen. Nichtsdestoweniger — oder vielleicht gerade deshalb — gab man seine Stimme für ihn ab, um unter Herausforderung des Gesetzes eine Entscheidung des Parlaments bzw. des House of Lords herbeizuführen.

David Salomons verweigerte erwartungsgemäß die von ihm verlangte Erklärung. Die Folge davon war, daß man ihm die Ausübung seines Amtes nicht gestattete.

Anscheinend war alles im voraus sorgfältig vorbereitet; die Regierung nahm sich sofort der Sache an und brachte unter der Initiative von Lord John Russell und dem damaligen Kronanwalt Lord John Campbell ein besonderes Gesetz ein, um David Salomons die Übernahme des Amtes zu ermöglichen.

Man denke nun ja nicht daran, daß der Gesetzesentwurf von dem vorliegenden Fall oder allgemein von dem Unvermögen der Juden betr. Abgabe der Erklärung gesprochen hätte. Nicht einmal das Wort Jude kam darin vor. Auch der Name London war nicht erwähnt worden. Der Titel war ebenfalls völlig nichtssagend. Er lautete:

„Gesetz zur Behebung von Zweifeln bezüglich der Erklärung und Eide, die von Personen geleistet werden müssen, die zu dem Amt eines Sheriffs einer Stadt gewählt sind, die gleichzeitig eine Grafschaft ist[1]).

Unter vielen Verklausulierungen, die ein Laie kaum zu verstehen vermag, beabsichtigte das Gesetz, den Juden zu gestatten, bei Übernahme von städtischen Ämtern die Erklärung fortzulassen. Es mußte eigentlich jedem aufmerksamen Leser erkennbar sein, daß das Gesetz im Falle der Verabschiedung den Juden zwar nicht volle Emanzipation gewährte, aber sie doch einen großen Schritt näher dahin bringen würde. Das Wichtigste dabei war vor allem, man verließ im Falle der Annahme des Gesetzes das allgemeine Prinzip und gestand daher den Judenfreunden die Berufung auf diese Ausnahme zu mit dem Verlangen auf Bewilligung weiterer Zu-

[1]) Statutes of the United Kingdom, Bd. 75, S. 127—128.

geständnisse. Mit andern Worten, ein Prinzip von solcher Tragweite duldet keine Ausnahme, da es sonst kein Ende mit Ausnahmen gibt und es am Schluß völlig ausgehöhlt zusammenbrechen muß.

Es ist daher nicht verständlich und wohl kaum noch aufzuklären, warum die Opposition nicht mit aller Macht dagegen gekämpft hat. Wurde sie durch die Fassung des Gesetzes getäuscht? Glaubte man, diese Ausnahme großzügig gewähren zu können, weil man sich stark genug fühlte, die allgemeine Emanzipation abzuschlagen? Oder hielt man den Gesetzesentwurf für zu unbedeutend, um dem allgemeinen Prinzip gefährlich zu werden? Wahrscheinlich waren es beide Gründe. Wir, die wir heute rückblickend die Ereignisse mit ihren Resultaten beurteilen können, wissen, daß es der größte und nicht mehr gutzumachende Fehler im Kampf gegen die Juden war. Bei der Auseinandersetzung mit ihnen gibt es nur die Losung: „Alles oder nichts!" Denn schon das „Etwas" führt zum „Alles" und ist der Anfang vom Ende. Im folgenden beachte man die Daten, um die ungeheure Schnelligkeit, mit der das Gesetz durch die zur Rechtsgültigkeit notwendigen Instanzen gejagt wurde, zu erkennen.

Am 23. Juli 1835 wurde die Gesetzesvorlage eingebracht und bereits am nächsten Tag zum erstenmal gelesen. Der 29. Juli sah schon die zweite Lesung, nachdem der Antrag vorher noch im Komitee behandelt worden war. Schon am 3. August wurde er endgültig im Unterhaus verabschiedet. Mit der kaum glaublichen Schnelligkeit von zehn Tagen durchlief er das sonst so feindlich gesinnte Oberhaus, und am 21. August gab bereits der König seine formell notwendige Zustimmung.

Doch die Schnelligkeit ist nicht das einzige, was überrascht.

Die Presse nimmt fast keine Notiz davon, und trotz sorgfältiger Suche gibt die sonst zuverlässige amtliche Sammlung von Hansard nicht das Geringste über eine Debatte oder gar Abstimmung wieder. Danach müssen die Judengegner aus irgendwelchen unbekannten Gründen nichts gegen das Gesetz unternommen haben.

Unmittelbar nach Eintritt der Rechtsgültigkeit des Gesetzes übernahm Salomons sein Amt. Zwei Jahre später war sein Nachfolger sein Rassegenosse Moses Montefiore.

Die Taktik, den Kampf vom allgemeinen Prinzip abzulenken und auf Teilgebiete und Personen zu beschränken, war erfolgreich gewesen. Man hoffte daher, weitere Erfolge auf diese Weise zu erringen und ließ denselben David Salomons am 18. November 1835 zum Ratsherrn der City wählen.

Auch in diesem Falle war Salomons nicht imstande, sein Amt anzutreten, denn hierfür bestand nach wie vor die Vorschrift des Gesetzes aus dem Jahre 1829, da das obengenannte Gesetz lediglich eine Abänderung für den Posten eines Sheriffs getroffen hatte.

Am 3. Dezember 1835 kam er in Begleitung einer zahlreichen Menge seiner Wähler zum Court of Aldermen, um offiziell in

sein Amt eingeführt zu werden. Hier wurde ihm eröffnet, daß er zunächst die nach dem Gesetz des Jahres 1829 verlangte Erklärung abzugeben hätte. Dies lehnte er genau so ab wie früher bei seiner Einsetzung als Sheriff. Der Court of Aldermen ließ sich aber auf keinerlei Verhandlungen ein und erklärte seine Wahl für nichtig. Eine neue Wahl wurde ausgeschrieben und ein anderer Kandidat erkoren. Salomons erhob nun gegen diesen neuen Ratsherrn Klage mit dem Ziel, festzustellen, daß dessen Wahl ungültig sei. Das rechtskräftige Urteil erkannte jedoch, daß die Ansicht des Court of Aldermen dem Gesetz entsprochen habe und die zweite Wahl rechtsgültig sei[2]).

Es überrascht hierbei nicht die Haltung des Gerichts, da es offensichtlich nur den Gesetzen gemäß Recht gesprochen hatte. Vielmehr ruft es einigermaßen Erstaunen hervor, daß das Organ der City, der Court of Aldermen, nach wie vor objektiv der Sach- und Rechtslage gerecht wurde.

Salomons aber wies kurz nach seiner Niederlage in einer Schrift darauf hin, daß es für die Juden wichtiger sei, zu wissen, daß das Volk sie wähle, als daß der Court of Aldermen sie ablehne. Im übrigen würde der Kampf weitergehen[3]).

[2]) Henriques: Jews, S. 254—255. Hyamson: History, S. 263.
[3]) Salomons: Observations, S. 4.

Der Kampf geht weiter

Im Juli 1836 reichte der Finanzminister ein neues Gesetz auf allgemeine Aufhebung der jüdischen Beschränkungen ein. Diesmal hatte man geschickterweise die letzten Tage einer Sitzungsperiode des Parlaments gewählt. Geschickt insofern, als bekanntlich in den letzten Tagen einer Sitzungsperiode die Mitglieder des Parlaments mehr oder weniger müde sind. Hier kam noch hinzu, daß man sich im Hochsommer befand und die meisten Abgeordneten wohl bereits ihren Aufenthalt im Parlament zugunsten eines solchen in einem Badeort aufgegeben hatten. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, daß die Debatte über das Gesetz vor einem wenig interessierten, fast leeren Hause vor sich ging und mit nur 39 zu 17 Stimmen die Zustimmung des Parlaments fand. Diese ganze Aktion verlief jedoch insofern völlig ergebnislos, als es infolge der ablehnenden Haltung der Regierung nicht einmal mehr zu einer zweiten Lesung im House of Lords kam. Somit war das Gesetz wiederum nicht rechtsgültig geworden.

Die Art und Weise von Nichtbeachtung, die der letzte Versuch der Juden fand, muß ihnen ein härterer Schlag gewesen sein, als wenn sie erst nach heftigster Opposition unterlegen wären. So hören wir denn auch, daß das Mißlingen „ein niederschmetternder Schlag für die Juden" gewesen sei[1]). Aber schon im nächsten Jahr stellt sich David Salomons in Shoreham erneut zur Wahl. Diesmal lehnt die Mehrheit der dortigen Wählerschaft seine Wahl jedoch eindeutig ab.

In diesem Jahre wurden die Juden andererseits mit neuem Mut durch die bereits erwähnte Wahl von Moses Montefiore zum Sheriff von London erfüllt. Bei dem feierlichen Bankett, welches anläßlich seiner Einführung in das Amt gegeben wurde, war auch Lord Campbell zugegen. In einer Rede drückte er seine Freude über die Wahl aus unter der gleichzeitigen Versicherung, daß die gegenwärtige Regierung alles, was in ihrer Macht stände, tun würde, um den Juden völlige Gleichberechtigung zu gewähren.

Neben der Regierung konnte man aber im Gegensatz zu König Wilhelm IV. jetzt auf die Gunst der jungen Königin Victoria rechnen, die in diesem Jahre den Thron bestiegen hatte. Sie zeichnete Montefiore wiederholt aus. Am meisten zeigte sich dies, als sie ihn im selben Jahre in den Ritterstand erhob. Neben der Königin konnten die Juden auch, wie schon früher, auf die tatkräftige Hilfe der Mutter der Königin, der Herzogin von Kent, und des Herzogs von Sussex rechnen.

---

[1]) Shapira: S. 92.

Disraeli über die jüdische Rasse

In diesem Jahre starben Lord Holland und der inzwischen zum Ritter geschlagene Sir Robert Grant. An ihre Stelle sollten aber zwei Personen treten, die mit demselben Eifer, aber wohl mit größeren Fähigkeiten die Judenfrage neben Lord John Russell und Rothschild vertraten. Es handelt sich um Lord Lyndhurst und den getauften Juden Benjamin Disraeli, — späteren Lord Beaconsfield. Beide spielten noch nicht unmittelbar nach dem Jahre 1837 die führende Rolle in der Juden-Emanzipation, von Jahr zu Jahr traten sie jedoch immer stärker mit ihren Bestrebungen hervor. Von dem ersteren sagt man sogar, er habe danach gestrebt, den Beinamen „Befreier der Juden" zu erhalten, der ihm eigentlich, wie wir noch sehen werden, gebühren dürfte.

Wir wollen davon absehen, nähere Einzelheiten über das Leben von Lord Lyndhurst zu geben. Es mag genügen, zu erwähnen, daß er im Jahre 1772 in Boston (Amerika) geboren wurde und beinahe 92 Jahre alt geworden ist. Er war Jurist und bekleidete als solcher hohe und höchste Ämter. Mit seinen politischen Prinzipien nahm er es nicht so genau und wechselte daher öfter die Fronten.

Disraeli war im Jahre 1804 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Am 31. Juli 1817 trat er zum Christentum über und hatte daher keinerlei Schwierigkeiten, an dem öffentlichen Leben Englands teilzunehmen. Er betätigte sich schon früh als Schriftsteller. Als solcher pries er hauptsächlich die jüdische Rasse. Im Jahre 1837 kam er zum erstenmal als Abgeordneter ins Parlament, um dann zu den höchsten Ehren Englands zu gelangen. Einer seiner größten Freunde war Lord Lyndhurst, der wiederum sehr eng mit Rothschild befreundet war. Hören wir doch sogar von großen Galafesten, die von Rothschild ihm zu Ehren gegeben wurden. Wir sehen ein Triumvirat, das schon geeignet war, die Judensache rücksichtslos durchzusetzen.

Bevor wir jedoch zu der allgemeinen Judengeschichte zurückkehren, dürfte es notwendig sein, den Leser mit der geradezu überraschenden Ansicht von Disraeli über die Rasse und seine allgemeine Einstellung zu den Juden bekannt zu machen.

Diese ergeben sich aus seinen öffentlichen Reden[1]), jedoch noch mehr aus seinen vielfach in Vergessenheit geratenen Werken[2]). Ganz besonders zeigt sich seine Haltung in „Conningsby" oder „Die neue Generation" (1844), sowie in seiner politischen Biographie „Lord George Bentinck" (1852). Die in dem ersteren Werk vorkommenden Personen waren dem öffentlichen Leben entnommen und lediglich ihre Namen verändert. Hauptpersonen sind

[1]) Vgl. u. a. Hansard: Bd. 95, S. 1321ff., Bd. 133, S. 872ff., Bd. 149, S. 752ff. T. E. Kebbel 1882, 2 Bände, „Selected Speeches of the late Rt. Hon. The Earl of Beaconsfield".

[2]) Vgl. u. a. Vivian Grey (1826), Tancred (1847).

ein junger Engländer, Conningsby, und sein Freund und Lehrmeister Sidonia, ein Jude. Das Vorbild Sidonias ist Rothschild.

Das Buch „Lord George Bentinck" war seinem Freund, dem bekannten Politiker, gewidmet. In Kapitel 24 dieses Buches hat Disraeli sich ausschließlich mit den Juden- und Rassefragen beschäftigt.

In „Conningsby" führt er aus[3]), daß Sidonia die in der Welt verstreuten jüdischen Gemeinden besucht und dabei gefunden hätte, daß die Juden der niedrigsten Klassen im allgemeinen heruntergekommen wären, während die oberen Klassen sich schmutzigen Geschäften widmeten. Er hat darauf festgestellt, daß ihre intellektuelle Entwicklung ungeschwächt war, und das gab ihm Hoffnung. Die einzige menschliche Qualität, die Sidonia interessierte, war der Intellekt. Er kümmerte sich nicht darum, woher er kam, wo er ihn fand. Glaube, Vaterland, Klasse, Charakter, — in dieser Hinsicht war ihm alles gleich.

In „Lord George Bentinck" gibt er zu[4]), daß die Juden voller Haß der Menschheit feindlich gegenüberständen. Das mangelnde Verständnis für die Juden habe ferner dahin geführt, „daß die geschicktesten Ansammler von Vermögen sich mit den Kommunisten verbündeten; diese besondere Rasse gehe jetzt Hand in Hand mit dem Abschaum und den Verworfenen Europas".

An der gleichen Stelle führt er weiter aus, daß bei den Revolutionen um das Jahr 1848 überall Juden beteiligt waren. Die Revolutionen in Deutschland, Italien und sogar in Frankreich seien von geheimen Organisationen vorbereitet worden, die bei deren Ausbruch ebenfalls die provisorische Regierung gebildet hätten, — und überall hätten an der Spitze einer solchen Juden gestanden.

Ziel dieser Revolutionen sei gewesen, sich gegen Religion und Eigentum zu wenden. So wäre es also dahin gekommen, daß die Kinder Gottes mit den Atheisten Hand in Hand gegangen seien. Diese unheilvolle Richtung der jüdischen Bewegung ist nach Ansicht von Disraeli nicht in der jüdischen Natur begründet, sondern ausschließlich eine Folge der schlechten Behandlung der Juden durch die Christen.

Trotz aller schlechten Taten habe die Menschheit den Juden außerordentlich viel zu danken. In der Kunst hätten sie mehr geleistet als die Athener. Ihr schöpferischer Genius habe niemals so glänzend geschienen wie augenblicklich. Und wenn „die Russen, Franzosen und Angelsachsen, — ganz hingegeben dem Zauber eines Mozart (!?) oder Mendelsohn, im Theater applaudierten, so huldigten sie der jüdischen Kunst".

Neben der Musik seien die Juden auch führend in der Wissenschaft.

---

[3]) Disraeli: Conningsby, S. 91.
[4]) Disraeli: Lord George Bentinck, S. 489—490.

In „Conningsby" glaubt Disraeli feststellen zu können, daß keine große intellektuelle Bewegung in Europa stattfindet, woran nicht die Juden beteiligt sind. Die ersten Jesuiten seien Juden gewesen. Die russische Diplomatie, welche Westeuropa so sehr alarmierte, sei hauptsächlich von Juden organisiert und ins Leben gerufen worden.

Mit Stolz läßt er dann Sidonia bekennen, daß er im Begriff stehe, große internationale Finanztransaktionen vorzunehmen. Voller Sarkasmus wird geschildert, wie Sidonia von einem Landaufenthalt nach London zurückgerufen wird, weil die Minister des englischen Empires nicht die Zinsen für eine Anleihe aufbringen können. Jetzt solle er, der allgewaltige, internationale Bankier, die Zinsen stunden. Mit Spott bemerkt er gegenüber Conningsby: „Kann irgend etwas absurder sein, als daß sich eine Nation zur Aufrechterhaltung ihres Kredits und durch diesen Kredit zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz als Imperium an ein Individuum wendet, dem das Gesetz die stolzesten Bürgerrechte verwehrt, nämlich das Privileg, in seinem Senat zu sitzen und Landeigentümer zu sein?!"

Auch der Umstand, daß die Juden ihren Einfluß auf jedes Land der Welt zu erstrecken versuchen, wird von Disraeli als besondere Qualität des jüdischen Charakters und jüdischer Fähigkeiten hingestellt. „Sidonia", so schreibt er, „ist mit jedem Minister der verschiedenen Staaten bekannt. Er unterhält geheime Agenten und politische Spione, um jede Information zu erlangen. Er unterhält sogar Verbindungen mit all den klugen Ausgestoßenen der Welt. Seine Organisation ist so umfangreich und doch so geheim, daß die Welt im allgemeinen von seinem Einfluß in dieser Hinsicht nichts erfährt. Sein gewaltiger Reichtum hat ihm alle Türen geöffnet, und es gibt für ihn nichts, was er nicht erfahren würde." Disraeli läßt dann Sidonia in den Ruf ausbrechen: „Die jüdische Meinung hat einen ungeheuren Einfluß auf alle Geschehnisse in Europa und wird von Generation zu Generation der menschlichen Gesellschaft gegenüber mächtiger und gefährlicher in ihrer Feindschaft werden." Es gibt infolgedessen auch keine durch Ländergrenzen beschränkten Interessen Sidonias.

Sehr interessant sind nun seine Gründe, warum die Juden trotz aller Verfolgungen seit Jahrtausenden imstande sind, diesen ungeheuren Einfluß in der Welt auszuüben. Seiner Meinung nach kommt hierfür einzig und allein die unvermischte Rasse der Juden in Betracht. Eine unvermischte Rasse sei aber die Aristokratie der Natur. Solche Erhabenheit sei eine positive Tatsache und nicht etwa Einbildung." „Nur dieser Umstand der Reinheit der Rasse habe die Juden überhaupt befähigt", so bringt er weiter zum Ausdruck, „all die Verfolgungen durch die Ägypter, Assyrer, Römer usw. zu überstehen. Kein Strafgesetz, keine körperlichen Qualen könnten bewirken, daß eine überlegene Rasse von einer niedrigeren absorbiert oder gar vernichtet würde. Die vermischten

Rassen, so habe die Geschichte gelehrt, seien verschwunden. Aber die reine Rasse der verfolgten Juden sei bis zum heutigen Tage erhalten geblieben." Die gleichen Ausführungen finden wir auch noch an anderer Stelle. Er fügt aber noch hinzu, daß es Unsinn sei — wie es jetzt so beliebt wäre —, von einer natürlichen Gleichheit aller Menschen zu sprechen und dieses dann in eine Form von Weltverbrüderung zu kleiden. Würde letztere in die Tat umgesetzt, so würde es bedeuten, daß die großen Rassen untergehen und aller Genius der Welt zerstört würde. „Welche Folgen würde es für die große angelsächsische Republik haben, wenn z. B. ihre Bürger sich von dem gesunden Prinzip der Reserviertheit trennen und sich mit Negern und andern farbigen Völkern mischen würden! Im Laufe der Zeit wären sie entartet und ihre Staaten würden wahrscheinlich von den Eingeborenen zurückerobert." Dies ist der Standpunkt eines führenden Juden zur Juden- und Rassenfrage. Disraeli hat also in seinen Betrachtungen keinen Unterschied zwischen getauften und ungetauften Juden gemacht, sondern für ihn gab, ebenso wie für uns, nur die Rasse den Ausschlag. Dieser Standpunkt wird auch heute noch von der überwiegenden Mehrheit der Welt und besonders von England als falsch bekämpft. Es verwundert daher auch nicht, daß ein Zeitgenosse Disraelis[5]) ihn wegen dieser Stellungnahme am meisten angegriffen hat.

Dies mag zunächst genügen, um die Einstellung dieses „großen Engländers", wie man ihn in Großbritannien nicht selten zu bezeichnen pflegt, über die Judenfrage darzustellen. Daß er alles getan hat, um seiner „überragenden Rasse" den ihr nach seiner Ansicht gebührenden Platz an der Sonne zu verschaffen, werden wir unten noch sehen.

[5]) Padley: An answer.

Ritualmorde im Orient

Das Jahr 1840 sollte in mancherlei Beziehung von Bedeutung sein.

Unmittelbar vor dem jüdischen Osterfest war in Damaskus ein Kapuzinermönch verschwunden. Die Bevölkerung richtete sofort ihren Verdacht gegen die Judengemeinde, da sie annahm, daß die Juden das menschliche Blut zur Anfertigung ihrer Kuchen gebraucht hätten. Man verhaftete einen jüdischen Barbier, der angeblich nach starker körperlicher Züchtigung den Verdacht bestätigte, um sich vor weiteren Mißhandlungen zu retten. Er bezeichnete eine Anzahl von Juden als Täter. Ein Teil war bereits geflohen, aber sechs der von dem Barbier bezeichneten Juden konnten noch verhaftet werden. Diese leugneten ihre Schuld, und auch türkische Foltermethoden konnten sie zu keinem Schuldbekenntnis veranlassen. Inzwischen stürmte die aufgeregte Menge einige Häuser der Juden und zerstörte sie.

Der französische Konsul in Damaskus vertrat schon seit langer Zeit die Interessen aller Katholiken in Vorderasien, und unter seinem Vorsitz fand die Verhandlung gegen die angeklagten Juden statt. Sie endete mit ihrer Verurteilung zum Tode, da die Schuld einwandfrei nachgewiesen sei. Der Konsul hatte zur Vollstreckung des Urteils die Erlaubnis des für Damaskus zuständigen Vizekönigs von Ägypten, Mehemet Ali, einzuholen.

Fast zu der gleichen Zeit war in Rhodos ein Knabe von zehn Jahren gestorben. Der Verdacht lenkte sich auch hier sofort gegen die Juden. Die Gesamtheit der dort beglaubigten Konsuln der europäischen Staaten, mit Ausnahme des Vertreters von Österreich, wandte sich an den zuständigen Pascha mit dem Ersuchen um Bestrafung der von zwei Griechen angezeigten Juden. Die Juden wurden verhaftet, und auch hier soll ihnen hart zugesetzt sein, um ein Geständnis von ihnen zu erhalten.

Anfang April 1840 traf die Mitteilung über diese Vorfälle in London ein. Ohne jede Verzögerung berief der Jude Sir Moses Montefiore eine Versammlung der führenden Juden. Ihm dürfte sofort klar geworden sein, daß er nicht nur im Interesse seiner betroffenen Rassegenossen, sondern für die Zukunft der jüdischen Emanzipation sofort zu handeln habe. Sollten die Juden hingerichtet und so die Anklage gegen sie bestätigt werden, war der Kampf der Juden um die Gleichberechtigung in der ganzen Welt, aber vor allem in England, zum Scheitern verurteilt. Denn die Vorgänge in Kleinasien gaben den Judengegnern gute Trümpfe in die Hand.

So fanden sich denn im Hause von Sir Moses Montefiore Rothschild, J. L. Goldsmid, David Salomons und andere ein, um die notwendigen Maßnahmen zu besprechen. Von Paris hatte man den in Frankreich führenden Juden Crémieux herbeigerufen, um

die internationale Zusammenarbeit der Juden sicherzustellen. Man verfaßte zunächst ein Memorandum, in dem man die ganzen Vorgänge für eine Schande der Zivilisation und irgendeine Schuld der beteiligten Juden für unmöglich erklärte.

Nur, wer die Methoden der Juden bei solchen Gelegenheiten eifrig studiert und erkannt hat, wird ahnen können, welche Mittel nun zur Widerlegung der Vorgänge in Kleinasien und zur Rettung der verurteilten Juden angewandt worden sind. Die meisten Schritte werden ja — wie immer — nicht der Öffentlichkeit bekanntgeworden sein. Aber die von den Juden selbst genannten dürften ausreichend sein, um ihre fieberhafte Tätigkeit erkennen zu lassen.

Zunächst galt es, die Öffentlichkeit zu gewinnen. Der von den Juden verfaßte Bericht über die Vorgänge wurde zunächst an dreißig Zeitungen gesandt, die ihn auch sofort veröffentlichten. Mit wenigen Ausnahmen finden wir hier die englische Presse auf seiten der Juden. Sie konnte sich nicht genug tun, die Unschuld der Juden zu betonen und die Grausamkeit der damit befaßten Behörden und der Christen in Kleinasien zu geißeln. Ein fast pausenloses Trommelfeuer wurde auf die Bevölkerung losgelassen. Wenn man sich einmal der Mühe unterzieht, die auch schon damals führende Zeitung, die Times, zu untersuchen, so wird man über die Häufigkeit des dort behandelten diesbezüglichen Themas, das doch bei den Weltinteressen Englands von ganz untergeordneter Bedeutung war, mehr als erstaunt sein[1]).

Bei dieser Propaganda dürfte es auch nicht überraschen, daß die City eine feierliche Protestversammlung einberief und ihre volle Sympathie mit den Juden erklärte.

Eine Abordnung der Juden begab sich in das Auswärtige Amt und bat den damaligen Minister, Lord Palmerston, um sofortiges Eingreifen der britischen Regierung zugunsten der Juden. Dieser erklärte sich mit dem größten Vergnügen bereit, den Wünschen nachzukommen. „Er würde sofort", so lautet das veröffentlichte Kommuniqué, „Lord Ponsonby, dem englischen Botschafter in Konstantinopel, und Oberst Hedges, dem englischen Vertreter in Alexandrien, Instruktionen erteilen und sie anweisen, jede in ihrer Macht liegenden Vorstellungen zu erheben, um die Fortsetzung dieser in jetziger Zeit so schimpflosen Grausamkeiten zu verhindern..."[2])

Einige Zeit später begab sich eine Abordnung der London Society for Promoting Christianity among the Jews zu Lord Palmerston. Sie bestand aus dem Bischof von Ripon, Lord Ashley, Sir George, H. Rose, Parlamentsmitglied, und Sir Thomas Baring. Man sprach seine tiefe Sympathie für die Juden aus und erbat ebenfalls dringend den Schutz der britischen Regierung für die Juden.

[1]) So z. B. Times vom 2., 14., 18., 28. Mai, 2. 25., 29. Juni, 2., 5., 6., 7., 15. Juli, 6., 10. Oktober, 3., 7. Dezember 1840.
[2]) Times vom 2. Mai 1840.

Lord Palmerston antwortete in einem öffentlichen Brief, daß er der Angelegenheit seine ernste Aufmerksamkeit schenken werde und man versichert sein könnte, daß der Einfluß der britischen Regierung ausgeübt werden solle, um die Regierung in Konstantinopel und den Pascha von Ägypten zu überreden, jede Art von Vorsorge dafür zu treffen, daß Gerechtigkeit gesichert und eine Wiederholung derartiger Vorgänge vermieden würde[3]).

Am Ende des Jahres wandte sich eine Abordnung der „General Assembly of the Church of Scotland for Promoting Christianity amongst the Jews", die also auch das Christentum unter den Juden fördern wollte, mit derselben Bitte an Lord Palmerston und verlangte darüber hinaus, daß die britische Regierung von nun an allgemein die Juden in Kleinasien unter ihren Schutz stellte[4]).

Man fragt sich verwundert, aus welchen Gründen diese Gesellschaft bei dieser Gelegenheit für die Juden eintrat, da sie doch angeblich nur die Juden zum Christentum bekehren wollte. Anscheinend fühlte man sich bei dem öffentlichen Eintreten für die Belange der ungetauften Juden auch nicht ganz wohl, da man den Schritt ausdrücklich damit begründete, daß man auch „tiefstes Interesse für die irdische Glückseligkeit der Juden" hätte.

Anscheinend hatte auch die letzte Deputation mit ihrem besonderen Wunsch Erfolg gehabt, denn von nun an erklärte England der türkischen Regierung ganz offiziell, daß England — wie Frankreich die Katholiken — in Zukunft die Juden in Kleinasien vertreten und beschützen würde. Lord Palmerston gab an den im Jahre 1839 eingesetzten Konsul in Jerusalem die Anweisung, „den Juden im allgemeinen jeden Schutz angedeihen zu lassen". Dies Verlangen wurde von der Pforte ausdrücklich anerkannt und die andern britischen Konsuln in der Türkei entsprechend instruiert.

Der Vorfall hat aber noch eine andere wichtige Bedeutung. Seit dieser Zeit kann man nämlich offen die internationale Zusammenarbeit des Judentums feststellen. So sehen wir, wie aus fast allen Teilen der Welt, wie z. B. aus Hamburg, Altona, Amsterdam, Barbados, Jamaica, Gibraltar, Philadelphia u. a. nicht unbedeutende Beträge zur Durchführung der Judenaktion nach London gesandt wurden.

Die Juden schlossen sich dann auch zu einer Gesellschaft unter dem Namen Alliance Israelite Universelle zusammen, die ihren Sitz in Paris hatte. „Die englischen Juden", so betont Wolf, „haben niemals aufgehört, den ersten Platz in der Judenschaft innezuhaben, dank ihrer freiheitliebenden englischen Instinkte und der Unterstützung, die ihre Arbeit stets von ihrer Regierung und von ihren christlichen Volksgenossen erfahren hat . . ."

Es ist eigentlich überflüssig zu erwähnen, daß das Weltjudentum mit Hilfe der mächtigen britischen Regierung den von ihm erwünschten Erfolg erreichte. Sir Moses Montefiore, der die Ver-

[3]) Times vom 2. Juni 1840.
[4]) Times vom 3. Dezember 1840.

handlungen in Alexandrien und Konstantinopel geführt hat, erhielt in beiden Fällen die amtliche Versicherung, daß die Unschuld der Juden erwiesen sei. Die angeklagten und verhafteten Juden wurden danach freigelassen. Für seine Verdienste um die Sache wurde er von der Königin Victoria ausgezeichnet und auch sonst von Mitgliedern der königlichen Familie gelobt.

Neue Niederlagen

Auf der so geschürten Mitleidswelle hofften die Juden erneut mit ihren Ansprüchen nach oben treiben zu können. So verwundert es nicht, daß bereits am 9. Februar des folgenden Jahres ein Gesetzentwurf eingebracht wurde mit dem Ziel, den Juden endlich die Möglichkeit der Übernahme des Amtes als Ratsherren zu ermöglichen.

Zur allgemeinen Überraschung konnte das Gesetz sogar im House of Lords eine Mehrheit bei der ersten und zweiten Lesung finden. Bei der dritten und sonst meist nicht mehr entscheidenden Lesung wurde es jedoch erneut von den Lords abgelehnt.

Wieder war ein jüdischer Teilangriff abgewiesen, und es war ein weiterer Rückschlag, als Salomons sich wiederum vergebens als Kandidat bei einer Wahl zum Parlament in Maidstone hatte aufstellen lassen.

Die erneute Niederlage der Juden hatte sicherlich dazu beigetragen, daß sie von diesem Jahre an mit aller Energie darangingen, eine eigene Presse aufzubauen. So können wir beobachten, daß von nun an eine organisierte Presse von ihnen ins Leben gerufen wurde.

Als dann im Jahre 1843 die Juden von Tetuan und Tunis angeblich schlecht behandelt wurden, wurde ebenfalls der dortige britische Konsul auf Veranlassung seiner Regierung bei dem dort amtierenden Bey vorstellig, der daraufhin Abhilfe versprach.

In England selbst sahen die zweite Hälfte des Jahres 1841 und die beiden nachfolgenden Jahre keine besonders zutage tretenden Aktionen der Juden bezüglich Erreichung ihrer Ziele. Dies mag einerseits auf eine gewisse Ermüdung, jedoch wohl hauptsächlich auf die innere Uneinigkeit zurückzuführen sein. Innerhalb der Judengemeinde war nämlich eine mächtige Reformbewegung auf religiösem Gebiet entstanden, die hauptsächlich die Kräfte der Juden in Anspruch nahm, da sich zwei sich bekämpfende Lager gebildet hatten.

Salomons wird Ratsherr der City

David Salomons wurde im Jahre 1844 erneut zum Ratsherrn der City gewählt. Er hoffte diesmal, den Court of Aldermen zu überzeugen, daß er ohne die ihm unmögliche Erklärung sein Amt antreten könnte, da die betr. Behörden anderer Städte bereits davon Abstand genommen hätten. Er erhielt aber wieder, wie auch die Male vorher, eine Abfuhr und empfing damit die wahre Gerechtigkeit, von der er allerdings mit der Arroganz seiner Rasse nichts wissen wollte[1]).

Diesmal ließ Salomons es bei der Entscheidung des Court of Aldermen bewenden, ohne ein gerichtliches Urteil herbeizuführen. Anscheinend wollte man nicht noch einmal den zurückweisenden Spruch eines Gerichts erhalten, zumal man sofort Verhandlungen aufgenommen haben dürfte, um das Gesetz von 1829 auch für die Juden abzuändern.

Am 10. März des nächsten Jahres brachte Lord Lyndhurst als Lordkanzler persönlich einen Gesetzentwurf ein, wonach den Juden die ursprüngliche Erklärung erlassen werden sollte. An ihre Stelle sollte eine für die Juden mögliche Fassung treten.

Lord Lyndhurst berief sich zur Begründung seines Antrages darauf, daß viele Juden bereits hohe Posten zufriedenstellend ausgefüllt und sogar einige Städte, wie Portsmouth, Southampton und Birmingham, Juden ohne die Abgabe der Erklärung zu den Posten als Ratsherren zugelassen hätten. Auch der Bischof von London gab zu erkennen, daß er dem Antrag zustimmen würde, um nicht „ärgerliche Gefühle zu erregen und die Gnade der Wohltat zu verringern, die man im Begriffe stände, dieser sehr respektablen Gemeinschaft zu erteilen". Allerdings wäre er nach wie vor gegen jedes Gesetz zugunsten einer Zulassung der Juden zum Parlament. Nicht ein einziger Redner sprach, soweit festgestellt werden konnte, gegen die Gesetzesvorlage, und es fand auch keine namentliche Abstimmung mehr statt.

Kein Zweifel war daher vorhanden, daß es ohne jede Schwierigkeiten im Parlament — das derartigen Gesetzesentwürfen schon immer freundlich gegenüber gestanden hatte — angenommen werden würde. Dort wurde es von Sir Robert Peel persönlich eingebracht und eingehend begründet. Ungebeugt faßte Sir Robert Inglis noch einmal seine Argumente für eine Ablehnung zusammen und beklagte sich bitter darüber, daß die jüdischen Ratsherren in Birmingham das Gesetz hätten verletzen können, ohne bestraft zu werden, und nun sollte darüber hinaus die jüdische Nation noch mit einem für sie so günstigen Gesetz belohnt werden. Mit einer erdrückenden Mehrheit von 91 zu 10 Stimmen wurde

[1]) Salomons: Case, S. 3—4. Henriques: Jews, S. 255.

das Gesetz im Parlament verabschiedet und erhielt am 31. Juli 1845 die Zustimmung der Königin.

Die Juden konnten mit diesem Erfolg zufrieden sein. Die Taktik der Zermürbungsgesetze hatte zum Erfolg geführt, denn nun standen ihnen alle Ämter der Gemeinden, einschließlich des Postens des Bürgermeisters, offen[2]). Die Gefahr, die durch die Verabschiedung dieses Gesetzes für die Judengegner heraufbeschworen war, wurde zum Teil erkannt. Mit bitteren Worten beklagte sich die „Morning Post" über die Annahme des Gesetzes im House of Lords. In ihrem Leitartikel vom 19. Juli 1845 bezeichnet sie diese Vorgänge als einen „Schlag gegenüber der alten britischen Verfassung". Sie kann es nicht fassen, daß man dieses auch noch von einer konservativen Regierung entgegennehmen mußte. Es sei doch eigentlich zum verzweifeln, daß für eine Handvoll Juden die britische Verfassung aufs Spiel gesetzt würde.

Aber dies sollte nicht der einzige Erfolg der Juden bleiben. Sie sollten weiter siegen und das Gelände freimachen für den letzten Angriff, nämlich die Zulassung zum Parlament.

Bereits im nächsten Jahre wollte man die letzten Zweifel über die noch immer nicht völlig geklärte Eigentumsfrage beseitigen. Gleichfalls wünschte man, daß auch die Gesetze aufgehoben würden, wonach u. a. Juden zu ihrer Kennzeichnung besondere Abzeichen zu tragen hatten. Endlich wollte man auch das sogenannte Statutum de Judaismo formell zur Aufhebung bringen. Wie immer, tat sich Lord John Russell bei solchen Gelegenheiten hervor, und fast ohne Schwierigkeiten durchlief der betr. Gesetzesentwurf die verschiedenen Stadien des Oberhauses, bei dem er wieder zuerst eingebracht worden war. Auch das Parlament verabschiedete diesen Antrag mit der größtmöglichen Schnelligkeit. Mit dem offiziellen Titel „Ein Gesetz zur Befreiung von gewissen Strafen und Beschränkungen hinsichtlich religiöser Meinungen der Untertanen Ihrer Majestät" ging es in die amtliche Gesetzessammlung ein[3]).

Damit waren praktisch alle größeren Beschränkungen der Juden gefallen. Nur der Zutritt zum Parlament und zum House of Lords war nach wie vor unmöglich.

Die Juden und ihre Freunde gingen nun daran, das eroberte Vorland gründlich zu säubern und zu durchsetzen. So finden wir in immer größerer Zahl Juden in Gemeindestellungen. David Salomons wurde bereits kurz danach erneut zum Ratsherrn der City gewählt und konnte jetzt endlich seinen Posten antreten.

Auch sonst konnte man deutlich die Fortschritte der Juden feststellen. Anthony de Rothschild, einer der Brüder aus dem Hause von Rothschild, und Isaac Lyon Goldsmid wurden zum Sir gemacht. Am deutlichsten wurde die mächtige Stellung der Juden aber durch die Ereignisse des Jahres 1847 gekennzeichnet.

---

[2]) Statutes of the United Kingdom, Bd. 85. S. 480—481.
[3]) Statutes of the United Kingdom, Bd. 86, S. 413.

Zu dieser Zeit waren die allgemeinen Wahlen zum Parlament ausgeschrieben. Zur Überraschung der meisten kandidierten David Salomons in Greenwich, einem Stadtteil von London, und Lionel Rothschild, das Haupt des Bankhauses, in der City. Der erstere hatte seine diesbezügliche Absicht erst am Tage vor der Wahl bekanntgemacht[4]).

[4]) Daily News vom 30. Juli 1847.

Salomons fällt durch – Rothschild siegt

Die Taktik der Juden und ihrer Freunde war ganz offensichtlich. Man wollte auch hier das Parlament, wie bei den Gemeindewahlen, vor vollendete Tatsachen stellen, indem man einige der einflußreichen Juden wählen ließ. Man konnte sich dann auf den angeblichen Volkswillen berufen und wiederum den Kampf vom Prinzipiellen ins Persönliche überführen.

Am 29. Juli war der sogenannte Nomination Day der Kandidaten. Dies bedeutete und bedeutet in England, daß an diesem Tage in feierlicher Form die betreffenden Kandidaten eines Wahlbezirks benannt werden. Darüber hinaus kann, wenn kein ausdrücklicher Widerspruch erfolgt, der Kandidat bereits durch Zuruf gewählt werden. Letzere Wahl findet aber mehr oder weniger zur Probe immer statt, und so kann man an diesem Tage von einer vorläufigen Wahl sprechen.

In Greenwich war nun Salomons keinesfalls allein als Kandidat aufgetreten. Vielmehr versuchten Admiral Dundas, Barnard und Kidd sich ebenfalls ins Parlament wählen zu lassen. Am Nomination Day hatte sich nun wie üblich bei solchen Gelegenheiten eine Menge von etwa 5000 bis 6000 Personen eingefunden, um die Stellungnahme der verschiedenen Kandidaten zu ihrem Programm zu hören.

Die vorläufige Wahl ergab eine Mehrheit für Salomons. Dundas und Barnard beantragten darauf für den folgenden Tag eine formelle Wahl. Diese brachte ihnen einen vollen Sieg, und wieder einmal war Salomons im Kampf um einen Parlamentssitz geschlagen worden.

Lionel Rothschild aber sollte in dem wichtigen Wahlbezirk Englands einen durchschlagenden Erfolg haben, obwohl die Konservativen Gegenversammlungen abhielten und versuchten, den Wählern klarzumachen, daß Rothschild nicht gewählt werden dürfe[1]). Ihre Presse setzte sich dafür ein und bezeichnete es als eine Schande, daß ein Jude dazu ausersehen sei, gerade die City zu vertreten[2]).

Die judenfreundliche Presse dagegen war nicht nur zuversichtlich bezüglich der Wahl gewesen, sondern hielt den bisherigen Standpunkt für völlig ungerechtfertigt. Denn bei der Verfassung von England könne man nicht verhindern, daß sie schon jetzt mittelbar ihren Einfluß auf die Legislative ausübten. „Durch ihren Eintritt ins Parlament", so stellen sie fest, „gewinnen sie nicht neuen Einfluß, sondern lediglich eine gerechte und weise Bestätigung dessen, was sie bereits besitzen."[3])

Sicherlich haben verschiedene Umstände dazu beigetragen, die Wahl von Rothschild sicherzustellen. Die Hauptursache dürfte aber

[1]) Morning Herald vom 27. Juli 1847.
[2]) Standard vom 26. Juli, Morning Post vom 27. Juli 1847.
[3]) Morning Chronicle vom 27. Juli 1847.

in einer organisierten Bestechung der Wähler zu suchen sein. Schon oft haben wir betont, daß diese Art von Verbrechen mit am schwersten nachzuweisen ist, da fast immer sämtliche Beteiligten zum Schweigen verurteilt sind. Aber in diesem Fall glauben wir, unter Zugrundelegung völlig objektiver Geschichtsforschung die getroffene Feststellung verantworten zu können.

Bereits am 19. Juli verließ ein allgemein für solche Verbrechen berüchtigter Agent mit seinen beiden Gehilfen die Stadt Norwich. Ihr Reiseziel war London, und ehrenhafte Bürger von Norwich beschlossen, ihre Freunde in London zu warnen. Sie setzten sich mit bestimmten Personen in Verbindung und erfuhren, daß der betr. Agent bereits vor einigen Jahren für einen liberalen Abgeordneten £ 20,000,— für Bestechungen anläßlich einer Wahl aufgewandt habe. Es war ein offenes Geheimnis, daß er nun nach London gegangen sei, um auch dort die Wahlen auf seine Art zu beeinflussen.

Diese Tatsachen wurden in einem öffentlichen Brief von einem führenden Konservativen im „Morning Herald" vom 31. Juli 1847 zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht. Wir werden weiter unten sehen, ob irgendwelche Anzeichen während des Wahltages davon gesprochen haben, daß der Agent mit seinen Komplizen am Werk gewesen ist.

Unter großer Anteilnahme fand der Nomination Day statt. Auch hier sprachen die verschiedenen Abgeordneten der Konservativen und Liberalen und setzten ihre politischen Ansichten auseinander. Uns interessieren im Augenblick mehr die Begleitumstände dieser Veranstaltung und insbesondere die anwesenden Wähler.

Aus dem düstersten Osten der Stadt waren die meisten Wähler herbeigeeilt. Sie hatten sich in dem so beschränkten Raum rechtzeitig eingefunden und machten daher den größten Teil der anwesenden Wähler aus. Sie bestanden mindestens zu drei Vierteln aus Juden des allerschlechtesten Typs und abstoßendsten Äußeren. Fast unaufhörlich erfüllten sie mit ihrem Gebrüll die Luft und konnten sich nicht genug tun, die ihnen nicht genehmen Redner nicht zu Wort kommen zu lassen. Nur bei Rothschild bewahrten sie Ruhe und unterbrachen seine Reden nur manchmal mit Beifallsgeschrei. Sie waren dermaßen zügellos, daß sie auch die mit Rothschild verbündeten liberalen Abgeordneten zeitweise nicht durchdringen ließen. Alles in allem handelte es sich hierbei, wie uns mitgeteilt wird, um eine „ungewaschene gedungene Masse von Beifallsklatschern, die hauptsächlich aus Kohlenträgern und Verkäufern von alten Kleidern bestand".

Bei der vorläufigen Wahl erhielten die Liberalen, also auch Rothschild, zumindestens neun Zehntel der anwesenden Stimmen, was bei der Zusammensetzung der anwesenden Wähler natürlich nicht überrascht. Die Konservativen beantragten daher eine formelle Wahl.

Der Wahltag kam heran, und er muß wirklich die tollsten Szenen gebracht haben. Die sogenannten long-shore men, d. h. diejenigen Individuen, die auftragsgemäß zu bestechen hatten, waren den ganzen Tag am Werk. Man konnte sie insbesondere in den ärmsten Vierteln der Stadt sehen, wie z. B. in Cripplegate, Bishopsgate, Smithfield usw. Bei dem Wahllokal standen diese den Bürgern völlig fremden Personen und versperrten fast ganz den Eingang. Wähler, die im Begriffe standen, ihr Wahlrecht auszuüben, wurden meistens zunächst einmal beiseite gezogen. Man sah die fremden Personen dann auf sie einreden. In den meisten Fällen händigten sie den betr. Wählern nach längerem Feilschen £ 3,— bis 5,— aus, während sie dafür die Versicherung erhielten, daß der Betreffende liberal, d. h. Rothschild wählen würde. Manche der Wähler machten aus diesem Handel gar kein Hehl. Viele kamen an die in der Nähe stehenden Mitglieder der Konservativen Partei heran und erzählten, wieviel man ihnen geboten hätte. Wenn man ihnen dasselbe oder vielleicht noch mehr bezahlte, würde man nicht abgeneigt sein, auch für die Konservativen zu wählen. Diese lehnten entrüstet ab und konnten kurz danach feststellen, daß der Betreffende für die Liberalen gestimmt hätte.

Allgemein konnten diese Vorgänge immer und immer wieder festgestellt werden. In jedem Wahlbezirk dasselbe Bild. Ganz schlimm muß es in der letzten Stunde des Wahlaktes gewesen sein. Nicht nur, daß noch offener als zu Beginn bestochen wurde, waren die Preise für die Stimme erheblich nach oben geschnellt. Man zahlte nicht weniger als £ 63,— dafür. Fürwahr, die späten Wähler sind noch reichlich belohnt worden!!

Das Ergebnis der Wahlen dürfte bei derartigen Methoden von vornherein festgestanden haben. Lord John Russell hatte die meisten Stimmen mit 7137 auf sich vereinigt; dann folgten als nächste zwei weitere liberale Abgeordnete, darunter Rothschild, und nur ein einziger Konservativer hatte sich durchzusetzen vermocht.

In den überschwenglichsten Tönen feierte die judenfreundliche Presse den Sieg Rothschilds. Man vertrat die Ansicht, daß sich die City durch die Wahl unsterblichen Ruhm erworben habe und die Judenfrage praktisch erledigt sei[4]). „Wir haben gesehen", so schreibt die „Morning Chronicle", „daß ein Ministerpräsident des Britischen Imperiums (Lord John Russell) einen Juden bei der Hand nahm und mit ihm vor den ersten der britischen Wahlbezirke ging und sagte: ‚Helft mir, diesen Mann (Rothschild) zu emanzipieren von den letzten unheilvollen Resten dummer und beleidigender Tyrannei und ihn zu einem der unseren zu machen'"[5]).

Die Presse der Judengegner ist entsetzt über den Ausgang der Wahlen. Es sei doch eine Schande, daß ein Jude dazu ausersehen sei, die City zu vertreten. Der Ausgang der Wahlen sei der

[4]) Sunday Times vom 1. August 1847.
[5]) Morning Chronicle vom 30. Juli 1847.

Triumph des Geldes. In ungeahnten Mengen sei das Geld — man spräche von £ 25,000,—,— —, für Bestechungen verwandt worden. Man macht sich auch schwere Gedanken über die Zukunft. Was könne man Gutes erwarten, wenn Religion und Prinzipien aufgegeben und nur noch das Geld angebetet werden würde. Denn „es sei sonnenklar, daß Rothschild seine Wahl dem Geld, Geld und nochmals Geld verdankte[6])".

Rothschild selbst hat später durch seine eigenen Aussagen den Verdacht der Bestechung gefestigt und gegenüber Personen verlauten lassen, daß ihn die Wahl in der City £ 20,000,— bis 25,000,— kosten würde. Tatsächlich betrugen aber die Ausgaben für eine solche Wahl damals normalerweise £ 800.— bis 1,000,—, in der City vielleicht aber allerhöchstens bis zu £ 5,000,—.

Nach wie vor bestand aber nun für Rotschild keinerlei Möglichkeit, seinen Sitz im Unterhaus einzunehmen, da er den hierzu notwendigen Eid of Abjuration nicht leisten konnte. Die Juden und ihre Freunde bereiteten alles vor, um nun endlich dies letzte Hindernis aus dem Weg zu räumen. Man sollte daher bald neue, heiße Kämpfe hierüber im Parlament entbrennen sehen.

[6]) Morning Post v. 30. u. 31 Juli 1847. Morning Herald v. 30. u. 31. Juli 1847.

Neue Propagandawelle

Vor und während derselben wurde das Land mit einer neuen Propagandawelle überflutet. Es ist unmöglich, alle Schriften zu nennen. Nur die wichtigsten wollen wir kurz mit ihrem Inhalt anführen.

F. H. Goldsmid veröffentlichte eine neue Flugschrift, in der er es für ungerechtfertigt hielt, daß die Juden Verwaltungsbeamte an höchsten Stellen sein könnten, nicht aber ins Parlament gewählt werden könnten. Nur die bedauernswerten Juden werden in England noch von diesem Recht ausgeschlossen[1]). Die Haltung der Gegner wäre unvereinbar mit der christlichen Religion, da man danach doch seinen Nächsten lieben sollte wie sich selbst.

Ein anderer Schriftsteller verlangt Wiedergutmachung des den Juden durch die Vorfahren der Engländer angetanen Unrechts[2]). Hoffentlich würde die britische Nation bald als eine jüngere und liebevolle Schwester zur Glückseligkeit und Auferstehung von Israel beitragen.

Der schon früher in ähnlichem Sinne hervorgetretene van Oven konnte natürlich auch diesmal nicht fehlen. Er setzte sich insbesondere mit den religiösen Gründen der Gegner auseinander und hielt sie für völlig verfehlt, da doch England „nicht ein christliches Land" sei[3]).

Endlich wollen wir nicht versäumen, auf eine damals erschienene „Geschichte der Juden" hinzuweisen. Sie war nicht in einem einzelnen Band erschienen, sondern in einem Sammelwerk mit allgemeinen, die Öffentlichkeit interessierenden Unterhaltungsgeschichten. Ihr war auf diese Weise von vornherein eine viel größere Leserschaft gesichert. Außerdem ist es interessant, daß sie anonym erschienen war und daher so leicht keiner auf dem Gedanken kam, daß die Verfasserin eine Jüdin war, nämlich Grace Aguilar[4]). Hätte man dies gewußt, so hätte sicherlich nicht ein geringer Teil der Engländer die Ausführungen als erheblich anmaßend empfunden und sie infolgedessen abgelehnt.

In dem ersten Teil des Buches kann sich die Jüdin nicht genug tun, die angeblichen früheren Grausamkeiten der alten Briten aufzuzählen[5]). Anschließend folgt dann gleich eine Lobpreisung der Gelehrsamkeit von Menasseh Ben Israel.

Es sei zu bedauern, daß man teilweise immer noch auf die Juden herabschaue. „Denn sie sind", so fährt sie fort, „tatsächlich Juden nur bezüglich ihrer Religion, dagegen Engländer in jeder andern Hinsicht . . ." Ist es nicht unvereinbar mit der Auffassung unseres Zeitalters, daß noch solche Härten in bezug auf diesen

[1]) Goldsmid: Reply, S. 5—7 ff.
[2]) Birks: S. 7—8 ff.
[3]) van Oven: Baron de Rothschild, S. 20—25.
[4]) Levy: S. 11—12.
[5]) Aguilar: S. 1—11 ff.

Teil der Gemeinschaft, der schon ganz in uns aufgegangen ist, bestehen sollten.

Der aus Spanien eingewanderte Teil der Juden gleiche Prinzen, während allerdings der aus Deutschland stammende Teil noch zu wünschen übrig ließe. Aber hieran seien nicht die Juden, — sondern die Unterdrückungen in dem genannten Lande schuld.

Im übrigen könne man vergeblich nach jüdischen Verbrechern und Bettlern suchen.

Dann folgen die Schilderungen der sogenannten Verfolgungen auf dem Kontinent, die auch schon damals wie heute das Mitleid der Engländer erregen sollten.

Am Schluß folgt dann noch ein ernster Aufruf, mit den Juden Frieden zu machen und ihnen alles zu geben, was sie wollten und was ihnen zukäme.

Neben diesen Veröffentlichungen war auch die judenfreundliche Presse äußerst rege. Auch hinter den Kulissen wurde wahrscheinlich, wie immer, mit größter Energie gearbeitet. Man wandte sich an die verschiedenen im Ober- und Unterhaus führenden Mitglieder, um im voraus ihre Haltung gegenüber der Judenfrage zu klären[6]).

Der uns übermittelte diesbezügliche Briefwechsel dürfte sicherlich auch nur einen Bruchteil der damaligen Verhandlungen darstellen.

Anfang Dezember 1847 glaubte man in jeder Hinsicht genügend vorbereitet zu sein, um die Judenfrage im Parlament durchfechten zu können. Diesmal hatte man volle Unterstützung der liberalen Regierung. Wie immer bei solchen Gelegenheiten sollte sich Lord John Russell, Ministerpräsident von England, dabei auszeichnen.

Am 16. Dezember 1847 stellte er höchst persönlich den Antrag, „daß das Haus ein Komitee bilden sollte zur Aufhebung der religiösen Beschränkungen der jüdischen Untertanen Ihrer Majestät". Hierdurch wurde erstrebt, den Juden auf einmal völlige Gleichberechtigung mit den Briten zu verschaffen.

Lord John Russell ergriff in dialektisch ausgezeichneter Weise das Wort zu seinem Gesetzesentwurf. Die Rede muß nach dem mitgeteilten Text Stunden gedauert haben. Anscheinend hatte er sich eingehend mit der Geschichte der Juden beschäftigt. Er glaubte insbesondere die Opposition darauf hinweisen zu müssen, daß es sich bei den Juden um „Menschen von höchster Moral" handelte. Sie wären unübertroffen in Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber dem Staat und ihrer Loyalität zur Krone. Die Juden, in England geboren, seien Engländer und nichts anderes.

Nach ihm folgte der Führer der Judengegner, Sir Robert Inglis. Auch er sprach lange und ausführlich. Am meisten wunderte er sich darüber, daß der Ministerpräsident persönlich den Gesetzesantrag so weitgehend unterstütze. Er sei aber auch im allgemeinen völlig anderer Ansicht als dieser. Schon jetzt brüsteten

[6]) Myers: S. 240—246.

sich die Juden mit der Unterstützung des Ministerpräsidenten und verkündeten öffentlich, daß ihr endgültiger Triumph nicht mehr fern sei.

Auch Benjamin Disraeli griff in die Debatte ein. Die Annahme, das Judentum könne den christlichen Charakter eines Landes verändern, sei geradezu lächerlich. Im übrigen könne er nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Juden allen andern Rassen der Welt überlegen seien. Überall sei ihr überragender Einfluß zu spüren. Nicht einmal die christliche Lehre sei davon verschont geblieben, denn die Juden seien doch die eigentlichen Urheber der christlichen Religion. Bei dieser Sachlage der Emanzipation der Juden aus religiösen Gründen zu widersprechen, sei doch mehr als widersinnig. An jedem heiligen Tage würde die Lehre von jüdischen Helden und Dichtern im Volke vorgelesen. Dies könne aber doch nur zur Voraussetzung haben, daß sie auch als moralisch hochstehend angesehen würden. Außerdem „jeder Gentlemen hier im Hause bekennt sich zur jüdischen Religion und glaubt an Moses und die Propheten. (Zwischenruf: O!) Wo ist denn Euer Christentum, wenn Ihr nicht an das Judentum glaubt?" Tatsächlich sei doch ein Jude nur ein unentwickelter Christ und ein Christ nur ein unentwickelter Jude. Er frage seine Zuhörer, ob einer von ihnen leugnen könne, daß „Jesus von Nazareth, der zum Menschen gewordene Sohn Gottes, der ewige Ruhm der jüdischen Rasse war". Seine Rede klang dann in der Forderung aus, den Juden ewig für ihre Werke dankbar zu sein. Nur aus diesem Gefühl heraus, nicht etwa aus der Erwägung, die Juden hätten als Bürger und Steuerzahler ein Recht auf einen Sitz im Parlament, — sollte und hätte man den Antrag von Lord John Russell zu verabschieden.

Der Abgeordnete Wood ist der Ansicht, es sei eine Ungerechtigkeit, den großen Einfluß und Reichtum der Juden zu benutzen, ohne ihnen Rechte zu gewähren, während im weiteren Verlauf der Debatte der Abgeordnete Seymer davor warnte, „auch nur einem Juden Zutritt zum Parlament zu gewähren. Hätten sie erst einen Sitz, so würden sie eine Anzahl weiterer Sitze im Parlament mit Hilfe ihres Geldes erwerben.

Das Gesetz wurde nach einer langen Aussprache vom Parlament angenommen.

Danach hatte, wie auch schon bei früheren Gelegenheiten, das Unterhaus den jüdischen Wünschen Rechnung getragen. Dennoch war trotz jeder Art von Propaganda und Unterstützung in den höchsten Kreisen die Opposition noch keineswegs zum Schweigen gebracht. Dies zeigen ohne weiteres die Reden im Parlament und auch die sich nun wehrende Presse der Judengegner.

Die „Morning Post"[7]) versucht, ihren Lesern klar zu machen, daß es keinesfalls eine Ungerechtigkeit sei, den Juden ein für allemal das Recht, im Parlament zu sitzen, zu verweigern. Denn die Begründung, die Juden seien Engländer und hätten daher ein

[7]) Morning Post vom 15. u. 18. Dezember 1847.

Recht darauf, sei falsch. Die Juden könnten niemals Engländer werden. Vielmehr seien sie nur „natürliche und unzweifelhaft Feinde des Staates".

Der „Standard"[8]) schloß sich in zahlreichen Artikeln diesen Ausführungen an und fügte hinzu, daß „niemals die Kaste der Wucherer dem Land verhaßter gewesen sei, als augenblicklich". Das Blatt wandte sich auch mit allem Nachdruck gegen das Märchen von der „Unduldsamkeit gegen die Juden". Es wäre wirklich schon genug, daß man selbst die Gegenwart der Juden zu erdulden hätte. Man erlaubte ihnen überdies noch, ihre Religion frei auszuüben und Reichtümer anzuhäufen.

Der Leitartikel des „Standard" vom 18. Dezember 1847 enthält besonders scharfe Angriffe gegen die Juden und lautet u. a. wie folgt:

„Nichts ist geschehen, den Charakter der Juden oder ihre Beziehungen zu uns in dieser langen Periode zu ändern. Wenn wir daher Narren und Unterdrücker sind, weil wir die Juden von der Regierung unseres Landes ausschließen, so sind unsere Vorfahren mehr als zehn Jahrhunderte Narren und Unterdrücker gewesen ....

Nun sind Juden keine Engländer, obgleich sie hier geboren sind. Sie sind eine sich absondernde Nation und erheben auch Anspruch darauf, es zu sein. Aber, entgegen der Wahrheit, — unterstellt, daß die hier geborenen Juden Engländer wären, würde der Vorschlag von Lord John Russell dennoch keine Anwendung finden, denn es gibt Millionen hierzulande geborener Engländer, die von einem Sitz im Parlament ausgeschlossen sind, weil sie nicht die Qualifikation des Grundeigentümers oder nicht die Mittel besitzen, die Kosten einer Parlamentswahl aufzubringen. Wir könnten hinzufügen: „die Millionen der hier Geborenen, die nicht einmal das Wahlrecht haben, weil sie nicht ein Grundeigentum zu 40 Shillings oder ein Haus im Werte von £ 10,— besitzen.

Wir möchten einmal eine statistische Gliederung unserer 25 000 oder 40 000 Juden sehen. Wie viele von ihnen sind Wucherer?... Wie viele von ihnen sind Inhaber von Gauner- und Hehler-Spelunken, oder in noch widerlicheren Berufen beschäftigt? Wie viele, — wenn überhaupt, gehen einer nützlichen Beschäftigung nach? Wie viele haben je einen Pflug geführt oder sind mit dem Boden des Landes verbunden? ..."

In ihrem Artikel vom 14. Februar 1848 beschäftigte sich die „Morning Post" folgendermaßen mit dem allgemeinen Charakter der Juden:

„Der wahre Eindruck des Volkes hierzulande ist, daß die Juden entehrendere Mitglieder der Gesellschaft sind, als irgendeine andere Sekte oder Klasse von gleicher Anzahl. Was immer das Gemeinste und Widerwärtigste in den Unsittlichkeiten und geheimen Greueln großer Volksmassen —, was immer die grausame Stadt an Lastern

[8]) Standard vom 26. u. 29. November, 18., 20., 21. u. 24. Dezember 1847.

erzeugt' —, es ist meistens unter Leitung von Angehörigen der jüdischen Rasse. Wir klagen nicht ihre Religion an, — denn wir glauben, daß diese Menschen gar keine Religion besitzen. ‚Die Juden der unteren Klassen', sagt Mr. Coleridge in seinem Blatt ‚Table Talk', — ‚sind die gemeinsten der Menschheit. Sie besitzen kein Prinzip der Anständigkeit. Geld zu erraffen und zu erlangen ist stets ihre einzige und ausschließliche Beschäftigung . . .'."

„Da die Lasterhaftigkeit dieser Menschen in unseren großen Städten offenkundig ist, sollte man annehmen, daß die besten Vorbereitungen, die ihre führenden Männer treffen könnten, um das britische Volk davon zu überzeugen, daß sie würdig sind, sich an das Parlament zu wenden, dahin gehen sollten, sich eifrig zu bemühen, den Charakter und das Betragen dieser Verruchten zu bessern, die nicht nur eine Schande für die hebräische Rasse, sondern sogar für die menschliche Natur sind . . ."

Man sieht aus dem Ton der Presse, daß sich die Meinungen viel schroffer gegenüberstehen als früher. Es bricht sich auch immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Kämpfe nicht etwa nur das religiöse Gebiet betreffen. Die bange Frage der Judengegner war: Was wird diesmal das Oberhaus tun? Wird es noch einmal den Mut haben, all dem Druck zu widerstehen?

Am 25. Mai 1848 kam das Gesetz vor dem House of Lords zur Sprache.

Die stürmische Debatte endete mit einer Abstimmung zugunsten der Judengegner. Ein weiterer Angriff der Juden war erneut abgeschlagen.

Die breite Masse war nach wie vor nicht geneigt, die Wünsche der Juden in irgendeiner Weise zu unterstützen. Dies zeigt sich u. a. auch aus den an das Parlament gerichteten Bittgesuchen, die jeweils von Wählern für oder gegen eine Gesetzesvorlage eingereicht wurden. Ein kurzer Überblick über die betreffenden Gesuche zu den Judengesetzvorlagen ergibt deutlich eine überwiegende Mehrheit gegen die betreffenden Gesetze[9]). Auch sonst sprechen alle Umstände im öffentlichen Leben für eine judenfeindliche Haltung des Volkes. Zwar hören wir gelegentlich von zwei Versammlungen in Edinburgh und Cambridge zugunsten der Juden. Ihnen stehen aber judenfeindliche Schritte der anderen Seite in reicher Überzahl gegenüber[10]).

Für die allzu siegessicheren Juden müssen die Ereignisse des Jahres 1848 eine bittere Enttäuschung gewesen sein. Aus der unmittelbar einsetzenden Propagandawelle der Juden konnte man aber schließen, daß sie den Kampf weiter fortführen wollten. Ein ausführliches Werk, wahrscheinlich von ihnen herausgegeben, brachte die hauptsächlichsten Reden, die in Verbindung mit dem letzten Judengesetz gehalten waren. Der Verfasser Egan war ein

[9]) Morning Post vom 17. Dezember 1847. Standard u. Times vom 17. Dezember 1847. Standard vom 22. Dezember 1847.
[10]) Standard vom 30. Dezember 1847. Times vom 18. Januar, 2. Februar 1848.

Barrister. Er faßte in der Form eines juristischen Gutachtens die einzelnen Gegengründe der Opposition zusammen und versuchte sie zu widerlegen[11]).

Bereits im nächsten Jahre kam es zu einem erneuten Vorstoß der Juden im Parlament unter der Führung von Lord John Russell. Diesmal nannte er den Gesetzesentwurf „Gesetz betr. parlamentarischen Eid", um schon von vornherein den Eindruck zu vermeiden, daß tatsächlich nur den Juden damit geholfen werden sollte. Grundsätzlich verlangte er nämlich allgemein eine Reform der Eide für die Mitglieder des Parlaments. Die für alle Mitglieder vorgeschlagene neue Form des Eides war so gehalten, daß sie auch ohne weiteres den Juden genehm war. Die Judengegner erkannten aber nur zu schnell die geheime Absicht von Lord John.

Bei den Verhandlungen im Parlament ergriff der Führer der Judengegner, Sir Robert Inglis, nach einer geschickten Rede des Ministerpräsidenten das Wort. Er machte dem letzteren den Vorwurf, daß das ganze Gesetz nur dazu dienen solle, den Juden Zutritt zum Parlament zu verschaffen. „Wenn einmal den Juden die Zulassung zum Parlament gewährt ist, werden sie dort einen Kern für ihre eigene Meinung bilden ... und großen Einfluß auf öffentliche Entschließungen haben."

Er wurde unterstützt von dem Abgeordneten Major Beresford. Seiner Ansicht nach war der Hauptgrund für die beantragte Änderung des Eides, daß ein Jude von der City gewählt sei.

Beide wurden unterstützt von dem jetzt noch des öfteren hervortretenden Judengegner Newdegate.

„Er fürchte", so hören wir, „daß sein Vorredner, der sich für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen hätte, mit Voltaire übereinstimmte. Dieser habe die Behauptung aufgestellt, daß mit Rücksicht darauf, daß Juden und Christen zusammen an der Börse ihr Geld verdienten — auch kein Unterschied zwischen dem Parlament und der Börse sein müsse. Wenn diese beiden Institutionen tatsächlich dasselbe wären, wäre natürlich kein Recht für die Ausschließung der Juden aus dem Unterhaus vorhanden. Aber er sei in einer anderen Meinung über diese Frage aufgewachsen. Das Parlament wäre für ihn das höchste und ehrenvollste und ein Platz darin wäre mehr als ein Privileg. Den Juden könnte aber ein Sitz im Parlament nicht zugebilligt werden. Sie wären nach Rasse und Religion ein abgesondertes Volk."

Nach weiteren Diskussionen schritt man zur Abstimmung, die eine Mehrheit von 93 Stimmen für die Annahme ergab.

Wider Erwarten kam es bei der dritten Lesung noch zu weiteren interessanten Auseinandersetzungen, wobei der Abgeordnete Newdegate noch einmal in die Debatte eingreift. Seine Reden sind meistens von ganz besonderem Wert und von besonderem Interesse, zumal er sich anscheinend durch ein eingehendes Studium

[11]) Egan: S. 150 ff.

mit der jüdischen Geschichte vertraut gemacht hatte. Vor allen Dingen weist Newdegate darauf hin, daß der Jude infolge seiner Religionsprinzipien von minderwertigem Charakter sei. Im übrigen wundere er sich nicht, daß die Juden so allgemeine Unterstützung im Parlament hätten. Denn sie wären an der Börse vorherrschend und die dort vorhandenen Prinzipien seien bereits voll und ganz in das Parlament eingeführt worden.

Die Opposition hatte mit ihren Anstrengungen, das Gesetz zu vereiteln, keinerlei Erfolg. Die Abstimmung fiel mit 272 zu 206 zugunsten der Regierung aus.

Wiederum wurde aber der Angriff der Judenfreunde im House of Lords abgeschlagen. Auch hier fanden erbitterte Debatten über das Für und Wider statt. Der Bischof von Oxford nahm leidenschaftlich gegen die Annahme Stellung.

„Zuerst", so machte er u. a. geltend, „sei die Zulassung gefährlich, weil es unmöglich sei, die Wahlbezirke zu zählen, in denen die Macht des Geldes gebraucht werden würde, um eine für die Juden wichtige Angelegenheit sicherzustellen. . . . Gerade in den letzten Jahren hätte man das große Anwachsen der Geldmacht in den gesetzgebenden Körperschaften gesehen. . . . Infolgedessen sei er der Meinung, daß die Annahme dieses Gesetzes, welches die direkte Repräsentation der unmittelbaren Geldmacht im Lande darstelle, ein wirklich großes Übel sei . . ."

Das House of Lords sprach sich dann in der Abstimmung mit 95 zu 70 Stimmen gegen Annahme des Gesetzes aus.

Die Komödie Rothschild wiederholt sich

Die nächsten acht Tage nach dieser Niederlage der Juden im House of Lords sind vielleicht die aufschlußreichsten für die 28jährigen Kämpfe.

Die Sitzung der Lords, in der der Gesetzesentwurf zu Fall gebracht worden war, begann spät abends am Dienstag, 26. Juni 1849. Um ½1 Uhr nachts, also eigentlich bereits am nächsten Tag, fanden die Debatten mit der Abstimmung ein Ende. Mit Rücksicht auf die späte Stunde vertagte sich das Oberhaus. In aller Frühe am nächsten Morgen verzichtete Rothschild auf seinen Sitz im Parlament, so daß eine Neuwahl notwendig wurde.

Unmittelbar danach wurde von der zuständigen amtlichen Stelle die Urkunde für die Neuwahl in der City ausgefertigt. Unverzüglich wurde sie an die Sheriffs der City gesandt, bei denen sie kurz vor 14 Uhr eintraf. Bereits einige Stunden später wurde öffentlich bekanntgemacht, daß der Nomination Day am Montag, 2. Juli, und die Wahl am Dienstag, 3. Juli, stattfinden würde[1]).

Die Schnelligkeit der Erledigung dieser formellen Angelegenheit ist geradezu unübertroffen. Wir können uns kaum denken, daß es einen ähnlichen Fall in der englischen Geschichte gibt. Gewöhnlich braucht man hierzu Wochen. Der „Standard" vom 2. Juli läßt es daher auch nicht an dem nötigen Hinweis fehlen. Der „Morning Herald" vom gleichen Datum meint, daß „jeder Dummkopf überzeugt sein müsse, daß alles vorher rechtzeitig vorbereitet gewesen wäre, um die Wählerschaft der City zu überraschen".

Am Donnerstag erschien bereits der Wahlaufruf von Rothschild, daß „der Form Gerechtigkeit geschehen soll und ebenfalls dem wahren Geist der britischen Verfassung . . . "[2]). Der „Morning Herald" vom 29. Juni ist besonders über diese Redewendung erzürnt, weil nach seiner Auffassung das gesamte Tun von Rothschild der Verfassung und den Gesetzen von Groß-Britannien widerspreche, da er keinesfalls berechtigt sei, einen Sitz im Parlament einzunehmen.

Gleichzeitig mit dem Wahlaufruf wurden an allen Ecken und Enden der City Plakate zugunsten von Rothschild angebracht[3]). Dagegen sah man nichts dergleichen von den unvorbereiteten Judengegnern, geschweige denn teilten diese der Öffentlichkeit mit, ob überhaupt ein Gegenkandidat aufgestellt werden würde. Wie sehr man durch das ganze Manöver überrascht wurde, ersieht man am besten daraus, daß man zunächst eine Aufstellung eines Kandidaten für völlig wertlos hielt. Erst nach längeren Debatten in der diesbezüglichen Versammlung entschloß man sich, Lord John Manners aufzustellen. Dieser Entschluß wurde erst in den späten Nachmittagsstunden des Sonnabends, 30. Juni, den Wählern mit-

[1]) Standard vom 28., 30. Juni, 2. Juli 1849. Morning Herald vom 2. Juli 1849.
[2]) Times vom 28. Juni 1849.
[3]) Standard vom 29. Juni 1849.

geteilt. Ob Lord Manners überhaupt noch imstande war, an diesem Tage einen Wahlaufruf zu erlassen, erscheint mehr als zweifelhaft. Auf jeden Fall finden wir ihn erst am Montag, dem Nomination Day, in den Zeitungen veröffentlicht. Hierin wird darauf hingewiesen, daß die Wahl nur inszeniert worden sei, um das House of Lords einzuschüchtern. Lord Manners würde sich schützend vor die Lords stellen und versuchen, jedes gegen sie gerichtete Vorhaben zu vereiteln[4]).

Die Stellung des Gegenkandidaten von Rothschild war natürlich alles andere als erfreulich. Rothschild hatte vom ersten Tage an mit seiner von langer Hand geplanten Wahlpropaganda gearbeitet. Da am Sonntag in England kaum nennenswerte Wahlagitationen stattfinden, hatte Lord Manners also nicht einen einzigen Tag für sich zur Verfügung. Dies gab Rothschild — abgesehen von allem andern — eine viel günstigere Position. Aber selbst am Sonntag waren die Juden der City zugunsten ihres Rassegenossen tätig. Sogar während der Kirchzeit überschwemmten sie die City mit Wahlplakaten, die wohl noch in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag hergestellt sein mußten. Denn der Inhalt derselben griff bereits Lord Manners in unerhörter Weise an. Daneben klebten sie Flugschriften an alle nur dafür geeigneten Mauern und Türen. Der „Standard"[5]) weist auf das Geschrei hin, das sich erhoben hätte, wenn etwa seitens der Judengegner ein Aufruf wie „Judas und Gerechtigkeit für die Juden" oder „Barrabas, die Wahl der Briten", veröffentlicht worden wäre.

Der Morgen des Nomination Day sah große Menschenmengen auf den Straßen. Bei genauerem Zusehen stellte man fest, daß es sich hauptsächlich um Juden aus dem düstersten Osten Londons handelte. Es schien fast, als ob nicht ein einziger Jude seinem Handel an diesem Tage nachging. Denn der sonst in den Straßen der City zu hörende Ruf der jüdischen Lumpensammler „Clo, Clo" (Abkürzung von Cloths = Kleider) war den ganzen Tag über nicht zu vernehmen. Soweit es überhaupt noch möglich war, wurden noch mehr Wahlaufrufe zugunsten von Rothschild angeklebt. Flaggen mit der Inschrift „Bürgerliche und religiöse Freiheit" oder „Rothschild" wurden an allen nur möglichen Plätzen entfaltet. Als Rothschild durch einen Freund der Menge vorgestellt wurde, raste sie vor Begeisterung. Als dagegen Lord John Manners eingeführt wurde, gingen die Begrüßungsworte eines Freundes von ihm in dem Toben der Masse unter.

Die Rede von Rothschild bezog sich hauptsächlich auf die Notwendigkeit der Freiheit und Gleichheit aller Rechte für jedermann. Als er endete, kannte der Beifall keine Grenzen.

Vergebens versuchte Lord John Manners der Menge seine Wahlprinzipien auseinanderzusetzen. Nicht einmal die ihm am

[4]) Standard vom 2. Juli 1849. Morning Post vom 2. Juli. Morning Herald vom 2. Juli 1849.
[5]) Standard vom 2. Juli 1849.

nächsten Sitzenden konnten ihn verstehen. Als der Lärm zuletzt selbst für die Freunde Rothschilds zuviel wurde, versuchte der offizielle Versammlungsleiter Ruhe zu schaffen. Er appellierte an den Geist der Anwesenden, indem er es als unenglisch bezeichnete, wenn man nicht auch seinen Gegner zu Wort kommen ließ. Anscheinend machte dieser Hinweis jedoch nicht den geringsten Eindruck, denn unmittelbar nach Beginn der weiteren Rede von Lord John setzte dasselbe Gebrüll wieder ein. Mit einem letzten Aufwand an Kraft schleuderte er, wenigstens für die ihm nahe Sitzenden verständlich, die Worte in die Versammlung: „Es erscheint, meine Herren, als ob Sie nicht die Redefreiheit in die Gewissensfreiheit einsetzen." Anscheinend empfand Rothschild das Unangenehme der Lage und bat selbst die Menge, ruhig zu sein. Auch er hatte nur teilweise Erfolg. Immerhin konnte man jetzt brockenweise etwas von Lord John Manners Rede verstehen. Dieser griff Rothschild hauptsächlich wegen seiner internationalen Beziehungen an, die zweifellos gegen die nationalen Belange Englands verstoßen müßten.

Die vorläufige Wahl ergab eine erdrückende Mehrheit für Rothschild. Anschließend beantragte man für den nächsten Tag die endgültige Wahl.

Im Gegensatz zur ersten Wahl von Rothschild wollte man anscheinend diesmal ganz sichergehen und hatte daher bereits am Nomination Day begonnen, die Massen unerlaubterweise zugunsten von Rothschild zu beeinflussen. Denn bereits an diesem Tage wurden in verschiedenen, dem Versammlungsort naheliegenden Gaststätten Anhänger von Rothschild mit einem Frühstück bewirtet[6]).

Der Wahltag selbst sollte noch in ganz anderem Maße derartige Ausschreitungen zeigen. Wie auch schon bei den Wahlen von 1847 beherrschten seine Agenten, die sogenannten long-shore men, das Feld. Dieselben Szenen ereigneten sich wie damals, und die Bestechungen waren zumindest nicht geringer als beim erstenmal.

Daneben arbeitete Rothschild auch noch mit unrichtigen, aber natürlich zu seinen Gunsten ausgefertigten Wahllisten. So hatte die Conservative Association schon längere Zeit vor den Wahlen festgestellt, daß etwa 1400 Personen — ein großer Prozentsatz der damals wahlberechtigten Bürger der City — zu Unrecht in der Wahlliste aufgeführt waren. Es handelte sich hierbei um bereits Verstorbene oder nicht Wahlberechtigte. Die Conservative Association erhob ordnungsmäßig Einspruch bei dem zuständigen Registration Court der City und beantragte Streichung dieser Namen. Der Vorsitzende des Gerichts lehnte dies jedoch ab. Dies verwundert nicht, wenn man weiß, daß schon seit Jahren über die Parteilichkeit dieser amtlichen Stelle öffentlich Klagen geführt wurden. Hinzu kam, daß das ausschlaggebende Mitglied dieses

[6]) Times vom 8. Juli. Standard vom 8. Juli. Morning Post vom 8. Juli. Morning Herald vom 8. Juli 1849.

Amtes ein Barrister war, der ausschließlich im Dienste einer Morgenzeitung stand. Der Direktor dieser Zeitung war aber wiederum in finanzieller Hinsicht völlig von Rothschild abhängig. So blieb es bei dem ungesetzlichen Zustand, und die zu Unrecht Aufgeführten wurden fast ausnahmslos von Rothschild gekauft und stimmten für ihn. Die bereits Verstorbenen wurden durch Lebende ersetzt.

Die Gegner von Rothschild waren aber auch nicht ganz müßig geblieben. Schon in den ersten Wahlstunden verteilten sie ein Flugblatt gegen Rothschild.

In diesem wiesen sie darauf hin, daß die für Rothschild abgegebenen Stimmen verloren sein würden, da der Jude nach wie vor mit Rücksicht auf die fatalen Schlußworte des Eides nicht seinen Sitz im Parlament einnehmen könnte. Außerdem sei er ein Regierungsunternehmer, so daß er nicht die Interessen der Bürger vertreten könnte.

Endlich sei „Lionel Nathan Rothschild selbst oder seine Agenten", so teilte man der Öffentlichkeit mit, „sowohl der Bestechung als auch der Freihaltung in Gaststätten und anderer unzulässiger Handlungen anläßlich der Wahl am 29. Juli 1847 schuldig und damit auch außerstande, gewählt zu werden, um als Bürger dem Parlament der besagten City hinsichtlich der augenblicklichen Vakanz zu dienen . . ."

Das Flugblatt war vom 2. Juli 1849 datiert und trug die Unterschrift von vier Bürgern, die in Gegenwart von zwei Rechtsanwälten abgegeben waren.

Anscheinend war dies Rothschild und seinen Freunden sehr unangenehm, denn nur einige Stunden später ließen sie auf Flugblättern das Gutachten eines Barristers verteilen. Hiernach sei die Ansicht der Gegner falsch, daß Rothschilds Wahl null und nichtig sei. Vielmehr sei er nach wie vor ohne Rücksicht auf die Haltung des House of Lords wählbar. Am interessantesten ist aber, daß nicht der geringste Versuch gemacht wird, den Vorwurf der Bestechung zu widerlegen bzw. zumindest aufs schärfste zurückzuweisen[7]).

Es konnte natürlich nicht anders kommen! Rothschild wurde mit 6017 Stimmen gegenüber Lord Manners mit 2814 Stimmen wiedergewählt. Wahrscheinlich trifft der im „Morning Herald" vom 6. Juli 1849 veröffentlichte Spruch an die Mehrheit der Wähler am besten die Situation mit folgenden Worten:

Schreibt es auf eure Banner —
bestreite es, wer's kann.
Bei uns gilt nichts Lord Manners —
nein, Geld macht nur den Mann.

Bei der feierlichen Verkündung des Wahlergebnisses kann sich der große Freund Rothschilds, ein gewisser Mr. Wire, nicht genug

[7]) Times vom 4. Juli. Morning Herald vom 3., 4., 5. Juli 1849.

tun, den Juden zu loben und das House of Lords wegen seiner Haltung zu verdammen[8]). Ähnliche Ausführungen werden in der „Sun" vom 4. Juli gemacht. Hier droht man dem Oberhaus ganz offen mit Vergeltungsmaßnahmen, wenn seine Mitglieder es noch länger wagen würden, sich den Juden in den Weg zu stellen. Sie sollten nur daran erinnert werden, daß die Geldmittel für das House of Lords vom Parlament zu bewilligen seien. Sie wünschten sich nur die dummen Gesichter der Bischöfe zu sehen, wenn eines Tages das Parlament kein Geld mehr zur Verfügung stellen würde. Die „Daily News" vom gleichen Tage jubiliert ebenfalls und glaubt, daß Rothschild Lord Manners in derselben Weise geschlagen habe, wie Sidonia den jungen Conningsby.

Es ist nun sehr interessant, die Haltung der Judenpresse bezüglich der öffentlichen Anklagen und der Bemühungen wegen eines Verfahrens gegen Rothschild festzustellen.

Die „Times" und die „Sun" schweigen sich völlig aus, und auch hier findet die allgemeine Formel Anwendung: Schweigen ist Zustimmung. Die „Morning Chronicle", das Hofblatt von Rothschild, nahm diesmal jedoch im Gegensatz zum Jahre 1847 ausführlich Stellung. In ihrem Leitartikel vom 7. Juli zeigt sie die ganze Angst vor einem Verfahren, wenn sie auch einen gegenteiligen Eindruck hervorzurufen versucht.

„Wir glauben", so verkündet sie der Welt, „daß der Versuch fehlschlagen wird. Nach unserem besten Wissen ist der Vorwurf der Bestechung oder rechtswidrigen Freihaltung im Jahre 1847 genau so haltlos wie derjenige der Bestechung und rechtswidrigen Freihaltung am letzten Dienstag ... Aber selbst angenommen, daß man ihn durch Beweise bekräftige, würde nicht dadurch lediglich Lord John Manners in eine höchst peinliche und erniedrigende Lage kommen... Wir können uns kaum vorstellen, daß irgendeine einflußreiche Gruppe von Bürgern verrückt genug sein wird, die Hauptstadt in einen derartigen Skandal zu verwickeln...

Unserer Meinung nach würde eine Entscheidung, die Lord John Manners im Widerspruch zu einer großen Wählerschaft den Sitz im Parlament zuerkennt, eine Krisis heraufbeschwören, die voll Gefahren ist..."

Man sieht heulende Angst gepaart mit Drohungen, die einem kleinen, im allgemeinen um sein Wahlrecht zitternden Bürger unliebsam in den Ohren geklungen haben müssen.

So ist es nicht verwunderlich, daß man vergebens nach weiteren Aufrufen zu Geldsammlungen für die weiteren Schritte sucht. Geld für solche Dinge gibt man nicht gern, und eine düstere Ahnung des „Standard" in seinem Artikel vom 6. Juli, daß wahrscheinlich die ganze Angelegenheit daran scheitern wird, hat sich nur zu sehr bewahrheitet.

[8]) Times vom 5. Juli 1849.

Man fragt sich mit Recht, was für einen Zweck die Abdankung und Wiederwahl von Rothschild verfolgt hat. Dies ist heute schwer zu beantworten. Aber die Presse der Judenfreunde hat uns einen Hinweis gegeben. Es war bei einer von vornherein zu erwartenden Wiederwahl von Rothschild beabsichtigt, das Oberhaus einzuschüchtern, indem man ihm die angebliche Volksmeinung vor Augen führen wollte[9]). Gleichzeitig wollte man die immer etwas schläfrige und wichtige Dinge leicht vergessende englische Masse erneut durch ein Schauspiel an die Judenfrage erinnern. Endlich war es eine besonders gute Gelegenheit für die Presse, die Judenfrage in einer für den englischen Mann auf der Straße verständlichen Art aufzuziehen. Denn nach der „Times" vom 28. Juni 1849 war der ganze Kampf nicht mehr eine Angelegenheit der Juden, denn „der Gesetzesentwurf beabsichtigt nicht, den Juden die Zulassung zum Parlament zu bewilligen, sondern den Christen zu genehmigen, die Juden zu wählen". Mit andern Worten, dieses rückständige House of Lords erdreiste sich, das heilige Recht der Wahlfreiheit der Engländer anzuzweifeln und tatsächlich durch seine Haltung aufzuheben. Dies mußte natürlich das Blut eines biederen englischen Wählers zum Kochen bringen, zumal ihm weiter klar gemacht wurde, daß ja seine Seite „die Prinzipien der Religionsfreiheit und den ausdrücklichen Willen des englischen Volkes darstelle".

[9]) Times vom 28. Juni. Morning Chronicle vom 2. Juli 1849.

Rothschilds Austreibung

Es sollte fast ein ganzes Jahr vergehen, ehe ernstlich Schritte unternommen wurden, um Rothschilds Sieg auszunutzen, d. h. ihn ins Parlament zu bringen. Nach wie vor machte dies die Form der Eide, insbesondere die des Abjurationeides, unmöglich.

Am 12. März 1850 wurde im Parlament beschlossen, ein Komitee zur Erforschung der Frage zu bilden, ob und unter welchen Voraussetzungen Juden Sitze im Parlament einnehmen könnten. Bei den Debatten fiel es auf, daß die Haltung von Lord John Russell im Gegensatz zu früher, wenn auch nicht gerade ablehnend, so doch recht zurückhaltend war. Trotz der Einsetzung des Komitees kam die Angelegenheit nicht weiter, und es blieb zunächst bei der ersten Lesung vom 31. Mai. Auf eine Anfrage im Parlament erklärte Lord John Russell sogar am 22. Juli desselben Jahres, es sei kaum wahrscheinlich, daß man in der gegenwärtigen Sitzungsperiode weitere Schritte zu erwarten hätte. Welche Gründe ihn zu seiner zögernden Haltung bestimmt haben, kann heute kaum noch festgestellt werden. Das Hofblatt von Rothschild war natürlich wenig darüber erbaut und hielt nicht mit seinem Unwillen zurück.

Rothschild nahm nun die Erreichung seines Zieles selbst in Angriff. Er berief zum 25. Juli eine Versammlung in die London Tavern, Bishopsgate Street, ein. Es fanden sich dort ungefähr 500 Personen zusammen. Unter ihnen sah man die bekannten Juden, wie Montefiore, Goldsmid und Cohen und bezeichnenderweise den stellvertretenden Gouverneur der Bank von England, Mr. Thomson Hankay.

Der Verlauf der Versammlung ist sehr eingehend geschildert worden[1]). Wir können daraus entnehmen, daß die Versammlung Rothschild einstimmig aufgefordert hat, am nächsten Tag ins Parlament zu gehen und seinen Sitz einzunehmen. Ganz besonders tat sich Lord Dudley Stuart bei den verschiedenen Reden hervor. Nach seiner Meinung sei die Versammlung die wichtigste aller Zeiten, und man müsse nur endlich mit drastischen Maßnahmen vorgehen.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich trotz der späten Nachtstunde die Kunde von dem Entschluß Rothschilds in London. Auch die Judengegner im Parlament wurden gegen Mitternacht davon unterrichtet.

Der nächste Tag sah daher ein selten volles Haus, da viele Abgeordnete nur wegen des angekündigten Vorhabens von Rothschild erschienen waren. Unmittelbar vor Beginn der Sitzung traf dann auch Rothschild mit zahlreichen Wählern, die ihn auf seinem schweren Gang begleiten wollten, im Unterhaus ein.

[1]) Morning Chronicle vom 26. Juli 1850.

Die Stimmung im Parlament war voller Spannung. Die Augen aller Abgeordneten waren auf die Tür gerichtet, durch die Rothschild seinen Weg in den eigentlichen Sitzungssaal zu nehmen hatte. Bis zur letzten Minute gab es Zweifler, ob Rothschild wirklich die Stirn haben werde, die Einnahme seines Sitzes auf diese Weise zu erzwingen. Sie sollten nicht lange warten, denn unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung betrat Rothschild den Raum und schritt auf den erhöhten besonderen Sitz des Präsidenten zu. Er bat diesen, die notwendigen Eide leisten zu dürfen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er sie auf das Alte Testament ablegen könne. Der Präsident lehnte dies jedoch ab und ersuchte Rothschild, sich unverzüglich zu entfernen. Letzterer kam dieser Aufforderung nach.

Man kann sich denken, daß die anschließende Debatte über den Vorfall in Verbindung mit der schon erörterten Judenfrage außerordentlich heftig war.

Für die Judengegner stand Sir Robert Inglis nicht mehr allein an führender Stelle, sondern er wurde von zwei jüngeren Leuten, Sir Frederick Thesiger und Charles Newdegate, tatkräftig unterstützt.

Der erstere war der Enkel des um die Mitte des 18. Jahrhunderts von Sachsen nach England ausgewanderten John Andrew Thesiger. Er hatte eine gute Ausbildung als Jurist genossen und galt bald als der glänzendste Barrister seiner Zeit. Er bekleidete die höchsten Ämter. Später wurde er im Kabinett von Lord Derby am 26. Februar 1858 Lordkanzler und unter dem Namen Lord Chelmsford zum Peer erhoben. Es mutet wie eine Ironie des Schicksals an, daß gerade unter ihm das House of Lords dem Ansturm der Juden erlag, und er selbst glaubte, ohne seine innere Abneigung gegen die Juden überwunden zu haben, aus Solidarität mit der Regierung für das Judengesetz stimmen zu müssen.

Charles Newdegate war ein ebenso glänzender Redner wie Sir Frederick und von derselben guten akademischen Erziehung. Er war in Eton und anschließend in Oxford. Sein Familienname ist uns schon einmal begegnet. Bei den Kämpfen im Jahre 1753 war es ein anderes Mitglied seiner Familie, das an erster Stelle gegen die Juden gefochten hatte. Das Leben des jüngeren Newdegate war ganz der Politik gewidmet. Er starb am 9. April 1887 und wurde in der Harefield Church begraben. Im Gegensatz zu Sir Frederick hat er bis zum Letzten für seine Idee gegen die Juden gekämpft. Als im Jahre 1866 die Beschränkungen der Juden, die nur noch eine Formsache waren, durch Gesetz abgeschafft werden sollten, verteidigte er an der Spitze eines Häufleins von vier weiteren aufrechten Männern seine Überzeugung. Vielleicht kommt in England noch einmal der Tag, daß diesem Briten die Ehre angetan wird, die er verdient hat.

Es waren diese beiden Männer, die in den anschließenden nächtelangen Debatten die Zulassung der Juden aus den ver-

schiedensten Gründen für unzulässig hielten. Der erste Tag der Aussprache sollte keinerlei Entscheidung bringen. Vielmehr vertagte man sich auf den nächsten Sitzungstag, Montag, 29. Juli.

Die judenfreundliche Presse konnte sich am nächsten Tag nicht genug tun, zu weiteren Taten aufzufordern. Die „Times" verurteilte das Verhalten von Lord John Russell als zu langsam und der Judensache nicht dienlich. Die Wähler der City könnten mit Recht über den gestrigen Vorgang im Parlament unwillig sein. Jetzt oder nie, so meint der „Chronicle" vom 27. Juli, sei der Augenblick für die völlige Emanzipation gekommen. Kühnheit und Durchhalten sei das einzige Mittel. Daß die Presse der Judengegner den Schritt Rothschilds aufs heftigste verurteilte, braucht wohl kaum erwähnt zu werden.

Am Montag der nächsten Woche entbrannte der Kampf im Parlament aufs neue. Die Mehrheit erwirkte den Beschluß, wonach Rothschild vom Präsidenten gefragt werden sollte, ob er bereit sei, die Eide auf das Alte Testament zu leisten. Darauf wurde durch Beschluß festgesetzt, daß die Beeidigung dementsprechend erfolgen sollte. Wegen vorgerückter Stunde sollte der Akt aber erst am nächsten Tage erfolgen.

Der Jubel der judenfreundlichen Presse kannte keine Grenzen mehr. Jetzt endlich könnte man das Ende der Auseinandersetzungen sehen, und der Sieg sei nicht mehr fern. Morgen würde Rothschild auf das Alte Testament beeidigt, und er würde und müßte seinen Sitz einnehmen. Warum hätte es nicht gleich so gemacht werden können?[2])

Man kann sich denken, daß auf der andern Seite Niedergeschlagenheit herrschte. Es erscheint hierbei nicht unmöglich, daß die Regierung eng mit Rothschild zusammenarbeitete und man den Weg gewählt hatte, um jede Einwirkung des Oberhauses auszuschalten.

Mit der gleichen Spannung wie am ersten Tage begann die Sitzung am Dienstag, 30. Juli. Wieder begab sich Rothschild in die Nähe des Präsidenten. Wieder verlangte er die Abnahme des Eides unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß er diesen unter Berufung auf das Alte Testament ablegen könne. Diesmal wurde er nicht aufgefordert, den Saal zu verlassen, sondern höflich überreichte ihm der Gehilfe ein Exemplar des Alten Testaments, welches er während des Schwures in der Hand zu halten hatte. Rothschild, Lord John Russell und all die vielen andern sahen sich am Ende ihrer Ziele. In ohnmächtigem Trotz saßen die Männer um Sir Frederick Thesiger und Newdegate.

Mit siegessicherem Lächeln leistete Rothschild unter dem aufmunternden Zunicken seiner Freunde die Eide of Allegiance und Supremacy. Nur noch der Eid of Abjuration war übrig. Wie

[2]) Times, Sun, Morning Chronicle vom 30. Juli 1850.

bei den ersten Eiden sprach man ihm die Worte vor, die er ohne Zögern wiederholte. Und jetzt war er beinahe beendet. „Bei dem treuen Glauben eines Christen", so hörte man die zuständige Amtsperson die Schlußworte des Eides Rothschild vorsagen. Und in die atemlose Stille kam die Antwort von Rothschild: „Ich lasse diese Worte aus, da sie für mein Gewissen nicht bindend sind." Danach beendete er den Eid mit: „Sowahr mir Gott helfe."

Freund und Feind saßen wie erstarrt. In das Schweigen der hohen Versammlung kam die klare Stimme des Präsidenten, die Rothschild aufforderte, sofort den Saal zu verlassen. Rothschild schickte sich, wenn auch zögernd, an, der Aufforderung nachzukommen. Einer der aktiven judenfreundlichen Abgeordneten sprang auf und protestierte gegen diese Anordnung des Präsidenten, indem er darauf hinwies, daß Rothschild die Eide ordnungsgemäß abgelegt hätte. Jetzt fanden auch die Judengegner ihre Fassung wieder. Sie konnten es offenbar noch nicht glauben, daß auch dieser so geschickte und schon erfolgreich erscheinende Angriff der Juden noch einmal abgeschlagen sein sollte. Ihre Erleichterung und ihr vorher angesammelter Grimm machten sich in ungeheurem Widerspruchsgeschrei Luft. Wieder versuchten Freund und Feind sich von der Richtigkeit ihrer jeweiligen Ansicht gegenseitig zu überzeugen. Das Parlament verbrachte eine dritte Nacht mit diesen Debatten, um sich nochmals zu vertagen.

Welch ein anderes Bild in der Presse des nächsten Morgens! Man war von dem höchsten Freudentaumel in tiefste Niedergeschlagenheit gestürzt, und umgekehrt. Die Zeitungen der Judenfreunde fragten verzweifelt, was nun werden sollte. Sei wiederum eine Neuwahl in der City nötig, oder sollte Rothschild die Einbringung eines neuen Gesetzes zur Abänderung der Eidesformel abwarten?[3])

Auf der Gegenseite herrschte natürlich eitel Freude. So meint der „Morning Herald" vom 31. Juli, daß man eigentlich über die wiederholten Fehlschläge von Rothschild gar nicht erstaunt zu sein brauche. Denn wenn ein Jude auch unheimlich reich sei, würde er doch nicht lernen, sich wie ein Gentleman zu benehmen. Ohne diese Eigenschaften könne er aber nur schwer sein Ziel erreichen.

Anscheinend konnte sich die Regierung bei dem Verhalten von Rothschild nicht mehr ganz dem Volkssturm verschließen. Am 1. August kündigte der Kronanwalt einen Antrag für die Sitzung vom 5. August an, wonach Rothschild verboten werden sollte, seinen Sitz vor Ableistung des Eides of Abjuration einzunehmen. Ferner sollte ausdrücklich festgesetzt werden, daß in der nächsten Sitzungsperiode ein Gesetz zur Abänderung des Eides of Abjuration eingebracht und beraten werden solle. In der Sitzung des in Aussicht genommenen Tages wurde auch ein entsprechender Beschluß gefaßt.

[3]) Times, Morning Chronicle, Sun vom 31. Juli 1850.

Damit war ein wohlangelegter Plan der Juden und ihrer Freunde erneut zusammengebrochen, und man mußte daher darangehen, das House of Lords für eine Abänderung des Gesetzes zu gewinnen.

Hiermit sollte es aber noch gute Weile haben. Anscheinend wollte man zunächst inoffiziell auf eine Mehrheit im Oberhaus hinarbeiten, oder es mögen auch andere unbekannte Gründe gewesen sein, die eine neue Aktion zunächst verhinderten. Jedenfalls wurde erst am 3. April 1851 ein Antrag von Lord John Russell unter Berufung auf den Beschluß vom 5. August 1850 gestellt, wonach die Untertanen der Königin jüdischen Bekenntnisses den Eid of Abjuration unter Auslassung der fatalen Schlußworte leisten konnten. Bereits am nächsten Tage erfolgte die erste Lesung.

Wieder begannen erregte Debatten im Parlament. Die Judengegner waren entrüstet, daß diese Frage wieder und immer wieder auftauchte und sahen es ebenfalls als eine Brüskierung des House of Lords an, das sich eindeutig verschiedene Male gegen die jüdische Emanzipation ausgesprochen hätte.

„Auch könne man nicht vergessen", wie Newdegate in einer flammenden Rede ausführte, „daß Baron Rothschild zu dem Tisch des Parlaments gekommen sei und auf Grund eigener Autorität in seinem Fall den Inhalt des Eides abgeändert hätte... Der Präsident habe in der ihm eigenen Würde darauf hingewiesen, daß er sich ....einer schweren Ungehörigkeit schuldig gemacht habe. Die Wahl von Rothschild in der City von London habe zu sehr unter dem großen Geldbeutel Rothschilds und der andern dort wohnenden Juden gestanden. Die Juden könnten nicht mit den Engländern gleichgestellt werden. Ihre Religionsvorschriften könne man im Talmud finden. Der Inhalt sei mehr als verwerflich. So sei u. a. den Juden danach erlaubt, das zu behalten, was einem Christen gehörte..."

Newdegate führte dann noch weitere ähnlich unmoralische Vorschriften aus dem Talmud an.

Die Abstimmung hatte ein recht knappes Ergebnis zugunsten der Annahme des Gesetzes. Nur 25 Stimmen Mehrheit waren vorhanden. Bei den vorhergehenden Abstimmungen war die Majorität der Emanzipation nie so gering gewesen. Der Grund hierfür ist wahrscheinlich gewesen, daß viele früher für die Annahme günstig gesinnte Abgeordnete, durch die Taktik der Emanzipation abgestoßen, den Judengegnern beigetreten waren. Denn ein Gesetzesantrag jagte den andern ohne Rücksicht auf die ablehnende Stellungnahme des Oberhauses, und wohl hauptsächlich das Verhalten von Rothschild vor dem Parlament hatte den Judengegnern neue Anhänger gewonnen. Vielleicht hatten auch wiederum andere den geschichtlich belegten Angaben des Abgeordneten Newdegate nicht ihre Zustimmung versagen können. Auf jeden Fall stand aber fest, daß die Opposition im Parlament und

auch im Lande gewachsen war. Ende Juni fanden dann nochmals Beratungen über die Form des Gesetzes statt, und am 3. Juli erfolgte die letzte Lesung im Unterhaus.

Das Oberhaus sollte aber wiederum den jüdischen Angriff abschlagen. Selbst der Hinweis des Bischofs von Norwich, daß die frühere Haltung der Mehrheit des Oberhauses ein unglaublicher, durch nichts zu vertretender Verfolgungsgeist „gegenüber den jüdischen Brüdern" sei, hatte nichts zu ändern vermocht. Am 17. Juli 1851 wurde die zweite Lesung des vom Parlament verabschiedeten Gesetzes verworfen.

Zum zweiten Male: David Salomons

Trotzdem zum so und sovielten Male auf diese Weise amtlich festgestellt war, daß eine Zulassung der Juden im allgemeinen und Rothschilds im besonderen nicht erwünscht sei, zog der letztere und seine Freunde durchaus nicht die sich daraus ergebenden Konsequenzen, nämlich, seinen Sitz in der City aufzugeben.

Einige Wochen vor den Ereignissen im Oberhaus hatte eine Wahl im Bezirk von Greenwich stattgefunden. Schon mehrere Tage vor dem angesetzten Termin vom 27. Juni hatte sich das Gerücht verbreitet, der bekannte Jude David Salomons wolle nach manchen vergeblichen Versuchen an andern Orten sich um diesen Sitz im Parlament bewerben. Es war gerade die Zeit der harten Kämpfe im Parlament und unmittelbar vor der dritten, endgültigen Lesung. Die Öffentlichkeit war daher schon im allgemeinen wieder stark mit der Judenfrage in Anspruch genommen. Man war auf Seiten der Judengegner außer sich, daß man anscheinend keinen Abgeordneten der Konservativen Partei aufzustellen geneigt war. Inzwischen war der Nomination Day herangekommen. Neben Salomons kandidierten noch ein Mr. Chambers und Mr. Wire. Ersterer gab unmittelbar am Abend vor dem Wahltag zum allgemeinen Erstaunen ohne ersichtliche Gründe seine Bewerbung auf. Mr. Wire dagegen nahm den Kampf mit Salomons auf. Er war es, der im Jahre 1847 nach der ersten Wahl Rothschilds sich in einer Rede nicht genug tun konnte, den großen Tag zu feiern. Aber abgesehen von diesem Vorfall war es allgemein bekannt, daß er den Juden vollkommen hörig war. Die organisierte Judenschaft in London hat ihn ausgiebig mit Aufgaben jeder Art beschäftigt. Einmal war er sogar in ihrem Auftrage zur Erledigung bestimmter Aufgaben für längere Zeit nach Jerusalem gegangen. Unter diesen Umständen, so meint der Morning Herald, ist es nicht verwunderlich, daß „er eine Art jüdischen Anstriches erworben hat“[1]).

Mit großer Spannung sah man der Wahl entgegen, und man fragte sich, ob Salomons wirklich, wie er gesagt hatte, koste es, was es wolle, — mit „Hilfe des Bierfasses und der Branntweinflasche“ gewinnen würde[2]).

So war es also keine Überraschung, daß Salomons diesmal zum Parlament gewählt wurde. Die Gesamtzahl aller abgegebenen Stimmen ließ erkennen, daß sich etwa 1500 Wähler der Stimmabgabe enthalten hatten. Der Morning Herald vom 17. Juli 1851 wies mit Recht darauf hin, daß dies geschehen sei, weil „beide Kandidaten nicht genügend Widerstand in der feindlichen Auseinandersetzung zwischen Juden und Christen bieten“.

---

[1]) Morning Herald vom 4. u. 17. Juli 1851.
[2]) Morning Herald vom 26. Juni 1851.

Am Sonnabend, 28. Juni, 11 Uhr, wurde das Resultat in Greenwich öffentlich verkündet. Eine große Menge war anwesend und vernahm, daß Salomons 2165 Stimmen, Wire dagegen nur 1278 Stimmen erhalten hätte. Salomons zeigte sich seinen begeisterten Wählern, deren Hurrarufe nicht enden wollten. Er ergriff das Wort und teilte seinen festen Entschluß mit, in der nächsten Woche ins Parlament zu gehen. Nur müsse er nach der aufreibenden Wahltätigkeit einige Tage Ruhe haben und außerdem von der Regierung erfahren, welcher Tag genehm sei, um angesetzte wichtige Beratungen nicht durch sein Erscheinen zu stören.

Die Presse der Judengegner ließ nichts unversucht, die Öffentlichkeit über die von Salomons angewandten Methoden aufzuklären. Sie tadelte im übrigen durchaus nicht die Wähler von Greenwich so sehr für ihre Wahl, denn nach ihrer Meinung sei es durchaus verständlich, daß sie eben einen richtigen Juden und nicht den Schatten eines Juden zu ihrem Abgeordneten erkoren hätten[3]).

Es sollte aber nicht so schnell zu einem Erscheinen von Salomons im Parlament kommen. Anscheinend hatte ihn die ihm freundliche Regierung umgestimmt, denn am 3. Juli teilte Lord John Russell im Unterhaus mit, daß Salomons von diesem Vorhaben solange Abstand nehmen wolle, bis das vor dem Oberhaus schwebende Judengesetz in der einen oder andern Weise erledigt sei.

Spät abends am 17. Juli wurde bekanntlich das Judengesetz vom House of Lords zu Fall gebracht. Die Zeitungen waren am nächsten Morgen voll von diesem Ereignis. Wird Salomons es wagen, nunmehr seine Drohung — ins Parlament zu kommen und den seit Jahren tobenden Kampf fortzusetzen —, wahrmachen, so fragt der Morning Herald? Die Times vom gleichen Tage, anscheinend wie immer gut unterrichtet, beantwortet diese Frage wie folgt: „Es besteht kein Zweifel, — sie (die Juden) werden es tun! Ihre Lebenskraft und Beharrlichkeit wird jede Art von Rückschlägen überdauern . . ."

Der Beginn der Sitzung des Unterhauses vom 18. Juli stand unmittelbar bevor. Kaum hatte der Parlamentspräsident die Sitzung für eröffnet erklärt, als Salomons plötzlich in der Tür erschien und ohne Zögern auf den Sitz des Präsidenten zuschritt. Dort angelangt, verlangte er die Abnahme der drei Eide. Er bat, sie auf das Alte Testament ablegen zu dürfen. Dieser Wunsch wurde ihm gewährt, und man reichte ihm ein solches. Die ersten beiden Eide leistete er ohne Schwierigkeiten, indem er die von dem Gehilfen vorgesprochenen Worte wiederholte. Die für ihn fatalen Schlußworte des dritten Eides ersetzte er dagegen wie Rothschild im Jahre vorher mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe." Unmittelbar danach las er von einem Blatt Papier die Erklärung

[3]) Standard vom 28. Juni, Morning Post vom 30. Juni 1851.

vor, er könne den Schlußsatz des Eides of Abjuration nicht mit seinem Gewissen vereinbaren. Nach seiner Auffassung habe er nichtsdestoweniger den gesetzlichen Voraussetzungen genügt, und er sei ordnungsmäßig zur Einnahme seines Sitzes berechtigt.

Dem Präsidenten wurde von dem Gehilfen die Auslassung der Worte und die erfolge Überreichung des von Salomons verlesenen Schriftstückes mitgeteilt. Darauf erklärte der Präsident, „der verehrliche Abgeordnete hat die vorgeschriebene Form des Eides außer acht gelassen, und es ist daher meine Pflicht, ihn zu ersuchen, sich hinter die Schranke zu begeben".

Salomons war der Entwicklung der Dinge sehr nervös gefolgt und wurde immer aufgeregter. Zum allgemeinen Erstaunen befolgte er nicht die Aufforderung des Präsidenten. Nach einigem Zögern verließ er zwar den Platz vor dem Tisch des Präsidenten, setzte sich aber neben den Abgeordneten Sir W. Molesworth auf die direkt unterhalb der Sitze der Minister befindliche Bank. Schlagartig setzte ein ungeheurer Lärm ein, vermischt mit den Rufen „raus" oder „Ordnung". Das Getöse wurde immer größer, als man sah, daß Salomons Anstalten machte, zu der hohen Versammlung zu sprechen. Dies war natürlich eine zweite, wohl nie vorher in der englischen Geschichte dagewesene Durchbrechung der sonst so streng befolgten Regeln des Hauses. Der Unwille der Judengegner kannte keine Grenzen mehr.

Erst nach längerer Zeit konnte sich der Präsident Ruhe verschaffen und er forderte Salomons nochmals auf, den Sitzungsraum zu verlassen, da er doch nach den Vorgängen im letzten Jahr wissen müsse, daß er den Eid of Abjuration nicht ordnungsgemäß abgelegt hätte.

Salomons stand nun von seinem Sitz auf und ging zu der Schranke hinunter. Dort verharrte er nochmals einen Augenblick, als ob er immer noch zögerte, der Aufforderung nachzukommen. Wieder setzte ungeheurer Tumult ein. Man hörte erneut die Worte „Raus" und „Ordnung". Mr. J. A. Smith schritt dann auf ihn zu und führte ihn hinter die Schranke. Salomons blieb aber zwischen dieser und der Tür erneut stehen.

Sir Benjamin Hall hatte sich inzwischen erhoben und gab für Salomons die Erklärung ab, daß er sich dem Ersuchen des Präsidenten fügen wolle. Als er dann noch eine weitere Mitteilung für Salomons abgeben wollte, wurde er von Sir Frederick Thesiger unterbrochen. Dieser war aufgesprungen und bat den Präsidenten um das Wort. Wieder erfolgte tosender Lärm. Als gegnerische Abgeordnete ihn zur Ordnung rufen wollten, entgegnete er, daß er gerade zur Ordnung sprechen wolle. „Ich befürchte", so fuhr er mit erhobener Stimme fort, „daß der werte Ratsherr sich nicht den Vorschriften des Hauses gefügt hat." (Hurrarufe seiner Parteifreunde.) „Er hat sich nicht zurückgezogen, sondern hält sich noch immer innerhalb des Hauses auf. Es ist meine Pflicht, die Aufmerksamkeit der hohen Versammlung darauf zu lenken. (Hört, hört.)"

Jetzt forderte der Präsident Salomons erneut zum Verlassen des den Abgeordneten allein vorbehaltenen Innenraums auf. Salomons zögerte aber immer noch und stand nach wie vor unentschlossen zwischen der Schranke und der Tür des Hauses. Schließlich stieg er die Stufen zur Galerie der Lords hinauf und begab sich auf die linke Seite der Eingangstür. Hier verblieb er in der Rolle eines Zuhörers während der ganzen nachfolgenden Debatte.

Nachdem etwas mehr Ruhe eingetreten war, fuhr Sir Benjamin Hall in seiner Rede fort und fragte, ob der Kronanwalt wegen des Verhaltens von Salomons Anklage erheben wolle. Der Finanzminister lehnte eine Antwort mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Ministerpräsidenten Lord John Russell ab.

Nach einigen Plänkeleien zwischen Judenfreunden und deren Gegnern einigte man sich darauf, die Aussprache über die Angelegenheit auf Montag, 21. Juli, zu vertagen.

An diesem Tage bemerkte man unmittelbar vor Beginn der Sitzung den Juden Salomons, der bereits wartend hinter der Schranke des Hauses saß. Dieser Teil des Hauses gehörte nicht zu dem den Abgeordneten allein vorbehaltenen Raum. Eine summende Unruhe lag über dem ganzen Haus. Die Zuschauerplätze waren überfüllt und draußen drängte sich die Menge, die keinen Platz mehr gefunden hatte. Jeder harrte gespannt der kommenden Dinge.

Nach Eröffnung des Parlaments las der Präsident einen Brief von Salomons vor, wonach dieser u. a. die Berichtigung des Sitzungsprotokolls vom Freitag verlangte. Der Präsident lehnte das Ersuchen Salomons ohne weiteres ab. Ihm wurde hinsichtlich seiner Entscheidung auch von keinem der Abgeordneten widersprochen.

Unmittelbar danach trat man in die Tagesordnung ein. Als erster Redner erhob sich Sir Benjamin Hall und fragte den jetzt anwesenden Ministerpräsidenten, ob die Regierung ein Strafverfahren gegen Salomons wegen seines Verhaltens am Freitag anhängig zu machen gedenke. Lord John Russell verneinte dies.

Kaum hatte er diese Entscheidung verkündet, als Salomons sich in den ihm verbotenen Teil des Hauses begab und sich auf die vorderste Bank setzte, die nur den Ministern vorbehalten war. Ein wüstes Geschrei setzt ein. Es übertraf an Stärke und Dauer noch die Szenen vom vorhergehenden Freitag. Sofort war Sir Robert Inglis, der Veteran im Kampfe gegen die Juden, wie ihn Wolf[1]) nennt, aufgesprungen und versuchte, zu Wort zu kommen. Zunächst verhinderte ihn der Lärm und dann die klare, den Aufruhr übertönende Stimme des Präsidenten. Als ein wenig Ruhe eingetreten war, forderte dieser den Juden Salomons auf, unverzüglich den Sitzungsraum zu verlassen. Kaum hatte er geendet, als ein neuer unbeschreiblicher Tumult, vermischt mit dem Worte

[1]) Wolf: Essays, S. 332.

„Raus!", einsetzte. Salomons machte jedoch nicht die geringsten Anstalten, seinen Platz zu verlassen.

Während des unausgesetzten Lärmens der Abgeordneten erhob sich der Ministerpräsident von seinem Sitz. Offenbar beabsichtigte er zu sprechen, aber alles Bemühen war vergeblich. Man ließ ihn nicht zu Worte kommen.

Man sah den Abgeordneten C. Amstey dem Präsidenten ein Schriftstück überreichen und auf ihn einreden. Erst nach längerer Zeit gelang es dem Präsidenten, die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen. Zunächst teilte er mit, daß ihm der Abgeordnete Amstey einen Antrag überreicht hätte. Die Erledigung desselben lehnte er jedoch ab. Zunächst müsse einmal zur Ordnung verhandelt werden.

Jetzt erhob sich Lord John Russell wiederum von seinem Sitz, doch auch diesmal war sein Versuch durch das wieder in voller Stärke aufgelebte Geschrei von vornherein zum Scheitern verurteilt. Resigniert nahm er wieder seinen Platz ein. Immer noch saß Salomons ruhig auf seinem Platz, obwohl er etwas ängstlich in die aufgeregten Gesichter seiner Gegner schaute, deren Rufe „Raus" ihm in die Ohren schallten.

Endlich erhob sich der ganz außer Fassung geratene ehrwürdige Präsident, der sicherlich nie so etwas im englischen Parlament für möglich gehalten hätte. Mit energischen Handbewegungen versuchte er sich Ruhe zu verschaffen. Nach einiger Zeit gelang es ihm, und er bat um Beistand des Hauses und der Regierung, Salomons hinauswerfen zu lassen. Hurrarufe und sonstige Gesten der Zustimmung wurden wahrgenommen.

Wieder erhob sich Lord John Russell, und diesmal konnte er sich endlich nach längerer Zeit durchsetzen. Anscheinend war ihm inzwischen die Situation auch peinlich geworden, und zum Erstaunen aller stellte er höchst persönlich den Antrag, „daß Ratsherr Salomons sich nunmehr zurückziehen solle". Beifallsgeschrei bei den Judengegnern!

Sir Robert Inglis sprang auf und unterstützte den Antrag. Sicherlich war es das erstemal, daß diese beiden Gegner in der Judenfrage zusammengingen.

Ebenso schnell kam aber von der andern Seite des Hauses der Antrag von dem Abgeordneten Osborne, Salomons ordnungsgemäße Zulassung anzuerkennen und ihm die Einnahme seines Sitzes zu gestatten. Sein Antrag wurde von Mr. Amstey befürwortet. Neuer Lärm setzte ein und unter dauernden Unterbrechungen versuchte letzterer seine Haltung zu begründen. Währenddessen hatte der Präsident alle Mühe, Fremde — sicherlich Juden darunter —, die in den privilegierten Teil des Hauses einzudringen versuchten, hinauswerfen zu lassen. Es war eine heillose Verwirrung.

Endlich beendete der Abgeordnete Amstey seine Ausführungen und bat zunächst um Vertagung. Salomons saß noch immer auf

seinem Platz. Man schritt zur Abstimmung des Antrages von Amstey, der mit erdrückender Mehrheit abgelehnt wurde.

Zu dem größten Entsetzen und Unwillen des überwiegenden Teiles des Hauses mußte man feststellen, daß Salomons die Anmaßung besessen hatte, mit abzustimmen. Dies war aus zweierlei Gründen gegen die althergebrachte Ordnung. Einmal war ihm gerade von dem Präsidenten klargemacht worden, er habe überhaupt kein Recht, im Hause zu sitzen, geschweige denn abzustimmen. Zum andern beteiligten sich Abgeordnete niemals an Entschließungen in eigenen Angelegenheiten.

Der Lärm dauerte indessen fast ohne Unterbrechung an. Auch die Zuschauer beteiligten sich in nie dagewesenem Maße. Der Präsident ließ daher durch Beamte die Galerien räumen.

Er wollte so schnell wie möglich über den Antrag von Osborne, wonach Salomons mit Recht seinen Sitz eingenommen habe, abstimmen lassen. Sein Vorhaben wurde von einem Abgeordneten unterbrochen, der dazu Ausführungen machen wollte. Lärmender Widerspruch erhob sich bei der Mehrheit der Abgeordneten. Tatsächlich sollte es noch lange nicht zur Abstimmung kommen. Vielmehr wurden noch langatmige Reden unter fortdauerndem Geschrei gehalten. Wie schon oft, wurde das Für und Wider der Gründe für eine Zulassung der Juden erörtert. Es verdient eigentlich nur eine Bemerkung des Abgeordneten Bright Erwähnung, wonach auch die Königin Viktoria dringend die Erledigung der Frage zugunsten der Juden herbeisehnte.

Endlich nahte die Abstimmung über den Antrag heran. Unmittelbar davor ließ Salomons, der sich noch immer im Raum befand, durch den Abgeordneten J. A. Smith mitteilen, daß er diesmal bei der ihn angehenden Abstimmung den Saal verlassen würde, sich jedoch jede Entscheidung für die nachfolgenden Ereignisse vorbehalten müsse. Nach Verkündung dieses Entschlusses stand Salomons auf, verbeugte sich gegenüber dem Präsidenten und verließ den Sitzungsraum. Mit einer erheblichen Mehrheit wurde der Antrag von Osborne abgelehnt.

Kaum war die Abstimmung vorüber, als Salomons unter dem Protestgeschrei seiner Gegner im Haus erschien und seinen früheren Sitz auf der Ministerbank einnahm.

Wieder stellte der Abgeordnete Amstey den Antrag auf Vertagung. Zum allgemeinen Erstaunen widersprach Lord John Russell aufs energischste. Plötzlich meldete sich Salomons selbst zum Wort. Ein ungeheures Geschrei setzte ein, und erst nach längerer Zeit konnte Salomons mit seiner Stimme durchdringen. Immer und immer wieder wurde ihm „Raus!" zugerufen. Schließlich vermochte man stückweise seine Rede zu verstehen, und man hörte ihn auseinandersetzen, daß seine Haltung nicht auf Respektlosigkeit gegenüber dem Präsidenten zurückzuführen sei, vielmehr wolle er durch sein Verhalten nur seine Rechte verteidigen, die ihm nach seiner Ansicht zustünden.

Weitere Reden anderer Abgeordneter folgten. Die Abstimmung ergab, daß die Mehrheit den Vertagungsantrag von Amstey ablehnte. Unmittelbar danach ließ der Präsident über den schon früher gestellten Antrag Lord John Russels abstimmen, wonach Salomons den Sitzungssaal zu verlassen hatte. Eine erdrückende Mehrheit wurde hierfür gefunden.

Salomons hatte sich wiederum nicht gescheut, bei beiden Gelegenheiten seine Stimme mit abzugeben.

Daraufhin stellte der Präsident nochmals fest, „daß das ehrenwerte Mitglied für Greenwich die Entscheidung des Hauses gehört habe und er nun der Hoffnung Ausdruck gebe, daß Salomons endlich bereit sei, zu gehorchen".

„Ratsherr Salomons", so steht wörtlich in den Parlamentsberichten zu lesen, „blieb nach wie vor auf seinem Sitz. Der Präsident befahl daraufhin dem Sergeant of Arms — dem diensttuenden Wachtmeister —, Salomons hinter die Schranke zu führen.

Daraufhin legte der Sergeant of Arms seine Hand auf die Schulter Salomons und führte ihn hinter die Schranke."

Der Jude Salomons hat es also soweit kommen lassen, daß man ihn mit Gewalt entfernte — nur ein Jude konnte eine solche Haltung während der ganzen Dauer der Verhandlung einnehmen! Die bis spät in die Nacht dauernde Sitzung klang dann u. a. mit der Anfrage eines Abgeordneten aus, ob nun die Regierung endlich geneigt sei, Anklage gegen Salomons zu erheben. Der Ministerpräsident antwortete darauf: „Nach meiner Ansicht kann das ehrenwerte Mitglied für Greenwich, falls es eine gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit wünscht, eine Privatperson finden, die ein diesbezügliches Verfahren in Gang bringt." Also nochmals eine glatte Absage einer öffentlichen Strafverfolgung.

Man einigte sich dann wegen der vorgerückten Stunde, die Frage auf die morgige Sitzung, 5 Uhr, zu vertagen.

Am nächsten Tag, dem 22. Juli, wurde dann nochmals recht ausführlich über den ganzen Vorfall bis in die sinkende Nacht gesprochen. Salomons war auch anwesend — aber diesmal saß er auf der vordersten Bank der Galerie, die gewöhnlich von den Peers eingenommen wurde.

Nach vielem Hin und Her kam es zu einer erneuten Vertagung.

Am 28. Juli wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Bei Beginn der Sitzung verlas der Präsident einen Brief von Salomons vom 25. Juli. Hierin teilte letzterer mit, daß bereits zwei Klagen gegen ihn wegen seines Verhaltens im Parlament angestrengt seien. Dann fuhr man fort, sich mit dem Bittgesuch von Greenwich vom 25. Juli zu beschäftigen. Hiernach sollte den Wählern dieses Ortes die Gunst gewährt werden, durch einen Juristen vor dem Parlament ihr Recht nachweisen zu lassen, daß sie zu ihrem Abgeordneten wählen könnten, wen sie wollten. Gleichzeitig lag ein Antrag eines Teils der Wähler der City vor, Rothschild die Einnahme seines Sitzes zu erlauben und bei den

diesbezüglichen Beratungen ebenfalls einen anerkannten Juristen zuzuziehen. Man sieht, die Zusammenarbeit der beiden jüdischen Wahlbezirke klappte außerordentlich gut.

Beide Gesuche wurden verschieden behandelt. Ein Eingehen auf die darin geäußerten Wünsche wurde jedoch nach heftigen Auseinandersetzungen mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch ein Antrag, den Eid of Abjuration zu ändern, wurde mit einer Mehrheit von 38 Stimmen verworfen. Der ursprüngliche Antrag, Salomons sei vor ordnungsmäßiger Ablegung des Eides of Abjuration nicht zur Einnahme seines Sitzes berechtigt, wurde mit 123 zu 68 Stimmen angenommen.

Jeder Leser wird zustimmen, daß dies der bisher hartnäckigste und längste Angriff der Juden gewesen war.

Die Teilnahme Salomons an den Sitzungen sollte für ihn noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Es bestand ein Gesetz aus der Regierungszeit König Georgs I., wonach erhebliche Strafen für solche Zuwiderhandlungen festgesetzt waren. So hatte derjenige, der sich gegen dieses Gesetz verging, für jeden Fall der Zuwiderhandlung £ 500,— zu zahlen. Ferner wurde ihm u. a. das Recht abgesprochen, Vormund von Minderjährigen zu sein, so daß er seine eigenen Kinder nicht rechtswirksam vertreten konnte. Außerdem vermochte er keinen gerichtlichen Schutz gegen Eigentumsverletzungen zu beanspruchen, noch hatte er bei Wegnahme von Vermögensstücken das Klagerecht auf Herausgabe der entwendeten Gegenstände. Endlich war er außerstande, ein Amt zu bekleiden und an Wahlen teilzunehmen. Ein rechtskräftig Verurteilter stand also noch weit schlechter da als in heutigen Zeiten, wenn jemandem die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen sind. Die Folgen für Salomons waren also im Falle einer Verurteilung außerordentlich schwer.

Da die Regierung aus nicht öffentlich bekannten Gründen kein Verfahren gegen Salomons auf Grund dieses Gesetzes eingeleitet hatte, klagten zwei Privatpersonen getrennt voneinander gegen diesen und baten um Anwendung des Gesetzes. Eine der Klagen wurde — wahrscheinlich im Einverständnis der Parteien — zurückgenommen. Die zweite wurde dagegen unter dem Rubrum Miller gegen Salomons bei dem Schatzkammergericht anhängig.

Am 9. Dezember 1851 fand die erste Verhandlung statt. Die Richter bestanden aus Berufs- und Laienrichtern. Nach kurzer Verhandlung beschloß man, die Angelegenheit in Anbetracht der Wichtigkeit der Frage dem Plenum zur Entscheidung vorzulegen.

Am 26. und 28. Januar 1852 fand die Verhandlung statt. Salomons hatte nicht weniger als drei Barrister zu seiner Verteidigung aufgeboten. Unter ihnen befand sich auch sein Rassegenosse Augustus Goldsmid. Im Laufe der Verhandlung ließ der Kläger im Einverständnis mit dem Beklagten zwei Fälle von Zuwiderhandlungen fallen und die Verhandlung wurde — angeb-

lich zur Vereinfachung des Verfahrens — nur auf einen Vorfall beschränkt.

Salomons verteidigte sich insbesondere damit, daß er nach seiner Ansicht ermächtigt gewesen sei, sich während der Debatte im Sitzungssaal aufzuhalten und sogar abzustimmen, da er die Eide, soweit ihre wesentlichen Bestandteile in Frage kämen, geleistet hätte. Die Schlußworte „bei dem treuen Glauben eines Christen" seien kein wesentlicher Bestandteil des Eides, und es sei daher unerheblich, ob er diese Worte ausgelassen habe oder nicht. Außerdem sei das Gesetz bezüglich des Eides ob Abjuration nicht mehr in Kraft. Endlich sei ihm durch besonderes Gesetz aus dem Jahre 1838 erlaubt worden, den Eid in der von ihm abgegebenen Form zu leisten.

Die Öffentlichkeit nahm an den Verhandlungen erheblichen Anteil. Zur allgemeinen Überraschung wurde nach längeren Verhandlungen entgegen der englischen Übung nicht unmittelbar nach Abschluß der Sitzung oder am folgenden Tage das Urteil verkündet, sondern der Vorsitzende teilte mit, daß in Anbetracht der Größe und der Schwierigkeit der Streitfrage es „für das Gericht notwendig sei, sich mit der Rechtsfindung Zeit zu lassen". Der Verkündungstermin würde noch mitgeteilt werden[5]).

Man sollte jedoch noch recht lange Zeit auf das Urteil warten. Erst am 19. April wurde es verkündet, und zwar zuungunsten Salomons. Danach wurde er nicht nur zur Geldstrafe von £ 500,— verurteilt, sondern gleichzeitig traten auch die oben erwähnten strengen Strafen, wie z. B. Nichtbekleidung von Ämtern usw., ein.

Salomons legte gegen dieses Urteil Berufung ein, die im Jahre 1853 vor dem Court of Exchequer Chamber verhandelt wurde. Das Rechtsmittel wurde einstimmig als unbegründet erklärt und damit das Urteil der ersten Instanz aufrechterhalten. Der damalige Chief Justice, Lord Campbell, ein ausgesprochener Judenfreund, hatte den Vorsitz geführt. Auch er hatte sich nicht dem Standpunkt des Gerichts erster Instanz verschließen können. In seinen Ausführungen versäumte er aber nicht, zu betonen, daß er den Rechtszustand sehr bedauerte und dem Wunsch Ausdruck gab, daß dieser durch eine Änderung der Gesetze zugunsten der Juden aufgegeben werden sollte[6]). Man versteht diese Haltung von Lord Campbell um so eher, wenn man aus seinem eigenen Munde im House of Lords hört, daß er stolz darauf sei, Salomons seinen Freund nennen zu dürfen.

Im Jahre 1854 reichte Salomons einen Writ of Error — eine Art Revision — beim House of Lords als letzte gerichtliche Instanz ein. Es sollte darüber jedoch nicht alsbald zur Verhandlung kommen. Weder im Jahre 1855 noch im Jahre 1856 fiel eine Entscheidung. Am 21. Juli 1857 fragte Lord Campbell im House of

[5]) Times vom 27. u. 29. Januar. Morning Herald vom 27. u. 29. Januar 1852.
[6]) Henriques: S. 276.

Lords an, ob und gegebenenfalls wann über die Revision verhandelt werden sollte. Eine Entscheidung sei mehr als dringend notwendig, da sich bis in die letzte Zeit hinein die Öffentlichkeit mit der judenfeindlichen Haltung der Mehrheit der Lords einverstanden erklärt hätte. Jetzt sei allerdings eine Wandlung festzustellen, besonders in den früheren judenfeindlichen konservativen Kreisen. Diese Bemerkung des Judenfreundes ist sehr interessant, da also nach seiner Meinung das Volk bis mindestens Juli 1857 gegen die Juden gewesen sei. Lord Campbell verlangte in seinen weiteren Ausführungen sobald wie möglich Erledigung des Falles Miller gegen Salomons. Der Lordkanzler antwortete ihm darauf, daß es im Belieben der Parteien läge, ob verhandelt werden sollte oder nicht. Die Parteien hätten aber bislang übereinstimmend um Vertagung gebeten — so sei erst kürzlich vom 15. Juni auf den 15. August vertagt worden.

Wir werden uns erinnern, daß das aufsehenerregende Urteil erster Instanz am 19. April 1852 verkündet worden ist. Damit war bis zur Aufhebung dieses Urteils die gesamte Existenz Salomons in Frage gestellt, da er damit eine noch schlechtere Rechtsstellung erhielt als heute ein entmündigter Volljähriger. Es hieß daher, Rettungsmaßnahmen für ihn zu treffen.

Bereits am 4. Mai, also nur zwei Wochen später, brachte Lord Lyndhurst einen Gesetzesentwurf ein. Hiernach sollte das Gesetz, wonach Salomons verurteilt war, aufgehoben und ein neues verabschiedet werden. In diesem Falle solle lediglich Geldstrafe für derartige Zuwiderhandlungen angedroht werden, nicht dagegen die andern einschneidenden Nachteile für einen Verurteilten.

Der Antrag von Lord Lyndhurst wurde sehr warm von Lord Campbell unterstützt, da die Strafe des alten Gesetzes „eine Schande des Zeitalters, in dem wir lebten, und Überbleibsel barbarischer Vorurteile früherer Zeiten sei".

Zu dieser Zeit war für kurze Dauer eine konservative Regierung unter Führung von Lord Derby am Ruder. Es ist geradezu eine Ironie des Schicksals, daß letzterer, der sich bis dahin immer gegen die Juden ausgesprochen hatte, als Führer einer konservativen Regierung diesen Antrag unterstützte. Daran änderte auch sein Einwand nichts, daß er noch eine Rücksprache mit den andern Mitgliedern des Kabinetts halten müsse. Nachdem Lord Campbell noch gebeten hatte, das Gesetz rückwirkend vom 1. Januar 1851 gelten zu lassen, wurde der Gesetzentwurf in erster Lesung angenommen. Bereits am 7. und 17. Mai erfolgten die beiden noch notwendigen Lesungen im Oberhaus.

Die ersten beiden Lesungen im Unterhaus wurden ohne Debatte angenommen. Die dritte Lesung versuchte man so spät in der Nacht vorzunehmen, daß keiner mehr ein Interesse dafür aufbringen würde. Ein Abgeordneter erhob jedoch Protest gegen ein solches Verfahren. Mr. Newdegate schloß sich ihm an und gab seine Absicht kund, gegen den Antrag zu stimmen. „Mr. Salomons

habe", so führt er aus, „das Risiko, sich strafbar zu machen, mit offenen Augen und in völliger Kenntnis der Folgen auf sich genommen." Endlich entschloß man sich dann, wegen der vorgerückten Stunde auf den 21. Juni zu vertagen.

Bei Beginn dieser Sitzung erhob sich Mr. Newdegate abermals und wandte sich energisch gegen das neue Gesetz. „Nach seiner Ansicht sei es klar, daß die Klage von Mr. Miller gegen Salomons ein abgekartetes Spiel sei. Im übrigen möge ja jeder hier im Hause Nacht für Nacht ohne Bestrafung abstimmen." Am Schluß stellt er den Antrag, die Behandlung des Gesetzes um drei Monate zu vertagen. Dies kam praktisch einem Abweisungsantrag gleich. Mr. Roundell Palmer, ein anderer Abgeordneter, erinnerte dann Mr. Newdegate daran, daß der Gesetzentwurf doch von einem konservativen Abgeordneten eingebracht sei. Newdegate verstand diesen Appell an seine Pflicht als konservativer Abgeordneter und an sein damit verbundenes Solidaritätsgefühl gegenüber seiner Partei. Er nahm daher, sichtlich sehr widerwillig, den Antrag zurück. Die Verabschiedung des Gesetzes erfolgte darauf ohne Schwierigkeiten.

Da das Gesetz ausdrücklich rückwirkend in Kraft getreten war[7]), galt das gegen Salomons gefällte Urteil nur mit der Maßgabe, daß die Geldstrafe allein zur Anwendung kam. Wir sehen, was in den Tagen von Sampson Gideon möglich war, galt erst recht hundert Jahre später. Einen besseren Beweis für die Judenhörigkeit der damals führenden englischen Kreise kann es wohl kaum geben.

[7]) Statutes of the United Kingdom, Bd. 92, S. 107.

Neuer Kampf im Parlament

Gegen die Emanzipation hatten sich mithin die gesetzgebenden Körperschaften und sogar die völlig unparteiische Rechtsprechung gestellt. Auch die Öffentlichkeit war nach wie vor gegen die Juden. Es ist wirklich verwunderlich, daß trotz allem die jüdischen Bestrebungen erneut einsetzten, um mit Hilfe ihrer mächtigen Gönner zum Ziele zu kommen. Bald sollten neue Angriffe erfolgen. Inzwischen war das Kabinett von Lord Derby von demjenigen Lord Aberdeens abgelöst worden. Lord John Russell war darin Außenminister und als solcher reichte er im Februar 1853 einen Antrag im Parlament ein. Hiernach sollte ein Komitee gebildet werden mit der Aufgabe, in eine Behandlung und Klärung der Frage der jüdischen Beschränkungen einzutreten.

Nach der Debatte fand die Abstimmung statt, die knapp zugunsten des Antragstellers mit 234 zu 205 Stimmen ausfiel.

Die Ausarbeitung des Gesetzes wurde danach einer Kommission übertragen. Bereits am 1. März 1853 fand die erste und am 11. Mai 1853 die zweite Lesung statt. Wiederum kam es bei der letzteren zu interessanten, aber auch erregten Auseinandersetzungen zwischen den beiden entgegengesetzten Richtungen. Die Judengegner wurden zunächst von dem Abgeordneten Sir Frederick Thesiger und Mr. B. Osborne vertreten. Ersterer wies nochmals darauf hin, daß den Juden als besonderer Nation keine Sitze im Parlament gewährt werden könnten. Letzterer glaubte nicht verschweigen zu dürfen, daß die Juden bereits unter Cromwell unangebrachte Wünsche gehabt hätten. Der Abgeordnete Mr. Drummond warnte davor, daß „sich die Juden schon auf die Zeiten freuten, in denen sie auf den Andersgläubigen herumtrampeln könnten wie auf die Asche unter ihren Füßen. Sie machten sich nicht viel aus Prinzipien, aber um so mehr aus Zinsen".

„Zwar seien sie alle auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden, aber ihr Mittelpunkt, um den sich alles drehe, sei die Börse, und der Talisman, der sie beherrsche, sei nicht ‚das Credo', sondern ‚der Kredit'. Es gäbe nicht mehr das Wort Credo. Niemand sagte mehr Credo, d. h. ich glaube an etwas, sondern nur noch das Wort Kredit, d. h. er glaubte jemandem anderes. Die jetzt zu vertretende Gesetzesvorlage sei aus dieser Einstellung geboren[1]). Der Pöbel von London habe einen Juden gewählt. Dies sei aus verschiedenen Gründen geschehen, teils aus dem Hang der reinen Schadensverursachung, teils aus Mißachtung dem Unterhaus gegenüber, und endlich, weil sie den Wunsch hätten, dem Christentum einen Schlag ins Gesicht zu versetzen."

[1]) Die Feinheit des englischen Textes kann nicht ganz in der Übersetzung wiedergegeben werden. Er lautet: "True we were still bound together. But our centre was the stock-exchange and the talisman, which governed us, was not 'Credo', but 'credit'. It is not credo, — no one says I believe in anything, — but credit: he believes some one else . . ."

Der für den Antrag sprechende Abgeordnete Herbert macht den Judengegnern Vorwürfe über ihre Beweisführung, die Juden seien eine gesonderte Nation und mit schlechten Eigenschaften ausgestattet.

„Wenn man daher", so macht er geltend, „fortwährend von einer angeborenen Nationalität der Juden und ihrer Rasse spricht, so könne man aber doch nicht einen getauften Juden zulassen. Seine Rasse, sein Ursprung und sein Blut seien dasselbe. Auf Grund welchen Prinzips erlaube man dann einem getauften Juden schon seit mehreren Jahren im Parlament zu sitzen. Es sei leider nicht zu leugnen, daß die Juden eine getrennte Nation im Staate seien, aber daran seien die Engländer selber schuld, da sie sie immer schlecht behandelt hätten."

Diese letzteren Ausführungen sind sehr interessant, da hier nach unseren heutigen Anschauungen tatsächlich ein Widerspruch in der Beweisführung der Judengegner zu erkennen ist.

Die Debatte zog sich zwei Tage und zwei Nächte hin. Bei der Abstimmung in der zweiten Lesung blieben die Judenfreunde mit einer Mehrheit von 41 Stimmen Sieger. Die Regierung nahm, wie bereits früher, für die dritte Lesung Zuflucht zu einem typisch parlamentarischen Manöver, schnell und reibungslos das Gesetz zu verabschieden. Unmittelbar vor Ostern setzte sie plötzlich die Beratung eines Gesetzes von der Tagesordnung ab und brachte überraschenderweise das Judengesetz vor das Parlament. Die Mehrzahl der Abgeordneten und wahrscheinlich vor allem der Judengegner war bereits in die Osterferien gegangen. Aber die wenigen Abgeordneten im Hause verwahrten sich ziemlich einmütig gegen eine solche Taktik der Regierung. Insbesondere der energische Protest des Abgeordneten Vansittard veranlaßte die Regierung, von der dritten Lesung an diesem Tage Abstand zu nehmen.

Am 15. April 1853 kam es zur dritten Lesung. Entgegen den gewöhnlichen Verhandlungen des Parlaments fanden erneut lange und heftige Auseinandersetzungen statt. Der Abgeordnete Bruce brachte zum Ausdruck, daß die Regierung niemals eine solche Stellungnahme in dieser Frage zu zeigen gewagt haben würde, wenn noch der Herzog von Wellington am Leben gewesen wäre.

Im weiteren Verlauf der Debatte ist ein Vortrag mit Rücksicht auf derzeitige Vorfälle in Palästina sehr interessant. Es handelte sich um den Abgeordneten Kirk, der zugunsten des Judengesetzes wie folgt Stellung nahm:

„Man solle nicht die Worte Gottes bei der Wahl Abrahams als Ahnherrn der Juden vergessen: ‚Ich will segnen, die euch segnen, und verfluchen, die euch verfluchen...' Es sei ihm bekannt, daß die Juden mit Hilfe von England in ihr Stammland zurückzukommen hofften. Er unterstütze diese Bestrebungen. Man solle alles versuchen, sie ins Heilige Land zurückzubringen, damit die

Engländer die besten Freunde der Juden seien. Denn die Freundschaft mit einem solchen wiedererstandenen Volke würde für die englische Nation von größtem Vorteil sein. Man solle den Juden nicht etwa nur den Besitz von Palästina aus den Zeiten Davids und Salomons verschaffen, sondern das ganze Land, das ihnen einstmals versprochen sei, nämlich das Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung zwischen dem Euphrat und Nil und vom Mittelmeer zum Indischen Ozean. Jenes Land, welches in den Besitz der Juden gelangte, würde das reichste und erstrebenswerteste werden. Es würde einen Teil des Seeweges von Großbritannien nach seinen Kolonien und Australien bilden. Die Juden würden aber im Besitze dieses Landes unzweifelhaft zu einer der wichtigsten Nationen der Erde werden. Daher müsse man die Juden für England verpflichten, und zunächst vor allem einmal die Gesetzesvorlage annehmen..."

Es ist mindestens bemerkenswert, daß sich bereits im Jahre 1853 ein englischer Abgeordneter für die Rückgabe Palästinas und Zuteilung größerer Ländermassen an die Juden aussprach.

Am Schluß der Debatte nahm nochmals Sir Robert Peel zu den gesamten Vorgängen wie folgt Stellung:

„Es gibt zweierlei Länder in Europa, eins, wo den Juden Beschränkungen aufgezwungen werden, und eins, wo sie völlige Gleichberechtigung genießen. Man möge ihm gestatten, sich erst mit dem einen, dann mit dem anderen zu beschäftigen. Es sei gerade die Nachricht über ein vom Zaren von Rußland erlassenes Gesetz eingegangen, wonach den dortigen Juden die Vertretung christlicher Geschäfts- und Handelshäuser verboten sei. Seiner Meinung nach wäre das Verhalten von Zar Nikolaus nicht zu bemängeln. Aber angenommen, es sei doch der Fall: wolle man sich einen Augenblick im eigenen Lande umsehen. Hier sehen wir die ausgedehnteste Handelsgemeinschaft der Welt, die einen Teil ihrer politischen Rechte einem wohlhabenden Bürger der jüdischen Rasse anvertraut — einer Art Goliath. Er wisse natürlich, daß die City von London, verfassungsmäßig gesprochen, wählen könne, wen sie wolle. Vielleicht erinnere man sich aber noch daran, daß zur Zeit Georgs II. und Georgs III. der Wahlkreis von Sudbury öffentlich zum Verkauf an den Meistbietenden angeboten wurde. Dennoch würde man ihn nie davon überzeugen können, daß Handel, Gewerbe und Einfluß der City von London vernünftigerweise diesem Herrn de Rothschild anvertraut werden könnten. Er bezweifele es außerordentlich, ob es gelingen würde, das englische Volk davon zu überzeugen, daß die Befugnisse des Vertreters der City von London, die solange das Bollwerk der Freiheit gewesen ist, einem österreichischen Generalkonsul, dem wohlhabenden Vertreter einer begüterten Familie, übertragen werden sollten, die sicher mehr als irgendeine andere Familie in der Welt dafür getan hätte, die Freiheit zu knebeln und zu ersticken. Er sei einer

derjenigen, die die Ansicht vertreten, daß die City von London durch einen großen politischen Charakter repräsentiert werden solle. Er glaube nicht, daß die City eine klügere Wahl als die des ihm gegenübersitzenden edlen Lords hätte treffen können... Dagegen zögerte er nicht zu behaupten, daß die Wahl Rothschilds als Vertreter des wirtschaftlichen Einflusses der City von London seiner Meinung nach der größte Schandfleck auf Charakter und Ehrbarkeit der City sei. (Rufe: Oho!) Er sage ‚seiner Meinung nach' und wiederhole es. (Gelächter.) Jawohl, seiner Meinung nach war es ein großer Schandfleck für den Charakter und die Ehrenhaftigkeit von Handel und Wirtschaft in der City von London, eine solche Wahl gemacht zu haben."

„Und nun wolle er sich dem anderen von ihm erwähnten Fall zuwenden, wo den Juden völlige Gleichberechtigung zugestanden worden sei. Im Staate des Prinzen von Meiningen hätte man den Juden restlose Gleichberechtigung bewilligt. Und was sei die Folge davon gewesen? Dieser prinzliche Herrscher sei überschwemmt worden mit Bittgesuchen seiner Untertanen, die ihn beschworen, dem entgegenzutreten, was seine Vertreter bewilligt hätten. Er wisse nicht, ob das Haus daran interessiert sei zu hören, was darauf geschah; aber was — frage er — würde aus den Bittgesuchen unseres Landes? Er hätte festgestellt, daß Gesuche mit 35 000 Unterschriften gegen das Gesetz nach dessen zweiter Lesung beim Unterhaus eingegangen seien. Solche Gesuche, behaupte er, hätten größten Anspruch auf Berücksichtigung. Wie viele solche Gesuche lägen denn von der anderen Seite vor? In der Tat nur sehr wenige. Aber in Anbetracht der Hauptpunkte des Falles wolle er je ein Gesuch zugunsten der Juden und eines zu ihren Ungunsten herausnehmen, und zwar das Gesuch der Korporation der City von London dafür, und dasjenige der Universität Oxford dagegen. Das erstere sei von der ‚Times', dem anerkannten Organ der öffentlichen Meinung, als ‚vom Skandal und der Plage der Metropole', das letztere dagegen als ‚von der gelehrtesten und aufgeklärtesten Gemeinschaft des Imperiums' kommend bezeichnet worden..." Trotz aller Anstrengungen der Judengegner wurde das Gesetz mit einer Mehrheit von 288 zu 230 Stimmen angenommen.

Das vom Parlament verabschiedete Gesetz ging wie gewöhnlich an das House of Lords. Die Judenfreunde konnten diesmal die Erwartung hegen, auch dort eine Mehrheit zu finden. Der zu dieser Zeit amtierende Ministerpräsident war der Graf von Aberdeen. In früheren Jahren hatte er als Mitglied des Oberhauses gegen die jeweiligen Judengesetze gestimmt. Da er nun selbst das Gesetz vor das Haus der Lords brachte, hoffte man, daß seine dortigen persönlichen Anhänger seinem Beispiel folgen und sich für die Annahme aussprechen würden. Dies hätte ausgereicht, um endlich das Gesetz durchzubringen. Das Oberhaus sprach sich nach längeren Verhandlungen wieder mit 164 zu 115 Stimmen gegen das Gesetz aus.

Es ist auch hier interessant, die Haltung der Presse beider Richtungen kennenzulernen. Die „Times" hat eine kaum verständliche Ansicht über die wahren Gründe der Judengegner[2]). Danach ist nämlich „der wahre und einzige Grund der Opposition auf Religionsgründe zurückzuführen". Anscheinend hat die „Times" nichts von den Reden derer um Newdegate gehört. Denn diese hatten bei weitem nicht nur Religionsgründe für ihre Stellungnahme, wie wir vernommen haben. Nur einmal beschäftigt sich die „Times" mit der Behauptung der Gegenseite, die Juden seien international. Sie meint, daß die Engländer eigentlich mehr auswandern als die Juden und keiner behaupte, die Engländer seien international[3]). Man sieht, eine unfaire Auseinandersetzung mit der Frage, da der Engländer ja fast ausschließlich in seine eigenen Kolonien auswandert und es sich damit um einen ganz anderen Vorgang handelt als bei den Juden.

Die „Morning Post"[4]) ist darüber entrüstet, daß die Judenfrage immer und immer wieder auf dem Programm des Parlaments steht. Die alleinige Ursache hierfür sei, daß Rothschild mit aller Gewalt ins Parlament einziehen wolle und die Regierung ihn hierbei unterstütze.

„Wenn irgendein kleiner Mann, wie Herr Moses, Verkäufer von neuen Kleidern, oder Mr. Isaacs, Verkäufer von alten, auf Grund seiner Rechte als englischer Bürger einen Sitz im Parlament verlangt hätte, würde der Führer des Parlaments Himmel und Erde in Bewegung gesetzt haben, ihm dazu zu verhelfen? Wir glauben nicht. Der kleine Jude würde einen Hinweis auf den von ihm unter seinen Mitbürgern eingenommenen Platz erhalten haben. Weil aber der Krösus des Tages, der willkommene Agent kontinentaler Regierungen, der Vermittler enormer Staatsanleihen, die Zuflucht erschöpfter Finanzminister, der die Schlüssel für die Hälfte aller europäischen Geldtruhen in Händen hält, den Ehrgeiz hat, im Parlament zu sitzen, werden die obersten Grundsätze unserer Verfassung über den Haufen geworfen, um ihm gefällig zu sein..."

Der „Standard" bringt seinen Unwillen in ähnlicher Weise zum Ausdruck. Er klagt Lord John Russell an, daß er ein unsauberes Geschäft mit Rothschild eingegangen sei. Letzterer unterstütze die Wahlen von Lord John Russell mit Geld, und die jüdischen Wähler gäben dafür ihre Stimmen zu seinen Gunsten. Dafür bringe dann Lord John Russell ein Gesetz nach dem andern für die Juden ein[5]). Es muß doch eine gewisse Wahrheit in diesen Anklagen gelegen haben, denn es ist in keiner Weise irgend etwas gegen den „Standard" wegen Verleumdung usw. unternommen worden.

---

[2]) Times vom 26. Februar, 14. März, 18. April 1853.
[3]) Times vom 18. April 1853.
[4]) Morning Post vom 16. März 1853.
[5]) Standard vom 21. u. 25. Februar 1853.

Es war aber nicht nur die Presse, die die Wünsche der Juden teilweise für völlig verfehlt hielt, sondern auch die breiten Massen gaben durch Bittgesuche ihre Abneigung zu erkennen. Dies zeigen ohne weiteres gelegentliche Stichproben. So finden wir bei den Verhandlungen über das letzte Gesetz im März zahlreiche Bittgesuche von Einzelpersonen und von ganzen Gemeinden. Denen steht auch nicht ein einziges zugunsten der Juden gegenüber[6]). Der Monat April[7]) ist hierfür noch ein weit besserer Beweis. Gegenüber fast zahllosen Bittgesuchen mit vielen Unterschriften, eingereicht von Einzelpersonen, sowie von Städten, Flecken und Gemeinden, kann man nur wenige zugunsten der Juden finden. Ganz klar wird dies im Juli, als 1055 Gesuche mit 34 525 Unterschriften gegen die Juden, ganze 7 mit 450 Unterschriften zu deren Gunsten vorliegen. Man sieht, das Volk will nach wie vor die Juden von den gesetzgebenden Körperschaften ausgeschlossen wissen.

Es ist wohl dieser antijüdischen Stimmung im Volk zu verdanken, daß der große Deutschenfreund Thomas Carlyle zur Feder griff und sich gegen die Juden wandte.

Bereits im nächsten Jahr, am 6. Februar 1854, brachte Lord John Russell ein neues Gesetz vor das Parlament. Diesmal änderte er seine Taktik. Es war nicht ein Gesetz zur allgemeinen Aufhebung der jüdischen Beschränkungen, sondern lediglich auf Abänderung des zu leistenden Eides of Abjuration. Die Gesetzesvorlage wurde daher „Gesetz betr. parlamentarischen Eid" genannt. Der Antrag hatte zum Inhalt, die bereits erwähnten drei Eide durch einen einzigen umfassenden Eid zu ersetzen. Außerdem sollte durch ihn der im besonderen Gesetz von 1829 für die Katholiken bestimmte Eid aufgehoben werden. Es war also für alle britischen Untertanen ein gemeinsamer Eid beabsichtigt.

Man hatte anscheinend für diese in Aussicht genommene Änderung zwei Gründe. Zunächst wollte man wahrscheinlich die Volksmeinung nicht ausdrücklich darauf hinweisen, daß im Falle der Annahme des Gesetzes die Juden Zutritt zum Parlament erhalten würden. Zum andern wollte man aber wohl auch die im Parlament sitzenden katholischen Mitglieder gewinnen, weil durch ihre Unterstützung die Annahme des Gesetzes eher gesichert zu sein schien.

Die erste Lesung ging ohne jede Debatte, ja, ohne namentliche Abstimmung vor sich. In der zweiten Lesung war der bereits des öfteren hervorgetretene Sir Frederick Thesiger besonders aktiv und führte heftiger denn je die Debatte. Er unterließ u. a. nicht, das Haus darauf hinzuweisen, daß nur die Juden wieder hinter diesem Gesetz ständen, und man solle sich nicht dadurch täuschen lassen, daß auch die Katholiken in diesem Gesetz erwähnt seien. Der neu in Aussicht genommene Eid gebe der protestantischen Regierung von England wegen der Änderung des Katholikeneides nicht genug Sicherheit. Man sollte nicht vergessen, daß gerade in

[6]) Times vom 9. u. 10. März 1853.
[7]) Times vom 15. u. 30. April 1853.

allerletzter Zeit der Papst mit Ansprüchen für alle Katholiken hervorgetreten sei, die nicht mit den nationalen und protestantischen Zielen von England zu vereinbaren seien.

Im weiteren Verlauf der Debatte entstand plötzlich der Opposition eine Unterstützung, die sie nie erwartet hatte. Disraeli führte plötzlich einen Teil der früheren Befürworter für die Aufhebung der jüdischen Beschränkungen gegen Lord John Russell. Er führte aus, daß er mit Rücksicht auf die kürzlich hervorgetretenen Ansprüche des Papstes der Gesetzesvorlage, soweit sie sich auf die Katholiken bezöge, seine Zustimmung versagen müsse. Da aber der Gesetzesantrag nicht trennbar sei, bedauere er, dagegen stimmen zu müssen.

Außerdem hielte er es nicht für richtig, daß das Wort Jude überhaupt nicht in dem Gesetze erscheine. Für die breiten Massen ginge also keinesfalls aus dem Entwurf hervor, daß mit Verabschiedung des Gesetzes auch der Jude endlich zu seiner verdienten vollen Gleichberechtigung komme. Die Juden hätten einen Anspruch auf volle und für jedermann ersichtliche Emanzipation. Dies ließ der Antrag von Lord John Russell vermissen. Die Juden könnten im übrigen in aller Ruhe ihrer Gleichstellung im öffentlichen Leben entgegensehen, da sie von dem Allmächtigen unterstützt würden, der sie noch niemals verlassen habe.

Sehr wahrscheinlich hat Disraeli durch seine Stellungnahme zahlreiche frühere Parteigänger von Lord John Russell der Opposition zugeführt. So erlebten es die Freunde der Emanzipation zu ihrem Erstaunen, daß das Gesetz nicht einmal das Unterhaus passierte. Vielmehr wurde es, wenn auch nur mit einer geringen Mehrheit von 251 zu 247 Stimmen im Parlament abgelehnt.

Die Judenpresse war natürlich über den Mißerfolg wiederum tief betrübt und glaubte, daß er lediglich darauf zurückzuführen sei, daß die Feinde der Juden und Papisten diesmal zusammengegangen seien[8]). Beim Auftauchen des Gesetzes war die „Times" sogar nicht davor zurückgeschreckt, vorzuschlagen, im Falle einer erneuten Abweisung im Oberhaus die Möglichkeit der Auflösung des Parlaments und die Ernennung von hundert neuen, den Juden günstig gesinnten Peers ins Auge zu fassen. Man wollte also dadurch eine unbedingte Mehrheit judenfreundlicher Lords im Oberhaus schaffen. Die Times empfahl also einen kaum dagewesenen umwälzenden Gesetzesakt, der das innerpolitische Leben aufs tiefste hätte erschüttern müssen. Und das alles für dreißigtausend Juden in einem Dreißigmillionenvolk!

Lord John Russell hatte sicherlich taktisch einen Fehler gemacht, das Gesetz in der von ihm verfaßten Form nach Bekanntwerden der Ansprüche des Papstes vor das Parlament zu bringen. Zumindestens hätte er wohl besser getan, nach Kenntnisnahme der von Disraeli geführten Richtung das Gesetz zu ändern oder fallen

[8]) Times vom 25. u. 26. Mai 1851.

zu lassen. Es dürfte hinzu gekommen sein, daß wahrscheinlich in der englischen Öffentlichkeit die Erinnerung an die unerhörten Vorfälle im Parlament anläßlich des Eindringens von Salomons noch zu lebendig war. Gerade durch die letzteren Ereignisse dürften die Juden den Nimbus des armen, zu Unrecht verfolgten Juden verloren haben. Diese Erkenntnis der englischen Nation ist ein nicht zu unterschätzender Faktor.

Vorstoß und Widerstand

Die letzten Ereignisse im Kampf um die Emanzipation waren für die Juden trotz aller Unterstützungen seitens ihrer mächtigen Gönner recht unglücklich verlaufen. Die Öffentlichkeit war außerdem mehr denn je gegen die Juden eingestellt. Man kann daher deutlich erkennen, daß die Judenbewegung einer Erholungspause bedurfte, um sich von den letzten Fehlschlägen zu erholen. Denn entgegen der früheren Gewohnheit wurde weder im selben Jahr noch im nächsten eine neue Aktion im Parlament unternommen. Nichtsdestoweniger hatten die Juden weitere Teilerfolge zu verzeichnen.

Die Universitäten waren für lange Zeit den Juden verschlossen. Verschiedene Gesetze unter der Königin Elisabeth[1]), König Jacob I.[2]) und Georg I.[3]) verboten dies, insbesondere wurde auch hier der Eid auf das Neue Testament verlangt. Zunächst beschäftigte sich die Universität Oxford mit der Judenfrage, soweit sie bezüglich der Zulassung davon betroffen war. Im Jahre 1854 erging „The Oxford University Reform Act". Hiernach war bestimmt, daß „es nicht mehr für die Immatrikulation in der Universität nötig sei, ungeachtet ihres Gesetzes oder Statutes, eine Erklärung abzugeben und zu unterschreiben oder einen Eid zu leisten[4])". Hierdurch wurde den Juden der Zutritt zur Universität Oxford ermöglicht. Diesem Beispiel folgte bald darauf im Jahre 1856 die Universität Cambridge[5]). Auch die übrigen Universitäten schlossen sich kurze Zeit später diesem Schritt an.

Erst im Jahre 1871 wurde eine einheitliche Regelung getroffen[6]). Es mag hierbei kurz erwähnt werden, daß den Juden auf Grund dieses Gesetzes ebenfalls völlige Lehrfreiheit gewährt wurde.

Der Beruf eines Erziehers und Lehrers war den Juden lange verschlossen gewesen. Auch hier war das Haupthindernis der zu leistende Eid. Daneben bestand ein weiteres Gesetz, der sogenannte Act of Uniformity aus dem Jahre 1662[7]). Neben anderen Bestimmungen enthielt dieses Gesetz die Vorschrift, daß alle Professoren, Dozenten und Lehrer gehalten seien, eine Erklärung zu unterschreiben, welche das Versprechen enthielt, „sich in den Rahmen der Kirche von England einzufügen, wie sie jetzt durch Gesetz begründet ist." In Gemäßheit dieses Gesetzes hatten auch Erzieher und Lehrer in Privathäusern eine Lizenz für Ausübung ihres Berufes einzuholen, und zwar von dem Bischof ihres Bezirks. Die Versäumung wurde mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft[8]). Natürlich erhielten nur die Angehörigen der englischen

[1]) 1. Eliz. c. 1.
[2]) 7 Jac. I c. 6.
[3]) 1 Geo I. 2, c. 13.
[4]) 17 u. 18 Victoria c. 81.
[5]) 19 u. 20 Victoria c. 88.
[6]) 34 u. 35 Victoria c. 26.
[7]) 13 u. 14 Car. II c. 4.
[8]) Henriques: S. 130.

Kirche eine solche Lizenz. Die Juden waren damit von diesem Beruf ausgeschlossen. Dieser Zustand wurde erst im Jahre 1846[9]) durch den sogenannten Religious Disabilities Act abgeändert. Hiernach wurde den Juden zunächst erlaubt, als Privatlehrer tätig zu sein. Die letzte Beschränkung bezüglich der vollen Lehrfreiheit wurde durch das oben genannte Gesetz aufgehoben.

Die City von London sollte einmal wieder stark für die jüdischen Interessen eintreten. Sie wählte David Salomons am 30. September 1855 zum Oberbürgermeister. Nur wer englische Verhältnisse kennt, kann ermessen, welche Ehre und gleichzeitig welche Macht hierdurch den Juden zufiel. Der Jubel der Juden und ihrer Freunde über diesen Erfolg ging allerdings etwas in dem alles übertönenden Rausch über die Einnahme von Sebastopol unter[10]).

Am 9. November 1855 wurde er in sein Amt mit der ganzen der Welt bekannten Pracht eingeführt. Ein großes Festmahl wurde ihm zu Ehren in der Stadthalle gegeben[11]). Auch der Gatte der Königin Victoria, Prinzgemahl Albert, war anwesend. Einer der damaligen höchsten Würdenträger der Kirche war ebenfalls als Gast geladen. Er war über das große Ereignis so entzückt, daß er nicht an sich halten konnte und sich an den königlichen Gast mit folgenden Worten wandte: „Gott sei Dank, Königliche Hoheit, endlich haben wir doch noch einen Gentleman für den Bürgermeisterstuhl gefunden." „Ja, mein Lord," antwortete der Prinz, „aber wir hatten uns außerhalb der christlichen Kreise danach umzusehen."

Salomons sollte noch im 19. Jahrhundert drei jüdische Nachfolger in diesem Amt haben, nämlich Sir Benjamin Philipps von 1865—1866, Sir Henry Isaacs von 1889—1890 und Sir George Fandel Philipps von 1897—1898.

Dieser neue Erfolg und der Sturz der sogenannten Koalitionsregierung unter Lord Aberdeen veranlaßte die Juden und ihre Freunde zu neuen Angriffen.

Das neue Kabinett wurde von Lord Palmerston gebildet, der der Judenemanzipation wohlwollend gegenüberstand. Jedoch hatte auch diese Regierung zunächst wider Erwarten keine Neigung, formell selbsthandelnd für die Juden im Parlament hervorzutreten. Die vorhergehenden 25jährigen Mißerfolge ließen zur Vorsicht mahnen. Ob die Regierung oder die Juden nun den Abgeordneten Milner Gibson am 22. Februar 1856 veranlaßten, einen neuen diesbezüglichen Antrag im Parlament zu stellen, mag dahingestellt bleiben. Die Tatsache steht aber fest, daß dieser Abgeordnete in der ersten Woche der Parlamentsperiode eine Gesetzesvorlage des Inhalts einbrachte, den Eid of Abjuration abzuschaffen.

Auch dieser Antrag vermied es geschickt, von jüdischen Beschränkungen zu reden. Außerdem war er geschickt damit begründet,

[9]) 9 und 10 Vict. c. 59.
[10]) Morning Chronicle vom 1. Oktober 1855.
[11]) Morning Chronicle vom 10. Oktober 1855.

daß sogar nach Meinung der Judengegner der Eid of Abjuration veraltet sei und daher doch seiner Aufhebung nichts mehr im Wege stehen könnte.

Dieser Eid verlangte bekanntlich von den Untertanen des englischen Königshauses, die Verweigerung jeder Gefolgschaft des Pretenders oder seiner Nachkommen zu beschwören. Da aber überhaupt keine Nachkommen mehr vorhanden waren, bestand tatsächlich keine Notwendigkeit mehr für die Eidesleistung.

Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß Regierung und Antragsteller eng zusammenarbeiteten. Dies ergibt sich daraus, daß die Regierung sofort die Gesetzesvorlage aufgriff und sie voll und ganz unterstützte. Lord Palmerston und daneben — wie immer — Lord John Russell waren die Wortführer für die Judenfreunde. Sie führten zu den bereits erwähnten Begründungen zu dem Gesetz noch aus, daß zu der Zeit der Einführung des Eides of Abjuration kaum Juden in England ansässig gewesen seien, so daß der Wille des Gesetzgebers sich bei der erfolgten Maßnahme nicht habe auf die Juden beziehen können. Auf jeden Fall sei die Gesamtlage derart, daß der Eid als ein Hindernis der berechtigten Ansprüche der Juden anzusehen und daher aufzuheben sei.

Wieder gab es tagelange Debatten mit allen Gründen der beiden Richtungen. Die Abstimmung am 23. Juni brachte den Judenfreunden im Parlament bei der zweiten Lesung den Sieg mit 230 zu 195 Stimmen. Der Wortführer der Judengegner, Sir Frederick Thesiger, suchte noch einmal in der dritten Lesung einen Umschwung zugunsten seiner Richtung herbeizuführen. Er stellte den Antrag, in dem neuen Gesetz die Worte: „Bei dem treuen Glauben eines Christen" einzusetzen. All seine Bemühungen waren erfolglos. Vielmehr wurde sein Antrag mit 159 zu 110 Stimmen abgelehnt.

Wieder war es das House of Lords, das dem Gesetz seine Anerkennung versagte, und zwar mit 110 zu 78 Stimmen.

Die Wut der Juden und ihrer Freunde war grenzenlos. Sie richtete sich hauptsächlich gegen Lord Derby, unter dessen Führung auch dieser Angriff im Oberhaus abgewiesen war[12]).

Das Hofblatt von Rothschild übertraf sich beinahe selbst in seinen Beschimpfungen. Nach dessen Ansicht war die Haltung von Lord Derby einfach unglaublich. „Dieser Edelmann", so hören wir das Blatt wettern, „hat eine unverantwortliche Herausforderung gegenüber der öffentlichen Meinung und eine Beschimpfung gegenüber den Vertretern des Volkes begangen." Wahrscheinlich würde eine solche Stellungnahme zu sehr ernsten Konsequenzen zwischen den beiden gesetzgebenden Häusern führen[13]).

Man sieht, auch hier verbinden sich wiederum Enttäuschung mit neuen Drohungen gegen die Judengegner.

[12]) Times vom 23. u. 24. Juni 1856.
[13]) Morning Chronicle vom 25. Juni 1856.

Es ist auch sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Anteilnahme der Regierung an dem Gesetzentwurf gewesen, daß sie nach dem Krimkrieg in großen Geldverlegenheiten war. Wie oft in solchen Fällen war Rothschild aufgetaucht und hatte es ohne Zögern übernommen, die Anleihe zur Deckung der Schulden von etwa fünf Millionen Pfund unterzubringen. Kein vernünftiger Mensch wird ernstlich leugnen wollen, daß die Gesetzesvorlage und das Einsetzen der Regierung hierfür u. a. eine Gegenleistung der Regierung dargestellt hat.

Man sollte glauben, daß die Juden einmal den Mut verloren hätten. Insbesondere muß man sich wundern, daß sich immer wieder Kabinette fanden, die die Emanzipationsgesetze unterstützten und sich eine Niederlage nach der andern holten.

Im Frühjahr des folgenden Jahres, 1857, fand eine Neuwahl für das Parlament statt. Jetzt schien der Zeitpunkt für den endgültigen Erfolg der jüdischen Bestrebungen gekommen zu sein. Lord Palmerston hatte nicht nur seine alte Mehrheit im Parlament wiedergefunden, sondern sie im Gegenteil noch erheblich vergrößern können. Auch Rothschild war erneut von der City ins Parlament gewählt worden. Man hatte anfänglich große Bedenken gehabt, ob er trotz aller von ihm angewandten Mittel auch erfolgreich sein würde — denn die Wahl fand an einem Sonnabend, dem 28. März, statt —, und man befürchtete, daß strenggläubige Juden es ablehnen würden, zur Wahlurne zu schreiten. Auf ihre Unterstützung konnte aber Rothschild nicht ganz verzichten. In den Morgenstunden war dann auch ihre Wahlbeteiligung sehr schwach. Dies wurde jedoch um Mittag erheblich besser, da sie inzwischen ihre Synagogen verlassen hatten; nachher sah man aber die Juden in großer Anzahl wählen, zumal die Rabbiner eine diesbezügliche Losung ausgegeben hatten. Nach ihrer Ansicht sei nämlich die Ausübung eines öffentlichen Rechts nicht unvereinbar mit den ihnen von Gott gegebenen Geboten.

Zum Erstaunen aller konnte diesmal Rothschild sogar mehr Stimmen als Lord John Russell auf sich vereinen. Die Freude über die Wiederwahl dieser beiden ins Parlament war natürlich in Judenkreisen besonders groß[14]).

Bereits sechs Wochen nach den Wahlen und unmittelbar nach Zusammentritt des neuen Parlaments wurde die Judenfrage wiederum aufgeworfen. Diesmal war es der Ministerpräsident Lord Palmerston persönlich, der wahrscheinlich im Vertrauen auf seinen großen Erfolg bei den Wahlen und seine starke Gefolgschaft im Unterhaus sich stark genug fühlte, den Kampf selbst zu eröffnen. Seine Gesetzesvorlage sah vor, die drei verschiedenen Eide durch einen einzigen zu ersetzen. Er hatte sich die gesamten Fragen so sehr zu eigen gemacht, daß er sich selbst vor dem Parlament entschuldigte, daß er an Stelle von Lord John Russell die Behandlung der Angelegenheit übernommen habe. Er wies ferner darauf hin,

[14]) Times vom 28. u. 30. März 1857.

daß die Annahme des Gesetzes es den Juden ermöglichen würde, ins Parlament zu kommen. Auf keinen Fall würde jedoch der besondere Eid für Katholiken aus dem Jahre 1829 geändert. Man sieht, er hatte aus früheren Jahren gelernt und ließ die katholische Frage unberührt. Der neue von Lord Palmerston vorgeschlagene Eid ließ die schon seit Jahren umkämpften Schlußworte aus.

Sir Frederick Thesiger gab eine zusammenfassende Darstellung über den gesamten bisherigen Kampf. Er hielt dies für notwendig, weil eine große Anzahl neuer Abgeordneter ins Parlament gekommen sei, die vielleicht über die einzelnen Phasen nicht so genau unterrichtet wären. Er begnügte sich hiermit und behielt sich vor, später seine Gründe für die Opposition anzuführen. Auf diese Weise fand die erste Lesung ohne jeglichen Widerstand statt.

Zur allgemeinen Überraschung gab es auch in der zweiten Lesung keine Oppositionsreden. Vielmehr gab Sir Frederick Thesiger nur die Erklärung ab, daß die Judengegner ihre Zustimmung zu der Gesetzesvorlage geben würden, wenn es in bestimmter Weise ergänzt würde. Er bäte daher um folgenden Zusatz: „Und ich gebe diesen Eid of Abjuration . . . wahrhaftig im wahren Glauben eines Christen ab." Seinem Antrag widersprachen die Judenfreunde aufs entschiedenste, da hierdurch den Juden auch weiterhin der Zutritt zum Parlament untersagt gewesen wäre. Die nachfolgende Debatte hatte nichts von der Heftigkeit und Länge der früheren Auseinandersetzungen verloren. Die Situation wurde aber bald zuungunsten der Opposition geklärt, als sich ein führender Konservativer, Sir John Pakington, gegen den Zusatzantrag aussprach. In all den vorhergehenden Jahren hatte er auf seiten der Judengegner gestanden. Jetzt glaubte er, sich nicht mehr gegen die Zulassung der Juden aussprechen zu können. Zwar würde er es lieber gesehen haben, daß bei dem neuen Eide durch die bekannten Worte der christliche Charakter des Eides gewahrt geblieben und den Juden mit einem besonderen Zusatz die Auslassung der Worte gestattet würde. Aber er könne sich nicht mehr länger den jüdischen Beweisgründen für ihre Zulassung verschließen.

Man sieht, die konservative Partei beginnt sich über die Judenfrage unschlüssig und uneinig zu werden. Dies mußte zum Sieg der Juden führen.

Es verwundert nicht, daß der Zusatzantrag von Sir Frederick mit 341 zu 201 Stimmen abgewiesen wurde. Damit hatten die Judengegner eine Niederlage mit einer seit Jahren nicht gekannten Mehrheit erlitten. Es konnte daher keinem Zweifel unterliegen, daß die dritte Lesung nur noch zugunsten der Emanzipation ausfallen konnte, was auch durch die diesbezügliche Abstimmung bestätigt wurde.

Wiederum hing alles von der Einstellung des Oberhauses ab. Man hoffte in den Regierungskreisen, daß sich auch dort endlich eine Mehrheit finden würde, da die Judengegner diesmal ganz

erheblich im Parlament geschlagen waren. Außerdem setzte sich die Regierung mit großem Nachdruck für die Annahme ein. Lord Derby, der Führer der konservativen Opposition im House of Lords, stellte den Antrag, die Debatte über das vom Parlament verabschiedete Gesetz sechs Monate zu vertagen. Es ist klar, daß dies im Falle des Erfolges einer Zurückweisung des Gesetzentwurfes gleichkam. In seiner Rede zur Begründung seines Antrages glaubte Lord Derby nicht bestreiten zu können, daß die Juden gewisse gute Eigenschaften hätten und auf eine lange Entwicklung zurückblicken könnten. Aber er könne sich nicht über die von ihnen selbst in Anspruch genommene Tatsache hinwegsetzen, daß sie sich nach wie vor selbst als Nation bezeichneten und betrachteten.

Der schon bejahrte Lord Lyndhurst sprach dann sehr ausführlich zugunsten der Emanzipation. Wiederum war es im Endergebnis das Oberhaus, das sich am 10. Juli 1857 mit 171 gegen 139 Stimmen gegen das Gesetz aussprach.

All dieses focht die Juden und ihre Freunde wenig an.

So können wir uns nicht wundern, daß sich bereits eine Woche nach Ablehnung durch das Oberhaus das Parlament erneut mit der alten, schon so oft diskutierten Frage zu beschäftigen hatte. Die Regierung unter Lord Palmerston gab jedoch offen zu erkennen, daß sie im Augenblick nicht zur weiteren Verfolgung der jüdischen Bestrebungen geneigt war, da sie mit der Einbringung des erst kürzlich vom House of Lords zurückgewiesenen Gesetzentwurfes genug getan habe.

Inzwischen hatte Rothschild auf seinen Sitz im Parlament verzichtet, aber bei der nun notwendig gewordenen Neuwahl wiederum kandidiert. Er wurde wiedergewählt. Sein Verzicht war wohl nur aus irgendwelchen taktischen Gründen für die weiteren Maßnahmen erfolgt. Wahrscheinlich wollte man sich in den folgenden Kämpfen auf den gleichbleibenden Volkswillen der City für Zulassung eines Juden zum Parlament berufen.

Rothschild war auf einer öffentlichen Versammlung durch Zuruf gewählt worden, da kein anderer Kandidat aufgestellt war. Die Wahlversammlung bestand wie üblich aus einer bunt zusammengewürfelten Menge, die sich fast ausschließlich aus Mitgliedern der jüdischen Gemeinde zusammensetzte.

Die Presse der Gegner bezeichnete die Wahl als Farce und regte sich darüber auf, daß man sich mit dieser unwichtigen Frage der Judenwahl beschäftigte, da mit Rücksicht auf die schweren Unruhen in Indien doch ganz andere Interessen auf dem Spiele ständen. Es sei daher ganz unverständig, die Bevölkerung damit zu behelligen.

Juden und Lords

Die Öffentlichkeit war nach wie vor sehr geteilter Meinung über die Entwicklung der Dinge.

Die „Times", wie immer, konnte sich nicht genug tun, auf die Engstirnigkeit der Lords zu schimpfen. Seit zehn Jahren sei Rothschild schon von der City gewählt worden, und noch immer habe er nicht seinen Sitz einnehmen können. Zuletzt würden aber wohl doch die hohen Lords einmal auf ihren Widerstand verzichten. Das Parlament sollte ruhig einmal den Mut aufbringen, Rothschild entgegen der Rechtsprechung und der Verfassung einen Sitz zu gewähren. Man könne dann ja einmal abwarten, welche Haltung das Oberhaus einnehmen würde[1]). Und doch glauben sie, noch weit von ihrem Ziele entfernt zu sein. Dies kommt in ihrem Artikel vom 20. Juli mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Es besteht keinerlei Aussicht, daß die Lords nachgeben werden, und wir glauben auch, daß niemand ein Nachgeben der liberalen Partei in dem Kampfe erwartet. In den nächsten zwanzig Jahren wird immer ein jüdisches Mitglied rechtmäßig gewählt werden, jedoch außerstande sein, seinen Sitz einzunehmen, wenn sich das Parlament nicht entschließt, die Angelegenheit auf Grund seiner eigenen Macht zu regeln. Nun, Not kennt kein Gebot. Unerträgliche Mißstände müssen abgeschafft werden, und das kann nur durch eine Sonderaktion des Parlaments erfolgen . . ."

Man sieht, dies alles enthält nicht mehr und nicht weniger als eine Aufforderung zum Verfassungsbruch. Und dabei hatte England schwer um den Bestand seines Empires zu kämpfen, da in Indien ein gefährlicher Aufstand ausgebrochen war, der die Anspannung aller Kräfte erforderte, um ihn niederzuringen.

Inzwischen war der „Daily Telegraph"[2]) gegründet worden. Auch seine damalige Haltung ist von der heutigen in der Judenfrage nicht verschieden. In seinen Leitartikeln tobt man über die jahrelange Abwehr der Lords:

„Die konservative Aristokratie und Priesterherrschaft sind nun in ihrem wahren Charakter enthüllt. Sie sind die gefährlichsten und aufrührerischsten Klassen im Lande . . . Eine Clique von Grafen und Prälaten, die wie Geister in einer heidnischen Ruine spuken, unterbindet fortschrittliche und nutzbringende Maßnahmen . . ."

Die „Morning Post" macht in ihren Artikeln dagegen mit Recht darauf aufmerksam, daß die notwendigen Maßnahmen zur Niederdrückung des indischen Aufstandes weit wichtiger seien als die Befriedigung des Ehrgeizes eines jüdischen Millionärs und die Ausspielung eines gesetzgebenden Hauses gegen das andere[3]).

[1]) Times vom 16., 20. u. 24. Juli u. 4. August 1857.
[2]) Daily Telegraph vom 11. u. 13. Juli 1857.
[3]) Morning Post vom 21., 22. u. 29. Juli 1857.

Man glaubte, daß das Jahr keine neuen Kämpfe bringen würde, da es unwahrscheinlich war, daß das Parlament überhaupt nochmals zusammentreten würde. Besondere Umstände erforderten jedoch die außerordentliche Einberufung im Spätherbst 1857. Das Parlament trat jedoch erst im Dezember des betreffenden Jahres zusammen. Es war nur vorgesehen, daß Maßnahmen hinsichtlich der Behebung der eingetretenen Wirtschaftskrise beraten werden sollten. Lord John Russell benutzte jedoch die Gelegenheit, am 10. Dezember 1857 ein neues Judengesetz vor das Parlament zu bringen. Wiederum hatte diese Vorlage zum Inhalt, die drei Eide durch einen einzigen zu ersetzen. Die Fassung war ähnlich derjenigen, die im Frühjahr desselben Jahres vom Parlament angenommen, jedoch vom House of Lords zurückgewiesen war. Allerdings waren die fatalen Schlußworte hierin enthalten. Diese Fassung sollte jedoch nicht für Juden gelten, vielmehr war für diese ein besonderer Passus in dem Gesetzesentwurf enthalten. Hiernach sollte den Juden erlaubt sein, diese letzten Worte auszulassen.

Die erneute abschließende Verhandlung vor dem Parlament wurde durch den Sturz des Kabinetts von Lord Palmerston verzögert.

Jetzt kam die konservative Partei unter Führung von Lord Derby zur Macht. Zunächst gaben die Judenfreunde ihre Hoffnung auf, in der nächsten Zeit ihr Ziel erreichen zu können. Lord Derby hatte bekanntlich nur einige Monate vorher die Judengegner im Oberhaus geführt. Die Juden schöpften jedoch neue Hoffnung, als Lord Derby einige der größten Freunde der Judenbestrebungen als Minister in sein Kabinett aufnahm. Zu ihnen gehörte sein eigener Sohn, Lord Stanley, Sir Fitzroy Kelly, der Kronanwalt, und endlich Disraeli, der sich inzwischen zum Führer des Parlaments aufgeschwungen hatte. Diese Männer übten nun einen großen Einfluß auf Lord Derby aus, denn nach kurzer Zeit konnte man erkennen, daß auch er einem Kompromiß in der gesamten Frage nicht abgeneigt war.

So kam es am 18. März 1858 im Unterhaus erneut zur Verhandlung über das von Lord John Russell eingebrachte und noch nicht erledigte Gesetz. Der frühere redegewaltige Judengegner Sir Frederick Thesiger war unter der neuen Regierung Lordkanzler mit dem Titel Lord Chelmsford geworden. Als solcher war er nicht mehr Mitglied des Parlaments, sondern des House of Lords. Mr. Newdegate fiel nun die Aufgabe zu, in diesen schweren Tagen des Endkampfes allein die Judengegner im Unterhaus zu führen. Er stellte den schon von Sir Frederick Thesiger in der vorangegangenen Sitzungsperiode angekündigten Zusatzantrag. Hiernach sollte der besondere Absatz in dem Gesetzesentwurf, wonach den Juden die Auslassung der Schlußworte des Eides gestattet werden sollte, gestrichen werden.

Schon im Verlauf der Auseinandersetzungen zeigte sich, daß die Judengegner erheblich zusammengeschmolzen waren. Dies wurde durch die Abstimmung bestätigt. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag von Newdegate verworfen und wenig später die zweite Lesung verabschiedet. Die endgültige dritte Lesung am 12. April brachte nicht einmal mehr eine namentliche Abstimmung.

Mit einer völlig ungewöhnlichen Schnelligkeit wurde das Gesetz vor das House of Lords gebracht. Man wollte anscheinend unbedingt die nachhaltige Wirkung der vernichtenden Niederlage der Judengegner ausnutzen, denn schon am Tage nach der dritten Lesung im Parlament wurde das Gesetz zum ersten Male im Oberhaus verhandelt. Wie in den meisten Fällen fand auch diesmal bei der ersten Lesung keine Aussprache statt.

Die zweite Lesung sollte sehr schnell folgen, da die Regierung alles zur Beschleunigung tat. Schon in der nächsten Woche fand die mit Spannung erwartete Aussprache über die zweite Lesung statt. Das Oberhaus sah insbesondere der Stellungnahme von Lord Derby mit größter Erwartung entgegen. Unter allgemeiner Anteilnahme der Anwesenden teilte er mit, daß er es begrüßen würde, wenn die veralteten Teile der verschiedenen Eide den gegenwärtigen Zeiten angepaßt werden würden. Aber wegen der Judenfrage hätte er trotz der gegenteiligen Ansicht von drei Mitgliedern in der Regierung seinen alten Standpunkt beibehalten. Nur zu gern wäre er bereit, seine Meinung zu ändern, wenn man nur vernünftige Gründe dafür angeben könne. Der Zustand sei allmählich sehr lästig geworden. Nach alledem müsse er zu seinem Bedauern mitteilen, daß er in der gegenwärtigen Sitzungsperiode bei seiner früher eingenommenen Stellungnahme verharren müsse.

In der am 27. April stattgefundenen Sitzung nahm der frühere Sir Frederick Thesiger, jetziger Lord Chelmsford, das Wort. All die erneut vorgebrachten Gründe könnten ihn, den schon so lange gegen die Judenemanzipation kämpfenden Engländer, nicht von der Richtigkeit der Beweisführung der Gegenseite überzeugen. Es ginge hier nicht um einzelne jüdische Individuen, gegen die nach seiner Ansicht nichts weiter vorgebracht werden könne, sondern um das jüdische Volk als Ganzes. Er habe keine persönliche Abneigung gegen die Juden, sondern „ich fühle nur", so hören wir, „den ernsthaften Wunsch, ein Prinzip zu unterstützen, das aufrechtzuerhalten ich für notwendig erachte, um die Wohlfahrt und selbst den Charakter unseres Landes zu bewahren". Infolgedessen stelle er den Antrag, den besonderen Absatz für die Juden, wonach ihnen die Auslassung der verhängnisvollen Schlußworte gestattet sei, aus dem vom Parlament verabschiedeten Gesetz zu streichen.

Lord Lyndhurst widersprach dieser Fassung. Er konnte aber nichts daran ändern, daß die Abstimmung zugunsten der von Lord Chelmsford geführten Opposition endete.

Nach wie vor zeigt es sich, daß trotz aller Propaganda und des Einflusses mächtiger Engländer die Mehrheit des Volkes nichts

mit den Juden im Sinne hat. Dies spricht für die gesunde Auffassung und zähe Widerstandskraft des damaligen englischen Volkskörpers gegen die drohende Überfremdung. In den ersten Monaten des Jahres 1858 war sogar noch die erdrückende Mehrheit nach wie vor gegen die Zulassung der Juden im Parlament. Dies ergeben Stichproben der im Ober- und Unterhaus eingereichten Gesuche von Wählern. Im März liegt eine sehr große Anzahl vor, die von Städten, Gemeinden und Privatpersonen eingesandt worden sind. So finden wir zahlreiche Bittgesuche gegen das Judengesetz während der Verhandlungen vom 17. und 22. März im Parlament, dagegen nicht eine einzige zugunsten der Hebräer.

Diese Ablehnung des Volkes wird noch viel deutlicher während der Debatten im House of Lords. Es mutet gerade wie eine Ironie an, daß Lord Lyndhurst bei seinem Antrag zur zweiten Lesung — man denke sich — ein einziges Bittgesuch zugunsten der Juden überreichen konnte, während eine große Anzahl von Einzelpersonen und gegen 60 Städte, Flecken und Gemeinden weiterhin Ausschließung der Juden verlangten. Ein ähnliches Bild ist am 27. April festzustellen, an dem Graf Granville einen einzigen Antrag zugunsten der Juden übergibt. Geradezu niederdrückend ist aber die Mehrheit am nächsten Tag, als die Judenfreunde zwar 50 Gesuche mit 2793 Unterschriften eingesandt haben, — die Judengegner dagegen in 224 Gesuchen mit 11 359 Unterschriften den richtigen Willen des Volkes zum Ausdruck bringen.

Daß die „Times" nicht allzusehr über die Entwicklung der Dinge erbaut war, läßt sich denken. Wir wollen uns im Augenblick enthalten, ihre weiteren Wutausbrüche mitzuteilen und uns lediglich auf ihre Auseinandersetzungen mit den Gründen der Judengegner beschränken. Immer stärker wurde nämlich von den letzteren im Parlament und in der Presse darauf hingewiesen, daß die Judenfrage keineswegs nur vom Religionsstandpunkt, sondern von vielen anderen Erwägungen abhängig sei. So fürchtete man u. a. die Unmoral der Juden, die in allen ihren Lehren und Schriften, wie z. B. dem Talmud, zutage trete. Gleichzeitig seien die Juden nach wie vor abzulehnen, weil sie Fremde im Volkskörper seien. Die „Times" ist über diese letztere Ansicht sehr entrüstet. Sie erklärte, daß diese Behauptungen für einen modernen Juden nicht mehr zuträfen. Diese hätten alle derartigen Nachteile bereits abgelegt. Im übrigen sei es ungeheuerlich für die englische Nation, die jüdische Rasse zu kritisieren.

„. . . Es ist schon eine feine Sache für eine Nation von Parvenus gleich der unseren, kaum 1000 Jahre alt, an dieser Ecke der Welt sich auf den Pfaden starrköpfiger, alter Pharaos, großer, unverschämter Philister, Assyrer, Babylonier und tausend anderer königlicher und kaiserlicher Verfolger zu finden. Die Verfolgungen sind immer von zügellosem, launischem und fast kindischem Charakter gewesen . . .[4])."

[4]) Times vom 18. u. 23. März 1858.

Wir sind ja viel von der judenfreundlichen Presse gewohnt, aber die „Times", die damals und heute führende Zeitung Englands, schämt sich nicht einmal, ihre eigene Nation gegenüber der jüdischen als minderwertig hinzustellen!

Wiederum war das Oberhaus das für die Juden unüberwindliche Bollwerk geblieben. Nach der englischen Verfassung ging das abgeänderte Gesetz zum Parlament zurück, um dort ausdrücklich in seiner abgeänderten Form angenommen zu werden. Lord John Russell machte in erregten Ausführungen das Unterhaus darauf aufmerksam, daß das veränderte Gesetz nicht angenommen werden könnte, da dadurch wiederum den Juden die Zulassung zum Parlament versagt geblieben wäre.

Das Parlament faßte nun am 13. Mai den Beschluß, gewisse Mitglieder zu ermächtigen, eine Konferenz mit Mitgliedern des House of Lords zur Behandlung der ganzen Frage abzuhalten mit dem endgültigen Ziel, eine Lösung herbeizuführen. Unter den dazu bestimmten Mitgliedern befand sich Rothschild. Man bedenke, welcher Affront in dieser Wahl gegenüber den Mitgliedern des Oberhauses liegt. Es ist daher fast verwunderlich, daß das Oberhaus dem Vorschlag des Parlaments zustimmte und ebenfalls die Bestellung eines entsprechenden Komitees versprach.

Einige Tage später fand die Konferenz statt, bei der selbstverständlich Rothschild nicht fehlte. Man sprach sich über die verschiedenen Punkte aus. Anscheinend gaben die betreffenden Mitglieder des Oberhauses das Versprechen ab, die Angelegenheit nochmals in ihrem Hause zu diskutieren und gegebenenfalls seine Meinung zu ändern. Auf jeden Fall gab der Graf von Lucan am 31. Mai einen kurzen Bericht im Oberhaus und stellte den Antrag, die für die Juden so fatalen Schlußworte fortzulassen. Man solle den Bittgesuchen des Volkes gegen die Zulassung nicht viel Bedeutung zumessen, sondern vielmehr berücksichtigen, daß inzwischen der größte Teil der Presse auf seiten der Juden stände.

Lord Lucan hatte bis vor kurzem zu den führenden Judengegnern im Oberhaus gehört. Man war daher auf seiten seiner früheren Parteifreunde recht unangenehm überrascht, daß er sich mit einem Male ohne nach außen hin zutage tretende Gründe für die Juden einsetzte.

Das Haus hatte sich noch nicht von seiner Überraschung über die Stellungnahme von Lord Lucan erholt, als ein anderes führendes Mitglied ebenfalls die Reihen der Judengegner verließ, nämlich der Graf Stanhope. Er war es gewesen, der im Jahre 1856 die Opposition gegen das von dem Abgeordneten Gibson beantragte Gesetz im House of Lords geführt hatte. Seinen Übertritt in das Lager der Judenfreunde begründete er damit, daß letztere sich im Parlament innerhalb der letzten zwei Jahre verdreifacht hätten. Dies sei für ihn ein weit besseres Zeichen als die immer wieder von den Judengegnern angeführte und vielleicht auch tatsächlich im Lande vorhandene, aber durch nichts bewiesene Mehrheit der

Opposition. Denn hierfür gäbe es keinen sicheren Maßstab, anders dagegen die Abstimmung im Parlament. Außerdem könnte die Zulassung doch nicht unchristlich sein, da inzwischen Bischöfe und andere führende Geistliche sich für die Emanzipation ausgesprochen hätten. Endlich könne er nicht verstehen, warum den Juden nicht der Zutritt zum Parlament gewährt werden solle, da man doch keinerlei Bedenken gehabt hätte, einen Juden zum Oberbürgermeister von London zu machen. „Im übrigen", so fuhr er fort, „hätten die Führer aller großen Staatsparteien an den Gesellschaften jenes Gentleman teilgenommen und Komplimente und Höflichkeiten mit ihm ausgetauscht." Mit Rücksicht auf all die vorgebrachten Gründe sehe er sich veranlaßt, die Zulassung der Juden zu empfehlen.

Man kann sich des leisen Zweifels nicht erwehren, daß auch der Redner in den letzten Jahren nicht selten Gast bei jüdischen Veranstaltungen gewesen ist und Komplimente ausgetauscht hat. Dieser Vorfall zeigt eindeutig die Richtigkeit des Grundsatzes, daß es in der Judenfrage keine Ausnahme und Erleichterung geben darf, da das Prinzip sonst allmählich durchlöchert wird.

Es sollte aber ein richtiger Tag der Überraschungen bleiben. Unmittelbar nach Beendigung der Rede des Grafen Stanhope erhob sich der Graf Clancarty. Er hatte sich im Gegensatz zu früheren Jahren den Judengegnern angeschlossen. Seinen Übertritt begründet er damit, daß er sich infolge der das ganze innerpolitische Leben beherrschenden Judenfrage sehr eingehend mit der gesamten Angelegenheit beschäftigt habe. Bei seiner früheren Stellungnahme habe er sich davon leiten lassen, daß es ungerecht sei, den Juden als englischen Bürgern gewisse Rechte zu versagen. Aber er habe jetzt sehr starke Bedenken, ob es richtig sei, sich mit dieser Begründung für die Sache der Juden zu erklären. Er habe nämlich einmal einen Einblick in die Geschichte der Hebräer getan, und diese habe ihm gezeigt, „daß die Juden nie die Waffen für England ergriffen hätten. Sie hätten sich vielmehr nur als Geldverleiher betätigt. Nicht nur in England, sondern in jedem Lande habe man festgestellt, daß sie eine besondere Nation, fremd in Blut, Religion und sozialen Interessen seien. Er sei vollkommen sicher, daß man bis zum heutigen Tage noch nichts von jüdischen Ansprüchen gehört hätte, wenn nicht Rothschild mit seinen eigenen Wünschen, . . . gestützt auf seinen großen Reichtum, dahinterstände. Er kenne Rothschild zwar nicht persönlich, und es möchte durchaus sein, daß er ein ehrenhafter Mann sei. Darum ginge es aber in diesem Kampfe nicht . . ., sondern man müsse sich über das Prinzip klar werden und sich dementsprechend entscheiden. Nach langer und reiflicher Überlegung habe er erkannt, daß in der Zulassung der Juden eine Gefahr für Staat und Kirche läge. Demnach müsse er sich jetzt gegen die jüdische Emanzipation aussprechen . . ."

Man sieht, der Graf von Clancarty hat die Taktik der Juden, die Streitfrage von dem Prinzip abzuziehen, klar erkannt und kommt auf Grund seiner jetzigen Kenntnis wahrer jüdischer Absichten und Taten zu einer ablehnenden Haltung gegenüber den Juden. Es sollte aber noch eine weitere Sensation erfolgen.

Lord Derby gab jetzt zu erkennen, daß auch er bereit sei, mit Hilfe eines Kompromisses zur Lösung der Frage zu kommen. Es sei wohl an der Zeit, der Mehrheit im Unterhaus Rechnung zu tragen. Daher würde es sich wohl empfehlen, die eigene Meinung aufzugeben. Hiervon könnte man nur Abstand nehmen, wenn man die volle Unterstützung des Volkes genießt. Aber es müsse wohl festgestellt werden, daß die Stimmung im Lande gegenüber der Judenfrage gleichgültig wäre. Vielleicht würde der Vorschlag von Lord Lucan eine Lösung bedeuten, aber man müsse ihn zunächst vor allem reiflich erwägen. Das beste würde wohl sein, die Gedanken von Lord Lucan in ein besonderes Gesetz zu bringen. Bis zur eingehenden Behandlung dieses Vorschlages würde er jedoch empfehlen, den bisherigen Standpunkt beizubehalten.

Nun führte Lord Lyndhurst die Judenfreunde und faßte in einer langen Rede die zwingenden Gründe für eine Zulassung der Juden zusammen. Am Schluß stellte er den Antrag, den früher gestellten Zusatzantrag bezüglich des vom Parlament bereits verabschiedeten Gesetzes fallenzulassen, mit andern Worten gemäß dem vom Parlament erlassenen Gesetz die Juden zum Parlament zuzulassen.

Diesem Antrag widersprach der Lordkanzler, Lord Chelmsford, aufs heftigste. Er setzte sich in sachlicher Weise mit den neun verschiedenen Gründen des Parlaments auseinander und kam zu dem Schluß, daß keiner von ihnen stichhaltig genug sei, um die eingenommene Haltung des House of Lords als falsch zu kennzeichnen. Das Oberhaus einigte sich dann auch dahin, zunächst bei seiner Stellungnahme zu verharren. Man einigte sich aber bereits, in eine weitere Untersuchung der Frage einzutreten, ob nicht ein Kompromiß möglich sei.

Dieser nur als vorläufig anzusehende Beschluß des House of Lords war wiederum ein Meisterstück des Parlamentarismus.

In der Woche nach dieser aufsehenerregenden Debatte wurden zwei Gesetzesvorlagen eingebracht. Die eine stammte von Lord Lyndhurst, die andere von Lord Lucan. Die erstere beabsichtigte, die drei Eide durch einen einzigen zu ersetzen und gewisse notwendige Erleichterungen für die Juden zu schaffen. Die zweite verfolgte denselben Zweck und ist als „Lord-Lucan-Gesetz" bekannt. Allerdings hatte sie eine andere Form. Laut der zwei vorhandenen Paragraphen war festgesetzt, daß die beiden gesetzgebenden Häuser einem jüdischen Mitglied jeweils erlauben, die fatalen Schlußworte auszulassen. Ferner war vorgesehen, für jeden gegebenen ähnlichen Fall eine allgemeine derartige Erlaubnis zu erteilen.

Es kam aber zunächst infolge der Abwesenheit des Ministerpräsidenten nicht zur Diskussion über diese beiden Gesetzesentwürfe.

Am 1. Juli 1858 fand die mit Spannung erwartete große Aussprache im Oberhaus statt. Die endgültige Haltung des Ministerpräsidenten war der Öffentlichkeit noch immer unbekannt. Schnell wurde aber diese Ungewißheit behoben, als der Ministerpräsident als erster das Wort ergriff. Er gab noch einmal einen Überblick über die zahlreichen Gesetze, die im Oberhaus nicht hatten durchgebracht werden können. Am Schluß bekannte er sich dann dazu, daß sich seine Einstellung bezüglich der Zulassung der Juden keineswegs geändert habe. Andererseits müsse es aber endlich zu einer Beilegung des Streites zwischen den beiden Häusern kommen, der sich allmählich zu einer schweren Gefahr für das gesamte politische Leben entwickelt hätte. Dieser Gedanke — und nur dieser allein — hätte ihn geleitet, eines der eingebrachten Gesetze — und zwar habe er dem von Lord Lucan den Vorzug gegeben — zu unterstützen.

Trotzdem die Haltung des Ministerpräsidenten seit langem ungewiß war, wurde jedoch das Haus durch seine Erklärung überrascht. Lord Lucan setzte sich dann noch eingehend für seinen Vorschlag ein. Nach seiner Ansicht herrsche „völlige Apathie und Indifferenz im Lande" über die Zulassung der Juden im Parlament. Das Oberhaus könne daher beschließen, was nach seiner Meinung für das Land gut sei.

Alle Anstrengungen der Opposition waren diesmal auch im Oberhaus vergebens. Zum erstenmal behielten die Judenfreunde im House of Lords die Oberhand, und zwar mit 143 zu 97 Stimmen. Die Schwenkung des Ministerpräsidenten hatte ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die Abstimmung hatte den Entschluß zu fassen gehabt, den Gesetzesantrag von Lord Lucan zum zweitenmal zu lesen und anschließend in einem Komitee zu behandeln. Die Kommission fügte noch zwei weitere Paragraphen ein. Hiernach sollten die Juden auch weiterhin u. a. von Führung der Regentschaft und den Ämtern des Lordkanzlers und des Lordlieutenant von Irland (Gouverneur von Irland) ausgeschlossen sein.

Der zweite nachgefügte Absatz ist bis zum heutigen Tage in Kraft. Dieser hat zum Inhalt, daß das Recht der Vertretung von kirchlichen Pfründen auf den Erzbischof von Canterbury übertragen wird, wenn es zu irgendeinem Amt im Bereich der Krone gehört, das von einem Juden ausgeübt wird.

Dieser so abgeänderte Gesetzentwurf wurde am 12. Juli dem Oberhaus zur dritten Lesung vorgelegt. Die Opposition schien keineswegs entmutigt.

Der Graf von Harrington war diesmal der leidenschaftlichste Redner der Judengegner. Er machte verschiedene Gründe für seine Stellungnahme geltend:

„Einer seiner Gründe", so führte er im Verlauf seiner Rede aus, „sei, daß die Juden große Geldverleiher, ja, die größten Geldverleiher der Welt seien. Sie liehen das Geld an jeden, der es nur haben wollte. Es machte ihnen nichts aus, ob sie ihr Geld für eine gute oder schlechte Sache geben, und ob sie damit Freiheit oder Despotie unterstützten. Es sei ihnen auch gleichgültig, ob sie mit der Hingabe der Gelder die Interessen ihres Gastlandes förderten oder nicht, oder ob sie endlich das Geld einem Staat liehen, der diesem feindlich gegenüberstand. So hätten sie Rußland große Gelder zur Verfügung gestellt . . . Mit Hilfe ihres Reichtums hätten sie jede Freiheit in Polen, Deutschland, Ungarn, Italien und andern Ländern zerstört. Die großen jüdischen Geldverleiher befänden sich aber nicht nur in England, sondern in jedem anderen Lande. Derartige Millionäre und Geldverleiher seien es gerade, die auf den britischen öffentlichen Wahlbühnen ständen und süße Reden zugunsten der Freiheit hielten, wo sie tatsächlich immer und überall die größten Feinde der Freiheit gewesen seien . . ."

Er beschäftigt sich dann anschließend mit der Frage, warum Juden in einigen Wahlbezirken gewählt worden seien. Er könne sich nach der Entwicklung der ganzen Dinge nicht entschließen, den Juden zu trauen.

„Er erinnere sich gut, daß erst vor einigen Jahren nicht weniger als sechzig Wahlbezirke wegen strafbarer Wahlbeeinflussung angeklagt worden seien. Viele Wahlkomitees hätten monatelang diese Angelegenheit untersucht und bei ihren Erhebungen verschiedene Abhilfen für die Zukunft vorgeschlagen . . . Sollten noch einmal die Fluttore der Wahlbeeinflussung geöffnet werden? Er behaupte, daß ein Geldverleiher sich nicht große Ehren um den Sitz im Parlament verdienen würde. Er würde weit lieber einen Mohammedaner oder Hindu im Unterhaus sehen, als einen jüdischen Geldverleiher. Dies würde im übrigen noch viel gerechter sein, um so den 180 Millionen britischen Untertanen dieser Religionsbekenntnisse einen Repräsentanten im Unterhaus zu geben . . .

Es habe selten Männer in einem großen Staat gegeben, die solch mächtigen Einfluß besessen hätten, wie die Juden in diesem Augenblick. Hätten sie nicht einen beträchtlichen Teil dieses Hauses gewonnen, der für sie stimmte? Hätten sie nicht schon lange eine Mehrheit im Unterhaus? Zu dieser müsse man dann noch einen Teil der Presse — das mächtigste politische Element, das je existierte — rechnen. Und alle unterstützten sie."

„Alle anständigen Kreise in England seien gegen die Zulassung der Juden zum Parlament. Er könne nicht umhin, noch einmal vor den Juden zu warnen. Sie hätten allen Ländern große nationale Schulden gebracht, worunter die ganze Welt litt. Aus all diesen Gründen verdienten die Juden nicht, daß ihre Macht durch Zulassung zum Parlament noch mehr vergrößert würde."

Diesen scharfen Ausführungen glaubte Lord Derby entgegen-

treten zu müssen, wobei er vor allem darauf hinwies, daß es auch christliche Geldverleiher gäbe.

Sehr erregt antwortete darauf der Graf von Harrington, daß er seit langem das Resultat dieses ganzen parlamentarischen Kampfes vorausgesehen habe. Er erinnerte Lord Derby und das Haus daran, daß während des Krimkrieges ungeheure Summen von Geld seitens der Juden nach Holland geschickt worden seien. Könnten solche Geldverleiher, die Seele der judenfreundlichen Partei, als ordentliche Bürger im Parlament sitzen?

Eine ebenso heftige Rede des Grafen von Galloway folgte. Er sei, so führt er aus, ziemlich sicher und sehe die Zeit kommen, und zwar recht bald, daß ein verruchter Ministerpräsident von England eine große Bestechung für den Vorschlag erhalten würde, einen Juden zum Peer zu ernennen. Zwar habe dies Haus Macht genug, einen unerwünschten Peer abzulehnen, aber wie leicht könnte die jetzige Stimmung gegen Zulassung eines jüdischen Peers dadurch geändert werden, daß weitere Lords für die Zulassung der Juden gewonnen werden!

Alle Anstrengungen der Judengegner waren umsonst. Auch die dritte Lesung fand eine Mehrheit zugunsten des Gesetzentwurfs, und damit war praktisch der Sieg der Juden errungen.

Die gesamte Lage ist nicht ganz leicht zu verstehen. Sie soll daher kurz zusammengefaßt dargestellt werden.

Zunächst hatte bekanntlich das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Auslassung der für die Juden fatalen Schlußworte des Eides vorsah. Dies war vom Oberhaus abgelehnt und insofern abgeändert, als man wieder die Schlußworte eingefügt hatte. Das Gesetz in dieser neuen Fassung mußte nach der Verfassung vom Parlament gebilligt werden und befand sich zur Zeit wieder dort. Ein Komitee des Parlaments hatte in den bekannten neun Punkten diesen Zusatz abgelehnt und mit Vertretern des Oberhauses die verschiedenen Einwände besprochen. Die Weiterverfolgung dieser Frage war durch den inzwischen im Oberhaus verabschiedeten Gesetzentwurf ins Stocken geraten, weil sich das Interesse beider Häuser auf die gerade geschilderten Vorgänge im House of Lords gerichtet hatte. Nachdem diese erledigt waren, mußte man sich im Parlament sowohl mit dem früher abgeänderten Gesetz, als auch mit dem neuen, vom Oberhaus verabschiedeten befassen. Bezüglich des ersteren hatte man bereits in einem besonderen Komitee verhandelt. Erstaunlicherweise hatte das Oberhaus seinen Widerspruch zum ersten Gesetz nicht zurückgezogen, sondern bestand nach wie vor auf Einfügung der verlangten Schlußworte.

Mit einer verblüffenden Schnelligkeit sollte sich das Parlament nun mit beiden Gesetzen auseinandersetzen.

Schon am 16. Juli 1858, also vier Tage nach der Verabschiedung des Lucan-Gesetzes im Oberhaus, kam es zur Behandlung der Judenfrage.

Lord John Russell stellte zunächst den Antrag auf zweite Lesung des Lucan-Gesetzes. Es war sicher einer der größten Tage in seiner parlamentarischen Laufbahn. Endlich hatte er doch sein Ziel, die Zulassung der Juden, erreicht. Daß auch die im Parlament notwendige Mehrheit für die Annahme des vom House of Lords bereits verabschiedeten Gesetzes vorhanden sein werde, war nicht zu bezweifeln. Trotzdem wehrten sich die Judengegner bis zum äußersten. Die Hauptlast des Kampfes lag auf den Schultern von Mr. Newdegate. „Er sei", so führte er unmittelbar nach Stellung des Antrags von Lord John Russell aus, „mehr denn je zuvor vollkommen davon überzeugt, daß die Judenfreunde nicht die Einstellung des Volkes zu dieser Frage kannten. Er habe bislang keine Befriedigung des Volkes über die wahrscheinliche Änderung der Verfassung feststellen können. Er bedaure es daher außerordentlich, daß die Entscheidung dieser Angelegenheit nicht dem Volke überlassen sei."

Der Abgeordnete Spooner unterstützte Mr. Newdegate und machte u. a. darauf aufmerksam, daß bereits dem Parlament Bittgesuche mit Unterschriften von 11 808 Personen gegen Zulassung der Juden vorlägen.

Aller Widerstand war aber vergebens, und mit 156 zu 65 Stimmen wurde das Lucan-Gesetz in der zweiten Lesung angenommen.

Auch die dritte Lesung des Gesetzes vom 21. Juli 1858 konnte eigentlich nicht mehr ungewiß sein. Jedoch wehrten sich auch hier noch die Judengegner mit dem letzten Mut der Verzweiflung. Der Judengegner Mr. Warren erinnerte das Haus daran, daß die Gesetze gegen die überwiegende Mehrheit des Volkes gemacht würden. Bis zum Tage der dritten Lesung hätten sich lediglich 400 Personen für die Annahme, aber 14 500 gegen die Annahme des Gesetzes ausgesprochen. Dies sei wohl ein eindeutiger Beweis für die Stimmung im Volke. Außerdem habe er keinerlei Zweifel, daß mit Zulassung der Juden zum Parlament die Moral des letzteren Einbuße erleiden würde.

Auch Mr. Newdegate griff nochmals in die Debatte ein. Er wollte nicht, so fährt er im Verlauf seiner Rede fort, die Haltung des Ministerpräsidenten Lord Derby verteidigen. Er habe zwar seine Zustimmung zu einer Maßnahme gegeben, die nach seinen Worten entgegen seinen eigenen Prinzipien wären. In einem solchen Falle hätte er einen Appell an das Volk richten müssen. Aber wenn sich wegen dieser Unterlassung ein Sturm von Verwünschungen gegen ihn erhoben hätte, so solle man nicht dabei seine schwierige Lage vergessen. Wer sei denn der eigentliche Drahtzieher . . . gewesen? Kein Zweifel: der Finanzminister! (Disraeli.) Sie alle wüßten, daß letzterer selbst jüdischer Abstammung sei. Er hege gegenüber der jüdischen Rasse besondere Gefühle, die sich beinahe in jedem seiner Werke wiederfänden. Besonders sei diese seine Neigung völlig offen in der Biographie über

Lord George Bentinck hervorgetreten. Hier habe er als ein Recht der jüdischen Rasse die alles überragende Herrschaft über die andern Rassen der Menschheit erklärt. Ein solcher Mann sei aber der Befürworter der Emanzipation gewesen!

Aber auch dieser erneute Hinweis von Newdegate auf die wahren Absichten der Juden konnte nicht mehr die Verabschiedung des Gesetzes verhindern. Mit 129 zu 55 Stimmen unterlagen die Judengegner erneut. Damit war der eigentliche Kampf der jüdischen Emanzipation abgeschlossen.

Juda hat gesiegt

Unmittelbar nach der Abstimmung erhob sich Lord John Russell und erinnerte das Haus daran, daß man sich noch mit dem ursprünglichen Gesetz auseinanderzusetzen habe, wonach die Lords auf Beibehaltung der für die Juden fatalen Schlußworte bestanden hätten. „Die Lords hätten", so fuhr er fort, „dem Haus ihre allgemeinen Gründe zugehen lassen, die sie veranlaßten, die Juden unter allen Umständen vom Parlament auszuschließen. Gleichzeitig hätten sie aber einen anderen Gesetzesvorschlag gemacht, laut welchem die Zulassung der Juden vorgesehen wurde. Demzufolge wäre es natürlich für dieses Haus unnötig, sich den Abänderungen der Lords zu widersetzen, da diese ja von ihren eigenen Gründen abgegangen seien..." Es sei daher genügend, wenn mit Rücksicht auf diesen Widerspruch die Angelegenheit als erledigt betrachtet und dementsprechend beschlossen würde.

Der Abgeordnete Spooner war auch der Ansicht, daß die Einwände der Lords gegenstandslos geworden seien. Er stellte den Antrag, dies wie folgt klar zum Ausdruck zu bringen: „Das besagte Gesetz ist in direktem Widerspruch zu den klaren und zwingenden Gründen der Lords gegen die Zulassung der Juden zum Parlament . . ."

Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Wahrscheinlich wollte man den hohen Lords ihre unwürdige Haltung nicht zu deutlich durch einen dementsprechenden Beschluß des Parlaments zeigen.

Man einigte sich dann am Schluß, daß nach Ansicht des Parlaments ein Eingehen auf die Gegengründe der Lords nicht mehr notwendig sei, „da die Lords durch ein Gesetz in der augenblicklichen Sitzungsperiode, betitelt ‚Gesetz zur Schaffung von Erleichterungen für die Untertanen Ihrer Majestät jüdischen Glaubens' Wege für die Zulassung von Juden für Sitze in der gesetzgebenden Körperschaft vorgesehen haben".

Der Inhalt war praktisch derselbe wie der Antrag von Mr. Spooner, nur hatte man darin nicht so deutlich den Widerspruch der einzelnen Handlungen der Lords festgestellt.

Mit diesem Beschluß war der 28jährige Kampf zwischen den Juden und ihren Gegnern als beendet anzusehen.

Bereits am 23. Juli 1858 gab die Königin die notwendige Zustimmung zu dem Lucan-Gesetz, und damit war Rechtsgültigkeit eingetreten.

Einige Tage später erschien Rothschild und legte den ihm jetzt möglichen Eid ab. Damit war er zum erstenmal rechtmäßiges und vollgültiges Mitglied des Parlaments geworden.

Wie erinnerlich, war am 16. Juli die zweite und in den meisten Fällen entscheidende Lesung des Lucan-Gesetzes erfolgt. Die Judengegner wußten danach, daß der Kampf in den gesetzgebenden Körperschaften praktisch zu ihren Ungunsten entschieden war. Es blieb ihnen als letzte Rettung nur noch Königin Victoria, die zu

dem in den nächsten Tagen zu verabschiedenden Gesetz ihre Zustimmung zu geben hatte. Nach altem englischem Verfassungsrecht hatte jeder Engländer die Möglichkeit, bei der Königin in einem Bittgesuch um Verweigerung ihrer Zustimmung einzukommen.

Infolgedessen wurde von vielen Barristern am 19. Juli ein sorgfältig abgefaßtes Bittgesuch an die Königin gerichtet. Es hatte folgenden Inhalt:

„An Ihre Allergnädigste Majestät die Königin.

Das untertänigste Bittgesuch der unterzeichneten Mitglieder der Vereinigung der Barrister beweist:

Daß jeder Jude, der aufrichtig dem Glauben seiner Vorfahren zugetan ist, dem Christentum wegen dessen Verbundenheit mit den Gesetzen Englands abgeneigt sein muß.

Wir erachten einen Juden nicht als geeigneten Gesetzgeber im Reiche Eurer Majestät und bitten daher Eure Majestät untertänig, dem Gesetz, das im House of Lords zum Zwecke der Zulassung der Juden zum Parlament eingebracht ist, die königliche Zustimmung zu versagen..."

Das Gesuch wurde am Dienstag, 20. Juli, frühmorgens, bei der Post aufgegeben und mußte unter normalen Verhältnissen bis spätestens am Nachmittag desselben Tages dem dafür zuständigen Innenministerium zugestellt sein[1]).

Die englischen Behörden waren und sind auch heute noch bekannt dafür, daß sie zumindest am selben Tage den Eingang eines bestimmten Schriftstückes bestätigen. Von dieser allgemeinen Regel wurde aber in diesem Falle abgewichen. Erst am 23. Juli, morgens, wurde den Antragstellern mitgeteilt, „daß jedes Bittgesuch an die Königin, das richtig und respektvoll abgefaßt und diesem Amt eingereicht wird, Ihrer Majestät vorgelegt würde".

Die Antwort, oder besser die Ablehnung traf also am Tage der königlichen Zustimmung zum Judengesetz ein.

Mit Recht weist Edison darauf hin, daß es außergewöhnlich sei, daß gerade die Antragsteller, Barrister von Beruf, und daher in solchen Angelegenheiten erfahren, nicht die richtige Form hätten treffen sollen.

Außerdem hätte man unbedingt erwarten können, daß diese Mitteilung spätestens am 21. Juli erfolgt wäre. In einem solchen Falle hätten die Antragsteller einen Peer bitten können, das Gesuch direkt der Königin in einer Audienz zu überreichen. Man hatte bereits diesbezügliche Schritte unternommen, falls das Innenministerium Schwierigkeiten machen sollte, und es bestand kein Zweifel, daß man unter den höchsten Peers nur allzu bereite Lords für den beabsichtigten Zweck gefunden hätte. Diese hatten nämlich allgemein auf Grund angestammten Rechts die Möglichkeit, ein solches Gesuch spätestens am 22. Juli der Königin zu übermitteln.

[1]) Edison: The Question, S. 14—15ff.

Daneben hätte man noch bei rechtzeitiger Stellungnahme des Innenministeriums mit diesem Rücksprache über die angeblich ungehörige Form nehmen und eine entsprechende Änderung vornehmen können. All dieses hätte bei gutem Willen ebenfalls bis zum 22. Juli erledigt sein können.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auf jeden Fall vermieden werden sollte, der Königin das Gesuch vor der Zustimmung zum Judengesetz vorzulegen. Andernfalls ist es doch unerklärlich, daß man bis zum Tage der endgültigen Rechtswirksamkeit des Gesetzes mit der Antwort gewartet hätte, zumal die Weitergabe wegen angeblicher formeller Fehler abgelehnt worden war. Die zuständigen Behörden hatten doch davon Kenntnis, daß die Königin so schnell wie möglich durch ihre Unterschrift das Gesetz anerkennen sollte. Die Verpflichtung des Ministeriums für eine entsprechende sofortige Benachrichtigung der Antragsteller war daher um so gebotener, zumal der Zweck des Gesuches einwandfrei aus dem Inhalt hervorging.

28 Jahre Kampf um die Emanzipation der Juden war beendet. Wie schmählich brach der Widerstand der Judengegner zusammen. Doch bevor wir zu allem Stellung nehmen, hören wir zunächst einmal die öffentliche Meinung und die Haltung der Presse gegenüber den ganzen Vorgängen.

Es dürfte mehr als einleuchtend sein, daß die Presse der Judengegner über den Ausgang des Kampfes verzweifelt war. Gerade in den letzten Monaten hatte sich die „Morning Post"[2]) mit aller Erbitterung gegen die Juden eingesetzt. Sie erblickte nach wie vor in den Juden eine Gefahr für das ganze englische Leben ... „Bürgerliche und religiöse Freiheiten", so machte sie geltend, „haben nichts mit dieser Angelegenheit zu tun, vielmehr stellt sich alles nur als eine Anbetung des Geldes dar." In ähnlicher Weise erklärte sie in ihrem Artikel vom 23. April, daß „die Massen des Volkes nicht annehmen, daß das Gesetz auch nur im geringsten durch Rücksichtnahme auf bürgerliche oder religiöse Freiheiten hervorgerufen war."

Im vorhergehenden haben wir des öfteren die Ansicht der „Morning Post" gegenüber der Haltung des Oberhauses mitgeteilt. Sie begrüßte immer wieder die dortige Abweisung der jüdischen Angriffe. Jetzt hatte sie aber nicht mehr die geringste Sympathie für die Lords. „Das House of Lords", schreibt sie in einem der genannten Artikel, „hat sich selbst in eine außerordentliche und schimpfliche Lage gebracht, und es ist seinerseits eine feige Unterwerfung..."

In ihrem Artikel vom 6. Juli entlädt sie noch einmal all ihren Zorn über die Entwicklung der Dinge:

„Rothschild wird seinen Sitz einnehmen", so hören wir. „Dann werden wir das Schauspiel eines Mannes sehen, der ... durch

[2]) Morning Post vom 11. u. 18. März, 19., 23., 28. u. 20. April, 12. Mai, 2., 6. u. 14. Juli 1858.

die Tradition seiner Väter verpflichtet ist, die nichtjüdische Welt als eine Art von Hunden und die Christen als etwas noch Schlechteres zu betrachten, der in einer ausgesprochen christlichen Gemeinschaft Gesetze macht, die das Christentum betreffen . . . Lord Russell wird selbstgefällig dreinschauen und erklären, daß es die gesetzmäßige und natürliche Entwicklung der englischen Verfassung sei. Fürwahr, das ist Fortschritt! Und Fortschritt durch die Hand eines konservativen Ministeriums und durch seine Hilfe."

„Nie war etwas unerklärlicher als die Energie, die die Konservativen zur Durchsetzung liberaler Gesetze aufgebracht haben, unter Aufgabe all ihrer bisherigen Prinzipien, die sie für die Sicherheit des Landes und für die Aufrechterhaltung einer ehrenhaften Gesetzgebung als unerläßlich gehalten haben..."

Immerhin veröffentlichte die „Morning Post" am 14. Juli einen anderen Artikel in der gleichen Angelegenheit. Ihr Zorn und ihre Entrüstung mußten sich noch einmal Luft machen.

Der „Daily Telegraph" war im Laufe seines kurzen Bestehens zu einem der größten Rufer im Streit für die Sache der Juden geworden. Als im März 1858 die Aussichten für die Juden noch nicht allzu gut standen, richtete sich ihr Zorn hauptsächlich gegen Mr. Newdegate. Nach seiner Ansicht ziemt es sich nicht, „daß Mr. Newdegate, der intellektuell unwürdig ist, einen Sitz im Parlament einzunehmen, Jahr um Jahr geschlagen wird . . ."[3]).

Als sich dann der Sieg allmählich auf die Seite der Juden neigte, gossen sie auch weiter die Schale ihres Spottes über Newdegate unter gleichzeitiger Verherrlichung der jüdischen Rasse aus[4]).

„Der zehnjährige Streit ist beendet", so ruft er triumphierend aus. „Die Peers haben dem Unterhaus nachgegeben. Mr. Newdegate wird also gezwungen sein, unter einem Dache mit Baron Rothschild zu sitzen, wenn ihn seine Aufrichtigkeit nicht veranlaßt, abzudanken...

Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum ein jüdisches Mitglied des Parlaments seinem Land nicht mit ebensoviel Auszeichnung und mit größerer Aufrichtigkeit dienen soll als mancher führende Liberale oder Vollblutkonservative. Jedenfalls ist es nicht Sache der Konservativen, den Intellekt zu verunglimpfen, der das Blut der hebräischen Nation erwärmt...

Niemand kann behaupten, nicht zu wissen, daß Disraeli bis zur letzten Faser seines Innern jüdisch und ein geborener Jude ist, daß er als Jude eingesegnet wurde und auch jetzt noch Jude ist, trotz seines Übertritts. Auf jeden Fall gehört er zu jenen, die nach Ansicht von Mr. Newdegate verflucht werden sollten. Dennoch folgen die Konservativen seiner Führung, weil ihr eigener Geist

[3]) Daily Telegraph vom 24. März 1858.
[4]) Daily Telegraph vom 11. u. 15. Mai, 2. u. 3. Juli 1858.

erschöpft ist und weil er den geistigen Unzulänglichkeiten ihrer Partei abhelfen kann...

Zu allen Zeiten aber hat der jüdische Geist überlegene Fähigkeiten besessen..."

Die „Daily News" und der „Spectator" überschlugen sich mit ihren Lobpreisungen über das Erreichte. Es würde nun sicherlich nicht mehr lange dauern, daß man auch einen jüdischen Peer im Oberhaus haben würde. Auch sie hatten für die Handlungsweise der Lords, die allein den Sieg ermöglicht hatten, fast nur Worte der Mißbilligung über ihre widerspruchsvolle Haltung[5]).

Die „Times" begrüßt natürlich die Entwicklung der Dinge, aber sie hat ebenfalls nur Verachtung für das Verhalten der Lords und der konservativen Regierung. Nach ihrer Meinung müsse „für die Durchsetzung irgendwelcher liberaler Gesetzesmaßnahmen ein Liberaler in der Opposition und ein Konservativer im Amt sein[6]). Kein Artikel vermag aber besser die Herabsetzung der Lords zu zeigen als der vom 21. Juli. Er soll daher im wesentlichen wiedergegeben werden:

„Die Lords haben den Juden Gleichberechtigung gegeben und das Parlament mit gewissen ‚Gründen' beehrt, warum sie ihre Gleichberechtigung stets abgelehnt haben und auch stets ablehnen würden... Sie haben nicht mit der Verachtung eines Lords gesagt: ‚Nun gut, laßt diesen lärmenden Bürgerlichen ihren Willen; es ist kaum schicklich für uns, noch länger mit ihnen zu streiten.' Sie sind selbst angefangen mit einer Sache, die sie verabscheuen. Das Judengesetz ist ein Gesetz der Lords, freiwillig von ihnen angeboten und verabschiedet. Die Position von Lord Derby und seinen Peers ist nicht die des toleranten Muselmannes, der einem Christen erlaubt, in seiner Gegenwart Schweinefleisch zu essen, und sich lediglich die Nase zuhält und seinen Blick von solcher Schandtat abkehrt. Seine Haltung ist vielmehr die des kriechenden Moslems, der selbst das Schweinefleisch holt und seinem christlichen Herrn anbietet, während er gleichzeitig dauernd schreit, daß der Prophet all jene schwer strafen wird, die Schweinefleisch essen...

Hätten die Lords fünf Jahre länger ausgehalten, würden sie ihrer Klasse nicht soviel Harm angetan haben als durch diese Ergebung. Wir Engländer haben eine große Bewunderung für Würde, . . . wir haben ein starkes Gefühl für das Lächerliche. Aber sicherlich kann es nichts Lächerlicheres geben, als den Schwertgriff zu präsentieren und gleichzeitig auszurufen: ‚Keine Ergebung!" Leider haben sie unter dem Mut von Leuten gearbeitet, die es nicht mit der wahren Würde eines englischen Gentleman für unvereinbar halten, das eine zu sagen und das andere zu tun . . ."

---

[5]) Daily News vom 11. Mai, 1. Juni, 2. Juli 1858. Spectator vom 1. u. 15. Mai, 5. Juni, 3. Juli 1858.

[6]) Times vom 11. u. 14. Juni 1858.

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß der Erfolg der Juden im Jahre 1858 hauptsächlich auf zwei Männer, nämlich auf Disraeli und Lord Derby, zurückzuführen ist. Es soll darum nicht versäumt werden, auch die Haltung der Presse gegenüber diesen beiden wiederzugeben.

Als die Juden anscheinend im Frühjahr 1858 erneut geschlagen waren, schien nach Ansicht der judenfreundlichen Presse nur Disraeli für den Mißerfolg verantwortlich zu sein. Der „Spectator" vom 1. Mai tadelte Disraeli, „daß er so wenig getan hatte für das Gesetz, das zu unterstützen er sich verpflichtet hatte ..."

Auch die „Times" vom 28. April findet nur die bittersten Worte für ihn, wenn sie wie folgt Stellung nimmt:

„Auf das Verhalten Lord Derbys und des Lordkanzlers (Lord Chelmsford) wäre das Land vielleicht vorbereitet gewesen. Worüber wir uns aber beschweren, ist die Schwäche und politische Feigheit eines andern Mitglieds des Kabinetts. Disraeli hat sich selbst mit der Sache der jüdischen Emanzipation identifiziert. Er hat über die jüdische Rasse geschrieben, er hat sie nicht nur in Schutz genommen, sondern hat sie über alle Rassen hinaus verherrlicht ..."

Wie völlig anders spricht die „Times" zwei Monate später über den Juden Disraeli. Sie beglückwünscht ihn nicht nur zu dem Sieg, sondern begrüßt ihn als „politisches Genie". Es ist wohl nicht nötig, über diesen Gesinnungswechsel irgendwelche Ausführungen zu machen, da es selbst für eine Zeitung wie die „Times" ziemlich einzigartig sein dürfte, jemanden innerhalb einiger Wochen vom „Feigling" zum „politischen Genie" zu erklären[7]).

Dagegen hatte die gesamte Presse, judenfreundliche wie judenfeindliche, mit Ausnahme der „Daily News" und „Times"[8]), eine ziemlich einstimmige Ansicht über die Handlungsweise von Lord Derby. Wir wollen nicht im einzelnen die Aussprüche und die Bezeichnungen für ihn in der bis dahin judenfeindlichen Presse bringen. Daß diese die schwersten Anschuldigungen gegen ihn erhob, dürfte wohl ganz außer Frage sein. Vielmehr wollen wir die Meinung der judenfreundlichen Presse mitteilen, die doch allen Grund gehabt hätte, gerade ihm dankbar zu sein. Genau das Entgegengesetzte war aber der Fall. Man hatte nur Verachtung für diesen Prototyp eines parlamentarischen Systems und gab ihm den verdienten Lohn.

Der „Daily Telegraph" kann sich nicht genug tun, ihn vor der Öffentlichkeit der Verachtung anheimzugeben, in seinem Artikel vom 2. Juli macht er die heftigsten Angriffe gegen ihn und führt wie folgt aus:

„Lord Derby hat letzte Nacht Buße getan, den Hals in dem liberalen Halfter ... Vielleicht nie zuvor hat ein Minister der Krone so erniedrigt vor den gesetzgebenden Körperschaften und

[7]) Times vom 3. Juli 1858.
[8]) Daily News und Times vom 2. Juli 1858.

der öffentlichen Meinung dagestanden. Er widerrief in Wirklichkeit die Politik seines Lebens. Er verließ offen ein ihm heiliges Prinzip, um sein Amt zu behalten. Er rief eine Spaltung unter seinen eigenen Anhängern hervor, um seine Gegner zu beruhigen. Tatsächlich steckte er die bittersten Demütigungen ein, um politische Schwierigkeiten zu überwinden...

... Zehn Jahre lang hat sich Lord Derby der Zulassung der Juden widersetzt, unterstützt von seinen Anhängern. Mr. Newdegate war darin nicht hitziger. Und wieder und wieder wurde das Parlament angefleht, nicht durch Aufgabe des Prinzips, daß Rechtschaffenheit eine Nation erhöht, den göttlichen Zorn herauszufordern. Aber jetzt haben Brot und Fische ein Wunder bewirkt, und das Oberhaupt des Hauses Stanley erscheint wie ein Wappen auf Steifleinen, vor Angst orthodox geworden, das Bußgesetz in der einen, die Gründe für seine Annahme in der andern Hand, Lord John Russells Grundsätze sind ihm auf die Stirn gebrannt, während der Appell von Lord Chelmsford, zu seinen Füßen liegend, die Verbrennung durch den öffentlichen Henker erwartet...".

Diese kurze Übersicht über die Meinung der führenden Presse hat bereits in großem Umfange unsere Kritik über die letzten Kämpfe und ihre Beendigung gegenstandslos gemacht. Wir haben dem Urteil über Lord Derby kaum noch etwas hinzuzufügen. Welch ein Treppenwitz der Geschichte, daß er jahrelang an führender Stelle gegen die Juden kämpfte und ihnen im entscheidenden Augenblick zum Siege verhalf. Und das alles, nachdem er nur einige Monate vor dem endgültigen Erfolg der Juden ihre Angriffe mit dem Hinweis auf seine Prinzipien zurückgewiesen hatte. Auch in den Tagen seines Umfalles hatte er angeblich nach seinen eigenen Worten noch immer seine Prinzipien bewahrt. Aber wie kann man nur etwas tun, was den Prinzipien völlig zuwiderläuft? Die einzige Erklärung dürfte wohl darin liegen, daß er als Prototyp des parlamentarischen Systems gar nicht mehr sein widerspruchsvolles Verhalten erkennen konnte.

Diese 28 Jahre Kampf in England sind im übrigen ein Beweis dafür, wie die Juden durch jedes erlaubte und unerlaubte Mittel zur Gleichberechtigung und damit zur Macht kamen. Das Ende konnte nicht mehr fern sein, als man zum erstenmal das Prinzip verließ. Der Jude wird immer die kleinste Gelegenheit benutzen, um seine Stellung zu festigen und so seinen Einfluß zu steigern. Es mag manchem hart erscheinen, wenn man jedes Kompromiß in der Judenfrage ablehnt. Die Geschichte lehrt uns aber mehr als einmal, daß es nur die Alternative gibt, entweder den Juden voll und ganz zu dulden oder überhaupt nicht. Jedes Abweichen von dieser Regel ist der Anfang vom Ende, und die Folge ist die Herrschaft der Juden.

Endlich möchten wir unseren englischen Freunden nochmals zurufen: Wollt ihr noch einmal euer Land von Juden befreien,

müßt ihr es machen wie sie: nämlich, von London führt der Weg zum Sieg.

Selbst der jüdische Barrister und Schriftsteller Henriques muß zugeben, „daß die Regelung jedes Prinzips und jeder Logik entbehrt“ [9]). Er glaubt aber, daß dies mit Rücksicht auf die inzwischen unerträglich gewordene innerpolitische Situation in Kauf zu nehmen war, zumal man nicht hätte wagen dürfen, die Frage durch das englische Volk entscheiden zu lassen. Auch wir sind der Ansicht, daß dies sehr gefährlich gewesen wäre. Denn das englische Volk des Jahre 1858 hätte mit überwältigender Mehrheit die Judenemanzipation zum Scheitern gebracht. Immerhin nannte und nennt sich das damalige und heutige England eine besonders gute Demokratie. Es ist vielleicht einmal die Aufgabe eines Engländers, die Frage zu beantworten, was noch der Sinn und Zweck einer Demokratie ist, wenn die Meinung des Volkes nicht zählt und sogar häufig gegen seine Wünsche und Ziele entschieden wird.

Der Jude sollte aber bald seine Stellung weiter befestigen.

Bekanntlich hatte das Lucan-Gesetz zwar grundsätzlich den Juden gestattet, die Schlußworte auszulassen, jedoch mußte jedesmal eine besondere Zustimmung des Hauses erfolgen. Dies war natürlich Juden und Judenfreunden unbequem, da ja durch irgendwelche politischen Umstände einmal die alte Opposition wieder zu neuem Leben hätte erwachen können. Diese Gefahr mußte für immer gebannt werden. Es konnte nur durch ein neues Gesetz erreicht werden, daß diese Zulassung nicht jeweils von der Zustimmung der Mehrheit eines Hauses abhängig gemacht würde. Bereits im Jahre 1860 brachte man einen derartigen Gesetzesentwurf ein, der ohne irgendwelche Schwierigkeiten verabschiedet wurde. — Die Judengegner waren inzwischen — man bedenke, in zwei Jahren! — so sehr geschwunden, daß kaum noch eine Debatte stattfand.

Bereits im Jahre 1866 hatte sich das Parlament wiederum mit der jüdischen Frage zu beschäftigen. Juden und Judenfreunde brachten ein neues Gesetz ein, welches zum Inhalt hatte, einen neuen Eid für Parlament und House of Lords zu schaffen. Das Hervorstechendste an dieser Gesetzesvorlage war, daß die grundsätzlich noch vorhandenen Schlußworte „Bei dem treuen Glauben eines Christen“ fortfallen sollten. Man wollte also für alle Mitglieder des Parlaments und des House of Lords — gleich welcher Religion — einen einheitlichen Eid schaffen.

Es berührt auch wiederum merkwürdig, daß kaum irgendwelche Opposition gegen dieses Gesetz bestand. Disraeli führte die ganze Aktion und begründete in einer sehr langen Rede die Berechtigung der Annahme des Gesetzes. Auf völlig verlorenem Posten und doch völlig unentmutigt hielt der alte Vorkämpfer der Judengegner, Mr. Newdegate, eine lange und heftige Rede gegen die Annahme. Er klagte insbesondere Disraeli an, daß das von ihm beantragte Gesetz das Ziel habe, noch größere Vor-

[9]) Henriques: Jews, S. 297—300.

teile für seine Rassegenossen zu erreichen. Diese sollten dadurch geschaffen werden, daß sie Schritt für Schritt, unmerklich, — und um so weniger unangenehm für das Volk eingeführt würden, weil dieses dann nicht über die wahren Absichten im klaren sei.

Aber die Macht der Judengegner war in nur acht Jahren so völlig zerschlagen, daß bei der Abstimmung nur ganze fünf Stimmen gegen 298 gezählt wurden.

Das Gesetz ging wie gewöhnlich ins House of Lords, und man mußte auch hier feststellen, daß nur noch ein Schatten der früheren Opposition gegen die Juden vorhanden war. Es wird auch hier derselbe mächtige Einfluß der interessierten Kreise gewesen sein, der bereits nach so kurzem Zeitraum selbst die früheren erbittertsten Gegner zum Schweigen gebracht hatte. Und doch überrascht es, daß der frühere Vorkämpfer im politischen Leben für die Sache des Volkes, Sir Frederick Thesiger, der spätere Lord Chelmsford, seinen Widerstand nicht aufrechterhielt. Er begründete seine veränderte Haltung damit, daß er früher den Kampf „nur aus Prinzip, und zwar nur aus Prinzip allein", geführt habe. Im Jahre 1858 sei das Gesetz durch das bekannte Kompromiß verabschiedet worden. Dadurch schien ihm das Prinzip so sehr durchlöchert, daß es heute nicht mehr wert sei, sich der Gesetzesvorlage entgegenzustellen. Bereits frühere Gesetze hätten alle Beschränkungen der Juden hinweggeräumt. Außerdem wäre jetzt eine Opposition als eine Beschimpfung der Krone anzusehen. Es bestände auch kein praktisches Hindernis mehr, den Juden den Zutritt zum House of Lords zu verweigern. Unter diesen Umständen wäre nichts mehr, für das gekämpft werden könnte. Das Prinzip, für das er früher selbst fest und sicher eingestanden habe, sei geopfert worden und deshalb sähe er keine Gründe mehr, gegen die Lesung der Gesetzesvorlage zu stimmen."

Vielleicht hat Lord Chelmsford durch diese Rede nicht die Aufgabe seines früheren Standpunktes erklären wollen. Man muß sie vielmehr wohl als eine Resignation ansehen, die durch die Erkenntnis, nichts mehr retten zu können, hervorgerufen ist. Eine Redewendung ist besonders interessant, daß nämlich „eine jetzige Opposition eine Beschimpfung der Krone sei". Welche Wandlung innerhalb von acht Jahren im öffentlichen englischen Leben!

Man sieht, die Juden hatten allen Widerstand gebrochen. Wie bitter Recht hatte der Graf von Clancarty mit seiner Rede bei der letzten Beratung im Oberhaus im Jahre 1858, wenn er darauf hinwies, daß „Prinzipien kein Kompromiß duldeten und sich nie änderten".

Man hätte glauben können, daß bei der gegebenen Sachlage keine Opposition mehr zu dem Gesetz gehört worden wäre. Der Marquis von Bath machte jedoch Lord Chelmsford und Lord Derby den Vorwurf, daß sie ihre Prinzipien verraten hätten. Jeder von ihnen solle einmal in der amtlichen Sammlung von Hansard nachlesen. Daraus könne man die Gründe dieser beiden Männer

gegen die Juden in vielen ihrer Reden ersehen. Früher habe Lord Derby die Mehrheit des Hauses aufgerufen, um die Juden sogar aus dem Parlament auszuschließen, die Fremde in Rasse und Religion seien. Jetzt schämten sich beide nicht, die Juden zu unterstützen.

Aber der Marquis von Bath stand wohl ziemlich allein da, und es fand nicht einmal mehr eine namentliche Abstimmung statt, was darauf hindeutet, daß keine nennenswerte Opposition mehr vorhanden war. Der Jude hatte endgültig in England gesiegt.

Welch eine Veränderung ebenfalls in der Presse! Die überwiegende Mehrzahl der Zeitungen nahm nicht einmal mehr die geringste Notiz von den diesbezüglichen Vorgängen in den gesetzgebenden Häusern. Nur die frühere führende Zeitung der Judengegner hatte einen Artikel vom 9. März 1866 veröffentlicht. Aber auch sie hatte inzwischen grundlegend ihre Meinung geändert. Sie fühlte sich wohl nur deshalb zu Ausführungen verpflichtet, weil sie ihren Frontwechsel auch genügend der Öffentlichkeit zeigen wollte. Sie geht sogar so weit, den aufrechten Newdegate „und sein halbes Dutzend von Gefolgsleuten" wegen ihrer Haltung lächerlich zu machen. Viele mögen dem beigepflichtet haben, — aber keiner wird leugnen können, daß er ein Kerl war!

Überblick

Mit der Durchsetzung der jüdischen Wünsche im Parlament und im Oberhaus hatte das jüdische Emanzipationsstreben auf der politischen Seite zumindest formell den Abschluß erreicht. Die Bahn war frei für neue und jetzt wirklich entscheidende und auf den Kern der Dinge gehende Vorstöße.

Mag auch die vorausgegangene Aufzählung und Registrierung all der verschiedenen Versuche der Juden, in das Parlament und die Verwaltung Englands einzudringen, zunächst ermüdend erscheinen durch die Gleichförmigkeit der beiderseitigen Argumente und durch die stereotype Wiederholung derselben Methode, so weist doch gerade diese Einförmigkeit auf eine ganz konsequente politische jüdische Willensbildung und äußerste Entschlossenheit, die politische Emanzipation zu gewinnen, hin. In diesen Ereignissen, die mit dem Zusammenbruch auch des bis zuletzt Widerstand leistenden Oberhauses enden, erweist sich, für wie wichtig die Juden diese Schlüsselstellung hielten. Auf der andern Seite erkennen wir aus diesen Tatsachen, wie tief England, das England nunmehr der Vergangenheit, getroffen und besiegt war. Der Weg war nicht nur frei für die letzte jüdische Emanzipation, sondern darüber hinaus zur jüdischen Herrschaft über England. Der Schlüssel war in der Hand des Judentums, der alle Türen und Tore öffnete — das letzte Bollwerk einer reinen Rasse war gefallen.

Die nächsten Kapitel nun werden uns fast erschreckend klar vors Auge führen, in welch erschütterndem Ausmaß das Judentum diese Schlüsselstellung erkannt und vor allen Dingen benutzt hat. „Juden beherrschen England" wurde auf diesem Wege aus einem Schlagwort zur gefährlichsten Wirklichkeit; diese Wirklichkeit aufzuweisen und in ihrer ganzen Verderbtheit zu kennzeichnen, ist die Aufgabe der nächsten Kapitel.

II. Teil. Die Herrschaft der Juden

Ministerpräsident Disraeli oder Politik und Charakter

In den vorhergehenden Kapiteln haben wir gesehen, wie die Juden es in England verstanden haben, sich nicht nur allmählich volle Gleichberechtigung, sondern schon die ersten Voraussetzungen für eine beherrschende Stellung zu verschaffen.

Die nun folgenden Jahre werden deutlich zeigen, daß fast gleichzeitig mit dem völligen Endsieg der Emanzipation der Morgen für den Vormarsch der Juden in die höchsten Stellungen angebrochen ist. Dies wird am besten und zuerst offensichtlich in der Person von Benjamin Disraeli, dem späteren Lord Beaconsfield.

Schon im Verlauf des vorhergehenden Kapitels haben wir Gelegenheit gehabt, ihn in Verbindung mit den Kämpfen um die Gleichberechtigung zu erwähnen. War er es doch vor allem gewesen, der durch seine Politik zusammen mit Lord Derby der Emanzipation und dem Judentum zum Sieg verholfen hatte.

Als im Februar 1868 Lord Derby von dem Posten des Erstministers krankheitshalber zurückgetreten war, wurde der Jude Disraeli von der Königin Victoria auf diesen Posten berufen. Wenn seine Regierungszeit auch nur von kurzer Dauer war, so sollte er jedoch schon Anfang des Jahres 1874 auf diesen Posten zurückkehren, den er bis zum Jahre 1880 ununterbrochen innehatte. In der Zwischenzeit war Disraeli als Führer der Konservativen in allen politischen Angelegenheiten hervorgetreten. So finden wir seinen Einfluß überall.

Disraeli steht nun bei der überwältigenden Mehrheit des englischen Volkes in dankbarer Erinnerung, und man räumt ihm den Ruf als einem der größten Staatsmänner ein. Man begründet dies mit seinen innerpolitischen Maßnahmen, die sich zum Segen des britischen Volkes ausgewirkt und ihre Früchte bis zum heutigen Tage getragen hätten. Vor allem glaubt man ihm aber für seine außenpolitische Erfolge die Anerkennung nicht versagen zu können, da er erheblich zur Stärkung des britischen Ansehens in der Welt beigetragen habe.

So hat er im Jahre 1876 durch den Ankauf eines erheblichen Teiles von Suez-Kanal-Aktien die Grundlage für die Beherrschung dieses so wichtigen Wasserweges und Ägyptens gelegt. Ferner hat er im Jahre 1878 durch die Konferenz von Berlin die Insel Cypern dem britischen Weltreich einverleiben können, was wiederum der Beginn für eine Vorherrschaft Englands im Nahen

Osten darstellt. Darüber hinaus schuf er unmittelbar danach durch seinen Sieg über Afghanistan die notwendigen strategischen Grenzen an der berühmten Nordwestgrenze von Indien zur Abwehr der russischen Bedrohung und stärkte endlich im Süden von Afrika nach dem Zulu-Krieg die Herrschaft Englands in diesem Teil der Erde.

Beginnen wir nun ebenso offen wie sachlich die kritische Betrachtung darüber, ob wirklich Disraeli ein solcher Gewinn für Großbritannien gewesen ist oder ob nicht doch Schattenseiten seine äußeren Erfolge zum mindesten wieder aufheben. Diese Untersuchung ist um so erforderlicher, als heute noch führende konservative Kreise für sich in Anspruch nehmen, die Partei nach den „ewigen Grundsätzen jenes großen Mannes" zu leiten. Man kann diese Prinzipien aber nur verstehen, wenn man einen kurzen Überblick auf seine inner- und außenpolitischen Taten gibt.

Im Jahre 1832 versuchte Disraeli bereits sein Glück in der Politik. Er hatte sich mit ganzem Herzen der Radikalen Partei verschrieben und ließ sich in dem Wahlbezirk von High Wycombe als Kandidat anläßlich einer Wahl zum Parlament aufstellen. Er hatte keinen Erfolg, und auch eine kurz danach erneut stattfindende Wahl in demselben Bezirk brachte ihn nicht ins Unterhaus.

Als im Jahre 1833 eine Neuwahl für Marylebone bevorzustehen schien, veröffentlichte er ein Pamphlet mit radikalen Ideen, um in Rücksicht auf eine evtl. Kandidatur daselbst die Wähler mit seinen politischen Ansichten bekanntzumachen. Wider Erwarten fand aber keine Neuwahl statt.

Im Verlauf jenes und des nächsten Jahres traten aber die ersten Anzeichen dafür ein, daß der Tory-Partei unter Führung von Sir Robert Peel die Zukunft gehören würde. Außerdem war es kein Geheimnis, daß die landwirtschaftlichen Kreise, die sich hauptsächlich in derselben Partei befanden, eines neuen Führers bedurften. Auf jeden Fall entdeckte Disraeli kurze Zeit nach der Veröffentlichung seines Pamphlets voll von radikalen Ideen, daß sein Platz in der Konservativen Partei sei. So finden wir ihn im Jahre 1834 als einen sehr eifrigen Konservativen, der bereits Mitglied eines Komitees für die Zusammenstellung landwirtschaftlicher Mißstände und notwendiger Behebungsmaßnahmen geworden war.

Aber auch der Übertritt zu den Tories sollte ihn in den nächsten Jahren noch nicht ins Parlament bringen.

Im Mai 1839 verheiratete er sich mit der reichen Witwe seines Kollegen Lewis. Disraeli war 35 Jahre, während seine Gattin bereits im 50. Lebensjahre stand. Man ist sich ziemlich einig darüber, daß es keine Liebesheirat war, sondern Disraeli das Geld seiner Gattin zur Abzahlung seiner immer drückender werdenden Schulden gebrauchen wollte.

Inzwischen hatte Disraeli seine Stellung in der Partei immer mehr gefestigt. In all den Jahren war er nie müde geworden, den Führer Sir Robert Peel mit den fadesten Lobpreisungen in Zeitungen, Büchern und öffentlichen Reden zu überschütten. Überall sang er das Hohelied „dieses großen Mannes in einer großen Stellung" und bezeichnete sich ihm gegenüber als „demütigen, aber glühenden Anhänger"[1]). Sir Robert erwiderte nicht nur nicht diese Gefühle, sondern gab Disraeli offen seine Abneigung zu erkennen. Ihm waren alle Leute verhaßt, „von denen er niemals annehmen konnte, daß sie an der Spitze eines Angriffs stehen würden". Diese Haltung von Sir Robert ist um so erklärlicher, wenn man von dem Herzog von Wellington hört, daß Peel „der wahrhaftigste Mensch war, den er je gekannt hätte".

Im Jahre 1841 wurde Peel an die Spitze der Regierung berufen. Als die Ministerliste veröffentlicht wurde, mußte Disraeli zu seiner großen Enttäuschung feststellen, daß er nicht einmal mit dem Posten eines Unterstaatssekretärs bedacht worden war. Er verstand es aber, seine Enttäuschung zu verbergen und darüber hinaus seinen Führer weiter in aller Öffentlichkeit zu loben und zu verteidigen. Daß aber diese Enktäuschung der Anlaß zu seiner Feindschaft gegenüber Peel gewesen ist, dürfte kaum ernsthaft zu bezweifeln sein, wenn sich auch die ersten Anzeichen hierfür erst viel später zeigen sollten.

Zwischen den Tories und Whigs gab es damals einen grundlegenden Unterschied über wirtschaftliche Fragen. Die ersteren waren für die sogenannte Protektion, die letzteren dagegen für den Freihandel. Eine besondere Rolle auf diesem Gebiet spielte die Auseinandersetzung über die Korngesetze.

Im Jahre 1815 und 1822 war durch Gesetze die Einfuhr von Korn solange verboten, als nicht der Preis auf dem Binnenmarkt eine bestimmte Höhe erlangt hatte. Durch ein weiteres Gesetz aus dem Jahre 1828 wurde das grundsätzliche Verbot aufgehoben und durch einen Zoll ersetzt, der bis zu einem bestimmten Mindestpreis eine erhebliche Höhe vorsah. War dieser Preis überschritten, so nahm der Zoll entsprechend dem weiteren Steigen ab. Aber auch dieser Zustand schützte noch die Landwirtschaft und sicherte einen angemessenen Preis für ihr Korn. Die Liberalen hatten nun seit langem beabsichtigt, den so garantierten Preis herabzusetzen und mehr oder weniger eine freie Einfuhr zuzulassen. Hierbei waren sie immer auf den schärfsten Widerstand der Tories gestoßen.

Es war daher eine Sensation, als Peel im Jahre 1852 dem Parlament einen Plan zur Abänderung der Korngesetze vorlegte, der zwar einen Mindestpreis vorsah, jedoch nicht unerheblich unter dem früher festgesetzten lag. Außerdem wollte er den gleitbaren Zoll abschaffen und durch ein Schema ersetzen, das den früheren

[1]) O'Connor: Bd. I, S. 346, 457, 490, 692 ff.

Schutzzoll praktisch um die Hälfte senkte. Ebenso überraschend wirkte seine Erklärung, daß er die Zölle von 750 Arten von Lebensmitteln herabgesetzt wissen wollte. Dies stellte also ein erhebliches Abrücken von den früheren Grundsätzen von Peel dar, wonach er sich immer für Schutzzölle eingesetzt hatte. Es war demnach nur ein Schritt bis zu dem von den Liberalen vertretenen Freihandel. Dies scheint auch der Standpunkt von Peel gewesen zu sein, wenn er in seiner Rede zur Begründung seines Gesetzentwurfs erklärte, daß die Regierung daran gedacht habe, alle Schutzzölle gemäß dem allgemeinen Prinzip des Freihandels aufzuheben.

Disraeli gehörte nun nicht zu den Parteimitgliedern, die in Wort oder Tat ihre Unzufriedenheit mit den Maßnahmen ihres Führers zum Ausdruck brachten. Im Gegenteil, er war einer der Eifrigsten, die Peel gegen die Angriffe seiner Widersacher verteidigten. Er war es vor allem, der auf die Vorwürfe der Liberalen, Peel hätte ihre Ideen gestohlen, das Gegenteil zu beweisen versuchte, obwohl er sich auch darüber im klaren war, daß es sich bei den Maßnahmen von Peel um Freihandelsgrundsätze handelte, die jahrelang von den Tories bekämpft worden waren und mit Recht von den Liberalen als ihr Gedankengut bezeichnet wurden.

Vergebens sollte aber Disraeli in der nachfolgenden Zeit darauf warten, von Peel auf irgendeinen wichtigen Posten berufen zu werden. Infolgedessen stellten sich bereits im Laufe des Jahres 1843 die ersten offenen Angriffe gegen Peel, wenn auch noch in sehr gemäßigter Form, ein. In den nächsten Jahren aber trat seine Feindschaft gegen Peel immer offener zutage.

Im Jahre 1845 war wieder einmal eine große Hungersnot in Irland. Um diese zu vermindern, schlug Peel den Mitgliedern seiner Regierung die Öffnung der Häfen zur ungehinderten Einfuhr von Korn vor. Jeder war sich bewußt, daß dies der Anfang eines regelrechten Freihandels sein würde. Verschiedene Mitglieder der Regierung lehnten eine so weitgehende Maßnahme ab. Peel trat infolgedessen mit seinem Kabinett zurück. Als aber Lord John Russell nicht imstande war, eine neue Regierung zu bilden, wurde Peel erneut mit der Führung der Geschäfte beauftragt.

In den Reihen der Konservativen hatte inzwischen eine große Empörung um sich gegriffen. Protestversammlungen fanden im ganzen Lande statt. Der Herzog von Buckingham, der schon früher gegen die Innenpolitik von Peel aufgetreten war, führte zusammen mit dem Herzog von Richmond die wütende Opposition.

Im Jahre 1846 hatte Peel die Genehmigung für seine Maßnahmen im Parlament einzuholen. Wenn es auch in den Jahren davor zu immer heftigeren Auseinandersetzungen zwischen ihm und Disraeli gekommen war, so konnte aber wohl kaum jemand die folgenden Ereignisse voraussehen.

Als die Redner, die Peel unterstützten, ihre Ausführungen beendet hatten, begann Disraeli seine Stellungnahme mitzuteilen. Eindeutig setzte er auseinander, daß er sich voll und ganz für die Schutzzölle einsetze. „Männer müssen bei ihren Grundsätzen beharren", so ruft er Peel und seinen Anhängern zu, „durch die sie groß geworden sind. Gleichgültig, ob sie richtig oder falsch sind. Ich mache keine Ausnahme. Wenn man sich im Unrecht befindet, muß man zurücktreten." In der ganzen Geschichte ließe sich kaum ein ähnlicher Fall für ein solches Verhalten wie Peels finden. Durch den letzteren hätten sie ihre Stellung als Partei verloren, aber nach wie vor wären ihnen ihre Wähler geblieben, die sie nicht verraten hätten. Vor einem Mann wie Peel, der sein Fähnlein nur nach dem Winde hänge, hätte er Achtung verloren. „Meine Auffassung", so fährt er fort, „über einen großen Staatsmann ist, daß er eine große Idee verkörpert, eine Idee, welche ihn zur Macht führt, eine Idee, mit der er sich identifiziert, . . . eine Idee, mit der er eine Nation erfüllen kann. Das, Sir, sind nach meiner Ansicht die Voraussetzungen, die einen Menschen zu einem großen Staatsmann machen".

Auch in den folgenden Tagen machte Disraeli klar, daß er niemals an die Richtigkeit der Grundsätze des Freihandels glauben könnte, da sie zum Ruin des Landes führen müßten.

Disraeli wurde aufs wärmste von Lord George Bentinck unterstützt, nichtsdestoweniger behielt Peel mit einer Mehrheit von 97 Stimmen die Oberhand.

Der Kampf ging aber weiter, und zur Überraschung der Öffentlichkeit gelang es Disraeli und seinen Anhängern, Peel im Juni desselben Jahres bei der Abstimmung über ein Gesetz, das nichts mit dem vorhergehenden Gebiet zu tun hatte, zu stürzen.

Die Einführung des Freihandels durch Peel hatte bewirkt, daß ein Bruch unter den Tories stattgefunden hatte. Der größte Teil verblieb bei der ursprünglichen Partei unter Betonung seines Interesses an den Schutzzöllen. Diese Mitglieder wurden zunächst formell von Lord George Bentinck geführt, der aber ganz unter dem Einfluß von Disraeli stand. Als ersterer im Dezember 1847 die Führung der Partei wegen Differenzen über Religionsfragen niederlegte, war auch nach außen hin der Weg für Disraeli zur unumschränkten Leitung der Konservativen frei geworden.

Von nun ab setzte Disraeli alles daran, die aus den Trümmern der früher von Peel geführten Tories neugebildeten Partei mit seinen Ideen und Prinzipien zu durchsetzen. Vor allem schrieb man in den nächsten Jahren den Grundsatz der Schutzzölle auf seine Fahnen und nannte sich daher Protektionisten.

Im Parlament war nach dem Sturz von Peel eine neue Koalition gegründet worden, die mit Erfolg den Freihandel gegen den Sturm von Disraeli und seinen Anhängern verteidigte.

Auch außerhalb des Parlaments ging der Kampf um Freihandel und Schutzzölle weiter. Die Erregung der Bevölkerung verursachte

zum Teil blutige Auseinandersetzungen zwischen den Gefolgsleuten beider Richtungen.

Als das Parlament im Jahre 1849 eröffnet wurde, brachte auch Disraeli erneut sein Vertrauen zu Schutzzöllen zum Ausdruck. „Nach meiner Ansicht", so setzte er auseinander, „hat das neue Wirtschaftssystem, ... das eine angemessene Probezeit hinter sich hatte, versagt." Noch in den Jahren 1850 und 1851 brachte die von Disraeli geführte Konservative Partei gelegentlich zum Ausdruck, daß sie den Prinzipien der Schutzzölle nach wie vor anhinge.

Im Frühjahr des Jahres 1852 wurde eine Regierung der Konservativen gebildet. In diesem Kabinett war Lord Derby Erstminister und Disraeli Finanzminister. Jetzt mußte es sich entscheiden, ob letzterer und seine Anhänger geneigt waren, ihre den Landwirten gemachten Versprechungen in die Tat umzusetzen und den durch Sir Robert Peel eingeführten Freihandel aufzuheben. Disraeli gab ausweichende Antworten im Parlament. Lord John Russell geißelte diese Haltung mit scharfen Worten. Anscheinend wolle man das Prinzip des Freihandels, wegen dessen er mit seiner Regierung habe zurücktreten müssen, beibehalten, um an der Macht zu bleiben.

Im August desselben Jahres schrieb man allgemeine Wahlen aus. Das neue Parlament trat im November zum erstenmal zusammen: Jeder wußte, daß Disraeli nun nicht länger einer offiziellen Stellungnahme entgehen konnte.

Drei Tage und drei Nächte gingen die Reden hin und her. Trotz der Anstrengungen der Anhänger beider Richtungen konnte man Disraeli zunächst nicht zu einer klaren Antwort zwingen. Mehr und mehr wurde es aber klar, daß er sein so lange vertretenes Prinzip, Schutzzölle, nicht durchzuführen gedachte. Die Vorhaltungen wegen eines solchen Verhaltens waren hart und gingen bis zum Vorwurf der Unehrenhaftigkeit. In der letzten Nacht erreichte aber die Heftigkeit der Anklagen ihren Höhepunkt. Mr. Sidney Herbert erinnerte Disraeli an seine Haltung in den Jahren von 1846—1852. „War das Land ruhig?" so fragte er, „gab es keine Aufregung über diese Frage? Ich klage ihn nicht an, vergessen zu haben, was er gesagt oder in jenen Jahren geglaubt hat. Ich klage ihn nur an, jetzt vergessen zu haben, was er damals die Leute glaubenmachen wollte."

Er fährt dann fort und zählt ihm alles auf, was er zugunsten der Einführung der Schutzzölle vorgebracht hat. Es wäre vielleicht zu stark, die Stirn zu haben und zu erklären: „Ich bin niemals für Wiedereinführung der Schutzzölle eingetreten." Welch ein Gegensatz bestände zwischen Sir Robert Peel und Disraeli! Niemand hätte dem ersteren — selbst nicht seine Widersacher —, unlautere Motive zugetraut. Aber „wenn jemand Erniedrigung zu sehen wünscht, was, weiß Gott, immer ein erbärmlicher Anblick ist, — er brauche nur dorthin zu sehen." Bei diesen Worten wies

er mit ausgestrecktem Arm auf den auf der Ministerbank sitzenden Disraeli.

Ein anderer Abgeordneter erklärte, er hätte nicht einmal in einem Theater einen Mann gesehen, der die Stirn gehabt hätte, dem Haus zu erzählen, daß weder er noch Lord Derby jemals versucht hätten, den Freihandel wieder aufzuheben.

Disraeli faßte seine Entschuldigung für seine widerspruchsvolle Haltung dahin zusammen, daß der Zug der Zeit auf freien Warenaustausch dränge und kein Staatsmann ohne Schaden den Geist seines Zeitalters außer acht lassen könne, in dem er lebe. Der Marquis von Granby antwortete ihm darauf, daß in einem solchen Falle dem Gedenken Sir Robert Peels eine Wiedergutmachung widerfahren müsse[2]).

Da Disraeli den Freihandel aufrechterhielt, hatten seine früher von ihm so sehr bekämpften politischen Widersacher keinen Grund, gegen ihn zu stimmen. Sie und ein Teil seiner Partei erklärten sich mit seiner Politik einverstanden. Nur die aufrechten Mitglieder der Konservativen Partei, 53 an der Zahl, gaben ihre Stimme gegen ihn ab.

Ein weiterer Vorfall aus dem Jahre 1852 hatte aber bereits in der Öffentlichkeit Anlaß zu abfälliger Kritik über die Einstellung Disraelis gegeben.

Im November 1852 fand das Begräbnis des Herzogs von Wellington statt. Es fiel Disraeli als dem Führer des Unterhauses die Aufgabe zu, ihm den Nachruf zu halten. Diesem Erfordernis kam Disraeli auch in einer blumenreichen Rede nach, obwohl er früher verschiedentlich seine Abneigung gegenüber dem großen Feldherrn öffentlich zum Ausdruck gebracht hatte. Er hatte auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er eine große Abneigung gegenüber Berufssoldaten im allgemeinen hatte[3]).

Am Tage nach dieser Staatsfeierlichkeit erschien in der Zeitung „Globe" ein Aufsatz mit der Überschrift: „Neue Kuriositäten in der Literatur". Hierin wurde auf den Inhalt der Rede von Disraeli und auf die Übereinstimmung mit dem Nachruf, den Thiers anläßlich der Bestattungsfeierlichkeiten des Marschalls von Frankreich, Gouvion de St. Cyr, gehalten hatte. Man machte darauf aufmerksam, daß ein Abdruck von dem letzteren in einem französischen Magazin im Jahre 1829 erschienen war. Eine Übersetzung hiervon sei im Jahre 1848 in der Londoner Zeitung „Morning Chronicle" veröffentlicht. Es bestand kein Zweifel, daß Disraeli seine Rede hiervon abgeschrieben hatte, da nicht nur dieselben Gedanken, sondern ganze Sätze und eine volle halbe Seite der Rede von Thiers wörtlich übernommen waren.

Das englische Volk raste vor Entrüstung. Sein Unwille machte sich in den heftigsten Angriffen gegen Disraeli Luft, da es mit Recht darüber erbittert war, daß man einem seiner größten Söhne

[2]) MacColl: S. 1005.
[3]) Raymond: S. 196.

eine solche Schande angetan und Disraeli es nicht einmal für der Mühe wert gehalten hatte, eigene Worte des Dankes und des Lobes bei dem Hinscheiden des Herzogs von Wellington zu finden.

Auch ein anderer aufsehenerregender Fall trug nicht dazu bei, das Vertrauen in die von Disraeli geführte Partei zu stärken. Es wurde nämlich aufgedeckt, daß der Kriegsminister, gleichzeitig ein Mitglied des Kronrats, direkt in eine große Bestechungsaffäre verwickelt war.

Nach dem Tode von Lord Palmerston im Jahre 1865 kam Lord John Russell erneut an die Macht.

Die Regierung Russell wurde dann in einer Abstimmung geschlagen und hatte zurückzutreten. Sie wurde unmittelbar von einem Kabinett unter Lord Derby und Disraeli abgelöst.

Im folgenden werden wir nur noch kurz zu den bereits angedeuteten außerpolitischen Ereignissen Stellung zu nehmen haben, die mit der Person von Disraeli verknüpft sind.

Am 26. November 1875 wurde öffentlich mitgeteilt, daß die britische Regierung 176 602 Aktien der Suez-Kanal-Gesellschaft zum Preise von £ 3,976,582,— erworben hätte. Die Bekanntgabe wurde überwiegend mit freudigem Erstaunen begrüßt, zumal bezüglich dieser Aktien die Gefahr eines Preissturzes bestanden hatte, durch den u. a. die Inhaber solcher Aktien in England geschädigt worden wären. Der Gedanke des Ankaufs der Aktien stammte nun nicht, wie allgemein angenommen wird, von Disraeli, sondern von einem gewissen Mr. F. Greenwood, dem Herausgeber der „Pall Mall Gazette". Dieser hatte darüber anläßlich eines Dinners mit Mr. Oppenheim, einem Juden, gesprochen, der diesen Vorschlag unverzüglich Disraeli unterbreitete. Letzterer hatte sofort zugestimmt und sich zwecks Vermittlung des Ankaufs mit Rothschild in Verbindung gesetzt. Auch letzterer soll bereits Disraeli auf die Möglichkeit des Erwerbes aufmerksam gemacht haben. Man einigte sich dahin, daß Rothschild die obengenannte Summe an den Verkäufer, den Khediven von Ägypten, entrichtete.

„In Anerkennung der Bemühungen und Risikos des Hauses Rothschild erklärte sich die Regierung einverstanden, diesem eine Summe von £ 99,414,— als Kommission in Höhe von 2½ auf das Kaufgeld zu zahlen[4])."

Die Öffentlichkeit, u. a. Gladstone, war z. T. mit der Inanspruchnahme von Rothschild nicht einverstanden. Er wies darauf hin, daß die Regierung zumindest in den letzten 60 Jahren die Gepflogenheit gehabt hätte, in derartigen Transaktionen die offizielle Bankeinrichtung, nämlich die Bank von England, zu benutzen. Nichts sei bisher hervorgetreten, warum die Vermittlung durch diese Privatfirma erfolgt sei. Hinzu käme, daß man bei Rothschild nicht die Gewähr dafür habe, daß die Absichten der Regierung bezgl. des Ankaufs geheimgehalten worden wären. Im Gegenteil,

[4]) Accounts and Papers (1876): Bd. 49, S. 649.

die ganzen Umstände deuteten darauf hin, daß auch andere Kreise von dem Vorhaben der Regierung rechtzeitig erfahren und ebenfalls Kanal-Aktien erworben hätten.

Außerdem könnte man nicht einsehen, warum die Kommission von 2½ % ein angemessenes Entgelt für die Tätigkeit und das Risiko von Rothschild sei. Die Tätigkeit sei sehr gering gewesen, der zweite Faktor habe nicht bestanden, da die britische Regierung bestimmt für einen Kredit von vier Millionen gut und es eine Ehrensache sei, diesen Betrag zurückzuerstatten. Es käme also darauf hinaus, daß die Kommission eine Verzinsung des von Rothschild verauslagten Geldes darstelle. Da der Betrag höchstens drei Monate geschuldet sei, hätte Rothschild also die geradezu unglaubliche Verzinsung von 10 % pro Jahr bekommen. Neben diesem Betrag erhielt er noch weitere 5 %, die der Khedive von Ägypten zu zahlen hätte. Danach hätte also Rothschild insgesamt eine Verzinsung von 15 % empfangen. Dies sei der Preis, für den im Jahre 1875 britischer Kredit auf dem britischen Markt verfügbar wäre.

Der Finanzminister hatte nach der Rede von Gladstone zuzugeben, daß es allerdings etwas sehr Außergewöhnliches gewesen sei, Rothschild und nicht die Bank von England heranzuziehen. Aber man hätte gefürchtet, daß die letztere nicht schnell genug hätte handeln können, und man habe ihr nicht das Risiko zumuten wollen. Außerdem habe er zuzugeben, daß Rothschild neben seiner Kommission noch die erwähnten 5 % erhielt. Dies sei aber ja unwichtig, weil sie nicht von der britischen Regierung zu entrichten seien.

Das englische Volk sollte sich in den nächsten Jahren weiter mit Problemen des Nahen Ostens zu beschäftigen haben.

Disraelis Außenpolitik

England hatte seit langer Zeit die Interessen der Türkei in der Außenpolitik, insbesondere gegenüber Rußland, vertreten. England konnte und wollte Rußland nicht am Mittelmeer dulden. Daneben waren aber auch die Interessen der englischen Finanz und der City wahrzunehmen.

Schon seit etwa 20 Jahren hatte die türkische Regierung in London bereitwilligst Anleihen erhalten. Die Bedingungen waren für den Geldgeber sehr günstig. So waren u. a. im Jahre 1858 Staatspapiere im Betrage von fünf Millionen Pfund zum Kurse von 62½ % mit einer Verzinsung von 6 %, eine andere von acht Millionen im Jahre 1862 zum Kurse von 68 % mit dem gleichen Zinsfuß aufgelegt. Dann folgten noch weitere Anleihen mit ähnlichen Bedingungen, so u. a. im Jahre 1865, als beinahe 100 Millionen Pfund zu 5 % zu einem Kurse von etwa 50 % untergebracht wurden.

Ende des Jahres 1875 bzw. Anfang 1876 erklärte sich die Türkei außerstande, ihren finanziellen Verpflichtungen in der vorgesehenen Art nachzukommen. Die Bestürzung in England, insbesondere der kleinen Sparer, die ganz oder zum Teil ihr Geld in türkischen Staatspapieren angelegt hatten, war natürlich groß.

Inzwischen kamen weitere beunruhigende Meldungen aus der Türkei. Die christliche Bevölkerung des Balkans befand sich in mehr oder weniger offenem Aufruhr und verlangte Selbstverwaltung. Sämtliche Großmächte auf dem Kontinent unterstützten in dem sogenannten Berliner Memorandum diese Wünsche. Nur England unter Disraeli hatte sich davon ausgeschlossen.

Im Sommer 1876 wurden die ersten Nachrichten über die grauenhaften Hinmetzelungen in Bulgarien bekannt. Die überwiegende Mehrheit des Volkes in England verurteilte die Handlungen der Türkei aufs schärfste. Einer der wenigen, der hierdurch überhaupt nicht bewegt wurde, war Disraeli. Er nannte das Ganze nur „Caféhausgeschwätz", obwohl amtliche Berichte der in Frage kommenden Konsuln vorlagen. Gladstone verdammte dagegen die Taten der Türken und verlangte Abhilfe. Die Finanz der City stand aber ganz auf seiten von Disraeli. Sie ging infolgedessen sogar so weit, irgendwelche Beträge für eine Sammlung zugunsten der Bulgaren abzulehnen. Ganz besonders Rothschild zeigte sich mit der Haltung Disraelis einverstanden. „Mammon hatte sich auf seine Seite geschlagen", so sagt Raymond[1]) aus.

Die Kontinentalmächte, insbesondere Rußland, stellten befristete Bedingungen an die Türkei zur Behebung der gesamten Zustände auf dem Balkan. England machte in keiner Weise seinen Einfluß

[1]) Raymond: S. 321—322.

bei der Türkei geltend, um dem Ersuchen zum Erfolg zu verhelfen. Die Türkei schloß aus diesem passiven Verhalten, daß sie gegebenenfalls mit der Hilfe von England rechnen könne. So kam es im April 1877 zum Krieg zwischen der Türkei und Rußland.

Im englischen Kabinett war man sich nicht über die zu ergreifenden Schritte einig. Disraeli stand ganz auf seiten der Türken, während Lord Derby als Außenminister und die in der Opposition stehende Liberale Partei alles daransetzten, um eine Hilfeleistung für die Türken zu unterbinden. Diese konnten, ermutigt durch die Haltung der Regierungspartei im Parlament, weiter auf ein Bündnis mit England hoffen und taten daher nichts, um mit Rußland zum Frieden zu gelangen. Hinzu kam, daß Disraeli nicht zögerte, für die Unversehrtheit des türkischen Reiches einzutreten.

Die Türkei wurde im Kriege völlig geschlagen. So kam es zum Frieden von San Stefano.

Disraeli hielt die darin festgelegte Gebietsregelung auf dem Balkan und in Asien für die Türkei und auch für England untragbar. Er ließ Rußland nicht darüber im Zweifel, daß er nun zugunsten der Türkei einzugreifen hätte, und ließ dementsprechend in aller Öffentlichkeit Kriegsvorbereitungen treffen. Lord Derby trat als Außenminister zurück, da er inzwischen von dem Erstminister die Gewißheit erhalten hatte, daß er nach außen hin für die Unversehrtheit der Türkei eintrat, tatsächlich aber selbst an der Aufteilung dieses Landes teilzunehmen gedachte. Um dieses Spiel nicht mitzumachen, hatte er seinen Abschied genommen.

Die englische Regierung gab der russischen formell ihre Stellungnahme bekannt, und es kam dann im Verlaufe der Verhandlungen u. a. zu dem Kongreß von Berlin.

Der Welt waren aber die heimlichen Besprechungen zwischen der englischen Regierung und dem russischen Botschafter verborgen geblieben. Bereits am 30. Mai 1879, also zwei Wochen vor der Eröffnung des Kongresses, waren England und Rußland sich bereits einig geworden. Einer der Hauptpunkte des Geheimabkommens war, daß sich Rußland gegenüber England verpflichtet hatte, in Zukunft keinerlei Expansionsbestrebungen mehr gegenüber der Türkei in Asien zu haben.

Nichtsdestoweniger hatte Lord Salisbury noch am selben Tage den britischen Botschafter in Konstantinopel angewiesen, den Türken ein Devensivbündnis gegen weitere Angriffsabsichten in der asiatischen Türkei anzubieten. Gleichzeitig machte man den Türken klar, daß dieser Schutz durch England nicht ohne Gegenleistung erfolgen würde: man verlangte hierfür die Abtretung der Insel Cypern.

Die Türken gingen hierauf nur widerwillig ein, da ihnen ebenfalls mitgeteilt war, daß England seine Zustimmung zu den russischen Eroberungen im letzten Kriege, wie z. B. zu dem Gebiet um

Batum, gegeben hatte und der Verlust von Cypern recht empfindlich war. Mit Rücksicht auf die zukünftig drohenden Angriffe der Russen nahmen sie das Angebot von England dennoch an. Der Vertrag wurde feierlich am 4. Juni abgeschlossen.

Auf dem Kongreß zeigte es sich, daß Disraeli sein Versprechen gegenüber Griechenland nicht einhielt. Er gab recht bald seine Bemühungen, für dieses Land Kreta, Thessalien und Epirus zu verlangen, auf, als die Türken begannen, erneut Schwierigkeiten über die Abtretung der Insel Cypern zu machen. Auf diese Weise ging Griechenland, das sich ganz auf die Unterstützung von England verlassen und infolgedessen nicht in den Krieg gegen die Türkei eingegriffen hatte, leer aus.

Die Rumänen fanden mehr Gnade vor den Augen Disraelis, als sie auf seine Forderung hin feierlichst im Vertrag Schutz der Juden vor Übergriffen der Bevölkerung zugesagt hatten.

Diesem Erfolg der Juden waren lange zunächst heimliche Verhandlungen von mehr als zehn Jahren vorausgegangen, was sich aus einem von der englischen Regierung veröffentlichten Blaubuch aus dem Jahre 1877 ergibt.

Man kann hieraus ersehen, daß schon seit Jahren ein eingehender Briefwechsel zwischen den Vertretern des Weltjudentums und der englischen Regierung über die Behandlung der Juden in Rumänien und Serbien stattgefunden hatte. Das Auswärtige Amt wurde mit Berichten und Telegrammen über Verfolgungen der Juden überhäuft. Vertreter des Weltjudentums, Baron Rothschild, Sir F. Goldsmid, Sir M. Montefiore, der Hauptrabbiner und andere einflußreiche Juden drangen darauf, daß vom Auswärtigen Amt Anweisungen an seine Vertreter in den betr. Staaten ergingen, den dortigen Behörden, ja sogar Herrschern, klarzumachen, daß die bisherige Behandlung der Juden gegen die Regeln der zivilisierten Welt sei und man so lange die Freiheitsbestrebungen der Rumänen und Serben nicht unterstützen könne, bis nicht die Juden freundlich behandelt würden. Es waren aber nicht nur führende Juden in England, die von ihrer Regierung ein Eingreifen zugunsten ihrer Rassegenossen verlangten, sondern auch der Präsident der Alliance Israélite Universelle mit dem Sitz in Frankreich wandte sich mit denselben Wünschen an das Auswärtige Amt in London. Man kann jedem Engländer empfehlen, diese amtliche Sammlung von Briefen zu lesen, damit er einmal zu begreifen beginnt, wie sehr schon damals die englische Regierung sich ohne Vorliegen eines englischen Interesses für die Juden einsetzte. Ebenfalls wird ein Studium dieses Blaubuchs erkennen lassen, welch lange Zeit darauf verschwendet worden ist, den Regierungen in Rumänien und Serbien die nötigen Verhaltungsmaßregeln für die Behandlung der Juden zu geben. Konsuln, Generalkonsuln und sonstige diplomatische Vertreter mußten lange Berichte anfertigen, und die Gesandten hatten zeitweise die Herrscher

höchst persönlich zu warnen und ihnen im Ablehnungsfalle zu drohen. Das alles geschah nicht etwa zur Wahrung britischer Interessen, sondern nur zur Befriedigung der Wünsche des Weltjudentums. Der Umfang dieser Interventionen ergibt sich daraus, daß das Blaubuch nicht weniger als etwa 400 Druckseiten mit 357 Briefen, Berichten, Telegrammen usw. enthält.

Auf die Vorgänge in der Außenpolitik Disraelis, die zum Krieg mit Afghanistan und später mit den Zulus führten, soll nicht mehr eingegangen werden. Denn diese Ereignisse sind gegenüber den gerade geschilderten unwichtig, und die obigen Ausführungen genügen, um nun in eine Würdigung der Taten Disraelis einzutreten.

Rückblick: Wirken und Wirkung Disraelis

Die kurzen Andeutungen müssen genügen. Sie ergeben in aller Klarheit, daß Disraeli nur dort Prinzipien vertrat, wo sie ihm und seinem persönlichen Nutzen dienten. Vielleicht war es Disraelis Hauptprinzip, kein Prinzip zu haben. Man mag über dieses Verhalten dort streiten, wo das übergeordnete Wohl des Volks- und Staatsganzen die Richtschnur der Prinzipienlosigkeit vielleicht, aber auch nur vielleicht, rechtfertigen könnte. Aber wie wenig ist davon bei Disraeli der Fall, wenn man auf den Grund seines Charakters und seiner Handlungen zurückgeht und die eigentlichen, nur zu oft verdeckten Hintergründe seines Wirkens aufdeckt. Zusammenfassende Stichworte mögen genügen, um das Bild Disraelis noch einmal vor Augen zu führen:

Mit Peel war Disraeli Vorkämpfer der Schutzzölle, mit Peel schwenkte er 1842 um. 1846 ist er aber wieder leidenschaftlicher Vertreter der Schutzzollidee — er stürzt Peel. 1852 aber, während seiner Regierungszeit, wird er nicht nur ganz plötzlich zum Vertreter der freien Handelsidee wiederum, sondern er erklärt sogar, für die Schutzzollpolitik nie eingetreten zu sein.

Gibt es etwas Eindeutigeres als diesen Wandel? Nicht anders war es mit der von uns nicht weiterbehandelten Reformgesetzgebung, die er 1832 pries, 1866 im Parlament als amerikanisierend brandmarkte, um einige Monate später nach dem Sturz der Regierung als Regierungsvertreter selbst einen Gesetzentwurf einzureichen, der weit über die von der von ihm gestürzten Regierung vorgeschlagenen Reformmaßnahmen hinausging.

Oder wie schnell wechselten Lob und Verdammnis Peel gegenüber, als er, trotz aller Schmeicheleien, von Peel, der ihn durchschaut hatte, keinen Posten erwarten konnte? Oder ein anderes: Zweifellos war der Erwerb der Suez-Kanal-Aktien für England von Vorteil. Disraeli, Rothschild und Oppenheim aber machten das Geschäft. Zumindest die beiden Letzteren hatten durch rechtzeitig zugegangene Informationen genug verdient und die Rothschild zugebilligte Verzinsung von 15% war mehr als unangemessen.

In der Außenpolitik dasselbe Spiel, das wunderbare Parallelen zu den Ereignissen unserer Tage bietet.

Aber lassen wir das: England muß mit diesen Gestalten und dieser geschichtlichen Vergangenheit selbst fertig werden. Uns ist der Typus Disraelis als Jude wichtig und kennzeichnend nicht nur für seine Epoche, sondern weiter auch für das Schicksal Englands schlechthin.

Denn Disraeli ist der Gründer der heutigen regierenden Konservativen Partei. Mit dem Ausscheiden von Peel aus der Tory-Partei entstand ein neues Gebilde, das mit den Ideen von Disraeli erfüllt und aufgebaut wurde. Es gelang ihm in

kurzer Zeit, die Mehrheit seiner Anhänger zu all den unehrenhaften Stellungswechseln mitzureißen, obwohl er Jude war und seine von ihm geführte Partei es gewesen war, die Rothschild den Weg ins Parlament Jahr um Jahr versperrte.

Es bleibt fast unerklärlich, wie dieser politische Abenteurer — so wird er nicht selten genannt —, es fertiggebracht hat, die Konservative Partei zu führen. Es mag sein, daß nach dem Ausscheiden von Peel die Konservativen niemand hatten, der besser als Disraeli ihr Wortführer im Parlament sein konnte. Es mag auch sein, wie O'Connor[1]) meint, daß er durch seine Novellen, und insbesondere durch seine Biographie über Lord George Bentinck, den Tories nachgewiesen hatte, daß die Juden dem Charakter nach immer zu ihrer Partei gehört hätten. Hinzu käme, daß die Juden allzeit die Besten in der Politik, Kunst und Religion gewesen seien. Denn wir werden uns noch aus den im vorigen Kapitel mitgeteilten Reden erinnern, daß die Juden nach Disraeli eigentlich die wahren Christen seien. Wie dem auch sei: Man wird nicht leugnen können, daß die Konservative Partei Ideen eines Juden vertrat, der bis zum letzten Atemzug verkündete, er sei und bleibe ein Jude. Mit andern Worten, er war ein Fremder, der, wie Raymond hervorhebt, „dann immer große Fehler machte, wenn er versuchte, ‚englisch zu denken'". Wir glauben daher mit O'Connor[2]), daß die Konservativen unter Disraeli „weit von den ‚nationalen Idealen des wahren Engländers' entfernt und weder englisch noch konservativ, sondern rein disraelitisch waren".

Es waren aber nicht nur die Grundlagen der Konservativen Partei geändert, sondern auch diejenigen Englands. Die gesamten sozialen Verhältnisse waren in einer Umwälzung begriffen. Durch die Aufhebung der Kornzölle wurde die Landwirtschaft bis auf den heutigen Tag, wie wir noch unten sehen werden, ruiniert. Vor den Tagen des Freihandels hatten die Bauern alles bedeutet, — und die Fabrikanten nichts. Eine gesunde Bauernschaft, solange der Stolz Englands, war dahingegangen. Von nun an wurde das ganze Leben Englands nur von dem Gesichtspunkte des Geldes regiert.

Dies alles ist nicht zuletzt die Tat des Juden Disraeli, der einen Mann wie Bolingbroke als Modell eines englischen Staatsmannes „und den Vater des modernen Konservativismus" hinstellte. Zweifellos war Bolingbroke ein glänzender Redner, aber moralisch völlig minderwertig und ohne Grundsätze. Disraeli dürfte es gewesen sein, der das Schlagwort von dem perfiden England in der Geschichte zum Dauerbegriff gemacht hatte.

Seine Ideen und Grundsätze sind nicht mit ihm ins Grab gegangen.

---

[1]) O'Connor: Bd. II, S. 150, 641—642, 463—466.
[2]) O'Connor: Bd. II, S. 617—622, 642, 653—654.

J. B. Firth, ein bekannter Historiker, führte kürzlich im „Daily Telegraph" aus, „daß der Genius Disraelis seine Tradition ewig machte und daß jede konservative Konferenz Zeugnis ablege von der Lebensfähigkeit der Saat, die er in die Herzen seiner politischen Anhänger säte".

Sogar der frühere Erstminister Stanley Baldwin nennt sich selbst einen Schüler Disraelis, „jenes großen Mannes". In seinen Reden faßt er seine Einstellung zu Disraeli am besten in folgendem Satz zusammen: „Ich habe versucht, meine Politik, meine Reden und die Politik meiner Konservativen Partei nach den Grundsätzen von Disraeli zu formen. Diese Grundsätze sind ewig!"[3])

[3]) Jewish Chronicle vom 15. Mai 1936.

Führende Juden als Gestalter englischen Lebens

Genau wie Disraeli nicht nur zu seinen Lebzeiten, sondern weit darüber hinaus die politischen Grundsätze Großbritanniens beeinflußt hat, so lebt auch heute noch der Geist des Juden Georg Jessel in der englischen Rechtswissenschaft.

Er war im Jahre 1824 als Sohn eines reichen Kaufmanns in London geboren. Nach Erziehung in einer jüdischen Schule besuchte er die Universität und legte Examen auf den Gebieten der Mathematik und Naturwissenschaft ab. Später wandte er sich der Rechtswissenschaft zu und war bald ein bekannter Barrister, der in seiner besten Zeit £ 20—23,000,— im Jahr verdiente.

Im Jahr 1868 wurde er als Abgeordneter der Liberalen Partei ins Parlament gewählt. Hier galt er bald als eines der sachverständigsten Mitglieder in Fragen von Gesetzesvorlagen. Bereits im Jahre 1871 wurde er zum Solicitor General, d. h. einem hohen juristischen Beamten der Krone ohne Sitz im Parlament, gemacht. Zwei Jahre später wurde er zum Master of the Rolls, einer Art Leiter gewisser Archive, und gleichzeitig zum Mitglied des Geheimen Staatsrates ernannt.

In diese Zeit fallen grundlegende Neuordnungen im englischen Gerichtswesen. Das Gerichtsverfassungsgesetz, die Prozeßordnung und das Patentgesetz wurden nicht unerheblich verändert. Es waren die ersten Schritte zur Überleitung des alten Gewohnheitsrechtes und der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen in ein einziges Rechtssystem. Jessel hatte an allem sehr stark mitgearbeitet.

Nach den neuen Gesetzen war Jessel als Master of the Rolls gleichzeitig Präsident eines der Senate am Berufungsgericht. Noch heute werden seine Auslegungen über Gesetze, Verordnungen und Gewohnheitsrecht als die besten in der englischen Rechtswissenschaft bezeichnet. Diese sind im englischen Recht von weit größerer Bedeutung als im deutschen, da Entscheidungen von anerkannten Richtern mit der Zeit in der Praxis faßt den Charakter von Gesetzen annehmen. Man spricht daher von Jessel auch als von „einem gesetzgebenden Richter", dessen Autorität heute noch unbestritten ist.

Neben seinen Pflichten als Richter hatte Jessel noch erhebliche andere Aufgaben. Er war der Leiter des Patentamtes und aufsichtsführend in dem Register für Warenschutzmarken. Endlich überwachte er auch noch die aus Urkunden und Manuskripten zusammengestellten staatlichen Geschichtsveröffentlichungen, die sogenannten Rolls-Series. Ehrenamtlich war er noch Vizepräsident der Universität von London und der Anglo-Jewish Association. Man sieht, er konnte sich über Mangel an Ämtern nicht beklagen.

Seine Büste findet sich nicht nur an hervorragendstem Platze in der Law Society, sondern auch in den Wandelgängen des Königlichen Gerichts in London.

Er war bereits im Jahre 1872 zum Ritter geschlagen worden. Sein Tod erfolgte elf Jahre später. Seinem Sohn Charles James wurde nach Ableben des Vaters der Barontitel verliehen. Dasselbe erfolgte im Jahre 1917 bezüglich seines zweiten Sohnes Herbert Merton Jessel, der hohe Posten in der Regierung und in der Verwaltung bekleidet hat. Dessen Sohn wiederum ist seit dem Jahre 1935 mit der Tochter des bekannten Marquis von Londonderry verheiratet.

Das Jahr 1885 sollte die Krönung der jüdischen Machtbestrebungen bringen. Nathaniel Meyer Rothschild wurde zum Peer von England gemacht und zog als solcher in das House of Lords ein. Darüber hinaus wurde er im Jahre 1902 Mitglied des Geheimen Staatsrates. Auf dem Trinity College in Cambridge war er ein Freund des späteren Königs Eduard VII. geworden, der ihn immer wieder mit seiner Gunst auszeichnete. Seine Posten in der Wirtschaft sind kaum aufzuzählen, sein bedeutendster war sicher der als Gouverneur der Bank von England.

Zu den Juden, die am Ausgang des 19. Jahrhunderts eine nicht geringe Rolle in der Politik spielten, gehört auch Farrer Herschell. Er war ursprünglich Barrister gewesen und im Jahre 1874 ins Parlament gewählt worden. Während der Regierungszeit von Gladstone wurde er zum Solicitor General unter gleichzeitiger Verleihung des Rittertitels befördert. Im Jahre 1886 wurde er in den Adelsstand erhoben und zum Lordkanzler gemacht. Damit hatten die Juden auch den Sprecher im Oberhaus gestellt.

Die Tochter von Lord Herschell ist mit dem Brigadegeneral R. M. Yorke verheiratet. Aus dieser Ehe sind zwei Töchter hervorgegangen. Ob und gegebenenfalls mit wem diese verheiratet sind, konnte nicht festgestellt werden.

Sein Enkel ist der heutige Baron Herschell. Er hat u. a. die sehr ehrenvolle Stellung eines Ehrenpagen bei dem König inne.

Die beispielhafte Beschreibung dieser Juden als den Bekanntesten mag genügen, um zu zeigen, welchen Einfluß und welche höchsten Posten die Juden in Großbritannien schon unmittelbar nach ihrer Emanzipation errungen hatten. In Politik, Rechtswissenschaft und Wirtschaft übten sie einen bedeutenden Einfluß aus, — Gebiete, die zu den mächtigsten eines Staates gehören.

Die Juden im Skandal: Anleihen von Honduras

Der Einfluß der Juden zeigt sich auch aus einem Finanzskandal dieser Zeit.

Bei Beginn der siebziger Jahre wurden insbesondere England und Frankreich mit ausländischen Anleihen überflutet. Schon einige Jahre später waren die meisten von ihnen mehr oder weniger als wertlos anzusehen, da keine Zinsen mehr darauf gezahlt und die Wertpapiere an den Börsen nur noch nach Bruchteilen ihres Nennwertes notiert wurden.

Im Jahre 1875 war diese Lage unhaltbar geworden. Ausländische Anleihen bis zum Gesamtbetrage von 240 Millionen Pfund waren mit den Zinszahlungen im Verzug. Ein ganz erheblicher Teil der genannten Summe befand sich in Händen britischer Staatsangehöriger. Viele waren völlig ruiniert. Offiziere und Beamte hatten ihren Dienst aufzugeben, weil sie ihr ganzes Vermögen verloren und darüber hinaus Schulden durch ihre Fehlspekulationen gemacht hatten. Witwen und alte Leute, die ihr Geld darin angelegt hatten, sahen sich ohne Mittel und wußten nicht, wovon sie fortan leben sollten. Das Elend war unbeschreiblich.

Am 23. Februar 1875 stellte Sir Henry James im Parlament den Antrag, so schnell wie möglich ein besonderes Komitee einzusetzen, um die Umstände, die zu diesem Unglück geführt hatten, aufdecken zu lassen. Der Vorschlag stieß auf keinen Widerspruch und man einigte sich darauf, nur ein Teilgebiet aus diesem Fragenkomplex zu behandeln, nämlich die Anleihen von Honduras, Costarica, San Domingo und Paraguay. Der Gesamtwert dieser Anleihen belief sich auf etwa zehn Millionen Pfund und war daher im Verhältnis zu der Gesamtsumme von 240 Millionen Pfund nur gering. Immerhin glaubte man, bereits nach Untersuchung dieser Fälle eine genügende Kenntnis von derartigen Transaktionen zu haben, weil sie wohl mehr oder weniger gleichgelagert sein würden. Das Ergebnis der Nachforschungen hat dann auch diese Annahme bestätigt.

Von dem Parlament wurde eine Kommission von 17 Mitgliedern eingesetzt, die bereits im März ihre erste Sitzung abhielt. Es ist nun ganz unmöglich, eine eingehende Beschreibung der bis zum Juli dauernden Sitzungen zu geben. Die hierüber in Druckform herausgegebenen amtlichen Akten enthalten nicht weniger als 6680 protokollierte Fragen und Antworten von beteiligten Zeugen und Sachverständigen. Protokoll, Anlagen und Bericht der Kommission machen 700 große, eng bedruckte Seiten aus. Die Zeitungen beschäftigten sich täglich mit den Ergebnissen der Untersuchungen, so daß die sehr interessierte Öffentlichkeit auf dem laufenden war.

Wir wollen lediglich an Hand der Feststellungen über die Anleihen des Staates Honduras einen Einblick in die Machenschaften der Finanzschieber werfen.

Der Staat Honduras war im Jahre 1867 mehr oder weniger eine Wildnis und es war von einer geordneten Finanzwirtschaft keine Rede. Wie klein die Staatseinnahmen waren, kann man daraus ersehen, daß der betreffende Staat die Zinsen für eine alte Anleihe von etwa £ 120,000,— mit jährlich £ 1632,— nicht hatte zahlen können und schon seit längerer Zeit mit der Begleichung rückständig war[1]).

Dies hatte nun eine Clique gewissenloser Personen nicht abgehalten, in den Jahren 1867 bis 1871 Anleihen von über 6 Millionen Pfund in der Öffentlichkeit unterzubringen. Die Zinsen, einschließlich von Amortisationsgeldern, beliefen sich auf jährlich £ 700,000,—.

Die Hauptbeteiligten an diesem Geschäft waren der Vertreter der Regierung von Honduras in England, Don Carlos Gutierrez, ein gewisser Lefevre und die Firma Bischofsheim & Goldschmidt. Die Inhaber der letzteren waren Juden, während wir auch bezüglich Lefevre kaum irgendwelche Zweifel haben. Er war bereits vor diesen Vorfällen in Frankreich wegen Untreue zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Danach war er plötzlich in London aufgetaucht und hatte zwei kleine, unbedeutende Firmen gegründet, deren Zweck und Ziel mehr als undurchsichtig war. Bald trat er mit der bekannten jüdischen Firma Bischofsheim & Goldschmidt in Geschäftsverbindung, und von nun an nahm er einen raschen Aufstieg. Er entfaltete einen ungeheuren Luxus. Als ihm die Situation in England wegen der Untersuchungen zu unangenehm geworden war, ging er nach Frankreich zurück und entzog sich so der Vernehmung durch das Komitee. Der amtliche Vertreter von Honduras pochte auf seine Exterritorialität und erschien ebenfalls nicht zur Beweisaufnahme. Der Dritte im Bunde, Henry Louis Bischofsheim, ließ durch einen Vertreter ein ärztliches Zeugnis von Sir James Paget und Dr. J. D. Chepmell — angesehenen Ärzten — vorlegen, wonach es seine Gesundheit nicht gestattete, vernommen zu werden.

So hatte der Ausschuß des Parlaments mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, und die „Times" bemerkt in längeren Artikeln vom 23. und 24. September 1875 mit Recht, daß man hierdurch und durch Vorenthaltung von wichtigen Dokumenten, worauf auch das Komitee in seinem Schlußbericht u. a. hinweist, keineswegs die volle Wahrheit festzustellen vermochte.

Das Gesamtergebnis offenbarte die übelsten Schiebungen, bei denen u. a. auch ein Angestellter der Firma Bischofsheim & Goldschmidt, der Jude Davids, als sogenannter Treuhänder der Öffentlichkeit aufgetreten war.

Bei der ersten Anleihe im Betrage von einer Million Pfund hatte es die genannte jüdische Firma unternommen, diese in England und Frankreich unterzubringen. Welche Kommission ihr dafür

[1]) Accounts and Papers (1875): Bd. XI, S. IV—V ff.

versprochen war, konnte nicht unmittelbar aus den Unterlagen festgestellt werden, jedoch ließ sich mittelbar einwandfrei der Schluß ziehen, daß es nicht weniger als £ 82,000,— gewesen seien. Angeblich sollte die Anleihe zum Bau einer Eisenbahn dienen, die den Atlantischen mit dem Stillen Ozean verbinden sollte. Als Sicherheit waren die zukünftigen Nettoüberschüsse aus den Einnahmen dieses Unternehmens verpfändet und eine angebliche erste Hypothek auf den Domänen und Mahagoniwäldern des Staates angeführt.

Die Öffentlichkeit wollte aber zunächst von der Anleihe nichts wissen, und trotz aller Anstrengungen waren nach Monaten noch nicht mehr als £ 10,000,— untergebracht, die von der jüdischen Firma selbst übernommen worden waren. Nun tauchte Lefevre auf und verpflichtete sich, den Rest an den Mann zu bringen. Allerdings erwarb er die Papiere nicht zu 73 % des Nennwertes, zu dem sie herausgegeben waren, sondern zu 68 %. Anscheinend vermochte aber auch er nicht mehr als etwa £ 175,000,— zu placieren. Ein neuer Vertrag mit günstigeren Bedingungen für die Firma Bischofsheim & Goldschmidt und Lefevre wurde abgeschlossen, und jetzt konnte man endlich auch Käufer für den Rest der Anleihe finden. Dies war aber nur dadurch möglich, daß Lefevre verschiedene Makler zu unerlaubten Geschäftsmethoden verleitete. So stellte er ihnen u. a. Papiere unter dem Ausgabepreis von 73 % zur Verfügung und verpflichtete sich, in einem bestimmten Zeitraum keine weiteren Papiere auf den Markt zu werfen. Sobald die Preise an der Börse für die Papiere fielen, ließ das Schieberkonsortium durch einen andern Makler Papiere zurückkaufen, so daß durch die so künstlich hervorgerufene Nachfrage die Preise erneut anzogen. Auf diese Weise gelang es, die Papiere bis auf 94 % hinaufzutreiben.

Im Mai 1869 wurde eine neue Anleihe von etwa £ 2,500,000,— für Honduras aufgelegt, als im übrigen von der ersteren höchstens ein kleiner Teil verkauft worden war. Mit Hilfe der oben geschilderten Methoden wurde auch diese Anleihe untergebracht.

Im Frühjahr 1870 entschlossen sich dieselben Personen bereits zu einer neuen Ausgabe von Wertpapieren. Die Öffentlichkeit war bereits mißtrauisch geworden, da angeblich auch dieser neue Betrag noch immer zum Bau der Eisenbahn verwandt werden sollte. Man entschloß sich daher, durch erneuten Schwindel das wankende Vertrauen wieder herzustellen.

Bekanntlich waren nach den Bedingungen der Anleihe aus dem Jahre 1867 u. a. die Mahagoniwälder des Staates als Sicherheit verpfändet. Darüber hinaus war bestimmt, daß der Firma Bischofsheim & Goldschmidt gleichzeitig der gesamte Vertrieb der daraus gewonnenen Produkte übertragen würde. Man ließ nun eine Mitteilung in die „Times" vom 11. Juni 1870 des Inhalts einsetzen, daß zwei Schiffe mit Mahagoniholz von Honduras in London eingetroffen und dem Treuhänder der Anleihe zur Ver-

fügung gestellt seien. Tatsächlich waren diese und später noch drei weitere Schiffsladungen in London eingetroffen. Man verschwieg jedoch, daß diese Sendungen nicht aus den Staatswäldern stammten, sondern aus Privathand in Honduras gekauft und dazu noch von sehr schlechter Beschaffenheit waren. Die Firma Bischofsheim & Goldschmidt, bzw. einer der andern Komplizen, hatten diese Käufe selbst getätigt und aus den Geldern der vorhergehenden Anleihe bezahlt.

Hierdurch stellte man das Vertrauen der Öffentlichkeit wieder her, da diese die Zahlung der Zinsen und der Abzahlungen durch die Verkäufe von Holz für gesichert hielt. Man nutzte dies dadurch aus, daß man die Öffentlichkeit mit den Bedingungen der neuen Anleihe bekanntmachte. Der Betrag war wieder etwa £ 2,500,000,—. Als Sicherheit waren die bereits vorher verpfändeten Gegenstände angeboten. Nun ging man aber so weit, daß alles Vermögen und Einkommen des Staates von Honduras für die Anleihe verhaftet waren. Honduras war verpflichtet, an die Firma Bischofsheim & Goldschmidt in London sämtliche Produkte, die aus dem Staatsvermögen zum Export kamen, zu verkaufen und den Erlös bei dem Fonds zur Zins- und Rückzahlung einzuzahlen. Mit andern Worten, der ganze Staat Honduras war an die Juden verpfändet und konnte ohne sie keine Geschäfte mehr machen.

Das gesamte aus der Anleihe angefallene Geld sollte ebenfalls einem Fonds zugeleitet werden. Die Treuhänder bestanden aus fünf Personen, — einer wurde von dem Staate Honduras ernannt. Die übrigen vier von der genannten jüdischen Firma. Bischofsheim & Goldschmidt waren ferner berechtigt, aber nicht verpflichtet, im Falle der Nichterfüllung der Verbindlichkeiten des Staates Honduras dessen gesamtes Vermögen im In- und Ausland als Treuhänder der Wertpapierinhaber zu beschlagnahmen und zu verwalten.

Wieder waren es dieselben Personen, die mit betrügerischen Methoden die Anleihe unterbrachten. Zeitweise waren bis zu 100 Personen miteinander verbunden, die die Papiere aufkauften, wenn die Preise zu fallen drohten, und verkauften, wenn der Markt für die Anleihe fest war. Ein einziger Jobber kaufte und verkaufte einmal die ganze Anleihe. Wenn man die Preise mit solchen Methoden nicht halten konnte, griff man zu andern Täuschungsmanövern.

So ließ man am 1. April 1871 erklären, daß £ 50,000,— von den Anleihen ausgelost und vom Staate Honduras zum Parikurs eingelöst würden. Da die Papiere um diese Zeit zwar nicht schlecht, aber noch lange nicht pari standen, war dies ein neuer Anreiz für das kaufende Publikum. Außerdem sollte die Auslosung zeigen, daß die finanzielle Lage der Regierung in Honduras sehr gesund sein mußte, wenn man solche Transaktionen durchführen konnte.

Tatsächlich waren aber von den ausgelosten Papieren nur solche zum Betrage von etwa £ 17,000,— in Händen der nicht zum Kom-

plott gehörenden Personen. Nur diese Summe wurde an die Betreffenden ausgezahlt. Sie wurde aber nicht etwa von dem Staat Honduras zur Verfügung gestellt, sondern dem Ertrag der letzten Anleihe entnommen. Auch der Zinsen- und Amortisationsdienst wurde nur auf diese Art und Weise ermöglicht.

Bei solchen Manipulationen war natürlich eine ununterbrochene Kette von neuen Anleihen möglich und nötig, da man die laufenden Unkosten der Anleihen nur durch Einnahme aus neuen decken konnte.

Als diesbezügliche Versuche im Spätherbst 1871 in England und im Sommer 1872 in Frankreich erfolglos blieben, brach das ganze Betrugsgebäude zusammen, da der Staat Honduras nicht imstande war, auch nur einen Pfennig Schuldendienst zu übernehmen. Die gesamten Papiere fielen im Jahre 1872 ins Bodenlose. Man notierte sie im Juli 1875 mit etwa 6% und im September 1875 nur noch mit 3%. Ein biederer Landgeistlicher, der auch das Spekulieren nicht hatte lassen können, glaubte, ein Erdbeben „hätte den ganzen wertvollen Platz übergeschluckt".

Die Größe des Betruges ergibt sich aus der Feststellung der Kommission, wonach der Staat Honduras etwa £ 60,000,—, die Unternehmer für den Bau der Eisenbahn etwa £ 700,000,— erhalten hatten. Der Rest der Millionenanleihen war für Zwecke verwendet worden, die nichts mit den in der Anleihe genannten zu tun hatten. So gingen nicht weniger als etwa eine Million Pfund an Lefevre zur Begleichung von angeblichen Kommissions- und Propagandageldern.

Die Leidtragenden waren der Staat Honduras und die Öffentlichkeit. Ersterer hatte eine verlassene, halb ausgebaute Eisenbahnlinie von etwa 80 Kilometer und eine jährliche Zinsenlast von etwa £ 700,000,—, die er niemals bezahlen konnte, da er ja bekanntlich nicht einmal den Betrag von £ 1632,— hatte aufbringen können. Das Elend der Betroffenen haben wir bereits am Eingang unserer Betrachtungen geschildert.

Die Untersuchungskommission stellte für die andern Staaten die gleichen Betrügereien fest, nur wechselten die Personen teilweise. Juden waren aber auch dort tonangebend. U. a. finden wir auch das bekannte jüdische Bankhaus von Erlanger & Co. verwickelt.

Das Publikum von Frankreich und England hatte also den Verlust von etwa £ 240 Millionen bzw. 5 Milliarden Mark durch jüdische Betrügereien zu beklagen.

Dem Leser wird nun interessieren, was gegen alle an dem Verbrechen Beteiligten geschah. Wir wollen es im voraus verraten: nichts![2])

Auch die Untersuchungskommission nahm einen Standpunkt ein, der mehr als verwunderlich erscheint. Anscheinend hat sie sich von der Meinung Nathaniel Meyer Rothschilds leiten lassen. Dieser war nämlich als Sachverständiger geladen worden und hatte die

[2]) Clayden: S. 142—143. Sinclair: Anhang S. 129—130.

Ansicht vertreten, daß die alleinige Schuld an solchen Vorkommnissen „der Wunsch der Leute sei, möglichst hohe Zinsen für ihr Geld zu bekommen". „Schlagen Sie vor, diesem Zustand abzuhelfen?" fragte ihn darauf der Vorsitzende. „Nein, keineswegs", antwortete Rothschild. Als der Vorsitzende weiter von ihm erforschen wollte, ob dies nicht ein sehr ernstes Übel sei, gab Rothschild keine Antwort auf diese klare Frage, sondern sprach von dem Mißbrauch der Verwendung des Geldes aus den Honduras-Anleihen. Er lehnte es im Verlauf der Verhandlungen ab, irgendwelche eigenen Vorschläge zur Vermeidung künftiger derartiger Betrügereien zu machen. Hiermit war dann der Untersuchungsausschuß auch völlig zufrieden[3]).

Bei einer solchen Haltung kann man sich auch nicht über das Gutachten der Kommission wundern. Am Schluß ihrer Ausführungen machten die Mitglieder der Kommission nämlich einige Vorschläge für Abhilfe in der Zukunft. Sie beschäftigten sich u. a. mit der Frage, ob man durch Gesetz erzwingen sollte, daß eine Gruppe von Leuten, die — wie oben geschildert, je nach der Marktlage durch Kaufen und Verkaufen künstlich die Preise an der Börse beeinflußten —, anstatt im Geheimen, in voller Öffentlichkeit und in Kenntnis des Publikums zu arbeiten hätte. „Es wurde dem Komitee mitgeteilt", so fahren sie fort, „daß alle Transaktionen in öffentlichen Anleihen dem Ausland zufallen würden, wenn es zu einem Gesetz käme, auf Grund dessen die Tätigkeit dieser Syndikate öffentlich bekanntzumachen wäre. Darauf erwiderte das Komitee sofort, daß — sofern dies die einzigen Bedingungen seien, auf Grund deren man die aus solchen Anleihen anfallenden Profite in England behalten kann — sie zu einem solchen Preise zu teuer erkauft wären."

Den Hauptgrund für solche Erfahrungen glaubt man aber in der Leichtgläubigkeit und Habsucht gewisser Kreise der Bevölkerung zu sehen. Diese Art von Volksgenossen scheinen den Wert der ihnen gemachten Versprechungen nicht nach den Regeln irgendwelcher Erfahrung, sondern lediglich nach ihren eigenen übertriebenen Erwartungen bemessen zu haben. Dadurch sind sie eine leichte Beute derjenigen geworden, die im Vertrauen auf solche Leichtgläubigkeit ihr Geld auf betrügerische Weise von ihnen erhalten haben.

Das Komitee hält es nicht für seine Pflicht, den verschiedenen Beteiligten an diesen Transaktionen irgendwelchen Vorwurf zu machen. Sie sind sich im allgemeinen darüber einig, . . . daß die Ursache des Zusammenbruchs in gleichem Maße allen denjenigen zuzuschreiben ist, die Interessen, Rechte, Ansprüche, Beschwerden oder sonst irgendwelchen Anteil an der Angelegenheit haben. Es ist eine Art von Urübel, welches sich sogar auf die Unschuldigsten erstreckt, die irgend etwas mit der Sache zu tun haben[4]).

[3]) Account and Papers (1875): Bd. XI, S. 266—267.
[4]) Times vom 23. u. 24. September 1875.

Anscheinend hat aber auch die „Times" die Ansicht des Komitees geteilt, die Erwerber solcher Wertpapiere seien an dem Skandal ebensoviel Schuld wie die Betrüger. Denn sie müßten bei den so überaus günstigen Bedingungen von vornherein mit der großen Wahrscheinlichkeit rechnen, ihr Geld zu verlieren. Können wir uns bei einer so allgemein herrschenden Meinung wundern, daß nichts geschehen ist?

Heute noch gehen aber jährlich fünf Millionen Pfund an der Börse durch betrügerische Transaktionen verloren.

Antijüdische Kräfte

Am Ausgang des vorigen Jahrhunderts fehlte es aber nicht an aufrechten Männern in England, die sich in Wort und Schrift gegen ein solches Gebaren wandten. „Dies Zeitalter ist den Machenschaften der Hebräer günstig. Die Anwendung von Gewalt ... ist durch unsere gegenwärtige Zivilisation verboten, während die Anwendung skrupelloser Hinterlist gestattet und durch Gesetz geschützt ist. Wer immer einen Mann auf der Straße beraubt, wird mit Gefängnis bestraft. Wer Tausende an der Börse rupft, wird in einem Palast leben und die Aristokratie wird ihm zu Füßen liegen." Spekulieren an der Börse und Geld verdienen auf Kosten Betrogener sei dafür zum Prinzip erhoben. Die Juden machten sich die Zersplitterung des Volkes in Parteien zunutze und täten alles, um die Kluft zu erweitern und dabei im Trüben zu fischen. Vor allem aber sei es die Presse, — das große Übel der heutigen Gesellschaft, ... welche nur allzu schnell unter den geheimen Einfluß der Geldintriganten käme. Man weist dann auf die Gefahr hin, daß nicht nur in England, sondern überall in der Welt jüdische Journalisten unter angenommenen arischen Namen sich in den Stab der Mitarbeiter von Zeitungen einschlichen und dort ein Weiteres zur Bearbeitung der Massen in jüdischem Sinne täten[1]).

Der in den Zeiten Disraelis bekannte Abgeordnete Sir Tollemache Sinclair setzte der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der türkischen Frage in einem großen Werk auseinander, daß der Jude seit Urzeiten Taten begangen hätte, die mit unserer Auffassung von Ehre und Anstand nicht in Einklang zu bringen seien. Ihr altes Testament zeige schon ihre moralische Verderbtheit und die Geschichte hätte eine ununterbrochene Kette von Verbrechen der Juden überliefert. Er warnte u. a. auch vor der Vermischung mit den Juden.

In die Reihe der anti-jüdischen Schriftsteller dieser Zeit gehört auch der bekannte Sir Richard Burton. Er hatte bei seinem Tode nicht weniger als 48 Werke veröffentlicht und hinterließ noch zahlreiche unvollendete[2]). Eines von diesen war auch das von uns benutzte Buch, in dem er sich mit den Juden im allgemeinen und mit den Juden in England im besonderen beschäftigte. Nach seiner Ansicht wird den breiten Massen in England immer mehr nur von der Mildherzigkeit, der Sparsamkeit und sonstigen guten Eigenschaften der Juden erzählt. Nur wenigen wäre es bekannt, daß der Jude tatsächlich „Brot esse, nicht im Schweiße seines Angesichts, sondern im Schweiße des Angesichts seiner Nachbarn". Er verdiene sein Geld mit Wucher und Betrügen und würde dabei reich, „der Arbeiter dagegen verhungere in der Mitte von Gold". Nach wie vor könne man die Juden als Inhaber von Spielhöllen und als

[1]) Smith: S. 706—709.
[2]) Burton: Jew and Gypsy, Vorwort S. V.

Fehler finden. Sie verbreiteten schlüpfrige Literatur und verderbten so die Jugend.

Wie bereits oben ausgeführt, ist dies Buch erst nach dem Tode des Verfassers veröffentlicht worden. Der Herausgeber hat uns die sehr interessanten Gründe hierfür übermittelt.

Nach seiner Darstellung war Burton in den Jahren 1869 bis 1871 britischer Konsul in Damaskus. Er beherrschte die dortigen Sprachen und begab sich, als Eingeborener verkleidet, in die Stadt. Seine Nachforschungen trugen reiche Früchte bezüglich der Ritualmorde unter den Juden in Kleinasien. Gleichzeitig beschäftigte er sich auch mit den geheimnisvollen Umständen des Mordes an Pater Tomaso in Damaskus im Jahre 1840. Seine diesbezüglichen Untersuchungen blieben den Juden in Damaskus nicht verborgen und erregten ihr äußerstes Mißfallen. Diese Feindseligkeit war der Grund, daß er im Jahre 1871 von Lord Granville, dem damaligen Außenminister, von dort abberufen wurde.

Man hat aber nicht verhindern können, daß Burton bereits zahlreiches Material gesammelt hatte, das er auf seinem neuen Posten als Konsul in Triest zu einem Werk zusammenstellte. Seine Arbeiten waren im Jahre 1874 beendet.

Als er ein Jahr später in England auf Urlaub war, legte er sein Manuskript einem Freunde vor, der sich in sehr hoher Stellung befand. Dieser riet ihm wegen der antisemitischen Richtung des Inhalts dringend ab, das Buch zu veröffentlichen. Andere Freunde waren in der gleichen Weise bei ihm vorstellig und versuchten, ihn davon abzubringen, solange er noch im Dienste der Regierung eines Landes sei, „wo die Juden beispiellose Macht und Positionen innehätten; es würde daher, gelinde gesagt, sehr unklug sein, sie zu seinen Feinden zu machen." Durch diese Warnungen ließ sich Burton von der Veröffentlichung abhalten und nahm sein Manuskript mit nach Triest zurück. Seine Freunde bemühten sich, eine Versetzung nach Tanger — welches nur einer normalen Beförderung seinem Dienstalter gemäß entsprach — für ihn durchzusetzen.

Jahr um Jahr wartete Burton auf die ihm zustehende Rangerhöhung. Sie kam aber nicht, vielmehr wurde an seiner Stelle im Jahre 1886 Sir William Kirby-Green gesandt. Dies erbitterte Burton anscheinend so sehr, daß er von neuem ohne Rücksicht auf die daraus entstehenden Folgen entschlossen war, das Buch zu veröffentlichen. Seine Frau versuchte in der Zwischenzeit die Berechtigung zum Erhalt einer vollen Pension zu erhalten, bevor er seinen Dienst aufgab und seine Absicht bezüglich des Buches in die Tat umsetzte. Die Verhandlungen verzögerten sich aber jahrelang; nur einige Monate vor dem Abschied aus seinem Amt starb Burton.

Auch seine Witwe schied vor der Veröffentlichung aus dem Leben. Sie hatte aber Anweisungen hinterlassen, daß diese so schnell wie möglich erfolgten sollte. Die Feststellungen von Burton über die

rituellen Morde der Juden in Verbindung mit der Ermordung des Paters Tomaso im Jahre 1840 wurden aber nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Fortlassung des Kapitels über die Ritualmorde ist nun nicht freiwillig erfolgt, sondern von den Juden erzwungen worden. Anscheinend hatte der Herausgeber bereits vor dem Erscheinen des Buches ein Verzeichnis veröffentlicht, aus dem man ohne weiteres Rückschlüsse auf den Inhalt ziehen konnte. Als man erfuhr, daß das Buch auch in fremde Sprachen übersetzt werden sollte, drohte man dem Herausgeber und Verleger mit Klagen und sonstigen zur Verfügung stehenden Mitteln. Gleichzeitig schickte man an alle Oberrabbiner im Auslande Warnungen bezüglich des Buches mit der Anweisung, eine Veröffentlichung auf jeden Fall zu unterbinden[3]). Sehr wahrscheinlich sind es diese Maßnahmen der Juden gewesen, die den Herausgeber veranlaßten, das Kapitel fortzulassen. Gerade über diese Beschuldigungen gegen die Juden gibt es verhältnismäßig wenig einwandfreies Material für die Neuzeit, und es ist daher um so bedauerlicher, daß die Wissenschaft keinen Zutritt zu diesen Quellen erhalten hat.

Zur weiteren Aufhellung des Schicksals Burtons sei nur darauf hingewiesen, daß es kein Geringerer als Lord Rosebery war, der Burtons Hoffnungen auf eine Versetzung nach Tanger durch Ernennung eines andern Beamten für immer zunichte machte. Dieser Lord Rosebery war damals Außenminister und später Erstminister, hatte eine Tochter Rothschilds geheiratet und war so eng mit dem Weltjudentum verbunden.

Lord Rosebery ist inzwischen verstorben und von seinem Sohn, dem jetzigen Earl of Rosebery, beerbt worden. Er trägt u. a. nicht nur den Vornamen seines Großvaters, nämlich Meyer, sondern hat auch die Gesichtszüge und Gestalt der Familie seiner Mutter geerbt und ist einer der größten Großgrundbesitzer Englands, da er mehr als 50 000 Morgen Land sein eigen nennt.

Seine Schwestern, also Halbjüdinnen, haben ebenfalls in den hohen Adel eingeheiratet. So wurde die eine Schwester die Gattin des Generalleutnants Sir Charles Grant. Die andere ist die zweite Ehefrau des bekannten Marqueß of Crewe. Der augenblickliche Lord Crewe hat bekanntlich auf dem Festessen im Jahre 1905 erklärt, er glaube, es gäbe auch ehrenhafte Leute ohne jüdisches Blut, er aber sei besonders stolz, Judenstämmling zu sein, während seine Ehefrau zur Familie Rothschild gehörte[4]).

Eine seiner Töchter ist an Sir Edward Coates, eine andere an den Honourable George Colville, den Sohn von Viscount Colville of Culroß, verheiratet. Die beiden andern sind Gattinnen von Major J. H. Dodds und des Herzogs von Roxburghe.

---

[3]) Emanuel: S. 142.
[4]) Trans. Jew. Hist. Soc.: Bd. 5, S. 203.

England und das Weltjudentum

Die oben erwähnten Bücher waren der Ausdruck des im Volke wiedererwachten Anti-Judentums. Den Juden war natürlich diese feindliche Strömung nicht entgangen. Sie hielten daher eine straffere Organisation für notwendig, zumal die diesbezügliche englische Einrichtung ein wenig veraltet und die französische, die Alliance Israélite, nach dem Krieg von 1870/71 kaum noch vorhanden war. Unter der hauptsächlichen Führung von Sir Francis Goldsmid und Dr. Benisch, dem damaligen Herausgeber der „Jewish Chronicle", wurde die ganze frühere Organisation neu aufgebaut, an deren Spitze u. a. auch der bereits genannte Sir George Jessel stand. Später finden wir in der Leitung Baron Henry de Worms, den späteren Lord Pirbright.

Nach den Behauptungen der Juden selbst konnte man von nun an wieder mit vollem Recht feststellen, daß London das Weltzentrum der Juden sei, zu dem alle verfolgten Juden ihre Augen wenden und auf Hilfe warten konnten.

Wie weit die Macht der Juden nun damals schon gegangen ist, ergibt sich aus einer Zusammenfassung der Interventionen, die von der britischen Regierung in den Jahren 1860 bis 1910 zugunsten der Juden gemacht worden sind. Denn nur so kann am anschaulichsten erwiesen werden, wie weit die britische Regierung in der Vergangenheit bereits ein Werkzeug des Weltjudentums war. Wir wissen, daß diese Behauptung eines vollen Beweises bedarf. Aber dies ist uns hier wieder einmal durch die Juden selbst ermöglicht worden. Es ist nämlich von einem ihrer Rassegenossen, Charles Emanuel, ein Auszug aus den Sitzungsprotokollen des Londoner Komitees der Deputierten britischer Juden veröffentlicht worden. Dies ist eine Fundgrube für unsere Beweisführung und soll ausschließlich im folgenden benutzt werden, da es keine einwandfreie Grundlage gibt. Ergänzend treten andere amtliche Grundlagen ein, wie z. B. das Blaubuch über die Behandlung der Juden in Serbien und Rumänien.

Bei all den betreffenden Interventionen der britischen Regierung ist es offensichtlich, daß der ganze Apparat des Auswärtigen Amtes und die englische Weltmacht nicht nur der Erreichung britischer Interessen dienen, sondern auch in vollem Umfang dem Weltjudentum zur Verfügung stehen. Die weitere Schlußfolgerung daraus, eine Abhängigkeit gegenüber dem Weltjudentum festzustellen, dürfte wohl nicht zu kühn sein.

Nun aber zu den einzelnen Fällen.

Im Jahre 1860 wurde die Erinnerung an den Mord des Paters Tomaso im Jahre 1840 in Damaskus neu geweckt. In einer dortigen Kapuziner-Kapelle war eine Gedenktafel angebracht worden, auf der u. a. stand, daß Tomaso von den Juden ermordet worden sei.

Das Auswärtige Amt in London wurde auf diese Inschrift aufmerksam gemacht und entschloß sich, gegen die Anbringung dieser Tafel vorzugehen. „Tatsächlich", so teilt Emanuel mit, „zerstörte kurz darauf zufällig ein Feuer sowohl die Inschrift als auch die Kapelle." Anscheinend setzten im Anschluß an diesen „zufälligen Brand" Unruhen gegenüber den Juden ein, und das Auswärtige Amt wurde erneut zum Eingreifen aufgefordert. „Lord John Russell sandte sofort Instruktionen an den britischen Gesandten in Konstantinopel, um unverzüglich Maßnahmen zum Schutze der Juden zu veranlassen. Dies tat er mit einer solchen Energie, daß viele der Unterdrücker bestraft und der angeklagte Jude auf freien Fuß gesetzt wurde." Aus welchem Grunde die Unruhen entstanden waren, und weshalb der Jude in Haft kam, verrät Emanuel nicht. Es dürfte aber wohl kaum ein Zweifel bestehen, daß all dieses im Zusammenhang mit dem Niederbrennen der Kapelle stand[1]).

Im selben Jahre kam die Kunde von einer schlechten Behandlung der Juden in Persien. Ermahnungen der dortigen britischen Gesandten blieben nicht nur ungehört, sondern führten zur Einäscherung jüdischer Häuser. Darauf wurde ein erneuter Protest von dem britischen Gesandten überreicht. Über den Erfolg ist nichts bekanntgeworden.

Das Auswärtige Amt wurde bereits in den nächsten beiden Jahren in ähnlichen Angelegenheiten bei den Regierungen für die Wallachei, Korfu und Tripolis tätig, und zwar meistens mit Erfolg.

Als im Jahre 1863 aus Rußland nach Jerusalem ausgewanderte Juden ihre Staatsbürgerschaft aufgegeben hatten, wurden sie auf Anweisung von London sofort unter den Schutz des britischen Konsuls gestellt.

Im Jahre 1865 verlangte der britische Generalkonsul in Serbien von dem regierenden Prinzen bessere Bedingungen für die Juden. Er teilt sein Ersuchen auch dem von ihm vorgeladenen Ältesten der dortigen Judengemeinde mit. Als die Vorhaltungen weitere Unruhen gegen die Juden nicht verhindern konnten, erfolgten neue Vorstellungen. Abhilfe wurde versprochen. Dieselbe Versicherung wurde auf erneutes Ersuchen auch von dem Schah von Persien gegeben. Anscheinend war sie aber nicht ernst gemeint gewesen, da bereits im nächsten Jahre das britische Auswärtige Amt erneut zugunsten der Juden eingreifen zu müssen glaubte.

Die nächsten vier Jahre sehen vier verschiedene Ersuchen gegenüber Rumänien. Lord Stanley hatte den Earl of Clarendon als auswärtigen Minister abgelöst. Er erklärte gegenüber den Führern der Juden, daß er immer bereit sei, seine Dienste zur Verfügung zu stellen, um die Juden vor Verfolgung zu bewahren. Als man im Jahre 1867 trotz der früheren Versprechen der betreffenden Regierungen die Juden in Rumänien als Vagabunden erklärte,

[1]) Emanuel: S. 76—77ff.

wurde der britische Vertreter angewiesen, in einer Unterredung mit dem regierenden Prinzen die unverzügliche Bestrafung der in Frage kommenden Beamten zu verlangen. Im folgenden Jahre wurde dann ein allgemeiner Schutz für die Juden von der rumänischen Regierung garantiert. Als aber kurz darauf antijüdische Maßnahmen bekannt wurden, protestierte der britische Generalkonsul auf persönliche Anweisung des Außenministers energisch dagegen.

Serbien machte im Jahre 1869 dem Weltjudentum Kummer. Die britische Regierung ließ infolgedessen keinen Zweifel darüber, daß Serbien nur die Unterstützung Englands gegenüber der Türkei fände, wenn es endlich nichts mehr gegen die Juden unternehmen würde..

In den Jahren 1872, 1875 und 1876 verwandte sich das Auswärtige Amt erneut für die Juden in der Türkei und erreichte auch jedesmal die Befriedigung seiner Wünsche.

Als sich im Jahre 1876 die Zustände in Persien erneut für die Juden verschlechterten, gab die englische Regierung auf telegraphischem Wege ihrem Vertreter Anweisung, sofort Schutzmaßnahmen von der Regierung zu verlangen. Diesem Ersuchen wurde entsprochen.

In den nächsten Jahrzehnten sollten vor allem Rumänien und Marokko Gegenstand diesbezüglicher britischer Vorstellungen sein.

Im Jahre 1876 fanden zwischen Rumänien einerseits und England und Frankreich andererseits Besprechungen über den Abschluß eines Handelsvertrages statt. Die ursprünglichen Vorschläge hierfür hätten die Juden in England von den darin gewährten Handelsvorteilen ausgeschlossen. Sie hörten davon und protestierten in einem Memorandum gegen solchen Vertragsinhalt. Eine Abschrift desselben wurde der Alliance Israélite nach Paris gesandt. Das Auswärtige Amt in London versicherte darauf den Juden, daß das Abkommen in der vorgesehenen Form nicht von der britischen Regierung abgeschlossen werden würde.

Im selben Jahre wurden in einzelnen Distrikten Rumäniens Ausweisungsdekrete für Juden erlassen. Auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes in London wurden diese Verordnungen nicht nur aufgehoben, sondern die hierfür verantwortlichen vier Beamten entlassen.

Als die Berliner Konferenz herannahte, überreichte der Vorstand der Juden in London der englischen Regierung den Antrag, bei einer eventuellen Unabhängigkeitserklärung von Rumänien und anderen Balkanstaaten für die Freiheit und Gleichheit der Juden daselbst Sicherheitsmaßnahmen zu verlangen. Wir werden uns erinnern, daß Disraeli diesbezüglich tätig geworden ist. Die Juden waren aber keineswegs mit den von ihm getroffenen Abmachungen zufrieden. Sie drückten ihre Enttäuschung in einem besonderen Schreiben an Lord Salisbury aus und behaupteten, die britische Regierung sei von Rumänien übers Ohr

gehauen worden. Als im Jahre 1884 die Juden der Ansicht waren, Rumänien hätte die in Berlin abgeschlossenen Verträge zu ihrem Nachteil verletzt, baten sie um die Intervention der britischen Regierung in Bukarest. Zum ersten Male erhielten sie einen abschlägigen Bescheid. Dasselbe Schicksal erfuhren sie im nächsten Jahre. Lord Salisbury erklärte ihnen, daß dies eine innerpolitische Angelegenheit Rumäniens sei, in die man sich nicht einmischen könne. Diese Ablehnung ist wahrscheinlich auf die allgemeine Einstellung Lord Salisburys gegenüber den Juden zurückzuführen, die nicht gerade sehr freundlich gewesen ist. Zu dieser Zeit war er Erstminister und verwaltete gleichzeitig das auswärtige Ministerium. Diese Periode seiner Regierung und auch die späteren sind im Verhältnis zu andern Kabinetten bemerkenswert wegen des fast völligen Fehlens solcher Einmischungen. Wir werden unten nochmals auf Lord Salisbury zurückkommen.

Marokko sollte in den Jahren 1876, 1880, 1885 und 1887 Gegenstand britischer Vorstellungen werden. Als die britischen Ermahnungen im vorletzten Falle nicht genügt hatten, handelte man gemeinsam mit Frankreich, den Vereinigten Staaten und Italien.

Auch in der Zeit von 1889 bis 1896 erreichte man in Marokko, daß die Juden bei jeder Gelegenheit weitestgehend geschützt und die in Frage kommenden Einwohner hart bestraft wurden.

Bei einer Strafverhandlung gegen einen Juden in Korfu hatte das Auswärtige Amt im Jahre 1880 auf Ersuchen der Juden einen Vertreter ernannt, der den Verhandlungen beiwohnte. Der Jude wurde freigesprochen.

Man hatte im Jahre 1888 ebenfalls Erfolg mit diesbezüglichen Interventionen in der Türkei.

In Malta wurde im Jahre 1892 unter der ausdrücklichen Druckgenehmigung des dortigen römisch-katholischen Erzbischofs ein Flugblatt verteilt, in dem die Juden des Ritualmordes bezichtigt wurden. Man hielt die Bevölkerung an, Obacht auf ihre Kinder zu geben.

Die Juden in Malta wandten sich gemäß allgemeiner Gewohnheit nach London mit dem Erfolg, daß Lord Ripon vom Auswärtigen Amt Anweisungen an den Gouverneur zum Schutze der Juden sandte. Darüber hinaus wandte sich der Erzbischof von Westminster auf Veranlassung der Juden in London an seinen Kollegen in Malta mit der Bitte, seinen Einfluß auf Zurückziehung des Flugblattes geltend zu machen. Diese Intervention hatte auch den gewünschten Erfolg.

In demselben Jahre fühlte sich die Judenschaft durch einen Gesetzentwurf in der Schweiz beunruhigt. Hiernach sollte das Schächten von Vieh verboten werden. Bei Wirksamwerden des Gesetzes befürchtete das Weltjudentum, daß auch andere Völker dies zum Beispiel nehmen könnten. Wieder war es Lord Rosebery, der im Interesse der Juden eingriff, denn er war es, der diese Mitteilung an Lord Ripon im Auswärtigen Amt weiterleitete. Sofort wurde

ein Artikel in der medizinischen Zeitschrift „British Medical Journal" veröffentlicht, daß die jüdische Art des Schlachtens nach Ansicht der Wissenschaftler die am wenigsten grausame und wirksamste sei. Die Juden in London wurden über die Angelegenheit von Lord Rosebery auf dem laufenden gehalten. Der Gesetzantrag scheiterte bei dem Nationalrat in der Schweiz, so daß keine weiteren Maßnahmen von London mehr notwendig waren.

Auch in Persien erfolgten weitere Interventionen des Auswärtigen Amtes.

Als dort im Jahre 1890 ein Jude getötet war, wurde der Täter auf Veranlassung Englands bestraft und die Familie des Juden entschädigt. Zwei Jahre später verlangte Lord Rosebery bei dortigen Ausschreitungen Schutzmaßnahmen gegen die Juden, die auch mit Hilfe von Truppen ins Werk gesetzt wurden. Auf dieselbe Art und Weise wurden ähnliche Unruhen in den Jahren 1898 und 1907 verhindert.

Am meisten beschäftigten sich aber die Juden und das Auswärtige Amt um die Jahrhundertwende und später mit den Ereignissen in Rußland.

Als im Jahre 1890 die Rechte der Juden in Rußland erneut beschränkt wurden, fand eine Versammlung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters der City von London in der Guildhall statt, die „die Verfolgung der Juden als Skandal für die Christenheit verdammte". Ein Memorandum wurde verfaßt und an den Zaren gesandt, der jedoch die Annahme verweigerte. Diesmal hielt sich die britische Regierung für außerstande, sich einzumischen, da es „eine innerpolitische Angelegenheit" sei. Nichtsdestoweniger wies sie ihre Vertreter in Rußland an, Berichte über die Auswirkung der gesetzlichen Maßnahmen einzureichen.

In den Jahren 1904, 1905, 1906 und 1910 setzte sich das Auswärtige Amt jedoch tatkräftig für die Juden in Rußland ein und erreichte jedesmal, daß nichts gegen sie unternommen wurde.

Die Zusammenstellung dieser Einmischungen Englands zugunsten der Juden möge genügen und dürfte einwandfrei bewiesen haben, in welchem Maße Weltjudentum und Großbritannien seit langer Zeit zusammenarbeiten. Ja, man kann vielleicht sogar ohne Übertreibung sagen, daß es eigentlich recht schwer ist, noch einen größeren Unterschied zwischen diesen beiden Mächten festzustellen. Die Juden selbst machen aus dieser Machtstellung kein Hehl, wie sich aus folgender Feststellung des Juden Simon Wolf ergibt: „Wir alle wissen, daß die größten Bankiers der Welt — die Familie Rothschild — Juden sind. Wir wissen, daß sie nicht nur den Geldmarkt beherrschen, sondern auch das politische Schicksal Europas ... Die Presse Europas ist größtenteils von Juden kontrolliert; die Hauptschriftleiter sind Juden ... Die Revolutionsideen in Europa sind von den Juden ins Leben gerufen und von ihnen vorwärtsgetrieben worden ...[2]).

[2]) Simon Wolf: S. 36—39.

Burenkrieg — Judenkrieg

Die enge Verbundenheit zwischen den Juden und England geht aber auch aus den Ursachen hervor, die im Jahre 1899 zum Burenkrieg führten.

Die Buren waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus der unter englischer Herrschaft stehenden Kap-Kolonie ausgewandert, weil ihnen seitens der Engländer ihr kulturelles Eigenleben nicht zugestanden worden war. Sie besiedelten u. a. Transvaal, das sich seit dem Jahre 1884 mit anderen kleinen Freistaaten der Buren zu der Südafrikanischen Republik zusammengeschlossen hatte. In all den Jahren vor und nach dieser Gründung hatte man bis zum Ausbruch des Krieges Streitigkeiten mit den Engländern gehabt. Als im Jahre 1886 reiche Goldfelder innerhalb des Gebietes der Buren entdeckt wurden, war es offensichtlich, daß die Engländer in Kürze dieses Land ihrem Kolonialreich anzugliedern versuchen würden.

Der Mittelpunkt der Goldindustrie, Johannesburg, war in ganz kurzer Zeit auf etwa 100 000 Einwohner angewachsen. Die Geschäfte und Vergnügungsstätten waren in Händen der Juden. Das Land in Transvaal gehörte bereits um das Jahr 1900 zur Hälfte, und das Volksvermögen zu neun Zehnteln den Juden[1]). Nach Ansicht von Hobson, der ausdrücklich in seinem Buch erklärt, er sei keinesfalls mit der „schändlichen Judenhetze" einverstanden, stellte Johannesburg ohne Zweifel Neu-Jerusalem dar. Wenn die Zahl der Juden mit etwa 15 000 auch nur verhältnismäßig klein sei, so beherrschten sie doch ganz das Leben dieser Stadt. Die Goldminen waren fast ausschließlich in ihrer Hand. An der Spitze stand zu dieser Zeit die sogenannte Eckstein-Gruppe mit der Firma Wernher Beit & Co. Sie kontrollierte u. a. 29 Minen mit einem damaligen Marktwert von etwa £ 76 Millionen. Ähnliche Gesellschaften mit großem Einfluß auf die gesamte Wirtschaft des Landes waren auch sonst überall festzustellen. Die City von London, darunter Rothschild, hatte ebenfalls große Interessen in der Goldindustrie. Namen wie Albu, Barnato, Neumann und andere waren und sind noch heute führend in Transvaal. Einer der wenigen Christen in diesen Gesellschaften war Cecil Rhodes. Auch alle andern Industriezweige waren zum größten Teil in Händen der Juden, ganz gleichgültig, ob im Groß- oder Kleinhandel. Es konnte unter diesen Umständen nicht ausbleiben, daß auch die Börsengeschäfte von den Juden beherrscht wurden. An jüdischen Festtagen war die Börse geschlossen. Wie gewöhnlich, waren die Juden auch in großem Maße als Geldverleiher tätig, und die Buren auf ihren Farmen waren ihnen völlig verschuldet. Den größten Einfluß hatten sich aber die Juden dadurch erworben, daß sie die Presse und so die öffentliche Meinung weitgehend kon-

[1]) Hobson: S. 111—138ff.

trollierten. Der vorherrschende Einfluß der Juden ging so weit, daß auch zum Teil Vergnügungslokale an jüdischen Feiertagen nicht geöffnet waren.

Aus verschiedenen Gründen nun waren die Juden mit der Burenregierung unzufrieden. Abgesehen von den angeblich hohen Dynamitpreisen — es bestand ein staatliches Dynamitmonopol, an dem die Juden nicht beteiligt waren — und den zu hohen Bahnfrachten — auch die Bahn befand sich im fast alleinigen Besitz der Regierung — war es vor allen Dingen die Frage der Lohngestaltung und damit verbunden die Arbeiterfrage, die Anlaß zu dauernden Beschwerden der jüdischen Gruppen bot.

Hinzu kam, daß die wirtschaftliche Lage in der englischen Kolonie Rhodesien sehr schlecht war. Dieselben Personen, die in der Goldindustrie führend waren, hatten dort ebenfalls große Interessen. Den dort erlittenen Schaden hoffte man mit dem zu erwartenden großen Überschuß in den Goldminen leicht ausgleichen zu können. Notwendig für die Verschmelzung dieser Geschäfte war aber die Einverleibung von Transvaal[2]).

Es war natürlich unmöglich, daß die Goldindustrie diese Gründe der britischen Öffentlichkeit mitteilen konnte. Es mußten daher andere erfunden werden, um einen Vorwand zum Krieg zu haben.

Diese konnten nur allzu leicht in angeblichen Übergriffen der Buren gegenüber Briten gefunden werden, die in Johannesburg und Umgebung lebten. Hierbei half hauptsächlich die Presse. Die Juden und ihre Freunde hatten hierfür bereits gut vorgearbeitet. So hatte die Gruppe Eckstein und Barnato die Aktienmehrheit in der führenden Abendzeitung von Kapstadt, Cape Argus. Sie kontrollierte dann in kurzer Zeit fast alle anderen wichtigen Zeitungen in dieser englischen Kolonie. Schließlich wurde auch die einflußreichste Zeitung, die „Cape Times", von den Juden und ihren Freunden aufgekauft. Auch andere Zeitungen, wie in Port Elisabeth, Durban und anderen größeren Plätzen, gingen in die Hände der Juden und ihrer Freunde über.

In der Burenrepublik wurde die Presse ebenfalls von denselben Personen kontrolliert. Auch sie tat alles, um eine Krise herbeizuführen. In den letzten Jahren wurden von den genannten Personen Tageszeitungen gegründet, die alle gegen die Regierung der Buren Front machten. Der „Star" und der „Leader" sorgten vor allem dafür, daß die Berichterstattung über die verschiedenen Vorfälle den Stolz der Engländer verletzte.

So bestand auch bereits für damalige einsichtige Zeitgenossen kein Zweifel, daß die Presse zunächst die englische Bevölkerung in Südafrika und dann in Großbritannien für den Krieg reif gemacht hatte[3]).

So kann hier kein Zweifel darüber bestehen, daß der Krieg eine der wertvollsten Landerwerbungen für die englische Krone brachte,

[2]) Reitz: S. 60.
[3]) Hobson: S. 227—228. Stead, im Vorwort zu dem Buch von Reitz: S. VIII.

andererseits aber wird die Machtgier des Judentums erneut erwiesen, ohne dem einzelnen Engländer Vorteile zu bringen. Auch von einer Herrschaft des englischen Volkes in Südafrika konnte praktisch keine Rede sein, da das gesamte Leben von den oben genannten Personen beherrscht wurde.

Die Eroberung der Burenrepublik hat das Weltjudentum und seine Freunde erheblich in der Macht gestärkt, da die Bedeutung dieses Erwerbs schon allein aus der Tatsache hervorgeht, daß Südafrika bereits seit langem 50 % und mehr der gesamten jährlichen Goldausbeute der Welt fördert. Wir werden sogar weiter sehen, daß man heute fast von einem Goldmonopol der Juden in der Welt sprechen kann.

König Eduard – Einkreiser und Judenfreund

Im Jahre 1901 starb Königin Victoria. Ihr Sohn, König Eduard VII., folgte ihr auf den Thron. War der Burenkrieg einer der wichtigen Meilensteine der jüdischen Herrschaft in Großbritannien, so kann man wohl mit Recht behaupten, daß die Regierungszeit Eduards VII. die Krönung brachte.

Seine Vorliebe für Juden ist so allgemein bekannt, daß nur einige Einzelheiten mitgeteilt werden sollen. Seine größten Vertrauten waren die drei Gebrüder Rothschild, von denen Alfred sogar als sein Busenfreund bezeichnet wird[1]). Auch die Familie Sassoon konnte sich über mangelnde Zuneigung nicht beklagen. Als seinen intimsten Freund pflegt man gewöhnlich Sir Ernest Cassel zu bezeichnen. Der König machte ihn und einen andern jüdischen Freund, Sir Edgar Speyer, zum Mitglied des Kronrats[2]). Sir Ernest war vielleicht neben Rothschild der einflußreichste Bankier seiner Zeit und nannte ein sehr großes Vermögen sein eigen. Er war in Köln geboren und hatte sich verpflichtet gefühlt, die Anglo-German Fellowship, eine Gesellschaft zur Verständigung zwischen Deutschen und Engländern unter Zurverfügungstellung von 200 000 Pfund ins Leben zu rufen[3]). Seine Tochter hat den bekannten Lord Mount Temple geheiratet. Aus dieser Ehe sind zwei Töchter hervorgegangen. Eine von ihnen hat Captain A. Cunnigham-Reid, einen konservativen Parlamentsabgeordneten, die andere Lord Mountbatten geheiratet. Dieser gehört zu dem höchsten Adel und ist seit 1937 Flügeladjutant des Königs. Er steht auch in naher Verwandtschaft mit dem Königshaus. Sein Vater war der frühere Prinz von Battenberg, der im Jahre 1917 seinen Namen ins Englische übersetzen zu müssen meinte. Er war wiederum mit der Prinzessin Victoria, der Tochter des Großherzogs Ludwig IV. von Hessen und seiner Ehefrau Alice, vermählt. Letztere war die Tochter der Königin Victoria.

Alle jüdischen Freunde König Eduards VII. gehörten zu den einflußreichsten Kreisen von Finanz und Wirtschaft an. Dies zeigt sich am besten aus einem Briefe Wilhelms II. an den Fürsten von Bülow, in dem er wie folgt schreibt: „Ballin erzählte mir: Kürzlich sei Werner Beit bei ihm gewesen. Er ist der größte Spekulant und Börsenjobber in der City, einer der Veranstalter des Burenkrieges und afrikanischen Minenschwindels. Er besorgt alle Spekulationen of His Majesty, der fast Teilhaber in seinen Transaktionen ist, und muß ihm, His Majesty, immerzu Haufen Geldes besorgen, da er immer mehr braucht. Man kann sagen, „he runs the King" (muß den König aushalten)[4]).

---

[1]) Jewish Year Book (1937): S. 868.
[2]) Jackson: S. 193.
[3]) Jewish Chronicle vom 7. Mai 1937.
[4]) Spectator: S. 193.

Man kann sich also nach allem unschwer vorstellen, in welchem Maße der König die Juden begünstigte. Er versuchte auch, sie gesellschaftsfähig zu machen, soweit dies nicht bereits der Fall war. Dies geschieht in England nicht selten dadurch, daß die Betreffenden Mitglieder feudaler Klubs werden. Der König stieß aber bei seinen diesbezüglichen Bemühungen zum Teil auf sehr heftigen Widerstand und war nicht immer erfolgreich. Um dies in der Zukunft zu vermeiden, gründete er den Marlborough Club und versammelte dort nur ihm ergebene Mitglieder um sich, die der Einführung von Juden keinen Widerstand entgegensetzten. Heute zählt der Klub zu einem der exklusivsten in London, und es werden, wie man uns persönlich versichert hat, heute kaum mehr Juden zugelassen!

Von der Entschlossenheit des Königs, alles für seine jüdischen Freunde zu tun, zeugt auch die Tatsache, daß er es auf einen Bruch mit einem verdienten Minister ankommen ließ.

Es handelt sich hierbei um den bereits genannten Lord Salisbury. Bis heute sind die Gründe für dessen Rücktritt nicht ganz geklärt. Zwar hat wahrscheinlich seine schlechte Gesundheit einen nicht geringen Anlaß für seinen Schritt gegeben. Neben anderen vorgebrachten Gründen spricht aber auch vieles dafür, daß Lord Salisbury trotz des andauernden Druckes von König Eduard VII. nicht willens war, einen der jüdischen Freunde des letzteren in die Liste der mit einem Titel auszuzeichnenden Personen einzuschließen. Als der König auf seinem Wunsch bestand und die Verantwortung dafür übernahm, reichte Lord Salisbury sein Abschiedsgesuch ein[5]).

[5]) Keith: S. 105—106.

Juden überschwemmen England

Unter König Eduard VII. sollte auch ein neues Gesetz zur Verhütung ungehinderter Einwanderung nach Großbritannien verabschiedet werden. Diesem Vorgang waren langjährige Kämpfe für oder gegen eine Kontrolle der Einwanderung voraufgegangen.

In der zweiten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts ergossen sich Auswanderermassen von Osten nach Westen. Unter ihnen befanden sich hauptsächlich jüdische Elemente.

Schon seit Ende des Krimkrieges konnte man von Jahr zu Jahr eine steigende Einwanderung aus Rußland, zu dem damals bekanntlich auch Polen und Litauen gehörten, feststellen[1]). Anscheinend hatte auch das neue Einbürgerungsgesetz aus dem Jahre 1870 seine Wirkung auf Ausländer nicht verfehlt. Hiernach konnten sie nämlich bereits nach einigen Jahren die Naturalisation erlangen, zumal die Voraussetzungen dafür unschwer zu erfüllen waren.

Nach dem Jahre 1882 ergoß sich geradezu ein Strom von Ostjuden über England. In Rußland waren die bekannten Mai-Gesetze vom Jahre 1882 erlassen worden. Sie sahen vor, daß die Juden nur unter ganz bestimmten Bedingungen auf dem Lande leben durften. So mußten die Hebräer u. a. nachweisen, daß sie sich schon zu einer bestimmten Zeit außerhalb der Städte angesiedelt hatten. Konnten sie diesem Erfordernis nicht entsprechen, mußten sie in die nächstgelegene Stadt zurückkehren. Außerdem wurde den Juden nur erlaubt, sich innerhalb von fünfzehn genau bezeichneten Provinzen des damaligen Russischen Reiches aufzuhalten. Die Folge hiervon war, daß eine Überfüllung der Städte in dem betreffenden Gebiet stattfand und die Juden infolgedessen sich nach anderen Siedlungsplätzen umzusehen hatten.

Die Hauptmassen wandten sich nach England und Amerika. Genau wie heute fanden auch damals Protestversammlungen gegen solche Gesetze statt, und man konnte sich nicht genug tun, sie als eine Schande der Zivilisation zu bezeichnen. Im Mansion House wurde auf einer solchen Versammlung für die armen, verfolgten Juden eine Summe von £ 108,000,— gesammelt und dem betreffenden Flüchtlingskomitee zur Verfügung gestellt[2]).

Die Juden kamen hauptsächlich per Schiff von Hamburg und Bremen und wurden zum größten Teil in London und Hull gelandet. Irgendwelche Schwierigkeiten bestanden bei der Einwanderung nicht. Man kannte zu dieser Zeit in England keinen Paß-, noch bestand ein Anmeldezwang. Es gab lediglich ein Einwanderungsgesetz aus der Zeit König Wilhelms IV., das aber infolge seines Alters von etwa fünfzig Jahren und der veränderten Umstände den Erfordernissen nicht mehr gerecht wurde.

---

[1]) Wilkins: Alien Invasion, S. 18.
[2]) Landa: S. 7ff. Wolf: Essays, S. 358.

Dies Gesetz legte lediglich den Kapitänen der einkommenden Schiffe auf, eine Liste der an Bord befindlichen Ausländer anzufertigen und sie dem zuständigen Zollbeamten zu überreichen[3]). Alles in allem war das Gesetz in keiner Weise geeignet, auch nur die kleinste Beschränkung in der Einwanderung herbeizuführen, zumal es keine Einwanderungsbeamten vorsah, die das Landen verbieten konnten. Auch die vorhandenen Zollbeamten hatten keinerlei Machtbefugnis dazu. Es kam daher jeder nach England, der aus irgendeinem Grunde seinen Wohnsitz mit diesem Lande vertauschen zu müssen glaubte. Die Ankömmlinge boten meistens ein bedauernswertes Bild. Dies ergibt sich u. a. aus den Schilderungen von Zollbeamten, die jahrelang im Hafen von London tätig waren und im Jahre 1889 vor einem Komitee des Parlaments ihre Beobachtungen als Zeugen abgaben.

Die Passagiere dieser Einwandererschiffe waren nach dieser genannten Beweisaufnahme völlig ohne irgendwelche Mittel. Mit ganz wenigen Ausnahmen kamen sie ohne Gepäck in England an. Sie hatten meistens nur ein Taschentuch, in das sie ein bißchen trockenes Brot und einen Hering eingeknotet hatten. Die Kleidung starrte vor Schmutz und war meistens völlig zerrissen. Es handelte sich hierbei fast ausschließlich um polnische, russische, litauische, galizische und deutsche Juden. Bei der Ankunft solcher Schiffe sah man schon ihre Rassegenossen umherstehen, die sich dann ihrer annahmen. Was weiter aus ihnen wurde, hatten die Behörden kein Interesse festzustellen. Man sah sie meistens in der Richtung nach dem Osten Londons, insbesondere im Stadtteil von Whitechapel, verschwinden[4]).

Es war nun nicht London allein, das mit diesen Juden beglückt wurde. Auch viele andere Städte, so vor allem Bradford, Hull, Manchester, Glasgow, Leeds und andere wurden von ihnen bevölkert. Die Folge davon war, daß sich in den betr. Städten großer Wohnungsmangel bemerkbar machte. Ganze Stadtteile wurden von der englischen Bevölkerung geräumt, da sie den Schmutz und Gestank dort nicht ertragen konnte[5]). In welchem Maße dies der Fall war, kann man u. a. in Leeds feststellen. Dort hatten sich die Juden so sehr vermehrt, daß die englische Bevölkerung aufs höchste erregt wurde. In welcher Anzahl sie sich dort niedergelassen hatten, konnte nicht genau festgestellt werden. Denn weder Behörden noch Privatpersonen hatten sich um das oben genannte Gesetz gekümmert, und es war daher fast außer Anwendung gekommen. Auch amtliche Zählungen waren, wie wir noch weiter sehen werden, ungenau. Wie verschieden die Meinung über die Ziffer der Juden in einer mittelgroßen Stadt wie Leeds von damals etwa 370 000 Einwohnern war, geht aus einer amtlichen diesbezüglichen Beweisaufnahme hervor. So gab der dar-

[3]) Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 267—269.
[4]) Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 315—333.
[5]) Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 333—342, 348ff.

über vernommene Rabbiner der Judengemeinde die Zahl mit höchstens 6000 an, während ein Arzt, der eine große Praxis in den Judenvierteln gehabt hatte, sie auf 15 000 bezifferte. Ein Stadtrat von Leeds gab sie dagegen mit mindestens 30 000 Seelen an[6]).

Ganz schlimm war es auch in gewissen Stadtteilen von London, wie Hackney, Shoreditch und Whitechapel geworden. Dort hatten sich die Juden in sechs bis acht Jahren um das Drei- bis Vierfache vermehrt und die englische Bevölkerung schon aus ganzen Straßenzügen verdrängt[7]).

So kam es im Jahre 1889 im Parlament zur Einsetzung des bereits genannten Komitees. Dies sollte zunächst einmal den Umfang der Einwanderung feststellen, und soweit wie möglich auch ihre Nachteile. Es tagte in den Monaten Mai und Juli und fertigte nach einer umfangreichen Beweisaufnahme, auf die wir bereits teilweise Bezug genommen haben, ein längeres Gutachten an. Am Schluß desselben faßte die Kommission ihre Feststellung in sieben Punkten und ihre Empfehlungen zur Besserung der Lage in fünf Absätzen zusammen.

In den ersteren stellte sie u. a. fest, daß die Einwanderung erheblich zunehme und „die ärmste und schlechteste Klasse in England verbliebe". Sie verlangte jedoch keine Einschränkung der Einwanderung, da ein diesbezügliches Gesetz auf zu große Schwierigkeiten stoßen würde. Man solle lediglich in Zukunft für eine genaue amtliche Zählung der Ausländer sorgen[8]).

Nach dieser Feststellung verwundert es daher nicht, daß der Zustrom der Juden nicht abnahm, sondern sich von Jahr zu Jahr verstärkte.

Inzwischen hatten sich zum Teil unerträgliche Zustände in der Wirtschaft bezüglich der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen herausgestellt. Im Jahre 1890 tagte das sogenannte Sweating Committee unter Lord Dunraven. Letzterer fertigte nach langen Untersuchungen einen Entwurf von dem zu erstattenden Bericht an. Hierin führte er die unsozialen Arbeitsbedingungen hauptsächlich auf die Einwanderung zurück. Dieser Standpunkt wurde jedoch nicht von den übrigen Mitgliedern des Komitees geteilt, so daß sie ihm ihre Zustimmung zu dem Entwurf verweigerten. Lord Dunraven legte darauf den Vorsitz nieder.

Noch im selben Jahre versuchten die Gegner einer ungehinderten Einwanderung die Öffentlichkeit auf die Gefahr der Überfremdung aufmerksam zu machen. Sie beriefen Versammlungen ein, an denen Lord Dunraven und Sir Howard Vincent lebhaften Anteil nahmen. Auch Arnold White und W. H. Wilkins, der frühere Sekretär von Lord Dunraven, waren an führender Stelle tätig. Der letztere klagte die fremden Einwanderer in einem Artikel in

[6]) Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 335—348.
[7]) Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 348ff.
[8]) Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 274—275.

der „National Review" vom September 1890 an, daß sie den Engländer seiner Geburtsrechte beraubten[9]).

Die liberalen Kreise verwiesen u. a. auf die inzwischen veröffentlichten amtlichen Statistiken des Handelsministeriums (Board of Trade). Hierin wurden die Ankömmlinge in solche unterteilt, die sich en route to places out of the United Kingdom befanden, also Durchgangsreisende, und solche, deren Ziel England war. Die Gegner machten jedoch insbesondere darauf aufmerksam, daß die betreffenden Veröffentlichungen aus verschiedenen Gründen nicht den Tatsachen entsprächen. Inwieweit sie damit recht hatten, wird unten behandelt werden.

Unterdessen nahm die Einwanderung einen immer stärkeren Umfang an, zumal in Rußland im Jahre 1890 neue Ausführungsbestimmungen zu den Mai-Gesetzen des Jahres 1882 ergangen waren, die die Wanderung der Juden von Ost nach West noch mehr erhöhten. Wieder fanden Protestversammlungen über die barbarischen Maßnahmen des Zaren statt, und wieder wurde ein Betrag von etwa £ 100,000,— gesammelt.

Nichtsdestoweniger war die allgemeine Meinung stark an der Erforschung der gesamten Frage bezüglich der Einwanderung interessiert, so daß sich selbst die im Jahre 1892 an die Macht gekommene liberale Regierung diesen Wünschen nicht ganz entziehen konnte. Man trat aber zunächst nur in erneute Untersuchungen ein. So sandte man zwei Mitglieder der zu diesem Zweck eingesetzten Kommission nach Amerika, um über die dort eingeführten gesetzlichen Einwanderungsbeschränkungen Erhebungen anzustellen.

Am 11. Februar 1893 kam das ganze Problem in einer langen Debatte im Parlament zur Sprache. Die Gegner der Überfremdung Englands wurden von dem Abgeordneten James Lowther geführt. Er wies darauf hin, daß öffentliche Korporationen und Handelsvereinigungen eine weitere Einwanderung für unerträglich hielten. Die amtlichen Statistiken hierüber seien für eine Beurteilung der Lage unbrauchbar. Es käme vor, daß die Passagierlisten, die die Kapitäne auf Grund des inzwischen wieder ins Leben gerufenen Gesetzes aus den Zeiten König Wilhelms IV. anzufertigen hätten und auf die sich die amtlichen Zählungen stützten, nicht selten von den Schiffsjungen der betreffenden Dampfer angefertigt würden. Hinzu käme, daß man sich ganz auf die Angaben der Einwanderer verließ und man keinerlei Schritte unternähme, um die Weiterfahrt der Durchgangsreisenden festzustellen. Nach den neuen verschärften Einwanderungsbestimmungen in Amerika sei sogar die Gefahr gegeben, daß hiervon viele im Lande blieben. Durch den Strom der Fremden würde bestes englisches Blut verdrängt und zur Auswanderung getrieben[10]).

---

[9]) Landa: S. 12—14.
[10]) Hansard: 4. Serie, Bd. 8, S. 1154ff.

Seine Rede wurde des öfteren von dem jüdischen Abgeordneten Sir Julian Goldsmid unterbrochen. Dieser trat im Verlauf der nächsten Jahre sehr für eine ungehinderte Einwanderung ein. Er war der Vorsitzende des sogenannten russisch-jüdischen Komitees und daher erheblich in dessen Sinne tätig. Sein Name und Wappen wird heute von Baron Osmond Elim d'Avigdor-Goldsmid weitergeführt, der ihn auch beerbt hat. Letzterer hat eine bedeutende Stellung in der Wirtschaft inne.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen wünschte James Lowther zu wissen, wo der Gesetzesentwurf für eine Einwanderungsregelung der zurückgetretenen Regierung geblieben sei. Sir Charles Dilke erklärte ihm, keine Kenntnis hiervon zu haben. Ein anderer Abgeordneter stellte demgegenüber fest, daß er sogar die Gesetzesvorlage mit seinen eigenen Augen gesehen habe.

Mundella, der Präsident des Board of Trade, bedauerte, sie trotz diesbezüglicher Nachforschungen nicht entdeckt zu haben. Wir können nicht umhin, zu bemerken, daß dies mit Rücksicht auf die Abneigung der liberalen Regierung, Einwanderungsbeschränkungen zu erlassen, nicht befremdlich ist. In den nachfolgenden Debatten führten ihre Anhänger aus, daß man den armen Juden doch nicht die Möglichkeit der Einwanderung nach England nehmen könnte. Sie hätten so unmenschlich in Rußland unter den harten Gesetzen zu leiden, daß ihnen daher eine Zuflucht gewährt werden müßte. Was schulde man nicht alles den Juden! Hätte man schon früher jüdische Auswanderer ausgeschlossen, würde man nicht die Familie von Disraeli zugelassen haben, und England wäre so der Dienste dieses großen Juden verlustig gegangen. Im übrigen sollte man sich über die angeblich heruntergekommenen Einwanderer keine Sorgen machen. Für jeden von ihnen wanderten zehn Engländer derselben Klasse aus. Tatsächlich handele es sich vor allem bei den Juden um Menschen von hervorragenden Eigenschaften. Die obigen Ausführungen wurden hauptsächlich von Sir Charles Dilke und Mr. Mundella gemacht. Die von ihnen geführte Richtung setzte sich auch bei der Abstimmung durch. So kam es nicht zu irgendwelchen gesetzlichen Einwanderungsbeschränkungen.

Es blieb also nach wie vor beim alten und der liberalen Regierung überlassen, irgendwelche Vorkehrungen zu treffen.

Diese hatte aber nach wie vor wenig Neigung dazu. Infolgedessen brachte Lord Salisbury, der in der Opposition stand, im Oberhaus einen Gesetzesentwurf ein, der keine allgemeine Beschränkung der Einwanderung vorsah, sondern nur vor allem den verbrecherischen Elementen die freie Einreise nach England unmöglich machen wollte. Am 6. Juli 1894 fand die Aussprache darüber statt. Nach heftiger Aussprache zwischen Rosebery und Salisbury sowie einem Schlußwort des jüdischen Lordkanzlers, Lord Herschell, der sich ebenfalls gegen die Gesetzesvorlage aussprach, erfolgte trotz des Widerspruchs der liberalen Peers die zweite Lesung.

Einige Wochen später bat der damalige Lord Londonderry Lord Salisbury, seinen Antrag zurückzuziehen, da er doch im Unterhaus keine Mehrheit finden würde. Tatsächlich ist der Gesetzentwurf auch später spurlos in der Versenkung verschwunden[11]).

Die nächsten Jahre schienen die von einem großen Teil der Bevölkerung ersehnte Gesetzgebung zu bringen, zumal die Thronrede der Königin Victoria bei Antritt der neuen Regierung im Jahre 1896 ein endgültiges diesbezügliches Versprechen enthielt. Aber trotz allen Drängens der interessierten Kreise erfolgte nichts. Die Rede der Königin im nächsten Jahre über die Tätigkeit der Regierung schwieg völlig über diese Frage. Dasselbe ereignete sich im Jahre 1898. Zur allgemeinen Überraschung brachte aber Lord Hardwig im selben Jahre den früheren Gesetzesantrag von Lord Salisbury ein. Aber auch hiervon wurde in der Folgezeit nichts mehr gehört. Erst nach dem Burenkrieg, der jede Gesetzgebungsmaßnahme nach Ansicht der Regierung unmöglich machte, sollte der Kampf heftiger denn je entbrennen.

Ein neues Parlamentsmitglied war gewählt worden, das in der Folgezeit an führender Stelle gegen die Überfremdung Englands eintreten sollte. Es handelte sich um Major William Evans Gordon, dessen Wahlbezirk sich im Brennpunkt des Geschehens in Stepney, einem Viertel im Osten Londons, befand. Er hatte schon eine Zeitlang vorher alle Engländer, die sich gegen die immer mehr um sich greifende Verjudung des Ostens von London wehrten, um sich versammelt und in die Bestrebungen ein einheitliches System hineingebracht. Es war wohl seinem Antrieb zu verdanken, daß eine ausgesprochen anti-jüdische Organisation, die sogenannte Britain Brothers' League, ins Leben gerufen wurde. Überall hielt man Aufklärungsversammlungen ab und verlangte energische Abwehrmaßnahmen gegen die Überfremdung. Häufig gingen solchen Versammlungen Umzüge in den am meisten bedrohten Vierteln voraus. Das Werk dieser arterhaltenden Kräfte fand großen Widerhall in der Nation, und zum zweitenmal nach der Emanzipation ging eine anti-jüdische Welle durch England.

Die Verjudung des Ostens von London machte dennoch ungeheure Fortschritte. Wo noch vor kurzem die Wohnungen von Arbeitern mit Gärten gewesen waren, befanden sich jetzt kleine Fabrikationsbetriebe, deren Eigentümer und Arbeiter fast ausschließlich Juden waren. Durch die Straßen schoben sich Massen jüdischer Trödler und wandernder Krämer. Überall sah man Verkaufsstände. Ein Straßenzug nach dem andern wurde von der englischen Bevölkerung aufgegeben, die Kapellen und Kirchen standen verödet in den Bezirken. Damals wie heute glaubte man sich dort nicht in einer englischen, sondern in einer rein jüdischen Stadt aufzuhalten. An den Läden sieht man zum Teil in hebräischen Buchstaben die Namen von Juden. Selbst die Feuermelder tragen englische und hebräische Aufschriften. In ganz

[11]) Landa: S. 22—23.

kurzer Zeit hatten die Juden um die Jahrhundertwende im Osten Londons etwa 107 Straßen völlig besetzt. Unzählige andere waren schon überwiegend jüdisch und befinden sich heute ganz in den Händen der Hebräer. Die Dichte der Bevölkerung dürfte unübertroffen gewesen sein. Die meisten oft recht umfangreichen Familien hatten nur einen Raum, der allen Zwecken zu dienen hatte[12]).

Dabei waren nicht die geringsten Anzeichen vorhanden, daß die jüdischen Einwanderer einer besseren Klasse angehörten als die früheren Ankömmlinge. Sie starrten vor Schmutz und waren ohne jede Mittel. Ein Beamter gibt darüber eine eindrucksvolle Beschreibung. So wurde ein Teil der im Jahre 1905 per Schiff in London eingetroffenen Juden mit Omnibussen an die nächste Bahnstation gebracht. Der Beamte verlangte darauf von den Eigentümern der Fahrzeuge, daß sie gründlich gereinigt würden. Die Ankömmlinge seien nicht nur sehr schmutzig, sondern auch voller Ungeziefer gewesen[13]).

Die Veröffentlichung dieses Briefes erregte großen Unwillen unter den Juden, und einer ihrer Vertreter schrieb einen offenen Brief an die „Times". Hierin verwahrte er sich gegen die Feststellungen des betreffenden Gesundheitsbeamten. Die jüdischen Einwanderer wären von einer „ausgezeichneten äußeren Erscheinung gewesen. Manche von ihnen waren vielleicht nicht sehr sauber, aber dies sei nicht das Verschulden der Einwanderer. Vielmehr sei dies durch die sechstägige Reise und den Schmutz an Bord der Schiffe verursacht worden" [14]). Dies scheint aber nur die Ansicht der Juden gewesen zu sein, denn angesehene Männer brachten in der Öffentlichkeit immer wieder zum Ausdruck, daß England „den Abfall des Abfalls von Osteuropa und den Abschaum der jüdischen Gemeinde" aufnehme[15]).

Die Wahrheit dieser Behauptung ergab sich auch bald daraus, daß die Kriminalität erheblich zunahm.

Vor allem die für Juden typischen Verbrechen waren es, gegen die die Obrigkeit einzuschreiten hatte. So finden wir viel Prostitution und ungesetzliche Destillationen[16]). Fälschungen von Banknoten und Wertmarken waren keine Seltenheit, und Konkursverbrechen waren auch damals eines der häufigsten jüdischen Ungesetzlichkeiten[17]). Es wurde u. a. von den zuständigen Gerichten für einen Zeitraum von drei Jahren festgestellt, daß Gläubiger einen Gesamtbetrag von £ 1,220,850,—, also etwa 45 Millionen Reichsmark, in solchen Konkursen verloren hatten. Vier Fünftel der Gemeinschuldner hatten schon mehr als einmal Konkurs gemacht und dabei die Öffentlichkeit um weitere £ 354,600,— geschädigt.

[12]) Gordon: S. 10—19.
[13]) Times vom 4. Oktober 1905.
[14]) Times vom 9. Oktober 1905.
[15]) So u. a. Parlamentsmitglieder im Unterhaus; vgl. Times vom 3. Mai 1905. Whelpley: S. 26—27.
[16]) H. Lewis: S. 173—176. Landa: S. 158—169. White: S. 191. Gordon: S. 265.
[17]) Accounts and Papers (1936): Bd. 9, S. 27. Gordon: S. 267ff.

Bereits im Jahre 1893 wurde die amtliche Erklärung abgegeben, daß allein die Kosten des Strafvollzuges für die verurteilten Einwanderer auf £ 30,000,— geschätzt wurden[18]).

Mit der Zeit findet man mehr und mehr Mischheiraten, die zu unheilvollen Folgen führen mußten.

Diese durch die Juden hervorgerufenen unhaltbaren Zustände blieben der Öffentlichkeit nicht verborgen, so daß der Ansturm der Judengegner immer heftiger wurde und die Regierung sich den Forderungen auf eingehende Untersuchungen nicht mehr entziehen konnte. Am 28. Januar 1902 ließ die Regierung erkennen, daß sie in naher Zukunft eine Untersuchungskommission einsetzen würde. Tatsächlich geschah dies, und bereits am 24. April 1902 begann die Kommission ihre Sitzungen.

Sieben Mitglieder waren darin vertreten, unter ihnen Lord Rothschild, um die Unparteilichkeit zu wahren, ferner gehörte Major Evans Gordon den Beisitzern an. Der Vorsitz lag in Händen von Lord James of Hereford.

Es wurden neunundvierzig Sitzungen abgehalten. Die Tätigkeit der Kommission einschließlich der Anfertigung des etwa 1100 Seiten langen Berichts erstreckte sich über einen Zeitraum von etwa eineinhalb Jahren. Einhundertfünfundsiebzig Zeugen und Sachverständige wurden vernommen, 23 639 Fragen und Antworten protokolliert. Am 10. August 1903 war der Bericht fertiggestellt[19]).

Er beschäftigt sich zunächst mit den Ursachen der Einwanderung Osteuropas. Man hatte sich eine genaue Kenntnis dadurch verschafft, daß man Major Evans Gordon nach dort gesandt hatte. Es wurde festgestellt, daß der ganz überwiegende Teil der Einwanderung, die vom Jahre 1880 an eingesetzt hatte, aus Ostjuden bestände. Der Hauptstrom von ihnen ergieße sich über Hamburg, Bremen, Rotterdam und Libau nach England. Von dem ersteren Hafen kämen wöchentlich allein vier Dampfer, von den nächsten beiden je drei, und von dem letzteren einer. Bei ihrer Ankunft würden die Juden, ganz gleichgültig, ob sie in England blieben oder auf der Durchreise nach Amerika seien, von Mitgliedern der jüdischen Organisation „Jewish Shelter" in Empfang genommen[20]). Auf Befragen habe sich ergeben, daß die Ankömmlinge in den Jahren 1901 und 1902 zu 24,8 % keinen Pfennig besessen hätten. Der Durchschnitt hierfür sei für die letzten acht Jahre 22 % gewesen, während weitere 15 % weniger als zehn Shilling hätten aufweisen können.

Sehr eingehende Untersuchungen bestätigten erneut die Kriminalität der Einwanderer und die Übervölkerung des Ostens von London mit allen damit verbundenen Auswüchsen.

---

[18]) Gordon: S. 261—262.
[19]) Accounts and Papers (1903): B. 9, S. 1ff. Jewish Chronicle v. 14. August 1903.
[20]) Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 17ff.

Mit Rücksicht darauf schiene es empfehlenswert, die Einwanderung im allgemeinen und die Ansiedlung an bestimmten Orten nur unter gewissen Bedingungen zu gestatten.

Die Vorschläge zur Behebung der Situation gehen nun nicht etwa auf Beschränkung der Einwanderung hinaus, — vielmehr solle nur Vorsorge für eine amtliche und korrekte Statistik getroffen werden. Nur wenn ein Ausländer sich in den ersten zwei Jahren seines Aufenthalts eines Verbrechens schuldig gemacht habe oder in sonstiger Weise unerwünscht sei, solle ein bestimmtes Gericht zur Ausweisung berechtigt sein. Zur Vermeidung von Übervölkerung sollten in der Zukunft bestimmte Stadtteile als Sperrgebiete erklärt werden, in denen die Ansiedlung neuer Ankömmlinge verboten sei.

Diesem Bericht hatten Lord Rothschild und Sir Kenelm Dingby nur vorbehaltlich eines eigenen Berichts zugestimmt. Sie erklärten darin u. a. die Feststellung für ungerechtfertigt, daß die erhöhte Kriminalität durch die Einwanderung von Ostjuden eingetreten sei. Am meisten wandten sie sich aber gegen den Vorschlag, daß in Zukunft die Ansiedlung von Einwanderern in bestimmten Distrikten unerlaubt sein sollte.

Der Bericht stieß in der Öffentlichkeit aber sofort auf Kritik. Arnold White brachte in einem offenen Brief seine Bedenken zum Ausdruck. Er glaubte nicht daran, daß man das vorgeschlagene System von Sperrgebieten im Parlament zum Gesetz erheben würde. „Die Mitglieder der Kommission schienen den ungeheuren Einfluß der Juden in Politik und Presse zu unterschätzen und die Tatsache zu übersehen, daß sich deren Oberhaupt nicht mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt hätte. In den letzten Jahren sei er zu der Einsicht gekommen, daß keinerlei Maßnahmen ohne die Zustimmung der Führer der Juden getroffen werden könnten." Davon abgesehen hielt er die Juden für imstande, selbst im Falle einer solchen Anordnung das Gesetz zu umgehen[21]).

Die Presse freute sich zum Teil über diese Feststellung von Tatsachen, die seit langem der Gegenstand gegenteiliger Behauptungen gewesen waren. „Dieses Land", so führte sie aus, „ist der Abladeplatz für den menschlichen Ausschuß anderer Nationen geworden." Arme, Verbrecher und Idioten habe man auf die britische Nation losgelassen[22]). Eine andere Zeitung wies darauf hin, daß man aus falschen sentimentalen Motiven all die Fremden, die sich hauptsächlich aus Ostjuden zusammensetzten, hereingelassen habe. „Das Losungswort eines freien Asyls ist angewandt worden, um die Türen Englands weit für den Abschaum aller Nationen zu öffnen." Man verlange jetzt endlich die Anwendung des Sprichworts: „Wohltätigkeit beginnt zunächst in der Heimat", und Schutz der Nation vor Überfremdung[23]). Selbst der „Daily Telegraph"

[21]) Sunday Sun vom 16. August 1903.
[22]) Daily Mail vom 18. August 1903.
[23]) Morning Post vom 12. u. 14. August 1903.

vom 12. August 1903 hat zugegeben, daß das Übermaß hauptsächlich durch Ostjuden verursacht sei.

Die Bevölkerung von London sah allerdings einen Fortschritt in dem Bericht und bat die Regierung in einer Massenversammlung im darauffolgenden November, so schnell wie möglich einen Gesetzentwurf einzubringen.

Aber erst am 29. März 1904 legte der Innenminister Atkers-Douglas einen Gesetzentwurf vor, der sich im wesentlichen an die Vorschläge der Kommission hielt.

Nach heftigen Debatten und liberaler Obstruktion, infolge derer man nach Mitteilung des Erstministers A. J. Balfour täglich nicht mehr als zwei Zeilen der Gesetzesvorlage schaffte, teilte die Regierung am 11. Juli 1904 zum allgemeinen Erstaunen mit, daß sie den Gesetzentwurf aufgegeben und in der nächsten Sitzungsperiode einen neuen einbringen würde.

Was war geschehen? War die Regierung wirklich nur durch die Schwierigkeiten bei den Beratungen im Komitee zur Zurückziehung des Gesetzentwurfs veranlaßt worden, oder lagen andere, wichtigere Gründe vor, die hinter den Kulissen sichtbar und wirksam geworden waren?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir zunächst einmal auf die Vorgänge außerhalb des Parlaments zurückkommen.

Schon im Mai 1903 hatten die Juden noch während der Untersuchungen des Komitees unter Lord Hereford über die gesamten Einwanderungsverhältnisse eine Protestversammlung unter Führung des Zionisten Israel Zangwill einberufen. Er konnte schon zu diesem Zeitpunkt, also etwa vier Monate vor der Veröffentlichung des Berichtes, den Zuhörern die Vorschläge der Kommission auseinandersetzen. Woher er diese Kenntnisse hatte, kann heute kaum noch mit Sicherheit festgestellt werden. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihm die Mitteilungen von einem der Mitglieder der Kommission gemacht worden sind. Daß man hierbei zunächst an Lord Rothschild denkt, ist ebenfalls naheliegend.

Ein Jahr später hielt Zangwill wieder eine Zionistenversammlung ab, in der er erneut auf die inzwischen immer mehr angewachsene Stimmung gegen die Juden aufmerksam machte.

Diese seine Befürchtung kam zu Ohren des Erstministers Balfour, der im Jahre 1917 den Juden Palästina versprach. Er setzte in einem offenen Brief auseinander, daß das in Aussicht genommene Gesetz nicht gegen die Juden, sondern nur gegen unerwünschte ausländische Elemente gerichtet sei. „Ich würde", so fährt er fort, „die Entstehung und das Wachsen einer antisemitischen Richtung in diesem Lande als ein sehr ernstes nationales Unglück ansehen"[1]).

Am 20. Mai 1904, also etwa vier Wochen nach der zweiten Lesung des später aufgegebenen Gesetzentwurfs, begab sich eine Abordnung der führenden Juden in das Innenministerium. Sie bestand u. a. aus Lord Rothschild, Leopold Rothschild, Sir Samuel Montagu, Mr. Samuel, M. P. und anderen. Sie führten eine lange Beschwerde über die Härten der im Parlament behandelten Gesetzesvorlage. Sie brächte unbillige Härten für die zahlreichen jüdischen Einwanderer mit sich. Dies würde wahrscheinlich zu einer Beschränkung der Ankömmlinge führen, was aber nur nachteilig für England sei, das bisher viel Gutes von den jüdischen Einwanderern gehabt habe. Sie verpflichteten sich ferner, daß alle Juden während der ersten zwei Jahre ihres Aufenthalts nicht der Fürsorge des Staates zur Last fallen würden. Endlich würden sie von sich aus bei der Ausschaltung von Verbrechern behilflich sein.

[1]) Abbott: S. 466.

In einem Flugblatt, das in der Öffentlichkeit verteilt wurde, wiederholten sie ihren Standpunkt und hoben hervor, daß die in Aussicht genommenen Gesetzesbestimmungen zum Nachteil der wegen Religion und Politik Verfolgten seien und ihnen evtl. die Einreise nach England unmöglich machen würden.

Was war der Erfolg dieser Bemühungen? Lassen wir Emanuel als autoritativen Gewährsmann antworten: „Der Innenminister . . . versprach ihnen, ihre Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Gesetzentwurf wurde demzufolge zurückgezogen“[2]).

Was hatte White am 16. August 1903 geschrieben? „Keinerlei Maßnahmen werden ohne Zustimmung des Führers der Juden getroffen werden können.“ Er hat recht gehabt.

Eine Novelle der Jüdin Violet Guttenberg ist in mancher Hinsicht für die allgemeine Stimmung unter den Juden bezeichnend.

Sie behandelt zunächst die Liebe zwischen einem Juden und einer Engländerin. Die letztere ist die Tochter des Erstministers Moore, der überzeugter Antisemit ist. Die beiden jungen Leute heiraten ohne sein Wissen.

Kurze Zeit danach beantragt der Erstminister ein Gesetz, wodurch alle Juden England zu verlassen haben. Es wird verabschiedet, und die meisten Juden wandern nach Palästina aus.

Die Folge davon ist, daß die Wirtschaft Englands fast zum Erliegen kommt. Überall herrscht Stillstand und Elend[3]).

Die Tochter des Erstministers hat ihren Mann nach Palästina begleitet und kommt auf Besuch nach Hause. Sie findet ihren Vater mit zerrütteten Nerven, weil er sich nach wie vor fast nur mit dem Judenproblem beschäftigt. Ein Mitglied des Regierungskabinetts ihres Vaters sagt ihr offen: „England kann ohne jüdisches Geld und ohne jüdische Intelligenz nicht auskommen.“

Der Erstminister ändert bald seine Meinung und hebt das Ausweisungsgesetz auf. Alle Juden kehren zurück, und England ist wieder glücklich.

„Moore, der Erstminister, der Antisemit, ist tot, und Mr. Moore, der christliche Staatsmann, lebt.“

Die Tendenz dieses Buches ist so klar, daß man nicht mehr darauf einzugehen braucht. Interessant ist aber, daß man zu dieser Zeit in jüdischen Kreisen unsicher über die Zukunft gewesen sein muß, wenn ein solches Buch veröffentlicht wurde.

Der Kampf sollte aber noch nicht vorüber sein. Beide Parteien agitierten weiter für ihre Ansichten. Für die arterhaltenden Kräfte war vor allem weiter Major Evans Gordon, für die Vertreter der gegenteiligen Richtung u. a. Mr. Winston Churchill tätig.

Der erstere tat alles, um die Bestrebungen für eine Beschränkung der Einwanderung nicht zum Stillstand zu bringen. Es wurden Geldsammlungen für die Fortführung der Auseinandersetzung veranstaltet. Gordon wies in Versammlungen

[2]) Emanuel: S. 161—162. Times vom 20. Mai 1904.
[3]) Guttenberg: S. 283ff.

darauf hin, daß die überfüllten Ghettos von Rußland und Österreich-Ungarn neue Massen nach England bringen würden. Die Gegenseite dächte nur an die Ausländer, aber nicht an das eigene Volk. Er machte auch darauf aufmerksam, daß wöchentlich zwölf Schiffe mit Fremden ankämen. Wie sollte das nur enden? Auch sonst meldeten sich Stimmen, die eine endgültige, für das Volk zufriedenstellende Regelung wünschten. Wieder ist es auch Arnold White, der auf die Bedeutung der Frage hinweist.

Aber die Gegenseite war ebenfalls zur Verbreitung ihrer Ansicht am Werke. Sie hielt Versammlungen ab und wollte die Beschränkungen der Einwanderung nur auf Kranke und Verbrecher angewandt wissen[4]). Winston Churchill spielte hierbei keine geringe Rolle. Sein Vater war Lord Randolph Churchill, der sich von Rothschild £ 5,000,— geliehen und damit Aktien von Goldminen in Südafrika gekauft hatte. Später mußte er aus Geldmangel zwei Fünftel davon abstoßen; den Rest verkaufte er später für £ 70,000,—, da die Aktien ungewöhnlich gestiegen waren. Man konnte im übrigen feststellen, daß er einer der engsten Freunde von Rothschild war. Sehr oft war er zu Gast auf dessen Landsitz in Buckinghamshire[5]).

Winston Churchill hatte kurz vor obigen Vorgängen im Parlament die Konservativen verlassen und war zu den Liberalen hinübergewechselt. Schon im Mai 1904 hatte er sich offen gegen die Gesetzesvorlage ausgesprochen. In einem Brief an einen Juden in Manchester hatte er die Bemühungen der Regierung als einen Versuch bezeichnet, dem lärmenden Teil ihrer Anhänger eine Gunst zu erweisen und sich eine gewisse Volkstümlichkeit in einigen Wahlbezirken zu verschaffen. Dies alles gedächten sie dadurch zu erreichen, daß sie „eine Anzahl unglücklicher, nicht wahlfähiger Ausländer hart behandelten“[6]).

Als es im Jahre 1904 für jeden Einsichtigen klar geworden war, daß die in Aussicht genommenen Gesetzesbestimmungen nicht im Unterhaus verabschiedet werden würden, kannte der Triumph der jüdischen Presse kaum noch Grenzen. Churchill bekam fast das größte Lob und den höchsten Dank für seine Tätigkeit zugunsten der Juden[7]).

Er trat auch während der Verhandlungen im Jahre 1905 in öffentlichen Versammlungen für eine Abänderung der neuen Gesetzesvorlage ein[8]). Selbst im nächsten Jahr vergaßen die Juden nicht, die Verdienste Churchills um ihre Sache zu erwähnen[9]).

Der Öffentlichkeit war die Judenfreundlichkeit Churchills nicht entgangen, und verschiedene Engländer hatten bei ihm brieflich

---

[4]) Times vom 13. Februar 1905.
[5]) Smalley: I. Serie, S. 201—202.
[6]) Abbott: S. 465.
[7]) Jewish World vom 24. Juni 1904. Jewish Chronicle vom 24. Juni 1904.
[8]) Times vom 30. Juni 1905.
[9]) Jewish Chronicle vom 15. Dezember 1905.

angefragt, warum er sich so erheblich gegen die Verabschiedung des Gesetzentwurfes gewehrt habe. Churchill antwortete darauf und gab u. a. als Grund an, daß der vorgesehene Polizeiapparat zu kostspielig gewesen sei. Außerdem seien die Ausführungsbestimmungen dem jeweiligen Innenminister überlassen geblieben. Diese Machtbefugnis stelle aber eine Gefahr dar, wenn einmal ein antisemitischer Innenminister im Amt wäre[10]). Bei anderer Gelegenheit erklärte er, er sei stolz, daß er sich dem Gesetzentwurf entgegengestellt hätte, da eine solche Politik nicht dem Geist des 20. Jahrhunderts entsprochen haben würde[11]).

Es war beiden Parteien klar, daß mit dem Fallenlassen des Gesetzentwurfs von 1904 die Lage noch nicht geklärt war.

Als Anfang des Jahres 1905 immer noch keine Anstalten von der Regierung zur Behebung der ganzen Lage gemacht waren, wurde die Öffentlichkeit ungeduldig, was sich durch fortwährende diesbezügliche Anfragen im Parlament ausdrückte[12]).

Am 18. April 1905 wurde endlich der Antrag des Gesetzes von dem Regierungsmitglied Atkers Douglas im Parlament eingebracht.

Er führte u. a. aus, daß die Verhältnisse keinen längeren Aufschub mehr duldeten. Im Jahre 1903 seien 82 000 Fremde nach England gekommen, von denen der weitaus größte Teil im Lande verblieben sei. Die damit verbundenen Übelstände würden von Tag zu Tag größer. Verbrechen hätten zugenommen. Polizei und Richter sandten fortwährend Beschwerden an ihn. Der Entwurf sehe vor allem vor, Einwanderungsbeamte in bestimmten Häfen, in denen 97 % der Ausländer landeten, einzusetzen. Sie sollten entscheiden, ob eine Einreiseerlaubnis erteilt würde oder nicht. Im Verneinungsfalle hätte der Betreffende ein Beschwerderecht an ein bestimmtes Gericht am Platze. Außerdem seien auch Ermächtigungsbestimmungen für die Ausweisung unerwünschter Elemente vorgesehen.

Sir Charles Dilke widersprach der Fassung des Gesetzes. Gegen die Stimmen der Liberalen Partei wurde der Entwurf in erster Lesung verabschiedet.

Am 2. Mai 1905 fand die Aussprache über die zweite Lesung statt. Wieder ist es Sir Charles Dilke, der als erster der Opposition spricht. Die von der Regierung genannten Ziffern seien völlig übertrieben. Nachteile würden auch nicht aus der bisherigen Einwanderung entstehen. Schon jetzt seien die Kinder der Fremden stolz, Engländer zu werden, und sie beherrschten bereits die Geschichte des Landes besser als die Nachkommen der eigenen Bevölkerung. Allerdings würde er seine Zustimmung zu dem Teil der Gesetzesvorlage geben, durch den Kranke und Verbrecher ferngehalten werden sollten.

[10]) Times vom 9. Dezember 1904.
[11]) Times vom 29. Dezember 1904.
[12]) Hansard: Bd. 143, S. 212, 956, 1734—1735. Bd. 144, S. 1018ff.

Ihm wurde von dem Abgeordneten H. Lawson widersprochen. Tatsächlich stellten die Juden die meisten Verbrecher. Der Ausschuß der Menschheit käme nach England.

Vor ihm hatte Major Evans Gordon gesprochen, der den Zug der Tausenden von Westen nach Osten als eine Art jüdischer Völkerwanderung bezeichnete. Es sei unverständlich, wie Mr. Zangwill auf das Angebot, die Juden in Ostafrika anzusiedeln, erwidern könnte: „die Kolonie sei kein Abladeplatz für Flüchtlinge". Aber er habe durchaus recht, denn dies sei bereits England selbst geworden.

Auch Joseph Chamberlain ist für eine Beschränkung der Einwanderung. Es sei nicht richtig, die Befürworter der Gesetzesvorlage Antisemiten zu nennen. Sie seien nur gute Engländer.

Nach der Schlußrede des Erstministers Balfour endete die Debatte mit der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage.

Langwierige Verhandlungen im Ausschuß folgten. Es ist unmöglich, auf all die Abänderungsvorschläge und Reden einzugehen. Es war hier vor allem Churchill, der sich in der Opposition gegen den Gesetzentwurf hervortat. Anschließend folgten nochmals tagelange Debatten vor dem Plenum des Unterhauses. Am 19. Juli wurde das Gesetz in dritter Lesung endgültig verabschiedet. Auch im Oberhaus fand es in den drei vorgeschriebenen Lesungen die nötige Mehrheit.

Das Gesetz hielt sich im Rahmen der bereits wiedergegebenen Ausführungen von Atkers Douglas. Ergänzend mag noch hinzugefügt werden, daß neben Verbrechern, Kranken, Idioten auch völlig Mittellosen die Einreise verwehrt werden sollte. Die Beschränkung für die letzteren fällt jedoch fort, wenn Personen dieser Kategorie nachweisen können, daß sie in England unterstützt werden oder daß sie als Flüchtlinge, die wegen ihrer Religion oder politischen Einstellung verfolgt wurden, ihr Ursprungsland verlassen hatten. Bei dieser Bestimmung ist offensichtlich, daß sie den Juden weiterhin ungehinderte Einwanderung gewährte.

An den Einwanderungshäfen, deren Zahl genau festgelegt war und in denen nur die Schiffe mit neuen Ankömmlingen anlegen durften, wurde eine Art von Einwanderungskammern gebildet. Diese waren mit drei Personen besetzt und hatten neben anderen Funktionen die Aufgabe, im Falle einer Einreiseverweigerung über die Beschwerde des Betreffenden zu entscheiden. Ausführungsbestimmungen waren weitgehend den Behörden überlassen.

Diese ganzen Bestimmungen fanden aber nur Anwendung auf Schiffe, die mehr als zwanzig Einwanderer an Bord hatten. Andere konnten ihre Passagiere landen, wo sie wollten, und es blieb alles beim alten[13]).

[13]) Law Reports (1905): S. 22—27.

Dies war das Resultat von fast zwanzigjährigen Kämpfen in der Öffentlichkeit und den gesetzgebenden Häusern. Drei Kommissionen, sogar vier, wenn man die Sweating Commission des Jahres 1890 mit einschließen will, hatten in jahrelanger Arbeit für diesen kümmerlichen Kompromiß gearbeitet!

Am 1. Januar 1906 trat das Gesetz in Kraft. Man hätte annehmen sollen, daß die Juden und ihre Freunde ganz zufrieden gewesen seien. Weit gefehlt. Und so haben wir die seltene Situation, daß beide Richtungen über das Gesetz schimpfen und die dafür Verantwortlichen kritisieren. Einer von ihnen, Mr. Balfour, glaubte anscheinend, seine allgemeine Sympathie mit den Juden öffentlich zum Ausdruck bringen zu müssen. So hören wir, daß unter seiner Gönnerschaft ein großes Wohltätigkeitsfest zugunsten russischer Juden abgehalten wurde. Weitere Schutzherren dieser Veranstaltung waren u. a. der Bischof von London, Sir Albert Rollit, Sir Marcus und Lady Samuel, Israel Zangwill u. a. Mr. Balfour war inzwischen mit seiner Regierung zurückgetreten. In den nachfolgenden Wahlen war die von ihm geführte Konservative Partei völlig besiegt worden, und die Liberalen bildeten die Regierung mit großer Mehrheit. Herbert Gladstone wurde zum Innenminister gemacht, und sein Unterstaatssekretär war der Jude Herbert Samuel, der jetzige Lord Samuel.

Bereits im März 1906 wurde die Entrüstung der Anhänger Major Evans Gordons durch eine Anordnung des Innenministeriums hervorgerufen. Eine Anweisung war an die Einwanderungsbeamten ergangen, daß bei irgendwelchen Zweifeln über die Behauptung von Ankömmlingen, sie hätten ihr Ursprungsland wegen politischer oder religiöser Gründe verlassen müssen, immer deren Angaben als richtig unterstellt werden sollten. Gladstone und seine Freunde sahen diese Anordnung lediglich als eine Auslegungsregel des Gesetzes an, ohne daß damit der Sinn desselben verändert würde. Major Evans Gordon erklärte seinen größten Unwillen darüber und bezeichnete das Gesetz von nun an als in Praxis nicht mehr bestehend. Jetzt würde also jeder Ankömmling behaupten, er gehöre zu dieser Klasse, und so wären sie wiederum u. a. nicht vor der Einschleppung von Krankheiten sicher. „Es wären Schritte unternommen worden, um das Vieh vor Ansteckung zu schützen. Warum würde nicht das eigene Volk davor geschützt?"

Es zeigte sich auch bald, daß sich die Befürchtungen der Gegner dieser ministeriellen Anweisung bewahrheiten sollten. Augenzeugen berichteten, daß Einreisende offensichtlich den zuständigen Beamten Lügen erzählten. Aber nach dem Sinn der obigen ministeriellen Verfügung hatten sie auch solche Einwanderer hereinzulassen[14]).

Es dürfte unschwer zu erraten sein, wer hinter dieser Maßnahme des Innenministers stand. Die jüdischen Einwanderer gaben

[14]) Times vom 26. April 1906.

meistens an, daß sie wegen ihrer Religion oder Politik verfolgt würden.

In einer Zeitung[15]) beklagt man sich bitter, daß England „der Abladeplatz für den moralischen und physischen Abfall Europas" sei. Die Juden und ihre Freunde protestierten dagegen, daß die Ankömmlinge schlecht behandelt würden. So beschwert sich der Jude Landa, der als Vertreter der „Jewish Chronicle" und später der „Jewish World" den Verhandlungen über Beschwerden abgewiesener Einwanderer beiwohnte, über die Unzulänglichkeit eines solchen Verfahrens. Die Beisitzer der hierfür in Frage kommenden Kammern seien teilweise voreingenommen, teilweise unfähig. Sehr oft schenkte man den Erzählungen der Beschwerdeführer keinen Glauben, ja, werfe ihnen sogar vor, sie erzählten die Unwahrheit.

Winston Churchill war weiterhin im Sinne der Juden tätig. Er versprach ihnen Abhilfe, wenn er einmal auf all diese Dinge persönlichen Einfluß haben werde. Er ließ es sich nicht nehmen, bestimmten jüdischen Brüderschaften derartige Versicherungen zu geben[16]). Seit dem Jahre 1906 war er Unterstaatssekretär für die Kolonien geworden. So hatten die Juden einen weiteren Freund an höchster Stelle. Als er im Jahre 1908 Handelsminister geworden war, hatte sich natürlich seine Machtposition noch verstärkt. Seine dauernde Unterstützung der Juden entging auch nicht der Öffentlichkeit, wie ein diesbezügliches Lob im „Manchester Guardian" vom 21. April 1908 zeigt.

Die Freude der Hebräer über seine Ernennung zum Innenminister im Jahre 1910 kannte keine Grenzen[17]). Triumphierend stellten sie fest, daß er von nun an die Handhabung des Fremdengesetzes überwachen würde. Nach seinem früheren Verhalten würde er schon für die Juden sorgen. „Außerdem würde er auch jetzt erheblich mehr in der Naturalisationsfrage mitzusprechen haben, als in seiner früheren Stellung"[18]).

Seine Hilfe wurde auch bald nach außen hin sichtbar. Er ernannte auf Vorschlag der jüdischen Gemeinde drei Juden als Beisitzer zu der bereits des öfteren genannten Beschwerdekammer in London[19]).

Churchill ließ auch bald nach Antritt seines neuen Amtes schon lange geäußerte Wünsche der Juden in Erfüllung gehen, nämlich die Erlaubnis für Beschwerdeführer, in Vertretung von Anwälten vor der Beschwerdekammer aufzutreten. Anschließend wurde von den Juden ein besonderes Komitee ins Leben gerufen, das für eine rechtzeitige Bestellung von Verteidigern im Bedarfsfalle sorgte.

---

[15]) Daily Mail vom 15. März 1906.
[16]) Jewish Chronicle v. 14. Dezember 1906. Manchester Guardian v. 9. Januar 1906.
[17]) Jewish World vom 10. Juni 1910.
[18]) Jewish Chronicle vom 18. Februar 1910.
[19]) Emanuel: S. 182—183.

Bevölkerungsstand der Juden bis 1914

Am Schluß unserer Ausführungen über diese Einwanderungsgeschichte der Juden nach England in der Zeit von 1881 bis 1914 müssen wir uns mit der recht schwierigen Frage auseinandersetzen, wie hoch die Gesamtzahl der Juden bis zum Jahre 1914 in Großbritannien gewesen ist. Diese Feststellung ist mit vielen Schwierigkeiten verknüpft, so daß nur eine annähernde Schätzung gegeben werden kann.

Wir werden hierbei nur die nach unserer Ansicht einzusetzenden Mindestzahlen verwenden und uns so von Überschätzungen freizuhalten versuchen.

Es gibt verschiedene Anhaltspunkte für die Zählung. Zunächst stehen die Statistiken der Juden und die amtlichen Zählungen der in England ansässigen Fremden zur Verfügung. Endlich haben wir noch die Gesamtzahl der jährlichen Einwanderer, die vom Board of Trade zusammengestellt werden. Keine wird uns völlig einwandfrei zu einem richtigen Ergebnis führen, jedoch glauben wir, daß man unter Benutzung der letzteren mit gewissen Korrekturen einigermaßen zum Ziel kommen kann.

Die Juden müssen bei ihren Zählungen selbst zugeben, daß sie teilweise auf Raten angewiesen sind und die Schätzungen wahrscheinlich unter der wirklichen Ziffer liegen[1]). Dies dürfte auch hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung nicht ganz ohne Absicht sein. Wir haben vorher gesehen, daß seit Jahren der Kampf um die Beschränkung der Einwanderung ging und sich ausgesprochen gegen die jüdischen Elemente richtete. Die Juden hatten daher das allergrößte Interesse, die Zahlen niedrig zu halten, was sich schon deutlich im Jahre 1889 zeigte, als der Rabbiner Abrahams vor der Kommission des Parlaments vernommen und über die jüdische Gesamtbevölkerung in Leeds befragt wurde. Er setzte die Ziffer auf höchstens 6000 Seelen fest, während zwei weitere sachverständige Zeugen sie mit 15 000 bzw. 30 000 angaben.

Außerdem betonen die Juden ausdrücklich, daß sie nur die Konfessionsjuden erfaßt haben. Dies genügt aber nicht, da für unsere Schätzungen die Anzahl der Rassejuden in Betracht kommt.

Endlich dürften die Statistiken der Juden auch noch aus einem andern Grunde nicht zutreffen. Hiernach befanden sich nämlich in den Jahren

1891 in London 64 280, in England 101 189 Juden,
1901 in London 97 000, in England 144 000 Juden,
1903 in London 106 550, in England 188,000 Juden.

In der Zeit von 1891 bis 1901 soll also die Gesamtzahl nur um 33 000 gewachsen sein, wobei die Juden noch 10 000 Personen lediglich als Geburtenüberschuß annehmen, den Rest also nur als

[1]) Jewish Year Book (1900—1901): S. 26ff.

Einwanderung erklären[2]). Dies macht also einen Jahresdurchschnitt von nur 3300 jüdischen Einwanderern aus. Glaubt man wirklich, daß es bei diesem Ausmaß von Einwanderung zu all den vorher geschilderten Erschütterungen und Übelständen des englischen Lebens und politischen Kämpfen in den gesetzgebenden Häusern und der Öffentlichkeit gekommen wäre?

Wir glauben auch grundsätzlich nicht den amtlichen Erhebungen folgen zu können, werden jedoch zur Erleichterung der Schätzung und mangels besserer Anhaltspunkte die hierin gefundenen Zahlen teilweise zugrunde legen.

Der Board of Trade will in seinem Bericht vom Jahre 1894 seine amtlichen Einwandererzählungen in einer Art und Weise verwenden, die nicht unsern Beifall finden kann. Er stellt für die Jahre 1890 bis 1893 die Gesamtzahlen des Verkehrs nach England und aus England zusammen. Dann zieht er den letzteren von dem ersteren ab und kommt dann zu einem Nettoüberschuß, von dem er dann noch diejenigen Personen absetzt, die als Seeleute geführt werden. Auf diese Weise kommt er unter Auslassung des Jahres 1890 zu folgendem Ergebnis:

1891 — 9 797
1892 — 10 349
1893 — 9 760[3])

Dieses Verfahren kann nur aufs schärfste gemißbilligt werden, denn bei dem Verkehr aus England befinden sich Tausende von Auswanderern englischen Blutes, die durch jüdische Einwanderer ersetzt werden. Der Unterschied zwischen einkommendem und ausgehendem Verkehr kann daher niemals die Verschiebung der Bevölkerung darstellen. Der „Board of Trade" übersieht diesen Mangel seiner Beweisführung nicht, hält ihn jedoch mit Rücksicht auf andere Umstände für unbeachtlich.

Die Kommission des Jahres 1903 stellte sich auf den Standpunkt, daß die amtlichen Erhebungen zwar keinesfalls Anspruch auf Genauigkeit erheben könnten, sie dieselben jedoch als annähernd richtig unterstelle, da sie wiederum nicht die jährlichen Zählungen der Einwanderer seitens des Board of Trade als geeignete Grundlage ansehe. Wir wissen, daß Rothschild und Sir Kenelm Digby erhebliche Einwendungen gegen das veröffentlichte Gutachten einbrachten. Bei der Zusammensetzung des Komitees mußte man — abgesehen von diesen beiden — sicher auch noch mit den übrigen Beisitzern Kompromisse machen, um überhaupt zu einem Abschlußbericht zu kommen. Man werfe nur einmal einen Blick auf die Vernehmung des Zeugen Evans Gordon über diesen Punkt, und man wird der obigen Meinung beipflichten, da dieser die amtlichen Feststellungen für erheblich unrichtig hielt[4]) und trotzdem später als Mitglied des Komitees das Gutachten unterschrieb.

[2]) Jewish Year Book (1900—1901): S. 26ff., (1903—1904): S. 218ff.
[3]) Accounts and Papers (1894): Bd. 6, S. 354ff.
[4]) Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 91ff.

Major Evans Gordon führt für seine Meinung u. a. an, daß der Jude grundsätzlich vermeide, sich zählen zu lassen, da er immer irgendwelche Nachteile damit verbunden glaubt, und wenn es nur die Gefahr einer richtigen Steuererfassung sei. Davon abgesehen ist es dem Komitee nicht entgangen, daß die Möglichkeit der Unfähigkeit der in Frage kommenden Beamten bestand, und ferner, daß die Eingewanderten noch nicht genügend der englischen Sprache mächtig waren, um die nicht immer leicht verständlichen Fragebogen auszufüllen. Außerdem müßte man auch noch damit rechnen, daß die Betreffenden ihre Nationalität absichtlich falsch angeben[5]).

Wir haben aber darüber hinaus noch weitere Bedenken bezüglich der Richtigkeit der amtlichen Zählung. Es ist damals und heute ein oft beobachteter Vorgang, daß Juden so schnell wie möglich ihren Namen in einen englischen umändern und dann nach außen hin als Engländer erscheinen. Dies ist in England fast ohne irgendwelche Schwierigkeiten möglich und erfordert kaum nennenswerte Zuhilfenahme der Behörden. Der Jude Landa[6]) will dies anscheinend nicht bestreiten, nur hält er es in einem solchen Falle für richtig, einen derartigen Ausländer in den Statistiken als Engländer zu führen. Denn die Möglichkeit, „die Erkennung als Ausländer zu vermeiden, war das sicherste Anzeichen dafür, daß die Betreffenden sich bereits englische Merkmale angeeignet hätten". Wir können allerdings einer solchen Begründung nicht folgen.

Außerdem wurden diejenigen nicht in der Ausländerstatistik geführt, die inzwischen die britische Staatsangehörigkeit erworben hatten. Auch dies wird den Voraussetzungen unserer Schätzung nicht gerecht, da ein Jude nicht dadurch zum Briten wird, daß er in den britischen Staatsverband aufgenommen wird.

Endlich wurden die in England geborenen Kinder der Juden nicht mehr als Ausländer geführt. Hierbei war es gleichgültig, ob die Eltern naturalisiert waren oder noch ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit besaßen, denn nach englischem Recht erwirbt jeder auf britischem Boden Geborene die britische Staatsangehörigkeit.

Nach alledem können wir die amtlichen Zählungen für Ausländer nur dann als Anhaltspunkte für unsere Schätzungen annehmen, wenn wir keine besseren zur Verfügung haben.

Dies ist bezüglich der Zeit vor dem Jahre 1881 der Fall. Denn erst seit dem Jahre 1879 beginnt man, Einwandererstatistiken, wenn auch zunächst nur recht ungenügend, aufzustellen.

Wir gehen daher nach folgendem Verfahren vor:

1. Bis zum Jahre 1881 dient als Anhaltspunkt die amtliche Fremdenerhebung.

---

[5]) Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 20.
[6]) Landa: S. 27.

2. Nach dieser Zeit bis zum Jahre 1907 die Einwandererstatistiken.

3. Danach freie Schätzung.

Nach der amtlichen Zählung vom Jahre 1889 waren in England 136 000 Ausländer vorhanden. Wir haben vorher gesehen, daß diese Feststellungen ungenau sind und längst nicht alle für uns in Frage kommenden Personen erfassen. So würde es kaum eine Unbilligkeit sein, selbst ohne Berücksichtigung derjenigen Ausländer in England, die keine Juden sind, diese Zahlen als Berechnungsgrundlage einzusetzen. Um aber soweit wie möglich den Vorwurf der Ungenauigkeit bzw. der Parteilichkeit zu entkräften, werden wir lediglich 75 % dieser amtlichen Ziffer als Juden annehmen. Auch bei den später gefundenen Zahlen werden wir diesen Prozentsatz anwenden. Wir glauben, hierzu aus folgenden Erwägungen berechtigt zu sein:

Nach den obigen Ausführungen dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die aus Europa nach England hereinströmenden Massen zum ganz überwiegenden Teile der jüdischen Rasse angehörten. Seit dem Jahre 1856 kamen die Juden in verstärkter Anzahl in Großbritannien an. Unbestrittenermaßen wurden sie nach Einführung der Mai-Gesetze im Jahre 1882 und der verschärften Ausführungsbestimmungen im Jahre 1890 als erheblich lästig empfunden. Dies verstärkte sich von Jahr zu Jahr. Die gesamte Literatur über diese Frage behandelt die Auseinandersetzung als fast ausschließlich jüdische und betont auch meistens das große Übergewicht der jüdischen Rasse bei den Einwanderern aus dem früheren Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland und Rumänien. Auch die Wiedergaben aus den Debatten in beiden gesetzgebenden Häusern vermitteln denselben Eindruck. Den letzten Zweifel beseitigen aber die Beweiserhebungen in den drei bzw. vier verschiedenen Kommissionen, wie ein Einblick in die Beweisprotokolle bestätigen wird. Ferner aber ergeben dies die Namen der später naturalisierten Personen, die mit mehr als 75 % unverkennbar auf Juden hindeuten[7]). Endlich behandeln die Gutachten der verschiedenen Kommissionen fast ausschließlich nur die mit Juden in Verbindung stehenden Fragen.

Wir tragen daher keine Zweifel, daß der Satz von 75 % bei der amtlichen Fremdenerhebung vom Jahre 1881 und den späteren Ergebnissen aus den Einwandererzählungen angemessen und richtig ist.

Dieser Grundsatz, angewandt auf die amtliche Zählung vom Jahre 1881, ergibt bei einer Gesamtzahl von 136 000 eine Judenbevölkerung von 102 000 Personen.

Die nächste Feststellung soll sich auf die Jahre 1882 bis 1888 erstrecken, wobei noch sehr unwahrscheinlich ist, ob die Ankömmlinge

[7]) Accounts and Papers (1903): Bd. 55, S. 44ff., (1904): Bd. 78, S. 341ff., (1905): Bd. 62, S. 409ff., (1906): Bd. 96, S. 781ff., (1907): Bd. 66, S. 712ff.

des Jahres 1881 in irgendeiner Weise durch die amtliche Zählung erfaßt worden sind. Im Interesse der angestrebten Genauigkeit soll dies jedoch unterstellt werden.

Nun sind aber auch die Einwandererziffern von 1882 bis 1888 sehr ungenau. Denn wir haben vorhergehend bereits gehört, daß das Gesetz von König Wilhelm IV. fast außer Anwendung gekommen war, wonach Einwandererzählungen zu erfolgen hatten. Nur in London, Hull, Grimsby und Southampton waren sie um das Jahr 1880 wieder eingeführt worden. All die andern Häfen verzichteten nach wie vor darauf. London scheint einigermaßen genaue Untersuchungen darüber geführt zu haben, und wir wollen daher nur diese berücksichtigen. Danach sind in der genannten Zeit 81 896 Ausländer im Hafen von London gelandet. Wie viele von diesen nun en route, d. h. auf der Durchreise waren, läßt sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen. Die amtliche Stichprobe bei einem Schiff ergab, daß es 9 % waren. Wir sind bereit, diesen Prozentsatz auf 10 % zu erhöhen und abzuziehen, so daß wir so mithin auf 73 706 Personen kommen. Hiervon errechnen wir wieder mit 75 % die jüdischen Einwanderer, so daß wir eine Gesamtziffer von 55 281 erhalten. Wir haben also die Ankömmlinge in all den andern Häfen unberücksichtigt gelassen und auch in diesem Fall nur 75 % als Juden eingesetzt, obwohl der darüber vernommene Beamte ausdrücklich nur von Juden und ihrem Elend bei der Ankunft spricht.

Für die Jahre 1889 und 1890 soll lediglich derselbe jährliche Durchschnitt wie für die Zeit von 1882 bis 1888 zugrunde gelegt werden, obwohl steigende Einwanderungsziffern für das vorhergehende Jahr festzustellen sind. Diese Steigerung beträgt etwa 8000 Personen, so daß wir für die beiden Jahre die weitere Summe von 16 000 feststellen.

Die nächste einheitliche Periode erstreckt sich von 1891 bis 1904. Hier haben wir grundsätzlich die amtlichen Einwandererzählungen mit noch zu erörternden Abänderungen zugrunde gelegt.

Schon oben haben wir auseinandergesetzt, daß wir auch diese Erhebungen für ungenau halten. In den Jahren nach 1891 ergaben sich aber noch weitere Mängel, die die diesbezüglichen Feststellungen weit eher als zu niedrig denn zu hoch erscheinen lassen.

Nach wie vor wurden die Listen von mehr oder weniger fähigen Mitgliedern der Besatzung der einlaufenden Schiffe aufgestellt. Sie verließen sich auf die ihnen von den Passagieren gemachten Angaben. Die Beamten übernahmen diese als richtig und kümmerten sich nicht weiter darum, ob ein Ankömmling nun wirklich auf der Durchreise war oder nicht. Die Bestätigung hierfür kann man immer wieder in den Aussagen der verschiedenen in dieser Angelegenheit vernommenen Beamten finden. So besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß viele, die angaben, auf der Durchreise zu sein, in England blieben. Andere sind ebenfalls der Ansicht, daß

die Einwanderer ihr Reiseziel falsch angaben oder später ihre Meinung änderten und weiter nach Amerika gingen, so daß die Zahl der Durchreisenden größer ist als die in den amtlichen Statistiken. Es mag richtig sein, daß auch in dieser Hinsicht die amtlichen Einwanderungszählungen falsch sind, soweit einzelne Personen in Betracht kommen. Wir dagegen glauben, daß das Endergebnis richtig ist. Nach dem Jahre 1893 waren die amerikanischen Einwanderergesetze geändert, die die Einreise erheblich erschwert hatten. Manche schreckten daher vor der Überfahrt nach Amerika zurück oder kamen nach einem vergeblichen Versuch, wie oben mitgeteilt, nach England. Infolgedessen ist es eher möglich, daß tatsächlich mehr Personen in England geblieben sind, als in den amtlichen Statistiken erscheinen. Aber auch hier wollen wir in Verfolg einer möglichst genauen Schätzung beide Möglichkeiten gegeneinander aufgehoben wissen.

Hinzu kommt, daß der Board of Trade gemäß den oben gemachten Mitteilungen keinesfalls die Neigung hatte, die Einwanderungszahl möglichst hoch herauszubringen. Im Gegenteil, viele, so u. a. Lord Salisbury, machten ihm den Vorwurf der Irreführung.

Die Juden und ihre Freunde halten die Einwandererzählungen auch deshalb als Grundlage für ungeeignet, weil zwischen denjenigen, die nicht auf der Durchreise waren, Touristen oder Geschäftsreisende gewesen seien, die in ihr Ursprungsland zurückkehrten. Dies mag in geringer Anzahl richtig sein, ist jedoch mehr als unwahrscheinlich. Denn gezählt wurden nur diejenigen Ankömmlinge, die nicht erster oder zweiter Klasse fuhren, — mithin alle Passagiere der dritten Klasse bzw. des Zwischendecks. In diesen letzteren findet man aber kaum die Reisenden der genannten Kategorie. Vielmehr muß man annehmen, daß sich unter den Reisenden der ersten und zweiten Klasse nicht wenige Juden befunden haben, die sich für dauernd in England niedergelassen haben. So könnte man auch hier, wenn überhaupt, nur eine Erhöhung der amtlichen Zählungen eintreten lassen, aber wir wollen im Interesse der zu findenden Gesamtzahl davon absehen.

Die Gegenseite besteht darauf, daß von der jeweiligen jährlichen Gesamtzahl die als Seeleute aufgeführten Personen von den nicht auf der Durchreise Befindlichen abgezogen wird. Auch hier wollen wir ihren Wünschen folgen, obwohl wir starke Bedenken gegen ein solches Verfahren hegen.

Die Beweisaufnahmen der Kommissionen der Jahre 1889 und 1903 ergaben nämlich das genaue Gegenteil. Nach Aussage der Zollbeamten ist es nicht selten, daß die als Seeleute Aufgeführten ihre Passage nach England abarbeiteten. So wurden sie u. a. als Wärter auf Ponytransporten verwandt[8]). Davon abgesehen blieben im allgemeinen Personen, die in den amtlichen Erhebungen

[8]) Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 321, 323, 328.

als Seeleute geführt wurden, dauernd in England[9]). Ja, selbst der größte Sachverständige des Board of Trade erklärte ausdrücklich vor der Kommission des Jahres 1903, „nach meiner Ansicht war es falsch, sie alle abzuziehen[10]). Aber nichtdestoweniger werden wir sie in voller Höhe absetzen und so nicht als Einwanderer berücksichtigen.

Endlich spricht aber noch ein letzter und wichtiger Umstand nach unserer Ansicht gegen die Feststellung des Board of Trade.

Hiernach wurden nämlich zwei Kinder als ein Erwachsener gezählt, und so erschien in den amtlichen Statistiken für zwei Kinder nur eine Person[11]). Welch große Bedeutung dies für eine genaue Zählung hat, mag aus folgendem Beispiel hervorgehen.

Wir wissen, daß die Familien der Juden, vor allem der Ostjuden, sehr zahlreich sind. Fünf bis sechs Kinder in einer Familie sind keine Seltenheit. Aber auch hier wollen wir uns dem Urteil des darüber amtlich vernommenen Rabbiners Abrahams aus Leeds unterwerfen. Dieser gab den Durchschnitt einer Familie mit fünf Mitgliedern, also drei Kindern, an[12]). Erscheinen also für einen gewissen Zeitraum insgesamt 400 000 Personen in den amtlichen Statistiken, so sind dann nach unserer Auffassung tatsächlich etwa 571 000 Personen eingewandert. Aber wir wollen auch dies zugunsten einer möglichst unangreifbaren Schätzung nicht berücksichtigen.

Wenn wir nun die amtlichen Einwandererlisten der Jahre 1891 bis 1904 unter Bezug auf die obigen Ausführungen zugrunde legen, kommen wir zu folgendem Ergebnis:

1891	28 270
1892	22 137
1893	21 296
1894	18 861
1895	20 634
1896	24 987
1897	28 089
1898	28 486
1899	37 522
1900	47 555
1901	40 318
1902	51 409
1903	69 162
1904	82 874
	521 600[13])

[9]) Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 77, Frage 207ff., S. 92, Frage 434ff., S. 658, Frage 16. 572ff. Hansard: Bd. 27, S. 1292ff.
[10]) Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 837, Frage 22. 367.
[11]) Accounts and Papers (1903): Bd. 9, S. 19—20, S. 108, Frage 864, S. 124, Frage 1 21. Wynne: Invasion S. 33.
[12]) Accounts and Papers (1889): Bd. 10, S. 344ff.
[13]) Accounts and Papers (1894): Bd. 68, S. 857, (1903): Bd. 9, S. 947.

Für die Jahre 1905 und 1906 tritt nun eine völlig andere Art und Weise der Zählung ein. Man unterscheidet nicht mehr Durchgangsreisende und Nichtdurchgangsreisende, sondern führt ein anderes System ein, das in beiden Jahren wieder nach verschiedenen Gesichtspunkten entworfen ist. Einzelheiten interessieren nicht, da die Endsumme ziemlich dieselbe ist wie im Jahre 1904. Im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß die Einwanderungsziffern der Ostjuden aus dem früheren Rußland zum mindesten dieselben geblieben sind. Denn infolge des Japanisch-Russischen Krieges und der anschließenden Wirren verließen mehr denn je zuvor die Juden Rußland. Hinzu kam, daß nach dem 1. Januar 1906, also nach der Inkraftsetzung des Fremdengesetzes, nicht selten das Gesetz dadurch umgangen wurde, daß Einwanderer auf Schiffen mit nicht mehr als zwanzig Passagieren ihrer Kategorie in England eintrafen. Derartige Schiffe fielen bekanntlich nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes. Die Passagiere konnten irgendwo an der Küste gelandet werden, wo keine Beamten Untersuchungen anstellten. Eine Folge war u. a., daß diese Einwanderer auch nicht von den Statistiken erfaßt wurden. Wenn wir daher für die Jahre 1905 und 1906 die Zahl von 1904 mit je 82 874 einsetzen, dürfte dies eine angemessene Schätzung sein.

In den folgenden Jahren wechselt wieder der Aufbau der Statistiken. Man nahm die Zählungen nach Einwandererschiffen vor, die von bestimmten Häfen, wie deutschen, holländischen, finnischen und russischen, eintrafen.

Wir glauben nun, daß wenn wir lediglich die Einwanderer von den Häfen der beiden letzten Kategorien nehmen, wir einer einwandfreien Schätzung ziemlich nahe kommen dürften. Hierbei berücksichtigen wir nicht all die Ankömmlinge aus anderen Staaten und diejenigen, die in der oben geschilderten Weise das Gesetz umgangen hatten. Wir kommen so für die Jahre 1907 und 1908 auf 66 000 bzw. 19 000 Personen[14]). Unter Berücksichtigung unseres Schemas von 75 % ergibt dies insgesamt 63 750 Juden.

Von dem Jahre 1909 an wurde das System wieder geändert, und man machte es so unübersichtlich, wahrscheinlich nicht ohne Absicht, daß man kaum noch irgendwelche Anhaltspunkte für Einwanderer der jüdischen Rasse finden kann. Wir glauben daher, von der niedrigen Jahreszahl von 1908 mit je 14 250 ausgehen zu können. Dies ergibt für die Zeit von 1909 bis 1913 einschließlich 71 250 jüdische Einwanderer in England. Das Jahr 1914 soll mit Rücksicht auf den Kriegsausbruch außer acht gelassen werden, obwohl die Haupteinwanderung bereits erfolgt sein dürfte, da die Ziffern in den Herbst- und Wintermonaten gewöhnlich stark zurückgingen.

[14]) Accounts and Papers (1908): Bd. 87, S. 909ff., (1909): Bd. 70, S. 499ff.

Unsere Berechnung ergibt danach im einzelnen folgendes:

	bis	1881	. . . . .	102 000
von	1882	„ 1888	. . . . .	55 281
„	1889	„ 1890	. . . . .	16 000
„	1891	„ 1904	. . . . .	391 200
„	1905	„ 1906	. . . . .	165 748
„	1907	„ 1908	. . . . .	63 750
„	1909	„ 1913 bzw. 1914	. .	71 250
				875 229

Infolgedessen tragen wir keine Bedenken, die Zahl der Juden in England bis zum Jahre 1914 auf 900 000 zu schätzen, zumal bei der obigen Ausarbeitung der Geburtenüberschuß des Zeitraums von 1881 bis 1914, also von 33 Jahren, unberücksichtigt geblieben ist.

Es ist ganz unmöglich, daß diese große Einwanderung in einem verhältnismäßig so kleinen Zeitraum für die britische Nation ohne nachteilige Folgen geblieben ist. Man darf hierbei nicht übersehen, daß die britische Bevölkerung innerhalb Europas in diesen Jahren nicht die 40-Millionen-Grenze überschritten hatte. Infolgedessen muß das Resultat ähnlich oder stärker gewesen sein, als wenn innerhalb derselben Zeit im heutigen Deutschland die Judenbevölkerung von etwa 200 000 auf 1 800 000 anwachsen würde. Dieser Prozeß muß aber eine weitere ungünstige Wirkung zeitigen, wenn in derselben Periode mindestens ebenso viele Engländer ihr Heimatland verließen. Daß dies tatsächlich der Fall ist, wird durch einen Einblick in die amtliche Erhebung über die Auswanderung von Briten für diese Zeit bestätigt[15]). Die darin liegende Gefahr wird auch nicht von den Engländern verkannt. So beklagt Whelpley[16]) die Tatsache, daß nach seiner Ansicht im Jahre 1904 etwa 75 000 Ausländer eingewandert, dagegen etwa 80 000 Briten ausgewandert seien. Letztere würden durch minderwertige Personen ersetzt, die nur einen schädlichen Einfluß auf das Leben der Nation haben könnten.

Wir haben lange bei diesem Gebiet verweilt, weil wir es für die Beurteilung der augenblicklichen Geschehnisse in England, auf die wir unten eingehen werden, für unerläßlich halten. Außerdem steht die obige Schätzung zu der von den Juden herausgegebenen in einem solchen Widerspruch, daß eine eingehende Begründung erforderlich schien. Die Juden geben nämlich ihre Bevölkerungsziffer in Großbritannien bis zum Jahre 1914 mit 245 000 an[17]). Wir überlassen es dem Leser, sich aus den vorgetragenen Tatsachen eine Meinung über die beiden sich gegenüberstehenden Ziffern zu bilden. Nur möchten wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß unsere Schätzung ein Minimum darstellen dürfte.

[15]) Statistical Tables (1907): Bd. 44, S. 350.
[16]) Whelpley: S. 26ff., 41ff.
[17]) Jewish Year Book (1915): S. 167ff.

Der Marconi-Skandal

Es war aber nicht nur die Anzahl der Juden in England erheblich gestiegen, sondern die Hebräer hatten auch, zum Teil sogar nach außen hin sichtbar, einen immer größeren Einfluß gewonnen. Dies zeigte sich u. a. daraus, daß neben Rothschild inzwischen drei weitere Juden zu Peers von England gemacht worden waren. Es handelt sich um Lord Michelham und Lord Wandsworth, die beide ursprünglich den Namen Stern trugen, und Lord Swaythling, der früher unter dem Namen Sir Samuel Montagu bekannt war. Um das Jahr 1914 finden wir daneben nicht weniger als 22 Barone und 15 Ritter jüdischen Blutes. Sechs Juden, nämlich Lord Rothschild, Lord Reading, Sir Alfred Mond, Herbert L. Samuel, Sir Edgar Speyer und E. S. Montagu waren zu dieser Zeit Mitglieder des Kronrates. Im Parlament waren die Juden durch 16 Mitglieder vertreten, bei denen es sich um Konfessionsjuden handelte[1]). Wieviel getaufte Juden bzw. Halb- und Vierteljuden im Parlament waren, läßt sich heute kaum einwandfrei feststellen.

Im folgenden werden wir uns zunächst einmal mit Herbert L. Samuel und Lord Reading, dem früheren Rufus Isaacs, zu beschäftigen haben. Der erstere war Postminister und der letztere Kronanwalt in dem liberalen Kabinett Asquith.

Rufus Isaacs hatte eine abenteuerliche Laufbahn hinter sich. Als Junge war er seinen Eltern entlaufen. Später wurde er Wertpapiermakler, ging in Konkurs und verlor daher seine Zugehörigkeit zur Börse. Darauf wandte er sich der Rechtswissenschaft zu und machte sein Examen als Barrister. Es dauerte fünf Jahre, bis er seine früheren Schulden abgezahlt hatte. Bereits nach zehn Jahren Praxis hatte er ein Einkommen von jährlich £ 7,000,—, das sich in den Jahren 1900 bis 1910 bis auf £ 30,000,— Jahresverdienst erhöhte[2]). Im Oktober 1904 wurde er als liberaler Abgeordneter ins Parlament gewählt und im März 1910 zum Solicitor General, im September desselben Jahres zum Attorney General ernannt.

Herbert Samuel gehörte ebenfalls der Liberalen Partei und seit 1902 dem Parlament an. Von 1905 bis 1909 war er Unterstaatssekretär im Innenministerium und u. a. von 1910 bis 1914 Postminister.

Beide Juden wurden neben Lloyd George und Godfrey Isaacs, dem Bruder von Rufus Isaacs, Hauptpersonen in dem Marconi-Skandal.

Die Geschichte hiervon genau zu beschreiben, würde, wie damals L. Maxse, der Eigentümer und Herausgeber der „National Review" mit Recht meinte, „der Feder von Conan Doyle und des Scharfsinn eines Sherlock Holmes bedürfen." Es handelt sich

[1]) Jewish Year Book (1911): S. 278ff., (1914): S. 175ff., (1915): S. 177ff.
[2]) Jackson: S. 18, 136ff.

nicht nur um das überaus zahlreiche Material, sondern auch um die vielen Vorgänge hinter den Kulissen, die selbst durch ein acht Monate dauerndes Untersuchungsverfahren nie ganz aufgeklärt sind.

Es ist allgemein bekannt, wie große Verdienste der kürzlich verstorbene Marconi um die drahtlose Telegraphie hatte. In England hatten ihn nicht nur sein Genie, sondern auch jüdische Finanziers vorwärtsgebracht. Auch über die Behandlung durch das Patentamt während der gerichtlichen Patentstreitigkeiten hat er sich nicht beklagen können. Es verwundert daher nicht, daß er sich in geschäftlichen Angelegenheiten gegenüber seinen Konkurrenten meistens durchzusetzen vermochte, obwohl ihre Erfindungen manchmal den seinen mindestens gleichwertig waren.

Im Oktober 1909 teilte die Marconi-Gesellschaft ihren Aktionären mit, daß sie für £ 15.000,— alle Küstenstationen und die dort eingebauten Patente von Marconi zur Benutzung für die nächsten 14 Jahre an die englische Regierung verkauft hätte[3]).

Kurz nach Abschluß dieses Vertrages kam es zu Patentstreitigkeiten über Konkurrenzerfindungen. U. a. hatte die Marconi-Gesellschaft ein Interesse daran, daß die Patente ihrer schärfsten Widersacher, der Inhaber des Lodge-Muirhead-Patents, infolge Zeitablaufs für nichtig erklärt würden. Zum allgemeinen Erstaunen fand die Marconi-Gesellschaft Unterstützung durch die Krone in der Person ihres Anwalts, Sir Rufus Isaacs.

Sein Bruder Godfrey war zwei Monate vor seiner Ernennung zum Solicitor-General, also im Januar 1910, zum Direktor der Marconi-Gesellschaft ernannt worden. Man wunderte sich später allgemein, warum die Wahl gerade auf ihn gefallen war, da er bislang keine besonderen Fähigkeiten oder Verdienste für diesen großen Posten gezeigt hatte. Andererseits war es allgemein bekannt, daß Sir Rufus Isaacs in der Vergangenheit fast immer irgendwie an den meistens nicht glücklichen Unternehmungen seines Bruders beteiligt gewesen war[4]).

Trotz der Unterstützung der Krone blieb das Patent von Lodge-Muirhead gültig, und es kam zu Vergleichsverhandlungen zwischen den Inhabern desselben und der Marconi-Gesellschaft. Die Inhaber des ersteren Patents, Sir Oliver Lodge und Dr. Muirhead hatten seit Jahren vergeblich versucht, die Regierung von der Güte ihres Patents zu überzeugen.

Inzwischen hatte Godfrey Isaacs, als sein Bruder Rufus Solicitor-General geworden war, mit dem Postminister Herbert Samuel Verhandlungen über die Einrichtung eines Netzes von drahtlosen Stationen über das britische Imperium angeknüpft. Sie zogen sich über einen längeren Zeitraum hin und wurden erst nach einer weiteren diesbezüglichen Empfehlung der Imperialkonferenz im Jahre 1911 beschleunigt weitergeführt. Auch jetzt

[3]) National Review: Bd. 60, S. 204ff.
[4]) Accounts and Papers (1912—1913): Bd. 8, S. 12ff.

wurden noch keine anderen Erfindungen zum Vergleich herangezogen, sondern man bat nur um ein endgültiges Angebot der Marconi-Gesellschaft.

Diese stellte im Falle einer Einigung ihre Großstationen von Poldhu und Clifden zur Verfügung und versprach einen weiteren Ausbau ihres Systems an verschiedenen Punkten des britischen Empires. Niemand hatte sich allerdings der Mühe unterzogen, zu prüfen, ob die beiden genannten Sender für die gedachten Zwecke geeignet waren. Die Sachverständigen der Admiralität und des Postministeriums verlangten keinerlei Einzelheiten über die bisherige Inanspruchnahme. Solche aber wären um so nötiger gewesen, als man danach die Vertragsbedingungen und sämtliche Kalkulationen zu entwerfen hatte. Es war verschiedenen Beamten bzw. sieben oder acht Abteilungen des Finanzministeriums überlassen, den Vertrag auszuarbeiten. Sie hatten es auf der andern Seite ausschließlich mit dem gerissenen Godfrey Isaacs zu tun, der ihnen gegenüber ziemlich unverhehlt zum Ausdruck brachte, daß die Marconi-Gesellschaft mit Rücksicht auf seinen Bruder Rufus eine bevorzugte Stellung einnehme.

Im Januar 1912 war man mit den Verhandlungen erheblich weitergekommen. Am 17. und 24. des betreffenden Monats wurden abschließende Sitzungen in den dafür zuständigen Komitees abgehalten, in denen allerdings nur, um mit den Worten von Samuel zu sprechen, „über den Kaufpreis, die Dauer des Vertrages und die laufenden Patentgebühren" verhandelt wurde.

Lord Murray, einer der führenden Liberalen, Sir Rufus Isaacs und der Finanzminister Lloyd George verbrachten Anfang Januar in Villa Gragonier am Cap Martin ihre Ferien. Der erstere sandte in dieser Zeit an seinen Makler Fenner folgendes Telegramm: „Schreiben Sie mir, wie die Dinge stehen." Mr. Fenner antwortete darauf wie folgt: „Eine weitere Aktie, welche während der letzten Monate erheblich gestiegen ist, ist die der Marconi-Gesellschaft. Abgesehen hiervon hatte der Markt abfallende Tendenz."

Inzwischen gingen die Verhandlungen der Marconi-Gesellschaft mit Samuel als Vertreter der britischen Regierung weiter. In den Schlußverhandlungen wurden Godfrey Isaacs noch bessere Bedingungen bezüglich der Patentgebühren zugestanden. In aller Überstürzung wurde am 7. März 1912 das endgültige Angebot der Marconi-Gesellschaft vorbehaltlich der Genehmigung durch das Parlament von Samuel angenommen.

Der Inhalt des Vertrages sah u. a. vor, daß die Marconi-Gesellschaft £ 60,000,— für jede ihrer Stationen und 10 % der Bruttoeinnahmen von allen Stationen, die laut den Abmachungen zu errichten waren, erhielt. Es war eine Dauer von 28 Jahren vereinbart, jedoch hatte die Regierung das Recht, bereits nach 18 Jahren vom Vertrag zurückzutreten. In diesem Falle konnte sie aber für die Zukunft keinen weiteren Gebrauch von den

Patenten Marconis machen. Die Marconi-Gesellschaft hatte das alleinige Recht, die nach ihrem Dafürhalten notwendigen Vorrichtungen einzubauen, also auch diejenigen, die mit ihren Patenten nichts zu tun hatten. Die Gesellschaft war auch weiterhin eine Art beratenden Ingenieurs für die Regierung. Es ging so weit, daß die Regierung in Zukunft sämtliche Einzelheiten einer ihr angebotenen neuen Erfindung der Marconi-Gesellschaft zur Begutachtung vorzulegen hatte, die sie gegebenenfalls in einer der auf Grund des Vertrages gebauten Stationen anzubringen gedachte. Einzelheiten dieses Vertrages wurden den Inhabern von Aktien mit Rundschreiben am 9. März mitgeteilt.

Am selben Tage schiffte sich Godfrey Isaacs nach Amerika ein, um die Verhältnisse der dortigen Tochtergesellschaft in Ordnung zu bringen. Er selbst war ebenfalls Direktor dieser Gesellschaft. Die Mehrheit ihrer Aktien war im Besitz der englischen Firma. Die Zustände in Amerika waren für die Marconi-Erfindung nicht die besten, da ein großer Prozeß wegen angeblicher Verletzung eines Patents der United Wireleß Company anhängig war. Es gelang Godfrey Isaacs, die genannte Konkurrentin für die britische Gesellschaft aufzukaufen. Der Kaufpreis bestand in der Übertragung von 700 000 Aktien der amerikanischen Marconi-Gesellschaft. Außerdem kam ein weiterer Vertrag zwischen der englischen und der amerikanischen Gesellschaft zustande. Die erstere verkaufte die aus der Vereinbarung übertragenen Rechte, überhaupt alle Aktiven an die amerikanische Marconi-Gesellschaft für ungefähr den doppelten Preis. Sie kamen ferner dahin überein, daß jede von ihnen eine Station an beiden Ufern des Atlantic zu errichten hatte, um die drahtlose Verbindung zwischen Europa und Amerika sicherzustellen. Überhaupt wurde allgemein eine recht enge Zusammenarbeit verabredet. Ferner wurde beschlossen, daß das Aktienkapital der amerikanischen Gesellschaft auf zehn Millionen Dollar erhöht werden sollte. Soweit die Aktien daraus nicht in Amerika zur Verwertung gelangten, sollte die britische Gesellschaft das Recht haben, innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr den Rest der Aktien zu pari auszugeben. Endlich trafen die beiden Marconi-Gesellschaften noch mit einer dritten Firma Abmachungen für gemeinsame Nachrichtenübermittlung.

Diese gesamten Verträge sollten auf keinen Fall eher der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, als die amerikanische Gesellschaft ihre Zustimmung zur Ausgabe der neuen Aktien gegeben hatte.

Sir Rufus Isaacs hatte am 17. März 1912 an ein Bankett der Marconi-Gesellschaft in New York ein öffentliches Telegramm folgenden Inhalts gesandt: „Bitte gratulieren Sie Marconi und meinem Bruder zu dem Erfolg eines wundervollen Unternehmens. Ich wünsche ihnen allen Erfolg in New York[5])."

Godfrey Isaacs hatte in der oben erwähnten Vereinbarung persönlich das Recht erhalten, 500 000 Aktien zu je fünf Dollar

[5]) Accounts and Papers (1912—1913): Bd. 8, S. 12, (1913): Bd. 7, S. 124—127.

oder einem £ zu placieren. Dies gelang ihm bereits mit 400 000 Stück in Amerika, so daß er nur einen Rest von 100 000 nach England mitbrachte. Auch von diesen Abmachungen war der Öffentlichkeit nichts bekannt.

Am 8. April 1912 kehrte Godfrey Isaacs nach England zurück. Bereits am nächsten Tage hatte er eine Zusammenkunft mit seinem Bruder Rufus und einem dritten Bruder Harry. Er unterrichtete sie eingehend über die in Amerika getroffenen Vereinbarungen und setzte ihnen auseinander, daß die in seinen Händen befindlichen Aktien steigen würden. Nichtsdestoweniger böte er ihnen das gesamte Aktienpaket zum pari-Preise an[6]). Sir Rufus lehnte eine Übernahme von Aktien ab. Harry dagegen übernahm 56 000 Stück.

Unmittelbar nach dieser Unterredung teilten unzählige Personen Godfrey Isaacs mit, daß eine erhebliche Opposition im Parlament gegen den Marconi-Vertrag mit der britischen Regierung sei. Nach seiner Ansicht bestanden daher die größten Schwierigkeiten bezüglich der Zustimmung des Unterhauses, zumal sehr einflußreiche Abgeordnete zu den Gegnern des Vertrages gehörten. Godfrey Isaacs glaubte daher die endgültige Annahme des Vertrages noch lange nicht sichergestellt. Sein Bruder Harry gab indessen seine Bemühungen nicht auf, dem einflußreichen Bruder Rufus Aktien der amerikanischen Gesellschaft zu verkaufen. Am 17. April hatte er Erfolg. Der Kronanwalt Sir Rufus Isaacs erwarb 10 000 Aktien aus dem Besitz von Harry Isaacs. Sie wurden ihm nicht tatsächlich übergeben, sondern Rufus war anteilmäßig an dem ganzen Aktienpaket des letzteren beteiligt. Der Preis war auf £ 2,— pro Aktie festgesetzt worden, da die Aktien inzwischen unnotiert auf das Doppelte gestiegen waren[7]).

In der späteren Beweisaufnahme hat Sir Rufus Isaacs erklärt, daß er keinerlei Bedenken gehabt habe, mit seinem Bruder Harry zu dem Abschluß zu gelangen. Das erste Gebot seines Bruders Godfrey habe er ablehnen müssen, weil dieser ja ein Unternehmer der Regierung gewesen sei. Dies sei bei Harry nicht der Fall gewesen. Infolgedessen sei der Kauf nicht zu beanstanden, zumal ihm von seinen Brüdern im einzelnen auseinandergesetzt worden sei, daß die amerikanische Gesellschaft nichts mit der englischen zu tun habe[8]).

Sir Rufus Isaacs war aufs engste mit Lloyd George, dem damaligen Finanzminister, und Lord Murray befreundet. Noch am Abend des 17. April begab sich Sir Rufus zu diesen beiden und setzte sie über seinen Handel mit Harry Isaacs in Kenntnis. Sollten auch sie an den Aktien Interesse haben, würde er ihnen je eintausend überlassen. Diese erkundigten sich zunächst nach den Zahlungsbedingungen. Sir Rufus antwortete ihnen, daß sie sich

[6]) Hansard: Bd. 54, S. 455.
[7]) Hansard: Bd. 54, S. 395, 457. Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 127—129.
[8]) Hansard: Bd. 54, S. 398, 436. Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 129.

nicht um die Bezahlung kümmern sollten, da er ihnen lange im voraus Nachricht geben würde, falls er das Geld benötigte. Er klärte sie weiter darüber auf, daß nach den Mitteilungen seines Bruders Godfrey keinerlei Beziehungen zwischen der englischen und amerikanischen Gesellschaft beständen.

Lloyd George und Lord Murray übernahmen daraufhin je tausend Aktien zum Preise von £ 2.— pro Stück.

Am 14. April 1912 ging das Luxusschiff „Titanic" unter und am 19. April wurden die Aktien an der Börse ausgegeben und der Öffentlichkeit die wichtigen, oben erwähnten amerikanischen Abmachungen mitgeteilt. Dieser Zeitpunkt war insofern sehr günstig gewählt, als jedem mit Rücksicht auf das „Titanic"-Unglück die Bedeutung der drahtlosen Telegraphie klargeworden war. Am gleichen Tage rief Lloyd George seinen Makler an und teilte ihm mit, daß er im Besitz von Aktien der amerikanischen Marconi-Gesellschaft sei. Der Makler erwiderte ihm darauf, daß er diese Investierung nicht für glücklich hielte, da die Gesellschaft nach seiner Ansicht überkapitalisiert sei und die gesamten damit verbundenen Umstände ihn zu sehr an den letzten großen Aktienschwindel von Barnato erinnerten. Lloyd George nahm diesen Hinweis anscheinend ungnädig auf, da er sofort die telephonische Unterhaltung abbrach[9]).

Die Aktien wurden am Morgen des 19. April mit £ 3¼ aufgelegt und stiegen noch am selben Tage bis £ 4.—. Der Kronanwalt verkaufte von seinen restlichen 8000 Aktien sofort 7000 zu einem Durchschnittspreis von 3½[10]). Lloyd George und Lord Murray veräußerten am 20. April zusammen 1714 Aktien zu £ 3.5/32 und verdienten £ 2.200.— daran. Diese beiden Minister erwarben am 22. Mai neue 3000 Aktien zum Preise von £ 2.5/23. Lord Murray hatte vorher am 18. April 2500 Aktien zu 3¼ und am 14. Mai weitere 500 zu einem niedrigeren Preise zu Lasten der Liberalen Partei gekauft.

Schon im April waren Gerüchte an der Börse gewesen, daß Minister Interessen an der Marconi-Gesellschaft hätten. Am 13. Juni wurde der Postminister Samuel von Sir H. Norman gebeten, die Bedingungen des Vertrages mitzuteilen. Samuel antwortete ihm, daß dies zur Zeit noch unmöglich sei.

Am 19. Juli wurde von dem Postminister der Vertrag im einzelnen veröffentlicht. Die Aktien schnellten bis £ 9.15.— hinauf. Die Gerüchte in der City über Geschäfte von Ministern in Marconi-Aktien verdichteten sich immer mehr. Im Juni erschien ein einzelner Artikel in einer Zeitung, der sich damit beschäftigte. Derartige Hinweise vermehrten sich im Laufe des Monats Juli. Führend war der „Outlook", „Eyewitneß" und „National Review". Ein gewisser Mr. Lawson verglich in den letzteren die Spekulation in den Aktien mit dem Südseeskandal. Andere Zeitungen be-

[9]) Hansard: Bd. 54, S. 895. Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 194ff.
[10]) Hansard: Bd. 54, S. 899. Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 131.

zeichneten die Beteiligung der Minister als Korruption. Die Presse der Liberalen Regierung war nach wie vor schweigsam. Sie nahm nicht einmal zu den recht scharfen Kritiken Stellung. Dies war um so unerklärlicher, als die Presse der Gegner immer stürmischer Untersuchung verlangte.

Ende Juli oder Anfang August — die Beteiligten wollten es angeblich nicht genau wissen — wurde dem Erstminister Asquith von Lord Murray und Sir Rufus Isaacs ihre Beteiligung an der amerikanischen Gesellschaft mitgeteilt. Sie klärten ihn jedoch nicht über die Einzelheiten, z. B. über die Anzahl ihrer Aktien und die verschiedenen Phasen der Transaktion auf. Allerdings versäumten sie nicht, ihm auseinanderzusetzen, daß die amerikanische Gesellschaft nicht das Geringste mit der englischen zu tun hätte. Einen Brief, den Lord Murray in dieser Angelegenheit an Asquith geschrieben hatte, will letzterer nicht aufbewahrt haben.

Samuel hatte nach dem 19. Juli alles mögliche getan, um so schnell wie möglich die Zustimmung des Parlaments zu dem Vertrage zu erhalten. Noch in einer der letzten Sitzungen des August versuchte er die Opposition zu überreden, von dem bereits angekündigten Widerstand bei den Besprechungen Abstand zu nehmen. Es war zu dieser Zeit, daß auch Samuel, wenn man seiner Mitteilung folgt, von Lord Murray über die Transaktionen der Minister unterrichtet wurde. Er hielt diese Tatsache ebenfalls für bedeutungslos, weil er den Angaben von Murray Glauben schenkte, daß keine Verbindung zwischen den beiden Marconi-Gesellschaften bestände.

Am 6. August 1912 erklärte der Erstminister, daß er mit Rücksicht auf die bereits ersichtlich große Opposition gegenüber dem Vertrag eine eingehende Aussprache zulassen würde, wofür allerdings erst nach den Sommerferien Zeit sei. Ungeachtet dessen wandte sich Samuel an Major Archer Shee, der in diesem Punkte die Opposition führte, — und versuchte ihn zu überreden, seine Bedenken aufzugeben und von langen Auseinandersetzungen abzusehen. Die Vertagung auf die Sitzung nach den Ferien bedeute eine ungebührlich lange Verzögerung, die mit Rücksicht auf die internationale Lage und die dringende Notwendigkeit der Aufstellung von Fernsendeeinrichtungen unerwünscht sei. Major Archer Shee lehnte dieses Ansinnen ab[11]).

An einer der Verhandlungen mit der britischen Marconi-Gesellschaft hatte auch ein technischer Beamter des Postministeriums teilgenommen. Bei dieser Gelegenheit lernte er einen Teil des Inhalts des zukünftigen Vertrages kennen. Er kaufte sich einige wenige Aktien der britischen Gesellschaft, weil er sie als eine gute Anlage für sein kleines Vermögen hielt. Nach einer Weile verkaufte er sie allerdings mit Rücksicht auf das Anziehen der Preise.

Die Angelegenheit kam zu Ohren von Samuel, der den Sachverhalt feststellen ließ. Der Postminister sprach den Beamten zwar

[11]) Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 810—811.

von dem Vorwurf der Korruption frei, bestrafte ihn aber mit Degradierung, weil er amtliche Kenntnisse zu eigenem Vorteil benutzt hätte[12]).

Am 11. Oktober 1912 löste Asquith sein im August gegebenes Versprechen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein. Samuel stellte an diesem Tage den betreffenden Antrag, anscheinend weil Asquith wegen einer leichten Erkrankung der Sitzung nicht beiwohnen konnte. Eine erbitterte Aussprache fand statt, in der der Regierung heftige Vorwürfe wegen des Inhalts des Vertrages gemacht wurden. Selbstverständlich kamen auch die einzelnen in Frage kommenden Minister zu Wort, die sämtliche Vorwürfe als unbegründet zurückwiesen und sich gegen die angeblich unwahren Behauptungen in der Öffentlichkeit verwahrten.

Sir Rufus Isaacs erklärte, daß er sich in keiner Weise an den Verhandlungen der britischen Marconi-Gesellschaft mit der Regierung beteiligt habe. Er habe nicht einmal eine amtliche oder private Mitteilung von den Vorgängen gehabt. Erst einige Tage vor der allgemeinen Veröffentlichung der Vereinbarungen habe er zufällig bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung hiervon erfahren.

Der Kronanwalt erklärte feierlich weiter, daß er „von Anfang an niemals, weder als die Aktien bei sh. 14/— noch bei £ 9.— standen, — auch nur eine einzige Transaktion in den genannten Papieren gehabt hätte. Er spräche nicht nur für sich allein, sondern auch für seine beiden Freunde, den Postminister und den Finanzminister."

Seine Erklärung wurde dann anschließend von Samuel in einer längeren Rede bekräftigt. Auch er hob nochmals hervor, daß kein einziges Mitglied der Regierung Interessen an der britischen Marconi-Gesellschaft hätte und die gegenteiligen Behauptungen in der Öffentlichkeit haltlose Verleumdungen darstellten[13]).

Der Finanzminister Lloyd George versäumte auch seinerseits nicht, alle Gerüchte als grundlos zu bezeichnen und forderte zur Klärung der Sachlage auf. Er verlangte eine offene Aussprache vor der Sitzung des Komitees, weil sie die Gerüchte behandeln sollte, die hinter dem Rücken des Hauses von einem Lästermaul zum andern weitergeleitet wurden . . .[14]).

Am Schluß der Sitzung wurde dann die Bildung eines Untersuchungsausschusses beschlossen, der mit allen Machtvollkommenheiten hinsichtlich Vorladung von Zeugen und Vorlegung von Urkunden ausgestattet wurde. Neun Mitglieder der Regierungspartei und sechs Angehörige der Opposition wurden als Beisitzer bestimmt. Entscheidungen im Komitee wurden nach einfachem Mehrheitssystem gefällt.

---

[12]) Hansard: Bd. 52, S. 1864—1865, Bd. 54, S. 453—454, 510—512, 649.
[13]) Hansard: Bd. 42, S. 725ff.
[14]) Hansard: Bd. 42, S. 714ff.

Unmittelbar nach dem 11. Oktober begannen die Sitzungen. Man vernahm Zeugen aller Art und prüfte die verschiedensten Unterlagen. Nur die Minister, gegen die sich die Anklagen richteten, wurden nicht gehört, obwohl man wegen der Beeidigung der Aussagen mit einer möglichst schnellen Klärung der Sachlage hätte rechnen können. Die Monate Oktober, November und Dezember waren auf diese Weise mit Sitzungen ausgefüllt.

Am 13. Januar 1913 verließ Lord Murray England, um draußen in der Welt angeblich seinen großen Geschäftsinteressen nachzugehen, die ihn Monate von der Heimat fernhalten würden. Er selbst hatte ebensowenig wie seine Mittäter dem Ausschuß etwas von seinen Transaktionen mitgeteilt. Vor seiner Abreise suchte er seinen Bruder, den Abgeordneten Captain A. Murray, auf und übergab ihm die 3000 Marconi-Aktien der Liberalen Partei. „Er schlug vor", so erklärte Captain Murray später als Zeuge, „sie aufzubewahren, bis die Marconi-Angelegenheit bereinigt sei, so daß außer ihm niemand darin verwickelt würde." Er erzählte dann, wenn man seinen Bekundungen folgen will, auch niemand etwas davon. Erst am 15. Juni 1913 wurde die Öffentlichkeit infolge des geschäftlichen Zusammenbruchs des Maklers von Lord Murray mit den Transaktionen vertraut. Der Ausschuß forderte Lord Murray sofort telegraphisch auf, zur Zeugenvernehmung nach England zurückzukehren. Er lehnte diese Aufforderung mit Rücksicht auf seine geschäftlichen Verpflichtungen und die große Entfernung ab. Die Reise hätte wahrscheinlich höchstens vier Wochen gedauert.

Der Erstminister Asquith nahm Lord Murray am 19. Juni 1913 wegen seines Verhaltens in Schutz und erklärte ihn als besonders ehrenwerten Mann.

In der ersten Woche des Jahres 1913 suchten Lloyd George und Sir Rufus Isaacs den Erstminister Asquith erneut auf und teilten ihm nunmehr auch alle Einzelheiten mit. Angeblich zum erstenmal setzten sie ihn über den zweiten Ankauf seitens Lloyd George und Lord Murray im Mai in Kenntnis. Sie kamen mit dem Erstminister überein, so schnell wie möglich dem Komitee die Transaktionen zu eröffnen. Lloyd George und Sir Rufus taten dies aber nicht.

Vielmehr hat der Letztere Ende Januar den liberalen Abgeordneten Falconer, der Mitglied des Komitees war, um eine Unterredung. Im Verlaufe derselben teilte Isaacs ihm die verschiedenen Transaktionen mit, weil es ihm mit Rücksicht auf die Kreuzverhöre, denen Falconer die Zeugen unterzog, für angebracht erschien. Aber auch dieser behielt das Geständnis für sich. Nach seinen eigenen Ausführungen glaubte er sich hierzu berechtigt, weil ihm die Mitteilung nur privat gemacht worden sei und er bei Weitergabe an das Komitee habe befürchten müssen, die Presse würde von allem Kenntnis erlangen.

Inzwischen war Marconi am 27. Januar vom Vertrag wegen angeblicher Verzögerung der Ausführung zurückgetreten.

Auch im Februar 1913 machten die Minister immer noch nicht ihre Aussage vor dem Untersuchungsausschuß. Im Verlaufe dieses Monats erschien ein Artikel in der französischen Zeitung „Le Matin" mit der Überschrift: „Ein Finanzskandal in England." Viele ähnliche Artikel waren vorher in der englischen Presse erschienen und wegen eines derselben hatten die Minister sogar Verleumdungsklage erhoben und die Verhandlung war in Kürze zu erwarten. Am 27. Februar wurde dem „Matin" eine Verleumdungsklage zugestellt, die bereits am 19. März verhandelt wurde. Im Termin wurden zum erstenmal öffentlich die Transaktionen durch Samuel und Sir Rufus Isaacs mitgeteilt. Die Überraschung war kaum vorstellbar. Bereits am 25. März wurde der letztere von dem Untersuchungsausschuß verhört. Auch die folgenden zwei Tage waren mit seiner Vernehmung ausgefüllt. Trotz vieler Vorhaltungen blieb er bei seinen bisherigen Erklärungen[15]).

Von Oktober bis Juni hatte das Komitee mit kleineren Unterbrechungen getagt. Viele Zeugen und Sachverständige waren erschienen und zahlreiche Dokumente waren einer Prüfung unterzogen worden. Allein etwa 30 000 Fragen und Antworten wurden protokolliert, und das gedruckte Beweismaterial ist in zwei umfangreichen Bänden zusammengefaßt.

Unmittelbar nach Beendigung der Beweisaufnahme wurden dem Komitee zwei Entwürfe für den Bericht an das Parlament vorgelegt. Der eine stammte von dem Vorsitzenden, der andere von Lord Robert Cecil, einem Mitglied der Oppositionspartei.

Nach dem ersteren sollte eine Zusammenfassung der Tatsachen und anschließend ein milder Verweis der Minister erfolgen. Der Bericht von Lord Cecil gab die einwandfrei bewiesenen Tatsachen wieder, schloß dagegen mit einem scharfen Tadel für die Minister. Zum Erstaunen aller nahm das Komitee keinen der Entwürfe an. Es gab sich zwar den Anschein, als ob es den ersten Bericht zur Grundlage des endgültigen Berichts machte. In Wirklichkeit änderte die Mehrheit des Komitees, die bekanntlich aus Mitgliedern der liberalen Regierungspartei bestand, den Bericht derartig ab, daß kaum etwas von den ursprünglichen Ausführungen des Vorsitzenden übrigblieb.

Im Schlußabsatz faßt das Komitee sein Gutachten dahin zusammen, daß „alle beteiligten Minister in der ganzen Angelegenheit in dem ehrlichen Glauben gehandelt hätten, auch nicht das geringste zu tun, was sie in irgendwelchen Widerspruch zu ihren Pflichten als Minister der Krone setzte[16]).

---

[15]) Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 165ff. Hansard: Bd. 54, S. 637ff. Jackson: S. 170ff.

[16]) Accounts and Papers (1913): Bd. 7, S. 100—101.

Die Gegner der liberalen Regierung gaben sich jedoch mit dieser Feststellung nicht zufrieden und stellten am 18. Juni 1913 den Antrag, daß das Unterhaus die Transaktionen und die mangelnde Offenheit der in Frage kommenden Minister bedauere.

Wiederum wurde im Verlauf von zwei Tagen die Angelegenheit behandelt. Sir Rufus gab zu, daß es besser gewesen wäre, sie hätten am 11. Oktober 1912 dem Parlament alles erzählt. Aber die Angriffe gegen sie hätten sich lediglich auf die britische Marconi-Gesellschaft und ihre angebliche Verbindung mit dieser bezogen, so daß sie keinen Grund gesehen hätten, Mitteilungen über ihre Interessen in der amerikanischen Gesellschaft zu machen, die im übrigen keinerlei Verbindungen mit der britischen gehabt hätte. Er legt Wert auf die Feststellung, daß er die Aktien von seinem Bruder Harry gekauft habe, der in keiner Verbindung mit der Marconi-Gesellschaft gestanden hätte.

Lloyd George bedauerte ebenfalls, dem Haus nicht alles erzählt zu haben. Er betonte, er habe nicht mit den Aktien spekuliert, sondern sie als Vermögensanlage angesehen. Nachdem beide Minister ihre Erklärung abgegeben hatten, verließen sie den Sitzungssaal.

Alle Anstrengungen der Opposition, ihren Antrag durchzubringen, waren erfolglos. Auch das Parlament stellte mit seiner liberalen Mehrheit fest, daß nicht der geringste Tadel die Minister treffe[17]).

Diese Entscheidung des Parlaments ist zweifellos nur aus parteipolitischen Gründen gefällt worden und kann keinem unparteiischen Urteil standhalten. Sie mag ein weiteres Zeichen dafür sein, inwieweit bereits damals die Regierung von Großbritannien Juden und ihre Freunde selbst in Skandalen zu schützen geneigt war. Abgesehen von den Hauptpersonen der Angelegenheit finden wir auch noch weitere Minister mit jüdischem Blut oder mit engen Beziehungen zu Hebräern. So hat Lord Crewe gleich zwei Posten. Er ist Lord-Siegelbewahrer und Minister für indische Angelegenheiten. Winston Churchill ist der Erste Lord der Admiralität. So kann man sich über den Ausgang dieses Falles nicht wundern.

Nach alledem dürfte der Marconi-Skandal eines der großen Beispiele dafür sein, wohin jüdischer Einfluß führt. Lord Robert Cecil hat das Verhalten der Minister als eine Ungehörigkeit bezeichnet, jedoch abgelehnt, es Korruption zu nennen. Wir haben starke Bedenken, ob er Recht hat. Vergessen wir aber nicht, daß bereits diese Beurteilung von Lord Cecil damals von der Mehrheit des Parlaments als zu scharf angesehen wurde und die Minister von jedem Tadel freigesprochen worden sind.

Es dürfte vielleicht interessieren, was aus den einzelnen Hauptbeteiligten geworden ist. Die steil nach oben führende Laufbahn von Lloyd George ist so bekannt, daß kein Wort darüber verloren

[17]) Hansard: Bd. 54, S. 663—670.

zu werden braucht. Sir Rufus Isaacs wurde am 20. Oktober 1913, also vier Monate später, zum Lord Chief Justice, dem höchsten Richter im gemeinen Recht, gemacht und gleichzeitig in den Adel mit dem Titel Lord Reading erhoben. Während des Krieges war er außerordentlicher Botschafter in den Vereinigten Staaten. Ihm war die Beschaffung des riesigen Kredits daselbst zu verdanken, der zum Ankauf von Kriegsmaterial verwandt wurde. Auch hat er viel zum Eintritt Amerikas in den Weltkrieg beigetragen. Im übrigen galt er als einer der Hauptmitarbeiter von Lloyd George.

Am 6. Januar 1921 wurde er mit dem Amt des Vizekönigs von Indien betraut. Nach Ablauf seiner dortigen Regierungszeit war er Direktor der größten wirtschaftlichen Unternehmungen. Seine Arbeiten für den Aufbau von Palästina waren bedeutend. Im Jahre 1931 war er Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Es ist fast überflüssig, zu erwähnen, daß er dem Dritten Reich feindlich gegenüberstand. Seine Reden im Oberhause lassen darüber keinen Zweifel zu. Im Dezember 1935 starb er.

Herbert Samuel bekleidete außer seinen bereits genannten Ämtern höchste Stellen in der britischen Regierung. So war er u. a. in den Jahren 1914—1915 Innenminister und später Vorsitzender wichtiger Ausschüsse. Im Jahre 1919 war er britischer Spezialkommissar in Belgien und von 1920 bis 1925 High Commissioner in Palästina. Danach hatte er verschiedene hohe Ämter in der Heimat inne, u. a. das des Innenministers im Jahre 1931—1932. Im Jahre 1937 wurde er in den Adelsstand als Viscount Samuel erhoben.

Man sieht, keinem der Hauptbeteiligten hat der Marconi-Skandal etwas anhaben können.

Der Sir-Stuart-Samuel-Skandal

Während der Sitzungen des Marconi-Untersuchungsausschusses kam aber noch ein anderer Skandal zu Ohren der Öffentlichkeit. Hiermit hatte es folgende Bewandtnis:

Das Ministerium für Indien hatte laufend Silberankäufe für die indische Währung zu machen. Seit langer Zeit ließ es diese durch Makler vornehmen, die von der Bank von England ernannt wurden.

Zu dieser Zeit war, wie bereits oben erwähnt, Lord Crewe Minister für indische Angelegenheiten. Sein Unterstaatssekretär war seit Anfang 1910 der Volljude E. S. Montagu, der seit 1906 liberaler Parlamentsabgeordneter war. Sein Bruder war Lord Swaythling, Teilhaber einer der größten Banken, Samuel Montagu & Co. in London. Ein weiterer Teilhaber dieser Firma war Sir Stuart Samuel, ein Bruder des schon oft genannten Ministers Herbert Samuel. Er war außerdem Parlamentsabgeordneter für Tower Hamlets in Whitechapel.

Am 4. März 1912 gab nun Lord Crewe als Minister für Indien im Gegensatz zu früheren Gepflogenheiten der Firma Samuel Montagu & Co. den Auftrag, Silber im Betrage von £ 500,000,— anzukaufen. Diese Firma gehörte nicht zu den bisher beschäftigten Maklern, die von der Bank von England bezeichnet wurden. Später versuchte man diese Änderung damit zu begründen, daß die Preise für Silber jedesmal angezogen hätten, wenn die bisherigen Makler Kaufinteresse gezeigt hätten, weil man dahinter mit Recht die britische Regierung vermutete.

Es mag sein, daß dies der Fall gewesen ist. Wir können aber nicht glauben, daß dies der Hauptgrund für diesen Schritt war. Vielmehr nehmen wir an, daß auch dies wieder aus den rein jüdischen Verbindungen erklärt werden muß. Denn alle bisher genannten Personen sind Juden bzw. haben jüdisches Blut in den Adern. Ja, selbst der leitende Beamte im Ministerium für Indien, der der Firma Samuel Montagu & Co. den ersten Auftrag erteilte, trug den Namen Abrahams. Dies ergibt sich nicht aus der Veröffentlichung des betreffenden Briefes vom 4. März, jedoch unzweifelhaft aus einem Schreiben der genannten Firma vom 25. März 1912, in dem von Mr. Abrahams Brief vom 4. März gesprochen wird[1]). Bis zum September 1912, also in sieben Monaten, ließ das Ministerium für etwa acht Millionen Pfund Sterling durch die genannte Judenfirma ankaufen. Ein weiterer bekannter Hebräer, Sir Felix Schuster, war auch an den Transaktionen an führender Stelle beteiligt. Er war der Gouverneur der bedeutenden Bank „Union of London and Smiths Bank". Auf besonderen Wunsch von Samuel Montagu & Co. hatten die Zahlungen für die Silberankäufe über seine Bank zu erfolgen. Man sieht,

[1]) Accounts and Papers (1912): Bd. 61, S. 533, 537.

es konnte kaum eine ausschließlichere Judenangelegenheit in Szene gesetzt werden.

Es sollte nicht allzu lange dauern, bis die Öffentlichkeit von diesen Vorgängen Kenntnis erhielt. Am 7. Dezember 1912 wurde durch Sir Frederic Banbury hierauf aufmerksam gemacht. Gleichzeitig fragte man im Parlament an, ob sich die Regierung darüber klar sei, daß mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Sir Stuart Samuel Teilhaber in Samuel Montagu & Co. sei, eine strafbare Handlung nach einem Gesetz König Georgs III. (Statute 22 George III, c. 45) vorläge. Der Erstminister antwortete, daß er bereits ein Gutachten von Juristen der Krone angefordert habe.

Dies Gesetz aus dem Jahre 1782 war seinerzeit notwendig geworden, um die allgemein geübte Unsitte zu verhindern und zu bestrafen, daß an gewisse Abgeordnete des Parlaments Aufträge der öffentlichen Hand erteilt wurden, um sie bei der Abgabe ihrer Stimmen im Unterhaus für die an der Macht befindliche Regierung zu gewinnen[2]). Mit andern Worten: ein solcher Tatbestand erfüllte die Voraussetzung für Korruption.

Es dürfte ziemlich auf der Hand liegen, daß die oben geschilderten Vorgänge auf diese gesetzliche Bestimmung zutrafen. Sir Stuart Samuel war Abgeordneter, und seine Firma hatte einen öffentlichen Auftrag erhalten. Der Kronanwalt, Sir Rufus Isaacs, begründete in langatmigen Ausführungen die Ansicht, daß es sich um einen Fall zweifelhafter Auslegung handle. Man wüßte nicht, ob es sich hier im Sinne des Gesetzes um einen öffentlichen Auftrag gehandelt habe, bzw. ob das Gesetz auch Anwendung fände auf Angelegenheiten, die sich nicht auf solche des Mutterlandes bezögen. Er glaubte, daß diese Frage am besten durch eine Kommission, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Parlaments, entschieden werden könne.

Wir sehen, ein anderer Jude nimmt sich des Falles an und verteidigt mehr, wie ihm auch von Bonar Law vorgeworfen wird, die Haltung der Regierung, als ein unparteiisches juristisches Gutachten abzugeben.

Die Opposition unter Lord Balcarres hält die Ansicht von Sir Rufus für falsch, da aus einem Fall aus dem Jahre 1907 hervorgehe, daß das Gesetz auf den vorliegenden Fall Anwendung zu finden habe. In dem von ihm angezogenen Vorgang seien Kohlen von dem Ministerium für Indien angekauft worden. Hierbei habe das Ministerium selbst in einem besondern Absatz auf das zu beachtende Gesetz aus dem Jahre 1782 hingewiesen. Lord Balcarres fragte, ob Sir Rufus Isaacs allen Ernstes glaubte, daß es bezüglich des Gesetzes einen Unterschied mache, ob man Kohlen oder Silber kaufe. Der Befragte lehnte eine Antwort ab.

Lord Balcarres verlangte weiter, daß diese juristische Frage nicht von Parlamentariern entschieden würde. Vielmehr sollte sie von Richtern untersucht werden, da man seit dem Jahre 1869 mit

[2]) Hansard: Bd. 44, S. 688ff.

Recht davon abgekommen sei, in solchen Dingen ein Urteil durch Abgeordnete fällen zu lassen. Denn es sei hier festzustellen, ob ein Mitglied des Parlaments das Recht auf seinen Sitz durch ungesetzliche Handlungen verwirkt habe oder nicht. Seine Forderung drang jedoch nicht durch und die liberale Mehrheit beschloß, eine aus Parlamentariern zusammengesetzte Kommission zur Begutachtung des Falles einzusetzen.

Anscheinend konnte man sich aber, nachdem der Ausschuß einige Monate getagt hatte, nicht mehr der Forderung der Opposition entziehen, und gemäß einem weiteren Beschluß vom 31. Januar 1913 wurde verfügt, daß die Angelegenheit mit Zustimmung des Königs zum Gegenstand einer Nachprüfung durch das Richterkollegium des Kronrates gemacht werden sollte.

Inzwischen hatte sich herausgestellt, daß zwischen der Firma Samuel Montagu & Co. und dem Minister für indische Angelegenheiten außer den Silberankäufen auch Kontrakte abgeschlossen waren, auf Grund derer sie diesem kurzfristige Anleihen gegeben hatten. Ferner trafen sie Vereinbarungen über den Erwerb von Wechseln und Schatzanweisungen der indischen Verwaltungen. Durch Urteil der Richter vom 11. April 1913 wurde festgestellt, daß dieser Tatbestand die Voraussetzungen und die Anwendung des obengenannten Gesetzes erfüllte, weil es sich einwandfrei um öffentliche Aufträge gehandelt habe. Infolgedessen habe Sir Stuart Samuel vom Tage des Vertragsabschlusses seinen Sitz verloren und sei nicht mehr berechtigt gewesen, im Parlament als Abgeordneter zu sitzen und abzustimmen.

Das Gesetz von 1782 sah nun in einem solchen Fall weiter vor, daß ein Abgeordneter, der im Widerspruch zu diesem Rechtszustand abstimmt, jedesmal eine Strafe von £ 500,— zu zahlen hatte. Auf diese Weise hatte Sir Stuart Samuel eine Gesamtstrafe von £ 45,000,— bis 50,000,— verwirkt.

Sehr interessant ist es, die Meinung der „Times" über diesen Spruch zu hören. „Sir Stuart Samuel ist natürlich moralisch unschuldig und wegen des Verlustes seines Sitzes wird man ihn bedauern. Das gleiche gilt für die Strafen, denen er ausgesetzt ist[3])."

Die Kosten des Verfahrens beliefen sich auf £ 1055,—, die jedoch von der Regierung als öffentlich bezeichnet und daher nicht von Sir Stuart Samuel eingezogen wurden.

Bald zeigte es sich, daß der Verurteilte nach Ansicht seiner Freunde auf keinen Fall die fällig gewordenen Strafen zahlen sollte. Schon am 1. und 7. Mai wurden Anfragen im Parlament gestellt, ob die Regierung Samuel nicht durch ein diesbezügliches Gesetz freistellen wolle.

Am 8. Mai brachte der Kronanwalt Sir Rufus Isaacs einen Gesetzentwurf ein, wonach „Sir Stuart Samuel, Baron, von allen Straffolgen freigestellt und entschädigt werden sollte", welche er

[3]) Times vom 12. April 1913.

durch seine oben geschilderte Handlungsweise erlitten hatte. Anschließend fand sofort die erste Lesung statt.

Es zeigte sich aber bald, daß die Regierung mit einer entschlossenen großen Opposition gegenüber diesem Gesetzesantrag zu rechnen haben würde. Deshalb wurde angeblich wegen Mangel an Zeit zunächst von der Weiterverfolgung im Parlament abgesehen. Es sieht aber so aus, als ob die Opposition Forderungen gestellt hatte, die die Firma Samuel Montagu & Co. nicht erfüllen wollte. Bonar Law hatte nämlich die Prüfung sämtlicher Bücher der Firma durch einen beeidigten Bücherrevisor verlangt. Dies glaubte sie aber ablehnen zu müssen, weil dann die Transaktionen ihrer Klienten offenbar geworden wären[4]).

Von der Regierung wurden in der nächsten Zeit keine weiteren Versuche zur Durchbringung des Gesetzes unternommen. Andererseits wurde aber auch von offizieller Seite nichts getan, um die Strafen einzutreiben. Darauf machten drei Personen von dem Recht des „Common Informer", einem Anklagerecht, Gebrauch, gegen Sir Stuart Samuel gerichtlich wegen seiner Strafen vorzugehen. Zwei Klagen wurden aus formellen Gründen in der ersten Instanz abgewiesen, während der dritte Kläger ein obsiegendes Urteil in Höhe von £ 13,000,— erhielt. Gegen sämtliche Urteile wurde Berufung eingelegt. Zu einer neuen Verhandlung kam es aber nicht mehr. Anscheinend hatten sich die Parteien außergerichtlich verglichen, da jeder sein Rechtsmittel zurücknahm. Welcher Art die Vereinbarung war, wurde nicht bekanntgegeben[5]). Dieselben Kreise, die Samuel durch Gesetz von Strafen hatten freistellen wollen, hatten sicherlich auch hierbei in ähnlichem Sinne mitgeholfen.

Auch sonst hatte Sir Stuart keinen Schaden wegen seines Verhaltens erlitten.

Am 21. April 1913 hatte das Parlament allerdings mit Rücksicht auf den Beschluß des Richterkollegiums des Kronrats den bisher von ihm innegehabten Sitz für unbesetzt erklären müssen. Infolgedessen war eine Neuwahl für den betreffenden Wahlbezirk notwendig geworden. Mit Billigung der Liberalen Partei ließ sich Sir Stuart Samuel wieder zur Wahl aufstellen und gewann auch am 30. April mit einer knappen Mehrheit seinen Sitz zurück. Seine Abwesenheit vom Parlament war demnach sehr kurz gewesen. Die „Times" bemerkte in einem besonderen Leitartikel mit Recht, daß sein Sieg nur durch die zahlreichen jüdischen Stimmen in diesem Distrikt möglich gewesen sei. Im übrigen wollen wir nicht versäumen, den Anfang von Samuels Ansprache an seine Wähler nach dem Sieg wiederzugeben. „Ich habe gewonnen, weil Liberale und Konservative überzeugt waren, daß hart mit mir verfahren worden ist. Viele haben infolgedessen für mich gestimmt, die es früher nicht getan haben[6])."

[4]) Times vom 8. August 1913. Hansard: Bd. 56, S. 2247—2248.
[5]) Times vom 17. Januar, 10., 12., 13., 17. Februar, 18. u. 24. März 1914.
[6]) Times vom 1. Mai 1913.